Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Tagesordnung öffentlicher Teil

Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig

Sitzung:	**Dienstag, 03.05.2016, 14:00 Uhr**
Raum, Ort:	**Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig**

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung der Sitzung	
2.	Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 15.03.2016	
3.	Mitteilungen	
4.	Anfragen	
4.1.	Digitalisierung als Mega-Trend und Standortfaktor Anfrage der CDU-Fraktion	**16-02111**
4.2.	Wie geht es mit dem Magnifest weiter? Anfrage der SPD-Fraktion	**16-02112**
4.3.	Aufwertung des Stadtraums durch "Pocket-Parks" Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	**16-02110**
4.4.	Baustellen und Verkehrsbehinderungen in Braunschweig Anfrage der BIBS-Fraktion	**16-02114**
4.5.	Mietspiegel erhalten Anfrage der Fraktion Die Linke.	**16-02105**
4.6.	Städtisches Museum: Verbleib der 4 Bronze-Statuetten der "Braunschweiger Originale" (Harfen-Agnes, Deutscher Herrmann, Rechen-August und Tee-Onkel) ? Anfrage der Fraktion der Piratenpartei	**16-01929**
4.7.	Ampel für Freibäder Anfrage der SPD-Fraktion	**16-02113**
5.	Berufung von 2 Stellvertretenden Stadtbrandmeistern in das Ehrenbeamtenverhältnis	**16-01745**
6.	Berufung von 3 Ortsbrandmeistern und 2 Stellvertretenden Ortsbrandmeistern in das Ehrenbeamtenverhältnis	**16-01753**
7.	Richtlinie des Rates zur Übertragung eines Amtes der Besoldungsgruppe A 14 auf Beamtinnen und Beamte der Besoldungsgruppe A 13 (ehem. gehobener Dienst)	**16-01950**
8.	Bestellung eines städtischen Vertreters in den Aufsichtsrat einer mittelbaren städtischen Beteiligung	**16-01834**
9.	Bestellung von städtischen Vertretern im Aufsichtsrat der Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG	**16-02043**
10.	Beschluss über den Jahresabschluss 2014 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)	**16-01681**
11.	Beschluss über den Jahresabschluss 2014 des Pensionsfonds der Stadt Braunschweig gem. §§ 129,130 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)	**16-01398**
12.	Beschluss über die Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2014 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)	**16-01666**
13.	Haushaltsvollzug 2015	**16-01863**

	hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	
14.	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	**16-01799**
15.	Veräußerung eines 12.145 m² großen städtischen Grundstücks in dem Interkommunalen Gewerbepark Waller See, 1. BA	**16-01792**
16.	Änderung der Archivgebührenordnung	**16-01746**
17.	Änderung der Entgeltordnung für das Städtische Museum Braunschweig, Steintorwall 14	**16-01763**
17.1.	Änderung der Entgeltordnung für das Städtische Museum Braunschweig, Steintorwall 14	**16-01763-01**
18.	Änderung des Entgelttarifs für das Veranstaltungszentrum "Roter Saal", Schlossplatz 1	**16-01779**
19.	Änderung der Entgeltordnung für den Veranstaltungsort "Kulturpunkt West", Ludwig-Winter-Straße 4	**16-01757**
20.	Zweite Satzung zur Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung für die Stadtbibliothek Braunschweig, Dezernat für Kultur und Wissenschaft	**16-01418**
20.1.	Zweite Satzung zur Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung für die Stadtbibliothek Braunschweig, Dezernat für Kultur und Wissenschaft	**16-01418-01**
21.	Flüchtlingsituation in Braunschweig	
22.	Sechste Satzung zur Änderung der Satzung über die Festlegung von Schulbezirken in der Stadt Braunschweig (Schulbezirkssatzung)	**16-01830**
23.	Erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Schülerbeförderung in der Stadt Braunschweig (Schülerbeförderungssatzung)	**16-02037**
24.	Anpassung der Angebote im Kindertagesstätten- und Schulkindbetreuungsbereich zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2016/2017	**16-01737**
25.	Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit Freier Träger in Braunschweig	**16-01637**
26.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Lebensmittelmarkt - Borsigstraße", AW 109, 1. Änderung des AW 91 Stadtgebiet zwischen der Salzdahlumer Straße, den Gleisanlagen zum Rangierbahnhof und der Bebelhofsiedlung Satzungsbeschluss	**16-01663**
27.	Interkommunales Gewerbe-/Industriegebiet Stiddien-Beddingen der Städte Braunschweig und Salzgitter Grundsatzbeschluss	**16-01614**
27.1.	Ergänzung zur Beschlussvorlage Interkommunales Gewerbe-/Industriegebiet Stiddien-Beddingen der Städte Braunschweig und Salzgitter Grundsatzbeschluss	**16-01614-01**
28.	Gewerbeflächenentwicklungskonzept Braunschweig	**16-01721**
29.	"Westliches Ringgebiet - Soziale Stadt" Modernisierung und Umbau der Gebäude Jahnstraße 11, 12, 18, 19 und 20	**16-01866**
30.	Anträge	
30.1.	Inklusion und Integration in Braunschweig - Leichte Sprache in Grundsicherungsbescheiden Antrag der Fraktion der Piratenpartei	**16-01857**
30.1.1.	Änderungsantrag zur Vorlage 16-01857 "Inklusion und Integration in Braunschweig - Leichte Sprache in Grundsicherungsbescheiden" Änderungsantrag der Fraktion der SPD	**16-01996**
30.2.	Gewerbesteuerglättung Antrag der Fraktion der Piratenpartei	**16-02019**
30.3.	Nachnutzungskonzept für die Flüchtlingsunterkünfte erstellen	**16-02115**

Antrag der CDU-Fraktion

Braunschweig, den 25. April 2016

Absender:
CDU-Fraktion im Rat der Stadt

16-02111
Anfrage (öffentlich)

Betreff:
Digitalisierung als Mega-Trend und Standortfaktor

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	20.04.2016

Beratungsfolge:		*Status*
Rat der Stadt Braunschweig (zur Beantwortung)	03.05.2016	Ö

Sachverhalt:

Regelmäßig weisen internationale Studien nach, dass es einen Zusammenhang zwischen dem Grad an Digitalisierung und sozioökonomischen Parametern gibt. Je weiter also die Digitalisierung einer Region fortgeschritten ist, desto höher sind das Wachstum und die Anzahl an Innovationen. Auch der jeweilige Beschäftigungsgrad liegt in der Regel über dem Durchschnitt – durchweg also positive Entwicklungen für eine Region.

Für Kommunen ist es daher erforderlich, das Thema Digitalisierung als relevanten Standortfaktor zu begreifen und entsprechend ihrer Möglichkeiten zu handeln.

Die kommunale Digitalisierung beginnt bei den Angeboten für die Bürger, also z.B. der Online-Terminvereinbarung, geht über Handy-Parken, zur Online-Urkundenbestellung, über das Thema Open-Data-Portal, bis zur Online-Gewerbeanmeldung. Für Gewerbetreibende und Privatleute gleichermaßen spielt natürlich insbesondere die Breitbandversorgung eine wichtige Rolle, wenn es um eine angemessene Digitalisierung geht.

Insgesamt ist in Braunschweig derzeit zu beobachten, dass die Verwaltung sowie die städtischen Gesellschaften eigene Entwicklungen als Insellösungen betreiben. So gibt es schon heute eine Braunschweig-App, eine App der Verkehrs GmbH, eine Nibelungen-Wohnbau-App und demnächst eine Ampel-App der Stadtbad GmbH. Das Thema Handy-Parken erfordert sicherlich auch eine App, ggf. auch das von der CDU-Fraktion angestoßene Projekt zum kostenfreien WLAN in der Innenstadt.
Vielfach erfahren derzeit städtische Fachbereiche von Initiativen anderer Teile der Verwaltung nur aus der Presse. So war beispielsweise im Wirtschaftsdezernat, welches die Umsetzung des WLAN-Projektes federführend begleitet, nicht bekannt, dass die Stadtbibliothek an einem eigenen WLAN-Angebot für ihre Nutzer arbeitet.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Gibt es eine schlüssige Digitalstrategie der Stadt Braunschweig und wenn ja, wie sieht diese aus?

2. Gibt es eine Verwaltungsstelle, welche die Entwicklung von digitalen Dienstleistungen der Stadt und der städtischen Gesellschaften koordiniert?

3. Inwieweit ist es sinnvoll, das Thema Digitalisierung als Mega-Trend auch für Braunschweig zu begreifen und entsprechend zur Chefsache zu machen?

Anlagen:
keine

TOP 4.2

Absender:
SPD-Fraktion im Rat der Stadt

16-02112
Anfrage (öffentlich)

Betreff:
Wie geht es mit dem Magnifest weiter?

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	20.04.2016

Beratungsfolge:		*Status*
Rat der Stadt Braunschweig (zur Beantwortung)	03.05.2016	Ö

Sachverhalt:

In den Medien wurde in den vergangenen Tagen immer wieder über ein drohendes Aus des Magnifestes ab dem Jahr 2017 berichtet. Ein erkennbarer Beweggrund für den Rückzug des bisherigen Veranstalters Undercover waren die gestiegenen Kosten für erhöhte Sicherheitsmaßnahmen im Nachgang zum Unglück bei der Loveparade in Duisburg 2010.

Aufgrund der zahlreichen Stellungnahmen von Bürgerinnen und Bürger, die sich dafür einsetzen, das Magnifest zu erhalten, aber auch vor dem Hintergrund des einhelligen Plädoyers der Gewerbetreibenden, die sich für eine Veränderung des Festes aussprechen, um mit ihren Geschäften besser sichtbar sein zu können, scheint eine Veränderung der Konzeption der Veranstaltung sowie das Erschließen neuer Zielgruppen unabdingbare Voraussetzung für einen Fortbestand des Magnifestes zu sein.

In diesem Zusammenhang fragt die SPD-Fraktion an:

1. Hat die Verwaltung Erkenntnisse darüber, ob neben den gestiegenen Kosten für Sicherheitsmaßnahmen noch weitere Kostensteigerungen in anderen veranstaltungsrelevanten Bereichen zu verzeichnen waren?

2. Welche Gründe führten nach Erkenntnis der Verwaltung dazu, dass parallel auch das Engagement von Sponsoren beim Magnifest in den letzten Jahren spürbar zurückgegangen ist?

3. Kann nach Ansicht der Verwaltung eine Veränderung der Konzeption der Veranstaltung mit einer Schwerpunktverlagerung von der Abendveranstaltung hin zu einer familienfreundlichen Nachmittagsveranstaltung dafür sorgen, das Magnifest z. B. auch für Sponsoren wieder attraktiver zu machen?

Anlagen: keine

Absender:
Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im Rat der Stadt
Herlitschke, Holger

16-02110
Anfrage (öffentlich)

Betreff:
Aufwertung des Stadtraums durch "Pocket-Parks"

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	20.04.2016

Beratungsfolge:		*Status*
Rat der Stadt Braunschweig (zur Beantwortung)	03.05.2016	Ö

Sachverhalt:

Die Stadt Braunschweig wächst seit einiger Zeit stetig. Das zeigt, dass ihre Attraktivität für viele Bevölkerungsgruppen offensichtlich ungebrochen ist. Kurze Wege, das kulturelle und soziale Angebot, vielfältige Einkaufsmöglichkeiten und eine gute Infrastruktur sind die Gründe dafür. Allerdings bedeutet das für unsere Stadt auch an vielen Stellen eine besondere Herausforderung.

Die neuen Braunschweigerinnen und Braunschweiger benötigen wie auch die alteingesessenen Bewohnerinnen und Bewohner Wohnungen, Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), Gewerbeflächen, Arbeitsplätze etc. pp. Das bedeutet in einer Stadt mit sehr begrenzten Flächenreserven, dass in der Regel auf Nachverdichtung im schon erheblich verdichteten Raum gesetzt werden muss. Flächenkonkurrenz ist dabei das Stichwort.

Immer wieder kommt es notgedrungen zu Entscheidungen, die den Verlust oder die Einschränkung von öffentlichen Aufenthalts-, Frei- und Grünflächen zum Ergebnis haben. Um aber für alle Bewohner/innen attraktive Aufenthaltsräume zu erhalten und zu schaffen und die Stadt damit auch kleinklimatisch zu verbessern, sind die oftmals falsch oder überdimensioniert gestalteten und stark versiegelten Verkehrsräume - besonders in der Kernstadt - in den Blick zu nehmen.

Hier bieten sich besondere Möglichkeiten der Umgestaltung, um damit folgende Ziele zu erreichen:

- Verbesserung des städtisches Kleinklimas

- Steigerung der Aufenthaltsqualität

- Rückgewinnung urbaner Räume

- Herstellung von Aufenthalts- und Ruhezonen

- Schaffung von Spiel- und Freizeitbereichen

- Gestalterische Aufwertung durch Brunnen, Bänke, Mauern, Leuchten etc.

Beispielgebend kann hier die Umgestaltung des Bankplatzes (inklusive Ziegenmarkt) genannt werden. Wobei zukünftig noch mehr auf die Grüngestaltung geachtet werden sollte. Damit könnte ein Teil der Flächenverluste durch besonders qualitätsvoll gestaltete Bereiche kompensiert und die Attraktivität der Stadt zusätzlich gesteigert werden.

Für die Umgestaltung besonders geeignet erscheinen uns z. B. folgende Flächen und Stadträume:

- Bäckerklint / Eulenspiegel-Brunnen
- Parkplatz und Straßenraum Kannengießerstraße / Schützenstraße
- Meinhardshof
- Neue Straße zwischen Gördelingerstraße und Schützenstraße
- Parkplatz Großer Hof

Dies setzt aber voraus, dass die Verwaltung die Möglichkeiten und Flächen im Blick hat und eigene Konzepte hierfür vorbereitet.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Wie bewertet die Verwaltung die genannten Möglichkeiten der Umgestaltung und Aufwertung städtischen Raumes?

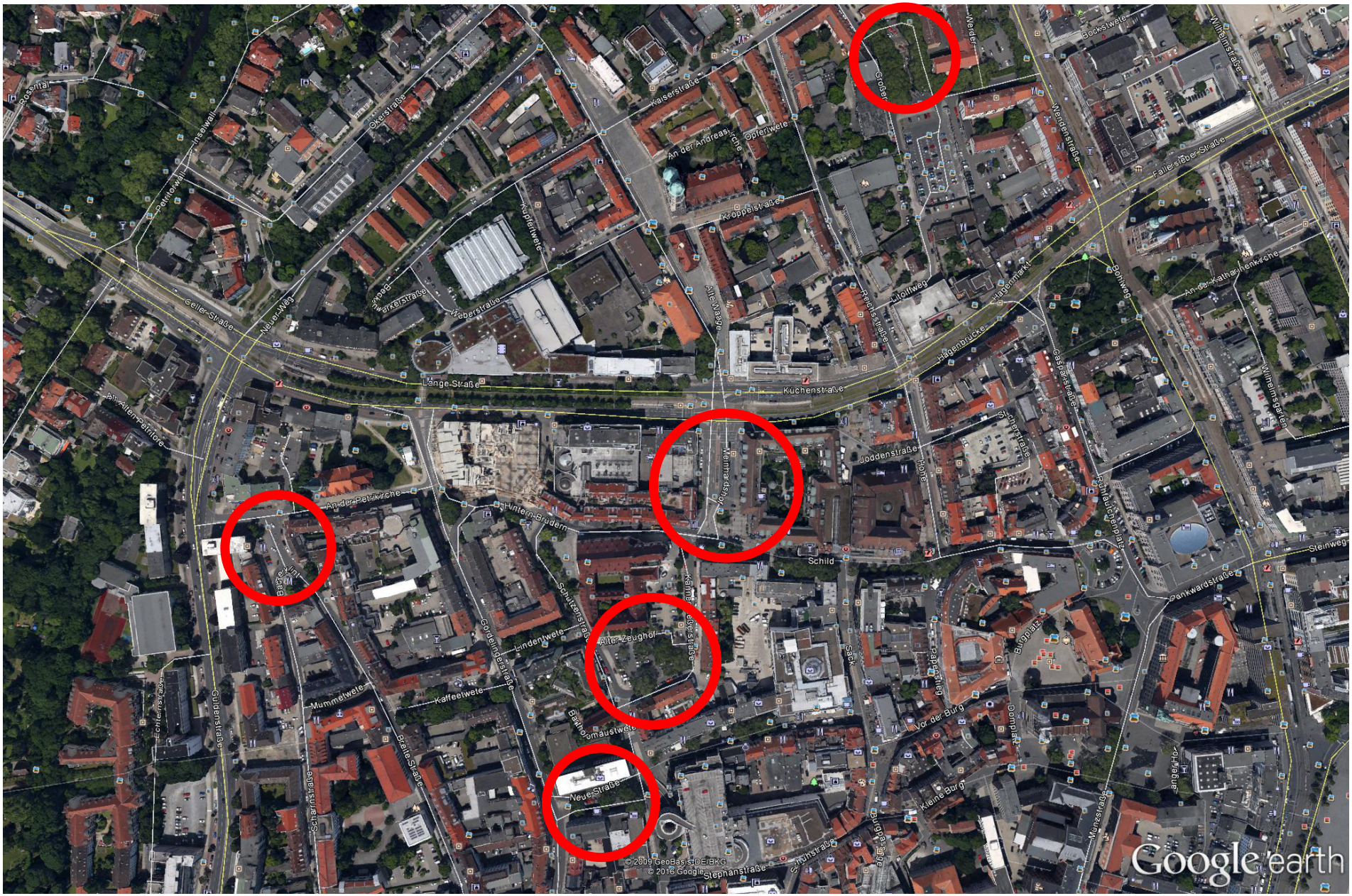
2. Gibt es seitens der Verwaltung Planungsansätze, die die genannten Ziele verfolgen und eine Aufwertung und Umgestaltung versiegelter Flächen – insbesondere mit Blick auf die Aspekte Stadtklima und Aufenthaltsqualität – anvisieren? Wenn ja, wo bzw. welche?

3. Gibt es in der Verwaltung eine Art „Potenzialflächenkataster“ für die genannte Zielstellung?

Gez. Holger Herlitschke
Fraktionsvorsitzender

Anlagen:

Übersicht Potenzialflächen


Google earth
© 2009 GeoBasis-DE/BKG
© 2016 Google
Lange Straße
Kuchenstraße
Schild
Alter Zeughof
Neue Straße
An der Petrikirche
Gördelingerstraße
Lindenwete
Kaffeetwete
Mummelwete
Braille-Straße
Guldenstraße
Schuhstraße
Sack
Domplatz
Vor der Burg
Kleine Burg
Burgpassage
Stephanstraße
Pankwardstraße
Steinweg
Hohe
Joddenstraße
Meinhardshof
Bäckerstraße
Kaiserstraße
An der Andreaskirche
Opferwete
Kroppstraße
Alte Waage
Reichenstraße
Hagenbrücke
Hagenmarkt
Wendenstraße
Faberstraße
Bohlweg
An der Katharinenkirche
Wilhelmsgasse
Gaspeistraße
Scheperstraße
Rathausvorplatz
Bäckerwerkerstraße
Veberstraße
Kupferwete
Celler Straße
Neuer Weg
Am Alten Bahnhof
Inselwall
Okerstraße
Petersilienwall
Rosental
Becksweie
Wilhelmstraße

Absender:
Fraktion BIBS im Rat der Stadt

16-02114
Anfrage (öffentlich)

Betreff:
Baustellen und Verkehrsbehinderungen in Braunschweig

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	21.04.2016

Beratungsfolge:		*Status*
Rat der Stadt Braunschweig (zur Beantwortung)	03.05.2016	Ö

Sachverhalt:

Schon zu Beginn der frostfreien Periode wird in diesem Jahr an besonders vielen Baustellen gearbeitet, die den Straßenverkehr stark behindern. Der Arbeitsausschuss Innenstadt beklagt die erheblich erschwerte Erreichbarkeit der Innenstadt. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbringen einen erheblichen Teil ihrer Zeit im Stau, um ihre Arbeitsstelle zu erreichen oder wieder nach Hause zu fahren. Auch Rettungswagen können leicht behindert werden, schlimmstenfalls mit fatalen Folgen. Daher sei angefragt.

1) Welche Maßnahmen und Vorbereitungen im Bereich des Baustellenmanagements hat die Stadt getroffen, um die Behinderungen auf ein erträgliches Maß zu reduzieren?

2) Halten sich die Behinderungen durch die Baustellen im Rahmen des von der Stadt Erwarteten und greifen die möglicherweise vorbereiteten Gegenmaßnahmen der Stadt wie erwartet und vorhergesehen? Wenn nein, welche Möglichkeiten kann die Stadt wahrnehmen, um noch während der laufenden Bauphasen die Behinderungen einzudämmen und zu reduzieren, wenn sie – nach Meinung der Stadt und sicher auch vieler Bürger – den Rahmen des Erträglichen überschreiten?

Neben den Behinderungen durch Baustellen gibt es auch "eingebaute" Vekehrshindernisse zur „Vergrämung“ des Straßenverkehrs, wie beispielsweise die wechselseitigen Parkstreifen auf dem Brodweg oder – von der Sudetenstraße her kommend – in der Saarbrückener Straße. Viele kennt jemanden, der dort schon in einen Unfall verwickelt war. Daher sei weiter gefragt:

3) Wann wird die Stadt diese Gefahrenquellen entschärfen?

Anlagen:

Absender:
Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt

16-02105
Anfrage (öffentlich)

Betreff:
Mietspiegel erhalten

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	20.04.2016

Beratungsfolge:		*Status*
Rat der Stadt Braunschweig (zur Beantwortung)	03.05.2016	Ö

Sachverhalt:

Am 15.07.2014 wurde vom Rat der derzeit gültige Mietspiegel beschlossen. Laut § 558d BGB muss nach zwei Jahren eine Fortschreibung erfolgen. Einen entsprechenden Beschluss müsste der Rat also spätestens in seiner Juni-Sitzung fassen.
Laut Braunschweiger Zeitung vom 24.03.2016 soll der Vorstand des Vereins „Haus + Grund“, beschlossen haben, dass der geplanten Fortschreibung nicht zugestimmt wird. Damit will „Haus + Grund“ erreichen, dass der Mietspiegel zukünftig nicht mehr als qualifizierter Mietspiegel gilt, vor Gericht keinen Bestand hat und somit wertlos wird.
Was ein qualifizierter Mietspiegel ist, wird im § 558d (1) des Bürgerlichen Gesetzbuches geregelt. Es heißt dort: *„(1) Ein qualifizierter Mietspiegel ist ein Mietspiegel, der nach anerkannten wissenschaftlichen Grundsätzen erstellt und von der Gemeinde oder von Interessenvertretern der Vermieter und der Mieter anerkannt worden ist.“* Danach wäre die Stadt Braunschweig auch alleine in der Lage, einen qualifizierten Mietspiegel zu erstellen, müsste allerdings auch allein die Kosten tragen.

Vor diesem Hintergrund wird die Verwaltung gefragt:
1. Welche Rückmeldungen gibt es von den bisherigen Partnern bei der Erstellung des Mietspiegels (Mieterverein, Haus + Grund und AG Wohnungswirtschaft) zur notwendigen Fortschreibung des derzeitigen Mietspiegels?

2. Könnte die Stadt auch allein (also ohne Beteiligung der oben genannten Partner) den derzeitigen Mietspiegel als qualifizierten und rechtssicheren fortschreiben?

3. Wenn nein.
Hält die Verwaltung es angesichts der beschlossenen Mietpreisbremse für notwendig, anstelle einer Fortschreibung einen neuen qualifizierten Mietspiegel zu haben, der gegebenenfalls allein durch die Stadt finanziert werden müsste?

Anlagen:

Absender:
Fraktion der Piratenpartei im Rat der Stadt

16-01929
Anfrage (öffentlich)

Betreff:
Städtisches Museum: Verbleib der 4 Bronze-Statuetten der "Braunschweiger Originale" (Harfen-Agnes, Deutscher Herrmann, Rechen-August und Tee-Onkel) ?

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	01.04.2016

Beratungsfolge:		*Status*
Rat der Stadt Braunschweig (zur Beantwortung)	03.05.2016	Ö

Sachverhalt:
Mit Schreiben vom 24.06.2015 teilten Sie uns auf unsere schriftliche Anfrage nach dem Verbleib der Statuetten der Braunschweiger Originale Harfen-Agnes, Deutscher Herrmann, Rechen-August und Tee-Onkel mit, dass sich insgesamt 7 Statuetten des Künstlers Hans Bethmann (1873 - 1946) im Besitz des Städtischen Museum befinden.

Aber:

"[V]ier Bronzestatuetten [...] sind derzeit nicht auffindbar"

und

"Weitere Hinweise auf den Verbleib der Objekte konnten bisher nicht ausfindig gemacht werden. Eine 2010 durchgeführte Inventur in der ständigen Ausstellung des Altstadtrathaus weist die gesuchten Statuetten nicht aus. Weitere Ergebnisse werden schnellstmöglich nachgereicht"

Mittlerweile ist ein dreiviertel Jahr vergangen. Daher bitten wir hier um Sachstandsbericht über die Rechercheergebnisse sowie über den Verbleib der "Braunschweiger Originale".

Anlagen:
keine

Absender:
SPD-Fraktion im Rat der Stadt

16-02113
Anfrage (öffentlich)

Betreff:
Ampel für Freibäder

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	21.04.2016

Beratungsfolge:		*Status*
Rat der Stadt Braunschweig (zur Beantwortung)	03.05.2016	Ö

Sachverhalt:

In den Berichten der Zeitungen und Onlinemagazine heißt es, dass die Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH für die Freibäder Waggum und Raffteich sowie für das Hallenbad Bürgerbadepark eine Art Ampel einführt. Bei eher angenehmen Temperaturen steht sie auf Grün und signalisiert geöffnete Bäder. Droht aber laut Wetterbericht richtig schlechtes Wetter, zeigt sie Rot.

In diesem Zusammenhang fragt die SPD-Fraktion an:

1. Auf welcher Grundlage werden die Entscheidungen über eine mögliche Schließung getroffen?

2. Werden neben der „Ampel“ im Internet und der Bürgerhotline auch Push-Medien zur Informationsweitergabe genutzt?

3. Welche Erfahrungen mit der Bäderampel und der witterungsbedingten Öffnung von Freibädern gibt es aus anderen Städten?

Anlagen: keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

16-01745
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Berufungen von 2 Stellvertretenden Stadtbrandmeistern in das Ehrenbeamtenverhältnis

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat II 10 Fachbereich Zentrale Dienste	30.03.2016

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	21.04.2016	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	26.04.2016	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	03.05.2016	Ö

Beschluss:

Die nachstehend aufgeführten Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen:

lfd. Nr.	**Bereich**	**Funktion**	**Name, Vorname**
1	West	Stellvertretender Stadtbrandmeister	Loos, Michael
2	Süd	Stellvertretender Stadtbrandmeister	Witt, Frank

Sachverhalt:

Die Freiwillige Feuerwehr Braunschweig wird aufgrund der Satzung der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig vom 19. Oktober 2015 neu organisiert. Die insgesamt 20 Ortsfeuerwehren sind zukünftig Bereichen zugeordnet, welche jeweils von einer Stellvertretenden Stadtbrandmeisterin oder einem Stellvertretenden Stadtbrandmeister geführt werden.

Die Ortsbrandmeisterinnen- und Ortsbrandmeister-Dienstbesprechung der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig hat vorgeschlagen, die oben genannten Herren für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis als Stellvertretende Stadtbrandmeister zu berufen.

Die für die Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis geforderten fachlichen und beamtenrechtlichen Voraussetzungen werden erfüllt.

Die Zuständigkeit des Rates ergibt sich aus § 20 Abs. 4 des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes.

Ruppert

Anlage/n:
Keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

16-01753
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Berufungen von 3 Ortsbrandmeistern und 2 Stellvertretenden Ortsbrandmeistern in das Ehrenbeamtenverhältnis

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat II 10 Fachbereich Zentrale Dienste	30.03.2016

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 222 Timmerlah-Geitelde-Stiddien (Vorberatung)	07.04.2016	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 321 Lehndorf-Watenbüttel (Vorberatung)	13.04.2016	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 113 Hondelage (Vorberatung)	18.04.2016	Ö
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	21.04.2016	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	26.04.2016	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	03.05.2016	Ö

Beschluss:

Die nachstehend aufgeführten Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen:

lfd. Nr.	**Ortsfeuerwehr**	**Funktion**	**Name, Vorname**
1	Geitelde	Ortsbrandmeister	Steffen, Benjamin
2	Geitelde	Stellvertretender Ortsbrandmeister	Mahler, David
3	Hondelage	Ortsbrandmeister	Jugenhagen, Frank
4	Hondelage	Stellvertretender Ortsbrandmeister	Schaperjahn, Michael
5	Ölper	Ortsbrandmeister	Uster, Stefan

Sachverhalt:

Die Mitgliederversammlungen der Ortsfeuerwehren haben die oben genannten Herren als Ortsbrandmeister bzw. Stellvertretende Ortsbrandmeister vorgeschlagen.

Die für die Berufungen in das Ehrenbeamtenverhältnis geforderten fachlichen und beamtenrechtlichen Voraussetzungen werden erfüllt.

Die Zuständigkeit des Rates ergibt sich aus § 20 Abs. 4 des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes.

Ruppert

Anlage/n:
Keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

16-01950
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Richtlinie des Rates zur Übertragung eines Amtes der Besoldungsgruppe A 14 auf Beamtinnen und Beamte der Besoldungsgruppe A 13 (ehem. gehobener Dienst)

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat II 10 Fachbereich Zentrale Dienste	14.04.2016

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	21.04.2016	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	26.04.2016	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	03.05.2016	Ö

Beschluss:

„Der Rat beschließt die als Anlage 2 beigefügte Richtlinie gemäß § 12 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 und S. 3 Niedersächsische Laufbahnverordnung (NLVO).“

Sachverhalt:

Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Modernisierung des Nds. Beamtenrechts 2009 wurde die NLVO geändert und ein neues Laufbahnrecht verabschiedet. Der bisherige Aufstieg in den höheren Dienst entfiel und kann seitdem durch eine eigene Qualifizierung ersetzt werden, über die der Rat der Stadt Braunschweig als oberste Dienstbehörde gem. § 12 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 NLVO (vgl. Anlage 1) per Richtlinie zu entscheiden hat. Diese soll die Durchlässigkeit innerhalb der Laufbahngruppe 2 erhalten und verbessern, um leistungsstarken Beamtinnen und Beamten das berufliche Fortkommen zu ermöglichen. Sie muss zudem die Maßnahmen der Fort- und Weiterbildung beinhalten, die erforderlich sind, um in Verbindung mit der bisherigen Ausbildung, den sonstigen Qualifizierungen und den bisherigen beruflichen Tätigkeiten zu einer erfolgreichen Wahrnehmung des höheren Amtes zu befähigen.

Von dieser Möglichkeit hat der Rat am 23. Juni 2009 mit dem Beschluss einer Qualifizierungsrichtlinie Gebrauch gemacht und auch das Durchlaufen eines Auswahlverfahrens vorgeschrieben (§ 12 Abs. 2 S. 3 NLVO). Diese Richtlinie sieht als Kernbestandteil eine grundsätzlich 18-monatige Verwendung der Beamtinnen und Beamten im Referat 0100 im Bereich der Steuerungsunterstützung auf einer eigens für diesen Zweck eingerichteten Stelle der Besoldungsgruppe A 13 vor. Die Qualifizierung ist abgeschlossen, wenn der Beamtin oder dem Beamten nach erfolgreicher Absolvierung eines Assessment-Centers ein Amt der Besoldungsgruppe A 14 übertragen werden kann.

Seit Inkrafttreten der Richtlinie haben jedoch nur zwei Beamte die Qualifizierung durchlaufen und erfolgreich abschließen können. Angesichts zukünftig absehbarer Personalbedarfe, die Stellenbesetzungen auch für Ämter der Besoldungsgruppe A 14 erforderlich werden lassen und aus Gründen der individuellen Personalentwicklung verwaltungsinterner leistungsstarker Beamtinnen und Beamten hält die Verwaltung eine Anpassung der Qualifizierungsrichtlinie für erforderlich.

Der als Anlage 2 beigefügte neue Richtlinienentwurf verlagert den Schwerpunkt auf die durchzuführenden Qualifizierungsmaßnahmen und trägt damit dem Fort- und Weiterbildungsgedanken der NLVO stärker als bisher Rechnung. Die persönlichen Voraussetzungen werden künftig nicht mehr am Ende der Qualifizierungsphase in einem Assessment-Center abgeprüft, sondern als Eingangsvoraussetzung zur Teilnahme an der Qualifizierung.

Das zu durchlaufende Qualifizierungsverfahren von in der Regel 12 Monaten sieht Fortbildungen und Hospitationen vor, die in einem individuellen Qualifizierungsplan niedergelegt werden. Dieser soll den vorhandenen Stand der Kenntnisse und Fähigkeiten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer berücksichtigen und beinhaltet Fortbildungen und Hospitationen. Die Vermittlung umfassender gesamtstädtischer Kenntnisse wird dabei nach wie vor für unverzichtbar gehalten.

Im Unterschied zur geltenden Richtlinie sollen die Beamtinnen und Beamten während der Qualifizierung ihre bisherigen Aufgaben weiterhin wahrnehmen. Die Qualifizierung ist zudem bereits dann erfolgreich abgeschlossen, wenn die teilnehmenden Dienstkräfte ihre individuellen Qualifizierungspläne durchlaufen haben und der Oberbürgermeister gem. § 46 Abs. 1 NLVO den erfolgreichen Abschluss der Qualifizierung feststellt. Mit der Feststellung der erfolgreichen Qualifizierung erfüllt die Beamtin/der Beamte die Voraussetzung für die Übertragung eines Amtes der Besoldungsgruppe A 14 durch eine Beförderung, ohne dass dies jedoch einen individuellen Rechtsanspruch auf eine Beförderung begründet.

Ruppert

Anlage/n:
Auszug aus der Nds. Laufbahnverordnung (NLVO) - § 12

Richtlinie des Rates der Stadt Braunschweig
zur Qualifizierung für ein Amt der Besoldungsgruppe A 14
gem. § 12 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und Satz 3 Nds. Laufbahnverordnung (NLVO)
(„Qualifizierungsrichtlinie“)

Anlage 1

Auszug aus der Nds. Laufbahnverordnung (NLVO)

§ 12
Beförderungsvoraussetzungen

(1) 1Die Übertragung eines Amtes der Besoldungsgruppe A 7 durch eine Beförderung setzt voraus, dass die Beamtin oder der Beamte

1. im zweiten Einstiegsamt der Laufbahngruppe 1 eingestellt worden ist oder
2. eine von der obersten Dienstbehörde bestimmte Qualifizierung erfolgreich abgeschlossen hat.

2Die Qualifizierung nach Satz 1 Nr. 2 muss die Maßnahmen der fachtheoretischen Fort- und Weiterbildung beinhalten, die erforderlich sind, um in Verbindung mit der bisherigen Ausbildung, den sonstigen Qualifizierungen und den bisherigen beruflichen Tätigkeiten zu einer erfolgreichen Wahrnehmung des höheren Amtes zu befähigen.

(2) 1Die Übertragung eines Amtes der Besoldungsgruppe A 14 durch eine Beförderung setzt voraus, dass die Beamtin oder der Beamte

1. im zweiten Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2 eingestellt worden ist,
2. die Bildungsvoraussetzungen für eine Einstellung im zweiten Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2 erfüllt oder
3. eine von der obersten Dienstbehörde bestimmte Qualifizierung erfolgreich abgeschlossen hat.

2Die Qualifizierung nach Satz 1 Nr. 3 muss die Maßnahmen der Fort- und Weiterbildung beinhalten, die erforderlich sind, um in Verbindung mit der bisherigen Ausbildung, den sonstigen Qualifizierungen und den bisherigen beruflichen Tätigkeiten zu einer erfolgreichen Wahrnehmung des höheren Amtes zu befähigen. 3Die oberste Dienstbehörde kann für Beamtinnen und Beamte, die unter Satz 1 Nr. 2 oder 3 fallen, als weitere Voraussetzung das Durchlaufen eines von ihr bestimmten Auswahlverfahrens vorschreiben.

(3) Sind für andere Ämter Qualifizierungserfordernisse festgelegt, so setzt die Übertragung eines solchen Amtes durch eine Beförderung voraus, dass diese Erfordernisse erfüllt sind.

(4) Bei der Bestimmung von Qualifizierungen nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 2, Absatz 2 Satz 1 Nr. 3 und Absatz 3 sowie eines Auswahlverfahrens nach Absatz 2 Satz 3 ist darauf zu achten, dass

1. die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit gefördert und erleichtert wird,
2. Frauen und Männern eine gleiche Stellung in der öffentlichen Verwaltung verschafft wird,
3. weder Frauen noch Männer benachteiligt werden und
4. Teilzeitkräfte nicht benachteiligt werden.

(5) An die Stelle der obersten Dienstbehörde tritt für die Bestimmung der Qualifizierungen nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 und Absatz 2 Satz 1 Nr. 3 sowie eines Auswahlverfahrens nach Absatz 2 Satz 3 bei den Gemeinden der Verwaltungsausschuss, bei den Gemeindeverbänden das dem Verwaltungsausschuss entsprechende Organ, wenn die oberste Dienstbehörde dies bestimmt.

Anlage 2

Richtlinie des Rates der Stadt Braunschweig zur Qualifizierung für ein Amt der Besoldungsgruppe A 14 gem. § 12 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und Satz 3 Nds. Laufbahnverordnung (NLVO) („Qualifizierungsrichtlinie“)

Vorbemerkung

Die Übertragung eines Amtes der Besoldungsgruppe A 14 durch eine Beförderung auf Beamtinnen und Beamte, die im ersten Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2 (ehem. gehobener Dienst) eingestellt worden sind, erfordert eine erfolgreich abgeschlossene Qualifizierung, der ein in dieser Richtlinie bestimmtes Auswahlverfahren vorausgeht.

Auf Vorschlag der Personaldezernentin/des Personaldezernenten entscheidet die Oberbürgermeisterin/der Oberbürgermeister, ob die Möglichkeit zur Qualifizierung für ein Amt der Besoldungsgruppe A 14 angeboten wird. Die Ausschreibung erfolgt durch Fachbereich 10 - Zentrale Dienste.

Die Zulassung zur Qualifizierung beinhaltet bei Vorliegen der erforderlichen persönlichen Voraussetzungen die erfolgreiche Teilnahme an einem Assessment-Center. Die sich anschließende Qualifizierung umfasst verschiedene Qualifizierungsmaßnahmen, die die leistungsstarken Beamtinnen und Beamten zu einer erfolgreichen Wahrnehmung des höheren Amtes befähigen sollen.

1. Persönliche Voraussetzungen

Das Vorliegen der persönlichen Voraussetzungen ist obligatorisch für die Bewerbung von Beamtinnen und Beamten um die Teilnahme an der Qualifizierung für ein Amt der Besoldungsgruppe A 14.

Persönliche Voraussetzung ist grundsätzlich die Ausübung eines Amtes der Besoldungsgruppe A 13 (ehem. gehobener Dienst).

Es steht im Ermessen der Personaldezernentin/des Personaldezernenten, anhand des zu erwartenden Personalbedarfs für freie und besetzbare Planstellen der Besoldungsgruppe A 14 die Ausschreibung eines Qualifizierungsverfahrens auch für Bewerbungen von Beamtinnen und Beamten der Besoldungsgruppe A 12 zu öffnen. Hierzu erfolgt eine Unterrichtung der Personalvertretung.

Sie/er kann ebenfalls in Absprache mit der Personalvertretung weitere persönliche Voraussetzungen, wie z. B. das Vorliegen einer bestimmten Gesamturteilsstufe in der aktuellen dienstlichen Beurteilung, mit der Ausschreibung festlegen.

2. Auswahlverfahren und Entscheidung über die Zulassung zur Qualifizierung

Ein Auswahlverfahren, dem sich alle Bewerberinnen und Bewerber stellen müssen, entscheidet über die Zulassung und Teilnahme an der sich anschließenden Qualifizierung für das Amt der höheren Laufbahn.

<u>Auswahlkommission</u>

Liegen Bewerbungen von Beamtinnen und Beamten für die ausgeschriebene Qualifizierung vor, tritt eine Auswahlkommission zusammen. Die Auswahlkommission entscheidet über das

Anlage 2

Vorliegen der persönlichen Voraussetzungen bei den Bewerberinnen und Bewerbern und somit über ihre weitere Teilnahme am Auswahlverfahren. Sie führt im Auswahlverfahren ein Assessment-Center durch, begleitet dieses und entscheidet über die erfolgreiche Absolvierung des AC der Bewerberinnen und Bewerber.

Die Auswahlkommission soll sich in der Regel zusammensetzen aus

a) der Personaldezernentin/dem Personaldezernenten,
b) der Fachbereichsleiterin/dem Fachbereichsleiter 10 - Zentrale Dienste -,
c) einer Mitarbeiterin/einem Mitarbeiter (z. B. einer Diplom-Psychologin/einem Diplom-Psychologen) des mit der Begleitung des Auswahlverfahrens beauftragten Beratungsunternehmens

jeweils mit Stimmrecht, sowie

d) einem Mitglied der Personalvertretung und
e) einem Mitglied des Referats 0150

jeweils mit beratender Stimme.

Assessment-Center

Die zur Teilnahme am weiteren Auswahlverfahren zugelassenen Bewerberinnen und Bewerber haben ein eintägiges Assessment-Center zu absolvieren.

Inhaltlich kommen im Assessment-Center klassische Assessment-Center-Module zur Anwendung (z. B. ein allgemeiner schriftlicher Test, persönliche Vorstellung der Bewerberinnen und Bewerber, Rollenspiele, Präsentation, überfachlicher/themenspezifischer Vortrag), die das wichtige Thema Personalführung mit abbilden.

Bei Nichterreichen der geforderten Anforderungen im AC besteht für die Bewerberinnen und Bewerber frühestens nach zwei Jahren die Möglichkeit, sich erneut für ein Qualifizierungsverfahren zu bewerben, wenn zu diesem Zeitpunkt die persönlichen Voraussetzungen weiterhin vorliegen.

Alle Beamtinnen und Beamten, die erfolgreich das AC absolviert haben, haben das Auswahlverfahren bestanden und sind zur Qualifizierung zugelassen.

3. Qualifizierung

Alle zugelassenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Qualifizierungsverfahren durchlaufen eine verpflichtende Qualifizierung. Die Qualifizierung beinhaltet Maßnahmen, die erforderlich sind, um in Verbindung mit der bisherigen Ausbildung, den sonstigen Qualifizierungen und den bisherigen beruflichen Tätigkeiten zu einer erfolgreichen Wahrnehmung des höheren Amtes zu befähigen.

Die Qualifizierung umfasst in der Regel einen Zeitraum von 12 Monaten. Sie kann im begründeten Einzelfall auf 18 Monate bzw. aus Gründen der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf bis zu 24 Monate verlängert werden.

Die Dauer der Qualifizierung und die Qualifizierungsmaßnahmen werden in einem individuellen Qualifizierungsplan festgeschrieben. Der Qualifizierungsplan berücksichtigt die von der Auswahlkommission im Auswahlverfahren, insbesondere durch das AC, gewonnenen Erkenntnisse über den vorhandenen Stand der Kenntnisse und Fähigkeiten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Anlage 2

Der Qualifizierungsplan beinhaltet die geplanten Fort- und Weiterbildungen und Hospitationen.

Während der Qualifizierung nehmen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer grundsätzlich ihre bisherigen Aufgaben wahr, soweit sich nicht durch die Teilnahme an Fortbildungen und Hospitationen etwas anderes ergibt.

Fortbildungen

Fortbildungen sollen insbesondere zu den Themen Personalführung und Personalmanagement, Kommunikation, betriebswirtschaftliche und juristische Grundlagen und Projektmanagement erfolgen.

Die Fortbildungen sollen außerhalb der Zeiten einer Hospitation liegen.

Hospitationen

In der Regel enthält der Qualifizierungsplan zwei Hospitationen für die Dauer von jeweils drei Monaten. Die Hospitationen erfolgen im Fachbereich 01 - Zentrale Steuerung - und extern bei einer anderen Verwaltung.

Die Hospitation im Fachbereich 01 - Zentrale Steuerung - kann entfallen, wenn die bisherigen beruflichen Tätigkeiten bereits eine angemessene Verweildauer in einem Querschnittsbereich beinhalten.

Fachbereich 10 - Zentrale Dienste - informiert die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach ihrer Zulassung zur Qualifizierung über ihren individuellen Qualifizierungsplan.

4. Qualifizierungsabschluss

Die Qualifizierung ist erfolgreich abgeschlossen, wenn die Beamtin oder der Beamte ihren/seinen individuellen Qualifizierungsplan durchlaufen hat. Dies ist der Fall, wenn

a) die Absolvierung der Fortbildungen durch Teilnahmebestätigungen der Dozenten nachgewiesen wurde,

b) die Hospitationen durchgeführt wurden und die zuständigen Hospitationsbereiche durch eine aussagekräftige Stellungnahme einen positiven Hospitationsverlauf bescheinigen und

c) die Beamtin/der Beamte nach erfolgreichem Durchlaufen des Qualifizierungsplans, jedoch spätestens zum Ende der Qualifizierungszeit, eine aussagekräftige Stellungnahme ihres/seines Fachbereichs im Hinblick auf die erfolgte Qualifizierung erhält.

Die erforderlichen Unterlagen sind Fachbereich 10 - Zentrale Dienste - zur Prüfung zuzuleiten.

Kann eine erfolgreiche Qualifizierung nach Ablauf der festgelegten Qualifizierungsdauer nicht festgestellt werden, ist eine im Einzelfall festzulegende einmalige Verlängerung der Qualifizierung möglich, um noch fehlende Qualifikationen erwerben zu können.

Ebenso kann im Einzelfall die Ablegung einer mündlichen Prüfung auf dem Anforderungsniveau der früheren Aufstiegsprüfung für den höheren Dienst vor der Auswahlkommission

angeordnet werden, wenn der erfolgreiche Abschluss der Qualifizierung nicht zweifelsfrei feststeht.

Die Entscheidung über den erfolgreichen Abschluss der Qualifizierung trifft die Oberbürgermeisterin/der Oberbürgermeister als Dienstvorgesetzte/Dienstvorgesetzter (§ 107 Abs. 5 NKomVG) gemäß § 46 Abs. 1 NLVO auf Vorschlag der Personaldezernentin/des Personaldezernenten.

Mit der Feststellung der erfolgreichen Qualifizierung erfüllt die Beamtin/der Beamte die Voraussetzung für die Übertragung eines Amtes der Besoldungsgruppe A 14 durch eine Beförderung. Ein individueller Rechtsanspruch auf eine Beförderung wird hierdurch nicht begründet.

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

16-01834
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Bestellung eines städtischen Vertreters in den Aufsichtsrat einer mittelbaren städtischen Beteiligung

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	20.04.2016

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	26.04.2016	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	03.05.2016	Ö

Beschluss:
"Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH zu veranlassen

Herrn Wirtschaftsdezernent Gerold Leppa
(Oberbürgermeister bzw. von ihm vorgeschlagener Vertreter)

(mit Wirkung der Eintragung der BSParken GmbH in das Handelsregister) in den Aufsichtsrat der BSParken GmbH zu entsenden."

Sachverhalt:

Es wird Bezug genommen auf die Drucksache 16-01829 (Struktur-Förderung Braunschweig GmbH - Gründung der Tochtergesellschaft „BSParken GmbH").

Gemäß § 9 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages der BSParken GmbH (siehe Anlage 1 der o. g. Vorlage) besteht der Aufsichtsrat der BSParken GmbH aus drei Mitgliedern. Zwei Aufsichtsratsmitglieder entsendet die Volksbank BraWo Projekt GmbH, ein Aufsichtsratsmitglied entsendet die Struktur-Förderung Braunschweig GmbH (SFB). Die SFB hat das Recht und die Pflicht, den Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig oder einen von ihm vorgeschlagenen anderen Beschäftigten der Stadt in den Aufsichtsrat der Gesellschaft zu entsenden.

Gemäß § 138 Abs. 3 S. 2 NKomVG ist hierfür ein Ratsbeschluss erforderlich.

Auf Vorschlag von Herrn Oberbürgermeister Markurth soll Herr Wirtschaftsdezernent Leppa dieses Mandat wahrnehmen.

Geiger

Anlage/n:

Keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

16-02043
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Bestellung von städtischen Vertretern im Aufsichtsrat der Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG

Organisationseinheit:	*Datum:*
DEZERNAT VII - Finanzen, Stadtgrün und Sportdezernat	22.04.2016

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	26.04.2016	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	03.05.2016	Ö

Beschluss:

„Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen, nach Beendigung der Amtszeit von Herrn Ratsherr Klaus Wendroth und Herrn Ratsherr Christoph Bratmann im Aufsichtsrat der Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG alle Maßnahmen zu ergreifen,

Vorschlagsrecht der CDU-Fraktion	**Vorschlagsrecht der SPD-Fraktion**
Herrn Ratsherr Klaus Wendroth	**Herrn Ratsherr Christoph Bratmann**

von der Hauptversammlung zu Aufsichtsratsmitgliedern der Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG wählen zu lassen.“

Sachverhalt:

Seit November 2011 ist Herr Ratsherr Klaus Wendroth auf Vorschlag der CDU-Fraktion Mitglied im Aufsichtsrat der Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG (BVVAG).

Im Zeitraum von November 2011 bis zu seinem Tod am 1. Juni 2015 war Herr Ratsherr Manfred Pesditschek auf Vorschlag der SPD-Fraktion Mitglied im Aufsichtsrat der BVVAG. Am 29. Juli 2015 hat die Hauptversammlung der BVVAG Herrn Ratsherr Christoph Bratmann als Nachfolger von Herrn Pesditschek in den Aufsichtsrat der BVVAG gewählt. Die Wahl erfolgte für die Dauer der restlichen Amtszeit von Herrn Pesditschek.

Gemäß § 11 Abs. 3 S. 1 und 2 der Satzung der BVVAG und § 102 Abs. 1 des Aktiengesetzes (AktG) endet die Amtszeit der Aufsichtsratsmitglieder spätestens mit Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit beschließt. Das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, wird nicht mitgerechnet.

Folglich enden die Amtszeiten von Herrn Wendroth und Herrn Bratmann mit Ablauf der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das Geschäftsjahr 2015 beschließt. Die Hauptversammlung der BVVAG wird voraussichtlich im Juni 2016 stattfinden. In dieser Hauptversammlung sollen auch die (neuen) Mitglieder des Aufsichtsrates gewählt werden. Die Amtszeit der jetzt neu gewählten Aufsichtsratsmitglieder endet erneut zum 31. Oktober 2016, da die Amtszeit der städtischen Vertreter im Aufsichtsrat der BVVAG gemäß § 11 Abs. 3 S.3 der Satzung der BVVAG mit Ablauf der aktuellen Wahlperiode des Rates der Stadt Braunschweig endet.

Nach den konsortialvertraglichen Regelungen ist die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG) zur Benennung der beiden Aufsichtsratsmitglieder berechtigt. Die beiden von der SBBG auszuübenden Vorschlagsrechte stehen im Ergebnis der CDU- und der SPD-Fraktion zu.

Die Besetzung durch die im Beschlussvorschlag genannten Personen entspricht dem Vorschlag der CDU- bzw. SPD-Fraktion.

Geiger

Anlage/n:
keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

16-01681
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Beschluss über den Jahresabschluss 2014 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	23.03.2016

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Bauausschuss (Vorberatung)	19.04.2016	Ö
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	21.04.2016	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	26.04.2016	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	03.05.2016	Ö

Beschluss:

„1. Nach Feststellung der Vollständigkeit und Richtigkeit gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG des Jahresabschlusses 2014 durch den Oberbürgermeister sowie der Jahresabschlüsse 2014 der Sonderrechnungen Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft durch den Finanzdezernenten und des Jahresabschlusses 2014 des Fachbereiches Hochbau und Gebäudemanagement durch den Stadtbaurat und aufgrund des Bestätigungsvermerkes des Rechnungsprüfungsamtes im Schlussbericht für das Haushaltsjahr 2014 wird der Jahresabschluss 2014 beschlossen.

2. Im Rahmen des Beschlusses über den Jahresabschluss 2014 werden folgende Genehmigungen erteilt:

2.1 Der Jahresfehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2014 in Höhe von 29.291.702,54 € wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2015 vorgetragen und dann gemäß § 24 Abs. 1 GemHKVO durch die vorhandene Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses gedeckt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 125.091.435,50 €.

Der Jahresüberschuss des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2014 in Höhe von 9.743.300,01 € wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2015 vorgetragen und dann gemäß § 110 Abs. 7 NKomVG der gemäß § 123 Abs. 1 Ziffer 2 NKomVG zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 83.158.316,46 €.

2.2 Der Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement für das Haushaltsjahr 2014 in Höhe von 923.488,30 € wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2015 vorgetragen und gemäß § 24 Abs. 1 GemHKVO durch die Entnahme aus der vorhandenen Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses (27.414,93 €) und aus dem Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses (1.098.562,32 €) gedeckt. Die

Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses beträgt 0,00 €.

Der verbleibende Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement für das Haushaltsjahr 2014 in Höhe von 202.488,95 € wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2015 vorgetragen und gemäß § 110 Abs. 7 NKomVG der gemäß § 123 Abs. 1 Ziffer 2 NKomVG zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 1.467.922,84 €.

2.3 Der Jahresüberschuss des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Stadtentwässerung für das Haushaltsjahr 2014 in Höhe von 2.257.856,71 € wird auf die Rechnung des Haushaltsjahres 2015 vorgetragen. Der Gesamtüberschuss setzt sich zusammen aus einem Überschuss aus dem Gebührenbereich und einem Fehlbetrag im neutralen Bereich. Der Überschuss im Gebührenbereich in Höhe von 3.317.017,66 € wird dem nach § 54 GemHKVO zu bildenden Sonderposten Gebührenausgleich zugeführt. Damit ergibt sich ein neuer Bestand des Sonderpostens Gebührenausgleich in Höhe von 12.554.179,83 €. Der Fehlbetrag im neutralen Bereich in Höhe von 1.059.160,95 € wird gem. § 24 Abs. 1 GemHKVO durch die vorhandene Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses gedeckt. Damit ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 2.606.306,16 €.

Der Fehlbetrag des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Stadtentwässerung für das Haushaltsjahr 2014 in Höhe von 225.383,18 € wird auf die Rechnung des Haushaltsjahres 2015 vorgetragen. Ein Betrag in Höhe von 290.156,10 € wird aus der nach § 123 Abs. 1 Satz 2 NKomVG gebildeten Sonstigen Rücklage gedeckt. Daraus ergibt sich insgesamt ein neuer Bestand der Sonstigen Rücklage in Höhe von 5.156.621,25 €. Der verbleibende Überschuss in Höhe von 64.772,92 € wird gem. § 110 Abs. 7 NKomVG der gem. § 123 Abs. 1 Ziffer 2 NKomVG zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 64.772,92 €.

2.4 Der Jahresüberschuss des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Abfallwirtschaft für das Haushaltsjahr 2014 in Höhe von 483.431,64 € wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2015 vorgetragen. Der Gesamtüberschuss setzt sich zusammen aus einem Überschuss aus dem Gebührenbereich und einem Fehlbetrag im neutralen Bereich. Der Überschuss im Gebührenbereich in Höhe von 867.688,01 € wird dem nach § 54 GemHKVO zu bildenden Sonderposten Gebührenausgleich zugeführt. Damit ergibt sich ein neuer Bestand des Sonderpostens Gebührenausgleich in Höhe von 4.466.192,20 €. Der Fehlbetrag im neutralen Bereich in Höhe von 384.256,37 € wird gem. § 24 Abs. 1 GemHKVO durch die vorhandene Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses gedeckt. Damit ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 1.232.153,20 €.

Der Jahresüberschuss des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Abfallwirtschaft für das Haushaltsjahr 2014 in Höhe von 21.118,73 € wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2015 vorgetragen und dann gem. § 110 Abs. 7 NKomVG der gem. § 123 Abs. 1 Ziffer 2 NKomVG zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 75.671,08 €.

Sachverhalt:

1. **Allgemeines**

1.1 Die Stadt hat gemäß § 128 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) für das Haushaltsjahr einen Jahresabschluss nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung klar und übersichtlich aufzustellen. Der Jahresabschluss besteht gemäß § 128 Abs. 2 NKomVG aus einer Ergebnisrechnung, einer Finanzrechnung und einer Bilanz sowie einem Anhang. Nach § 128 Abs. 3 NKomVG sind dem Anhang ein Rechenschaftsbericht, eine Anlagenübersicht, eine Schuldenübersicht, eine Forderungsübersicht und eine Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen beizufügen.

Den Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2014 hat das Rechnungsprüfungsamt gemäß § 156 Abs. 1 NKomVG geprüft und seine Bemerkungen in einem Schlussbericht zusammengefasst. Die Stellungnahme der Verwaltung zu diesem Bericht ist in der **Anlage 1** beigefügt.

Ebenso sind der Jahresabschluss der Verwaltung, die Jahresabschlüsse der Sonderrechnungen Hochbau und Gebäudemanagement, Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft sowie der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes dieser Vorlage als Anlagen beigefügt.

1.2 Der Schlussbericht 2014 des Rechnungsprüfungsamtes vom 5. Februar 2016 enthält auf Seite 151 folgenden Prüfungsvermerk zum Jahresabschluss:

„Der seitens der Stadt im Sinne des § 128 Abs. 1 NKomVG nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung klar und übersichtlich aufgestellte Jahresabschluss mit seinen Bestandteilen gemäß § 128 Abs. 2 NKomVG, bestehend aus Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Bilanz und Anhang sowie die dem Anhang gemäß § 128 Abs. 3 NKomVG beigefügten Bestandteile, entspricht nach den bei der zuvor dargelegten pflichtgemäßen Prüfung gewonnenen Erkenntnissen den geltenden kommunalrechtlichen haushalts- und rechnungslegungsbezogenen Vorschriften (NKomVG und GemHKVO) und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen.“

1.3 Das Rechnungsprüfungsamt hat daher erklärt, dass keine Bedenken bestehen, dass der Rat der Stadt gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG über den Jahresabschluss 2014 beschließt.

2. Ergebnisse des Jahresabschlusses 2014

2.1 Ergebnisrechnung

Nach dem Ansatz war der Haushalt 2014 unter Berücksichtigung des geplanten Abbaus von Haushaltsresten in Höhe von rd. 8,1 Mio. € mit einem geringen Überschuss in Höhe von rd. 0,03 Mio. € knapp ausgeglichen:

Der Ergebnishaushalt 2014 wies bei ordentlichen Erträgen in Höhe von rd. 713,7 Mio. € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von rd. 706,1 Mio. € ein ordentliches Ergebnis in Höhe von rd. 7,6 Mio. € aus. Das außerordentliche Ergebnis war mit einem Überschuss in Höhe von rd. 0,5 Mio. € geplant. Der somit geplante Jahresüberschuss in Höhe von rd. 8,1 Mio. € führte damit beim vorgesehenen Abbau der Haushaltsreste zu dem genanntem knapp ausgeglichenen geplanten Ergebnis. Der sich nach dem Ansatz ergebende Fehlbetrag der ordentlichen Aufwendungen über die ordentlichen Erträge in Höhe von 528.892,21 € ist gem. § 110 Abs. 5 Nr. 1 NKomVG mit der aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses gebildeten Rücklage zu verrechnen. Der sich nach dem Ansatz ergebende Überschuss der außerordentlichen Erträge über die außerordentlichen Aufwendungen in Höhe von 561.300,00 € ist gem. § 15 Abs. 6 GemHKVO als Zuführung zu der aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses gebildeten Rücklage zu veranschlagen.

Der zusammenfassenden Tabelle am Ende dieses Abschnittes 2.1 können die genauen Beträge entnommen werden.

Nach dem Ergebnis der Ergebnisrechnung ergibt sich durch Mindererträge in Höhe von 28.470.086,86 € (ordentliche Mindererträge: rd. 42,8 Mio. € und außerordentliche Mehrerträge: rd. 14,3 Mio. €) und Minderaufwendungen in Höhe von 789.276,54 € (ordentliche Minderaufwendungen: rd. 5,9 Mio. € und außerordentliche Mehraufwendungen: rd. 5,1 Mio. €) eine Verschlechterung des Jahresergebnisses in Höhe von 27.680.810,32 €. Gegenüber den oben genannten Haushaltsermächtigungen beträgt die Verschlechterung des Jahresergebnisses 19.580.810,32 €. Es ergibt sich insgesamt ein Jahresfehlbetrag in Höhe von **19.548.402,53 €.**

Beim **ordentlichen Ergebnis** ergibt sich durch Mindererträge bei den ordentlichen Erträgen in Höhe von 42.794.597,52 € und Minderaufwendungen bei den ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 14.031.787,19 € für das ordentliche Ergebnis eine **Ergebnisverschlechterung** in Höhe von **28.762.810,33 €**.

Die Verschlechterung des Ergebnisses wird im Wesentlichen durch die Mindererträge bei der Gewerbesteuer in Höhe von rd. 44.585 T€ (bereinigte Gewerbesteuer rd. 41.255 T€) begründet sowie durch Mehraufwendungen für Zuschüsse an verbundene Unternehmen in Höhe von rd. 4,0 Mio. €.

Dem gegenüber stehen Mehrerträge bei dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (rd. 2,5 Mio. €) sowie Minderaufwendungen bei Instandhaltungs- bzw. Umbaumaßnahmen an Gebäuden in Höhe von rd. 5,6 Mio. €, bei der Unterhaltung des Infrastrukturvermögens (rd. 1,7 Mio. €), bei der Gewerbesteuerumlage (rd. 7,5 Mio. €) und bei den Zuschüssen an übrige Bereiche (rd. 2,0 Mio. €).

Ende des Jahres 2014 wurden die Besoldungserhöhungen für die Jahre 2015 und 2016 (jeweils ab dem 01.06.) von 2,5 % bzw. 2,0 % beschlossen. Entsprechend einer Option in einem Erlass des Landes zur zukünftigen Rückstellungsbildung wurde die Rückstellungszuführung für die vorgesehenen Besoldungssteigerungen in den Jahren 2015 und 2016 im Rahmen des Jahresabschlusses 2014 durchgeführt. Dies führte im

Jahr 2014 zu einem Mehraufwand von rd. 20,2 Mio. €, so dass sich bei den Rückstellungszuführungen für Pensionen und Beihilfen ein Mehrbedarf von rd. 7,8 Mio. EUR ergab.

Darüber hinaus war im Rahmen des Jahresabschlusses eine Rückstellung zur Deckung möglicher Ansprüche aufgrund einer Anpassung des Besoldungsrechts beim Besoldungsdienstalter in Höhe von 1,95 Mio. € zu bilden.

Der für 2014 geplante Resteabbau in Höhe von 8,1 Mio. € wurde nicht erreicht. Den nach 2015 übertragenen Resten im Aufwandsbereich in Höhe von 23,4 Mio. € standen in 2013 auf das Jahr 2014 übertragene Reste in Höhe von 22,7 Mio. € gegenüber. Das entspricht einer Veränderung des Bestandes an Haushaltsmitteln in Höhe von 0,7 Mio. €. Der Planwert wurde somit um 8,8 Mio. € verfehlt.

Durch Mehrerträge bei den außerordentlichen Erträgen in Höhe von 14.324.510,66 € und durch Mehraufwendungen bei den außerordentlichen Aufwendungen in Höhe von 5.142.510,65 €, ergibt sich für das **außerordentliche Ergebnis** gegenüber der Haushaltsplanung eine **Ergebnisverbesserung** in Höhe von **9.182.000,01 €**.

Die Mehrerträge bei den außerordentlichen Erträgen sind vor allem durch die Auflösung von nicht mehr benötigten Rückstellungen (rd. 11,8 Mio. €) z.B. nach der abgeschlossenen Prüfung für Umsatz- und Kapitalertragssteuerrisiken aus der Betriebsprüfung sowie durch Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen (rd. 1,1 Mio. €) entstanden. Die Mehraufwendungen bei den außerordentlichen Aufwendungen sind im Wesentlichen durch außerplanmäßige Abschreibungen (rd. 3,9 Mio. €) sowie auf Mehraufwendungen aus dem Abgang von Grundstücken und Gebäuden (rd. 0,5 Mio. €) zurückzuführen.

Eine zusammengefasste Darstellung enthält die nachfolgende Tabelle.

	Ergebnisrechnung		Abweichungen	
	Nach dem Ansatz	Nach dem Ergebnis	absolut	relativ
	-in €- [1)]	-in €-	-in €-	in v. H.
Ordentliche Erträge	713.713.274,17	670.918.676,65	- 42.794.597,52	- 6,0
Ordentliche Aufwendungen	714.242.166,38	700.210.379,19	- 14.031.787,19	- 2,0
Ordentliches Ergebnis Jahresüberschuss (+)/ Jahresfehlbetrag (-)	**- 528.892,21**	**- 29.291.702,54**	**- 28.762.810,33**	**über 100 %**
Außerordentliche Erträge	1.255.300,00	15.579.810,66	14.324.510,66	über 100 %
Außerordentliche Aufwendungen	694.000,00	5.836.510,65	5.142.510,65	über 100 %
Außerordentliches Ergebnis	**561.300,00**	**9.743.300,01**	**9.182.000,01**	über 100 %
Jahresergebnis Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**32.407,79**	**- 19.548.402,53**	**-19.580.810,32**	**über 100 %**

[1)] inkl. geplantem Haushaltsresteabbau in Höhe von 8.100.000,00 €.

2.2 Finanzrechnung

Im **Finanzhaushalt** 2014 war eine Finanzmittelveränderung, in diesem Fall eine Verringerung des Bestandes an Zahlungsmitteln, in Höhe von **47.376.700,00 €** (Haushaltsermächtigungen = Ansatz inkl. geplantem Haushaltsresteabbau in Höhe von rd. 17,3 Mio. €) geplant.

Tatsächlich ergibt sich für 2014 in der **Finanzrechnung** nur eine Verringerung des Bestandes an Zahlungsmitteln in Höhe von **37.458.556,52 €** auf 118.074.771,22 €. Die Abweichung bei der Finanzmittelveränderung zwischen dem Finanzhaushalt und der Finanzrechnung wird durch Veränderungen beim Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit und beim Saldo aus Investitionstätigkeit hervorgerufen.

In der Finanzrechnung ergibt sich bei der **laufenden Verwaltungstätigkeit** durch Mindereinzahlungen in Höhe von 46.796.942,60 € und Minderauszahlungen in Höhe von 29.997.305,17 € eine Ergebnisverschlechterung in Höhe von **16.799.637,43 €**. Gegenüber den oben genannten Haushaltsermächtigungen beträgt die Verschlechterung des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit 8.699.637,43 €. Die Ergebnisverschlechterung ist vor allem auf Mindereinzahlungen bei der Gewerbesteuer zurückzuführen. Dem gegenüber stehen Mehreinzahlungen bei dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sowie Minderauszahlungen für die „Instandhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen“, für die „Instandhaltung des Infrastrukturvermögens“, für die Gewerbesteuerumlage, für Zuschüsse an verbundene Unternehmen, für Kosten der Leistungsbeteiligung und für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende.

Für die Investitionstätigkeit ergibt sich als Saldo aus Mehreinzahlungen in Höhe von 5.012.388,27 € und Minderauszahlungen in Höhe von 4.198.472,46 € eine **Ergebnisverbesserung** in Höhe **von 9.210.860,73 €.** Die Mehreinzahlungen sind im Wesentlichen auf bereits in Vorjahren geplante Einzahlungen bzw. nicht geplante Einzahlungen für städtische Baumaßnahmen zurückzuführen, die in 2014 vereinnahmt wurden (z.B. Zuwendung für die Gewerbeflächen Flughafen in Höhe von 2,4 Mio. €, Zuwendung für den Neubau Kita Roselies in Höhe von 0,8 Mio. €). Des Weiteren gab es in 2014 nicht geplante vorzeitige Ablösungen bei den Ausleihungen an übrige Bereiche in Höhe von rd. 0,9 Mio. EUR.

Bei den Minderauszahlungen aus Investitionstätigkeit sind im Wesentlichen Minderauszahlungen im Bereich der Tiefbaumaßnahmen entstanden, denen Mehrauszahlungen für Grünbaumaßnahmen entgegenstehen.

In 2014 wurden die Haushaltsreste gegenüber dem Vorjahr aufgebaut. Dadurch haben sich Minderauszahlungen ergeben.

Für die **Finanzierungstätigkeit** ergibt sich als Saldo aus Mindereinzahlungen in Höhe von 5.898.051,25 € und Minderauszahlungen in Höhe von 5.988.684,88 € eine **Ergebnisverbesserung** in Höhe von **90.633,63 €**. Die Abweichungen zwischen den Ein- und Auszahlungen 2014 und dem jeweiligen Ansatz ergeben sich daraus, dass ein Kredit, dessen Zinsbindung in 2014 endete, nicht umgeschuldet wurde. Der Kredit wurde bei der darlehensvergebenden Bank verlängert. Da im Rahmen der Haushaltsplanung eine Umschuldung einkalkuliert wurde, tritt sowohl bei der Ein- als auch bei der Auszahlung eine entsprechende Differenz auf.

Eine zusammengefasste Darstellung enthält die nachfolgende Tabelle:

	Finanzrechnung		Abweichungen	
	Nach dem Ansatz	Nach dem Ergebnis	absolut	relativ
	-in €- [1)]	-in €-	-in €-	in v. H.
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	36.982.100,00	28.282.462,57	- 8.699.637,43	- 23,5
Saldo aus Investitions-tätigkeit	- 67.721.300,00	- 49.310.439,27	18.410.860,73	27,2
Finanzmittel-Überschuss/ -Fehlbetrag	- 30.739.200,00	-21.027.976,70	9.711.223,30	31,6
Saldo aus Finanzierungs-tätigkeit	- 16.6374.500,00	- 16.546.866,37	90.633,63	0,5
Finanzmittelbestand	- 47.376.700,00	- 37.574.843,07	9.801.856,93	20,7
Saldo aus haushalts-unwirksamen Vorgängen	0,00	116.286,55	116.286.55	---
Finanzmittelveränderung	**- 47.376.700,00**	**- 37.458.556,52**	**9.918.143,48**	20,9

[1)] inkl. geplantem Haushaltsresteabbau in Höhe von 8.100.000,00 € (Aufwand) und 9.200.000,00 € (Investitionen).

3. Ergebnisse der Jahresabschlüsse 2014 der Sonderrechnungen

3.1 Jahresabschluss 2014 der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

Der Jahresabschluss der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement ist nach § 4 der Verordnung über die selbständige Wirtschaftsführung kommunaler Einrichtungen besonderer Bestandteil des Jahresabschlusses der Stadt Braunschweig.

Der Plan 2014 wies im Ergebnishaushalt einen Überschuss in Höhe von 600 € aus. Im Jahresverlauf ist es zu höheren Einnahmen aus Betriebskostenabrechnungen und höheren Aufwendungen für Gebäudeinstandhaltungen gekommen. Aus der Ergebnisrechnung für das Jahr 2014 resultiert ein Überschuss in Höhe von 175.074,02 €. Dieser setzt sich zusammen aus einem Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 923.488,30 € und einem Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 1.098.562,32 €.

Die ordentlichen Erträge sind gegenüber der Planung um rd. 2.396.000 € höher ausgefallen. Dies beruht im Wesentlichen auf einer höheren Abrechnung der Betriebskosten, sowie höheren Erlösen aus Einzelaufträgen anderer Organisationseinheiten. Der Anstieg bei den ordentlichen Aufwendungen um rd. 3.330.000 € beruht in erster Linie auf einem höheren Aufwand für die Betriebskosten, für die Abwicklung der Aufträge anderer Organisationseinheiten der Stadt Braunschweig und für die Gebäudeinstandhaltung. Demgegenüber stehen geringere Personalaufwendungen.

Im Rahmen des Vorsichtsprinzip wurden auf der Basis von Kostenschätzungen maßnahmenbezogen Einzelrückstellungen gebildet. Nach Abschluss der Maßnahmen sind bei geringeren tatsächlichen Kosten die verbleibenden Beträge im Abschluss gem. § 43 Abs. 5 GemHKVO als außerordentliche Erträge auszuweisen. Es handelt sich um eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen in Höhe von rd. 1,1 Mio. €.

Eine zusammengefasste Darstellung enthält die folgende Tabelle:

	Ergebnisrechnung		Abweichungen	
	Nach dem Ansatz	Nach dem Ergebnis	absolut	relativ
	-in €-	-in €-	-in €-	in v.H.
Ordentliche Erträge	68.481.700,00	70.877.246,59	2.395.546,59	3,5
Ordentliche Aufwendungen	68.471.100,00	71.800.734,89	3.329.634,89	4,9
Ordentliches Ergebnis Jahresüberschuss (+)/ Jahresfehlbetrag (-)	**10.600,00**	**-923.488,30**	**-934.088,30**	**über 100 %**
Außerordentliche Erträge	0,00	1.099.742,32	1.099.742,32	---
Außerordentliche Aufwendungen	10.000,00	1.180,00	-8.820,00	-11,8
Außerordentliches Ergebnis	-10.000,00	1.098.562,32	1.108.562,32	**über 100 %**
Jahresergebnis Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	600,00	175.074,02	174.474,02	**über 100 %**

In der Finanzrechnung ist im Jahr 2014 der Finanzmittelbestand unverändert bei 200 € geblieben. Die Abweichungen gegenüber der Planung beruhen hauptsächlich auf Zahlungseingangsverschiebungen zum Jahreswechsel und geringeren Investitionen gegenüber der Planung.

Eine zusammengefasste Darstellung enthält die folgende Tabelle:

	Finanzrechnung		Abweichungen	
	Nach dem Ansatz	Nach dem Ergebnis	absolut	relativ
	-in €-	-in €-	-in €-	in v.H.
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	117.600,00	-254.445,10	-372.045,10	über 100 %
Saldo aus Investitions-tätigkeit	-122.000,00	--83.031,73	38.968,27	68,1
Finanzmittel-Überschuss/ Fehlbetrag	-4.400,00	-337.476,83	-333.076,83	über 100 %
Saldo aus Finanzierungs-tätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
Finanzmittelbestand	-4.400,00	-337.476,83	-337.476,83	über 100 %
Saldo aus haushalts-unwirksamen Vorgängen	0,00	337.476,83	337.476,83	--
Finanzmittelveränderung	0,00	0,00	0,00	--

3.2 Jahresabschluss 2014 der Sonderrechnung Stadtentwässerung

Der Jahresabschluss der Sonderrechnung Stadtentwässerung ist nach § 4 der Verordnung über die selbständige Wirtschaftsführung kommunaler Einrichtungen besonderer Bestandteil des Jahresabschlusses der Stadt Braunschweig. Die zum 1. Januar 2012 in Kraft getretene neue Einrichtungsverordnung sieht vor, dass für die Sonderrechnung ein Jahresabschluss entsprechend § 128 Abs. 1 bis 3 NKomVG aufzustellen ist.

Der Plan 2014 wies im Ergebnishaushalt eine Unterdeckung in Höhe von 1.236.000 € aus. Im Jahresverlauf ist es zu geringeren Einnahmen und geringeren Aufwendungen gekommen. Aus der Ergebnisrechnung für das Jahr 2014 resultiert ein Überschuss in Höhe von 2.032.473,53 €. Dieser setzt sich zusammen aus einem Überschuss des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 2.257.856,71 € und einem Fehlbetrag des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 225.383,18 €.

Aufgrund der Vorgaben des Landes hinsichtlich der Behandlung des Sonderpostens Gebührenausgleich sind das Planergebnis und das tatsächliche Ergebnis nur bedingt vergleichbar. Bei der Planung erfolgt eine Berücksichtigung der Auflösung des Sonderpostens Gebührenausgleich. Es erfolgen jedoch keine entsprechenden Buchungen im Jahresabschluss. Sowohl die Auflösung als auch die Zuführung zu dem Sonderposten wird mit dem Beschluss über den Jahresabschluss vorgenommen. Der Überschuss des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 2.257.856,71 € setzt sich daher zusammen aus einem Überschuss im Gebührenbereich in Höhe von 3.317.017,66 € und einem Fehlbetrag im neutralen Bereich in Höhe von 1.059.160,95 €.

Der Überschuss im Gebührenbereich in Höhe von 3.317.017,66 € wird dem Sonderposten Gebührenausgleich zugeführt. Diese Zuführung setzt sich zusammen aus einer Auflösung des Sonderpostens Gebührenausgleich in Höhe von 3.864.049,42 € und einer sich aus der Betriebsabrechnung ergebenden Zuführung in Höhe von 7.181.067,08 €. Dabei wurden die sich im Zusammenhang mit der Neukalkulation der Abwassergebühren 2005 bis 2009 nach den Urteilen des OVG Lüneburg aus dem Jahr 2013 ergebenden Veränderungen bei den Gebührenvorträgen berücksichtigt.

Die ordentlichen Erträge sind gegenüber der Planung um rd. 518.000 € geringer ausgefallen. Dies beruht im Wesentlichen darauf, dass die Auflösung des Sonderpostens Gebührenausgleich (geplant rd. 1,1 Mio. €) nicht im Ergebnis dargestellt wird. Demgegenüber haben sich insbesondere höhere Gebühreneinnahmen ergeben. Die ordentlichen Aufwendungen lagen um rd. 3,3 Mio. € unter dem Plan. Dies beruht insbesondere auf geringeren Aufwendungen für den an den AVB zu zahlenden Mitgliedsbeitrag sowie für die an die Stadtentwässerung Braunschweig GmbH (SEBS) zu zahlenden Betriebs- und Kapitalkostenentgelte.

Die nicht eingeplanten außerordentlichen Erträge in Höhe von rd. 90.000 € beruhen weitgehend auf der Auflösung von Rückstellungen. Die außerordentlichen Aufwendungen waren um rd. 385.000 € geringer als geplant. Dies beruht auf geringeren Verlusten Anlagenabgang.

Eine zusammengefasste Darstellung enthält die nachfolgende Tabelle:

	Ergebnisrechnung		Abweichungen	
	Nach dem Ansatz	Nach dem Ergebnis	absolut	relativ
	-in €-	-in €-	-in €-	in v.H.
Ordentliche Erträge	61.372.400,00	60.854.012,56	-518.387,44	-0,8
Ordentliche Aufwendungen	61.908.400,00	58.596.155,85	-3.312.244,15	-5,4
Ordentliches Ergebnis Jahresüberschuss (+)/ Jahresfehlbetrag (-)	**-536.000,00**	**2.257.856,71**	**2.793.856,71**	**über 100 %**
Außerordentliche Erträge	0,00	89.546,08	89.546,08	---
Außerordentliche Aufwendungen	700.000,00	314.929,26	-385.070,74	-55,0
Außerordentliches Ergebnis	**-700.000,00**	**-225.383,18**	**474.616,82**	**67,8**
Jahresergebnis Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**-1.236.000,00**	**2.032.473,53**	**3.268.473,53**	**über 100 %**

In der Sonderrechnung Stadtentwässerung wurde mit der Umstellung auf das NKR-Rechnungswesen unter der Position „Sonstige Rücklagen“ eine Rücklage zum Ausgleich von nichtgebührenfähigen Bestandsveränderungen am Kanalnetz ausgewiesen. Für diesen Zweck wurde bereits im Rahmen der Privatisierung unter Berücksichtigung künftig zu erwartender Zinserträge ein Bedarf in Höhe von 8,7 Mio. € ermittelt. Der in der Bilanz 2014 ausgewiesene Betrag berücksichtigt die bis Ende 2013 erfolgten Zuführungen und Verbräuche.

Zur Fortschreibung dieser Rücklage soll ein Betrag in Höhe von 290.156,10 €, der sich aus den Verlusten aus Anlagenabgang, die dem Kanalvermögen zuzuordnen sind, sowie aus den der Rücklage zuzuordnenden Zinserträgen zusammensetzt, aus der Rücklage abgedeckt werden. Dadurch verbleibt beim außerordentlichen Ergebnis ein Überschuss, der in die Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses einzustellen ist, in Höhe von 64.772,92 €.

In der Finanzrechnung hat sich im Jahr 2014 eine Erhöhung des Finanzmittelbestandes um 71.374,90 € auf 30.851.557,92 € ergeben. Die Abweichung zur Planung in Höhe von rd. 3,2 Mio. € beruht insbesondere darauf, dass es aufgrund höherer Gebühreneinnahmen zu höheren Einzahlungen und aufgrund der verringerten Aufwendungen für den AVB und die SEBS zu geringeren Auszahlungen gekommen ist.

Eine zusammengefasste Darstellung enthält die folgende Tabelle:

	Finanzrechnung		Abweichungen	
	Nach dem Ansatz	Nach dem Ergebnis	absolut	relativ
	-in €-	-in €-	-in €-	in v.H.
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.849.500,00	91.775,96	2.941.275,96	über 100 %
Saldo aus Investitionstätigkeit	-292.500,00	-23.270,99	271.760,51	92,9
Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag	-3.142.000,00	71.036,47	3.213.036,47	über 100 %
Saldo aus Finanzierungs-tätigkeit	0,00	0,00	0,00	---
Finanzmittelbestand	-3.142.000,00	71.036,47	3.213.036,47	über 100 %
Saldo aus haushalts-unwirksamen Vorgängen	0,00	338,43	338,43	---
Finanzmittelveränderung	**-3.142.000,00**	**71.374,90**	**3.213.374,90**	**über 100 %**

3.3 Jahresabschluss 2014 der Sonderrechnung Abfallwirtschaft

Der Jahresabschluss der Sonderrechnung Abfallwirtschaft ist nach § 4 der Verordnung über die selbständige Wirtschaftsführung kommunaler Einrichtungen (KomEinr-VO) besonderer Bestandteil des Jahresabschlusses der Stadt Braunschweig. Die zum 1. Januar 2012 in Kraft getretene neue Einrichtungsverordnung sieht vor, dass für die Sonderrechnung ein Jahresabschluss entsprechend § 128 Abs. 1 bis 3 NKomVG aufzustellen ist.

Der Plan 2014 wies im Ergebnishaushalt eine Unterdeckung in Höhe von 393.100 € aus. Im Jahresverlauf ist es zu geringeren Einnahmen und geringeren Aufwendungen gekommen. Aus der Ergebnisrechnung für das Jahr 2014 resultiert ein Überschuss in Höhe von 504.550,37 €. Dieser setzt sich zusammen aus einem Überschuss des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 483.431,64 € und einem Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 21.118,73 €.

Aufgrund der Vorgaben des Landes hinsichtlich der Behandlung des Sonderpostens Gebührenausgleich sind das Planergebnis und das tatsächliche Ergebnis nur bedingt vergleichbar. Bei der Planung erfolgt eine Berücksichtigung der Auflösung des Sonderpostens Gebührenausgleich. Es erfolgen jedoch keine entsprechenden Buchungen im Jahresabschluss. Sowohl die Auflösung als auch die Zuführung zu dem Sonderposten

wird mit dem Beschluss über den Jahresabschluss vorgenommen. Der Überschuss des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 483.431,64 € setzt sich daher zusammen aus einem Überschuss im Gebührenbereich in Höhe von 867.688,01 € und einem Fehlbetrag im neutralen Bereich in Höhe von 384.256,37 €

Der Überschuss im Gebührenbereich in Höhe von 867.688,01 € wird dem Sonderposten Gebührenausgleich zugeführt. Diese Zuführung setzt sich zusammen aus einer planmäßigen Auflösung des Sonderpostens Gebührenausgleich in Höhe von 1.321.443,16 € und einer sich aus der Betriebsabrechnung ergebenden Zuführung in Höhe von 2.189.131,17 €.

Die ordentlichen Erträge sind gegenüber der Planung um rd. 762.000 € geringer ausgefallen. Dies beruht im Wesentlichen darauf, dass die Auflösung des Sonderpostens Gebührenausgleich (rd. 1,3 Mio. €) nicht im Ergebnis dargestellt wird. Demgegenüber haben sich Mehreinnahmen in Höhe von rd. 419.000 € bei den Benutzungsgebühren ergeben. Dies resultiert in erster Linie aus Mehreinnahmen aufgrund eines höheren Behältervolumens beim Rest- und Bioabfall sowie aufgrund einer größeren Zahl an Direktanlieferungen. Demgegenüber gab es geringeren Anlieferungen auf dem Schüttfeld III der Deponie. Die ordentlichen Aufwendungen sind gegenüber der Planung um rd. 1,6 Mio. € geringer ausgefallen. Geringere Aufwendungen haben sich insbesondere für die an ALBA zu zahlenden Leistungsentgelte, für das an REMONDIS zu zahlende Verbrennungsentgelt, im Bereich der Deponie (für die Unterhaltung und die Sickerwasserreinigung) sowie im Bereich des Projektes „Unser sauberes Braunschweig“ ergeben.

Eine zusammengefasste Darstellung enthält die folgende Tabelle:

	Ergebnisrechnung		Abweichungen	
	Nach dem Ansatz	Nach dem Ergebnis	absolut	relativ
	-in €-	-in €-	-in €-	in v.H.
Ordentliche Erträge	42.547.000,00	41.785.124,92	-761.875,08	-1,8
Ordentliche Aufwendungen	42.940.100,00	41.301.693,28	-1.638.406,72	-3,8
Ordentliches Ergebnis Jahresüberschuss (+)/ Jahresfehlbetrag (-)	**-393.100,00**	**483.431,64**	**876.531,64**	**über 100 %**
Außerordentliche Erträge	0,00	25.645,73	25.645,73	---
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	4.527,00	4.527,00	---
Außerordentliches Ergebnis	**0,00**	**21.118,73**	**21.118,73**	---
Jahresergebnis Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**-393.100,00**	**504.550,37**	**897.650,37**	**über 100 %**

In der Finanzrechnung hat sich im Jahr 2014 eine Verringerung des Finanzmittelbestandes um 1.667.957,59 € auf 25.400.045,03 € ergeben. Die Abweichung zur Planung in Höhe von rd. 3,8 Mio. € resultiert in erster Linie daraus, dass für die geplanten Maßnahmen zur Deponierekultivierung nicht ganz so viel Mittel abgeflossen sind wie geplant. Hinzu kommt, dass es entsprechend der geringeren Erträge und Aufwendungen in der Ergebnisrechnung auch zu geringeren Ein- und Auszahlungen gekommen ist. Zudem sind nur geringe Auszahlungen für Investitionen angefallen.

Eine zusammengefasste Darstellung enthält die folgende Tabelle:

	Finanzrechnung		Abweichungen	
	Nach dem Ansatz	Nach dem Ergebnis	absolut	relativ
	-in €-	-in €-	-in €-	in v.H.
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-5.104.600,00	-1.614.302,51	3.490.297,49	68,4
Saldo aus Investitionstätigkeit	-331.000,00	-2.287,08	328.712,92	99,3
Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag	-5.435.600,00	-1.616.589,59	3.819.010,41	70,3
Saldo aus Finanzierungs-tätigkeit	-51.400,00	-51.368,00	32,00	0,1
Finanzmittelbestand	-5.487.000,00	-1.667.957,59	3.819.042,41	69,6
Saldo aus haushalts-unwirksamen Vorgängen	0,00	0,00	0,00	---
Finanzmittelveränderung	**-5.487.000,00**	**-1.667.957,59**	**3.819.042,41**	**69,6**

4. Schlussbemerkungen

4.1 Die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2014 der Stadt Braunschweig wurde vom Oberbürgermeister am 4. November 2015 gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG festgestellt.

4.2 Die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2014 der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement wurde vom Stadtbaurat am 10. November 2015 festgestellt.

4.3 Die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2014 der Sonderrechnung Stadtentwässerung wurde vom Finanzdezernenten am 26. Mai 2015 festgestellt.

4.4 Die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2014 der Sonderrechnung Abfallwirtschaft wurde vom Finanzdezernenten am 26. Mai 2015 festgestellt.

Geiger

Anlagen:

Anlage 1 Stellungnahme der Verwaltung zu den Prüfungsfeststellungen (Bezeichnung B/St bzw. WB/St) im Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes für das Haushaltsjahr 2014
Anlage 2 Jahresabschluss 2014 Stadt Braunschweig
Anlage 3 Jahresabschluss 2014 Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement
Anlage 4 Jahresabschluss 2014 Sonderrechnung Stadtentwässerung
Anlage 5 Jahresabschluss 2014 Sonderrechnung Abfallwirtschaft
Anlage 6 Schlussbericht 2014 Rechnungsprüfungsamt

Anlage 1

Stellungnahme der Verwaltung zu den Prüfungsfeststellungen (Bezeichnung B/St bzw. WB/St) im Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes für das Haushaltsjahr 2014

Tz. 10.2.2.2	Teilweise fehlende Überprüfung der Festwerte

Das Rechnungsprüfungsamt stellt fest, dass gemäß § 46 Abs. 1 S. 2 GemHKVO bei Festwerten in der Regel innerhalb von fünf Jahren eine körperliche Bestandsaufnahme durchzuführen sei. Die Verwaltung sei schriftlich um die Überprüfung der Festwerte zum Jahresabschluss zu den Jahresabschlüssen 2012 und 2013 gebeten worden. Im Ergebnis sei die Überprüfung bisher bei einem großen Teil der gebildeten Festwerte nicht erfolgt, obwohl seit der letzten Inventur über fünf Jahre vergangen seien. Weiterhin plane die Verwaltung, Festwerte erst in den folgenden Jahren zu überprüfen. Dadurch wäre die o. g. Frist teilweise deutlich überschritten. Die Verwaltung sei gehalten, die Bestandsaufnahmen zu beschleunigen und ggf. alternative Vorgehensweisen zu prüfen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Festwerte sind gemäß § 46 Abs. 1 Satz 2 GemHKVO in der Regel alle fünf Jahre zu überprüfen. Ziel der Verwaltung ist es, die Festwertüberprüfung auch entsprechend zu organisieren und mindestens den Fünfjahresrythmus einzuhalten. Von der Verwaltung wurde aber auch dargelegt, dass die Überprüfungen umfangreich sind und Erfahrungen zu den Verfahrensschritten noch nicht vorliegen. Entsprechend wurde ein Stufenplan aufgestellt, der berücksichtigt, dass nur eine schrittweise Überprüfung der Festwerte in der Umsetzung als realistisch angesehen wird, wenn ein erheblicher Finanzbedarf vermieden werden soll und die Überprüfungen den rechtlichen Rahmenbedingungen genügen sollen.

Nach dem Stufenplan standen im Haushaltsjahr 2014 zur Überprüfung durch Inventuren bestimmte Festwerte, wie z.B. die Bücher in der Bibliothek und die Beleuchtungsanlagen im Tiefbau, an. Mit der Abarbeitung der Inventuren wurde in 2014 wie geplant gestartet. Zum Teil liegen Ergebnisse vor, für die z.B. die Abstimmung mit dem Rechnungsprüfungsamt noch aussteht. Bei einigen Festwerten ist es jedoch aufgrund personeller Engpässe in den zu betreuenden Bereichen zu Verzögerungen gekommen. Der Stufenplan wird entsprechend angepasst.

Selbstverständlich ist geplant, die Festwertüberprüfungen auch in diesem Jahr weiter voranzutreiben. Inwieweit hierbei, u.a. vor dem Hintergrund hoher Arbeitsbelastung durch Flüchtlingsthemen, eine Beschleunigung erreicht werden kann, ist noch nicht absehbar. Auch bei einer kompletten externen Vergabe der Aufgabe müsste immer noch städtisches Personal für die Erfüllung der Rahmenbedingungen etc. sorgen. Eine Beschleunigung wäre daher auch hier nur begrenzt erreichbar und würde neben den Personalressourcen auch zusätzliche Finanzressourcen binden. Der vorgestellte Stufenplan ist unter den genannten Aspekten die z.Z. beste bekannte Vorgehensweise, so dass die Arbeit entsprechend fortgesetzt wird. Sobald sich im weiteren Verlauf Erkenntnisse über zusätzliche Möglichkeiten zur Beschleunigung der Verfahren ergeben, werden diese, wie z.B. die Auswertung von laufend geführten Bestandsverzeichnissen, selbstverständlich berücksichtigt.

Tz. 10.2.6.2	Fehlender Ausbau von Analysen und Bewertungen über das Zahlenwerk des Schlussberichtes hinaus

Das Rechnungsprüfungsamt stellt fest, dass der Rechenschaftsbericht der Stadt grundsätzlich die Vorgaben des § 57 GemHKVO erfülle. Im Rahmen der Prüfung ergäben sich dennoch grundsätzliche Bemerkungen, die im Folgenden dargestellt werden:

„Infolge der Bemerkungen in den Schlussberichten der Vorjahre wurde im Vorjahr seitens der Verwaltung die den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Darstellung der finanzwirtschaftlichen Lage erweitert. Im Rahmen der Darstellung werden Bewertungen der ermittelten Kennzahlen vorgenommen und analysiert. Dabei werden im Rahmen der Analyse kurze Informationen zum Verständnis vermittelt. Zudem erfolgen im Rahmen der Darstellung der finanzwirtschaftlichen Lage abschließend kurze Bewertungen der Jahresabschlussrechnungen, wie sie gemäß § 57 Abs. 1 Satz 2 GemHKVO gefordert sind. Entgegen den Zusagen seitens der Verwaltung wurden über das Zahlenwerk hinausgehende Analysen und Informationen sowie der Umfang der Bewertungen der Jahresabschlussrechnungen im Berichtsjahr nicht ausgebaut."

Stellungnahme der Verwaltung:

Den Ausführungen des Schlussberichtes gemäß hat die Verwaltung im Rechenschaftsbericht zum Jahresabschluss 2014 dem § 57 GemHKVO folgend den Verlauf der Haushaltswirtschaft und die finanzwirtschaftliche Lage der Stadt Braunschweig dargestellt (§ 57 Abs. 1 Satz 1 GemHKVO). Die Darstellung der finanzwirtschaftlichen Lage wurde dabei erweitert, indem analysierende Bewertungen der ermittelten Kennzahlen erfolgten und zusätzliche Informationen zum Verständnis zur Verfügung gestellt wurden.

Ebenso wurde der gesetzlichen Vorgabe gemäß eine Bewertung der Jahresabschlussrechnungen vorgenommen (§ 57 Abs. 1 Satz 2 GemHKVO). Schließlich wurden Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind und zu erwartende mögliche finanzwirtschaftliche Risiken für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung dargestellt (§ 57 Abs. 2 Sätze 1 u. 2 GemHKVO).

Vor diesem Hintergrund wird die Meinung, wonach ein entsprechender Ausbau der genannten Inhalte im Berichtsjahr nicht erfolgt sei, seitens der Verwaltung nicht geteilt. Die Ausführungen haben nach hiesiger Einschätzung in qualitativer und in quantitativer Hinsicht einen Stand, der in Umsetzung der rechtlichen Vorgaben die Informationsansprüche adressatengerecht berücksichtigt. Unbeschadet dessen wird die Verwaltung natürlich auch zukünftig Verbesserungspotenziale z.B. aus aktuellen Entwicklungen heraus auf ihre Eignung für eine Abbildung der konkreten Situation der Stadt Braunschweig hin beobachten.

Tz. 10.2.6.2	Keine Berücksichtigung von kreditähnlichen Rechtsgeschäften bei der Berechnung der Kennzahlen zu der Verschuldungs- und Zahlungsmittelsituation der Stadt

Das Rechnungsprüfungsamt stellt fest, dass im Rahmen der Berechnung der Kennzahlen zur Verschuldungs- und Zahlungsmittelsituation der Stadt (Kennzahl A.3 und Kennzahl A.4) die kreditähnlichen Rechtsgeschäfte nicht berücksichtigt wären. Da es sich bei den kreditähnlichen Rechtsgeschäften aber um eine Form der Fremdfinanzierung handele, soll eine Berücksichtigung der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte bei der Berechnung dieser Kennzahlen erfolgen. Bei einer Berücksichtigung der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte bei der Berechnung dieser Kennzahlen würde sich für das Jahr 2014 für die Kennzahl A.3 ein Wert von rd. 9 % und für die Kennzahl A.4 ein Wert von rd. 663 EUR ergeben.

Stellungnahme der Verwaltung:

Für die im Jahresabschluss enthaltenen Kennzahlen liegen der Verwaltung keine Vorgaben (z.B. des Landes) vor. Die Auswahl und Definition der Kennzahlen ist durch die Verwaltung erfolgt.

Es ist vorgesehen, bei den Kennzahlen A.3 und A.4 ab dem Jahresabschluss 2015 die kreditähnlichen Rechtsgeschäfte mit zu berücksichtigen.

Tz. 17.2.5.1	Fehlender Rahmenvertrag für die Beschaffung von Schulmobiliar

Das Rechnungsprüfungsamt stellt fest, dass für die Ausstattung der Schulen mit Schulmobiliar der FB 40 zuständig sei. Die Aufgabe der Beschaffung von Schulmobiliar sei durch den FB 40 mit Wirkung ab dem Zeitraum 2011 auf die Schulen übertragen worden. Maßgeblich für eine stadtweit einheitliche Beschaffung von Schulmobiliar seitens der Schulen sei der Abschluss eines entsprechenden Rahmenvertrags für die Beschaffung von Schulmobiliar. Beanstandungen darüber, dass ein entsprechender Rahmenvertrag vom FB 40 nicht auf den Weg gebracht würde, seien bereits in den Schlussberichten 2011 (Ziffer 4.6.5.4) und 2012 (Ziffer 4.6.3.1) erfolgt. Bei der Prüfung der Maßnahme 5S.400008 - GVG-FunkG/Lehrm. Schulen - sei für das Haushaltsjahr 2014 festgestellt worden, dass weiterhin kein entsprechender Rahmenvertrag bestünde. Die Beschaffung notwendigen Schulmobiliars würde seitens der Schulen je nach Bedarfsanfall in Form einzelner Freihändiger Vergaben erfolgen. Durch einen Rahmenvertrag, der teilweise auch von anderen nds. Kommunen für die Beschaffung von Schulmobiliar abgeschlossen würde, ließe sich nach prüfungsseitiger Auffassung der Verwaltungsaufwand in den Schulsekretariaten reduzieren und es würden auch wirtschaftlichere Preise erzielt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Fachbereich 40 ist für die Ersatzbeschaffung von Schulmobiliar zuständig (die Erstausstattung bei Neu- und Erweiterungsbauten erfolgt durch den FB 65). Im Jahr 2011 wurde die Budgetierung der Schulen um die Einrichtungsgegenstände erweitert. Ausschlaggebend hierfür war, dass dadurch die Eigenverantwortung der Schulen gestärkt werden konnte und eine stärkere Bedarfsorientierung zu erwarten war und dadurch ein wirtschaftlicheres Handeln eintritt. Außerdem war die Ausweitung der Budgetierung ausdrücklicher Wunsch der Schulen. Die Schulen beschaffen seitdem im Rahmen der ihnen eingeräumten Auftragsvergabeermächtigung i. H. v. 2.500 € eigenständig.

Nach erfolgter Abstimmung mit der zentralen Vergabestelle, dem Ref. 0140 und dem Schulleitersprecherkreis hat FB 40 im Januar 2016 die für einen Rahmenvertrag erforderlichen Unterlagen zur Prüfung und Ausschreibung an FB 10 abgegeben. Inhalt des abzuschließenden Rahmenvertrages sind allerdings nur einige wenige Artikel, die häufig von den Schulen nachgefragt werden und nicht sämtliche Einrichtungsgegenstände.

Tz. 17.2.5.2	Diebstähle an Schulen

Das Rechnungsprüfungsamt stellt fest, dass für die Schulträgeraufgaben Stadt gemäß Ziffer 3.2 Abs. 1 SDA I i. V. m. Anhang 1 SDA der FB 40 zuständig sei. Dem FB 40 oblägen hierbei insbesondere die Mitwirkung bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie bei der Instandhaltung und der Sanierung von Schulen. Zuständig für die an städtischen Schulen eingesetzten Hausmeister und für die an städtischen Schulen vorzunehmenden Baumaßnahmen einschließlich der entsprechenden Beauftragungen von Fremdfirmen sei der FB 65. Bei Bauarbeiten während der Ferienzeit sei es an städtischen Schulen wiederholt zu Diebstählen z. T. hochwertiger Gegenstände mit entsprechend einhergehenden Schäden für die Stadt gekommen. Der Ersatz der entsprechenden Gegenstände sei in der Regel durch den FB 40 zu bezahlen. Im Rahmen der Prüfung von ggf. vorhandenen Sicherheitsmängeln sei festgestellt worden, dass seitens des FB 65 bzw. der Hausmeister Schlüssel an Angehörige beauftragter Fremdfirmen ausgehändigt würden, sodass diese auch Zutritt zu Räumen hatten, aus denen bestimmte Gegenstände gestohlen wurden. Der FB 40 bzw. die Schulleitungen seien über die entsprechenden Aushändigungen von Schlüsseln nicht informiert worden. Beanstandet werde, dass schriftliche Regelungen zur Verfahrensweise der Verantwortlichen für die beschriebenen Sachlagen nicht existieren und beauftragte Fremdfirmen nicht ausreichend beaufsichtigt würden und Türen z. T. nicht verschlossen seien. Ebenso sei hier die Haftungsfrage ungeklärt. Der FB 40 sei dementsprechend aufgefordert, Regelungen zu erarbeiten, die dafür geeignet seien, dass bei entsprechender Verantwortungszuordnung derartige Diebstähle grundsätzlich verhindert werden könnten. Der

FB 40 sähe diesbezüglich aufgrund der Anzahl der gemeldeten Diebstähle keinen dringenden Handlungsbedarf.

Stellungnahme der Verwaltung:

Schulträger ist die Stadt Braunschweig. FB 40 ist nicht allein für die Wahrnehmung von Schulträgeraufgaben zuständig sondern auch andere Fachbereiche (z. B. FB 65 für den Bereich der Bauunterhaltung).

Die Sicherung des Eigentums und der Schutz vor Diebstählen im Zuge von Baumaßnahmen obliegt dem bauausführenden Fachbereich 65. Haftungsfragen, z. B. gegenüber ausführenden Firmen, können nur im Rahmen der jeweiligen Auftragsvergabe geregelt werden. Unabhängig davon beabsichtigt FB 40, den Schulleitungen die innerstädtischen Regelungen zur Sicherung des Eigentums aufzugeben. Es bedarf aus hiesiger Sicht keiner weiteren Regelung, um Verantwortlichkeiten zuzuordnen.

Das Problem des Diebstahls bei Baumaßnahmen entsteht überwiegend in den Schulferien. Grundsätzlich ließe sich die Sicherung des Eigentums während laufender Baumaßnahmen in den Ferien nur durch zusätzlichen personellen Aufwand gewährleisten. Dies liegt darin begründet, dass die städtischen Schulhausmeister ihren tarifrechtlichen Urlaubsanspruch nur in den Ferien zugestanden bekommen (die Schulhausmeister werden zwingend im schulischen Regelbetrieb benötigt). D. h. eine personelle Begleitung jeder Baumaßnahme könnte zu großen Teilen nur durch Fremddienstleister (z. B. Braunschweiger Wach- u. Schließ), mit dem notwendigen finanziellen Aufwand erfolgen (Ein- u. Auslasskontrollen, Taschenkontrollen).

Tz. 19.4.2	Fehlende Dienstanweisung der Stadt Braunschweig über die Anwendung der Betriebsabrechnung

Im Rahmen der Prüfung der Betriebsabrechnungen der Jahre 2009 bis 2013 des Betriebes B321 Märkte sei festgestellt worden, dass die Dienstanweisung der Stadt Braunschweig über die Anwendung der Betriebsabrechnung (SDA II 20/06) mit Stand November 2006 nicht diesem, sondern dem Stand zum 31. August 1977 entspräche. Inhaltlich bedürfe die Dienstanweisung über die Anwendung der Betriebsabrechnung u. a. einer Anpassung an das zum 1. Januar 2008 bei der Stadt eingeführte NKR mit der doppischen Buchführung. Dem FB 20 sei dies mehrfach mitgeteilt worden.

Die Dienstanweisung der Stadt Braunschweig über die Anwendung der Betriebsabrechnung (SDA II 20/06) sei mit Schreiben des FB 10 vom 28. Januar 2013 aus der Sammlung der Dienstanweisungen und Dienstvereinbarungen (SDA) entfernt worden. Eine für das Verfahren zur Aufstellung von Betriebsabrechnungen zwingend notwendige Nachfolgeregelung existiere damit zurzeit nicht.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Feststellung des Rechnungsprüfungsamtes ist zutreffend.

Eine neue Verfahrensregelung für die Aufstellung von Betriebsabrechnungen ist in 2015 mit dem Rechnungsprüfungsamt erörtert worden. Aktuell liegt dem Rechnungsprüfungsamt eine überarbeitete Fassung der Regelung zur Abstimmung vor. Ich gehe davon aus, dass eine Verständigung darüber in 2016 möglich sein wird.

Trotz der fehlenden Verfahrensregelung werden Betriebsabrechnungen erstellt.

Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Braunschweig für das Haushaltsjahr 2014 durch den Oberbürgermeister gem. § 129 NKomVG

Die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2014 – ausschließlich der Jahresabschlüsse 2014 der Sonderrechnungen Hochbau und Gebäudemanagement, Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft – wird gem. § 129 NKomVG festgestellt.

Braunschweig, den 04.11.2015

Markurth
Oberbürgermeister

Stadt Braunschweig

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2014

Größe des Stadtgebietes der Stadt Braunschweig		19 215 ha

Die amtliche Einwohnerzahl der Stadt betrug:

nach der Volkszählung am	17.05.1939	196 068
nach der Volkszählung am	06.06.1961	246 085
nach der Volkszählung am	27.05.1970	223 700
nach der Gebietsreform am	01.03.1974	267 303
nach der Volkszählung am	25.05.1987	252 351
nach dem Zensus	31.12.2012	245 798
nach dem Zensus	31.12.2013	247 227

Inhaltsverzeichnis Jahresabschluss

		Farbe	Seite
I	**Allgemeines**	**weiß**	**9**
	1. Neues Kommunales Rechnungswesen (NKR)		11
	2. Glossar zu Begriffen des doppischen Haushalts im NKR		21
	3. Verwaltungsgliederungsplan		35
	4. Übersicht über die Produktgruppen		37
	5. Übersicht über die Konten		43
II	**Bilanz (§54 GemHKVO)**	**gelb**	**69**
	1. Komprimierte Darstellung		71
	2. Bilanz		75
	3. Vermerke unter der Bilanz		79
III	**Gesamt-Ergebnisrechnung (§50 GemHKVO)**	**blau**	**83**
IV	**Gesamt-Finanzrechnung (§51 GemHKVO)**	**blau**	**89**
V	**Teilhaushalte**	**weiß**	**95**
	Teilergebnisrechnung	**weiß**	
	Produktübersicht	**weiß**	
	Kennzahlenübersicht zu den wesentlichen Produkten	**weiß**	
	Teilfinanzrechnung	**weiß**	
VI	**Anhang (§55 GemHKVO)**	**rot**	**617**
	1. Allgemeine Erläuterungen		621
	2. Gliederungsgrundsätze		621
	3. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze		621
	4. Erläuterungen der wesentlichen Bilanzpositionen und der darauf angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden		622
	5. Weitere Erläuterungen		638
	6. Erläuterung der wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung		639
	7. Erläuterung der wesentlichen Positionen der Finanzrechnung		650
VII	**Anlagen zum Anhang (§56 GemHKVO)**	**gelb**	**657**
	1. **Anlagenübersicht (§56 Abs. 1 GemHKVO)**	**gelb**	659
	2. **Forderungsübersicht (§56 Abs. 2 GemHKVO)**	**gelb**	663
	3. **Schuldenübersicht (§56 Abs. 3 GemHKVO)**	**gelb**	667

VIII	**Rechenschaftsbericht (§57 GemHKVO)**		**blau**	**671**
	1.	Vorbemerkung		674
	2.	Finanzwirtschaftliche Lage der Stadt		674
	3.	Verlauf der Haushaltswirtschaft		686
	4.	Nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetretene Vorgänge von besonderer Bedeutung		786
	5.	Wesentliche finanzwirtschaftliche Risiken für die Aufgabenerfüllung		786
IX	**Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen (§ 128 (3) Zif. 5 NKomVG)**		**grün**	**793**

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

I. Allgemeines

1. Neues Kommunales Rechnungswesen (NKR)

2. Glossar zu den Begriffen des doppischen Haushalts im NKR

3. Verwaltungsgliederungsplan

4. Übersicht über die Produktgruppen

5. Übersicht über die Konten

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

1. Neues Kommunales Rechnungswesen (NKR)

Neues Kommunales Rechnungswesen (NKR)

1. Rechtsvorschriften

Durch das Gesetz zur Neuordnung des Gemeindehaushaltsrechts und zur Änderung gemeindewirtschaftsrechtlicher Vorschriften vom 15. November 2005 (Nds. GVBl. S. 342 - im Folgenden „Neuordnungsgesetz“ genannt) ist in Niedersachsen mit Wirkung vom 1. Januar 2006 ein neues kaufmännisch orientiertes kommunales Haushalts- und Rechnungswesen eingeführt worden. Näheres regelt die gleichfalls am 1. Januar 2006 in Kraft getretene neue Gemeindehaushalts- und -kassenverordnung – GemHK-VO – vom 22. Dezember 2005 (Nds. GVBl. S. 457).

Nach den Übergangsvorschriften in Art. 6 des Neuordnungsgesetzes können die bisherigen Bestimmungen der Nieders. Gemeindeordnung – NGO – zum Haushalts- und Rechnungswesen und die darauf beruhenden Verordnungsregelungen (Gemeindehaushaltsverordnung und Gemeindekassenverordnung) bis zum Haushaltsjahr 2011 für anwendbar erklärt werden. Auf dieser Grundlage hat der Rat am 20. Dezember 2005 einen entsprechenden Beschluss gefasst.

Zum 1. Januar 2008 wurde die Erste Eröffnungsbilanz aufgestellt, die der Rat der Stadt in seiner Sitzung am 9. Dezember 2008 fristgerecht beschlossen hat. Für das Haushaltsjahr 2008 wurde erstmalig zum 31. Dezember 2008 ein doppischer Jahresabschluss aufgestellt.

Auf Landesebene wurde vereinbart, durch eine Zusammenfassung der bestehenden Kommunalverfassungsgesetze zu einem einheitlichen Kommunalverfassungsgesetz Vorschriften reduzieren, Doppelungen vermeiden und die ehrenamtlichen Wirkungsmöglichkeiten verbessern zu wollen. Das Ergebnis dieser Vereinbarung ist das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576). In ihm sind die Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO), die Niedersächsische Landkreisordnung (NLO), das Gesetz über die Region Hannover, das Gesetz über die Neugliederung des Landkreises und der Stadt Göttingen und die Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von Rechtsvorschriften kommunaler Körperschaften (BekVo-Kom) aufgegangen, dadurch gegenstandslos geworden und deshalb aufgehoben worden. Der Aufbau des Gesetzes folgt im Wesentlichen dem der bisherigen Kommunalverfassungsgesetze.

2. Grundzüge des Neuen Kommunalen Rechnungswesens

2.1 Ausgehend von den Überlegungen zu einem „Neuen Steuerungsmodell“ finden im Neuen Kommunalen Rechnungswesen mit der Darstellung von Produkten mit Zielen und Kennzahlen in den Teilhaushalten erstmals auch Elemente zur sog. „Output-Steuerung“ Einzug in den kommunalen Haushalt.

Ziel des Neuen Kommunalen Rechnungswesens ist es, ein Haushaltsrecht zu entwickeln, welches vor allem folgende Vorteile gegenüber der Kameralistik bieten soll:

- Darstellung des Gesamtressourcenaufkommens und –verbrauchs
- Darstellung des Vermögens und der Schulden der Stadt
- Verdeutlichung der Ziele und Ergebnisse des Verwaltungshandelns und somit auch eine Outputorientierung
- Unterstützung einer flexiblen Mittelbewirtschaftung

Grundlage für das Neue Kommunale Rechnungswesen ist ein Rechnungsstil, dem die kaufmännische doppelte Buchführung zugrunde liegt. Die doppelte Buchführung erlaubt die Buchung sowohl von Zahlungsgrößen (Aus- und Einzahlungen) als auch von Erfolgsgrößen, also von Aufwendungen und Erträgen, sodass der vollständige Ressourcenverbrauch abgebildet wird. Die Doppik bringt Abschreibungen, eine jährliche Bilanz sowie die Erfassung und Bewertung des Vermögens und der Schulden (einschließlich Rückstellungen) mit sich.

Für ein spezifisches kommunales Rechnungswesen auf Basis der doppelten Buchführung spricht, dass die Ziele der privatwirtschaftlichen Unternehmen nicht mit denen der öffentlichen Haushalte identisch sind. Statt der Gewinnerzielung stehen bei den kommunalen Haushalten die kommunale Aufgabenerfüllung zur Förderung des Gemeinwohls und die Daseinsvorsorge im Vordergrund.

2.2 Zur Erreichung dieser Zielsetzungen stützt sich das neue kommunale Haushalts- und Rechnungswesen auf folgende Komponenten:

- Ergebnishaushalt und Ergebnisrechnung:

  Ergebnishaushalt und Ergebnisrechnung entsprechen der kaufmännischen Gewinn- und Verlustrechnung. Hier werden alle in einer Periode entstandenen Aufwendungen und Erträge ausgewiesen. Als Planungsinstrument ist der Ergebnishaushalt wichtigster Bestandteil des neuen Haushaltes. Gegenüber dem kameralen Rechnungssystem werden die Ressourcenverbräuche vollständig und periodengerecht erfasst. Diese beinhalten Abschreibungen wie auch Belastungen, die erst zu einem späteren Zeitpunkt zahlungswirksam werden (z. B. Pensionsrückstellungen). Periodengerecht bedeutet hierbei, dass der Zeitpunkt, in dem der Ressourcenverbrauch durch die Verwaltungstätigkeit wirtschaftlich verursacht wird, über die Zuordnung zum Haushaltsjahr entscheidet und nicht wie bisher der Zeitpunkt der Zahlung.

- Finanzhaushalt und Finanzrechnung:

  Während der Ergebnishaushalt und die Ergebnisrechnung alle Aufwendungen und Erträge erfassen, werden im Finanzhaushalt und in der Finanzrechnung die Ein- und Auszahlungen der Stadt vollständig abgebildet. Es werden also auch Zahlungen erfasst, die keinen Aufwand bzw. Ertrag darstellen. Dies ist u. a. bei Zahlungen im Zusammenhang mit der städtischen Investitionstätigkeit von Bedeutung, denn im Ergebnishaushalt werden nur die jährlichen Aufwendungen für Abschreibungen für die Investitionsobjekte abgebildet, nicht aber die zu leistenden gesamten Investitionssummen.

- Bilanz:

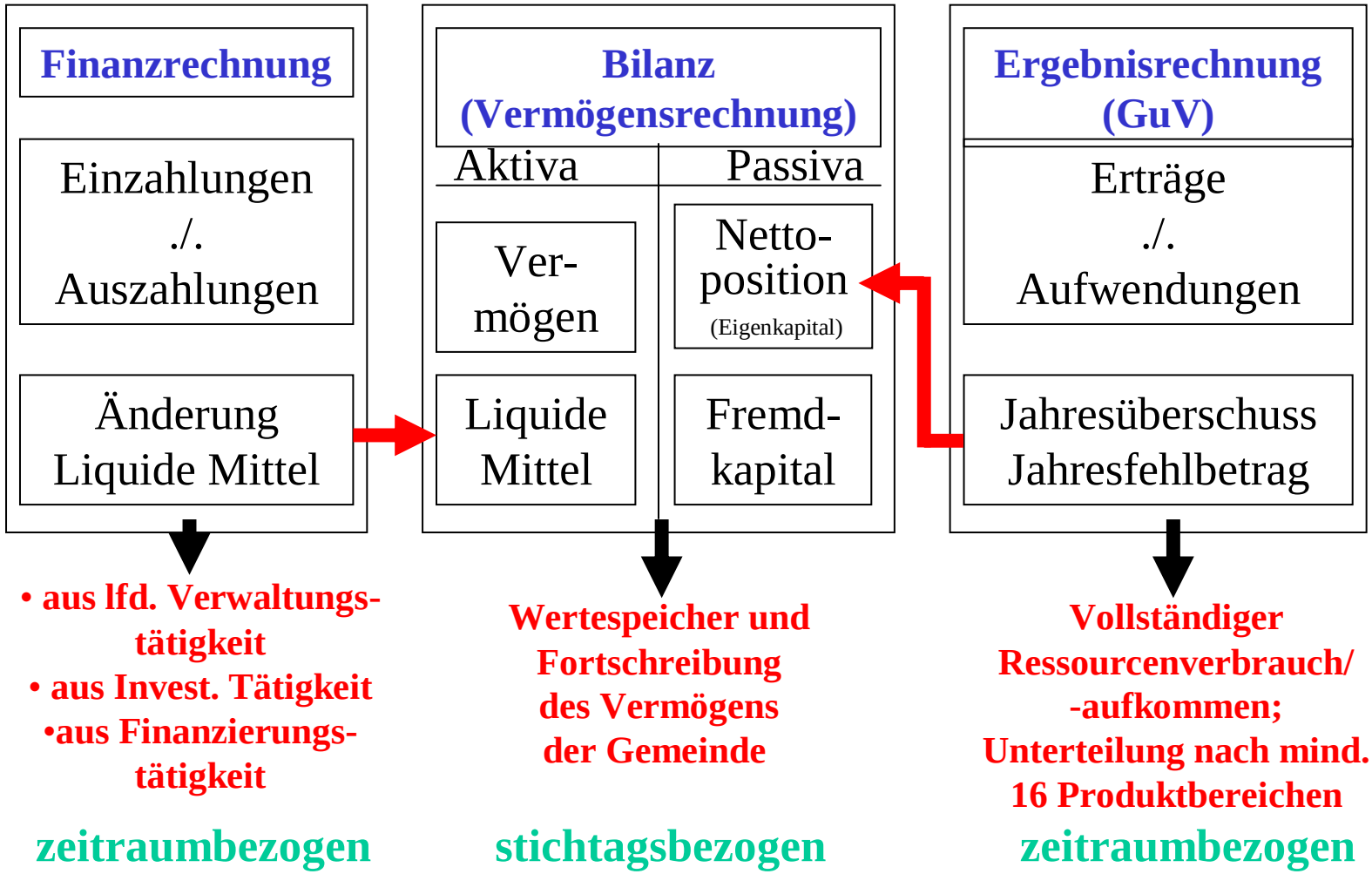
  Während die Ergebnis- und die Finanzrechnung zeitraumbezogene Betrachtungen beinhalten, stellt die Bilanz eine stichtagsbezogene Betrachtung dar. In ihr werden die Vermögensgegenstände, Schulden, Rückstellungen und Nettopositionen ausgewiesen.

  Die Aktivseite enthält das gesamte bewertete Vermögen der Stadt getrennt nach dem immateriellen Vermögen (z. B. Lizenzen, Konzessionen), dem Sachvermögen, dem Finanzvermögen und den liquiden Mitteln. Der Saldo der Finanzrechnung entspricht der Änderung des Bestandes an Zahlungsmitteln (liquide Mittel).

  Auf der Passivseite weist die Bilanz die Schulden sowie die Rückstellungen und die Nettoposition aus. Die Nettoposition enthält neben dem Basis-Reinvermögen, den Rücklagen und dem Jahresergebnis auch die Sonderposten. Das Basis-Reinvermögen, die Rücklagen und das Jahresergebnis entsprechen dem Eigenkapital nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches. Die Bezeichnung Nettoposition ist eine spezifische niedersächsische Begriffsbestimmung. Die Nettoposition ändert sich jährlich in Höhe des in der Ergebnisrechnung ausgewiesenen Jahresergebnisses. Der Saldo der Ergebnisrechnung wird als Jahresüberschuss bzw. Jahresfehlbetrag (Jahresergebnis) bezeichnet. Als Sonderposten werden u. a. Zuschüsse für Investitionen, die die Stadt erhalten hat, ausgewiesen.

Dieses 3-Komponenten-Rechnungssystem stellt sich wie folgt dar:

Drei-Komponenten-Rechnungssystem



3. Bestandteile und Gliederung des neuen doppischen Jahresabschlusses nach der NKomVG:

3.1 Nach § 128 NKomVG besteht der Jahresabschluss aus

- einer Ergebnisrechnung,
- einer Finanzrechnung,
- einer Bilanz sowie
- einem Anhang.

Nach § 128 Abs. 3 NKomVG sind dem Anhang ein Rechenschaftsbericht, eine Anlagenübersicht, eine Schuldenübersicht, eine Forderungsübersicht und eine Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen beizufügen.

3.2 Die **Ergebnisrechnung** umfasst die ordentlichen und die außerordentlichen Erträge sowie die ordentlichen und die außerordentlichen Aufwendungen. Für die Ergebnisrechnung wurde durch das Land folgende Gliederung vorgeschrieben:

Ergebnisrechnung einschließlich Plan-Ist-Vergleich

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis des Vorjahres -Euro-	Ergebnis des Haushaltsjahres -Euro-	Ansätze des Haushaltsjahres -Euro-	mehr(+) weniger (-) -Euro-	aus Spalte 5: bisher nicht bewilligte über-/außerplanmäßige Aufwendungen[3] -Euro-
1	2	3	4	5	6
ordentliche Erträge	—	—	—	—	—
1. Steuern und ähnliche Abgaben					—
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]					—
3. Auflösungserträge aus Sonderposten					—
4. sonstige Transfererträge					—
5. öffentlich-rechtliche Entgelte [2]					—
6. privatrechtliche Entgelte					—
7. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					—
8. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					—
9. aktivierte Eigenleistungen					—
10. Bestandsveränderungen					—
11. sonstige ordentliche Erträge					—
12. = Summe ordentliche Erträge					—
ordentliche Aufwendungen	—	—	—	—	—
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
20. = Summe ordentliche Aufwendungen					
21. ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen) **Jahresüberschuss(+)/Jahresfehlbetrag (-)**					
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
24. außerordentliches Ergebnis (außerordentliche Erträge abzüglich außerordentliche Aufwendungen)					
Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis) **Überschuss (+)/Fehlbetrag (-)**					

[1] nicht für Investitionstätigkeit
[2] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit
[3] Die Angaben in Spalte 5 können dem Jahresabschluss in einer gesonderten Anlage beigefügt werden.

Die Aufwendungen und Erträge ordnen den Ressourcenverbrauch und das Ressourcenaufkommen periodengerecht zu. So umfasst der Aufwand z. B. auch die über die Nutzungsdauer des Anlagevermögens verteilten Abschreibungen sowie die Zuführung zu Pensionsrückstellungen.

3.3 In der **Finanzrechnung** werden alle Ein- und Auszahlungen abgebildet. Es werden auch Zahlungen erfasst, die keinen Ertrag bzw. Aufwand darstellen. Hierbei handelt es sich u. a. um die Ein- und Auszahlungen für Investitionen.

Finanzrechnung einschließlich Plan-Ist-Vergleich

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis des Vorjahres ... -Euro-	Ergebnis des Haushalts-jahres -Euro-	Ansätze des Haushalts-jahres -Euro-	mehr(+) weniger (-) -Euro-	aus Spalte 5 bisher nicht bewilligte über-/außer-planmäßige Auszahlungen[4] -Euro-
1	2	3	4	5	6
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	—	—	—	—	—
1. Steuern und ähnliche Abgaben					—
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen[1]					—
3. sonstige Transfereinzahlungen					—
4. öffentlich-rechtliche Entgelte[2]					—
5. privatrechtliche Entgelte[3]					—
6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen[3]					—
7. Zinsen und ähnliche Einzahlungen					—
8. Einzahlungen aus der Veräußerung geringwertiger Vermögensgegenstände					—
9. sonstige haushaltswirksame Einzahlungen					—
10. = Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					—
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	—	—	—	—	—
11. Auszahlungen für aktives Personal					—
12. Auszahlungen für Versorgung					—
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für geringwertige Vermögensgegenstände					—
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen					—
15. Transferauszahlungen[3]					—
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen					—
17. = Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					—
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeile 10 abzüglich Zeile 17)					—
Einzahlungen für Investitionstätigkeit	—	—	—	—	—
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit					
20. Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit					
21. Veräußerung von Sachvermögen					
22. Finanzvermögensanlagen					
23. Sonstige Investitionstätigkeit					
24. = Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit					
Auszahlungen für Investitionstätigkeit	—	—	—	—	—
25. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden					
26. Baumaßnahmen					
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen					
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen					
29. Aktivierbare Zuwendungen					
30. Sonstige Investitionstätigkeit					
31. =Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit					
32. Saldo aus Investitionstätigkeit (Summe Einzahlungen abzüglich Summe Auszahlungen für Investitionstätigkeit)					
33. Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Summen Zeile 18 und 32)					

RdErl. d. MI v. 04.12.2006 (Nds. MBl. Nr.2/2007, S.42) Stand: Januar 2007

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis des Vorjahres ... -Euro-	Ergebnis des Haushaltsjahres ... -Euro-	Ansätze des Haushaltsjahres -Euro-	mehr(+) weniger (-) -Euro-	aus Spalte 4 bisher nicht bewilligte über-/außerplanmäßige Auszahlungen[4] -Euro-
1	2	3	4	5	6
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34. Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
35. Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus Zeile 34 und 35)					
37. Finanzmittelbestand (Saldo aus Zeile 33 und 36)					
38. haushaltsunwirksame Einzahlungen (u. a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)			—	—	—
39. haushaltsunwirksame Auszahlungen (u. a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)			—	—	—
40. Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen (Zeile 38 und Zeile 39)			—	—	—
41. +/- Anfangsbestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Jahres					
42. = Endbestand an Zahlungsmitteln (Liquide Mittel am Ende des Jahres) (Summe aus Zeilen 37, 40 und 41)					

[1] nicht für Investitionstätigkeit
[2] ohne Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit
[3] außer für Investitionstätigkeit
[4] Die Angaben in Spalte 5 können dem Jahresabschluss in einer gesonderten Anlage beigefügt werden.

Die Finanzrechnung gliedert sich in die Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit, für Investitionstätigkeit und aus Finanzierungstätigkeit. Die Investitionen werden im doppischen Haushaltsrecht grundsätzlich nur im Finanzhaushalt abgebildet. Bestandteil der Ergebnisrechnung sind im Investitionsbereich lediglich die Aufwendungen für Abschreibungen.

Die Gliederung der Finanzrechnung bei den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit entspricht im Wesentlichen der unter Ziffer 3.2 dargestellten Gliederung der Ergebnisrechnung mit Ausnahme der nicht zahlungsrelevanten Erträge (Auflösungserträge aus Sonderposten, aktivierte Eigenleistungen) und Aufwendungen (Abschreibungen und Zuführungen zu Rückstellungen).

Bei den Einzahlungen für Investitionstätigkeit handelt es sich im Wesentlichen um Einzahlungen aus Zuwendungen, aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten sowie aus der Veräußerung von Sachvermögen und Finanzvermögensanlagen. Die Auszahlungen für Investitionstätigkeit gliedern sich in Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden, für Baumaßnahmen, für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen sowie für den Erwerb von Finanzvermögensanlagen.

Bei den Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit handelt es sich um Einzahlungen aus Kreditaufnahmen und um die Tilgung der von der Stadt in der Vergangenheit aufgenommenen Kredite. Kreditaufnahmen führen in den Folgejahren zu Zinszahlungen, die sowohl im Finanz- als auch im Ergebnishaushalt dargestellt werden sowie zu Tilgungen, die nur im Finanzhaushalt geplant werden.

3.4 Nach § 4 Abs. 1 GemHKVO wird der Haushalt in **Teilhaushalte** gegliedert. Die Gliederung entspricht der örtlichen Verwaltungsgliederung. In den Teilhaushalten werden die ihnen zugeordneten Produkte abgebildet. Für die Teilhaushalte werden Teilergebnis- und Teilfinanzrechnungen erstellt. Die Teilhaushalte ersetzen die Gliederung des bisherigen kameralen Haushaltes in Einzelpläne, Abschnitte und Unterabschnitte.

Entsprechend der Verwaltungsgliederung wurden für jeden Fachbereich und jedes Referat Teilhaushalte gebildet. Weitere Teilhaushalte sind darüber hinaus für die bisherigen Unterabschnitte „Politische Gremien“ (UA 00000), „Verwaltungsführung“ (UA 00100) und „Personalvertretung“ (UA 08300) gebildet worden. Ein weiterer Teilhaushalt wurde für den bisherigen Einzelplan 9 „Allgemeine Finanzwirtschaft“ eingerichtet. Die Bildung dieser gesonderten Teilhaushalte ist auf die über einzelne Fachbereiche hinausgehende Bedeutung zurückzuführen.

Wesentlicher Bestandteil des neuen Haushaltsplanes ist die Abbildung von Zielen und Kennzahlen in Verbindung mit den Finanzdaten. Diese Abbildung vollzieht sich in den Teilhaushalten.

Nach § 4 Abs. 7 GemHKVO werden in den Teilhaushalten der Fachbereiche und Referate die wesentlichen Produkte mit den dazugehörigen Leistungen und die zu erreichenden Ziele mit den dazu geplanten Maßnahmen beschrieben sowie die Kennzahlen zur Zielerreichung bestimmt. Die bisherige separat dargestellte strategische Planung der Stadt wurde somit in den Haushaltsplan auf Ebene der Teilhaushalte einbezogen.

Im Jahresabschluss sind darauf bezogen in den Teilhaushalten der Fachbereiche und Referate folgende Komponenten enthalten:

- Teilergebnisrechnung
- Übersicht über alle Produkte des Teilhaushaltes mit Erträgen und Aufwendungen
- Teilfinanzrechnung

In den großen Teilhaushalten werden zusätzlich die wesentlichen Produkte mit darauf bezogenen Maßnahmen abgebildet.

4. Vermögens- und Schuldenlage in der kommunalen Bilanz

Mit der Aufstellung einer Bilanz als eine weitere der drei Komponenten des NKR wird der vollständige Nachweis der Vermögens- und Schuldensituation als zentrales Ziel der Bilanz zur gesetzlichen Verpflichtung.

Die Bilanz hat zu diesem Zweck das gesamte Vermögen und die gesamten Schulden und Rückstellungen zu einem Stichtag zu erfassen. Die Bilanz ist damit eine stichtagsbezogene Betrachtung.

Die Differenz zwischen Vermögen und Fremdkapital (Schulden und Rückstellungen) wird als sogenannte Nettoposition bezeichnet. Das Fremdkapital dokumentiert die Belastungen der Stadt. Dazu gehören nicht nur die in der Vergangenheit als Schulden dargestellten Verbindlichkeiten aus Investitionen, sondern auch weitere Positionen, wie z.B. Liquiditätskredite, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie vor allem die Rückstellungen.

5. Bestandteile und Gliederung der Bilanz

5.1 Für die Aufstellung der Bilanz gelten die Vorschriften der NKomVG und die aufgrund der NKomVG erlassenen Verordnungsregeln zur Bilanz entsprechend.

5.2 Nach § 54 Abs. 1 GemHKVO wird die Bilanz in Kontoform aufgestellt. Dabei werden die in den Absätzen 2 bis 4 bezeichneten Posten in der angegebenen Reihenfolge gesondert ausgewiesen. Für die Aufstellung und Veröffentlichung der Bilanz werden die von dem für Inneres zuständigen Ministerium vorgegebenen Muster verwendet.

Nach § 54 Abs. 5 GemHKVO sind Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre, sofern sie nicht auf der Passivseite auszuweisen sind, unter der Bilanz zu vermerken. Zu den Vorbelastungen gehören insbesondere Haushaltsreste, Bürgschaften, Gewährleistungsverträge, in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen und Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften sowie über das Haushaltsjahr hinaus gestundete Beträge.

5.3 Die Bilanz wird in einem Anhang erläutert. Die Erläuterungen beziehen sich auf Gliederungs-, Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze. Außerdem werden wesentliche Bilanzpositionen und die darauf angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden erläutert. Dem Anhang sind gemäß § 128 Abs. 3 NKomVG ein Rechenschaftsbericht, eine Anlagen-, Schulden- und Forderungsübersicht sowie eine Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen beigefügt.

Die Anlagen-, Forderungs- und Schuldenübersicht werden nach gem. § 178 Abs. 3 NKomVG verbindlich vorgegebenen Mustern erstellt.

6. Besonderheiten des niedersächsischen Rechts

Das Neue Kommunale Rechnungswesen wurde länderspezifisch ausgeprägt. Das bedeutet, dass es in verschiedenen Bundesländern teilweise unterschiedliche Regelungen zur Bilanzierung gibt. Auf drei wesentliche Unterschiede soll im Folgenden hingewiesen werden.

- Nach dem Handelsgesetzbuch (HGB) wird die Aktivseite der Bilanz in Anlage- und Umlaufvermögen unterteilt. Diese Unterteilung wurde z.B. auch in Nordrhein-Westfalen (NRW) so übernommen. In Niedersachsen dagegen gliedert sich das Vermögen in immaterielles Vermögen, Sachvermögen, Finanzvermögen, liquide Mittel und aktive Rechnungsabgrenzung.

- Das HGB verwendet den Begriff Eigenkapital. In einer Bilanz nach niedersächsischem Recht findet man keine Position Eigenkapital, sondern es wird der Begriff Nettoposition verwendet. Die Nettoposition setzt sich dabei zusammen aus dem Basis-Reinvermögen, den Rücklagen, dem Jahresergebnis und den Sonderposten. Damit ist die niedersächsische Nettoposition ähnlich dem Eigenkapital nach HGB. Einen Unterschied stellen jedoch die Sonderposten dar, die in der Bilanzgliederung nach § 266 HGB nicht enthalten sind.

- In einer Bilanz aus NRW findet man wie nach HGB eine Position Eigenkapital. In einer hessischen Bilanz findet man sowohl den Begriff Eigenkapital als auch den Begriff Nettoposition, wobei die Nettoposition eine Unterposition zum Eigenkapital darstellt.

In Niedersachsen sind die Vermögensgegenstände in der Eröffnungsbilanz mit dem Anschaffungs- oder Herstellungswert, vermindert um die darauf basierenden Abschreibungen anzusetzen. In NRW ist die Ermittlung der Wertansätze für die Eröffnungsbilanz auf der Grundlage von vorsichtig geschätzten Zeitwerten vorzunehmen. Hierdurch kommt es bei gleichen Vermögensgegenständen zu Unterschieden in der Höhe des Wertes.

Diese Beispiele zeigen, dass bei länderübergreifenden Vergleichen zwingend Klarheit über die Begrifflichkeiten und die jeweils bestehenden Regelungen zu Ansatz, Bewertung und Ausweis von Bilanzpositionen hergestellt werden muss.

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

2. Glossar zu den Begriffen des doppischen Haushalts im NKR

Glossar zu Begriffen des doppischen Haushalts im NKR

Abschreibung
Unter der Abschreibung versteht man den Betrag bzw. die Methode zur Ermittlung des Betrages, der bei Gegenständen des abnutzbaren Anlagevermögens die im Laufe der Nutzungsdauer durch Nutzung eingetretenen Wertminderungen an den einzelnen Vermögensgegenständen erfassen soll und der dementsprechend periodengerecht in der Ergebnisrechnung als Aufwand angesetzt wird.

Aktiva
Als Aktiva ist die Summe der Vermögensgegenstände (auf der linken Seite) der Bilanz definiert, die die Mittelverwendung abbilden. Dazu zählen das immaterielle Vermögen, das Sachvermögen, das Finanzvermögen, die liquiden Mittel und die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten. Das buchhalterische Verfahren zur Erfassung der Aktiva wird als Aktivierung bezeichnet. Auf der rechten Seite der Bilanz sind die Passiva aufgeführt, die die Mittelherkunft zeigen.

Aktivierung
Das buchhalterische Verfahren zur Erfassung und Ausweisung eines Postens auf der Aktivseite der Bilanz wird als Aktivierung bezeichnet.

Anlagevermögen
Das Anlagevermögen umfasst alle Gegenstände, die dazu bestimmt sind, von der Kommune dauerhaft genutzt zu werden. Anlagevermögen beinhaltet immaterielle Vermögensgegenstände (z. B. Konzessionen), Sachanlagen (z. B. Grundstücke und Gebäude) sowie Finanzanlagen (z. B. Beteiligungen).

Aufwand
In Geld ausgedrückter, aber nicht unbedingt zahlungswirksamer Werteverzehr durch Verbrauch oder Abnutzung von Gütern und Dienstleistungen einer Organisationseinheit in einem Zeitabschnitt, der in der Ergebnisrechnung den Erträgen gegenübergestellt wird; Ausgaben für empfangene Güter und Dienstleistungen im Jahr ihrer wirtschaftlichen Zugehörigkeit.

Ausgabe
Zugang von Gütern oder Dienstleistungen. Soweit der Zugang nicht gleichzeitig mit einem Zahlungsmittelabfluss verbunden ist, entstehen Verbindlichkeiten, sodass sie mit einem Schuldrechtsverhältnis verknüpft sind.

Auszahlung
Abfluss von flüssigen Mitteln (Verminderung des Bargeldbestandes und Belastungen der Girokonten).

Beteiligung
In dem niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) und der Gemeindehaushalts- und -kassenverordnung (GemHKVO) ist der Begriff der Beteiligung nicht definiert, deshalb erfolgt ein Rückgriff auf § 271 Handelsgesetzbuch (HGB). Danach sind Beteiligun-

gen Anteile an anderen Unternehmen, die bestimmt sind, den eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauernden Verbindung zu jenen Unternehmen zu dienen. Dabei ist die Beteiligungsabsicht, nicht die Beteiligungshöhe entscheidend. Beteiligungsabsicht liegt dabei in denjenigen Fällen vor, in denen die Kommune mit der Beteiligung mehr verfolgt als die Absicht einer (dauernden) Kapitalanlage gegen angemessene Verzinsung. Indizien hierfür können z.B. personelle Verflechtungen, interdependente Produktionsprogramme, gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten, gegenseitige Lieferungs- und Abnahmeverträge ebenso wie Branchenverwandtschaft sein. Als Beteiligung gelten im Zweifel Anteile an einer Kapitalgesellschaft, die insgesamt den fünften Teil des Nennkapitals dieser Gesellschaft überschreiten. Die Mitgliedschaft in einer eingetragenen Genossenschaft gilt nicht als Beteiligung in diesem Sinne.

Bilanz
Eine Bilanz ist eine auf einen bestimmten Stichtag bezogene Gegenüberstellung von Vermögen und Kapital einer Organisationseinheit. Traditionell wird die Bilanz in einer zweispaltigen Tabelle (Kontenform) dargestellt. In der linken Spalte („Aktiva“) der Tabelle werden die Vermögensgegenstände, in der rechten Spalte („Passiva“) das Eigen- und Fremdkapital der Kommune aufgeführt. Die Bilanz ist immer ausgeglichen.

Budget
Ein Budget ist ein in wertmäßigen Größen formulierter Plan, der einer Entscheidungseinheit für eine bestimmte Zeitperiode mit einem bestimmten Verbindlichkeitsgrad vorgegeben wird. Budgets unterstützen die Ergebniszielorientierung der Steuerung. Durch eine Verbindung von Budgets (Finanzvorgaben) mit Leistungszielen wird die Outputorientierung der Steuerung unterstützt.

Budgetierung
Die Budgetierung ist ein System der dezentralen Verantwortung einer Organisationseinheit für ihren Finanzrahmen bei festgelegtem Leistungsumfang mit bedarfsgerechtem, in zeitlicher und sachlicher Hinsicht selbstbestimmtem Mitteleinsatz bei grundsätzlichem Ausschluss der Überschreitung des Finanzrahmens (Budgetierung im materiellen Sinne). Bereitstellung von Finanzmitteln in Form von vorab verhandelten Budgets zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung „vor Ort“.

Dezentrale Ressourcenverantwortung
Weiterführung der Budgetierung; während diese nur Verantwortung für die Ressource Finanzen dezentralisiert, erfolgt dies bei der dezentralen Ressourcenverantwortung hinsichtlich sämtlicher Ressourcen (Personal, Finanz- und Sachmittel etc.). Den dezentralen Einheiten wird die Verantwortung für die Leistungserstellung in jeglicher Hinsicht übertragen.

Doppelte Buchführung (Doppik)
Doppik ist die planmäßige und lückenlose Aufzeichnung aller Geschäftsvorfälle einer Organisationseinheit mit dem Ziel, jederzeit einen Überblick über die Vermögenslage und den Stand der Schulden zu ermöglichen.

Die Doppelte Buchführung ist das heute fast ausschließlich verwendete System der Buchführung von kaufmännischen Unternehmungen mit den Grundsätzen:

a) Jede durch einen Geschäftsvorfall ausgelöste und aufgrund eines Beleges vorgenommene Buchung berührt mindestens zwei Konten, die im Buchungssatz benannt werden.

b) Die Ermittlung des Periodenerfolges geschieht zweimal: (1) durch die Bilanz und (2) durch die Ergebnisrechnung.

Eigenkapital
Das Eigenkapital ist die Differenz zwischen dem Vermögen (Aktiva) und den Schulden (Rückstellungen und Verbindlichkeiten). Jahresüberschüsse erhöhen und Jahresfehlbeträge mindern das Eigenkapital. Nach der NKomVG gliedert sich die Passivseite der Bilanz in Schulden sowie Rückstellungen und Nettoposition. Die Nettoposition enthält neben dem Basis-Reinvermögen, den Rücklagen und dem Jahresergebnis auch die Sonderposten. Das Basis-Reinvermögen, die Rücklagen und das Jahresergebnis können als Eigenkapital im engeren Sinne bezeichnet werden. Fasst man die vorgenannten Positionen mit der Position Sonderposten zusammen, erhält man die Nettoposition und damit ein Eigenkapital im weiteren Sinn. Unter den Sonderposten werden empfangene Zuweisungen und Zuschüsse für abnutzbare Vermögensgegenstände ausgewiesen. Durch Zuführung von außen oder durch Verzicht auf Gewinnausschüttungen von innen ohne zeitliche Begrenzung zur Verfügung gestellte Mittel werden als Eigenkapital bezeichnet. Sofern die Zweckbindung erfüllt wird, handelt es sich bei Zuweisungen und Zuschüssen um von außen ohne zeitliche Begrenzung zur Verfügung gestellte Mittel. Insofern können die Sonderposten zum Eigenkapital im weiteren Sinn gerechnet werden.

Einnahme
Abgang von Gütern und Dienstleistungen; soweit dieser nicht gleichzeitig mit einem Zahlungsmittelzufluss verbunden ist, entsteht stattdessen eine Forderung.

Einzahlung
Zugang von flüssigen Mitteln (Erhöhung des Bargeldbestandes und Gutschrift auf Girokonten).

Ergebnisrechnung
Ein Bestandteil des Drei-Komponenten-Systems; in der zeitraumbezogenen Ergebnisrechnung werden Erträge und Aufwendungen einer Kommunalverwaltung für eine Rechnungsperiode gegenübergestellt. Der Saldo ergibt den Jahresüberschuss oder Jahresfehlbetrag. Ein Jahresüberschuss erhöht und ein Jahresfehlbetrag senkt das „Eigenkapital“.

Eröffnungsbilanz
Die erstmalige Aufstellung einer Bilanz wird Eröffnungsbilanz oder auch Gründungsbilanz genannt. Für Kommunen bildet die Eröffnungsbilanz den Ausgangspunkt für ein kaufmännisches Haushalts- und Rechnungssystem. Danach bildet die Schlussbilanz der jeweiligen Rechnungsperioden gleichzeitig die Eröffnungsbilanz/Anfangsbilanz des Folgejahres.

Ertrag
In Geld ausgedrückter, aber nicht unbedingt zahlungswirksamer Wertezuwachs in einem Zeitabschnitt.

Festwert
Für Vermögensgegenstände des Sachvermögens, die regelmäßig ersetzt werden und deren Gesamtwert von nachrangiger Bedeutung ist, können Festwerte gebildet werden, sofern der Bestand in seiner Größe, seinem Wert und seiner Zusammensetzung nur geringen Schwankungen unterliegt. Bei der Bildung von Festwerten handelt es sich um eine Ausnahme vom Grundsatz der Einzelbewertung. Dabei wird ein fester Buchwert in der Bilanz angesetzt. Der Festwert unterliegt keiner Abschreibung, sondern wird über mehrere Jahre fortgeführt. Voraussetzung ist ein regelmäßiger Ersatz der zu einem Festwert zusammengefassten Vermögensgegenstände, so dass Zugänge und Abgänge einschließlich planmäßiger Abschreibungen im Wesentlichen ausgeglichen wären und damit Menge und Wert des Festwertes annähernd gleich bleiben.

Finanzrechnung
Ein Bestandteil des Drei-Komponenten-Systems; neben der Ergebnisrechnung das zweite zeitraumbezogene Rechenwerk des Jahresabschlusses. Die Finanzrechnung dient dem Nachweis der empfangenen Einzahlungen und geleisteten Auszahlungen sowie der Bestandsveränderung an liquiden Mitteln eines Jahres bzw. einer Rechnungsperiode.

Fremdkapital
Das Fremdkapital steht auf der Passivseite der Bilanz und bezeichnet die ausgewiesenen Schulden der Verwaltung. Dies sind Verbindlichkeiten und Rückstellungen mit Verbindlichkeitencharakter gegenüber Dritten, die rechtlich entstanden oder wirtschaftlich verursacht sind.

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)
Im kaufmännischen Rechnungswesen wird die der Ergebnisrechnung entsprechende Rechnung als Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) bezeichnet.

Handelsgesetzbuch (HGB)
Das HGB vom 10. Mai 1897 mit späteren Änderungen regelt einen wesentlichen Teil des vom allgemeinen bürgerlichen Recht abweichenden Sonderrechts des Handels.

Höchstwertprinzip
Bewertungsgrundsatz für Verbindlichkeiten; das Höchstwertprinzip besagt, dass der Wertansatz für Verbindlichkeiten nach oben korrigiert werden muss, wenn sich der Rückzahlungsbetrag entsprechend ändert (z.B. Aufwertung einer Auslandswährung). Korrespondierend zum Höchstwertprinzip gilt für die Bewertung von Vermögensgegenständen das Niederstwertprinzip.

Interne Leistungsverrechnung
Verrechnung von Leistungen, die in der eigenen Organisationseinheit zwischen Kostenstellen oder Kostenträgern erbracht und genutzt werden, untereinander mit Hilfe von Stundensätzen oder Verrechnungspreisen.

Inventar
Bestandsverzeichnis aller Vermögensgegenstände und Schulden. Das Inventar wird mit Hilfe der Inventur ermittelt. Das Inventar ist Grundlage für die Erstellung der (Eröffnungs-) Bilanz.

Inventur
Die Inventur ist die Bestandsaufnahme sämtlicher Vermögensgegenstände und der Schulden, die der Verwaltung dienen. Die Erfassung erfolgt – soweit möglich – im Rahmen einer körperlichen Bestandsaufnahme durch Zählen, Messen, Wiegen und Schätzen. Ziel der Inventur ist das Anfertigen eines Inventars.

Jahresabschluss
Der Jahresabschluss ist die jährliche Zusammenfassung des externen Rechnungswesens und dokumentiert das Ergebnis der Verwaltungstätigkeit bzw. die Ausführung des Haushaltsplans. Hauptbestandteile des Jahresabschlusses sind die drei Komponenten Bilanz, Ergebnisrechnung und Finanzrechnung. Der Jahresabschluss hat im Wesentlichen folgende Funktionen: Kontrolle, Information und Rechenschaftsregelung, Dokumentation und Erfolgsermittlung.

Jahresfehlbetrag
Falls in der Ergebnisrechnung die Aufwendungen höher sind als die Erträge, ergibt sich ein Verlust, der als Jahresfehlbetrag bezeichnet wird; ein Jahresfehlbetrag mindert das „Eigenkapital“.

Jahresüberschuss
Wenn in der Ergebnisrechnung die Erträge höher als die Aufwendungen sind, ergibt sich ein Gewinn, der einen Jahresüberschuss darstellt; Jahresüberschüsse erhöhen das „Eigenkapital“.

Konsolidierter Gesamtabschluss
Der konsolidierte Gesamtabschluss stellt die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kommune so dar, als ob es sich bei ihr und den zu konsolidierenden wirtschaftlich verselbständigten Aufgabenträgern (z. B. Gesellschaften) um eine wirtschaftliche und rechtliche Einheit handeln würde.

Kontenrahmen
Organisationspläne für die Buchführung der Betriebe/Organisationseinheiten einer bestimmten Branche. Sie sollen Ordnung und Übersicht in die Vielzahl der Konten bringen. Sie sind Modelle für den jeweiligen Wirtschaftszweig. Ihr Zweck besteht in der einheitlichen Ausrichtung der Buchführungsorganisation. Durch sie wird die gleichmäßige Buchung der Geschäftsvorfälle in den verschiedenen Betrieben/Organisationseinheiten gewährleistet. Gem. § 4 Abs. 2 GemHKVO ist der Kontenrahmen vom Niedersächsischen Landesamt für Statistik verbindlich festgelegt worden.

Kosten
In Geld bewerteter Verbrauch an Gütern/Dienstleistungen zur betrieblichen Leistungserstellung innerhalb einer Periode.

Kostenarten
Beschreibung des bei der betrieblichen Leistungserstellung entstehenden Werteverzehrs in bestimmten Kategorien; gegliedert nach der Art der verbrauchten Produktionsfaktoren in Personalkosten, Sachkosten (Material, Fremdleistungen) etc.

Kostenartenrechnung
Erste Stufe der Kosten- und Leistungsrechnung („Welche Kosten sind angefallen?“).

Gibt Auskunft über die betragsmäßige Entwicklung einzelner Kostenarten in der Abrechnungsperiode, über die Kostenstruktur der Organisationseinheit und damit über den Wert der in einem bestimmten Zeitraum verbrauchten unterschiedlichen Arten von Produktionsfaktoren.

Kostenstelle
Ort, an dem Kosten entstehen mit zugehörigen (Führungs-) Verantwortlichkeiten.

Um wirksame Wirtschaftlichkeitskontrollen durchführen zu können, sollte eine Identität von Kostenstelle und Verantwortungsbereich angestrebt werden.

Kostenstellen sind nach funktionalen, organisatorischen oder räumlichen Aspekten abgegrenzte Leistungs- bzw. Verantwortungsbereiche, denen die von ihnen verursachten Kosten(arten) zugerechnet/zugewiesen werden (z. B. Fachbereiche, Abteilungen).

Kostenstellenrechnung
Zweite Stufe der Kosten- und Leistungsrechnung („Wo sind die Kosten angefallen?“).

Hat die Aufgabe, die anfallenden Kostenarten verursachungsgerecht auf die Kostenstellen zuzuordnen, um so deren Kostenverbrauch zu überwachen.

Kostenträger
In der Regel an der Struktur der Produkte orientierte Kostenzurechnungsobjekte, die zuordnen und verdeutlichen, wofür Kosten entstanden sind.

Kostenträgerrechnung
Dritte Stufe der Kosten- und Leistungsrechnung („Wofür sind die Kosten angefallen?“).

Hat die Aufgabe, die anfallenden Kostenarten verursachungsgerecht auf die Kostenträger zuzuordnen, um so deren Kostendeckung zu überwachen, u. a. mit dem Ziel der Ermittlung von Stückkosten und Verrechnungspreisen.

Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)
Teilgebiet des kaufmännischen Rechnungswesens („internes“ Rechnungswesen), in dem Kosten und Leistungen erfasst, gespeichert, den verschiedensten Bezugsgrößen zugeordnet und für spezielle Zwecke ausgewertet werden.

Die KLR gliedert sich in die Kostenarten- (Welche?), die Kostenstellen- (Wo?) und die Kostenträger- (Wofür?) –rechnung.

Leistung
Leistungen (i. S. d. KLR) sind in Geld bewertete, im Produktionsprozess entstandene Güter und Dienstleistungen.

Liquidität
Liquidität ist die Fähigkeit und Bereitschaft einer Organisationseinheit, ihren bestehenden Zahlungsverpflichtungen termingerecht und betragsgenau nachzukommen.

Liquiditätskredite
Kredite zur Überbrückung des verzögerten Eingangs von Deckungsmitteln durch in der Regel kurzfristige Bankverbindlichkeiten, insbesondere Kontokorrentkredite, soweit keine anderen Mittel zur Verfügung stehen.

Nettoposition
Siehe Eigenkapital.

Niederstwertprinzip
Bewertungsgrundsatz für Vermögensgegenstände; das Niederstwertprinzip besagt allgemein, dass Vermögensgegenstände, sofern mehrere Bilanzwerte möglich sind, mit dem niedrigeren Wert in der Bilanz angesetzt werden müssen. Korrespondierend zum Niederstwertprinzip gilt für die Bewertung von Verbindlichkeiten das Höchstwertprinzip.

Nutzungsdauer
Unter der Nutzungsdauer wird im Allgemeinen die betriebsübliche Nutzungsdauer eines Anlagegutes verstanden; zu unterscheiden sind die betriebsgewöhliche Nutzungsdauer (von einer Lieferfirma angegebene, erfahrungsgemäß mindestens erreichbare Dauer der Einsatzfähigkeit), die wirtschaftliche Nutzungsdauer und die technische Nutzungsdauer.

Vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport ist eine Abschreibungstabelle mit Nutzungsdauern herausgegeben worden.

Output
Der Output ist das außerhalb der jeweiligen Organisationseinheit erkennbare und nachgefragte Ergebnis der Produktherstellung dieser Organisationseinheit (externe und interne Produkte der Kommunalverwaltung).

outputorientiert
Ausrichtung von Planungs-, Steuerungs- und Kontrollmechanismen an Leistungsausbringungsmenge und –wert bei Erstellung eines Produkts oder einer Leistung mit den zur Verfügung gestellten Mitteln, Ressourcen.

Passiva
Als Passiva ist die Summe der Positionen (auf der rechten Seite) der Bilanz definiert, die die Mittelherkunft abbilden. Dazu zählen die Nettoposition, die Schulden, die Rückstellungen und die passiven Rechnungsabgrenzungsposten. Das buchhalterische Verfahren zur Erfassung der Passiva wird als Passivierung bezeichnet. Auf der linken Seite der Bilanz sind die Aktiva aufgeführt, die die Mittelverwendung zeigen.

periodengerecht
Zuordnung von Aufwendungen und Erträgen zum Zeitraum ihrer Entstehung bzw. wirtschaftlichen Zugehörigkeit in der tatsächlichen oder erwarteten Höhe unabhängig vom Zeitpunkt des tatsächlichen Geldflusses; entscheidender Unterschied von kameralem, zahlungsorientiertem und betriebswirtschaftlichem, ergebnisorientiertem Rechnungswesen-Ansatz; antizipiert z. B. in Form von Rückstellungen die zukünftigen aufwandsmäßigen Auswirkungen heutiger Entscheidungen, evtl. abgezinst auf den Barwert (z. B. Pensionsrückstellungen), wenn größere Zeiträume betroffen sind.

Produkt
Ein kommunales Produkt ist eine Leistung oder eine Gruppe von Leistungen, die von Stellen außerhalb der Produkterbringung (innerhalb und außerhalb der Verwaltung) nachgefragt wird und für die normalerweise ein Preis zu zahlen wäre. Es gibt externe und interne Produkte. Insgesamt spiegeln die Produkte einer Kommune deren Leistungs- oder Sachziele wider.

Produktbereich
Produktgruppen werden thematisch zu Produktbereichen zusammengefasst.

Produktgruppe
Produkte werden thematisch zu Produktgruppen zusammengefasst.

Produktrahmen
Organisationsplan, der Ordnung und Übersicht in die Produkte bringen soll. Gem. § 4 Abs. 2 GemHKVO ist der Produktrahmen vom Niedersächsischen Landesamt für Statistik verbindlich festgelegt worden und enthält Produktbereiche und Produktgruppen.

Rechnungsabgrenzungsposten (RAP)
Rechnungsabgrenzungsposten dienen der zutreffenden Ermittlung des Periodengewinns, indem Aufwendungen und Erträge dem Wirtschaftsjahr zugeordnet werden, durch das sie – wirtschaftlich betrachtet – verursacht sind. RAP auf der Aktivseite der Bilanz weisen Ausgaben vor dem Abschlussstichtag aus, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. RAP auf der Passivseite sind Einnahmen vor dem Abschlussstichtag, die Erträge für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. Typische Geschäftsvorfälle, die zur Bildung von RAP führen, sind Vorauszahlungen für Miete, Pacht und Versicherungen.

Ressourcen
Zur Verfügung gestellte Geld-, Sach- oder Personalmittel für die Erfüllung einer Aufgabe/Erstellung eines Produktes, einer Leistung.

Rücklagen
Rücklagen sind Teil des „Eigenkapitals“. Sie sind die Differenz zwischen Aktiva und allen übrigen Passivposten. Änderungen der Rücklage ergeben sich durch die mögliche Zuführung von Jahresüberschüssen und durch die Entnahme zur Abdeckung von Jahresfehlbeträgen.

Rückstellungen
Rückstellungen sind Verpflichtungen, die dem Grund nach zu erwarten, aber deren Höhe oder Fälligkeit noch ungewiss sind. Durch die Bildung der Rückstellungen sollen die später zu leistenden Auszahlungen den Perioden ihrer Verursachung zugerechnet werden. Typische Beispiele für Rückstellungen sind Pensionsrückstellungen, Rückstellungen für Provisionen, Prozessrisiken, Garantieverpflichtungen. Rückstellungen sind Teil des Fremdkapitals (Passiva).

Schlussbilanz
Die Schlussbilanz ist die Bilanz zum Abschlussstichtag bzw. am Ende der Rechnungsperiode. Sie wird aus den Bestandskonten entwickelt. Die Schlussbilanz einer Rechnungsperiode ist gleichzeitig Eröffnungsbilanz/Anfangsbilanz der darauf folgenden Rechnungsperiode.

Schulden
Nach § 54 Abs. 4 Ziffer 2 GemHKVO sind auf der Passivseite der kommunalen Bilanz u.a. die Schulden auszuweisen. Sie werden unter Berücksichtigung des Höchstwertprinzips mit ihrem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Die Bilanzposition Schulden ist nach dieser Vorschrift wie folgt zu unterteilen:

2.1 Geldschulden
2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften
2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
2.4 Transferverbindlichkeiten
2.5 sonstige Verbindlichkeiten

Zu den Geldschulden (Ziffer 2.1) gehören Anleihen, Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen sowie Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten und sonstige Geldschulden. Die Geldschulden sind die Vergleichsgröße für die Schulden, die in der Vergangenheit im kameralistischen System gezeigt wurden. Es handelt sich dabei um Schulden aus der Aufnahme von Investitionskrediten oder von Kassenkrediten. Um auch zukünftig die Entwicklung dieser wichtigen finanzwirtschaftlichen Kenngröße aufzeigen zu können, müsste der Vergleich der kameralen Schulden mit den doppischen Geldschulden erfolgen.

Verbundene Unternehmen
In NKomVG und GemHKVO ist der Begriff des verbundenen Unternehmens nicht definiert, deshalb erfolgt ein Rückgriff auf § 271 HGB. Danach sind verbundene Unternehmen solche Unternehmen, die als Mutter- oder Tochterunternehmen (§ 290 HGB) in den Konzernabschluss eines Mutterunternehmens nach den Vorschriften über die Vollkonsolidierung einzubeziehen sind, das als oberstes Mutterunternehmen den am weitest gehenden Konzernabschluss nach dem zweiten Unterabschnitt aufzustellen hat, auch wenn die Aufstellung unterbleibt, oder das einen befreienden Konzernabschluss nach § 291 HGB oder nach einer nach § 292 HGB erlassenen Rechtsverordnung aufstellt oder aufstellen könnte; Tochterunternehmen, die nach § 296 HGB nicht einbezogen werden, sind ebenfalls verbundene Unternehmen. Somit bilden Anteile an verbundenen Unternehmen einen Sonderfall der Beteiligung. Ein Mutter-Tochter-Verhältnis nach § 290 HGB liegt vor, wenn das Mutterunternehmen auf das Tochterunternehmen unmittelbar oder mittelbar einen beherrschenden Einfluss ausüben kann. Maßgeblich für die Beurteilung eines beherrschenden Einflusses sind die in § 290 Abs. 2 HGB genannten Kriterien.

Vermögen
Im Rechnungswesen Teil der Aktivseite der Bilanz.

Vorsichtsprinzip
Das Vorsichtsprinzip ist ein allgemeiner Bilanzierungsgrundsatz des HGB. Demnach muss vorsichtig bewertet werden, d.h. alle vorhersehbaren Risiken und Verluste, die bis zum Abschlussstichtag entstanden sind, sind zu berücksichtigen; dies gilt auch, wenn die Risiken und Verluste erst zwischen Abschlussstichtag und Aufstellung des Jahresabschlusses bekannt geworden sind. Das Vorsichtsprinzip soll auch den Gläubigerschutz gewährleisten, indem der Bilanzierende sich nicht „reicher“ rechnet, sondern eher „ärmer“.

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

3. Verwaltungsgliederungsplan

Stand: September 2013

Verwaltungsgliederungsplan

1	**Allgemeine Verwaltung**
01	Fachbereich Zentrale Steuerung
0100	Referat Steuerungsdienst
0110	Stabsstelle Ideen- und Beschwerdemanagement
0120	Referat Stadtentwicklung und Statistik
0130	Referat Pressestelle
0140	Referat Rechnungsprüfungsamt
0150	Gleichstellungsreferat
0300	Rechtsreferat
10	Fachbereich Zentrale Dienste
2	**Finanzverwaltung**
20	Fachbereich Finanzen
0200	Referat Haushalt, Controlling und Beteiligungen
3	**Rechts-, Sicherheits- und Ordnungsverwaltung**
32	Fachbereich Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit
37	Fachbereich Feuerwehr
4	**Schul- und Kulturverwaltung**
40	Fachbereich Schule
41	Fachbereich Kultur
0412	Referat Stadtbibliothek
0413	Referat Städtisches Museum
0414	Referat Wissenschaft und Stadtarchiv
5	**Sozial- und Gesundheits-verwaltung**
0500	Sozialreferat
0502	Stabsstelle Beschäftigungsförderung
50	Fachbereich Soziales und Gesundheit
51	Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
6	**Bauverwaltung**
0600	Baureferat
0610	Stadtbild und Denkmalpflege
0630	Referat Bauordnung
61	Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz
65	Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement
66	Fachbereich Tiefbau und Verkehr
67	Fachbereich Stadtgrün und Sport
0670	Sportreferat
8	**Verwaltung für Wirtschaft und Verkehr**
0800	Stabsstelle Wirtschaftsdezernat

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

4. Übersicht über die Produktgruppen

Übersicht über die Produktgruppen

gemäß § 1 Abs. 2 Ziffer 11 GemHKVO

Datengrundlage: Verbindlicher Produktrahmen II/2 für Niedersachsen gemäß Bekanntmachung des LSKN vom 23.07.2013

Die Niedersächsische Landesstatistikbehörde hat gemäß § 4 Abs. 2 der GemHKVO den verbindlichen Produktrahmen festgelegt. In dem Produktrahmen werden Produktbereiche (zweistellig) und Produktgruppen (dreistellig) verbindlich vorgegeben - lediglich im Produktbereich 11 sind die Produktgruppen frei definierbar. Die Produktbereiche dienen dazu, mehrere Produktgruppen zusammen zu fassen.

Bei der Stadt Braunschweig wird die Produktgruppe vierstellig geführt, um eine weitere Unterteilung zu ermöglichen. Die Produktgruppen sind wie folgt aufgebaut:

1 . X X . X X X X

Produktbereich Produktgruppe

Zusätzlich gibt es bei der Stadt Braunschweig Produktgruppen für Vorleistungen (1.99.XXXX) für einige Teilhaushalte, die aber im Regelfall keine Planwerte enthalten.

Produktbereich/Produktgruppe		Teilhaushalt
1.11	Innere Verwaltung	
1.11.1110	Politische Gremien	Politische Gremien
1.11.1111	Politische Gremien FB 50 (Sozialvers.)	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.11.1115	Verwaltungsführung	Verwaltungsführung
1.11.1116	Steuerungsdienst	FB 01 Zentrale Steuerung
1.11.1117	Verwaltungsführung Dez. III	Ref. 0600 Baureferat
1.11.1120	Rechnungsprüfung	Ref. 0140 Rechnungsprüfungsamt
1.11.1125	Rechtsangelegenheiten	FB 01 Zentrale Steuerung
1.11.1130	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	FB 01 Zentrale Steuerung
1.11.1135	Herstellung d. Geschlechtergerechtigkeit	Ref. 0150 Gleichstellungsreferat
1.11.1140	Personalvertretung	Personalvertretung
1.11.1145	Zentrale Dienste	FB 10 Zentrale Dienste
1.11.1150	Personalverwaltung	FB 10 Zentrale Dienste
1.11.1151	Zentrale Aufgaben Personal	FB 10 Zentrale Dienste
1.11.1152	Kosten der Ausbildung dezentral	FB 10 Zentrale Dienste
1.11.1153	Personalwirtschaft/-entw., Organisation	FB 10 Zentrale Dienste
1.11.1155	Informations- u. Kommunikationstechn.	FB 10 Zentrale Dienste
1.11.1160	Finanzmanagement und Rechnungswesen	FB 20 Finanzen
1.11.1165	Immobilienmanagement	FB 20 Finanzen
1.11.1166	Sonst. Grundst.-/Gebäudemanagement	FB 20 Finanzen
1.11.1167	Gebäudemanagement	FB 20 Finanzen
1.11.1170	Graphik-Service-Center	FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz
1.12	Sicherheit und Ordnung	
1.12.1210	Statistik und Wahlen	Ref. 0120 Stadtentwicklung und Statistik
1.12.1221	Ordnungsangelegenheiten FB 32	FB 32 Bürgerservice, Öffentl. Sicherheit
1.12.1222	Ordnungsangelegenheiten FB 50	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.12.1223	Verkehrsbehörde	FB 66 Tiefbau und Verkehr
1.12.1260	Brandschutz	FB 37 Feuerwehr
1.12.1270	Rettungsdienst	FB 37 Feuerwehr
1.12.1280	Abwehr Großschadenslagen/Katastrophen	FB 37 Feuerwehr

Produktbereich/Produktgruppe		Teilhaushalt
1.21	Schulträgeraufgaben	
1.21.2110	Grundschulen	FB 40 Schule
1.21.2120	Hauptschulen	FB 40 Schule
1.21.2130	Kombinierte Grund- und Hauptschulen	FB 40 Schule
1.21.2150	Realschulen	FB 40 Schule
1.21.2170	Gymnasien, Kollegs	FB 40 Schule
1.21.2180	Gesamtschulen	FB 40 Schule
1.21.2210	Förderschulen	FB 40 Schule
1.21.2310	Berufliche Schulen	FB 40 Schule
1.21.2410	Schülerbeförderung	FB 40 Schule
1.21.2430	Sonstige schulische Aufgaben	FB 40 Schule
1.21.2431	Sonstige schulische Aufgaben FB 50	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.25	Kultur	
1.25.2500	Verwaltung kultureller Angelegenheiten	Kultur und Wissenschaft
1.25.2511	Wissenschaft und Forschung	Kultur und Wissenschaft
1.25.2512	Literatur/Raabe-Haus (Kulturinstitut)	Kultur und Wissenschaft
1.25.2514	Wissenschaft und Forschung (Stadtarchiv)	Kultur und Wissenschaft
1.25.2521	Museen, Sammlungen, Ausstell. (Museum)	Kultur und Wissenschaft
1.25.2522	Bildende Kunst	Kultur und Wissenschaft
1.25.2523	Bildende Kunst (Vermietung)	FB 20 Finanzen
1.25.2610	Theater	Kultur und Wissenschaft
1.25.2620	Musikpflege	Kultur und Wissenschaft
1.25.2630	Musikschulen	Kultur und Wissenschaft
1.25.2710	Volkshochschulen	FB 20 Finanzen
1.25.2720	Büchereien	Kultur und Wissenschaft
1.25.2732	Förderung der Erwachsenenbildung	FB 40 Schule
1.25.2733	Sonst. Volksbildung (Roter Saal/Brunsv.)	Kultur und Wissenschaft
1.25.2734	Sonstige Volksbildung (KPW)	Kultur und Wissenschaft
1.25.2811	Heimat- und sonstige Kulturpflege	Kultur und Wissenschaft
1.25.2812	Heimatpfleger	FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz
1.25.2813	Heimat- und sonstige Kulturpflege FB 20	FB 20 Finanzen
1.25.2910	Förderung v. Kirchengemeinden etc.	FB 20 Finanzen
1.31	Soziale Hilfen	
1.31.3111	Hilfe zum Lebensunterh. (3.Kap.SGB XII)	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3112	Hilfe zur Pflege (7. Kap. SGB XII)	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3113	Eingliederungshilfe für behind. Menschen	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3114	Hilfen zur Gesundheit	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3115	H.z.Überwind. bes. soz. Schw./in and.L.	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3116	Grundsicher. i. Alt. u. b. Erwerbsmind.	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3117	Zahlungen Quotales System	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3119	Verwalt. d. Soz.hilfe (ohne Verw. Einr.)	FB 50 Soziales und Gesundheit/ Ref. 0500 Sozialreferat
1.31.3121	Leistungen für Unterkunft und Heizung	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3122	Eingliederungsleistungen	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3123	Einmalige Leistungen	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3126	Bildungs- und Teilhabepaket SGB II	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3129	Verwalt. d. Grundsich. f. Arb.suchende	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3130	Leist. n. d. Asylbewerberleist.gesetz	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3151	Soz. Einr. f. Ältere (ohne Pfl.einr.)	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3152	Soz. Einr. f. pfl.bed. ält. Menschen	FB 50 Soziales und Gesundheit

Produktbereich/Produktgruppe		Teilhaushalt
1.31.3153	Soz. Einr. f. Menschen mit Behind.	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3154	Soz. Einricht. f. Wohnungslose	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3155	Soz. Einr. f. Aussiedler und Ausländer	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3156	Andere soziale Einrichtungen	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3157	Frauenhäuser	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3159	sonstige soziale Einrichtungen	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3210	Leist. n. d. Bundesversorgungsgesetz	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3410	Unterhaltsvorschussleistungen	FB 51 Kinder, Jugend und Familie
1.31.3430	Betreuungsleistungen	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3440	Hilfe f. Heimkehrer u. polit. Häftlinge	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3450	Landesblindengeld	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3460	Wohngeld	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3470	Bildungs- und Teilhabepaket §6b BKGG	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3511	Krankenversorgung nach dem LAG örtl.	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3517	Sonst. Soz. Angelegenh. örtlich	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3518	Versicherungsangelegenheiten	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3519	Verwalt. d. sonst. soz. Hilfen u. Leist.	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	
1.36.3610	Förd. v. Kindern in Tageseinrichtungen	FB 51 Kinder, Jugend und Familie
1.36.3620	Jugendarbeit	FB 51 Kinder, Jugend und Familie
1.36.3630	Sonst.Leist.z.Förd.jung.Mensch./Familien	FB 51 Kinder, Jugend und Familie
1.36.3650	Tageseinrichtungen für Kinder	FB 51 Kinder, Jugend und Familie
1.36.3651	Tageseinrichtungen für Kinder FB 50	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.36.3660	Einrichtungen der Jugendarbeit	FB 51 Kinder, Jugend und Familie
1.36.3670	Sonstige Einrichtungen	FB 51 Kinder, Jugend und Familie
1.41	Gesundheitsdienste	
1.41.4110	Krankenhäuser	FB 20 Finanzen
1.41.4120	Gesundheitseinrichtungen	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.41.4140	Maßnahmen der Gesundheitspflege	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.42	Sportförderung	
1.42.4210	Förderung des Sports	FB 67 Stadtgrün und Sport
1.42.4241	Betrieb v. Sportstätten	FB 67 Stadtgrün und Sport
1.42.4242	Sportstätten Stadion u. Stadtbad	FB 20 Finanzen
1.42.4244	Sportstätten (Verpachtung) BgA	FB 20 Finanzen
1.51	Räumliche Planung und Entwicklung	
1.51.5111	Stadtplanung	FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz
1.51.5112	Geoinformation	FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz
1.51.5113	Zentraler Bürgerservice	FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz
1.51.5114	Stadtentw., -forschung, Europaangel.	Ref. 0120 Stadtentwicklung und Statistik
1.51.5115	Verkehrsplanung FB 66	FB 66 Tiefbau und Verkehr
1.51.5116	Sanierungsplanung und -durchführung	FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz
1.51.5117	Vorbereitende Bauleit-, Standortplanung	FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz
1.51.5118	Stadtbildgestaltung	Ref. 0610 Stadtbild und Denkmalpflege
1.51.5119	Landsch.-, Freiraum-,Grünordnungsplanung	FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz
1.52	Bauen und Wohnen	
1.52.5210	Baurecht	Ref. 0630 Bauordnung
1.52.5221	Wohnbauförderung	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.52.5222	Wohnungsbaugesellschaften	FB 20 Finanzen
1.52.5223	Wohnungsbaudarlehen	FB 20 Finanzen

Produktbereich/Produktgruppe		Teilhaushalt
1.52.5224	Wohnungsbauförderung FB 61	FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz
1.52.5231	Denkmalschutz/-pflege	Ref. 0610 Stadtbild und Denkmalpflege
1.52.5232	Denkmalschutz und Pflege	Ref. 0600 Baureferat
1.53	Ver- und Entsorgung	
1.53.5350	Kombinierte Versorgung	FB 20 Finanzen
1.53.5372	Ordnungsaufgaben nach Abfallrecht	FB 32 Bürgerservice, Öffentl. Sicherheit
1.53.5380	Entwässerung und Abwasserbeseitigung	FB 20 Finanzen
1.54	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	
1.54.5400	Verkehrsflächen	FB 66 Tiefbau und Verkehr
1.54.5450	Straßenreinigung und -beleuchtung	FB 66 Tiefbau und Verkehr
1.54.5460	Parkeinrichtungen	FB 66 Tiefbau und Verkehr
1.54.5461	Parkhäuser (Verpachtung) BgA	FB 20 Finanzen
1.54.5470	ÖPNV	FB 20 Finanzen
1.54.5480	Sonstiger Personen und Güterverkehr	FB 20 Finanzen
1.55	Natur-und Landschaftspflege	
1.55.5510	Öffentliches Grün / Landschaftspflege	FB 67 Stadtgrün und Sport
1.55.5520	Öffentliche Gewässer / Wasserbau	FB 20 Finanzen
1.55.5521	Öffentliche Gewässer / Wasserläufe	FB 66 Tiefbau und Verkehr
1.55.5530	Friedhofs- und Bestattungswesen	FB 67 Stadtgrün und Sport
1.55.5540	Natur- und Landschaftspflege	FB 67 Stadtgrün und Sport
1.55.5550	Land- und Forstwirtschaft	FB 67 Stadtgrün und Sport
1.56	Umweltschutz	
1.56.5610	Umweltschutz	FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz
1.57	Wirtschaftsförderung und Tourismus	
1.57.5711	Wirtschaftsförderung	Stabsst. 0800 Wirtschaftsdezernat
1.57.5712	Wirtschaftsförderung - Gesellschaften	FB 20 Finanzen
1.57.5731	Allgemeine Einrichtungen/Unternehmen	FB 20 Finanzen
1.57.5732	Allgemeine Einrichtungen FB 10	FB 10 Zentrale Dienste
1.57.5733	Allgemeine Einrichtungen FB 32	FB 32 Bürgerservice, Öffentl. Sicherheit
1.61	Allgemeine Finanzwirtschaft	
1.61.6110	Allgemeine Finanzwirtschaft	Allgemeine Finanzwirtschaft
1.61.6120	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	Allgemeine Finanzwirtschaft
1.99	Vorleistungen	
1.99.0600	Vorleistungen Ref. 0600	Ref. 0600 Baureferat
1.99.1000	Vorleistungen FB 10	FB 10 Zentrale Dienste
1.99.2000	Vorleistungen FB 20	FB 20 Finanzen
1.99.5000	Vorleistungen FB 50	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.99.6100	Vorleistungen FB 61	FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz
1.99.6700	Vorleistungen FB 67	FB 67 Stadtgrün und Sport

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

5. Übersicht über die Konten

- Kontenübersicht Bilanz

- Kontenübersicht Ergebnis- und Finanzhaushalt

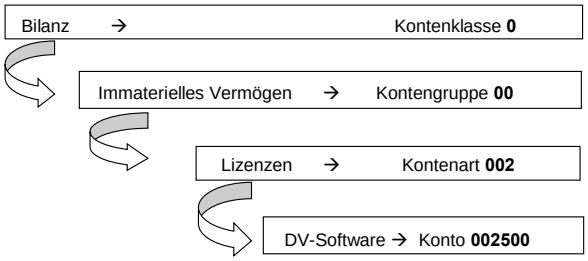
Kontenübersicht - Bilanz

Stand: Juli 2015

Gesetzliche Gliederung gemäß GemHKVO für die Bilanz
Kontenrahmen → Kontenklasse (1. Stelle des Kontos)
Kontenrahmen → Kontengruppe (1.+2. Stelle des Kontos)
Kontenrahmen → Kontenart (1. - 3. Stelle des Kontos)
Kontenrahmen → Konto (1. - 6. Stelle)

Datengrundlage: Verbindlicher Kontenrahmen II/2 für Niedersachsen gemäß Bekanntmachung des LSKN vom 08.03.2011

Lesebeispiel: Zuordnung anhand des Kontos DV-Software



Bilanz (Sachkonten)	Bezeichnung	Änderungen
0	**Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachvermögen (Bilanzkonten Aktivseite)**	
GemHKVO § 54 Abs. 2 Nr. 1	**Immaterielles Vermögen**	
GemHKVO § 54 Abs. 2 Nr. 1.1	**Konzessionen**	
001	**Konzessionen**	
001100	Konzessionen	
GemHKVO § 54 Abs. 2 Nr. 1.2	**Lizenzen**	
002	**Lizenzen**	
002100	Lizenzen	
002300	Geschäfts- oder Firmenwerte	
002500	DV-Software	
GemHKVO § 54 Abs. 2 Nr. 1.3	**Ähnliche Rechte**	
003	**Ähnliche Rechte**	
003100	Ähnliche Rechte	
GemHKVO § 54 Abs. 2 Nr. 1.4	**Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse**	
004	**Immaterielle Vermögensgegenstände aus geleisteten Investitionszuwendungen**	
004100	Immaterielle Vermögensgegenstände aus geleisteten Zuwendungen	
GemHKVO § 54 Abs. 2 Nr. 1.5	**Aktivierter Umstellungsaufwand**	
005	**Aktivierter Umstellungsaufwand**	
005100	Aktivierter Umstellungsaufwand	
GemHKVO § 54 Abs. 2 Nr. 1.6	**Sonstiges immaterielles Vermögen**	
008	**Sonstiges immaterielles Vermögen**	
008100	Sonstiges immaterielles Vermögen	
009	**Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände**	
009100	geleistete Anzahlungen immaterielle Vermögensgegenstände	
009110	Vorsteuerverrechnung auf Anzahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	
009200	Aktivierte Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	
009210	Verrechnung aktivierte Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	
GemHKVO § 54 Abs. 2 Nr. 2	**Sachvermögen**	
GemHKVO § 54 Abs. 2 Nr. 2.1	**Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an unbebauten Grundstücken**	
011	**Grünflächen**	
011100	Grünflächen - Grund und Boden	
011200	Grünflächen - Außenanlagen	
011250	Grünflächen - Außenanlagen - Festwert	
012	**Ackerland**	
012100	Ackerland - Grund und Boden	
012200	Ackerland - Außenanlagen	
012250	Festwert Außenanlagen Bäume - Ackerland	
013	**Wald, Forsten**	
013100	Wald, Forsten - Grund und Boden	
013200	Wald, Forsten - Außenanlagen	
013250	Festwert Wald, Forst - Stadtwald	
019	**Sonstige unbebaute Grundstücke**	
019100	Sonstige unbebaute Grundstücke - Grund und Boden	
019200	Sonstige unbebaute Grundstücke - Außenanlagen	
019250	Festwert Außenanlagen Bäume - unbebaute Grundstück	
GemHKVO § 54 Abs. 2 Nr. 2.2	**Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an bebauten Grundstücken**	
021	**Grundstücke mit Wohnbauten**	
021100	Wohnbauten - Grund und Boden	
021200	Wohnbauten - Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	
021250	Festwert Außenanlagen Bäume - Wohnbauten	

Bilanz (Sachkonten)	Bezeichnung	Änderungen
022	**Grundstücke mit sozialen Einrichtungen**	
022100	Soziale Einrichtungen- Grund und Boden	
022200	Soziale Einrichtungen - Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	
022250	Festwert Außenanlagen Bäume - soziale Einrichtungen	
023	**Grundstücke mit Schulen**	
023100	Schulen - Grund und Boden	
023200	Schulen - Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	
023250	Festwert Außenanlagen Bäume - Schulen	
024	**Grundstücke mit Kultur-, Sport-, Freizeit- und Gartenanlagen**	
024100	Kultur-, Sport-, Freizeit- und Gartenanlagen - Grund und Boden	
024200	Kultur-, Sport-, Freizeit- und Gartenanlagen - Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	
024250	Festwert Außenanlagen Bäume - Kultur, Sport-, Freizeit- und Gartenanlagen	
029	**Grundstücke mit sonstigen Dienst-, Geschäfts- und anderen Betriebsgebäuden**	
029100	Sonstige Dienst-, Geschäfts- und andere Betriebsgebäude - Grund und Boden	
029200	Sonstige Dienst-, Geschäfts- und andere Betriebsgebäude - Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	
029250	Festwert Außenanlagen Bäume - sonstige Dienst-, Geschäfts- und andere Betriebsgebäude	
GemHKVO § 54 Abs. 2 Nr. 2.3	**Infrastrukturvermögen**	
031	**Grund und Boden des Infrastrukturvermögens**	
031100	Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	
032	**Brücken und Tunnel**	
032100	Brücken und Tunnel	
033	**Gleisanlage mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen**	
033100	Gleisanlage mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	
034	**Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen**	
034100	Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	
034110	Entwäss.-/Abwasserbeseitigungsanlagen Grund+Boden	07/2011: neues SAKO - Trennung bisheriges SAKO 034100
034200	Entwäss.-/Abwasserbeseitigungsanl.Gebäude+Aufbau	07/2011: neues SAKO - Trennung bisheriges SAKO 034100
035	**Straßen, Wege, Plätze, Verkehrslenkungsanlagen**	
035100	Straßen, Wege, Plätze, Verkehrslenkungsanlagen	
035150	Festwert Außenanlagen Bäume - Straßen, Wege und Plätze	
035160	Festwert Beleuchtungsanlagen/Parkscheinautomaten	
036	**Strom-, Gas-, Wasserleitungen und zugehörige Anlagen**	
036100	Strom-, Gas-, Wasserleitungen und zugehörige Anlagen	
037	**Wasserbauliche Anlagen**	
037100	Wasserbauliche Anlagen	
038	**Friedhöfe und Bestattungseinrichtungen**	
038100	Friedhöfe und Bestattungseinrichtungen	
039	**Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens**	
039100	Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	
GemHKVO § 54 Abs. 2 Nr. 2.4	**Bauten auf fremden Grundstücken**	
041	**Bauten auf fremden Grundstücken**	
041100	Bauten auf fremden Grund und Boden	
GemHKVO § 54 Abs. 2 Nr. 2.5	**Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler**	
051	**Kunstgegenstände**	
051100	Kunstgegenstände	
055	**Baudenkmäler**	
055100	Baudenkmäler	
056	**Bodendenkmäler**	
056100	Bodendenkmäler	
055	**Sonstige Kulturdenkmäler**	
059100	Sonstige Kulturdenkmäler	
GemHKVO § 54 Abs. 2 Nr. 2.6	**Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge**	
061	**Fahrzeuge**	
061100	Fahrzeuge	
062	**Maschinen**	
062	Maschinen	
063	**Technische Anlagen**	
063100	Technische Anlagen	
GemHKVO § 54 Abs. 2 Nr. 2.7	**Betriebs- und Geschäftsausstattung**	
071	**Betriebsvorrichtungen**	
071100	Betriebsvorrichtungen	
072	**Betriebs- und Geschäftsausstattung**	
072100	Betriebs- und Geschäftsausstattung	
072110	Festwert Betriebs- und Geschäftsausstattung - Schulausstattung	
072120	Festwert Betriebs- und Geschäftsausstattung - Kitas und Jugendfreizeiteinrichtungen	
072130	Festwert sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung - Feuerwehr	
072140	Festwert sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung - Bibliotheken	
073	**Nutzpflanzungen und Nutztiere**	
073100	Nutzpflanzungen und Nutztiere	
075	**Sammelposten für bewegliche Vermögensgegenstände über 150,- bis 1.000,- Euro**	**02/2013: textliche Anpassung (alt "Geringwertige Vermögensgegenstände")**
075100	Geringwertige Vermögensgegenstände (GVG) über 150 bis 1.000 Euro ohne Umsatzsteuer	02/2013: textliche Anpassung (alt "Geringwertige Vermögensgegenstände")
GemHKVO § 54 Abs. 2 Nr. 2.8	**Vorräte**	
081	**Rohstoffe/Fertigungsmaterial**	
081100	Rohstoffe/Fertigungsmaterial	
082	**Hilfsstoffe**	
082100	Hilfsstoffe	
083	**Betriebsstoffe**	
083100	Betriebsstoffe	
084	**Waren**	
084100	Waren	

Bilanz (Sachkonten)	Bezeichnung	Änderungen
085	**Unfertige/fertige Erzeugnisse**	
085110	Unfertige Erzeugnisse	
085120	Fertige Erzeugnisse	
085210	Unfertige Maßnahme	
085220	Fertige Maßnahme	
086	**Unfertige Leistungen**	
086100	Unfertige Leistungen	
087	**Geleistete Anzahlungen auf Vorräte**	
087100	Geleistete Anzahlungen auf Vorräte	
089	**Sonstige Vorräte**	
089100	Sonstige Vorräte	
GemHKVO § 54 Abs. 2 Nr. 2.9	**Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau**	
091	**Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen**	
091100	Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen	
091110	Vorsteuerverrechnung auf Anzahlungen für Sachanlagen	
091200	Aktivierte Anzahlungen auf Sachanlagen	
091210	Verrechnung aktivierte Anzahlungen auf Sachanlagen	
096	**Anlagen im Bau**	
096100	Anlagen im Bau (AiB)	
1	**Finanzvermögen und aktive Rechnungsabgrenzung (Bilanzkonten Aktivseite)**	
GemHKVO § 54 Abs. 2 Nr. 3	**Finanzvermögen**	
GemHKVO § 54 Abs. 2 Nr. 3.1	**Anteile an verbundenen Unternehmen**	
101	**Anteilsrechte an verbundenen Unternehmen**	
101100	Anteil verbundenen Unternehmen - Börsennotierte Aktien	
101200	Anteil verbundenen Unternehmen - Nichtbörsennotierte Aktien	
101300	Anteil verbundenen Unternehmen - Sonstige Anteilsrechte	
GemHKVO § 54 Abs. 2 Nr. 3.2	**Beteiligungen**	
111	**Beteiligungen**	
111100	Beteiligungen - Börsennotierte Aktien	
111200	Beteiligungen - Nichtbörsennotierte Aktien	
111300	Beteiligungen - Sonstige Anteilsrechte	
GemHKVO § 54 Abs. 2 Nr. 3.3	**Sondervermögen mit Sonderrechnung**	
121	**Sondervermögen**	
121100	Sondervermögen	
122	**Treuhandvermögen**	
122100	Treuhandvermögen (Mündel)	04/2015: SAKO wurde bisher nicht benötigt - Textänderung aufgrund Nutzung
GemHKVO § 54 Abs. 2 Nr. 3.4	**Ausleihungen**	
131	**Ausleihungen**	
131510	Ausleihungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen bis 1 Jahr	
131520	Ausleihungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen 1 bis 5 Jahre	
131530	Ausleihungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen über 5 Jahre	
131810	Ausleihungen an sonstigen inländischen Bereich bis 1 Jahr	
131820	Ausleihungen an sonstigen inländischen Bereich 1 bis 5 Jahre	
131830	Ausleihungen an sonstigen Inländischen Bereich über 5 Jahre	
GemHKVO § 54 Abs. 2 Nr. 3.5	**Wertpapiere**	
141	**Investmentzertifikate**	
141110	Investmentzertifikate	
142	**Kapitalmarktpapiere**	
142010	Kapitalmarktpapiere Bund 1 Jahr	
142020	Kapitalmarktpapiere Bund 1 - 5 Jahre	
142030	Kapitalmarktpapiere Bund über 5 Jahre	
143	**Geldmarktpapiere**	
143810	Geldmarktpapiere beim sonst. inländischen Bereich	
144	**Finanzderivate**	
144100	Finanzderivate	
GemHKVO § 54 Abs. 2 Nr. 3.6	**Öffentlich-rechtliche Forderungen**	
151	**Öffentlich-rechtliche Forderungen aus Dienstleistungen**	
151100	Gebühren-Forderungen aus Dienstleistungen	
151110	Öffentlich-rechtliche Forderungen aus Dienstleistungen an verbundene Unternehmen	
151120	Öffentlich-rechtliche Forderungen aus Dienstleistungen an Beteiligungen	
151130	Öffentlich-rechtliche Forderungen aus Dienstleistungen an Sonderrechnungen	
151190	Korrektur Kreditoren/Debitoren für öffentlich-rechtliche Forderungen Dienstleistungen	
152	**Öffentlich-rechtliche Forderungen**	
152100	Steuerforderungen	
152110	Steuerforderungen an verbundene Unternehmen	
152120	Steuerforderungen an Beteiligungen	
152130	Steuerforderungen an Sonderrechnungen	
152190	Korrektur Kreditoren/Debitoren für öffentlich-rechtliche Forderungen	
152910	Einzelwertberichtigung öffentlich-rechtliche Forderungen	02/2010: Änderung der Bezeichnung (genauere Definition)
152920	Pauschalwertberichtigung öffentlich-rechtliche Forderungen	
154	**Sonstige Forderungen**	
154100	Erstattungsanspruch §107b BeamtVG Pensionsrückstellungen	04/2010: neues SAKO
154110	Erstattungsanspruch Klinikum Pensionsrückstellungen	06/2015: neues SAKO
159	**Übrige öffentlich-rechtlichen Forderungen**	
159100	sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	
159190	Korrektur Kreditoren/Debitoren sonstige öffentlich rechtliche Forderungen	
159910	Einzelwertberichtigungen sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	02/2010: neues SAKO

Bilanz (Sachkonten)	Bezeichnung	Änderungen
GemHKVO § 54 Abs. 2 Nr. 3.7	**Forderungen aus Transferleistungen**	
153	**Forderungen aus Transferleistungen**	
153100	Forderungen Transferleistungen	
153110	Forderungen Transferleistungen an verbundene Unternehmen	
153120	Forderungen Transferleistungen an Beteiligungen	
153130	Forderungen Transferleistungen an Sonderrechnungen	
153190	Korrektur Kreditoren/Debitoren Forderungen Transferleistung	
153910	Einzelwertberichtigung Forderungen Transferleistungen	02/2010: Änderung der Bezeichnung (genauere Definition)
153920	Pauschalwertberichtigung Forderungen Transferleistungen	
GemHKVO § 54 Abs. 2 Nr. 3.8	**Sonstige privatrechtliche Forderungen**	
161	**Privatrechtliche Forderungen aus Dienstleistungen**	
161100	Privatrechtliche Forderung Dienstleistung	
161110	Privatrechtliche Forderung Dienstleistung an verbundene Unternehmen	
161120	Privatrechtliche Forderung Dienstleistung an Beteiligung	
161130	Privatrechtliche Forderung Dienstleistung an Sonderrechnungen	
161190	Korrektur Kreditoren/Debitoren privatrechtliche Forderung Dienstleistungen	
162	**Sonstige privatrechtliche Forderungen**	
162100	Sonstige privatrechtlichen Forderungen gegen den privaten Bereich	
162200	Sonstige privatrechtliche Forderungen gegen den Bund	
162290	Korrektur Kreditoren/Debitoren sonstige privatrechtliche Forderungen	04/2009: neues SAKO
162300	Sonstige Forderungen an Mitarbeiter	
162310	Sonstige Forderungen an verbundene Unternehmen	
162320	Sonstige Forderungen an Beteiligungen	
162330	Sonstige Forderungen an Sonderrechnungen	
162390	Korrektur Kreditoren/Debitoren sonstigen privatrechtlichen Forderungen	
162910	Zweifelhafte sonstige privatrechtliche Forderungen	
162920	Pauschalwertberichtigung sonstige privatrechtliche Forderungen	
169	**Übrige privatrechtliche Forderungen**	
169100	Andere sonstige Forderungen	
169150	Sonstige Forderungen FI-AA	03/2009: neues SAKO
169200	Forderungen Gesellschaftervertrag	
169300	Forderungen Sonderrechnung Gebäudemanagement	02/2011: neues SAKO
169400	Forderungen Cashpool	02/2013: neues SAKO
169420	Forderungen Cashpool - SBBG	03/2015: neues SAKO - Aufteilung SAKO 169400
169429	Forderungen Cashpool - Stadthalle	03/2015: neues SAKO - Aufteilung SAKO 169400
169432	Forderungen Cashpool - Stadtbad	03/2015: neues SAKO - Aufteilung SAKO 169400
169500	Wertgutscheine FB 50	02/2013: neues SAKO
169906	Sonstige Forderungen FB 65 Einzelbeauftragung	04/2013: neues SAKO
169907	Sonstige Forderungen FB 65 Betriebskosten	02/2015: neues SAKO
GemHKVO § 54 Abs. 2 Nr. 3.9	**Sonstige Vermögensgegenstände**	
166	**Sonstige Vermögensgegenstände**	
166000	Debitorische Kreditoren	
166100	Andere sonstige Vermögensgegenstände	
166200	Stundungsverrechnung	
166700	Verrechnungskonto Vorschüsse	
166730	Verrechnungskonto Schnittstelle FB 65-Zahlungen HR	
166731	Verrechnungskonto Schnittstelle FB 65-Einnahmen HR	
166733	Verrechnungskonto Schnittstelle FB 65 - ohne HR	
166740	Verrechnungskonto Forderungen an MA	
166745	Sonstige Forderungen Mitarbeiter Darlehen Gehaltsvorsch	
166750	Nettoabzug (interne Verrechnung) Beamte	
166751	Nettoabzug (interne Verrechnung) tariflich Beschäftigte	
166752	Nettoabzug (interne Verrechnung) ABM-Kräfte	
166755	Verrechnungskonto HR - Umsetzungen	
166775	Verrechnungskonto SS FB 65 - Nebenkostenverteilung	
166800	Sonstige geleistete Anzahlungen	
166900	Skontoverrechnung (Nettoverfahren)	
168	**Vorsteuer**	
168100	Vorsteuer	
GemHKVO § 54 Abs. 2 Nr. 4	**Liquide Mittel**	
171	**Sichteinlagen bei Banken und Kreditinstituten**	
171100	Kreditinstitut 1, Bestand	
171110	Kreditinstitut 1 (Ausgabe), Bestand	
~~171130~~	~~Kreditinstitut 2, Bestand~~	04/2013: SAKO gesperrt - Konto wird nicht mehr verwendet
171140	Kreditinstitut 3, Bestand	
~~171150~~	~~Kreditinstitut 4, Bestand~~	04/2013: SAKO gesperrt - Konto wird nicht mehr verwendet
171180	Kreditinstitut 5, Bestand	
171190	Kreditinstitut 6, Bestand	
171200	Tagesgeld - Kreditinstitut 7	12/2011: neues SAKO - Änderung Zuordnung - bisher SAKO 172295
171201	Tagesgeld - Kreditinstitut 1	12/2012: neues SAKO
171205	Tagesgeld - Kreditinstitut 8	12/2011: neues SAKO - Änderung Zuordnung - bisher SAKO 172295
171900	Kreditinstitut 1, 1 Euro-Jobber	
171910	Kreditinstitut 1, Schlossmuseum	01/2014: SAKO gesperrt - Konto wird nicht mehr verwendet
172911	Kreditinstitut 1, Städtisches Museum	01/2014: neues SAKO
171920	Kreditinstitut 1, Kinderarmut	
171930	Kreditinstitut 1, Reiterstandbilder	
171931	Kreditinstitut 2, Reiterstandbilder	
171940	Kreditinstitut 8, Schloss-Arkaden	
171950	Schulkonten FB 40	01/2009: neues SAKO
171951	Bankkonten FB 51	04/2010: neues SAKO
171960	Tagesgeld - PPP	03/2012: neues SAKO

Bilanz (Sachkonten)	Bezeichnung	Änderungen
172	**Sonstige Einlagen**	
172100	Festgeld - Kreditinstitut 7	
~~172100~~	~~Tagesgeld - Kreditinstitut 7~~	02/2009: neues SAKO 12/2011: SAKO gesperrt - neue Zuordnung - siehe SAKO 171200
172110	Festgeld - Kreditinstitut 9	
172120	Festgeld - Kreditinstitut 10	
172130	Festgeld - Kreditinstitut 6	
172140	Festgeld - Kreditinstitut 11	
172150	Festgeld - Kreditinstitut 12	
172160	Festgeld - Kreditinstitut 13	
172170	Festgeld - Kreditinstitut 14	
172180	Festgeld - Kreditinstitut 15	
172190	Festgeld - Kreditinstitut 16	
172200	Festgeld - Kreditinstitut 17	
172210	Festgeld - Kreditinstitut 18	
172220	Festgeld - Kreditinstitut 19	
172230	Festgeld - Kreditinstitut 20	
172240	Festgeld - Kreditinstitut 21	
172250	Festgeld - Kreditinstitut 22	
172260	Festgeld - Kreditinstitut 5	
172270	Festgeld - Kreditinstitut 23	
172280	Festgeld - Kreditinstitut 1	
172290	Festgeld - Kreditinstitut 8	08/2009: neues SAKO
~~172295~~	~~Tagesgeld - Kreditinstitut 8~~	06/2009: neues SAKO 12/2011: SAKO gesperrt - neue Zuordnung - siehe SAKO 171205
172300	Festgeld - Kreditinstitut 2	03/2012: neues SAKO
172310	Festgeld - Kreditinstitut 24	04/2014: neues SAKO
173	**Bargeld**	
173110	Barkasse 1	
173180	Wechselgeldkassen	09/2009: Änderung der Bezeichnung (genauere Definition)
173184	Kassenautomat FB 32	02/2011: neues SAKO
173185	Zahlstellen (früher auch Wertgutscheine)	02/2012: Anpassung Bezeichnung
~~173186~~	~~Wertgutscheine FB 50~~	03/2010: neues SAKO - Trennung Sachverhalte von SAKO 173185 02/2013: SAKO gesperrt - neue Zuordnung - siehe SAKO 169500
173190	Schecks	
GemHKVO § 54 Abs. 2 Nr. 5	**Aktive Rechnungsabgrenzung (RAP)**	
180	**Aktive Rechnungsabgrenzung (RAP)**	
180100	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	02/2009: neues SAKO
180110	RAP - Forderungen aus Dienstleistungen	
180210	RAP - Übrige Forderungen	
180310	RAP - geleistete Zuwendungen	
189100	RAP - Sonstige aktive RAP	
2	**Nettoposition, Sonderposten, Verbindlichkeiten, Rückstellungen und passive Rechnungsabgrenzung (Bilanzkonten Passivseite)**	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 1	**Nettoposition**	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 1.1	**Basis-Reinvermögen**	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 1.1.1	**Reinvermögen**	
2001	**Reinvermögen**	
200110	Reinvermögen	
200120	Reinvermögen Sonderposten-Anteil	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 1.1.2	**Sollfehlbetrag aus kameralem Abschluss als Minusbetrag**	
2002	**Sollfehlbetrag aus kameralem Abschluss Verwaltungshaushalt**	
	kein Sachkonto eingerichtet, da der kamerale Abschluss keinen Sollfehlbetrag hat	
2003	**Sollfehlbetrag aus kameralem Abschluss Vermögenshaushalt**	
	kein Sachkonto eingerichtet, da der kamerale Abschluss keinen Sollfehlbetrag hat	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 1.2	**Rücklagen**	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 1.2.1	**Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses**	
201	**Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses**	
201100	Rücklage - Überschuss des ordentliches Ergebnisses	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 1.2.2	**Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses**	
202	**Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses**	
202100	Rücklage - Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 1.2.3	**Bewertungsrücklage**	
203	**Bewertungsrücklage für Überschüsse des Bewertungsergebnisses**	
203100	Bewertungsrücklage - Überschuss des Bewertungsergebnisses.	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 1.2.4	**Zweckgebundene Rücklagen**	
204	**Zweckgebundene Rücklagen**	
204100	Zweckgebundene Rücklagen	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 1.2.5	**Sonstige Rücklagen**	
205	**Sonstige Rücklagen**	
205100	Sonstige Rücklagen	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 1.3	**Jahresergebnis**	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 1.3.1	**Fehlbeträge aus Vorjahren**	
206	**Ergebnis und Ergebnisverwendung**	
206010	Ergebnis des laufenden Jahres	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 1.3.2	**Jahresüberschuss oder Jahresfehlbetrag mit Angabe des Betrages der Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen**	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 1.4	**Sonderposten**	

Bilanz (Sachkonten)	Bezeichnung	Änderungen
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 1.4.1	Investitionszuweisungen und -zuschüsse	
211	Sonderposten aus Zuwendungen und Umlagen für Vermögensgegenstände	
211100	Sonderposten - Zuwendungen	
211110	Verrechnung Sonderposten - Zuwendungen vom Bund (zweckgebunden)	
211111	Verrechnung Sonderposten - Zuwendungen vom Land (zweckgebunden)	
211112	Verrechnung Sonderposten - Zuwendungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	
211113	Verrechnung Sonderposten - Zuwendungen von Zweckverbänden	
211114	Verrechnung Sonderposten - Zuwendungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	
211115	Verrechnung Sonderposten - Zuwendungen von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	
211116	Verrechnung Sonderposten - Zuwendungen von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	
211117	Verrechnung Sonderposten - Zuwendungen von privaten Unternehmen	
211118	Verrechnung Sonderposten - Zuwendungen vom übrigen Bereichen	
211120	Verrechnung SoPo - Zuwendungen (pauschal)	
211130	Sonderposten Zuwendungen Korrekturkonto	
211140	Sonderposten - pauschale Zuwendungen	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 1.4.2	Beiträge und ähnliche Entgelte	
212	Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	
212100	Sonderposten - Beiträge und ähnliche Entgelte	
212110	Verrechnung Sonderposten - Erschließungsbeiträge	
212130	Sonderposten Beiträge Korrekturkonto	
212140	Verrechnung Sonderposten - Ausbaubeiträge	
212150	Verrechnung Sonderposten - sonstige Beiträge	
212160	Sonderposten - pauschale - Beiträge	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 1.4.3	Gebührenausgleich	
213	Sonderposten für den Gebührenausgleich	
213100	Sonderposten - Gebührenausgleich	
213110	Verrechnung Sonderposten - Gebührenausgleich	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 1.4.4	Bewertungsausgleich	
214	Sonderposten für den Bewertungsausgleich	
214100	Sonderposten - Bewertungsausgleich	
214110	Verrechnung Sonderposten - Bewertungsausgleich	
214130	Sonderposten Bewertungsausgleich Korrekturkonto	
214140	Sonderposten - pauschale - Bewertungsausgleich	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 1.4.5	Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	
215	Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	
215100	Sonderposten - erhaltene Anzahlungen	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 1.4.6	Sonstige Sonderposten	
219	Sonstige Sonderposten	
219100	Sonstige Sonderposten	
219110	Verrechnung Sonderposten - Sonstige Sonderposten (zweckgebunden)	
219120	Verrechnung Sonderposten - Sonstige Sonderposten (pauschal)	
219130	Sonstige Sonderposten Korrekturkonto	
219140	Sonderposten - pauschale - sonstige	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 2	Schulden	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 2.1	Geldschulden	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 2.1.1	Anleihen	
221	Anleihen	
	kein Sachkonto eingerichtet, da keine Anleihen vorhanden sind	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 2.1.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	
231	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	
231010	Investitionskredite vom Bund Laufzeit bis 1 Jahr - fester Zins, in Euro	
231011	Investitionskredite vom Bund Laufzeit bis 1 Jahr - variabler Zins, in Euro	
231020	Investitionskredite vom Bund Laufzeit 1 bis 5 Jahre- fester Zins, in Euro	
231021	Investitionskredite vom Bund Laufzeit 1 bis 5 Jahre- variabler Zins, in Euro	
231030	Investitionskredite vom Bund Laufzeit über 5 Jahre - fester Zins, in Euro	
231031	Investitionskredite vom Bund Laufzeit über 5 Jahre - variabler Zins, in Euro	
231110	Investitionskredite vom Land Laufzeit bis 1 Jahr - fester Zins, in Euro	
231111	Investitionskredite vom Land Laufzeit bis 1 Jahr - variabler Zins, in Euro	
231120	Investitionskredite vom Land Laufzeit 1 bis 5 Jahre - fester Zins, in Euro	
231121	Investitionskredite vom Land Laufzeit 1 bis 5 Jahre - variabler Zins, in Euro	
231130	Investitionskredite vom Land Laufzeit über 5 Jahre - fester Zins, in Euro	
231131	Investitionskredite vom Land Laufzeit über 5 Jahre - variabler Zins, in Euro	
231410	Investitionskredite vom sonstigen öffentlichen Bereich Laufzeit bis 1 Jahr - fester Zins, Euro	
231411	Investitionskredite vom sonstigen öffentlichen Bereich Laufzeit bis 1 Jahr - variabler Zins, Euro	
231420	Investitionskredite vom sonstigen öffentlichen Bereich Laufzeit 1 - 5 Jahre - fester Zins, Euro	
231421	Investitionskredite vom sonstigen öffentlichen Bereich Laufzeit 1 - 5 Jahre - variabler Zins, in Euro	
231430	Investitionskredite vom sonstigen öffentlichen Bereich Laufzeit über 5Jahre - fester Zins, Euro	
231431	Investitionskredite vom sonstigen öffentlichen Bereich Laufzeit über 5Jahre - variabler Zins, in Euro	
231510	Investitionskredite von verbundenen Unternehmen Laufzeit bis 1 Jahre - fester Zins, Euro	
231511	Investitionskredite von verbundenen Unternehmen Laufzeit bis 1 Jahre - variabler Zins, in Euro	
231520	Investitionskredite von verbundenen Unternehmen Laufzeit 1 - 5 Jahre - fester Zins, Euro	
231521	Investitionskredite von verbundenen Unternehmen Laufzeit 1 - 5 Jahre - variabler Zins, in Euro	
231530	Investitionskredite von verbundenen Unternehmen Laufzeit über 5 Jahre - fester Zins, Euro	
231531	Investitionskredite von verbundenen Unternehmen Laufzeit ü. 5 Jahre - variabler Zins, in Euro	
231610	Investitionskredite beim Sonderrechnungen Laufzeit bis1 Jahre - fester Zins, Euro	
231611	Investitionskredite beim Sonderrechnungen Laufzeit bis 1 Jahre - variabler Zins, in Euro	
231620	Investitionskredite beim Sonderrechnungen Laufzeit 1 - 5 Jahre - fester Zins, Euro	
231621	Investitionskredite beim Sonderrechnungen Laufzeit 1 - 5 Jahre - variabler Zins, in Euro	
231630	Investitionskredite beim Sonderrechnungen Laufzeit über 5 Jahre - fester Zins, Euro	
231631	Investitionskredite beim Sonderrechnungen Laufzeit über 5 Jahre - variabler Zins, in Euro	
231710	Investitionskredite Kreditinstitute Laufzeit bis 1 Jahr - fester Zins, Euro	
231711	Investitionskredite Kreditinstitute Laufzeit bis 1 Jahr - variabler Zins, in Euro	
231720	Investitionskredite Kreditinstitute Laufzeit 1 bis 5 Jahre - fester Zins, Euro	
231721	Investitionskredite Kreditinstitute Laufzeit 1 bis 5 Jahre - variabler Zins, in Euro	
231730	Investitionskredite Kreditinstitute Laufzeit über 5 Jahre - fester Zins, Euro	
231731	Investitionskredite Kreditinstitute Laufzeit über 5 Jahre - variabler Zins, in Euro	

Bilanz (Sachkonten)	Bezeichnung	Änderungen
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 2.1.3	**Liquiditätskredite**	
239	**Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung**	
239010	Kredite zur Liquiditätssicherung vom Bund Laufzeit bis 1 Jahr	
239110	Kredite zur Liquiditätssicherung vom Land Laufzeit bis 1 Jahr	
239210	Kredite zur Liquiditätssicherung von Gemeinden und Gemeindeverbänden Laufzeit bis 1 Jahr	
239310	Kredite zur Liquiditätssicherung von Zweckverbände Laufzeit bis 1 Jahr	
239410	Kredite zur Liquiditätssicherung vom sonstigen öffentlichen. Bereich Laufzeit bis 1 Jahr	
239510	Kredite zur Liquiditätssicherung von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen Laufzeit bis 1 Jahr	
239610	Kredite zur Liquiditätssicherung von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen Laufzeit bis 1 Jahr	
239710	Kredite zur Liquiditätssicherung von Kreditinstituten Laufzeit bis 1 Jahr	
239810	Kredite zur Liquiditätssicherung vom sonstigen inländischen Bereich Laufzeit bis 1 Jahr	
239910	Kredite zur Liquiditätssicherung vom sonstigen ausländischen Bereich Laufzeit bis 1 Jahr	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 2.1.4	**Sonstige Geldschulden**	
	dieser Bilanzpostition wurde seitens des NLS keine Sachkonten zugeordnet	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 2.2	**Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften**	
241	**Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden**	
241100	Hypothekenschulden	
241200	Grundschulden	
241310	Leibrentenverträge	
242	**Restkaufgelder bei Grundstücksgeschäften**	
242110	Restkaufgelder bei Grundstücksgeschäften	
243	**Leasinggeschäfte**	
243110	Finanzierungsleasing	
243190	Verrechnung Leasing - Capital Lease	
243510	Sonstige Leasinggeschäfte	
244	**ÖPP / PPP-Projekte**	**07/2013: neue Kontenart**
244100	PPP-Schulen-Kitas	07/2013: neues SAKO
249	**Sonstige Kreditaufnahmen gleichkommende Vorgänge**	**06/2015: neue Kontenart**
249100	Sonstige kreditähnliche Rechtsgeschäfte	06/2015: neues SAKO
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 2.3	**Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen**	
251	**Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen**	
251110	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegen verbundene Unternehmen	
251120	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegen Beteiligungen	
251130	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegen Sonderrechnungen	
251140	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegen den öffentlichen Bereich	
251150	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegen den privaten Bereich	
251900	Korrekturkonto Debitoren/Kreditoren Lieferungen + Leistungen	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 2.4	**Transferverbindlichkeiten**	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 2.4.1	**Finanzausgleichverbindlichkeiten**	
262	**Finanzausgleichverbindlichkeiten**	
262110	Finanzausgleichsverbindlichkeiten	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 2.4.2	**Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke**	
263	**Verbindlichkeiten aus Zuschüssen für laufende Zwecke**	
263110	Verbindlichkeiten aus Zuschüssen für laufende Zwecke	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 2.4.3	**Verbindlichkeiten aus Schuldendiensthilfen**	
264	**Verbindlichkeiten aus Schuldendiensthilfen**	
264110	Verbindlichkeiten aus Schuldendiensthilfen	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 2.4.4	**Soziale Leistungsverbindlichkeiten**	
265	**Verbindlichkeiten aus sozialen Leistungen**	
265110	Verbindlichkeiten aus sozialen Leistungen	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 2.4.5	**Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen**	
266	**Verbindlichkeiten aus Investitionszuschüssen**	
266110	Verbindlichkeiten aus Investitionszuschüssen	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 2.4.6	**Steuerverbindlichkeiten**	
266	**Steuerverbindlichkeiten**	
267120	Körperschaftsteuer	
267130	Kapitalertragsteuer	
267140	Bauabzugssteuer	
267190	Sonstige Steuerverbindlichkeiten	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 2.4.7	**Andere Transferverbindlichkeiten**	
261	**Verbindlichkeiten aus Transferleistungen**	
261110	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen verbundene Unternehmen	
261120	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen Beteiligungen	
261130	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen Sonderrechnungen	
261140	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen öffentlicher Bereich	
261150	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen privater Bereich	
261900	Korrekturkonto Debitoren/Kreditoren Transferleistungen	01/2013: neues SAKO
269110	Andere Transferverbindlichkeiten	
269900	Korrekturkonto Debitoren/Kreditoren Transferleistungen	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 2.5	**Sonstige Verbindlichkeiten**	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 2.5.1	**Durchlaufende Posten**	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 2.5.1.1	**Verrechnete Mehrwertsteuer**	
2721	**Umsatzsteuer**	
272100	Umsatzsteuer	
272110	Umsatzsteuerzahllast	
272120	Verrechnung Umsatzsteuer	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 2.5.1.2	**Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer**	
2722	**Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer**	
272210	Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer der Beschäftigten	
272211	Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer Versorgungsempfänger	01/2014: neues SAKO

Bilanz (Sachkonten)	Bezeichnung	Änderungen
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 2.5.1.3	**Sonstige durchlaufende Posten**	
2723	**Verbindlichkeiten gegenüber Sozialversicherungsträgern**	
272310	Verbindlichkeiten gegenüber Sozialversicherungsträgern	
272315	Verb. Sozialversicherungsträger - geringfügig Beschäftigte	
2724	**Sonstige Verrechnungen**	
272410	Verrechnungskonto Straßenreinigungsgebühr Jahressollstellung	
272420	Verrechnungskonto Abfall Bio Jahressollstellung	
272430	Verrechnungskonto Abfall Rest Jahressollstellung	
272510	Fundgelder	
272511	Versteigerung / Durchlaufende Gelder Abt. 32.1	03/2009: neues SAKO - Trennung Sachverhalte von SAKO 272510
272512	Versteigerungserlöse Abt. 32.4	02/2010: neues SAKO - Trennung Sachverhalte von SAKO 272511
272513	Durchlaufende Gelder / sichergestelltes Bargeld Abt. 32.1	08/2012: neues SAKO - Trennung Sachverhalte von SAKO 272511
272520	Schadensregulierung Sonderrechnung	
272530	Schadensregulierung an Dritte	
272920	Abzuführende Besoldung, Gehalt der Beschäftigten	
272930	Abzuführende Vermögenswirksame Leistungen	
272940	Abzuführende Zusatzversorgung VBL	
272950	Verbindlichkeiten HR - schwierige Fälle	
272951	Abzuführende Centbeträge	
272952	Abzuführende Zahlungen an Dritte	
272953	Abzuführende Firmenkarte	
272960	Verrechnungskonto Mündelgelder	
272961	Verrechnungskonto Mensa Max Essen	04/2014: neues SAKO
272962	Verrechnungskonto Mündelvermögen	06/2015: neues SAKO
272970	Verrechnungskonto Kautionen	
272971	Verrechnungskonto Sicherheitsleistungen VOB	03/2015: neues SAKO - Trennung Sachverhalte von SAKO 272970
~~272990~~	~~Sonstige durchlaufende Posten FB 20.2~~	01/2013: SAKO gesperrt - Sachverhalte werden nur noch unter SAKO 272991 und 272992 dargestellt
272991	Sonstige durchlaufende Posten andere OrgE	02/2010: neues SAKO - Trennung Sachverhalte von SAKO 272990
272992	Sonstige durchlaufende Posten Abt. 20.2	07/2011: neues SAKO für 272990 - op-verwaltet
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 2.5.2	**Abzuführende Gewerbesteuer**	
273	**Abzuführende Gewerbesteuer**	
273110	Abzuführende Gewerbesteuer	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 2.5.3	**Empfangene Anzahlungen**	
274	**Empfangene Anzahlungen**	
274100	Empfangene Anzahlungen FI-AA	03/2009: neues SAKO
274110	Empfangene Anzahlungen	
274120	Verbindlichkeiten aus aKonto-Zahlungen	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 2.5.4	**Andere sonstige Verbindlichkeiten**	
271	**Sonstige Wertpapierschulden**	
271110	Sonstige Wertpapierschulden Laufzeit bis 1 Jahr	
271120	Sonstige Wertpapierschulden Laufzeit 1 - 5 Jahre	
271130	Sonstige Wertpapierschulden Laufzeit bis 1 Jahr	
279	**Sonstige Verbindlichkeiten**	
279130	Verbindlichkeit Sonderrechnung Abfall	
279140	Verbindlichkeit Sonderrechnung Stadtentwässerung	
279150	Verbindlichkeit Sonderrechnung Gebäudemanagement	
279160	Verbindlichkeit Essensgeldkonten	04/2011: neues SAKO
279190	Verbindlichkeiten aus Verlustausgleichen	
279200	Verrechnungskonto Leasingzinsen	
279300	Verrechnungskonto Leasingeinstellung	
279400	PSCD-Klärungsbestandskonto (auch Rückläufer)	
279410	PSCD-Klärungsbestandskonto Ausgabe	
279420	PSCD-Rückzahlungsanforderung	
279430	PSCD-Klärungsbestandskonto Reste	
279900	Andere sonstige Verbindlichkeiten	04/2009: SAKO auslaufend
279901	Zinsabgrenzung Investitionskredite	11/2011: neues SAKO
279902	Zinsabgrenzung Geldanlagen Cashpool	11/2011: neues SAKO
279903	Zinsabgrenzung kreditähnliche Rechtsgeschäfte	03/2012: neues SAKO
279905	Andere sonstige Verbindlichkeiten	04/2009: neues SAKO (op-verwaltet) bisher 279900
279906	Sonstige Verbindlichkeiten FB 65 Einzelbeauftragung OP-Liste	04/2011: neues SAKO - Trennung Sachverhalte von SAKO 279905
279907	Sonstige Verbindlichkeiten FB 65 Einzelbeauftragung Investitionen	04/2015: neues SAKO - Trennung Sachverhalte von SAKO 279906
279910	Kreditorische Debitoren	
279920	Verbindlichkeiten Cashpool - Stadt Braunschweig Beteiligungsgesellschaft mbH	
279921	Verbindlichkeiten Cashpool - Nibelungen Wohnbau GmbH	
279922	Verbindlichkeiten Cashpool - Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH	
279923	Verbindlichkeiten Cashpool - Struktur-Förderung Braunschweig GmbH	
279924	Verbindlichkeiten Cashpool - Volkshochschule Braunschweig GmbH	
279925	Verbindlichkeiten Cashpool - Braunschweig Zukunft GmbH	
279926	Verbindlichkeiten Cashpool - Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH	
279927	Verbindlichkeiten Cashpool - Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH	
279928	Verbindlichkeiten Cashpool - KOSYNUS GmbH	
279929	Verbindlichkeiten Cashpool - Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH	
279930	Verbindlichkeiten CP-Unterstützungskasse Stadtbad eV	09/2009: Änderung der Bezeichnung (genauere Definition)
279931	Verbindlichkeiten Cashpool - Braunschweig Stadtmarketing GmbH	
279932	Verbindlichkeiten Cashpool - Stadtbad BS	09/2009: neues SAKO
279940	Verbindlichkeiten Cashpool - Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH	
279941	Verbindlichkeiten Cashpool - Projekt Region Braunschweig GmbH	
279950	Verbindlichkeiten Cashpool - Sonderrechnung Gebäudemanagement	
279951	Verbindlichkeiten Cashpool - Sonderrechnung Abfallwirtschaft	
279952	Verbindlichkeiten Cashpool - Sonderrechnung Stadtentwässerung	

Bilanz (Sachkonten)	**Bezeichnung**	**Änderungen**
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 3	**Rückstellungen**	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 3.1	**Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen**	
281	**Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen**	
281110	Pensionsrückstellungen	
281210	Beihilferückstellungen	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 3.2	**Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen**	
282	**Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen**	
282100	Rückstellung nicht in Anspruch genommener Urlaub	
282200	Rückstellung geleistete Überstunden	
282300	Rückstellung Altersteilzeitarbeit und ähnliche Maßnahmen	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 3.3	**Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung**	
283	**Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung**	
283110	Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 3.4	**Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien**	
284	**Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien**	
284110	Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 3.5	**Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten**	
285	**Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten**	
285110	Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 3.6	**Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen**	
286	**Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen**	
286110	Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs	
286210	Rückstellungen für Steuerschuldverhältnisse	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 3.7	**Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren**	
287	**Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren**	
287110	Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 3.8	**Andere Rückstellungen**	
289	**Andere Rückstellungen**	
289110	Rückstellungen ausstehende Rechnungen	
289119	Rückstellungen ausstehende Rechnungen - KGA	02/2015: neues SAKO Trennung Sachverhalte von SAKO 289110
289120	Sonstige Andere Rückstellungen	11/2009: neues SAKO - Trennung Sachverhalte von SAKO 289110
289129	Sonstige Andere Rückstellungen - KGA	02/2015: neues SAKO Trennung Sachverhalte von SAKO 289120
GemHKVO § 54 Abs. 4 Nr. 4	**Passive Rechnungsabgrenzung**	
290	**Passive Rechnungsabgrenzung**	
290100	Passive Rechnungsabgrenzung	04/2009: SAKO auslaufend
290110	pRAP - zweckgebundene Einzahlungen OrgE	04/2009: neues SAKO (op-verwaltet) bisher 290100
299	**Übrige Verbindlichkeiten**	
299100	Sonstige passive RAP - Zahlungsabgrenzung 20.4	

SAKO = Sachkonto

SAP-Systemnotwendige Sachkonten sind aus Vereinfachungsgründen nicht mit aufgelistet.

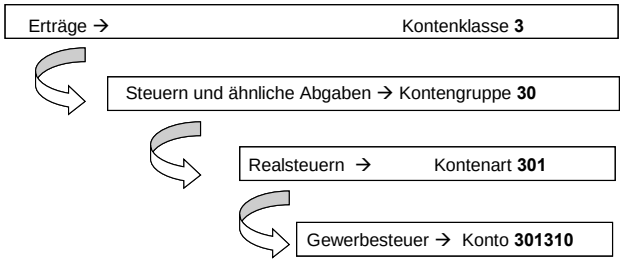
Kontenübersicht - Ergebnis- und Finanzhaushalt

Stand: Juli 2015

Gesetzliche Gliederung gemäß GemHKVO für den Ergebnis- und Finanzhaushalt
Kontenrahmen → Kontenklasse (1. Stelle des Kontos)
Kontenrahmen → Kontengruppe (1.+2. Stelle des Kontos)
Kontenrahmen → Kontenart (1. - 3. Stelle des Kontos)
Kontenrahmen → Konto (1. - 6. Stelle)

Datengrundlage: Verbindlicher Kontenrahmen II/2 für Niedersachsen gemäß Bekanntmachung des LSKN vom 08.03.2011

Lesebeispiel: Zuordnung anhand des Kontos Gewerbesteuer



Ergebnishaushalt (Ertrags- und Aufwandskonten)	Bezeichnung	Finanzhaushalt (Einzahlungs- und Auszahlungskonten)	zusätzliche Hinweise des FB 20
3	**Erträge / Einzahlungen**	**6**	
GemHKVO § 2 Abs. 2 Nr. 1	**Steuern und ähnliche Abgaben**	**GemHKVO § 3 Nr. 1 a**	
30	**Steuern und ähnliche Abgaben**		
301	**Realsteuern**		
301110	Grundsteuer A	601110	
301210	Grundsteuer B	601210	
301310	Gewerbesteuer	601310	
301320	Gewerbesteuer manuelle Buchungen	nicht zahlungswirksam	
301390	Ertrag niedergeschlag. Forderung Gewerbesteuer - Vorjahre	601390	
302	**Gemeindeanteile an den Gemeinschaftssteuern**		
302110	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	602110	
302210	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	602210	
303	**Sonstige Gemeindesteuern**		
303110	Vergnügungssteuer für die Vorführung von Bildstreifen	603110	
303120	Sonstige Vergnügungssteuer	603120	
303130	Vergnügungssteuer Automaten	603130	
303210	Hundesteuer	603210	
303910	Sonstige örtliche Steuern	603910	
305	**Ausgleichsleistungen**		
305210	Ausgleichsleistungen des Landes aus der Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende	605210	
GemHKVO § 2 Abs. 2 Nr. 2	**Zuwendungen und allgemeine Umlagen, außer für Investitionstätigkeit**	**GemHKVO § 3 Nr. 1 b**	
31	**Zuwendungen und allgemeine Umlagen**		
311	**Schlüsselzuweisungen**		
311110	Schlüsselzuweisungen vom Land	611110	
312	**Bedarfszuweisungen**		
312110	Bedarfszuweisungen vom Land	612110	
313	**Sonstige allgemeine Zuweisungen**		
313010	Allgemeine Zuweisungen vom Bund	613010	
313110	Allgemeine Zuweisungen vom Land	613110	
313120	Zuweisungen übertrag. Wirkungskreis, außerhalb FAG	613120	
313210	Allgemeine Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	613210	
314	**Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke**		**Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen bei 681**
314010	Zuweisungen vom Bund	614010	
314110	Zuweisungen vom Land	614110	
314113	IM Zuweisungen vom Land	614113	**neu 10/2011**
314120	Zuweisungen Festwert vom Land	614120	
314210	Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	614210	
314310	Zuweisungen von Zweckverbänden	614310	
314410	Zuweisungen von sonstigen öffentlichen Bereichen	614410	
314510	Zuschüsse von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	614510	
314610	Zuschüsse von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	614610	
314710	Zuschüsse von privaten Unternehmen	614710	
314713	IM Zuschüsse von privaten Unternehmen	614713	**neu 10/2011**
314720	Zuschüsse Festwert von privaten Unternehmen	614720	
314810	Zuschüsse von übrigen Bereichen	614810	
314813	IM Zuschüsse von übrigen Bereichen	614813	**neu 10/2011**
314820	Zuschüsse Festwert von übrigen Bereichen	614820	
316	**Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen**		
316110	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen (nicht zweckgebunden)	nicht zahlungswirksam	
316120	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen (zweckgebunden)	nicht zahlungswirksam	
316125	Laufende Projekte - Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen (zweckgebunden)	nicht zahlungswirksam	
316200	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen für Sammelposten	nicht zahlungswirksam	
316210	Manuelle Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen (nicht zweckgebunden)	nicht zahlungswirksam	
316220	Manuelle Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen (zweckgebunden)	nicht zahlungswirksam	
316999	manuelle Auflösung SoPo unterjährige Abschlüsse	nicht zahlungswirksam	
318	**Allgemeine Umlagen**		
318210	Allgemeine Umlagen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	618210	

Ergebnishaushalt (Ertrags- und Aufwandskonten)	Bezeichnung	Finanzhaushalt (Einzahlungs- und Auszahlungskonten)	zusätzliche Hinweise des FB 20
319	**Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen des Bundes**		
319110	Leistungsbeteiligung bei Leistungen für Unterkunft und Heizung an Arbeitsuchende	619110	
319120	Leistungsbeteiligung beim Arbeitslosengeld II	619120	
319130	Leistungsbeteiligung bei der Eingliederung von Arbeitsuchenden	619130	
GemHKVO § 2 Abs. 2 Nr. 4	**Sonstige Transfererträge / -einzahlungen**	**GemHKVO § 3 Nr. 1 c**	
32	**Sonstige Transfererträge**		
321	**Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen**		
	Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz; Kostenersatz		
321110	Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz avE, Kostenersatz avE örtliche Träger	621110	
321120	Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz avE, Kostenersatz avE überörtliche Träger	621120	
321130	Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz avE, Kostenersatz avE Kommunale Altenpflege	621130	
321140	Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz avE, Kostenersatz avE Aufnahme Gesetz	621140	
321150	Kostenersatz außerhalb von Einrichtungen	621150	
321190	Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz, Kostenersatz ohne Zuordnung	621190	
	Übergegangene bzw. Übergeleitete Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete		
321210	Übergeleitete Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete avE örtliche Träger	621210	
321220	Übergeleitete Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete avE überörtliche Träger	621220	
321230	Übergeleitete Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete avE Kommunale Altenpflege	621230	
321240	Übergeleitete Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete avE Aufnahme Gesetz	621240	
	Leistungen von Sozialleistungsträgern		
321310	Leistungen von Sozialleistungsträgern (ohne Pflegeversicherung) avE örtliche Träger	621310	
321320	Leistungen von Sozialleistungsträgern (ohne Pflegeversicherung) avE überörtliche Träger	621320	
321330	Leistungen der Pflegeversicherungsträger avE örtlicher Träger	621330	
321340	Leistungen der Pflegeversicherungsträger avE überörtlicher Träger	621340	
	Sonstige Ersatzleistungen		
321410	Sonstige Ersatzleistungen avE örtlicher Träger	621410	
321420	Sonstige Ersatzleistungen avE überörtlicher Träger	621420	
321430	Sonstige Ersatzleistungen avE Kommunale Altenpflege	621430	
321440	Sonstige Ersatzleistungen avE Aufnahme Gesetz	621440	
	Rückzahlung gewährter Hilfen		
321510	Rückzahlung gewährter Hilfe avE örtliche Träger	621510	
321520	Rückzahlung gewährter Hilfe avE überörtliche Träger	621520	
321530	Rückzahlung gewährter Hilfe avE Kommunale Altenpflege	621530	
321540	Rückzahlung gewährter Hilfe avE Aufnahme Gesetz	621540	
322	**Ersatz von sozialen Leistungen in Einrichtungen**		
	Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz; Kostenersatz		
322110	Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz, Kostenersatz iE örtliche Träger	622110	
322120	Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz, Kostenersatz iE überörtliche Träger	622120	
322130	Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz, Kostenersatz iE Kommunale Altenpflege	622130	
322140	Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz, Kostenersatz Aufnahme Gesetz	622140	
322150	Kostenbeiträge, Aufwend.- u. Kostenersatz in Einrichtungen	622150	
	Übergegangene bzw. Übergeleitete Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete		
322210	Übergeleitete Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete iE örtliche Träger	622210	
322220	Übergeleitete Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete iE überörtliche Träger	622220	
322230	Übergeleitete Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete iE Kommunale Altenpflege	622230	
322240	Übergeleitete Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete iE Aufnahme Gesetz	622240	
	Leistungen von Sozialleistungsträgern		
322310	Leistungen von Sozialleistungsträgern (ohne Pflegeversicherung) i.E., Kommunale Altenpflege	622310	
322320	Leistungen von Sozialleistungsträgern (ohne Pflegeversicherung) i.E., überörtliche Träger	622320	
322330	Leistungen der Pflegeversicherungsträger iE, Kommunale Altenpflege	622330	
322340	Leistungen der Pflegeversicherungsträger iE, überörtliche Träger	622340	
	Sonstige Ersatzleistungen		
322410	Sonstige Ersatzleistungen iE örtlicher Träger	622410	
322420	Sonstige Ersatzleistungen iE überörtlicher Träger	622420	
322430	Sonstige Ersatzleistungen iE Kommunale Altenpflege	622430	
322440	Sonstige Ersatzleistungen iE Aufnahme Gesetz	622440	
	Rückzahlung gewährter Hilfen		
322510	Rückzahlung gewährter Hilfe iE örtliche Träger	622510	
322520	Rückzahlung gewährter Hilfe iE überörtliche Träger	622520	
322530	Rückzahlung gewährter Hilfe iE Kommunale Altenpflege	622530	
322540	Rückzahlung gewährter Hilfe iE Aufnahme Gesetz	622540	
323	**Schuldendiensthilfen**		
323010	Schuldendiensthilfen vom Bund	623010	
323110	Schuldendiensthilfen vom Land	623110	
323210	Schuldendiensthilfen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	623210	
323310	Schuldendiensthilfen von Zweckverbänden	623310	
323410	Schuldendiensthilfen vom sonstigen öffentlichen Bereich	623410	
323510	Schuldendiensthilfen von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	623510	
323610	Schuldendiensthilfen von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	623610	
323710	Schuldendiensthilfen von privaten Unternehmen	623710	
323810	Schuldendiensthilfen von übrigen Bereichen	623810	
329	**Andere sonstige Transfererträge**		
329110	Andere sonstige Transfererträge	629110	
GemHKVO § 2 Abs. 2 Nr. 5	**Öffentlich-rechtliche Entgelte, außer Beiträge und ähnliche Entgelte für Investitionstätigkeit**	**GemHKVO § 3 Nr. 1 d**	
33	**Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte**		
331	**Verwaltungsgebühren**		
331110	Verwaltungsgebühren	631110	
332	**Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte**		
332110	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	632110	
332120	Benutzungsgebühren Parkautomaten	632120	

Ergebnishaushalt (Ertrags- und Aufwandskonten)	Bezeichnung	Finanzhaushalt (Einzahlungs- und Auszahlungskonten)	zusätzliche Hinweise des FB 20
GemHKVO § 2 Abs. 2 Nr. 3	**Auflösungserträge aus Sonderposten**	**nicht zahlungswirksam**	
33	**Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte**		
337	**Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Beiträge**		
337110	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Beiträgen und ähnl. Entgelten (nicht zweckgebunden)	nicht zahlungswirksam	
337120	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Beiträgen und ähnl. Entgelten (zweckgebunden)	nicht zahlungswirksam	
337125	Laufende Projekte - Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Beiträgen und ähnl. Entgelten (zweckgebunden)	nicht zahlungswirksam	
337220	Manuelle Auflösung von Sonderposten Beiträge (zweckgebunden)	nicht zahlungswirksam	
338	**Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Gebührenausgleich**		
338110	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Gebührenausgleich	nicht zahlungswirksam	
GemHKVO § 2 Abs. 2 Nr. 6	**Privatrechtliche Entgelte, außer für Investitionstätigkeit**	**GemHKVO § 3 Nr. 1 e**	
34	**Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen**		
341	**Mieten und Pachten**		
341110	Mieten und Pachten	641110	
342	**Erträge aus Verkauf**		
342110	Erträge aus Verkauf	642110	
346	**Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte**		**Empfangene Schadensersatzleistungen werden unter 501210 geplant und gebucht.**
346110	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	646110	
346120	Erträge private Telefongebühren	646120	
346130	Erträge Abzug Verpflegung	646130	
346140	Erträge Pfändungsgebühren	646140	
346150	Erträge private Dienstwagenkilometer	646150	
346160	Erträge Kostenersatz aus Haftpflichtansprüchen	646160	
GemHKVO § 2 Abs. 2 Nr. 7	**Kostenerstattungen und Kostenumlagen, außer für Investitionstätigkeit**	**GemHKVO § 3 Nr. 1 f**	
348	**Erträge aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen**		
348010	Erstattungen vom Bund	648010	
348110	Erstattungen vom Land	648110	
348210	Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	648210	
348213	IM-Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	648213	**neu 12/2013**
348310	Erstattungen von Zweckverbänden	648310	
348410	Erstattungen von sonstigen öffentlichen Bereichen	648410	
348510	Erstattungen von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	648510	
348513	IM Erstattungen von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	648513	**neu 10/2011**
348520	Erstattungen von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen - Serviceleistungen	648520	
348523	IM Erstattungen von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen - Serviceleistungen	648523	**neu 10/2011**
348530	Erstattungen von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen - Steuerungsleistungen	648530	
348610	Erstattungen von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	648610	
348710	Erstattungen von privaten Unternehmen	648710	
348810	Erstattungen von übrigen Bereichen	648810	
348813	IM Erstattungen von übrigen Bereichen	648813	**neu 10/2011**
GemHKVO § 2 Abs. 2 Nr. 11	**Sonstige ordentliche Erträge / haushaltswirksame Einzahlungen**	**GemHKVO § 3 Nr. 1 i**	
35	**Sonstige ordentliche Erträge**		
351	**Konzessionsabgaben**		
351110	Konzessionsabgaben	651110	
352	**Erstattung von Steuern**		
nicht ergebniswirksam	Einzahlungen aus erhaltener Umsatzsteuer	652210	
nicht ergebniswirksam	Einzahlungen Umsatzsteuer Sonderrechnung	652220	
nicht ergebniswirksam	Einzahlungen aus der Erstattung von Vorsteuern	652310	
356	**Besondere Erträge**		**neu 03/2011**
356110	Bußgelder	656110	**neu 03/2011**
356120	Zwangsgelder	656120	**neu 03/2011**
356130	Verwarnungsgelder	656130	**neu 03/2011**
356190	Sonstige ordentliche Erträge	656190	**neu 03/2011**
356210	Säumniszuschläge	656210	**neu 03/2011**
356220	Mahngebühren	656220	**neu 03/2011**
356230	Stundungszinsen	656230	**neu 03/2011**
356240	Rücklastschriftgebühren	656240	**neu 03/2011**
356290	Sonstige Nebenforderungen	656290	**neu 03/2011**
356310	Erträge aus der Inanspruchnahme von Gewährverträgen und Bürgschaften	656310	**neu 03/2011**
357	**Weitere Erträge aus der Auflösung von Sonderposten**	nicht zahlungswirksam	
357110	Erträge aus der Auflösung von Sonstige Sonderposten (nicht zweckgebunden)	nicht zahlungswirksam	
357120	Erträge aus der Auflösung von Sonstige Sonderposten (zweckgebunden)	nicht zahlungswirksam	
357125	Laufende Projekte - Erträge aus der Auflösung von sonstigen Sonderposten (zweckgebunden)	nicht zahlungswirksam	
357210	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für den Bewertungsausgleich (nicht zweckgebunden)	nicht zahlungswirksam	
357220	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für den Bewertungsausgleich (zweckgebunden)	nicht zahlungswirksam	
357225	Laufende Projekte - Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für den Bewertungsausgleich (zweckgebunden)	nicht zahlungswirksam	
358	**Nicht zahlungswirksame ordentliche Erträge**	nicht zahlungswirksam	
358110	Erträge aus Zuschreibungen	nicht zahlungswirksam	
358210	Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung von Rückstellungen	nicht zahlungswirksam	
358310	Erträge aus Auflösung oder Herabsetzung von Einzelwertberichtigungen auf Forderungen	nicht zahlungswirksam	
358320	Erträge aus Auflösung oder Herabsetzung von Pauschalwertberichtigungen auf Forderungen	nicht zahlungswirksam	
358330	Ertrag Auflösung oder Herabsetzung EWB Ford. GewSt	nicht zahlungswirksam	**neu 10/2010**
358390	Sonstige weitere nicht zahlungswirksame ordentliche Erträge	nicht zahlungswirksam	
359	**Andere sonstige ordentliche Erträge**		
359110	Andere sonstige ordentliche Erträge	659110	
359120	Erträge aus Ausgleichsabgaben	659120	
359130	Versorgungslastenteilung	659130	**neu 08/2010**

Ergebnishaushalt (Ertrags- und Aufwandskonten)	Bezeichnung	Finanzhaushalt (Einzahlungs- und Auszahlungskonten)	zusätzliche Hinweise des FB 20
GemHKVO § 2 Abs. 2 Nr. 8	**Zinsen und ähnliche Finanzerträge / Einzahlungen**	**GemHKVO § 3 Nr. 1 g**	
36	**Finanzerträge**		
361	**Zinserträge**		
361010	Zinserträge vom Bund	661010	
361110	Zinserträge vom Land	661110	
361210	Zinserträge von Gemeinden und Gemeindeverbänden	661210	
361310	Zinserträge von Zweckverbänden	661310	
361410	Zinserträge vom sonstigen öffentlichen Bereich	661410	
361510	Zinserträge von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	661510	
361610	Zinserträge von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	661610	
361620	Zinserträge von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen/Cashpool	661620	
361710	Zinserträge von Kreditinstituten	661710	
361720	Zinserträge von Kreditinstituten/Cashpool	661720	
361810	Zinserträge von übrigen inländischen Bereichen	661810	
361910	Zinserträge von ausländischen Bereichen	661910	
363	**Besondere Erträge**		
363110	Bußgelder	663110	
363120	Zwangsgelder	663120	
363130	Verwarnungsgelder	663130	
363190	Sonstige ordnungsrechtliche Erträge	663190	
363210	Säumniszuschläge	663210	
363220	Mahngebühren	663220	
363230	Stundungszinsen	663230	
363240	Rücklastschriftgebühren	663240	
363290	Sonstige Nebenforderungen	663290	
363310	Erträge aus der Inanspruchnahme von Gewährverträgen und Bürgschaften	663310	
365	**Gewinnanteile aus verbundenen Unternehmen und Beteiligungen**		
365110	Erträge aus Gewinnanteilen aus Beteiligungen	665110	
365120	Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	665120	
365130	Erträge aus Wertpapieren des Anlagevermögens	665130	
369	**Sonstige Finanzerträge**		
369110	Verzinsung der Gewerbesteuer nach § 233 a AO	669110	
369130	Verzinsung der Vorsteuersteuer nach § 233 a AO	669130	**neu 04/2013**
369910	Erträge Versorgungsrücklage	669910	
GemHKVO § 2 Abs. 2 Nr. 9	**Aktivierte Eigenleistungen**	**nicht zahlungswirksam**	
37	**Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen**	**nicht zahlungswirksam**	
371	**Aktivierte Eigenleistungen**	**nicht zahlungswirksam**	
371110	Aktivierte Eigenleistungen Personal / ILV	nicht zahlungswirksam	
371120	Aktivierte Sachkosten	nicht zahlungswirksam	
371130	Plan Erlöse Aktivierte Eigenleistungen	nicht zahlungswirksam	
371140	Erlöse Aktivierte Eigenleistungen (KA1)	nicht zahlungswirksam	
371150	Erlöse Aktivierte Eigenleistungen (manuell)	nicht zahlungswirksam	
371999	Aktivierte Eigenleistungen unterjährige Abschlüsse	nicht zahlungswirksam	**neu 08/2010**
GemHKVO § 2 Abs. 2 Nr. 10	**Bestandsveränderungen**	**nicht zahlungswirksam**	
37	**Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen**	**nicht zahlungswirksam**	
372	**Bestandsveränderungen**	**nicht zahlungswirksam**	
372110	Bestandsveränderungen an unfertigen Erzeugnissen	nicht zahlungswirksam	
372120	Bestandsveränderungen an fertigen Erzeugnissen	nicht zahlungswirksam	
4	**Aufwendungen / Auszahlungen**	**7**	
GemHKVO § 2 Abs. 3 Nr. 1	**Aufwendungen / Auszahlungen für aktives Personal**	**GemHKVO § 3 Nr. 2 a**	
40	**Personalaufwendungen**		
401	**Dienstaufwendungen**		
	Beamte		
401110	Beamtenbezüge	701110	
401140	Bezüge Beamtenanwärter und Dienstanfänger	701140	
	Tariflich Beschäftigte		
401210	Tariflich Beschäftigte Entgelt	701210	
401240	Tariflich Beschäftigte Entgelt Auszubildende	701240	
	ABM-Kräfte		
401810	ABM-Kräfte	701810	
	Sonstige Beschäftigte		
401910	Beschäftigungsentgelte	701910	
401920	Pauschalierte Lohnsteuer	701920	
401990	Abgrenzung Zahlungen Personal für Finanzrechnung	701990	
402	**Beiträge zu Versorgungskassen**		
	Beamte		
402110	Beiträge zu Versorgungskassen für Beamte / Pensionsfonds	702110	
402120	Versorgungslastenteilung	702120	**neu 08/2010**
	Arbeitnehmer		
402210	Beiträge für Versorgungskassen tariflich Beschäftigte	702210	
402220	AG-Anteil Zusatzversicherung tariflich Beschäftigte	702220	
402240	AG-Anteil Zusatzversicherung tariflich Beschäftigte Auszubildende	702240	
	Sonstige Beschäftigte		
402910	Beiträge zu Versorgungskassen für sonstige Beschäftigte	702910	
403	**Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung**		
	Beamte		
403110	Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung für Beamte	703110	
	Tariflich Beschäftigte		
403210	Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung für tariflich Beschäftigte	703210	
403240	Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung für tariflich Beschäftigte Auszubildende	703240	
	Sonstige Beschäftigte		
403910	Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung für sonstige Beschäftigte	703910	
404	**Beihilfen, Unterstützungsleistungen für Beschäftigte**		
404110	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	704110	
405	**Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für Beamte**		
405110	Rückstellung für Pensionen Beamte	nicht zahlungswirksam	
406	**Zuführungen zu Beihilferückstellungen für Beschäftigte**		
406110	Rückstellung f. Beihilfen	nicht zahlungswirksam	

Ergebnishaushalt (Ertrags- und Aufwandskonten)	Bezeichnung	Finanzhaushalt (Einzahlungs- und Auszahlungskonten)	zusätzliche Hinweise des FB 20
407	**Rückstellung für Altersteilzeit**		
407110	Zuführung zu Rückstellungen für Altersteilzeit	nicht zahlungswirksam	
407120	Aufwendungen für Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub - Beamte	nicht zahlungswirksam	
407130	Aufwendungen für Rückstellungen für Überstunden - Beamte	nicht zahlungswirksam	
407140	Sonstige Personalrückstellungen	nicht zahlungswirksam	
407220	Aufwendungen für Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub - tariflich Beschäftigte	nicht zahlungswirksam	
407230	Aufwendungen für Rückstellungen für Überstunden - tariflich Beschäftigte	nicht zahlungswirksam	
408	**Deckungsreserve für Personalaufwendungen**		
408110	Deckungsreserve	708110	
408120	Deckungsreserve (nicht zahlungswirksam)	nicht zahlungswirksam	
GemHKVO § 2 Abs. 3 Nr. 2	**Aufwendungen / Auszahlungen für Versorgung**	**GemHKVO § 3 Nr. 2 b**	
41	**Versorgungsaufwendungen**		
411	**Versorgungsaufwendungen**		
	Beamte		
411110	Versorgungsaufwendungen für Beamte	711110	
	Tariflich Beschäftigte		
411210	Versorgungsaufwendungen für tariflich Beschäftigte	711210	
413	**Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung**		
	Beamte		
413110	Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung für Beamte	713110	
	Tariflich Beschäftigte		
413210	Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung für tariflich Beschäftigte	713210	
	Sonstige Beschäftigte		
413910	Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung für sonstige Beschäftigte	713910	
414	**Beihilfen, Unterstützungsleistungen für Versorgungsempfänger**		
414110	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Versorgungsempfänger	714110	
415	**Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für Versorgungsempfänger**		
415110	Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für Versorgungsempänger	nicht zahlungswirksam	
416	**Zuführungen zu Beihilferückstellungen für Versorgungsempfänger**		
416110	Zuführungen zu Beihilferückstellungen für Versorgungsempänger	nicht zahlungswirksam	
GemHKVO § 2 Abs. 3 Nr. 3	**Aufwendungen / Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für geringwertige Vermögensgegenstände**	**GemHKVO § 3 Nr. 2 c**	
42	**Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**		
421	**Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens**		
	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen		
421110	Grundstücke und bauliche Anlagen - Instandhaltungen	721110	
421150	Grundstücke und bauliche Anlagen - Tiefbauleistungen	721150	
421160	Grundstücke und bauliche Anlagen - sonstige Bauunterhaltung	721160	
421180	Aufwendungen für Tauschgrundstücke	721180	
421190	Instandhaltungen fremde bauliche Anlagen	721190	**neu 02/2015**
	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens		
421210	Aufwendungen für Unterhaltung des Infrastrukturvermögens	721210	
421270	Aufwendungen für Unterhaltung des Infrastrukturvermögens Unterhaltung Grünanlagen	721270	
421273	Aufwendungen für Unterhaltung des Infrastrukturvermögens Unterhaltung der Friedhofsflächen	721273	
421278	Aufwendungen für Unterhaltung des Infrastrukturvermögens Unterhaltung Grünanlagen - histor. Friedhöfe	721278	
422	**Unterhaltung des beweglichen Vermögens**		
422110	Aufwendungen für Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung	722110	
422120	Aufwendungen für Unterhaltung der Maschinen und technischen Anlagen	722120	
422130	Aufwendungen für Unterhaltung der Fahrzeuge (Rep.+Ersatzteile)	722130	
422140	Aufwendungen für Wartung Software	722140	
422190	Aufwendungen Instandhaltung fremde Betriebs- und Geschäftsausstattung, Maschinen und technische Anlagen	722190	**neu 02/2015**
422210	Geringwertige Vermögensgegenstände bis 150 Euro	722210	
422900	Erwerb Vermögensgegenstände Festwert	722900	
423	**Mieten und Pachten**		
423110	Mieten, Pachten, Erbbauzinsen	723110	
423120	Inventarmieten	723120	
423130	Leibrenten	723130	**Konto kommt zum Tragen, wenn die Zahlung der Rente den Kaufpreis übersteigt.**
423210	Leasing	723210	
423213	IM-Leasing	723213	**neu 04/2014**
424	**Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen**		
424100	Reinigung	724100	**inkl. sonstige Reinigung**
424110	Grundstücksabgaben	724110	
424120	Gebäudeversicherungen	724120	**Grundstücks- u. Inventarversicherung**
424130	Winterdienst	724130	
424140	Gehwegreinigung	724140	
424150	Straßenausbaubeiträge	724150	
424160	Erschließungsbeiträge	724160	
424190	Sonstige Bewirtschaftungskosten	724190	
425	**Haltung von Fahrzeugen**		
425110	Betriebskosten Kfz und GEZ	725110	
425120	Kfz-Versicherungsbeiträge und -Steuer	725120	
426	**Besondere Aufwendungen für Beschäftigte**		
426110	Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	726110	
426120	Aufwendungen für Aus- und Fortbildung, Umschulung	726120	
426125	Zentrale IT-Schulungen	726125	**neu 06/2010**
426130	Aufwendungen für medizinische Untersuchungen	726130	
427	**Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen**		
427110	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	727110	
427114	IM Planungskosten	727114	**neu 10/2011**
427115	Planungskosten	727115	
427120	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen	727120	
427125	Lebensmittel	727125	
427130	Repräsentationsaufwendungen	727130	
427135	medizinischer Sachbedarf	727135	
427140	Veranstaltungen	727140	
427145	EDV-Kosten	727145	
427150	Schulsport	727150	
427155	Sonstige Verbrauchsmittel	727155	
427160	Lehrmittelbedarf	727160	

Ergebnishaushalt (Ertrags- und Aufwandskonten)	Bezeichnung	Finanzhaushalt (Einzahlungs- und Auszahlungskonten)	zusätzliche Hinweise des FB 20
427170	Statische Prüfungen	727170	
427180	Veröffentlichungen	727180	
427190	Sonstige Sachaufwendungen	727190	
427193	IM Sonstige Sachaufwendungen	727193	**neu 10/2011**
427195	Sonstige Sachaufwendungen Beschäftigungsbetrieb	727195	
429	**Aufwendungen für sonstige Sach- und Dienstleistungen**		
429110	Sonstige Aufwendungen für Sachleistungen	729110	
429113	IM Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	729113	**neu 10/2011**
GemHKVO § 2 Abs. 3 Nr. 6	**Transferaufwendungen / -auszahlungen, außer für Investitionstätigkeit**	**GemHKVO § 3 Nr. 2 e**	
43	**Transferaufwendungen**		
431	**Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke**		
431010	Zuweisungen an den Bund	731010	
431110	Zuweisungen an das Land	721110	**Krankenhausumlage**
431113	IM Zuweisungen an das Land	731113	**neu 10/2011**
431210	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	731210	
431310	Zuweisungen an Zweckverbände	731310	**Zweckverbandsumlage Großraum Braunschweig**
431410	Zuweisungen an den sonstigen öffentlichen Bereich	731410	
431510	Zuschüsse an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	731510	
431513	IM Zuschüsse an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	731513	**neu 02/2012**
431610	Zuschüsse an sonstige öffentliche Sonderrechnungen	731610	
431710	Zuschüsse an private Unternehmen	721710	
431713	IM Zuschüsse an private Unternehmen	731713	**neu 10/2011**
431810	Zuschüsse an übrige Bereiche	731810	
431813	IM Zuschüsse an übrige Bereiche	731813	**neu 10/2011**
432	**Schuldendiensthilfen**		
432010	Schuldendiensthilfen an den Bund	732010	
432110	Schuldendiensthilfen an das Land	732110	
432210	Schuldendiensthilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände	732210	
432310	Schuldendiensthilfen an Zweckverbände	732310	
432410	Schuldendiensthilfen an den sonstigen öffentlichen Bereich	732410	
432510	Schuldendiensthilfe an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	732510	
432610	Schuldendiensthilfen an sonstige öffentliche Sonderrechnungen	732610	
432710	Schuldendiensthilfen an private Unternehmen	732710	
432810	Schuldendiensthilfen an übrige Bereiche	732810	
433	**Sozialtransferaufwendungen**		
	Soziale Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen		
433110	Sozialleistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen örtlicher Träger	733110	
433120	Sozialleistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger	733120	
433130	Sozialleistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen Kommunale Altenpflege	733130	
433140	Sozialleistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen Aufnahme Gesetz	733140	
433150	Jugendhilfeleistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen	733150	
	Soziale Leistungen an natürliche Personen in Einrichtungen		
433210	Sozialleistungen an natürliche Personen in Einrichtungen örtlicher Träger	733210	
433220	Sozialleistungen an natürliche Personen in Einrichtungen überörtlicher Träger	733220	
433230	Sozialleistungen an natürliche Personen in Einrichtungen Kommunale Altenpflege	733230	
433240	Sozialleistungen an natürliche Personen in Einrichtungen Aufnahme Gesetz	733240	
433250	Jugendhilfeleistungen an natürliche Personen in Einrichtungen	733250	
	Sonstige soziale Leistungen		
433910	Sonstige soziale Leistungen örtlicher Träger	733910	
433920	Sonstige soziale Leistungen überörtlicher Träger	733920	
433930	Sonstige soziale Leistungen Kommunale Altenpflege	733930	
433940	Sonstige soziale Leistungen Aufnahme Gesetz	733940	
433950	Sonstige soziale Leistungen BVG	733950	
433960	Sonstige soziale Leistungen SVG	733960	
433970	Sonstige soziale Leistungen Sonderfürsorge	733970	
433980	Sonstige soziale Leistungen UVG	733980	
433990	1 Euro-Job-allgemeine Zahlungen	733990	
433991	1 Euro-Job-Fahrkarten	733991	
433992	1 Euro-Job-Arbeitskleidung	733992	
433993	1 Euro-Job-Zahlung	733993	
433994	1 Euro-Job-Qualifizierung	733994	
434	**Steuerbeteiligungen**		
	Gewerbesteuerumlage		
434110	Gewerbesteuerumlage	734110	
437	**Allgemeine Umlagen**		
437120	Entschuldungsumlage	437120	**neu 09/2012**
437210	Allgemeine Umlagen an Gemeinden und Gemeindeverbände	737210	
437310	Allgemeine Umlagen an Zweckverbände	737310	
GemHKVO § 2 Abs. 3 Nr. 7	**Sonstige ordentliche Aufwendungen / haushaltswirksame Auszahlungen**	**GemHKVO § 3 Nr. 2 f**	
44	**Sonstige ordentliche Aufwendungen**		
441	**Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen**		
	Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen		
441110	Sonstige Personalaufwendungen	741110	**Beinhaltet auch: Aufwendungen für Beschäftigtenbetreuung und Dienstjubiläen, Aufwendungen für Umzugskostenvergütung, Arbeitssicherheit/Betriebsarzt**

Ergebnishaushalt (Ertrags- und Aufwandskonten)	Bezeichnung	Finanzhaushalt (Einzahlungs- und Auszahlungskonten)	zusätzliche Hinweise des FB 20
442	**Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten**		
	Aufwendungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeit		
442110	Aufwendungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeit	742110	
442120	Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung für ehrenamtl. Tätige	742120	
	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten		
442910	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten; vermischte Ausgaben	742910	
442920	Verfügungsmittel	742920	
442930	Beiträge zu Wirtschaftsverbänden, Berufsvertretungen und Vereinen	742930	
442940	Schülerbeförderungskosten	742940	
443	**Geschäftsaufwendungen**		
	Geschäftsaufwendungen		
443110	IT-Aufwendungen	743110	
443120	Fernsprech-, Internetaufwendungen	743120	
443125	Mobilfunkaufwand	743125	
443135	Bankgebühren, Porto	743135	
443136	Bankgebühren Zahlungsverkehr	743136	
443140	Prüfungs- und Beratungskosten	743140	
443142	Gerichts- und Anwaltskosten	743142	
443150	Büromaterial und sonstige Bürobedarfskosten	743150	
443155	Kopierkosten	743155	
443160	Zeitschriften	743160	
443175	sonstige Geschäftsaufwendungen	743175	
443180	Dienstreisen, Fahrkostenersatz	743180	
443197	Aufwendungen für selbsterstelle Software	743197	
444	**Steuern, Versicherungen, Schadensfälle**		
444110	Ausgleichsabgabe nach Schwerbehindertengesetz	744110	
444120	Haftpflichtversicherungen	744120	
444130	Unfallversicherung	744130	
444140	Aufwendungen für Schadensfälle	744140	
444150	Körperschaftssteuer	744150	
444160	Gewerbesteuer	744160	
444170	sonstige Versicherungen	744170	
444180	Sonstige Ausgleichsabgaben	744180	
nicht ergebniswirksam	Abzugsfähige Vorsteuer	744210	
nicht ergebniswirksam	Umsatzsteuer-Zahllast	744310	
445	**Erstattungen für Aufwendungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit**		
445010	Erstattungen an den Bund	745010	
445110	Erstattungen an das Land	745110	
445210	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	745210	
445223	IM Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	745223	**neu 10/2011**
445310	Erstattungen an Zweckverbände	745310	
445410	Erstattungen an den sonstigen öffentlichen Bereich	745410	
445420	Erstattungen an den sonstigen öffentlichen Bereich - örtlicher Träger	745420	
445430	Erstattungen an den sonstigen öffentlichen Bereich - überörtlicher Träger	745430	
445440	Erstattungen an den sonstigen öffentlichen Bereich - kommunale Altenpflege	745440	
445450	Erstattungen an den sonstigen öffentlichen Bereich - Aufnahmegesetz	745450	
	Erstattungen an verbundene Unternehmen, Sondervermögen und Beteiligungen		
445510	Erstattungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	745510	
445512	Erstattungen an Gebäudemanagement - Miete	745512	**Beinhaltet auch: Miete Wildkrautprojekt**
445514	IM Erstattungen an Gebäudemanagement - sonst. Serviceleistungen (Personal-u.Sachkosten)	745514	**neu 10/2011**
445517	Erstattungen an Gebäudemanagement - Betriebskosten warm	745517	
445518	Erstattungen an Gebäudemanagement - Betriebskosten kalt	745518	
445519	Erstattungen an Gebäudemanagement - Schönheitsreparaturen (Personal-u.Sachkosten)	745519	
445520	Erstattungen an Gebäudemanagement - funktionale Umbauten (Personal-u.Sachkosten)	745520	
445521	Erstattungen an Gebäudemanagement - sonst. Serviceleistungen (Personal-u.Sachkosten)	745521	**bitte beachten, dass hier nur über das Modul CO geplant wird (kein 4er Projekt des IM); siehe hierzu Sachkonto 445514**
445522	Erstattungen an Gebäudemanagement - Instandhaltung Betriebs-/Geschäftsausstattung	745522	
445526	Erstattungen an Gebäudemanagement - Servicekosten	745526	**Anteil Serviceleistungen bei Instandhaltung von Gebäuden**
445527	Erstattungen an Gebäudemanagement - sonst. Servicekosten	745527	**Dieses Sachkonto ist nur für den Gebäudeeigentümer 20.2. - für besondere Gebäudeleistungen; Servicekosten der Mieter sind bei den Konten: 445519 - Schönheitsreparaturen**(IM) **445520 - funktionale Umbauten (IM) 445521 - sonst. Serviceleistungen - gebäudeunabhängig (CO) zu planen und zu buchen.**
445528	Erstattungen an Gebäudemanagement - Verwalterpauschale	745528	
445531	Erstattungen an Gebäudemanagement - außerschulische Leistuntungen	745531	
445532	Erstattungen an Gebäudemanagement - sonstige Sachkosten	745532	
445533	Erstattungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen - öffentl. Anteil Straßenreinigung	745533	
445542	Erstattungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen - Betriebsärztliche Versorgung	745542	
	Erstattungen an sonstige öffentliche Sonderrechnungen		
445610	Erstattungen an sonstige öffentliche Sonderrechnungen	745610	
	Erstattungen an private Unternehmen		
445710	Erstattungen an private Unternehmen	745710	
445711	Erstattungen an private Unternehmen - Reinigung verschiedener Einrichtungen	745711	**Beinhaltet auch: Reinigung der Rathauskollonaden**
445713	Erstattungen an private Unternehmen - Deponien und offene Mulden	745713	
445714	Erstattungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen - Abscheiderentsorgung	745714	
445715	Erstattungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen - Reinigung Sinkkästen und Straßendurchlässe	745715	
445716	Erstattungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen - öffentl. Anteil Straßenentwässerung	745716	

Ergebnishaushalt (Ertrags- und Aufwandskonten)	Bezeichnung	Finanzhaushalt (Einzahlungs- und Auszahlungskonten)	zusätzliche Hinweise des FB 20
445717	Erstattungen an private Unternehmen - SEBS Nds. Wassergesetz	745717	**Beinhaltet auch: Indirekteinleiterverordnung**
	Erstattungen an übrige Bereiche		
445810	Erstattungen an übrige Bereiche	745810	
446	**Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen von den Gemeinden**		
	Leistungsbeteiligung von den Gemeinden für die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende		
446110	Leistungsbeteiligungen bei Leistungen für Unterkunft und Heizung an Arbeitsuchende	746110	
446120	Leistungsbeteiligung bei Leistungen zur Eingliederung von Arbeitsuchenden, Betreuungsleistungen und Beratung	746120	
446130	Leistungsbeteiligung bei einmaligen Leistungen an Arbeitsuchende	746130	
447	**Wertveränderungen bei Vermögensgegenständen**		
447210	Einstellungen und Zuschreiben in die Sonderposten	nicht zahlungswirksam	
447220	Aufwendungen zu sonstigen Rückstellungen	nicht zahlungswirksam	
447230	Wertkorrekturen zu Forderungen	nicht zahlungswirksam	
448	**Besondere Aufwendungen**		**neu 03/2011**
448110	Bußgelder	748110	**neu 03/2011**
448210	Säumniszuschläge	748210	**neu 03/2011**
449	**Weitere sonstige Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**		
	Weitere sonstige Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit		
449110	Aufwand für nicht rückzahlb.Zuweisungen für Invest.	749110	
449120	Andere sonstige ordentlichen Aufwendungen	749120	
449123	IM Andere sonstige ordentlichen Aufwendungen	749123	**neu 10/2011**
449130	Aufwendungen Bürgerhaushalt	749130	**neu 08/2014**
46	**Abführung Gebührenüberschuss an Sonderposten Gebührenausgleich; Deckungsreserve**		
461	**Abführung Gebührenüberschuss an Sonderposten Gebührenausgleich**	**nicht zahlungswirksam**	
461100	Abführung Gebührenüberschuss an Sonderposten Gebührenausgleich	nicht zahlungswirksam	
462	**Deckungsreserve**		**neu 03/2011**
462110	Deckungsreserve für Personalaufwendungen	762110	**neu 03/2011**
462120	Deckungsreserve (nicht zahlungswirksam)	nicht zahlungswirksam	**neu 03/2011**
49	**Zuführung eines Überschusses des ordentlichen Ergebnisses**	**nicht zahlungswirksam**	
491	**Zuführung eines Überschusses des ordentlichen Ergebnisses**		
491100	Zuführung eines Überschusses des ordentlichen Ergebnisses	nicht zahlungswirksam	
491110	Zuführung eines Überschusses des ordentlichen Ergebnisses - zweckgebunden	nicht zahlungswirksam	
GemHKVO § 2 Abs. 3 Nr. 5	**Zinsen und ähnliche Aufwendungen / Auszahlungen**	**GemHKVO § 3 Nr. 2 d**	
45	**Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen**		
451	**Zinsaufwendungen**		
451010	Zinsaufwand an den Bund	751010	
451110	Zinsaufwand an das Land	751110	
451210	Zinsaufwand an Gemeinden und Gemeindeverbände	751210	
451310	Zinsaufwand an Zweckverbände	751310	
451410	Zinsaufwand an den sonstigen öffentlichen Bereich	751410	
451510	Zinsaufwand an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	751510	
451520	Zinsaufwand an verbundene Unternehmen/Cashpool	751520	
451610	Zinsaufwand an sonstige öffentliche Sonderrechnungen	751610	
451710	Zinsaufwand an Kreditinstitute	751710	
451810	Zinsaufwand an sonstige inländische Bereiche	751810	
451910	Zinsaufwand an sonstige ausländische Bereiche	751910	
453	**Besondere Aufwendungen**		
	Bußgelder		
453110	Bußgelder	753110	
	Säumniszuschläge		
453210	Säumniszuschläge	753210	
459	**Sonstige Finanzaufwendungen**		
	Verzinsung von Steuernachzahlungen		
459210	Verzinsung von Steuernachzahlungen	759210	
	Aufwand für die Ablösung von Dauerlasten		
459300	Aufwand für die Ablösung von Dauerlasten	759300	**neu 03/2011**
	Sonstige Finanzaufwendungen		
459910	Sonst.Aufwand für besondere Finanzaufwendungen	759910	
459920	Sonstige Finanzaufwendungen	759920	
GemHKVO § 2 Abs. 3 Nr. 4	**Abschreibungen**	**nicht zahlungswirksam**	
47	**Bilanzielle Abschreibungen**	**nicht zahlungswirksam**	
471	**Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen**		
471101	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände aus geleisteten Investitionszuwendungen	nicht zahlungswirksam	
471201	Manuelle Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände aus geleisteten Investitionszuwendungen	nicht zahlungswirksam	
471102	Abschreibungen auf übrige immaterielle Vermögensgegenstände	nicht zahlungswirksam	
471202	Manuelle Abschreibungen auf übrige immaterielle Vermögensgegenstände	nicht zahlungswirksam	
471110	Abschreibungen auf unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	nicht zahlungswirksam	
471210	Manuelle Abschreibungen auf unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	nicht zahlungswirksam	
471120	Abschreibungen auf bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	nicht zahlungswirksam	
471220	Manuelle Abschreibungen auf bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	nicht zahlungswirksam	
471130	Abschreibungen auf Gebäude	nicht zahlungswirksam	
471230	Manuelle Abschreibungen auf Gebäude	nicht zahlungswirksam	
471140	Abschreibungen auf Brücken und Tunnel	nicht zahlungswirksam	
471240	Manuelle Abschreibungen auf Brücken und Tunnel	nicht zahlungswirksam	
471141	Abschreibungen auf Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	nicht zahlungswirksam	
471241	Manuelle Abschreibungen auf Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	nicht zahlungswirksam	
471142	Abschreibungen auf Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	nicht zahlungswirksam	
471242	Manuelle Abschreibungen auf Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	nicht zahlungswirksam	
471143	Abschreibungen auf Straßen, Wege, Plätze, Verkehrslenkungsanlagen	nicht zahlungswirksam	
471243	Manuelle Abschreibungen auf Straßen, Wege, Plätze, Verkehrslenkungsanlagen	nicht zahlungswirksam	
471144	Abschreibungen auf Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	nicht zahlungswirksam	
471244	Manuelle Abschreibungen auf Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	nicht zahlungswirksam	
471150	Abschreibungen auf Maschinen und technische Anlagen	nicht zahlungswirksam	
471250	Manuelle Abschreibungen auf Maschinen und technische Anlagen	nicht zahlungswirksam	
471160	Abschreibungen auf Fahrzeuge	nicht zahlungswirksam	

Ergebnishaushalt (Ertrags- und Aufwandskonten)	Bezeichnung	Finanzhaushalt (Einzahlungs- und Auszahlungskonten)	zusätzliche Hinweise des FB 20
471260	Manuelle Abschreibungen auf Fahrzeuge	nicht zahlungswirksam	
471170	Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	nicht zahlungswirksam	
471270	Manuelle Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	nicht zahlungswirksam	
471180	Abschreibungen auf geringwertige Vermögensgegenstände	nicht zahlungswirksam	
471280	Manuelle Abschreibungen auf geringwertige Vermögensgegenstände	nicht zahlungswirksam	
471190	Abschreibungen auf sonstiges Sachanlagevermögen	nicht zahlungswirksam	
471290	Manuelle Abschreibungen auf sonstiges Sachanlagevermögen	nicht zahlungswirksam	
471999	manuelle AfA unterjährige Abschlüsse	nicht zahlungswirksam	
472	**Abschreibungen auf Finanzvermögen**		
472111	Abschreibungen auf Forderungen	nicht zahlungswirksam	
472112	Sonstige Abschreibungen auf Forderungen	nicht zahlungswirksam	
472150	Einzelwertberichtigung	nicht zahlungswirksam	
472155	Einzelwertberichtigung Gewerbesteuer	nicht zahlungswirksam	
472160	Pauschalwertberichtigung	nicht zahlungswirksam	
479	**Sonstige Abschreibungen**		
479120	Abschreibungen auf aktivierte Aufwendungen für die Erweiterung des Geschäftsbetriebs	nicht zahlungswirksam	
479210	Aufwand Festwert	nicht zahlungswirksam	
479220	Abschreibung auf Festwert	nicht zahlungswirksam	
479230	Zuschreibung auf Festwert	nicht zahlungswirksam	
5	**Außerordentliche Erträge und Aufwendungen**	**6/7**	
GemHKVO § 2 Abs. 4 Nr. 1	**außerordentlicher Ertrag**		
50	**Realisierte außerordentliche Erträge**		
501	**Außergewöhnliche Erträge**		
	Spenden		
501110	Spenden für laufende Zwecke von privaten Unternehmen	614710	**Spenden, die nicht an einen bestimmten Verwendungszweck gebunden sind**
501120	Spenden für laufende Zwecke von übrigen Bereichen	614810	**Spenden, die nicht an einen bestimmten Verwendungszweck gebunden sind**
501150	Spenden für laufende Zwecke von verbundenen Unternehmen, Sondervermögen, Beteiligungen	614510	**Spenden, die nicht an einen bestimmten Verwendungszweck gebunden sind**
501160	Spenden für laufende Zwecke von öffentlichen Sonderrechnungen	614610	**Spenden, die nicht an einen bestimmten Verwendungszweck gebunden sind**
	Empfangene Schadensersatzleistungen u.ä.		
501210	Empfangene Schadensersatzleistungen u.ä.	646160	**Neu - Für erhaltene Schadensersätze sind ausschließlich diese Konten zu**
501213	IM Empfangene Schadensersatzleistungen u.ä.	646160	
	Sonstige außergewöhnliche Erträge		
501910	Sonstige außergewöhnliche Erträge	659110	
501920	Außerordentliche Erträge K.A.	659110	**nur für FB 20**
502	**Periodenfremde Erträge**		
502210	Erträge aus der Herabsetzung von Rückstellungen	nicht zahlungswirksam	
502310	Erträge aus Nachaktivierungen	nicht zahlungswirksam	
502410	Erträge aus Zuschreibungen (außerplanm. AfA)	nicht zahlungswirksam	
502420	Erträge aus Zuschreibung (außerpl. AfA-Forderung)	nicht zahlungswirksam	
502810	Außerplanmäßige Auflösung von Sonderposten	nicht zahlungswirksam	
502815	Laufende Projekte - Außerplanmäßige Auflösung von Sonderposten	nicht zahlungswirksam	
	Sonstige periodenfremde Erträge		
502910	Sonstige periodenfremde Erträge	659110	
502920	Periodenfremde Eigenleistungen	nicht zahlungswirksam	
502930	Nicht aktivierungsfähiger Aufwand	nicht zahlungswirksam	
502940	Ertrag Erinnerungswert Teilung Vermögensgegenstand	nicht zahlungswirksam	
502950	Erträge aus der Auflösung von passiven Rechnungsabgrenzungsposten	nicht zahlungswirksam	
502960	Erträge aus der Auflösung von sonst. Verbindlichkeiten	nicht zahlungswirksam	**neu 08/2011**
GemHKVO § 2 Abs. 4 Nr. 2	**Außerordentlicher Aufwand**		
51	**Realisierte außerordentliche Aufwendungen**		
511	**Außergewöhnliche Aufwendungen**		
	Aufwendungen im Zusammenhang mit Katastrophen u. ä. Ereignissen		
511110	Aufwendungen im Zusammenhang mit Katastrophen u. ä. Ereignissen	7*	**Im Falle der Anwendung, bitte Rücksprache mit FB 20.**
	Spenden		
511210	Spenden an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	731510	
511220	Spenden an öffentliche Sonderrechnungen	731610	
	Geleisteter Schadensersatz u.a.		
511310	Geleisteter Schadensersatz u.a.	744140	
	Aufwendungen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen		
511410	Aufwendungen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen	7533*	
	Aufwendungen aus Verlustübernahme		
511510	Aufwendungen aus Verlustübernahme an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	731510	
511520	Aufwendungen aus Verlustübernahme an öffentliche Sonderrechnungen	731610	
	Sonstige außergewöhnliche Aufwendungen		
511920	außerordentliche Aufwendungen K.A.	749120	**nur für FB 20**
511990	Sonstige außergewöhnliche Aufwendungen	749120	
511993	IM Sonstige außergewöhnliche Aufwendungen	749120	**neu 10/2011**
512	**Periodenfremde Aufwendungen**		
512110	Aufwendungen aus Abgang von Vermögen	nicht zahlungswirksam	
512120	Nicht zu aktivierende Aufwandsanteile (Irrtümlich auf AiB abgerechnet)	nicht zahlungswirksam	
	Nachholung von Rückstellungen	nicht zahlungswirksam	
512210	Nachholung von Rückstellungen	nicht zahlungswirksam	
512810	Aufwand aus der Korrektur außerplanmäßiger Sonderposten-Auflösung	nicht zahlungswirksam	
512815	Laufende Projekte - Aufwand aus der Korrektur außerplanmäßiger Sonderposten-Auflösung	nicht zahlungswirksam	
	Sonstige periodenfremde Aufwendungen		
512910	Sonstige periodenfremde Aufwendungen	749120	
512913	IM Sonstige periodenfremde Aufwendungen	749120	**neu 10/2011**
512920	Aufwand aus der Nachpassivierung von Sonderposten	nicht zahlungswirksam	
512930	Periodenfremde Eigenleistungen (Korrektur)	nicht zahlungswirksam	**neu 04/2011**

Ergebnishaushalt (Ertrags- und Aufwandskonten)	Bezeichnung	Finanzhaushalt (Einzahlungs- und Auszahlungskonten)	zusätzliche Hinweise des FB 20
513	**Außerplanmäßige Abschreibungen**		
	Außerplanmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen		
513110	Außerplanmäßige Abschreibungen auf aktivierte Aufwendungen für die Erweiterung des Geschäftsbetriebs	nicht zahlungswirksam	
513120	Außerplanmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	nicht zahlungswirksam	
513130	Außerplanmäßige Abschreibungen auf unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	nicht zahlungswirksam	
513140	Außerplanmäßige Abschreibungen auf bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	nicht zahlungswirksam	
513150	Außerplanmäßige Abschreibungen auf Brücken und Tunnel	nicht zahlungswirksam	
513160	Außerplanmäßige Abschreibungen auf Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	nicht zahlungswirksam	
513170	Außerplanmäßige Abschreibungen auf Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	nicht zahlungswirksam	
513180	Außerplanmäßige Abschreibungen auf Straßen, Wege, Plätze, Verkehrslenkungsanlagen	nicht zahlungswirksam	
513190	Außerplanmäßige Abschreibungen auf sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	nicht zahlungswirksam	
513200	Außerplanmäßige Abschreibungen auf Maschinen und technische Anlagen	nicht zahlungswirksam	
513210	Außerplanmäßige Abschreibungen auf Fahrzeuge	nicht zahlungswirksam	
513220	Außerplanmäßige Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	nicht zahlungswirksam	
513230	Außerplanmäßige Abschreibungen auf geringwertige Vermögensgegenstände	nicht zahlungswirksam	
513260	Sonstige außerplanmäßige Abschreibungen	nicht zahlungswirksam	
	Außerplanmäßige Abschreibungen auf Finanzanlagen		
513240	Außerplanmäßige Abschreibungen auf Finanzanlagen	nicht zahlungswirksam	
53	**Veräußerung von Vermögensgegenständen**		
531	**Erträge aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen**		
	Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden und anderen unbeweglichen Vermögensgegenständen		
531110	Erträge aus dem Abgang von Grundstücken und Gebäuden	nicht zahlungswirksam	
531190	Verrechnungskonto Erträge aus dem Abgang von Grundstücken und Gebäuden	nicht zahlungswirksam	
	Erträge aus der Veräußerung von beweglichen Vermögensgegenständen bis zur Wertgrenze i.H.v. 150 Euro bei Anschaffung und Herstellung		
531310	Erträge aus dem Abgang von beweglichen Sachen	nicht zahlungswirksam	
531390	Verrechnungskonto Abgang von beweglichen Sachen	nicht zahlungswirksam	
	Erträge aus der Veräußerung von Finanzvermögen		
531410	Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen	nicht zahlungswirksam	
531490	Verrechnungskonto Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen	nicht zahlungswirksam	
	Erträge aus der Veräußerung von immateriellen Vermögensgegenständen		
531510	Erträge aus dem Abgang von immateriellen Vermögensgegenständen	nicht zahlungswirksam	
531590	Verrechnungskonto Erträge aus dem Abgang von immateriellen Vermögensgegenständen	nicht zahlungswirksam	
	Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen		
531910	Erträge aus dem Abgang von sonstigem Vermögen	nicht zahlungswirksam	
531990	Verrechnungskonto Erträge aus dem Abgang von sonstigem Vermögen	nicht zahlungswirksam	
532	**Aufwendungen aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen**		
	Aufwendungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden		
532110	Aufwendungen aus dem Abgang von Grundstücken und Gebäuden	nicht zahlungswirksam	
	Aufwendungen aus der Veräußerung von beweglichen Vermögensgegenständen		
532310	Aufwendungen aus dem Abgang von beweglichen Sachen	nicht zahlungswirksam	
	Aufwendungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen		
532410	Aufwendungen aus dem Abgang von Finanzanlagen	nicht zahlungswirksam	
	Aufwendungen aus der Veräußerung von immateriellen Vermögensgegenständen		
532510	Aufwendungen aus dem Abgang von immateriellen Vermögensgegenständen	nicht zahlungswirksam	
532910	Aufwendungen aus dem Abgang von sonstigem Vermögen	nicht zahlungswirksam	
nicht ergebniswirksam	**Einzahlungen**	**6**	
nicht ergebniswirksam	**Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionstätigkeit**	**GemHKVO § 3 Nr. 4 a**	
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	**68**	
	Investitionszuwendungen	**681**	
nicht ergebniswirksam	Investitionszuweisungen vom Bund	681010	
nicht ergebniswirksam	Investitionszuweisungen vom Land	681110	
nicht ergebniswirksam	Investitionszuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	681210	
nicht ergebniswirksam	Investitionszuweisungen von Zweckverbänden	681310	
nicht ergebniswirksam	Investitionszuweisungen von sonstigen öffentlichen Bereichen	681410	
nicht ergebniswirksam	Investitionszuschüsse von verbundenen Unternehmen, Sondervermögen und Beteiligungen	681510	
nicht ergebniswirksam	Investitionszuschüsse von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	681610	
nicht ergebniswirksam	Investitionszuschüsse von privaten Unternehmen	681710	
nicht ergebniswirksam	Investitionszuschüsse von übrigen Bereichen	681810	
nicht ergebniswirksam	Sonstige Einzahlungen für Investitionen	681900	
nicht ergebniswirksam	Einzahlung aus der Rückzahlung von Zuwendungen	681910	
nicht ergebniswirksam	**Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen**	**GemHKVO § 3 Nr. 4 c**	
	Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	**682**	
nicht ergebniswirksam	Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	682110	
	Einzahlungen aus der Veräußerung von beweglichen Vermögensgegenständen	**683**	
nicht ergebniswirksam	Einzahlungen aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	683110	
	Einzahlungen aus der Veräußerung von Anteilsrechten an verbundenen Unternehmen	**684**	
	Börsennotierte Aktien		
nicht ergebniswirksam	Einzahlungen aus der Veräußerung von Anteilsrechten an verbundenen Unternehmen - Börsennotierte Aktien	684110	
	Nichtbörsennotierte Aktien		
nicht ergebniswirksam	Einzahlungen aus der Veräußerung von Anteilsrechten an verbundenen Unternehmen - Nichtbörsennotierte Aktien	684210	
	Sonstige Anteilsrechte		
nicht ergebniswirksam	Einzahlungen aus der Veräußerung von Anteilsrechten an verbundenen Unternehmen - Sonstige Anteilsrechte	684310	
	Einzahlungen aus der Veräußerung von Beteiligungen	**685**	
	Börsennotierte Aktien		

Ergebnishaushalt (Ertrags- und Aufwandskonten)	Bezeichnung	Finanzhaushalt (Einzahlungs- und Auszahlungskonten)	zusätzliche Hinweise des FB 20
nicht ergebniswirksam	Einzahlungen aus der Veräußerung von Anteilsrechten an Beteiligungen - Börsennotierte Aktien	685110	
	Nichtbörsennotierte Aktien		
nicht ergebniswirksam	Einzahlungen aus der Veräußerung von Anteilsrechten an Beteiligungen - Nichtbörsennotierte Aktien	685210	
	Sonstige Anteilsrechte		
nicht ergebniswirksam	Einzahlungen aus der Veräußerung von Anteilsrechten an Beteiligungen - Sonstige Anteilsrechte	685310	
	Einzahlungen aus der Veräußerung von Wertpapieren	**686**	
	Kapitalmarktpapiere		
	Einzahlungen aus der Veräußerung von Kapitalmarktpapiere beim Bund		
nicht ergebniswirksam	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	686201	
nicht ergebniswirksam	Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre	686202	
nicht ergebniswirksam	Laufzeit 5 Jahre und mehr	686203	
	Einzahlungen aus der Veräußerung von Geldmarktpapieren		
nicht ergebniswirksam	Einzahlungen aus der Veräußerung von Geldmarktpapiere beim sonstigen inländischen Bereich	686380	
	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzderivaten		
nicht ergebniswirksam	Finanzderivate	686410	
	Einzahlungen aus der Veräußerung von Wertpapieren (Entnahmen aus der Versorgungsrücklage)		
nicht ergebniswirksam	Einzahlungen aus Veräußerung v. Wertpapieren (Entnahmen aus Versorgungsrücklage)	686510	
	Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	**687**	
nicht ergebniswirksam	Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	687110	
	Rückflüsse von Ausleihungen	**688**	
	Rückflüsse von Ausleihungen an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen		
nicht ergebniswirksam	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	688510	
nicht ergebniswirksam	Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre	688520	
nicht ergebniswirksam	Laufzeit 5 Jahre und mehr	688530	
	Rückflüsse von Ausleihungen an übrige inländische Bereiche		
nicht ergebniswirksam	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	688810	
nicht ergebniswirksam	Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre	688820	
nicht ergebniswirksam	Laufzeit 5 Jahre und mehr	688830	
nicht ergebniswirksam	**Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit**	**GemHKVO § 3 Nr. 4 b**	
	Beiträge und ähnliche Entgelte	**689**	
	Beiträge und ähnliche Entgelte		
nicht ergebniswirksam	Einzahlungen aus Erschließungsbeiträgen	689110	
nicht ergebniswirksam	Einzahlungen aus Straßenausbaubeiträgen	689120	
nicht ergebniswirksam	Einzahlungen aus sonstigen Entgelten	689130	
nicht ergebniswirksam	Abrechnung von Zuwendungen	689900	
nicht ergebniswirksam	**Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten**	**GemHKVO § 3 Nr. 8**	
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	**69**	
	Kreditaufnahmen für Investitionen	**692**	
	Kreditaufnahmen für Investitionen beim Bund		
	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	692010	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	692011	
	Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	692020	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	692021	
	Laufzeit 5 Jahre und mehr		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	692030	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	692031	
	Kreditaufnahmen für Investitionen beim Land		
	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	692110	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	692111	
	Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	692120	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	692121	
	Laufzeit 5 Jahre und mehr		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	692130	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	692131	
	Kreditaufnahmen für Investitionen beim sonstiger öffentlicher Bereich		
	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	692410	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	692411	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	692414	
	Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	692420	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	692421	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	692424	
	Laufzeit 5 Jahre und mehr		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	692430	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	692431	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	692434	
	Kreditaufnahmen für Investitionen bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen		
	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	692510	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	692511	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	692514	
	Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	692520	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	692521	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	692524	
	Laufzeit 5 Jahre und mehr		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	692530	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	692531	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	692534	
	Kreditaufnahmen für Investitionen bei öffentlichen Sonderrechnungen		
	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr		

Ergebnishaushalt (Ertrags- und Aufwandskonten)	Bezeichnung	Finanzhaushalt (Einzahlungs- und Auszahlungskonten)	zusätzliche Hinweise des FB 20
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	692610	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	692611	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	692614	
	Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	692620	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	692621	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	692624	
	Laufzeit 5 Jahre und mehr		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	692630	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	692631	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	692634	
	Kreditaufnahmen für Investitionen bei Kreditinstituten		
	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	692710	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	692711	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	692714	
	Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	692720	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	692721	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	692724	
	Laufzeit 5 Jahre und mehr		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	692730	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	692731	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	692734	
	Sonstige Wertpapierverschuldung	**694**	
	Sonstige Wertpapiere		
	Sonstige Wertpapiere Laufzeit bis einschl. 1 Jahr		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	694110	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	694111	
	Sonstige Wertpapiere Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	694120	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	694121	
	Sonstige Wertpapiere Laufzeit 5 Jahre und mehr		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	694130	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	694131	
nicht ergebniswirksam	**Auszahlungen**	**7**	
nicht ergebniswirksam	**Auszahlungen für aktivierbare Zuwendungen (Investitionstätigkeit)**	**GemHKVO § 3 Nr. 5 e**	
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	**78**	
	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	**781**	
nicht ergebniswirksam	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen an Bund	781010	
nicht ergebniswirksam	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen an Land	781110	
nicht ergebniswirksam	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbänden	781210	
nicht ergebniswirksam	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen an Zweckverbände	781310	
nicht ergebniswirksam	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen an sonstigen öffentlichen Bereich	781410	
nicht ergebniswirksam	Investitionszuschüsse an verbundenen Unternehmen, Sondervermögen und Beteiligungen	781510	
nicht ergebniswirksam	Investitionszuschüsse an sonstige öffentliche Sonderrechnungen	781610	
nicht ergebniswirksam	Investitionszuschüsse an private Unternehmen	781710	
nicht ergebniswirksam	Investitionszuschüsse an übrige Bereiche	781810	
nicht ergebniswirksam	**Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden (Investitionstätigkeit),**	**GemHKVO § 3 Nr. 5 a**	
	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	**782**	
nicht ergebniswirksam	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	782110	
nicht ergebniswirksam	Auszahlungen für Erschließungs-, Straßenausbaubeiträge, etc.	782120	
nicht ergebniswirksam	**Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Investitionstätigkeit)**	**GemHKVO § 3 Nr. 5 c**	
	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen und beweglichen Vermögensgegenständen	**783**	**Erwerb von immateriellen und materiellen Vermögensgegenständen**
nicht ergebniswirksam	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen und beweglichen Vermögensgegenständen oberhalb der Wertgrenze v. 1.000 Euro - Projekte	783110	
nicht ergebniswirksam	Auszahlungen für den Erwerb von Vermögensgegenständen über 150 Euro und bis 1.000 Euro (Sammelposten)	783125	
nicht ergebniswirksam	Auszahlungen für die Ablösung von Dauerlasten	783310	
nicht ergebniswirksam	**Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögensanlagen (Investitionstätigkeit)**	**GemHKVO § 3 Nr. 5 d**	
	Auszahlungen für den Erwerb von Anteilsrechten an verbundenen Unternehmen	**784**	
	Börsennotierte Aktien		
nicht ergebniswirksam	Auszahlungen für den Erwerb von Anteilsrechten an verbundenen Unternehmen Börsennotierte Aktien	784110	
	Nichtbörsennotierte Aktien		
nicht ergebniswirksam	Auszahlungen für den Erwerb von Anteilsrechten an verbundenen Unternehmen Nichtbörsennotierte Aktien	784210	
	Sonstige Anteilsrechte		
nicht ergebniswirksam	Auszahlungen für den Erwerb von Anteilsrechten an verbundenen Unternehmen Sonstige Anteilsrechte	784310	
	Auszahlungen für den Erwerb von Beteiligungen	**785**	
	Börsennotierte Aktien		
nicht ergebniswirksam	Auszahlungen für den Erwerb von Beteiligungen Börsennotierte Aktien	785110	
	Nichtbörsennotierte Aktien		
nicht ergebniswirksam	Auszahlungen für den Erwerb von Beteiligungen Nichtbörsennotierte Aktien	785210	
	Sonstige Anteilsrechte		
nicht ergebniswirksam	Auszahlungen für den Erwerb von Beteiligungen Sonstige Anteilsrechte	785310	
	Auszahlungen für den Erwerb von Wertpapieren	**786**	
	Kapitalmarktpapiere		

Ergebnishaushalt (Ertrags- und Aufwandskonten)	Bezeichnung	Finanzhaushalt (Einzahlungs- und Auszahlungskonten)	zusätzliche Hinweise des FB 20
	Auszahlungen für den Erwerb von Kapitalmarktpapiere beim Bund		
nicht ergebniswirksam	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	786201	
nicht ergebniswirksam	Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre	786202	
nicht ergebniswirksam	Laufzeit 5 Jahre und mehr	786203	
	Geldmarktpapiere		
nicht ergebniswirksam	Auszahlungen für den Erwerb von Geldmarktpapiere beim sonstigen inländischen Bereich	786380	
	Finanzderivate		
nicht ergebniswirksam	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzderivaten	786410	
nicht ergebniswirksam	**Auszahlungen für Baumaßnahmen (Investitionstätigkeit)**	**GemHKVO § 3 Nr. 5 b**	
	Baumaßnahmen	**787**	
	Hochbaumaßnahmen		
nicht ergebniswirksam	Hochbaumaßnahmen - Projekte	787110	
	Tiefbaumaßnahmen		
nicht ergebniswirksam	Tiefbaumaßnahmen - Projekte	787210	
nicht ergebniswirksam	Grünbaumaßnahmen - Projekte	787230	
nicht ergebniswirksam	**Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit**	**GemHKVO § 3 Nr. 5 f**	
	Sonstige Baumaßnahmen		
nicht ergebniswirksam	sonstige Baumaßnahmen	787310	
nicht ergebniswirksam	sonstige Baumaßnahmen - IT	787320	
nicht ergebniswirksam	sonstige Baumaßnahmen - Kommunikationstechnik	787330	
nicht ergebniswirksam	sonstige Baumaßnahmen - sonst. techn. Anlagen	787340	
	Gewährung von Ausleihungen	**788**	
	Gewährung von Ausleihungen an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen		
	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr		
nicht ergebniswirksam	Gewährung von Ausleihungen an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen, Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	788510	
	Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre		
nicht ergebniswirksam	Gewährung von Ausleihungen an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen, Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre	788520	
	Laufzeit 5 Jahre und mehr		
nicht ergebniswirksam	Gewährung von Ausleihungen an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen, Laufzeit 5 Jahre und mehr	788530	
	Gewährung von Ausleihungen an übrige inländische Bereiche		
	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr		
nicht ergebniswirksam	Gewährung von Ausleihungen an übrige inländische Bereiche Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	788810	
	Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre		
nicht ergebniswirksam	Gewährung von Ausleihungen an übrige inländische Bereiche Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre	788820	
	Laufzeit 5 Jahre und mehr		
nicht ergebniswirksam	Gewährung von Ausleihungen an übrige inländische Bereiche Laufzeit 5 Jahre und mehr	788830	
	Besondere Konten der Anlagenbuchhaltung		
nicht ergebniswirksam	Abrechnung von Fremdleistungen	789910	
nicht ergebniswirksam	Rückzahlungen für Zuwendungen	789920	
nicht ergebniswirksam	Abrechnung von Sachanlagen	789940	
nicht ergebniswirksam	Abrechnung von Finanzanlagen	789950	
nicht ergebniswirksam	Abrechnung von Investitionszuwendungen an Dritte	789960	
nicht ergebniswirksam	**Auszahlungen für die Tilgung von Krediten**	**GemHKVO § 3 Nr. 9**	
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	**79**	
nicht ergebniswirksam	**Tilgung von Krediten für Investitionen**		
	Tilgung von Krediten für Investitionen beim Bund		
	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr		
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen beim Bund Euro-Währung (fester Zins)	792010	
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen beim Bund Euro-Währung (variabler Zins)	792011	
	Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre		
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen beim Bund Euro-Währung (fester Zins)	792020	
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen beim Bund Euro-Währung (variabler Zins)	792021	
	Laufzeit 5 Jahre und mehr		
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen beim Bund Euro-Währung (fester Zins)	792030	
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen beim Bund Euro-Währung (variabler Zins)	792031	
	Tilgung von Krediten für Investitionen beim Land		
	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr		
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen beim Land Euro-Währung (fester Zins)	792110	
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen beim Land Euro-Währung (variabler Zins)	792111	
	Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre		
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen beim Land Euro-Währung (fester Zins)	792120	
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen beim Land Euro-Währung (variabler Zins)	792121	
	Laufzeit 5 Jahre und mehr		
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen beim Land Euro-Währung (fester Zins)	792130	
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen beim Land Euro-Währung (variabler Zins)	792131	
	Tilgung von Krediten für Investitionen beim sonstigen öffentlichen Bereich		
	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr		
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen beim sonstigen öffentlichen Bereich Euro-Währung (fester Zins)	792410	
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen beim sonstigen öffentlichen Bereich Euro-Währung (variabler Zins)	792411	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	792414	
	Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre		
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen beim sonstigen öffentlichen Bereich Euro-Währung (fester Zins)	792420	

Ergebnishaushalt (Ertrags- und Aufwandskonten)	Bezeichnung	Finanzhaushalt (Einzahlungs- und Auszahlungskonten)	zusätzliche Hinweise des FB 20
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen beim sonstigen öffentlichen Bereich Euro-Währung (variabler Zins)	792421	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	792424	
	Laufzeit 5 Jahre und mehr		
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen beim sonstigen öffentlichen Bereich Euro-Währung (fester Zins)	792430	
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen beim sonstigen öffentlichen Bereich Euro-Währung (variabler Zins)	792431	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	792434	
	Tilgung von Krediten für Investitionen bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen		
	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr		
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen Euro-Währung (fester Zins)	792510	
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen Euro-Währung (variabler Zins)	792511	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	792514	
	Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre		
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen Euro-Währung (fester Zins)	792520	
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen Euro-Währung (variabler Zins)	792521	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	792524	
	Laufzeit 5 Jahre und mehr		
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen Euro-Währung (fester Zins)	792530	
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen Euro-Währung (variabler Zins)	792531	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	792534	
nicht ergebniswirksam	Außerordentliche Tilgung von Krediten für Investitionen bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	792560	
	Tilgung von Krediten für Investitionen bei öffentlichen Sonderrechnungen		
	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr		
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen bei öffentlichen Sonderrechnungen Euro-Währung (fester Zins)	792610	
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen bei öffentlichen Sonderrechnungen Euro-Währung (variabler Zins)	792611	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	792614	
	Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre		
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen bei öffentlichen Sonderrechnungen Euro-Währung (fester Zins)	792620	
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen bei öffentlichen Sonderrechnungen Euro-Währung (variabler Zins)	792621	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	792624	
	Laufzeit 5 Jahre und mehr		
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen bei öffentlichen Sonderrechnungen Euro-Währung (fester Zins)	792630	
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen bei öffentlichen Sonderrechnungen Euro-Währung (variabler Zins)	792631	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	792634	
nicht ergebniswirksam	Außerordentliche Tilgung von Krediten für Investitionen bei öffentlichen Sonderrechnungen	792660	
	Tilgung von Krediten für Investitionen bei Kreditinstituten		
	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr		
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen bei Kreditinstituten Euro-Währung (fester Zins)	792710	
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen bei Kreditinstituten Euro-Währung (variabler Zins)	792711	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	792714	
	Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre		
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen bei Kreditinstituten Euro-Währung (fester Zins)	792720	
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen bei Kreditinstituten Euro-Währung (variabler Zins)	792721	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	792724	
	Laufzeit 5 Jahre und mehr		
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen bei Kreditinstituten Euro-Währung (fester Zins)	792730	
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen bei Kreditinstituten Euro-Währung (variabler Zins)	792731	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	792734	
nicht ergebniswirksam	Außerordentliche Tilgung von Krediten für Investitionen bei Kreditinstituten	792760	
	Tilgung von sonstigen Wertpapierschulden	**794**	
	Tilgung sonstiger Wertpapiere Laufzeit bis einschl. 1 Jahr		
nicht ergebniswirksam	Tilgung sonstiger Wertpapiere bis einschl. 1 Jahr Euro-Währung (fester Zins)	794110	
nicht ergebniswirksam	Tilgung sonstiger Wertpapiere bis einschl. 1 Jahr Euro-Währung (variabler Zins)	794111	
nicht ergebniswirksam	**Haushaltsunwirksame Vorgänge**	**GemHKVO § 51 Abs. 1 Nr. 3**	
	Haushaltsunwirksame Einzahlungen	**67**	**02/2013: in Übersicht ergänzt**
nicht ergebniswirksam	**Haushaltsunwirksame Einzahlungen**	**679**	**02/2013: in Übersicht ergänzt**
nicht ergebniswirksam	Haushaltsunwirksame Einzahlungen	679000	02/2013: in Übersicht ergänzt
nicht ergebniswirksam	Haushaltsunwirksame Einzahlungen - Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement	679065	02/2013: in Übersicht ergänzt
nicht ergebniswirksam	Haushaltsunwirksame Einzahlungen - Fundgeld	679100	02/2013: in Übersicht ergänzt
nicht ergebniswirksam	Haushaltsunwirksame Einzahlungen - Versteigerungen 32.1	679101	02/2013: in Übersicht ergänzt
nicht ergebniswirksam	Haushaltsunwirksame Einzahlungen - Versteigerungen 32.4	679102	02/2013: in Übersicht ergänzt
nicht ergebniswirksam	Haushaltsunwirksame Einzahlungen - HR - Centbeträge	679110	02/2013: in Übersicht ergänzt
nicht ergebniswirksam	Haushaltsunwirksame Einzahlungen - HR - an Dritte	679115	02/2013: in Übersicht ergänzt
nicht ergebniswirksam	Haushaltsunwirksame Einzahlungen - HR - Firmenkarte	679120	02/2013: in Übersicht ergänzt
nicht ergebniswirksam	Haushaltsunwirksame Einzahlungen - Essensgeld von Eltern	679125	02/2013: in Übersicht ergänzt
nicht ergebniswirksam	Haushaltsunwirksame Einzahlungen - Mündel	679130	02/2013: in Übersicht ergänzt
nicht ergebniswirksam	Haushaltsunwirksame Einzahlungen - Sicherheitsleistungen	679140	02/2013: in Übersicht ergänzt

Ergebnishaushalt (Ertrags- und Aufwandskonten)	**Bezeichnung**	**Finanzhaushalt** (Einzahlungs- und Auszahlungskonten)	**zusätzliche Hinweise des FB 20**
nicht ergebniswirksam	Haushaltsunwirksame Einzahlungen - HR - Verrechnungen	679150	02/2013: in Übersicht ergänzt
nicht ergebniswirksam	Haushaltsunwirksame Einzahlungen - Lohn- und Kirchensteuer	679200	02/2013: in Übersicht ergänzt
nicht ergebniswirksam	Haushaltsunwirksame Einzahlungen - unklare Einzahlungen Finanzrechnung	679999	02/2013: in Übersicht ergänzt
nicht ergebniswirksam	Technische Finanzposition - Klärungsliste PSCD	TKLAER	02/2013: in Übersicht ergänzt Technische Finanzposition für Zahlungseingänge, die aufgrund fehlender Angaben auf dem Datenträger (Überweisungsbeleg) noch keiner offenen Forderung zugeordnet werden konnten.
	Haushaltsunwirksame Auszahlungen	**77**	**02/2013: in Übersicht ergänzt**
nicht ergebniswirksam	**Haushaltsunwirksame Auszahlungen**	**779**	**02/2013: in Übersicht ergänzt**
nicht ergebniswirksam	Haushaltsunwirksame Auszahlungen	779000	02/2013: in Übersicht ergänzt
nicht ergebniswirksam	Haushaltsunwirksame Auszahlungen - Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement	779065	02/2013: in Übersicht ergänzt
nicht ergebniswirksam	Haushaltsunwirksame Auszahlungen - HR - Lohn- und Kirchensteuer	779100	02/2013: in Übersicht ergänzt
nicht ergebniswirksam	Haushaltsunwirksame Auszahlungen - Schadensersatzleistungen	779110	02/2013: in Übersicht ergänzt
nicht ergebniswirksam	Haushaltsunwirksame Auszahlungen - durchlaufende Posten	779120	02/2013: in Übersicht ergänzt
nicht ergebniswirksam	Haushaltsunwirksame Auszahlungen - unklare Auszahlungen Finanzrechnung	779999	02/2013: in Übersicht ergänzt

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

II. Bilanz (§ 54 GemHKVO)

1. Komprimierte Darstellung Bilanz

2. Bilanz

3. Vermerke unter der Bilanz

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

1. Komprimierte Darstellung Bilanz

Stadt Braunschweig

Bilanz zum 31. Dezember 2014

Aktiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -
1. Immaterielles Vermögen	42.793.143,75	46.518.295,41	1. Nettoposition		
			1.1 Basis-Reinvermögen	490.892.354,02	494.471.446,02
2. Sachvermögen	1.270.743.340,80	1.346.918.876,00	1.2 Rücklagen	212.782.296,66	227.798.154,49
			1.3 Jahresergebnis mit Angabe des Betrages der Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen *)	15.015.857,83	-19.548.402,53
3. Finanzvermögen	222.295.461,25	255.857.289,33	1.4 Sonderposten	335.699.208,41	339.034.942,30
				1.054.389.716,92	1.041.756.140,28
4. Liquide Mittel	259.122.704,52	197.508.330,83			
			2. Schulden		
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	20.202.189,86	17.973.463,48	2.1 Geldschulden		
			davon		
			2.1.1 Liquiditätskredite	0,00	0,00
			2.1.2 Geldschulden (ohne Liquiditätskredite)	94.905.194,47	78.287.789,41
				94.905.194,47	78.287.789,41
			2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	32.333.552,49	85.568.471,76
			2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.145.374,83	1.344.222,15
			2.4 Transferverbindlichkeiten	36,29	12,15
			2.5 Sonstige Verbindlichkeiten	154.408.573,33	154.008.889,26
				283.792.731,41	319.209.384,73
			3. Rückstellungen	476.245.320,79	502.070.806,37
			4. Passive Rechnungsabgrenzung	729.071,06	1.739.923,67
Bilanzsumme	**1.815.156.840,18**	**1.864.776.255,05**	**Bilanzsumme**	**1.815.156.840,18**	**1.864.776.255,05**

*) Davon Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen 2013 = 22.702.664,67 €; 2014 = 23.367.676,81 €.

Braunschweig, 24. Juli 2015

M. Leuer

Oberbürgermeister

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

2. Bilanz

Stadt Braunschweig

Bilanz zum 31. Dezember 2014

Aktiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -
1. Immaterielles Vermögen			1. Nettoposition		
1.1 Konzessionen	0,00	0,00	1.1 Basis-Reinvermögen		
1.2 Lizenzen	852.126,53	741.839,53	1.1.1 Reinvermögen	490.892.354,02	494.471.446,02
1.3 Ähnliche Rechte	142.676,00	119.145,19	1.1.2 Sollfehlbetrag aus kameralem Abschluss (Minusbetrag)	0,00	0,00
1.4 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	41.798.341,22	45.657.310,69		490.892.354,02	494.471.446,02
1.5 Aktivierter Umstellungsaufwand	0,00	0,00			
1.6 Sonstiges immaterielles Vermögen	0,00	0,00	1.2 Rücklagen		
	42.793.143,75	46.518.295,41	1.2.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	139.282.465,19	154.383.138,04
			1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	73.499.831,47	73.415.016,45
2. Sachvermögen			1.2.3 (nicht besetzt) *)	0,00	0,00
2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	233.327.854,59	229.062.734,02	1.2.4 Zweckgebundene Rücklagen	0,00	0,00
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	538.716.353,99	608.606.835,45	1.2.5 Sonstige Rücklagen	0,00	0,00
2.3 Infrastrukturvermögen	384.012.361,76	389.283.740,55		212.782.296,66	227.798.154,49
2.4 Bauten auf fremden Grundstücken	4.968.968,00	5.670.843,00			
2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	684.870,26	762.493,23	1.3 Jahresergebnis		
2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	13.655.740,82	15.270.988,87	1.3.1 Fehlbeträge aus Vorjahren	0,00	0,00
2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere	31.584.275,30	31.946.927,65	1.3.2 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag mit Angabe des Betrages	15.015.857,83	-19.548.402,53
2.8 Vorräte	0,00	0,00	der Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen**)		
2.9 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	63.792.916,08	66.314.313,23		15.015.857,83	-19.548.402,53
	1.270.743.340,80	1.346.918.876,00			
			1.4 Sonderposten		
3. Finanzvermögen			1.4.1 Investitionszuweisungen und -zuschüsse	245.031.079,12	242.096.283,07
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	131.526.098,06	131.526.098,06	1.4.2 Beiträge und ähnliche Entgelte	83.057.262,53	88.935.187,20
3.2 Beteiligungen	5.000,00	5.000,00	1.4.3 Gebührenausgleich	0,00	0,00
3.3 Sondervermögen mit Sonderrechnung	30.843.907,41	35.577.754,77	1.4.4 Bewertungsausgleich	0,00	0,00
3.4 Ausleihungen	14.456.756,19	13.222.159,55	1.4.5 Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	0,00	0,00
3.5 Wertpapiere	29.199,81	29.199,81	1.4.6 Sonstige Sonderposten	7.610.866,76	8.003.472,03
3.6 Öffentlich-rechtliche Forderungen	7.867.088,24	18.818.270,70		335.699.208,41	339.034.942,30
3.7 Forderungen aus Transferleistungen	6.916.564,79	6.912.702,05			
3.8 Sonstige privatrechtliche Forderungen	30.197.566,96	49.273.477,45		1.054.389.716,92	1.041.756.140,28
3.9 Sonstige Vermögensgegenstände	453.279,79	492.626,94			
	222.295.461,25	255.857.289,33			

*) Da eine Vermögenstrennung nicht vorgenommen wird, bleibt die Position 1.2.3 gem. § 54 Abs. 4 S. 2 GemHKVO frei.

**) Davon Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen 2013 = 22.702.664,67 €; 2014 = 23.367.676,81 €.

Stadt Braunschweig

Bilanz zum 31. Dezember 2014

Aktiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -
4. Liquide Mittel	259.122.704,52	197.508.330,83	2. Schulden		
			2.1 Geldschulden		
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	20.202.189,86	17.973.463,48	2.1.1 Anleihen	0,00	0,00
			2.1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	94.905.194,47	78.287.789,41
			2.1.3 Liquiditätskredite	0,00	0,00
			2.1.4 Sonstige Geldschulden	0,00	0,00
				94.905.194,47	78.287.789,41
			2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	32.333.552,49	85.568.471,76
			2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.145.374,83	1.344.222,15
			2.4 Transferverbindlichkeiten		
			2.4.1 Finanzausgleichverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.4.2 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke	0,00	0,00
			2.4.3 Verbindlichkeiten aus Schuldendiensthilfen	0,00	0,00
			2.4.4 Soziale Leistungsverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.4.5 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen/Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00
			2.4.6 Steuerverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.4.7 Andere Transferverbindlichkeiten	36,29	12,15
				36,29	12,15
			2.5 Sonstige Verbindlichkeiten		
			2.5.1 Durchlaufende Posten		
			2.5.1.1 Verrechnete Mehrwertsteuer	518.825,20	406.824,07
			2.5.1.2 Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer	1.585.875,47	1.702.881,20
			2.5.1.3 Sonstige durchlaufende Posten	9.550.315,47	9.489.214,97
				11.655.016,14	11.598.920,24
			2.5.2 Abzuführende Gewerbesteuer	0,00	0,00
			2.5.3 Empfangene Anzahlungen	4.886.053,29	3.703.982,55
			2.5.4 Andere sonstige Verbindlichkeiten	137.867.503,90	138.705.986,47
				154.408.573,33	154.008.889,26
				283.792.731,41	319.209.384,73

Stadt Braunschweig

Bilanz zum 31. Dezember 2014

Aktiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -
			3. Rückstellungen		
			3.1 Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	407.695.114,24	446.898.260,92
			3.2 Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen	8.468.011,76	7.652.849,53
			3.3 Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	4.075.754,07	3.016.058,32
			3.4 Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien	0,00	0,00
			3.5 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	0,00	0,00
			3.6 Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen	7.501.801,98	3.982.590,27
			3.7 Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	2.253.380,45	3.270.552,09
			3.8 Andere Rückstellungen	46.251.258,29	37.250.495,24
				476.245.320,79	502.070.806,37
			4. Passive Rechnungsabgrenzung	729.071,06	1.739.923,67
Bilanzsumme	**1.815.156.840,18**	**1.864.776.255,05**	**Bilanzsumme**	**1.815.156.840,18**	**1.864.776.255,05**

Braunschweig, 24. Juli 2015

M. Markurth

Oberbürgermeister

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

3. Vermerke unter der Bilanz

Vermerke unter der Bilanz

Gemäß § 54 Abs. 5 GemHKVO sind unter der Bilanz die Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre zu vermerken, sofern sie nicht auf der Passivseite auszuweisen sind.
Bei der Stadt Braunschweig bestehen die folgenden Vorbelastungen:

Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre	in EUR
Haushaltsreste aus dem Vorjahr	36.854.489,34
In Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen	12.232.177,73
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaftsübernahmen	223.260.931,26
Stundungen über das Ende des Haushaltsjahres hinaus [1)]	10.414.568,03
Summe der Vorbelastungen	**282.762.166,36**

[1)] Der Betrag setzt sich aus einer Vielzahl von Einzelbeträgen zusammen. Der Bereich Gewerbesteuer ist mit rd. 9,1 Mio. € enthalten.

Sonstige langjährige Verpflichtungen:

- Zahlung eines jährlichen Leistungsentgeltes für die Wahrnehmung der Aufgaben Verkehrsanlagen und Verkehrsmanagement an die Firma Bellis aufgrund der Dienstleistungsverträge LSA/Verkehr und öffentliche Beleuchtung (2014: 8.650 TEUR / Ansatz 2015: 8.732 TEUR). Es erfolgt eine jährliche Indexanpassung. Die Gesamtzahlungsverpflichtung (01.01.2016-31.12.2025) beläuft sich auf 87.317 TEUR

- Vertrag mit der Firma Microsoft für jeweils 3 Jahre, damit der aktuelle Stand der Software erhalten bleibt. Der aktuelle Vertrag läuft bis 30. November 2017. Es werden ca. 484,6 TEUR pro Jahr gezahlt. Je 3-jährige Vertragslaufzeit ergibt sich eine Verpflichtung in Höhe von rd. 1.453,8 TEUR.

- Die Stadt Braunschweig leistet eine Festbetragseinlage je Geschäftsjahr (2014: 1.007 TEUR / Ansatz 2015: 1.164 TEUR) sowie eine variable Einlage von maximal 174,4 TEUR jährlich an die Braunschweig Stadtmarketing GmbH. In der Festbetragseinlage sind bis einschl. 2016 jährlich 150 TEUR für die „Haus der Wissenschaften Braunschweig GmbH“, an der die Stadtmarketing GmbH beteiligt ist, enthalten.

- Das Staatstheater Braunschweig erhält aufgrund des Staatstheatervertrages vom 19. März 1956 einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 1/3 der durch laufende Betriebseinnahmen nicht gedeckten laufenden Betriebsausgaben (Ist 2014: 10.180 TEUR / Ansatz 2015: 10.010 TEUR). Im Februar 2011 wurde zwischen dem Land Niedersachsen und der Stadt Braunschweig eine Klarstellungsvereinbarung geschlossen. Diese dient dem Zweck, die Begriffe der laufenden Betriebsausgaben und der Ausgaben für Baumaßnahmen aus der Ursprungsvereinbarung näher zu erläutern und damit die Voraussetzungen für die Leistungserbringung, insbesondere die finanzielle Beteiligung der Stadt an den nicht durch Einnahmen gedeckten Ausgaben des Staatstheaters, zu konkretisieren.

- Erstattungen an die HOCHTIEF PPP Schulpartner Braunschweig GmbH für die Planung, Durchführung und Finanzierung von Bau- und Sanierungsmaßnahmen, die funktionserhaltende Instandhaltung sowie ausgewählte Betriebsleistungen für neun Schulen, drei Kindertagesstätten und zwei Schulsporthallen ab Februar 2012 gemäß PPP-Projektvertrag:

1. Vergütung für Betriebsleistungen (2014: 3.109 TEUR / 2015: 3.053 TEUR / 2016 bis Vertragsende: 64.462 TEUR).
   Es erfolgt eine jährliche Indexanpassung.

2. Instandhaltungspauschale (2014: 2.481 TEUR / 2015: 2.253 TEUR / 2016 bis Vertragsende: 47.709 TEUR).
   Es erfolgt eine jährliche Indexanpassung.

3. Vergütung für Gesamtinvestitionsleistungen durch Investitionsabtrag (2014: 1.282 TEUR / 2015: 2.459 TEUR / 2016 bis Vertragsende: 85.993 TEUR) und Verzinsung (2014: 2.120 TEUR / 2015: 3.158 TEUR / 2016 bis Vertragsende: 39.061 TEUR).
   Es erfolgt keine Indizierung.

- Für den Neubau der Wilhelm-Bracke-Schule, den die Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig bis 31. Dezember 2014 fertigstellen sollte und den die Stadt für 25 Jahre anmieten wird, ergeben sich z. Zt. folgende Zahlungsverpflichtungen:

  ab 01.01.2013 Instandhaltung und Betriebskosten für die Sporthalle 18 TEUR bzw. 73 TEUR pro Jahr, also insgesamt 91 TEUR.

  ab 01.01.2015 zu den Zahlungsverpflichtungen ab 01.01.2013 kommen zusätzlich folgende Positionen in Höhe von 2.876 TEUR hinzu: Miete für die Sporthalle (76 TEUR) und das neue Schulgebäude (1.973 TEUR), Instandhaltung Schule (142 TEUR) und Betriebskosten Schule (290 TEUR) sowie das Mieterdarlehen (393 TEUR).

  Die Zahlungsverpflichtung beläuft sich ab 1. Januar 2015 somit insgesamt auf rd. 2.967 TEUR. Eine Indexierung wurde nur für die Instandhaltung vereinbart. Die Abrechnung der Betriebskosten erfolgt nach Verbrauch.

  Die Gesamtzahlungsverpflichtung bis zum Jahr 2039 beläuft sich auf 61.084 TEUR (Teilamortisationsrechnung Stand 09/2012), davon entfallen 51.236 TEUR auf die Miete und 9.848 TEUR auf das Mieterdarlehen. Unter Abzug der in 2013 und 2014 geleisteten Zahlungen verbleibt eine Gesamtmiete in Höhe von 51.054 TEUR. Die Miethöhe wird voraussichtlich Mitte 2015 nach Vorlage der Ist-Baukosten und unter Berücksichtigung der geringeren Finanzierungsaufwendungen neu kalkuliert.

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

III. Gesamt-Ergebnisrechnung

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Gesamt-Ergebnisrechnung einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013** - Euro -	**Ergebnis 2014** **- Euro -**	**Ansätze 2014 1)** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	341.112.128,66	337.659.318,11	376.645.500,00	-38.986.181,89	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	120.002.108,97	116.037.511,88	115.330.260,00	707.251,88	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	14.801.257,90	15.048.789,26	15.316.985,37	-268.196,11	-
4	Sonstige Transfererträge	9.420.976,47	10.970.006,64	8.847.100,00	2.122.906,64	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	32.260.672,75	34.065.108,12	32.680.100,00	1.385.008,12	-
6	Privatrechtliche Entgelte	9.953.812,48	9.179.508,97	8.927.300,00	252.208,97	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	122.395.677,08	121.848.770,73	124.820.300,00	-2.971.529,27	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	4.777.879,22	4.632.551,76	6.746.400,00	-2.113.848,24	-
9	Aktivierte Eigenleistungen	1.663.838,76	1.622.365,93	1.524.478,80	97.887,13	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	18.490.158,57	19.854.745,25	22.874.850,00	-3.020.104,75	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**674.878.510,86**	**670.918.676,65**	**713.713.274,17**	**-42.794.597,52**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Aufwendungen für aktives Personal	167.261.997,90	171.601.602,46	160.415.429,00	11.186.173,46	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	17.170.416,23	17.971.188,44	17.173.800,00	797.388,44	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	44.366.879,15	42.305.752,19	50.251.950,00	-7.946.197,81	0,00
16	Abschreibungen	31.074.557,74	36.730.038,20	35.562.327,38	1.167.710,82	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.343.942,38	7.388.895,86	8.710.900,00	-1.322.004,14	0,00
18	Transferaufwendungen	221.795.432,60	247.628.413,27	253.598.310,00	-5.969.896,73	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	172.764.612,01	176.584.488,77	180.429.450,00	-3.844.961,23	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**659.777.838,01**	**700.210.379,19**	**706.142.166,38**	**-5.931.787,19**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)**	**15.100.672,85**	**-29.291.702,54**	**7.571.107,79**	**-36.862.810,33**	**-**
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	7.102.604,33	15.579.810,66	1.255.300,00	14.324.510,66	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	7.187.419,35	5.836.510,65	694.000,00	5.142.510,65	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**-84.815,02**	**9.743.300,01**	**561.300,00**	**9.182.000,01**	**-**
Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)		**15.015.857,83**	**-19.548.402,53**	**8.132.407,79**	**-27.680.810,32**	**-**

1) Zusätzlich zum Ansatz wurde für 2014 ein Haushaltsresteabbau in Höhe von 8.100.000,00 EUR geplant; damit ergibt sich ein Jahresüberschuss nach Haushaltsresteabbau in Höhe von 32.407,79 EUR.

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Gesamt-Ergebnisrechnung einschließlich Plananpassungen

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013** - Euro -	**Ansätze 2014 1)** - Euro -	**Über- u. außerplanm. Bewillig.** - Euro -	**Reste aus Vorjahr 2)** - Euro -	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit** - Euro -	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2014** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	341.112.128,66	376.645.500,00	0,00	0,00	0,00	376.645.500,00	337.659.318,11	-38.986.181,89
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	120.002.108,97	115.330.260,00	1.656.700,00	0,00	224.604,24	117.211.564,24	116.037.511,88	-1.174.052,36
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	14.801.257,90	15.316.985,37	0,00	0,00	0,00	15.316.985,37	15.048.789,26	-268.196,11
4	Sonstige Transfererträge	9.420.976,47	8.847.100,00	0,00	0,00	0,00	8.847.100,00	10.970.006,64	2.122.906,64
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	32.260.672,75	32.680.100,00	64.500,00	0,00	426.127,00	33.170.727,00	34.065.108,12	894.381,12
6	Privatrechtliche Entgelte	9.953.812,48	8.927.300,00	24.500,00	0,00	2.374,00	8.954.174,00	9.179.508,97	225.334,97
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	122.395.677,08	124.820.300,00	0,00	0,00	156.950,71	124.977.250,71	121.848.770,73	-3.128.479,98
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	4.777.879,22	6.746.400,00	0,00	0,00	0,00	6.746.400,00	4.632.551,76	-2.113.848,24
9	Aktivierte Eigenleistungen	1.663.838,76	1.524.478,80	0,00	0,00	0,00	1.524.478,80	1.622.365,93	97.887,13
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	18.490.158,57	22.874.850,00	623.477,39	0,00	9.511,60	23.507.838,99	19.854.745,25	-3.653.093,74
12	**Summe ordentliche Erträge**	**674.878.510,86**	**713.713.274,17**	**2.369.177,39**	**0,00**	**819.567,55**	**716.902.019,11**	**670.918.676,65**	**-45.983.342,46**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Aufwendungen für aktives Personal	167.261.997,90	160.415.429,00	10.558.448,16	47.393,26	628.455,55	171.649.725,97	171.601.602,46	-48.123,51
14	Aufwendungen für Versorgung	17.170.416,23	17.173.800,00	797.388,44	0,00	0,00	17.971.188,44	17.971.188,44	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	44.366.879,15	50.251.950,00	841.083,29	17.714.218,23	-5.315.459,39	63.491.792,13	42.305.752,19	-21.186.039,94
16	Abschreibungen	31.074.557,74	35.562.327,38	0,00	0,00	0,00	35.562.327,38	36.730.038,20	1.167.710,82
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.343.942,38	8.710.900,00	0,00	0,00	191,28	8.711.091,28	7.388.895,86	-1.322.195,42
18	Transferaufwendungen	221.795.432,60	253.598.310,00	3.408.827,38	2.571.330,31	-1.396.324,09	258.182.143,60	247.628.413,27	-10.553.730,33
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	172.764.612,01	180.429.450,00	-1.353.943,50	2.367.602,03	2.095.153,80	183.538.262,33	176.584.488,77	-6.953.773,56
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**659.777.838,01**	**706.142.166,38**	**14.251.803,77**	**22.700.543,83**	**-3.987.982,85**	**739.106.531,13**	**700.210.379,19**	**-38.896.151,94**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)**	**15.100.672,85**	**7.571.107,79**	**-11.882.626,38**	**-22.700.543,83**	**4.807.550,40**	**-22.204.512,02**	**-29.291.702,54**	**-7.087.190,52**
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	7.102.604,33	1.255.300,00	353.159,92	0,00	1.176.635,83	2.785.095,75	15.579.810,66	12.794.714,91
23	Außerordentliche Aufwendungen	7.187.419,35	694.000,00	26.159,92	2.120,84	1.199.685,87	1.921.966,63	5.836.510,65	3.914.544,02
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**-84.815,02**	**561.300,00**	**327.000,00**	**-2.120,84**	**-23.050,04**	**863.129,12**	**9.743.300,01**	**8.880.170,89**
Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)		**15.015.857,83**	**8.132.407,79**	**-11.555.626,38**	**-22.702.664,67**	**4.784.500,36**	**-21.341.382,90**	**-19.548.402,53**	**1.792.980,37**

1) Zusätzlich zum Ansatz wurde für 2014 ein Haushaltsresteabbau in Höhe von 8.100.000,00 EUR geplant; damit ergibt sich ein Jahresüberschuss nach Haushaltsresteabbau in Höhe von 32.407,79 EUR.

2) In den Resten des Vorjahres ist der geplante Haushaltsresteabbau in Höhe von 8.100.000,00 EUR enthalten.

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

IV. Gesamt-Finanzrechnung

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Gesamt-Finanzrechnung einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013** - Euro -	**Ergebnis 2014** **- Euro -**	**Ansätze 2014** **1)** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	336.934.354,60	335.598.560,74	376.645.500,00	-41.046.939,26	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	120.085.810,50	115.844.113,47	115.330.260,00	513.853,47	-
3	Sonstige Transfereinzahlungen	8.697.391,39	10.134.572,25	8.847.100,00	1.287.472,25	-
4	Öffentlich-rechtliche Entgelte	31.966.428,58	33.375.580,54	32.680.100,00	695.480,54	-
5	Privatrechtliche Entgelte	10.147.968,22	9.622.332,38	9.029.500,00	592.832,38	-
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	124.681.587,49	119.908.125,96	124.820.300,00	-4.912.174,04	-
7	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	4.770.131,35	4.702.842,28	6.746.400,00	-2.043.557,72	-
8	Einz. aus Veräuß. geringwert. Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	21.132.739,88	25.211.889,78	27.095.800,00	-1.883.910,22	-
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**658.416.412,01**	**654.398.017,40**	**701.194.960,00**	**-46.796.942,60**	**-**
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
11	Auszahlungen für aktives Personal	142.579.284,62	142.306.065,79	141.616.600,00	689.465,79	-
12	Auszahlungen für Versorgung	17.730.382,88	18.067.213,77	17.173.800,00	893.413,77	-
13	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für geringwertige Vermögensgegenstände	44.212.773,29	42.770.478,29	50.251.950,00	-7.481.471,71	-
14	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	6.592.714,77	7.644.800,16	8.710.900,00	-1.066.099,84	-
15	Transferauszahlungen	224.157.575,62	242.248.041,37	253.598.310,00	-11.350.268,63	-
16	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	176.741.140,39	173.078.955,45	184.761.300,00	-11.682.344,55	-
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**612.013.871,57**	**626.115.554,83**	**656.112.860,00**	**-29.997.305,17**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**46.402.540,44**	**28.282.462,57**	**45.082.100,00**	**-16.799.637,43**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	7.650.534,42	9.425.543,96	4.607.100,00	4.818.443,96	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	3.777.167,35	7.453.795,51	8.593.700,00	-1.139.904,49	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	4.671.810,05	3.338.021,79	2.836.000,00	502.021,79	-
22	Finanzvermögensanlagen	82.000,00	214.981,45	300.000,00	-85.018,55	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	451.319,80	1.236.845,56	320.000,00	916.845,56	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**16.632.831,62**	**21.669.188,27**	**16.656.800,00**	**5.012.388,27**	**-**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Gesamt-Finanzrechnung einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013** - Euro -	**Ergebnis 2014** **- Euro -**	**Ansätze 2014** **1)** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	1.778.948,85	1.837.757,13	2.255.000,00	-417.242,87	0,00
26	Baumaßnahmen	51.185.905,43	49.508.167,12	56.288.700,00	-6.780.532,88	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	8.548.070,86	7.417.317,28	7.719.000,00	-301.682,72	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	4.254.321,60	4.893.375,86	4.302.000,00	591.375,86	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	9.211.829,93	7.323.010,15	4.613.400,00	2.709.610,15	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**74.979.076,67**	**70.979.627,54**	**75.178.100,00**	**-4.198.472,46**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**-58.346.245,05**	**-49.310.439,27**	**-58.521.300,00**	**9.210.860,73**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**-11.943.704,61**	**-21.027.976,70**	**-13.439.200,00**	**-7.588.776,70**	**-**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	1.965.048,75	7.863.100,00	-5.898.051,25	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	8.262.380,45	18.511.915,12	24.500.600,00	-5.988.684,88	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**-8.262.380,45**	**-16.546.866,37**	**-16.637.500,00**	**90.633,63**	**-**
37	**Finanzmittelbestand** (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-20.206.085,06**	**-37.574.843,07**	**-30.076.700,00**	**-7.498.143,07**	**-**
Haushaltsunwirksame Ein- u. Auszahlungen (u. a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)						
38	Haushaltsunwirksame Einzahlungen	2.772.546,52	151.650,86	0,00	151.650,86	-
39	Haushaltsunwirksame Auszahlungen	2.671.664,10	35.364,31	0,00	35.364,31	-
40	**Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen** (Saldo Zeilen 38 und 39)	**100.882,42**	**116.286,55**	**0,00**		
Zahlungsmittelbestand (Liquide Mittel)						
41	**Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Jahres**	**175.638.530,38**	**155.533.327,74**	**155.533.327,74**		
42	**Zahlungsmittelbestand am Ende des Jahres** (Summe Zeilen 37, 40 und 41)	**155.533.327,74**	**118.074.771,22**	**125.456.627,74**		

1) Zusätzlich zum Ansatz wurde für 2014 ein Haushaltsresteabbau in Höhe von 17.300.000,00 EUR geplant; damit ergibt sich ein voraussichtlicher Bestand an Zahlungsmitteln am Ende von 2014 in Höhe von 108.156.627,74 EUR.

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Gesamt-Finanzrechnung mit Plananpassungen

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013** - Euro -	**Ansätze 2014 1)** - Euro -	**Über- u. außerplanm. Bewillig.** - Euro -	**Reste aus Vorjahr 2)** - Euro -	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit** - Euro -	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2014** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	336.934.354,60	376.645.500,00	0,00	-1.079.093,00	0,00	375.566.407,00	335.598.560,74	-39.967.846,26
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	120.085.810,50	115.330.260,00	1.656.700,00	-684.945,00	230.904,70	116.532.919,70	115.844.113,47	-688.806,23
3	Sonstige Transfereinzahlungen	8.697.391,39	8.847.100,00	0,00	0,00	0,00	8.847.100,00	10.134.572,25	1.287.472,25
4	Öffentlich-rechtliche Entgelte	31.966.428,58	32.680.100,00	64.500,00	-53.998,00	426.127,00	33.116.729,00	33.375.580,54	258.851,54
5	Privatrechtliche Entgelte	10.147.968,22	9.029.500,00	351.500,00	0,00	220.248,67	9.601.248,67	9.622.332,38	21.083,71
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	124.681.587,49	124.820.300,00	0,00	-3.552.810,05	156.950,71	121.424.440,66	119.908.125,96	-1.516.314,70
7	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	4.770.131,35	6.746.400,00	0,00	0,00	0,00	6.746.400,00	4.702.842,28	-2.043.557,72
8	Einz. aus Veräuß. geringwert. Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	21.132.739,88	27.095.800,00	649.637,31	0,00	229.486,40	27.974.923,71	25.211.889,78	-2.763.033,93
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**658.416.412,01**	**701.194.960,00**	**2.722.337,31**	**-5.370.846,05**	**1.263.717,48**	**699.810.168,74**	**654.398.017,40**	**-45.412.151,34**
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
11	Auszahlungen für aktives Personal	142.579.284,62	141.616.600,00	516.855,06	51.259,36	195.299,05	142.380.013,47	142.306.065,79	-73.947,68
12	Auszahlungen für Versorgung	17.730.382,88	17.173.800,00	797.388,44	0,00	0,00	17.971.188,44	18.067.213,77	96.025,33
13	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für geringwertige Vermögensgegenstände	44.212.773,29	50.251.950,00	841.083,29	20.694.255,34	-5.315.459,39	66.471.829,24	42.770.478,29	-23.701.350,95
14	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	6.592.714,77	8.710.900,00	0,00	0,00	191,28	8.711.091,28	7.644.800,16	-1.066.291,12
15	Transferauszahlungen	224.157.575,62	253.598.310,00	3.408.827,38	3.426.309,55	-1.363.551,47	259.069.895,46	242.248.041,37	-16.821.854,09
16	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	176.741.140,39	184.761.300,00	-1.327.783,58	4.022.931,65	2.962.737,65	190.419.185,72	173.078.955,45	-17.340.230,27
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**612.013.871,57**	**656.112.860,00**	**4.236.370,59**	**28.194.755,90**	**-3.520.782,88**	**685.023.203,61**	**626.115.554,83**	**-58.907.648,78**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**46.402.540,44**	**45.082.100,00**	**-1.514.033,28**	**-33.565.601,95**	**4.784.500,36**	**14.786.965,13**	**28.282.462,57**	**13.495.497,44**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit									
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	7.650.534,42	4.607.100,00	0,00	0,00	97.071,47	4.704.171,47	9.425.543,96	4.721.372,49
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	3.777.167,35	8.593.700,00	0,00	0,00	0,00	8.593.700,00	7.453.795,51	-1.139.904,49
21	Veräußerung von Sachvermögen	4.671.810,05	2.836.000,00	0,00	0,00	0,00	2.836.000,00	3.338.021,79	502.021,79
22	Finanzvermögensanlagen	82.000,00	300.000,00	0,00	0,00	0,00	300.000,00	214.981,45	-85.018,55
23	Sonstige Investitionstätigkeit	451.319,80	320.000,00	0,00	0,00	0,00	320.000,00	1.236.845,56	916.845,56
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**16.632.831,62**	**16.656.800,00**	**0,00**	**0,00**	**97.071,47**	**16.753.871,47**	**21.669.188,27**	**4.915.316,80**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Gesamt-Finanzrechnung mit Plananpassungen

	Einzahlungen und Auszahlungen	**Ergebnis 2013** - Euro -	**Ansätze 2014 1)** - Euro -	**Über- u. außerplanm. Bewillig.** - Euro -	**Reste aus Vorjahr 2)** - Euro -	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit** - Euro -	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2014** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Auszahlungen für Investitionstätigkeit									
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	1.778.948,85	2.255.000,00	0,00	1.613.192,92	44.586,56	3.912.779,48	1.837.757,13	-2.075.022,35
26	Baumaßnahmen	51.185.905,43	56.288.700,00	3.175.383,30	33.431.664,08	2.110.265,39	95.006.012,77	49.508.167,12	-45.497.845,65
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	8.548.070,86	7.719.000,00	307.369,41	3.510.800,44	279.817,60	11.816.987,45	7.417.317,28	-4.399.670,17
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	4.254.321,60	4.302.000,00	623.477,39	11.458,47	0,00	4.936.935,86	4.893.375,86	-43.560,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	9.211.829,93	4.613.400,00	29.357,00	2.212.684,78	2.446.902,28	9.302.344,06	7.323.010,15	-1.979.333,91
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**74.979.076,67**	**75.178.100,00**	**4.135.587,10**	**40.779.800,69**	**4.881.571,83**	**124.975.059,62**	**70.979.627,54**	**-53.995.432,08**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**-58.346.245,05**	**-58.521.300,00**	**-4.135.587,10**	**-40.779.800,69**	**-4.784.500,36**	**-108.221.188,15**	**-49.310.439,27**	**58.910.748,88**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**-11.943.704,61**	**-13.439.200,00**	**-5.649.620,38**	**-74.345.402,64**	**0,00**	**-93.434.223,02**	**-21.027.976,70**	**72.406.246,32**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit									
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	7.863.100,00	0,00	0,00	0,00	7.863.100,00	1.965.048,75	-5.898.051,25
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	8.262.380,45	24.500.600,00	0,00	0,00	0,00	24.500.600,00	18.511.915,12	-5.988.684,88
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**-8.262.380,45**	**-16.637.500,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-16.637.500,00**	**-16.546.866,37**	**90.633,63**
37	**Finanzmittelbestand** (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-20.206.085,06**	**-30.076.700,00**	**-5.649.620,38**	**-74.345.402,64**	**0,00**	**-110.071.723,02**	**-37.574.843,07**	**72.496.879,95**
Haushaltsunwirksame Ein- u. Auszahlungen (u. a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)									
38	Haushaltsunwirksame Einzahlungen	2.772.546,52	0,00					151.650,86	151.650,86
39	Haushaltsunwirksame Auszahlungen	2.671.664,10	0,00					35.364,31	35.364,31
40	**Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen** (Saldo Zeilen 38 und 39)	**100.882,42**	**0,00**					**116.286,55**	
Zahlungsmittelbestand (Liquide Mittel)									
41	**Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Jahres**	**175.638.530,38**	**155.533.327,74**					**155.533.327,74**	
42	**Zahlungsmittelbestand am Ende des Jahres** (Summe Zeilen 37, 40 und 41)	**155.533.327,74**	**125.456.627,74**					**118.074.771,22**	

1) Zusätzlich zum Ansatz wurde für 2014 ein Haushaltsresteabbau in Höhe von 17.300.000,00 EUR geplant; damit ergibt sich ein voraussichtlicher Bestand an Zahlungsmitteln am Ende von 2014 in Höhe von 108.156.627,74 EUR.

2) In den Resten des Vorjahres ist der geplante Haushaltsresteabbau in Höhe von 17.300.000,00 EUR enthalten.

V. Teilhaushalte

Teilergebnisrechnungen

Produktübersicht

Kennzahlenübersicht zu den wesentlichen Produkten

Teilfinanzrechnungen

V. Teilhaushalte

1. **TH Politische Gremien**
2. **TH Verwaltungsführung**
3. **TH FB 01 Zentrale Steuerung (einschl. Stabsstelle 0110)**
4. **TH Ref. 0120 Stadtentwicklung und Statistik**
5. **TH Ref. 0140 Rechnungsprüfungsamt**
6. **TH Ref. 0150 Gleichstellungsreferat**
7. **TH Personalvertretung**
8. **TH FB 10 Zentrale Dienste**
9. **TH FB 20 Finanzen (einschl. Ref. 0200)**
10. **TH FB 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit**
11. **TH FB 37 Feuerwehr**
12. **TH FB 40 Schule**
13. **TH Kultur und Wissenschaft**
14. **TH Ref. 0500 Sozialreferat**
15. **TH FB 50 Soziales und Gesundheit (einschl. Ref. 0502)**
16. **TH FB 51 Kinder, Jugend und Familie**
17. **TH Ref. 0600 Baureferat**
18. **TH Ref. 0610 Stadtbild und Denkmalpflege**
19. **TH Ref. 0630 Bauordnung**
20. **TH FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz**
21. **TH FB 66 Tiefbau und Verkehr**
22. **TH FB 67 Stadtgrün und Sport**
23. **TH Stabsstelle 0800 Wirtschaftsdezernat**
24. **TH Allgemeine Finanzwirtschaft**

Teilhaushalt

Politische Gremien

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **Politische Gremien**

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **Politische Gremien**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	250,00	250,00	0,00	+ 250,00	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	-
6	Privatrechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**250,00**	**250,00**	**0,00**	**+ 250,00**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Aufwendungen für aktives Personal	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	13.792,96	12.808,84	16.100,00	- 3.291,16	0,00
16	Abschreibungen	1.445,00	1.058,74	2.076,00	- 1.017,26	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	35.874,31	32.505,37	33.000,00	- 494,63	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.538.093,51	1.547.760,88	1.578.200,00	- 30.439,12	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.589.205,78**	**1.594.133,83**	**1.629.376,00**	**- 35.242,17**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 1.588.955,78**	**- 1.593.883,83**	**- 1.629.376,00**	**+ 35.492,17**	**-**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 1.588.955,78**	**- 1.593.883,83**	**- 1.629.376,00**	**+ 35.492,17**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus ILV	0,00	0,00	0,00	0,00	-
27	Aufwendungen aus ILV	62.219,91	64.256,76	63.876,06	+ 380,70	-
28	**Saldo aus ILV**	**- 62.219,91**	**- 64.256,76**	**- 63.876,06**	**- 380,70**	**-**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 1.651.175,69**	**- 1.658.140,59**	**- 1.693.252,06**	**+ 35.111,47**	**-**

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **Politische Gremien**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	250,00	0,00	0,00	0,00	250,00	250,00	250,00	0,00
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	Privatrechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	**Summe ordentliche Erträge**	**250,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**250,00**	**250,00**	**250,00**	**0,00**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Aufwendungen für aktives Personal	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	13.792,96	16.100,00	0,00	419,81	1.077,00	17.596,81	12.808,84	- 4.787,97
16	Abschreibungen	1.445,00	2.076,00	0,00	0,00	0,00	2.076,00	1.058,74	- 1.017,26
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	35.874,31	33.000,00	0,00	3.588,09	8.250,00	44.838,09	32.505,37	- 12.332,72
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.538.093,51	1.578.200,00	0,00	0,00	- 650,00	1.577.550,00	1.547.760,88	- 29.789,12
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.589.205,78**	**1.629.376,00**	**0,00**	**4.007,90**	**8.677,00**	**1.642.060,90**	**1.594.133,83**	**- 47.927,07**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 1.588.955,78**	**- 1.629.376,00**	**0,00**	**- 4.007,90**	**- 8.427,00**	**- 1.641.810,90**	**- 1.593.883,83**	**+ 47.927,07**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 1.588.955,78**	**- 1.629.376,00**	**0,00**	**- 4.007,90**	**- 8.427,00**	**- 1.641.810,90**	**- 1.593.883,83**	**+ 47.927,07**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus ILV	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Aufwendungen aus ILV	62.219,91	63.876,06	0,00	0,00	0,00	63.876,06	64.256,76	+ 380,70
28	**Saldo aus ILV**	**- 62.219,91**	**- 63.876,06**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**- 63.876,06**	**- 64.256,76**	**- 380,70**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 1.651.175,69**	**- 1.693.252,06**	**0,00**	**- 4.007,90**	**- 8.427,00**	**- 1.705.686,96**	**- 1.658.140,59**	**+ 47.546,37**

Produktübersicht

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
Politische Gremien

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014			Ansatz 2014	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.11	***Innere Verwaltung***						
1.11.1110	**Politische Gremien**						
1.11.1110.01	Politische Gremien	-1.651.175,69	250,00	1.658.390,59	-1.658.140,59	-1.693.252,06	35.111,47
Summe Produktgruppe		**-1.651.175,69**	**250,00**	**1.658.390,59**	**-1.658.140,59**	**-1.693.252,06**	**35.111,47**
Summe Teilhaushalt		**-1.651.175,69**	**250,00**	**1.658.390,59**	**-1.658.140,59**	**-1.693.252,06**	**35.111,47**

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **Politische Gremien**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**250,00**	**250,00**	**0,00**	**+ 250,00**	**-**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**1.572.635,32**	**1.609.950,16**	**1.627.300,00**	**- 17.349,84**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 1.572.385,32**	**- 1.609.700,16**	**- 1.627.300,00**	**+ 17.599,84**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	800,00	303,09	2.000,00	- 1.696,91	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**800,00**	**303,09**	**2.000,00**	**- 1.696,91**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**- 800,00**	**- 303,09**	**- 2.000,00**	**+ 1.696,91**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 1.573.185,32**	**- 1.610.003,25**	**- 1.629.300,00**	**+ 19.296,75**	**-**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	-

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **Politische Gremien**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**250,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**250,00**	**250,00**	**250,00**	**+ 0,00**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**1.572.635,32**	**1.627.300,00**	**0,00**	**4.007,90**	**8.677,00**	**1.639.984,90**	**1.609.950,16**	**- 30.034,74**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 1.572.385,32**	**- 1.627.300,00**	**0,00**	**- 4.007,90**	**- 8.427,00**	**- 1.639.734,90**	**- 1.609.700,16**	**+ 30.034,74**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit									
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit									
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	800,00	2.000,00	0,00	0,00	0,00	2.000,00	303,09	- 1.696,91
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**800,00**	**2.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**2.000,00**	**303,09**	**- 1.696,91**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**- 800,00**	**- 2.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**- 2.000,00**	**- 303,09**	**+ 1.696,91**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 1.573.185,32**	**- 1.629.300,00**	**0,00**	**- 4.007,90**	**- 8.427,00**	**- 1.641.734,90**	**- 1.610.003,25**	**+ 31.731,65**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit									
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilhaushalt

Verwaltungsführung

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **Verwaltungsführung**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	-
6	Privatrechtliche Entgelte	95,68	47,84	0,00	+ 47,84	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	14,00	0,00	0,00	0,00	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**109,68**	**47,84**	**0,00**	**+ 47,84**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Aufwendungen für aktives Personal	1.322.247,97	1.274.687,89	1.183.843,00	+ 90.844,89	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	230.722,09	228.247,73	228.000,00	+ 247,73	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	98.511,65	57.275,15	87.200,00	- 29.924,85	0,00
16	Abschreibungen	3.894,20	3.496,99	6.052,00	- 2.555,01	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	77.642,83	76.505,00	80.100,00	- 3.595,00	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.733.018,74**	**1.640.212,76**	**1.585.195,00**	**+ 55.017,76**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 1.732.909,06**	**- 1.640.164,92**	**- 1.585.195,00**	**- 54.969,92**	**-**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 1.732.909,06**	**- 1.640.164,92**	**- 1.585.195,00**	**- 54.969,92**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus ILV	0,00	0,00	0,00	0,00	-
27	Aufwendungen aus ILV	79.997,75	66.078,21	76.343,88	- 10.265,67	-
28	**Saldo aus ILV**	**- 79.997,75**	**- 66.078,21**	**- 76.343,88**	**+ 10.265,67**	**-**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 1.812.906,81**	**- 1.706.243,13**	**- 1.661.538,88**	**- 44.704,25**	**-**

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **Verwaltungsführung**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	Privatrechtliche Entgelte	95,68	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	47,84	+ 47,84
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	14,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	**Summe ordentliche Erträge**	**109,68**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**47,84**	**+ 47,84**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Aufwendungen für aktives Personal	1.322.247,97	1.183.843,00	- 19.920,20	0,00	110.765,09	1.274.687,89	1.274.687,89	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	230.722,09	228.000,00	247,73	0,00	0,00	228.247,73	228.247,73	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	98.511,65	87.200,00	0,00	0,00	- 1.252,78	85.947,22	57.275,15	- 28.672,07
16	Abschreibungen	3.894,20	6.052,00	0,00	0,00	0,00	6.052,00	3.496,99	- 2.555,01
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	77.642,83	80.100,00	0,00	0,00	1.252,78	81.352,78	76.505,00	- 4.847,78
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.733.018,74**	**1.585.195,00**	**- 19.672,47**	**0,00**	**110.765,09**	**1.676.287,62**	**1.640.212,76**	**- 36.074,86**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 1.732.909,06**	**- 1.585.195,00**	**19.672,47**	**0,00**	**- 110.765,09**	**- 1.676.287,62**	**- 1.640.164,92**	**+ 36.122,70**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 1.732.909,06**	**- 1.585.195,00**	**19.672,47**	**0,00**	**- 110.765,09**	**- 1.676.287,62**	**- 1.640.164,92**	**+ 36.122,70**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus ILV	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Aufwendungen aus ILV	79.997,75	76.343,88	0,00	0,00	0,00	76.343,88	66.078,21	- 10.265,67
28	**Saldo aus ILV**	**- 79.997,75**	**- 76.343,88**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**- 76.343,88**	**- 66.078,21**	**+ 10.265,67**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 1.812.906,81**	**- 1.661.538,88**	**19.672,47**	**0,00**	**- 110.765,09**	**- 1.752.631,50**	**- 1.706.243,13**	**+ 46.388,37**

Produktübersicht

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
Verwaltungsführung

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014			Ansatz 2014	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.11	***Innere Verwaltung***						
1.11.1115	**Verwaltungsführung**						
1.11.1115.01	Verwaltungsführung	-1.812.906,81	47,84	1.706.290,97	-1.706.243,13	-1.661.538,88	-44.704,25
Summe Produktgruppe		**-1.812.906,81**	**47,84**	**1.706.290,97**	**-1.706.243,13**	**-1.661.538,88**	**-44.704,25**
Summe Teilhaushalt		**-1.812.906,81**	**47,84**	**1.706.290,97**	**-1.706.243,13**	**-1.661.538,88**	**-44.704,25**

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **Verwaltungsführung**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**109,68**	**47,84**	**0,00**	**+ 47,84**	**-**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**1.325.184,94**	**1.270.860,15**	**1.322.300,00**	**- 51.439,85**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 1.325.075,26**	**- 1.270.812,31**	**- 1.322.300,00**	**+ 51.487,69**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	773,20	4.205,99	9.000,00	- 4.794,01	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**773,20**	**4.205,99**	**9.000,00**	**- 4.794,01**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**- 773,20**	**- 4.205,99**	**- 9.000,00**	**+ 4.794,01**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 1.325.848,46**	**- 1.275.018,30**	**- 1.331.300,00**	**+ 56.281,70**	**-**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	-

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **Verwaltungsführung**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**109,68**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**47,84**	**+ 47,84**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**1.325.184,94**	**1.322.300,00**	**- 19.672,47**	**0,00**	**0,00**	**1.302.627,53**	**1.270.860,15**	**- 31.767,38**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 1.325.075,26**	**- 1.322.300,00**	**19.672,47**	**0,00**	**0,00**	**- 1.302.627,53**	**- 1.270.812,31**	**+ 31.815,22**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit									
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit									
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	773,20	9.000,00	0,00	0,00	0,00	9.000,00	4.205,99	- 4.794,01
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**773,20**	**9.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**9.000,00**	**4.205,99**	**- 4.794,01**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**- 773,20**	**- 9.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**- 9.000,00**	**- 4.205,99**	**+ 4.794,01**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 1.325.848,46**	**- 1.331.300,00**	**19.672,47**	**0,00**	**0,00**	**- 1.311.627,53**	**- 1.275.018,30**	**+ 36.609,23**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit									
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilhaushalt

Fachbereich 01

Zentrale Steuerung (einschl. Stabsstelle 0110)

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **FB 01 Zentrale Steuerung**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	16.065,00	16.785,77	16.400,00	+ 385,77	-
6	Privatrechtliche Entgelte	18.479,80	13.015,15	18.800,00	- 5.784,85	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	27.647,35	22.356,56	25.000,00	- 2.643,44	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	100,00	- 100,00	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**62.192,15**	**52.157,48**	**60.300,00**	**- 8.142,52**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Aufwendungen für aktives Personal	2.733.520,52	3.134.128,71	2.483.580,00	+ 650.548,71	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	406.585,12	436.943,85	395.400,00	+ 41.543,85	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	150.008,84	152.500,90	170.100,00	- 17.599,10	0,00
16	Abschreibungen	17.751,30	18.732,49	30.414,00	- 11.681,51	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	3.236,00	3.200,00	5.100,00	- 1.900,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	885.359,14	765.826,78	834.100,00	- 68.273,22	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**4.196.460,92**	**4.511.332,73**	**3.918.694,00**	**+ 592.638,73**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 4.134.268,77**	**- 4.459.175,25**	**- 3.858.394,00**	**- 600.781,25**	**-**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	496,00	0,00	0,00	0,00	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**496,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 4.133.772,77**	**- 4.459.175,25**	**- 3.858.394,00**	**- 600.781,25**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus ILV	827.484,19	764.656,72	780.195,84	- 15.539,12	-
27	Aufwendungen aus ILV	372.622,47	356.285,86	339.583,26	+ 16.702,60	-
28	**Saldo aus ILV**	**454.861,72**	**408.370,86**	**440.612,58**	**- 32.241,72**	**-**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 3.678.911,05**	**- 4.050.804,39**	**- 3.417.781,42**	**- 633.022,97**	**-**

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **FB 01 Zentrale Steuerung**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	16.065,00	16.400,00	0,00	0,00	0,00	16.400,00	16.785,77	+ 385,77
6	Privatrechtliche Entgelte	18.479,80	18.800,00	0,00	0,00	0,00	18.800,00	13.015,15	- 5.784,85
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	27.647,35	25.000,00	0,00	0,00	0,00	25.000,00	22.356,56	- 2.643,44
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	100,00	0,00	0,00	0,00	100,00	0,00	- 100,00
12	**Summe ordentliche Erträge**	**62.192,15**	**60.300,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**60.300,00**	**52.157,48**	**- 8.142,52**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Aufwendungen für aktives Personal	2.733.520,52	2.483.580,00	455.838,64	0,00	199.134,82	3.138.553,46	3.134.128,71	- 4.424,75
14	Aufwendungen für Versorgung	406.585,12	395.400,00	41.543,85	0,00	0,00	436.943,85	436.943,85	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	150.008,84	170.100,00	0,00	7.794,88	1.600,00	179.494,88	152.500,90	- 26.993,98
16	Abschreibungen	17.751,30	30.414,00	0,00	0,00	0,00	30.414,00	18.732,49	- 11.681,51
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	3.236,00	5.100,00	0,00	0,00	0,00	5.100,00	3.200,00	- 1.900,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	885.359,14	834.100,00	0,00	12.000,00	- 40.515,68	805.584,32	765.826,78	- 39.757,54
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**4.196.460,92**	**3.918.694,00**	**497.382,49**	**19.794,88**	**160.219,14**	**4.596.090,51**	**4.511.332,73**	**- 84.757,78**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 4.134.268,77**	**- 3.858.394,00**	**- 497.382,49**	**- 19.794,88**	**- 160.219,14**	**- 4.535.790,51**	**- 4.459.175,25**	**+ 76.615,26**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	496,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**496,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 4.133.772,77**	**- 3.858.394,00**	**- 497.382,49**	**- 19.794,88**	**- 160.219,14**	**- 4.535.790,51**	**- 4.459.175,25**	**+ 76.615,26**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus ILV	827.484,19	780.195,84	0,00	0,00	0,00	780.195,84	764.656,72	- 15.539,12
27	Aufwendungen aus ILV	372.622,47	339.583,26	0,00	0,00	0,00	339.583,26	356.285,86	+ 16.702,60
28	**Saldo aus ILV**	**454.861,72**	**440.612,58**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**440.612,58**	**408.370,86**	**- 32.241,72**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 3.678.911,05**	**- 3.417.781,42**	**- 497.382,49**	**- 19.794,88**	**- 160.219,14**	**- 4.095.177,93**	**- 4.050.804,39**	**+ 44.373,54**

Produktübersicht

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 01 Zentrale Steuerung

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013 Saldo - Euro -	Ergebnis 2014 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2014 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2014 Saldo - Euro -	Ansatz 2014 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.11	***Innere Verwaltung***						
1.11.1116	**Steuerungsdienst**						
1.11.1116.01	Unterstützung des OB	-201.690,76	1.535,01	264.303,52	-262.768,51	-236.305,48	-26.463,03
1.11.1116.02	Allgemeine Steuerungsunterstützung	-426.294,65	0,00	432.969,19	-432.969,19	-359.069,29	-73.899,90
1.11.1116.03	Ideen- und Beschwerdemanagement	-335.888,66	0,00	357.709,04	-357.709,04	-264.603,55	-93.105,49
1.11.1116.04	Repräsentationen	-788.564,71	28.256,67	804.169,06	-775.912,39	-732.068,28	-43.844,11
1.11.1116.06	Ratsinformationssystem	-56.667,11	0,00	60.851,91	-60.851,91	-74.091,55	13.239,64
1.11.1116.07	Kontakte zu kom. Spitzenverbänden	-175.374,48	0,00	176.808,85	-176.808,85	-178.787,30	1.978,45
1.11.1116.08	Betreuung politischer Gremien	-191.141,90	0,00	151.434,20	-151.434,20	-174.284,43	22.850,23
1.11.1116.09	Reden / Grußworte	-290.575,60	0,00	381.614,28	-381.614,28	-252.605,13	-129.009,15
1.11.1116.10	Städtepartnerschaften/Intern.Beziehungen	-301.487,47	5.600,00	367.699,60	-362.099,60	-262.249,84	-99.849,76
Summe Produktgruppe		**-2.767.685,34**	**35.391,68**	**2.997.559,65**	**-2.962.167,97**	**-2.534.064,85**	**-428.103,12**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 01 Zentrale Steuerung

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013 Saldo - Euro -	Ergebnis 2014 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2014 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2014 Saldo - Euro -	Ansatz 2014 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.11.1125	**Rechtsangelegenheiten**						
1.11.1125.01	Führen von Rechtsstreitigkeiten	-241.705,46	256.753,15	550.527,17	-293.774,02	-193.694,03	-100.079,99
1.11.1125.02	Rechtsberatung u. andere jur. Leistungen	-353.412,61	286.298,89	719.982,84	-433.683,95	-384.114,04	-49.569,91
1.11.1125.04	Sonstige Leistungen	-34.857,60	238.370,48	262.630,23	-24.259,75	-24.205,55	-54,20
Summe Produktgruppe		**-629.975,67**	**781.422,52**	**1.533.140,24**	**-751.717,72**	**-602.013,62**	**-149.704,10**
1.11.1130	**Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**						
1.11.1130.01	Medienarbeit	-225.038,74	0,00	274.512,91	-274.512,91	-217.635,70	-56.877,21
1.11.1130.02	Öffentlichkeitsarbeit	-56.211,30	0,00	62.405,79	-62.405,79	-64.067,25	1.661,46
Summe Produktgruppe		**-281.250,04**	**0,00**	**336.918,70**	**-336.918,70**	**-281.702,95**	**-55.215,75**
Summe Teilhaushalt		**-3.678.911,05**	**816.814,20**	**4.867.618,59**	**-4.050.804,39**	**-3.417.781,42**	**-633.022,97**

Kennzahlenübersicht zu den wesentlichen Produkten

Jahresabschluss 2014	Teilhaushalt
Stadt Braunschweig	FB 01 Zentrale Steuerung

Wesentliche Produkte - Kennzahlen

Produkt Produktkennzahl(en):	Dimension	Berechnung	Ist 2013	Ist 2014	Plan 2014	mehr (+) / weniger (-)
1.11.1116.03 - Ideen- und Beschwerdemanagement						
Bürgerkontakte		Summe	6.042,0	5.782,0	5.800,0	-18,0
davon a) Verbesserungsvorschläge *)		Summe	408,0	403,0	-	-
davon b) umgesetzt *)		Summe	85,0	89,0	-	-
davon c) Anzahl Beschwerden *)		Summe	2.944,0	2.807,0	-	-
davon d) abgeholfen *)		Summe	1.021,0	795,0	-	-

*) Die Kennzahlen wurden zum Haushalt 2015 neu aufgenommen

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **FB 01 Zentrale Steuerung**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**66.835,48**	**46.063,88**	**60.300,00**	**- 14.236,12**	**-**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**3.490.697,73**	**3.549.791,35**	**3.447.100,00**	**+ 102.691,35**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 3.423.862,25**	**- 3.503.727,47**	**- 3.386.800,00**	**- 116.927,47**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	5.570,18	9.054,64	11.300,00	- 2.245,36	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**5.570,18**	**9.054,64**	**11.300,00**	**- 2.245,36**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**- 5.570,18**	**- 9.054,64**	**- 11.300,00**	**+ 2.245,36**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 3.429.432,43**	**- 3.512.782,11**	**- 3.398.100,00**	**- 114.682,11**	**-**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	-

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **FB 01 Zentrale Steuerung**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**66.835,48**	**60.300,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**60.300,00**	**46.063,88**	**- 14.236,12**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**3.490.697,73**	**3.447.100,00**	**137.132,26**	**21.651,55**	**- 38.915,68**	**3.566.968,13**	**3.549.791,35**	**- 17.176,78**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 3.423.862,25**	**- 3.386.800,00**	**- 137.132,26**	**- 21.651,55**	**38.915,68**	**- 3.506.668,13**	**- 3.503.727,47**	**+ 2.940,66**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit									
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit									
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	5.570,18	11.300,00	0,00	51.372,68	0,00	62.672,68	9.054,64	- 53.618,04
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**5.570,18**	**11.300,00**	**0,00**	**51.372,68**	**0,00**	**62.672,68**	**9.054,64**	**- 53.618,04**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**- 5.570,18**	**- 11.300,00**	**0,00**	**- 51.372,68**	**0,00**	**- 62.672,68**	**- 9.054,64**	**+ 53.618,04**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 3.429.432,43**	**- 3.398.100,00**	**- 137.132,26**	**- 73.024,23**	**38.915,68**	**- 3.569.340,81**	**- 3.512.782,11**	**+ 56.558,70**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit									
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig

Teilhaushalt

Referat 0120

Stadtentwicklung und Statistik

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **Ref. 0120 Stadtentwicklung und Statistik**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	-
6	Privatrechtliche Entgelte	926,00	696,20	1.500,00	- 803,80	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	296.195,39	141.262,70	131.600,00	+ 9.662,70	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**297.121,39**	**141.958,90**	**133.100,00**	**+ 8.858,90**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Aufwendungen für aktives Personal	1.099.774,75	1.099.578,50	1.021.329,00	+ 78.249,50	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	146.006,36	142.548,46	141.700,00	+ 848,46	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	123.106,25	127.392,95	209.200,00	- 81.807,05	0,00
16	Abschreibungen	5.606,50	5.032,36	6.009,00	- 976,64	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	328.675,65	348.733,79	352.500,00	- 3.766,21	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.703.169,51**	**1.723.286,06**	**1.730.738,00**	**- 7.451,94**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 1.406.048,12**	**- 1.581.327,16**	**- 1.597.638,00**	**+ 16.310,84**	**-**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 1.406.048,12**	**- 1.581.327,16**	**- 1.597.638,00**	**+ 16.310,84**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus ILV	0,00	0,00	0,00	0,00	-
27	Aufwendungen aus ILV	278.661,73	238.575,64	192.176,35	+ 46.399,29	-
28	**Saldo aus ILV**	**- 278.661,73**	**- 238.575,64**	**- 192.176,35**	**- 46.399,29**	**-**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 1.684.709,85**	**- 1.819.902,80**	**- 1.789.814,35**	**- 30.088,45**	**-**

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **Ref. 0120 Stadtentwicklung und Statistik**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	Privatrechtliche Entgelte	926,00	1.500,00	0,00	0,00	0,00	1.500,00	696,20	- 803,80
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	296.195,39	131.600,00	0,00	0,00	0,00	131.600,00	141.262,70	+ 9.662,70
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	**Summe ordentliche Erträge**	**297.121,39**	**133.100,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**133.100,00**	**141.958,90**	**+ 8.858,90**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Aufwendungen für aktives Personal	1.099.774,75	1.021.329,00	1.032,12	0,00	77.217,38	1.099.578,50	1.099.578,50	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	146.006,36	141.700,00	848,46	0,00	0,00	142.548,46	142.548,46	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	123.106,25	209.200,00	0,00	0,00	- 283,88	208.916,12	127.392,95	- 81.523,17
16	Abschreibungen	5.606,50	6.009,00	0,00	0,00	0,00	6.009,00	5.032,36	- 976,64
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	328.675,65	352.500,00	0,00	0,00	283,88	352.783,88	348.733,79	- 4.050,09
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.703.169,51**	**1.730.738,00**	**1.880,58**	**0,00**	**77.217,38**	**1.809.835,96**	**1.723.286,06**	**- 86.549,90**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 1.406.048,12**	**- 1.597.638,00**	**- 1.880,58**	**0,00**	**- 77.217,38**	**- 1.676.735,96**	**- 1.581.327,16**	**+ 95.408,80**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 1.406.048,12**	**- 1.597.638,00**	**- 1.880,58**	**0,00**	**- 77.217,38**	**- 1.676.735,96**	**- 1.581.327,16**	**+ 95.408,80**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus ILV	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Aufwendungen aus ILV	278.661,73	192.176,35	0,00	0,00	0,00	192.176,35	238.575,64	+ 46.399,29
28	**Saldo aus ILV**	**- 278.661,73**	**- 192.176,35**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**- 192.176,35**	**- 238.575,64**	**- 46.399,29**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 1.684.709,85**	**- 1.789.814,35**	**- 1.880,58**	**0,00**	**- 77.217,38**	**- 1.868.912,31**	**- 1.819.902,80**	**+ 49.009,51**

Produktübersicht

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
Ref. 0120 Stadtentwicklung und Statistik

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014			Ansatz 2014	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.12	***Sicherheit und Ordnung***						
1.12.1210	**Statistik und Wahlen**						
1.12.1210.01	Statistik	-200.906,52	596,20	206.528,39	-205.932,19	-229.825,01	23.892,82
1.12.1210.02	Wahlen und Abstimmungen	-864.797,24	141.362,70	1.066.299,59	-924.936,89	-983.840,25	58.903,36
Summe Produktgruppe		**-1.065.703,76**	**141.958,90**	**1.272.827,98**	**-1.130.869,08**	**-1.213.665,26**	**82.796,18**
1.51	***Räumliche Planung und Entwicklung***						
1.51.5114	**Stadtentw., -forschung, Europaangel.**						
1.51.5114.01	Stadtentwicklung	-236.406,17	0,00	250.134,56	-250.134,56	-249.962,02	-172,54
1.51.5114.02	Stadtforschung	-227.788,33	0,00	275.504,01	-275.504,01	-168.300,78	-107.203,23
1.51.5114.03	Europaangelegenheiten	-154.811,59	0,00	163.395,15	-163.395,15	-157.886,29	-5.508,86
Summe Produktgruppe		**-619.006,09**	**0,00**	**689.033,72**	**-689.033,72**	**-576.149,09**	**-112.884,63**
Summe Teilhaushalt		**-1.684.709,85**	**141.958,90**	**1.961.861,70**	**-1.819.902,80**	**-1.789.814,35**	**-30.088,45**

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **Ref. 0120 Stadtentwicklung und Statistik**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**297.121,39**	**141.958,90**	**133.100,00**	**+ 8.858,90**	**-**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**1.470.117,68**	**1.494.833,47**	**1.568.100,00**	**- 73.266,53**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 1.172.996,29**	**- 1.352.874,57**	**- 1.435.000,00**	**+ 82.125,43**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	430,50	2.173,36	3.400,00	- 1.226,64	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**430,50**	**2.173,36**	**3.400,00**	**- 1.226,64**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**- 430,50**	**- 2.173,36**	**- 3.400,00**	**+ 1.226,64**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 1.173.426,79**	**- 1.355.047,93**	**- 1.438.400,00**	**+ 83.352,07**	**-**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	-

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **Ref. 0120 Stadtentwicklung und Statistik**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**297.121,39**	**133.100,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**133.100,00**	**141.958,90**	**+ 8.858,90**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**1.470.117,68**	**1.568.100,00**	**1.880,58**	**0,00**	**0,00**	**1.569.980,58**	**1.494.833,47**	**- 75.147,11**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 1.172.996,29**	**- 1.435.000,00**	**- 1.880,58**	**0,00**	**0,00**	**- 1.436.880,58**	**- 1.352.874,57**	**+ 84.006,01**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit									
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit									
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	430,50	3.400,00	0,00	0,00	0,00	3.400,00	2.173,36	- 1.226,64
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**430,50**	**3.400,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**3.400,00**	**2.173,36**	**- 1.226,64**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**- 430,50**	**- 3.400,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**- 3.400,00**	**- 2.173,36**	**+ 1.226,64**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 1.173.426,79**	**- 1.438.400,00**	**- 1.880,58**	**0,00**	**0,00**	**- 1.440.280,58**	**- 1.355.047,93**	**+ 85.232,65**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit									
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt

Referat 0140

Rechnungsprüfungsamt

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **Ref. 0140 Rechnungsprüfungsamt**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	-
6	Privatrechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	231.734,18	223.975,89	227.600,00	- 3.624,11	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**231.734,18**	**223.975,89**	**227.600,00**	**- 3.624,11**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Aufwendungen für aktives Personal	1.415.894,06	1.338.946,36	1.356.058,00	- 17.111,64	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	205.115,38	182.089,24	212.100,00	- 30.010,76	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	16.825,68	14.182,40	16.600,00	- 2.417,60	0,00
16	Abschreibungen	4.446,21	5.458,90	4.578,00	+ 880,90	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	95.646,95	97.006,15	89.700,00	+ 7.306,15	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.737.928,28**	**1.637.683,05**	**1.679.036,00**	**- 41.352,95**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 1.506.194,10**	**- 1.413.707,16**	**- 1.451.436,00**	**+ 37.728,84**	**-**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 1.506.194,10**	**- 1.413.707,16**	**- 1.451.436,00**	**+ 37.728,84**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus ILV	2.647,80	1.991,66	10.000,00	- 8.008,34	-
27	Aufwendungen aus ILV	138.914,85	134.966,02	139.134,92	- 4.168,90	-
28	**Saldo aus ILV**	**- 136.267,05**	**- 132.974,36**	**- 129.134,92**	**- 3.839,44**	**-**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 1.642.461,15**	**- 1.546.681,52**	**- 1.580.570,92**	**+ 33.889,40**	**-**

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **Ref. 0140 Rechnungsprüfungsamt**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	Privatrechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	231.734,18	227.600,00	0,00	0,00	0,00	227.600,00	223.975,89	- 3.624,11
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	**Summe ordentliche Erträge**	**231.734,18**	**227.600,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**227.600,00**	**223.975,89**	**- 3.624,11**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Aufwendungen für aktives Personal	1.415.894,06	1.356.058,00	- 62.865,64	0,00	45.754,00	1.338.946,36	1.338.946,36	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	205.115,38	212.100,00	- 30.010,76	0,00	0,00	182.089,24	182.089,24	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	16.825,68	16.600,00	- 500,00	1.619,95	2.000,00	19.719,95	14.182,40	- 5.537,55
16	Abschreibungen	4.446,21	4.578,00	0,00	0,00	0,00	4.578,00	5.458,90	+ 880,90
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	95.646,95	89.700,00	0,00	1.644,70	7.982,35	99.327,05	97.006,15	- 2.320,90
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.737.928,28**	**1.679.036,00**	**- 93.376,40**	**3.264,65**	**55.736,35**	**1.644.660,60**	**1.637.683,05**	**- 6.977,55**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 1.506.194,10**	**- 1.451.436,00**	**93.376,40**	**- 3.264,65**	**- 55.736,35**	**- 1.417.060,60**	**- 1.413.707,16**	**+ 3.353,44**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 1.506.194,10**	**- 1.451.436,00**	**93.376,40**	**- 3.264,65**	**- 55.736,35**	**- 1.417.060,60**	**- 1.413.707,16**	**+ 3.353,44**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus ILV	2.647,80	10.000,00	0,00	0,00	0,00	10.000,00	1.991,66	- 8.008,34
27	Aufwendungen aus ILV	138.914,85	139.134,92	0,00	0,00	0,00	139.134,92	134.966,02	- 4.168,90
28	**Saldo aus ILV**	**- 136.267,05**	**- 129.134,92**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**- 129.134,92**	**- 132.974,36**	**- 3.839,44**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 1.642.461,15**	**- 1.580.570,92**	**93.376,40**	**- 3.264,65**	**- 55.736,35**	**- 1.546.195,52**	**- 1.546.681,52**	**- 486,00**

Produktübersicht

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
Ref. 0140 Rechnungsprüfungsamt

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013 Saldo - Euro -	Ergebnis 2014 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2014 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2014 Saldo - Euro -	Ansatz 2014 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.11	***Innere Verwaltung***						
1.11.1120	**Rechnungsprüfung**						
1.11.1120.01	Prüfung allgemeiner Verwaltungsabläufe	-302.109,68	4.288,60	308.701,82	-304.413,22	-320.171,46	15.758,24
1.11.1120.02	Jahresabschl.prüf.&Prüf.d.kon.Ges.abschl	-518.565,21	2.394,00	487.003,35	-484.609,35	-498.700,47	14.091,12
1.11.1120.03	Kassenprüfung	-77.041,98	5.686,52	86.394,78	-80.708,26	-80.679,53	-28,73
1.11.1120.04	Prüfung von Vergaben	-379.495,08	179.638,88	513.980,30	-334.341,42	-331.367,37	-2.974,05
1.11.1120.05	Bautechnische Prüfung	-6.303,14	1.931,22	4.378,14	-2.446,92	-20.508,60	18.061,68
1.11.1120.06	IT-Prüfung	-86.112,95	0,00	96.407,01	-96.407,01	-98.370,69	1.963,68
1.11.1120.07	Betriebswirtschaftliche Prüfung	-105.638,13	21.482,80	125.851,07	-104.368,27	-103.591,49	-776,78
1.11.1120.08	Sonstige Prüfungen	-167.194,98	10.545,53	149.932,60	-139.387,07	-127.181,31	-12.205,76
Summe Produktgruppe		**-1.642.461,15**	**225.967,55**	**1.772.649,07**	**-1.546.681,52**	**-1.580.570,92**	**33.889,40**
Summe Teilhaushalt		**-1.642.461,15**	**225.967,55**	**1.772.649,07**	**-1.546.681,52**	**-1.580.570,92**	**33.889,40**

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **Ref. 0140 Rechnungsprüfungsamt**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**232.402,17**	**230.052,90**	**227.600,00**	**+ 2.452,90**	**-**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**1.395.559,53**	**1.352.740,04**	**1.438.100,00**	**- 85.359,96**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 1.163.157,36**	**- 1.122.687,14**	**- 1.210.500,00**	**+ 87.812,86**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.283,21	2.131,68	1.500,00	+ 631,68	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**1.283,21**	**2.131,68**	**1.500,00**	**+ 631,68**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**- 1.283,21**	**- 2.131,68**	**- 1.500,00**	**- 631,68**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 1.164.440,57**	**- 1.124.818,82**	**- 1.212.000,00**	**+ 87.181,18**	**-**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	-

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **Ref. 0140 Rechnungsprüfungsamt**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**232.402,17**	**227.600,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**227.600,00**	**230.052,90**	**+ 2.452,90**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**1.395.559,53**	**1.438.100,00**	**- 93.376,40**	**6.070,51**	**9.982,35**	**1.360.776,46**	**1.352.740,04**	**- 8.036,42**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 1.163.157,36**	**- 1.210.500,00**	**93.376,40**	**- 6.070,51**	**- 9.982,35**	**- 1.133.176,46**	**- 1.122.687,14**	**+ 10.489,32**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit									
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit									
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.283,21	1.500,00	500,00	387,79	0,00	2.387,79	2.131,68	- 256,11
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**1.283,21**	**1.500,00**	**500,00**	**387,79**	**0,00**	**2.387,79**	**2.131,68**	**- 256,11**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**- 1.283,21**	**- 1.500,00**	**- 500,00**	**- 387,79**	**0,00**	**- 2.387,79**	**- 2.131,68**	**+ 256,11**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 1.164.440,57**	**- 1.212.000,00**	**92.876,40**	**- 6.458,30**	**- 9.982,35**	**- 1.135.564,25**	**- 1.124.818,82**	**+ 10.745,43**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit									
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilhaushalt

Referat 0150

Gleichstellungsreferat

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **Ref. 0150 Gleichstellungsreferat**

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **Ref. 0150 Gleichstellungsreferat**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	0,00	1.155,00	0,00	+ 1.155,00	-
6	Privatrechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**0,00**	**1.155,00**	**0,00**	**+ 1.155,00**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Aufwendungen für aktives Personal	203.504,71	204.778,94	204.731,00	+ 47,94	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	15.993,94	12.788,68	12.300,00	+ 488,68	0,00
16	Abschreibungen	407,00	406,00	466,00	- 60,00	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	24.882,77	22.466,99	22.100,00	+ 366,99	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**244.788,42**	**240.440,61**	**239.597,00**	**+ 843,61**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 244.788,42**	**- 239.285,61**	**- 239.597,00**	**+ 311,39**	**-**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 244.788,42**	**- 239.285,61**	**- 239.597,00**	**+ 311,39**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus ILV	0,00	0,00	0,00	0,00	-
27	Aufwendungen aus ILV	27.532,77	30.776,26	25.688,05	+ 5.088,21	-
28	**Saldo aus ILV**	**- 27.532,77**	**- 30.776,26**	**- 25.688,05**	**- 5.088,21**	**-**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 272.321,19**	**- 270.061,87**	**- 265.285,05**	**- 4.776,82**	**-**

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **Ref. 0150 Gleichstellungsreferat**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	1.155,00	1.155,00	1.155,00	0,00
6	Privatrechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	**Summe ordentliche Erträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**1.155,00**	**1.155,00**	**1.155,00**	**0,00**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Aufwendungen für aktives Personal	203.504,71	204.731,00	689,72	0,00	- 641,78	204.778,94	204.778,94	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	15.993,94	12.300,00	0,00	535,50	1.155,00	13.990,50	12.788,68	- 1.201,82
16	Abschreibungen	407,00	466,00	0,00	0,00	0,00	466,00	406,00	- 60,00
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	24.882,77	22.100,00	0,00	0,00	717,94	22.817,94	22.466,99	- 350,95
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**244.788,42**	**239.597,00**	**689,72**	**535,50**	**1.231,16**	**242.053,38**	**240.440,61**	**- 1.612,77**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 244.788,42**	**- 239.597,00**	**- 689,72**	**- 535,50**	**- 76,16**	**- 240.898,38**	**- 239.285,61**	**+ 1.612,77**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 244.788,42**	**- 239.597,00**	**- 689,72**	**- 535,50**	**- 76,16**	**- 240.898,38**	**- 239.285,61**	**+ 1.612,77**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus ILV	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Aufwendungen aus ILV	27.532,77	25.688,05	0,00	0,00	0,00	25.688,05	30.776,26	+ 5.088,21
28	**Saldo aus ILV**	**- 27.532,77**	**- 25.688,05**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**- 25.688,05**	**- 30.776,26**	**- 5.088,21**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 272.321,19**	**- 265.285,05**	**- 689,72**	**- 535,50**	**- 76,16**	**- 266.586,43**	**- 270.061,87**	**- 3.475,44**

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **Ref. 0150 Gleichstellungsreferat**

Produktübersicht

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
Ref. 0150 Gleichstellungsreferat

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014			Ansatz 2014	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.11	***Innere Verwaltung***						
1.11.1135	**Herstellung d. Geschlechtergerechtigkeit**						
1.11.1135.01	Herstellung d. Geschlechtergerechtigkeit	-272.321,19	1.155,00	271.216,87	-270.061,87	-265.285,05	-4.776,82
Summe Produktgruppe		**-272.321,19**	**1.155,00**	**271.216,87**	**-270.061,87**	**-265.285,05**	**-4.776,82**
Summe Teilhaushalt		**-272.321,19**	**1.155,00**	**271.216,87**	**-270.061,87**	**-265.285,05**	**-4.776,82**

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **Ref. 0150 Gleichstellungsreferat**

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **Ref. 0150 Gleichstellungsreferat**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**1.155,00**	**0,00**	**+ 1.155,00**	**-**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**247.871,04**	**245.307,27**	**241.200,00**	**+ 4.107,27**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 247.871,04**	**- 244.152,27**	**- 241.200,00**	**- 2.952,27**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	863,62	0,00	300,00	- 300,00	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**863,62**	**0,00**	**300,00**	**- 300,00**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**- 863,62**	**0,00**	**- 300,00**	**+ 300,00**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 248.734,66**	**- 244.152,27**	**- 241.500,00**	**- 2.652,27**	**-**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	-

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **Ref. 0150 Gleichstellungsreferat**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**1.155,00**	**1.155,00**	**1.155,00**	**+ 0,00**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**247.871,04**	**241.200,00**	**689,72**	**2.970,23**	**1.872,94**	**246.732,89**	**245.307,27**	**- 1.425,62**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 247.871,04**	**- 241.200,00**	**- 689,72**	**- 2.970,23**	**- 717,94**	**- 245.577,89**	**- 244.152,27**	**+ 1.425,62**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit									
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit									
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	863,62	300,00	0,00	0,00	0,00	300,00	0,00	- 300,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**863,62**	**300,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**300,00**	**0,00**	**- 300,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**- 863,62**	**- 300,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**- 300,00**	**0,00**	**+ 300,00**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 248.734,66**	**- 241.500,00**	**- 689,72**	**- 2.970,23**	**- 717,94**	**- 245.877,89**	**- 244.152,27**	**+ 1.725,62**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit									
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilhaushalt

Personalvertretung

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **Personalvertretung**

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **Personalvertretung**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	-
6	Privatrechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	751,49	0,00	0,00	0,00	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**751,49**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Aufwendungen für aktives Personal	904.667,58	919.381,36	844.277,00	+ 75.104,36	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	52.991,81	53.254,75	55.100,00	- 1.845,25	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	13.011,06	10.443,33	21.700,00	- 11.256,67	0,00
16	Abschreibungen	1.579,40	1.413,45	1.798,00	- 384,55	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	56.293,35	60.442,70	58.100,00	+ 2.342,70	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.028.543,20**	**1.044.935,59**	**980.975,00**	**+ 63.960,59**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 1.027.791,71**	**- 1.044.935,59**	**- 980.975,00**	**- 63.960,59**	**-**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 1.027.791,71**	**- 1.044.935,59**	**- 980.975,00**	**- 63.960,59**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus ILV	0,00	0,00	0,00	0,00	-
27	Aufwendungen aus ILV	101.249,84	102.441,81	105.655,28	- 3.213,47	-
28	**Saldo aus ILV**	**- 101.249,84**	**- 102.441,81**	**- 105.655,28**	**+ 3.213,47**	**-**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 1.129.041,55**	**- 1.147.377,40**	**- 1.086.630,28**	**- 60.747,12**	**-**

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **Personalvertretung**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	Privatrechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	751,49	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	**Summe ordentliche Erträge**	**751,49**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Aufwendungen für aktives Personal	904.667,58	844.277,00	26.703,81	0,00	48.400,55	919.381,36	919.381,36	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	52.991,81	55.100,00	- 1.845,25	0,00	0,00	53.254,75	53.254,75	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	13.011,06	21.700,00	0,00	0,00	- 8.200,00	13.500,00	10.443,33	- 3.056,67
16	Abschreibungen	1.579,40	1.798,00	0,00	0,00	0,00	1.798,00	1.413,45	- 384,55
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	56.293,35	58.100,00	0,00	0,00	8.200,00	66.300,00	60.442,70	- 5.857,30
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.028.543,20**	**980.975,00**	**24.858,56**	**0,00**	**48.400,55**	**1.054.234,11**	**1.044.935,59**	**- 9.298,52**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 1.027.791,71**	**- 980.975,00**	**- 24.858,56**	**0,00**	**- 48.400,55**	**- 1.054.234,11**	**- 1.044.935,59**	**+ 9.298,52**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 1.027.791,71**	**- 980.975,00**	**- 24.858,56**	**0,00**	**- 48.400,55**	**- 1.054.234,11**	**- 1.044.935,59**	**+ 9.298,52**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus ILV	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Aufwendungen aus ILV	101.249,84	105.655,28	0,00	0,00	0,00	105.655,28	102.441,81	- 3.213,47
28	**Saldo aus ILV**	**- 101.249,84**	**- 105.655,28**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**- 105.655,28**	**- 102.441,81**	**+ 3.213,47**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 1.129.041,55**	**- 1.086.630,28**	**- 24.858,56**	**0,00**	**- 48.400,55**	**- 1.159.889,39**	**- 1.147.377,40**	**+ 12.511,99**

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **Personalvertretung**

Produktübersicht

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
Personalvertretung

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014			Ansatz 2014	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.11	***Innere Verwaltung***						
1.11.1140	**Personalvertretung**						
1.11.1140.01	Personalvertretung	-1.129.041,55	0,00	1.147.377,40	-1.147.377,40	-1.086.630,28	-60.747,12
Summe Produktgruppe		**-1.129.041,55**	**0,00**	**1.147.377,40**	**-1.147.377,40**	**-1.086.630,28**	**-60.747,12**
Summe Teilhaushalt		**-1.129.041,55**	**0,00**	**1.147.377,40**	**-1.147.377,40**	**-1.086.630,28**	**-60.747,12**

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **Personalvertretung**

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **Personalvertretung**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**751,49**	**0,00**	**0,00**	**+ 0,00**	**-**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**962.359,18**	**922.811,77**	**922.700,00**	**+ 111,77**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 961.607,69**	**- 922.811,77**	**- 922.700,00**	**- 111,77**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	2.213,40	179,45	700,00	- 520,55	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**2.213,40**	**179,45**	**700,00**	**- 520,55**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**- 2.213,40**	**- 179,45**	**- 700,00**	**+ 520,55**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 963.821,09**	**- 922.991,22**	**- 923.400,00**	**+ 408,78**	**-**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	-

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **Personalvertretung**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**751,49**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**+ 0,00**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**962.359,18**	**922.700,00**	**24.858,56**	**207,54**	**23.361,48**	**971.127,58**	**922.811,77**	**- 48.315,81**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 961.607,69**	**- 922.700,00**	**- 24.858,56**	**- 207,54**	**- 23.361,48**	**- 971.127,58**	**- 922.811,77**	**+ 48.315,81**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit									
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit									
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	2.213,40	700,00	0,00	0,00	0,00	700,00	179,45	- 520,55
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**2.213,40**	**700,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**700,00**	**179,45**	**- 520,55**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**- 2.213,40**	**- 700,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**- 700,00**	**- 179,45**	**+ 520,55**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 963.821,09**	**- 923.400,00**	**- 24.858,56**	**- 207,54**	**- 23.361,48**	**- 971.827,58**	**- 922.991,22**	**+ 48.836,36**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit									
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilhaushalt

Fachbereich 10

Zentrale Dienste

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **FB 10 Zentrale Dienste**

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **FB 10 Zentrale Dienste**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	26.458,07	14.449,20	46.000,00	- 31.550,80	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	38.295,88	41.854,97	33.500,00	+ 8.354,97	-
6	Privatrechtliche Entgelte	22.193,21	20.904,48	30.200,00	- 9.295,52	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.130.984,38	3.166.038,26	3.148.300,00	+ 17.738,26	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	226.510,34	923.477,39	301.000,00	+ 622.477,39	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**3.444.441,88**	**4.166.724,30**	**3.559.000,00**	**+ 607.724,30**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Aufwendungen für aktives Personal	13.714.582,63	15.003.751,61	13.870.362,00	+ 1.133.389,61	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	2.028.516,08	2.091.655,34	2.266.892,00	- 175.236,66	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.602.936,98	3.612.468,27	3.385.400,00	+ 227.068,27	0,00
16	Abschreibungen	1.204.776,85	1.178.031,17	1.223.528,79	- 45.497,62	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	600,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	222.141,85	175.860,49	259.400,00	- 83.539,51	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.658.099,03	3.642.006,85	3.691.100,00	- 49.093,15	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**24.431.653,42**	**25.703.773,73**	**24.696.682,79**	**+ 1.007.090,94**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 20.987.211,54**	**- 21.537.049,43**	**- 21.137.682,79**	**- 399.366,64**	**-**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	12.414,14	12.477,65	0,00	+ 12.477,65	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	8.196,87	14.893,10	0,00	+ 14.893,10	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**4.217,27**	**- 2.415,45**	**0,00**	**- 2.415,45**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 20.982.994,27**	**- 21.539.464,88**	**- 21.137.682,79**	**- 401.782,09**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus ILV	13.875.823,82	14.059.158,57	14.109.884,72	- 50.726,15	-
27	Aufwendungen aus ILV	753.605,95	787.119,93	746.175,61	+ 40.944,32	-
28	**Saldo aus ILV**	**13.122.217,87**	**13.272.038,64**	**13.363.709,11**	**- 91.670,47**	**-**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 7.860.776,40**	**- 8.267.426,24**	**- 7.773.973,68**	**- 493.452,56**	**-**

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **FB 10 Zentrale Dienste**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	26.458,07	46.000,00	0,00	0,00	0,00	46.000,00	14.449,20	- 31.550,80
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	38.295,88	33.500,00	0,00	0,00	0,00	33.500,00	41.854,97	+ 8.354,97
6	Privatrechtliche Entgelte	22.193,21	30.200,00	0,00	0,00	0,00	30.200,00	20.904,48	- 9.295,52
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.130.984,38	3.148.300,00	0,00	0,00	0,00	3.148.300,00	3.166.038,26	+ 17.738,26
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	226.510,34	301.000,00	623.477,39	0,00	0,00	924.477,39	923.477,39	- 1.000,00
12	**Summe ordentliche Erträge**	**3.444.441,88**	**3.559.000,00**	**623.477,39**	**0,00**	**0,00**	**4.182.477,39**	**4.166.724,30**	**- 15.753,09**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Aufwendungen für aktives Personal	13.714.582,63	13.870.362,00	1.133.389,61	0,00	0,00	15.003.751,61	15.003.751,61	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	2.028.516,08	2.266.892,00	- 175.236,66	0,00	0,00	2.091.655,34	2.091.655,34	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.602.936,98	3.385.400,00	17.200,00	426.385,24	- 46.308,24	3.782.677,00	3.612.468,27	- 170.208,73
16	Abschreibungen	1.204.776,85	1.223.528,79	0,00	0,00	0,00	1.223.528,79	1.178.031,17	- 45.497,62
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	600,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	222.141,85	259.400,00	0,00	0,00	0,00	259.400,00	175.860,49	- 83.539,51
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.658.099,03	3.691.100,00	12.012,00	20.000,00	38.296,99	3.761.408,99	3.642.006,85	- 119.402,14
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**24.431.653,42**	**24.696.682,79**	**987.364,95**	**446.385,24**	**- 8.011,25**	**26.122.421,73**	**25.703.773,73**	**- 418.648,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 20.987.211,54**	**- 21.137.682,79**	**- 363.887,56**	**- 446.385,24**	**8.011,25**	**- 21.939.944,34**	**- 21.537.049,43**	**+ 402.894,91**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	12.414,14	0,00	0,00	0,00	12.289,27	12.289,27	12.477,65	+ 188,38
23	Außerordentliche Aufwendungen	8.196,87	0,00	0,00	0,00	13.738,10	13.738,10	14.893,10	+ 1.155,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**4.217,27**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**- 1.448,83**	**- 1.448,83**	**- 2.415,45**	**- 966,62**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 20.982.994,27**	**- 21.137.682,79**	**- 363.887,56**	**- 446.385,24**	**6.562,42**	**- 21.941.393,17**	**- 21.539.464,88**	**+ 401.928,29**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus ILV	13.875.823,82	14.109.884,72	0,00	0,00	0,00	14.109.884,72	14.059.158,57	- 50.726,15
27	Aufwendungen aus ILV	753.605,95	746.175,61	0,00	0,00	0,00	746.175,61	787.119,93	+ 40.944,32
28	**Saldo aus ILV**	**13.122.217,87**	**13.363.709,11**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**13.363.709,11**	**13.272.038,64**	**- 91.670,47**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 7.860.776,40**	**- 7.773.973,68**	**- 363.887,56**	**- 446.385,24**	**6.562,42**	**- 8.577.684,06**	**- 8.267.426,24**	**+ 310.257,82**

Produktübersicht

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 10 Zentrale Dienste

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013 Saldo - Euro -	Ergebnis 2014 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2014 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2014 Saldo - Euro -	Ansatz 2014 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.11	***Innere Verwaltung***						
1.11.1145	**Zentrale Dienste**						
1.11.1145.01	Allg. Service- / Steuerungsunterstützung	-1.680.477,85	2.291.712,62	4.132.258,56	-1.840.545,94	-1.747.492,21	-93.053,73
1.11.1145.03	Stadtbezirksräte	-760.164,21	259,52	752.809,37	-752.549,85	-780.994,48	28.444,63
1.11.1145.04	Bürgerangelegenheiten	-231.983,49	228.967,48	444.298,98	-215.331,50	-213.437,10	-1.894,40
Summe Produktgruppe		**-2.672.625,55**	**2.520.939,62**	**5.329.366,91**	**-2.808.427,29**	**-2.741.923,79**	**-66.503,50**
1.11.1150	**Personalverwaltung**						
1.11.1150.03	Pers.betreuung, Geldleistg. & Ausbildung	-2.642.701,44	3.659.426,32	6.475.067,04	-2.815.640,72	-2.581.516,53	-234.124,19
1.11.1150.07	BGA Personalbetreuung	-62.863,16	80.669,55	136.060,48	-55.390,93	-38.020,52	-17.370,41
1.11.1150.08	BGA Personalzuweisungen	-75.839,86	385.352,09	467.618,45	-82.266,36	-76.458,00	-5.808,36
Summe Produktgruppe		**-2.781.404,46**	**4.125.447,96**	**7.078.745,97**	**-2.953.298,01**	**-2.695.995,05**	**-257.302,96**
1.11.1151	**Zentrale Aufgaben Personal**						
1.11.1151.01	Zentrale Aufgaben Personal	259.787,11	2.437.687,89	2.438.614,63	-926,74	-417.643,52	416.716,78
Summe Produktgruppe		**259.787,11**	**2.437.687,89**	**2.438.614,63**	**-926,74**	**-417.643,52**	**416.716,78**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 10 Zentrale Dienste

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013 Saldo - Euro -	Ergebnis 2014 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2014 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2014 Saldo - Euro -	Ansatz 2014 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.11.1152	**Kosten der Ausbildung dezentral**						
1.11.1152.01	Kosten der Ausbildung dezentral	-67.329,45	0,00	57.214,34	-57.214,34	-68.541,71	11.327,37
Summe Produktgruppe		**-67.329,45**	**0,00**	**57.214,34**	**-57.214,34**	**-68.541,71**	**11.327,37**
1.11.1153	**Personalwirtschaft/-entw., Organisation**						
1.11.1153.01	Personalwirtschaft/-entw., Organisation	-1.427.715,48	880.594,38	2.418.882,59	-1.538.288,21	-1.275.385,47	-262.902,74
1.11.1153.03	Städt. Veröffentlichungen	-589.134,41	70.563,28	638.623,51	-568.060,23	-446.497,37	-121.562,86
Summe Produktgruppe		**-2.016.849,89**	**951.157,66**	**3.057.506,10**	**-2.106.348,44**	**-1.721.882,84**	**-384.465,60**
1.11.1155	**Informations- u. Kommunikationstechn.**						
1.11.1155.02	IuK-Leistungen	107.281,26	7.991.497,53	7.625.871,30	365.626,23	543.770,13	-178.143,90
1.11.1155.06	Steuerungsunterstützung der IT	-312.740,82	0,00	313.677,58	-313.677,58	-312.877,76	-799,82
1.11.1155.07	Hintergrundleistungen der IT	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.11.1155.08	BGA IT-Betreuung	-6.744,74	56.499,38	73.886,49	-17.387,11	-4.959,22	-12.427,89
Summe Produktgruppe		**-212.204,30**	**8.047.996,91**	**8.013.435,37**	**34.561,54**	**225.933,15**	**-191.371,61**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 10 Zentrale Dienste

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013 Saldo - Euro -	Ergebnis 2014 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2014 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2014 Saldo - Euro -	Ansatz 2014 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.57	***Wirtschaftsförderung und Tourismus***						
1.57.5732	**Allgemeine Einrichtungen FB 10**						
1.57.5732.01	Dorfgemeinschaftshäuser	-392.723,24	40.395,13	436.642,11	-396.246,98	-376.534,62	-19.712,36
Summe Produktgruppe		**-392.723,24**	**40.395,13**	**436.642,11**	**-396.246,98**	**-376.534,62**	**-19.712,36**
1.99	***Vorleistungen***						
1.99.1000	**Vorleistungen FB 10**						
1.99.1000.01	Vorleistungen FB 10	22.573,38	72.750,01	52.275,99	20.474,02	22.614,70	-2.140,68
Summe Produktgruppe		**22.573,38**	**72.750,01**	**52.275,99**	**20.474,02**	**22.614,70**	**-2.140,68**
Summe Teilhaushalt		**-7.860.776,40**	**18.196.375,18**	**26.463.801,42**	**-8.267.426,24**	**-7.773.973,68**	**-493.452,56**

Kennzahlenübersicht zu den wesentlichen Produkten

Jahresabschluss 2014	Teilhaushalt
Stadt Braunschweig	FB 10 Zentrale Dienste

Wesentliche Produkte - Kennzahlen

Produkt Produktkennzahl(en):	Dimension	Berechnung	Ist 2013	Ist 2014	Plan 2014	mehr (+) / weniger (-)
1.11.1145.01 - Allg. Service- / Steuerungsunterstützung						
Beim Bürgertelefon eingegangene Anrufe	Anzahl	Summe	161.412,0	157.392,0	175.000,0	-17.608,0
Beschaffungen	Anzahl	Summe	3.775,0	3.641,0	3.900,0	-259,0
1.11.1150.03 - Pers.betreuung, Geldleistg. & Ausbildung						
Beschäftigte	Anzahl	Endstand	3.409,0	3.426,0	3.450,0	-24,0
Beurlaubte	Anzahl	Endstand	274,0	243,0	290,0	-47,0
Nachwuchskräfte	Anzahl	Endstand	194,0	193,0	181,0	12,0
Personalkosten (inkl. Zuf. Rückstell.)	T€	Summe	182.485,0	198.829,0	179.337,0	19.492,0
1.11.1153.01 - Personalwirtschaft/-entw., Organisation						
Fortbildungsmaßnahmen	Anzahl	Summe	75,0	74,0	65,0	9,0
Planstellen	Anzahl	Durchschnitt	3.069,0	3.089,0	3.081,0	8,0
Verbesserungsvorschläge	Anzahl	Summe	177,0	199,0	200,0	-1,0
1.11.1155.02 - IT-Leistungen						
Gelöste Fehler/Arbeitsplatz/Jahr	Anz./PC/Jahr		4,23	2,97	3,0	0,0

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **FB 10 Zentrale Dienste**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**3.710.358,68**	**4.330.051,70**	**3.664.100,00**	**+ 665.951,70**	**-**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**20.297.602,04**	**21.639.214,44**	**21.052.772,00**	**+ 586.442,44**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 16.587.243,36**	**- 17.309.162,74**	**- 17.388.672,00**	**+ 79.509,26**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	175,37	0,00	+ 175,37	-
22	Finanzvermögensanlagen	82.000,00	214.981,45	300.000,00	- 85.018,55	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**82.000,00**	**215.156,82**	**300.000,00**	**- 84.843,18**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.679.003,20	1.140.688,65	915.800,00	+ 224.888,65	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	4.123.994,50	4.893.375,86	4.302.000,00	+ 591.375,86	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**5.802.997,70**	**6.034.064,51**	**5.217.800,00**	**+ 816.264,51**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**- 5.720.997,70**	**- 5.818.907,69**	**- 4.917.800,00**	**- 901.107,69**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 22.308.241,06**	**- 23.128.070,43**	**- 22.306.472,00**	**- 821.598,43**	**-**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	-

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **FB 10 Zentrale Dienste**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**3.710.358,68**	**3.664.100,00**	**623.477,39**	**- 25.996,42**	**12.289,27**	**4.273.870,24**	**4.330.051,70**	**+ 56.181,46**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**20.297.602,04**	**21.052.772,00**	**76.391,29**	**596.171,77**	**5.726,85**	**21.731.061,91**	**21.639.214,44**	**- 91.847,47**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 16.587.243,36**	**- 17.388.672,00**	**547.086,10**	**- 622.168,19**	**6.562,42**	**- 17.457.191,67**	**- 17.309.162,74**	**+ 148.028,93**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit									
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	175,37	+ 175,37
22	Finanzvermögensanlagen	82.000,00	300.000,00	0,00	0,00	0,00	300.000,00	214.981,45	- 85.018,55
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**82.000,00**	**300.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**300.000,00**	**215.156,82**	**- 84.843,18**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit									
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	9.891,45	0,00	9.891,45	0,00	- 9.891,45
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.679.003,20	915.800,00	0,00	314.381,89	77.352,51	1.307.534,40	1.140.688,65	- 166.845,75
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	4.123.994,50	4.302.000,00	623.477,39	11.458,47	0,00	4.936.935,86	4.893.375,86	- 43.560,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**5.802.997,70**	**5.217.800,00**	**623.477,39**	**335.731,81**	**77.352,51**	**6.254.361,71**	**6.034.064,51**	**- 220.297,20**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**- 5.720.997,70**	**- 4.917.800,00**	**- 623.477,39**	**- 335.731,81**	**- 77.352,51**	**- 5.954.361,71**	**- 5.818.907,69**	**+ 135.454,02**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 22.308.241,06**	**- 22.306.472,00**	**- 76.391,29**	**- 957.900,00**	**- 70.790,09**	**- 23.411.553,38**	**- 23.128.070,43**	**+ 283.482,95**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit									
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilhaushalt

Fachbereich 20

Finanzen (einschl. Ref. 0200)

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **FB 20 Finanzen**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	479.472,46	415.478,53	432.300,00	- 16.821,47	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	2.139.710,41	2.183.192,24	2.277.802,50	- 94.610,26	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	34.076,92	29.945,84	29.000,00	+ 945,84	-
6	Privatrechtliche Entgelte	7.526.312,42	6.759.400,06	6.572.600,00	+ 186.800,06	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	21.473.545,53	21.738.181,95	21.605.100,00	+ 133.081,95	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	192.879,42	161.499,15	796.400,00	- 634.900,85	-
9	Aktivierte Eigenleistungen	20.136,62	46.129,57	0,00	+ 46.129,57	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	13.999.356,66	13.786.338,96	15.144.000,00	- 1.357.661,04	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**45.865.490,44**	**45.120.166,30**	**46.857.202,50**	**- 1.737.036,20**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Aufwendungen für aktives Personal	7.834.258,64	7.990.079,86	7.223.502,00	+ 766.577,86	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	1.284.514,42	1.369.684,33	1.282.600,00	+ 87.084,33	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	14.740.592,12	13.985.567,17	18.700.700,00	- 4.715.132,83	0,00
16	Abschreibungen	7.756.875,53	11.269.651,76	13.665.992,27	- 2.396.340,51	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	307.906,87	2.120.101,72	2.137.100,00	- 16.998,28	0,00
18	Transferaufwendungen	5.722.036,14	28.447.563,26	24.568.500,00	+ 3.879.063,26	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.523.756,33	7.528.084,45	8.510.100,00	- 982.015,55	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**45.169.940,05**	**72.710.732,55**	**76.088.494,27**	**- 3.377.761,72**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**695.550,39**	**- 27.590.566,25**	**- 29.231.291,77**	**+ 1.640.725,52**	**-**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	1.555.326,59	2.712.529,10	1.125.000,00	+ 1.587.529,10	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	4.510.139,97	4.012.730,89	530.000,00	+ 3.482.730,89	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**- 2.954.813,38**	**- 1.300.201,79**	**595.000,00**	**- 1.895.201,79**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 2.259.262,99**	**- 28.890.768,04**	**- 28.636.291,77**	**- 254.476,27**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus ILV	2.657.334,55	2.550.473,17	2.591.555,00	- 41.081,83	-
27	Aufwendungen aus ILV	1.440.687,41	1.365.772,09	1.436.964,60	- 71.192,51	-
28	**Saldo aus ILV**	**1.216.647,14**	**1.184.701,08**	**1.154.590,40**	**+ 30.110,68**	**-**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 1.042.615,85**	**- 27.706.066,96**	**- 27.481.701,37**	**- 224.365,59**	**-**

Das Jahresergebnis einschl. ILV berücksichtigt auch Vorplanungsprojekte. Bei diesen Projekten wird die Entscheidung zur Aktivierung als Anlagevermögen i. d. R. nicht in dem Geschäftsjahr getroffen, in dem der Aufwand entstanden ist. Hieraus ist eine Abweichung gegenüber dem Produktergebnis entstanden in Höhe von: 56.595,21 €

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **FB 20 Finanzen**

	Erträge und Aufwendungen	**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	479.472,46	432.300,00	0,00	0,00	0,00	432.300,00	415.478,53	- 16.821,47
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	2.139.710,41	2.277.802,50	0,00	0,00	0,00	2.277.802,50	2.183.192,24	- 94.610,26
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	34.076,92	29.000,00	0,00	0,00	0,00	29.000,00	29.945,84	+ 945,84
6	Privatrechtliche Entgelte	7.526.312,42	6.572.600,00	0,00	0,00	0,00	6.572.600,00	6.759.400,06	+ 186.800,06
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	21.473.545,53	21.605.100,00	0,00	0,00	0,00	21.605.100,00	21.738.181,95	+ 133.081,95
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	192.879,42	796.400,00	0,00	0,00	0,00	796.400,00	161.499,15	- 634.900,85
9	Aktivierte Eigenleistungen	20.136,62	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	46.129,57	+ 46.129,57
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	13.999.356,66	15.144.000,00	0,00	0,00	0,00	15.144.000,00	13.786.338,96	- 1.357.661,04
12	**Summe ordentliche Erträge**	**45.865.490,44**	**46.857.202,50**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**46.857.202,50**	**45.120.166,30**	**- 1.737.036,20**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Aufwendungen für aktives Personal	7.834.258,64	7.223.502,00	766.577,86	0,00	0,00	7.990.079,86	7.990.079,86	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	1.284.514,42	1.282.600,00	87.084,33	0,00	0,00	1.369.684,33	1.369.684,33	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	14.740.592,12	18.700.700,00	480.466,59	8.806.116,72	- 3.010.491,39	24.976.791,92	13.985.567,17	- 10.991.224,75
16	Abschreibungen	7.756.875,53	13.665.992,27	0,00	0,00	0,00	13.665.992,27	11.269.651,76	- 2.396.340,51
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	307.906,87	2.137.100,00	0,00	0,00	0,00	2.137.100,00	2.120.101,72	- 16.998,28
18	Transferaufwendungen	5.722.036,14	24.568.500,00	4.681.720,38	0,00	- 469.744,00	28.780.476,38	28.447.563,26	- 332.913,12
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.523.756,33	8.510.100,00	- 260.420,00	1.331.102,46	527.696,26	10.108.478,72	7.528.084,45	- 2.580.394,27
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**45.169.940,05**	**76.088.494,27**	**5.755.429,16**	**10.137.219,18**	**- 2.952.539,13**	**89.028.603,48**	**72.710.732,55**	**- 16.317.870,93**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**695.550,39**	**- 29.231.291,77**	**- 5.755.429,16**	**- 10.137.219,18**	**2.952.539,13**	**- 42.171.400,98**	**- 27.590.566,25**	**+ 14.580.834,73**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	1.555.326,59	1.125.000,00	352.800,00	0,00	818.630,13	2.296.430,13	2.712.529,10	+ 416.098,97
23	Außerordentliche Aufwendungen	4.510.139,97	530.000,00	9.800,00	0,00	818.630,13	1.358.430,13	4.012.730,89	+ 2.654.300,76
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**- 2.954.813,38**	**595.000,00**	**343.000,00**	**0,00**	**0,00**	**938.000,00**	**- 1.300.201,79**	**- 2.238.201,79**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 2.259.262,99**	**- 28.636.291,77**	**- 5.412.429,16**	**- 10.137.219,18**	**2.952.539,13**	**- 41.233.400,98**	**- 28.890.768,04**	**+ 12.342.632,94**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus ILV	2.657.334,55	2.591.555,00	0,00	0,00	0,00	2.591.555,00	2.550.473,17	- 41.081,83
27	Aufwendungen aus ILV	1.440.687,41	1.436.964,60	0,00	0,00	0,00	1.436.964,60	1.365.772,09	- 71.192,51
28	**Saldo aus ILV**	**1.216.647,14**	**1.154.590,40**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**1.154.590,40**	**1.184.701,08**	**+ 30.110,68**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 1.042.615,85**	**- 27.481.701,37**	**- 5.412.429,16**	**- 10.137.219,18**	**2.952.539,13**	**- 40.078.810,58**	**- 27.706.066,96**	**+ 12.372.743,62**

Produktübersicht

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 20 Finanzen

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013 Saldo - Euro -	Ergebnis 2014 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2014 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2014 Saldo - Euro -	Ansatz 2014 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.11	***Innere Verwaltung***						
1.11.1160	**Finanzmanagement und Rechnungswesen**						
1.11.1160.11	Haushaltsplanung/Controlling/Systembetr.	-2.504.719,01	991.177,25	3.639.440,83	-2.648.263,58	-2.651.755,76	3.492,18
1.11.1160.12	Beteiligungsmanagement	-722.342,47	6.541,45	720.474,05	-713.932,60	-928.702,97	214.770,37
1.11.1160.31	Kommunale Steuern	-1.440.534,85	6.875,36	1.466.170,93	-1.459.295,57	-1.382.169,97	-77.125,60
1.11.1160.32	Gebührenerhebung	-100.709,42	281.674,24	393.999,22	-112.324,98	-57.184,19	-55.140,79
1.11.1160.41	Debitorenbuchhaltung	-419.725,15	1.067.449,10	1.352.953,14	-285.504,04	-346.313,28	60.809,24
1.11.1160.42	Kreditoren-/Bankbuchhaltung	-284.254,03	227.110,87	648.334,27	-421.223,40	-271.468,48	-149.754,92
1.11.1160.43	Vollstreckung	-563.689,68	1.011.907,65	1.566.814,14	-554.906,49	-492.252,41	-62.654,08
1.11.1160.60	Besondere Finanzangelegenheiten	-119.569,51	46.286,91	298.036,71	-251.749,80	-220.203,74	-31.546,06
1.11.1160.61	Sonderrechnungen	10.751,92	166.496,76	169.264,71	-2.767,95	-61.271,49	58.503,54
Summe Produktgruppe		**-6.144.792,20**	**3.805.519,59**	**10.255.488,00**	**-6.449.968,41**	**-6.411.322,29**	**-38.646,12**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 20 Finanzen

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013 Saldo - Euro -	Ergebnis 2014 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2014 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2014 Saldo - Euro -	Ansatz 2014 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.11.1165	**Immobilienmanagement**						
1.11.1165.20	Grundstücksverkehr	-879.308,51	126.302,33	1.015.697,04	-889.394,71	-518.446,57	-370.948,14
1.11.1165.21	Verw.städt.Grundvermögen, Fremdanmietung	-1.466.764,29	30.277.412,73	31.431.837,98	-1.154.425,25	-6.187.076,70	5.032.651,45
1.11.1165.22	Allgem. Bewirtschaftungsangelegenheiten	-1.181.518,60	129.140,47	979.836,28	-850.695,81	-1.282.708,38	432.012,57
Summe Produktgruppe		**-3.527.591,40**	**30.532.855,53**	**33.427.371,30**	**-2.894.515,77**	**-7.988.231,65**	**5.093.715,88**
1.11.1166	**Sonst. Grundst.-/Gebäudemanagement**						
1.11.1166.01	Sonst. Grundst.-/Gebäudemanagement	784.265,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Produktgruppe		**784.265,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
1.11.1167	**Gebäudemanagement**						
1.11.1167.01	Gebäudemanagement	0,00	0,00	0,00	0,00	-474.000,00	474.000,00
Summe Produktgruppe		**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-474.000,00**	**474.000,00**
1.25	***Kultur***						
1.25.2523	**Bildende Kunst (Vermietung)**						
1.25.2523.01	Bildende Kunst (Vermietung)	17.603,95	1.560,00	7.762,50	-6.202,50	-18.500,00	12.297,50
Summe Produktgruppe		**17.603,95**	**1.560,00**	**7.762,50**	**-6.202,50**	**-18.500,00**	**12.297,50**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 20 Finanzen

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013 Saldo - Euro -	Ergebnis 2014 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2014 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2014 Saldo - Euro -	Ansatz 2014 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.25.2710	**Volkshochschulen**						
1.25.2710.01	Volkshochschulen	-2.248.248,91	255.615,47	2.724.411,43	-2.468.795,96	-2.565.000,00	96.204,04
Summe Produktgruppe		**-2.248.248,91**	**255.615,47**	**2.724.411,43**	**-2.468.795,96**	**-2.565.000,00**	**96.204,04**
1.25.2813	**Heimat- und sonstige Kulturpflege FB 20**						
1.25.2813.01	Heimat- und sonstige Kulturpflege FB 20	-17.327,05	0,00	19.267,43	-19.267,43	-7.400,00	-11.867,43
Summe Produktgruppe		**-17.327,05**	**0,00**	**19.267,43**	**-19.267,43**	**-7.400,00**	**-11.867,43**
1.25.2910	**Förderung v. Kirchengemeinden etc.**						
1.25.2910.01	Unterhaltung von Kirchenbauwerken	-26.371,57	0,00	3.150,88	-3.150,88	-34.900,00	31.749,12
Summe Produktgruppe		**-26.371,57**	**0,00**	**3.150,88**	**-3.150,88**	**-34.900,00**	**31.749,12**
1.41	***Gesundheitsdienste***						
1.41.4110	**Krankenhäuser**						
1.41.4110.01	Krankenhäuser	-744.662,00	0,00	857.006,00	-857.006,00	-823.482,00	-33.524,00
Summe Produktgruppe		**-744.662,00**	**0,00**	**857.006,00**	**-857.006,00**	**-823.482,00**	**-33.524,00**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 20 Finanzen

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013 Saldo - Euro -	Ergebnis 2014 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2014 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2014 Saldo - Euro -	Ansatz 2014 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.42	***Sportförderung***						
1.42.4242	**Sportstätten Stadion u. Stadtbad**						
1.42.4242.01	Eintracht-Stadion BgA	-679.726,34	91.492,52	2.243.312,95	-2.151.820,43	-3.057.449,43	905.629,00
1.42.4242.02	Stadtbad Braunschweig GmbH	-290.735,15	0,00	268.063,48	-268.063,48	-325.700,00	57.636,52
Summe Produktgruppe		**-970.461,49**	**91.492,52**	**2.511.376,43**	**-2.419.883,91**	**-3.383.149,43**	**963.265,52**
1.42.4244	**Sportstätten (Verpachtung)**						
1.42.4244.01	Sportstätten (Verpachtung)	2.990,30	2.539,79	0,00	2.539,79	2.500,00	39,79
Summe Produktgruppe		**2.990,30**	**2.539,79**	**0,00**	**2.539,79**	**2.500,00**	**39,79**
1.52	***Bauen und Wohnen***						
1.52.5222	**Wohnungsbaugesellschaften**						
1.52.5222.01	Wohnungsbaugesellschaften	0,00	0,00	0,00	0,00	643.900,00	-643.900,00
Summe Produktgruppe		**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**643.900,00**	**-643.900,00**
1.52.5223	**Wohnungsbaudarlehen**						
1.52.5223.01	Wohnungsbaudarlehen	148.683,54	135.324,63	696,00	134.628,63	135.000,00	-371,37
Summe Produktgruppe		**148.683,54**	**135.324,63**	**696,00**	**134.628,63**	**135.000,00**	**-371,37**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 20 Finanzen

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014			Ansatz 2014	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.53	***Ver- und Entsorgung***						
1.53.5350	**Kombinierte Versorgung**						
1.53.5350.01	Kombinierte Versorgung	13.178.518,34	13.003.097,90	0,00	13.003.097,90	14.442.000,00	-1.438.902,10
Summe Produktgruppe		**13.178.518,34**	**13.003.097,90**	**0,00**	**13.003.097,90**	**14.442.000,00**	**-1.438.902,10**
1.53.5380	**Entwässerung und Abwasserbeseitigung**						
1.53.5380.01	Entwässerung und Abwasserbeseitigung	-247.033,91	9.740,41	231.546,03	-221.805,62	-233.900,00	12.094,38
Summe Produktgruppe		**-247.033,91**	**9.740,41**	**231.546,03**	**-221.805,62**	**-233.900,00**	**12.094,38**
1.54	***Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV***						
1.54.5461	**Parkhäuser (Verpachtung) BgA**						
1.54.5461.01	Parkhäuser (Verpachtung) BgA	1.834.508,87	1.424.591,69	1.658.125,27	-233.533,58	1.257.991,39	-1.491.524,97
Summe Produktgruppe		**1.834.508,87**	**1.424.591,69**	**1.658.125,27**	**-233.533,58**	**1.257.991,39**	**-1.491.524,97**
1.54.5470	**ÖPNV**						
1.54.5470.01	ÖPNV	171.282,78	226.457,19	55.174,41	171.282,78	171.200,00	82,78
Summe Produktgruppe		**171.282,78**	**226.457,19**	**55.174,41**	**171.282,78**	**171.200,00**	**82,78**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 20 Finanzen

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014			Ansatz 2014	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.54.5480	**Sonstiger Personen und Güterverkehr**						
1.54.5480.01	Sonstiger Personen- und Güterverkehr	-1.061.683,82	0,00	1.847.665,18	-1.847.665,18	-1.902.206,00	54.540,82
Summe Produktgruppe		**-1.061.683,82**	**0,00**	**1.847.665,18**	**-1.847.665,18**	**-1.902.206,00**	**54.540,82**
1.57	***Wirtschaftsförderung und Tourismus***						
1.57.5712	**Wirtschaftsförderung - Gesellschaften**						
1.57.5712.01	Wirtschaftsförderungs-Gesellschaften	-2.523.219,99	0,00	2.722.795,40	-2.722.795,40	-2.884.711,78	161.916,38
1.57.5712.02	Gewerbepark Waller See	1.041,71	0,00	0,00	0,00	-444.000,00	444.000,00
Summe Produktgruppe		**-2.522.178,28**	**0,00**	**2.722.795,40**	**-2.722.795,40**	**-3.328.711,78**	**605.916,38**
1.57.5731	**Allgemeine Einrichtungen/Unternehmen**						
1.57.5731.02	Obst- und Gemüsegroßmarkt -BgA	110.140,79	150.770,89	23.159,13	127.611,76	91.373,82	36.237,94
1.57.5731.03	Werbeflächen	52.425,69	58.044,66	0,00	58.044,66	53.500,00	4.544,66
1.57.5731.05	Stadthalle	-153.806,78	45.000,00	203.973,11	-158.973,11	-247.365,25	88.392,14
1.57.5731.06	Gaststätten -BgA-	-94.868,26	91.417,29	134.434,20	-43.016,91	-41.912,59	-1.104,32
1.57.5731.07	Städtisches Messegelände	39.766,79	108.399,24	67.969,50	40.429,74	35.687,78	4.741,96
1.57.5731.08	Sonst. wirtschaftl. Unternehmen	421.278,80	394.612,20	21.191.720,38	-20.797.108,18	-16.142.500,00	-4.654.608,18
Summe Produktgruppe		**374.937,03**	**848.244,28**	**21.621.256,32**	**-20.773.012,04**	**-16.251.216,24**	**-4.521.795,80**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 20 Finanzen

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014			Ansatz 2014	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.99	***Vorleistungen***						
1.99.2000	**Vorleistungen FB 20**						
1.99.2000.01	Vorleistungen FB 20	-44.065,93	0,00	43.418,17	-43.418,17	-37.273,37	-6.144,80
Summe Produktgruppe		**-44.065,93**	**0,00**	**43.418,17**	**-43.418,17**	**-37.273,37**	**-6.144,80**
Summe Teilhaushalt		**-1.041.626,75**	**50.337.039,00**	**77.986.510,75**	**-27.649.471,75**	**-26.806.701,37**	**-842.770,38**

Kennzahlenübersicht zu den wesentlichen Produkten

Jahresabschluss 2014	Teilhaushalt
Stadt Braunschweig	FB 20 Finanzen

Wesentliche Produkte - Kennzahlen

Produkt Produktkennzahl(en):	Dimension	Berechnung	Ist 2013	Ist 2014	Plan 2014	mehr (+) / weniger (-)
1.11.1160.12 - Beteiligungsmanagement						
Betreuung Gesellsch.einschl.Töchter	Anzahl	Durchschnitt	24,0	25,0	24,0	1,0
1.11.1165.20 - Grundstücksverkehr						
Kauf und Tausch von Grundstücken	Fälle	Summe	27,0	39,0	20,0	19,0
Verkauf von Gewerbeflächen	m²	Summe	16.067,0	20.834,0	15.000,0	5.834,0
Verkauf von Wohnbauland- u. sonst. Fläch	Fälle	Summe	21,0	13,0	15,0	-2,0
1.11.1165.21 - Verw.städt.Grundvermögen, Fremdanmietung						
An Dritte vermietete bebaute u.Gewerbegr	Anzahl	Durchschnitt	149,0	129,0	145,0	-16,0
Angemietete Objekte	Anzahl	Durchschnitt	120,0	128,0	121,0	7,0

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **FB 20 Finanzen**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**44.970.822,79**	**47.025.307,61**	**48.190.250,00**	**- 1.164.942,39**	**-**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**39.918.515,84**	**54.858.261,66**	**64.569.950,00**	**- 9.711.688,34**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**5.052.306,95**	**- 7.832.954,05**	**- 16.379.700,00**	**+ 8.546.745,95**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	2.412.021,41	4.825.990,53	1.020.000,00	+ 3.805.990,53	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	1.737.233,42	0,00	+ 1.737.233,42	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	4.555.489,81	3.101.670,05	2.710.000,00	+ 391.670,05	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	451.319,80	1.236.845,56	320.000,00	+ 916.845,56	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**7.418.831,02**	**10.901.739,56**	**4.050.000,00**	**+ 6.851.739,56**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	1.398.594,58	1.793.170,57	2.255.000,00	- 461.829,43	0,00
26	Baumaßnahmen	27.568.900,76	26.700.101,60	25.195.600,00	+ 1.504.501,60	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	692.049,92	329.622,83	789.500,00	- 459.877,17	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	130.327,10	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	6.056.915,55	3.117.165,30	3.783.300,00	- 666.134,70	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**35.846.787,91**	**31.940.060,30**	**32.023.400,00**	**- 83.339,70**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**- 28.427.956,89**	**- 21.038.320,74**	**- 27.973.400,00**	**+ 6.935.079,26**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 23.375.649,94**	**- 28.871.274,79**	**- 44.353.100,00**	**+ 15.481.825,21**	**-**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	-

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **FB 20 Finanzen**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**44.970.822,79**	**48.190.250,00**	**352.800,00**	**0,00**	**106.129,54**	**48.649.179,54**	**47.025.307,61**	**- 1.623.871,93**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**39.918.515,84**	**64.569.950,00**	**4.976.250,03**	**12.983.806,79**	**- 2.846.409,59**	**79.683.597,23**	**54.858.261,66**	**- 24.825.335,57**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**5.052.306,95**	**- 16.379.700,00**	**- 4.623.450,03**	**- 12.983.806,79**	**2.952.539,13**	**- 31.034.417,69**	**- 7.832.954,05**	**+ 23.201.463,64**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit									
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	2.412.021,41	1.020.000,00	0,00	0,00	0,00	1.020.000,00	4.825.990,53	+ 3.805.990,53
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.737.233,42	+ 1.737.233,42
21	Veräußerung von Sachvermögen	4.555.489,81	2.710.000,00	0,00	0,00	0,00	2.710.000,00	3.101.670,05	+ 391.670,05
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Sonstige Investitionstätigkeit	451.319,80	320.000,00	0,00	0,00	0,00	320.000,00	1.236.845,56	+ 916.845,56
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**7.418.831,02**	**4.050.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**4.050.000,00**	**10.901.739,56**	**+ 6.851.739,56**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit									
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	1.398.594,58	2.255.000,00	0,00	1.566.792,92	0,00	3.821.792,92	1.793.170,57	- 2.028.622,35
26	Baumaßnahmen	27.568.900,76	25.195.600,00	3.527.700,00	13.611.519,13	2.396.359,44	44.731.178,57	26.700.101,60	- 18.031.076,97
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	692.049,92	789.500,00	46.869,41	40.936,54	- 428.461,47	448.844,48	329.622,83	- 119.221,65
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	130.327,10	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	6.056.915,55	3.783.300,00	0,00	19.389,30	0,00	3.802.689,30	3.117.165,30	- 685.524,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**35.846.787,91**	**32.023.400,00**	**3.574.569,41**	**15.238.637,89**	**1.967.897,97**	**52.804.505,27**	**31.940.060,30**	**- 20.864.444,97**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**- 28.427.956,89**	**- 27.973.400,00**	**- 3.574.569,41**	**- 15.238.637,89**	**- 1.967.897,97**	**- 48.754.505,27**	**- 21.038.320,74**	**+ 27.716.184,53**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 23.375.649,94**	**- 44.353.100,00**	**- 8.198.019,44**	**- 28.222.444,68**	**984.641,16**	**- 79.788.922,96**	**- 28.871.274,79**	**+ 50.917.648,17**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit									
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilhaushalt

Fachbereich 32

Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **FB 32 Bürgerservice, Öffentl. Sicherheit**

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **FB 32 Bürgerservice, Öffentl. Sicherheit**

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	5.565,96	5.802,91	0,00	+ 5.802,91	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	91,00	320,25	90,00	+ 230,25	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	5.696.900,47	6.046.094,35	6.030.100,00	+ 15.994,35	-
6	Privatrechtliche Entgelte	108.174,56	104.992,42	107.500,00	- 2.507,58	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	165.074,39	236.542,18	175.400,00	+ 61.142,18	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	3.808.651,93	4.176.044,49	4.005.850,00	+ 170.194,49	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**9.784.458,31**	**10.569.796,60**	**10.318.940,00**	**+ 250.856,60**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Aufwendungen für aktives Personal	12.759.582,28	13.216.143,69	11.607.897,00	+ 1.608.246,69	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	1.995.193,29	2.150.945,68	1.948.708,00	+ 202.237,68	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	620.043,03	513.982,02	648.300,00	- 134.317,98	0,00
16	Abschreibungen	201.227,12	308.344,88	112.248,66	+ 196.096,22	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	32,59	0,00	+ 32,59	0,00
18	Transferaufwendungen	474.761,00	537.032,00	431.200,00	+ 105.832,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.296.134,08	3.416.489,66	3.594.700,00	- 178.210,34	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**19.346.940,80**	**20.142.970,52**	**18.343.053,66**	**+ 1.799.916,86**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 9.562.482,49**	**- 9.573.173,92**	**- 8.024.113,66**	**- 1.549.060,26**	**-**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	64.590,21	59.229,68	28.100,00	+ 31.129,68	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	8.657,64	11.053,88	0,00	+ 11.053,88	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**55.932,57**	**48.175,80**	**28.100,00**	**+ 20.075,80**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 9.506.549,92**	**- 9.524.998,12**	**- 7.996.013,66**	**- 1.528.984,46**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus ILV	0,00	0,00	0,00	0,00	-
27	Aufwendungen aus ILV	2.727.069,73	2.705.206,86	2.780.927,44	- 75.720,58	-
28	**Saldo aus ILV**	**- 2.727.069,73**	**- 2.705.206,86**	**- 2.780.927,44**	**+ 75.720,58**	**-**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 12.233.619,65**	**- 12.230.204,98**	**- 10.776.941,10**	**- 1.453.263,88**	**-**

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **FB 32 Bürgerservice, Öffentl. Sicherheit**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	5.565,96	0,00	0,00	0,00	344,03	344,03	5.802,91	+ 5.458,88
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	91,00	90,00	0,00	0,00	0,00	90,00	320,25	+ 230,25
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	5.696.900,47	6.030.100,00	0,00	0,00	0,00	6.030.100,00	6.046.094,35	+ 15.994,35
6	Privatrechtliche Entgelte	108.174,56	107.500,00	0,00	0,00	0,00	107.500,00	104.992,42	- 2.507,58
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	165.074,39	175.400,00	0,00	0,00	0,00	175.400,00	236.542,18	+ 61.142,18
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	3.808.651,93	4.005.850,00	0,00	0,00	0,00	4.005.850,00	4.176.044,49	+ 170.194,49
12	**Summe ordentliche Erträge**	**9.784.458,31**	**10.318.940,00**	**0,00**	**0,00**	**344,03**	**10.319.284,03**	**10.569.796,60**	**+ 250.512,57**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Aufwendungen für aktives Personal	12.759.582,28	11.607.897,00	1.608.246,69	0,00	0,00	13.216.143,69	13.216.143,69	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	1.995.193,29	1.948.708,00	202.237,68	0,00	0,00	2.150.945,68	2.150.945,68	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	620.043,03	648.300,00	- 500,00	160,22	- 107.135,38	540.824,84	513.982,02	- 26.842,82
16	Abschreibungen	201.227,12	112.248,66	0,00	0,00	0,00	112.248,66	308.344,88	+ 196.096,22
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	32,59	32,59	32,59	0,00
18	Transferaufwendungen	474.761,00	431.200,00	0,00	0,00	105.832,00	537.032,00	537.032,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.296.134,08	3.594.700,00	- 13.000,00	0,00	- 136.465,50	3.445.234,50	3.416.489,66	- 28.744,84
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**19.346.940,80**	**18.343.053,66**	**1.796.984,37**	**160,22**	**- 137.736,29**	**20.002.461,96**	**20.142.970,52**	**+ 140.508,56**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 9.562.482,49**	**- 8.024.113,66**	**- 1.796.984,37**	**- 160,22**	**138.080,32**	**- 9.683.177,93**	**- 9.573.173,92**	**+ 110.004,01**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	64.590,21	28.100,00	0,00	0,00	11.094,66	39.194,66	59.229,68	+ 20.035,02
23	Außerordentliche Aufwendungen	8.657,64	0,00	0,00	0,00	11.094,66	11.094,66	11.053,88	- 40,78
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**55.932,57**	**28.100,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**28.100,00**	**48.175,80**	**+ 20.075,80**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 9.506.549,92**	**- 7.996.013,66**	**- 1.796.984,37**	**- 160,22**	**138.080,32**	**- 9.655.077,93**	**- 9.524.998,12**	**+ 130.079,81**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus ILV	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Aufwendungen aus ILV	2.727.069,73	2.780.927,44	0,00	0,00	0,00	2.780.927,44	2.705.206,86	- 75.720,58
28	**Saldo aus ILV**	**- 2.727.069,73**	**- 2.780.927,44**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**- 2.780.927,44**	**- 2.705.206,86**	**+ 75.720,58**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 12.233.619,65**	**- 10.776.941,10**	**- 1.796.984,37**	**- 160,22**	**138.080,32**	**- 12.436.005,37**	**- 12.230.204,98**	**+ 205.800,39**

Produktübersicht

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 32 Bürgerservice, Öffentl. Sicherheit

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014			Ansatz 2014	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.12	***Sicherheit und Ordnung***						
1.12.1221	**Ordnungsangelegenheiten FB 32**						
1.12.1221.11	Allgemeine Gefahrenabwehr	-716.694,20	174.364,91	1.084.532,20	-910.167,29	-681.815,20	-228.352,09
1.12.1221.12	Gewerbe	-758.606,49	264.122,61	1.026.699,60	-762.576,99	-649.762,62	-112.814,37
1.12.1221.13	Bekämpfung der Schwarzarbeit	-238.713,81	56.300,45	336.851,26	-280.550,81	-178.824,20	-101.726,61
1.12.1221.14	Zentraler Ordnungsdienst	-974.136,06	169.149,10	1.052.652,18	-883.503,08	-920.500,07	36.996,99
1.12.1221.15	Märkte (nicht kostenrechnend)	-93.489,75	6.554,77	105.363,44	-98.808,67	-88.505,90	-10.302,77
1.12.1221.17	Waffen und Sprengstoff	-528.397,49	31.752,52	512.879,14	-481.126,62	-490.885,34	9.758,72
1.12.1221.21	Ordnungswidrigkeiten ruhender Verkehr	466.690,73	2.382.917,16	1.874.356,16	508.561,00	556.265,38	-47.704,38
1.12.1221.22	Ordnungswidrigkeiten fließender Verkehr	-163.559,56	1.399.804,07	1.540.629,21	-140.825,14	216.772,82	-357.597,96
1.12.1221.23	Sonstige Ordnungswidrigkeiten	-667.208,15	335.972,11	976.922,50	-640.950,39	-764.566,68	123.616,29
1.12.1221.31	Beförderung von Personen und Gütern	-144.483,61	49.144,68	151.015,30	-101.870,62	-137.850,49	35.979,87
1.12.1221.32	Register- und Sonderaufgaben	-538.245,55	2.945,21	532.741,56	-529.796,35	-512.386,17	-17.410,18
1.12.1221.33	Fahrerlaubniserteilung und Führerscheine	-98.995,42	309.608,62	380.334,54	-70.725,92	-62.467,09	-8.258,83
1.12.1221.34	Fahrerlaubnisinhaber und Neuerteilung	-279.531,06	98.656,70	412.342,86	-313.686,16	-240.052,24	-73.633,92
1.12.1221.35	Fahrlehrer, Fahrschulen, andere Stellen	-51.440,47	7.344,94	60.364,09	-53.019,15	-47.292,39	-5.726,76

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 32 Bürgerservice, Öffentl. Sicherheit

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013 Saldo - Euro -	Ergebnis 2014 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2014 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2014 Saldo - Euro -	Ansatz 2014 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.12.1221.36	Zulassungen	573.905,71	2.180.469,63	1.570.234,13	610.235,50	502.572,16	107.663,34
1.12.1221.37	Ordnungsbehördliche Maßnahmen	-543.016,82	235.940,45	730.765,62	-494.825,17	-504.857,79	10.032,62
1.12.1221.41	Meldewesen	-1.728.628,78	223.609,47	1.893.567,77	-1.669.958,30	-1.454.450,16	-215.508,14
1.12.1221.42	Personalausweis- und Passangelegenheiten	-957.349,04	1.193.508,89	2.250.499,10	-1.056.990,21	-712.847,57	-344.142,64
1.12.1221.43	Service- (Pflicht-) Leistungen	-472.770,48	355.712,73	871.928,96	-516.216,23	-422.176,81	-94.039,42
1.12.1221.45	Aufenthalt *)	-1.057.229,25	320.508,90	1.502.544,21	-1.182.035,31	-1.303.065,65	121.030,34
1.12.1221.46	Aufenthaltsbeendigungen *)	-138.073,65	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.12.1221.47	Staatsangehörigkeit, Einbürgerungen	-234.383,04	85.089,00	341.601,09	-256.512,09	-228.395,19	-28.116,90
1.12.1221.51	Tierschutz/Tiergesundheit	-424.821,25	9.767,73	407.124,01	-397.356,28	-409.777,94	12.421,66
1.12.1221.52	Verbraucherschutz	-1.118.296,04	34.176,74	1.214.521,32	-1.180.344,58	-1.108.439,32	-71.905,26
1.12.1221.61	Beurkundung von Geburten u. Sterbefällen	-202.352,08	74.239,00	314.042,46	-239.803,46	-165.960,82	-73.842,64
1.12.1221.62	Eheschließungen & Lebenspartnerschaften	-371.579,70	141.851,85	564.984,14	-423.132,29	-313.670,29	-109.462,00
1.12.1221.63	Namensangelegenheiten	-22.315,69	9.707,50	38.875,61	-29.168,11	-18.029,53	-11.138,58
1.12.1221.64	Besondere Beurkundungen	-143.192,33	56.025,00	165.140,55	-109.115,55	-124.126,71	15.011,16
1.12.1221.65	Sonstige Serviceleistungen	-470.560,53	152.532,45	590.166,99	-437.634,54	-394.781,26	-42.853,28
Summe Produktgruppe		**-12.097.473,86**	**10.361.777,19**	**22.503.680,00**	**-12.141.902,81**	**-10.659.877,07**	**-1.482.025,74**

*) Das Produkt 1.12.1221.46 Aufenthaltsbeendigungen ist vom Haushaltsjahr 2014 an Bestandteil des Produktes 1.12.1221.45 Aufenthalt.

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 32 Bürgerservice, Öffentl. Sicherheit

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014			Ansatz 2014	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.53	***Ver- und Entsorgung***						
1.53.5372	**Ordnungsaufgaben nach Abfallrecht**						
1.53.5372.01	Tierkörperbeseitigung	-74.121,03	4.645,52	117.200,00	-112.554,48	-78.402,14	-34.152,34
Summe Produktgruppe		**-74.121,03**	**4.645,52**	**117.200,00**	**-112.554,48**	**-78.402,14**	**-34.152,34**
1.57	***Wirtschaftsförderung und Tourismus***						
1.57.5733	**Allgemeine Einrichtungen FB 32**						
1.57.5733.02	Märkte (kostenrechnend) *)	-62.024,76	262.603,57	238.351,26	24.252,31	-38.661,89	62.914,20
Summe Produktgruppe		**-62.024,76**	**262.603,57**	**238.351,26**	**24.252,31**	**-38.661,89**	**62.914,20**
Summe Teilhaushalt		**-12.233.619,65**	**10.629.026,28**	**22.859.231,26**	**-12.230.204,98**	**-10.776.941,10**	**-1.453.263,88**

*) Die Aufwendungen enthalten keine kalkulatorischen Zinsen, die aber bei einer Gebührenrechnung zusätzlich zu berücksichtigen sind.

Kennzahlenübersicht zu den wesentlichen Produkten

Jahresabschluss 2014	Teilhaushalt
Stadt Braunschweig	FB 32 Bürgerservice, Öffentl. Sicherheit

Wesentliche Produkte - Kennzahlen

Produkt / Produktkennzahl(en):	Dimension	Berechnung	Ist 2013	Ist 2014	Plan 2014	mehr (+) / weniger (-)
1.12.1221.12 - Gewerbe						
Gewerbemeldungen	Anzahl	Summe	4.666,0	4.555,0	4.500,0	55,0
Gewerberegisterauskünfte	Anzahl	Summe	4.025,0	4.147,0	4.500,0	-353,0
1.12.1221.13 - Bekämpfung der Schwarzarbeit						
Ermittlungsverfahren	Anzahl	Summe	338,0	232,0	350,0	-118,0
1.12.1221.21 - Ordnungswidrigkeiten ruhender Verkehr						
Owi-Verfahren	Anzahl	Summe	146.837,0	150.133,0	160.000,0	-9.867,0
1.12.1221.36 - Zulassungen						
Neuzulassungen	Anzahl	Summe	18.649,0	20.660,0	16.000,0	4.660,0
1.12.1221.42 - Personalausweis- und Passangelegenheiten						
Personalausweis	Anzahl	Summe	18.004,0	20.981,0	27.000,0	-6.019,0
1.12.1221.45 - Aufenthalt						
Aufenthaltstitel	Anzahl	Summe	4.646,0	5.228,0	7.100,0	-1.872,0
1.12.1221.52 - Verbraucherschutz						
Betriebskontrollen	Anzahl	Summe	1.139,0	1.258,0	2.600,0	-1.342,0
Planproben	Anzahl	Summe	815,0	490,0	800,0	-310,0
1.12.1221.62 - Eheschließungen u. Lebenspartnerschaften						
Anmeld. Eheschließungen/Lebenspartnersch	Anzahl	Summe	1.329,0	1.438,0	1.300,0	138,0
Beurk. Eheschließungen/Lebenspartnersch.	Anzahl	Summe	1.157,0	1.210,0	1.200,0	10,0

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **FB 32 Bürgerservice, Öffentl. Sicherheit**

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **FB 32 Bürgerservice, Öffentl. Sicherheit**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**9.728.395,65**	**10.374.841,15**	**10.358.650,00**	**+ 16.191,15**	**-**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**15.832.553,79**	**16.331.409,41**	**16.053.128,00**	**+ 278.281,41**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 6.104.158,14**	**- 5.956.568,26**	**- 5.694.478,00**	**- 262.090,26**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	1.150,25	0,00	+ 1.150,25	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	300,00	0,00	+ 300,00	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**1.450,25**	**0,00**	**+ 1.450,25**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	21.539,31	46.200,00	- 24.660,69	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	26.650,54	27.268,63	25.200,00	+ 2.068,63	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**26.650,54**	**48.807,94**	**71.400,00**	**- 22.592,06**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**- 26.650,54**	**- 47.357,69**	**- 71.400,00**	**+ 24.042,31**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 6.130.808,68**	**- 6.003.925,95**	**- 5.765.878,00**	**- 238.047,95**	**-**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	-

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **FB 32 Bürgerservice, Öffentl. Sicherheit**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**9.728.395,65**	**10.358.650,00**	**0,00**	**- 51.500,00**	**9.938,69**	**10.317.088,69**	**10.374.841,15**	**+ 57.752,46**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**15.832.553,79**	**16.053.128,00**	**484.886,83**	**41.326,77**	**- 128.141,63**	**16.451.199,97**	**16.331.409,41**	**- 119.790,56**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 6.104.158,14**	**- 5.694.478,00**	**- 484.886,83**	**- 92.826,77**	**138.080,32**	**- 6.134.111,28**	**- 5.956.568,26**	**+ 177.543,02**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit									
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	1.043,17	1.043,17	1.150,25	+ 107,08
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	300,00	+ 300,00
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**1.043,17**	**1.043,17**	**1.450,25**	**+ 407,08**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit									
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	46.200,00	0,00	0,00	0,00	46.200,00	21.539,31	- 24.660,69
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	26.650,54	25.200,00	13.500,00	3.607,06	1.043,17	43.350,23	27.268,63	- 16.081,60
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**26.650,54**	**71.400,00**	**13.500,00**	**3.607,06**	**1.043,17**	**89.550,23**	**48.807,94**	**- 40.742,29**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**- 26.650,54**	**- 71.400,00**	**- 13.500,00**	**- 3.607,06**	**0,00**	**- 88.507,06**	**- 47.357,69**	**+ 41.149,37**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 6.130.808,68**	**- 5.765.878,00**	**- 498.386,83**	**- 96.433,83**	**138.080,32**	**- 6.222.618,34**	**- 6.003.925,95**	**+ 218.692,39**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit									
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilhaushalt

Fachbereich 37

Feuerwehr

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **FB 37 Feuerwehr**

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **FB 37 Feuerwehr**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	169.349,08	144.174,00	143.800,00	+ 374,00	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	141.457,52	167.289,67	151.913,00	+ 15.376,67	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	13.104.322,26	14.409.415,60	13.708.500,00	+ 700.915,60	-
6	Privatrechtliche Entgelte	37.320,51	43.546,46	60.700,00	- 17.153,54	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.953.186,29	2.364.951,25	2.274.900,00	+ 90.051,25	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	100,00	- 100,00	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**15.405.635,66**	**17.129.376,98**	**16.339.913,00**	**+ 789.463,98**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Aufwendungen für aktives Personal	23.057.793,26	23.048.194,07	20.323.345,00	+ 2.724.849,07	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	4.448.971,98	4.788.248,93	4.345.200,00	+ 443.048,93	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.491.017,75	1.781.186,16	1.781.800,00	- 613,84	0,00
16	Abschreibungen	1.425.651,51	1.515.027,22	1.609.739,21	- 94.711,99	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	27.578,81	23.973,60	31.000,00	- 7.026,40	0,00
18	Transferaufwendungen	22.925,50	23.871,00	24.000,00	- 129,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	10.683.362,84	11.333.705,49	11.217.000,00	+ 116.705,49	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**41.157.301,65**	**42.514.206,47**	**39.332.084,21**	**+ 3.182.122,26**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 25.751.665,99**	**- 25.384.829,49**	**- 22.992.171,21**	**- 2.392.658,28**	**-**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	73.943,80	181.411,55	0,00	+ 181.411,55	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	246.143,54	81.654,99	0,00	+ 81.654,99	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**- 172.199,74**	**99.756,56**	**0,00**	**+ 99.756,56**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 25.923.865,73**	**- 25.285.072,93**	**- 22.992.171,21**	**- 2.292.901,72**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus ILV	0,00	0,00	0,00	0,00	-
27	Aufwendungen aus ILV	1.246.334,36	1.307.810,90	1.246.128,69	+ 61.682,21	-
28	**Saldo aus ILV**	**- 1.246.334,36**	**- 1.307.810,90**	**- 1.246.128,69**	**- 61.682,21**	**-**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 27.170.200,09**	**- 26.592.883,83**	**- 24.238.299,90**	**- 2.354.583,93**	**-**

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **FB 37 Feuerwehr**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	169.349,08	143.800,00	0,00	0,00	0,00	143.800,00	144.174,00	+ 374,00
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	141.457,52	151.913,00	0,00	0,00	0,00	151.913,00	167.289,67	+ 15.376,67
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	13.104.322,26	13.708.500,00	0,00	0,00	372.700,00	14.081.200,00	14.409.415,60	+ 328.215,60
6	Privatrechtliche Entgelte	37.320,51	60.700,00	0,00	0,00	0,00	60.700,00	43.546,46	- 17.153,54
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.953.186,29	2.274.900,00	0,00	0,00	0,00	2.274.900,00	2.364.951,25	+ 90.051,25
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	100,00	0,00	0,00	0,00	100,00	0,00	- 100,00
12	**Summe ordentliche Erträge**	**15.405.635,66**	**16.339.913,00**	**0,00**	**0,00**	**372.700,00**	**16.712.613,00**	**17.129.376,98**	**+ 416.763,98**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Aufwendungen für aktives Personal	23.057.793,26	20.323.345,00	2.724.849,07	0,00	0,00	23.048.194,07	23.048.194,07	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	4.448.971,98	4.345.200,00	443.048,93	0,00	0,00	4.788.248,93	4.788.248,93	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.491.017,75	1.781.800,00	0,00	167.157,24	82.900,00	2.031.857,24	1.781.186,16	- 250.671,08
16	Abschreibungen	1.425.651,51	1.609.739,21	0,00	0,00	0,00	1.609.739,21	1.515.027,22	- 94.711,99
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	27.578,81	31.000,00	0,00	0,00	0,00	31.000,00	23.973,60	- 7.026,40
18	Transferaufwendungen	22.925,50	24.000,00	0,00	0,00	0,00	24.000,00	23.871,00	- 129,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	10.683.362,84	11.217.000,00	0,00	0,00	190.451,63	11.407.451,63	11.333.705,49	- 73.746,14
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**41.157.301,65**	**39.332.084,21**	**3.167.898,00**	**167.157,24**	**273.351,63**	**42.940.491,08**	**42.514.206,47**	**- 426.284,61**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 25.751.665,99**	**- 22.992.171,21**	**- 3.167.898,00**	**- 167.157,24**	**99.348,37**	**- 26.227.878,08**	**- 25.384.829,49**	**+ 843.048,59**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	73.943,80	0,00	0,00	0,00	84.655,11	84.655,11	181.411,55	+ 96.756,44
23	Außerordentliche Aufwendungen	246.143,54	0,00	0,00	0,00	84.655,11	84.655,11	81.654,99	- 3.000,12
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**- 172.199,74**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**99.756,56**	**+ 99.756,56**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 25.923.865,73**	**- 22.992.171,21**	**- 3.167.898,00**	**- 167.157,24**	**99.348,37**	**- 26.227.878,08**	**- 25.285.072,93**	**+ 942.805,15**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus ILV	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Aufwendungen aus ILV	1.246.334,36	1.246.128,69	0,00	0,00	0,00	1.246.128,69	1.307.810,90	+ 61.682,21
28	**Saldo aus ILV**	**- 1.246.334,36**	**- 1.246.128,69**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**- 1.246.128,69**	**- 1.307.810,90**	**- 61.682,21**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 27.170.200,09**	**- 24.238.299,90**	**- 3.167.898,00**	**- 167.157,24**	**99.348,37**	**- 27.474.006,77**	**- 26.592.883,83**	**+ 881.122,94**

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **FB 37 Feuerwehr**

Produktübersicht

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 37 Feuerwehr

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013 Saldo - Euro -	Ergebnis 2014 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2014 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2014 Saldo - Euro -	Ansatz 2014 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.12	***Sicherheit und Ordnung***						
1.12.1260	**Brandschutz**						
1.12.1260.02	Technische Hilfeleistung	-96,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.12.1260.11	Gefahrenabwehr Berufsfeuerwehr	-19.177.158,53	379.291,48	20.207.244,91	-19.827.953,43	-16.703.492,70	-3.124.460,73
1.12.1260.12	Gefahrenvorbeugung Berufsfeuerwehr	-1.735.120,17	631.215,35	2.203.405,48	-1.572.190,13	-1.493.378,62	-78.811,51
1.12.1260.13	Leitstelle	-4.801.690,53	1.334.714,82	6.243.956,19	-4.909.241,37	-3.091.786,01	-1.817.455,36
1.12.1260.14	Service	-509.080,27	942.181,97	1.030.572,69	-88.390,72	-304.921,27	216.530,55
1.12.1260.21	Freiwillige Feuerwehr	0,00	0,00	16.952,00	-16.952,00	-2.950.774,77	2.933.822,77
Summe Produktgruppe		**-26.223.145,50**	**3.287.403,62**	**29.702.131,27**	**-26.414.727,65**	**-24.544.353,37**	**-1.870.374,28**
1.12.1270	**Rettungsdienst**						
1.12.1270.11	Notfallrettung	143.655,86	8.320.516,66	6.581.469,61	1.739.047,05	1.438.851,94	300.195,11
1.12.1270.12	Notarzteinsatz	-34.762,15	1.821.641,30	1.789.944,04	31.697,26	1.705,94	29.991,32
1.12.1270.13	Krankentransport	-592.950,50	3.827.821,41	5.445.070,10	-1.617.248,69	-806.882,66	-810.366,03
1.12.1270.21	Notfallrettung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.12.1270.22	Krankentransport	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Produktgruppe		**-484.056,79**	**13.969.979,37**	**13.816.483,75**	**153.495,62**	**633.675,22**	**-480.179,60**

Jahresabschluss 2014 **Stadt Braunschweig**	**Teilhaushalt** **FB 37 Feuerwehr**

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich Produktgruppe Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013 Saldo - Euro -	Ergebnis 2014 Ertrag - Euro -	 Aufwand - Euro -	 Saldo - Euro -	Ansatz 2014 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.12.1280	**Abwehr Großschadenslagen/Katastrophen**						
1.12.1280.11	Großschadensereignisse	-462.997,80	53.405,54	385.057,34	-331.651,80	-327.621,75	-4.030,05
Summe Produktgruppe		**-462.997,80**	**53.405,54**	**385.057,34**	**-331.651,80**	**-327.621,75**	**-4.030,05**
Summe Teilhaushalt		**-27.170.200,09**	**17.310.788,53**	**43.903.672,36**	**-26.592.883,83**	**-24.238.299,90**	**-2.354.583,93**

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **FB 37 Feuerwehr**

Kennzahlenübersicht zu den wesentlichen Produkten

Jahresabschluss 2014	Teilhaushalt
Stadt Braunschweig	FB 37 Feuerwehr

Wesentliche Produkte - Kennzahlen

Produkt Produktkennzahl(en):	Dimension	Berechnung	Ist 2013	Ist 2014	Plan 2014	mehr (+) / weniger (-)
1.12.1260.11 - Gefahrenabwehr						
Einsätze Brandbekämpfung		Summe	1.379,0	1.423,0	1.330,0	93,0
Einsätze Technische Hilfeleistung		Summe	2.648,0	2.513,0	2.760,0	-247,0
1.12.1260.13 - Leitstelle						
Dokumentierte Leitstellenvorgänge		Summe	184.271,0	177.619,0	187.300,0	-9.681,0
1.12.1270.11 - Notfallrettung						
Notfallrettungen		Summe	28.207,0	29.219,0	27.520,0	1.699,0
1.12.1280.11 - Großschadensereignisse						
Aufwendungen je 1.000 Einwohner	Euro	Durchschnitt	1.560,0	1.540,0	1.400,0	140,0

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **FB 37 Feuerwehr**

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **FB 37 Feuerwehr**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**15.242.760,13**	**16.763.318,96**	**16.337.700,00**	**+ 425.618,96**	**-**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**36.587.439,90**	**33.214.896,02**	**32.789.900,00**	**+ 424.996,02**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 21.344.679,77**	**- 16.451.577,06**	**- 16.452.200,00**	**+ 622,94**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	407.517,52	468.320,67	400.000,00	+ 68.320,67	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	47.840,00	121.513,46	16.000,00	+ 105.513,46	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**455.357,52**	**589.834,13**	**416.000,00**	**+ 173.834,13**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	70.766,15	74.371,36	390.000,00	- 315.628,64	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.578.053,80	1.765.324,89	1.267.400,00	+ 497.924,89	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**1.648.819,95**	**1.839.696,25**	**1.657.400,00**	**+ 182.296,25**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**- 1.193.462,43**	**- 1.249.862,12**	**- 1.241.400,00**	**- 8.462,12**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 22.538.142,20**	**- 17.701.439,18**	**- 17.693.600,00**	**- 7.839,18**	**-**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	-

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **FB 37 Feuerwehr**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**15.242.760,13**	**16.337.700,00**	**0,00**	**0,00**	**445.725,11**	**16.783.425,11**	**16.763.318,96**	**- 20.106,15**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**36.587.439,90**	**32.789.900,00**	**338.349,32**	**190.709,69**	**346.376,74**	**33.665.335,75**	**33.214.896,02**	**- 450.439,73**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 21.344.679,77**	**- 16.452.200,00**	**- 338.349,32**	**- 190.709,69**	**99.348,37**	**- 16.881.910,64**	**- 16.451.577,06**	**+ 430.333,58**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit									
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	407.517,52	400.000,00	0,00	0,00	0,00	400.000,00	468.320,67	+ 68.320,67
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	Veräußerung von Sachvermögen	47.840,00	16.000,00	0,00	0,00	0,00	16.000,00	121.513,46	+ 105.513,46
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**455.357,52**	**416.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**416.000,00**	**589.834,13**	**+ 173.834,13**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit									
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	70.766,15	390.000,00	0,00	543.232,84	- 557.413,93	375.818,91	74.371,36	- 301.447,55
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.578.053,80	1.267.400,00	0,00	1.180.738,28	557.413,93	3.005.552,21	1.765.324,89	- 1.240.227,32
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**1.648.819,95**	**1.657.400,00**	**0,00**	**1.723.971,12**	**0,00**	**3.381.371,12**	**1.839.696,25**	**- 1.541.674,87**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**- 1.193.462,43**	**- 1.241.400,00**	**0,00**	**- 1.723.971,12**	**0,00**	**- 2.965.371,12**	**- 1.249.862,12**	**+ 1.715.509,00**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 22.538.142,20**	**- 17.693.600,00**	**- 338.349,32**	**- 1.914.680,81**	**99.348,37**	**- 19.847.281,76**	**- 17.701.439,18**	**+ 2.145.842,58**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit									
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig

Teilhaushalt

Fachbereich 40

Schule

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **FB 40 Schule**

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **FB 40 Schule**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	221.920,28	238.101,73	214.500,00	+ 23.601,73	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	306.104,76	307.112,42	291.167,00	+ 15.945,42	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	125.136,16	132.643,83	129.500,00	+ 3.143,83	-
6	Privatrechtliche Entgelte	14.062,55	12.883,79	7.900,00	+ 4.983,79	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.990.730,46	3.745.980,31	3.875.500,00	- 129.519,69	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**4.657.954,21**	**4.436.722,08**	**4.518.567,00**	**- 81.844,92**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Aufwendungen für aktives Personal	5.506.981,86	5.688.767,04	5.381.556,00	+ 307.211,04	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	401.794,81	416.508,90	396.400,00	+ 20.108,90	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.975.890,29	3.150.007,57	4.294.700,00	- 1.144.692,43	0,00
16	Abschreibungen	1.632.286,20	4.515.664,66	1.990.121,96	+ 2.525.542,70	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	195.090,75	187.041,55	192.000,00	- 4.958,45	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	45.950.110,73	48.788.948,05	46.770.100,00	+ 2.018.848,05	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**56.662.154,64**	**62.746.937,77**	**59.024.877,96**	**+ 3.722.059,81**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 52.004.200,43**	**- 58.310.215,69**	**- 54.506.310,96**	**- 3.803.904,73**	**-**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	57.092,65	43.196,11	0,00	+ 43.196,11	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	12.523,20	58.680,90	0,00	+ 58.680,90	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**44.569,45**	**- 15.484,79**	**0,00**	**- 15.484,79**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 51.959.630,98**	**- 58.325.700,48**	**- 54.506.310,96**	**- 3.819.389,52**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus ILV	1.004.771,30	995.519,20	971.500,00	+ 24.019,20	-
27	Aufwendungen aus ILV	2.925.955,30	2.957.046,10	2.967.847,70	- 10.801,60	-
28	**Saldo aus ILV**	**- 1.921.184,00**	**- 1.961.526,90**	**- 1.996.347,70**	**+ 34.820,80**	**-**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 53.880.814,98**	**- 60.287.227,38**	**- 56.502.658,66**	**- 3.784.568,72**	**-**

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **FB 40 Schule**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	221.920,28	214.500,00	0,00	0,00	0,00	214.500,00	238.101,73	+ 23.601,73
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	306.104,76	291.167,00	0,00	0,00	0,00	291.167,00	307.112,42	+ 15.945,42
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	125.136,16	129.500,00	0,00	0,00	0,00	129.500,00	132.643,83	+ 3.143,83
6	Privatrechtliche Entgelte	14.062,55	7.900,00	0,00	0,00	0,00	7.900,00	12.883,79	+ 4.983,79
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.990.730,46	3.875.500,00	0,00	0,00	0,00	3.875.500,00	3.745.980,31	- 129.519,69
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	**Summe ordentliche Erträge**	**4.657.954,21**	**4.518.567,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**4.518.567,00**	**4.436.722,08**	**- 81.844,92**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Aufwendungen für aktives Personal	5.506.981,86	5.381.556,00	307.511,04	0,00	0,00	5.689.067,04	5.688.767,04	- 300,00
14	Aufwendungen für Versorgung	401.794,81	396.400,00	20.108,90	0,00	0,00	416.508,90	416.508,90	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.975.890,29	4.294.700,00	26.500,00	1.908.817,16	- 125.751,13	6.104.266,03	3.150.007,57	- 2.954.258,46
16	Abschreibungen	1.632.286,20	1.990.121,96	0,00	0,00	0,00	1.990.121,96	4.515.664,66	+ 2.525.542,70
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	195.090,75	192.000,00	0,00	0,00	0,00	192.000,00	187.041,55	- 4.958,45
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	45.950.110,73	46.770.100,00	223.000,00	475.344,92	2.072.395,35	49.540.840,27	48.788.948,05	- 751.892,22
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**56.662.154,64**	**59.024.877,96**	**577.119,94**	**2.384.162,08**	**1.946.644,22**	**63.932.804,20**	**62.746.937,77**	**- 1.185.866,43**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 52.004.200,43**	**- 54.506.310,96**	**- 577.119,94**	**- 2.384.162,08**	**- 1.946.644,22**	**- 59.414.237,20**	**- 58.310.215,69**	**+ 1.104.021,51**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	57.092,65	0,00	0,00	0,00	711,38	711,38	43.196,11	+ 42.484,73
23	Außerordentliche Aufwendungen	12.523,20	0,00	16.000,00	0,00	711,38	16.711,38	58.680,90	+ 41.969,52
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**44.569,45**	**0,00**	**- 16.000,00**	**0,00**	**0,00**	**- 16.000,00**	**- 15.484,79**	**+ 515,21**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 51.959.630,98**	**- 54.506.310,96**	**- 593.119,94**	**- 2.384.162,08**	**- 1.946.644,22**	**- 59.430.237,20**	**- 58.325.700,48**	**+ 1.104.536,72**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus ILV	1.004.771,30	971.500,00	0,00	0,00	0,00	971.500,00	995.519,20	+ 24.019,20
27	Aufwendungen aus ILV	2.925.955,30	2.967.847,70	0,00	0,00	0,00	2.967.847,70	2.957.046,10	- 10.801,60
28	**Saldo aus ILV**	**- 1.921.184,00**	**- 1.996.347,70**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**- 1.996.347,70**	**- 1.961.526,90**	**+ 34.820,80**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 53.880.814,98**	**- 56.502.658,66**	**- 593.119,94**	**- 2.384.162,08**	**- 1.946.644,22**	**- 61.426.584,90**	**- 60.287.227,38**	**+ 1.139.357,52**

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **FB 40 Schule**

Produktübersicht

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 40 Schule

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013 Saldo - Euro -	Ergebnis 2014 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2014 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2014 Saldo - Euro -	Ansatz 2014 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.21	***Schulträgeraufgaben***						
1.21.2110	**Grundschulen**						
1.21.2110.10	Schule	-12.878.420,17	103.836,17	13.334.114,42	-13.230.278,25	-13.752.134,99	521.856,74
1.21.2110.11	Schulentwicklung und -organisation	3.700,00	2.220,00	0,00	2.220,00	0,00	2.220,00
1.21.2110.12	Sächl. Ausstattung	-21.164,69	86,80	24.382,25	-24.295,45	0,00	-24.295,45
Summe Produktgruppe		**-12.895.884,86**	**106.142,97**	**13.358.496,67**	**-13.252.353,70**	**-13.752.134,99**	**499.781,29**
1.21.2120	**Hauptschulen**						
1.21.2120.10	Schule	-1.555.256,50	-3.843,92	2.502.985,99	-2.506.829,91	-1.428.490,53	-1.078.339,38
1.21.2120.12	Sächl. Ausstattung	-1.746,30	0,00	5.505,41	-5.505,41	0,00	-5.505,41
Summe Produktgruppe		**-1.557.002,80**	**-3.843,92**	**2.508.491,40**	**-2.512.335,32**	**-1.428.490,53**	**-1.083.844,79**
1.21.2130	**Kombinierte Grund- und Hauptschulen**						
1.21.2130.10	Schule	-1.145.890,39	5.815,59	1.208.151,67	-1.202.336,08	-1.196.889,44	-5.446,64
1.21.2130.11	Schulentwicklung und -organisation	740,00	1.480,00	0,00	1.480,00	0,00	1.480,00
1.21.2130.12	Sächl. Ausstattung	-4.925,07	0,00	2.527,23	-2.527,23	0,00	-2.527,23
Summe Produktgruppe		**-1.150.075,46**	**7.295,59**	**1.210.678,90**	**-1.203.383,31**	**-1.196.889,44**	**-6.493,87**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 40 Schule

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014			Ansatz 2014	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.21.2150	**Realschulen**						
1.21.2150.10	Schule	-3.650.517,05	24.074,27	4.209.271,08	-4.185.196,81	-3.721.401,02	-463.795,79
1.21.2150.11	Schulentwicklung und -organisation	4.440,00	2.220,00	0,00	2.220,00	0,00	2.220,00
1.21.2150.12	Sächl. Ausstattung	-2.319,46	117,83	4.108,47	-3.990,64	0,00	-3.990,64
Summe Produktgruppe		**-3.648.396,51**	**26.412,10**	**4.213.379,55**	**-4.186.967,45**	**-3.721.401,02**	**-465.566,43**
1.21.2170	**Gymnasien, Kollegs**						
1.21.2170.10	Schule	-10.687.356,61	65.910,21	11.818.834,05	-11.752.923,84	-9.711.973,57	-2.040.950,27
1.21.2170.11	Schulentwicklung und -organisation	1.588.780,00	1.471.860,00	0,00	1.471.860,00	0,00	1.471.860,00
1.21.2170.12	Sächl. Ausstattung	-13.221,58	427,93	14.314,81	-13.886,88	0,00	-13.886,88
1.21.2170.21	IT	-119,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Produktgruppe		**-9.111.917,19**	**1.538.198,14**	**11.833.148,86**	**-10.294.950,72**	**-9.711.973,57**	**-582.977,15**
1.21.2180	**Gesamtschulen**						
1.21.2180.10	Schule	-6.110.925,11	25.148,22	6.995.632,41	-6.970.484,19	-6.526.543,25	-443.940,94
1.21.2180.11	Schulentwicklung und -organisation	134.680,00	127.280,00	0,00	127.280,00	0,00	127.280,00
1.21.2180.12	Sächl. Ausstattung	-1.968,37	13,45	6.238,97	-6.225,52	0,00	-6.225,52
Summe Produktgruppe		**-5.978.213,48**	**152.441,67**	**7.001.871,38**	**-6.849.429,71**	**-6.526.543,25**	**-322.886,46**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 40 Schule

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013 Saldo - Euro -	Ergebnis 2014 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2014 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2014 Saldo - Euro -	Ansatz 2014 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.21.2210	**Förderschulen**						
1.21.2210.10	Schule	-2.884.028,39	10.275,85	3.133.252,20	-3.122.976,35	-2.170.075,34	-952.901,01
1.21.2210.11	Schulentwicklung und -organisation	486.763,12	489.520,00	0,00	489.520,00	0,00	489.520,00
1.21.2210.12	Sächl. Ausstattung	-9.446,28	0,00	7.245,79	-7.245,79	0,00	-7.245,79
Summe Produktgruppe		**-2.406.711,55**	**499.795,85**	**3.140.497,99**	**-2.640.702,14**	**-2.170.075,34**	**-470.626,80**
1.21.2310	**Berufliche Schulen**						
1.21.2310.10	Schule	-8.613.894,74	100.584,98	10.086.927,41	-9.986.342,43	-7.236.906,13	-2.749.436,30
1.21.2310.11	Schulentwicklung und -organisation	1.797.113,28	1.696.965,73	0,00	1.696.965,73	0,00	1.696.965,73
1.21.2310.12	Sächl. Ausstattung	-16.738,66	35,41	19.445,84	-19.410,43	0,00	-19.410,43
1.21.2310.21	IT	-392,87	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Produktgruppe		**-6.833.912,99**	**1.797.586,12**	**10.106.373,25**	**-8.308.787,13**	**-7.236.906,13**	**-1.071.881,00**
1.21.2410	**Schülerbeförderung**						
1.21.2410.13	Schülerbeförderung	-7.217.342,91	16.894,71	7.853.959,82	-7.837.065,11	-7.575.315,91	-261.749,20
Summe Produktgruppe		**-7.217.342,91**	**16.894,71**	**7.853.959,82**	**-7.837.065,11**	**-7.575.315,91**	**-261.749,20**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 40 Schule

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014			Ansatz 2014	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.21.2430	**Sonstige schulische Aufgaben**						
1.21.2430.01	Personelle Ausstattung	-218.345,89	1,23	221.354,27	-221.353,04	-207.439,34	-13.913,70
1.21.2430.02	Finanzielle Ausstattung	-477.776,52	80,65	482.421,31	-482.340,66	-475.201,44	-7.139,22
1.21.2430.10	Schule	-476.452,81	434,62	468.667,97	-468.233,35	-447.587,89	-20.645,46
1.21.2430.11	Schulentwicklung und -organisation	-999.107,03	18,94	1.063.261,87	-1.063.242,93	-1.158.892,97	95.650,04
1.21.2430.12	Sächl. Ausstattung	-185.782,07	173,14	201.908,51	-201.735,37	-166.934,80	-34.800,57
1.21.2430.14	Schulraumvergabe	792.271,72	1.062.885,57	267.151,27	795.734,30	800.452,85	-4.718,55
1.21.2430.18	Schulleiterbesetzungen	-7.870,42	0,37	9.409,60	-9.409,23	-6.734,66	-2.674,57
1.21.2430.19	Geschäftstelle Stadteltern-, -schülerrat	-16.227,91	0,39	38.072,89	-38.072,50	-9.670,90	-28.401,60
1.21.2430.21	IT	-888.663,97	182.339,76	1.082.815,83	-900.476,07	-860.261,68	-40.214,39
1.21.2430.22	Medienzentrum	-408.311,58	88.579,49	513.661,88	-425.082,39	-458.657,65	33.575,26
Summe Produktgruppe		**-2.886.266,48**	**1.334.514,16**	**4.348.725,40**	**-3.014.211,24**	**-2.990.928,48**	**-23.282,76**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 40 Schule

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014			Ansatz 2014	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.25	***Kultur***						
1.25.2732	**Förderung der Erwachsenenbildung**						
1.25.2732.02	Zuwendungen im Bildungsbereich	-195.090,75	0,00	187.041,55	-187.041,55	-192.000,00	4.958,45
Summe Produktgruppe		**-195.090,75**	**0,00**	**187.041,55**	**-187.041,55**	**-192.000,00**	**4.958,45**
Summe Teilhaushalt		**-53.880.814,98**	**5.475.437,39**	**65.762.664,77**	**-60.287.227,38**	**-56.502.658,66**	**-3.784.568,72**

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **FB 40 Schule**

Kennzahlenübersicht zu den wesentlichen Produkten

Jahresabschluss 2014	Teilhaushalt
Stadt Braunschweig	FB 40 Schule

Wesentliche Produkte - Kennzahlen

Produkt Produktkennzahl(en):	Dimension	Berechnung	Ist 2013	Ist 2014	Plan 2014	mehr (+) / weniger (-)
1.21.2410.13 - Schülerbeförderung						
Zu befördernde Kinder	Anzahl	Durchschnitt	10.788,0	10.888,0	11.100,0	-212,0
1.21.2XXX.10 - Schule						
Schüler	Anzahl	Durchschnitt	36.745,0	36.365,0	36.800,0	-435,0
1.21.2XXX.11 - Schulentwicklung und -organisation						
Schulen	Anzahl	Durchschnitt	75,0	75,0	75,0	0,0

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **FB 40 Schule**

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **FB 40 Schule**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**4.395.984,39**	**4.177.139,31**	**4.227.400,00**	**- 50.260,69**	**-**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**55.976.434,00**	**56.354.652,48**	**56.620.100,00**	**- 265.447,52**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 51.580.449,61**	**- 52.177.513,17**	**- 52.392.700,00**	**+ 215.186,83**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	8.000,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**8.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	2.550.114,71	1.692.307,50	2.029.900,00	- 337.592,50	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**2.550.114,71**	**1.692.307,50**	**2.029.900,00**	**- 337.592,50**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**- 2.542.114,71**	**- 1.692.307,50**	**- 2.029.900,00**	**+ 337.592,50**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 54.122.564,32**	**- 53.869.820,67**	**- 54.422.600,00**	**+ 552.779,33**	**-**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	-

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **FB 40 Schule**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**4.395.984,39**	**4.227.400,00**	**0,00**	**0,00**	**262,38**	**4.227.662,38**	**4.177.139,31**	**- 50.523,07**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**55.976.434,00**	**56.620.100,00**	**351.547,05**	**2.829.386,78**	**1.946.906,60**	**61.747.940,43**	**56.354.652,48**	**- 5.393.287,95**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 51.580.449,61**	**- 52.392.700,00**	**- 351.547,05**	**- 2.829.386,78**	**- 1.946.644,22**	**- 57.520.278,05**	**- 52.177.513,17**	**+ 5.342.764,88**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit									
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	Veräußerung von Sachvermögen	8.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**8.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit									
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	2.550.114,71	2.029.900,00	0,00	1.215.650,59	0,00	3.245.550,59	1.692.307,50	- 1.553.243,09
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**2.550.114,71**	**2.029.900,00**	**0,00**	**1.215.650,59**	**0,00**	**3.245.550,59**	**1.692.307,50**	**- 1.553.243,09**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**- 2.542.114,71**	**- 2.029.900,00**	**0,00**	**- 1.215.650,59**	**0,00**	**- 3.245.550,59**	**- 1.692.307,50**	**+ 1.553.243,09**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 54.122.564,32**	**- 54.422.600,00**	**- 351.547,05**	**- 4.045.037,37**	**- 1.946.644,22**	**- 60.765.828,64**	**- 53.869.820,67**	**+ 6.896.007,97**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit									
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilhaushalt

Kultur und Wissenschaft

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	343.780,23	185.683,31	157.000,00	+ 28.683,31	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	34.808,00	33.676,94	33.481,00	+ 195,94	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	1.114.097,56	1.104.881,92	1.020.500,00	+ 84.381,92	-
6	Privatrechtliche Entgelte	158.925,01	223.131,71	129.500,00	+ 93.631,71	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	41.636,13	24.339,13	0,00	+ 24.339,13	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	38,32	0,00	+ 38,32	-
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	20,26	8,07	0,00	+ 8,07	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**1.693.267,19**	**1.571.759,40**	**1.340.481,00**	**+ 231.278,40**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Aufwendungen für aktives Personal	8.509.123,81	8.706.386,39	8.687.510,00	+ 18.876,39	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	398.124,33	412.343,70	396.600,00	+ 15.743,70	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.654.463,78	2.136.085,63	2.149.350,00	- 13.264,37	0,00
16	Abschreibungen	370.402,53	374.298,78	404.372,97	- 30.074,19	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	10.929.276,44	11.819.537,05	11.847.200,00	- 27.662,95	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.093.740,91	4.235.015,70	3.964.050,00	+ 270.965,70	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**26.955.131,80**	**27.683.667,25**	**27.449.082,97**	**+ 234.584,28**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 25.261.864,61**	**- 26.111.907,85**	**- 26.108.601,97**	**- 3.305,88**	**-**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	4.639,91	7.681,46	0,00	+ 7.681,46	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	1.520,41	7.922,21	0,00	+ 7.922,21	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**3.119,50**	**- 240,75**	**0,00**	**- 240,75**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 25.258.745,11**	**- 26.112.148,60**	**- 26.108.601,97**	**- 3.546,63**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus ILV	0,00	0,00	0,00	0,00	-
27	Aufwendungen aus ILV	1.082.685,30	1.073.929,19	1.069.887,85	+ 4.041,34	-
28	**Saldo aus ILV**	**- 1.082.685,30**	**- 1.073.929,19**	**- 1.069.887,85**	**- 4.041,34**	**-**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 26.341.430,41**	**- 27.186.077,79**	**- 27.178.489,82**	**- 7.587,97**	**-**

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	343.780,23	157.000,00	0,00	0,00	0,00	157.000,00	185.683,31	+ 28.683,31
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	34.808,00	33.481,00	0,00	0,00	0,00	33.481,00	33.676,94	+ 195,94
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	1.114.097,56	1.020.500,00	64.500,00	0,00	0,00	1.085.000,00	1.104.881,92	+ 19.881,92
6	Privatrechtliche Entgelte	158.925,01	129.500,00	24.500,00	0,00	0,00	154.000,00	223.131,71	+ 69.131,71
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	41.636,13	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	24.339,13	+ 24.339,13
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	38,32	+ 38,32
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	20,26	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8,07	+ 8,07
12	**Summe ordentliche Erträge**	**1.693.267,19**	**1.340.481,00**	**89.000,00**	**0,00**	**0,00**	**1.429.481,00**	**1.571.759,40**	**+ 142.278,40**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Aufwendungen für aktives Personal	8.509.123,81	8.687.510,00	- 2.289,09	0,00	21.200,00	8.706.420,91	8.706.386,39	- 34,52
14	Aufwendungen für Versorgung	398.124,33	396.600,00	15.743,70	0,00	0,00	412.343,70	412.343,70	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.654.463,78	2.149.350,00	89.000,00	443.825,62	- 110.181,63	2.571.993,99	2.136.085,63	- 435.908,36
16	Abschreibungen	370.402,53	404.372,97	0,00	0,00	0,00	404.372,97	374.298,78	- 30.074,19
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	10.929.276,44	11.847.200,00	0,00	7.000,00	- 34.600,00	11.819.600,00	11.819.537,05	- 62,95
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.093.740,91	3.964.050,00	0,00	11.940,71	298.331,71	4.274.322,42	4.235.015,70	- 39.306,72
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**26.955.131,80**	**27.449.082,97**	**102.454,61**	**462.766,33**	**174.750,08**	**28.189.053,99**	**27.683.667,25**	**- 505.386,74**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 25.261.864,61**	**- 26.108.601,97**	**- 13.454,61**	**- 462.766,33**	**- 174.750,08**	**- 26.759.572,99**	**- 26.111.907,85**	**+ 647.665,14**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	4.639,91	0,00	0,00	0,00	7.041,58	7.041,58	7.681,46	+ 639,88
23	Außerordentliche Aufwendungen	1.520,41	0,00	0,00	0,00	7.922,21	7.922,21	7.922,21	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**3.119,50**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**- 880,63**	**- 880,63**	**- 240,75**	**+ 639,88**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 25.258.745,11**	**- 26.108.601,97**	**- 13.454,61**	**- 462.766,33**	**- 175.630,71**	**- 26.760.453,62**	**- 26.112.148,60**	**+ 648.305,02**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus ILV	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Aufwendungen aus ILV	1.082.685,30	1.069.887,85	0,00	0,00	0,00	1.069.887,85	1.073.929,19	+ 4.041,34
28	**Saldo aus ILV**	**- 1.082.685,30**	**- 1.069.887,85**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**- 1.069.887,85**	**- 1.073.929,19**	**- 4.041,34**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 26.341.430,41**	**- 27.178.489,82**	**- 13.454,61**	**- 462.766,33**	**- 175.630,71**	**- 27.830.341,47**	**- 27.186.077,79**	**+ 644.263,68**

Produktübersicht

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013 Saldo - Euro -	Ergebnis 2014 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2014 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2014 Saldo - Euro -	Ansatz 2014 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.25	***Kultur***						
1.25.2500	**Verwaltung kultureller Angelegenheiten**						
1.25.2500.01	Sonstige Dienstleistungen	-182.300,68	8.213,94	223.693,35	-215.479,41	-185.596,46	-29.882,95
Summe Produktgruppe		**-182.300,68**	**8.213,94**	**223.693,35**	**-215.479,41**	**-185.596,46**	**-29.882,95**
1.25.2511	**Wissenschaft und Forschung**						
1.25.2511.04	Kulturelle Projekte Erinnerungskultur	-82.860,98	764,02	76.715,17	-75.951,15	-72.792,59	-3.158,56
1.25.2511.06	Öffentlichkeitsarbeit Wissenschaft	0,00	0,00	107,83	-107,83	0,00	-107,83
1.25.2511.07	Erinnerungskultur/Gedenkstättenkonzept	-64.392,98	0,01	74.416,89	-74.416,88	-112.977,50	38.560,62
1.25.2511.09	Kontinuitätsförderung Wissenschaft	-68.304,68	0,01	76.746,46	-76.746,45	-75.704,33	-1.042,12
1.25.2511.10	Projekt- u. Konz.-Förderung Wissenschaft	-14.336,74	0,01	16.143,97	-16.143,96	-12.640,89	-3.503,07
Summe Produktgruppe		**-229.895,38**	**764,05**	**244.130,32**	**-243.366,27**	**-274.115,31**	**30.749,04**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013 Saldo - Euro -	Ergebnis 2014 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2014 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2014 Saldo - Euro -	Ansatz 2014 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.25.2512	**Literatur/Raabe-Haus (Kulturinstitut)**						
1.25.2512.01	Sonstige Dienstleistungen Literatur	-8.833,67	0,00	12.443,55	-12.443,55	-5.781,06	-6.662,49
1.25.2512.04	Kulturelle Veranstaltungen Literatur	-155.925,96	37.361,18	299.364,01	-262.002,83	-140.243,42	-121.759,41
1.25.2512.09	Kontinuitätsförderung Literatur	-12.000,00	0,00	12.000,00	-12.000,00	-12.000,00	0,00
1.25.2512.10	Projekt- u. Konz.-Förderung Literatur	-18.945,25	0,01	15.686,33	-15.686,32	-13.204,33	-2.481,99
1.25.2512.12	Preisvergaben Literatur	-116.674,34	15.000,00	194.655,17	-179.655,17	-162.852,25	-16.802,92
Summe Produktgruppe		**-312.379,22**	**52.361,19**	**534.149,06**	**-481.787,87**	**-334.081,06**	**-147.706,81**
1.25.2514	**Wissenschaft und Forschung (Stadtarchiv)**						
1.25.2514.01	Sonstige Dienstleistungen Stadtarchiv	-374.009,23	19.761,76	392.905,42	-373.143,66	-392.861,39	19.717,73
1.25.2514.02	Bereitstellung von Archivalien	-847.538,78	2.153,22	909.482,31	-907.329,09	-890.346,37	-16.982,72
1.25.2514.06	Öffentlichkeitsarbeit Archiv	-145.668,31	41,18	141.657,84	-141.616,66	-163.993,40	22.376,74
1.25.2514.11	Forschung und Dokumentation Stadtarchiv	-106.219,11	6,26	113.176,80	-113.170,54	-100.224,86	-12.945,68
Summe Produktgruppe		**-1.473.435,43**	**21.962,42**	**1.557.222,37**	**-1.535.259,95**	**-1.547.426,02**	**12.166,07**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013 Saldo - Euro -	Ergebnis 2014 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2014 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2014 Saldo - Euro -	Ansatz 2014 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.25.2521	**Museen, Sammlungen, Ausstell. (Museum)**						
1.25.2521.01	Sonstige Dienstleistungen Museum	-412.995,20	2.981,76	457.816,15	-454.834,39	-400.237,23	-54.597,16
1.25.2521.02	Bewahren	-1.144.938,23	24.386,32	1.140.375,43	-1.115.989,11	-1.008.855,69	-107.133,42
1.25.2521.03	Forschen	-139.972,54	16.779,64	157.777,26	-140.997,62	-144.438,96	3.441,34
1.25.2521.04	Präsentieren/Ausstellen	-2.065.274,92	22.141,07	1.574.195,30	-1.552.054,23	-1.601.865,72	49.811,49
1.25.2521.05	Sammeln	-47.970,26	14,58	47.906,06	-47.891,48	-45.915,11	-1.976,37
1.25.2521.09	Kontinuitätsförderung Museum	-195.609,40	29.427,00	230.853,00	-201.426,00	-197.036,06	-4.389,94
1.25.2521.10	Projekt- und Konzeptionsförderung Museum	-49.300,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Produktgruppe		**-4.056.060,55**	**95.730,37**	**3.608.923,20**	**-3.513.192,83**	**-3.398.348,77**	**-114.844,06**
1.25.2522	**Bildende Kunst**						
1.25.2522.04	Kulturelle Veranstaltungen Bildende Kuns	-147.419,88	26,31	321.275,88	-321.249,57	-227.069,31	-94.180,26
1.25.2522.09	Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	-767.706,28	0,07	706.828,62	-706.828,55	-726.063,64	19.235,09
1.25.2522.10	Projekt- u. Konz.-Förderung Bild. Kunst	-115.531,81	0,08	100.849,02	-100.848,94	-104.199,59	3.350,65
Summe Produktgruppe		**-1.030.657,97**	**26,46**	**1.128.953,52**	**-1.128.927,06**	**-1.057.332,54**	**-71.594,52**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014			Ansatz 2014	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.25.2610	**Theater**						
1.25.2610.04	Eigene kulturelle Veranstalt. Theater	-225.829,76	0,03	87.119,07	-87.119,04	-84.231,21	-2.887,83
1.25.2610.08	Staatstheater	-9.136.787,68	0,03	10.220.001,50	-10.220.001,47	-10.214.267,40	-5.734,07
1.25.2610.09	Kontinuitätsförderung Theater	-240.736,74	0,01	227.271,31	-227.271,30	-240.540,89	13.269,59
1.25.2610.10	Projekt- u. Konzept.-Förderung Theater	-62.022,51	0,01	79.292,05	-79.292,04	-66.545,41	-12.746,63
Summe Produktgruppe		**-9.665.376,69**	**0,08**	**10.613.683,93**	**-10.613.683,85**	**-10.605.584,91**	**-8.098,94**
1.25.2620	**Musikpflege**						
1.25.2620.01	Sonstige Dienstleistungen Musik	-8.514,93	0,00	8.033,87	-8.033,87	-12.407,11	4.373,24
1.25.2620.04	Eigene kulturelle Veranstaltungen Musik	-338.169,93	24.110,39	242.963,47	-218.853,08	-296.428,91	77.575,83
1.25.2620.10	Projekt- u. Konzept.-Förderung Musik	-172.489,00	0,02	86.192,62	-86.192,60	-85.881,77	-310,83
1.25.2620.12	Preisvergaben Musik (Spohr-Preis)	-61.017,02	0,00	7.220,47	-7.220,47	-6.203,84	-1.016,63
Summe Produktgruppe		**-580.190,88**	**24.110,41**	**344.410,43**	**-320.300,02**	**-400.921,63**	**80.621,61**
1.25.2630	**Musikschulen**						
1.25.2630.10	Musikalische Ausbildung	-1.658.787,27	819.050,73	2.533.643,79	-1.714.593,06	-1.819.912,16	105.319,10
Summe Produktgruppe		**-1.658.787,27**	**819.050,73**	**2.533.643,79**	**-1.714.593,06**	**-1.819.912,16**	**105.319,10**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013 Saldo - Euro -	Ergebnis 2014 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2014 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2014 Saldo - Euro -	Ansatz 2014 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.25.2720	**Büchereien**						
1.25.2720.01	Sonstige Dienstleistungen Stadtbiblioth.	26.412,56	38.830,37	0,00	38.830,37	15.000,00	23.830,37
1.25.2720.03	Ausleihe und Nutzung Stadtbibliothek	-5.316.747,29	342.645,26	5.876.030,04	-5.533.384,78	-5.415.812,90	-117.571,88
1.25.2720.06	Öffentlichkeitsarbeit Stadtbibliothek	-89.247,71	5,09	82.371,84	-82.366,75	-84.161,03	1.794,28
Summe Produktgruppe		**-5.379.582,44**	**381.480,72**	**5.958.401,88**	**-5.576.921,16**	**-5.484.973,93**	**-91.947,23**
1.25.2733	**Sonst. Volksbildung (Roter Saal/Brunsv.)**						
1.25.2733.01	Sonstige Dienstleistungen Roter Saal	-15.573,55	10.511,31	24.661,98	-14.150,67	-10.453,96	-3.696,71
1.25.2733.04	Kulturelle Veranstaltungen Roter Saal	-187.189,55	30.238,35	176.906,41	-146.668,06	-221.555,68	74.887,62
1.25.2733.06	Öffentlichkeitsarbeit Roter Saal	-31.794,35	0,00	25.331,12	-25.331,12	-24.315,22	-1.015,90
1.25.2733.09	Kontinuitätsförderung Brunsviga	-279.748,50	0,01	316.667,74	-316.667,73	-332.376,99	15.709,26
Summe Produktgruppe		**-514.305,95**	**40.749,67**	**543.567,25**	**-502.817,58**	**-588.701,85**	**85.884,27**
1.25.2734	**Sonstige Volksbildung (KPW)**						
1.25.2734.01	Sonst. Dienstleistungen Kulturpunkt West	-164.938,78	25.247,54	243.725,03	-218.477,49	-190.126,17	-28.351,32
1.25.2734.04	Kulturelle Veranstaltungen KPW	-128.612,43	23.211,57	171.170,43	-147.958,86	-178.356,50	30.397,64
1.25.2734.06	Öffentlichkeitsarbeit KPW	-46.965,24	0,00	47.602,23	-47.602,23	-15.287,82	-32.314,41
Summe Produktgruppe		**-340.516,45**	**48.459,11**	**462.497,69**	**-414.038,58**	**-383.770,49**	**-30.268,09**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014			Ansatz 2014	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.25.2811	**Heimat- und sonstige Kulturpflege**						
1.25.2811.01	Sonstige Dienstleistungen sonst. Kulturp	-57.293,77	0,02	46.031,47	-46.031,45	-41.943,24	-4.088,21
1.25.2811.04	Eigene kult. Veranst. sonst. Kulturpfl.	-509.579,40	77.236,66	669.030,61	-591.793,95	-712.617,97	120.824,02
1.25.2811.09	Kontinuitätsförderung sonst. Kulturpfl.	-9.000,00	0,00	9.000,00	-9.000,00	-9.000,00	0,00
1.25.2811.10	Projekt- u. Konz.-Förd. sonst. Kulturpf.	-161.877,58	0,03	127.773,14	-127.773,11	-182.509,54	54.736,43
1.25.2811.13	Stadtteilkulturarbeit	-180.190,75	9.295,00	160.406,64	-151.111,64	-151.653,94	542,30
Summe Produktgruppe		**-917.941,50**	**86.531,71**	**1.012.241,86**	**-925.710,15**	**-1.097.724,69**	**172.014,54**
1.99	***Vorleistungen***						
1.99.4100	**Vorleistungen FB 41**						
1.99.4100.01	Vorleistungen FB 41	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Produktgruppe		**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
Summe Teilhaushalt		**-26.341.430,41**	**1.579.440,86**	**28.765.518,65**	**-27.186.077,79**	**-27.178.489,82**	**-7.587,97**

Kennzahlenübersicht zu den wesentlichen Produkten

Jahresabschluss 2014	Teilhaushalt
Stadt Braunschweig	FB 41 Kultur

Wesentliche Produkte - Kennzahlen

Produkt / Produktkennzahl(en):	Dimension	Berechnung	Ist 2013	Ist 2014	Plan 2014	mehr (+) / weniger (-)
1.25.2514.02 - Bereitstellung von Archivalien						
Auskünfte		Summe	8.301,0	8.799,0	9.000,0	-201,0
Besucher		Summe	3.444,0	3.595,0	3.600,0	-5,0
Erschlossene Archivalien		Summe	16.545,0	21.219,0	35.000,0	-13.781,0
1.25.2521.XX - Bewahren/Prõsentieren/Ausstellen						
Ausstellungseröffnungen		Summe	5,0	3,0	3,0	0,0
Inventarisierter Gesamtbestand	Stück	Endstand	22.230,0	22.700,0	23.000,0	-300,0
1.25.2610.08 - Staatstheater						
Zuschussgewährung Staatstheatervertrag	EUR	Summe	9.102.000,0	9.860.000,0	9.860.000,0	0,0
Zuschussgewährung Theaterformen	EUR	Summe	0,0	320.000,0	320.000,0	0,0
1.25.2630.10 - Musikalische Ausbildung						
Schüler		Durchschnitt	1.603,0	1.631,0	1.700,0	-69,0
Veranstaltungen (neu ab 2013)		Summe	104,0	95,0	97,0	-2,0
1.25.2720.03 - Ausleihe und Nutzung Stadtbibliothek						
Besucher		Summe	522.055,0	517.302,0	500.000,0	17.302,0
Entleihungen		Summe	2.007.627,0	2.033.352,0	1.900.000,0	133.352,0
Medienerwerb		Summe	37.158,0	35.782,0	25.000,0	10.782,0
1.25.2XXX.04 - Kulturelle Veranstaltungen						
Raumvermietungen		Summe	808,0	677,0	610,0	67,0
Veranstaltungen		Summe	365,0	374,0	225,0	149,0

Jahresabschluss 2014	Teilhaushalt
Stadt Braunschweig	FB 41 Kultur

Wesentliche Produkte - Kennzahlen

Produkt Produktkennzahl(en):	Dimension	Berechnung	Ist 2013	Ist 2014	Plan 2014	mehr (+) / weniger (-)
1.25.2XXX.12 - Preisvergaben						
Preisvergaben		Summe	2,0	2,0	2,0	0,0
1.25.2XXX.YY - Zuwendungen						
Zuschussgewährungen	EUR	Summe	1.654.026,0	1.589.537,05	1.617.200,0	-27.663,0

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **Kultur und Wissenschaft**

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **Teilhaushalt Kultur**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**1.680.227,28**	**1.563.935,14**	**1.309.700,00**	**+ 254.235,14**	**-**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**25.605.743,49**	**26.870.288,26**	**26.665.400,00**	**+ 204.888,26**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 23.925.516,21**	**- 25.306.353,12**	**- 25.355.700,00**	**+ 49.346,88**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	12.500,00	981,94	0,00	+ 981,94	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**12.500,00**	**981,94**	**0,00**	**+ 981,94**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	103.115,35	73.251,26	0,00	+ 73.251,26	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	171.704,02	80.968,50	94.500,00	- 13.531,50	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**274.819,37**	**154.219,76**	**94.500,00**	**+ 59.719,76**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**- 262.319,37**	**- 153.237,82**	**- 94.500,00**	**- 58.737,82**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 24.187.835,58**	**- 25.459.590,94**	**- 25.450.200,00**	**- 9.390,94**	**-**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	-

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **Teilhaushalt Kultur**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**1.680.227,28**	**1.309.700,00**	**89.000,00**	**- 3.726,21**	**7.040,58**	**1.402.014,37**	**1.563.935,14**	**+ 161.920,77**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**25.605.743,49**	**26.665.400,00**	**- 99.673,59**	**641.576,24**	**182.671,29**	**27.389.973,94**	**26.870.288,26**	**- 519.685,68**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 23.925.516,21**	**- 25.355.700,00**	**188.673,59**	**- 645.302,45**	**- 175.630,71**	**- 25.987.959,57**	**- 25.306.353,12**	**+ 681.606,45**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit									
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	12.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	981,94	+ 981,94
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**12.500,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**981,94**	**+ 981,94**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit									
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	103.115,35	0,00	- 30.000,00	132.884,65	- 12.659,36	90.225,29	73.251,26	- 16.974,03
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	171.704,02	94.500,00	30.000,00	217.433,06	12.659,36	354.592,42	80.968,50	- 273.623,92
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**274.819,37**	**94.500,00**	**0,00**	**350.317,71**	**0,00**	**444.817,71**	**154.219,76**	**- 290.597,95**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**- 262.319,37**	**- 94.500,00**	**0,00**	**- 350.317,71**	**0,00**	**- 444.817,71**	**- 153.237,82**	**+ 291.579,89**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 24.187.835,58**	**- 25.450.200,00**	**188.673,59**	**- 995.620,16**	**- 175.630,71**	**- 26.432.777,28**	**- 25.459.590,94**	**+ 973.186,34**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit									
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilhaushalt

Referat 0500

Sozialreferat

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **Ref. 0500 Sozialreferat**

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **Ref. 0500 Sozialreferat**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	132.604,90	103.195,35	0,00	+ 103.195,35	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	-
6	Privatrechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	300,00	6.660,00	0,00	+ 6.660,00	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**132.904,90**	**109.855,35**	**0,00**	**+ 109.855,35**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Aufwendungen für aktives Personal	688.830,97	731.584,09	659.645,00	+ 71.939,09	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	0,00	3.810,45	12.306,00	- 8.495,55	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	25.421,63	66.073,98	36.100,00	+ 29.973,98	0,00
16	Abschreibungen	3.947,00	4.651,46	3.505,00	+ 1.146,46	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	321.248,25	351.857,59	301.000,00	+ 50.857,59	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	156.501,81	151.958,14	176.500,00	- 24.541,86	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.195.949,66**	**1.309.935,71**	**1.189.056,00**	**+ 120.879,71**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 1.063.044,76**	**- 1.200.080,36**	**- 1.189.056,00**	**- 11.024,36**	**-**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	75.597,45	93.202,71	0,00	+ 93.202,71	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	75.664,28	93.202,71	0,00	+ 93.202,71	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**- 66,83**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 1.063.111,59**	**- 1.200.080,36**	**- 1.189.056,00**	**- 11.024,36**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus ILV	0,00	0,00	0,00	0,00	-
27	Aufwendungen aus ILV	145.474,19	145.106,79	143.320,82	+ 1.785,97	-
28	**Saldo aus ILV**	**- 145.474,19**	**- 145.106,79**	**- 143.320,82**	**- 1.785,97**	**-**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 1.208.585,78**	**- 1.345.187,15**	**- 1.332.376,82**	**- 12.810,33**	**-**

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **Ref. 0500 Sozialreferat**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	132.604,90	0,00	600,00	0,00	103.195,35	103.795,35	103.195,35	- 600,00
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	Privatrechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	300,00	0,00	0,00	0,00	6.000,00	6.000,00	6.660,00	+ 660,00
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	**Summe ordentliche Erträge**	**132.904,90**	**0,00**	**600,00**	**0,00**	**109.195,35**	**109.795,35**	**109.855,35**	**+ 60,00**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Aufwendungen für aktives Personal	688.830,97	659.645,00	39.320,86	30.693,26	4.718,53	734.377,65	731.584,09	- 2.793,56
14	Aufwendungen für Versorgung	0,00	12.306,00	- 8.495,55	0,00	0,00	3.810,45	3.810,45	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	25.421,63	36.100,00	- 2.000,00	7.746,51	24.677,66	66.524,17	66.073,98	- 450,19
16	Abschreibungen	3.947,00	3.505,00	0,00	0,00	0,00	3.505,00	4.651,46	+ 1.146,46
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	321.248,25	301.000,00	3.500,00	0,00	64.526,86	369.026,86	351.857,59	- 17.169,27
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	156.501,81	176.500,00	0,00	0,00	- 23.285,92	153.214,08	151.958,14	- 1.255,94
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.195.949,66**	**1.189.056,00**	**32.325,31**	**38.439,77**	**70.637,13**	**1.330.458,21**	**1.309.935,71**	**- 20.522,50**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 1.063.044,76**	**- 1.189.056,00**	**- 31.725,31**	**- 38.439,77**	**38.558,22**	**- 1.220.662,86**	**- 1.200.080,36**	**+ 20.582,50**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	75.597,45	0,00	0,00	0,00	93.202,71	93.202,71	93.202,71	0,00
23	Außerordentliche Aufwendungen	75.664,28	0,00	0,00	0,00	93.202,71	93.202,71	93.202,71	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**- 66,83**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 1.063.111,59**	**- 1.189.056,00**	**- 31.725,31**	**- 38.439,77**	**38.558,22**	**- 1.220.662,86**	**- 1.200.080,36**	**+ 20.582,50**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus ILV	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Aufwendungen aus ILV	145.474,19	143.320,82	0,00	0,00	0,00	143.320,82	145.106,79	+ 1.785,97
28	**Saldo aus ILV**	**- 145.474,19**	**- 143.320,82**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**- 143.320,82**	**- 145.106,79**	**- 1.785,97**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 1.208.585,78**	**- 1.332.376,82**	**- 31.725,31**	**- 38.439,77**	**38.558,22**	**- 1.363.983,68**	**- 1.345.187,15**	**+ 18.796,53**

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **Ref. 0500 Sozialreferat**

Produktübersicht

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
Ref. 0500 Sozialreferat

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014			Ansatz 2014	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.31	***Soziale Hilfen***						
1.31.3119	**Verwalt. d. Soz.hilfe (ohne Verw. Einr.)**						
1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	-1.208.585,78	109.855,35	1.455.042,50	-1.345.187,15	-1.332.376,82	-12.810,33
1.31.3119.80	Spenden Kinderarmut	0,00	93.202,71	93.202,71	0,00	0,00	0,00
Summe Produktgruppe		**-1.208.585,78**	**203.058,06**	**1.548.245,21**	**-1.345.187,15**	**-1.332.376,82**	**-12.810,33**
Summe Teilhaushalt		**-1.208.585,78**	**203.058,06**	**1.548.245,21**	**-1.345.187,15**	**-1.332.376,82**	**-12.810,33**

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **Ref. 0500 Sozialreferat**

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **Ref. 0500 Sozialreferat**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**229.237,68**	**1.213.578,61**	**0,00**	**+ 1.213.578,61**	**-**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**1.280.878,01**	**1.406.628,73**	**1.180.225,00**	**+ 226.403,73**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 1.051.640,33**	**- 193.050,12**	**- 1.180.225,00**	**+ 987.174,88**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.579,00	3.070,03	500,00	+ 2.570,03	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**1.579,00**	**3.070,03**	**500,00**	**+ 2.570,03**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**- 1.579,00**	**- 3.070,03**	**- 500,00**	**- 2.570,03**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 1.053.219,33**	**- 196.120,15**	**- 1.180.725,00**	**+ 984.604,85**	**-**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	-

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **Ref. 0500 Sozialreferat**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**229.237,68**	**0,00**	**600,00**	**0,00**	**202.398,06**	**202.998,06**	**1.213.578,61**	**+ 1.010.580,55**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**1.280.878,01**	**1.180.225,00**	**32.325,31**	**39.578,41**	**165.388,48**	**1.417.517,20**	**1.406.628,73**	**- 10.888,47**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 1.051.640,33**	**- 1.180.225,00**	**- 31.725,31**	**- 39.578,41**	**37.009,58**	**- 1.214.519,14**	**- 193.050,12**	**+ 1.021.469,02**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit									
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit									
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.579,00	500,00	2.600,00	0,00	0,00	3.100,00	3.070,03	- 29,97
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**1.579,00**	**500,00**	**2.600,00**	**0,00**	**0,00**	**3.100,00**	**3.070,03**	**- 29,97**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**- 1.579,00**	**- 500,00**	**- 2.600,00**	**0,00**	**0,00**	**- 3.100,00**	**- 3.070,03**	**+ 29,97**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 1.053.219,33**	**- 1.180.725,00**	**- 34.325,31**	**- 39.578,41**	**37.009,58**	**- 1.217.619,14**	**- 196.120,15**	**+ 1.021.498,99**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit									
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilhaushalt

Fachbereich 50

Soziales und Gesundheit

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **FB 50 Soziales und Gesundheit**

	Erträge und Aufwendungen	**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	5.461.660,17	6.119.338,30	6.200.000,00	- 80.661,70	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	18.131.952,97	16.509.420,49	16.847.700,00	- 338.279,51	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	8.044,58	8.043,00	7.476,00	+ 567,00	-
4	Sonstige Transfererträge	7.047.673,72	8.351.205,21	7.245.700,00	+ 1.105.505,21	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	1.527.306,55	1.716.306,46	1.316.300,00	+ 400.006,46	-
6	Privatrechtliche Entgelte	14.463,40	4.795,38	0,00	+ 4.795,38	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	82.654.584,89	82.887.938,43	84.417.600,00	- 1.529.661,57	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	2.682,43	2.359,61	0,00	+ 2.359,61	-
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	147.187,07	1.164,74	0,00	+ 1.164,74	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**114.995.555,78**	**115.600.571,62**	**116.034.776,00**	**- 434.204,38**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Aufwendungen für aktives Personal	22.687.011,43	21.988.039,77	20.920.051,00	+ 1.067.988,77	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	3.029.799,26	3.044.411,95	2.988.694,00	+ 55.717,95	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	625.901,38	772.105,55	1.013.200,00	- 241.094,45	0,00
16	Abschreibungen	670.539,43	529.723,17	155.031,38	+ 374.691,79	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	98.779.682,04	101.236.161,30	101.991.300,00	- 755.138,70	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	64.360.072,40	63.847.592,85	64.281.800,00	- 434.207,15	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**190.153.005,94**	**191.418.034,59**	**191.350.076,38**	**+ 67.958,21**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 75.157.450,16**	**- 75.817.462,97**	**- 75.315.300,38**	**- 502.162,59**	**-**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	281.481,68	138.764,42	10.000,00	+ 128.764,42	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	53.175,85	30.238,51	0,00	+ 30.238,51	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**228.305,83**	**108.525,91**	**10.000,00**	**+ 98.525,91**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 74.929.144,33**	**- 75.708.937,06**	**- 75.305.300,38**	**- 403.636,68**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus ILV	79.623,10	80.501,10	89.200,00	- 8.698,90	-
27	Aufwendungen aus ILV	2.002.979,38	1.964.342,63	2.021.808,88	- 57.466,25	-
28	**Saldo aus ILV**	**- 1.923.356,28**	**- 1.883.841,53**	**- 1.932.608,88**	**+ 48.767,35**	**-**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 76.852.500,61**	**- 77.592.778,59**	**- 77.237.909,26**	**- 354.869,33**	**-**

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **FB 50 Soziales und Gesundheit**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	5.461.660,17	6.200.000,00	0,00	0,00	0,00	6.200.000,00	6.119.338,30	- 80.661,70
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	18.131.952,97	16.847.700,00	0,00	0,00	0,00	16.847.700,00	16.509.420,49	- 338.279,51
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	8.044,58	7.476,00	0,00	0,00	0,00	7.476,00	8.043,00	+ 567,00
4	Sonstige Transfererträge	7.047.673,72	7.245.700,00	0,00	0,00	0,00	7.245.700,00	8.351.205,21	+ 1.105.505,21
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	1.527.306,55	1.316.300,00	0,00	0,00	0,00	1.316.300,00	1.716.306,46	+ 400.006,46
6	Privatrechtliche Entgelte	14.463,40	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4.795,38	+ 4.795,38
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	82.654.584,89	84.417.600,00	0,00	0,00	0,00	84.417.600,00	82.887.938,43	- 1.529.661,57
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	2.682,43	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.359,61	+ 2.359,61
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	147.187,07	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.164,74	+ 1.164,74
12	**Summe ordentliche Erträge**	**114.995.555,78**	**116.034.776,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**116.034.776,00**	**115.600.571,62**	**- 434.204,38**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Aufwendungen für aktives Personal	22.687.011,43	20.920.051,00	976.353,48	0,00	91.635,29	21.988.039,77	21.988.039,77	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	3.029.799,26	2.988.694,00	55.717,95	0,00	0,00	3.044.411,95	3.044.411,95	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	625.901,38	1.013.200,00	- 24.700,00	15.746,81	- 101.997,32	902.249,49	772.105,55	- 130.143,94
16	Abschreibungen	670.539,43	155.031,38	0,00	0,00	0,00	155.031,38	529.723,17	+ 374.691,79
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	98.779.682,04	101.991.300,00	- 5.593,00	0,00	- 139.400,00	101.846.307,00	101.236.161,30	- 610.145,70
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	64.360.072,40	64.281.800,00	- 21.400,00	4.866,85	- 194.237,97	64.071.028,88	63.847.592,85	- 223.436,03
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**190.153.005,94**	**191.350.076,38**	**980.378,43**	**20.613,66**	**- 344.000,00**	**192.007.068,47**	**191.418.034,59**	**- 589.033,88**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 75.157.450,16**	**- 75.315.300,38**	**- 980.378,43**	**- 20.613,66**	**344.000,00**	**- 75.972.292,47**	**- 75.817.462,97**	**+ 154.829,50**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	281.481,68	10.000,00	359,92	0,00	29.889,87	40.249,79	138.764,42	+ 98.514,63
23	Außerordentliche Aufwendungen	53.175,85	0,00	359,92	0,00	29.889,87	30.249,79	30.238,51	- 11,28
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**228.305,83**	**10.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**10.000,00**	**108.525,91**	**+ 98.525,91**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 74.929.144,33**	**- 75.305.300,38**	**- 980.378,43**	**- 20.613,66**	**344.000,00**	**- 75.962.292,47**	**- 75.708.937,06**	**+ 253.355,41**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus ILV	79.623,10	89.200,00	0,00	0,00	0,00	89.200,00	80.501,10	- 8.698,90
27	Aufwendungen aus ILV	2.002.979,38	2.021.808,88	0,00	0,00	0,00	2.021.808,88	1.964.342,63	- 57.466,25
28	**Saldo aus ILV**	**- 1.923.356,28**	**- 1.932.608,88**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**- 1.932.608,88**	**- 1.883.841,53**	**+ 48.767,35**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 76.852.500,61**	**- 77.237.909,26**	**- 980.378,43**	**- 20.613,66**	**344.000,00**	**- 77.894.901,35**	**- 77.592.778,59**	**+ 302.122,76**

Produktübersicht

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 50 Soziales und Gesundheit

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013 Saldo - Euro -	Ergebnis 2014 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2014 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2014 Saldo - Euro -	Ansatz 2014 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.11	***Innere Verwaltung***						
1.11.1111	**Politische Gremien FB 50 (Sozialvers.)**						
1.11.1111.01	Politische Gremien FB 50 (Sozialvers.)	-1.521,38	0,00	105,36	-105,36	-1.700,00	1.594,64
Summe Produktgruppe		**-1.521,38**	**0,00**	**105,36**	**-105,36**	**-1.700,00**	**1.594,64**
1.12	***Sicherheit und Ordnung***						
1.12.1222	**Ordnungsangelegenheiten FB 50**						
1.12.1222.70	Obdachlosenangelegenheiten	-20.016,10	574,53	22.773,96	-22.199,43	-28.093,38	5.893,95
Summe Produktgruppe		**-20.016,10**	**574,53**	**22.773,96**	**-22.199,43**	**-28.093,38**	**5.893,95**
1.21	***Schulträgeraufgaben***						
1.21.2431	**Sonstige schulische Aufgaben FB 50**						
1.21.2431.01	Sonstige schulische Aufgaben FB 50	-1.204.698,36	0,00	1.184.421,62	-1.184.421,62	-1.282.000,00	97.578,38
Summe Produktgruppe		**-1.204.698,36**	**0,00**	**1.184.421,62**	**-1.184.421,62**	**-1.282.000,00**	**97.578,38**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 50 Soziales und Gesundheit

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014			Ansatz 2014	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.31	***Soziale Hilfen***						
1.31.3111	**Hilfe zum Lebensunterh. (3.Kap.SGB XII)**						
1.31.3111.10	Laufende Leistungen	-5.684.577,17	794.332,06	6.447.986,93	-5.653.654,87	-5.817.928,54	164.273,67
1.31.3111.20	Einm. Leist. an Empf. lfd. Leist.	-531.209,98	38.399,63	672.278,76	-633.879,13	-479.873,85	-154.005,28
1.31.3111.30	Einm. Leist. an sonst. Leistungsber.	-400.402,62	93.438,69	495.560,84	-402.122,15	-382.881,09	-19.241,06
	Summe Produktgruppe	**-6.616.189,77**	**926.170,38**	**7.615.826,53**	**-6.689.656,15**	**-6.680.683,48**	**-8.972,67**
1.31.3112	**Hilfe zur Pflege (7. Kap. SGB XII)**						
1.31.3112.10	Pflegegeld bei erheblicher Pflegebed.	-99.211,93	5.126,12	102.395,81	-97.269,69	-108.747,48	11.477,79
1.31.3112.20	Pflegegeld bei schwerer Pflegebed.	-93.652,34	0,00	87.124,64	-87.124,64	-97.099,48	9.974,84
1.31.3112.30	Pflegegeld bei schwerster Pflegebed.	-45.660,18	0,00	49.722,48	-49.722,48	-50.102,82	380,34
1.31.3112.40	Sonst. andere Leistungen	-190.669,31	13.331,41	176.509,14	-163.177,73	-205.893,44	42.715,71
1.31.3112.41	Angemessene Aufwend. für die Pflegepers.	-2.016,61	0,00	1.320,60	-1.320,60	-1.390,44	69,84
1.31.3112.42	Angemessene Beihilfen	-116.117,77	2.295,04	117.193,47	-114.898,43	-119.986,86	5.088,43
1.31.3112.44	Kostenübern. f. Heranz. e. bes. Pflegek.	-927.908,01	17.860,97	881.103,38	-863.242,41	-1.054.679,93	191.437,52
1.31.3112.45	Hilfsmittel	-34.298,52	0,00	32.202,08	-32.202,08	-32.993,44	791,36
1.31.3112.50	Teilstationäre Pflege	-19,00	0,00	507,00	-507,00	0,00	-507,00

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 50 Soziales und Gesundheit

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014			Ansatz 2014	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.31.3112.60	Vollstationäre Dauerpflege	-47.178,10	1.098,00	275,70	822,30	0,00	822,30
1.31.3112.61	Pflegekosten stationär Pflegestufe 0	-1.003.472,72	98.511,38	941.187,12	-842.675,74	-1.162.604,46	319.928,72
1.31.3112.62	Pflegekosten stationär Pflegestufe 1	-1.007.551,59	1.864.629,88	3.013.616,98	-1.148.987,10	-963.170,79	-185.816,31
1.31.3112.63	Pflegekosten stationär Pflegestufe 2	-1.395.934,82	1.928.733,27	3.401.027,85	-1.472.294,58	-1.102.724,43	-369.570,15
1.31.3112.64	Pflegekosten stationär Pflegestufe 3	-1.052.598,44	1.392.313,48	2.627.211,92	-1.234.898,44	-938.458,95	-296.439,49
1.31.3112.70	Kurzzeitpflege	-217.952,12	1.075,45	197.526,90	-196.451,45	-169.398,54	-27.052,91
Summe Produktgruppe		**-6.234.241,46**	**5.324.975,00**	**11.628.925,07**	**-6.303.950,07**	**-6.007.251,06**	**-296.699,01**
1.31.3113	**Eingliederungshilfe für behind. Menschen**						
1.31.3113.10	Leist. zur medizinischen Rehabilitation	-317.619,24	358.383,19	330.798,04	27.585,15	-169.816,81	197.401,96
1.31.3113.21	Hilfe zu einer angemessenen Schulbildung	-3.039.651,62	184.940,79	3.567.429,06	-3.382.488,27	-3.121.727,58	-260.760,69
1.31.3113.22	Hilfe z. schul. Ausb. f. e. angem. Beruf	-38.227,02	0,00	28.274,09	-28.274,09	-57.826,35	29.552,26
1.31.3113.30	Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	0,00	0,00	9.738,82	-9.738,82	0,00	-9.738,82
1.31.3113.41	Leist. in anerk. Werkst. f. beh. M.	-11.404.027,62	218.733,67	11.392.536,30	-11.173.802,63	-11.676.491,29	502.688,66
1.31.3113.61	Hilfsmittel	-26.267,44	0,00	39.771,17	-39.771,17	-23.269,91	-16.501,26
1.31.3113.62	Heilpädagogische Leistungen für Kinder	-4.118.420,39	182.563,14	4.494.803,81	-4.312.240,67	-4.080.508,68	-231.731,99
1.31.3113.63	Hilfe z. Erw. prakt. Kenntn. u. Fähigk.	-6.196.572,08	16.624,47	6.247.919,07	-6.231.294,60	-6.174.444,31	-56.850,29
1.31.3113.64	Hilfe z. Förd. d. Verständ. m. d. Umwelt	-49.105,21	0,00	-481,72	481,72	-45.691,03	46.172,75

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 50 Soziales und Gesundheit

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014			Ansatz 2014	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.31.3113.65	Hilfe b. Beschaff.,Ausst.,Erh. Wohnung	0,00	0,00	0,00	0,00	-5.000,00	5.000,00
1.31.3113.66	H. z. selbstbest. L. i. betr. Wohnmögl.	-19.465.601,99	1.688.873,97	22.443.368,68	-20.754.494,71	-20.011.062,12	-743.432,59
1.31.3113.67	Hilfe z. Teilh. a. gem. u. kult. Leben	-740.026,86	1.829,55	685.771,46	-683.941,91	-675.378,94	-8.562,97
1.31.3113.71	Hilfen in einer Pflegefamilie	-68.582,81	0,00	46.727,90	-46.727,90	-10.913,99	-35.813,91
Summe Produktgruppe		**-45.464.102,28**	**2.651.948,78**	**49.286.656,68**	**-46.634.707,90**	**-46.052.131,01**	**-582.576,89**
1.31.3114	**Hilfen zur Gesundheit**						
1.31.3114.20	Hilfe bei Krankheit	-127.183,77	22.976,22	135.574,15	-112.597,93	-128.520,40	15.922,47
1.31.3114.30	Hilfe zur Familienplanung	-74.903,76	0,00	80.043,49	-80.043,49	-61.279,54	-18.763,95
1.31.3114.40	Hilfe bei Schwanger- und Mutterschaft	-8.492,48	150,00	8.694,10	-8.544,10	-8.265,11	-278,99
1.31.3114.60	Übern. Krankenbeh. § 264 Abs.7 SGB V	-2.475.738,79	0,00	2.076.737,13	-2.076.737,13	-2.486.324,51	409.587,38
Summe Produktgruppe		**-2.686.318,80**	**23.126,22**	**2.301.048,87**	**-2.277.922,65**	**-2.684.389,56**	**406.466,91**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 50 Soziales und Gesundheit

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014			Ansatz 2014	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.31.3115	**H.z.Überwind. bes. soz. Schw./in and.L.**						
1.31.3115.10	Hilfe zur Überwindung bes. soz. Schwier.	-240.660,39	1.508.947,80	1.771.170,30	-262.222,50	-406.978,26	144.755,76
1.31.3115.20	Blindenhilfe	-85.700,66	173.141,68	250.158,98	-77.017,30	-76.989,39	-27,91
1.31.3115.40	Altenhilfe	-84.366,64	21.133,61	104.943,98	-83.810,37	-88.155,92	4.345,55
1.31.3115.50	Bestattungskosten	-403.191,66	4.462,60	433.703,90	-429.241,30	-393.226,19	-36.015,11
1.31.3115.60	Hilfe in sonstigen Lebenslagen	-1.062,15	0,00	0,00	0,00	-3.784,44	3.784,44
Summe Produktgruppe		**-814.981,50**	**1.707.685,69**	**2.559.977,16**	**-852.291,47**	**-969.134,20**	**116.842,73**
1.31.3116	**Grundsicher. i. Alt. u. b. Erwerbsmind.**						
1.31.3116.10	GruSi außerhalb von Einrichtungen	-2.065.652,92	22.931.759,53	20.359.826,74	2.571.932,79	3.398.546,13	-826.613,34
1.31.3116.30	GruSi stationär	-6.009.384,99	2.846.247,22	8.332.287,37	-5.486.040,15	-5.859.569,82	373.529,67
Summe Produktgruppe		**-8.075.037,91**	**25.778.006,75**	**28.692.114,11**	**-2.914.107,36**	**-2.461.023,69**	**-453.083,67**
1.31.3117	**Zahlungen Quotales System**						
1.31.3117.10	Zahlungen quotales System	46.812.287,59	41.932.000,00	32.257,62	41.899.742,38	41.854.633,56	45.108,82
Summe Produktgruppe		**46.812.287,59**	**41.932.000,00**	**32.257,62**	**41.899.742,38**	**41.854.633,56**	**45.108,82**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 50 Soziales und Gesundheit

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013 Saldo - Euro -	Ergebnis 2014 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2014 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2014 Saldo - Euro -	Ansatz 2014 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.31.3119	**Verwalt. d. Soz.hilfe (ohne Verw. Einr.)**						
1.31.3119.10	Verwalt. d. Soz.hilfe (o. Einr./Wohnen)	-166.790,20	165,24	165.892,47	-165.727,23	-196.701,04	30.973,81
1.31.3119.20	Unterhaltssicherung	-32.842,49	0,00	26.141,40	-26.141,40	-28.140,36	1.998,96
Summe Produktgruppe		**-199.632,69**	**165,24**	**192.033,87**	**-191.868,63**	**-224.841,40**	**32.972,77**
1.31.3121	**Leistungen für Unterkunft und Heizung**						
1.31.3121.10	Leistungen für Unterkunft und Heizung	-30.612.000,24	22.538.515,52	53.117.717,20	-30.579.201,68	-30.691.169,61	111.967,93
Summe Produktgruppe		**-30.612.000,24**	**22.538.515,52**	**53.117.717,20**	**-30.579.201,68**	**-30.691.169,61**	**111.967,93**
1.31.3122	**Eingliederungsleistungen**						
1.31.3122.10	Eingliederungsleistungen	-234.939,80	0,00	268.922,84	-268.922,84	-235.233,16	-33.689,68
Summe Produktgruppe		**-234.939,80**	**0,00**	**268.922,84**	**-268.922,84**	**-235.233,16**	**-33.689,68**
1.31.3123	**Einmalige Leistungen**						
1.31.3123.10	Einmalige Leistungen	-457.388,08	0,00	477.561,69	-477.561,69	-550.341,08	72.779,39
Summe Produktgruppe		**-457.388,08**	**0,00**	**477.561,69**	**-477.561,69**	**-550.341,08**	**72.779,39**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 50 Soziales und Gesundheit

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013 Saldo - Euro -	Ergebnis 2014 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2014 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2014 Saldo - Euro -	Ansatz 2014 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.31.3126	**Bildungs- und Teilhabepaket SGB II**						
1.31.3126.10	Bildungs- und Teilhabepaket SGB II	-1.044.653,76	0,00	1.169.103,38	-1.169.103,38	-1.027.000,00	-142.103,38
Summe Produktgruppe		**-1.044.653,76**	**0,00**	**1.169.103,38**	**-1.169.103,38**	**-1.027.000,00**	**-142.103,38**
1.31.3129	**Verwalt. d. Grundsich. f. Arb.suchende**						
1.31.3129.10	Verwalt. d. Grundsich. f. Arb.suchende	-4.288.080,87	5.101.964,47	9.334.675,56	-4.232.711,09	-4.070.517,52	-162.193,57
Summe Produktgruppe		**-4.288.080,87**	**5.101.964,47**	**9.334.675,56**	**-4.232.711,09**	**-4.070.517,52**	**-162.193,57**
1.31.3130	**Leist. n. d. Asylbewerberleist.gesetz**						
1.31.3130.10	Leist. n. d. Asylbewerberleist.gesetz	-153.537,16	243.611,57	378.174,49	-134.562,92	-124.978,91	-9.584,01
Summe Produktgruppe		**-153.537,16**	**243.611,57**	**378.174,49**	**-134.562,92**	**-124.978,91**	**-9.584,01**
1.31.3151	**Soz. Einr. f. Ältere (ohne Pfl.einr.)**						
1.31.3151.10	Altentagesstätten	-322.580,93	2.703,66	337.017,10	-334.313,44	-338.760,80	4.447,36
1.31.3151.20	Förderung der Altenpflege	-1.090.995,41	642,43	1.101.819,12	-1.101.176,69	-1.145.805,98	44.629,29
1.31.3151.30	Altenpflege	-300.232,73	119,58	352.961,20	-352.841,62	-289.914,64	-62.926,98
1.31.3151.40	Altenhilfeplanung	-134.147,24	12.922,10	164.322,05	-151.399,95	-129.295,59	-22.104,36
Summe Produktgruppe		**-1.847.956,31**	**16.387,77**	**1.956.119,47**	**-1.939.731,70**	**-1.903.777,01**	**-35.954,69**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 50 Soziales und Gesundheit

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013 Saldo - Euro -	Ergebnis 2014 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2014 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2014 Saldo - Euro -	Ansatz 2014 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.31.3152	**Soz. Einr. f. pfl.bed. ält. Menschen**						
1.31.3152.10	Soz. Einr. f. pfl.bed. ält. Menschen	17.010,07	158.054,69	189.252,75	-31.198,06	-4.089,96	-27.108,10
1.31.3152.20	Pflegestützpunkt	-45.590,61	50.030,03	79.605,78	-29.575,75	-54.641,08	25.065,33
1.31.3152.30	Sozialstationen	-162.564,84	655.945,31	800.789,91	-144.844,60	-147.031,44	2.186,84
Summe Produktgruppe		**-191.145,38**	**864.030,03**	**1.069.648,44**	**-205.618,41**	**-205.762,48**	**144,07**
1.31.3153	**Soz. Einr. f. Menschen mit Behind.**						
1.31.3153.10	Soz. Einr. f. Menschen mit Behind.	-85.971,80	5.000,00	87.110,40	-82.110,40	-87.561,56	5.451,16
Summe Produktgruppe		**-85.971,80**	**5.000,00**	**87.110,40**	**-82.110,40**	**-87.561,56**	**5.451,16**
1.31.3154	**Soz. Einricht. f. Wohnungslose**						
1.31.3154.10	Unterbringung	-864.238,96	663.873,84	1.548.449,64	-884.575,80	-819.607,98	-64.967,82
1.31.3154.20	Beratung und Betreuung	-298.742,44	106,55	365.265,38	-365.158,83	-258.826,53	-106.332,30
Summe Produktgruppe		**-1.162.981,40**	**663.980,39**	**1.913.715,02**	**-1.249.734,63**	**-1.078.434,51**	**-171.300,12**
1.31.3155	**Soz. Einr. f. Aussiedler und Ausländer**						
1.31.3155.10	Soz. Einr. f. Aussiedler und Ausländer	-130.348,75	36.468,30	154.557,11	-118.088,81	-149.761,27	31.672,46
Summe Produktgruppe		**-130.348,75**	**36.468,30**	**154.557,11**	**-118.088,81**	**-149.761,27**	**31.672,46**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 50 Soziales und Gesundheit

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014			Ansatz 2014	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.31.3156	**Andere soziale Einrichtungen**						
1.31.3156.10	Beschäftigungsförderung	-313.535,68	425.515,69	1.068.361,93	-642.846,24	-762.993,55	120.147,31
Summe Produktgruppe		**-313.535,68**	**425.515,69**	**1.068.361,93**	**-642.846,24**	**-762.993,55**	**120.147,31**
1.31.3157	**Frauenhäuser**						
1.31.3157.10	Förderung von Frauenprojekten	-423.889,22	73.820,22	485.452,57	-411.632,35	-409.758,06	-1.874,29
Summe Produktgruppe		**-423.889,22**	**73.820,22**	**485.452,57**	**-411.632,35**	**-409.758,06**	**-1.874,29**
1.31.3159	**sonstige soziale Einrichtungen**						
1.31.3159.10	Anlauf-/Beratungsstelle f. ehem. Heimki.	-32.326,64	0,00	51.125,76	-51.125,76	-51.447,32	321,56
Summe Produktgruppe		**-32.326,64**	**0,00**	**51.125,76**	**-51.125,76**	**-51.447,32**	**321,56**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 50 Soziales und Gesundheit

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013 Saldo - Euro -	Ergebnis 2014 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2014 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2014 Saldo - Euro -	Ansatz 2014 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.31.3210	**Leist. n. d. Bundesversorgungsgesetz**						
1.31.3210.10	Kriegsopferfürsorge - BVG örtlich	-75.137,73	29.496,03	111.852,45	-82.356,42	-76.742,41	-5.614,01
1.31.3210.20	Kriegsopferfürsorge - BVG ohne SF üö	-63.431,18	1.195.993,74	1.358.551,48	-162.557,74	-132.239,27	-30.318,47
1.31.3210.30	Kriegsopferfürsorge - Sonderfürsorge BVG	-45.380,87	6.691,90	53.294,94	-46.603,04	-42.702,12	-3.900,92
1.31.3210.40	Kriegsopferfürsorge - SVG örtlich	-2.925,29	1.000,00	4.004,21	-3.004,21	-2.754,87	-249,34
1.31.3210.50	Kriegsopferfürsorge - SVG ohne SF üö	-18.696,75	37.967,07	19.270,32	18.696,75	0,00	18.696,75
1.31.3210.70	OEG	-65.774,63	170.322,27	166.774,51	3.547,76	-11.020,32	14.568,08
Summe Produktgruppe		**-271.346,45**	**1.441.471,01**	**1.713.747,91**	**-272.276,90**	**-265.458,99**	**-6.817,91**
1.31.3430	**Betreuungsleistungen**						
1.31.3430.10	Betreuungsleistungen	-719.795,87	7.800,37	689.180,06	-681.379,69	-660.073,78	-21.305,91
Summe Produktgruppe		**-719.795,87**	**7.800,37**	**689.180,06**	**-681.379,69**	**-660.073,78**	**-21.305,91**
1.31.3440	**Hilfe f. Heimkehrer u. polit. Häftlinge**						
1.31.3440.10	Leistungen nach dem StrRehaG/BerRehaG	-53.694,45	166.521,47	222.553,28	-56.031,81	-49.616,46	-6.415,35
Summe Produktgruppe		**-53.694,45**	**166.521,47**	**222.553,28**	**-56.031,81**	**-49.616,46**	**-6.415,35**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 50 Soziales und Gesundheit

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014			Ansatz 2014	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.31.3450	**Landesblindengeld**						
1.31.3450.10	Landesblindengeld	-47.251,19	749.347,46	786.911,14	-37.563,68	-34.548,30	-3.015,38
Summe Produktgruppe		**-47.251,19**	**749.347,46**	**786.911,14**	**-37.563,68**	**-34.548,30**	**-3.015,38**
1.31.3460	**Wohngeld**						
1.31.3460.10	Wohngeld	-1.348.291,00	3.304.898,96	4.687.241,31	-1.382.342,35	-1.347.068,39	-35.273,96
Summe Produktgruppe		**-1.348.291,00**	**3.304.898,96**	**4.687.241,31**	**-1.382.342,35**	**-1.347.068,39**	**-35.273,96**
1.31.3470	**Bildungs- und Teilhabepaket §6b BKGG**						
1.31.3470.10	Bildungs- und Teilhabepaket §6b BKGG	-1.535.437,51	289,49	1.390.373,35	-1.390.083,86	-1.761.214,77	371.130,91
Summe Produktgruppe		**-1.535.437,51**	**289,49**	**1.390.373,35**	**-1.390.083,86**	**-1.761.214,77**	**371.130,91**
1.31.3511	**Krankenversorgung nach dem LAG örtl.**						
1.31.3511.10	Krankenversorgung nach dem LAG örtl.	-27.715,62	0,00	26.869,78	-26.869,78	-21.199,85	-5.669,93
Summe Produktgruppe		**-27.715,62**	**0,00**	**26.869,78**	**-26.869,78**	**-21.199,85**	**-5.669,93**
1.31.3517	**Sonst. Soz. Angelegenh. örtlich**						
1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	-978.165,15	0,00	979.423,25	-979.423,25	-1.006.022,32	26.599,07
Summe Produktgruppe		**-978.165,15**	**0,00**	**979.423,25**	**-979.423,25**	**-1.006.022,32**	**26.599,07**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 50 Soziales und Gesundheit

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013 Saldo - Euro -	Ergebnis 2014 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2014 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2014 Saldo - Euro -	Ansatz 2014 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.31.3518	**Versicherungsangelegenheiten**						
1.31.3518.10	Sozialversicherungsangelegenheiten	-307.878,98	236,88	409.540,89	-409.304,01	-280.820,06	-128.483,95
Summe Produktgruppe		**-307.878,98**	**236,88**	**409.540,89**	**-409.304,01**	**-280.820,06**	**-128.483,95**
1.31.3519	**Verwalt. d. sonst. soz. Hilfen u. Leist.**						
1.31.3519.10	Leistungen des Ausgleichsamtes	-559.552,10	0,00	6.963,92	-6.963,92	0,00	-6.963,92
Summe Produktgruppe		**-559.552,10**	**0,00**	**6.963,92**	**-6.963,92**	**0,00**	**-6.963,92**
1.36	***Kinder-, Jugend- und Familienhilfe***						
1.36.3651	**Tageseinrichtungen für Kinder FB 50**						
1.36.3651.01	Tageseinrichtungen für Kinder FB 50	-76.895,64	0,00	75.601,38	-75.601,38	-82.000,00	6.398,62
Summe Produktgruppe		**-76.895,64**	**0,00**	**75.601,38**	**-75.601,38**	**-82.000,00**	**6.398,62**
1.41	***Gesundheitsdienste***						
1.41.4120	**Gesundheitseinrichtungen**						
1.41.4120.10	Betreuung von psychisch Kranken	-1.840.606,57	3.061,22	1.722.729,48	-1.719.668,26	-1.922.188,15	202.519,89
Summe Produktgruppe		**-1.840.606,57**	**3.061,22**	**1.722.729,48**	**-1.719.668,26**	**-1.922.188,15**	**202.519,89**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 50 Soziales und Gesundheit

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014			Ansatz 2014	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.41.4140	**Maßnahmen der Gesundheitspflege**						
1.41.4140.10	Amtsärztlicher Dienst	-617.331,18	872.349,54	1.449.198,44	-576.848,90	-725.196,02	148.347,12
1.41.4140.20	Ordnungsbehördliche Aufgaben	-250.298,06	227.597,64	489.609,95	-262.012,31	-342.743,46	80.731,15
1.41.4140.30	Kindergesundheit	-1.115.970,20	315.187,85	1.405.507,58	-1.090.319,73	-1.242.719,28	152.399,55
1.41.4140.40	Infekt.prophylaxe und med. Umweltschutz	-757.596,62	181.639,59	1.029.447,01	-847.807,42	-686.279,12	-161.528,30
1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	-417.264,54	150,99	580.219,61	-580.068,62	-470.417,38	-109.651,24
1.41.4140.60	Heimaufsicht	-144.369,05	9.141,13	152.262,30	-143.121,17	-146.634,81	3.513,64
Summe Produktgruppe		**-3.302.829,65**	**1.606.066,74**	**5.106.244,89**	**-3.500.178,15**	**-3.613.990,07**	**113.811,92**
1.52	***Bauen und Wohnen***						
1.52.5221	**Wohnbauförderung**						
1.52.5221.01	Wohnungswirtschaft	-314.529,29	181.753,32	508.951,26	-327.197,94	-320.727,80	-6.470,14
Summe Produktgruppe		**-314.529,29**	**181.753,32**	**508.951,26**	**-327.197,94**	**-320.727,80**	**-6.470,14**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 50 Soziales und Gesundheit

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014			Ansatz 2014	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.99	***Vorleistungen***						
1.99.5000	**Vorleistungen FB 50**						
1.99.5000.01	Vorleistungen FB 50	14.696,61	44.443,67	37.897,12	6.546,55	12.369,94	-5.823,39
Summe Produktgruppe		**14.696,61**	**44.443,67**	**37.897,12**	**6.546,55**	**12.369,94**	**-5.823,39**
Summe Teilhaushalt		**-76.852.500,61**	**115.819.837,14**	**193.412.615,73**	**-77.592.778,59**	**-77.237.909,26**	**-354.869,33**

Kennzahlenübersicht zu den wesentlichen Produkten

Jahresabschluss 2014	Teilhaushalt
Stadt Braunschweig	FB 50 Soziales und Gesundheit

Wesentliche Produkte - Kennzahlen

Produkt Produktkennzahl(en):	Dimension	Berechnung	Ist 2013	Ist 2014	Plan 2014	mehr (+) / weniger (-)
1.31.3111 - Hilfe zum Lebensunterh. (3.Kap.SGB XII)						
Personen HLU a.v.E *)		Durchschnitt	473,0	482,0	410,0	72,0
1.31.3112 - Hilfe zur Pflege (7. Kap. SGB XII)						
Ambulante Hilfe zur Pflege	Fälle	Durchschnitt	234,0	217,0	260,0	-43,0
Stationäre Hilfe zur Pflege	Fälle	Durchschnitt	1.037,0	1.048,0	1.040,0	8,0
1.31.3113 - Eingliederungshilfe für behind. Menschen						
Eingliederungshilfe	Fälle	Durchschnitt	3.061,0	3.114,0	3.040,0	74,0
1.31.3114 - Hilfen zur Gesundheit						
GMG-Fallzahlen		Durchschnitt	325,0	306,0	300,0	6,0
1.31.3116 - Grundsicher. i. Alt. u. b. Erwerbsmind.						
Personen Grundsicherung a.v.E.		Durchschnitt	3.162,0	3.385,0	3.250,0	135,0
1.31.3121.10 - Leistungen für Unterkunft und Heizung						
Bedarfsgemeinschaften SGB II		Durchschnitt	12.301,0	11.947,0	12.050,0	-103,0
1.31.3122.10 - Eingliederungsleistungen						
Bedarfsgemeinschaften SGB II		Durchschnitt	12.301,0	11.947,0	12.050,0	-103,0

*) Im Ergebnis 2013 sind 43 Personen nach den AsylbIG berücksichtigt (Produkt 1.31.3130.10), ab 2014 werden die Personen herausgerechnet.

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **FB 50 Soziales und Gesundheit**

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **FB 50 Soziales und Gesundheit**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**117.699.866,93**	**112.986.231,36**	**116.037.300,00**	**- 3.051.068,64**	**-**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**183.985.592,84**	**182.172.012,80**	**187.880.552,00**	**- 5.708.539,20**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 66.285.725,91**	**- 69.185.781,44**	**- 71.843.252,00**	**+ 2.657.470,56**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	2.412,58	0,00	0,00	+ 0,00	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**2.412,58**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	67.441,21	63.844,63	92.400,00	- 28.555,37	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	22.000,00	- 3.786,58	0,00	- 3.786,58	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**89.441,21**	**60.058,05**	**92.400,00**	**- 32.341,95**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**- 87.028,63**	**- 60.058,05**	**- 92.400,00**	**+ 32.341,95**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 66.372.754,54**	**- 69.245.839,49**	**- 71.935.652,00**	**+ 2.689.812,51**	**-**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	-

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **FB 50 Soziales und Gesundheit**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**117.699.866,93**	**116.037.300,00**	**359,92**	**- 4.213.037,06**	**29.510,02**	**111.854.132,88**	**112.986.231,36**	**+ 1.132.098,48**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**183.985.592,84**	**187.880.552,00**	**- 558.950,71**	**59.063,94**	**- 314.489,98**	**187.066.175,25**	**182.172.012,80**	**- 4.894.162,45**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 66.285.725,91**	**- 71.843.252,00**	**559.310,63**	**- 4.272.101,00**	**344.000,00**	**- 75.212.042,37**	**- 69.185.781,44**	**+ 6.026.260,93**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit									
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	2.412,58	0,00	0,00	0,00	3.643,00	3.643,00	0,00	- 3.643,00
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**2.412,58**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**3.643,00**	**3.643,00**	**0,00**	**- 3.643,00**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit									
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	67.441,21	92.400,00	120.100,00	5.825,68	0,00	218.325,68	63.844,63	- 154.481,05
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	22.000,00	0,00	- 3.643,00	0,00	3.643,00	0,00	- 3.786,58	- 3.786,58
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**89.441,21**	**92.400,00**	**116.457,00**	**5.825,68**	**3.643,00**	**218.325,68**	**60.058,05**	**- 158.267,63**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**- 87.028,63**	**- 92.400,00**	**- 116.457,00**	**- 5.825,68**	**0,00**	**- 214.682,68**	**- 60.058,05**	**+ 154.624,63**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 66.372.754,54**	**- 71.935.652,00**	**442.853,63**	**- 4.277.926,68**	**344.000,00**	**- 75.426.725,05**	**- 69.245.839,49**	**+ 6.180.885,56**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit									
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilhaushalt

Fachbereich 51

Kinder, Jugend und Familie

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **FB 51 Kinder, Jugend und Familie**

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **FB 51 Kinder, Jugend und Familie**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	10.725.824,11	8.681.191,01	8.468.860,00	+ 212.331,01	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	145.452,97	165.307,00	94.669,00	+ 70.638,00	-
4	Sonstige Transfererträge	2.321.107,09	2.431.709,48	1.501.400,00	+ 930.309,48	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	3.450.382,81	3.576.632,59	3.239.700,00	+ 336.932,59	-
6	Privatrechtliche Entgelte	1.262.377,21	1.234.518,43	1.252.100,00	- 17.581,57	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.329.357,25	4.126.338,47	5.535.200,00	- 1.408.861,53	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	6,90	88,65	0,00	+ 88,65	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**22.234.508,34**	**20.215.785,63**	**20.091.929,00**	**+ 123.856,63**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Aufwendungen für aktives Personal	34.176.726,67	35.860.555,23	34.257.279,00	+ 1.603.276,23	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	921.360,73	953.115,24	918.500,00	+ 34.615,24	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.299.790,67	2.430.749,24	2.194.200,00	+ 236.549,24	0,00
16	Abschreibungen	671.115,54	1.015.017,14	809.093,09	+ 205.924,05	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	69.627.449,71	75.829.125,58	76.696.210,00	- 867.084,42	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	8.160.266,17	8.193.833,92	8.302.600,00	- 108.766,08	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**115.856.709,49**	**124.282.396,35**	**123.177.882,09**	**+ 1.104.514,26**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 93.622.201,15**	**- 104.066.610,72**	**- 103.085.953,09**	**- 980.657,63**	**-**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	20.746,08	23.902,11	200,00	+ 23.702,11	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	9.738,82	49.506,66	0,00	+ 49.506,66	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**11.007,26**	**- 25.604,55**	**200,00**	**- 25.804,55**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 93.611.193,89**	**- 104.092.215,27**	**- 103.085.753,09**	**- 1.006.462,18**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus ILV	0,00	0,00	0,00	0,00	-
27	Aufwendungen aus ILV	3.391.510,22	3.596.788,64	3.529.986,59	+ 66.802,05	-
28	**Saldo aus ILV**	**- 3.391.510,22**	**- 3.596.788,64**	**- 3.529.986,59**	**- 66.802,05**	**-**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 97.002.704,11**	**- 107.689.003,91**	**- 106.615.739,68**	**- 1.073.264,23**	**-**

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **FB 51 Kinder, Jugend und Familie**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	10.725.824,11	8.468.860,00	25.000,00	0,00	108.848,22	8.602.708,22	8.681.191,01	+ 78.482,79
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	145.452,97	94.669,00	0,00	0,00	0,00	94.669,00	165.307,00	+ 70.638,00
4	Sonstige Transfererträge	2.321.107,09	1.501.400,00	0,00	0,00	0,00	1.501.400,00	2.431.709,48	+ 930.309,48
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	3.450.382,81	3.239.700,00	0,00	0,00	43.545,80	3.283.245,80	3.576.632,59	+ 293.386,79
6	Privatrechtliche Entgelte	1.262.377,21	1.252.100,00	0,00	0,00	2.374,00	1.254.474,00	1.234.518,43	- 19.955,57
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.329.357,25	5.535.200,00	0,00	0,00	0,00	5.535.200,00	4.126.338,47	- 1.408.861,53
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	6,90	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	88,65	+ 88,65
12	**Summe ordentliche Erträge**	**22.234.508,34**	**20.091.929,00**	**25.000,00**	**0,00**	**154.768,02**	**20.271.697,02**	**20.215.785,63**	**- 55.911,39**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Aufwendungen für aktives Personal	34.176.726,67	34.257.279,00	1.536.347,34	16.700,00	90.799,57	35.901.125,91	35.860.555,23	- 40.570,68
14	Aufwendungen für Versorgung	921.360,73	918.500,00	34.615,24	0,00	0,00	953.115,24	953.115,24	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.299.790,67	2.194.200,00	69.000,00	181.811,60	225.456,65	2.670.468,25	2.430.749,24	- 239.719,01
16	Abschreibungen	671.115,54	809.093,09	0,00	0,00	0,00	809.093,09	1.015.017,14	+ 205.924,05
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	69.627.449,71	76.696.210,00	- 1.358.500,00	1.728.375,91	- 689.477,24	76.376.608,67	75.829.125,58	- 547.483,09
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	8.160.266,17	8.302.600,00	0,00	10.823,53	44.203,49	8.357.627,02	8.193.833,92	- 163.793,10
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**115.856.709,49**	**123.177.882,09**	**281.462,58**	**1.937.711,04**	**- 329.017,53**	**125.068.038,18**	**124.282.396,35**	**- 785.641,83**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 93.622.201,15**	**- 103.085.953,09**	**- 256.462,58**	**- 1.937.711,04**	**483.785,55**	**- 104.796.341,16**	**- 104.066.610,72**	**+ 729.730,44**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	20.746,08	200,00	0,00	0,00	10.886,53	11.086,53	23.902,11	+ 12.815,58
23	Außerordentliche Aufwendungen	9.738,82	0,00	0,00	0,00	10.886,53	10.886,53	49.506,66	+ 38.620,13
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**11.007,26**	**200,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**200,00**	**- 25.604,55**	**- 25.804,55**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 93.611.193,89**	**- 103.085.753,09**	**- 256.462,58**	**- 1.937.711,04**	**483.785,55**	**- 104.796.141,16**	**- 104.092.215,27**	**+ 703.925,89**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus ILV	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Aufwendungen aus ILV	3.391.510,22	3.529.986,59	0,00	0,00	0,00	3.529.986,59	3.596.788,64	+ 66.802,05
28	**Saldo aus ILV**	**- 3.391.510,22**	**- 3.529.986,59**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**- 3.529.986,59**	**- 3.596.788,64**	**- 66.802,05**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 97.002.704,11**	**- 106.615.739,68**	**- 256.462,58**	**- 1.937.711,04**	**483.785,55**	**- 108.326.127,75**	**- 107.689.003,91**	**+ 637.123,84**

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **FB 51 Kinder, Jugend und Familie**

Produktübersicht

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 51 Kinder, Jugend und Familie

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014			Ansatz 2014	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.31	***Soziale Hilfen***						
1.31.3410	**Unterhaltsvorschussleistungen**						
1.31.3410.01	Unterhaltsvorschussleistungen	-476.251,62	2.998.579,61	3.438.286,21	-439.706,60	-853.280,40	413.573,80
Summe Produktgruppe		**-476.251,62**	**2.998.579,61**	**3.438.286,21**	**-439.706,60**	**-853.280,40**	**413.573,80**
1.36	***Kinder-, Jugend- und Familienhilfe***						
1.36.3610	**Förd. v. Kindern in Tageseinrichtungen**						
1.36.3610.01	Tagespflege als Hilfe zur Erziehung	-97.586,76	0,00	64.044,69	-64.044,69	-54.621,48	-9.423,21
Summe Produktgruppe		**-97.586,76**	**0,00**	**64.044,69**	**-64.044,69**	**-54.621,48**	**-9.423,21**
1.36.3620	**Jugendarbeit**						
1.36.3620.01	Kinder- und Jugendarbeit außer. v. Einr.	-936.794,51	329.426,38	1.273.587,00	-944.160,62	-908.966,88	-35.193,74
1.36.3620.02	Kinder- und Jugendverbandsarbeit	-779.748,55	4.178,52	905.528,10	-901.349,58	-789.405,88	-111.943,70
Summe Produktgruppe		**-1.716.543,06**	**333.604,90**	**2.179.115,10**	**-1.845.510,20**	**-1.698.372,76**	**-147.137,44**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 51 Kinder, Jugend und Familie

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013 Saldo - Euro -	Ergebnis 2014 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2014 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2014 Saldo - Euro -	Ansatz 2014 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.36.3630	**Sonst.Leist.z.Förd.jung.Mensch./Familien**						
1.36.3630.02	Serviceleistungen	-79.302,89	8.901,24	0,00	8.901,24	-95.600,20	104.501,44
1.36.3630.03	Jugendhilfeplanung	-206.334,08	0,01	191.317,07	-191.317,06	-227.300,96	35.983,90
1.36.3630.04	Jugendsozialarbeit	-1.538.490,39	323.625,14	2.137.543,96	-1.813.918,82	-1.818.587,18	4.668,36
1.36.3630.05	Kinder- und Jugendschutz	-168.874,78	5.000,00	190.758,48	-185.758,48	-156.525,99	-29.232,49
1.36.3630.06	Beratung	-3.598.293,93	969,93	3.652.852,19	-3.651.882,26	-3.775.127,72	123.245,46
1.36.3630.07	Betreuung/ambulante Erziehungshilfe	-6.067.915,66	153.410,63	6.658.057,32	-6.504.646,69	-6.797.649,56	293.002,87
1.36.3630.08	Adoption/Pflegekinder	-3.142.548,61	375.620,11	3.563.727,43	-3.188.107,32	-2.644.609,88	-543.497,44
1.36.3630.09	Stationäre Betreuung/Heimerziehung	-10.191.956,43	1.202.714,88	12.931.175,56	-11.728.460,68	-10.701.851,31	-1.026.609,37
1.36.3630.10	Unterbringung/Betreuung and. Wohnformen	-1.050.573,66	24.665,77	1.054.367,29	-1.029.701,52	-788.207,41	-241.494,11
1.36.3630.11	Inobhutnahme/Notaufnahme	-1.472.562,98	1.152.488,61	3.364.557,79	-2.212.069,18	-1.902.047,06	-310.022,12
1.36.3630.12	Mitwirkung im gerichtlichen Verfahren	-557.768,05	300,66	561.456,54	-561.155,88	-590.531,90	29.376,02
1.36.3630.13	Jugendgerichtshilfe	-454.999,98	44.423,62	470.795,89	-426.372,27	-473.830,75	47.458,48
1.36.3630.14	Vormundschaft, Pflegschaft	-1.370.510,00	352,76	1.368.781,59	-1.368.428,83	-1.202.338,37	-166.090,46
1.36.3630.15	Sonstige Hilfen	-1.100.216,68	482.063,44	885.493,04	-403.429,60	-427.604,99	24.175,39
1.36.3630.16	Frühe Hilfen	0,00	144.223,78	985.297,66	-841.073,88	-819.986,84	-21.087,04
Summe Produktgruppe		**-31.000.348,12**	**3.918.760,58**	**38.016.181,81**	**-34.097.421,23**	**-32.421.800,12**	**-1.675.621,11**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 51 Kinder, Jugend und Familie

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014			Ansatz 2014	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.36.3650	**Tageseinrichtungen für Kinder**						
1.36.3650.01	Betreuung von Kindern unter 3 Jahren	-11.580.129,49	4.867.663,12	17.480.222,71	-12.612.559,59	-12.015.291,91	-597.267,68
1.36.3650.02	Kindergartenbetreuung	-36.484.617,37	5.156.719,50	46.912.644,59	-41.755.925,09	-42.114.296,67	358.371,58
1.36.3650.03	Betreuung von Schulkindern	-9.653.668,12	564.100,07	10.906.885,93	-10.342.785,86	-11.374.679,25	1.031.893,39
1.36.3650.04	Essensversorgung	-15.093,00	1.161.889,26	1.294.759,67	-132.870,41	-20.886,82	-111.983,59
1.36.3650.05	Service für Kindertagesstätten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Produktgruppe		**-57.733.507,98**	**11.750.371,95**	**76.594.512,90**	**-64.844.140,95**	**-65.525.154,65**	**681.013,70**
1.36.3660	**Einrichtungen der Jugendarbeit**						
1.36.3660.01	Schulkindbetreuung in Schulen, KTK, OGS	-3.278,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.36.3660.02	Einrichtungen d. Kinder- u. Jugendarbeit	-5.607.297,53	150.050,02	6.148.637,27	-5.998.587,25	-5.763.863,46	-234.723,79
1.36.3660.03	Kinder- und Jugendzeltplatz Lenste	-239.172,04	435.002,01	650.661,80	-215.659,79	-127.145,22	-88.514,57
Summe Produktgruppe		**-5.849.748,07**	**585.052,03**	**6.799.299,07**	**-6.214.247,04**	**-5.891.008,68**	**-323.238,36**
1.36.3670	**Sonstige Einrichtungen**						
1.36.3670.01	Kinder- und Jugendschutzhaus Ölper	-128.718,50	653.318,67	837.251,87	-183.933,20	-171.501,59	-12.431,61
Summe Produktgruppe		**-128.718,50**	**653.318,67**	**837.251,87**	**-183.933,20**	**-171.501,59**	**-12.431,61**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 51 Kinder, Jugend und Familie

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014			Ansatz 2014	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.99	***Vorleistungen***						
1.99.5100	**Vorleistungen FB 51**						
1.99.5100.01	Vorleistungen FB 51	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Produktgruppe		**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
Summe Teilhaushalt		**-97.002.704,11**	**20.239.687,74**	**127.928.691,65**	**-107.689.003,91**	**-106.615.739,68**	**-1.073.264,23**

Kennzahlenübersicht zu den wesentlichen Produkten

Jahresabschluss 2014	Teilhaushalt
Stadt Braunschweig	FB 51 Kinder, Jugend und Familie

Wesentliche Produkte - Kennzahlen

Produkt Produktkennzahl(en):	Dimension	Berechnung	Ist 2013	Ist 2014	Plan 2014	mehr (+) / weniger (-)
1.36.3630.06 - Beratung						
Beratungsfälle		Durchschnitt	1.064,0	972,0	1.260,0	-288,0
Beratungskontakte		Summe	5.571,0	5.311,0	7.960,0	-2.649,0
1.36.3630.07 - Betreuung/ambulante Erziehungshilfe						
lfd. Fälle		Durchschnitt	425,0	433,0	440,0	-7,0
1.36.3630.11 - Inobhutnahme/Notaufnahme						
Fälle		Summe	525,0	417,0	445,0	-28,0
Unterbringungstage		Summe	11.173,0	15.544,0	8.700,0	6.844,0
1.36.3630.XX - Stationäre Hilfen						
lfd. Fälle		Durchschnitt	257,0	273,0	236,0	37,0
1.36.3650.01 - Betreuung von Kindern unter 3 Jahren						
Kindertagespflege		Endstand	880,0	934,0	813,0	121,0
Krippenbetreuung		Endstand	1.558,0	1.631,0	1.668,0	-37,0
1.36.3650.02 - Kindergartenbetreuung						
Kindergartenbetreuung		Endstand	6.491,0	6.467,0	6.578,0	-111,0
1.36.3650.03 - Betreuung von Schulkindern						
Schulkindbetreuung in Kitas		Endstand	265,0	172,0	195,0	-23,0
Schulkindbetreuung in Schulen, OGS, KTK		Endstand	2.849,0	3.079,0	2.978,0	101,0

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **FB 51 Kinder, Jugend und Familie**

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **FB 51 Kinder, Jugend und Familie**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**21.163.281,96**	**19.570.672,77**	**19.997.460,00**	**- 426.787,23**	**-**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**114.433.899,01**	**121.137.492,70**	**121.627.910,00**	**- 490.417,30**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 93.270.617,05**	**- 101.566.819,93**	**- 101.630.450,00**	**+ 63.630,07**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	1.265.303,45	40.125,00	0,00	+ 40.125,00	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**1.265.303,45**	**40.125,00**	**0,00**	**+ 40.125,00**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	185.995,38	108.590,90	115.800,00	- 7.209,10	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	2.782.441,45	1.321.451,25	35.000,00	+ 1.286.451,25	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**2.968.436,83**	**1.430.042,15**	**150.800,00**	**+ 1.279.242,15**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**- 1.703.133,38**	**- 1.389.917,15**	**- 150.800,00**	**- 1.239.117,15**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 94.973.750,43**	**- 102.956.737,08**	**- 101.781.250,00**	**- 1.175.487,08**	**-**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	-

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **FB 51 Kinder, Jugend und Familie**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**21.163.281,96**	**19.997.460,00**	**25.000,00**	**- 22.472,90**	**163.954,55**	**20.163.941,65**	**19.570.672,77**	**- 593.268,88**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**114.433.899,01**	**121.627.910,00**	**- 494.823,30**	**2.211.253,68**	**- 319.831,00**	**123.024.509,38**	**121.137.492,70**	**- 1.887.016,68**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 93.270.617,05**	**- 101.630.450,00**	**519.823,30**	**- 2.233.726,58**	**483.785,55**	**- 102.860.567,73**	**- 101.566.819,93**	**+ 1.293.747,80**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit									
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	1.265.303,45	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	40.125,00	+ 40.125,00
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**1.265.303,45**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**40.125,00**	**+ 40.125,00**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit									
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	3.551,00	3.551,00	0,00	- 3.551,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	185.995,38	115.800,00	49.500,00	53.630,18	8.003,37	226.933,55	108.590,90	- 118.342,65
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	2.782.441,45	35.000,00	0,00	2.059.313,07	- 1.875,68	2.092.437,39	1.321.451,25	- 770.986,14
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**2.968.436,83**	**150.800,00**	**49.500,00**	**2.112.943,25**	**9.678,69**	**2.322.921,94**	**1.430.042,15**	**- 892.879,79**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**- 1.703.133,38**	**- 150.800,00**	**- 49.500,00**	**- 2.112.943,25**	**- 9.678,69**	**- 2.322.921,94**	**- 1.389.917,15**	**+ 933.004,79**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 94.973.750,43**	**- 101.781.250,00**	**470.323,30**	**- 4.346.669,83**	**474.106,86**	**- 105.183.489,67**	**- 102.956.737,08**	**+ 2.226.752,59**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit									
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig

Teilhaushalt

Referat 0600

Baureferat

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **Ref. 0600 Baureferat**

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **Ref. 0600 Baureferat**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	125,00	125,00	0,00	+ 125,00	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	3.977,07	3.669,50	8.000,00	- 4.330,50	-
6	Privatrechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	34.925,56	33.533,45	27.500,00	+ 6.033,45	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**39.027,63**	**37.327,95**	**35.500,00**	**+ 1.827,95**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Aufwendungen für aktives Personal	513.163,78	503.189,66	475.342,00	+ 27.847,66	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	72.317,99	66.547,86	69.600,00	- 3.052,14	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	21.641,46	45.666,64	78.300,00	- 32.633,36	0,00
16	Abschreibungen	1.820,00	2.257,77	1.954,00	+ 303,77	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	141.004,20	141.150,26	142.400,00	- 1.249,74	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**749.947,43**	**758.812,19**	**767.596,00**	**- 8.783,81**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 710.919,80**	**- 721.484,24**	**- 732.096,00**	**+ 10.611,76**	**-**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 710.919,80**	**- 721.484,24**	**- 732.096,00**	**+ 10.611,76**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus ILV	0,00	0,00	0,00	0,00	-
27	Aufwendungen aus ILV	66.451,55	59.060,48	71.338,93	- 12.278,45	-
28	**Saldo aus ILV**	**- 66.451,55**	**- 59.060,48**	**- 71.338,93**	**+ 12.278,45**	**-**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 777.371,35**	**- 780.544,72**	**- 803.434,93**	**+ 22.890,21**	**-**

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **Ref. 0600 Baureferat**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	125,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	125,00	+ 125,00
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	3.977,07	8.000,00	0,00	0,00	0,00	8.000,00	3.669,50	- 4.330,50
6	Privatrechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	34.925,56	27.500,00	0,00	0,00	1.700,82	29.200,82	33.533,45	+ 4.332,63
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	**Summe ordentliche Erträge**	**39.027,63**	**35.500,00**	**0,00**	**0,00**	**1.700,82**	**37.200,82**	**37.327,95**	**+ 127,13**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Aufwendungen für aktives Personal	513.163,78	475.342,00	27.847,66	0,00	0,00	503.189,66	503.189,66	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	72.317,99	69.600,00	- 3.052,14	0,00	0,00	66.547,86	66.547,86	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	21.641,46	78.300,00	1.700,00	0,00	- 2.970,02	77.029,98	45.666,64	- 31.363,34
16	Abschreibungen	1.820,00	1.954,00	0,00	0,00	0,00	1.954,00	2.257,77	+ 303,77
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	141.004,20	142.400,00	0,00	50.888,83	- 5.634,42	187.654,41	141.150,26	- 46.504,15
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**749.947,43**	**767.596,00**	**26.495,52**	**50.888,83**	**- 8.604,44**	**836.375,91**	**758.812,19**	**- 77.563,72**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 710.919,80**	**- 732.096,00**	**- 26.495,52**	**- 50.888,83**	**10.305,26**	**- 799.175,09**	**- 721.484,24**	**+ 77.690,85**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 710.919,80**	**- 732.096,00**	**- 26.495,52**	**- 50.888,83**	**10.305,26**	**- 799.175,09**	**- 721.484,24**	**+ 77.690,85**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus ILV	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Aufwendungen aus ILV	66.451,55	71.338,93	0,00	0,00	0,00	71.338,93	59.060,48	- 12.278,45
28	**Saldo aus ILV**	**- 66.451,55**	**- 71.338,93**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**- 71.338,93**	**- 59.060,48**	**+ 12.278,45**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 777.371,35**	**- 803.434,93**	**- 26.495,52**	**- 50.888,83**	**10.305,26**	**- 870.514,02**	**- 780.544,72**	**+ 89.969,30**

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **Ref. 0600 Baureferat**

Produktübersicht

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
Ref. 0600 Baureferat

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013 Saldo - Euro -	Ergebnis 2014 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2014 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2014 Saldo - Euro -	Ansatz 2014 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.11	***Innere Verwaltung***						
1.11.1117	**Verwaltungsführung Dez. III**						
1.11.1117.01	Steuerungsunterstützung Baudezernat	-361.783,54	3.669,50	310.879,07	-307.209,57	-360.039,96	52.830,39
1.11.1117.02	Baukoordinierung	-138.343,63	33.533,45	149.660,77	-116.127,32	-159.398,67	43.271,35
1.11.1117.03	Projektsteuerung und Stadtbildgestaltung	-36.734,57	0,00	95.726,69	-95.726,69	0,00	-95.726,69
Summe Produktgruppe		**-536.861,74**	**37.202,95**	**556.266,53**	**-519.063,58**	**-519.438,63**	**375,05**
1.52	***Bauen und Wohnen***						
1.52.5232	**Denkmalschutz und Pflege**						
1.52.5232.01	Bereitstellung von Brunnen und Denkm.	-122.736,87	125,00	135.586,09	-135.461,09	-190.133,73	54.672,64
Summe Produktgruppe		**-122.736,87**	**125,00**	**135.586,09**	**-135.461,09**	**-190.133,73**	**54.672,64**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
Ref. 0600 Baureferat

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014			Ansatz 2014	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.99	***Vorleistungen***						
1.99.0600	**Vorleistungen Ref. 0600**						
1.99.0600.01	Vorleistungen Ref. 0600	-117.772,74	0,00	126.020,05	-126.020,05	-93.862,57	-32.157,48
Summe Produktgruppe		**-117.772,74**	**0,00**	**126.020,05**	**-126.020,05**	**-93.862,57**	**-32.157,48**
Summe Teilhaushalt		**-777.371,35**	**37.327,95**	**817.872,67**	**-780.544,72**	**-803.434,93**	**22.890,21**

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **Ref. 0600 Baureferat**

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **Ref. 0600 Baureferat**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**38.255,27**	**37.360,43**	**35.500,00**	**+ 1.860,43**	**-**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**676.075,87**	**637.421,81**	**688.300,00**	**- 50.878,19**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 637.820,60**	**- 600.061,38**	**- 652.800,00**	**+ 52.738,62**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	18.944,19	10.000,00	+ 8.944,19	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	939,00	500,00	+ 439,00	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**19.883,19**	**10.500,00**	**+ 9.383,19**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**- 19.883,19**	**- 10.500,00**	**- 9.383,19**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 637.820,60**	**- 619.944,57**	**- 663.300,00**	**+ 43.355,43**	**-**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	-

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **Ref. 0600 Baureferat**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**38.255,27**	**35.500,00**	**0,00**	**0,00**	**1.700,82**	**37.200,82**	**37.360,43**	**+ 159,61**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**676.075,87**	**688.300,00**	**- 13.845,17**	**63.991,31**	**- 8.604,44**	**729.841,70**	**637.421,81**	**- 92.419,89**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 637.820,60**	**- 652.800,00**	**13.845,17**	**- 63.991,31**	**10.305,26**	**- 692.640,88**	**- 600.061,38**	**+ 92.579,50**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit									
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit									
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	10.000,00	0,00	14.950,00	- 1.200,00	23.750,00	18.944,19	- 4.805,81
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	500,00	0,00	500,00	1.200,00	2.200,00	939,00	- 1.261,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**10.500,00**	**0,00**	**15.450,00**	**0,00**	**25.950,00**	**19.883,19**	**- 6.066,81**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**- 10.500,00**	**0,00**	**- 15.450,00**	**0,00**	**- 25.950,00**	**- 19.883,19**	**+ 6.066,81**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 637.820,60**	**- 663.300,00**	**13.845,17**	**- 79.441,31**	**10.305,26**	**- 718.590,88**	**- 619.944,57**	**+ 98.646,31**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit									
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilhaushalt

Referat 0610

Stadtbild und Denkmalpflege

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **Ref. 0610 Stadtbild und Denkmalpflege**

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **Ref. 0610 Stadtbild und Denkmalpflege**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	17.650,76	36.638,00	25.500,00	+ 11.138,00	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	129,58	120,00	51,00	+ 69,00	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	3.794,00	6.034,00	4.500,00	+ 1.534,00	-
6	Privatrechtliche Entgelte	0,22	15,79	0,00	+ 15,79	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	16.100,00	25.884,00	55.700,00	- 29.816,00	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Aktivierte Eigenleistungen	720,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**38.394,56**	**68.691,79**	**85.751,00**	**- 17.059,21**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Aufwendungen für aktives Personal	290.392,00	361.053,48	374.883,00	- 13.829,52	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	22.865,12	8.197,99	30.500,00	- 22.302,01	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	24.177,86	41.118,94	97.500,00	- 56.381,06	0,00
16	Abschreibungen	2.897,99	3.649,00	2.816,05	+ 832,95	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	59.474,83	93.868,95	79.800,00	+ 14.068,95	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	47.828,52	52.374,86	2.800,00	+ 49.574,86	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**447.636,32**	**560.263,22**	**588.299,05**	**- 28.035,83**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 409.241,76**	**- 491.571,43**	**- 502.548,05**	**+ 10.976,62**	**-**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	7,00	1.251,00	0,00	+ 1.251,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**- 7,00**	**- 1.251,00**	**0,00**	**- 1.251,00**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 409.248,76**	**- 492.822,43**	**- 502.548,05**	**+ 9.725,62**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus ILV	0,00	0,00	0,00	0,00	-
27	Aufwendungen aus ILV	40.189,62	31.356,79	5.000,00	+ 26.356,79	-
28	**Saldo aus ILV**	**- 40.189,62**	**- 31.356,79**	**- 5.000,00**	**- 26.356,79**	**-**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 449.438,38**	**- 524.179,22**	**- 507.548,05**	**- 16.631,17**	**-**

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **Ref. 0610 Stadtbild und Denkmalpflege**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	17.650,76	25.500,00	0,00	0,00	0,00	25.500,00	36.638,00	+ 11.138,00
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	129,58	51,00	0,00	0,00	0,00	51,00	120,00	+ 69,00
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	3.794,00	4.500,00	0,00	0,00	0,00	4.500,00	6.034,00	+ 1.534,00
6	Privatrechtliche Entgelte	0,22	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	15,79	+ 15,79
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	16.100,00	55.700,00	0,00	0,00	0,00	55.700,00	25.884,00	- 29.816,00
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Aktivierte Eigenleistungen	720,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	**Summe ordentliche Erträge**	**38.394,56**	**85.751,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**85.751,00**	**68.691,79**	**- 17.059,21**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Aufwendungen für aktives Personal	290.392,00	374.883,00	8.780,79	0,00	- 22.610,31	361.053,48	361.053,48	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	22.865,12	30.500,00	- 22.302,01	0,00	0,00	8.197,99	8.197,99	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	24.177,86	97.500,00	- 6.600,00	16.200,00	- 749,03	106.350,97	41.118,94	- 65.232,03
16	Abschreibungen	2.897,99	2.816,05	0,00	0,00	0,00	2.816,05	3.649,00	+ 832,95
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	59.474,83	79.800,00	0,00	17.908,00	0,00	97.708,00	93.868,95	- 3.839,05
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	47.828,52	2.800,00	0,00	0,00	49.693,99	52.493,99	52.374,86	- 119,13
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**447.636,32**	**588.299,05**	**- 20.121,22**	**34.108,00**	**26.334,65**	**628.620,48**	**560.263,22**	**- 68.357,26**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 409.241,76**	**- 502.548,05**	**20.121,22**	**- 34.108,00**	**- 26.334,65**	**- 542.869,48**	**- 491.571,43**	**+ 51.298,05**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Außerordentliche Aufwendungen	7,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.251,00	+ 1.251,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**- 7,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**- 1.251,00**	**- 1.251,00**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 409.248,76**	**- 502.548,05**	**20.121,22**	**- 34.108,00**	**- 26.334,65**	**- 542.869,48**	**- 492.822,43**	**+ 50.047,05**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus ILV	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Aufwendungen aus ILV	40.189,62	5.000,00	0,00	0,00	0,00	5.000,00	31.356,79	+ 26.356,79
28	**Saldo aus ILV**	**- 40.189,62**	**- 5.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**- 5.000,00**	**- 31.356,79**	**- 26.356,79**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 449.438,38**	**- 507.548,05**	**20.121,22**	**- 34.108,00**	**- 26.334,65**	**- 547.869,48**	**- 524.179,22**	**+ 23.690,26**

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **Ref. 0610 Stadtbild und Denkmalpflege**

Produktübersicht

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
Ref. 0610 Stadtbild und Denkmalpflege

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013 Saldo - Euro -	Ergebnis 2014 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2014 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2014 Saldo - Euro -	Ansatz 2014 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.51	***Räumliche Planung und Entwicklung***						
1.51.5118	**Stadtbildgestaltung**						
1.51.5118.01	Stadtbildgestaltung	0,00	4,04	97.411,32	-97.407,28	-153.885,24	56.477,96
Summe Produktgruppe		**0,00**	**4,04**	**97.411,32**	**-97.407,28**	**-153.885,24**	**56.477,96**
1.52	***Bauen und Wohnen***						
1.52.5231	**Denkmalschutz/-pflege**						
1.52.5231.01	Denkmalschutz	-234.177,81	55.348,77	406.094,13	-350.745,36	-250.864,97	-99.880,39
1.52.5231.02	Denkmalpflege	-144.025,71	13.338,28	39.273,92	-25.935,64	-60.308,97	34.373,33
1.52.5231.03	Rechtsbehelfsverfahren Denkmalwesen	-4.971,41	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.52.5231.04	Berichte, Mitwirkungen außerh. v.Verf.	-29.459,52	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.52.5231.06	Fachspezifische Ausbildung Denkmalwesen	-1.155,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.52.5231.07	Sonderaufgaben	-35.648,93	0,70	50.091,64	-50.090,94	-42.488,87	-7.602,07
Summe Produktgruppe		**-449.438,38**	**68.687,75**	**495.459,69**	**-426.771,94**	**-353.662,81**	**-73.109,13**
Summe Teilhaushalt		**-449.438,38**	**68.691,79**	**592.871,01**	**-524.179,22**	**-507.548,05**	**-16.631,17**

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **Ref. 0610 Stadtbild und Denkmalpflege**

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **Ref. 0610 Stadtbild und Denkmalpflege**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**38.149,09**	**68.337,67**	**85.700,00**	**- 17.362,33**	**-**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**316.291,20**	**497.345,72**	**553.100,00**	**- 55.754,28**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 278.142,11**	**- 429.008,05**	**- 467.400,00**	**+ 38.391,95**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	1.638,81	1.900,00	- 261,19	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**1.638,81**	**1.900,00**	**- 261,19**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**- 1.638,81**	**- 1.900,00**	**+ 261,19**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 278.142,11**	**- 430.646,86**	**- 469.300,00**	**+ 38.653,14**	**-**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	-

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **Ref. 0610 Stadtbild und Denkmalpflege**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**38.149,09**	**85.700,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**85.700,00**	**68.337,67**	**- 17.362,33**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**316.291,20**	**553.100,00**	**- 20.121,22**	**48.533,00**	**48.898,09**	**630.409,87**	**497.345,72**	**- 133.064,15**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 278.142,11**	**- 467.400,00**	**20.121,22**	**- 48.533,00**	**- 48.898,09**	**- 544.709,87**	**- 429.008,05**	**+ 115.701,82**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit									
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit									
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	1.900,00	6.600,00	1.516,50	0,00	10.016,50	1.638,81	- 8.377,69
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**1.900,00**	**6.600,00**	**1.516,50**	**0,00**	**10.016,50**	**1.638,81**	**- 8.377,69**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**- 1.900,00**	**- 6.600,00**	**- 1.516,50**	**0,00**	**- 10.016,50**	**- 1.638,81**	**+ 8.377,69**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 278.142,11**	**- 469.300,00**	**13.521,22**	**- 50.049,50**	**- 48.898,09**	**- 554.726,37**	**- 430.646,86**	**+ 124.079,51**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit									
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilhaushalt

Referat 0630

Bauordnung

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **Ref. 0630 Bauordnung**

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **Ref. 0630 Bauordnung**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	117,57	249,73	128,00	+ 121,73	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	1.989.189,38	1.874.280,16	1.733.000,00	+ 141.280,16	-
6	Privatrechtliche Entgelte	5.535,97	435,97	3.000,00	- 2.564,03	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.602.940,15	1.225.552,65	1.671.800,00	- 446.247,35	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	24.000,00	18.779,18	0,00	+ 18.779,18	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**3.621.783,07**	**3.119.297,69**	**3.407.928,00**	**- 288.630,31**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Aufwendungen für aktives Personal	2.551.941,52	2.659.138,18	2.492.776,00	+ 166.362,18	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	206.323,23	221.059,52	184.200,00	+ 36.859,52	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.519.992,73	1.275.864,14	1.685.700,00	- 409.835,86	0,00
16	Abschreibungen	21.788,01	10.380,55	6.516,00	+ 3.864,55	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	362.901,76	384.449,30	348.300,00	+ 36.149,30	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**4.662.947,25**	**4.550.891,69**	**4.717.492,00**	**- 166.600,31**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 1.041.164,18**	**- 1.431.594,00**	**- 1.309.564,00**	**- 122.030,00**	**-**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	406,66	77,50	0,00	+ 77,50	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**406,66**	**77,50**	**0,00**	**+ 77,50**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 1.040.757,52**	**- 1.431.516,50**	**- 1.309.564,00**	**- 121.952,50**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus ILV	2.525,13	2.715,36	2.000,00	+ 715,36	-
27	Aufwendungen aus ILV	295.162,30	306.071,20	326.360,72	- 20.289,52	-
28	**Saldo aus ILV**	**- 292.637,17**	**- 303.355,84**	**- 324.360,72**	**+ 21.004,88**	**-**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 1.333.394,69**	**- 1.734.872,34**	**- 1.633.924,72**	**- 100.947,62**	**-**

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **Ref. 0630 Bauordnung**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	117,57	128,00	0,00	0,00	0,00	128,00	249,73	+ 121,73
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	1.989.189,38	1.733.000,00	0,00	0,00	0,00	1.733.000,00	1.874.280,16	+ 141.280,16
6	Privatrechtliche Entgelte	5.535,97	3.000,00	0,00	0,00	0,00	3.000,00	435,97	- 2.564,03
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.602.940,15	1.671.800,00	0,00	0,00	0,00	1.671.800,00	1.225.552,65	- 446.247,35
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	24.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	18.779,18	+ 18.779,18
12	**Summe ordentliche Erträge**	**3.621.783,07**	**3.407.928,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**3.407.928,00**	**3.119.297,69**	**- 288.630,31**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Aufwendungen für aktives Personal	2.551.941,52	2.492.776,00	166.315,31	0,00	46,87	2.659.138,18	2.659.138,18	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	206.323,23	184.200,00	36.859,52	0,00	0,00	221.059,52	221.059,52	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.519.992,73	1.685.700,00	297.400,00	4.540,00	- 103.964,76	1.883.675,24	1.275.864,14	- 607.811,10
16	Abschreibungen	21.788,01	6.516,00	0,00	0,00	0,00	6.516,00	10.380,55	+ 3.864,55
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	362.901,76	348.300,00	5.700,00	5.663,08	65.854,33	425.517,41	384.449,30	- 41.068,11
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**4.662.947,25**	**4.717.492,00**	**506.274,83**	**10.203,08**	**- 38.063,56**	**5.195.906,35**	**4.550.891,69**	**- 645.014,66**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 1.041.164,18**	**- 1.309.564,00**	**- 506.274,83**	**- 10.203,08**	**38.063,56**	**- 1.787.978,35**	**- 1.431.594,00**	**+ 356.384,35**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	406,66	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	77,50	+ 77,50
23	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**406,66**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**77,50**	**+ 77,50**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 1.040.757,52**	**- 1.309.564,00**	**- 506.274,83**	**- 10.203,08**	**38.063,56**	**- 1.787.978,35**	**- 1.431.516,50**	**+ 356.461,85**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus ILV	2.525,13	2.000,00	0,00	0,00	0,00	2.000,00	2.715,36	+ 715,36
27	Aufwendungen aus ILV	295.162,30	326.360,72	0,00	0,00	0,00	326.360,72	306.071,20	- 20.289,52
28	**Saldo aus ILV**	**- 292.637,17**	**- 324.360,72**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**- 324.360,72**	**- 303.355,84**	**+ 21.004,88**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 1.333.394,69**	**- 1.633.924,72**	**- 506.274,83**	**- 10.203,08**	**38.063,56**	**- 2.112.339,07**	**- 1.734.872,34**	**+ 377.466,73**

Produktübersicht

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
Ref. 0630 Bauordnung

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014			Ansatz 2014	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.52	***Bauen und Wohnen***						
1.52.5210	**Baurecht**						
1.52.5210.01	Auskunft und Beratung	-364.267,96	62.589,72	440.387,14	-377.797,42	-343.487,65	-34.309,77
1.52.5210.02	Bauaktenarchiv	-99.289,45	11.872,70	111.202,35	-99.329,65	-91.164,21	-8.165,44
1.52.5210.03	Bauvoranfrageverfahren	-33.727,51	30.359,14	80.465,58	-50.106,44	-49.781,58	-324,86
1.52.5210.04	Baugenehmigungsverfahren	20.923,62	1.628.862,29	1.762.177,47	-133.315,18	-162.442,23	29.127,05
1.52.5210.05	Bautechnische Nachweise	-118.944,40	1.165.363,31	1.369.894,97	-204.531,66	-162.074,94	-42.456,72
1.52.5210.06	Baulasten	-76.431,28	87.713,99	209.461,28	-121.747,29	-108.312,39	-13.434,90
1.52.5210.07	Abgeschlossenheitsbescheinigungen	36.501,38	37.757,79	20.460,94	17.296,85	16.358,59	938,26
1.52.5210.08	Grundstücksgenehmigungsverfahren	-90.719,43	58.835,71	148.128,11	-89.292,40	-71.568,93	-17.723,47
1.52.5210.09	Überwachung / Durchsetzung öff. Baurecht	-392.375,35	37.632,09	496.921,66	-459.289,57	-463.304,22	4.014,65
1.52.5210.10	Rechtsbehelfsverfahren (Bauaufsicht)	-109.457,54	-140,40	104.678,37	-104.818,77	-98.444,41	-6.374,36
1.52.5210.11	Produkte außerh. bauaufsichtl. Verfahren	-100.115,03	1.244,21	113.185,02	-111.940,81	-99.702,75	-12.238,06
1.52.5210.13	Fachspezifische Ausbildung Bauaufsicht	-1.858,49	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.52.5210.14	Öffentlichkeitsarbeit/sonst.Aufg. B	-3.633,25	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Produktgruppe		**-1.333.394,69**	**3.122.090,55**	**4.856.962,89**	**-1.734.872,34**	**-1.633.924,72**	**-100.947,62**
Summe Teilhaushalt		**-1.333.394,69**	**3.122.090,55**	**4.856.962,89**	**-1.734.872,34**	**-1.633.924,72**	**-100.947,62**

Kennzahlenübersicht zu den wesentlichen Produkten

Jahresabschluss 2014	Teilhaushalt
Stadt Braunschweig	Ref. 0630 Baurecht

Wesentliche Produkte - Kennzahlen

Produkt Produktkennzahl(en):	Dimension	Berechnung	Ist 2013	Ist 2014	Plan 2014	mehr (+) / weniger (-)
1.52.5210.01 - Auskunft und Beratung						
Erteilte persönliche Auskünfte/Beratunge	Anzahl	Summe	1.586,0	1.664,0	1.600,0	64,0
Erteilte telefonische Auskünfte/Beratung	Anzahl	Summe	2.945,0	3.402,0	3.500,0	-98,0
1.52.5210.04 - Baugenehmigungsverfahren						
Erteilte Baugenehmigungen	Anzahl	Summe	1.268,0	1.176,0	1.200,0	-24,0

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **Ref. 0630 Bauordnung**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**3.626.767,39**	**3.084.894,44**	**3.408.100,00**	**- 323.205,56**	**-**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**4.369.377,02**	**4.197.766,07**	**4.519.400,00**	**- 321.633,93**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 742.609,63**	**- 1.112.871,63**	**- 1.111.300,00**	**- 1.571,63**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	526,00	606,73	0,00	+ 606,73	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**526,00**	**606,73**	**0,00**	**+ 606,73**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	8.845,94	2.110,19	3.300,00	- 1.189,81	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**8.845,94**	**2.110,19**	**3.300,00**	**- 1.189,81**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**- 8.319,94**	**- 1.503,46**	**- 3.300,00**	**+ 1.796,54**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 750.929,57**	**- 1.114.375,09**	**- 1.114.600,00**	**+ 224,91**	**-**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	-

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **Ref. 0630 Bauordnung**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**3.626.767,39**	**3.408.100,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**3.408.100,00**	**3.084.894,44**	**- 323.205,56**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**4.369.377,02**	**4.519.400,00**	**355.215,47**	**10.203,08**	**- 38.063,56**	**4.846.754,99**	**4.197.766,07**	**- 648.988,92**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 742.609,63**	**- 1.111.300,00**	**- 355.215,47**	**- 10.203,08**	**38.063,56**	**- 1.438.654,99**	**- 1.112.871,63**	**+ 325.783,36**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit									
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	526,00	0,00	0,00	0,00	606,73	606,73	606,73	0,00
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**526,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**606,73**	**606,73**	**606,73**	**0,00**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit									
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	8.845,94	3.300,00	1.900,00	291,55	606,73	6.098,28	2.110,19	- 3.988,09
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**8.845,94**	**3.300,00**	**1.900,00**	**291,55**	**606,73**	**6.098,28**	**2.110,19**	**- 3.988,09**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**- 8.319,94**	**- 3.300,00**	**- 1.900,00**	**- 291,55**	**0,00**	**- 5.491,55**	**- 1.503,46**	**+ 3.988,09**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 750.929,57**	**- 1.114.600,00**	**- 357.115,47**	**- 10.494,63**	**38.063,56**	**- 1.444.146,54**	**- 1.114.375,09**	**+ 329.771,45**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit									
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig

Teilhaushalt

Fachbereich 61

Stadtplanung und Umweltschutz

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz**

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	224.356,22	222.674,35	1.157.600,00	- 934.925,65	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	59.862,72	60.572,03	186.763,03	- 126.191,00	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	66.995,25	101.929,53	60.800,00	+ 41.129,53	-
6	Privatrechtliche Entgelte	179.972,49	152.835,40	143.000,00	+ 9.835,40	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	563.335,25	628.318,33	456.900,00	+ 171.418,33	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	3.281,14	2.401,07	0,00	+ 2.401,07	-
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	140.690,65	138.092,12	+ 2.598,53	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	133.464,75	378.585,27	3.354.300,00	- 2.975.714,73	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**1.231.267,82**	**1.688.006,63**	**5.497.455,15**	**- 3.809.448,52**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Aufwendungen für aktives Personal	8.287.821,62	9.192.566,91	8.719.662,57	+ 472.904,34	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	634.173,41	679.909,04	625.800,00	+ 54.109,04	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.363.842,74	2.177.084,74	2.886.200,00	- 709.115,26	0,00
16	Abschreibungen	190.897,88	199.840,48	552.316,65	- 352.476,17	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	359,28	158,69	0,00	+ 158,69	0,00
18	Transferaufwendungen	1.589.476,81	1.908.804,73	2.052.200,00	- 143.395,27	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.330.527,93	1.602.113,65	3.854.100,00	- 2.251.986,35	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**14.397.099,67**	**15.760.478,24**	**18.690.279,22**	**- 2.929.800,98**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 13.165.831,85**	**- 14.072.471,61**	**- 13.192.824,07**	**- 879.647,54**	**-**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	10.673,89	42.622,05	0,00	+ 42.622,05	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	4.147,10	4.852,69	0,00	+ 4.852,69	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**6.526,79**	**37.769,36**	**0,00**	**+ 37.769,36**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 13.159.305,06**	**- 14.034.702,25**	**- 13.192.824,07**	**- 841.878,18**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus ILV	1.546.961,62	1.622.925,15	1.416.200,00	+ 206.725,15	-
27	Aufwendungen aus ILV	1.317.999,81	1.334.543,18	1.298.304,89	+ 36.238,29	-
28	**Saldo aus ILV**	**228.961,81**	**288.381,97**	**117.895,11**	**+ 170.486,86**	**-**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 12.930.343,25**	**- 13.746.320,28**	**- 13.074.928,96**	**- 671.391,32**	**-**

Das Jahresergebnis einschl. ILV berücksichtigt auch Vorplanungsprojekte. Bei diesen Projekten wird die Entscheidung zur Aktivierung als Anlagevermögen i. d. R. nicht in dem Geschäftsjahr getroffen, in dem der Aufwand entstanden ist. Hieraus ist eine Abweichung gegenüber dem Produktergebnis entstanden in Höhe von:

Ertrag: -221.799,86 €

Aufwand: -404.032,14 €

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	224.356,22	1.157.600,00	0,00	0,00	11.966,64	1.169.566,64	222.674,35	- 946.892,29
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	59.862,72	186.763,03	0,00	0,00	0,00	186.763,03	60.572,03	- 126.191,00
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	66.995,25	60.800,00	0,00	0,00	8.726,20	69.526,20	101.929,53	+ 32.403,33
6	Privatrechtliche Entgelte	179.972,49	143.000,00	0,00	0,00	0,00	143.000,00	152.835,40	+ 9.835,40
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	563.335,25	456.900,00	0,00	0,00	54.174,70	511.074,70	628.318,33	+ 117.243,63
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	3.281,14	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.401,07	+ 2.401,07
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	138.092,12	0,00	0,00	0,00	138.092,12	140.690,65	+ 2.598,53
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	133.464,75	3.354.300,00	0,00	0,00	0,00	3.354.300,00	378.585,27	- 2.975.714,73
12	**Summe ordentliche Erträge**	**1.231.267,82**	**5.497.455,15**	**0,00**	**0,00**	**74.867,54**	**5.572.322,69**	**1.688.006,63**	**- 3.884.316,06**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Aufwendungen für aktives Personal	8.287.821,62	8.719.662,57	472.904,34	0,00	0,00	9.192.566,91	9.192.566,91	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	634.173,41	625.800,00	54.109,04	0,00	0,00	679.909,04	679.909,04	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.363.842,74	2.886.200,00	- 94.300,00	1.039.090,50	- 42.759,48	3.788.231,02	2.177.084,74	- 1.611.146,28
16	Abschreibungen	190.897,88	552.316,65	0,00	0,00	0,00	552.316,65	199.840,48	- 352.476,17
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	359,28	0,00	0,00	0,00	158,69	158,69	158,69	0,00
18	Transferaufwendungen	1.589.476,81	2.052.200,00	120.700,00	134.319,25	- 18.559,36	2.288.659,89	1.908.804,73	- 379.855,16
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.330.527,93	3.854.100,00	0,00	155.210,55	- 266.881,35	3.742.429,20	1.602.113,65	- 2.140.315,55
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**14.397.099,67**	**18.690.279,22**	**553.413,38**	**1.328.620,30**	**- 328.041,50**	**20.244.271,40**	**15.760.478,24**	**- 4.483.793,16**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 13.165.831,85**	**- 13.192.824,07**	**- 553.413,38**	**- 1.328.620,30**	**402.909,04**	**- 14.671.948,71**	**- 14.072.471,61**	**+ 599.477,10**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	10.673,89	0,00	0,00	0,00	4.682,51	4.682,51	42.622,05	+ 37.939,54
23	Außerordentliche Aufwendungen	4.147,10	0,00	0,00	0,00	4.853,51	4.853,51	4.852,69	- 0,82
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**6.526,79**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**- 171,00**	**- 171,00**	**37.769,36**	**+ 37.940,36**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 13.159.305,06**	**- 13.192.824,07**	**- 553.413,38**	**- 1.328.620,30**	**402.738,04**	**- 14.672.119,71**	**- 14.034.702,25**	**+ 637.417,46**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus ILV	1.546.961,62	1.416.200,00	0,00	0,00	0,00	1.416.200,00	1.622.925,15	+ 206.725,15
27	Aufwendungen aus ILV	1.317.999,81	1.298.304,89	0,00	0,00	0,00	1.298.304,89	1.334.543,18	+ 36.238,29
28	**Saldo aus ILV**	**228.961,81**	**117.895,11**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**117.895,11**	**288.381,97**	**+ 170.486,86**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 12.930.343,25**	**- 13.074.928,96**	**- 553.413,38**	**- 1.328.620,30**	**402.738,04**	**- 14.554.224,60**	**- 13.746.320,28**	**+ 807.904,32**

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz**

Produktübersicht

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013 Saldo - Euro -	Ergebnis 2014 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2014 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2014 Saldo - Euro -	Ansatz 2014 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.11	***Innere Verwaltung***						
1.11.1170	**Graphik-Service-Center**						
1.11.1170.01	Graphik-Service-Center	25.977,40	477.640,82	515.509,88	-37.869,06	10.933,31	-48.802,37
Summe Produktgruppe		**25.977,40**	**477.640,82**	**515.509,88**	**-37.869,06**	**10.933,31**	**-48.802,37**
1.25	***Kultur***						
1.25.2812	**Heimatpfleger**						
1.25.2812.01	Betreuung der Heimatpfleger	-24.170,80	0,19	22.382,62	-22.382,43	-23.963,52	1.581,09
Summe Produktgruppe		**-24.170,80**	**0,19**	**22.382,62**	**-22.382,43**	**-23.963,52**	**1.581,09**
1.51	***Räumliche Planung und Entwicklung***						
1.51.5111	**Stadtplanung**						
1.51.5111.01	Grundl. Stadtentw./Inf. Planung/Projekt.	-242.944,24	19.091,19	245.458,88	-226.367,69	-158.268,84	-68.098,85
1.51.5111.03	Bebauungsplanung	-1.182.740,23	24.034,77	1.230.910,34	-1.206.875,57	-1.211.116,99	4.241,42
1.51.5111.05	Grundstückswertermittlung	-105.540,89	150.395,19	253.369,99	-102.974,80	13.287,80	-116.262,60
1.51.5111.06	Bodenordnung und städtebauliche Verträge	-341.385,90	263.902,93	481.754,26	-217.851,33	356.537,51	-574.388,84

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013 Saldo - Euro -	Ergebnis 2014 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2014 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2014 Saldo - Euro -	Ansatz 2014 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.51.5111.07	Mitwirkungspflichten	-496.844,80	1.969,65	520.397,41	-518.427,76	-484.471,93	-33.955,83
1.51.5111.09	Fachspezifische Ausbildung 61.1	-32.330,50	8,64	47.555,84	-47.547,20	0,00	-47.547,20
1.51.5111.10	Öffentlichkeitsarbeit/sonst.Aufg. 61.1	185,94	326,60	109,00	217,60	0,00	217,60
Summe Produktgruppe		**-2.401.600,62**	**459.728,97**	**2.779.555,72**	**-2.319.826,75**	**-1.484.032,45**	**-835.794,30**
1.51.5112	**Geoinformation**						
1.51.5112.01	Ingenieurvermessungen	-140.483,04	280.060,92	604.612,36	-324.551,44	-194.272,44	-130.279,00
1.51.5112.02	Liegenschaftsvermessungen	-78.985,67	218.866,96	202.687,72	16.179,24	-50.412,26	66.591,50
1.51.5112.03	Straßennamen und Hausnummern	-178.481,62	94,04	185.950,11	-185.856,07	-142.549,61	-43.306,46
1.51.5112.04	Geodatenservice	-612.021,38	490.968,04	970.711,68	-479.743,64	-840.952,81	361.209,17
1.51.5112.06	GDI / GDM	-684.447,42	251.344,72	926.334,38	-674.989,66	-729.799,34	54.809,68
1.51.5112.07	Fachspezifische Ausbildung 61.2	-33.418,17	23,28	29.771,00	-29.747,72	-48.697,34	18.949,62
1.51.5112.08	Sonderaufgaben 61.2	-46.313,31	3.854,36	23.707,50	-19.853,14	-20.286,15	433,01
Summe Produktgruppe		**-1.774.150,61**	**1.245.212,32**	**2.943.774,75**	**-1.698.562,43**	**-2.026.969,95**	**328.407,52**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013 Saldo - Euro -	Ergebnis 2014 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2014 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2014 Saldo - Euro -	Ansatz 2014 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.51.5113	**Zentraler Bürgerservice**						
1.51.5113.01	Leistungen mit Außenwirkung	-69.029,12	9.722,17	64.718,17	-54.996,00	-51.108,33	-3.887,67
Summe Produktgruppe		**-69.029,12**	**9.722,17**	**64.718,17**	**-54.996,00**	**-51.108,33**	**-3.887,67**
1.51.5116	**Sanierungsplanung und -durchführung**						
1.51.5116.01	Sanierungsplanung und -durchführung	-1.390.282,03	518.145,45	1.522.425,48	-1.004.280,03	-2.162.732,55	1.158.452,52
Summe Produktgruppe		**-1.390.282,03**	**518.145,45**	**1.522.425,48**	**-1.004.280,03**	**-2.162.732,55**	**1.158.452,52**
1.51.5117	**Vorbereitende Bauleit-, Standortplanung**						
1.51.5117.01	Grundl. Stadtentw./Inf. Planung/Projekt.	-492.850,57	16.179,87	507.251,34	-491.071,47	-356.018,06	-135.053,41
1.51.5117.02	Flächennutzungsplanung	-116.584,46	19,51	132.889,62	-132.870,11	-104.609,05	-28.261,06
1.51.5117.03	Mitwirkungspflichten	-90.434,50	15,00	93.830,90	-93.815,90	-61.447,57	-32.368,33
1.51.5117.04	Mitgliedschaften Vereine und Verbände	-1.371.703,44	1,54	1.618.285,17	-1.618.283,63	-1.376.954,20	-241.329,43
1.51.5117.05	Fachspezifische Ausbildung 61.5	-5.251,51	2,82	5.879,76	-5.876,94	0,00	-5.876,94
1.51.5117.06	Öffentlichkeitsarbeit/sonst.Aufg. 61.5	-16.965,41	3,21	18.342,86	-18.339,65	0,00	-18.339,65
Summe Produktgruppe		**-2.093.789,89**	**16.221,95**	**2.376.479,65**	**-2.360.257,70**	**-1.899.028,88**	**-461.228,82**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013 Saldo - Euro -	Ergebnis 2014 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2014 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2014 Saldo - Euro -	Ansatz 2014 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.51.5119	**Landsch.-, Freiraum-,Grünordnungsplanung**						
1.51.5119.01	Landsch.-, Freiraum-,Grünordnungsplanung	0,00	130,88	609.789,50	-609.658,62	-215.105,03	-394.553,59
1.51.5119.02	Öffentlichkeitsarbeit	0,00	20,11	110.135,98	-110.115,87	-336.995,40	226.879,53
1.51.5119.03	Objektplanung und Baudurchführung	0,00	0,00	2.078,75	-2.078,75	0,00	-2.078,75
Summe Produktgruppe		**0,00**	**150,99**	**722.004,23**	**-721.853,24**	**-552.100,43**	**-169.752,81**

*) Die Aufgabe Landschafts-, Freiraum- und Grünordnungsplanung ist ab 01.02.2014 nicht mehr dem FB 67 sondern dem FB 61 zugeordnet und wird in der Produktgruppe 1.51.5119 abgebildet.

1.52	***Bauen und Wohnen***						
1.52.5224	**Wohnungsbauförderung FB 61**						
1.52.5224.01	Wohnungsbauwirtschaft	-48.046,02	34.567,00	83.606,03	-49.039,03	-51.310,26	2.271,23
Summe Produktgruppe		**-48.046,02**	**34.567,00**	**83.606,03**	**-49.039,03**	**-51.310,26**	**2.271,23**
1.56	***Umweltschutz***						
1.56.5610	**Umweltschutz**						
1.56.5610.01	Abfallrecht	-273.744,96	10.674,72	331.935,66	-321.260,94	-218.147,29	-103.113,65
1.56.5610.02	Immissionsschutz	-400.311,61	29.755,81	353.751,11	-323.995,30	-364.711,29	40.715,99
1.56.5610.03	Gefahrstoffe	-47.101,33	55,86	49.598,07	-49.542,21	-49.882,98	340,77

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013 Saldo - Euro -	Ergebnis 2014 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2014 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2014 Saldo - Euro -	Ansatz 2014 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.56.5610.04	Landschaftsrahmenplanung	-410.503,89	33.066,40	1.186.720,06	-1.153.653,66	-335.600,54	-818.053,12
1.56.5610.05	Landschaftsschutz, -pflege, -entwicklung	-422.500,64	45.739,62	552.394,12	-506.654,50	-592.782,72	86.128,22
1.56.5610.06	Artenschutz	-210.035,38	31.917,82	225.008,02	-193.090,20	-153.561,58	-39.528,62
1.56.5610.07	Bodenabbau	-47.742,23	3.962,82	48.660,15	-44.697,33	-50.674,91	5.977,58
1.56.5610.08	Wasserrecht	-773.771,81	319.852,60	1.228.118,78	-908.266,18	-856.711,04	-51.555,14
1.56.5610.09	Bodenschutz / Altlasten und Kampfmittel	-1.055.537,48	131.711,76	1.380.311,35	-1.248.599,59	-1.161.025,16	-87.574,43
1.56.5610.10	Umweltplanung	-179.466,48	681,29	210.607,42	-209.926,13	-320.520,03	110.593,90
1.56.5610.11	Umweltinformationssystem	-246.856,21	248,30	250.195,09	-249.946,79	-201.440,55	-48.506,24
1.56.5610.12	Förderung von Umweltorganisationen	-76.619,22	251,56	55.330,93	-55.079,37	-76.792,40	21.713,03
1.56.5610.13	Fachspezifische Ausbildung 61.4	-611,66	0,20	449,69	-449,49	0,00	-449,49
1.56.5610.14	Öffentlichkeitsarbeit/sonst.Aufg. 61.4	-82,00	2.572,78	1.556,37	1.016,41	0,00	1.016,41
1.56.5610.15	Klimaschutz	-251.026,10	62.781,64	241.136,61	-178.354,97	-171.577,20	-6.777,77
Summe Produktgruppe		**-4.395.911,00**	**673.273,18**	**6.115.773,43**	**-5.442.500,25**	**-4.553.427,69**	**-889.072,56**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014			Ansatz 2014	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.99	***Vorleistungen***						
1.99.6100	**Vorleistungen FB 61**						
1.99.6100.01	Vorleistungen FB 61	-226.070,98	0,00	216.985,64	-216.985,64	-203.673,97	-13.311,67
Summe Produktgruppe		**-226.070,98**	**0,00**	**216.985,64**	**-216.985,64**	**-203.673,97**	**-13.311,67**
Summe Teilhaushalt		**-12.397.073,67**	**3.434.663,04**	**17.363.215,60**	**-13.928.552,56**	**-12.997.414,72**	**-931.137,84**

Kennzahlenübersicht zu den wesentlichen Produkten

Jahresabschluss 2014	Teilhaushalt
Stadt Braunschweig	FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz

Wesentliche Produkte - Kennzahlen

Produkt Produktkennzahl(en):	Dimension	Berechnung	Ist 2013	Ist 2014	Plan 2014	mehr (+) / weniger (-)
1.51.5111.03 - Bebauungsplanung						
Bebauungsplanverfahren	Anzahl	Endstand	92,0	93,0	90,0	3,0
Satzungsbeschlüsse	Anzahl	Summe	11,0	7,0	8,0	-1,0
1.51.5112.04 - Geodatenservice						
Abgeschlossene Aufträge	Anzahl	Summe	262,0	262,0	270,0	-8,0
1.51.5116.01 - Sanierungsplanung und -durchführung						
Sanierungsgenehm. f. Baumaßnahmen	Anzahl	Summe	69,0	94,0	60,0	34,0
Sanierungsgenehm. f. Grundstücksverkäufe	Anzahl	Summe	255,0	247,0	260,0	-13,0
1.56.5610.09 - Bodenschutz / Altlasten und Kampfmittel						
Zu bearbeitende Altlastenfälle	Bestand	Durchschnitt	144,0	143,0	148,0	-5,0
1.56.5610.15 - Klimaschutz						
Umsetzung Klimaschutzkonzept	Prozent	Endstand	76,0	100,0	100,0	0,0

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz**

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz**

	Einzahlungen und Auszahlungen	**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**1.742.455,18**	**1.683.175,82**	**5.201.700,00**	**- 3.518.524,18**	**-**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**13.246.397,11**	**14.498.367,39**	**17.517.809,32**	**- 3.019.441,93**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 11.503.941,93**	**- 12.815.191,57**	**- 12.316.109,32**	**- 499.082,25**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	1.186.619,04	757.467,16	1.159.200,00	- 401.732,84	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	17.500,00	0,00	+ 17.500,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	68.582,93	0,00	+ 68.582,93	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**1.186.619,04**	**843.550,09**	**1.159.200,00**	**- 315.649,91**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	380.354,27	44.586,56	0,00	+ 44.586,56	0,00
26	Baumaßnahmen	2.018.960,04	3.553.466,91	2.529.700,00	+ 1.023.766,91	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	67.424,95	99.888,69	83.800,00	+ 16.088,69	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	25.596,64	140.795,50	151.100,00	- 10.304,50	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**2.492.335,90**	**3.838.737,66**	**2.764.600,00**	**+ 1.074.137,66**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**- 1.305.716,86**	**- 2.995.187,57**	**- 1.605.400,00**	**- 1.389.787,57**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 12.809.658,79**	**- 15.810.379,14**	**- 13.921.509,32**	**- 1.888.869,82**	**-**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	-

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**1.742.455,18**	**5.201.700,00**	**0,00**	**27.477,54**	**78.329,69**	**5.307.507,23**	**1.683.175,82**	**- 3.624.331,41**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**13.246.397,11**	**17.517.809,32**	**132.266,34**	**1.558.991,01**	**- 324.408,35**	**18.884.658,32**	**14.498.367,39**	**- 4.386.290,93**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 11.503.941,93**	**- 12.316.109,32**	**- 132.266,34**	**- 1.531.513,47**	**402.738,04**	**- 13.577.151,09**	**- 12.815.191,57**	**+ 761.959,52**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit									
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	1.186.619,04	1.159.200,00	0,00	0,00	0,00	1.159.200,00	757.467,16	- 401.732,84
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	17.500,00	+ 17.500,00
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	68.582,93	+ 68.582,93
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**1.186.619,04**	**1.159.200,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**1.159.200,00**	**843.550,09**	**- 315.649,91**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit									
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	380.354,27	0,00	0,00	0,00	44.586,56	44.586,56	44.586,56	0,00
26	Baumaßnahmen	2.018.960,04	2.529.700,00	100,00	3.102.413,81	351.462,59	5.983.676,40	3.553.466,91	- 2.430.209,49
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	67.424,95	83.800,00	5.800,00	66.415,44	0,00	156.015,44	99.888,69	- 56.126,75
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	25.596,64	151.100,00	0,00	10.000,00	6.688,89	167.788,89	140.795,50	- 26.993,39
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**2.492.335,90**	**2.764.600,00**	**5.900,00**	**3.178.829,25**	**402.738,04**	**6.352.067,29**	**3.838.737,66**	**- 2.513.329,63**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**- 1.305.716,86**	**- 1.605.400,00**	**- 5.900,00**	**- 3.178.829,25**	**- 402.738,04**	**- 5.192.867,29**	**- 2.995.187,57**	**+ 2.197.679,72**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 12.809.658,79**	**- 13.921.509,32**	**- 138.166,34**	**- 4.710.342,72**	**0,00**	**- 18.770.018,38**	**- 15.810.379,14**	**+ 2.959.639,24**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit									
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilhaushalt

Fachbereich 66

Tiefbau und Verkehr

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **FB 66 Tiefbau und Verkehr**

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **FB 66 Tiefbau und Verkehr**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	30.606,93	0,00	0,00	0,00	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	6.105.438,33	6.245.801,83	6.425.159,84	- 179.358,01	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	2.769.572,36	2.958.396,51	2.901.500,00	+ 56.896,51	-
6	Privatrechtliche Entgelte	455,40	465,40	10.000,00	- 9.534,60	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	252.665,17	236.198,07	229.100,00	+ 7.098,07	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Aktivierte Eigenleistungen	1.268.969,52	1.271.580,86	1.239.065,32	+ 32.515,54	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	30.000,00	0,00	+ 30.000,00	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**10.427.707,71**	**10.742.442,67**	**10.804.825,16**	**- 62.382,49**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Aufwendungen für aktives Personal	6.940.802,73	7.200.044,82	6.914.593,00	+ 285.451,82	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	466.364,38	500.639,54	449.800,00	+ 50.839,54	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.902.929,70	4.852.117,39	6.585.500,00	- 1.733.382,61	0,00
16	Abschreibungen	8.717.413,87	9.295.828,95	10.008.384,89	- 712.555,94	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	625.119,88	92.200,00	108.000,00	- 15.800,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	17.541.807,21	17.473.401,82	17.878.800,00	- 405.398,18	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**38.194.437,77**	**39.414.232,52**	**41.945.077,89**	**- 2.530.845,37**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 27.766.730,06**	**- 28.671.789,85**	**- 31.140.252,73**	**+ 2.468.462,88**	**-**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	245.951,06	25.009,16	6.000,00	+ 19.009,16	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	1.825.498,15	331.793,41	78.000,00	+ 253.793,41	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**- 1.579.547,09**	**- 306.784,25**	**- 72.000,00**	**- 234.784,25**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 29.346.277,15**	**- 28.978.574,10**	**- 31.212.252,73**	**+ 2.233.678,63**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus ILV	0,00	0,00	0,00	0,00	-
27	Aufwendungen aus ILV	977.165,07	1.073.636,74	1.018.822,21	+ 54.814,53	-
28	**Saldo aus ILV**	**- 977.165,07**	**- 1.073.636,74**	**- 1.018.822,21**	**- 54.814,53**	**-**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 30.323.442,22**	**- 30.052.210,84**	**- 32.231.074,94**	**+ 2.178.864,10**	**-**

Das Jahresergebnis einschl. ILV berücksichtigt auch Vorplanungsprojekte. Bei diesen Projekten wird die Entscheidung zur Aktivierung als Anlagevermögen i. d. R. nicht in dem Geschäftsjahr getroffen, in dem der Aufwand entstanden ist. Hieraus ist eine Abweichung gegenüber dem Produktergebnis entstanden in Höhe von: -7.228,78 €

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **FB 66 Tiefbau und Verkehr**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	30.606,93	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	6.105.438,33	6.425.159,84	0,00	0,00	0,00	6.425.159,84	6.245.801,83	- 179.358,01
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	2.769.572,36	2.901.500,00	0,00	0,00	0,00	2.901.500,00	2.958.396,51	+ 56.896,51
6	Privatrechtliche Entgelte	455,40	10.000,00	0,00	0,00	0,00	10.000,00	465,40	- 9.534,60
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	252.665,17	229.100,00	0,00	0,00	0,00	229.100,00	236.198,07	+ 7.098,07
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Aktivierte Eigenleistungen	1.268.969,52	1.239.065,32	0,00	0,00	0,00	1.239.065,32	1.271.580,86	+ 32.515,54
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	30.000,00	+ 30.000,00
12	**Summe ordentliche Erträge**	**10.427.707,71**	**10.804.825,16**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**10.804.825,16**	**10.742.442,67**	**- 62.382,49**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Aufwendungen für aktives Personal	6.940.802,73	6.914.593,00	285.451,82	0,00	0,00	7.200.044,82	7.200.044,82	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	466.364,38	449.800,00	50.839,54	0,00	0,00	500.639,54	500.639,54	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.902.929,70	6.585.500,00	0,00	713.989,03	- 6.100,00	7.293.389,03	4.852.117,39	- 2.441.271,64
16	Abschreibungen	8.717.413,87	10.008.384,89	0,00	0,00	0,00	10.008.384,89	9.295.828,95	- 712.555,94
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	625.119,88	108.000,00	0,00	15.236,95	0,00	123.236,95	92.200,00	- 31.036,95
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	17.541.807,21	17.878.800,00	0,00	0,00	- 12.037,98	17.866.762,02	17.473.401,82	- 393.360,20
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**38.194.437,77**	**41.945.077,89**	**336.291,36**	**729.225,98**	**- 18.137,98**	**42.992.457,25**	**39.414.232,52**	**- 3.578.224,73**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 27.766.730,06**	**- 31.140.252,73**	**- 336.291,36**	**- 729.225,98**	**18.137,98**	**- 32.187.632,09**	**- 28.671.789,85**	**+ 3.515.842,24**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	245.951,06	6.000,00	0,00	0,00	19.009,16	25.009,16	25.009,16	0,00
23	Außerordentliche Aufwendungen	1.825.498,15	78.000,00	0,00	0,00	30.047,14	108.047,14	331.793,41	+ 223.746,27
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**- 1.579.547,09**	**- 72.000,00**	**0,00**	**0,00**	**- 11.037,98**	**- 83.037,98**	**- 306.784,25**	**- 223.746,27**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 29.346.277,15**	**- 31.212.252,73**	**- 336.291,36**	**- 729.225,98**	**7.100,00**	**- 32.270.670,07**	**- 28.978.574,10**	**+ 3.292.095,97**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus ILV	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Aufwendungen aus ILV	977.165,07	1.018.822,21	0,00	0,00	0,00	1.018.822,21	1.073.636,74	+ 54.814,53
28	**Saldo aus ILV**	**- 977.165,07**	**- 1.018.822,21**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**- 1.018.822,21**	**- 1.073.636,74**	**- 54.814,53**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 30.323.442,22**	**- 32.231.074,94**	**- 336.291,36**	**- 729.225,98**	**7.100,00**	**- 33.289.492,28**	**- 30.052.210,84**	**+ 3.237.281,44**

Produktübersicht

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 66 Tiefbau und Verkehr

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013 Saldo - Euro -	Ergebnis 2014 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2014 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2014 Saldo - Euro -	Ansatz 2014 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.12	***Sicherheit und Ordnung***						
1.12.1223	**Verkehrsbehörde**						
1.12.1223.01	Verkehrsregelung und -lenkung	-167.729,21	14,70	179.719,02	-179.704,32	-160.129,73	-19.574,59
1.12.1223.02	Überwachung des fließenden Verkehrs	-277.990,08	23,72	290.252,60	-290.228,88	-261.969,75	-28.259,13
1.12.1223.03	Verkehrsrechtliche Genehmigungen	-67.874,80	879.456,59	779.690,71	99.765,88	18.578,39	81.187,49
Summe Produktgruppe		**-513.594,09**	**879.495,01**	**1.249.662,33**	**-370.167,32**	**-403.521,09**	**33.353,77**
1.51	***Räumliche Planung und Entwicklung***						
1.51.5115	**Verkehrsplanung FB 66**						
1.51.5115.01	Verkehrsplanung	-903.866,23	46,14	816.774,40	-816.728,26	-988.392,47	171.664,21
1.51.5115.02	Umsetzung von Bebauungsplanung	-19.872,63	0,18	10.954,73	-10.954,55	0,00	-10.954,55
1.51.5115.03	Mitwirkungspflichten	-148.779,73	8,50	138.571,31	-138.562,81	-154.482,45	15.919,64
Summe Produktgruppe		**-1.072.518,59**	**54,82**	**966.300,44**	**-966.245,62**	**-1.142.874,92**	**176.629,30**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 66 Tiefbau und Verkehr

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013 Saldo - Euro -	Ergebnis 2014 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2014 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2014 Saldo - Euro -	Ansatz 2014 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.54	***Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV***						
1.54.5400	**Verkehrsflächen**						
1.54.5400.01	Bearbeitung von Straßenbauprojekten	-2.276.855,60	16.669,85	2.342.048,64	-2.325.378,79	-1.921.863,51	-403.515,28
1.54.5400.02	Bereitstellung v. Straßen/Wegen/Plätzen	-20.684.780,50	6.276.841,61	26.463.950,89	-20.187.109,28	-21.113.005,52	925.896,24
1.54.5400.03	Abwicklung von Unfallschäden	-66.013,74	21.182,31	85.335,54	-64.153,23	-115.096,00	50.942,77
1.54.5400.04	Informationsdienst	-425.751,19	22,19	489.652,46	-489.630,27	-432.649,25	-56.981,02
1.54.5400.05	Betrieb u. Unterhaltung v. Verkehrsfl.	-4.528.786,56	43.169,36	3.739.328,80	-3.696.159,44	-3.701.571,41	5.411,97
1.54.5400.06	Betrieb u. Unterhaltung v. Ing-Bauwerken	-209.312,60	493,85	211.486,97	-210.993,12	-250.542,52	39.549,40
1.54.5400.07	Bearbeitung von Anträgen/Verträgen	-38.887,34	27.228,99	68.914,67	-41.685,68	-60.910,25	19.224,57
1.54.5400.08	Ausübung der Kontrollfunktion	-62.102,55	0,23	56.924,25	-56.924,02	-82.210,79	25.286,77
1.54.5400.09	sonstige Ausbildungstätigkeiten	-9.302,58	0,93	62.322,37	-62.321,44	-7.838,73	-54.482,71
1.54.5400.10	Aufgaben für Sonderrechnungen	-66.718,88	135.128,33	190.155,74	-55.027,41	-81.139,07	26.111,66
1.54.5400.11	Beseitigung illegaler Graffiti	0,00	0,00	60.000,00	-60.000,00	-60.000,00	0,00
Summe Produktgruppe		**-28.368.511,54**	**6.520.737,65**	**33.770.120,33**	**-27.249.382,68**	**-27.826.827,05**	**577.444,37**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 66 Tiefbau und Verkehr

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013 Saldo - Euro -	Ergebnis 2014 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2014 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2014 Saldo - Euro -	Ansatz 2014 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.54.5460	**Parkeinrichtungen**						
1.54.5460.01	Parkraumbewirtschaftung	1.316.527,52	2.094.937,49	2.099.651,79	-4.714,30	-1.251.951,88	1.247.237,58
Summe Produktgruppe		**1.316.527,52**	**2.094.937,49**	**2.099.651,79**	**-4.714,30**	**-1.251.951,88**	**1.247.237,58**
1.55	***Natur-und Landschaftspflege***						
1.55.5521	**Öffentliche Gewässer / Wasserläufe**						
1.55.5521.01	Betr./Unterh.öff. Gewässer / Wasserläufe	-1.615.810,64	646,00	1.469.575,70	-1.468.929,70	-1.455.900,00	-13.029,70
Summe Produktgruppe		**-1.615.810,64**	**646,00**	**1.469.575,70**	**-1.468.929,70**	**-1.455.900,00**	**-13.029,70**
1.56	***Umweltschutz***						
1.56.5611	**Umweltschutzmaßnahmen FB 66**						
1.56.5611.01	Umweltschutzmaßnahmen FB 66	-60.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Produktgruppe		**-60.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
Summe Teilhaushalt		**-30.313.907,34**	**9.495.870,97**	**39.555.310,59**	**-30.059.439,62**	**-32.081.074,94**	**2.021.635,32**

Kennzahlenübersicht zu den wesentlichen Produkten

Jahresabschluss 2014	Teilhaushalt
Stadt Braunschweig	FB 66 Tiefbau und Verkehr

Wesentliche Produkte - Kennzahlen

Produkt Produktkennzahl(en):	Dimension	Berechnung	Ist 2013	Ist 2014	Plan 2014	mehr (+) / weniger (-)
1.12.1223.03 - Verkehrsrechtliche Genehmigungen						
Genehmigungen	Anzahl	Summe	5.698,0	6.281,0	5.300,0	981,0
1.51.5115.01 - Verkehrsplanung						
Aufgewendete Zeit	Stunden	Summe	10.748,9	8.857,0	10.300,0	-1.443,0
1.54.5400.01 - Bearbeitung von Straßenbauprojekten						
Projekte		Durchschnitt	45,0	46,0	45,0	1,0
1.54.5400.05 - Betrieb u. Unterhaltung v. Verkehrsfl.						
Erhaltungskosten je km Str.	€	Summe	5.534,0	4.507,54	4.300,0	207,5
Kosten Straßenunterh. Eig. Kolonnen/Std.	€	Summe	51,49	58,28	48,0	10,3
1.54.5400.06 - Betrieb u. Unterhaltung v. Ing-Bauwerken						
Erhaltungskosten je Bauwerk	€	Summe	1.182,0	1.178,7	1.500,0	-321,3

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **FB 66 Tiefbau und Verkehr**

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **FB 66 Tiefbau und Verkehr**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**3.298.734,39**	**3.215.288,70**	**3.146.600,00**	**+ 68.688,70**	**-**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**28.402.458,41**	**29.483.127,62**	**31.554.800,00**	**- 2.071.672,38**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 25.103.724,02**	**- 26.267.838,92**	**- 28.408.200,00**	**+ 2.140.361,08**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	2.298.094,88	3.247.682,39	2.002.900,00	+ 1.244.782,39	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	3.762.167,35	5.699.062,09	8.593.700,00	- 2.894.637,91	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	4.601,10	0,00	+ 4.601,10	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**6.060.262,23**	**8.951.345,58**	**10.596.600,00**	**- 1.645.254,42**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	15.117.035,59	14.451.188,46	24.310.800,00	- 9.859.611,54	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	15.232,95	9.583,08	47.900,00	- 38.316,92	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	2.308.110,35	300.000,00	+ 2.008.110,35	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**15.132.268,54**	**16.768.881,89**	**24.658.700,00**	**- 7.889.818,11**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**- 9.072.006,31**	**- 7.817.536,31**	**- 14.062.100,00**	**+ 6.244.563,69**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 34.175.730,33**	**- 34.085.375,23**	**- 42.470.300,00**	**+ 8.384.924,77**	**-**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	-

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **FB 66 Tiefbau und Verkehr**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**3.298.734,39**	**3.146.600,00**	**0,00**	**0,00**	**17.616,06**	**3.164.216,06**	**3.215.288,70**	**+ 51.072,64**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**28.402.458,41**	**31.554.800,00**	**15.165,97**	**1.369.803,16**	**10.516,06**	**32.950.285,19**	**29.483.127,62**	**- 3.467.157,57**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 25.103.724,02**	**- 28.408.200,00**	**- 15.165,97**	**- 1.369.803,16**	**7.100,00**	**- 29.786.069,13**	**- 26.267.838,92**	**+ 3.518.230,21**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit									
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	2.298.094,88	2.002.900,00	0,00	0,00	24.580,64	2.027.480,64	3.247.682,39	+ 1.220.201,75
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	3.762.167,35	8.593.700,00	0,00	0,00	0,00	8.593.700,00	5.699.062,09	- 2.894.637,91
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4.601,10	+ 4.601,10
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**6.060.262,23**	**10.596.600,00**	**0,00**	**0,00**	**24.580,64**	**10.621.180,64**	**8.951.345,58**	**- 1.669.835,06**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit									
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	15.117.035,59	24.310.800,00	- 383.000,00	13.642.517,86	- 2.333.529,71	35.236.788,15	14.451.188,46	- 20.785.599,69
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	15.232,95	47.900,00	30.000,00	1.914,54	50.000,00	129.814,54	9.583,08	- 120.231,46
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	300.000,00	0,00	0,00	2.308.110,35	2.608.110,35	2.308.110,35	- 300.000,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**15.132.268,54**	**24.658.700,00**	**- 353.000,00**	**13.644.432,40**	**24.580,64**	**37.974.713,04**	**16.768.881,89**	**- 21.205.831,15**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**- 9.072.006,31**	**- 14.062.100,00**	**353.000,00**	**- 13.644.432,40**	**- 0,00**	**- 27.353.532,40**	**- 7.817.536,31**	**+ 19.535.996,09**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 34.175.730,33**	**- 42.470.300,00**	**337.834,03**	**- 15.014.235,56**	**7.100,00**	**- 57.139.601,53**	**- 34.085.375,23**	**+ 23.054.226,30**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit									
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilhaushalt

Fachbereich 67

Stadtgrün und Sport

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **FB 67 Stadtgrün und Sport**

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **FB 67 Stadtgrün und Sport**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	4.000,00	0,00	0,00	0,00	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	233.313,46	250.377,15	221.558,00	+ 28.819,15	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	2.320.561,08	2.045.082,09	2.448.800,00	- 403.717,91	-
6	Privatrechtliche Entgelte	604.518,05	607.824,49	590.500,00	+ 17.324,49	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.250.660,45	973.259,12	963.100,00	+ 10.159,12	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Aktivierte Eigenleistungen	374.012,62	163.964,85	147.321,36	+ 16.643,49	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,01	0,00	0,00	0,00	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**4.787.065,67**	**4.040.507,70**	**4.371.279,36**	**- 330.771,66**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Aufwendungen für aktives Personal	11.866.557,28	11.280.975,99	11.242.277,43	+ 38.698,56	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	176.413,45	176.791,55	184.700,00	- 7.908,45	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.246.480,60	4.910.701,01	3.997.200,00	+ 913.501,01	0,00
16	Abschreibungen	3.690.416,53	4.096.754,41	4.881.199,46	- 784.445,05	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	1.893.788,21	1.889.256,63	2.189.400,00	- 300.143,37	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.085.811,82	2.806.336,64	2.892.800,00	- 86.463,36	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**24.959.467,89**	**25.160.816,23**	**25.387.576,89**	**- 226.760,66**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 20.172.402,22**	**- 21.120.308,53**	**- 21.016.297,53**	**- 104.011,00**	**-**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	147.141,96	214.049,16	86.000,00	+ 128.049,16	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	431.437,48	1.126.766,88	86.000,00	+ 1.040.766,88	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**- 284.295,52**	**- 912.717,72**	**0,00**	**- 912.717,72**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 20.456.697,74**	**- 22.033.026,25**	**- 21.016.297,53**	**- 1.016.728,72**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus ILV	1.670.043,23	1.784.265,16	1.783.800,00	+ 465,16	-
27	Aufwendungen aus ILV	2.157.477,92	2.127.422,27	2.113.943,29	+ 13.478,98	-
28	**Saldo aus ILV**	**- 487.434,69**	**- 343.157,11**	**- 330.143,29**	**- 13.013,82**	**-**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 20.944.132,43**	**- 22.376.183,36**	**- 21.346.440,82**	**- 1.029.742,54**	**-**

Das Jahresergebnis einschl. ILV berücksichtigt auch Vorplanungsprojekte. Bei diesen Projekten wird die Entscheidung zur Aktivierung als Anlagevermögen i. d. R. nicht in dem Geschäftsjahr getroffen, in dem der Aufwand entstanden ist. Hieraus ist eine Abweichung gegenüber dem Produktergebnis entstanden in Höhe von: 24.075,03 €

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **FB 67 Stadtgrün und Sport**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	4.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	233.313,46	221.558,00	0,00	0,00	0,00	221.558,00	250.377,15	+ 28.819,15
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	2.320.561,08	2.448.800,00	0,00	0,00	0,00	2.448.800,00	2.045.082,09	- 403.717,91
6	Privatrechtliche Entgelte	604.518,05	590.500,00	0,00	0,00	0,00	590.500,00	607.824,49	+ 17.324,49
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.250.660,45	963.100,00	0,00	0,00	95.075,19	1.058.175,19	973.259,12	- 84.916,07
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Aktivierte Eigenleistungen	374.012,62	147.321,36	0,00	0,00	0,00	147.321,36	163.964,85	+ 16.643,49
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,01	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	**Summe ordentliche Erträge**	**4.787.065,67**	**4.371.279,36**	**0,00**	**0,00**	**95.075,19**	**4.466.354,55**	**4.040.507,70**	**- 425.846,85**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Aufwendungen für aktives Personal	11.866.557,28	11.242.277,43	76.663,02	0,00	- 37.964,46	11.280.975,99	11.280.975,99	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	176.413,45	184.700,00	- 7.908,45	0,00	0,00	176.791,55	176.791,55	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.246.480,60	3.997.200,00	- 11.583,30	3.850.851,44	- 1.986.180,66	5.850.287,48	4.910.701,01	- 939.586,47
16	Abschreibungen	3.690.416,53	4.881.199,46	0,00	0,00	0,00	4.881.199,46	4.096.754,41	- 784.445,05
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	1.893.788,21	2.189.400,00	- 33.000,00	664.902,11	- 190.355,93	2.630.946,18	1.889.256,63	- 741.689,55
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.085.811,82	2.892.800,00	26.420,00	279.104,40	- 131.033,53	3.067.290,87	2.806.336,64	- 260.954,23
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**24.959.467,89**	**25.387.576,89**	**50.591,27**	**4.794.857,95**	**- 2.345.534,58**	**27.887.491,53**	**25.160.816,23**	**- 2.726.675,30**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 20.172.402,22**	**- 21.016.297,53**	**- 50.591,27**	**- 4.794.857,95**	**2.440.609,77**	**- 23.421.136,98**	**- 21.120.308,53**	**+ 2.300.828,45**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	147.141,96	86.000,00	0,00	0,00	82.091,70	168.091,70	214.049,16	+ 45.957,46
23	Außerordentliche Aufwendungen	431.437,48	86.000,00	0,00	2.120,84	82.091,70	170.212,54	1.126.766,88	+ 956.554,34
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**- 284.295,52**	**0,00**	**0,00**	**- 2.120,84**	**0,00**	**- 2.120,84**	**- 912.717,72**	**- 910.596,88**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 20.456.697,74**	**- 21.016.297,53**	**- 50.591,27**	**- 4.796.978,79**	**2.440.609,77**	**- 23.423.257,82**	**- 22.033.026,25**	**+ 1.390.231,57**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus ILV	1.670.043,23	1.783.800,00	0,00	0,00	0,00	1.783.800,00	1.784.265,16	+ 465,16
27	Aufwendungen aus ILV	2.157.477,92	2.113.943,29	0,00	0,00	0,00	2.113.943,29	2.127.422,27	+ 13.478,98
28	**Saldo aus ILV**	**- 487.434,69**	**- 330.143,29**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**- 330.143,29**	**- 343.157,11**	**- 13.013,82**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 20.944.132,43**	**- 21.346.440,82**	**- 50.591,27**	**- 4.796.978,79**	**2.440.609,77**	**- 23.753.401,11**	**- 22.376.183,36**	**+ 1.377.217,75**

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **FB 67 Stadtgrün und Sport**

Produktübersicht

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 67 Stadtgrün und Sport

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013 Saldo - Euro -	Ergebnis 2014 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2014 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2014 Saldo - Euro -	Ansatz 2014 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.42	***Sportförderung***						
1.42.4210	**Förderung des Sports**						
1.42.4210.01	Sportförderung	-2.482.119,16	47,88	2.260.463,58	-2.260.415,70	-2.469.109,30	208.693,60
1.42.4210.02	Repräsentation	-28.643,81	2,33	50.462,97	-50.460,64	-41.200,32	-9.260,32
1.42.4210.04	Beratung Sport	-146.412,25	110,60	66.252,93	-66.142,33	-150.607,95	84.465,62
Summe Produktgruppe		**-2.657.175,22**	**160,81**	**2.377.179,48**	**-2.377.018,67**	**-2.660.917,57**	**283.898,90**
1.42.4241	**Betrieb v. Sportstätten**						
1.42.4241.01	Sportentwicklungsplanung	-208.144,58	14,90	81.579,72	-81.564,82	-126.601,93	45.037,11
1.42.4241.02	Sportstättenverwaltung	-1.846.247,96	573.796,81	3.096.351,15	-2.522.554,34	-2.770.771,37	248.217,03
1.42.4241.03	Sportstättenvergabe	-1.845.150,21	517.850,39	2.412.573,94	-1.894.723,55	-1.661.113,87	-233.609,68
Summe Produktgruppe		**-3.899.542,75**	**1.091.662,10**	**5.590.504,81**	**-4.498.842,71**	**-4.558.487,17**	**59.644,46**
1.55	***Natur-und Landschaftspflege***						
1.55.5510	**Öffentliches Grün / Landschaftspflege**						
1.55.5510.01	Spiel- und Jugendplätze	-1.317.921,49	6.264,74	1.368.512,27	-1.362.247,53	-1.299.191,54	-63.055,99
1.55.5510.02	Außenanlagen an städt. Objekten	-419.093,84	1.529.258,90	1.868.609,74	-339.350,84	-99.641,52	-239.709,32

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 67 Stadtgrün und Sport

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013 Saldo - Euro -	Ergebnis 2014 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2014 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2014 Saldo - Euro -	Ansatz 2014 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.55.5510.03	Sportflächen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.55.5510.04	Begleitendes Grün	-3.118.392,75	49.730,95	3.285.915,18	-3.236.184,23	-3.137.717,43	-98.466,80
1.55.5510.05	Bereitst. v. Außanl. an Kleingartenanl.	-65.177,09	690,59	72.859,47	-72.168,88	-74.122,59	1.953,71
1.55.5510.06	Parkanlagen und Grünanlagen	-3.765.169,69	207.546,24	4.149.883,58	-3.942.337,34	-3.461.579,04	-480.758,30
1.55.5510.07	Bereitst. v. Vorbehaltsflächen	-20.631,75	118,17	15.384,70	-15.266,53	-25.974,29	10.707,76
1.55.5510.08	Landschaftspflegeflächen	-6.863,96	3,82	6.692,10	-6.688,28	-10.586,83	3.898,55
1.55.5510.09	Revierreinigung	-655.498,03	7.340,30	720.409,38	-713.069,08	-692.662,45	-20.406,63
1.55.5510.10	Leistungen für Dritte	233.383,15	364.976,05	481.762,58	-116.786,53	-15.378,34	-101.408,19
1.55.5510.11	Fuhrparkmanagement/Beschaffung	-231.965,28	650,91	209.913,85	-209.262,94	-216.015,53	6.752,59
1.55.5510.12	Kleingärten	247.969,77	485.026,28	311.591,49	173.434,79	233.314,11	-59.879,32
1.55.5510.13	Landsch.-, Freiraum-, Grünordnungplanung	-479.515,13	30,52	55.423,72	-55.393,20	-153.554,93	98.161,73
1.55.5510.14	Öffentlichkeitsarbeit	-656.339,56	1.751,39	334.172,86	-332.421,47	-530.709,41	198.287,94
1.55.5510.15	Grünflächeninformationssystem	-265.937,86	64,09	357.722,64	-357.658,55	-140.463,56	-217.194,99
1.55.5510.16	Winterdienst	-153.576,19	135.752,20	278.756,68	-143.004,48	-588.200,43	445.195,95
1.55.5510.17	Bereitstellungskosten für Grünflächen	-2.379.719,37	157.318,15	2.192.830,07	-2.035.511,92	-2.705.569,11	670.057,19
Summe Produktgruppe		**-13.054.449,07**	**2.946.523,30**	**15.710.440,31**	**-12.763.917,01**	**-12.918.052,89**	**154.135,88**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 67 Stadtgrün und Sport

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014			Ansatz 2014	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.55.5530	**Friedhofs- und Bestattungswesen *)**						
1.55.5530.01	Planungs- und Bauprojekte	-22.447,56	0,00	31.143,15	-31.143,15	-33.494,42	2.351,27
1.55.5530.02	Krematorium	-355.506,65	521.131,45	2.037.509,94	-1.516.378,49	-280.140,37	-1.236.238,12
1.55.5530.03	Zuweisung von Urnengrabstellen	429.472,24	512.044,17	84.069,60	427.974,57	454.634,02	-26.659,45
1.55.5530.04	Zuweisung von Erdgrabstellen	352.607,65	342.852,06	25.236,54	317.615,52	317.295,43	320,09
1.55.5530.05	Bereitstellung von Feierhallen Friedhöfe	-49.955,04	81.922,21	153.118,85	-71.196,64	-12.854,60	-58.342,04
1.55.5530.06	Beisetzungen/Bestattungen/Ausgrabungen	-66.546,04	161.008,96	247.969,14	-86.960,18	-75.409,35	-11.550,83
1.55.5530.07	Genehmigungen ausstellen	8.745,53	26.964,06	18.618,45	8.345,61	26.730,55	-18.384,94
1.55.5530.08	Pflege/Unterhaltung der Infrastruktur	-1.243.482,78	3.770,89	1.173.105,16	-1.169.334,27	-1.063.939,99	-105.394,28
1.55.5530.09	Pflege von Gräbern	-30.504,16	93.133,22	157.044,56	-63.911,34	-36.807,42	-27.103,92
1.55.5530.10	Abräumungen	-20.706,87	72.074,37	108.815,46	-36.741,09	20.511,09	-57.252,18
1.55.5530.11	Öffentlichkeitsarbeit	-45.420,94	0,09	56.994,61	-56.994,52	-47.383,04	-9.611,48
1.55.5530.12	Bereitstellung einer Dienstwohnung	-7.752,64	0,00	8.086,93	-8.086,93	-7.000,00	-1.086,93
1.55.5530.13	Bereitstellung rituelles Waschhaus	0,00	0,00	199,00	-199,00	0,00	-199,00
Summe Produktgruppe		**-1.051.497,26**	**1.814.901,48**	**4.101.911,39**	**-2.287.009,91**	**-737.858,10**	**-1.549.151,81**

*) Die Aufwendungen enthalten keine kalkulatorischen Zinsen, die aber bei einer Gebührenrechnung zusätzlich zu berücksichtigen sind.

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 67 Stadtgrün und Sport

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013 Saldo - Euro -	Ergebnis 2014 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2014 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2014 Saldo - Euro -	Ansatz 2014 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.55.5540	**Natur- und Landschaftspflege**						
1.55.5540.01	Natur- u. Landschaftspflege in NSG	-214.053,59	10.102,28	194.762,09	-184.659,81	-198.210,54	13.550,73
1.55.5540.02	Natur- u. Landschaftspflege in LSG	-88.589,52	3.357,93	69.121,44	-65.763,51	-101.284,35	35.520,84
1.55.5540.03	Naturdenkmale	-19.456,43	736,68	18.479,76	-17.743,08	-35.152,70	17.409,62
1.55.5540.04	geschütze Landschaftsbestandteile	-27.540,34	902,21	29.309,25	-28.407,04	-23.922,86	-4.484,18
1.55.5540.05	Landschafts./Biotopflä.ohne Schutzstatus	-14.588,58	1.136,37	8.584,21	-7.447,84	-10.301,50	2.853,66
1.55.5540.06	Bereitstellung Arboretum	-29.990,85	1.165,85	46.824,36	-45.658,51	-25.086,84	-20.571,67
1.55.5540.07	Bereitstellung Wildgehege	-30.352,21	1.129,05	36.181,41	-35.052,36	-32.222,89	-2.829,47
Summe Produktgruppe		**-424.571,52**	**18.530,37**	**403.262,52**	**-384.732,15**	**-426.181,68**	**41.449,53**
1.55.5550	**Land- und Forstwirtschaft**						
1.55.5550.01	Stadtwald	-23.970,64	3.079,11	26.799,57	-23.720,46	-25.098,69	1.378,23
Summe Produktgruppe		**-23.970,64**	**3.079,11**	**26.799,57**	**-23.720,46**	**-25.098,69**	**1.378,23**

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 67 Stadtgrün und Sport

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014			Ansatz 2014	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.99	***Vorleistungen***						
1.99.6700	**Vorleistungen FB 67**						
1.99.6700.01	Vorleistungen FB 67	-8.873,36	0,00	16.867,42	-16.867,42	-12.797,00	-4.070,42
Summe Produktgruppe		**-8.873,36**	**0,00**	**16.867,42**	**-16.867,42**	**-12.797,00**	**-4.070,42**
Summe Teilhaushalt		**-21.120.079,82**	**5.874.857,17**	**28.226.965,50**	**-22.352.108,33**	**-21.339.393,10**	**-1.012.715,23**

Kennzahlenübersicht zu den wesentlichen Produkten

Jahresabschluss 2014	Teilhaushalt
Stadt Braunschweig	FB 67 Stadtgrün und Sport

Wesentliche Produkte - Kennzahlen

Produkt Produktkennzahl(en):	Dimension	Berechnung	Ist 2013	Ist 2014	Plan 2014	mehr (+) / weniger (-)
1.42.4210.01 - Sportförderung						
Zuschüsse besonderer Erhaltungsaufwand	EUR	Summe	185.665,0	229.882,0	298.000,0	-68.118,0
Zuschüsse Sportbetrieb	EUR	Summe	342.491,0	341.042,0	315.000,0	26.042,0
Zuschüsse Unterhaltung	EUR	Summe	1.260.349,33	1.144.290,0	1.437.900,0	-293.610,0
1.42.4241.02 - Sportstättenverwaltung						
Sportflächen	m²		1.471.627,0	1.638.706,0	1.471.627,0	167.079,0
1.55.5510.01 - Spiel- und Jugendplätze						
Kinderspiel- und Bolzplätze pro Kind	m²	Durchschnitt	20,8	21,8	20,7	1,1
1.55.5510.04 - Begleitendes Grün						
Anzahl Straßenbäume	Stück	Summe	29.073,0	29.021,0	29.050,0	-29,0
1.55.5510.06 - Parkanlagen und Grünanlagen						
Grün- und Parkanlagen pro Einwohner	m²	Durchschnitt	29,13	29,63	29,3	0,3
1.55.5510.11 - Fuhrparkmanagement/Beschaffung						
Fahrzeug- /Arbeitsmaschinenbeschaffungen			17,0	27,0	29,0	-2,0
1.55.5530.XX - Bestattungswesen						
Auslastung Krematorium	%	Summe	73,0	49,0	75,0	-26,0
Erdbestattungen Stadt-/Ortsteilfriedhöfe		Summe	249,0	263,0	250,0	13,0
Urnenbeisetzungen Stadt-/Ortsteilfriedhö		Summe	876,0	856,0	860,0	-4,0

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **FB 67 Stadtgrün und Sport**

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **FB 67 Stadtgrün und Sport**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**4.417.352,89**	**4.105.084,93**	**4.371.800,00**	**- 266.715,07**	**-**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**21.895.441,25**	**21.245.355,50**	**20.772.413,68**	**+ 472.941,82**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 17.478.088,36**	**- 17.140.270,57**	**- 16.400.613,68**	**- 739.656,89**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	65.539,54	83.219,29	25.000,00	+ 58.219,29	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	15.000,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	60.480,24	41.178,88	110.000,00	- 68.821,12	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**141.019,78**	**124.398,17**	**135.000,00**	**- 10.601,83**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	6.307.127,54	4.615.304,03	3.681.400,00	+ 933.904,03	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.492.041,13	2.073.422,74	2.222.200,00	- 148.777,26	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	324.876,29	439.274,33	344.000,00	+ 95.274,33	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**8.124.044,96**	**7.128.001,10**	**6.247.600,00**	**+ 880.401,10**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**- 7.983.025,18**	**- 7.003.602,93**	**- 6.112.600,00**	**- 891.002,93**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 25.461.113,54**	**- 24.143.873,50**	**- 22.513.213,68**	**- 1.630.659,82**	**-**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	-

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **FB 67 Stadtgrün und Sport**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**4.417.352,89**	**4.371.800,00**	**0,00**	**- 2.498,00**	**175.454,89**	**4.544.756,89**	**4.105.084,93**	**- 439.671,96**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**21.895.441,25**	**20.772.413,68**	**- 69.926,67**	**5.112.508,35**	**- 2.265.154,88**	**23.549.840,48**	**21.245.355,50**	**- 2.304.484,98**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 17.478.088,36**	**- 16.400.613,68**	**69.926,67**	**- 5.115.006,35**	**2.440.609,77**	**- 19.005.083,59**	**- 17.140.270,57**	**+ 1.864.813,02**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit									
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	65.539,54	25.000,00	0,00	0,00	67.197,93	92.197,93	83.219,29	- 8.978,64
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	15.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	Veräußerung von Sachvermögen	60.480,24	110.000,00	0,00	0,00	0,00	110.000,00	41.178,88	- 68.821,12
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**141.019,78**	**135.000,00**	**0,00**	**0,00**	**67.197,93**	**202.197,93**	**124.398,17**	**- 77.799,76**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit									
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	46.400,00	0,00	46.400,00	0,00	- 46.400,00
26	Baumaßnahmen	6.307.127,54	3.681.400,00	60.583,30	2.024.254,34	2.263.695,36	8.029.933,00	4.615.304,03	- 3.414.628,97
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.492.041,13	2.222.200,00	0,00	316.198,66	0,00	2.538.398,66	2.073.422,74	- 464.975,92
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	324.876,29	344.000,00	33.000,00	123.982,41	130.335,72	631.318,13	439.274,33	- 192.043,80
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**8.124.044,96**	**6.247.600,00**	**93.583,30**	**2.510.835,41**	**2.394.031,08**	**11.246.049,79**	**7.128.001,10**	**- 4.118.048,69**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**- 7.983.025,18**	**- 6.112.600,00**	**- 93.583,30**	**- 2.510.835,41**	**- 2.326.833,15**	**- 11.043.851,86**	**- 7.003.602,93**	**+ 4.040.248,93**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 25.461.113,54**	**- 22.513.213,68**	**- 23.656,63**	**- 7.625.841,76**	**113.776,62**	**- 30.048.935,45**	**- 24.143.873,50**	**+ 5.905.061,95**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit									
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig

Teilhaushalt

Stabsstelle 0800

Wirtschaftsdezernat

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **Stabsst. 0800 Wirtschaftsdezernat**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	-
4	Sonstige Transfererträge	52.195,66	187.091,95	100.000,00	+ 87.091,95	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	-
6	Privatrechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**52.195,66**	**187.091,95**	**100.000,00**	**+ 87.091,95**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Aufwendungen für aktives Personal	196.817,83	199.629,91	170.930,00	+ 28.699,91	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	42.262,99	44.234,39	41.000,00	+ 3.234,39	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.099,91	120.479,26	128.100,00	- 7.620,74	0,00
16	Abschreibungen	0,00	0,00	84.114,00	- 84.114,00	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	1.011.231,88	198.489,77	440.000,00	- 241.510,23	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	36.667,00	35.488,42	40.100,00	- 4.611,58	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.292.079,61**	**598.321,75**	**904.244,00**	**- 305.922,25**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 1.239.883,95**	**- 411.229,80**	**- 804.244,00**	**+ 393.014,20**	**-**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 1.239.883,95**	**- 411.229,80**	**- 804.244,00**	**+ 393.014,20**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus ILV	0,00	0,00	0,00	0,00	-
27	Aufwendungen aus ILV	35.267,31	33.611,74	35.059,54	- 1.447,80	-
28	**Saldo aus ILV**	**- 35.267,31**	**- 33.611,74**	**- 35.059,54**	**+ 1.447,80**	**-**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 1.275.151,26**	**- 444.841,54**	**- 839.303,54**	**+ 394.462,00**	**-**

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **Stabsst. 0800 Wirtschaftsdezernat**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	Sonstige Transfererträge	52.195,66	100.000,00	0,00	0,00	0,00	100.000,00	187.091,95	+ 87.091,95
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	Privatrechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	**Summe ordentliche Erträge**	**52.195,66**	**100.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**100.000,00**	**187.091,95**	**+ 87.091,95**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Aufwendungen für aktives Personal	196.817,83	170.930,00	28.699,91	0,00	0,00	199.629,91	199.629,91	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	42.262,99	41.000,00	3.234,39	0,00	0,00	44.234,39	44.234,39	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.099,91	128.100,00	0,00	121.410,00	0,00	249.510,00	120.479,26	- 129.030,74
16	Abschreibungen	0,00	84.114,00	0,00	0,00	0,00	84.114,00	0,00	- 84.114,00
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	1.011.231,88	440.000,00	0,00	0,00	0,00	440.000,00	198.489,77	- 241.510,23
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	36.667,00	40.100,00	- 12.012,00	9.012,00	895,53	37.995,53	35.488,42	- 2.507,11
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.292.079,61**	**904.244,00**	**19.922,30**	**130.422,00**	**895,53**	**1.055.483,83**	**598.321,75**	**- 457.162,08**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**- 1.239.883,95**	**- 804.244,00**	**- 19.922,30**	**- 130.422,00**	**- 895,53**	**- 955.483,83**	**- 411.229,80**	**+ 544.254,03**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 1.239.883,95**	**- 804.244,00**	**- 19.922,30**	**- 130.422,00**	**- 895,53**	**- 955.483,83**	**- 411.229,80**	**+ 544.254,03**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus ILV	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Aufwendungen aus ILV	35.267,31	35.059,54	0,00	0,00	0,00	35.059,54	33.611,74	- 1.447,80
28	**Saldo aus ILV**	**- 35.267,31**	**- 35.059,54**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**- 35.059,54**	**- 33.611,74**	**+ 1.447,80**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**- 1.275.151,26**	**- 839.303,54**	**- 19.922,30**	**- 130.422,00**	**- 895,53**	**- 990.543,37**	**- 444.841,54**	**+ 545.701,83**

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **Stabsstelle 0800 Wirtschaftsdezernat**

Produktübersicht

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
Stabsst. 0800 Wirtschaftsdezernat

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014			Ansatz 2014	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.57	***Wirtschaftsförderung und Tourismus***						
1.57.5711	**Wirtschaftsförderung**						
1.57.5711.01	Steuerungsunterst. Wifö. und Stadtmark.	-1.275.151,26	187.091,95	631.933,49	-444.841,54	-839.303,54	394.462,00
Summe Produktgruppe		**-1.275.151,26**	**187.091,95**	**631.933,49**	**-444.841,54**	**-839.303,54**	**394.462,00**
Summe Teilhaushalt		**-1.275.151,26**	**187.091,95**	**631.933,49**	**-444.841,54**	**-839.303,54**	**394.462,00**

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **Stabsst. 0800 Wirtschaftsdezernat**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**52.196,30**	**187.091,95**	**100.000,00**	**+ 87.091,95**	**-**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**455.864,05**	**1.041.614,35**	**773.600,00**	**+ 268.014,35**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 403.667,75**	**- 854.522,40**	**- 673.600,00**	**- 180.922,40**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	125.000,00	- 125.000,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	0,00	200,00	- 200,00	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**125.200,00**	**- 125.200,00**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**- 125.200,00**	**+ 125.200,00**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 403.667,75**	**- 854.522,40**	**- 798.800,00**	**- 55.722,40**	**-**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	-

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **Stabsst. 0800 Wirtschaftsdezernat**

	Einzahlungen und Auszahlungen	**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**52.196,30**	**100.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**100.000,00**	**187.091,95**	**+ 87.091,95**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**455.864,05**	**773.600,00**	**- 5.955,11**	**402.944,19**	**895,53**	**1.171.484,61**	**1.041.614,35**	**- 129.870,26**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**- 403.667,75**	**- 673.600,00**	**5.955,11**	**- 402.944,19**	**- 895,53**	**- 1.071.484,61**	**- 854.522,40**	**+ 216.962,21**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit									
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit									
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	125.000,00	0,00	350.000,00	0,00	475.000,00	0,00	- 475.000,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	200,00	0,00	40.000,00	0,00	40.200,00	0,00	- 40.200,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**125.200,00**	**0,00**	**390.000,00**	**0,00**	**515.200,00**	**0,00**	**- 515.200,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**- 125.200,00**	**0,00**	**- 390.000,00**	**0,00**	**- 515.200,00**	**0,00**	**+ 515.200,00**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**- 403.667,75**	**- 798.800,00**	**5.955,11**	**- 792.944,19**	**- 895,53**	**- 1.586.684,61**	**- 854.522,40**	**+ 732.162,21**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit									
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilhaushalt

Allgemeine Finanzwirtschaft

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **Allgemeine Finanzwirtschaft**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	335.650.468,49	331.539.979,81	370.445.500,00	- 38.905.520,19	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	89.488.192,00	89.480.328,00	87.837.000,00	+ 1.643.328,00	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	5.626.727,00	5.626.727,00	5.626.727,00	0,00	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	-
6	Privatrechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	379.308,77	41.459,98	0,00	+ 41.459,98	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	4.579.036,23	4.466.253,61	5.950.000,00	- 1.483.746,39	-
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	150.960,65	540.258,50	69.500,00	+ 470.758,50	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**435.874.693,14**	**431.695.006,90**	**469.928.727,00**	**- 38.233.720,10**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Aufwendungen für aktives Personal	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.815.406,14	47.102,23	56.500,00	- 9.397,77	0,00
16	Abschreibungen	4.477.372,14	2.375.317,87	0,00	+ 2.375.317,87	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.007.497,42	5.244.629,26	6.542.800,00	- 1.298.170,74	0,00
18	Transferaufwendungen	30.282.619,00	24.802.038,00	32.380.000,00	- 7.577.962,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	- 670.574,93	32.796,42	1.747.400,00	- 1.714.603,58	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**41.912.319,77**	**32.501.883,78**	**40.726.700,00**	**- 8.224.816,22**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**393.962.373,37**	**399.193.123,12**	**429.202.027,00**	**- 30.008.903,88**	**-**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	4.552.102,25	12.025.658,00	0,00	+ 12.025.658,00	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	569,04	11.962,82	0,00	+ 11.962,82	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**4.551.533,21**	**12.013.695,18**	**0,00**	**+ 12.013.695,18**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**398.513.906,58**	**411.206.818,30**	**429.202.027,00**	**- 17.995.208,70**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus ILV	0,00	0,00	0,00	0,00	-
27	Aufwendungen aus ILV	0,00	0,00	0,00	0,00	-
28	**Saldo aus ILV**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**398.513.906,58**	**411.206.818,30**	**+ 429.202.027,00**	**- 17.995.208,70**	**-**

Jahresabschluss 2014 **Teil-Ergebnisrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **Allgemeine Finanzwirtschaft**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	335.650.468,49	370.445.500,00	0,00	0,00	0,00	370.445.500,00	331.539.979,81	- 38.905.520,19
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	89.488.192,00	87.837.000,00	1.631.100,00	0,00	0,00	89.468.100,00	89.480.328,00	+ 12.228,00
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	5.626.727,00	5.626.727,00	0,00	0,00	0,00	5.626.727,00	5.626.727,00	0,00
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	Privatrechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	379.308,77	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	41.459,98	+ 41.459,98
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	4.579.036,23	5.950.000,00	0,00	0,00	0,00	5.950.000,00	4.466.253,61	- 1.483.746,39
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	150.960,65	69.500,00	0,00	0,00	9.511,60	79.011,60	540.258,50	+ 461.246,90
12	**Summe ordentliche Erträge**	**435.874.693,14**	**469.928.727,00**	**1.631.100,00**	**0,00**	**9.511,60**	**471.569.338,60**	**431.695.006,90**	**- 39.874.331,70**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Aufwendungen für aktives Personal	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.815.406,14	56.500,00	0,00	0,00	0,00	56.500,00	47.102,23	- 9.397,77
16	Abschreibungen	4.477.372,14	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.375.317,87	+ 2.375.317,87
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.007.497,42	6.542.800,00	0,00	0,00	0,00	6.542.800,00	5.244.629,26	- 1.298.170,74
18	Transferaufwendungen	30.282.619,00	32.380.000,00	0,00	0,00	- 32.796,42	32.347.203,58	24.802.038,00	- 7.545.165,58
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	- 670.574,93	1.747.400,00	- 1.314.243,50	0,00	- 400.360,08	32.796,42	32.796,42	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**41.912.319,77**	**40.726.700,00**	**- 1.314.243,50**	**0,00**	**- 433.156,50**	**38.979.300,00**	**32.501.883,78**	**- 6.477.416,22**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**393.962.373,37**	**429.202.027,00**	**2.945.343,50**	**0,00**	**442.668,10**	**432.590.038,60**	**399.193.123,12**	**- 33.396.915,48**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	4.552.102,25	0,00	0,00	0,00	2.451,22	2.451,22	12.025.658,00	+ 12.023.206,78
23	Außerordentliche Aufwendungen	569,04	0,00	0,00	0,00	11.962,82	11.962,82	11.962,82	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**4.551.533,21**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**- 9.511,60**	**- 9.511,60**	**12.013.695,18**	**+ 12.023.206,78**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**398.513.906,58**	**429.202.027,00**	**2.945.343,50**	**0,00**	**433.156,50**	**432.580.527,00**	**411.206.818,30**	**- 21.373.708,70**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus ILV	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Aufwendungen aus ILV	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	**Saldo aus ILV**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	**Jahresergebnis einschl. ILV** (Zeilen 25+28)	**398.513.906,58**	**429.202.027,00**	**2.945.343,50**	**0,00**	**433.156,50**	**432.580.527,00**	**411.206.818,30**	**- 21.373.708,70**

Produktübersicht

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
Allgemeine Finanzwirtschaft

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014			Ansatz 2014	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.61	***Allgemeine Finanzwirtschaft***						
1.61.6110	**Allgemeine Finanzwirtschaft**						
1.61.6110.01	Steuern, allg. Zuweisungen/Umlagen	401.700.859,06	430.242.352,35	26.442.568,45	403.799.783,90	435.086.727,00	-31.286.943,10
Summe Produktgruppe		**401.700.859,06**	**430.242.352,35**	**26.442.568,45**	**403.799.783,90**	**435.086.727,00**	**-31.286.943,10**
1.61.6120	**Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft**						
1.61.6120.01	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	-3.186.952,48	13.478.312,55	6.071.278,15	7.407.034,40	-5.884.700,00	13.291.734,40
Summe Produktgruppe		**-3.186.952,48**	**13.478.312,55**	**6.071.278,15**	**7.407.034,40**	**-5.884.700,00**	**13.291.734,40**
Summe Teilhaushalt		**398.513.906,58**	**443.720.664,90**	**32.513.846,60**	**411.206.818,30**	**429.202.027,00**	**-17.995.208,70**

Kennzahlenübersicht zu den wesentlichen Produkten

Wesentliche Produkte - Kennzahlen

Produkt

Produktkennzahl(en):	Dimension	Berechnung	Ist 2013	Ist 2014	Plan 2014	mehr (+) / weniger (-)
1.61.61X0.01 - Allgemeine Finanzwirtschaft						
Finanzausgleich (Schlüsselzuweisung)	T€	Summe	77.781,0	77.643,0	76.000,0	1.643,0
Forderungen (ohne Cashpool)	T€	Summe	26.080,0	33.656,0	23.000,0	10.656,0
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	T€	Summe	97.706,0	104.913,0	102.400,0	2.513,0
Gewerbesteueraufkommen	T€	Summe	170.457,0	160.745,0	202.000,0	-41.255,0
Kreditaufnahmen/Liquiditätskredite	T€	Summe	0,0	0,0	0,0	0,0

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig **Allgemeine Finanzwirtschaft**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**425.784.095,80**	**423.592.178,33**	**464.302.000,00**	**- 40.709.821,67**	**-**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**38.268.882,32**	**30.083.405,66**	**40.726.700,00**	**- 10.643.294,34**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**387.515.213,48**	**393.508.772,67**	**423.575.300,00**	**- 30.066.527,33**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	+ 0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**387.515.213,48**	**393.508.772,67**	**423.575.300,00**	**- 30.066.527,33**	**-**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	1.965.048,75	7.863.100,00	- 5.898.051,25	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	8.262.380,45	18.511.915,12	24.500.600,00	- 5.988.684,88	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**- 8.262.380,45**	**- 16.546.866,37**	**- 16.637.500,00**	**+ 90.633,63**	-

Jahresabschluss 2014 **Teil-Finanzrechnung** mit Planaktualisierungen

Stadt Braunschweig **Allgemeine Finanzwirtschaft**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013**	**Ansätze 2014**	**Über- u. Außerplanm. Bewillig.**	**Reste aus Vorjahr**	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit**	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6)	**Ergebnis 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**425.784.095,80**	**464.302.000,00**	**1.631.100,00**	**- 1.079.093,00**	**11.962,82**	**464.865.969,82**	**423.592.178,33**	**- 41.273.791,49**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**38.268.882,32**	**40.726.700,00**	**- 1.314.243,50**	**0,00**	**11.962,82**	**39.424.419,32**	**30.083.405,66**	**- 9.341.013,66**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**387.515.213,48**	**423.575.300,00**	**2.945.343,50**	**- 1.079.093,00**	**0,00**	**425.441.550,50**	**393.508.772,67**	**- 31.932.777,83**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit									
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit									
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**387.515.213,48**	**423.575.300,00**	**2.945.343,50**	**- 1.079.093,00**	**0,00**	**425.441.550,50**	**393.508.772,67**	**- 31.932.777,83**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013	Ansätze 2014	Über- u. Außerplanm. Bewillig.	Reste aus Vorjahr	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6)	Ergebnis 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	**- Euro -**	**- Euro -**	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit									
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	7.863.100,00	0,00	0,00	0,00	7.863.100,00	1.965.048,75	- 5.898.051,25
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	8.262.380,45	24.500.600,00	0,00	0,00	0,00	24.500.600,00	18.511.915,12	- 5.988.684,88
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**- 8.262.380,45**	**- 16.637.500,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**- 16.637.500,00**	**- 16.546.866,37**	**+ 90.633,63**

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

VI. Anhang

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Allgemeine Erläuterungen	621
2. Gliederungsgrundsätze	621
3. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	621
4. Erläuterung der wesentlichen Bilanzpositionen und der darauf angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	622
4.1. Immaterielles Vermögen	622
4.2. Sachvermögen	623
4.2.1. Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an unbebauten Grundstücken	624
4.2.2. Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an bebauten Grundstücken	625
4.2.3. Infrastrukturvermögen	626
4.2.4. Kunstgegenstände	627
4.2.5. Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Anlagen im Bau	628
4.3. Finanzvermögen	628
4.3.1. Anteile an verbundenen Unternehmen	628
4.3.2. Beteiligungen, Wertpapiere	629
4.3.3. Sondervermögen mit Sonderrechnungen	629
4.3.4. Ausleihungen	629
4.3.5. Forderungen, Sonstige Vermögensgegenstände	629
4.4. Liquide Mittel	631
4.5. Aktive Rechnungsabgrenzung	631
4.6. Nettoposition	631
4.6.1. Reinvermögen	632
4.6.2. Rücklagen	632
4.6.3. Jahresergebnis	632
4.6.4. Sonderposten	632
4.7. Schulden	633
4.8. Rückstellungen	636
4.9. Passive Rechnungsabgrenzung	638
5. Weitere Erläuterungen zur Bilanz	638

Inhaltsverzeichnis

Seite

6. Erläuterung der wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung 639
6.1. Jahresergebnis 639
6.2. Ordentliches Ergebnis 639
6.2.1. Ordentliche Erträge 639
6.2.2. Ordentliche Aufwendungen 644
6.3. Außerordentliches Ergebnis 648
6.3.1. Außerordentliche Erträge 648
6.3.2. Außerordentliche Aufwendungen 649
7. Erläuterung der wesentlichen Positionen der Finanzrechnung 650
7.1. Finanzmittelbestand 650
7.2. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit 650
7.2.1. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 650
7.2.2. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 651
7.3. Saldo aus Investitionstätigkeit 653
7.3.1. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit 653
7.3.2. Auszahlungen aus Investitionstätigkeit 654
7.4. Saldo aus Finanzierungstätigkeit 655
7.5. Saldo aus haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen 655

ERLÄUTERUNG DES JAHRESABSCHLUSSES 2014 DER STADT BRAUNSCHWEIG ZUM 31. DEZEMBER 2014

1. Allgemeine Erläuterungen

Die Stadt Braunschweig hat gem. § 128 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) für das Haushaltsjahr einen Jahresabschluss nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung klar und übersichtlich aufzustellen. Der Jahresabschluss besteht gem. § 128 Abs. 2 NKomVG aus einer Ergebnisrechnung, einer Finanzrechnung und einer Bilanz sowie einem Anhang. Nach § 128 Abs. 3 NKomVG sind dem Anhang ein Rechenschaftsbericht, eine Anlagenübersicht, eine Schuldenübersicht, eine Forderungsübersicht und eine Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen beizufügen.

Die gem. § 178 Abs. 3 NKomVG verbindlich vorgegebenen Muster für die Ergebnisrechnung, die Finanzrechnung und die Bilanz sowie die Anlagen-, Forderungs- und Schuldenübersicht wurden von der Stadt verwendet.

Ergänzend zu den Regelungen der NKomVG wurde für die Erste Eröffnungsbilanz von der Stadt Braunschweig eine Bilanzerstellungs- und Bewertungsrichtlinie erarbeitet und von der BDO Deutsche Warentreuhand Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft beurteilt. BDO hat bescheinigt, dass die städtische Richtlinie eine geeignete Grundlage für eine wirtschaftliche Vorgehensweise bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz bildet. Die nicht speziell auf die Erste Eröffnungsbilanz ausgerichteten Teile der städtischen Richtlinie gelten für die Jahresabschlüsse fort.

2. Gliederungsgrundsätze

Die Gliederung der Ergebnis- und der Finanzrechnung sowie der Bilanz erfolgte gem. §§ 50, 51 und 54 der Gemeindehaushalts- und -kassenverordnung (GemHKVO) in Verbindung mit den §§ 2 und 3 der GemHKVO. Dabei wurden für die Ergebnisrechnung (§ 2 Abs. 2 GemHKVO), die Finanzrechnung (§ 3 GemHKVO) und die Bilanz (§ 54 Abs. 2 und 4 GemHKVO) auch die verbindlich vorgegebenen Muster nach § 178 Abs. 3 NKomVG verwendet.

3. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, Schulden und Rückstellungen erfolgte gem. § 124 Abs. 4 NKomVG i.V.m. §§ 42 ff. GemHKVO. Die Regelungen des § 60 GemHKVO zur ersten Eröffnungsbilanz wurden berücksichtigt. Außerdem bildete die Bilanzerstellungs- und Bewertungsrichtlinie eine weitere Grundlage.

Zinsen für Fremdkapital, das zur Finanzierung der Herstellung eines Vermögensgegenstandes verwendet wird, wurden nicht als Herstellungswerte angesetzt.

Für die Ermittlung der Abschreibungen wurde grundsätzlich die Abschreibungstabelle mit Abschreibungssätzen in der Kommunalverwaltung für Niedersachsen angewandt. Auf der Grundlage der Hinweise des Landes Niedersachsen zu Fragen der Inventur, zur Inventurvereinfachung im Rahmen der ersten Eröffnungsbilanz und zu Bewertungsfragen (Stand: 01.05.2008) ist es zulässig, das bereits nach geltenden Vorschriften (§§ 38, 39 GemHVO, EigenbetriebsVO, EinrVO-Kom) in Anlagennachweisen erfasste und fortgeschriebene Ver-

mögen zu übernehmen. Außerdem wurden für kostenrechnende Einrichtungen und Betriebe gewerblicher Art die Nutzungsdauern beibehalten.

In der Abschreibungstabelle sind keine Angaben zu Nutzungsdauern für Grünanlagen enthalten. Hierfür wurden Nutzungsdauern aufgrund eigener Erfahrungswerte ermittelt. Für Straßen wird grundsätzlich eine Nutzungsdauer von 50 Jahren zugrunde gelegt. Diese längeren Nutzungsdauern sind deshalb möglich, weil die Straßenerneuerungen in der Regel gleichzeitig mit der Erneuerung der Ver- und Entsorgungsleitungen durchgeführt werden, wodurch nachträgliche Straßenaufbrüche durch die Leitungsverwaltungen, die „Schwachstellen“ darstellen und maßgebend für eine vorzeitige Abgängigkeit verantwortlich sind, weitestgehend vermieden werden.

4. Erläuterung der wesentlichen Bilanzpositionen und der darauf angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

4.1 Immaterielles Vermögen

Das immaterielle Vermögen umfasst 2,5 Prozent (Vorjahr 2,4 Prozent) der Bilanzsumme der Stadt Braunschweig.

	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
Bilanzwerte	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Lizenzen	852	2,0	742	1,6	-110	-12,9
Ähnliche Rechte	143	0,3	119	0,3	-24	-16,8
Geleistete Investitionszuweisungen	41.798	97,7	45.657	98,1	3.859	9,2
Sonstiges immaterielles Vermögen	0	0,0	0	0,0	0	-
Immaterielles Vermögen	**42.793**	**100,0**	**46.518**	**100,0**	**3.725**	**8,7**

Die Bewertung von Lizenzen erfolgt zum Anschaffungswert.

Das Wahlrecht zur Aktivierung des Aufwandes zur Umstellung auf das Neue Kommunale Rechnungswesen (NKR) gem. Art. 6 Abs. 11 NGO-Neuordnungsgesetz wurde nicht in Anspruch genommen.

Die Veränderungen sind entstanden durch:

Zugänge	+	6.061 TEUR
Abgänge (zu Anschaffungs- /Herstellungswerten)	-	2 TEUR
Zugänge durch Umbuchungen	+	788 TEUR
Abschreibungen	-	3.122 TEUR
Veränderung	+	3.725 TEUR

Der Bestand an geleisteten Investitionszuweisungen erhöht sich seit der ersten Eröffnungsbilanz kontinuierlich. Auf eine Aktivierung der bis zum 31. Dezember 2007 geleisteten Investitionszuweisungen und -zuschüsse wurde gem. § 60 Abs. 5 GemHKVO in der ersten Eröffnungsbilanz verzichtet. Danach wurden von der Stadt Braunschweig geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse gem. § 42 Abs. 4 GemHKVO als immaterielle Vermögensgegenstände aktiviert.

Die Zugänge bei den geleisteten Investitionszuweisungen 2014 beinhalten insbesondere die Zuweisungen der Krankenhausumlage in Höhe von rd. 3.098 TEUR sowie den Zuschuss an die Verkehrs-GmbH zu den Verkehrsanlagen „Bohlweg“ in Höhe von 2.308 TEUR. Weiterhin von Bedeutung war der Investitionszuschuss an die Braunschweiger Schützengesellschaft in Höhe von 317 TEUR sowie weitere kleinere Zuschüsse an andere Sportvereine etc.

Bei den Zugängen durch Umbuchungen handelt es sich um Umbuchungen, die sich aufgrund fertiggestellter Anlagen im Bau (Ausbuchung AiB) ergeben haben. Im Wesentlichen handelte es sich hierbei um den Zuschuss der Vergangenheit an den Landesverband der Gartenfreunde in Höhe von 761 TEUR zur Erstellung eines neuen Geschäftsgebäudes. In 2014 sind hierfür nochmals rd. 19 TEUR als Zuschuss (siehe Zugänge) ausgezahlt worden.

4.2 Sachvermögen

Das Sachvermögen umfasst rd. 1.346.919 TEUR und damit 72 Prozent (Vorjahr 70 Prozent) der Bilanzsumme der Stadt Braunschweig. Es stellt den größten Teil der Vermögenswerte dar. Im Einzelnen gliedert sich das Sachvermögen in folgende Posten:

	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
Bilanzwerte	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an unbebauten Grundstücken	233.328	18,3	229.063	16,9	-4.265	-1,8
Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an unbebauten Grundstücken	538.716	42,4	608.607	45,3	69.891	13,0
Infrastrukturvermögen	384.012	30,2	389.284	28,9	5.272	1,4
Bauten auf fremden Grundstücken	4.969	0,4	5.671	0,4	702	14,1
Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler	685	0,1	762	0,1	77	11,2
Maschinen und technische Anlagen; Fahrzeuge	13.656	1,1	15.271	1,1	1.615	11,8
Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere	31.584	2,5	31.947	2,4	363	1,1
Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	63.793	5,0	66.314	4,9	2.521	4,0
Sachvermögen	**1.270.743**	**100,0**	**1.346.919**	**100,0**	**76.176**	**6,0**

Wesentliche Vermögenswerte der Stadt Braunschweig liegen im Grund und Boden. In den Bilanzposten Unbebaute Grundstücke, Bebaute Grundstücke sowie Infrastrukturvermögen sind jeweils Unterposten für Grund und Boden in einer Gesamthöhe von rd. 563.426 TEUR (Vorjahr rd. 565.645 TEUR) enthalten. Das entspricht rd. 30 Prozent (Vorjahr 31 Prozent) der Bilanzsumme.

Die Bewertung der Grundstücke erfolgt grundsätzlich zum Anschaffungs- oder Herstellungswert. Für Grundstücke, die vor dem 1. Januar 2000 angeschafft wurden, erfolgt aus Vereinfachungsgründen die Bewertung zu vorsichtig ermittelten Zeitwerten, die aus den für das Jahr 2000 geltenden Bodenrichtwerten abgeleitet wurden. Für Grundstücke ohne Bodenrichtwert wurde das Gebiet der Stadt Braunschweig in vier Zonen untergliedert; für jede Zone wurde ein gebietstypischer Wert ermittelt, der der nachfolgenden Tabelle entnommen werden kann. Die Wertermittlung orientiert sich in diesen Fällen an der Verknüpfung der tatsächlichen Nutzung der Flächen mit dem zonalen Wert.

Zone	EURO/m²
Zone 1: Stadtkern innerhalb der Okerumflutung	500,00
Zone 2: "Wilhelminischer Ring"	200,00
Zone 3: Gebiete zwischen wilhelminischen Ring und definierten Randbereichen sowie Bereiche der Ortsteile innerhalb der Bodenrichtwertzonen für bebaute Grundstücke Liegen die Grundstücke außerhalb der Bodenrichtwertzonen, aber erkennbar innerhalb des Bebauungszusammenhangs, so wird auch hier die Zone 3 angenommen.	150,00
Zone 4: Flächen außerhalb der Zonen 1 bis 3	*)
*) Fester Wert in Abhängigkeit von der Nutzung	

Die wesentlichen Posten des Sachvermögens werden nachstehend erläutert.

4.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an unbebauten Grundstücken

Darin sind folgende Posten enthalten:

	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
Bilanzwerte	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Grünflächen - Grund und Boden	167.659	72,0	163.482	71,3	-4.177	-2,5
Grünflächen - Außenanlagen	16.208	6,9	16.083	7,0	-125	-0,8
Grünflächen - Bäume	16.187	6,9	16.187	7,1	0	0,0
Ackerland	23.415	10,0	21.299	9,3	-2.116	-9,0
Wald, Forsten	2.977	1,3	3.565	1,6	588	19,8
Sonstige unbebaute Grundstücke	6.882	2,9	8.447	3,7	1.565	22,7
Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an unbebauten Grundstücken	**233.328**	**100,0**	**229.063**	**100,0**	**-4.265**	**-1,8**

Die Bewertung von Grund und Boden der Grünflächen vor dem 1. Januar 2008 erfolgte mit 30 Prozent des gebietstypischen Wertes, mindestens mit 8 EUR/m^2, ab dem 1. Januar 2008 werden Anschaffungs- oder Herstellungswerte zugrunde gelegt.

Ackerland wurde vor dem 1. Januar 2008 mit dem Bodenrichtwert aus dem Jahr 2000 bewertet, ab dem 1. Januar 2008 wird der Anschaffungs- oder Herstellungswert zugrunde gelegt.

Die Veränderungen sind entstanden durch:

Zugänge	+	1.395 TEUR
Abgänge (zu Anschaffungs- /Herstellungswerten)	-	2.187 TEUR
Zugänge durch Umbuchungen	-	1.485 TEUR
Abschreibungen	-	783 TEUR
Außerplanmäßige Abschreibungen	-	1.205 TEUR
Veränderung	-	4.265 TEUR

Zum einen resultieren Zu- und Abgänge sowie Umbuchungen im Bestand der Grundstücke aus An- bzw. Verkäufen in diversen Bereichen sowie der Umsetzung von Grundstücksfortführungen nach Vermessung bzw. einer Anpassung der tatsächlichen Nutzung (TN) gemäß des Liegenschaftskatasters des Landes Niedersachsen.

Dies betrifft beim „Grund und Boden Grünflächen“ (Umbuchung: - 4.195 TEUR) und „sonstigen unbebauten Grundstücken“ (Umbuchung: + 1.442 TEUR) insbesondere Flächen, die im Zusammenhang mit dem Ausbau des Autobahndreiecks BS-Südwest im Zuge der A 39/391 vermessen und zum Teil für den Straßenausbau in Anspruch genommen wurden sowie Grundstücksflächen am Madamenweg, deren tatsächliche Nutzung nach Fortführung zum überwiegenden Teil von „Grünfläche“ in „Sport-Freizeit- und Erholungsfläche“ anzupassen war.

Bei den „Grünflächen-Außenanlagen“ sind Umbuchungen aber insbesondere auch Zugänge aufgrund der Fertigstellung diverser Grünanlagen z.B. Südsee-Gebiet, Bürgerpark, Naturdenkmal Kreißberg, Mehrgenerationspark Westbahnhof, Grünverbindung Naturdenkmal Jödebrunnen sowie Schul- und Bürgergarten Dowesee erfolgt. Hieraus ergeben sich auch entsprechend höhere Abschreibungen im Verhältnis zum Vorjahr.

Zugänge (+ 563 TEUR) und in größerem Maße Abgänge (- 1.830 TEUR) bei den Ackerlandflächen haben sich aus der Umsetzung des Flurbereinigungsverfahrens Broitzem sowie aus dem Verkauf von Ausgleichsflächen an die Flughafen BS/WOB GmbH ergeben. Weiterhin hat auch eine außerplanmäßige Abschreibung bei den Ackerlandflächen stattgefunden. Auf

die vorgenommene außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von rd. 1.205 TEUR wird unter Punkt 6.3.2 eingegangen.

4.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an bebauten Grundstücken

Bei diesem Posten, der nahezu 33 Prozent (Vorjahr nahezu 30 Prozent) der Bilanzsumme umfasst, handelt es sich um den größten Einzelposten der Aktivseite der Bilanz. Folgende Vermögenswerte sind darin enthalten:

	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
Bilanzwerte	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Wohnbauten						
Grund und Boden	13.839	2,6	13.606	2,2	-233	-1,7
Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	456	0,1	304	0,0	-152	-33,3
Soziale Einrichtungen						
Grund und Boden	14.896	2,8	13.895	2,3	-1.001	-6,7
Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	44.151	8,2	48.854	8,0	4.703	10,7
Schulen						
Grund und Boden	62.228	11,6	63.219	10,4	991	1,6
Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	166.612	30,9	211.904	34,8	45.292	27,2
Kultur-, Sport- und Gartenanlagen						
Grund und Boden	71.934	13,4	72.958	12,0	1.024	1,4
Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	51.310	9,5	69.984	11,5	18.674	36,4
Sonstige Dienst-, Geschäfts- und andere Betriebsgebäude						
Grund und Boden	77.912	14,5	78.310	12,9	398	0,5
Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	35.378	6,6	35.573	5,8	195	0,6
Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an bebauten Grundstücken	**538.716**	**100,0**	**608.607**	**100,0**	**69.891**	**13,0**

Gebäude werden grundsätzlich zum fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungswert bewertet. Für Zugänge vor dem Jahr 2000 werden aus Vereinfachungsgründen vielfach vorsichtig ermittelte Zeitwerte auf Basis der Normalherstellungskosten 2000 durch das Sachwertverfahren ermittelt; die Anschaffungs- oder Herstellungswerte werden in diesen Fällen auf das Herstellungsjahr zurückindiziert. Ab dem 1. Januar 2008 erfolgt die Bewertung der Zugänge zum Anschaffungs- oder Herstellungswert.

Aufbauten vor dem 1. Januar 2008 werden aus Vereinfachungsgründen mit einem Pauschalbetrag, definiert als Prozentsatz des Gebäudewertes, bewertet. Bei Kindertagesstätten gilt ein Prozentsatz von 15 Prozent, ansonsten 7 Prozent des Gebäudewertes. Ab dem 1. Januar 2008 erfolgt die Bewertung der Zugänge zum Anschaffungs- oder Herstellungswert. Die Bewertung der Betriebsvorrichtungen erfolgt mittels Anschaffungs- oder Herstellungswert.

Die Veränderungen sind entstanden durch:

Zugänge	+	61.355 TEUR
Abgänge (zu Anschaffungs- /Herstellungswerten)	-	2.878 TEUR
Zugänge durch Umbuchungen	+	23.259 TEUR
Abschreibungen	-	11.012 TEUR
Außerplanmäßige Abschreibungen	-	833 TEUR
Veränderung	+	69.891 TEUR

Die Anlagenzugänge aus Zahlungen des Jahres 2014 sowie aus Umbuchungen resultieren hauptsächlich aus der Fertigstellung diverser Baumaßnahmen im Bereich der Schulen, Kindertagesstätten sowie im Sportbereich.

Allein auf die Teilfertigstellung von Schulen im Rahmen des PPP-Projektes entfallen rd. 52,8 Mio. EUR der genannten Zugänge in Höhe von 61,4 Mio. EUR. Hierbei handelt es sich um folgende Teilfertigstellungen:

- die Grundschule Ilmenaustraße
- das Gymnasium Neue Oberschule
- das Gymnasium Ricarda-Huch-Schule einschließlich Schulsporthalle
- die Berufsbildenden Schulen II (Teilprojekt 2)
- das Gymnasium Raabeschule sowie die RS/HS im Schulzentrum Heidberg (Teilprojekt 2 und 3)
- die Otto-Bennemann-Schule einschließlich Schulsporthalle (Alte Waage)
- die Kindertagesstätte Lehndorf
- die Kindertagesstätte Leibnizplatz
- die Kindertagesstätte Lindenbergsiedlung
- die Mensa für die IGS Heidberg im Schulzentrum Heidberg

Die Umbuchung fertiggestellter Anlagen im Bau (AiB) in Höhe von rd. 23,3 Mio. EUR betrifft insbesondere die Westtribüne des Stadions, die Erweiterung der RS Nibelungen/IGS Querum, den Neubau des Jugendzentrums in Wenden, den Neubau der Kita Querum als auch die Sanierung diverser städtischer Gebäude (z.B. Betriebsgebäude Goslarsche Straße 93)

Anlagenabgänge haben sich überwiegend durch den Verkauf/Tausch städtischen Grundvermögens wie z. B. aus dem Verkauf des ehemaligen Dienstgebäudes Petritorwall 6 sowie aus der Vermarktung von Gewerbegrundstücken in den Gebieten Rautheim-Nord und Kralenriede (In den Waashainen) ergeben. Weiterhin erfolgte eine Abgabe von Grundstücken und Gebäuden im Rahmen der Übertragung der Baulast der Klosterkirche und der Frauenkapelle auf die Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz. Auch Erbbaurechtsbestellungen auf städtischem Grund und Boden haben dazu geführt, dass darauf befindliche Aufbauten aus dem städtischen Vermögen ausgeschieden sind.

Zusätzlich mussten der Grund und Boden bzw. die Aufbauten von Grundstücken, insbesondere im Kita- und Schulbereich u. a. aufgrund eingetretener Brandschäden außerplanmäßig abgeschrieben werden. Die vorgenommenen außerplanmäßigen Abschreibungen in Höhe von insgesamt rd. 833 TEUR werden unter Punkt 6.3.2 erläutert.

4.2.3 Infrastrukturvermögen

Das Infrastrukturvermögen umfasst 21 Prozent (Vorjahr nahezu 21 Prozent) der Bilanzsumme der Stadt Braunschweig.

Bilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	125.471	32,7	126.243	32,4	772	0,6
Brücken und Tunnel	33.351	8,7	33.935	8,7	584	1,8
Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	10	0,0	10	0,0	0	0,0
Straßen, Wege, Plätze, Verkehrslenkungsanlagen	218.994	57,1	221.727	57,1	2.733	1,2
Strom-, Gas-, Wasserleitungen und zugehörige Anlagen	122	0,0	109	0,0	-13	-10,7
Wasserbauliche Anlagen	889	0,2	3.288	0,8	2.399	269,9
Friedhöfe und Bestattungseinrichtungen	5.172	1,3	3.969	1,0	-1.203	-23,3
Sonstige Bauten	3	0,0	3	0,0	0	0,0
Infrastrukturvermögen	**384.012**	**100,0**	**389.284**	**100,0**	**5.272**	**1,4**

Die Bewertung der Straßengrundstücke, die vor dem 1. Januar 2008 angeschafft wurden, erfolgt in den Zonen 1 bis 3 mit 10 Prozent des gebietstypischen Wertes; in Zone 4 erfolgt die Bewertung mit 1 EUR je Quadratmeter Straße, ab dem 1. Januar 2008 erfolgt die Bewertung der Zugänge zum Anschaffungs- oder Herstellungswert.

Vor dem 1. Januar 2008 vorhandene Brücken und Tunnel werden grundsätzlich unter Zugrundelegung von Typen aus unterschiedlichen Herstellungszeiträumen zum Anschaffungs- oder Herstellungswert bewertet, ab dem 1. Januar 2008 erfolgt die Bewertung der Zugänge zum Anschaffungs- oder Herstellungswert.

Zwecks Bewertung der Altbestände der Straßen, die vor dem 1. Januar 2008 aktiviert wurden, wurde das Straßennetz in Klassen nach Maßgabe unterschiedlicher Herstellungszeiträume und Bauweisen unterteilt. Es wurde eine Nutzungsdauer von 50 Jahren zugrunde gelegt; die zuvor typisiert ermittelten Anschaffungs-/ Herstellungswerte werden in gleichen Jahresraten abgeschrieben. Ältere Straßen erhalten einen Erinnerungswert in Höhe von 1 EUR. Die ermittelten Werte für eine bestimmte Bauweise in einem bestimmten Zeitraum berücksichtigen grundsätzlich auch die Kosten für Beschilderung, Markierung, Durchlässe, Straßenbegleitgrün o.ä. Ab dem 1. Januar 2008 erfolgt die Bewertung der Zugänge zum Anschaffungs- oder Herstellungswert.

Im Posten Straßen, Wege, Plätze, Verkehrslenkungsanlagen ist wie im Vorjahr ein Festwert in Höhe von rd. 18.897 TEUR für Straßenbeleuchtung und Parkscheinautomaten enthalten. Darüber hinaus umfasst der Posten auch Einzelbäume mit insgesamt rd. 8.706 TEUR (Vorjahr rd. 8.707 TEUR).

Die Bewertung der Friedhöfe und Bestattungseinrichtungen erfolgt durch Übernahme der Daten der kostenrechnenden Einrichtung Bestattungswesen. Ab dem 1. Januar 2008 erfolgt die Bewertung der Zugänge zum Anschaffungs- oder Herstellungswert.

Die Veränderungen sind entstanden durch:

Zugänge	+	8.251 TEUR
Abgänge (zu Anschaffungs- /Herstellungswerten)	-	283 TEUR
Zugänge durch Umbuchungen	+	7.166 TEUR
Abschreibungen	-	8.086 TEUR
Außerplanmäßige Abschreibungen	-	1.776 TEUR
Veränderung	+	5.272 TEUR

Die Zugänge aus Zahlungen des Jahres 2014 sowie die Zugänge durch Umbuchungen resultieren insbesondere aus den Fertigstellungen von Anlagen im Straßenbereich, wie z. B. Christian-Pommer-Straße, Kattreppeln, Leonhardstraße, Am Alten Bahnhof und Neunkirchner Straße sowie Büchnerstraße und Ilmweg im Sanierungsgebiet „Soziale Stadt“. Zum Schutz der neuen Wohnbaugebiete Am Meerberg sowie Beberbachaue ist die Aufstellung von Lärmschutzwänden erfolgt.

Weiterhin konnten Brückenbaumaßnahmen, u. a. an der Gaussbrücke, an der Brücke Richmondweg sowie an der Schunterbrücke in Wenden beendet werden.

Die Vermögenssteigerung bei den wasserbaulichen Anlagen hat sich durch Fertigstellung des Eisenbütteler Wehres ergeben.

Auf die vorgenommenen außerplanmäßigen Abschreibungen in Höhe von insgesamt rd. 1.776 TEUR, die insbesondere das Parkdeck an der Stadthalle sowie das Krematorium (Ofenhaus) betreffen, wird unter Punkt 6.3.2 eingegangen.

4.2.4 Kunstgegenstände

Diese umfassen im Wesentlichen Museumsgegenstände mit rd. 540 TEUR (Vorjahr rd. 534 TEUR).

Für die Erste Eröffnungsbilanz wurden für einige Kunstgegenstände vorhandene Versicherungswerte zu Grunde gelegt. Ansonsten wurden ca. 270.000 Gegenstände nach dem Vorsichtsprinzip hilfsweise mit 1 EUR bewertet. Ab dem 1. Januar 2008 erfolgt die Bewertung der Zugänge zum Anschaffungs- oder Herstellungswert.

Die Zugänge im Jahr 2014 in Höhe von rd. 6 TEUR beinhalten insbesondere Anschaffungen für das Archiv des Städtischen Museums (z.B. Bronzebüste „Werner von Siemens“) für das Städtische Archiv.

4.2.5 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Anlagen im Bau

Der Ansatz erfolgte zum fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungswert. Das Festwertverfahren nach § 46 Abs. 1 GemHKVO wurde für den Bibliotheksbestand, das Schulmobiliar, die Ausstattung von Kindertagesstätten, die Musikinstrumente, die Sportgeräte, die Einzelbäume und für bestimmte Grünanlagen (Naturschutzgebiet Riddagshausen) sowie für ausgesuchte Ausstattungsgegenstände der Feuerwehr, wie z.B. Feuerwehrschläuche und Atemschutzmasken, zur Anwendung gebracht.

Der Bestand an Anlagen im Bau hat sich 2013/2014 um rd. 2.521 TEUR erhöht (2012/2013 – Reduzierung um rd. 6.633 TEUR).

In 2014 ist mit den Projekten des Schulsanierungspaketes 1 gestartet worden. Es handelt sich dabei um die Sanierung des Gymnasiums Marino-Katharineum, des Gymnasiums Hoffmann-von-Fallersleben-Schule, der Grund- und Hauptschule Rüningen, der Integrierten Gesamtschule Franzsches Feld sowie der Hauptschule Sophienstraße und der Realschule John-F.-Kennedy-Platz. Die Baumaßnahmen erstrecken sich über mehrere Jahre, so dass auch in den nächsten Jahren hierfür Anlagen im Bau bestehen bleiben. Weiterhin konnten die Bauvorhaben am Lessinggymnasium (Aula Neubau, Sanierung) sowie die Einrichtung der 4. IGS im Jahr 2014 noch nicht abgeschlossen werden, so dass sich auch hieraus erhöhte Anlagen im Bau ergeben haben. Im Tiefbaubereich steht die Fertigstellung der großen Bauvorhaben Sanierung der Hamburger Straße und Neubau der Okerbrücke Rüninger Weg / Berkenbuschstraße noch aus.

4.3 Finanzvermögen

Das Finanzvermögen umfasst rd. 14 Prozent (Vorjahr 12 Prozent) der Bilanzsumme der Stadt Braunschweig und gliedert sich wie folgt:

	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
Bilanzwerte	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Anteile an verbundenen Unternehmen	131.526	59,2	131.526	51,4	0	0,0
Beteiligungen	5	0,0	5	0,0	0	0,0
Sondervermögen mit Sonderrechnung	30.844	13,9	35.578	13,9	4.734	15,3
Ausleihungen	14.457	6,5	13.222	5,2	-1.235	-8,5
Wertpapiere	29	0,0	29	0,0	0	0,0
Forderungen	44.981	20,2	75.004	29,3	30.023	66,7
Sonstige Vermögensgegenstände	453	0,2	493	0,2	40	8,8
Finanzvermögen	**222.295**	**100,0**	**255.857**	**100,0**	33.562	15,1

4.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Anteile an verbundenen Unternehmen werden zum Anschaffungswert, im Falle von Wertminderungen zum Anschaffungswert verringert um außerplanmäßige Abschreibungen

angesetzt. Bei Sacheinlagen werden grundsätzlich die Buchwerte der eingelegten Vermögenswerte dem Beteiligungswert zugrunde gelegt.

Rund 92 Prozent des Wertes der verbundenen Unternehmen machen die beiden Gesellschaften Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH und Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH aus.

4.3.2 Beteiligungen, Wertpapiere

Zu den Beteiligungen sind Anteile an Gesellschaften zu rechnen, die nicht zu den verbundenen Unternehmen gehören. Unter den Wertpapieren werden Anteile erfasst, die nicht Beteiligungen oder Anteile an verbundenen Unternehmen darstellen. Es handelt sich dabei um Aktien der Nordzucker AG und der Nordzucker Holding AG.

Bewertet werden Beteiligungen und Wertpapiere zum Anschaffungswert, im Falle von Wertminderungen zum Anschaffungswert verringert um außerplanmäßige Abschreibungen.

4.3.3 Sondervermögen mit Sonderrechnung

Sondervermögen werden zum Anschaffungswert bewertet; im Falle von Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Neben dem Pensionsfonds (rd. 28.692 TEUR; Vorjahr rd. 24.604 TEUR) und der gesetzlichen Versorgungsrücklage zählen auch die Sonderrechnungen Hochbau und Gebäudemanagement, Abfallwirtschaft und Stadtentwässerung zu den Sondervermögen.

Dem Pensionsfonds sind in 2014 rd. 4.304 TEUR (Vorjahr rd. 3.530 TEUR) aus dem städtischen Haushalt zugeführt worden (einschl. Zuführungen in Höhe von rd. 923 TEUR nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag für 9 neu zu berücksichtigende Beamte). Entnahmen nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag erfolgten in Höhe von rd. 215 TEUR für 9 Beamte, die aus dem Pensionsfonds ausgeschieden sind.

4.3.4 Ausleihungen

Ausleihungen sind in der Regel unverbriefte langfristige Kapitalforderungen. Bei der Stadt Braunschweig werden unter dieser Position die gegebenen Darlehen, hauptsächlich Wohnungsbaudarlehen, ausgewiesen. Der Ansatz (rd. 13.222 TEUR; Vorjahr rd. 14.457 TEUR) erfolgt zum Anschaffungswert. Die Veränderung ist durch erhaltene Rückzahlung von gewährten Baudarlehen verursacht (hauptsächlich ordentliche Tilgung; in Einzelfällen auch vorzeitige Ablösung).

4.3.5 Forderungen, Sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen werden mit ihrem Nennwert (Anschaffungswert) ausgewiesen. Zum Stichtag 31. Dezember 2014 wurden gem. § 47 Abs. 6 GemHKVO außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund von Einzelwertberichtigungen und von Niederschlagungen von Forderungen (z.B. aufgrund von Insolvenzverfahren) für die zweifelhaften Forderungen vorgenommen. Die offenen Forderungen setzen sich wie folgt zusammen:

Öffentlich-rechtliche Forderungen	18.818 TEUR	(Vorjahr	7.867 TEUR)
Forderungen aus Transferleistungen *)	6.913 TEUR	(Vorjahr	6.917 TEUR)
Privatrechtliche Forderungen	49.273 TEUR	(Vorjahr	30.198 TEUR)
Forderungen gesamt	75.004 TEUR	(Vorjahr	44.982 TEUR)

*) Zu den Transferleistungen gehören z. B. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und Schuldendiensthilfen

Die Veränderung bei den öffentlich-rechtlichen Forderungen ist im Wesentlichen auf ein neu eingerichtetes Sachkonto für Erstattungsansprüche Klinikum Pensions- / Beihilferückstellungen“ zurückzuführen:

Bei der Gründung der GmbH zum 01.01.2003 durch rückwirkende Ausgliederung des ehemaligen Regiebetriebs Städtisches Klinikum Braunschweig schlossen die Gesellschaft und die Stadt Braunschweig einen Personalüberleitungsvertrag. Zum Jahresabschluss 2014 erfolgte eine Überprüfung der bisher geübten Praxis der Bilanzierung dieses Vertrages. Als Ergebnis dieser Überprüfung wird die Bilanzierung wie nachfolgend beschrieben angepasst.

Das Beamtenrecht ordnet die Beamten der Stadt Braunschweig ihrem Dienstherren zu. Gemäß § 43 I Nr. 1 GemHKVO sind dementsprechend Pensionsrückstellungen nach dem Beamtenversorgungsgesetz für die Beamten vom Dienstherren nach beamtenrechtlichen Bestimmungen verbindlich zu bilden. Die Versorgung der Beamten und deren Hinterbliebenen wird durch Gesetz geregelt. Auf die gesetzlich zustehende Versorgung kann weder ganz noch teilweise verzichtet werden. Dies bedeutet, dass ein Dienstherr gegenüber seinen Beamten stets vollumfänglich verpflichtet bleibt. Die bilanzierende Körperschaft kann ihre primäre Versorgungsverpflichtung nicht auf Dritte übertragen. Somit handelt es sich bei Pensionsverpflichtungen von juristischen Personen des öffentlichen Rechts nach dem BeamtVG stets um unmittelbare Pensionsverpflichtungen.

Gemäß § 43 Abs. 3 Satz 1 GemHKVO sind die Pensionsverpflichtungen mit ihrem im Teilwertverfahren zu ermittelnden Barwert als Rückstellung anzusetzen. Der Berechnung wird ein Zinssatz von fünf Prozent zugrunde gelegt.

Neben den Pensionsrückstellungen müssen im Jahresabschluss der Stadt Braunschweig nach § 43 Abs. 1 Nr. 1 GemHKVO für fortgeltende Ansprüche von Beamten nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst Rückstellungen gebildet werden. Zu den fortgeltenden Ansprüchen gehören insbesondere die Beihilfeansprüche.

Wegen der aus dem Personalüberleitungsvertrag vom Juli 2003 resultierenden Verpflichtungen der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH zur Erstattung der Aufwendungen der Stadt Braunschweig für Versorgungs- und Beihilfeleistungen als Dienstherr hat die Stadt Braunschweig einen Freistellungsanspruch gegenüber ihrem Klinikum in Höhe der bei der Stadt gebildeten Rückstellungen zu aktivieren.

Die Veränderung bei den privatrechtlichen Forderungen ist im Wesentlichen auf die Forderungen aus dem Cashpool zurückzuführen.

Folgende Cashpoolkonten hatten am Jahresende eine Unterdeckung: Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH in Höhe von rd. 27.600 TEUR (Vorjahr rd. 15.723 TEUR), Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH in Höhe von rd. 3.950 TEUR (Vorjahr rd. 2.586 TEUR) und der Stadtbad Braunschweig Sport- und Freizeit GmbH in Höhe von rd. 9.799 TEUR (Vorjahr 592 EUR). Diese Unterdeckungen wurde zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2014 auf den Konten „Forderungen Cashpool“ in Höhe von rd. 41.349 TEUR (Vorjahr rd. 18.901 TEUR) auswiesen. Das Konto ist der Bilanzposition Privatrechtliche Forderungen zugeordnet.

4.4 Liquide Mittel

Die liquiden Mittel umfassen rd. 11 Prozent (Vorjahr 14 Prozent) der Bilanzsumme der Stadt Braunschweig.

Ansatz und Bewertung erfolgen zum Nominalwert (Buch- bzw. Zählbestand).

Die bestehende Liquidität der verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen sowie der Stadt selbst wird im Cashpool gesammelt. Zum Stichtag 31. Dezember 2014 bestand eine Gesamtliquidität in Höhe von rd. 197.508 TEUR (Vorjahr rd. 259.123 TEUR). Diese wird durch die Stadt zentral für alle Beteiligten angelegt. Davon entfielen auf die Stadt selbst rd. 118.074 TEUR (Vorjahr rd. 155.540 TEUR). Zusätzlich hat die Stadt auch Forderungen gegen Gesellschaften aus dem Cashpool (siehe Kapitel 4.3.5). In dem Bestand an liquiden Mitteln der Kernverwaltung sind rd. 365 TEUR (Vorjahr 712 TEUR) auf dem separaten Tagesgeldkonto liquide Mittel für Instandhaltungen im Rahmen des PPP-Projekts enthalten. Auf dieses Konto werden die monatlich zu zahlenden Instandhaltungspauschalen eingezahlt, die nach Durchführung der Instandsetzung an HOCHTIEF ausgezahlt werden.

In Höhe von rd. 79.322 TEUR (Vorjahr rd. 103.454 TEUR) enthalten die liquiden Mittel Beträge der verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen. Da diese Beträge wieder an die bzw. von den Gesellschaften und Sonderrechnungen zurück zu zahlen sind, bestehen bei der Stadt Braunschweig Verbindlichkeiten in Höhe von rd. 120.671 TEUR (Vorjahr rd. 122.355 TEUR) und Forderungen in Höhe von rd. 41.349 TEUR (Vorjahr rd. 18.901 TEUR). Diese werden auf der Passivseite unter den sonstigen Verbindlichkeiten bzw. auf der Aktivseite unter den Privatrechtlichen Forderungen ausgewiesen. Entsprechendes gilt für bestimmte Aufgaben, für die die Stadt die finanzielle Abwicklung übernommen hat. Hierfür wird ein Betrag von rd. 111 TEUR (Vorjahr rd. 136 TEUR) ausgewiesen.

Aus Sicht des Konzerns Stadt handelt es sich beim Cashpool nicht um Verbindlichkeiten gegenüber Dritten.

4.5 Aktive Rechnungsabgrenzung

Hier werden die Posten nach § 49 Abs. 1 und 2 GemHKVO ausgewiesen. Hierzu zählen die Beträge für Januar 2015, die bereits im Dezember des Vorjahres ausgezahlt wurden, z.B. Beamtenbesoldung von rd. 3,5 Mio. EUR und Sozialhilfe von rd. 6,4 Mio. EUR, sowie die Zahlläufe für diverse Kreditorenrechnungen in Höhe von rd. 4,9 Mio. EUR (Debitorische Kreditoren).

4.6 Nettoposition

Die Nettoposition umfasst mit rd. 1.041.756 TEUR (Vorjahr rd. 1.054.390 TEUR) 56 Prozent (Vorjahr 58 Prozent) der Bilanzsumme der Stadt Braunschweig. Im Einzelnen gliedert sich die Nettoposition in folgende Posten:

Bilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Reinvermögen	490.892	46,6	494.471	47,6	3.579	0,7
Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	139.283	13,2	154.383	14,8	15.100	10,8
Rücklagen aus Überschüssen des außerordentl. Ergebnisses	73.500	7,0	73.415	7,0	-85	-0,1
Jahresergebnis	15.016	1,4	-19.548	-1,9	-34.564	-230,2
Sonderposten für Investitionszuweisungen und -zuschüsse	245.031	23,2	242.096	0,0 23,2	-2.935	-1,2
Sonderposten für Beiträge und ähnliche Entgelte	83.057	7,9	88.935	8,5	5.878	7,1
Sonstige Sonderposten	7.611	0,7	8.004	0,8	393	5,2
Sonderposten	**1.054.390**	**100,0**	**1.041.756**	**100,0**	**-12.634**	**-1,2**

4.6.1 Reinvermögen

Die Veränderung ergibt sich aus der Auflösung einer sonstigen Verbindlichkeit, die aufgrund der Übergangsregelungen von der Kameralistik auf die Doppik für kamerale zweckgebundene Rücklagen gebildet wurde.

Die kamerale zweckgebundene Rücklage wurde für den Entschädigungsanspruch aus dem Erbbaurechtsvertag beim Heimfall der VW-Halle in Höhe von 3.579 TEUR gebildet. Durch den Verkauf des Erbbaurechts an die Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH ist die sonstige Verbindlichkeit aufgelöst (siehe auch Punkt 4.7 in diesem Kapitel).

Darüber hinaus hat es in 2014 keine Veränderung des Reinvermögens gegeben. Die Wahrnehmung der Änderungsmöglichkeit gemäß § 61 GemHKVO (Ergänzung unterlassener Ansätze sowie Berichtigung unzutreffender Werte) war nach den gesetzlichen Regelungen letztmalig im Jahresabschluss 2011 möglich.

4.6.2 Rücklagen

Der Überschuss des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2013 in Höhe von rd. 15.101 TEUR ist auf Rechnung des Haushaltsjahres 2014 vorgetragen und dann gem. § 110 Abs. 7 NKomVG der gem. § 123 Abs. 1 Ziffer 1 NKomVG zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt worden. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Überschussrücklage des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von rd. 154.383 TEUR. Der Jahresfehlbetrag des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2013 in Höhe von rd. 85 TEUR ist auf Rechnung des Haushaltsjahres 2014 vorgetragen und gemäß § 24 Abs. 1 GemHKVO durch die vorhandene Überschussrücklage gedeckt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von rd. 73.415 TEUR. Diese Veränderungen der Rücklagen sind durch den Rat in seiner Sitzung am 24. März 2015 im Rahmen des Beschlusses über den Jahresabschluss 2013 beschlossen worden.

4.6.3 Jahresergebnis

Das Haushaltsjahr 2014 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von rd. 19.548 TEUR ab.

4.6.4 Sonderposten

Innerhalb der Nettoposition umfassen die Sonderposten rd. 339.035 TEUR (Vorjahr rd. 335.699 TEUR) und damit rd. 18 Prozent (Vorjahr rd. 19 Prozent) der Bilanzsumme.

Der Ansatz wird zum Nennwert der empfangenen Investitionszuwendungen gem. § 42 Abs. 5 GemHKVO vorgenommen. Die Fortschreibung erfolgt durch ertragswirksame Auflösung entsprechend der Nutzungsdauer des Vermögensgegenstandes.

Die Ermittlung erfolgte für Zeiträume seit 1974. Die Festlegung auf dieses Jahr erfolgte aufgrund der Hinweise des Landes zu Fragen der Inventur und zur Inventurvereinfachung im Rahmen der ersten Eröffnungsbilanz und zu Bewertungsfragen (Stand: 1. Mai 2008).

Die Veränderungen sind entstanden durch:

Zugänge (+) / Abgänge (-) Bestandskonten	+	10.517 TEUR
Zugänge (+) / Abgänge (-) Verrechnungskonten (AIB)	+	7.863 TEUR
Auflösung von Sonderposten	-	15.044 TEUR
Veränderung	+	3.336 TEUR

Die Sonderposten haben sich in 2014 um rd. 3.336 TEUR erhöht. Zusätzliche Einzahlungen mussten auf den Verrechnungskonten in Höhe von rd. 7,9 Mio. EUR verbleiben, da noch keine Zuordnung zu fertigen Anlagen erfolgen konnte. Hierbei handelt es sich beispielsweise um Einzahlungen für das Gewerbegebiet am Flughafen, wo noch Detailklärungen ausstehen. Rd. 10,5 Mio. EUR konnten jedoch in der Anlagenbuchhaltung verarbeitet werden, da die bezuschussten Anlagen entsprechend fertiggestellt worden sind und die Zuordnungen zum Vermögen möglich waren. Hieraus haben sich höhere Auflösungserträge als im Vorjahr ergeben.

4.7 Schulden

Die Schulden umfassen mit rd. 319.209 TEUR (Vorjahr rd. 283.793 TEUR) 17 Prozent (Vorjahr 16 Prozent) der Bilanzsumme der Stadt Braunschweig. Darin enthalten sind unter der Position Andere sonstige Verbindlichkeiten auch die Anteile der verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen am Cashpool in Höhe von rd. 120.671 TEUR (Vorjahr rd. 122.355 TEUR), da diese Beträge wieder an die Gesellschaften und Sonderrechnungen zurückzuzahlen sind. Aus Sicht des Konzerns Stadt Braunschweig handelt es sich hierbei nicht um Verbindlichkeiten gegenüber Dritten. Bereinigt um diesen Betrag sowie die Aufgaben, für die die Stadt die finanzielle Abwicklung übernommen hat (rd. 111 TEUR; Vorjahr rd. 136 TEUR) ergibt sich ein Betrag von rd. 198.428 TEUR (Vorjahr rd. 161.302 TEUR). Davon entfallen auf Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen rd. 78.288 TEUR (Vorjahr rd. 94.905 TEUR) sowie auf Verbindlichkeiten für kreditähnliche Rechtsgeschäfte rd. 85.568 TEUR (Vorjahr rd. 32.334 TEUR).

Im Einzelnen gliedern sich die Schulden in folgende Posten:

	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
Bilanzwerte	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Geldschulden						
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	94.905	33,4	78.288	24,5	-16.617	-17,5
Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	32.334	11,4	85.568	26,8	53.234	164,6
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.145	0,8	1.344	0,4	-801	-37,3
Transferverbindlichkeiten	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	154.409	54,4	154.009	48,3	-400	-0,3
Schulden	**283.793**	**100,0**	**319.209**	**100,0**	35.416	12,5

Die Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften entfallen in Höhe von rd. 433 TEUR (Vorjahr rd. 507 TEUR) auf den Mietkauf des Feuerwehrservicezentrums, in Höhe von rd. 83.385 TEUR (Vorjahr: rd. 31.827 TEUR) auf die Forfaitierung von abgeschlossenen Maßnahmen im Rahmen des PPP-Projekts sowie in Höhe von rd. 1.751 TEUR (Vorjahr:

0 TEUR) auf die Abgeltung des vorhandenen Sanierungsstaus an der Klosterkirche Riddagshausen und der Frauenkapelle durch Übertragung der Baulast an die Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz.

In 2014 wurde für folgende zehn PPP-Objekte die Sanierung bzw. die Errichtung abgeschlossen:

- die Grundschule Ilmenaustraße
- das Gymnasium Neue Oberschule
- das Gymnasium Ricarda-Huch-Schule einschließlich Schulsporthalle
- die Berufsbildenden Schulen II (Teilprojekt 2)
- das Gymnasium Raabeschule sowie die RS/HS im Schulzentrum Heidberg (Teilprojekt 2 und 3)
- die Otto-Bennemann-Schule einschließlich Schulsporthalle (Alte Waage)
- die Kindertagesstätte Lehndorf
- die Kindertagesstätte Leibnizplatz
- die Kindertagesstätte Lindenbergsiedlung
- die Mensa für die IGS Heidberg im Schulzentrum Heidberg

Hinsichtlich der Darstellung im Sachvermögen wird auf die Ausführungen unter Punkt 4.2.2 verwiesen.

Eine weitere Aufgliederung der Sonstigen Verbindlichkeiten enthält die folgende Tabelle:

	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
Bilanzwerte	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Verbindlichkeiten aus Cashpool	122.355	79,3	120.671	78,4	-1.684	-1,4
Verbindlichkeiten gegenüber der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement	2.179	1,4	6.770	4,4	4.591	210,7
Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzung Cashpool	259	0,2	210	0,1	-49	-18,9
Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzung Investitionskredite	795	0,5	672	0,4	-123	-15,5
Überleitung der kameralen zweckgebundenen Rücklage	3.579	2,3	0	0,0	-3.579	-100,0
Noch ausstehende Rechnungen für empfangene Investitionsleistungen	5.569	3,6	2.777	1,8	-2.792	-50,1
Verbindlichkeiten aus Unterhalt für Kinder (Mündelgelder)	9.104	5,9	8.875	5,8	-229	-2,5
Empfangene Anzahlungen für Investitionen	4.394	2,8	3.024	2,0	-1.370	-31,2
Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer	1.586	1,0	1.703	1,1	117	7,4
Verbindlichkeiten aus Verlustausgleich Gesellschaften	297	0,2	5.695	3,7	5.398	1817,5
Übrige Sonstige Verbindlichkeiten	4.292	2,8	3.612	2,3	-680	-15,8
Sonstige Verbindlichkeiten	**154.409**	**100,0**	**154.009**	**100,0**	-400	-0,3

Die Veränderungen bei den Sonstigen Verbindlichkeiten ergeben sich überwiegend durch die Bilanzwerte „Verbindlichkeiten aus Cashpool“, „Verbindlichkeiten gegenüber der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement“, „Überleitung der kameralen zweckgebundenen Rücklage“, „Noch ausstehende Rechnungen für empfangene Investitionsleitungen“, „Empfangene Anzahlungen für Investitionen“ und „Verbindlichkeiten aus Verlustausgleichen“.

Bei den „Verbindlichkeiten aus Cashpool“ ist die Veränderung durch die geringere Geldanlagen der verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen im Cashpool bedingt.

Der Saldo aus „Verbindlichkeiten gegenüber der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement“ hat sich von 2013 auf 2014 um rd. 4.591 TEUR erhöht. Es handelt sich dabei im Wesentlichen um Verbindlichkeiten aus der Einzelbeauftragung von Investitionen, bei

denen die ausstehenden Rechnungen im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten erst nach dem 31.12.2014 erfasst wurden. Diesen Verbindlichkeiten stehen in dem Jahresabschluss der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement entsprechende Forderungen gegenüber.

Die Veränderung bei „Überleitung der kameralen zweckgebundenen Rücklage“ ergibt sich aus der Auflösung der sonstigen Verbindlichkeit, die aufgrund der Übergangsregelungen von der Kameralistik auf die Doppik für kamerale zweckgebundene Rücklagen gebildet wurde.

Die kamerale zweckgebundene Rücklage wurde für den Entschädigungsanspruch aus dem Erbbaurechtsvertag beim Heimfall der VW-Halle in Höhe von 3.579 TEUR gebildet. Durch den Verkauf des Erbbaurechts an die Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH ist die sonstige Verbindlichkeit aufgelöst (siehe auch Punkt 4.6.1 in diesem Kapitel).

Der Saldo aus Verbindlichkeiten für noch ausstehende Rechnungen für empfangene Investitionsleistungen hat sich von 2013 auf 2014 um rd. 2.792 TEUR reduziert. Insbesondere hat sich im Verhältnis zum Vorjahr ein geringerer Aufbau von aktuellen Verbindlichkeiten ergeben (2013: 4.417 TEUR; 2014: 1.970 TEUR). Dies ist anteilig auch darin begründet, dass die Verbindlichkeiten ab 2014 genauer erfasst werden und sich auf weitere Konten, wie z.B. auf Verbindlichkeiten gegenüber Konzerntöchtern, verteilen.

Die „Empfangenen Anzahlungen für Investitionen“ basieren auf diversen Grundstücksverkäufen, bei denen die endgültige Abwicklung des Grundstücksgeschäftes in der Anlagenbuchhaltung z. B. aufgrund noch ausstehender Vermessung nicht im Jahr des Kaufvertrages bzw. der von den Käufern geleisteten Kaufpreisanzahlung erfolgen konnte.

Der im Vergleich zum Jahresabschluss 2013 geringere Betrag im Jahresabschluss 2014 erklärt sich u. a. daraus, dass die Ausgleichsflächen aus dem mit der Flughafen BS/WOB GmbH geschlossenen Kaufvertrag, der noch in 2013 zu einer Kaufpreisanzahlung in Höhe von ca. 1.779 TEUR geführt hatte, im Jahr 2014 aufgrund des eingetretenen Übergangs von Besitz und Nutzung in den Abgang gebracht werden konnten. Gleichzeitig konnten aufgrund zwischenzeitlich erfolgter Vermessung z. B. diverse Grundstücke im Gewerbegebiet Kralenriede (In den Waashainen), für die in den Vorjahren Kaufpreisanzahlungen geleistet wurden, in 2014 deaktiviert werden. Es haben sich aber auch weitere Zugänge ergeben, da für bereits verkaufte Grundstücke entsprechende Vermessungen ausstehen (z.B. Grundstücksverkäufe Wilhelmitor).

Die Veränderung der „Verbindlichkeiten aus Verlustausgleichen“ ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass im Wirtschaftsjahr 2014 erstmalig für die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG) Zuschüsse bereitzustellen und zu veranschlagen waren. Das tatsächliche Jahresergebnis 2014 (und damit der erforderliche Verlustausgleich, der von der Stadt zu leisten ist) war rd. 4,7 Mio. EUR schlechter als im Wirtschaftsplan 2014 geplant (siehe hierzu die Vorlage zum Jahresabschluss 2014 der SBBG, Drucksache-Nr. 15-00032). Dementsprechend hat der Rat der Stadt in seiner Sitzung am 2. Juni 2015 einem überplanmäßigen Aufwand in entsprechender Höhe das Haushaltsjahr 2014 betreffend zugestimmt (siehe hierzu Drucksache-Nr. 17506/15). Nach erfolgtem Ratsbeschluss musste der Betrag (zum 31. Dezember 2014) neben Veränderungen bei anderen Gesellschaften bilanziell als Verbindlichkeit aus Verlustausgleich umgebucht werden. Hierdurch ergibt sich maßgeblich der starke Anstieg dieser Verbindlichkeiten zum Stichtag 31. Dezember 2014.

Die Schulden sind gem. § 124 Abs. 4 NKomVG in Verbindung mit § 45 Abs. 8 GemHKVO zum Rückzahlungsbetrag bewertet.

4.8 Rückstellungen

Die Rückstellungen umfassen mit rd. 502.071 TEUR (Vorjahr rd. 476.245 TEUR) 27 Prozent (Vorjahr 26 Prozent) der Bilanzsumme der Stadt Braunschweig. Im Einzelnen gliedern sich die Rückstellungen in folgende Posten:

	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
Bilanzwerte	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen						
Pensionen	363.196	76,2	397.321	79,1	34.125	9,4
Beihilfen	44.499	9,3	49.578	9,9	5.079	11,4
Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen	8.468	1,8	7.653	1,5	-815	-9,6
Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	4.076	0,9	3.016	0,6	-1.060	-26,0
Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen	7.502	1,6	3.983	0,8	-3.519	-46,9
Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	2.253	0,5	3.270	0,7	1.017	-
Andere Rückstellungen	46.251	9,7	37.250	7,4	-9.001	-19,5
Rückstellungen	**476.245**	**100,0**	**502.071**	**100,0**	**25.826**	**5,4**

Der Ansatz von Rückstellungen erfolgt in Höhe des Betrages, der nach sachgerechter Beurteilung notwendig ist. Für die Sachverhalte nach § 123 Abs. 2 NKomVG i.V.m. § 43 GemHKVO wurden bei Bedarf Rückstellungen gebildet.

Der Anstieg der Pensionsrückstellungen in Höhe von rd. 34.125 TEUR und der Beihilferückstellung in Höhe von rd. 5.079 TEUR beinhaltet die in 2014 beschlossenen und verkündeten Besoldungserhöhungen 2015 (2,5 % ab 1. Juni 2015) und 2016 (2,0 % ab Juni 2016).

Des Weiteren: Bei der Gründung der GmbH zum 01.01.2003 durch rückwirkende Ausgliederung des ehemaligen Regiebetriebs Städtisches Klinikum Braunschweig schlossen die Gesellschaft und die Stadt Braunschweig einen Personalüberleitungsvertrag. Zum Jahresabschluss 2014 erfolgte eine Überprüfung der bisher geübten Praxis der Bilanzierung dieses Vertrages. Als Ergebnis dieser Überprüfung wird die Bilanzierung wie nachfolgend beschrieben angepasst.

Das Beamtenrecht ordnet die Beamten der Stadt Braunschweig ihrem Dienstherren zu. Gemäß § 43 I Nr. 1 GemHKVO sind dementsprechend Pensionsrückstellungen nach dem Beamtenversorgungsgesetz für die Beamten vom Dienstherren nach beamtenrechtlichen Bestimmungen verbindlich zu bilden. Die Versorgung der Beamten und deren Hinterbliebenen wird durch Gesetz geregelt. Auf die gesetzlich zustehende Versorgung kann weder ganz noch teilweise verzichtet werden. Dies bedeutet, dass ein Dienstherr gegenüber seinen Beamten stets vollumfänglich verpflichtet bleibt. Die bilanzierende Körperschaft kann ihre primäre Versorgungsverpflichtung nicht auf Dritte übertragen. Somit handelt es sich bei Pensionsverpflichtungen von juristischen Personen des öffentlichen Rechts nach dem BeamtVG stets um unmittelbare Pensionsverpflichtungen.

Gemäß § 43 Abs. 3 Satz 1 GemHKVO sind die Pensionsverpflichtungen mit ihrem im Teilwertverfahren zu ermittelnden Barwert als Rückstellung anzusetzen. Der Berechnung wird ein Zinssatz von fünf Prozent zugrunde gelegt.

Neben den Pensionsrückstellungen müssen im Jahresabschluss der Stadt Braunschweig nach § 43 Abs. 1 Nr. 1 GemHKVO für fortgeltende Ansprüche von Beamten nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst Rückstellungen gebildet werden. Zu den fortgeltenden Ansprüchen gehören insbesondere die Beihilfeansprüche.

Wegen der aus dem Personalüberleitungsvertrag vom Juli 2003 resultierenden Verpflichtungen der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH zur Erstattung der Aufwendungen der Stadt Braunschweig für Versorgungs- und Beihilfeleistungen als Dienstherr hat die Stadt Braunschweig einen Freistellungsanspruch gegenüber ihrem Klinikum in Höhe der bei der Stadt gebildeten Rückstellungen zu aktivieren.

Die Rückstellungen für Verpflichtungen nach beamtenrechtlichen Bestimmungen wie Pensionen sowie die Rückstellungen für Altersteilzeitmaßnahmen und Jubiläumsgelder sind durch versicherungsmathematische Gutachten berechnet worden.

Bei den Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen hat sich der Bestand an Rückstellungen für Altersteilzeitmaßnahmen um rd. 1.406 TEUR verringert. Dagegen haben sich die Bestände der Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub und Überstunden gegenüber dem Vorjahr um rd. 591 TEUR erhöht.

Die Veränderung bei den Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen ergibt sind im Wesentlichen dadurch, dass der Verbrauch von bereits in 2013 gebildeten Rückstellungen für die Rückzahlung von Gewerbesteuern höher war, als das Volumen für die in diesem Bereich neu zu bildenden Rückstellungen.

Bei den „Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung“ ist im Vergleich zum Jahresabschluss 2013 ein Rückgang zu verzeichnen. Dieser ist im Wesentlichen dadurch begründet, dass zum Jahresabschluss 2014 Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung in einem Volumen von nur rd. 543 TEUR zugeführt worden sind und eine Reduzierung (z.B. durch Verbrauch und Auflösung) der alten Rückstellungen aber in Höhe von rd.1.603 TEUR stattgefunden hat. Seit 2012 werden weitaus weniger Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen gebildet, da nach einer intensiven Überprüfung der Sachverhalte sich herausgestellt hat, dass nur wenige Sachverhalte die Kriterien für die Bildung von Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung erfüllen.

Der Anstieg der Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren ist durch Klagen in Zusammenhang mit der Vergnügungssteuern entstanden.

In der Position Andere Rückstellungen wurden unter anderem die folgenden Sachverhalte berücksichtigt:

- Rückstellungen für Jubiläumsgelder
- Rückstellungen für Leistungsorientierte Bezahlung
- Rückstellungen für erbrachte Lieferungen bzw. Leistungen für Aufwendungen, für die noch keine Rechnungen vorliegen
- In der Kameralistik gebildete zweckgebundene Rücklagen für Instandhaltungen
- Rückzahlungsverpflichtung von Zuschüssen und Baulasten.

Die Veränderung beim Bestand der Anderen Rückstellungen ist im Wesentlichen dadurch bedingt, dass in 2014 Rückstellungen für die Umsatz- und Kapitalertragssteuerrisiken aus der Betriebsprüfung nach der abgeschlossenen Prüfung in Höhe von rd. 7.547 TEUR aufgelöst wurden.

Für die Zusatzversorgung der Beschäftigten durch die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder besteht keine Bilanzierungspflicht, da hier nur eine mittelbare Pensionsverpflichtung (subsidiäre Haftung) der Stadt Braunschweig als Arbeitgeber besteht. Die mittelbare Pensionsverpflichtung beläuft sich auf rd. 352.900 TEUR (Vorjahr rd. 293.600 TEUR).

Die Veränderung der Rückstellungen gegenüber dem Vorjahr sind der nachfolgenden Rückstellungsübersicht zu entnehmen:

Bilanzwerte	Bestand 31.12.2013 TEUR	Verbrauch 2014 TEUR	Auflösung 2014 TEUR	Zuführung 2014 TEUR	Umbuchung 2014 TEUR	Bestand 31.12.2014 TEUR
Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen						
Pensionen	363.196	0	0	34.125	0	397.321
Beihilfen	44.499	0	0	5.078	0	49.577
Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen	8.468	7.191	0	6.376	0	7.653
Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	4.076	1.432	78	543	-93	3.016
Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen	7.502	7.502	0	3.983	0	3.983
Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	2.253	0	257	1.275	0	3.271
Andere Rückstellungen	46.251	13.895	11.471	16.273	92	37.250
Rückstellungen	**476.245**	**30.020**	**11.806**	**67.653**	**-1**	**502.071**

Hinweis zu den Umbuchungen: 0,7 TEUR von „Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung“ umgebucht auf „Sonstige Verbindlichkeiten“ sowie 0,4 TEUR von „Andere Rückstellungen“ umgebucht auf „Sonstige Verbindlichkeiten“

Die folgende Tabelle zeigt die Aufteilung der Rückstellungen nach Restlaufzeiten auf:

Bilanzwerte	Bestand 31.12.2014 TEUR	davon mit Restlaufzeit bis 1 Jahr TEUR	1-5 Jahre TEUR	über 5 Jahre TEUR
Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen				
Pensionen	397.321	0	0	397.321
Beihilfen	49.578	0	0	49.578
Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen	7.653	6.376	0	1.277
Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	3.016	2.162	854	0
Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen	3.983	3.983	0	0
Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	3.270	0	3.270	0
Andere Rückstellungen	37.250	21.576	14.432	1.242
Rückstellungen	**502.071**	**34.097**	**18.556**	**449.418**

4.9 Passive Rechnungsabgrenzung

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten umfassen mit rd. 1.740 TEUR (Vorjahr rd. 729 TEUR) Posten nach § 49 Abs. 3 und 4 GemHKVO. Hierunter fallen erhaltene zweckgebundene Einzahlungen, die noch nicht zweckentsprechend verwendet wurden.

Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen durch eine Großspende für Kinderarmut in Höhe von 1 Mio. EUR entstanden.

5. Weitere Erläuterungen zur Bilanz

Haftungsverhältnisse im bilanzrechtlichen Sinne sind Verpflichtungen aufgrund von Rechtsverhältnissen, aus denen die Stadt Braunschweig nur unter bestimmten Umständen, mit deren Eintritt nicht gerechnet wird, in Anspruch genommen werden kann. Bei der Stadt Braunschweig bestehende Haftungsverhältnisse sind in die Übersicht mit den Vermerken unter der Bilanz gem. § 54 Abs. 5 GemHKVO aufgenommen.

Ebenfalls enthält diese Übersicht diejenigen Sachverhalte, aus denen sich finanzielle Verpflichtungen ergeben können, sofern sie von wesentlicher Bedeutung sind.

6. Erläuterung der wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung

In der Ergebnisrechnung werden gem. § 50 GemHKVO die dem Haushaltsjahr zuzurechnenden Erträge und Aufwendungen gegenübergestellt. Die Ergebnisrechnung wird in Staffelform aufgestellt. Für die Gliederung gilt der § 2 GemHKVO entsprechend.

In der Ergebnisrechnung werden unter anderem die Istwerte (Ergebnisrechnung) den Haushaltsansätzen (Ergebnishaushalt) gegenübergestellt.

6.1 Jahresergebnis

Das Jahresergebnis setzt sich aus dem ordentlichen Ergebnis (Punkt 6.2.) und dem außerordentlichen Ergebnis (Punkt 6.3.) zusammen. Für das Haushaltsjahr 2014 ergibt sich ein Fehlbetrag in Höhe von rd. 19.548 TEUR (Vorjahr: rd. Überschuss 15.016 TEUR).

6.2 Ordentliches Ergebnis

Aus den ordentlichen Erträgen und den ordentlichen Aufwendungen ergibt sich für das ordentliche Ergebnis ein Fehlbetrag in Höhe von rd. 29.292 TEUR (Vorjahr: Überschuss rd. 15.101 TEUR).

6.2.1 Ordentliche Erträge

Die ordentlichen Erträge 2014 betragen rd. 670.919 TEUR und liegen rd. 42.794 TEUR (entspricht 6,0 Prozent) unter den Haushaltsansätzen. Im Einzelnen gliedern sich die ordentlichen Erträge in folgende Positionen:

	Ansatz 2014		Ist 2014		Abweichung	
Ergebnisrechnung	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Steuern und ähnliche Erträge	376.646	52,8	337.659	50,3	-38.987	-10,4
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	115.330	16,2	116.038	17,3	708	0,6
Auflösungerträge aus Sonderposten	15.317	2,1	15.049	2,2	-268	-1,7
Sonstige Transfererträge	8.847	1,2	10.970	1,6	2.123	24,0
Öffentlich-rechtliche Entgelte	32.680	4,6	34.065	5,1	1.385	4,2
Privatrechtliche Entgelte	8.927	1,3	9.179	1,4	252	2,8
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	124.820	17,5	121.849	18,2	-2.971	-2,4
Zinsen und ähnliche Finanzerträge	6.746	0,9	4.633	0,7	-2.113	-31,3
Aktivierte Eigenleistungen	1.525	0,2	1.622	0,2	97	6,4
Bestandsveränderungen	0	0,0	0	0,0	0	-
Sonstige ordentliche Erträge	22.875	3,2	19.855	3,0	-3.020	-13,2
Ordentliche Erträge	**713.713**	**100,0**	**670.919**	**100,0**	**-42.794**	**-6,0**

Der aufgeführte Minderertrag in der **Zeile „Steuern und ähnliche Erträge“** hat sich im Wesentlichen bei der Gewerbesteuer ergeben. Dem gegenüber stehen Mehrerträge beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und bei der Grundsteuer B.

Bei der Gewerbesteuer ergaben sich Mindererträge von rd. 44.585 TEUR (bereinigte Gewerbesteuer 41.255 TEUR). Ursache hierfür war, dass sowohl die Vorauszahlungen auf das

laufende Jahr 2014 als auch die Nachzahlungen auf Vorjahre hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind. Da dies nicht nur bei den großen Gewerbesteuerzahlern der Fall war, sondern auch bei der Gesamtheit der kleineren Zahler, ergaben sich die aufgeführten erheblichen Abweichungen. Für die Darstellung der bereinigten Gewerbesteuer (rd. 160,7 Mio. EUR) in der Grafik unter Punkt 3.6 des Rechenschaftsberichtes wurde auch die Bildung von Einzelwertberichtigungen z.B. aufgrund von Insolvenzen berücksichtigt. Die Bildung der Einzelwertberichtigung wurde nach den Vorgaben des Kontenplans des Landesamtes für Statistik Niedersachsen (LSN) als Aufwand unter Zeile „Abschreibungen“ gebucht.

Beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer hingegen waren Mehrerträge von rd. 2.513 TEUR zu verzeichnen. Dies war wie in den Vorjahren auf die weiterhin positive wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2014 zurückzuführen, die zu erheblichen Lohnzuwächsen und geringer Arbeitslosigkeit führte.

Daneben ergaben sich noch im geringen Umfang Mehrerträge bei der Grundsteuer B in Höhe von rd. 415 TEUR und Mindererträge bei der Vergnügungssteuer für Automaten in Höhe von rd. 340 TEUR.

Die Mehrerträge in der **Zeile „Zuwendungen und allgemeine Umlagen“** sind durch Mehrerträge bei den Schlüsselzuweisungen im kommunalen Finanzausgleich in Höhe von rd. 1.643 TEUR entstanden, denen Mindererträge bei den Zuschüssen von übrigen Bereichen in Höhe von rd. 722 TEUR und bei den Zuweisungen vom Land in Höhe von rd. 167 TEUR gegenüber stehen.

Die Mehrerträge bei den Schlüsselzuweisungen im kommunalen Finanzausgleich entstanden im Wesentlichen aus der Steuerverbundabrechnung für 2013, die zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung noch nicht vorlag. Durch die positive Steuerentwicklung beim Land Niedersachsen erhöhte sich die an die Kommunen zu verteilende Masse gegenüber den vorläufigen Zahlen vom November 2013 um rd. 64,8 Mio. EUR, was für die Stadt Braunschweig zu den oben genannten positiven Auswirkungen führte.

Die Abweichung bei den Zuschüssen von übrigen Bereichen ist im Wesentlichen durch Mindererträge für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen Waller See in Höhe von rd. 741 TEUR entstanden. Aufgrund von offenen Grundstücksfragen konnte die geplante Erschließung noch nicht abgeschlossen werden. Dies hatte zur Folge, dass somit auch die Kosten noch nicht umgelegt werden konnten.

Des Weiteren sind bei den Zuweisungen vom Land im Teilhaushalt „Stadtplanung und Umweltschutz“ Mindererträge für Sanierungsprojekte in Höhe von rd. 179 TEUR entstanden, die im Wesentlichen auf nicht durchgeführte bzw. zeitlich verzögerte Maßnahmen zurückzuführen sind.

Die Mehrerträge in der **Zeile „Sonstige Transfererträge“** ergeben sich vor allem in den Teilhaushalten „Kinder, Jugend und Familie“ in Höhe von rd. 930 TEUR und „Soziales und Gesundheit“ in Höhe von rd. 1.106 TEUR.

Die Mehrerträge im Teilhaushalt „Kinder, Jugend und Familie“ ergeben sich überwiegend bei den Kostenerstattungen außerhalb von Einrichtungen in Höhe von rd. 447 TEUR und bei den Kostenbeiträgen in Einrichtungen in Höhe von rd. 483 TEUR. Die Abweichung bei den Kostenerstattungen außerhalb von Einrichtungen ergibt sich überwiegend beim Unterhaltsvorschuss in Höhe von rd. 543 TEUR, denen Mindererträge im Bereich der Vollzeitpflege in Höhe von rd. 103 TEUR gegenüber stehen. Bei den Kostenbeiträgen in Einrichtungen sind die Abweichungen auf Mehrerträge in Höhe von rd. 342 TEUR für allgemeine Heimerziehung, in Höhe von rd. 77 TEUR auf Inobhutnahmen (davon rd. 42 TEUR für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge), in Höhe von rd. 64 TEUR auf Unterhaltsvorschuss und in Höhe von rd. 16 TEUR für Eingliederungshilfe und stationäre Unterbringung zurückzuführen.

Des Weiteren waren Mehrerträge im Teilhaushalt „Soziales und Gesundheit“ in Höhe von 1.105 TEUR zu verzeichnen. Im Wesentlichen sind diese durch Mehrerträge beim Sozialhilfeetat in Höhe von 1.445 TEUR (davon 1.336 TEUR aus SGB XII) entstanden, denen Mindererträge aus Wohngeldrückzahlungen in Höhe von rd. 323 TEUR gegenüberstehen.

Die Abweichung in der **Zeile „Öffentlich-rechtliche Entgelte“** resultiert im Wesentlichen aus Mehrerträgen in Höhe von rd. 701 TEUR aus höheren Benutzungsgebühren und ähnlichen Entgelten im Teilhaushalt Fachbereich Feuerwehr. Die Ertragsplanung für das Jahr 2014 basierte auf den tatsächlichen Einsatzzahlen im Jahr 2012. Demgegenüber gab es ein erhöhtes Einsatzaufkommen im Bereich der Notfallrettung und der Notarzteinsätze. Die damit verbundenen Erstattungen durch die Kostenträger des Rettungsdienstes führten letztlich zu Mehrerträgen in Höhe von rd. 690 TEUR.

Die Abweichung in der **Zeile „Kostenerstattungen und Kostenumlage**n“ resultiert im Wesentlichen aus Mindererstattungen des Landes. Davon entfallen 1.530 TEUR auf den Teilhaushalt Fachbereich „Soziales und Gesundheit“, die sich überwiegend aus Mindererträgen bei den Erstattungen für die Grundsicherung im Alter und Erwerbsminderung in Höhe von rd. 849 TEUR, bei der Landesabgeltung der Sozialhilfemittel zu zahlender Investitionsfolgekostenförderung für stationäre Dauerpflege in Höhe von rd. 244 TEUR und beim Wohngeld in Höhe von rd. 373 TEUR zusammensetzen.

Des Weiteren sind Mindererträge im Teilhaushalt „Kinder, Jugend und Familie“ in Höhe von rd. 1.409 TEUR zu verzeichnen. Diese Mindererträge sind überwiegend im Bereich Erstattungen vom Land für Unterhaltsvorschuss in Höhe von rd. 703 TEUR und für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Höhe von rd. 530 TEUR zurückzuführen. Weitere Mindererträge sind in Höhe von rd. 326 TEUR für allgemeine Heimerziehung entstanden. Dem gegenüber stehen in diesem Teilhaushalt Mehrerträge im Bereich der Erstattungen von sonstigen öffentlichen Bereichen in Höhe von rd. 189 TEUR. Es handelt sich dabei um Erstattungen von Krankenkassen für Mutterschutzzeiten (Umlage U2), für die kein Planansatz existiert.

Die Mindererträge in der **Zeile „Zinsen und ähnliche Finanzerträge“** ergeben sich vor allem aus der geringeren Verzinsung von Gewerbesteuernachforderungen in Höhe von rd. 2.375 TEUR und der nicht erfolgten Ausschüttung der Dividende aus dem Jahresabschluss 2013 der NiWo in Höhe von rd. 644 TEUR. Dem gegenüber stehen Mehrerträge für Zinsen für Geldanlagen des Cashpool in Höhe von rd. 891 TEUR (davon für städtische Gesellschaften rd. 560 TEUR).

Die Mindererträge bei der Verzinsung von Gewerbesteuernachforderungen ist darauf zurückzuführen, dass für das Jahr 2014 mit erheblichen Gewerbesteuernachforderungen auf weiter zurückliegende Jahre und entsprechende Zinsforderungen gerechnet wurde. Daraus resultiert die Veranschlagung von Zinserträgen in Höhe von rd. 5.500 TEUR. Tatsächlich ergaben sich im Jahresverlauf 2014 weitaus geringere Steuernachforderungen aus weit zurückliegenden Jahren, sodass die entsprechenden Zinserträge hinter den Erwartungen zurückblieben.

Die Abweichung in der **Zeile „Sonstige ordentliche Erträge“** resultiert im Wesentlichen aus Mindererträgen in Höhe von rd. 2.980 TEUR bei den anderen sonstigen ordentlichen Erträgen des Teilhaushaltes Fachbereich „Stadtplanung und Umweltschutz“. Die Abweichung setzt sich im Wesentlichen aus noch offenen Grundstücksfragen (geplante Umlegungsverfahren) in Höhe von rd. 2,46 Mio. EUR, durch Maßnahmen im Rahmen des Sanierungsprojektes Soziale Stadt in Höhe von rd. 390 TEUR und der Renaturierung der Wabe in Höhe von rd. 131 TEUR zusammen.

Zusätzlich sind Mindererträge für Konzessionsabgaben in Höhe von rd. 1.439 TEUR entstanden. Der milde Winter Anfang und Ende 2013 führte zu einem geringeren Strom und Gasverbrauch. Dies hatte zur Folge, dass die Endabrechnung 2013 mit einer geringeren

Schlusszahlung abschloss und entsprechend niedrigere Abschlagszahlungen gegenüber der Planung in 2014 erfolgten.

Dem gegenüber stehen Mehrerträge aus erhaltenen Abfindungsleistungen aus dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag von abgebenden Dienstherren für neu aufgenommene Beamtinnen und Beamten in Höhe von rd. 623 TEUR.

Des Weiteren sind Mehrerträge aufgrund der Auflösung von Einzelwertberichtigungen auf Forderungen in Höhe von rd. 590 TEUR entstanden.

	Ist 2013		Ist 2014		Abweichung	
Ergebnisrechnung	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Steuern und ähnliche Erträge	341.112	50,9	337.659	50,4	-3.453	-1,0
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	120.002	17,9	116.038	17,3	-3.964	-3,3
Auflösungerträge aus Sonderposten	14.801	2,2	15.049	2,2	248	1,7
Sonstige Transfererträge	9.421	1,4	10.970	1,6	1.549	16,4
Öffentlich-rechtliche Entgelte	32.261	4,8	34.065	5,1	1.804	5,6
Privatrechtliche Entgelte	9.954	1,5	9.179	1,4	-775	-7,8
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	122.396	18,2	121.849	18,2	-547	-0,4
Zinsen und ähnliche Finanzerträge	4.778	0,7	4.633	0,7	-145	-3,0
Aktivierte Eigenleistungen	1.664	0,2	1.622	0,2	-42	-2,5
Bestandsveränderungen	0	0,0	0	0,0	0	-
Sonstige ordentliche Erträge	18.490	2,8	19.855	3,0	1.365	7,4
Ordentliche Erträge	**674.879**	**100,6**	**670.919**	**100,1**	**-3.960**	**-0,6**

Der Veränderung in der **Zeile „Steuern und ähnlichen Erträgen“** liegen im Wesentlichen folgende Einflussfaktoren zugrunde: Gegenüber dem Vorjahr gab es eine negative Entwicklung bei der Gewerbesteuer in Höhe von rd. 12.522 TEUR (rd. 9.711 TEUR bereinigt). Nachdem ursprünglich für 2014 aufgrund von angekündigten Gewerbesteuernachzahlungen von einem deutlichen Ansteigen der Gewerbesteuer gegenüber 2013 ausgegangen wurde, ergaben sich entgegen diesen Erwartungen Rückgänge bei Voraus- und Nachzahlungen. Da hiervon sowohl die großen Gewerbesteuerzahler als auch die übrigen Gewerbesteuerzahler betroffen waren, blieb das Ergebnis 2014 letztendlich sogar hinter dem Ergebnis 2013 zurück. Dem gegenüber steht ein Zuwachs in Höhe von rd. 7.207 TEUR beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Hier wirken sich nach wie vor die positive Wirtschaftslage mit daraus folgenden relativ hohen Tarifsteigerungen sowie der hohe Beschäftigungsgrad aus.

Gegenüber 2013 haben sich Erhöhungen bei den Ausgleichsleistungen des Landes / Grundsicherung in Höhe von rd. 658 TEUR ergeben. Das Land Niedersachsen hat seine Beteiligung an den Kosten der kommunalen Träger für Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende ab 01.01.2014 erhöht. Die jährliche Gesamtverteilsumme stieg von 126 Mio. EUR im Jahr 2013 auf 143,7 Mio. EUR im Jahr 2014 an (siehe § 5 des Nds. Ausführungsgesetzes zum Sozialgesetzbuch II). Der Zuschuss wird entsprechend den Ausgaben der kommunalen Träger für Unterkunft und Heizung im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitssuchende von der zuständigen Behörde jährlich vor Beginn des Zahlungsjahres festgesetzt. Mit Bescheid vom 18.12.2013 hat das Land Niedersachsen den Zuschuss für die Stadt Braunschweig auf rd. 6.119 TEUR festgesetzt. Das entspricht einem Mehrertrag in 2014 gegenüber 2013 in Höhe von rd. 658 TEUR.

Des Weiteren ist ein Zuwachs bei der Grundsteuer B in Höhe von rd. 904 TEUR und beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer in Höhe von rd. 321 TEUR zu verzeichnen.

Aufgrund der vermehrten Ausweisung neuer Wohnbaugebiete innerhalb des Stadtgebietes der Stadt Braunschweig in den letzten Jahren kommt es durch die Nachveranlagung seitens der Finanzämter (von unbebauten in bebaute Grundtücke) vermehrt zu Grundsteuernachzahlungen. Dadurch die der Zuwachs bei der Grundsteuer B begründet ist.

In der **Zeile „Zuwendungen und allgemeinen Umlagen“** verringerten sich die Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich bei den Schlüsselzuweisungen geringfügig um rd. 26 TEUR. Zwar stieg die an die niedersächsischen Kommunen zu verteilende Masse im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr erheblich an, jedoch stieg die Steuerkraft Braunschweigs im für den für 2014 zugrunde zu legenden Zeitraum im noch höheren Maße. Da dieser Steuerkraftzuwachs über dem Durchschnitt der übrigen niedersächsischen Kommunen lag, konnte Braunschweig nicht von der gestiegenen Verteilungsmasse profitieren.

Die Verringerung der Erträge gegenüber 2013 sind des Weiteren im Teilhaushalt „Soziales und Gesundheit“ entstanden. Hier führten geringere Zuweisungen vom Bund in Höhe von rd. 784 TEUR und geringere Leistungsbeteiligung für Unterkunft und Heizung in Höhe von rd. 901 TEUR zu der Abweichung.

Die geringeren Zuweisungen vom Bund sind im Wesentlichen im Zuge der sukzessiven Auflösung der Stabsstelle Beschäftigungsförderung in Höhe von rd. 636 TEUR (Vergleich 2013 / 2014) entstanden; ursächlich im Bereich „Bürgerarbeit und Beschäftigungsförderung nach § 16e Sozialgesetzbuch II“ (Mindererertrag in Höhe von rd. 662 TEUR). Aufgrund Weisung des Bundes durften ab einem Stichtag freiwerdende Stellen im Bereich Bürgerarbeit nicht mehr nachbesetzt werden. Somit verringerten sich sowohl die Aufwendungen als auch die Erträge für diesen Bereich.

Die Mindererträge in Höhe von rd. 901 TEUR aus der Leistungsbeteiligung für Unterkunft und Heizung sind beim Produkt 1.31.3121 - Leistungsbeteiligung für Unterkunft und Heizung sowie Transfererträge Bildungs- und Teilhabepaket - zu verzeichnen. Der Bund hat die rechnerische Überzahlung der Transferaufwendungen Bildungs- und Teilhabepaket 2012 von den laufenden Erstattungen 2014 für Unterkunft und Heizung einbehalten; das Land hat diese Einbehaltung weiterreicht. Für die Stadt Braunschweig handelte es sich um einen Betrag von rd. 635 TEUR. Der Differenzbetrag von rd. 266 TEUR setzt sich zusammen aus 2014 zu viel erhaltenen Abschlägen für Transferaufwendungen Bildungs- und Teilhabepaket in Höhe von rd. 194 TEUR (für die im Ergebnishaushalt eine Rückstellung 2014 gebildet wurde) sowie Mindererträge von rd. 72 TEUR im Rahmen der Abrechnung der tatsächlichen Aufwendungen.

Im Teilhaushalt „Kinder, Jugend und Familie“ haben sich die Zuweisungen vom Land gegenüber dem Vorjahr um rd. 2.231 TEUR verringert. Die Veränderung ist darauf zurückzuführen, dass die Zuweisungen vom Land für das 3. entgeltfreie Kindergarten-Jahr und die Tagespflege aufgrund von mehreren Personalwechseln in 2014 nicht komplett abgerufen werden konnten. Dies wurde in 2015 nachgeholt.

Der Mehrerträge gegenüber dem Vorjahr in der **Zeile „Sonstige Transfererträge“** sind im Wesentlichen im Teilhaushalt „Soziales und Gesundheit“ entstanden. Die Veränderung entstand durch Mehrerträge beim Sozialhilfeetat von rd. 1.427 TEUR sowie durch Mindererträge aus Wohngeldrückzahlungen von rd. 123 TEUR. Beim Sozialhilfetat entfallen beispielsweise rd. 692 TEUR auf Rückzahlungen der Krankenkassen zu viel gezahlter Beiträge für Heimbewohner rückwirkend ab 2009 aufgrund eines Bundessozialgerichtsurteils von Anfang 2014. Des Weiteren sind Mehrerträge aus im Voraus zeitlich nicht einzuschätzenden Darlehensrückzahlungen, Erstattungen von Sozialleistungsträgern sowie Rückzahlungen gewährter Hilfen zu verzeichnen.

Der Bereich der Benutzungsentgelte prägt die Veränderung in der **Zeile „Öffentlich-rechtliche Entgelte“**. Die Mehrerträge gegenüber dem Vorjahr sind im Wesentlichen (rd. 1.504 TEUR) im Teilhaushalt Fachbereich Feuerwehr im Bereich Notfallrettung mit Rettungstransportwagen entstanden.

Bei der **Zeile „Sonstigen ordentlichen Erträgen“** kommen die Mehrerträge gegenüber dem Vorjahr im Wesentlich aus dem Teilhaushalt Fachbereich Zentrale Dienste. Es handelt sich dabei um Erträge aus erhaltenen Abfindungsleistungen aus dem Versorgungslastentei-

lungs-Staatsvertrag von abgebenden Dienstherren für neu aufgenommene Beamtinnen und Beamten in Höhe von rd. 696 TEUR. Dieser Betrag setzt sich aus einer Mengenabweichung (2013 = 5 Beamte, 2014 = 9 Beamtinnen und Beamte) und einer wertmäßigen Abweichung aufgrund der Besoldungsgruppe und des Dienst- und Lebensalters und der aufgenommenen Beamtinnen und Beamten zusammen.

Des Weiteren haben sich in 2014 die Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung von allgemeinen Einzel- und Pauschalwertberichtigungen um rd. 442 TEUR erhöht. Es wurden verstärkt Altfälle bearbeitet und erledigt.

6.2.2 Ordentliche Aufwendungen

Die ordentlichen Aufwendungen 2014 betragen rd. 700.210 TEUR und liegen rd. 5.932 TEUR (entspricht 0,8 Prozent) unter den Haushaltsansätzen.

Das Ist 2014 liegt rd. 14.032 TEUR unter den Haushaltsermächtigungen (Ansatz inkl. geplantem Haushaltsresteabbau in Höhe von rd. 8.100 TEUR). Im Einzelnen gliedern sich die ordentlichen Aufwendungen in folgende Positionen:

	Ansatz 2014		Ist 2014		Abweichung	
Ergebnisrechnung	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aufwendungen für aktives Personal	160.415	22,7	171.602	24,5	11.187	7,0
Aufwendungen für Versorgung	17.174	2,4	17.971	2,6	797	4,6
Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen, GVG	50.252	7,1	42.306	6,0	-7.946	-15,8
Abschreibungen	35.562	5,0	36.730	5,2	1.168	3,3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8.711	1,2	7.389	1,1	-1.322	-15,2
Transferaufwendungen	253.598	36,0	247.628	35,4	-5.970	-2,4
Sonstige ordentliche Aufwendungen	180.430	25,6	176.584	25,2	-3.846	-2,1
Ordentliche Aufwendungen	**706.142**	**100,0**	**700.210**	**100,0**	**-5.932**	**-0,8**

Die Mehraufwendungen in der **Zeile „Aufwendungen für aktives Personal“** ergeben sich im Wesentlichen bei den Personalrückstellungen. Im Haushaltsplan 2014 waren Rückstellungszuführungen in Höhe von rd. 20,3 Mio. EUR vorgesehen. Dieser Einplanung lag eine vorgesehene Erhöhung von Besoldung und Versorgung zum 01.06.2014 von 2,95 % zugrunde.

Im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 2014 wurde die vorgenannte Besoldungserhöhung für 2014 noch im Dezember des Jahres 2013 beschlossen und verkündet. Hierdurch bestand die Verpflichtung zu einer entsprechenden Rückstellungszuführung im Jahresabschluss 2013. Für die Pensions- und Beihilferückstellungen im Haushaltsjahr 2014 ergaben sich somit im ersten Schritt Einsparungen von rd. 12,4 Mio. EUR.

Ende des Jahres 2014 wurden jedoch wiederum Besoldungserhöhungen für die Jahre 2015 und 2016 (jeweils ab dem 01.06.) von 2,5 % bzw. 2,0 % beschlossen. Entsprechend einer Option in einem Erlass des Landes zur zukünftigen Rückstellungsbildung wurde die Rückstellungszuführung für die vorgesehenen Besoldungssteigerungen in den Jahren 2015 und 2016 im Rahmen des Jahresabschlusses 2014 durchgeführt. Dies führte im Jahr 2014 zu einem Mehraufwand von rd. 20,2 Mio. EUR, so dass sich bei den Rückstellungszuführungen für Pensionen und Beihilfen ein Mehrbedarf von rd. 7,8 Mio. EUR ergab.

Darüber hinaus war im Rahmen des Jahresabschlusses eine Rückstellung zur Deckung möglicher Ansprüche aufgrund einer Anpassung des Besoldungsrechts beim Besoldungsdienstalter in Höhe von 1,95 Mio. EUR zu bilden. Ebenfalls mussten weitere Zuführungen zu den Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub und Überstunden erfolgen.

Bei den zahlungswirksamen Personalaufwendungen ergab sich ein Minderaufwand vor allem durch Fluktuation, Stellenvakanzen und geringere Winterdienstkosten. Dem gegenüber standen der Aufwand aus der leistungsorientierten Bezahlung, dessen Veranschlagung in der Deckungsreserve (Zeile Sonstige ordentliche Aufwendungen) erfolgte sowie höhere Abfindungszahlungen an andere Behörden zur Abgeltung von Versorgungslasten nach Dienstherrnwechsel.

In der **Zeile „Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen, GVG“** ergeben sich die Minderaufwendungen im Wesentlichen aus der Instandhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen in Höhe von 5.588 TEUR. Diese resultieren aus nicht mehr oder nur teilweise in 2014 umgesetzten Instandhaltungsmaßnahmen.

In 2014 ist eine Vielzahl von Instandhaltungs- bzw. Umbaumaßnahmen an Gebäuden begonnen bzw. fortgeführt worden. Die Abweichung von 5.588 TEUR ist nicht bei wenigen nennenswerten Baumaßnahmen entstanden, sondern bezieht sich auf eine Vielzahl von Baumaßnahmen. So konnten beispielsweise diverse Maßnahmen des Kitasanierungsprogramms sowie diverse kleinere Instandhaltungs- und Umbaumaßnahmen an Schulen nicht wie geplant umgesetzt werden. Auch die Haushaltsmittel für die Inklusions-Schwerpunktschulen sind nicht wie im geplanten Umfang abgeflossen, weil die Maßnahmen aus Kapazitätsgründen erst 2015 / 2016 durchgeführt werden können. Die Instandhaltungsanteile Ansätze für die Mischprojekte Sanierung des Lessinggymnasiums und Sanierung Nibelungenrealschule / Umbauten für die Oberstufe der Integrierte Gesamtschule Querum waren nicht wie im geplanten Umfang in 2014 erforderlich. Eine Verzögerung der Bauvorhaben ist hieraus aber nicht entstanden; die Mittel werden 2015 umgesetzt werden.

Des Weiteren sind im Bereich „Unterhaltung des Infrastrukturvermögen“ Minderaufwendungen in Höhe von rd. 1.667 TEUR angefallen. Dies ist darin begründet, dass die Instandhaltungsmittel für die Tiefgarage Eiermarkt in kompletter Höhe von 2,7 Mio. EUR in einem Jahr bereitgestellt worden sind. Andere Erkenntnisse lagen zum Einplanungszeitpunkt nicht vor. Es hat sich jedoch herausgestellt, dass in 2014 davon nur ein Teil benötigt wurde, so dass rd. 1,5 Mio. EUR nicht kassenwirksam geworden sind. Eine Verzögerung der Baumaßnahme liegt jedoch nicht vor.

Die Übertragung von Haushaltsresten nach 2015 wurde beantragt, die geplanten Instandhaltungsmaßnahmen werden in 2015 fortgeführt.

Im Teilhaushalt „Stadtplanung und Umweltschutz sind Minderaufwendungen bei den Planungskosten im Bereich der Sanierungen in Höhe von rd. 534 TEUR entstanden.

Die Abweichungen in der **Zeile „Abschreibungen“** entstehen im Wesentlichen aus Mehraufwendungen für Abschreibungen aus der Bewertung der Forderungen in Höhe von rd. 3.648 TEUR zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2014. Diese erfolgten aufgrund von Einzelwertberichtigungen sowie von befristeten und unbefristeten Niederschlagungen von Forderungen (siehe auch Punkt 4.3), denen kein Haushaltsansatz gegenüber steht.

Demgegenüber stehen Minderaufwendungen für Abschreibungen auf das Sach- und das Immaterielle Vermögen aufgrund nicht fertiggestellter Anlagen in Höhe von rd. 2.480 TEUR. Insbesondere im Gebäudebereich sind nicht wie geplant Baumaßnahmen abgeschlossen worden.

In der **Zeile „Zinsen und ähnliche Aufwendungen“** ergeben sich die Minderaufwendungen in Höhe von rd. 1.322 TEUR im Wesentlichen durch Minderaufwendungen bei der Verzinsung von zu erstattender Gewerbesteuer in Höhe von rd. 1.441 TEUR und sowie der gegenüber dem Vorjahr geringeren Zinsabgrenzung in Höhe von rd. 198 TEUR. Dem gegenüber stehen Mehraufwendungen bei den Zinsaufwendungen für die Cashpool-Partner in Höhe von rd. 338 TEUR.

Soweit zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung nicht schon Erkenntnisse über konkrete Erstattungsfälle bestehen, ist die Verzinsung von zu erstattender Gewerbesteuer aus Vorjahren nur schwer einschätzbar, da sowohl die Zahl der Fälle als auch die Höhe der Erstattungen von Jahr zu Jahr erheblichen Schwankungen unterliegen. Im Jahr 2014 waren Gewerbesteuererstattungen in einem erheblich geringerem Umfang zu leisten, als bei der Haushaltsplanaufstellung angenommen worden war.

In der **Zeile „Transferaufwendungen“** setzt sich die Abweichung im Wesentlichen aus Minderaufwendungen für die Gewerbesteuerumlage in Höhe von rd. 7.495 TEUR und Minderaufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche in Höhe von rd. 1.954 TEUR zusammen. Dem gegenüber stehen Mehraufwendungen für Zuschüsse an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen in Höhe von rd. 3.959 TEUR

Die Gewerbesteuerumlage ist abhängig vom Gewerbesteuer-Istaufkommen im betreffenden Jahr und von der Höhe des jährlich neu festgesetzten Vervielfältigers, der im Jahr 2014 für Braunschweig 69 von 450 Punkten betrug.

Da das Gewebesteuer-Istaufkommen im Jahr 2014 niedriger war als zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung angenommen, ergab sich auch eine entsprechend niedrigere Gewerbesteuerumlage. Dies führt zu einer Abweichung in Höhe von rd. 7.495 TEUR.

Bei den „Zuschüsse an übrige Bereiche“ sind im Teilhaushalt „Kinder, Jugend und Familie“ Minderaufwendungen in Höhe von rd. 1.310 TEUR und im Teilhaushalt „Soziales und Gesundheit“ in Höhe von rd. 755 TEUR entstanden.

Die Minderaufwendungen im Teilhaushalt „Kinder, Jugend und Familie“ verteilen sich im Wesentlichen über sämtliche Leistungen der Kindertagesbetreuung in Höhe von rd. 1.261 TEUR. Weiterhin sind Minderaufwendungen in Höhe von rd. 64 TEUR im Bereich der Kinder- und Jugendverbandsarbeit entstanden.

Weitere Minderaufwendungen bei den „Zuschüssen an übrige Bereiche“ sind im Teilhaushalt „Soziales und Gesundheit“ sind korrespondierend zu den geringeren Erstattungen auf die Bereiche Wohngeld in Höhe von rd. 693 TEUR, Bildungs- und Teilhabeleistungen BKGG in Höhe von rd. 338 TEUR und Kriegsopferfürsorge in Höhe von rd. 91 TEUR zurückzuführen. Dem gegenüber stehen Mehraufwendungen im Bereich des SGB XII in Höhe von rd. 350 TEUR. Davon entfallen rd. 328 TEUR auf die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung für Leistungsbezieher in Einrichtungen, die gleichzeitig Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen erhalten.

Bei den Mehraufwendungen für „Zuschüsse an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen“ in Höhe von rd. 3.959 TEUR handelt es sich überwiegend um Betriebsmittelzuschüsse für die städtischen Gesellschaften. Die Vorlage zum Jahresabschlusses der SBBG (Drucksache-Nr. 15-00032) hat einen Mehrbedarf in Höhe von rd. 4.682 TEUR ergeben. Dem gegenüber stehen geringere Betriebsmittelzuschüsse z.B. bei der VHS GmbH und der Braunschweig Zukunft GmbH.

Die Abweichungen in der **Zeile „Sonstige ordentliche Aufwendungen“** sind auf Minderaufwendungen andere sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von rd. 2.293 TEUR und für die Deckungsreserve in Höhe von rd. 1.747 TEUR zurückzuführen. Wie bereits zur Zeile „Aufwendungen für aktives Personal“ erwähnt, erfolgt die Haushaltsplanung der Deckungsreserve in der Zeile „Sonstige ordentliche Aufwendungen“. Der Verbrauch der Deckungsreserve (z.B. für leistungsorientierte Bezahlung) wird in der Zeile „Aufwendungen für aktives Personal“ ausgewiesen.

Die nicht ausgeschöpften Haushaltsmittel für andere sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von rd. 2.293 TEUR ergeben sich aus den nicht umgesetzten Umlegungsverfahren des Fachbereiches „Stadtplanung und Umweltschutz“ (z.B. Umlegungsverfahren Waller See,

Bohlweg, Forschungsflughafen) in Höhe von rd. 1.943 TEUR. Aufgrund noch offener Grundstücksfragen konnten die Maßnahmen noch nicht zur Ausführung kommen. Des Weiteren fallen in diesen Bereich Minderaufwendungen in Höhe von rd. 350 TEUR für das Sanierungsprojekt Soziale Stadt. Hier ist die Umsetzung der Planung abhängig von den bewilligten Sanierungszuschüssen.

Dem gegenüber stehen Mehraufwendungen für Schülerbeförderung in Höhe von rd. 274 TEUR. Die Mehraufwendungen sind unter anderem auf das neue Niedersächsische Tariftreue- und Vergabegesetz (NTVergG) zurückzuführen. Alle in der Schülerbeförderung tätigen Unternehmen müssen ihre Mitarbeiter/-innen nach dem Tarifvertrag bezahlen.

	Ist 2013		Ist 2014		Abweichung	
Ergebnisrechnung	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aufwendungen für aktives Personal	167.262	25,4	171.602	24,5	4.340	2,6
Aufwendungen für Versorgung	17.170	2,6	17.971	2,6	801	4,7
Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen, GVG	44.367	6,7	42.306	6,0	-2.061	-4,6
Abschreibungen	31.075	4,7	36.730	5,2	5.655	18,2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.344	0,8	7.389	1,1	2.045	38,3
Transferaufwendungen	221.795	33,6	247.628	35,4	25.833	11,6
Sonstige ordentliche Aufwendungen	172.765	26,2	176.584	25,2	3.819	2,2
Ordentliche Aufwendungen	**659.778**	**100,0**	**700.210**	**100,0**	**40.432**	**6,1**

Bei dem Vergleich Ist 2013 zu Ist 2014 ergeben sich die Veränderungen in den ordentlichen Aufwendungen in Höhe von rd. 40.432 TEUR im Wesentlichen durch die gegenüber dem Vorjahr rd. 19.771 TEUR höheren Zuschüsse an verbundene Unternehmen in der **Zeile „Transferaufwendungen“**. Diese Veränderung ist im Wesentlichen durch den Verlustausgleich der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH entstanden.

Weitere Erhöhungen der Aufwendungen für Transferaufwendungen sind im Teilhaushalt „Soziales und Gesundheit“ in Höhe von rd. 2.456 TEUR entstanden. Die Hauptursache für die Mehraufwendungen sind die gestiegenen Fallzahl in den Bereichen „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen“ (Kap. 4 Sozialgesetzbuch XII), „ambulante Eingliederungshilfe“ (Kap. 6 Sozialgesetzbuch XII) und „Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen“ (Kap. 3 Sozialgesetzbuch XII).

Des Weiteren haben sich im Teilhaushalt „Kinder, Jugend und Familie“ die Transferaufwendungen gegenüber dem Vorjahr um rd. 6.014 TEUR erhöht. Die Mehraufwendungen sind im Wesentlichen bei den Zuschüssen an übrige Bereiche und den Jugendhilfeleistungen entstanden. Im Bereich bei den Zuschüssen an übrige Bereiche sind Mehraufwendungen in Höhe von rd. 3.404 TEUR für die Angebotserweiterungen (40% Ausbau, M1-, M2-Gruppen, Schuki-/OGS-Ausbau) sowie Tarif- und Sachkostensteigerungen zu verzeichnen. Im Bereich der Jugendhilfeleistungen sind Mehraufwendungen in Höhe von rd. 2.610 TEUR aus Fallsteigerungen im Bereich unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, ambulanter Erziehungshilfe und Vollzeitpflege sowie Personal- und Sachkostensteigerungen und erhöhte Kosten bei der allgemeinen Heimerziehung entstanden.

Den vorgenannten Sachverhalten zu Mehraufwendungen im Vergleich des Haushaltsjahres 2014 mit 2013 stehen Minderaufwendungen in Höhe von rd. 3.047 TEUR bei der Gewerbesteuerumlage gegenüber. Diese Veränderung ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass das Gewerbesteuer-Ist-Aufkommen im Jahr 2014 geringer war als im Jahr 2013.

In 2014 sind diverse Baumaßnahmen (Sanierung / Neubauten) im Rahmen des PPP-Projektes mit der HOCHTIEF PPP Schulpartner Braunschweig GmbH fertiggestellt und entsprechend als Vermögensmehrung in die Bilanz der Stadt aufgenommen worden. Durch die dadurch gestartete kontinuierliche Abschreibung der Vermögenswerte haben sich im Vergleich zum Vorjahr erhöhte Abschreibungen im Gebäudebereich als auch nicht unerheblich im Mobiliarbereich ergeben.

Dem gegenüber steht ein Rückgang bei den Abschreibungen auf Forderungen. In 2014 haben sich die allgemeinen Einzel- und Pauschalwertberichtigungen um je 450 TEUR erhöht. Es wurden verstärkt Altfälle bearbeitet und erledigt. Im Gegenzug wurden die Einzelwertberichtungen der Gewerbesteuer um 2,8 Mio. EUR auf null herabgesetzt. Dadurch sank der Betrag der Abschreibung auf Forderung um insgesamt 1,9 Mio. EUR.

6.3 Außerordentliches Ergebnis

Den außerordentlichen Erträgen in Höhe von rd. 15.580 TEUR (Vorjahr rd. 7.103 TEUR) stehen außerordentliche Aufwendungen in Höhe von rd. 5.837 TEUR (Vorjahr rd. 7.188 TEUR) gegenüber. Daraus ergibt sich für das außerordentliche Ergebnis ein Überschuss in Höhe von rd. 9.743 TEUR (Vorjahr rd. 85 TEUR).

6.3.1 Außerordentliche Erträge

Die außerordentlichen Erträge 2014 betragen rd. 15.580 TEUR (Ansatz 2014 rd. 1.255 TEUR – Abweichung rd. 14.325 TEUR). Die Abweichung ergibt sich im Wesentlichen aus Erträgen aus der Auflösung von nicht mehr benötigten Rückstellungen (rd. 11.806 TEUR), sowie aus Mehrerträgen aus dem Abgang von Vermögensgegenständen (rd. 1.052 TEUR), aus sonstigen periodenfremden Erträgen (rd. 378 TEUR), aus Spenden für laufende Zwecke (rd. 33 TEUR) und aus empfangenen Schadensersatzleistungen (rd. 696 TEUR).

Die Abweichung bei der Auflösung von nicht mehr benötigten Rückstellungen ist im Wesentlichen dadurch bedingt, dass in 2014 Rückstellungen für die Umsatz- und Kapitalertragssteuerrisiken aus der Betriebsprüfung nach der abgeschlossenen Prüfung in Höhe von rd. 7.547 TEUR aufgelöst wurden. Des Weiteren wurden aufgrund der Umstellung des Abstimmungsverfahrens zum Jahresabschluss zwischen der Kernverwaltung und der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement die in diesem Zusammenhang gebildeten Rückstellungen der Jahre 2012 und 2013 in Höhe von rd. 1.259 TEUR aufgelöst. Die Abgabe der Instandhaltungsverpflichtung für die Klosterkirche Riddagshausen an die Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz wurde die dafür vorhandene Rückstellung in Höhe von rd. 803 TEUR aufgelöst. Im Jahresabschluss 2014 wurden Rückstellungen für Brandschutz in Höhe von rd. 549 TEUR für ausstehende Rechnungen neu gebildet. Damit dieser Sachverhalt nicht doppelt im Jahresabschluss ausgewiesen wird, ist der gleiche Betrag bei der zentral gebildeten Rückstellung für Brandschutz aufgelöst worden.

Die nicht geplanten Erträge in Höhe von rd. 949 TEUR im Bereich der Grundstücke und Gebäude haben sich insbesondere aus dem Verkauf von Objekten in der Innenstadt (wie z.B. Petritorwall 6) ergeben. Für den Verkauf von beweglichem Vermögen waren keine Erträge geplant (Mehrerträge: 103 TEUR). Hier sind beispielsweise durch den Verkauf von Fahrzeugen Erträge entstanden.

In 2013 betrugen die außerordentlichen Erträge rd. 7.103 TEUR. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Höhe von rd. 8.477 TEUR ist im Wesentlichen durch höhere Erträge aus der Auflösung von nicht mehr benötigten Rückstellungen (rd. 7.338 TEUR), aus dem Abgang von Vermögensgegenständen (rd. 665 TEUR) und aus empfangenen Schadensersatzleistungen (rd. 604 TEUR) begründet. Dem gegenüber stehen geringere Erträge aus der Auflösung von sonstigen Verbindlichkeiten (rd. 170 TEUR).

6.3.2 Außerordentliche Aufwendungen

Die außerordentlichen Aufwendungen 2014 betragen rd. 5.837 TEUR (Ansatz 2014 rd. 694 TEUR – Abweichung rd. 5.143 TEUR). Die Abweichung resultiert im Wesentlichen aus außerplanmäßigen Abschreibungen (rd. 3.903 TEUR) sowie aus Mehraufwendungen aus dem Abgang von Grundstücken und Gebäuden (rd. 488 TEUR).

Die im Jahr 2014 vorgenommenen außerplanmäßigen Abschreibungen in Höhe von insgesamt rd. 3.903 TEUR werden nachstehend im Einzelnen erläutert.

So waren bei einigen Grundstücken außerplanmäßige Abschreibungen durchzuführen, da deren Wert für den Grund und Boden bzw. deren Aufbauten gemäß vorliegender Verkehrswertgutachten/Bewertungen geringer anzusetzen ist als bisher in der Bilanz berücksichtigt.

Dies betrifft zum einen Acker- bzw. Grünlandflächen in der Gemarkung Broitzem mit einer Größe von insgesamt ca. 28.000 m², deren Buchwert zur Eröffnungsbilanz mit 45 EUR/m² als deutlich zu hoch angesetzt worden ist.

Der Wert entsprechender Flächen im Bereich Broitzem beläuft sich gemäß einer auf der Bodenrichtwertkarte des Gutachterausschusses beim Katasteramt basierenden Bewertung auf 3,60 EUR/m² (Ackerland) bzw. 1,70 EUR/m²(Grünland), wodurch sich ein außerplanmäßiger Abschreibungsbetrag in Höhe von insgesamt rd. 1.183 TEUR ergeben hat.

Aufgrund der Ausgabe von Erbbaurechten an diversen städtischen Grundstücken zugunsten verschiedener Erbbaurechtsnehmer haben sich gemäß vorliegender Gutachten dauerhafte Wertminderungen des Grunds und Bodens einschl. der Aufbauten ergeben.

Weiterhin aus vergebenen Erbbaurechten resultierende außerplanmäßige Abschreibungen betreffen das Grundstück „Badezentrum Gliesmarode“ (rd. 123 TEUR -Erbbauberechtigte: Badezentrum Gliesmarode Betriebsgesellschaft mbH), ein Grundstück im Schul- und Bürgergarten (rd. 1,5 TEUR - Erbbauberechtigter: Landesverband Braunschweig der Gartenfreunde e. V.) sowie ein Grundstück in Hondelage (rd. 50 TEUR – Erbbauberechtigter: Förderkreis Umwelt- und Naturschutz Hondelage e. V.).

Außerplanmäßige Abschreibungen basieren darüber hinaus in Höhe von rd. 740 TEUR auf den durch diverse Brände entstandenen Wertverlusten an städtischen Bauwerken sowie deren Einrichtung, wie der Kita Leiferde (rd. 425 TEUR Gebäude und 39 TEUR Ausstattung), der Sporthalle Hoffmann-von-Fallersleben-Schule (rd. 35 TEUR Gebäude und 42 TEUR Ausstattung) und der Tiefgarage Magni (rd. 199 TEUR).

Bei einem am Tafelmakerweg/Mutterkamp gelegenen seit langem nicht mehr genutztem und zum Abbruch vorgesehenen Vereinsheim eines vor Jahren aufgelösten Fußballvereins ist der Wert des Gebäudes sowie der Außenanlagen aufgrund des desolaten baulichen Zustandes mit je 1 EUR ermittelt worden. Aus diesem Grund ist der Buchwert von 22 EUR auf diesen Betrag außerplanmäßig abgeschrieben worden.

Zum anderen kommt ein für das Parkdeck der Stadthalle eingeholtes Gutachten zu dem Ergebnis, dass sich der Verkehrswert des Bauwerkes u. a. aufgrund eines entsprechenden Sanierungsbedarfes nicht dem in der Bilanz enthaltenen Buchwert von 1.417 TEUR sondern lediglich auf 643 TEUR beläuft. Hierdurch hat sich ein außerplanmäßiger Abschreibungsbetrag in Höhe von rd. 774 TEUR ergeben.

Eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von rd. 966 TEUR ist beim Krematorium notwendig geworden, da für Schornstein und Ofenhaus aufgrund ihres schlechten baulichen Zustandes und des damit einhergehenden Sanierungsbedarfes gutachterlich ein Restwert von lediglich 1 EUR ermittelt worden ist.

Bei der Sanierung des Eisenbütteler Wehres sind den aktivierten Investitionskosten unzutreffenderweise auch Beträge zugeordnet worden, die sich im Zusammenhang mit dem Abriss des Wasserkraftwerkes ergeben haben. Dies hat zu einer außerplanmäßigen Abschreibung in Höhe von rd. 36 TEUR geführt.

Nach einem an einem Rettungsdienstfahrzeug eingetretenen Totalschaden ist im Gutachten eines Ingenieurbüros die Schadenssumme als Grundlage für die Erstattung der Versicherungsleistung durch die KSA ermittelt worden. Aufgrund eines zwischen Buchwert und dem in dem Gutachten ermittelten Restwert verbleibenden Differenzbetrages hat sich die Notwendigkeit zu einer außerplanmäßigen Abschreibung in Höhe von rd. 7,5 TEUR ergeben.

Aufwendungen aus dem Abgang von Grundstücken und Gebäuden waren bereits im Ergebnishaushalt 2014 mit rd. 530 TEUR eingeplant. Tatsächlich entstanden sich jedoch Verluste in Höhe von rd. 1.018 TEUR. Die zusätzlichen Aufwendungen beruhen insbesondere auf der im Jahr 2014 zunächst teilweise (rd. 803 TEUR) umgesetzten unentgeltlichen Übertragung von Grundstücken einschl. Gebäuden im Bereich Riddagshausen auf die Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz.

Den entstandenen außerordentlichen Aufwendungen stehen Erträge aus dem Abgang von Grundstücken und Gebäuden gegenüber.

In 2013 betrugen die außerordentlichen Aufwendungen rd. 7.187 TEUR. Die Verringerung gegenüber dem Vorjahr in Höhe von rd. 1.351 TEUR ist im Wesentlichen durch geringere außerplanmäßige Abschreibungen (rd. 1.113 TEUR) und aus dem Abgang von Vermögensgegenständen (rd. 153 TEUR) begründet.

7. Erläuterung der wesentlichen Positionen der Finanzrechnung

In der Finanzrechnung werden gem. § 51 GemHKVO die im Haushaltsjahr eingegangenen Einzahlungen und geleisteten Auszahlungen gegenübergestellt. Für die Gliederung gilt der § 3 GemHKVO entsprechend.

In der Finanzrechnung werden unter anderem die Istwerte (Finanzrechnung) den Haushaltsansätzen (Finanzhaushalt) gegenübergestellt.

7.1 Finanzmittelbestand

Der Finanzmittelbestand zu Beginn des Jahres wird durch den Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Punkt 7.2), den Saldo aus Investitionstätigkeit (Punkt 7.3), den Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Punkt 7.4) und den Saldo der haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen (Punkt 7.5) verändert. Für das Haushaltsjahr 2014 hat sich der Finanzmittelbestand um rd. 37.459 TEUR verringert.

7.2 Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit

Den Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von rd. 654.398 TEUR stehen Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von rd. 626.116 TEUR gegenüber. Daraus ergibt sich ein Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von rd. 28.282 TEUR.

7.2.1 Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit betragen rd. 654.398 TEUR und liegen rd. 46.797 TEUR (entspricht 6,7 Prozent) unter dem Ansatz des Haushaltsjahres. Im Einzel-

nen gliedern sich die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in folgende Positionen:

Finanzrechnung	Ansatz 2014		Ist 2014		Abweichung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Steuern und ähnliche Abgaben	376.646	53,6	335.599	51,3	-41.047	-10,9
Zuwendungen u. allg. Umlagen ohne Investitionen	115.330	16,4	115.844	17,7	514	0,4
Sonstige Transfereinzahlungen	8.847	1,3	10.135	1,5	1.288	14,6
Öffentl.-rechtl. Entgelte ohne Investitionen	32.680	4,7	33.375	5,1	695	2,1
Privatrechtl. Entgelte ohne Investitionen	9.030	1,3	9.622	1,5	592	6,6
Kostenerstattungen/-umlagen ohne Investitionen	124.820	17,8	119.908	18,3	-4.912	-3,9
Zinsen und ähnliche Einzahlungen	6.746	1,0	4.703	0,7	-2.043	-30,3
Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	27.096	3,9	25.212	3,9	-1.884	-7,0
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätitkeit	**701.195**	**100,0**	**654.398**	**100,0**	**-46.797**	**-6,7**

Die Mindereinzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit sind im Wesentlichen durch die **Zeile „Steuern und ähnliche Abgaben“** entstanden. Die Abweichung ist durch Mindereinzahlungen in Höhe von rd. 44.458 TEUR für Gewerbesteuer begründet, denen Mehreinzahlungen in Höhe von 2.271 TEUR für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (Zeile: Steuern und ähnliche Abgaben) gegenüberstehen.

Die Mindereinzahlungen in der **Zeile „Sonstige Transfereinzahlungen“** korrespondieren mit den Mindererträgen aus der Ergebnisrechnung.

Die Mindereinzahlungen in der **Zeile Kostenerstattungen und Umlagen** ist im Wesentlichen in den Teilhaushalten „Soziales und Gesundheit“ in Höhe von rd. 3.469 TEUR sowie „Kinder, Jugend und Familie“ 1.408 TEUR entstanden.

Die Mindereinzahlungen im Teilhaushalt „Soziales und Gesundheit“ korrespondieren in Höhe von rd. 1.530 TEUR mit den Mindererträgen aus der Ergebnisrechnung. Des Weiteren führt die Rückzahlung der zu viel erhaltenen Abschlägen für das Quotale System zu einer Minderauszahlung in Höhe von rd. 2.289 TEUR.

Die Mindereinzahlungen im Teilhaushalt „Kinder, Jugend und Familie“ korrespondieren mit den Mindererträgen aus der Ergebnisrechnung.

Die Mindereinzahlungen in der **Zeile „Zinsen und ähnliche Finanzerträge“** korrespondieren mit den Mindererträgen aus der Ergebnisrechnung.

Die Mindereinzahlungen in der **Zeile „Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen“** korrespondieren in Höhe von rd. 3.020 TEUR mit den Mindererträgen aus der Ergebnisrechnung.

Dem gegenüber stehen Mehreinzahlungen durch eine Großspende für Kinderarmut in Höhe von 1 Mio. EUR.

7.2.2 Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit betragen rd. 626.116 TEUR und liegen rd. 29.997 TEUR (entspricht 4,6 Prozent) unter dem Ansatz des Haushaltsjahres.

Das Ist 2014 liegt rd. 38.097 TEUR unter den Haushaltsermächtigungen (Ansatz inkl. geplantem Haushaltsresteabbau in Höhe von rd. 8.100 TEUR). Im Einzelnen gliedern sich die ordentlichen Aufwendungen in folgende Positionen:

Finanzrechnung	Ansatz 2014		Ist 2014		Abweichung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Auszahlungen für aktives Personal	141.617	21,6	142.306	22,7	689	0,5
Auszahlungen für Versorgung	17.174	2,6	18.067	2,9	893	5,2
Auszahlungen für Sach-/Dienstleistungen, GVG	50.252	7,7	42.771	6,8	-7.481	-14,9
Zinsen und ähnliche Auszahlungen	8.711	1,3	7.645	1,2	-1.066	-12,2
Transferauszahlungen	253.598	38,6	242.248	38,8	-11.350	-4,5
Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	184.761	28,2	173.079	27,6	-11.682	-6,3
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätitkeit	**656.113**	**100,0**	**626.116**	**100,0**	**-29.997**	**-4,6**

Die Abweichung in der **Zeile „Auszahlungen für Sach-/Dienstleistungen, GVG“** ist im Wesentlichen durch Minderauszahlungen in den Bereichen „Instandhaltungen von Grundstücken und baulichen Anlagen“ in Höhe von rd. 4.650 TEUR, "Unterhaltung des Infrastrukturvermögens“ in Höhe von rd. 1.627 TEUR und „IM-Planungskosten“ in Höhe von rd. 1.160 TEUR begründet.

Hinsichtlich der Minderauszahlungen bei den „Instandhaltungen für Grundstücke und bauliche Anlagen“ sowie „Unterhaltung des Infrastrukturvermögens“ wird auf die Erläuterungen zu Punkt 6.2.2. verwiesen.

Bei den Planungsmitteln, die überwiegend für die Baubereiche eingeplant sind, ist der Mittelabruf zum Teil nicht erfolgt, da Projekt- und Maßnahmeninhalte noch nicht ausreichend geklärt waren, um entsprechende Planungen zu beauftragen (z.B. Planungsmittel für Neubauten Feuerwehr, Neues Veranstaltungszentrum, Einrichtung von Ganztagsbetrieben). Weiterhin sind in Altjahren gebuchte Planungskosten für die „Soziale Stadt“ in 2014 korrigiert und der eigentlichen Verwendung (z.B. Baumaßnahmen) zugeordnet worden. Hierdurch haben sich erneut freie Planungsansätze ergeben.

Bei den Minderauszahlungen in der **Zeile „Zinsen und ähnliche Auszahlungen“** ist die Abweichung im Wesentlichen durch Minderauszahlungen für die „Verzinsung von Steuernachzahlungen“ in Höhe von rd. 1.104 TEUR entstanden.

Die Minderauszahlungen in der **Zeile „Transferauszahlungen“** setzen sich zusammen aus Minderauszahlungen für die Gewerbesteuerumlage in Höhe von rd. 7.878 TEUR und für Zuschüsse an verbundene Unternehmen in Höhe von rd. 1.325 TEUR, denen Mehrauszahlungen für Sozialleistungen an natürliche Personen in Höhe von rd. 1.015 TEUR gegenüberstehen. Ergänzend zu den Erläuterungen zu den Abweichungen in der Ergebnisrechnung unter Punkt 6.2.2 haben nachfolgenden Sachverhalte zu Minderauszahlungen in der Finanzrechnung geführt.

Bei den Zuschüssen an verbundene Unternehmen ist anzumerken, dass in diesem Bereich aufgrund der Jahresabschlüsse 2014 der Unternehmen Mehraufwendungen für Verlustausgleiche in Höhe von rd. 4.782 TEUR entstanden sind, die aber erst in 2015 zur Auszahlung kommen.

Des Weiteren sind Minderauszahlungen im Teilhaushalt „Kinder, Jugend und Familie“ dadurch entstanden, dass der Betrag der in 2014 neu zu bildenden Rückstellungen um rd. 635 TEUR höher war, als die aus den Vorjahren verbrauchten Rückstellungen.

Die Abweichung in der **Zeile „Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen“** setzt sich im Wesentlichen aus Minderauszahlungen für Kosten der Leistungsbeteiligung für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende in Höhe von rd. 4.048 TEUR, für Deckungsreserve in Höhe von 1.747 TEUR (Zahlungsmittelabfluss erfolgt in Zeile „Auszahlungen für aktives Personal“), für abzugsfähige Vorsteuer in Höhe von rd. 2.238 TEUR (davon 2.609 TEUR für den BgA Stadtion), für Erstattungen an private Unternehmen in Höhe von rd. 1.342 TEUR und für „IM andere sonstige Auszahlungen“ in Höhe von rd. 2.030 TEUR zusammen.

Die Minderauszahlungen für Kosten der Leistungsbeteiligung für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende sind im Wesentlichen dadurch entstanden, dass die KDU Hauptabbuchung der Bundesagentur für Arbeit in Höhe von rd. 3.870 TEUR aufgrund dortiger technischer Probleme statt vom 30.12.2014 erst am02.01.2015 erfolgt ist. Dies hat zur Folge, dass in der Finanzrechnung 2014 nur Zahlungen für 11 Monate und in der Finanzrechnung für 2015 Zahlungen für 13 Monate enthalten sind.

Die nicht abgeflossenen Haushaltsmittel im Investitionsmanagement („IM andere sonstige Auszahlungen“) beinhalten im Wesentlichen die noch nicht in 2014 umsetzbaren Umlegungsverfahren Waller See und Forschungsflughafen.

Die Minderauszahlungen stehen in direktem Zusammenhang mit den unter Punkt 6.2.2 erläuterten Minderaufwendungen.

7.3 Saldo aus Investitionstätigkeit

Den Einzahlungen aus Investitionstätigkeit in Höhe von rd. 21.669 TEUR stehen Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von rd. 70.980 TEUR gegenüber. Daraus ergibt sich ein Saldo aus Investitionstätigkeit in Höhe von rd. -49.311 TEUR.

7.3.1 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit

Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit betragen rd. 21.669 TEUR und liegen rd. 5.012 TEUR (entspricht 30,1 Prozent) über den Ansätzen des Haushaltsjahres. Im Einzelnen gliedern sich die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit in folgende Positionen:

	Ansatz 2014		Ist 2014		Abweichung	
Finanzrechnung	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Zuwendungen für Investitionstätigkeit	4.607	27,6	9.425	43,5	4.818	104,6
Beiträge u. ähnl. Entgelte für Investitionen	8.594	51,7	7.454	34,4	-1.140	-13,3
Veräußerung von Sachvermögen	2.836	17,0	3.338	15,4	502	17,7
Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	300	1,8	215	1,0	-85	-28,3
Sonstige Investitionstätigkeit	320	1,9	1.237	5,7	917	286,6
Einzahlungen aus Investitionstätitkeit	**16.657**	**100,0**	**21.669**	**100,0**	**5.012**	**30,1**

Bei den eingeplanten **Zuwendungen aus Investitionstätigkeit** in Höhe von 4.607 TEUR haben sich in 2014 Mehreinzahlungen in Höhe von 4.818 TEUR ergeben. Bereits in den Vorjahren geplante Einzahlungen bzw. nicht geplante Einzahlungen für städtische Baumaßnahmen konnten in 2014 vereinnahmt werden (z.B. Zuwendung für die Gewerbeflächen Flughafen in Höhe von 2,4 Mio. EUR, Zuwendung für den Neubau Kita Roselies in Höhe von 0,8 Mio. EUR).

Bei den Ausleihungen an übrigen Bereiche (Wohnbaudarlehen) gab es 2014 nicht geplante vorzeitige Ablösungen in Höhe von rd. 899 TEUR (siehe Abweichung sonstige Investitionstätigkeit in Höhe von 917 TEUR).

Die eingeplanten **Beiträge und ähnliche Entgelte** in Höhe von rd. 8.594 TEUR konnten im Ist dagegen um insgesamt 1.140 TEUR nicht erreicht werden. Die Umsetzung des 2. BA der Erschließung Lammer-Busch Ost als auch die Erschließung Roselies -Süd erfolgen über mehrere Jahre. Der Ausbau hat sich in den genannten Fällen verzögert, da keine ausreichende Bebauung der Grundstücke vorlag. Dies hatte zur Folge, dass auch entsprechende Erschließungsbeiträge nicht eingebracht werden konnten.

Unter anderem sind auch bei der Sanierungsmaßnahme Salzdahlumer Str. als auch bei der Straßenumgestaltung Museumsstraße Beiträge (Straßenausbaubeiträge) entfallen. Maßnahmen wurden z.B. wegen Abhängigkeiten zu Drittplanungen verschoben bzw. die Planungen haben länger als geplant gedauert.

In einigen Fällen hat es aber auch Mehreinzahlungen aus Beiträgen gegeben (z.B. Sanierung „Am Alten Bahnhof“).

Bei den Einzahlungen aus der **Veräußerung von Sachvermögen** haben sich insgesamt rd. 502 TEUR Mehreinzahlungen ergeben, die überwiegend aus dem Verkauf von Grundstücken und Gebäuden resultieren. So sind in 2014 insbesondere die Liegenschaften „Petritorwall 6“, ein Grundstück an der Donaustraße sowie diverse Gewerbegrundstücke in den Gebieten Rautheim-Nord, Kralenriede, an der Theodor-Heuss-Straße und am Westbahnhof verkauft worden.

7.3.2 Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

Die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit betragen rd. 70.980 TEUR und liegen rd. 4.198 TEUR (entspricht 5,6 Prozent) unter dem Ansatz des Haushaltsjahres.

Das Ist 2014 liegt rd. 13.398 TEUR unter den Haushaltsermächtigungen (Ansatz inkl. geplantem Haushaltsresteabbau in Höhe von rd. 9.200 TEUR). Im Einzelnen gliedern sich die ordentlichen Aufwendungen in folgende Positionen:

	Ansatz 2014		Ist 2014		Abweichung	
Finanzrechnung	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	2.255	3,0	1.838	2,6	-417	-18,5
Baumaßnahmen	56.289	74,9	49.508	69,7	-6.781	-12,0
Erwerb von beweglichem Sachvermögen	7.719	10,3	7.418	10,5	-301	-3,9
Erwerb von Finanzvermögensanlagen	4.302	5,7	4.893	6,9	591	13,7
Aktivierbare Zuwendungen	4.613	6,1	7.323	10,3	2.710	58,7
Sonstige Investitionstätigkeit	0	0,0	0	0,0	0	-
Auszahlungen aus Investitionstätitkeit	**75.178**	**100,0**	**70.980**	**100,0**	**-4.198**	**-5,6**

In der **Zeile Baumaßnahmen** sind Minderauszahlungen in Höhe von rd. 6.781 TEUR angefallen, denen Mehrauszahlungen für **Aktivierbare Zuwendungen** in Höhe von rd. 2.710 TEUR gegenüber stehen.

Allein bei den Tiefbaumaßnahmen sind die vorhandenen Haushaltsmittel kassenwirksam um rd. 9.427 TEUR nicht ausgeschöpft worden.

Die Zuschüsse an die Verkehrs-GmbH im Rahmen der Finanzierungsvereinbarung „Bohlweg“ sind fehlerhaft als Baumaßnahme eingeplant worden. Durch die richtige Ist-Buchung als Zuschuss gegenüber verbundenen Unternehmen hat sich eine höhere Belastung von allein rd. 2,3 Mio. EUR bei den aktivierbaren Zuwendungen aber auch gleichzeitig eine fehlende Mittelinanspruchnahme bei den Tiefbaumaßnahmen in gleicher Höhe ergeben.

Der 2. BA der Erschließung Lammer Busch Ost (1,3 Mio. EUR), die Erschließung des Gewerbegebietes Waller See (1 Mio. EUR) als auch die Umgestaltung der Museumsstraße (1,3 Mio. EUR) sind zeitlich verschoben worden. Entsprechend sind die Finanzraten 2014 nur geringfügig in Anspruch genommen worden. Es wird hier auf die Erläuterungen zu den Investitionseinzahlungen verwiesen.

Nicht begonnen wurden auch die Radwegebaumaßnahmen Helmstedter Straße (400 TEUR) als auch Mascherode / Salzdahlum (300 TEUR).

Dagegen haben sich aber höhere Auszahlungen bei den Grünbaumaßnahmen von rd. 3.186 TEUR ergeben. Bei den Baumaßnahmen an städtischen Gebäuden werden neben den Hochbaumaßnahmen auch Grünbaumaßnahmen (z.B. Sanierung von Außenanlagen) durchgeführt. Im Planungsverfahren wird auf diese Unterscheidung aus Vereinfachungsgründen jedoch verzichtet, und es erfolgt eine Planung der Finanzraten unter den Hochbaumaßnahmen. Allein in 2014 haben sich hieraus im Teilhaushalt 20 rd. 1.552 TEUR Abweichungen bei den Grünbaumaßnahmen ergeben. Auf den Teilhaushalt 61 entfällt aus den gleichen Gründen eine Abweichung von 606 TEUR auf die Baumaßnahmen der „Sozialen Stadt“. Für nicht durch originäre Haushaltsansätze gedeckte Mehrkosten bei der Entwicklung von neuen Grünflächen haben sich dagegen rd. 146 TEUR als Abweichung ergeben, die durch entsprechende Haushaltsreste gedeckt werden konnten (z.B. Grünbaumaßnahme St. Leonhards Garten).

Auf den Teilhaushalt 67 selbst entfällt eine Abweichung von 882 TEUR, die sich aber überwiegend auf Mehrauszahlungen auf städtischen Sportstätten (547 TEUR) bezieht (z.B. Maßnahmen im Rahmen der Standortrochade). Die Mehrauszahlungen konnten durch Haushaltsreste des Vorjahres gedeckt werden.

7.4 Saldo aus Finanzierungstätigkeit

Den Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von 1.965 TEUR (Ansatz rd. 7.863 TEUR) stehen Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von rd. 18.512 TEUR (Ansatz rd. 24.501 TEUR) gegenüber. Daraus ergibt sich ein Saldo aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von rd. -16.547 TEUR (Ansatz rd. -16.638 TEUR).

Die Abweichungen zwischen den Ein- und Auszahlungen 2014 und dem jeweiligen Ansatz ergeben sich daraus, dass ein Kredit, dessen Zinsbindung in 2014 endete, nicht umgeschuldet wurde. Der Kredit wurde bei der darlehensvergebenden Bank verlängert. Da im Rahmen der Haushaltsplanung eine Umschuldung einkalkuliert wurde, tritt sowohl bei der Ein- als auch bei der Auszahlung eine entsprechende Differenz auf.

7.5 Saldo aus haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen

In der Finanzrechnung werden gem. § 51 GemHKVO neben den Ein- und Auszahlungen für die Kernverwaltung der Stadt Braunschweig auch die haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen, die nicht im Haushaltsplan veranschlagt wurden, abgebildet, da sie den Bestand an Zahlungsmitteln verändern. Es handelt sich dabei um folgende Sachverhalte:

- Fremde Mittel - Zahlungsverkehr der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement
- Durchlaufende Gelder, die für Dritte nur eingezahlt oder ausgezahlt werden (Kameralistik = Vorschuss- und Verwahrkonten)

Der Saldo aus haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen beläuft sich auf rd. 116 TEUR. Hierin enthalten ist eine stichtagsbezogene Abstimmdifferenz in Höhe von rd. 6 TEUR (Vorjahr 15 TEUR) zwischen der Liquidität auf den Bilanzkonten und dem Zahlungsmittelbestand in der Finanzrechnung.

Durch die eingeleiteten Maßnahmen zur Prüfung des umfassenden Buchungsstoffes und Anpassungen der verursachenden Prozesse, konnte die stichtagsbezogene Differenz im Haushaltsjahr 2014 erneut reduziert werden.

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

VII. Anlagen zum Anhang

1. Anlagenübersicht

2. Forderungsübersicht

3. Schuldenübersicht

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

1. Anlagenübersicht

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

Anlagenübersicht

gem. § 56 Abs. 1 GemHKVO

zum 31. Dezember 2014

Anlagevermögen	Entwicklung der Anschaffungs- und Herstellungswerte					Entwicklung der Abschreibungen					Buchwerte	
	Stand am 31. Dez 2013	Zugänge im Haushaltsjahr	Abgänge im Haushaltsjahr	Umbuchungen im Haushaltsjahr	Stand am 31. Dez 2014	Stand am 31. Dez 2013	Abschreibungen im Haushaltsjahr	Auflösungen	Zuschreibungen im Haushaltsjahr	Stand am 31. Dez 2014	Stand am 31. Dez 2014	Stand am 31. Dez 2013
	- Euro-	- Euro-	- Euro-	- Euro-	- Euro-	- Euro-	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro-	- Euro-	- Euro-
		+	-	+/-			+	-	-			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	53.454.159,48	6.060.843,72	1.563,32	787.744,88	60.301.184,76	10.661.015,73	3.123.432,94	1.559,32	0,00	13.782.889,35	46.518.295,41	42.793.143,75
2. Sachvermögen (ohne Vorräte und geringwertige Vermögensgegenstände)	1.682.378.925,04	114.906.679,88	9.399.720,23	-787.744,88	1.787.098.139,81	411.635.584,24	33.872.104,77	5.328.425,20	0,00	440.179.263,81	1.346.918.876,00	1.270.743.340,80
3. Finanzvermögen (ohne Forderungen)	178.360.961,47	4.948.828,81	1.449.578,09	0,00	181.860.212,19	1.500.000,00	0,00	0,00	0,00	1.500.000,00	180.360.212,19	176.860.961,47
Insgesamt	1.914.194.045,99	125.916.352,41	10.850.861,64	0,00	2.029.259.536,76	423.796.599,97	36.995.537,71	5.329.984,52	0,00	455.462.153,16	1.573.797.383,60	1.490.397.446,02

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

2. Forderungsübersicht

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

Forderungsübersicht

gem. § 56 Abs. 2 GemHKVO

zum 31. Dezember 2014

Art der Forderungen	Gesamtbetrag am 31. Dezember 2014	mit einer Restlaufzeit von bis zu 1 Jahr	mit einer Restlaufzeit von über 1 bis 5 Jahre	mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahre	Gesamtbetrag am 31. Dezember 2013	Mehr (+)/ weniger (-)
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen	18.818.270,70	18.813.120,20	4.624,50	526,00	7.867.088,24	10.951.182,46
2. Forderungen aus Transferleistungen	6.912.702,05	6.912.158,02	544,03	0,00	6.916.564,79	-3.862,74
3. Sonstige Privatrechtliche Forderungen	49.273.477,45	49.273.477,45	0,00	0,00	30.197.566,96	19.075.910,49
Summe aller Forderungen	75.004.450,20	74.998.755,67	5.168,53	526,00	44.981.219,99	30.023.230,21

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

3. Schuldenübersicht

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

Schuldenübersicht

gem. § 56 Abs. 3 GemHKVO

zum 31. Dezember 2014

Art der Schulden	Gesamtbetrag am 31. Dezember 2014	mit einer Restlaufzeit von bis zu 1 Jahr	mit einer Restlaufzeit von über 1 bis 5 Jahre	mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahre	Gesamtbetrag am 31. Dezember 2013	Mehr (+)/ weniger (-)
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
1. Geldschulden	78.287.789,41	8.287.890,96	22.270.364,98	47.729.533,47	94.905.194,47	-16.617.405,06
1.1 Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	78.287.789,41	8.287.890,96	22.270.364,98	47.729.533,47	94.905.194,47	-16.617.405,06
1.3 Liquiditätskredite	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.4 sonstige Geldschulden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	85.568.471,76	2.731.864,02	12.076.030,25	70.760.577,49	32.333.552,49	53.234.919,27
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.344.222,15	1.344.222,15	0,00	0,00	2.145.374,83	-801.152,68
4. Transferverbindlichkeiten	12,15	12,15	0,00	0,00	36,29	-24,14
5. Sonstige Verbindlichkeiten	154.008.889,26	154.008.889,26	0,00	0,00	154.408.573,33	-399.684,07
Schulden insgesamt	319.209.384,73	166.372.878,54	34.346.395,23	118.490.110,96	283.792.731,41	35.416.653,32

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

VIII. Rechenschaftsbericht

Inhaltsverzeichnis

Seite

1. Vorbemerkung 674

2. Finanzwirtschaftliche Lage der Stadt 674
   2.1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen 674
   2.2. Transfer auf die Situation der Stadt Braunschweig 674
      2.2.1. Angaben zur Bilanz 675
      2.2.2. Angaben zur Ergebnisrechnung 680
      2.2.3. Angaben zur Finanzrechnung 683
   2.3. Bewertung gemäß § 57 Abs. 1 Satz 2 GemHKVO 685
3. Verlauf der Haushaltswirtschaft 686
   3.1. Gesamt-Ergebnisrechnung 686
      3.1.1. Gesamtergebnis 686
      3.1.2. Ordentliches Ergebnis 686
      3.1.3. Außerordentliches Ergebnis 687
   3.2. Teil-Ergebnisrechnung 688
   3.3. Gesamt-Finanzrechnung 714
   3.4. Teil-Finanzrechnung 716
   3.5. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen nach § 117 NKomVG 749
      3.5.1. Mehraufwendungen (ohne Investitionsmanagement) 749
      3.5.2. Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen des Investitionsmanagements 750
         3.5.2.1. Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen gemäß § 117 Abs. 1 NKomVG 751
         3.5.2.2. Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen gemäß § 117 Abs. 2 NKomVG 757
         3.5.2.3. Zusammenfassung der Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen 758
   3.6. Steuererträge 759
   3.7. Aufwendungen für aktives Personal 761
   3.8. Haushaltsreste 762
      3.8.1. Ergebnishaushalt (ohne Investitionsmanagement) 762
      3.8.2. Ergebnishaushalt Investitionsmanagement 763
      3.8.3. Finanzhaushalt Investitionsmanagement 763
      3.8.4. Finanzhaushalt (ohne Investitionsmanagement) 784
   3.9. Verpflichtungsermächtigungen 785

4. Nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetretene Vorgänge von besonderer Bedeutung (bis einschließlich Juli 2015) 786

5. Wesentliche finanzwirtschaftliche Risiken für die Aufgabenerfüllung 786

1. Vorbemerkung

Nach § 128 NKomVG ist der Anhang Teil des Jahresabschlusses. Dem Anhang ist ein Rechenschaftsbericht beizufügen. Gemäß § 57 GemHKVO werden im Rechenschaftsbericht, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend, der Verlauf der Haushaltswirtschaft (siehe Ziffer 3.) und die finanzwirtschaftliche Lage der Gemeinde (siehe Ziffer 2.) dargestellt. Dabei wird eine Bewertung der Jahresabschlussrechnungen vorgenommen.

Der Rechenschaftsbericht soll auch Vorgänge von besonderer Bedeutung enthalten, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind (siehe Ziffer 4.) sowie zu erwartende mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung (siehe Ziffer 5.) sind. Des Weiteren sind gemäß § 20 Abs. 5 GemHKVO die Gründe für die Übertragung von Ermächtigungen (siehe Ziffer 3.8) im Rechenschaftsbericht darzulegen.

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses 2014 wurde das Finanzwesenverfahren SAP angewendet.

2. Finanzwirtschaftliche Lage

2.1 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Nach einem zunächst positiven Start in das Jahr 2014, der eher verhaltene Erwartungen zu widerlegen schien, hat sich die Situation im Jahresverlauf vor allem während einer Schwächephase im Sommer den kritischen Einschätzungen gemäß entwickelt. Gleichwohl hat sich der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes folgend das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt mit einer Steigerung von 1,5 % in 2014 leicht positiver entwickelt als der Durchschnitt der letzten zehn Jahre (1,2 %). Wachstumsmotor war dabei der private Konsum. Bezüglich der Verteilung des Zuwachses konnten fast alle Wirtschaftsbereiche gewinnen, Ex- und Importe entwickelten sich annähernd parallel (3,7 % bzw. 3,3 %). Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte das achte Jahr in Folge einen neuen Höchststand.

2.2 Transfer auf die Situation der Stadt Braunschweig

Von der beschriebenen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in 2014 konnte Braunschweig als Teil des kommunalen Sektors mit seinen maßgeblichen Einnahmequellen nicht in gleichem Maße profitieren. Belastend gegenüber der Planung wirkte sich u.a. eine Nettobelastung aus der Gewerbesteuer von rd. 33,8 Mio. EUR aus. In den folgenden Ausführungen wird die oben genannte gesamtwirtschaftliche Entwicklung auf die konkrete Situation der Stadt Braunschweig einschließlich bewertender Angaben gemäß § 57 Abs. 1 Satz 2 GemHKVO übertragen, teils unter ergänzender Analyse über Kennzahlen. Kennzahlen sind Messwerte, die zur sinnvollen und aussagefähigen Verdichtung und Gegenüberstellung vorhandener Informationen benutzt werden. Kennzahlen benötigen Vergleichswerte oder einen Kontext, um aussagefähig zu sein. Als Kennzahlen werden in der Regel Verhältniszahlen verwendet, da diese leichter überschau- und vergleichbar sind als absolute Zahlen.

Für die Form der Darstellung wurde der Zeitvergleich gewählt, d.h. gleiche Kennzahlen werden zu verschiedenen Zeitpunkten gegenübergestellt.

Des Weiteren können die Kennzahlen für Vergleiche der Kommunen in Niedersachsen untereinander herangezogen werden. Um bundesweit Kennzahlen zu vergleichen (vgl. z.B. die Ausführungen unter 2.1), sind jedoch die unterschiedlichen gesetzlichen Regelungen der einzelnen Bundesländer entsprechend zu berücksichtigen.

Zunächst schließt sich eine Übersicht über die gebildeten Kennzahlen an, gefolgt von weiteren Erläuterungen.

	Kennzahlen Bilanz	**31.12.2012**	**31.12.2013**	**31.12.2014**
A.	**Kapitalstruktur**			
A.1	Nettopositionsquote (Eigenkapitalquote)	59 %	58 %	56 %
A.2	Nettopositionsquote (Eigenkapitalquote) ohne Cashpool	63 %	62 %	58 %
A.3	Geldverschuldungsgrad	6 %	5 %	4 %
A.4	Verschuldung je Einwohner aus Geldschulden	411 €	386 €	315 €

	Kennzahlen Ergebnisrechnung	**31.12.2012**	**31.12.2013**	**31.12.2014**
B.	**Jahresüberschuss / - fehlbetrag**	**64 Mio.€**	**15 Mio.€**	**-20 Mio.€**
C.	**Ordentliche Erträge**	695 Mio.€	675 Mio.€	671 Mio.€
C.1	Steuerquote	53 %	51 %	50 %
C.2	Zuwendungsquote	16 %	18 %	17 %
D.	**Ordentliche Aufwendungen**	637 Mio.€	660 Mio.€	700 Mio.€
D.1	Personalaufwandsquote	25 %	28 %	27 %
D.2	Zinslastquote	1 %	1 %	1 %

	Kennzahlen Finanzrechnung	**2012**	**2013**	**2014**
E.	**Ein- und Auszahlungen**	**Saldo**	**Saldo**	**Saldo**
E.1	aus laufender Verwaltungstätigkeit	86 Mio.€	46 Mio.€	28 Mio.€
E.2	für Investitionstätigkeit	- 43 Mio.€	- 58 Mio.€	- 49 Mio.€
E.3	aus Finanzierungstätigkeit	- 8 Mio.€	- 8 Mio.€	- 17 Mio.€
E.4	Ergebnis Finanzrechnung	35 Mio.€	- 20 Mio.€	- 38 Mio.€
E.5	Haushaltsunwirksame Ein-/Auszahlungen	5 Mio.€	0 Mio.€	0 Mio.€

Im Folgenden finden sich ergänzend die ausführlichen Darstellungen zu den einzelnen Einflusskomponenten der finanzwirtschaftlichen Lage der Stadt.

2.2.1 Angaben zur Bilanz

Bei einer Bilanzsumme von rd. 1.865 Mio. EUR im Jahresabschluss 2014 beläuft sich die unter den Passiva ausgewiesene Nettoposition auf rd. 1.042 Mio. EUR. Dies führt zu einer Nettopositionsquote von rd. 56 %. Im Vergleich zur entsprechenden Quote in der Eröffnungsbilanz (rd. 51 %) zeigt sich eine positive Entwicklung. Im Vergleich zum Jahresabschluss 2013 (rd. 58 %) ist die Quote leicht gesunken, da die Bilanzsumme stärker gestiegen ist als die Nettoposition. Die Faktoren sind unter der Kennzahl A1 und A2 erläutert.

Kennzahl A.1 - Nettopositionsquote (Eigenkapitalquote)

Berechnung: Nettoposition * 100
Bilanzsumme

Datenbasis: Die Nettoposition wurde in vollem Umfang (inkl. Sonderposten) berücksichtigt.

Ziel: Wert möglichst hoch

Bilanzposition		31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014
P1	Nettoposition	1.043 Mio.€	1.054 Mio.€	1.042 Mio.€
Passiva	Summe Passivseite	1.765 Mio.€	1.815 Mio.€	1.865 Mio.€
	Nettopositionsquote	59 %	58 %	56 %

Hinweis: Je höher die Nettopositionsquote ist, desto unabhängiger ist die Kommune von den Entwicklungen der Zinsen am Kreditmarkt. Ein starker Zinsanstieg würde sich daher z.B. weniger auf die Ertrags-/Aufwandsstruktur auswirken.

Bewertung: Die Stadt Braunschweig erhält sich aufgrund ihrer hohen Nettopositionsquote weiter ihre Unabhängigkeit vom Kreditmarkt. Gegenüber dem Jahresabschluss 2013 ist die Nettopositionsquote leicht gesunken. Folgende Gründe haben im Wesentlichen zu dieser Veränderung geführt: In 2014 wurden im Rahmen des PPP-Projektes Schulen und Kitas Teilfertigstellungen von Schulen in Höhe von rd. 53 Mio. EUR als Sachvermögen aktiviert. Analog dazu wurden auf der Passivseite der Bilanz Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften für die abgeschlossenen Maßnahmen bilanziert. Des Weiteren führt der Anstieg der Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von rd. 34 Mio. EUR, insbesondere für die in 2014 verkündeten Besoldungserhöhungen 2015 und 2016 ebenfalls zu einer Erhöhung der Bilanzsumme. Damit ist die Bilanzsumme insgesamt stärker gestiegen als die Nettoposition, was zu der leicht gesunkenen Nettopositionsquote geführt hat.

Kennzahl A.2 - Nettopositionsquote (Eigenkapitalquote) ohne Cashpool

Für einen Vergleich mit anderen Städten ist die Nettopositionsquote ohne Cashpool besser geeignet. Im Cashpool werden die liquiden Mittel der Stadt, der verbunden Unternehmen, der Beteiligungen und der Sonderrechnungen zusammengefasst, um Synergiepotenziale bei Geldanlagen und kurzfristigen Kreditbedarfen erzielen zu können. Die nichtstädtischen Cashpool-Anteile führen zu einer Erhöhung der Bilanzsumme bei der Stadt. Das Jahresergebnis und damit auch die Nettoposition verändern sich dadurch nicht.

Berechnung: Nettoposition * 100 .
Bilanzsumme (ohne Cashpool)

Datenbasis: Die Nettoposition wurde in vollem Umfang (inkl. Sonderposten) berücksichtigt, nicht jedoch die Anteile der verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen am Cashpool der Stadt Braun-schweig.

Ziel: Wert möglichst hoch

Bilanzposition		31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014
P1	Nettoposition	1.043 Mio.€	1.054 Mio.€	1.042 Mio.€
Passiva	Summe Passivseite (ohne Cashpool)	1.654 Mio.€	1.712 Mio.€	1.786 Mio.€
	Nettopositionsquote (ohne Cashpool)	63 %	62 %	58 %

Hinweis: Je höher die Nettopositionsquote ist, desto unabhängiger ist die Kommune von den Entwicklungen der Zinsen am Kreditmarkt. Ein starker Zinsanstieg würde sich daher z.B. weniger auf die Ertrags-/Aufwandsstruktur auswirken.

Bewertung: Die Position der Stadt Braunschweig ohne Belastungen innerhalb ihrer Konzernstruktur ist signifikant besser. Gegenüber dem Jahresabschluss 2013 ist die Nettopositionsquote gesunken. Folgende Gründe haben im Wesentlichen zu dieser Veränderung geführt: In 2014 wurden im Rahmen des PPP-Projektes Schulen und Kitas Teilfertigstellungen von Schulen in Höhe von rd. 53 Mio. EUR als Sachvermögen aktiviert. Analog dazu wurden auf der Passivseite der Bilanz Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften für die abgeschlossenen Maßnahmen bilanziert. Des Weiteren führt der Anstieg der Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von rd. 34 Mio. EUR, insbesondere für die in 2014 verkündeten Besoldungserhöhungen 2014 und 2015 ebenfalls zu einer Erhöhung der Bilanzsumme. Damit ist die Bilanzsumme insgesamt stärker gestiegen als die Nettoposition, was zu der leicht gesunkenen Nettopositionsquote geführt hat.

Verschuldungs- und Zahlungsmittelsituation

Die Verbindlichkeiten des städtischen Haushaltes aus in der Vergangenheit aufgenommenen Krediten für Investitionen beliefen sich zum 1. Januar 2014 auf rd. 94,9 Mio. EUR. Da im Haushaltsjahr 2014 **keine** neuen Kredite aufgenommen wurden, aber ordentliche Tilgungen in Höhe von **rd. 7,9 Mio. EUR** und außerordentliche Tilgungen in Höhe von **rd. 8,7 Mio. EUR** erfolgten, beträgt der Bestand der Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen zum 31. Dezember 2014 **rd. 78,3 Mio. EUR**.

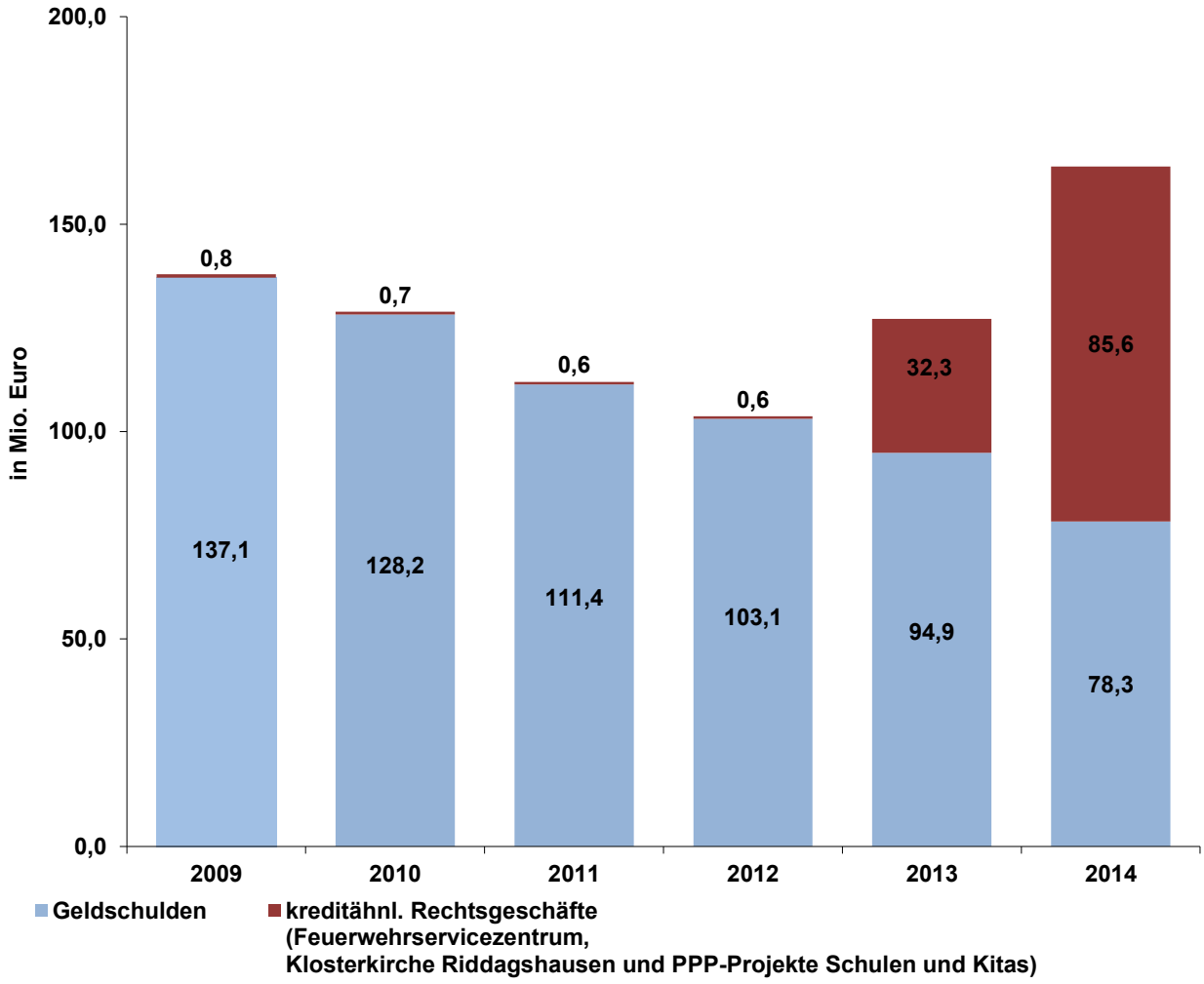
Die Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften beliefen sich zum 31. Dezember 2014 auf **rd. 85,6 Mio. EUR**. Davon entfallen rd. 433 TEUR (Vorjahr: rd. 507 TEUR) auf den Mietkauf des Feuerwehrservicezentrums, rd. 83.385 TEUR (Vorjahr: 31.827 TEUR) auf die abgeschlossenen Maßnahmen im Rahmen des PPP-Projektes Schulen und Kitas sowie rd. 1.751 TEUR (Vorjahr: 0 TEUR) auf die Abgeltung des vorhandenen Sanierungsstaus an der Klosterkirche Riddagshausen und an der Frauenkapelle durch Übertragung der Baulast an die Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz.

In 2014 wurde für folgende PPP-Objekte die Sanierung bzw. die Errichtung abgeschlossen:

- die Grundschule Ilmenaustraße
- das Gymnasium Neue Oberschule
- das Gymnasium Ricarda-Huch-Schule einschließlich Schulsporthalle
- die Berufsbildenden Schulen II (Teilprojekt 2)
- das Gymnasium Raabeschule sowie die RS/HS im Schulzentrum Heidberg (Teilprojekt 2 und 3)
- die Otto-Bennemann-Schule einschließlich Schulsporthalle (Alte Waage)
- die Kindertagesstätte Lehndorf
- die Kindertagesstätte Leibnizplatz

- die Kindertagesstätte Lindenbergsiedlung
- die Mensa für die IGS Heidberg im Schulzentrum Heidberg.

Die nachfolgende Grafik zeigt die Entwicklung der Geldschulden und Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften seit Einführung der Doppik (jeweils zum 31.12. d.J.):



Nach dem Haushaltsplan 2015 sollen ebenfalls keine neuen Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen aufgenommen werden. Stattdessen ist beabsichtigt, in der Vergangenheit aufgenommene Investitionskredite in Höhe von rd. 8,3 Mio. EUR zu tilgen. Der voraussichtliche Stand der Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen würde sich dadurch zum 31. Dezember 2015 auf voraussichtlich rd. 70,0 Mio. EUR belaufen.

Der Höchststand der Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften wird nach der kompletten Fertigstellung und Abnahme des Umbaus für die IGS Heidberg in 2015 erreicht. Der voraussichtliche Stand der Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften würde sich dadurch zum 31. Dezember 2015 auf voraussichtlich rd. 87,9 Mio. EUR belaufen.

Kennzahl A.3 - Geldverschuldungsgrad

Berechnung: $\frac{\text{Verbindlichkeiten aus Geldschulden} * 100}{\text{Bilanzsumme}}$

Datenbasis: Die Verbindlichkeiten aus Geldschulden umfassen die Investitionskredite und Liquiditätskredite (z.Zt. nicht vorhanden) sowie die Anleihen und die sonstigen Geldschulden.

Ziel: Wert möglichst niedrig

Bilanzposition		31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014
P2.1.1	Anleihen	0 Mio.€	0 Mio.€	0 Mio.€
P2.1.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	103 Mio.€	95 Mio.€	78 Mio.€
P2.1.3	Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten	0 Mio.€	0 Mio.€	0 Mio.€
P2.1.4	Sonstige Geldschulden	0 Mio.€	0 Mio.€	0 Mio.€
	Bilanzsumme	1.765 Mio.€	1.815 Mio.€	1.865 Mio.€
	Geldverschuldungsgrad	6 %	5 %	4 %

Hinweis: Hoher Verschuldungsgrad bedeutet
→ hohes Zinsänderungsrisiko
→ Abhängigkeit von Gläubigern. Das Finanzierungsrisiko ist für den Kreditgeber höher und führt möglicherweise zu einem höheren Fremdkapitalzinssatz

Bewertung: Die Risikosituation und die Abhängigkeit von den Gläubigern haben sich für die Stadt weiter verringert.

Kennzahl A.4 - Verschuldung je Einwohner aus Geldschulden

Berechnung: $\frac{\text{Verbindlichkeiten aus Geldschulden}}{\text{Einwohner}}$

Datenbasis: Die Verbindlichkeiten aus Geldschulden umfassen die Investitionskredite und Liquiditätskredite (z.Zt. nicht vorhanden) sowie die Anleihen und die sonstigen Geldschulden.

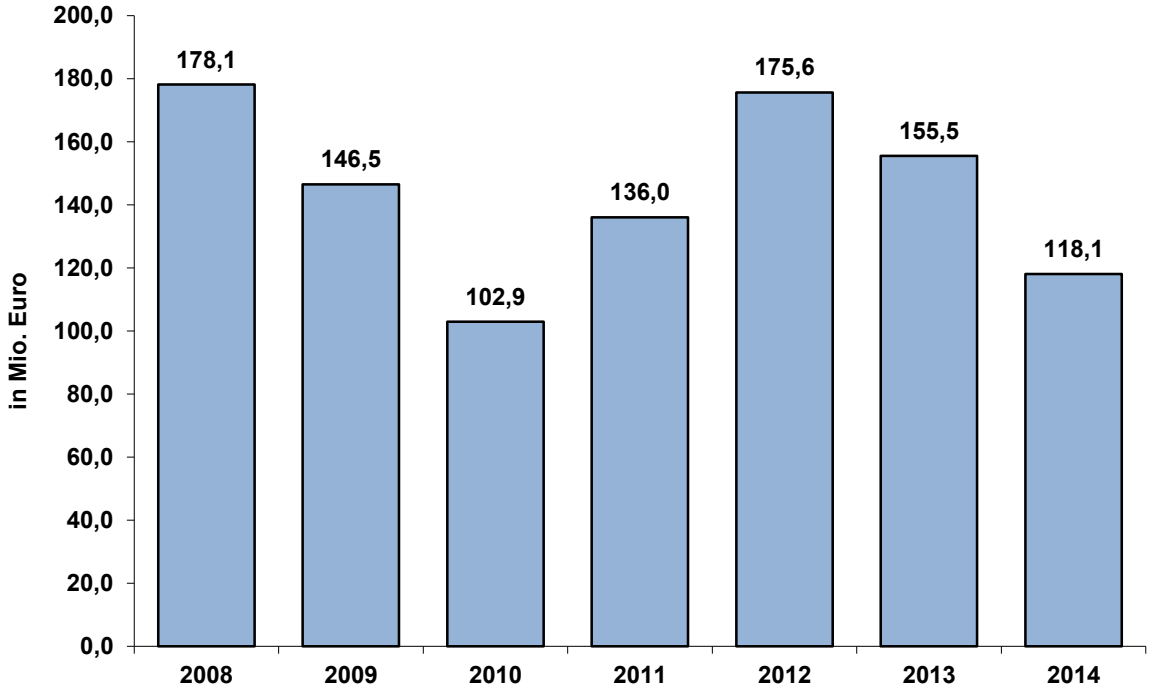
Ziel: Wert möglichst niedrig

Bilanzposition		31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014
P2.1.1	Anleihen	0 Mio.€	0 Mio.€	0 Mio.€
P2.1.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	103 Mio.€	95 Mio.€	78 Mio.€
P2.1.3	Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten	0 Mio.€	0 Mio.€	0 Mio.€
P2.1.4	Sonstige Geldschulden	0 Mio.€	0 Mio.€	0 Mio.€
	Einwohner	250.556 Personen (Stand: 31.12.2011)	245.798 Personen (Stand: 31.12.2012 nach Zensus)	247.227 Personen (Stand: 31.12.2013 nach Zensus)
	Verschuldung je Einwohner aus Kreditverbindlichkeiten	411 €	386 €	315 €

Bewertung: Korrespondierend mit der positiven Verschuldungssituation der Stadt ist der (rechnerische) Anteil des einzelnen Bürgers ebenfalls gesunken.

Ausgehend von einem Anfangsbestand an Zahlungsmitteln in Höhe von rd. 155,5 Mio. EUR und unter Berücksichtigung des Finanzmittelfehlbetrages aus 2014 (einschl. des Saldos der haushaltsunwirksamen Vorgänge in Höhe von rd. 0,1 Mio. EUR) ergibt sich ein **Bestand an Zahlungsmitteln** zum Ende des Haushaltsjahres 2014 von **rd. 118,1 Mio. EUR**.

Die nachfolgende Grafik zeigt den Bestand an Zahlungsmitteln seit Einführung der Doppik (jeweils zum 31.12. d.J.):



2.2.2 Angaben zur Ergebnisrechnung

Die **Ergebnisrechnung 2014** weist bei **ordentlichen** Erträgen in Höhe von rd. 670,9 Mio. EUR und **ordentlichen** Aufwendungen in Höhe von rd. 700,2 Mio. EUR einen Fehlbetrag beim ordentlichen Ergebnis in Höhe von rd. **29,3 Mio. EUR** aus. Dieser Fehlbetrag ist der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zu entnehmen.

Für 2014 werden **außerordentliche** Erträge von rd. 15,5 Mio. EUR und Aufwendungen von rd. 5,8 Mio. EUR und damit ein Überschuss beim **außerordentlichen** Ergebnis in Höhe von rd. **9,7 Mio. EUR** ausgewiesen. Dieser Überschuss ist der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zuzuführen.

Die Ergebnisrechnung 2014 weist somit insgesamt einen Jahresfehlbetrag in Höhe von rd. **19,5 Mio. EUR** aus:

Ergebnisrechnung	2012	2013	2014
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	64 Mio.€	15 Mio. €	-20 Mio. €

Ordentliche Erträge

Die ordentlichen Erträge haben sich trotz einer Abschwächung gegenüber dem Vorjahr auf hohem Niveau gehalten, was sich auch in den Quoten zu den Steuer- und den Zuwendungserträgen widerspiegelt:

Ergebnisrechnung	2012	2013	2014
Ordentliche Erträge	695 Mio.€	675 Mio. €	671 Mio. €

Kennzahl C.1 - Steuerquote

Berechnung: Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben * 100
Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge

Datenbasis: Steuern und ähnlichen Abgaben gemäß § 50 GemHKVO in Verbindung mit § 2 Abs. 2 Nr. 1 GemHKVO (Zeile 1 der Ergebnisrechnung)
Ordentliche Erträge gemäß § 50 GemHKVO in Verbindung mit § 2 Abs. 2 GemHKVO (Zeile 12 der Ergebnisrechnung)

Ziel: Wert möglichst hoch

Ergebnisrechnung	2012	2013	2014
Steuern und ähnliche Abgaben	365 Mio.€	341 Mio.€	338 Mio.€
Ordentliche Erträge	695 Mio.€	675 Mio.€	671 Mio.€
Steuerquote	53 %	51 %	50 %

Bewertung: Der Veränderung bei der Steuerquote liegen im Wesentlichen folgende Einflussfaktoren zugrunde: Gegenüber dem Vorjahr gab es eine negative Entwicklung bei der Gewerbesteuer in Höhe von rd. 9,7 Mio. EUR (bereinigt). Nachdem ursprünglich für 2014 aufgrund von angekündigten Gewerbesteuernachzahlungen von einem deutlichen Ansteigen der Gewerbesteuer gegenüber 2013 ausgegangen wurde, ergaben sich entgegen diesen Erwartungen Rückgänge bei Voraus- und Nachzahlungen. Da hiervon sowohl die großen Gewerbesteuerzahler als auch die übrigen Gewerbesteuerzahler betroffen waren, blieb das Ergebnis 2014 letztendlich sogar hinter dem Ergebnis 2013 zurück. Dem gegenüber steht ein Zuwachs in Höhe von rd. 7,2 Mio. EUR beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Hier wirken sich die vereinbarten relativ hohen Tarifsteigerungen sowie der hohe Beschäftigungsgrad aus.

Kennzahl C.2 - Zuwendungsquote

Berechnung: Erträge aus Zuwendungen und allgemeinen Umlagen * 100
Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge

Datenbasis: Zuwendungen und allgemeine Umlagen gemäß § 50 GemHKVO in Verbindung mit § 2 Abs. 2 Nr. 2 GemHKVO (Zeile 2 der Ergebnisrechnung)
Ordentliche Erträge gemäß § 50 GemHKVO in Verbindung mit § 2 Abs. 2 GemHKVO (Zeile 12 der Ergebnisrechnung)

Ziel: Wert möglichst hoch

Ergebnisrechnung	2012	2013	2014
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	112 Mio.€	120 Mio.€	116 Mio.€
Ordentliche Erträge	695 Mio.€	675 Mio.€	671 Mio.€
Zuwendungsquote	16 %	18 %	17 %

Bewertung: Die Zuwendungsquote ist gesunken, da sich die Zuwendungen und allgemeinen Umlagen prozentual stärker verringert haben als die ordentlichen Erträge. Die Verringerung der Zuwendungen und allgemeinen Umlagen ist im Wesentlichen durch Mindererträge gegenüber dem Vorjahr bei den Zuweisungen vom Land (rd. 2,2 Mio. EUR für das 3. Entgeltfreie Kindergarten-Jahr) und im Bereich „Bürgerarbeit und Beschäftigungsförderung nach § 16e SBG II (rd. 0,7 Mio. EUR) entstanden.

Ordentliche Aufwendungen

Die ordentlichen Aufwendungen haben sich wie im Vorjahr erhöht, was sich beispielhaft auch in der Personalaufwandsquote widerspiegelt:

Ergebnisrechnung	2012	2013	2014
Ordentliche Aufwendungen	637 Mio.€	660 Mio.€	700 Mio.€

Kennzahl D.1 - Personalaufwandsquote

Berechnung: $\frac{\text{Personalaufwendungen} * 100}{\text{Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen}}$.

Datenbasis: Personalaufwendungen gemäß § 50 GemHKVO in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Nr. 1 und 2 GemHKVO (Zeile 13 und 14 sowie Deckungsreserve für Personalaufwand aus Zeile 19 der Ergebnisrechnung)
Ordentliche Aufwendungen gemäß § 50 GemHKVO in Verbindung mit § 2 Abs. 3 GemHKVO (Zeile 20 der Ergebnisrechnung)

Ziel: Wert möglichst niedrig

Ergebnisrechnung	2012	2013	2014
Personalaufwendungen	158 Mio.€	184 Mio.€	190 Mio.€
Ordentliche Aufwendungen	637 Mio.€	660 Mio.€	700 Mio.€
Personalaufwandsquote	25 %	28 %	27 %

Anmerkung: Die Entwicklung der Personalaufwendungen ist in der jährlichen Entwicklung nicht vollständig vergleichbar, da die Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen aufgrund der landesseitigen Festlegungen zum Teil für zwei Jahre erfolgen. In dem Gutachten 2013 wurden die Besoldungserhöhungen für 2013 und 2014 berücksichtigt. In 2014 wurden in dem Gutachten die Besoldungserhöhungen für 2015 und 2016 berücksichtigt.

Bewertung: Die Entwicklung bei den laufenden Personalaufwendungen ist konstant. Die Veränderungen in diesem Bereich ergeben sich aus Besoldungsanpassungen bzw. Tariferhöhungen. Die wesentlichen Veränderungen entstehen durch die Zuführungen bei den Pensions- und Beihilferückstellungen. Hier kommt es in einzelnen Jahren (wie z.B. 2013/2014) zu Spitzen, wenn zwei Besoldungsanpassungen beschlossen werden und diese bei den Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen zu berücksichtigen sind.

Kennzahl D.2 - Zinslastquote

Berechnung: Aufwendungen für Zinsen * 100
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen

Datenbasis: Teile der Zinsen und ähnlichen Aufwendungen gemäß § 50 GemHKVO in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Nr. 5 GemHKVO (nur Sachkonten, die die Zinsen für Geldschulden und kreditähnliche Rechtsgeschäfte betreffen – aus Zeile 17 der Ergebnisrechnung)
Ordentliche Aufwendungen gemäß § 50 GemHKVO in Verbindung mit § 2 Abs. 3 GemHKVO

Ziel: Wert möglichst niedrig

Ergebnisrechnung	2012	2013	2014
Zinsaufwendungen für Geldschulden und kreditähnliche Rechtsgeschäfte	5 Mio.€	5 Mio.€	6 Mio.€
Ordentliche Aufwendungen	637 Mio.€	660 Mio.€	700 Mio.€
Zinslastquote	1 %	1 %	1 %

Bewertung: Korrespondierend zur positiven Schuldensituation (vgl. obige Ausführungen) bewegt sich die Zinslastquote in Braunschweig kontinuierlich auf niedrigem Niveau.

2.2.3 Angaben zur Finanzrechnung

Die Finanzrechnung gliedert sich in die in der nachfolgenden Tabelle aufgeführte Positionen.

	Kennzahlen Finanzrechnung	2012	2013	2014
E.	Ein- und Auszahlungen	Saldo	Saldo	Saldo
E.1	aus laufender Verwaltungstätigkeit	86 Mio.€	46 Mio.€	28 Mio.€
E.2	für Investitionstätigkeit	-43 Mio.€	-58 Mio.€	-49 Mio.€
E.3	aus Finanzierungstätigkeit	-8 Mio.€	-8 Mio.€	-17 Mio.€
E.4	Ergebnis Finanzrechnung	35 Mio.€	-20 Mio.€	-38 Mio.€
E.5	Haushaltsunwirksame Ein-/Auszahlungen	5 Mio.€	0 Mio.€	0 Mio.€

Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

In der Finanzrechnung 2014 ergibt sich aus den Ein- und Auszahlungen aus der **laufenden Verwaltungstätigkeit** ein Überschuss (Saldo) in Höhe von **rd. 28,3 Mio. EUR**. Die Differenz zum Fehlbetrag des Ergebnishaushaltes ist darauf zurückzuführen, dass bestimmte Erträge des Ergebnishaushaltes (z.B. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten und aus aktivierten Eigenleistungen) und bestimmte Aufwendungen des Ergebnishaushaltes (z.B. Abschreibungen und Veränderungen bei den Rückstellungen) **nicht** zahlungswirksam sind.

Die Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Kennzahl E1) hatten für 2014 einen geplanten Saldo von rd. 37 Mio. EUR – inkl. geplantem Haushaltsresteabbau in Höhe von rd. 8 Mio. EUR (Ist 2014: rd. 28 Mio. EUR). Die Ergebnisverschlechterung ist vor allem auf Mindereinzahlungen bei der Gewerbesteuer zurückzuführen. Dem gegenüber stehen Mehreinzahlungen bei dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und für die Schülerbeförderung, sowie durch Minderauszahlungen für zu viel erhaltene Abschläge für das Quotale System, für die Unterhaltung von Gebäuden und des Infrastrukturvermögens, für Zuschüsse an übrige Bereiche sowie für Kindertagesbetreuung.

Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

Auszahlungen für **Investitionstätigkeit** wurden in Höhe von **rd. 71,0 Mio. EUR** getätigt. Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit belaufen sich auf **rd. 21,7 Mio. EUR**, sodass sich aus der Investitionstätigkeit ein Finanzierungsbedarf (Saldo) in Höhe von **rd. 49,3 Mio. EUR** ergab.

Die Ein- und Auszahlungen für Investitionstätigkeit (Kennzahl E2) hatten für 2014 einen geplanten Saldo von rd. -59 Mio. EUR – inkl. geplantem Haushaltsresteabbau in Höhe von rd. 9 Mio. EUR (Ist 2014: rd. -58 Mio. EUR). Der geringere negative Saldo ist im Wesentlichen durch Mehreinzahlungen bei den Zuwendungen für Investitionstätigkeit sowie durch Minderauszahlungen für Tiefbaumaßnahmen begründet.

Es ergibt sich danach folgendes Zwischenergebnis:

Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit		28,3 Mio. EUR
Saldo aus Investitionstätigkeit	-	49,3 Mio. EUR
Finanzmittelfehlbetrag		**21,0 Mio. EUR**

Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit

Die **Finanzierungstätigkeit** umfasst die Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen und die Tilgung von in der Vergangenheit aufgenommenen Krediten für die Investitionstätigkeit. Neue **Kredite** für Investitionen wurden in 2014 **nicht** aufgenommen. Die Auszahlungen in 2014 für **ordentliche** (rd. 7,8 Mio. EUR) **und außerordentliche** (rd. 8,7 Mio. EUR) **Tilgungen** für die Investitionskredite betragen rd. 16,5 Mio. EUR. Des Weiteren gab es im Haushaltsjahr 2014 Ein- und Auszahlungen für **Umschuldungen** in Höhe von rd. 2,0 Mio. EUR.

Aus der Finanzierungstätigkeit ergibt sich somit ein Saldo in Höhe von rd. -16,5 Mio. EUR.

Die Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Kennzahl E3) hatten für 2014 einen geplanten Saldo von rd. -16,6 Mio. EUR (Ist 2014: rd. -16,5 Mio. EUR).

Das Ergebnis der **Finanzrechnung 2014** stellt sich danach wie folgt dar:

Finanzmittelfehlbetrag aus laufender Verwaltungstätigkeit und Investitionstätigkeit			- 21,0 Mio. EUR
+	Saldo aus Finanzierungstätigkeit		- 16,5 Mio. EUR
+	Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen		+ 0,1 Mio. EUR
Ergebnis:		**Fehlbetrag**	**37,4 Mio. EUR**

Ein- und Auszahlungen aus haushaltsunwirksamen Vorgängen

In der Finanzrechnung werden gem. § 51 GemHKVO neben den Ein- und Auszahlungen für die Kernverwaltung der Stadt Braunschweig auch die haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen, die nicht im Haushaltsplan veranschlagt wurden, abgebildet, da sie den Bestand an Zahlungsmitteln verändern. Es handelt sich dabei um folgende Sachverhalte:

- Fremde Mittel - Zahlungsverkehr der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement
- Durchlaufende Gelder, die für Dritte nur eingezahlt oder ausgezahlt werden (Kameralistik = Vorschuss- und Verwahrkonten)

Der Saldo aus haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen beläuft sich auf rd. 116 TEUR. Hierin enthalten ist eine stichtagsbezogene Abstimmdifferenz in Höhe von rd. 6 TEUR (Vorjahr 15 TEUR) zwischen der Liquidität auf den Bilanzkonten und dem Zahlungsmittelbestand in der Finanzrechnung.

Durch die eingeleiteten Maßnahmen zur Prüfung des umfassenden Buchungsstoffes und Anpassungen der verursachenden Prozesse, konnte die stichtagsbezogene Differenz im Haushaltsjahr 2014 erneut reduziert werden.

2.3 Bewertung gemäß § 57 Abs. 1 Satz 2 GemHKVO

Bei einer Bilanzsumme von rd. 1.865 Mio. EUR im Jahresabschluss 2014 (Vorjahr rd. 1.815 Mio. EUR) beläuft sich die unter den Passiva ausgewiesene Nettoposition auf rd. 1.042 Mio. EUR (Vorjahr rd. 1.054 Mio. EUR). Dies führt zu einer Nettopositionsquote von rd. 56 %. Im Vergleich zur entsprechenden Quote in der Eröffnungsbilanz (rd. 51 %) zeigt sich eine positive Entwicklung. Gegenüber dem Jahresabschluss 2013 (rd. 58 %) ist die Quote leicht rückläufig.

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von rd. 19,5 Mio. EUR ist Teil der Nettoposition. Gegenüber den Haushaltsermächtigungen in Höhe von rd. 0,0 Mio. EUR für 2014 (Ansatz in Höhe von rd. 8,1 Mio. EUR und geplanter Haushaltsresteabbau in Höhe von rd. 8,1 Mio. EUR) hat sich eine Verschlechterung um rd. 19,5 Mio. EUR ergeben, die unter anderem durch nicht vollständig abgebaute Haushaltsreste begründet ist (siehe auch Ziffer 3.1.2).

Positiv entwickelt haben sich die Kennziffern zur Verschuldungssituation. So ist der Geldverschuldungsgrad der Stadt als Größe für das Verhältnis der Geldschulden zur Bilanzsumme von rd. 10 % per 1. Januar 2008 auf nunmehr rd. 4 % im Abschluss 2014 gesunken. Bezogen auf die Verschuldung je Einwohner bedeutet dies eine Verbesserung von rd. 671 EUR per 1. Januar 2008 auf nunmehr rd. 315 EUR.

Die Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften beliefen sich zum 31. Dezember 2013 auf rd. 32.334 TEUR und zum 31. Dezember 2014 auf rd. 85.568 TEUR. Davon entfallen rd. 433 TEUR (Vorjahr: rd. 507 TEUR) auf den Mietkauf des Feuerwehrservicezentrums, von rd. 83.385 TEUR (Vorjahr: 31.827 TEUR) auf die Forfaitierung von abgeschlossenen Maßnahmen im Rahmen des PPP-Projekts sowie in Höhe von rd. 1.751 TEUR (Vorjahr: 0 TEUR) auf die Abgeltung des vorhandenen Sanierungsstaus an der Klosterkirche Riddagshausen und der Frauenkapelle durch Übertragung der Baulast an die Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz.

Diese Eckdaten zur Vermögens-, Schulden-, Ergebnis- und Finanzsituation vorausgeschickt, ist bezüglich einer zusammenfassenden Bewertung des Jahresabschlusses 2014 festzuhalten, dass die auch weiter verfolgte solide Ausrichtung der städtischen Finanzen in diesem Jahr Belastungen ausgesetzt war, was sich auch in einem unter der Planung liegenden Ergebnis widerspiegelt.

Gleichwohl bleibt auch für die Zukunft die nachhaltige Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit das Ziel der städtischen Haushaltswirtschaft. Dabei soll auf eine Neuverschuldung und auf Liquiditätskredite verzichtet und die bestehende Schuldenlast weiter abgebaut werden.

3. Verlauf der Haushaltswirtschaft

3.1 Gesamt-Ergebnisrechnung

3.1.1 Gesamtergebnis

Das Haushaltsjahr 2014 schloss mit folgenden Ergebnissen ab:

2014	Saldo		Abweichung	
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr / - weniger	
	EUR		absolut in EUR	in v. H.
Ordentliches Ergebnis	7.571.107,79	-29.291.702,54	- 36.862.810,33	- über 100 %
Außerordentliches Ergebnis	561.300,00	9.743.300,01	+ 9.182.000,01	+ über 100 %
Gesamtergebnis	8.132.407,79	-19.548.402,53	- 27.680.810,32	- über 100 %

Unter Berücksichtigung des geplanten Haushaltsresteabbaus in Höhe von rd. 8.100 TEUR würden sich folgende Werte ergeben:

2014	Saldo		Abweichung	
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr / - weniger	
	EUR		absolut in EUR	in v. H.
Ordentliches Ergebnis	-528.892,21	-29.291.702,54	- 28.762.810,33	- über 100 %
Außerordentliches Ergebnis	561.300,00	9.743.300,01	+ 9.182.000,01	+ über 100 %
Gesamtergebnis	32.407,79	-19.548.402,53	- 19.580.810,32	- über 100 %

3.1.2 Ordentliches Ergebnis

Nach der Gesamt-Ergebnisrechnung 2014 ergibt sich für das ordentliche Ergebnis durch Mindererträge bei den ordentlichen Erträgen in Höhe von 42.794.597,52 EUR und durch Minderaufwendungen bei den ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 5.931.787,19 EUR (inkl. geplantem Haushaltsresteabbau, 14.031.787,19 EUR) gegenüber der Haushaltsplanung eine Ergebnisverschlechterung in Höhe von 36.862.810,33 EUR (inkl. geplantem Haushaltsresteabbau, 28.762.810,33 EUR).

Die Verschlechterung des Ergebnisses wird im Wesentlichen durch die Mindererträge bei der Gewerbesteuer in Höhe von rd. 44.585 TEUR (bereinigte Gewerbesteuer rd. 41.255 TEUR) begründet sowie durch Mehraufwendungen für Zuschüsse an verbundene Unternehmen in Höhe von rd. 4,0 Mio. EUR.

Dem gegenüber stehen Mehrerträge bei dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (rd. 2,5 Mio. EUR) sowie Minderaufwendungen bei Instandhaltungs- bzw. Umbaumaßnahmen an Gebäuden in Höhe von rd. 5,6 Mio. EUR, bei der Unterhaltung des Infrastrukturvermögens (rd. 1,7 Mio. EUR), bei der Gewerbesteuerumlage (rd. 7,5 Mio. EUR) und bei den Zuschüssen an übrige Bereiche (rd. 2,0 Mio. EUR).

Ende des Jahres 2014 wurden die Besoldungserhöhungen für die Jahre 2015 und 2016 (jeweils ab dem 01.06.) von 2,5 % bzw. 2,0 % beschlossen. Entsprechend einer Option in einem Erlass des Landes zur zukünftigen Rückstellungsbildung wurde die Rückstellungszuführung für die vorgesehenen Besoldungssteigerungen in den Jahren 2015 und 2016 im Rahmen des Jahresabschlusses 2014 durchgeführt. Dies führte im Jahr 2014 zu einem Mehraufwand von rd. 20,2 Mio. EUR, so dass sich bei den Rückstellungszuführungen für Pensionen und Beihilfen ein Mehrbedarf von rd. 7,8 Mio. EUR ergab.

Darüber hinaus war im Rahmen des Jahresabschlusses eine Rückstellung zur Deckung möglicher Ansprüche aufgrund einer Anpassung des Besoldungsrechts beim Besoldungsdienstalter in Höhe von 1,95 Mio. EUR zu bilden.

Der für 2014 geplante Resteabbau in Höhe von 8,1 Mio. EUR wurde nicht erreicht. Den nach 2015 übertragenen Resten im Aufwandsbereich in Höhe von 23,4 Mio. EUR standen in 2013 auf das Jahr 2014 übertragene Reste in Höhe von 22,7 Mio. EUR gegenüber. Das entspricht einer Veränderung des Bestandes an Haushaltsmitteln in Höhe von 0,7 Mio. EUR. Der Planwert wurde somit um 8,8 Mio. EUR verfehlt.

3.1.3 Außerordentliches Ergebnis

Durch Mehrerträge bei den außerordentlichen Erträgen in Höhe von 14.324.510,66 EUR und durch Mehraufwendungen bei den außerordentlichen Aufwendungen in Höhe von 5.142.510,65 EUR (z. B. außerplanmäßige Abschreibungen und außerordentliche Aufwendungen aus dem Abgang von Vermögensgegenständen), ergibt sich für das außerordentliche Ergebnis gegenüber der Haushaltsplanung eine Ergebnisverbesserung in Höhe von 9.182.000,01 EUR.

Die Mehrerträge bei den außerordentlichen Erträgen sind vor allem durch die Auflösung von nicht mehr benötigten Rückstellungen (rd. 11,8 Mio. EUR) z.B. nach der abgeschlossenen Prüfung für Umsatz- und Kapitalertragssteuerrisiken aus der Betriebsprüfung sowie durch Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen (rd. 1,1 Mio. EUR) entstanden. Die Mehraufwendungen bei den außerordentlichen Aufwendungen sind im Wesentlichen durch außerplanmäßige Abschreibungen (rd. 3,9 Mio. EUR) sowie auf Mehraufwendungen aus dem Abgang von Grundstücken und Gebäuden (rd. 0,5 Mio. EUR) zurückzuführen.

3.2 Teil-Ergebnisrechnung

In der nachfolgenden Übersicht wurden für die Ergebnisrechnung die Abweichungen der Erträge zwischen dem Ansatz aus dem Haushaltsplan 2014 und dem Ergebnis 2014 je Teilhaushalt ermittelt.

Erträge

Teilhaushalte	Gesamtertrag		Abweichung		
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr / - weniger		
	- EUR -		absolut in EUR		- in v. H. -
Politische Gremien	0,00	250,00	+	250,00	--
Verwaltungsführung	0,00	47,84	+	47,84	--
FB 01 Zentrale Steuerung	60.300,00	52.157,48	-	8.142,52	- 13,5
Ref. 0120 Stadtentwicklung und Statistik	133.100,00	141.958,90	+	8.858,90	+ 6,7
Ref. 0140 Rechnungsprüfungsamt	227.600,00	223.975,89	-	3.624,11	- 1,6
Ref. 0150 Gleichstellungsreferat	0,00	1.155,00	+	1.155,00	--
Personalvertretung	0,00	0,00	+	0,00	--
FB 10 Zentrale Dienste	3.559.000,00	4.179.201,95	+	620.201,95	+ 17,4
FB 20 Finanzen	47.982.202,50	47.832.695,40	-	149.507,10	- 0,3
FB 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit	10.347.040,00	10.629.026,28	+	281.986,28	+ 2,7
FB 37 Feuerwehr	16.339.913,00	17.310.788,53	+	970.875,53	+ 5,9
FB 40 Schule	4.518.567,00	4.479.918,19	-	38.648,81	- 0,9
Kultur und Wissenschaft (FB 41)	1.340.481,00	1.579.440,86	+	238.959,86	+ 17,8
Ref. 0500 Sozialreferat	0,00	203.058,06	+	203.058,06	--
FB 50 Soziales und Gesundheit	116.044.776,00	115.739.336,04	-	305.439,96	- 0,3
FB 51 Kinder, Jugend und Familie	20.092.129,00	20.239.687,74	+	147.558,74	+ 0,7
Ref. 0600 Baureferat	35.500,00	37.327,95	+	1.827,95	+ 5,1
Ref. 0610 Stadtbild und Denkmalpflege	85.751,00	68.691,79	-	17.059,21	- 19,9
Ref. 0630 Bauordnung	3.407.928,00	3.119.375,19	-	288.552,81	- 8,5
FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz	5.497.455,15	1.730.628,68	-	3.766.826,47	- 68,5
FB 66 Tiefbau und Verkehr	10.810.825,16	10.767.451,83	-	43.373,33	- 0,4
FB 67 Stadtgrün und Sport	4.457.279,36	4.254.556,86	-	202.722,50	- 4,5
Stabsst. 0800 Wirtschaftsdezernat	100.000,00	187.091,95	+	87.091,95	+ 87,1
Allgemeine Finanzwirtschaft	469.928.727,00	443.720.664,90	-	26.208.062,10	- 5,6
Gesamt	714.968.574,17	686.498.487,31	-	28.470.086,86	- 4,0

In der nachfolgenden Übersicht wurden für die Ergebnisrechnung die Abweichungen der Aufwendungen zwischen dem Ansatz aus dem Haushaltsplan 2014 und dem Ergebnis 2014 je Teilhaushalt ermittelt.

Aufwendungen

Teilhaushalt	Gesamtaufwand		Abweichung	
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr / - weniger	
	- EUR -		absolut in EUR	- in v. H. -
Politische Gremien	1.629.376,00	1.594.133,83	- 35.242,17	- 2,2
Verwaltungsführung	1.585.195,00	1.640.212,76	+ 55.017,76	+ 3,5
FB 01 Zentrale Steuerung	3.918.694,00	4.511.332,73	+ 592.638,73	+ 15,1
Ref. 0120 Stadtentwicklung und Statistik	1.730.738,00	1.723.286,06	- 7.451,94	- 0,4
Ref. 0140 Rechnungsprüfungsamt	1.679.036,00	1.637.683,05	- 41.352,95	- 2,5
Ref. 0150 Gleichstellungsreferat	239.597,00	240.440,61	+ 843,61	+ 0,4
Personalvertretung	980.975,00	1.021.574,11	+ 40.599,11	+ 4,1
FB 10 Zentrale Dienste	24.696.682,79	25.718.666,83	+ 1.021.984,04	+ 4,1
FB 20 Finanzen	76.618.494,27	76.723.463,44	+ 104.969,17	+ 0,1
FB 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit	18.343.053,66	20.154.024,40	+ 1.810.970,74	+ 9,9
FB 37 Feuerwehr	39.332.084,21	42.595.861,46	+ 3.263.777,25	+ 8,3
FB 40 Schule	59.024.877,96	62.805.807,25	+ 3.780.929,29	+ 6,4
Kultur und Wissenschaft (FB 41)	27.449.082,97	27.691.589,46	+ 242.506,49	+ 0,9
Ref. 0500 Sozialreferat	1.189.056,00	1.403.138,42	+ 214.082,42	+ 18,0
FB 50 Soziales und Gesundheit	191.350.076,38	191.448.273,10	+ 98.196,72	+ 0,1
FB 51 Kinder, Jugend und Familie	123.177.882,09	124.331.903,01	+ 1.154.020,92	+ 0,9
Ref. 0600 Baureferat	767.596,00	758.812,19	- 8.783,81	- 1,1
Ref. 0610 Stadtbild und Denkmalpflege	588.299,05	523.561,68	- 64.737,37	- 11,0
Ref. 0630 Bauordnung	4.717.492,00	4.588.844,23	- 128.647,77	- 2,7
FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz	18.690.279,22	15.765.330,93	- 2.924.948,29	- 15,6
FB 66 Tiefbau und Verkehr	42.023.077,89	39.746.025,93	- 2.277.051,96	- 5,4
FB 67 Stadtgrün und Sport	25.473.576,89	26.310.756,01	+ 837.179,12	+ 3,3
Stabsst. 0800 Wirtschaftsdezernat	904.244,00	598.321,75	- 305.922,25	- 33,8
Allgemeine Finanzwirtschaft	40.726.700,00	32.513.846,60	- 8.212.853,40	- 20,2
Gesamt	706.836.166,38	706.046.889,84	- 789.276,54	- 0,1

Erläuterungen zu Abweichungen der Erträge in den Teil-Ergebnisrechnungen

Im Folgenden werden diejenigen Haushaltsansätze der Teilhaushalte erläutert, die eine Abweichung zwischen Ansatz und Ergebnis über 500 TEUR aufweisen.

FB 10 Zentrale Dienste

FB 10 – Zeile 11: Sonstige ordentliche Erträge		
Haushaltsansatz 2014:	301.000,00	EUR
Ergebnis 2014:	923.477,39	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	622.477,39	EUR

Seit dem Haushaltsjahr 2011 sind die Auswirkungen des Gesetzes zum Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag für Beamte zu berücksichtigen. Nach diesem Staatsvertrag sind für erworbene Versorgungsanwartschaften beim Dienstherrenwechsel von abgebenden Dienstherren pauschale Abfindungen zu zahlen.

Für das Haushaltsjahr 2014 waren hierfür - wie in den Vorjahren - in dieser Zeile 300 TEUR (zzgl. 1 TEUR für Bußgelder) eingeplant. Die Stadt hat im Haushaltsjahr 2014 für neun aufgenommene Beamtinnen und Beamte insgesamt rd. 923 TEUR als Abfindungsleistungen erhalten.

Diese zusätzlichen Erträge waren zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung nicht absehbar. Beispielsweise erfolgte unerwartet für eine Beamtin im ehemaligen höheren Dienst, die im Jahr 2006 zur Stadt gewechselt ist, eine Leistung in Höhe von rd. 286 TEUR. Diese Leistung wäre nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag erst später zum Eintritt in den Ruhestand fällig gewesen (Schwebefall). Für einen Beamten im ehemaligen höheren Dienst erfolgte eine Leistung in Höhe von rd. 196 TEUR. Der restliche Betrag in Höhe von rd. 441 TEUR verteilt sich auf die übrigen sieben Beamtinnen und Beamten.

FB 20 Finanzen

FB 20 – Zeile 8: Zinsen und ähnliche Finanzerträge		
Haushaltsansatz 2014:	796.400,00	EUR
Ergebnis 2014:	161.499,15	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-634.900,85	EUR

Im Plan war eine Dividende von der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig in Höhe von rd. 644 TEUR (aus dem Jahresabschluss 2013 der Niwo im Rahmen der Jahresabschlussbehandlung in 2014) vorgesehen. Aufgrund eines Ratsbeschlusses im April 2014 wurde der Bilanzgewinn für das Geschäftsjahr 2013 nicht ausgeschüttet, sondern wie im Vorjahr einer Rücklage zugeführt, die von der Gesellschaft für die Schaffung preisgünstiger Mietwohnungen verwendet wird.

FB 20 – Zeile 11: Sonstige ordentliche Erträge

Haushaltsansatz 2014:	15.144.000,00	EUR
Ergebnis 2014:	13.786.338,96	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-1.357.661,04	EUR

Die Abweichung hängt im Wesentlichen mit dem Konzessionsentgelt von BS|Energy zusammen. Das zu leistende Konzessionsentgelt richtet sich nach dem Verbrauch bzw. dem Umsatz der BS|Energy. Die milden Winter Anfang und Ende 2013 führten zu einem geringeren Strom- und Gasverbrauch. Dies hatte zur Folge, dass die Endabrechnung 2013 mit einer geringeren Schlusszahlung (zu leisten im 1. Quartal 2014) abschloss und entsprechend niedrigere Abschlagszahlungen in 2014 erfolgten, als bei der Planung für das Jahr 2014 angenommen wurde.

FB 20 – Zeile 22: Außerordentliche Erträge

Haushaltsansatz 2014:	1.125.000,00	EUR
Ergebnis 2014:	2.712.529,10	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	1.587.529,10	EUR

Die Abweichung setzt sich im Wesentlichen zusammen aus

- Erträgen aus dem Abgang von Grundstücken und Gebäuden, bei denen Verkäufe über dem Buchwert in einer Höhe erzielt werden konnten, die zur Haushaltsplanung nicht erwartet wurde (rd. 949 EUR), und

- empfangenen Schadensersatzleistungen, die aufgrund von Gebäudebränden in 2014 von der Versicherung zu leisten waren (rd. 411 TEUR).

FB 37 Feuerwehr

FB 37 – Zeile 5: Öffentlich-rechtliche Entgelte		
Haushaltsansatz 2014:	13.708.500,00	EUR
Ergebnis 2014:	14.409.415,60	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	700.915,60	EUR

Die Mehrerträge ergeben sich im Wesentlichen im Bereich des Rettungsdienstes (Profitcenter 1270).

Die Ertragsplanung für das Jahr 2014 basierte auf den tatsächlichen Einsatzzahlen im Jahr 2012. Demgegenüber gab es ein erhöhtes Einsatzaufkommen im Bereich der Notfallrettung und der Notarzteinsätze. Die damit verbundenen Erstattungen durch die Kostenträger des Rettungsdienstes führten letztlich zu Mehrerträgen auf dem Sachkonto 332110 (Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte) in Höhe von rd. 690 TEUR gegenüber dem Haushaltsansatz.

FB 50 Soziales und Gesundheit

FB 50 – Zeile 4: Sonstige Transfererträge		
Haushaltsansatz 2014:	7.245.700,00	EUR
Ergebnis 2014:	8.351.205,21	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	1.105.505,21	EUR

Die Abweichung entstand im Wesentlichen durch Mehrerträge beim Sozialhilfeetat von rd. 1.445.000 EUR sowie durch Mindererträge aus Wohngeldrückzahlungen von rd. 323 TEUR und in diversen anderen Bereichen von saldiert rd. 16 TEUR.

Von den Mehrerträgen des Sozialhilfeetats sind rd. 109 TEUR korrespondierend mit entsprechenden Mehraufwendungen im Rahmen der Mietschuldenbearbeitung SGB II (Zeile 19), sowie rd. 1.336 TEUR im SGB XII zu verzeichnen. Beim SGB XII entfallen rd. 692 TEUR auf Rückzahlungen der Krankenkassen zu viel gezahlter Beiträge für Heimbewohner rückwirkend ab 2009 aufgrund eines Bundessozialgerichtsurteils von Anfang 2014 und rd. 163 TEUR aus im Voraus zeitlich nicht einzuschätzenden Darlehensrückzahlungen für diesen Personenkreis. Für SGB XII-Leistungsbezieher außerhalb von Einrichtungen entstanden weitere im Voraus nicht zu erwartende Mehrerträge von rd. 153 TEUR aus Erstattungen von Sozialleistungsträgern sowie Rückzahlungen gewährter Hilfen.

Die restlichen rd. 328 TEUR im SGB XII-Bereich korrespondieren mit Mehraufwendungen in annähernd gleicher Höhe im Zusammenhang mit der zum Jahresbeginn 2014 EDV-technisch möglichen und für die Abrechnung mit dem Land notwendigen Umsetzung des Bruttoprinzips bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung für Leistungsbezieher in Einrichtungen, die gleichzeitig Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen erhalten.

Weil in diesem Zusammenhang ab 2014 das übergeleitete Einkommen von Heimbewohnern nicht mehr automatisch bei den fachlichen Hilfen verbucht sondern dem Anspruch auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zugeordnet wurde/wird, erhöhten sich zudem die Erträge und Aufwendungen in der Grundsicherung und verringerten sich die Erträge und Aufwendungen in den fachlichen Hilfen um den gleichen Betrag. Hier war/ ist vor allem die Eingliederungshilfe betroffen. (Aufwendungen siehe Zeile 18).

Die Mindererträge bei Wohngeldrückzahlungen von rd. 323 TEUR resultieren daraus, dass sich die Erwartungen aus dem Sozialdatenabgleich nicht wie geschätzt erfüllten. Da die Nettoaufwendungen Wohngeld zu 100% erstattet werden, ist dieser Mindertrag ergebnisneutral - d.h. die Wohngelderstattungen - Zeile 7- wären bei höheren Transfererträgen noch geringer ausgefallen als sie es wegen der Minderaufwendungen Transferleistungen -Zeile 18- nun sind.

FB 50 – Zeile 7: Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Haushaltsansatz 2014:	84.417.600,00	EUR
Ergebnis 2014:	82.887.938,43	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-1.529.661,57	EUR

Mindererträge sind im Bereich SGB XII korrespondierend mit geringeren Nettoaufwendungen bei der Erstattung für die Grundsicherung im Alter und Erwerbsminderung (rd. – 849 TEUR -s. auch Zeilen 04 und 18 -) sowie bei der Landesabgeltung der aus Sozialhilfemitteln zu zahlenden Investitionsfolgekostenförderung für stationäre Dauerpflege (rd. – 244 TEUR) zu verzeichnen.

Die Nettoaufwendungen der Grundsicherung im Alter und Erwerbsminderung sind wie in den Vorjahren insbesondere außerhalb von Einrichtungen gestiegen, erreichten aber insgesamt u.a. durch die Einmaleffekte auf der Ertragsseite für Leistungsbezieher in Einrichtungen (Erstattung überhöhter Krankenversicherungsbeiträge ab 2009 etc.) nicht ganz das veranschlagte Volumen.

Die Veranschlagung der Landesabgeltung für die Investitionsfolgekostenförderung erfolgte auf Basis der letzten bekannten Rechnungsergebnisse. Der Festbetrag wird vom Land anhand der Vorjahresergebnisse der Nettoaufwendungen aller Kommunen Niedersachsens verteilt, die im Voraus nicht bekannt sind.

Außerdem ergaben sich Mindererträge beim Wohngeld korrespondierend mit geringeren Nettoaufwendungen (Saldo Minderaufwendungen und -erträge) in annähernd gleicher Höhe aufgrund der 100% Erstattung (rd. – 373 TEUR).

Des Weiteren war die Erstattung des Jobcenters Braunschweig für Personalkosten der dort eingesetzten städtischen Mitarbeiter geringer als veranschlagt. (rd. – 198 TEUR, geplant und bewirtschaftet durch FB 10).

Mehrerträge waren hingegen korrespondierend mit höheren Sachaufwendungen für die Gesundheitsförderung zu erzielen (rd. 143 TEUR).

Saldierte Mindererträge von rd. – 9 TEUR sind zudem in diversen Teilbereichen zu verzeichnen (Saldo Mehr-/Mindererträge).

FB 51 Kinder, Jugend und Familie

FB 51 – Zeile 4: Sonstige Transfererträge

Haushaltsansatz 2014:	1.501.400,00	EUR
Ergebnis 2014:	2.431.709,48	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	930.309,48	EUR

Die Mehrerträge in Höhe von **930.309,48 EUR** ergeben sich aus den Sachkonten:
321150 Kostenersatz außerhalb von Einrichtungen **447.026 EUR** und
322150 Kostenbeiträge, Aufwendungs- und Kostenersatz in Einrichtungen **483.139 EUR**

Die Abweichung bei dem Kostenersatz außerhalb von Einrichtungen (avE) ergibt sich überwiegend wie auch in den Vorjahren aus dem Sachverhalt, dass der Planansatz beim Unterhaltsvorschuss (PSP 1.31.3410.01.01) auf den tatsächlichen Einzahlungen basiert, da erfahrungsgemäß nicht alle Forderungen eingebracht werden können. Mit den Buchungen im Ergebnishaushalt werden die aufgrund der Bescheiderteilungen bestehenden Forderungen abgebildet, unabhängig davon, ob sie eingebracht werden können.

Die Abweichung beträgt rd. 543.000 EUR. Dies relativiert sich durch Mindererträge in Höhe von rd. 103.000 EUR im Bereich der Vollzeitpflege. Der Ansatz Kostenersatz avE im Bereich Vollzeitpflege wurde 2014 um 100.000 EUR erhöht, da das Ist 2012 hier relativ hoch war.

Die Abweichung bei Kostenbeiträgen in Einrichtungen ergeben sich im Wesentlichen aus folgenden Positionen:

- allgemeine Heimerziehung mit Mehreinnahmen in Höhe von rd. 342.000 EUR
- Eingliederungshilfe/ Stationäre Unterbringung mit Mindereinnahmen in Höhe von rd. 16.000 EUR
- Inobhutnahmen mit Mehreinnahmen in Höhe von rd. 35.000 EUR
- Inobhutnahmen unbegleitete minderjährige Flüchtlinge mit Mehreinnahmen in Höhe von rd. 42.000 EUR und
- Unterhaltsvorschuss mit Mehreinnahmen in Höhe von rd. 64.000 EUR.

Der Erhalt des Kostenersatzes ist schwer planbar. Daher werden zur Planung die Vorjahreswerte zu Grunde gelegt. Der Ertrag auf diesen Sachkonten war in 2012 insgesamt deutlich unter den Erwartungen, so dass hier für 2014 nur minimale Erhöhungen vorgenommen wurden.

FB 51 – Zeile 7: Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Haushaltsansatz 2014:	5.535.200,00	EUR
Ergebnis 2014:	4.126.338,47	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-1.408.861,53	EUR

Die Mindererträge in Höhe von **1.408.861,53 EUR** setzen sich wie folgt zusammen:

Sachkonto 348010 Erstattungen vom Bund **- 58.404 EUR**
Die Abweichung resultiert im Wesentlichen aus den Erstattungen im Bereich der städtischen Kitas. Hier konnten die Plätze für den Bundesfreiwilligendienst nicht besetzt werden, so dass rd. 48.000 EUR Erstattungen des Bundes nicht realisiert wurden. In den Bereichen der städtischen Integrationshilfe und des Kinder- und Jugendschutzhaus Ölper wirkte sich dies mit jeweils knapp 4.000 EUR Mindererträgen aus.

Sachkonto 348110 Erstattungen vom Land **- 1.233.902 EUR**
Im Bereich Unterhaltsvorschuss kam es zu Mindererträgen in Höhe von rd. 703.000 EUR. Dieser Planansatz war dem hohen Ist in 2011 geschuldet.
Bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen verzeichnen wir Mindereinnahmen in Höhe von rd. 530.000 EUR. Eine verlässliche Planung ist hier kaum möglich.

Sachkonto 348210 Erstattungen von Gemeinden **- 305.909 EUR**
Folgende Mindererträge wurden erzielt:
Allgemeine Heimerziehung rd. 326.000 EUR, stationäre Eingliederungshilfe rd. 16.000 EUR und Inobhutnahmen rd. 26.000 EUR.
Dies relativiert sich durch Mehrerträge im Bereich der Vollzeitpflege mit rd. 33.000 EUR und bei den Sonstigen betreuten Wohnformen mit rd. 25.000 EUR. Die Vorhersehbarkeit der Einnahmen aus anderen Gemeinden ist sehr begrenzt. Die Ist- Werte der Vorjahre liegen teilweise sehr weit auseinander.

Sachkonto 348410 Erstattungen von sonstigen öffentlichen Bereichen **+ 189.225 EUR**
Für die Erstattungen von sonstigen öffentlichen Bereichen existiert kein Planansatz.
Hier werden vom FB 10 die Erstattungen von Krankenkassen für Mutterschutzzeiten (Umlage U2) gebucht.

FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz

FB 61 – Zeile 2: Zuwendungen und allgemeine Umlagen		
Haushaltsansatz 2014:	1.157.600,00	EUR
Ergebnis 2014:	222.674,35	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-934.925,65	EUR

Die Abweichung ist im Wesentlichen bei den folgenden Projekten entstanden:

Investitionsprojekt
4E.610006 Ausgleichs-und Ersatzmaßnahmen Waller See rd. -741 TEUR
Die Abweichung auf dem Sachkonto 359113 IM Zuschüsse von übrigen Bereichen in Höhe von rd. -741 TEUR bei dem Investitionsprojekt 4E.610006 Ausgleichs-und Ersatzmaßnahmen Waller See begründet sich vorwiegend darin, dass aufgrund noch offener Grundstücksfragen die geplante Erschließung noch nicht abgeschlossen werden konnte. Dies hatte zur Folge, dass somit auch die Kosten noch nicht umgelegt bzw. Einzahlungen nicht generiert werden konnten.

Sanierungsprojekte rd. -179 TEUR
Die Planung von Erträgen in der Sanierung ist von großen Unsicherheiten begleitet, da die tatsächlichen Ergebnisse stark von vorher nur schwer abzuschätzenden Bewilligungen von Zuschüssen durch das Land beeinflusst werden. Dies betrifft insbesondere die Projekte 4S.610009 Soziale Stadt, 4S.610018 EFRE und 4S.610020 Stadtumbau West. In diesem Fall haben sich die aufgeführten Mindererträge ergeben.

Zudem wurden folgende Projekte außerhalb der Sanierung nicht umgesetzt:

4S.610025 Städtebaulicher Denkmalschutz
Hier wurden die Budgetmittel zu Gunsten des Projektes 4S.000018 Nationale Projekte des Städtebaus des Ref. 0610 umgesetzt.

4S.610033 KfW Förderprogramm
Auf Grund von personellen Engpässen ist dieses Projekt nicht umsetzbar gewesen.

FB 61 – Zeile 11: Sonstige ordentliche Erträge		
Haushaltsansatz 2014:	15.144.000,00	EUR
Ergebnis 2014:	13.786.338,96	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-1.357.661,04	EUR

Die Abweichung beruht im Wesentlichen auf Veränderungen gegenüber der Planung bei den folgenden Projekten:

Investitionsprojekt 4S.610017 Umlegung rd. - 2.460 TEUR
Die Abweichung besteht im Wesentlichen auf dem Sachkonto 314813 (IM Andere sonstige ordentliche Erträge) im Bereich des Investitionsprojektes 4S.610017 Umlegung. Vorwiegend auf Grund noch offener Grundstücksfragen konnten die geplanten Umlegungsverfahren
- Völkenrode-Nord - Bohlweg - Waller See - Arndtstraße - Forschungsflughafen
nicht ausgeführt werden und somit die geplanten Einzahlungen nicht generiert werden. Korrespondierend ist es dadurch auch zu entsprechenden Minderaufwendungen (Zeile 19) gekommen.

Sanierungsprojekt 4S.610009 Soziale Stadt rd. - 390 TEUR
Zudem wurden bei dem Sanierungsprojekt 4S.610009 Soziale Stadt nicht in der geplanten Höhe von 500.000 EUR Ausgleichsbeträge generiert. Hintergrund ist, dass das Sanierungsprojekt erst im Jahr 2017 abgeschlossen wird und erst dann die Zahlungsverpflichtung für die Anlieger besteht und zudem kam es bedingt durch personelle Wechsel bzw. krankheitsbedingte Ausfälle zu Verzögerungen in der Bearbeitung der Sanierungsprojekte.

Instandhaltungsprojekt 4E.61007 Renaturierung der Wabe rd. - 131 TEUR
Das wasserrechtliche Planfeststellungsverfahren "Renaturierung der Wabe südlich der B 1" konnte nicht wie erwartet im Jahr 2014 begonnen werden, da die Auswertung des Monitorings u. a. wegen der erforderlichen Abstimmung mit dem Hauptförderer DBU (Deutsche Bundesstiftung Umwelt) und der Prioritätensetzung für die Maßnahmen noch nicht abgeschlossen war.

Allgemeine Finanzwirtschaft

Allg. Finanzwirtschaft – Zeile 1: Steuern und ähnliche Abgaben

Haushaltsansatz 2014:	370.445.500,00	EUR
Ergebnis 2014:	331.539.979,81	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-38.905.520,19	EUR

Der aufgeführte Minderertrag bei den Steuern hat sich im Wesentlichen durch Mindererträge bei der Gewerbesteuer ergeben. Dem gegenüber stehen Mehrerträge bei der Grundsteuer B und beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer.

Bei der Gewerbesteuer ergaben sich Mindererträge von rd. 41.255 TEUR. Ursache hierfür war, dass sowohl die Vorauszahlungen auf das laufende Jahr 2014 als auch die Nachzahlungen auf Vorjahre hinter den Erwartungen zurückblieben. Da dies nicht nur bei den großen Gewerbesteuerzahlern der Fall war, sondern auch bei der Gesamtheit der kleineren Zahler, ergaben sich die aufgeführten erheblichen Auswirkungen.

Beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer hingegen waren Mehrerträge von rd. 2.513 TEUR zu verzeichnen. Dies war wie in den Vorjahren auf die weiterhin positive wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2014 zurückzuführen, die zu erheblichen Lohnzuwächsen und geringer Arbeitslosig-

keit führte.

Daneben ergaben sich noch in geringerem Umfang Mehrerträge bei der Grundsteuer B (rd. 415 TEUR) und Mindererträge bei der Vergnügungssteuer für Automaten (rd. 340 TEUR).

Allg. Finanzwirtschaft – Zeile 2: Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Haushaltsansatz 2014:	87.837.000,00	EUR
Ergebnis 2014:	89.480.328,00	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	1.643.328,00	EUR

Die oben genannten Mehrerträge ergaben sich durch höhere Schlüsselzuweisungen im kommunalen Finanzausgleich. Die Abweichung entstand ganz wesentlich aus der Steuerverbundabrechnung für 2013, die zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung noch nicht vorlag. Durch die positive Steuerentwicklung beim Land Niedersachsen erhöhte sich die an die Kommunen zu verteilende Masse gegenüber den vorläufigen Zahlen vom November 2013 um rd. 64,8 Mio. EUR, was für die Stadt Braunschweig zu den oben genannten positiven Auswirkungen führte.

Allg. Finanzwirtschaft – Zeile 8: Zinsen und ähnliche Finanzerträge

Haushaltsansatz 2014:	5.950.000,00	EUR
Ergebnis 2014:	4.466.253,61	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-1.483.746,39	EUR

Die Abweichung setzt sich wie folgt zusammen:

Verzinsung Gewerbesteuernachforderungen (-2.375 TEUR)
Da in der Planung für das Jahr 2014 mit erheblichen Gewerbesteuernachforderungen auf weiter zurückliegende Jahre und entsprechenden Zinsforderungen gerechnet wurde, wurden Zinserträge in Höhe von 5.500 TEUR veranschlagt. Tatsächlich ergaben sich im Jahresverlauf 2014 weitaus geringere Steuernachforderungen aus weit zurückliegenden Jahren, so dass die entsprechenden Zinserträge in Höhe von rd. 3.100 TEUR hinter den Erwartungen zurückblieben.

Zinserträge Cashpool (Gesellschaften und Sonderrechnungen; +560 TEUR)
Eine Abweichung in Höhe von rd. 338 TEUR resultiert aus der Tatsache, dass gegenüber der Planung ein höheres Volumen für die Geldanlage zur Verfügung stand und darüber hinaus das Zinsniveau deutlich über den Erwartungen lag. Parallel wurden rd. 222 TEUR nicht geplante Zinserträge von Cashpool-Partnern erzielt.

Zinserträge Stadt (allgemeiner Haushalt; +331 TEUR)
Für den allgemeinen Haushalt stand ein geringeres Volumen für die Geldanlage zur Verfügung als ursprünglich geplant. Dieser Umstand wurde jedoch durch das gegenüber der Planung deutlich höhere Zinsniveau überkompensiert, sodass entsprechende Mehrerträge erzielt werden konnten.

Allg. Finanzwirtschaft – Zeile 22: Außerordentliche Erträge

Haushaltsansatz 2014:	0,00	EUR
Ergebnis 2014:	12.025.658,00	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	12.025.658,00	EUR

Die außerordentlichen Erträge sind im Wesentlichen durch die Auflösung von Rückstellungen entstanden, weil diese nicht oder nicht in vollem Umfang benötigt wurden.

Beispielweise wurden die Rückstellungen für die Umsatz- und Kapitalertragssteuerrisiken aus der Betriebsprüfung nach der abgeschlossenen Prüfung in Höhe von rd. 7.547 TEUR aufgelöst.

Ebenfalls aufgelöst wurden zwei Rückstellungen aus 2010 und 2011 in Höhe von 1.259 TEUR, weil in den Jahren 2012 und 2013 das Abstimmungsverfahren zum Jahresabschluss zwischen der Kernverwaltung und dem FB 65 umgestellt wurde und keine „Cut-Off-Buchung“ mehr erforderlich ist. Sämtliche Forderungen des FB 65 gegenüber der Kernverwaltung werden seitdem einzeln und projektbezogen als Verbindlichkeit bei der Kernverwaltung erfasst.

Im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten wurde zudem festgestellt, dass für einzelne Brandschutz-Maßnahmen gesonderte Rückstellungen gebildet wurden. Die vorhandene Rückstellung war daher um einen Betrag in Höhe von rd. 549 TEUR abzusenken.

Für die Schlussrechnung 2013 wurde für die Übernahme der öffentlichen Aufgaben wie öffentliche Beleuchtung, Verkehrsmanagement, Lichtsignalanlagen, Verkehrszeichen und Parkraumbewirtschaftung durch die BELLIS GmbH eine Rückstellung in Höhe von rd. 350 TEUR gebildet. Es wurden die zum Jahresabschluss 2013 für diesen Zweck noch vorhandenen Haushaltsmittel zurückgestellt. Die Schlussrechnung betrug letztendlich nur rd. 80 TEUR, sodass die Rückstellung nur zu einem geringen Teil in Anspruch genommen wurde und der Restbetrag in Höhe von rd. 270 TEUR aufzulösen war.

Erläuterungen zu Abweichungen der Aufwendungen in den Teil-Ergebnisrechnungen

Im Folgenden werden diejenigen Haushaltsansätze der Teilhaushalte erläutert, die eine Abweichung zwischen Ansatz und Ergebnis über 500 TEUR aufweisen.

Alle Teilhaushalte

Alle Teilhaushalte – Zeile 13: Aufwendungen für aktives Personal		
Haushaltsansatz 2014:	160.415.429,00	EUR
Ergebnis 2014:	171.601.602,46	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	11.186.173,46	EUR

Der obengenannte Mehrbedarf ergab sich ganz wesentlich bei den Personalrückstellungen.
Im Haushaltsplan 2014 waren Rückstellungszuführungen für Pensionen und Beihilfen in Höhe von rd. 20,3 Mio. EUR vorgesehen. Dieser Einplanung lag eine vorgesehene Erhöhung von Besoldung und Versorgung zum 01.06.2014 von 2,95 % zugrunde.

Im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 2014 wurde die vorgenannte Besoldungserhöhung für 2014 noch im Dezember des Jahres 2013 beschlossen und verkündet. Hierdurch bestand die Verpflichtung zu einer entsprechenden Rückstellungszuführung im Jahresabschluss 2013. Für die Pensions- und Beihilferückstellungen im Haushaltsjahr 2014 ergaben sich somit im ersten Schritt Einsparungen von rd. 12,4 Mio. EUR.

Ende des Jahres 2014 wurden jedoch wiederum Besoldungserhöhungen für die Jahre 2015 und 2016 (jeweils ab dem 01.06.) von 2,5 % bzw. 2,0 % beschlossen. Entsprechend einer Option in einem Erlass des Landes zur zukünftigen Rückstellungsbildung wurde die Rückstellungszuführung für die vorgesehenen Besoldungssteigerungen in den Jahren 2015 und 2016 im Rahmen des Jahresabschlusses 2014 durchgeführt. Dies führte im Jahr 2014 zu einem Mehraufwand von rd. 20,2 Mio. EUR so dass sich bei den Rückstellungszuführungen für Pensionen und Beihilfen ein Mehrbedarf von rd. 7,8 Mio. EUR ergab.

Darüber hinaus war im Rahmen des Jahresabschlusses eine Rückstellung zur Deckung möglicher Ansprüche aufgrund einer Anpassung des Besoldungsrechts beim Besoldungsdienstalter in Höhe von 1,95 Mio. EUR zu bilden. Ebenfalls mussten weitere Zuführungen zu den Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub und Überstunden erfolgen.

Bei den zahlungswirksamen Personalaufwendungen ergab sich ein Minderaufwand vor allem durch Fluktuation, Stellenvakanzen und geringere Winterdienstkosten. Dem gegenüber standen der Aufwand aus der leistungsorientierten Bezahlung, dessen Veranschlagung in der Deckungsreserve (Zeile 19) erfolgte sowie höhere Abfindungszahlungen an andere Behörden zur Abgeltung von Versorgungslasten nach Dienstherrnwechsel.

Alle Teilhaushalte – Zeile 14: Aufwendungen für Versorgung		
Haushaltsansatz 2014:	17.173.800,00	EUR
Ergebnis 2014:	17.971.188,44	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	797.388,44	EUR

Der Mehrbedarf bei den Versorgungsaufwendungen ergab sich vor allem aufgrund erheblich gestiegener Fallzahlen gegenüber dem Vorjahr. Darüber hinaus ergab sich ein Mehraufwand bei den Beihilfen.

Alle Teilhaushalte – Zeile 16: Abschreibungen		
Haushaltsansatz 2014:	35.562.327,38	EUR
Ergebnis 2014:	36.730.038,20	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	1.167.710,82	EUR

Es haben sich Mehraufwendungen in Höhe von 1.168 TEUR ergeben. Die Abweichung setzt sich aus **Minderaufwendungen** für Abschreibungen auf Sachvermögen in Höhe von rd. 2.480 TEUR und **Mehraufwendungen** für Abschreibungen auf Forderungen in Höhe von rd. 3.648 TEUR zusammen.

Im Hinblick auf die Gesamtabweichung wirkten sich insbesondere folgende Teilhaushaltsabweichungen (Abweichungen > 100 TEUR) aus:

FB 20: Abweichung rd. - 2.396 TEUR
Es haben sich insbesondere rd. 2.061 TEUR geringere Abschreibungen auf Gebäude, rd. 291 TEUR geringere Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie rd. 179 TEUR geringere Abschreibungen auf Straßen, Wege und Plätze ergeben. Dies ist darauf zurückzuführen, dass entsprechende Investitionsmittel in 2014 für Baumaßnahmen (incl. Mobiliar) nicht in der geplanten Höhe ausgegeben worden sind bzw. diese nicht fertiggestellt werden konnten. Dagegen haben sich aber u.a. höhere Abschreibungen bei den Forderungen in Höhe von rd. 117 EUR ergeben.

FB 32: Abweichung rd. + 196 TEUR
Die erhöhten Abschreibungen resultieren in Höhe von rd. 207 TEUR aus Abschreibungen auf Forderungen, die auf befristete und unbefristete Niederschlagungen von Forderungen zurückzuführen sind.

FB 40: Abweichung rd. + 2.526 TEUR

Beim FB 40 ist es entgegen der Planung zu höheren Abschreibungen bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung gekommen (rd. + 2.752 TEUR). Aus dem PPP-Projekt der Schulen mit der HOCHTIEF PPP Schulpartner Braunschweig GmbH haben sich auch Abschreibungen für Mobiliar ergeben. Eine Aufteilung der Investitionssumme auf einzelne Gewerke etc. wurde aus Vereinfachungsgründen in der Investitionsplanung und somit auch bei der Abschreibungsplanung nicht vorgenommen. Im Ist wurden hierfür nunmehr erhöhte Abschreibungen berechnet.

Nicht ausgeschöpft wurden dagegen die Planansätze für Abschreibungen auf Maschinen und techn. Anlagen (rd. -144 TEUR). Bei den Projekten der Ausstattung der BBS II mit Werkzeugmaschinen und Lehrmitteln sind geringere Nutzungsdauern im Plan als im Ist kalkuliert worden. Weiterhin konnten nicht alle Beschaffungen wie geplant umgesetzt werden. Dies gilt im Übrigen auch für die geplanten Beschaffungen von geringwertigen Vermögensgegenständen im Rahmen des Medienentwicklungsplans. Hierdurch haben sich geringere Abschreibungen in Höhe von rd. 108 TEUR ergeben.

FB 50: Abweichung rd. + 375 TEUR

Die erhöhten Abschreibungen resultieren in Höhe von rd. 417 TEUR aus Abschreibungen auf Forderungen, die auf befristete und unbefristete Niederschlagungen von Forderungen zurückzuführen sind. Dagegen sind im Bereich geringwertigen Vermögensgegenstände und Fahrzeuge geringere Abschreibungen angefallen (rd. -42 TEUR). Dies ist unter anderem darin begründet, dass in der Planung keine Abgänge von Fahrzeugen einkalkuliert wurden bzw. Beschaffungen von geringwertigen Vermögensgegenständen nicht wie geplant durchgeführt wurden.

FB 51: Abweichung rd. + 206 TEUR

Die erhöhten Abschreibungen resultieren in Höhe von rd. 419 TEUR aus Abschreibungen auf Forderungen, die auf befristete und unbefristete Niederschlagungen von Forderungen zurückzuführen sind.

Höhere Abschreibungen sind aber auch für die Beschaffung von Vermögensgegenständen der Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von rd. + 97 TEUR angefallen. Aus dem PPP-Projekt der Schulen mit der HOCHTIEF PPP Schulpartner Braunschweig GmbH haben sich entgegen der Planung auch Abschreibungen für Mobiliar ergeben. Eine Aufteilung der Investitionssumme für Kitas auf einzelne Gewerke etc. wurde aus Vereinfachungsgründen in der Investitionsplanung und somit auch bei der Abschreibungsplanung nicht vorgenommen. Im Ist wurden hierfür nunmehr erhöhte Abschreibungen berechnet. Darüber hinaus haben sich nicht geplante Abschreibungen für die angehenden Festwerte der Kitaneubauten, wie z.B. Kita Mainweg und Kita Heideblick, ergeben.

Dagegen sind im Bereich der immateriellen Vermögensgegenstände (Investitionszuschüsse an Dritte) nicht in der geplanten Höhe Zahlungen erfolgt (z.B. Jugendherberge, U3-Zuschüsse), so dass geringere Abschreibungen hierfür angefallen sind (rd. -304 TEUR).

FB 61: Abweichung rd. -353 TEUR

Insbesondere sind bei den Abschreibungen für Gebäude rd. 137 TEUR und bei den Abschreibungen für Straßen, Wege und Plätze rd. 215 TEUR geringere Aufwendungen angefallen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass entsprechende Investitionsmittel in 2014 nicht in der geplanten Höhe ausgegeben wurden bzw. die Bauvorhaben nicht wie geplant fertiggestellt werden konnten (Sanierungshaushalt). Zum Teil fehlten aber auch entsprechende Informationen, um eine Aktivierung des entstandenen Vermögens vorzunehmen.

FB 66: Abweichung rd. -713 TEUR
Hier ergeben sich Abweichungen aufgrund des nur teilweisen Mittelabflusses der eingeplanten Investitionsmittel. Diverse Tiefbaumaßnahmen konnten nicht in vollem Umfang fertiggestellt werden, z. B. Neubau Okerbrücke Berkenbuschstraße., Erschließung Lammer Busch Ost 2. BA, Umgestaltung Museumsstraße. Die Abschreibungen aus diesem Bereich haben sich daher um rd. 134 TEUR bei den Brücken und um rd. 698 TEUR bei den Straßen verkürzt. Es wird hier auf die Erläuterungen zu den Abweichungen zum Finanzhaushalt TH 66 verwiesen.

Im Bereich der Abschreibungen auf Investitionszuweisungen an Dritte sind dagegen mehr Mehraufwendungen in Höhe von rd. 138 TEUR angefallen. Hierbei handelt es sich um den Investitionszuschuss an die Verkehrs-GmbH für Baumaßnahmen „Bohlweg“, der im Ist zu einem früheren Zeitraum als geplant aktiviert wurde.

FB 67: Abweichung rd. -784 TEUR
Die Abweichung resultiert aus geringeren Abschreibungen insbesondere bei den Grünbaumaßnahmen in Höhe von rd. 240 TEUR, bei den Gebäuden in Höhe von rd. 367 TEUR und bei den Fahrzeugen in Höhe von rd. 75 TEUR. Die Maßnahmen konnten nicht wie in der geplanten Höhe abgewickelt werden (z.B. Standortrochade, Erschließung Volkmarode Nord), bzw. es wurden in der Planung andere Abschreibungsparameter (z.B. Nutzungsdauern) verwandt (z.B. für die sanierte Bezirkssportanlage Rüningen). Es wird hier auf die Erläuterungen zu den Abweichungen zum Finanzhaushalt TH 67 verwiesen.

Allgemeine Finanzwirtschaft: Abweichung rd. + 2.375 TEUR
Bei den Abweichungen handelt es sich um folgende Sachverhalte:
1. Abschreibungen auf Forderungen für befristete und unbefristete Niederschlagungen sowie kaufmännisches Ausbuchen (bei Insolvenzen) in Höhe von rd. 1.073 TEUR.
2. Vorgenommene Pauschalwertberichtigungen von Forderungen in Höhe von rd. 1.302 TEUR, die zum Bilanzstichtag zweifelhaft bzw. nicht voll einbringlich sind.

FB 20 Finanzen

FB 20 – Zeile 15: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Haushaltsansatz 2014:	18.700.700,00	EUR
Ergebnis 2014:	13.986.054,12	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-4.714.645,88	EUR

Die Abweichung resultiert im Wesentlichen aus nicht mehr oder nur teilweise in 2014 umgesetzten Instandhaltungsmaßnahmen.

In 2014 sind eine Vielzahl von Instandhaltungs- und Umbaumaßnahmen an Gebäuden begonnen bzw. fortgeführt worden. Die Abweichung ist nicht bei wenigen nennenswerten Baumaßnahmen entstanden, sondern bezieht sich auf eine Vielzahl von Baumaßnahmen. So konnten beispielsweise diverse Maßnahmen des Kitasanierungsprogramms sowie diverse kleinere Instandhaltungs-

und Umbaumaßnahmen an Schulen nicht wie geplant umgesetzt werden. Auch die Haushaltsmittel für die Inklusions-Schwerpunktschulen sind nicht wie im geplanten Umfang abgeflossen, weil die Maßnahmen aus Kapazitätsgründen erst 2015/2016 durchgeführt werden können. Die Ansätze für Instandhaltungen für die Mischprojekte Sanierung des Lessinggymnasiums und Sanierung Nibelungenrealschule/Umbauten für die Oberstufe der IGS Querum waren nicht wie im geplanten Umfang in 2014 erforderlich. Eine Verzögerung der Bauvorhaben ist hieraus aber nicht entstanden; die Mittel werden im Jahr 2015 umgesetzt.

FB 20 – Zeile 18: Transferaufwendungen

Haushaltsansatz 2014:	24.568.500,00	EUR
Ergebnis 2014:	28.447.563,26	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	3.879.063,26	EUR

Bei diesen Aufwendungen handelt es sich überwiegend um Betriebsmittelzuschüsse für die städtischen Gesellschaften. Zwar waren bei einigen Gesellschaften geringere Betriebsmittelzuschüsse zu leisten (VHS GmbH, Braunschweig Zukunft GmbH), was zu Ersparnissen für die Stadt geführt hat. Allerdings ergab sich seitens der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG) im Rahmen des Jahresabschlusses ein Mehrbedarf in Höhe von rd. 4.682 TEUR (siehe hierzu die Vorlage zum Jahresabschluss 2014 der SBBG, Drucksache-Nr. 15-00032), welcher überplanmäßig bereitgestellt wurde (siehe hierzu Drucksache-Nr. 17506/15).

FB 20 – Zeile 19: Sonstige ordentliche Aufwendungen

Haushaltsansatz 2014:	8.510.100,00	EUR
Ergebnis 2014:	7.528.084,45	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-982.015,55	EUR

Die Abweichung setzt sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

SK 443140 Prüfungs- und Beratungskosten (-435 TEUR):
Von den veranschlagten Mitteln von rd. 777 TEUR wurden in 2013 rd. 341 TEUR verbraucht. Aufgrund vertraglicher Vereinbarungen wurden Haushaltsreste gebildet.

SK 445223 IM Erstattung an Gemeinden und Gemeindeverbänden (-444 TEUR):
Bei den geplanten Mitteln handelt es sich um den 40%igen Anteil der erzielten Kaufpreise den die Stadt für Grundstücksverkäufe im Gewerbegebiet Waller See an die Gemeinde Schwülper zu zahlen hat. In 2014 sind keine Grundstücke verkauft worden. Da im Haushalt 2015 hierfür keine Mittel veranschlagt sind, wurde ein Haushaltsrest gebildet.

SK 445512/445517/445518/445527/445528 Erst. an Gebäudemanagement für Miete, Betriebskosten warm und kalt, sonst. Servicekosten sowie Verwalterpauschale (-114 TEUR):
In 2014 wurden neben den laufenden Aufwendungen für Miete und Betriebskosten die Nachforderungen aus den Betriebskostenabrechnungen 2012/2013 des Fachbereiches Hochbau und Gebäudemanagement beglichen. Trotzdem wurden im Teilhaushalt 20 für Erstattungen an das Gebäudemanagement insgesamt weniger Mittel benötigt als bei der Haushaltsplanung erwartet wurde. Die eingesparten Mittel konnten zur Deckung von Mehraufwendungen auf denselben Konten in anderen Teilhaushalten herangezogen werden.

FB 20 – Zeile 23: Außerordentliche Aufwendungen

Haushaltsansatz 2014:	530.000,00	EUR
Ergebnis 2014:	4.012.730,89	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	3.482.730,89	EUR

Die Abweichung resultiert mit rd. 2.654 TEUR im Wesentlichen aus außerplanmäßigen Abschreibungen auf Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte. So waren u. a. außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von insgesamt rd. 1.957 TEUR, beim Parkdeck Stadthalle (rd. 774 TEUR) sowie bei Ackerflächen in der Gemarkung Broitzem (rd. 1.183 TEUR) aufgrund entsprechender Verkehrsgutachten erforderlich.

Weiterhin basieren außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von rd. 501 TEUR auf den durch diverse Brände entstandenen Wertverlusten an städtischen Bauwerken (Kita Leiferde, Sporthalle Hoffmann-von-Fallersleben-Schule, Tiefgarage Magni) sowie in Höhe von rd. 22 TEUR auf den baufälligen Zustand eines städtischen Gebäudes (Tafelmakerweg/Mutterkamp).

Weitere Wertminderungen an städtischen Grundstücken in Höhe von insgesamt rd. 174 TEUR haben sich durch die Ausgabe von Erbbaurechten (u.a. Badezentrum Gliesmarode) ergeben.

Daneben sind aufgrund der in 2014 vorgenommenen Verkäufe unter Buchwert sowie der unentgeltlichen Übertragung diverser Grundstücke in Riddagshausen auf die Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz (SBK) Mehraufwendungen aus dem Abgang von Grundstücken und Gebäuden in Höhe von insgesamt rd. 457 TEUR angefallen. Gleichzeitig mit der Übertragung diverser Grundstücke in Riddagshausen ist auch die Kirchenbaulast für die Klosterkirche und die Frauenkapelle auf die SBK übergegangen. Daher konnte im gleichen Umfang eine teilweise Auflösung der in der städtischen Bilanz gebildeten Rückstellung für die Kirchenbaulast Riddagshausen erfolgen, so dass die unentgeltliche Grundstücksübertragung nicht zu einer Belastung des Ergebnishaushaltes geführt hat.

FB 40 Schule

FB 40 – Zeile 15: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		
Haushaltsansatz 2014:	4.294.700,00	EUR
Ergebnis 2014:	3.150.007,57	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-1.144.692,43	EUR

Die Abweichung von rund 1.100 TEUR setzt sich im Wesentlichen aus folgenden Positionen zusammen:

SK 421110 Grundstücke und bauliche Anlagen – Instandhaltungen (-499 TEUR)
Es ergab sich ein Minderaufwand von rd. 499 TEUR durch erteilte, aber noch nicht erledigte Instandhaltungsaufträge und Aufträge über funktionale Umbauten. Die Ausführung der Aufträge wird in 2015 erwartet, daher wurde ein Haushaltsrest in entsprechender Höhe gebildet.

SK 422900 Erwerb Vermögensgegenstände Festwert (-404 TEUR)
Es ergab sich ein Minderaufwand von rd. 404 TEUR. Dieser entstand zum einen aus erteilten Beschaffungsaufträgen, bei denen die Lieferung der Ware (insbesondere Mobiliar) noch aussteht, zum anderen durch Restmittel der Schulbudgets, die in das Folgejahr übertragbar sind. Daher wurden entsprechende Haushaltsreste gebildet. Die Schulbudgetmittel stehen den Schulen in 2015 wieder zur Verfügung.

SK 427110 Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen (-143 TEUR)
SK 427160 Lehrmittelbedarf (-104 TEUR)
Es ergab sich ein Minderaufwand von rd. 247 TEUR. Dieser ergab sich im Wesentlichen innerhalb der Schulbudgets. Entsprechend der zulässigen Übertragungsmöglichkeiten wurde ein entsprechender Haushaltsrest gebildet. Diese Mittel stehen den Schulen in 2015 wieder zur Verfügung.

FB 40 – Zeile 19: Sonstige ordentliche Aufwendungen		
Haushaltsansatz 2014:	46.770.100,00	EUR
Ergebnis 2014:	48.788.948,05	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	2.018.848,05	EUR

Die Abweichung von rd. 2 Mio. EUR setzt sich im Wesentlichen aus folgenden Positionen zusammen:

SK 445518 Betriebskosten kalt (+1.492 TEUR)
Im Jahr 2014 sind Mehraufwendungen in Höhe von rund 1.861 TEUR entstanden. Grund hierfür ist

eine Betriebskostenabrechnung für die Jahre 2012/13, die zu einer Nachzahlung in dieser Höhe an FB 65 und Buchung einer entsprechenden Verbindlichkeit in der Ergebnisrechnung 2014 geführt hat.

SK 442940 Schülerbeförderungskosten (+274 TEUR)
Es ergab sich ein Mehraufwand von rd. 274 TEUR, für den mehrere Ursachen verantwortlich sind.

Aufgrund des neuen Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetzes (NTVergG) müssen alle in der Schülerbeförderung tätigen Unternehmen ihre Mitarbeiter nach Tarifvertrag bezahlen. Diese deutlich höheren Entgelte fließen in die Angebotspreise der Unternehmen ein, so dass sich die Kosten für die Ausschreibung der Schülerbeförderung mit Taxen und Kleinbussen deutlich erhöht haben. Die Auswirkungen des NTVergG auf das Ausschreibungsergebnis konnten zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung noch nicht beziffert werden.

Um die Unterrichtsausfallzeiten aufgrund des zurückzulegenden Weges zum Schulschwimmen in Grenzen zu halten, sind häufiger als absehbar eigens eingesetzte Busse zum Einsatz gekommen. Zudem führten zusätzlich notwendig gewordene Beförderungen (z. B. wegen akuter Erkrankungen oder inklusiver Beschulung) ebenfalls zu einem Mehrbedarf, der zum Zeitpunkt der Planung nicht absehbar war.

FB 50 Soziales und Gesundheit

FB 50 – Zeile 18: Transferaufwendungen

Haushaltsansatz 2014:	101.991.300,00	EUR
Ergebnis 2014:	101.236.161,30	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-755.138,70	EUR

Minderaufwendungen mit korrespondierenden geringeren Erstattungen sind beim Wohngeld in Höhe von rd. 693 TEUR, bei den Bildungs- und Teilhabeleistungen BKGG in Höhe von rd. 338 TEUR und bei der Kriegsopferfürsorge in Höhe von rd. 91 TEUR zu verzeichnen. Dies ist für den Bereich Wohngeld auf eine stärker als erwartet rückläufige Zahl der Leistungsberechtigten zurückzuführen. Eine deutliche Steigerung ist aus der Wohngeldnovelle 2016 zu erwarten. Bei den Anspruchsberechtigten für Bildungs- und Teilhabeleistungen BKGG handelt es sich zu einem großen Teil um Wohngeldberechtigte. Die Leistungen im Rahmen der Kriegsopferfürsorge sind zeitbedingt rückläufig, die Reduzierung des jährlichen Aufwands ist jedoch unterschiedlich und im Voraus nicht zu prognostizieren.

Außerdem ergaben sich Minderaufwendungen im Rahmen der sukzessiven Auflösung der Stabsstelle Beschäftigungsförderung in Höhe von rd. 45 TEUR. Die weiteren Sach- und die Personalaufwendungen sowie die Erträge aus Zuwendungen für diesen Bereich blieben ebenfalls unter den Ansätzen.

Den o.a. Minderaufwendungen stehen Mehraufwendungen im Bereich des SGB XII von rd. 350 TEUR sowie saldiert rd. 62 TEUR in diversen Bereichen gegenüber.

Im SGB XII-Bereich korrespondieren rd. 328 TEUR mit Mehrerträgen in annähernd gleicher Höhe wegen der zum Jahresbeginn 2014 EDV-technisch möglichen und für die Abrechnung mit dem Land notwendigen Umsetzung des Bruttoprinzips bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung für Leistungsbezieher in Einrichtungen, die gleichzeitig Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen erhalten.

Weil in diesem Zusammenhang ab 2014 das übergeleitete Einkommen von Heimbewohnern nicht mehr automatisch bei den fachlichen Hilfen verbucht sondern dem Anspruch auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zugeordnet wurde/wird, erhöhten sich zudem die Erträge und Aufwendungen in der Grundsicherung und verringerten sich die Erträge und Aufwendungen in den fachlichen Hilfen um den gleichen Betrag. Hier war/ ist vor allem die Eingliederungshilfe betroffen. (Erträge siehe Zeile 4).

Die verbleibenden saldiert rd. 22 TEUR Mehraufwendungen SGB XII verteilen sich auf Mehr- und Minderaufwendungen in den diversen Hilfearten einhergehend mit Fallzahlveränderungen bzw. der Kosten im Einzelfall.

Von den genannten saldiert rd. 62 TEUR Mehraufwendungen in diversen Bereichen entfallen unter anderem rd. 89 TEUR auf das Landesblindengeld, das 2014 erhöht wurde und rd. 17 TEUR auf Minderaufwendungen im Bereich Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz - beides ist wegen der 100%-Kostenerstattung ergebnisneutral.

FB 51 Kinder, Jugend und Familie

FB 51 – Zeile 18: Transferaufwendungen

Haushaltsansatz 2014:	76.696.210,00	EUR
Ergebnis 2014:	75.829.125,58	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-867.084,42	EUR

Die Minderaufwendungen in Höhe von **867.084,42 EUR** setzen sich wie folgt zusammen:

Sachkonto 431810 Zuschuss an übrige Bereiche **-1.310.202,65 EUR**
Die Minderaufwendungen verteilen sich im Wesentlichen über sämtliche Leistungen der Kindertagesbetreuung mit einer gesamten Abweichung in Höhe von - 1.261.809 EUR:

Krippe bei übrigen Trägern, Kindergärten bei übrigen Trägern, Schulkindbetreuung in Kitas bei übrigen Trägern, Kindertagespflege, Kinder- und Teenyklubs, freie Träger und Schulkindbetreuung in Schulen/OGS bei freien Trägern.

Weiterhin wird hier auch ein Ist für Schulkindbetreuung in und an Schulen /OGS, städtisch ausgewiesen. Dabei handelt es sich um eine Fehlbuchung.
Außerdem ist ein Minderaufwand im Bereich der Kinder- und Jugendverbandsarbeit in Höhe von 64.140 EUR entstanden.

Der Mittelabruf der freien Träger erfolgte nicht im geplanten Maß. Dies hatte unterschiedliche Gründe. Es sind z.B. Gruppen später an den Start gegangen. Weiterhin ist es grundsätzlich schwer in der Planung eine Aussage zu den zu berücksichtigenden Elternentgelten zu treffen.

Sachkonto 433150 Jugendhilfeleistungen außerhalb von Einrichtungen **+ 539.493,13 EUR**
Die Mehraufwendungen verteilen sich im Wesentlichen auf folgende Leistungen, bei denen auch die Fallzahlen die Planung übersteigen:
●Ambulante Hilfen für seelisch Behinderte 526.790 EUR
Plan 2014: 125 laufende Fälle / Ist 2014: 160 laufende Fälle
●Vollzeitpflege 191.019 EUR
Plan 2014: 227 laufende Fälle / Ist 2014: 256 laufende Fälle
●Inobhutnahmen 191.718 EUR
Plan 2014: 445 Fälle / Ist 2014: 552 Fälle
●Kindertagespflege 535.241 EUR
Plan 2014: 813 Plätze/ Ist 2014: 934 Plätze

Diese Mehraufwendungen von insgesamt 1.444.768 EUR werden im Wesentlichen reduziert durch folgende Minderaufwendungen in Höhe von insgesamt 895.792 EUR :
●Erziehungsbeistandschaften 499.247 EUR
●Sozialpädagogische Tagesbetreuung 232.604 EUR
●Intensive Sozialpädagogische Einzelmaßnahmen 111.372 EUR.
Plan 2014: 39 Fälle / Ist 2014: 31 Fälle
Hier sind Planunterschreitungen nur teilweise bei den Fallzahlen erkennbar. Die Kosten pro Fall waren teilweise geringer als geplant.
●Übernahme von Entgelten gem. §90 SGB VIII 52.569 EUR
Hier wurden weniger Anträge gestellt als geplant.

Sachkonto 433250 Jugendhilfeleistungen innerhalb von Einrichtungen **+ 493.820,99 EUR**
Die Mehraufwendungen verteilen sich im Wesentlichem auf folgende Leistungen:
●Allgemeine Heimerziehung 1.015.258 EUR
Plan 2014: 198 Fälle / Ist 2014: 231 Fälle
●Gemeinsame Wohnformen 260.240 EUR
Plan 2014: 12 Fälle / Ist 2014: 20 Fälle
●Versorgung in Notsituationen 124.649 EUR
In zwei Fällen sind die Fälle sehr stark angestiegen. In einem dritten Fall gab es an dieser Stelle keine Planung, da nur mit ambulanten Fällen gerechnet wurde.

Die o.g. Mehraufwendungen werden im Wesentlichen relativiert durch folgende Minderaufwendungen:
●Inobhutnahme/ Notaufnahme 593.718 EUR
Obwohl es hier eine Planüberschreitung bei den Fällen gibt, unterschreitet der Aufwand die Planung. Ein Teil der hier geplanten Mittel wurde unter 433150, Jugendhilfeleistungen außerhalb von Einrichtungen verausgabt (s.o. 191.718 EUR).
Plan 2014: 445 Fälle / Ist 2014: 552 Fälle
●Stationäre Eingliederungshilfen 335.578 EUR
Plan 2014: 26 Fälle / Ist 2014: 22 Fälle

Sachkonto 433980 Sonstige soziale Leistungen UVG **- 643.632,10 EUR**
In 2014 haben die Fallzahlen die Planung nicht erreicht.
Plan 2014: 1.800 laufende Fälle / Ist 2014: 1.396 laufende Fälle

FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz

FB 61 – Zeile 15: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		
Haushaltsansatz 2014:	2.886.200,00	EUR
Ergebnis 2014:	2.177.084,74	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-709.115,26	EUR

Die Abweichung beruht im Wesentlichen auf nicht ausgeschöpften Ansätzen auf den folgenden zwei Sachkonten:
421210 Unterhaltung des Infrastrukturvermögens: Minderaufwand rd. - 221.400 EUR
427114 IM Planungskosten: Minderaufwand rd. - 535.500 EUR

Die Abweichungen ergeben sich hauptsächlich im Bereich der Sanierung. Da bei der Planung noch keine Details über die umzusetzenden Maßnahmen vorliegen, erfolgt eine Aufteilung der Haushaltsmittel auf Investitionen und Aufwendungen nur im Schätzwege. Dies hat zur Folge, dass es in der Praxis bzw. im Rahmen des Jahresabschlusses häufig zu anderen Aufteilungen zwischen Ergebnis- und Finanzrechnung als in der Planung kommt.

FB 61 – Zeile 19: Sonstige ordentliche Aufwendungen		
Haushaltsansatz 2014:	3.854.100,00	EUR
Ergebnis 2014:	1.602.113,65	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-2.251.986,35	EUR

Die Abweichung besteht im Wesentlichen bei den folgenden Projekten:

Investitionsprojekt 4S.610017 Umlegung rd. -1.943.000 EUR
Die Abweichung beruht im Wesentlichen auf dem Sachkonto 449123 (IM Andere sonstige ordentliche Aufwendungen) i. H. v. rd. -2.046.600 EUR im Bereich des Instandhaltungsprojektes 4S.610017 Umlegung. Vorwiegend auf Grund noch offener Grundstücksfragen konnten die folgenden geplanten Umlegungsverfahren
- Völkenrode-Nord - Bohlweg - Waller See - Arndtstraße - Forschungsflughafen
nicht ausgeführt werden. Korrespondierend ist es dadurch auch zu entsprechenden Mindererträgen (Zeile 11) gekommen.

Sanierungsprojekt 4S.610009 Soziale Stadt rd. -350.000 Tsd. EUR
Diese Abweichung beruht ebenfalls auf dem Sachkonto 449123 (M Andere sonstige ordentliche Aufwendungen). Die Einplanung der Haushaltsmittel als Investitionen oder Aufwand erfolgt lediglich im Schätzwege, da die Umsetzung der Planung immer abhängig von den bewilligten Sanie-

rungszuschüssen und der daraus abgeleiteten Prioritätensetzung bei der tatsächlichen Realisierung gewünschter Projekte ist. Dies bedeutet, dass die Veränderung der Ansätze nicht prozentual zu den bewilligten Zuschüssen verläuft, sondern es in der Praxis bzw. im Rahmen des Jahresabschlusses auch zu gänzlich anderen Aufteilungen führen kann.

FB 66 Tiefbau und Verkehr

FB 66 – Zeile 15: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		
Haushaltsansatz 2014:	6.585.500,00	EUR
Ergebnis 2014:	4.852.117,39	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-1.733.382,61	EUR

Die Abweichung bezieht sich auf eine Vielzahl von Projekten. Im Wesentlichen ist die o. a. Minderaufwand aber auf die Maßnahme Instandhaltung Tiefgarage Eiermarkt zurückzuführen. Während ein Ansatz für die Baumaßnahme in Höhe von rd. 2,7 Mio. EUR in 2014 veranschlagt war, wurden nur 1,2 Mio. EUR in 2014 verbaut, da die Umsetzung der Maßnahme über zwei Jahre erfolgte. Ursprünglich war vorgesehen, die beiden Geschosse parallel zu sanieren. Aufgrund des Bedarfs an Parkplätzen wurde die Tiefgarage entgegen der ersten Planung nicht komplett gesperrt. Dadurch erstreckte sich die Bauzeit auf zwei Jahre.

FB 67 Stadtgrün und Sport

FB 67 – Zeile 15: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		
Haushaltsansatz 2014:	3.997.200,00	EUR
Ergebnis 2014:	4.910.701,01	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	913.501,01	EUR

Witterungsbedingt konnte im Jahr 2013 eine Reihe von Wegeinstandsetzungen auf den städtischen Friedhöfen, in den Kleingartenanlagen und im Naturschutzgebiet nicht abgeschlossen werden. Die Fertigstellung erfolgte im Jahr 2014. Die notwenigen Haushaltsmittel für diese Wegesanierungen in Höhe von 262 TEUR wurden dem FB 67 als Haushaltsrest zur Verfügung gestellt.

Ebenso konnten im Bereich Sport und im Bereich Grünflächenmanagement Maßnahmen im Wert von 624 TEUR nicht mehr im Jahr 2013 fertiggestellt werden. Ursache hierfür waren zum Beispiel Lieferprobleme, witterungsabhängige Maßnahmen und die Beauftragungen im Spätherbst. Die

Fertigstellung der Maßnahmen erfolgte im Jahr 2014. Die dafür benötigten Haushaltsmittel wurden dem FB 67 als Haushaltsrest zur Verfügung gestellt.

FB 67 – Zeile 23: Außerordentliche Aufwendungen

Haushaltsansatz 2014:	86.000,00	EUR
Ergebnis 2014:	1.126.766,88	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	1.040.766,88	EUR

Die Planabweichung beruht im Wesentlichen auf außerplanmäßigen Abschreibungen aufgrund des Zustandes der technischen Anlagen des Krematoriums in Höhe von rd. 966 TEUR.

Allgemeine Finanzwirtschaft

Allg. Finanzwirtschaft – Zeile 17: Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Haushaltsansatz 2014:	6.542.800,00	EUR
Ergebnis 2014:	5.244.629,26	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-1.298.170,74	EUR

Der geringere Aufwand ergab sich im Wesentlichen in folgenden Bereichen:

Verzinsung von Steuererstattungen (-1.441 TEUR)
Bei der Verzinsung von zu erstattender Gewerbesteuer aus Vorjahren hat sich ein Minderaufwand in Höhe von rd. 1.441 TEUR ergeben (Ansatz: 2.000 TEUR). Soweit zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung nicht schon Erkenntnisse über konkrete Erstattungsfälle bestehen, sind die zu erstattenden Beträge nur schwer einschätzbar, da sowohl die Zahl der Fälle als auch die Höhe der Erstattungen von Jahr zu Jahr erheblichen Schwankungen unterliegen. Im Jahr 2014 waren Gewerbesteuererstattungen in einem erheblich geringeren Umfang zu leisten, als bei der Haushaltsplanaufstellung angenommen worden war.

Zinsaufwand (-198 TEUR)
Die Abweichung resultiert im Wesentlichen aus der Tatsache, dass die Auflösung der Zinsabgrenzung des Vorjahres höher ist als der für das laufende Jahr neu abzugrenzende Betrag.

Zinsaufwand Cashpool (+338 TEUR)
Der bei dem Punkt "Zinsen und ähnliche Finanzerträge" (Zeile 8) erläuterte Mehrertrag bei den Cashpool-Partnern führt zu einem entsprechend höheren Aufwand.

Allg. Finanzwirtschaft – Zeile 18: Transferaufwendungen		
Haushaltsansatz 2014:	32.380.000,00	EUR
Ergebnis 2014:	24.802.038,00	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-7.577.962,00	EUR

Der oben genannte Minderaufwand ergab sich mit 7.495 TEUR im Wesentlichen bei der Gewerbesteuerumlage (Ansatz: 30.980 TEUR). Diese ist abhängig vom Gewerbesteuer-Istaufkommen im betreffenden Jahr und von der Höhe des jährlich neu festgesetzten Vervielfältigers, der im Jahr 2014 für Braunschweig 69 von 450 Punkten betrug. Da das Gewebesteuer-Istaufkommen im Jahr 2014 niedriger war als zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung angenommen, ergab sich auch eine entsprechend niedrigere Gewerbesteuerumlage.

Ein weiterer kleinerer Minderaufwand von 83 TEUR ergab sich bei der Entschuldungsumlage (Ansatz 1.400 TEUR).

Allg. Finanzwirtschaft – Zeile 19: Sonstige ordentliche Aufwendungen		
Haushaltsansatz 2014:	1.747.400,00	EUR
Ergebnis 2014:	32.796,42	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-1.714.603,58	EUR

Der geringere Aufwand ergab sich im Wesentlichen durch die Deckungsreserve Personalaufwendungen (-1.747 TEUR). Diese wurde eingerichtet für die nach den tarifvertraglichen Regelungen vorgesehene leistungsorientierte Bezahlung der tariflich Beschäftigten sowie für die leistungsorientierte Bezahlung der Beamten. Die Mittel wurden für den vorgesehenen Zweck verwendet. Die Aufwandsbuchungen erfolgten zuordnungsgerecht bei den Aufwendungen für aktives Personal in den einzelnen Teilhaushalten. Die Deckungsreserve wurde gem. § 6 der Haushaltssatzung überplanmäßig aufgelöst und mit Planumsetzungsbuchungen entsprechend verteilt.

3.3 Gesamt-Finanzrechnung

Das Haushaltsjahr 2014 schloss mit folgenden Ergebnissen ab:

2014	Saldo		Abweichung	
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr / - weniger	
	EUR		absolut in EUR	in v. H.
Saldo aus Laufender Verwaltungstätigkeit	45.082.100,00	28.282.462,57	- 16.799.637,43	- 37,26
Saldo aus Investitionstätigkeit	-58.521.300,00	-49.310.439,27	+ 9.210.860,73	+ 15,74
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-16.637.500,00	-16.546.866,37	+ 90.633,63	+ 0,54
Gesamtergebnis	-30.076.700,00	-37.574.843,07	- 7.498.143,07	- 24,93

Unter Berücksichtigung des geplanten Haushaltsresteabbaus in Höhe von rd. 8.100 TEUR für die laufende Verwaltungstätigkeit und in Höhe von 9.200 TEUR für die Investitionstätigkeit würden sich folgende Werte ergeben:

2014	Saldo		Abweichung	
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr / - weniger	
	EUR		absolut in EUR	in v. H.
Saldo aus Laufender Verwaltungstätigkeit	36.982.100,00	28.282.462,57	- 8.699.637,43	- 23,52
Saldo aus Investitionstätigkeit	-67.721.300,00	-49.310.439,27	+ 18.410.860,73	+ 27,19
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-16.637.500,00	-16.546.866,37	+ 90.633,63	+ 0,54
Gesamtergebnis	-47.376.700,00	-37.574.843,07	+ 9.801.856,93	+ 20,69

In der Gesamt-Finanzrechnung 2014 ergibt sich durch Mindereinzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 46.796.942,60 EUR und Minderauszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 29.997.305,17 EUR eine Ergebnisverschlechterung in Höhe von 16.799.637,43 EUR.

Die Ergebnisverschlechterung ist vor allem auf Mindereinzahlungen bei der Gewerbesteuer zurückzuführen. Dem gegenüber stehen Mehreinzahlungen bei dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sowie Minderauszahlungen für die „Instandhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen“, für die „Instandhaltung des Infrastrukturvermögens“, für die Gewerbesteuerumlage, für Zuschüsse an verbundene Unternehmen, für Kosten der Leistungsbeteiligung und für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende.

Für die Investitionstätigkeit ergibt sich als Saldo aus Mehreinzahlungen in Höhe von 5.012.388,27 EUR und Minderauszahlungen in Höhe von 4.198.472,46 EUR eine Ergebnisverbesserung in Höhe von 9.210.860,73 EUR.

Die Mehreinzahlungen sind im Wesentlichen auf bereits in Vorjahren geplante Einzahlungen bzw. nicht geplante Einzahlungen für städtische Baumaßnahmen zurückzuführen, die in 2014 vereinnahmt wurden (z.B. Zuwendung für die Gewerbeflächen Flughafen in Höhe von 2,4 Mio. EUR, Zuwendung für den Neubau Kita Roselies in Höhe von 0,8 Mio. EUR). Des Weiteren gab es in

2014 nicht geplante vorzeitige Ablösungen bei den Ausleihungen an übrige Bereiche in Höhe von rd. 0,9 Mio. EUR.

Bei den Minderauszahlungen aus Investitionstätigkeit sind im Wesentlichen Mindereinzahlungen im Bereich der Tiefbaumaßnahmen entstanden, denen Mehrauszahlungen für Grünbaumaßnahmen entgegenstehen.

In 2014 wurden die Haushaltsreste gegenüber dem Vorjahr leicht aufgebaut. Dadurch haben sich nur geringfügige Minderauszahlungen ergeben.

Für die Finanzierungstätigkeit ergibt sich als Saldo aus Mindereinzahlungen in Höhe von 5.898.051,25 EUR und Minderauszahlungen in Höhe von 5.988.684,88 EUR eine Ergebnisverbesserung in Höhe von 90.633,63 EUR.

Die Abweichungen zwischen den Ein- und Auszahlungen 2014 und dem jeweiligen Ansatz ergeben sich daraus, dass ein Kredit, dessen Zinsbindung in 2014 endete, nicht umgeschuldet wurde. Der Kredit wurde bei der darlehensvergebenden Bank verlängert. Da im Rahmen der Haushaltsplanung eine Umschuldung einkalkuliert wurde, tritt sowohl bei der Ein- als auch bei der Auszahlung eine entsprechende Differenz auf.

In der Finanzrechnung werden gem. § 51 GemHKVO neben den Ein- und Auszahlungen für die Kernverwaltung der Stadt Braunschweig auch die haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen, die nicht im Haushaltsplan veranschlagt wurden, abgebildet, da sie den Bestand an Zahlungsmitteln verändern.

Es handelt sich dabei um folgende Sachverhalte:

- Fremde Mittel - Zahlungsverkehr der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement
- Durchlaufende Gelder, die für Dritte nur eingezahlt oder ausgezahlt werden (Kameralistik = Vorschuss- und Verwahrkonten)

Der Saldo aus haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen beläuft sich auf 116.286,55 TEUR.

Hierin enthalten ist eine stichtagsbezogene Abstimmdifferenz in Höhe von rd. 6 TEUR (Vorjahr 15 TEUR) zwischen der Liquidität auf den Bilanzkonten und dem Zahlungsmittelbestand in der Finanzrechnung.

Durch die eingeleiteten Maßnahmen zur Prüfung des umfassenden Buchungsstoffes und Anpassungen der verursachenden Prozesse, konnte die stichtagsbezogene Differenz im Haushaltsjahr 2014 erneut reduziert werden.

3.4 Teil-Finanzrechnung

In der nachfolgenden Übersicht wurden für die Finanzrechnung die Abweichungen der Einzahlungen zwischen dem Ansatz aus dem Haushaltsplan 2014 und dem Ergebnis 2014 je Teilhaushalt ermittelt.

Einzahlungen

Teilhaushalt	Gesamteinzahlung		Abweichung		
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr / - weniger		
	- EUR -		absolut in EUR		- in v. H. -
Politische Gremien					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	0,00	250,00	+	250,00	100,0
> Summe Investitionstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Gesamtsaldo	**0,00**	**250,00**		**250,00**	**100,0**
Verwaltungsführung					**--**
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	0,00	47,84	+	47,84	+ 100,0
> Summe Investitionstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Gesamtsaldo	**0,00**	**47,84**	**+**	**47,84**	+ **100,0**
FB 01 Zentrale Steuerung					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	60.300,00	46.063,88	-	14.236,12	- 23,6
> Summe Investitionstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Gesamtsaldo	**60.300,00**	**46.063,88**	**-**	**14.236,12**	- **23,6**
Ref. 0120 Stadtentwicklung und Statistik					**--**
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	133.100,00	141.958,90	+	8.858,90	+ 6,7
> Summe Investitionstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Gesamtsaldo	**133.100,00**	**141.958,90**	**+**	**8.858,90**	+ **6,7**
Ref. 0140 Rechnungsprüfungsamt					**--**
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	227.600,00	230.052,90	+	2.452,90	+ 1,1
> Summe Investitionstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Gesamtsaldo	**227.600,00**	**230.052,90**	**+**	**2.452,90**	+ **1,1**
Ref. 0150 Gleichstellungsreferat					**--**
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	0,00	1.155,00		1.155,00	100,0
> Summe Investitionstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Gesamtsaldo	**0,00**	**1.155,00**	**+**	**1.155,00**	**100,0**
Personalvertretung					**--**
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	0,00	0,00	**+**	0,00	--
> Summe Investitionstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Gesamtsaldo	**0,00**	**0,00**		**0,00**	**--**

In der nachfolgenden Übersicht wurden für die Finanzrechnung die Abweichungen der Auszahlungen zwischen dem Ansatz aus dem Haushaltsplan 2014 und dem Ergebnis 2014 je Teilhaushalt ermittelt.

Auszahlungen

Teilhaushalt	Gesamtauszahlung		Abweichung		
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr / - weniger		
	- EUR -		absolut in EUR		- in v. H. -
Politische Gremien					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	1.627.300,00	1.609.950,16	-	17.349,84	- 1,1
> Summe Investitionstätigkeit	2.000,00	303,09	-	1.696,91	- 84,8
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Gesamtsaldo	**1.629.300,00**	**1.610.253,25**	**-**	**19.046,75**	- **1,2**
Verwaltungsführung					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	1.322.300,00	1.270.860,15	-	51.439,85	- 3,9
> Summe Investitionstätigkeit	9.000,00	4.205,99	-	4.794,01	- 53,3
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Gesamtsaldo	**1.331.300,00**	**1.275.066,14**	**-**	**56.233,86**	- **4,2**
FB 01 Zentrale Steuerung					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	3.447.100,00	3.549.791,35	+	102.691,35	+ 3,0
> Summe Investitionstätigkeit	11.300,00	9.054,64	-	2.245,36	- 19,9
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Gesamtsaldo	**3.458.400,00**	**3.558.845,99**	**+**	**100.445,99**	+ **2,9**
Ref. 0120 Stadtentwicklung und Statistik					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	1.568.100,00	1.494.833,47	-	73.266,53	- 4,7
> Summe Investitionstätigkeit	3.400,00	2.173,36	-	1.226,64	- 36,1
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Gesamtsaldo	**1.571.500,00**	**1.497.006,83**	**-**	**74.493,17**	- **4,7**
Ref. 0140 Rechnungsprüfungsamt					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	1.438.100,00	1.352.740,04	-	85.359,96	- 5,9
> Summe Investitionstätigkeit	1.500,00	2.131,68	+	631,68	+ 42,1
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Gesamtsaldo	**1.439.600,00**	**1.354.871,72**	**-**	**84.728,28**	- **5,9**
Ref. 0150 Gleichstellungsreferat					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	241.200,00	245.307,27	+	4.107,27	+ 1,7
> Summe Investitionstätigkeit	300,00	0,00		300,00	100,0
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Gesamtsaldo	**241.500,00**	**245.307,27**	**+**	**3.807,27**	+ **1,6**
Personalvertretung					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	922.700,00	922.811,77	+	111,77	+ 0,0
> Summe Investitionstätigkeit	700,00	179,45		520,55	74,4
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Gesamtsaldo	**923.400,00**	**922.991,22**	**-**	**408,78**	- **0,0**

Einzahlungen

Teilhaushalt	Gesamteinzahlung		Abweichung		
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr / - weniger		
	- EUR -		absolut in EUR		- in v. H. -
FB 10 Zentrale Dienste					**--**
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	3.664.100,00	4.330.051,70	+ 665.951,70	+	18,2
> Summe Investitionstätigkeit	300.000,00	215.156,82	- 84.843,18	-	28,3
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00		--
> Gesamtsaldo	**3.964.100,00**	**4.545.208,52**	**+ 581.108,52**	+	**14,7**
FB 20 Finanzen					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	48.190.250,00	47.025.307,61	- 1.164.942,39	-	2,4
> Summe Investitionstätigkeit	4.050.000,00	10.901.739,56	+ 6.851.739,56	+	169,2
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00		--
> Gesamtsaldo	**52.240.250,00**	**57.927.047,17**	**+ 5.686.797,17**	+	**10,9**
FB 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	10.358.650,00	10.374.841,15	+ 16.191,15	+	0,2
> Summe Investitionstätigkeit	0,00	1.450,25	1.450,25		--
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00		--
> Gesamtsaldo	**10.358.650,00**	**10.376.291,40**	**+ 17.641,40**	+	**0,2**
FB 37 Feuerwehr					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	16.337.700,00	16.763.318,96	+ 425.618,96	+	2,6
> Summe Investitionstätigkeit	416.000,00	589.834,13	+ 173.834,13	+	41,8
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00		--
> Gesamtsaldo	**16.753.700,00**	**17.353.153,09**	**+ 599.453,09**	+	**3,6**
FB 40 Schule					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	4.227.400,00	4.177.139,31	- 50.260,69	-	1,2
> Summe Investitionstätigkeit	0,00	0,00	+ 0,00	+	--
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00		--
> Gesamtsaldo	**4.227.400,00**	**4.177.139,31**	**- 50.260,69**	-	**1,2**
FB 41 Kultur					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	1.309.700,00	1.563.935,14	+ 254.235,14	+	19,4
> Summe Investitionstätigkeit	0,00	981,94	+ 981,94	+	100,0
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00		--
> Gesamtsaldo	**1.309.700,00**	**1.564.917,08**	**+ 255.217,08**	+	**19,5**
Ref. 0500 Sozialreferat					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	0,00	1.213.578,61	+ 1.213.578,61	+	100,0
> Summe Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00		--
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00		--
> Gesamtsaldo	**0,00**	**1.213.578,61**	**+ 1.213.578,61**	+	**100,0**
FB 50 Soziales und Gesundheit					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	116.037.300,00	112.986.231,36	- 3.051.068,64	-	2,6
> Summe Investitionstätigkeit	0,00	0,00	+ 0,00	+	--
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00		--
> Gesamtsaldo	**116.037.300,00**	**112.986.231,36**	**- 3.051.068,64**	-	**2,6**
FB 51 Kinder, Jugend und Familie					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	19.997.460,00	19.570.672,77	- 426.787,23	-	2,1
> Summe Investitionstätigkeit	0,00	40.125,00	+ 40.125,00	+	100,0
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00		--
> Gesamtsaldo	**19.997.460,00**	**19.610.797,77**	**- 386.662,23**	-	**1,9**

Auszahlungen

Teilhaushalt	Gesamtauszahlung		Abweichung		
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr / - weniger		
	- EUR -		absolut in EUR		- in v. H. -
FB 10 Zentrale Dienste					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	21.052.772,00	21.639.214,44	+ 586.442,44	+	2,8
> Summe Investitionstätigkeit	5.217.800,00	6.034.064,51	+ 816.264,51	+	15,6
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00		--
> Gesamtsaldo	**26.270.572,00**	**27.673.278,95**	**+ 1.402.706,95**	+	**5,3**
FB 20 Finanzen					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	64.569.950,00	54.858.261,66	- 9.711.688,34	-	15,0
> Summe Investitionstätigkeit	32.023.400,00	31.940.060,30	- 83.339,70	-	0,3
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00		--
> Gesamtsaldo	**96.593.350,00**	**86.798.321,96**	**- 9.795.028,04**	-	**10,1**
FB 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	16.053.128,00	16.331.409,41	+ 278.281,41	+	1,7
> Summe Investitionstätigkeit	71.400,00	48.807,94	- 22.592,06	-	31,6
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00		--
> Gesamtsaldo	**16.124.528,00**	**16.380.217,35**	**+ 255.689,35**	+	**1,6**
FB 37 Feuerwehr					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	32.789.900,00	33.214.896,02	+ 424.996,02	+	1,3
> Summe Investitionstätigkeit	1.657.400,00	1.839.696,25	+ 182.296,25	+	11,0
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00		--
> Gesamtsaldo	**34.447.300,00**	**35.054.592,27**	**+ 607.292,27**	+	**1,8**
FB 40 Schule					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	56.620.100,00	56.354.652,48	- 265.447,52	-	0,5
> Summe Investitionstätigkeit	2.029.900,00	1.692.307,50	- 337.592,50	-	16,6
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00		--
> Gesamtsaldo	**58.650.000,00**	**58.046.959,98**	**- 603.040,02**	-	**1,0**
FB 41 Kultur					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	26.665.400,00	26.870.288,26	+ 204.888,26	+	0,8
> Summe Investitionstätigkeit	94.500,00	154.219,76	+ 59.719,76	+	63,2
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00		--
> Gesamtsaldo	**26.759.900,00**	**27.024.508,02**	**+ 264.608,02**	+	**1,0**
Ref. 0500 Sozialreferat					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	1.180.225,00	1.406.628,73	+ 226.403,73	+	19,2
> Summe Investitionstätigkeit	500,00	3.070,03	+ 2.570,03	+	514,0
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00		--
> Gesamtsaldo	**1.180.725,00**	**1.409.698,76**	**+ 228.973,76**	+	**19,4**
FB 50 Soziales und Gesundheit					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	187.880.552,00	182.172.012,80	- 5.708.539,20	-	3,0
> Summe Investitionstätigkeit	92.400,00	60.058,05	- 32.341,95	-	35,0
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00		--
> Gesamtsaldo	**187.972.952,00**	**182.232.070,85**	**- 5.740.881,15**	-	**3,1**
FB 51 Kinder, Jugend und Familie					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	121.627.910,00	121.137.492,70	- 490.417,30	-	0,4
> Summe Investitionstätigkeit	150.800,00	1.430.042,15	+ 1.279.242,15	+	848,3
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00		--
> Gesamtsaldo	**121.778.710,00**	**122.567.534,85**	**+ 788.824,85**	+	**0,6**

Einzahlungen

Teilhaushalt	Gesamteinzahlung		Abweichung		
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr / - weniger		
	- EUR -		absolut in EUR		- in v. H. -
Ref. 0600 Baureferat					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	35.500,00	37.360,43	+	1.860,43	+ 5,2
> Summe Investitionstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Gesamtsaldo	**35.500,00**	**37.360,43**	**+**	**1.860,43**	+ **5,2**
Ref. 0610 Referat Stadtbild und Denkmalpflege					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	85.700,00	68.337,67	-	17.362,33	- 20,3
> Summe Investitionstätigkeit	0,00	0,00	+	0,00	+ --
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Gesamtsaldo	**85.700,00**	**68.337,67**	**-**	**17.362,33**	- **20,3**
Ref. 0630 Referat Bauordnung					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	3.408.100,00	3.084.894,44	-	323.205,56	- 9,5
> Summe Investitionstätigkeit	0,00	606,73	+	606,73	+ 100,0
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Gesamtsaldo	**3.408.100,00**	**3.085.501,17**	**-**	**322.598,83**	- **9,5**
FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	5.201.700,00	1.683.175,82	-	3.518.524,18	- 67,6
> Summe Investitionstätigkeit	1.159.200,00	843.550,09	-	315.649,91	- 27,2
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Gesamtsaldo	**6.360.900,00**	**2.526.725,91**	**-**	**3.834.174,09**	- **60,3**
FB 66 Tiefbau und Verkehr					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	3.146.600,00	3.215.288,70	+	68.688,70	+ 2,2
> Summe Investitionstätigkeit	10.596.600,00	8.951.345,58	-	1.645.254,42	- 15,5
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Gesamtsaldo	**13.743.200,00**	**12.166.634,28**	**-**	**1.576.565,72**	- **11,5**
FB 67 Stadtgrün und Sport					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	4.371.800,00	4.105.084,93	-	266.715,07	- 6,1
> Summe Investitionstätigkeit	135.000,00	124.398,17	-	10.601,83	- 7,9
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Gesamtsaldo	**4.506.800,00**	**4.229.483,10**	**-**	**277.316,90**	- **6,2**
Stabsst. 0800 Wirtschaftsdezernat					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	100.000,00	187.091,95	+	87.091,95	+ 87,1
> Summe Investitionstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Gesamtsaldo	**100.000,00**	**187.091,95**	**+**	**87.091,95**	+ **87,1**
Allgemeine Finanzwirtschaft					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	464.302.000,00	423.592.178,33	-	40.709.821,67	- 8,8
> Summe Investitionstätigkeit	0,00	0,00	+	0,00	+ --
> Summe Finanzierungstätigkeit	7.863.100,00	1.965.048,75	-	5.898.051,25	- 75,0
> Gesamtsaldo	**472.165.100,00**	**425.557.227,08**	**-**	**46.607.872,92**	- **9,9**
Gesamthaushalt					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	701.194.960,00	654.398.017,40	-	46.796.942,60	- 6,7
> Summe Investitionstätigkeit	16.656.800,00	21.669.188,27	+	5.012.388,27	+ 30,1
> Summe Finanzierungstätigkeit	7.863.100,00	1.965.048,75	-	5.898.051,25	- 75,0
Finanzmittelveränderung	**725.714.860,00**	**678.032.254,42**	**-**	**47.682.605,58**	- **6,6**

Auszahlungen

Teilhaushalt	Gesamtauszahlung		Abweichung	
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr / - weniger	
	- EUR -		absolut in EUR	- in v. H. -
Ref. 0600 Baureferat				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	688.300,00	637.421,81	- 50.878,19	- 7,4
> Summe Investitionstätigkeit	10.500,00	19.883,19	+ 9.383,19	+ 89,4
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**698.800,00**	**657.305,00**	**- 41.495,00**	**- 5,9**
Ref. 0610 Referat Stadtbild und Denkmalpflege				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	553.100,00	497.345,72	- 55.754,28	- 10,1
> Summe Investitionstätigkeit	1.900,00	1.638,81	- 261,19	- 13,7
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**555.000,00**	**498.984,53**	**- 56.015,47**	**- 10,1**
Ref. 0630 Referat Bauordnung				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	4.519.400,00	4.197.766,07	- 321.633,93	- 7,1
> Summe Investitionstätigkeit	3.300,00	2.110,19	- 1.189,81	- 36,1
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**4.522.700,00**	**4.199.876,26**	**- 322.823,74**	**- 7,1**
FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	17.517.809,32	14.498.367,39	- 3.019.441,93	- 17,2
> Summe Investitionstätigkeit	2.764.600,00	3.838.737,66	+ 1.074.137,66	+ 38,9
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**20.282.409,32**	**18.337.105,05**	**- 1.945.304,27**	**- 9,6**
FB 66 Tiefbau und Verkehr				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	31.554.800,00	29.483.127,62	- 2.071.672,38	- 6,6
> Summe Investitionstätigkeit	24.658.700,00	16.768.881,89	- 7.889.818,11	- 32,0
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**56.213.500,00**	**46.252.009,51**	**- 9.961.490,49**	**- 17,7**
FB 67 Stadtgrün und Sport				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	20.772.413,68	21.245.355,50	+ 472.941,82	+ 2,3
> Summe Investitionstätigkeit	6.247.600,00	7.128.001,10	+ 880.401,10	+ 14,1
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**27.020.013,68**	**28.373.356,60**	**+ 1.353.342,92**	**+ 5,0**
Stabsst. 0800 Wirtschaftsdezernat				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	773.600,00	1.041.614,35	+ 268.014,35	+ 34,6
> Summe Investitionstätigkeit	125.200,00	0,00	- 125.200,00	- 100,0
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**898.800,00**	**1.041.614,35**	**+ 142.814,35**	**+ 15,9**
Allgemeine Finanzwirtschaft				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	40.726.700,00	30.083.405,66	- 10.643.294,34	- 26,1
> Summe Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Summe Finanzierungstätigkeit	24.500.600,00	18.511.915,12	- 5.988.684,88	- 24,4
> Gesamtsaldo	**65.227.300,00**	**48.595.320,78**	**- 16.631.979,22**	**- 25,5**
Gesamthaushalt				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	656.112.860,00	626.115.554,83	- 29.997.305,17	- 4,6
> Summe Investitionstätigkeit	75.178.100,00	70.979.627,54	- 4.198.472,46	- 5,6
> Summe Finanzierungstätigkeit	24.500.600,00	18.511.915,12	- 5.988.684,88	- 24,4
Finanzmittelveränderung	**755.791.560,00**	**715.607.097,49**	**- 40.184.462,51**	**- 5,3**

Erläuterungen zu Abweichungen der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit und aus Finanzierungstätigkeit in den Teil-Finanzrechnungen

Im Folgenden werden diejenigen Haushaltsansätze der Teilhaushalte erläutert, die eine Abweichung zwischen Ansatz und Ergebnis über 500 TEUR aufweisen, soweit diese nicht bereits für die Ergebnisrechnung erläutert wurden. Darüber hinaus werden diejenigen Ansätze erläutert, die eine Abweichung von mehr als 500 TEUR gegenüber der Ergebnisrechnung aufweisen.

Ref. 0500 Sozialreferat

Ref. 0500 – Zeile 9: Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen		
Haushaltsansatz 2014:	0,00	EUR
Ergebnis 2014:	1.099.663,55	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	1.099.633,55	EUR

Die Einzahlungen sind komplett dem Bereich "Spenden Kinderarmut" zuzuordnen.
Im Jahr 2014 sind eine Großspende der Firma New Yorker in Höhe von 1 Mio. EUR sowie diverse weitere Spenden in Höhe von rd. 100 TEUR eingegangen.

Zahlungen im Bereich "Spenden Kinderarmut" werden im Ergebnishaushalt den außerordentlichen Aufwendungen zugeordnet. Bei den außerordentlichen Aufwendungen ist es nicht absehbar, ob und in welcher Höhe diese auflaufen. Eine Planung dieses Sachkontos erfolgt nicht.

FB 50 Soziales und Gesundheit

FB 50 – Zeile 2: Zuwendungen und allgemeine Umlagen		
Haushaltsansatz 2014:	16.847.700,00	EUR
Ergebnis 2014:	16.068.396,80	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-779.303,20	EUR

Mindereinzahlungen in Höhe von rd. 551 TEUR sind im Bereich Leistungsbeteiligung für Unterkunft und Heizung sowie Transferaufwendungen Bildungs- und Teilhabepaket zu verzeichnen, weil der Bund die rechnerische Überzahlung der Transferaufwendungen Bildungs- und Teilhabepaket 2012 von den laufenden Erstattungen 2014 für Unterkunft und Heizung einbehielt und das Land diese Einbehaltung weiterreichte. Für die Stadt Braunschweig handelte es sich um einen Betrag

von rd. 635 TEUR. Der Differenzbetrag von rd. 84 TEUR setzt sich zusammen aus 2014 zu viel erhaltenen Abschlägen für Transferaufwendungen Bildungs- und Teilhabepaket in Höhe von rd. 194 TEUR (für die im Ergebnishaushalt eine Rückstellung 2014 gebildet wurde) sowie Mindereinzahlungen von rd. 110 TEUR im Rahmen der Abrechnung von geringer als veranschlagten tatsächlichen Auszahlungen.

Des Weiteren sind im Zuge der sukzessiven Auflösung der Stabsstelle Beschäftigungsförderung Mindereinzahlungen von rd. 192 TEUR entstanden, jedoch auch weniger Personal- und Sachkostenauszahlungen als veranschlagt.

Eine weitere Mindereinzahlung von rd. 40 TEUR ergab sich bei der Förderung des Seniorenservicebüros, ebenfalls verbunden mit Minderauszahlungen im Personal- und Sachkostenbereich. Hintergrund war das Auslaufen des Arbeitsvertrages der bis Ende 2013 im Projekt beschäftigten Mitarbeiterin und die verwaltungsseitige Entscheidung, für 2014 keine Neueinstellung vorzunehmen und keinen neuen Förderungsantrag zu stellen, angesichts der vom Land für spätestens Mitte 2015 vorgesehenen generellen Einstellung der Förderung von Seniorenservicebüros.

Kleine Mehreinzahlungen von rd. 3 TEUR entstanden in den Bereichen Betreuung Volljähriger und Maßnahmen der Gesundheitspflege.

FB 50 Soziales und Gesundheit

FB 50 – Zeile 6: Kostenerstattungen und Kostenumlagen		
Haushaltsansatz 2014:	84.417.600,00	EUR
Ergebnis 2014:	80.948.498,71	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-3.469.101,29	EUR

Auf die Erläuterungen zur Ergebnisrechnung 2014 Zeile 7 Kostenerstattungen und Umlagen wird verwiesen. Die Differenz zwischen den dort ausgewiesenen Mindererträgen von rd. 1.530 TEUR und den in der Finanzrechnung o.a. ausgewiesenen Mindereinzahlungen beträgt rd. 1.940 TEUR. Die Finanzrechnung 2014 weist größere Mindereinzahlungen aus als die Ergebnisrechnung 2014 Mindererträge ausweist, weil die zu viel erhaltenen Abschläge in 2013 um rd. 2.219 TEUR größer waren als in 2014. Die Finanzrechnung spiegelt die Ist-Zahlungen der im laufenden Jahr erhaltenen Abschläge und für das Vorjahr geleisteten Rückzahlungen wieder, die Ergebnisrechnung hingegen wegen der Rückstellungen letztlich die für das laufende Jahr erhaltenen und tatsächlich verbrauchten Abschläge.

Der Differenzbetrag von rd. 279 TEUR (2.219 TEUR abzüglich 1.940 TEUR) resultiert zum einen aus Ist-Eingängen Anfang 2014 für im Dezember 2013 zum Soll gestellten Erstattungsforderungen (als größte Position ist hier die Wohngelderstattung für Dezember 2013 von rd. 289 TEUR zu nennen). Zum anderen wurden 2014 in diversen Teilbereichen saldiert insgesamt rd. 9 TEUR mehr zum Soll gestellt, die erst 2015 ff. eingingen/eingehen werden.

FB 51 Kinder, Jugend und Familie

FB 51 – Zeile 3: Sonstige Transfereinzahlungen		
Haushaltsansatz 2014:	1.501.400,00	EUR
Ergebnis 2014:	1.860.885,05	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	359.485,05	EUR

Die Abweichungen zwischen Ergebnis- und Finanzrechnung (in Höhe von rd. – 571 TEUR) gliedern sich auf in die Sachkonten 321150/621150 Kostenersatz außerhalb von Einrichtungen mit rd. - 531 TEUR sowie Sachkonto 322150/622150 Kostenbeiträge innerhalb von Einrichtungen mit rd. - 41 TEUR.

Allein rd**. – 575 TEUR** der Abweichung zwischen Ergebnis- und Finanzrechnung begründen sich auf der Leistung Unterhaltsvorschuss bei dem Sachkonto 321150/621150 Kostenersatz außerhalb von Einrichtungen (rd. – 521 TEUR) und bei dem Sachkonto 322150/622150 Kostenbeiträge innerhalb von Einrichtungen (rd. – 54 TEUR).

Die Einbuchung der Forderung (Rechnung) erfolgt in der Ergebnisrechnung und in der Finanzrechnung als "Soll- Stellung". In der Ergebnisrechnung bleibt der Betrag bestehen, auch wenn die Forderung nicht geltend gemacht wird. Es sei denn, es wird eine Wertberichtigung vorgenommen. In der Finanzrechnung sind aber nur die tatsächlichen Geldeingänge im "Ist".

Die Differenz aus Ergebnis- und Finanzrechnung ergeben sich auf Grund der "offenen Forderungen".

Eine weitere Abweichung in Höhe von rd. 13 TEUR ergibt sich im Bereich der Leistungen für Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, Sachkonto 322150/622150.

Allgemeine Finanzwirtschaft

Allg. Finanzwirtschaft – Zeile 1: Steuern und ähnliche Abgaben		
Haushaltsansatz 2014:	370.445.500,00	EUR
Ergebnis 2014:	329.479.222,44	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-40.966.277,56	EUR

Eine Abweichung zwischen Ansatz und Ergebnis von rd. -38.905 TEUR ist bereits durch die Erläuterung zur Ergebnisrechnung (Zeile 1) erklärt.

Im Folgenden wird die Abweichung von rd. 2.060 TEUR zwischen Finanz - und Ergebnisrechnung erläutert:

Der wesentliche Grund für die Abweichungen zwischen Ergebnisrechnung und Finanzrechnung sind zum Jahresabschluss 2014 gebildete Rückstellungen sowie verbrauchte und aufgelöste Rückstellungen aus Vorjahren bei der Gewerbesteuer, dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer und der Vergnügungssteuer (Automaten). Die Bildung und der Verbrauch bzw. die Auflösung von Rückstellungen erfolgen nur in der Ergebnisrechnung, so dass sich hier Differenzen zur Finanzrechnung ergeben.

Allg. Finanzwirtschaft – Zeile 34:
Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit

Haushaltsansatz 2014:	7.863.100,00	EUR
Ergebnis 2014:	1.965.048,75	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-5.898.051,25	EUR

Ein Kredit, dessen Zinsbindung im Jahr 2014 endete, wurde nicht umgeschuldet, sondern bei der darlehensvergebenden Bank verlängert. Da im Rahmen der Haushaltsplanung eine Umschuldung einkalkuliert wurde, tritt sowohl bei der Ein- als auch bei der Auszahlung eine entsprechende Differenz auf.

Erläuterungen zu Abweichungen der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit und aus Finanzierungstätigkeit in den Teil-Finanzrechnungen

Im Folgenden werden diejenigen Haushaltsansätze der Teilhaushalte erläutert, die eine Abweichung zwischen Ansatz und Ergebnis über 500 TEUR aufweisen, soweit diese nicht bereits für die Ergebnisrechnung erläutert wurden. Darüber hinaus werden diejenigen Ansätze erläutert, die eine Abweichung von mehr als 500 TEUR gegenüber der Ergebnisrechnung aufweisen.

FB 20 Finanzen

FB 20 – Zeile 13: Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für geringwertige Vermögensgegenstände		
Haushaltsansatz 2014:	18.700.700,00	EUR
Ergebnis 2014:	14.544.121,81	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-4.156.578,19	EUR

Eine Abweichung zwischen Ansatz und Ergebnis in Höhe von rd. -4.715 TEUR ist bereits durch die Erläuterung zur Ergebnisrechnung (Zeile 15) erklärt. Im Folgenden wird die Abweichung von rd. 600 TEUR zwischen Finanz- und Ergebnisrechnung erläutert:

Die gegenüber der Ergebnisrechnung geringere Einsparung von rd. 600 TEUR ist insbesondere auf den nicht zahlungswirksamen Verbrauch von Rückstellungen zurückzuführen. Während in der Finanzrechnung Auszahlungen erfolgten, konnte die Ergebnisrechnung durch den Verbrauch von Rückstellungen, die in den Vorjahren gebildet worden waren, "neutralisiert" werden. Dieser Sachverhalt führte insbesondere bei Finanzposition 721110 – Grundstücke und bauliche Anlagen/Instandhaltung – zu einer Abweichung von rd. 600 TEUR gegenüber der entsprechenden Position in der Ergebnisrechnung (421110, vgl. vgl. Erläuterungen zu Abweichungen der Aufwendungen in den Teil-Ergebnisrechnungen, FB 20, Zeile 15).

FB 20 – Zeile 15: Transferauszahlungen		
Haushaltsansatz 2014:	24.568.500,00	EUR
Ergebnis 2014:	23.162.895,86	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-1.405.604,14	EUR

Die Abweichung zwischen Ergebnis- und Finanzrechnung in Höhe von rd. 5.285 TEUR besteht im Wesentlichen, da der überplanmäßig bereitgestellte Mehraufwand für Betriebsmittelzuschüsse an die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG) für das Wirtschaftsjahr 2014 in

Höhe von rd. 4.682 TEUR (siehe hierzu die Vorlage zum Jahresabschluss 2014 der SBBG, Drucksache-Nr. 15-00032) erst in 2015 ausgezahlt aber bereits in 2014 ergebniswirksam wurde. Dies gilt auch für weitere kleinere Zuschüsse an einige der übrigen Gesellschaften.

FB 20 – Zeile 16: Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen

Haushaltsansatz 2014:	12.095.950,00	EUR
Ergebnis 2014:	7.937.245,31	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-4.158.704,69	EUR

Der Haushaltsansatz der Zeile 6 des Finanzhaushalts ist um rd. 3.586 TEUR höher als der Ansatz Zeile 19 des Ergebnishaushalts, da in ersterem auch die nicht ergebniswirksamen Auszahlungen für die abzugsfähige Vorsteuer (Sachkonto 744210 und ggf. 744310) aufzuführen sind.

Die noch nicht in der Ergebnisrechnung erläuterte Abweichung zwischen Ansatz und Ergebnis beträgt rd. 3.177 TEUR.

Die Abweichung ergibt sich insbesondere durch geringere Auszahlungen bei der abzugsfähigen Vorsteuer z. B. im BgA Stadion. Korrespondierend sind die Einzahlungen in Zeile 9 der Finanzrechnung entsprechend niedriger.

FB 40 Schule

FB 40 – Zeile 16: Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen

Haushaltsansatz 2014:	46.770.100,00	EUR
Ergebnis 2014:	47.556.531,95	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	786.431,95	EUR

Es wird auf die Erläuterungen der Mehraufwendungen in Zeile 19 "Sonstige ordentliche Aufwendungen" der Ergebnisrechnung verwiesen.

Die Mehraufwendungen in Höhe von rd. 2.000 TEUR in der Ergebnisrechnung finden sich nicht in voller Höhe in der Finanzrechnung wieder. Es ergibt sich eine Differenz zur Ergebnisrechnung in Höhe von rd. 1.200 TEUR.

Die Ursache für diese Differenz ergibt sich aus dem Saldo von Abweichungen in drei verschiedenen Sachkonten. Zunächst ist zu berücksichtigen, dass sowohl für die Nachzahlung der Betriebskosten kalt (rd. 1.800 TEUR) als auch für Aufwendungen in der Schülerbeförderung (rd. 700 TEUR) Verbindlichkeiten bzw. Rückstellungen gebildet worden sind, die erst in 2015 zur Auszahlung kommen werden und somit in der Finanzrechnung 2014 nicht enthalten sind. Des Weiteren ergibt die Finanzrechnung bei den Betriebskosten warm (Sachkonto 445517) rd. 1.300 TEUR mehr an Auszahlungen als die Ergebnisrechnung. Ursächlich hierfür ist eine Betriebskostenabrechnung für 2011/2012, die im Juni 2014 zu einer Mehrauszahlung von rd. 1.400 TEUR geführt hat, die aber zu keiner Plan-Ist-Abweichung in der Ergebnisrechnung geführt hat. Im Saldo der Sachkonten Betriebskosten warm und kalt sowie der Schülerbeförderung ergibt sich die genannte Differenz von rd. 1.200 TEUR.

FB 50 Soziales und Gesundheit

FB 50 – Zeile 16: Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für geringwertige Vermögensgegenstände

Haushaltsansatz 2014:	64.281.800,00	EUR
Ergebnis 2014:	60.061.471,92	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-4.220.328,08	EUR

Die wesentliche Ursache für die Minderauszahlung ist die Hauptabbuchung im Bereich Kosten der Unterkunft in Höhe von rd. 3.870 TEUR für Januar 2015 von der Bundesagentur für Arbeit am 02.01.2015 statt am 30.12.2014 wegen dortiger technischer Probleme. Dadurch sind in der Finanzrechnung 2014 nur Zahlungen für 11 Monate enthalten (Februar bis Dezember 2014) und in der Finanzrechnung 2015 werden Zahlungen für 13 Monate (Januar 2015 bis Januar 2016) enthalten sein, was zu einer Überschreitung in der Finanzrechnung 2015 führen wird.

Die restlichen saldiert rd. 350 TEUR Minderauszahlungen sind nahezu identisch mit den saldierten Minderaufwendungen im Ergebnishaushalt (Minderaufwendungen/-auszahlungen bei Kosten der Unterkunft und Heizung sowie kommunalen Beihilfen und Darlehen SGB II von rd. 396 TEUR aufgrund von Aufwandsrückgängen im letzten Quartal 2014; Minderaufwendungen/-auszahlungen bei den Kopfpauschalen nach dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz von rd. 408 TEUR, die wegen der unterschiedlichen Rechnungslegung der diversen Krankenkassen im Voraus nicht abzuschätzen waren/sind; Minderaufwendungen/-auszahlungen an den Gemeindeunfallversicherungsverband von rd. 38 TEUR; Mehrauszahlungen/-aufwendungen bei den Transferleistungen Bildungs- und Teilhabepaket SGB II von rd. 142 EUR aufgrund der in diesem Bereich weiter und stärker als angenommenen steigenden Inanspruchnahme; Mehrauszahlungen/-aufwendungen beim Kommunalen Finanzierungsanteil am Jobcenter Braunschweig von rd. 43 TEUR anhand der gestiegenen dortigen Gesamtkosten; Mehrauszahlungen/-aufwendungen für Erstattungen an das Gebäudemanagement für Mieten, Betriebskosten, Verwalterpauschale wegen Nachberechnungen für Vorjahre rd. 317 TEUR, diverse Minderauszahlungen/-aufwendungen rd. 10 TEUR).

FB 51 Kinder, Jugend und Familie

FB 51 – Zeile 15: Transferauszahlungen		
Haushaltsansatz 2014:	76.696.210,00	EUR
Ergebnis 2014:	75.212.126,36	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-1.484.083,64	EUR

Die Abweichung zwischen Ergebnis- und Finanzhaushalt (in Höhe von - 617.000 EUR) gliedern sich auf folgende Sachkonten:

431810/731810 Zuschuss an übrige Bereiche + 163.900 EUR
Der aufzulösende Betrag an verbrauchten Rückstellungen war größer, als der Betrag für die neu gebildeten Rückstellungen.

433150/733150 Jugendhilfeleistungen außerhalb von Einrichtungen - 652.100 EUR
433250/733250 Jugendhilfeleistungen innerhalb von Einrichtungen - 147.200 EUR
Der Betrag der zu bildenden Rückstellungen in 2014 war größer, als der Betrag der in 2014 durch Verbrauch an Rückstellungen aufgelöst wurde.

433980/733980 Sonstige soziale Leistungen UVG - 27.700 EUR
Die Zahlung mit Buchungsdatum 01.01.2014 (erste Zahlung für 2014) in Höhe von rd. 228 TEUR ist im Ergebnishaushalt in 2014 und im Finanzhaushalt in 2013 gebucht. Die Zahlung mit dem Buchungsdatum 29.12.2014 (letzte Zahlung für 2014) ist im Ergebnishaushalt in 2015 und im Finanzhaushalt in 2014. Der Saldo aus den beiden Zahlungen entspricht dem Abweichungsbetrag.

431813/731813 IM Zuschuss an übrige Bereiche + 46.100 EUR
In 2014 wurden für den U3 40 % Ausbau rd. 43 TEUR über gebildete Rückstellungen ausgezahlt. Für den Ergebnishaushalt kam es daher zu keiner Belastung. Weitere rd. 4 TEUR sind über Rückstellungen für die Zuschüsse der Kitasanierung und der Jugendarbeit geflossen.

FB 66 Tiefbau und Verkehr

FB 66 – Zeile 16: Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen		
Haushaltsansatz 2014:	17.956.800,00	EUR
Ergebnis 2014:	17.083.504,84	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-873.295,16	EUR

Ein Großteil der Minderauszahlungen ist mit rd. 800 TEUR auf dem Sachkonto 745710 "Erstattung an private Unternehmen" für die Entgeltzahlungen an die Bellis GmbH für die öffentliche Beleuchtung entstanden. Ursächlich hierfür ist, dass aufgrund von Personalengpässen im Fachbereich 66 die Entgeltanpassung für 2014 erst Anfang 2015 berechnet werden konnte. Die fälligen Entgelte für November und Dezember 2014 konnten daher erst 2015 ausgezahlt werden und stehen somit nicht im Ergebnis 2014. In der Ergebnisrechnung wurde für diesen Sachverhalt eine Rückstellung gebildet.

Allgemeine Finanzwirtschaft

Allg. Finanzwirtschaft – Zeile 35: Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit		
Haushaltsansatz 2014:	24.500.600,00	EUR
Ergebnis 2014:	18.511.915,12	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-5.988.684,88	EUR

Die Abweichung resultiert im Wesentlichen aus der Tatsache, dass ein Kredit, dessen Zinsbindung im Jahr 2014 endete, nicht umgeschuldet, sondern bei der darlehensvergebenden Bank nach entsprechender Ausschreibung verlängert wurde. Da im Rahmen der Haushaltsplanung eine Umschuldung einkalkuliert wurde, tritt sowohl bei der Ein- als auch bei der Auszahlung eine entsprechende Differenz auf.

Erläuterungen zu Abweichungen der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit in den Teil-Finanzrechnungen

Im Folgenden werden diejenigen Haushaltsansätze der Teilhaushalte erläutert, die eine Abweichung über 500 TEUR zwischen dem aktualisierten Ansatz („Haushaltsansatz aktuell“) und dem Ergebnis darstellen.

FB 20 Finanzen

FB 20 – Zeile 19: Zuwendungen für Investitionstätigkeit		
Haushaltsansatz 2014	1.020.000,00	EUR
Planaktualisierung	0,00	EUR
Haushaltsansatz aktuell	1.020.000,00	EUR
abzgl. Ergebnis 2014	4.825.990,53	EUR
Abweichung vom verfügbaren Budget (+ mehr/ - weniger)	3.805.990,53	EUR

Die Abweichung ist insbesondere auf die beiden nachfolgenden Sachverhalte zurückzuführen:

Projekt 5E.200047 - FB 20: Gewerbeflächen Flughafen/Erschließung
Bereits für das Jahr 2013 sind für die Erschließung der Gewerbeflächen am Flughafen sowohl Fördergelder als auch Erschließungsbeiträge eingeplant worden. In 2014 konnten diese Planbeträge zu einem großen Anteil nunmehr vereinnahmt werden.
Mehreinzahlung bei den Zuwendungen 2.412 TEUR

Projekt 4S.210069 - Kitaneubauten (40 % Quote)
Im Rahmen der geschlossenen städtebaulichen Verträge haben sich für den Kita-Neubau Roselies nicht geplante Zuwendungen in Höhe von 1.120 TEUR durch die Investoren ergeben.
Mehreinzahlung bei den Zuwendungen 1.120 TEUR

FB 20 – Zeile 20: Beiträge und ähnliche Entgelte für Investitionstätigkeit		
Haushaltsansatz 2014	0,00	EUR
Planaktualisierung	0,00	EUR
Haushaltsansatz aktuell	0,00	EUR
abzgl. Ergebnis 2014	1.737.233,42	EUR
Abweichung vom verfügbaren Budget (+ mehr/ - weniger)	1.737.233,42	EUR

Es handelt sich um Erschließungs- und Straßenausbaubeiträge, die ursprünglich im Haushalt 2013 beim **Projekt 5E.200047 - Gewerbeflächen Flughafen / Erschließung -** veranschlagt waren. Tatsächliche Einzahlungen sind erst in 2014 im Zuge des Verkaufs von Gewerbegrundstücken erfolgt.

FB 20 – Zeile 23: Sonstige Investitionstätigkeit		
Haushaltsansatz 2014	320.000,00	EUR
Planaktualisierung	0,00	EUR
Haushaltsansatz aktuell	320.000,00	EUR
abzgl. Ergebnis 2014	1.236.845,56	EUR
Abweichung vom verfügbaren Budget (+ mehr/ - weniger)	916.845,56	EUR

Die Mehreinzahlungen ergaben sich aus Ablösungen/Sondertilgungen in 2014 bei Wohnungsbaudarlehen. Die Darlehensnehmer dürfen jederzeit außerordentlich ganz oder teilweise tilgen.

FB 66 Tiefbau und Verkehr

FB 66 – Zeile 19: Zuwendungen aus Investitionstätigkeit		
Haushaltsansatz 2014	2.002.900,00	EUR
Planaktualisierung	24.580,64	EUR
Haushaltsansatz aktuell	2.027.480,64	EUR
Ergebnis 2014	3.247.682,39	EUR
Abweichung vom Ansatz (+ mehr/ - weniger)	1.220.201,75	EUR

2014 wurden in etlichen Projekten erheblich mehr Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen vereinnahmt als geplant. Ein Grund dafür liegt in dem Bemühen der zuständigen Organisationseinheit aufgrund von personellen und organisatorischen Änderungen möglichst viele Förderverfahren abzuschließen. Dadurch ist es gelungen mehr Mittel zu vereinnahmen als im normalen Geschäftsgang zu erwarten wären.

So konnten mehr Fördermittel als geplant in den Projekten

- 5E.660007 Brücke Fallersleber Tor 385 TEUR,
- 5E.660024 Ebertallee 124 TEUR,
- 5E.660052 Okerbrücke Rüninger Weg 200 TEUR,
- 5E.660082 Roselies-Süd 422 TEUR
- 5S.660049 Donaustraße und AS BS Hafen 382 TEUR

eingenommen werden.

In dem Projekt 5E.660065 Salzdahlumer Straße hingegen, wo 400 TEUR als Zuwendungen eingeplant waren, konnten keine Mittel vereinnahmt werden, da die Umsetzung der Maßnahmen verschoben wurde.

FB 66 – Zeile 20: Beiträge und ähnl. Entgelte für Investitionstätigkeit		
Haushaltsansatz 2014	8.593.700,00	EUR
Planaktualisierung	0,00	EUR
Haushaltsansatz aktuell	8.593.700,00	EUR
Ergebnis 2014	5.699.062,09	EUR
Abweichung vom verfügbaren Budget (+ mehr/ - weniger)	- 2.894.637,91	EUR

Die Veranschlagungshöhe der erwarteten Einnahmen für Beiträge und Entgelte korrespondiert naturgemäß mit der Höhe der veranschlagten Ausgaben für die Baumaßnahmen. Aufgrund von Verschiebungen oder Verzögerungen von Baumaßnahmen z.B. in Folge von Wettereinflüssen, Änderungsbedarf nach politischer Beschlusslage oder anderen Einwirkungen kommt es jedes Jahr wiederkehrend zu Abweichungen der geplanten Ausgaben und damit zusammenhängend auch der Einnahmen.

Es kommt vor, dass in Projekten Straßenausbau- oder Erschließungsbeiträge geplant sind, diese aber wegen Verzögerung nicht realisiert werden oder Beiträge in Projekten vereinnahmt werden, in denen keine Ansätze eingeplant sind, weil die Planansätze bereits in Vorjahren veranschlagt waren. Bei einem Großteil der Projekte gleichen sich Über- und Unterzahlung der Ansätze aus.

Die Mindereinzahlungen lassen sich hier im Groben durch folgende Projekte erklären:

5E.660065 Erneuerung der Salzdahlumer Straße
Die hier eingeplanten 530 TEUR für Straßenausbaubeiträge wurden nicht eingenommen, da die Baumaßname aufgrund der Stadtbahnausbauplanung verschoben wurde

5E.660080 Erschließung Wohnbaugebiet Lammer Busch Ost
Die Umsetzung der Maßnahme hat sich verzögert, so dass auch die Einzahlung in Höhe von rd. 1.303 TEUR für den 2. Bauabschnitt erst 2015 vereinnahmt werden konnte. In 2014 war die Wohnbebauung noch nicht weit genug fortgeschritten. Da der Endausbau aber erst nach ausreichender Bebauung der Grundstücke erfolgt, ist es zu der verzögerten Umsetzung der Maßnahme gekommen.

5E.66082 Erschließung Roselies Süd
Die in 2014 geplanten Erschließungsbeiträge in Höhe von rd. 1.061 TEUR konnten nicht vereinnahmt werden. Es haben sich Verzögerungen bei der Maßnahme ergeben, da die Wohnbebauung noch nicht weit genug fortgeschritten war, um den Endausbau vorzunehmen.

5E.660094 Erschließung Am Soolanger
Die Maßnahme wurde in 2014 nicht umgesetzt. Entsprechend konnten die geplanten Erschließungsbeiträge in Höhe von 500 TEUR nicht realisiert werden.

Den Mindereinzahlungen stehen aber auch Mehreinzahlungen, z.B. für das Projekt Straßenerneuerung Petritor gegenüber, wo in 2014 die Einzahlungen aus Straßenausbaubeiträgen um rd. 357 TEUR überschritten wurden.

Erläuterungen zu Abweichungen der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit in den Teil-Finanzrechnungen

Im Folgenden werden diejenigen Haushaltsansätze der Teilhaushalte erläutert, die eine Abweichung über 500 TEUR zwischen dem aktualisierten Ansatz und dem Ergebnis darstellen.
In den Planaktualisierungen sind die übertragenen Haushaltsreste aus dem Vorjahr enthalten. Die Gründe für die Bildung von Haushaltsresten bei den einzelnen Projekten über 500 TEUR sind im Jahresabschluss 2014 aufgeführt. Daneben sind auch Mittelumsetzungen im Rahmen von über- und außerplanmäßigen Auszahlungen sowie Haushaltsvorgriffe enthalten. Diese können den Punkten 3.5.2.1 und 3.5.2.2 des Rechenschaftsberichts entnommen werden. Ebenfalls enthalten sind Mittelumsetzungen im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit. Diese Mittelumsetzungen werden von den jeweiligen Fachbereichen innerhalb der ihnen zugeteilten Budgets vorgenommen.

FB 20 Finanzen

FB 20 – Zeile 25: Erwerb von Grundstücken und Gebäuden		
Haushaltsansatz 2014	2.255.000,00	EUR
Planaktualisierung	1.566.792,92	EUR
Haushaltsansatz aktuell	3.821.792,92	EUR
abzgl. sonst. Verb. 2014/2015	346.853,83	EUR
abzgl. Ergebnis 2014	1.793.170,57	EUR
Abweichung vom verfügbaren Budget (+ mehr/ - weniger)	-1.681.768,52	EUR

Durch die abnehmende Verkaufsbereitschaft der Eigentümer von landwirtschaftlich genutzten Flächen konnten nicht alle eingeplanten Grundstücksankäufe für den "Flächenpool", aus dem Grundstücke für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen akquiriert werden, realisiert werden.

Ein Teil der verbliebenen Mittel ist zur Abwicklung bereits geschlossener Verträge notwendig, so dass eine entsprechende Übertragung von Haushaltsresten in das Jahr 2015 erfolgt ist.

FB 20 – Zeile 26: Baumaßnahmen		
Haushaltsansatz 2014	25.195.600,00	EUR
Planaktualisierung	19.482.600,70	EUR
Haushaltsansatz aktuell	44.678.200,70	EUR
abzgl. sonst. Verb. 2014/2015	5.289.311,36	EUR
Ergebnis 2014	26.700.101,60	EUR
Abweichung vom verfügbaren Budget (+ mehr/ - weniger)	-12.688.787,74	EUR

Bei folgenden Projekten ist es insbesondere in 2014 zu Minderauszahlungen über 200 TEUR gekommen:

4E.210056 4. IGS Volkmarode / Einrichtung
Die Umsetzung der Maßnahme erfolgte bisher schneller als geplant. Es waren sowohl in 2014 als auch in den Vorjahren Vorgriffe auf die Haushaltsmittel der Zukunft erforderlich. Die Haushaltsmittel der Einrichtung der 4. IGS beinhalten aber auch die Haushaltsmittel für den Neubau der Sporthalle. Zu der Größe der Sporthalle gibt es jedoch noch umfangreichen Abstimmungsbedarf, so dass hier die Mittel nicht wie geplant abgeflossen sind.
Abweichung: -711 TEUR (CO-Abweichung)

4E.210097 Nibelungenschule, Sanierung und Erweiterung für IGS Querum
Die Planung der Zahlungsflüsse kann nur grob erfolgen, so dass jederzeit mit Abweichungen bei den verbleibenden Mitteln je Jahr gerechnet werden muss. Weiterhin besteht aufgrund des laufenden Schulbetriebes nur die Möglichkeit abschnittsweise zu bauen, was auch zu einer Veränderung des Bauprozesses und somit der Zahlungsabflüsse führt. Eine Verzögerung der Baumaßnahme ist aber nicht eingetreten.
Abweichung: -237 TEUR (CO-Abweichung)

4E.210100 Lessinggymnasium Wenden, Einrichtung Ganztagsbetrieb
In 2013 wurde für dieses Projekt aufgrund des Baufortschritts ein Vorgriff auf 2014 erforderlich. Entsprechende Haushaltsmittel durften daher in 2014 nicht mehr zur Auszahlung kommen. Die Bauarbeiten sind bis auf kleine Restleistungen in 2014 abgeschlossen worden.
Abweichung: - 616 TEUR (CO-Abweichung)

4E.210113 GS Hohestieg / Einrichtung Ganztagsbetrieb
In 2014 wurde für diese Maßnahme aufgrund des zügigen Bauablaufs ein Haushaltsvorgriff auf 2015 vorgenommen. Die Mittel sind für zusätzliche Aufträge benötigt worden; eine Auszahlung der Mittel hat in 2014 aber nicht mehr stattfinden können.
Abweichung: - 223 TEUR (CO-Abweichung)

4E.210127 Tunica-Halle, Sanierung
Im Rahmen der Planung der Maßnahme haben sich Veränderungen bei den genehmigungsrechtlichen Randbedingungen ergeben. Dies hat dazu geführt, dass erst im Mai 2014 eine Zustimmung der politischen Gremien eingeholt werden konnte. Bis zum Jahresende konnte nur ein Teil der geplanten Maßnahme umgesetzt werden. Von den verfügbaren Mitteln waren rd. 193 TEUR durch vergebene Aufträge für auszuführende Leistungen vergeben.
Abweichung: - 566 TEUR (CO-Abweichung)

4E.210130 / 4E.210136 / 4E.210139 / 4E.210140 / 4E.210144 und 4E.210145
Projekte des Schulsanierungspaketes 1
Das Schulsanierungspaket 1 beinhaltet die Sanierung der HS Sophienstraße, der GS/HS Rüningen, der RS John-F-Kennedy-Platz, des GY MK, des GY H.v.F und der IGS Franzsches Feld. In allen Fällen haben in 2014 Haushaltsvorgriffe auf die Haushaltsmittel 2015 stattgefunden. Die Mittel sind für zusätzliche Aufträge benötigt worden; eine Auszahlung der Mittel hat in 2014 aber nicht mehr stattfinden können.
Abweichung: - 1.528 TEUR (CO-Abweichung)

4E.210134 GS Melverode, Sanierung
Der Baubeginn der Maßnahme konnte erst nach umfangreichen Planungs- und Abstimmungsprozessen im August 2014 stattfinden. Von den am Jahresende 2014 verfügbaren Mittel waren rd. 105 TEUR durch Aufträge an Dritte gebunden.
Abweichung: - 326 TEUR (CO-Abweichung)

4E.210137 BBS V, Sanierung
Der Baubeginn zur Sanierung des NTW-Raums 115 fand im März 2015 statt, nachdem der Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss im Bauausschuss nach intensiven Abstimmungen zwischen den beteiligten Fachbereichen über den Zeitablauf der ganzheitlichen Sanierung erst im Februar 2015 herbeigeführt werden konnte.
Abweichung: - 400 TEUR (CO-Abweichung)

4E.210152 Kita Leiferde, Neubau
Nach dem Brand der Kita Leiferde hatte der Rat der Stadt in seiner Sitzung am 21.10.2014 außerplanmäßige Mittel bereitgestellt, um so schnell wie möglich Ersatz schaffen zu können. Aufgrund der Eilbedürftigkeit des Projektes musste damit gerechnet werden, dass ein großer Anteil der Aufträge noch in 2014 vergeben wird. Es wurden daher alle notwendigen Haushaltsmittel bereitgestellt. Es konnte nur ein geringer Teil der Mittel abfließen, weil nach vorheriger Beteiligung des Bauausschusses noch die Vergabeverfahren zur Erteilung der ersten Bauaufträge durchzuführen waren.
Abweichung: - 661 TEUR (CO-Abweichung)

4S.210069 Kita-Neubauten (40 % Quote)
Zur Erreichung der U3-40%-Betreuungsquote sind bereits vier der fünf geplanten Kita-Neubauten (Mainweg, Fremersdorfer Straße, Heideblick, Roseliesstraße und Querumer Straße) fertiggestellt worden. Der Neubau der Kita Querumer Straße startete entgegen der Planung später, da noch Grundstücksfragen zu klären waren.
Abweichung: - 221 TEUR (CO-Abweichung)

4S.210073 Schulkindbetreuung /Umbauten an Grundschulen
An zwei Grundschulen wurden Container und an drei Grundschulen waren Umbauarbeiten notwendig. Aufgrund von Lieferzeiten bei den Containern und da die Bauarbeiten nicht während des Schulbetriebs durchgeführt werden konnten, war es nicht möglich die Arbeiten in 2014 abzuschließen. Von den nicht ausgegebenen Mitteln waren rd. 156 TEUR durch Aufträge gebunden.
Abweichung: - 349 TEUR (CO-Abweichung)

5E.210094 GY Ricarda-Huch / NO - Ganztagsbetrieb
Die Errichtung eines Ergänzungsbaus für den Ganztagsbetrieb der Gymnasien Ricarda- Huch-Schule / Neue Oberschule war ursprünglich in der Umsetzung durch die Fachverwaltung vorgesehen. Nachträglich wurde jedoch festgelegt, dass eine Umsetzung der Maßnahme im Rahmen des geplanten PPP-Projektes "Sanierung GY Ricarda- Huch-Schule / Neue Oberschule" erfolgen soll. Die Projektmittel waren daher auch in 2014 nicht erforderlich und konnten entfallen. Das PPP-Projekt wird über ein kreditähnliches Rechtsgeschäft abgewickelt.
Abweichung: -1.481 TEUR

5E.210100 FFW Feuerwehren Leiferde und Querum, Neubauten
Mit der Bauleitung der Maßnahmen wurde die NiWo beauftragt. Der Baubeginn hatte sich verzögert, weil die Ausschreibungsergebnisse für den Rohbau so ungünstig waren, dass sie aufgehoben wurden. Hierdurch verschob sich der Ausführung der nachfolgenden Baugewerke. Von den nicht ausgegebenen Mitteln waren jedoch rd. 434 TEUR durch Aufträge gebunden.
Abweichung: - 1.186 TEUR

5E.210113 Berufsfeuerwehr, Neubauten
Der geplante Neubau der Kooperativen Leitstelle konnte auch 2014 noch nicht begonnen werden, weil die Abstimmungen zwischen den Kooperationspartnern noch nicht abgeschlossen waren. Diese Situation besteht auch aktuell - vgl. hierzu die Mitteilung im Feuerwehrausschuss am 19.06.2014 und im Bauausschuss am 01.07.2014 / Ds 13758/14 -.
Abweichung: - 1.381 TEUR

5E.210116 Rathaus-Neubau, Sanierung
Vor der baulichen Umsetzung müssen einerseits Abstimmungen mit den Eigentümern erfolgen als auch Unterbringungsmöglichkeiten für die im Rathaus-Neubau beschäftigen Mitarbeiter/-innen gefunden werden.
Abweichung: - 355 TEUR

5E.210133 GS Watenbüttel, Umbau Schulkindbetreuung
Die Gelder unter diesem Projekt waren für die Schaffung einer Schulkindbetreuungsgruppe im Rahmen der Verlagerung einer Hortgruppe von der Kita an die Schule vorgesehen. Diese Maßnahme konnte in der geplanten Variante aber nicht umgesetzt werden. Es wurde eine zusätzliche

Schulkindbetreuungsgruppe ohne Verlagerung einer Hortgruppe geschaffen. Die eingeplanten Haushaltsmittel waren dadurch nicht in der geplanten Höhe erforderlich, so dass die Schaffung einer weiteren Schulkindbetreuungsgruppe in Betracht gezogen wurde. Hierzu mussten aber noch entsprechende verwaltungsinterne Abstimmungsgespräche in die Wege geleitet werden.
Abweichung: - 282 TEUR

5S.210023 Amok-Alarmanlagen in Schulen, Einbau
Die Abstimmung zwischen den beteiligten Fachbereichen zur Festlegung der in 2014 zu bearbeitenden Schulen und deren Reihenfolge war sehr zeitaufwändig. Inzwischen sind die einzelnen Maßnahmen festgelegt und werden Zug um Zug abgearbeitet.
Abweichung: - 361 TEUR

FB 20 – Zeile 29: Aktivierbare Zuwendungen

Haushaltsansatz 2014	3.783.300,00	EUR
Planaktualisierung	19.389,30	EUR
Haushaltsansatz aktuell	3.802.689,30	EUR
abzgl. sonst. Verb. 2014/2015	0,00	EUR
abzgl. Ergebnis 2014	3.117.165,30	EUR
Abweichung vom verfügbaren Budget (+ mehr/ - weniger)	-685.524,00	EUR

Die obengenannte Abweichung ergibt sich ganz wesentlich bei der Krankenhausumlage (Ansatz: 3.753 TEUR), wo sich Minderauszahlungen in Höhe von rd. 656 TEUR ergeben haben.

Im Rahmen der Krankenhausfinanzierung fördern die Bundesländer ihre Krankenhausträger bei ihren Investitionen. Die Kommunen werden wiederum seitens des Landes an der Aufbringung dieser Fördermittel mit einem gesetzlich festgelegten prozentualen Anteil durch die Krankenhausumlage beteiligt. Die Beteiligung der einzelnen kreisfreien Stadt bzw. des Landkreises richtet sich nach Einwohnerzahl und Steuerkraft. Darüber hinaus kann die Umlage auch durch die tatsächliche Ausschöpfung der Fördermittel beeinflusst werden. Für 2014 wurde auf der Basis der 2013 zu zahlenden Umlage mit einer deutlichen Steigerung gerechnet. Tatsächlich ist jedoch ein Rückgang eingetreten, was zu den obigen Minderauszahlungen führte.

FB 37 Feuerwehr

FB 37 – Zeile 27: Erwerb von beweglichem Sachvermögen		
Haushaltsansatz 2014	1.267.400,00	EUR
Planaktualisierung	1.738.152,21	EUR
Haushaltsansatz aktuell	3.005.552,21	EUR
abzgl. sonst. Verb. 2014/2015	15.777,01	EUR
abzgl. Ergebnis 2014	1.765.324,89	EUR
Abweichung vom verfügbaren Budget (+ mehr/ - weniger)	-1.224.456,31	EUR

Die Abweichung ergibt sich im Wesentlichen im Bereich der Beschaffung von Spezialfahrzeugen bei der Freiwilligen Feuerwehr und dem Rettungsdienst und zwar dadurch, dass vor bzw. in 2014 die Aufträge wie geplant erteilt wurden, die Auslieferung und folglich die Bezahlung aber erst in 2015 erfolgen (Haushaltsreste **rd. 839 TEUR**).

- Beschaffung eines Tragkraftspritzenfahrzeugs mit Wasser (TSF-W) für die Ortsfeuerwehr Leiferde
- Beschaffung von insgesamt zwei Hilfeleistungs-Löschgruppenfahrzeugen (HLF) für die Freiwilligen Feuerwehren Watenbüttel und Innenstadt
- Beschaffung eines Rettungstransportwagens (RTW) zum Transport von adipösen Patienten einschl. Transportbett

Eine weitere bedeutende Abweichung ist bei der Umstellung auf Digitalfunk **(**Haushaltsreste **rd. 418 TEUR)** entstanden. Im Jahr 2014 wurde ein größerer Auftrag zum Ausbau des Digitalfunks vergeben. Der Ausbau erfolgt sukzessive, das heißt: weitere Komponenten können erst installiert werden, wenn bereits installierte Komponenten vorhanden sind.

FB 40 Schule

FB 40 – Zeile 27: Erwerb von beweglichem Sachvermögen		
Haushaltsansatz 2014	2.029.900,00	EUR
Planaktualisierung	1.215.650,59	EUR
Haushaltsansatz aktuell	3.245.550,59	EUR
abzgl. sonst. Verb. 2014/2015	140.585,70	EUR
abzgl. Ergebnis 2014	1.692.307,50	EUR
Abweichung vom verfügbaren Budget (+ mehr/ - weniger)	-1.412.657,39	EUR

Die Abweichung von rd. 1,4 Mio. EUR setzt sich im Wesentlichen aus folgenden Positionen zusammen:

Projekt 5E.400011 "BBS II - Ausstattung Werkzeugmaschinen"
Projekt 5E.400012 "BBS II - Lehrmittel Elektrotechnik"
Im Jahr 2014 war die Beschaffung von Werkzeugmaschinen sowie weiterer Lehrmittel für die Heinrich-Büssing-Schule vorgesehen. So sollten z. B. Fräsmaschinen, Labortische, Schülerarbeitsplätze, Demonstration Stände, Steuergeräte, Messgeräte, Laborausstattung usw. beschafft werden. Bei mehreren Aufträgen, die noch in 2014 erteilt wurden, stand die Lieferung dieser Geräte zum Jahresende noch aus. Daher wurden rd. **566 TEUR** in 2014 nicht verausgabt. Ein entsprechender Haushaltsrest wurde gebildet.

Projekt 5S.400011 "Gegenstände MEP Schulen"
Projekt 5S.400024 "GVG Gegenstände MEP Schulen"
Im Bereich des Medienentwicklungsplans (MEP) wurden Mittel in Höhe von rd. **841 TEUR** nicht verausgabt. Entsprechende Aufträge zur Lieferung von Hardware (z. B. elektronische Whiteboards, Notebooks, PCs, Monitore, Drucker usw.) wurden erteilt. Bis Ende des Haushaltsjahres 2014 wurde diese Hardware aber nicht mehr geliefert. Es wurden entsprechende Haushaltsreste gebildet.

FB 51 Kinder, Jugend und Familie

FB 51 – Zeile 29: Aktivierbare Zuwendungen		
Haushaltsansatz 2014	35.000,00	EUR
Planaktualisierung	2.057.437,39	EUR
Haushaltsansatz aktuell	2.092.437,39	EUR
abzgl. sonst. Verb. 2014/2015	0,00	EUR
abzgl. Ergebnis 2014	1.321.451,25	EUR
Abweichung vom verfügbaren Budget (+ mehr/ - weniger)	-770.986,14	EUR

Zur Abweichung in dieser Größenordnung trug zu mehr als 90 % die Abwicklung des verbliebenen Haushaltsrestes 2013 (**Zuschuss Jugendherberge**) bei: Mit Fertigstellung der Jugendherberge in 2015 ist die Restauszahlung erfolgt.

FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz

FB 61 – Zeile 26: Baumaßnahmen		
Haushaltsansatz 2014	2.529.700,00	EUR
Planaktualisierung	3.453.976,40	EUR
Haushaltsansatz aktuell	5.983.676,40	EUR
abzgl. sonst. Verb. 2014/2015	84.790,69	EUR
abzgl. Ergebnis 2014	3.553.466,91	EUR
Abweichung vom verfügbaren Budget (+ mehr/ - weniger)	-2.345.418,80	EUR

Die genannte Abweichung begründet sich insbesondere durch die Maßnahmen der Sanierung Stadtumbau West (4S.610020) sowie durch Grünbaumaßnahmen (diverse Projekte).

1. Sanierung

Die Planung von Auszahlungen ist in der Sanierung von großen Unsicherheiten begleitet, da die tatsächlichen Ergebnisse stark von vorher nur schwer abzuschätzenden Bewilligungen von Zuschüssen durch das Land sowie von der Mitwirkung von anderen, vorwiegend externen Beteiligten im Sanierungsverfahren abhängig sind oder sich auch innerhalb eines Planungszeitraumes die Priorisierung von Projekten oder innerhalb von Projekten ändern kann.

Verzögerungen haben sich beispielsweise bei der Umsetzung privater Maßnahmen, wie z.B. der Schaffung von Rampenanlagen Saalestraße 14-16, durch Nichteinhaltung von Fristen durch die Dritten ergeben. Beim Projekt "Sanierungsgebiet Stadtumbau West (4S.610020) hat sich eine Abweichung von **-462 TEUR (CO-Abweichung)** ergeben.

2. Grünbaumaßnahmen

5E.610007 Volkmarode Nord / Erschließung
Die Grünmaßnahmen Volkmarode Nord wurden aus Kapazitätsgründen zurückgestellt, da andere Grünmaßnahmen, wie z.B. die Maßnahmen am Westbahnhof, aufgrund der Förderfähigkeit höher priorisiert wurden.
Abweichung: - 195 TEUR

5E.610008 Lammer Busch West / Erschließung
Die Finanzmittel sind für die Realisierung externer Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen an der Wabe vorgesehen. Hier besteht zurzeit noch keine Baufreiheit, da zunächst die auf Grundlage des laufenden Planfeststellungsverfahrens geplante Wabe-Renaturierung abzuwarten ist.
Abweichung: - 258 TEUR

5E.610016 Roselies Süd / Erschließung
Die Erschließungsmaßnahmen und Straßenausbauarbeiten mussten vor Beginn der Landschaftsbauarbeiten zunächst abgewartet werden. In 2014 bestand insofern keine Baufreiheit zur Umsetzung der festgesetzten Grünmaßnahmen.
Abweichung: - 208 TEUR

5E.610020 Ausgleichsmaßnahmen Forschungsflughafen
Vor Planung und Baurealisierung der festgesetzten Ausgleichsmaßnahmen musste eine Beteiligung der Bürger / Nutzer erfolgen. Vor diesem Hintergrund verzögerte sich die Projektierung und Ausschreibung der Baumaßnahme.
Abweichung: - 220 TEUR

5E.610023 Erfurtplatz / Umgestaltung
Die Baumaßnahme ist abgeschlossen. Aufgrund der Änderung der Inhalte der Baumaßnahme (Stichwort: Parkplatzschaffung) haben sich geringere Baukosten ergeben.
Abweichung: - 129 TEUR

5S.610033 Global-Baumaßnahmen-Grünflächen
Mit den vorhandenen Haushaltsmitteln werden diverse kleinere Grünmaßnahmen umgesetzt. Aus Kapazitätsgründen wurden diese Maßnahmen zurückgestellt, um dringlichere Bauprojekte bearbeiten zu können.
Abweichung: - 287 TEUR

FB 66 Tiefbau und Verkehr

FB 66 – Zeile 26: Baumaßnahmen

Haushaltsansatz 2014	24.310.800,00	EUR
Planaktualisierung	10.925.988,15	EUR
Haushaltsansatz aktuell	35.236.788,15	EUR
abzgl. sonst. Verb. 2014/2015	859.668,66	EUR
abzgl. Ergebnis 2014	14.451.188,46	EUR
Abweichung vom verfügbaren Budget (+ mehr/ - weniger)	-19.925.931,03	EUR

Die Abweichung von rund 20 Mio. EUR bezieht sich auf diverse Projekte. Aufgrund von Verschiebungen oder Verzögerungen bei Baumaßnahmen z.B. in Folge von Wettereinflüssen, Änderungsbedarf nach politischer Beschlusslage oder anderen Einwirkungen kommt es jedes Jahr wiederkehrend zu Abweichungen der geplanten Ausgaben. **Folgende Abweichungen weisen mindestens 200 TEUR auf:**

1. Im Rahmen der folgenden Projekte wurden 2014 noch kleinere Restarbeiten umgesetzt. Die Baumaßnahmen sind damit abgeschlossen. Nicht mehr benötigte Mittel wurden zum Jahresabschluss 2014 zurückgegeben:

- 5E.660001 Erschließung Gewerbegebiet Rautheim **320 TEUR**
- 5E.660029 Erschließung Hansestraße West **346 TEUR**

2. Die Umsetzung der folgenden Maßnahmen hat sich verzögert, da noch nicht ausreichend Grundstücke bebaut waren. Der Endausbau erfolgt aber erst nach ausreichender Bebauung. Die Haushaltsreste wurden nach 2015 übertragen.

- 5E.660005 Erschließung Lammer Busch West **381 TEUR**
- 5E.660080 Erschließung Lammer Busch Ost 2. BA **1.292 TEUR**
- 5E.660082 Erschließung Roselies-Süd **260 TEUR**
- 5E.660093 Erschließung Im Großen Raffkampe **591 TEUR**
- 5E.660097 Erschließung Gewerbegebiet Waller See **996 TEUR**

3. Bei einigen Maßnahmen sind Grundstücksfragen noch ungeklärt gewesen bzw. Umlegungsverfahren konnten nicht abgeschlossen werden. Hierdurch ist es bei folgenden Maßnahmen zu Verzögerungen gekommen.

- 5E.660002 Erschließung Völkenrode-Nord	**559 TEUR**
- 5E.660060 Erschließung Gewerbegebiet Braunstraße	**356 TEUR**
- 5E.660090 Erschließung Hansestraße	**228 TEUR**

4. Die folgenden Maßnahmen konnten noch nicht begonnen oder fortgeführt werden, da vorherige Arbeiten, wie z.B. Planfeststellungsverfahren, Kostenvereinbarungen, Schaffung von Planungsrecht, sich verzögert haben. Um die Maßnahmen fortführen zu können, sind die erforderlichen Haushaltsreste für 2015 gebildet worden.

- 4S.660012 Neubau Radwege	**320 TEUR**
- 5E.660052 Neubau Okerbrücke Berkenbuschstraße	**1.403 TEUR**
- 5E.660058 Umbau Knoten B1 Neudammstraße	**599 TEUR**
- 5E.660066 Bau Geh- und Radweg Sportplatz Bevenrode	**278 TEUR**
- 5E.660076 Bau Radweg Mascherode/Salzdahlum	**300 TEUR**
- 5E.660081 Erschließung Wilhelm-Bracke-Gesamtschule	**248 TEUR**
- 5E.660084 Umgestaltung Museumstraße	**1.249 TEUR**
- 5E.660086 Bau Radweg Lamme/Wedtlenstedt	**288 TEUR**
- 5E.660092 Erschließung Am Meerberg	**233 TEUR**
- 5E.660100 Neubau Okerbrücke Feuerwehrstraße	**418 TEUR**
- 5E.660104 Umbau Steinriedendamm i.Z.m. BÜSTRA	**499 TEUR**
- 5S.660034 Erschließung Geiershagen und Arndtstraße	**605 TEUR**
- 5S.660021 Brückenerneuerungen	**301 TEUR**
- 5S.660044 Umbau Innenstadtwehre	**612 TEUR**

5. Bei folgenden Maßnahmen ist es aufgrund von Abhängigkeiten zu anderen Maßnahmen zu Verzögerungen gekommen. Zum Teil wurden die Finanzraten in den Folgejahren neu veranschlagt oder sind entfallen. Für die Maßnahmen, die in 2015 fortgeführt werden können, sind Haushaltsreste übertragen worden.

- 5E.660065 Straßenerneuerung Salzdahlumer Straße	**947 TEUR**
- 5E.660067 Sanierung John-F.-Kennedy-Platz	**406 TEUR**
- 5E.660070 Erneuerung Geh- und Radweg Helmstedter Straße	**1.030 TEUR**
- 5E.660074 Umgestaltung Helmstedter Straße	**800 TEUR**
- 5E.660094 Erschließung Am Soolanger	**600 TEUR**

6. Die Haushaltsmittel für folgende Projekte werden von der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) je nach Baufortschritt abgefordert. Entgegen der Planbeträge erfolgte keine so hohe Abrechnung durch die Landesbehörde. Es sind entsprechende Haushaltsreste für 2015 gebildet worden:

- 5E.660008 Bau AS Rüningen Süd und Umgehung	**473 TEUR**
- 5E.660022 Bau Geh- und Radweg ABD BS S-W	**212 TEUR**

7. Im Programm 8 „Straßenerneuerungen“ kommt es im Zuge der Baukoordination ach nach Anmeldung zum Haushalt regelmäßig zu Änderungen, Anpassungen und Verschiebungen von Baumaßnahmen. Hintergrund sind u.a. Änderungen aus Konkretisierungen der Fachplanungen. Die tatsächliche Abwicklung entspricht daher regelmäßig nicht der ursprünglichen Haushaltsanmeldung. Teilweise wird der Bau von Maßnahmen aufgrund des Umfangs ohnehin über mehrere Jahre geplant. In diesen Fällen ist es noch schwieriger den Mittelabfluss zum Zeitpunkt der Anmeldung jahresgenau zu planen. Nur kleine Veränderungen des Baubeginns führen dann gleich zu hohen Abweichungen zwischen Plan und Ist. Die Haushaltsreste wurden in das Jahr 2015 übertragen.

- 5S.660014 Straßenerneuerung Lehndorf	**366 TEUR**
- 5S.660016 Straßenerneuerung Petritor	**495 TEUR**
- 5S.660018 Straßenerneuerung Nordstadt	**723 TEUR**
- 5S.660024 Straßenerneuerung Innenstadt	**311 TEUR**

FB 67 Stadtgrün und Sport

FB 67 – Zeile 26: Baumaßnahmen

Haushaltsansatz 2014	3.681.400,00	EUR
Planaktualisierung	4.348.533,00	EUR
Haushaltsansatz aktuell	8.029.933,00	EUR
abzgl. sonst. Verb. 2014/2015	434.282,47	EUR
abzgl. Ergebnis 2014	4.615.304,03	EUR
Abweichung vom verfügbaren Budget (+ mehr/ - weniger)	- 2.980.346,50	EUR

Die Abweichungen bei den Auszahlungen für Baumaßnahmen i.H. v. rd. 3,0 Mio. EUR sind im Wesentlichen auf folgende Sachverhalte zurückzuführen:

Bei den folgenden drei Projekten konnte aufgrund von ungeklärten Grundstücksangelegenheiten bzw. noch nicht abgeschlossenen Erörterungs- und Entscheidungsprozessen keine bauliche Realisierung im Haushaltsjahr 2014 erfolgen.

5E.670035 Ortsteilfriedhof Broitzem	289 TEUR
5E.670041 Grunderneuerung Ofenlinie Krematorium	200 TEUR
5S.670012 Rekonstruktion hist. Parkanlagen	104 TEUR

Darüber hinaus konnten diverse Baumaßnahmen aufgrund von durchzuführenden Planungen und Ausschreibungen erst im Spätsommer begonnen und witterungsbedingt nicht mehr im Haushaltsjahr 2014 abgeschlossen werden. Für die ausstehenden Arbeiten wurden Aufträge erteilt. Nachfolgend sind beispielhaft die Projekte aufgeführt, bei denen die Abweichung mehr als **100 TEUR** beträgt:

4S.670043 Sanierung/Erneuerung Sportanlagen	120 TEUR *
4S.670046 Standortrochade Sport	1.349 TEUR *
5S.670059 Sanierung Sportstätten	487 TEUR

*CO-Auswertungen

3.5 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen nach § 117 NKomVG

3.5.1 Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen (ohne Investitionsmanagement)

Bedarf besteht bei:						Deckung erfolgt durch:					Entscheidung	
lfd. Nr.	Teilhaushalt	Kostenstelle / PSP-Element	Kostenart	Bezeichnung (Produkt/Kostenart)	Betrag (Euro)	Teilhaushalt	Kostenstelle / PSP-Element	Kostenart	Bezeichnung (Produkt/Kostenart)	Betrag (Euro)	vom	durch
1	FB 10	1.11.1153.01	443140	Personalwirtschaft/-entwicklung, Organisation; Prüfungs- und Beratungskosten	12.012	Stst. 0800	1.57.5711.01	442930	Steuerungsunterstützung Wirtschaftsförd. u. Stadtmarketing; Beiträge Wirtschaftsverb., etc.	7.712	10.04.2015	FBL 10
							1.57.5711.01	443140	Steuerungsunterstützung Wirtschaftsförd. u. Stadtmarketing; Prüfungs- und Beratungskosten	4.300		
2	FB 50	1.31.3154.10.01	424190	Soz.Einr.Whg.lose-zentrale Unterkünfte; Sonst. Bewirtschaftungskosten	25.000	FB 50	1.31.3156.10	427195	Andere soz. Einricht.; Sonst. Sachaufwend. Beschäftigungsbetr.	25.000	20.06.2014	FBL 50
3	Ref. 0600	1.11.1117.03	426120	Projektsteuerung; Aufwendungen für Aus- und Fortbildung, Umschulungen	1.700	FB 61	610-1000	426120	Stadtplanung; Aufwendungen für Aus- und Fortbildung, Umschulungen	1.700	22.08.2014	RefL 0600
4	FB 61	1.51.5117.04	431310	Mitgliedschaften Vereine und Verbände; Zuweisung an Zweckverbände	234.000	FB 20	1.11.1160.12	443140	Beteiligungsmanagement; Prüfungs- und Beratungskosten	234.000	21.10.2014	Rat
5	Ref. 0630	063-3000	427110	Beteiligungsmanagement; Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	295.000	FB 61	4S.610009	421210	Soziale Stadt; Unterhaltung des Infrastrukurvermögens	86.700	21.10.2014	Rat
							4S.610025	431813	Städtebaul. Denkmalschutz; IM Zuschuss an übrige Bereiche	113.300		
			443140	Beteiligungsmanagement; Prüfungs- und Beratungskosten	5.000	FB 20	4S.210013	421110	Instandhaltungen Grundvermögen; Grundstücke und bauliche Anlagen – Instandhaltungen	100.000		
6	Ref. 0500	1.31.3119.40	431810	Leistungen des Sozialreferates; Zuschuss an übrige Bereiche	3.500	FB 50	1.31.3517.10	431810	Förderung der freien Wohlfahrtspflege; Zuschuss an übrige Bereiche	3.500	04.12.2014	RefL 0500
7	FB 40	1.21.2410.13	442940	Schülerbeförderung; Schülerbeförderungskosten	223.000	Allg. FinW	1.61.6110.01	311110	Steuern, allg. Zuweisungen; Schlüsselzuweisungen vom Land	223.000	16.12.2014	Rat
8	FB 67	1.55.5530.02.01	443140	Einäscherungen Erw. / Kinder; Prüfungs- und Beratungskosten	26.420	FB 20	1.11.1160.11	442140	Haushaltsplanung/Controlling/ Systembetreuung; Prüfungs- und Beratungskosten	26.420	18.01.2015	FBL 67
9	Diverse	Diverse	40*	Aufwendungen für aktives Personal	1.314.244	Allg. Finanz-wirtschaft	004-1003	462110	Sonstige allg. Finanzwirtschaft/ Deckungsreserven	1.314.244	30.03.2015	Dez. VII
10	FB 20	1.57.5731.08	431510	Sonstige wirtschaft. Unternehmen; Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen	4.681.720	Jahresergebnis 2014				4.681.720	02.06.2015	Rat
11	Diverse	Diverse	40*	Aufwendungen für aktives Personal (Personalrückstellungen)	10.041.593	Jahresergebnis 2014				10.041.593	21.07.2015	Rat
					16.863.189					**16.863.189**		

3.5.2 Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen des Investitionsmanagements

Unter 3.5.2.1 sind die genehmigten Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen gemäß § 117 Abs. 1 NKomVG mit einem Gesamtbetrag von rd. 9,1 Mio. EUR zusammengestellt.

Unter 3.5.2.2 findet sich eine Aufstellung von genehmigten Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen gemäß § 117 Abs. 2 NKomVG mit einem Gesamtbetrag von rd. 6,5 Mio. EUR, deren Deckung erst im folgenden Haushaltsjahr gewährleistet ist (Haushaltsvorgriff).

Unter 3.5.2.3 ist die Summe der gesamten Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen gemäß § 117 NKomVG und ihre Aufteilung auf die einzelnen Teilhaushalte, bei denen sie entstanden sind, dargestellt.

3.5.2.1 Genehmigte Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen gemäß § 117 Abs. 1 NKomVG

	Bedarf					Deckung					Entscheidung	
lfd. Nr.	Teilhaushalt	PSP-Element	Bezeichnung	Kostenart	Betrag (Euro)	Teilhaushalt	PSP-Element	Bezeichnung	Kostenart	Betrag (Euro)	am	durch
1	Ref. 0140	5S.000009.00.515	Ref. 0140 GVG-Sammelprojekt	783125	500,00	Ref. 0140	4S.000006.00.505	Ref. 0140 Instandhaltungen	422110	500,00	10.07.2014	RefL 0140
2	FB 10	5E.100001.00.520	Aufstockung Pensionsfond	785310	623.477,39	FB 10	1.11.1151.01.01	ZENTRALE Aufgaben Personal	359130	623.477,39	27.11.2014	Rat
3	FB 10	4E.100002.00.505	Rathaus-Altbau, Fassadensanierung	421110	22.000,00	FB 10	4S.100004.00.505	Globalinstandhaltungen Rathaus	421110	22.000,00	07.03.2014	FBL 10
4	FB 10	4E.100002.00.505	Rathaus-Altbau, Fassadensanierung	421110	3.600,00	FB 10	4S.100004.00.505	Globalinstandhaltungen Rathaus	421110	3.600,00	29.12.2014	FBL 10
5	FB 10	4E.100002.00.505	Rathaus-Altbau, Fassadensanierung	421110	1.400,00	FB 20	4E.210052.00.505.213	IGS Franzsches Feld-Sanierung Schulgeb.	421110	1.400,00	06.02.2015	FBL 10
6	FB 10	4E.100008.00.505	Dachflächen Rathaus-Neubau / Sanierung	421110	20.800,00	FB 20	3S.200002.00.595	FB 20: HOAI FB 65	427114	20.800,00	12.03.2015	FBL 10
7	FB 20	4E.210041.00.505	Begegnungsstätte Querum/Sanierung	421110	4.200,00	FB 20	4E.210103.00.505	Klostergang 53a/Sanierung	421110	4.200,00	29.12.2014	FBL 20
8	FB 20	4E.210072.01.500.213	Ganztagsbet. GS Am Schw. Berge- Bau	787110	24.300,00	FB 20	5E.210031.00.500.213	Betriebshof FB 67 (Stadtgrün) - Bauwerk	787110	24.300,00	27.04.2015	FBL 20
9	FB 20	4E.210072.02.511	Ganztagsbet. GS Am Schw. Berge- Aufwand	422900	300,00	FB 20	4S.210064.00.505	FB 20: Schaffung Blockheizkraftwerke	421110	300,00	27.04.2015	FBL 20
10	FB 20	4E.210056.00.500.213	4. IGS Volkmarode / Errichtung	787110	388.000,00	FB 20	4S.210069.00.500.213	Kitaneubauten	787110	228.000,00	27.05.2014	Rat
						FB 20	5E.210029.00.500.213	Naumburgstr. 25/27 Umbau	787110	160.000,00		
11	FB 20	4E.210091.00.500.213	Lessinggymnasium Wenden / Sanierung	787110	584.000,00	FB 20	4S.210072.02.500.213	Sporthallen, Maßnahmen VersammlungsstättenVO	787110	584.000,00	27.11.2014	Rat
12	FB 20	4E.210100.02.505.213	MP Lessinggymnasium Wenden/Ganztagsb	427193	30.400,00	FB 20	3E.210003.00.595	FB 20: Vorplanung FBZ	427114	30.400,00	15.06.2015	Dez. VII
13	FB 20	4E.210105.00.505	GS Watenbüttel / Umbau Schulkindbetr.	421110	34.400,00	FB 20	1.61.6110.01	Steuern, allg. Zuweisungen, Umlagen	311110	34.400,00	04.05.2015	Dez. VII
14	FB 20	4E.210126.00.505	Tiefgarage Eiermarkt / Erneuerung technische Anlagen	421110	41.000,00	FB 20	4S.210013.00.505	FB 20 Instandhaltung Grundvermögen	421110	41.000,00	28.10.2014	Dez. VII
15	FB 20	4E.210129.00.505	Umbau Schulkindbetreuung GS Stöckheim	421110	22.500,00	FB 20	4S.210057.00.505	Schulkindbetreuung / Umbauten an GS	421110	22.500,00	08.05.2014	FBL 20
16	FB 20	4E.210130.00.500.213	GS/HS Rüningen / Sanierung	787110	436.000,00	FB 20	4S.210072.02.500.213	MP-Sporthallen Maßn. Versamml.st.VO	787110	436.000,00	15.07.2014	Rat
17	FB 20	4E.210152.00.500.213	Kita Leiferde / Neubau	787110	680.000,00	FB 20	200-2200	Grundstücksverwaltung	501210	327.000,00	21.10.2014	Rat
						FB 66	5E.660065.00.500.663	Salzdahlumer Straße / Grundsanierung	787210	353.000,00		
18	FB 20	4E.210152.00.505	Kita Leiferde / Neubau	421110	170.000,00	FB 51	4S.510018.01.505	U3 Einrichung von Krippenplätzen 35 %	431813	170.000,00		
19	FB 20	4E.210153.00.505	TG Packhof / Sanierung Brandschutztore	421110	455.000,00	FB 20	4S.210030.00.505	Global-Instandhaltung Parkhäuser	421110	80.000,00	30.09.2014	Rat
						FB 20	4E.210068.00.505	Gebäude Westbahnhof, Entwässerungsarbeiten	421110	91.500,00		
						FB 51	4S.510018.01.505	U3 Einrichtung von Krippenplätzen (35 %)	431813	283.500,00		

lfd. Nr.	Bedarf					Deckung					Entscheidung	
	Teilhaushalt	PSP-Element	Bezeichnung	Kostenart	Betrag (Euro)	Teilhaushalt	PSP-Element	Bezeichnung	Kostenart	Betrag (Euro)	am	durch
						FB 20	4E.210024.00.505	RS John.F.Kennedy Platz	421110	4.200,00		
						FB 20	4E.210027.00.505	GY Hoffmann von Fallersleben-Schule	421110	66.500,00		
						FB 20	4E.210028.00.505	GY Martino-Katharineum	421110	47.300,00		
						FB 20	4E.210029.00.505	GY Gaußschule	421110	120.000,00		
						FB 20	4E.210040.00.505	Salve Hospes	421110	20.000,00		
						FB 20	4E.210052.00.505.213	IGS Franzsches Feld	421110	4.300,00		
						FB 20	4E.210089.00.505	Haus der Kulturen	421110	2.400,00		
						FB 20	4E.210092.00.505	Brandschutzmaßnahmen Salve Hospes	421110	40.000,00		
						FB 20	4S.210064.00.505	Schaffung Blockheitkraftwerke	421110	700,00		
						FB 20	4S.210065.00.505	Globalinstandhaltung Schulen	421110	50.000,00		
20	FB 20	4E.210090.00.500.213	Stadion/Ausbau Westtribüne	787110	1.565.700,00	FB 20	4S.210069.00.500.213	Kitaneubauten	787110	172.800,00	21.07.2015	Rat
						FB 20	5E.210013.00.500.213	GS/HS Rüningen	787110	10.400,00		
						FB 20	5E.210021.00.500.213	GY Hoffmann von Fallersleben-Schule	787110	4.400,00		
						FB 20	5E.210031.00.500.213	Betriebshof FB 67 (Stadtgrün)	787110	52.800,00		
						FB 20	5E.210034.00.500.213	GS Rühme und Astrid-Lindgren-Schule	787110	4.000,00		
						FB 20	5E.210035.00.500.213	GS Hohestieg	787110	1.200,00		
						FB 20	5E.210037.00.500.213	HS Rothenburg	787110	100,00		
						FB 20	5E.210089.00.500.213	GS Volkmarode	787110	26.300,00		
						FB 20	5E.210102.00.500.213	Feuerwehrgerätehäuser	787110	61.200,00		
						FB 20	5E.210133.00.500.213	GS Watenbüttel	787110	46.900,00		
						FB 20	1.61.6110.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen	311110	830.200,00		
21	FB 20	4E.210153.00.505	TG Packhof / Sanierung Brandschutztore	421110	417.200,00	FB 51	4S.510018.01.505	U3 Einrichtung von Krippenplätzen (35 %)	431813	417.200,00	04.11.2014	Rat
22	FB 20	4E.210156.00.505	TG Magni / Reinigung nach Brand	421110	350.000,00	FB 51	4S.510018.01.505	U3 Einrichtung von Krippenplätzen (35 %)	431813	350.000,00	21.10.2014	Rat
23	FB 20	4E.210156.00.505	TG Magni/ Sanierung	421110	500.000,00	FB 61	1.61.6110.01	Steuern, allg. Zuweisungen, Umlagen	311110	500.000,00	16.12.2014	Rat
24	FB 20	4S.210024.00.505	Instandhaltung Denkmalschutz	421110	2.900,00	FB 20	4E.210103.00.505	Klostergang 53a / Sanierung	421110	2.900,00	18.12.2014	FBL 20

lfd. Nr.	Bedarf					Deckung					Entscheidung	
	Teilhaushalt	PSP-Element	Bezeichnung	Kostenart	Betrag (Euro)	Teilhaushalt	PSP-Element	Bezeichnung	Kostenart	Betrag (Euro)	am	durch
25	FB 20	4S.210056.00.505	Kleinere Sanierungsmaßnahmen Schulen	511993	9.300,00	FB 20	1.11.1165.20	Grundstücksverkehr	501910	9.300,00	23.03.2015	FBL 20
26	FB 20	4S.210069.00.511	MP: Kitaneubauten - nicht werterhöhend	422900	11.000,00	FB 20	3E.210003.00.595	FB 20: Vorplanung FBZ	427114	11.000,00	04.05.2015	FBL 20
27	FB 20	4S.210069.00.505	MP: Kitaneubauten - nicht werterhöhend	511993	500,00	FB 20	1.11.1165.20	Grundstücksverkehr	501910	500,00		
28	FB 20	4S.210069.00.500.213	MP: Kitaneubau - werterhöhend	787110	755.962,86	FB 20	5E.210112.00.500.213	Kitaneubau	787110	755.962,86	02.06.2015	Rat
29	FB 20	4S.210072.01.505	MP-Sporthallen Maßn. Versam.VO Aufwand	427114	15.200,00	FB 20	3E.210003.00.595	FB 20: Vorplanung FBZ	427114	15.200,00	27.04.2015	FBL 20
30	FB 20	4S.210073.00.505	Schulkindbetreuung/Ausbau auf 60% Stufe1	421110	36.000,00	FB 20	4S.210057.00.505	Global Schulkindbetr./ Umbauten an GS	421110	36.000,00	08.04.2015	Dez. VII
31	FB 20	5E.210119.00.500.213	Volkskindergarten / Sanierung	787110	40.000,00	FB 20	4S.210036.00.505.213	Programm Instandhaltung Städtische Kitas	421110	40.000,00	07.07.2014	Dez. VII
32	FB 20	5E.210132.00.510	Karl-Hintze-Weg 3/Umbau Schulkindbetreu.	783110	46.869,41	FB 20	4E.210104.00.505	Karl-Hintze-Weg 3/Umbau Schulkindbetreu.	421110	46.869,41	12.05.2015	Dez. VII
33	FB 20	5E.210135.00.500.213	Kita Hondelage / Sanierung	787110	400.000,00	FB 20	4S.210036.00.505.213	Programm Instandhaltung Städtische Kitas	421110	400.000,00	15.07.2014	Rat
34	FB 20	5E.210137.00.500.213	Jödebrunnen / Sanierung	787110	120.000,00	FB 20	4E.210125.00.505	Jödebrunnen / Sanierung	421110	120.000,00	02.06.2015	Rat
35	FB 20	5E.210139.00.500.213	Kita St. Petri, Rüningen / Sanierung	787110	158.000,00	FB 20	4S.210036.00.505.213	FB 20:Programm Instand. Städt.Kitas/San.	421110	158.000,00	02.06.2015	Rat
36	FB 20	5S.210025.02.500.213	FB 20: Container Schulkindbetreuung	787110	29.700,00	FB 20	5E.210102.00.500.213	Feuerwehrgerätehäuser/Sanierung	787110	29.700,00	04.05.2015	FBL 20
37	FB 20	5S.210028.00.505.213	PPP Investitionsabtrag Schulen und Kitas	787110	6.600,00	FB 20	5E.210115.00.500.213	PPP Investitionsabtrag 5. IGS Heidberg	787110	6.600,00	09.03.2015	FBL 20
38	FB 20	5S.210031.00.500.213	FB 20: Global-Baumaßnahmen Kinder Jugend	787110	4.800,00	FB 51	4S.510018.01.505	U3 Einrichtung von Krippenplätzen (35 %)	431813	4.800,00	29.12.2014	FBL 20
39	FB 20	5S.210031.00.500.213	FB 20: Global-Baumaßnahmen Kinder Jugend	787230	11.400,00	FB 20	4S.210070.00.505	Umbauten in städt. Kitas für U3 (40 %)	421110	11.400,00		
40	FB 32	5S.320002.00.515	GVG-Sammelprojekt Marktwesen	783125	500,00	FB 32	4S.320002.00.505	Instandhaltungen Marktwesen	421110	500,00	14.02.2014	FBL 32
41	FB 32	5S.320003.01.510	FB 32: Sachanlagen > 1.000 €	783110	13.000,00	FB 32	1.12.1221.42	Personalausweis- und Passangelegenheiten	443175	10.500,00	18.02.2014	FBL 32
						FB 32	1.12.1221.45	Aufenthalt	443175	2.500,00		
42	FB 37	4S.370006.02.510	FB 37: ABC-Fähigkeit, investiv	783110	2.300,00	FB 37	5E.370007.00.510	Drehleiter-Ersatzbeschaffung	783110	2.300,00	09.12.2014	FBL 37
43	FB 40	4E.400002.00.505	Anschluss Energiesäulen BBS II	421110	141.400,00	FB 40	4S.400016.03.505	Instandhaltung Gegenstände Schulen	422110	20.800,00	02.06.2015	Rat
						FB 40	400-1099	Sammelkostenstelle Schulen	427110	120.600,00		
44	FB 40	4S.400015.01.505	FB 40: Abwickl. Schadensersatzfälle	511993	16.000,00	FB 20	1.11.1165.20	Grundstücksverkehr	501910	16.000,00	27.02.2015	FBL 40
45	FB 40	4S.400024.01.505	FB 40: Global - Umbauten an Schulen	445526	20.700,00	FB 40	4S.400005.01.505	FB 40: Instandh. Gebäude - Schulen	445519	20.700,00	21.07.2014	FBL 40
46	FB 40	4S.400024.01.505	FB 40: Global - Umbauten an Schulen	445526	7.100,00	FB 40	4S.400005.01.505	FB 40: Instandh. Gebäude - Schulen	445519	7.100,00	31.07.2014	FBL 40

	Bedarf					Deckung					Entscheidung	
lfd. Nr.	Teilhaushalt	PSP-Element	Bezeichnung	Kostenart	Betrag (Euro)	Teilhaushalt	PSP-Element	Bezeichnung	Kostenart	Betrag (Euro)	am	durch
47	FB 40	4S.400024.01.505	FB 40: Global - Umbauten an Schulen	421110	34.000,00	FB 40	4S.400004.00.505	FB 40:Instandh.EDV-Systeme MEP	422110	34.000,00	16.12.2014	Dez. VII
48	FB 40	4S.400024.07.505	FB 40: Global - Umbauten an Schulen	421110	16.000,00	FB 20	3S.200001.00.595	FB 20: Planungskosten Vergabe v. L.	427114	16.000,00		
49	FB 40	5S.400002.00.510	FB 40: Global-Sachanl. Geb. Bohlweg 52	783110	5.900,00	FB 40	5S.400001.00.515	FB 40: GVG-Sammelp. Geb. Bohlweg 52	783125	5.900,00	27.02.2015	FBL 40
50	FB 40	5S.400011.00.510	FB 40: GegenSt MEP Schulen	783110	33.000,00	FB 40	5S.400009.00.510	FB 40: Lehrmittel Schulen - nicht FW	783110	33.000,00	16.04.2015	Dez. V
51	FB 40	5S.400044.01.511	FB 40: Einr. f. Schulkindbetreuung	422900	10.500,00	FB 51	1.36.3650.03.08	Schukibetreug. Schulen/ OGS,Freie Träger	431810	10.500,00	30.01.2015	FBL 40
52	FB 41	5S.410002.01.511	FB 41: Bücher der Schlossbibliothek	422900	89.000,00	FB 41	1.25.2720.03	Ausleihe und Nutzung	332110	64.500,00	02.06.2015	Rat
						FB 41	1.25.2720.03	Ausleihe und Nutzung	342110	24.500,00		
53	FB 41	5S.410003.08.510	Global-Sachanlagen Archiv	783110	30.000,00	FB 41	5E.410005.00.500.413	Einbau Kühlzelle Stadtarchiv	787110	30.000,00	14.11.2014	FBL 41
54	Ref. 0500	5S.000012.00.515	Ref. 0500: GVG-Sammelprojekt	783125	500,00	Ref. 0500	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	427190	500,00	31.03.2014	RefL 0500
55	Ref. 0500	5S.000012.00.515	Ref. 0500: GVG-Sammelprojekt	783125	600,00	Ref. 0500	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	314010	600,00	29.09.2014	RefL 0500
56	Ref. 0500	5S.000012.00.515	Ref. 0500: GVG-Sammelprojekt	783125	1.500,00	Ref. 0500	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	314010	1.500,00	12.12.2014	RefL 0500
57	FB 50	4S.500011.00.505	FB 50: Global Instandh. Wohnungslosenunterk.	511993	600,00	FB 50	4S.500004.17.505	FB 50: Geb.-Instandh. Naumburgstr. 25	511993	240,08	05.03.2015	FBL 50
						FB 50	1.31.3154.10	Soz. Einrichtungen Wohnungslose	502910	359,92		
58	FB 50	5S.500007.00.515	FB 50: GVG-Sammelprojekt Seniorenbegegn.	783125	19.600,00	FB 50	5S.500030.00.525	Investitionszuschuss Verbraucherzentrale	781810	3.643,00	17.10.2014	DEZV/0200.11
						FB 50	1.31.3517.10	Zuschüsse an übrige Bereiche	431810	2.093,00		
						FB 51	4S.510019.02.505	Investitionszuschuss Kita/IM nicht werterh.	431813	9.100,00		
						FB 20	4S.210013.00.505	FB 20: Instandhaltungen Grundvermögen	421110	4.764,00		
59	FB 50	5S.500008.00.510	FB 50: Global-Sachanlageverm. Seniorenbeg.	783110	10.900,00	FB 51	4S.510019.02.505	Investitionszuschuss Kita/IM nicht werterh.	431813	10.900,00		
60	FB 50	5S.500013.00.515	FB 50: GVG-Abt. 50.2 - Verwaltung/Stabsst.	783125	1.300,00	FB 50	1.31.3156.10	Beschäftigungsförderung	427195	1.300,00	20.10.2014	FBL 50
61	FB 50	5S.500022.00.510	Global-Sachanlagen Abt. 50.4	783110	100.000,00	FB 50	5S.500013.00.515	FB 50: GVG Abt. 50.2 Verwaltung	783125	7.100,00	15.07.2014	Rat
						FB 50	5S.500014.00.510	FB 50: Global-Sachanlagen Abt. 50.2	783110	10.000,00		
						FB 50	1.31.3119.10.03	Braunschweig-Pass	445510	21.400,00		
						FB 50	1.31.3156.10	Beschäftigungsförderung	427195	18.000,00		
						Allg. FinWirt.	1.61.6110.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen / Umlagen (FAG)	311110	43.500,00		
62	FB 50	5S.500022.00.510	Global-Sachanlagen Abt. 50.4	783110	5.400,00	FB 50	1.41.4140.10	Amtsärztlicher Dienst	427110	5.400,00	07.11.2014	FBL 50

lfd. Nr.	Bedarf					Deckung					Entscheidung	
	Teilhaushalt	PSP-Element	Bezeichnung	Kostenart	Betrag (Euro)	Teilhaushalt	PSP-Element	Bezeichnung	Kostenart	Betrag (Euro)	am	durch
63	FB 51	4S.510015.00.505	Global Instandhaltung Jugendzeltlager Lenste	421110	62.800,00	FB 51	4S.510018.01.505	U3- Einrichtung von Krippenplätzen (35%)	431813	62.800,00	15.07.2014	Rat
64	FB 51	4S.510019.02.505	FB 51: Global Investitionszusch. Kita	431813	20.000,00	FB 51	4S.510018.01.505	U3- Einrichtung von Krippenplätzen (35%)	431813	20.000,00	14.01.2015	FBL 51
65	FB 51	5S.510002.00.510	FB 51 Global-Sachanlagen KST 510-1010	783110	49.500,00	FB 51	1.36.3630.16.04	Frühe Hilfen - Zuweisungen vom Land	314110	25.000,00	20.10.2014	DEZ VII
						FB 51	1.36.3630.16.04	Frühe Hilfen - Jugendhilfeleistungen avE	433150	24.500,00		
66	FB 51	5S.510007.00.511	FB 51: Global Sachanlagen Kita in eig. Vw.	422900	15.200,00	FB 51	4S.510018.01.505	U3- Einrichtung von Krippenplätzen (35%)	431813	15.200,00	14.01.2015	FBL 51
67	FB 51	5S.510009.00.511	FB 51: Global Sachanlagen BT-Kita.	422900	900,00	FB 51	5S.510028.00.511	Einrichtung Krippengruppen - alt	422900	900,00	01.06.2015	FBL 51
68	FB 51	5S.510031.00.511	FB 51: Global Sachanlagen BT-JFE	422900	900,00	FB 51	5S.510028.00.511	Einrichtung Krippengruppen - alt	422900	900,00	04.06.2015	FBL 51
69	Ref. 0610	5S.000026.00.510	Ref.0610:Global-Sachanl.Heimatpfl.u.BLIK	783110	100,00	Ref. 0610	1.52.5231.02	Denkmalpflege	422210	100,00	08.05.2015	RefL 0610
70	Ref. 0610	5S.000027.00.515	Ref.0610:GVG-Sammelproj.Stadtb.u.Denkm.	783125	6.000,00	Ref. 0610	1.52.5231.02	Denkmalpflege	427115	6.000,00	11.09.2014	RefL 0610
71	Ref. 0610	5S.000027.00.515	Ref.0610:GVG-Sammelproj.Stadtb.u.Denkm.	783125	500,00	Ref. 0610	1.52.5231.02	Denkmalpflege	422210	500,00	08.05.2015	RefL 0610
72	Ref. 0630	4S.000014.00.505.001	Referat 0630 Instandhaltung - Bauordnung	422110	2.400,00	FB 10	1.11.1155.02	IT-Leistungen	427145	3.100,00	13.01.2015	RefL 0630
	Ref. 0630	4S.000014.00.505.001	Referat 0630 Instandhaltung - Bauordnung	445519	700,00							
73	Ref. 0630	5S.000022.00.515	Ref. 0630: GVG-Sammelproj. Bauordnung	783125	1.900,00	FB 10	1.11.1155.02	IT-Leistungen	427145	1.900,00	13.01.2015	RefL 0630
74	FB 61	4S.610013.06.505	Renaturierung Beberbach	421210	27.100,00	FB 61	4E.610005.00.505	Altlastensanierung Hungerkamp 5/5a	421210	27.100,00	30.04.2015	FBL 61
75	FB 61	5S.610013.00.510	FB 61 - Global Sachanl. Umweltschutz	783110	5.800,00	FB 61	1.56.5610.09	Bodenschutz, Altlasten und Kampfmittel	427110	5.800,00	08.05.2014	FBL 61
76	FB 61	5E.610012.00.500.613	Nibelungenplatz/Neugestaltung	787230	22.550,00	FB 61	5E.610023.00.500.613	Erfurtplatz/ Umgestaltung	787230	22.550,00	08.10.2014	FBL 61
77	FB 61	5E.610017.00.500.613	Lammer Busch-Ost /Erschl. (LA 33)	787230	25.903,53	FB 61	5S.610035.00.500.613	Lammer Busch Ost / Erschl. LA 32	787230	25.903,53	23.07.2015	FBL 61
78	FB 61	5E.610025.00.500.613	Taubenstr./Nördliches Ringgebiet	787230	35.000,00	FB 61	5S.610020.00.500.613	FB 61: Ausgleichsmaßnahmen Flughafen	787230	35.000,00	04.04.2014	FBL 61
79	FB 61	5S.610032.45.500.617	FB 61: PK f. Roselies-Süd-RA 25-(SP)	787230	100,00	FB 61	4E.610005.00.505	Altlastensanierung Hungerkamp 5/5a	421210	100,00	30.04.2015	FBL 61
80	FB 61	5S.610033.00.500.613	FB 61: Global-Baum.Grünflächen-Abt.61.7	787230	55.000,00	FB 61	5E.610023.00.500.613	Erfurtplatz / Umgestaltung	787230	55.000,00	30.09.2014	Rat
81	FB 61	5S.610033.00.500.613	FB 61: Global-Baum.Grünflächen-Abt.61.7	787230	15.200,00	FB 61	5E.610023.00.500.613	Erfurtplatz/ Umgestaltung	787230	15.200,00	26.02.2015	FBL 61
82	FB 66	5E.660089.00.500.663	Wendehammer Fremersdorfer Straße	787210	45.000,00	FB 66	5E.660009.00.500.663	Straßenerneuerung Mittelweg	787210	45.000,00	19.09.2014	Dez. VII
83	FB 66	5S.660003.00.510	Global-Sachanl. Gemeindestr.	783110	30.000,00	FB 66	5E.660001.00.500.663	Erschließung Gewerbegebiet Rautheim	787210	30.000,00	10.10.2014	FBL66
84	FB 67	4E.670008.00.505	Grunderneuerung Ofenlinie Krema	445526	15.000,00	FB 67	4S.670011.00.505	FB 67:Instandh.Hochbau Krema. BgA	445526	15.000,00	19.12.2014	FBL 67
85	FB 67	4S.670047.00.505	Instandhaltung Außenanlage Jugendzentren	421270	9.000,00	FB 51	5S.510028.00.511	FB 51: Einrichtung Krippengruppen	422900	9.000,00	19.12.2014	FBL 67

lfd. Nr.	Bedarf					Deckung					Entscheidung	
	Teilhaushalt	PSP-Element	Bezeichnung	Kostenart	Betrag (Euro)	Teilhaushalt	PSP-Element	Bezeichnung	Kostenart	Betrag (Euro)	am	durch
86	FB 67	5E.670036.00.500.673	BSA Rüningen / Erneuerung	787230	32,22	FB 67	5E.670044.00.500.673	Sportplatz VfB Rot-Weiß / Kunstrasenplatz	787230	32,22	05.11.2014	RefL 0670
87	FB 67	4S.670036.01.505	FB 67: Global - Instandh. Sportanlagen	445526	3.500,00	FB 67	4S.670011.00.505	FB 67:Instandh.Hochbau Krema. BgA	445526	9.600,00	19.12.2014	RefL. 0670
	FB 67	4S.670036.02.505	FB 67: Global-Instandh. Sporthallen	445522	300,00							
	FB 67	4S.670036.02.505	FB 67: Global-Instandh. Sporthallen	445526	4.700,00							
	FB 67	4S.670036.03.505	FB 67: Global-Instandh. Schießsportanl.	445526	1.100,00							
88	FB 67	5E.670049.00.525	Zuschuss SSC Germania (Kegelbahnbau)	781810	33.000,00	FB 67	1.42.4210.01.02	Unterhaltung/Zuschuss an übrige Bereiche	431810	33.000,00	08.07.2014	Dez. VII
89	FB 67	5S.670049.00.500.673	FB 67: Global Kinderspielplätze - Bauw.	787230	40.000,00	FB 20	4E.210119.00.500.213	JZ Wenden, Neubau	787110	40.000,00	05.08.2014	FBL 20
90	FB 67	5S.670067.00.500.673	Rituelles Waschhaus / Neubau	787110	15.839,31	FB 67	3E.670125.00.595	Vorplanung Einrichtung Waschhaus	427114	15.839,31	18.11.2014	FBL 67
91	FB 67	5S.670067.00.500.673	Rituelles Waschhaus / Neubau	787110	4.743,99	FB 67	3E.670125.00.595	Vorplanung Einrichtung Waschhaus	427114	4.743,99	06.03.2015	FBL 67
					9.132.078,71					**9.132.078,71**		

3.5.2.2 Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen gemäß § 117 Abs. 2 NKomVG (Haushaltsvorgriff)

lfd. Nr.	Teilhaus-halt	PSP-Element	Bezeichnung	Kostenart	Betrag (Euro)	Entscheidung	
						am	durch
1	FB 20	4E.210056.00.500.213	4. IGS Volkmarode / Errichtung	787110	990.000,00	27.05.2014	Rat
2	FB 20	4E.210113.00.500.213	GS Hohestieg / Einrichtung Ganztagsbetr.	787110	240.000,00	27.11.2014	Rat
3	FB 20	4E.210130.00.500.213	GS/HS Rüningen Sanierung	787110	1.176.600,00	27.05.2014	Rat
4	FB 20	4E.210136.00.500.213	HS Sophienstraße Sanierung	787110	670.000,00	30.09.2014	Rat
5	FB 20	4E.210139.00.500.213	RS John-F.Kennedy-Platz/ Sanierung	787110	400.000,00	21.10.2014	Rat
6	FB 20	4E.210140.00.500.213	GY Martino Katharineum/ Sanierung	787110	853.300,00	21.10.2014	Rat
7	FB 20	4E.210144.00.500.213	IGS Franzsches Feld/ Sanierung	787110	1.000.000,00	15.07.2014	Rat
8	FB 20	4E.210145.00.500.213	GY Hoffmann-von-Fallersleben-Schule/ Sanierung	787110	838.000,00	15.07.2014	Rat
9	FB 20	5E.210105.01.500.213	Feuerwehr Lamme/ Neubau	787110	300.000,00	15.07.2014	Rat
Summe:					**6.467.900,00**		

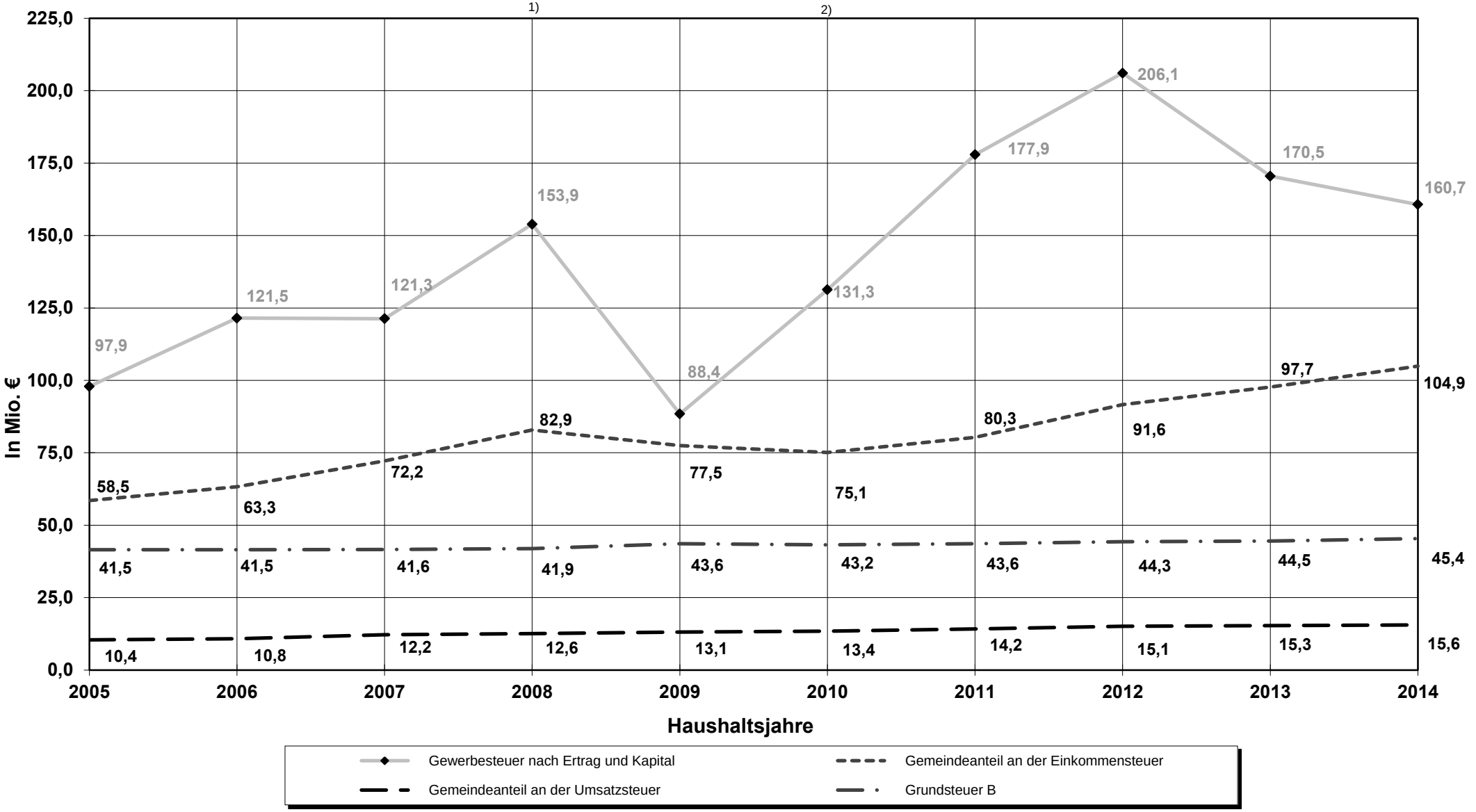
3.5.2.3 Zusammenfassung der Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen

Teilhaushalt	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen - Euro -
Ref. 0140	500,00
FB 10	671.277,39
FB 20	13.819.132,27
FB 32	13.500,00
FB 37	2.300,00
FB 40	284.600,00
FB 41	119.000,00
Ref. 0500	2.600,00
FB 50	137.800,00
FB 51	149.300,00
Ref. 0610	6.600,00
Ref. 0630	5.000,00
FB 61	186.653,53
FB 66	75.000,00
FB 67	127.215,52
Summe:	**15.600.478,71**

3.6 Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben (Vergleich Ansatz 2013, Ergebnis 2013)

Art des Steuerertrags	Gesamtertrag		Abweichung	
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr / - weniger	
	- in EUR -		absolut in EUR	- in v. H. -
Grundsteuer A	175.500,00	177.515,55	+ 2.015,55	+ 1,15
Grundsteuer B	45.000.000,00	45.414.580,53	+ 414.580,53	+ 0,92
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	202.000.000,00	160.745.416,60	- 41.254.583,40	- 20,42
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	102.400.000,00	104.913.381,00	+ 2.513.381,00	+ 2,45
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	15.900.000,00	15.601.082,00	- 298.918,00	- 1,88
Vergnügungssteuer (zusammengefasst)	3.940.000,00	3.596.080,43	- 343.919,57	- 8,73
Hundesteuer	1.030.000,00	1.091.923,70	+ 61.923,70	+ 6,01
Sonstige Steuern	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Steuern	370.445.500,00	331.539.979,81	- 38.905.520,19	- 10,50
Ausgleichsleistungen des Landes	6.200.000,00	6.119.338,30	- 80.661,70	- 1,30
Gesamtsumme	376.645.500,00	337.659.318,11	- 38.986.181,89	- 10,35
nachrichtlich:				
Gewerbesteuerumlage	30.980.000,00	23.485.174,00	- 7.494.826,00	- 24,19

Vergleich der wichtigsten Steuererträge



[1] Bereinigt um die Einzelwertberichtigungen auf Forderungen in Höhe von 26,5 Mio. Euro aufgrund angefochtener Gewerbesteuer-Messbescheide

[2] Bereinigt um die noch erzielten Erträge aus den unter [1] vorgenommenen Einzelwertberichtigungen

3.7 Aufwendungen für aktives Personal

Art des Personalaufwands[1)]	Aufwand		Abweichung	
	Ansatz	Ergebnis	+ weniger / - mehr	
	- in EUR -		absolut in EUR	- in v. H. -
4011 Beamtenbezüge	50.572.600,00	49.687.786,83	+ 884.813,17	+ 1,7
4012 Entgelt für tariflich Beschäftigte	67.692.268,00	68.474.287,73	- 782.019,73	- 1,2
4018 ABM-Kräfte	248.400,00	162.343,03	+ 86.056,97	+ 34,6
4019 Beschäftigungsentgelte	384.700,00	560.327,75	- 175.627,75	- 45,7
4021 Versorgungslastenteilung	300.000,00	1.304.451,31	- 1.004.451,31	- über 100 %
4022 AG-Anteil Zusatzversicherung für tarifllich Beschäftigte	5.807.555,00	5.640.618,59	+ 166.936,41	+ 2,9
4029 Beitrag Versorgungskasse sonstige Beschäftigte	9.000,00	26.209,34	- 17.209,34	- über 100 %
4031 Gesetzliche Sozialversicherung Beamte	200.000,00	24.645,56	+ 175.354,44	+ 87,7
4032 Gesetzliche Sozialversicherung tariflich Beschäftigte	13.731.277,00	13.795.210,03	- 63.933,03	- 0,5
4039 Gesetzliche Sozialversicherung sonstige Beschäftigte	200,00	1.931,71	- 1.731,71	- über 100 %
4041 Beihilfe Unterstützungsleistungen und dergleichen für Beamte	2.670.600,00	2.650.211,98	+ 20.388,02	+ 0,8
4051 Rückstellung für Pensionen Beamte	17.810.813,00	24.434.992,00	- 6.624.179,00	- 37,2
4061 Rückstellungen für Beihilfen	2.488.016,00	3.688.703,68	- 1.200.687,68	- 48,3
4071 Sonstige Rückstellungen Beamte	-1.500.000,00	689.202,12	- 2.189.202,12	- über 100 %
4072 Sonstige Rückstellungen Beschäftigte	0,00	460.680,80	- 460.680,80	
Gesamter Aufwand für aktives Personal	160.415.429,00	171.601.602,46	- 6.257.083,37	- 3,9
4621 Deckungsreserven [2)]	1.747.400,00	0,00	+ 1.747.400,00	+ 100,0
Gesamter Aufwand für aktives Personal inkl. Deckungsreserve	162.162.829,00	171.601.602,46	- 9.438.773,46	- 5,8

1) Die vierstelligen Zahlen entsprechen den ersten vier Stellen der Sachkonten der Stadt auf der Grundlage des verbindlichen Kontenrahmens für Niedersachsen.

2) Ab 2012 wird die Deckungsreserve nicht mehr dem Bereich „Aufwendungen für aktives Personal“ sondern neu der Zeile „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ zugeordnet.

Diese Veränderung ist durch die Anpassung unseres örtlichen Kontenplans (Einrichtung neues Sachkonto) entstanden. In der Anpassung wurden die vom LSKN vorgegebenen Änderungen des niedersächsischen Kontenrahmens 2012 umgesetzt.

3.8 Haushaltsreste

Die Übertragbarkeit von Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen ist in § 20 GemHKVO geregelt. Zu den Ermächtigungen zählen auch über- oder außerplanmäßige Aufwendungen und die damit verbundenen Auszahlungen sowie zweckgebundene Erträge und Einzahlungen.

3.8.1 Ergebnishaushalt ohne Investitionsmanagement

Im Bereich des Ergebnishaushalts wurden für Aufwendungen Haushaltsreste in Höhe von **3.373.010,62 EUR** gebildet.

In der unten abgebildeten Aufstellung sind die Haushaltsreste je Teilhaushalt zusammengefasst dargestellt.

Teilhaushalt	- in EUR -
Politische Gremien	32.191,52
Verwaltungsführung	0,00
Personalvertretung	0,00
Allgemeine Finanzwirtschaft	0,00
FB 01 Zentrale Steuerung	0,00
Ref. 0120 Stadtentwicklung und Statistik	0,00
Ref. 0140 Rechnungsprüfungsamt	7.350,11
Ref. 0150 Gleichstellungsreferat	1.200,00
FB 10 Zentrale Dienste	153.599,51
FB 20 Finanzen	158.200,00
FB 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit	0,00
FB 37 Feuerwehr	0,00
FB 40 Schule	294.024,08
Kultur und Wissenschaft	160.743,22
Ref. 0500 Sozialreferat	10.000,00
FB 50 Soziales und Gesundheit	16.883,29
FB 51 Kinder, Jugend und Familie	343.130,50
Ref. 0600 Baureferat	2.510,00
Ref. 0610 Stadtbild und Denkmalpflege	67.594,65
Ref. 0630 Bauordnung	307.202,59
FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz	449.948,78
FB 66 Tiefbau und Verkehr	257.986,98
FB 67 Stadtgrün und Sport	890.958,08
Stabsst. 0800 Wirtschaftsdezernat	219.487,31
Summe	**3.373.010,62**

Im Folgenden werden die Haushaltsreste über 500 TEUR je Einzelsachverhalt begründet.

In den oben genannten Haushaltsresten ist kein Einzelsachverhalt über 500 TEUR enthalten.

3.8.2 Ergebnishaushalt Investitionsmanagement

Im Bereich des Ergebnishaushalts wurden im Investitionsmanagement für ordentliche Aufwendungen Haushaltsreste in Höhe von **19.994.666,19 EUR** gebildet.

Die Höhe der gebildeten Haushaltsreste wurde dabei von der Abwicklung der Maßnahmen (z. B. Verzögerungen bei Sanierungen und der Anschaffung von Vermögensgegenständen von Festwerten) beeinflusst.

3.8.3 Finanzhaushalt Investitionsmanagement

Im Bereich des Finanzhaushalts wurden für Auszahlungen aus **Investitionstätigkeit** Haushaltsreste in Höhe von **36.854.489,34 EUR** gebildet

Die Höhe der gebildeten Haushaltsreste wurde dabei von der Abwicklung der Maßnahmen (z. B. Verzögerungen bei Beschaffungen und Baudurchführungen) beeinflusst.

Im Hinblick auf den Jahresabschluss ist geprüft worden, ob und in welcher Höhe Haushaltsreste gebildet werden können bzw. wo ggf. Nachveranschlagungen ab 2016 möglich sind.

Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte wurden zum Jahresabschluss 2014 die in den nachfolgenden Aufstellungen nach Teilhaushalten und Projekten dargestellten Haushaltsreste in das Haushaltsjahr 2015 vorgetragen.

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
polit. Gremien	4S.000001.00.505	Politische Gremien: Instandhaltungen	445519	1.000,00
Summe polit. Gremien				**1.000,00**
Vw.Führung	4S.000002.00.505	Verwaltungsf.: Instandhaltungen	445522	2.400,00
Vw.Führung	5S.000002.00.515	Verwaltungsf.: GVG-Sammelprojekt	783125	900,00
Vw.Führung	5S.000019.00.510	Verwaltungsf.: Global-Sachanlagen	783110	1.100,00
Summe Vw.Führung				**4.400,00**
FB 01	4S.000003.01.505	Ref. 0100: Instandhaltungen	422110, 445519, 445522	15.819,32
FB 01	4S.000003.02.505	Ref. 0100: Softwarewartung	422140	7.789,08
FB 01	5S.000003.00.515	Ref. 0100: GVG-Sammelprojekt	783125	44.000,00
FB 01	5S.000004.00.510	Ref. 0100: Global-Sachanlagen	783110	1.132,38
FB 01	5S.000011.00.515	Ref. 0300: GVG-Sammelprojekt	783125	2.273,70
Summe FB 01				**71.014,48**
Ref. 0120	5S.000006.00.515	Ref. 0120: GVG-Sammelprojekt	783125	118,64
Ref. 0120	5S.000007.00.510	Ref. 0120: Global-Sacha.(Stat. /Wahlen)	783110	1.108,00
Summe Ref. 0120				**1.226,64**
Ref. 0140	5S.000009.00.515	Ref. 0140: GVG-Sammelprojekt	783125	256,11
Summe Ref. 0140				**256,11**
Ref. 0150	4S.000007.00.505	Ref. 0150: Instandhaltungen	445519	348,00
Ref. 0150	5S.000010.00.515	Ref. 0150: GVG-Sammelprojekt	783125	300,00
Summe Ref. 0150				**648,00**
FB 10	4E.100003.00.505	FB 10: Rathaus-Neubau / San. Toiletten	421110	81.895,70
FB 10	4E.100005.00.505	Rathaus-Altbau/Wasserleitungssan.	421110	37.254,29
FB 10	4S.100005.00.510	FB 10: Programm -IT- Immat./Sachanl.	783110	106.265,72
FB 10	4S.100005.00.505	FB 10: Programm -IT-Instandhaltungen/ sonst.	422140	46.525,42
FB 10	4S.100005.00.515	FB 10: Programm -IT- Sachanl.-GVG's	783125	17.005,55
FB 10	5E.100002.00.520	FB 10: Aufstockung Versorgungsrücklage	785310	25.740,76
FB 10	5S.100002.00.515	FB 10: GVG-Sammelprojekt (100-0001)	783125	2.597,78
FB 10	5S.100002.04.515	FB 10: GVG-Sammelprojekt (100-4000)	783125	1.247,26
Summe FB 10				**318.532,48**
FB 20	3S.200001.00.595	FB 20: Planungskosten allgemein	427114	193.700,00
FB 20	3S.200001.01.595	FB 20: Planungskosten Schulsanierung	427114	83.184,25
FB 20	3S.200001.02.595	FB 20: Planungskosten OGS	427114	16.743,73
FB 20	3S.200002.00.595	FB 20: HOAI FB 65	427114	250.000,00
FB 20	3S.200002.01.595	FB 20: HOAI andere Fachbereiche	427114	75.000,00
FB 20	3S.200003.00.595	FB 20: Vorplanung FB 65	427114	80.000,00
FB 20	4E.210059.01.505	Sanierung Sanitäranlagen.- nicht werterhöhend	421110	12.067,11
FB 20	4S.200002.01.505	Gewerbepark Waller See - Bauwerk	445223	444.000,00
FB 20	4S.210001.04.505	FB 20 : Instandhaltungen (KST: 200-4000)	445520	1.762,20
FB 20	4S.210008.00.505	FB 20.2: Instandhaltungen Gewandh. BgA	421110, 445526	7.580,76
FB 20	4S.210013.00.505	FB 20: Instandhaltungen Grundvermögen	421110, 445526	233.364,13
FB 20	4S.210014.00.505	FB 20: Abbrüche Grundvermögen	421160	277.000,00
FB 20	4S.210066.01.505	FB 20: MP Barrierefreiheit - Aufwand	421110	43.840,28
FB 20	4S.210066.02.500.003	FB 20: MP Barrierefreiheit Invest-Bauw.	787110	46.148,23
FB 20	5S.200019.00.525	FB 20: Krankenhausumlage	781110	655.000,00
FB 20	5S.200025.00.510	FB 20: Global-Sachanlagen 20.2	783110	1.579,03
FB 20	5S.210002.01.515	FB 20: GVG-Sammelprojekt (200-1000)	783125	758,41
FB 20	5S.210002.02.515	FB 20: GVG-Sammelprojekt (200-2000)	783125	542,64
FB 20	5S.210002.03.515	FB 20: GVG-Sammelprojekt (200-3000)	783125	587,49
FB 20	5S.210002.04.515	FB 20: GVG-Sammelprojekt (200-4000)	783125	3.806,68
FB 20	5S.210008.01.510	FB 20: Global - Ankauf von Grundst.	782110	1.012.073,57
Summe FB 20				**3.438.738,51**

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
FB 65	3E.210002.00.595	FB 20: Vorplanung Geb. Berufsfeuerwehr	427114	200.000,00
FB 65	3E.210004.00.595	Feuerwehr Timmerlah / Vorplanung Neubau	427114	50.000,00
FB 65	4E.210003.00.505	GS Bürgerstraße/Sanierung	421110	119.849,32
FB 65	4E.210004.00.505	GS Wenden/Sanierung	421110	5.638,46
FB 65	4E.210007.00.505	GS Rautheim/Sanierung	421110	2.338,53
FB 65	4E.210009.00.505	GS Bebelhof/Sanierung	421110	64.659,55
FB 65	4E.210011.00.505	GS Isoldestraße/Sanierung	421110	8.000,00
FB 65	4E.210012.00.505	GS Völkenrode/Sanierung	421110	378,69
FB 65	4E.210015.00.505	GS Lehndorf / Sanierung	421110	54.161,75
FB 65	4E.210018.00.505	GS Stöckheim/Sanierung	421110	6.343,96
FB 65	4E.210022.00.505	GS/HS Schuntersiedlung/Sanierung	421110	2.918,21
FB 65	4E.210023.00.505	RS Nibelungenschule/Sanierung	421110	150,06
FB 65	4E.210026.00.505	RS Sidonienstraße/Sanierung	421110	75.677,64
FB 65	4E.210027.00.505	GY H.-v.-Fallersleben-Schule/Sanierung	421110	79.534,73
FB 65	4E.210028.00.505	GY Martino-Katharineum/Sanierung	421110	74.013,20
FB 65	4E.210029.00.505	GY Gaußschule/Sanierung	421110	117.726,32
FB 65	4E.210032.00.505	Wilhelm-Gymnasium/Sanierung	421110	1.776,71
FB 65	4E.210033.00.505	BBS IV Helene-Engelbrecht-Sch./Sanierung	421110	18.265,77
FB 65	4E.210039.00.505	IGS Querum (Altbau)/Sanierung	421110	2.693,81
FB 65	4E.210040.00.505	Salve Hospes/Dachsanierung	421110	54.996,08
FB 65	4E.210052.00.505.213	IGS Franzsches Feld / Sanierung - Bau	421110	3.246,33
FB 65	4E.210056.00.505.213	4. IGS/Errichtung - Instandhaltungen	421110	72.893,44
FB 65	4E.210065.00.505	GS Volkmarode Sanierung	421110	79.127,87
FB 65	4E.210067.01.505	Aufwand Städtisches Museum / Umbau	421110	62.707,70
FB 65	4E.210072.01.500.213	Ganztagsbet. GS Am Schw. Berge- Bau	787110	13.098,80
FB 65	4E.210072.02.511	Ganztagsbet. GS Am Schw. Berge- Aufwand	422900	39,39
FB 65	4E.210076.00.505	FB 20: GHW/Herrichtung wegen Ankauf Ausz.	421110	36.043,35
FB 65	4E.210081.00.505.213	GS Querum / Sanierung -Bau	421110	8.935,68
FB 65	4E.210085.00.505	BBS Johannes Selenka-S./ Sanierung	421110	73.141,29
FB 65	4E.210091.00.505.213	MP-Lessinggym. Wenden/ San.- nicht werterhöhend	421110	459.250,03
FB 65	4E.210092.00.505	Brandschutzmaßnahmen Salve Hospes	421110	25.942,42
FB 65	4E.210094.00.505	GY H.v.F. / Umbau Teeküche	421110	261.614,00
FB 65	4E.210097.00.500.213	MP-San. /Erw. RS Nib./IGS Querum-werterhöhend	787110	235.211,92
FB 65	4E.210097.00.505	MP-San. /Erw. RS Nib./IGS Querum-Aufwand	421110	409.296,84
FB 65	4E.210099.00.505	MP-Lessinggy.Wenden/ Aulaanb- nicht werterhöhend	421110	977,12
FB 65	4E.210100.01.500.213	MP-Lessinggy. Wenden/Ganzt.-werterhöhend	787110	585.534,61
FB 65	4E.210102.00.505	GS Rühme/Astrid-Lindgren-Schule/San.	421110	3.646,09
FB 65	4E.210104.00.505	Karl-Hintze-Weg 3/Umbau Schulkindb.	421110	57.025,35
FB 65	4E.210108.00.505	GY Martino Katharineum - Umbau Cafeteria	421110	82.427,94
FB 65	4E.210113.00.505.213	MP-GS Hohestieg Einr. Ganzt - nicht werterhöhend	421110	185.956,94
FB 65	4E.210114.00.500.213	MP-GS Rheinring - Einr.Ganzt. - werterhöhend	787110	90.971,77
FB 65	4E.210114.00.505.213	MP-GS Rheinr. - Einr.Ganzt. - nicht werterhöhend	421110	178.459,39
FB 65	4E.210115.00.500.213	MP-GY Kleine B. - Einr. Ganzt. - werterhöhend	787110	178.616,92
FB 65	4E.210115.00.505.213	MP-GY Kleine B. - Einr. Ganz. - nicht werterhöhend	421110	71.721,09
FB 65	4E.210116.00.500.213	MP-BBS V - Erw. a. Hauptst.ort - werterhöhend	787110	153.000,00
FB 65	4E.210116.00.505.213	MP-BBS V - Erw. Hauptst.ort - nicht werterhöhend	421110	40.000,00
FB 65	4E.210117.00.505	Hort KTK Brunsviga/ Sanierung	421110	14.348,16
FB 65	4E.210118.00.505	KJZ Rüningen/ Sanierung	421110	7.173,07
FB 65	4E.210119.00.500.213	MP-Jugendzentrum Wenden / Neubau - werterhöhend	787110	498,00
FB 65	4E.210119.00.505.213	MP-Jugendzentrum Wenden / Neubau - nicht werterhöhend	427193	60.829,09
FB 65	4E.210120.00.505	IGS Franz. Feld Einr. Mediathek - Umbau	421110	9.608,10
FB 65	4E.210120.00.515	IGS Franz. Feld Einr. Mediathek - IT/GVG	783125	793,24
FB 65	4E.210122.00.505	Oswald-Berkhan-Schule / Sanierung	421110	37.301,97
FB 65	4E.210124.00.500.213	Mensacontainer GY RHS - Bau	787110	15.265,88
FB 65	4E.210124.00.511	Mensacontainer GY RHS Ausstattung	422900	659,76
FB 65	4E.210126.00.505	Tiefgarage Eiermarkt / Erneuer. techn. A	421110	185.647,11
FB 65	4E.210127.01.500.213	MP - Tunica-Sporthalle /Sanierung - Bau	787110	566.352,57
FB 65	4E.210129.00.505	GS Stöckheim/Umbau f. Schulkindbet - Bau	421110	28.060,74
FB 65	4E.210131.00.505	MP: RS Georg-Eckert-Str./WC-Gebäude Aufw.	421110	60.163,75
FB 65	4E.210134.00.500.213	MP: GS Melverode / Sanierung - Bau	787110	326.391,96
FB 65	4E.210137.00.500.213	MP: BBS V / Sanierung - Bau	787110	399.769,60
FB 65	4E.210142.00.500.213	MP: Wilhelm-Gymnasium / Sanierung - Bau	787110	90.297,41
FB 65	4E.210152.00.500.213	Kita Leiferde / Neubau - Bauwerk	787110	660.527,35

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
FB 65	4E.210152.00.505	Kita Leiferde / Neubau - nicht werterhöhend	421110	165.109,10
FB 65	4E.210153.00.505	Tiefgarage Packhof / Sanierung	421110	866.095,00
FB 65	4E.210156.01.505	TG Magni / Sanierung - nicht werterhöhend	421110	691.379,75
FB 65	4S.210016.00.505	FB 20:Global-Instandhaltungen Berufsfeuerwehr	421110	5.023,60
FB 65	4S.210017.00.505	FB 20:Global-Instandhaltungen Freiwill. Feuerw.	421110	214.910,35
FB 65	4S.210022.00.505	RS Georg-Eckert-Schule/Sanierung	421110	48.977,25
FB 65	4S.210029.00.505	FB 20:Projekt Inst. Trinkw./San.(Städt.)	421110	127.373,60
FB 65	4S.210030.00.505	FB 20:Global-Instandhaltungen Parkhäuser BgA	421110	80.995,00
FB 65	4S.210034.00.505	FB 20:Global Instandhaltungen Allgem. Grundverm.	421110	41.305,44
FB 65	4S.210036.00.505.213	FB 20:Progr.Instandhaltungen Städt.Kitas/Sanier.	421110	863.536,32
FB 65	4S.210037.00.505	FB 20:Global Instandhaltungen Untersuch./Nachko.	421110	57.936,64
FB 65	4S.210042.00.505	FB 20: Global-Instandhaltung Kultur	421110	33.996,52
FB 65	4S.210056.00.505	Kleinere Sanierungsmaßnahmen Schulen	421110	26.752,40
FB 65	4S.210057.00.505	Global Schulkindbetr./Umbauten an GS	421110	201.627,42
FB 65	4S.210061.00.505	FB 20: Global-Instandhaltungen Städt. Museum	421110	131.433,97
FB 65	4S.210062.00.505	FB 20: Global-Instandhaltungen Jugendzentren	421110	41.051,06
FB 65	4S.210063.00.505	FB 20: Einb. Hocheffizienzpumpen Rest	421110	29.269,20
FB 65	4S.210065.00.505	FB 20: Global-Instandhaltung Schulen	421110	464.842,82
FB 65	4S.210069.00.500.213	MP: Kitaneubauten (40 % Quote) - Bau	787110	220.868,53
FB 65	4S.210069.00.505	MP:Kitaneubau - nicht werterhöhend	511993	26,41
FB 65	4S.210069.00.511	MP:Kitaneubau - nicht werterhöhend	422900	36,19
FB 65	4S.210070.00.505	Umb.städt. Kitas für U3 (40 %)	421110	348.333,71
FB 65	4S.210071.01.505	FB 20: MP Inklusion - Aufwand	421110	859.938,34
FB 65	4S.210072.02.500.213	MP-Sporth. Maßn. Versam.VO InvestBauwerk	787110	127.673,11
FB 65	4S.210073.00.500.213	Schulkindbetreuung (60%) - Bau	787110	312.500,74
FB 65	4S.210073.00.505	Schulkindbetreuung (60%) - nicht werterhöhend	421110	18.519,91
FB 65	5E.210013.00.500.213	GS/HS Rüningen/Erneuerung - Bauwerk	787110	2.648,69
FB 65	5E.210023.00.500.213	Johannes-Selenka-Schule/Sanierung - Bau	787110	84.877,32
FB 65	5E.210027.01.500.213	Städtisches Museum/Umbau - Bauwerk	787110	156.678,07
FB 65	5E.210031.00.500.213	Betriebshof FB 67 (Stadtgrün) - Bauwerk	787110	1.000,00
FB 65	5E.210032.00.500.213	GS Broitzem/Sanierung - Bauwerk	787110	641,19
FB 65	5E.210033.00.500.213	GS Timmerlah/Sanierung - Bauwerk	787110	1.966,39
FB 65	5E.210035.00.500.213	GS Hohestieg/Sanierung - Bauwerk	787110	1.316,17
FB 65	5E.210036.00.500.213	GS Diesterwegstraße/Sanierung - Bauwerk	787110	17.201,30
FB 65	5E.210037.00.500.213	HS Rothenburg/Sanierung - Bauwerk	787110	200,00
FB 65	5E.210088.00.500.213	GS Veltenhof/Sanierung - Bauwerk	787110	2.789,91
FB 65	5E.210095.00.500.213	GS/HS Pestalozzistraße / Sanierung	787110	143.397,05
FB 65	5E.210097.00.500.215	GS Klint / Schulhofsanierung - Bau	787230	112.715,99
FB 65	5E.210098.00.500.215	GS Heinrichstr. / Schulhofsanierung-Bau	787230	173.000,00
FB 65	5E.210100.01.500.213	Feuerwehr Leiferde / Neubau - Bau	787110	221.409,46
FB 65	5E.210100.02.500.213	Feuerwehr Querum / Neubau - Bau	787110	364.106,82
FB 65	5E.210111.00.500.213	Sanierung Kinder- und JZ B 58- Bau	787110	124.098,56
FB 65	5E.210113.00.500.213	Berufsfeuerwehr / Neubauten- Bauwerk	787110	1.380.618,97
FB 65	5E.210114.00.500.215	GS Völkenrode Abt. Watenb. Schulhof- Bau	787230	30.013,74
FB 65	5E.210116.00.500.213	Rathausneubau / Sanierung, Bauwerk	787110	355.000,00
FB 65	5E.210117.00.500.213	GY HvF / Ersatz Umkleidekabinen - Bau	787110	10.882,60
FB 65	5E.210119.00.500.213	Volkskindergarten / Sanierung - Sachk.	787110	117.392,56
FB 65	5E.210121.00.500.213	Tiefgar. Magni - Sprinkleran., BgA Sachk	787110	69.034,56
FB 65	5E.210123.00.500.213	GS Rautheim / Sanierung - Bau	787110	30.242,89
FB 65	5E.210133.00.500.213	GS Watenbüttel/ Umbau Schulkindbetreuung	787110	247.700,00
FB 65	5E.210134.00.500.213	GS Wenden / Sanierung - Bau	787110	48.578,82
FB 65	5E.210135.00.500.213	Kita Hondelage / Sanierung - Bauwerk	787110	65.380,12
FB 65	5E.210137.00.500.213	Jödebrunnen / Sanierung - Bauwerk	787110	13.293,88
FB 65	5S.210004.00.500.013	Global-Baumaßnahmen 2013	787110	38.759,57
FB 65	5S.210023.00.500.213	Amok-Anlagen in Schulen / Einbau	787110	351.264,67
FB 65	5S.210024.00.500.213	Feuerwehr-Anb. Timmerl./Harxb./Stöck-Bau	787110	177.500,00
FB 65	5S.210025.02.500.213	FB 20: Container Schulkindbetr.	787110	11.350,06
FB 65	5S.210031.00.500.213	Global-Baumaßn. Kinder Jugend - Bauwerk	787110	13.500,00
Summe FB 65				**17.119.768,57**

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
FB 32	4S.320001.01.505	FB 32: Instandhaltungen (320-1000)	427193	1.000,00
FB 32	4S.320001.02.505	FB 32: Instandhaltungen (320-2000)	427193	4.113,46
FB 32	4S.320001.05.505	FB 32: Instandhaltungen (320-5000)	445519	1.200,00
FB 32	5S.320001.03.515	FB 32: GVG-Sammelprojekt (320-3000)	783125	2.662,04
FB 32	5S.320001.06.515	FB 32: GVG-Sammelprojekt (320-6000)	783125	1.750,00
FB 32	5S.320003.01.510	FB 32: Global-Sachanl.Ordnungsangel.	783110	10.886,54
FB 32	5S.320004.00.500.004	FB 32: Global-Baumaßn. Marktw-Bauw.	787110	24.660,69
Summe FB 32				**46.272,73**
FB 37	5E.370002.00.500.006	Umstellung auf Digitalfunk-Ausst.	783110	418.041,21
FB 37	5E.370006.00.510	Erwerb Hardware IRLS	783110	23.774,15
FB 37	5E.370007.00.510	Drehleiter-Ersatzbesch. Sachanlagen	783110	20.000,00
FB 37	5S.370005.00.515	FB 37: GVG-Sammelprojekt Rettungs.	783125	750,00
FB 37	5S.370006.02.511	FB 37: GVG-Besch. Dienst-u.Schuztkl. FF	422900	156.869,35
FB 37	5S.370007.00.500.006	FB 37: Beschaff. v. Spezialfahrz. BF	783110	107.456,17
FB 37	5S.370008.00.511	FB 37: Global-Festwertvermögen BF	422900	69.655,43
FB 37	5S.370009.00.510	FB 37: Global-sonst. Sachanl. BF	783110	66.280,85
FB 37	5S.370010.00.500.006	FB 37: Beschaff. v. Spezialfahrz. FF	783110	527.078,19
FB 37	5S.370012.00.510	FB 37: Global-sonst. Sachanl. FF	783110	1.450,00
FB 37	5S.370013.00.510	FB 37: Global-Sachanl. Katastroph.	783110	8.978,55
FB 37	5S.370014.00.500.006	FB 37: Global-Spezialfahrz. Rettung.	783110	312.090,47
FB 37	5S.370015.00.510	FB 37: Global-sonst.Sachanl.Rettung.	783110	3.308,50
Summe FB 37				**1.715.732,87**
FB 40	4E.400002.00.505	BBS II / Anschluss Energiesäulen	421110	148.460,30
FB 40	4S.400003.00.505	FB 40:Instandhaltungen Medienzentrum	422110	2.621,73
FB 40	4S.400004.00.505	FB 40:Instandhaltungen EDV-Systeme MEP	422110	59.085,11
FB 40	4S.400005.01.505	FB 40: Gebäude-Instandhaltungen (FB 65) GS	445519	54.554,81
FB 40	4S.400005.01.505	FB 40: Gebäude-Instandhaltungen (FB 65) GS	445519	236.311,83
FB 40	4S.400006.00.505	FB 40: Instandhaltungen MEP Schulen	421110	387.727,46
FB 40	4S.400009.01.505	FB 40: Global-Instandhaltungen GS	421110	76.766,00
FB 40	4S.400016.01.505	FB 40: Instandhaltungen Gegenstände GS	422110	4.800,00
FB 40	4S.400019.00.505	FB 40: Notebook-Klassen	421110	111.658,61
FB 40	4S.400024.01.505	FB 40: Global-Umbauten GS	421110	666.553,92
FB 40	5E.400011.00.510	BBS II - Ausstattung Werkzeugmaschinen	783110	214.325,65
FB 40	5E.400012.00.510	MP: BBS II/Lehrmittel Elektrotechnik,etc	783110	222.201,85
FB 40	5E.400012.00.511	MP: BBS II/Lehrmittel Elektrotechnik FW	422900	43.482,70
FB 40	5S.400003.00.515	FB 40: GVG-Sammelp.Medienzentrum	783125	2.330,00
FB 40	5S.400008.01.511	FB 40:GVG-FuG/Lehr Grundschulen	422900	430.657,03
FB 40	5S.400009.00.510	FB 40: Lehrmittel Schulen - nicht FW	783110	59.473,00
FB 40	5S.400011.00.510	FB 40:GegenSt MEP Schulen	783110	673.184,75
FB 40	5S.400013.01.511	FB 40: Global-EinriG Grundschulen	422900	135.297,27
FB 40	5S.400024.00.515	FB 40:GVG GegenSt MEP Schulen	783125	149.800,00
FB 40	5S.400028.01.511	FB 40-2008:GVG-Funkt/Einr/Tech GS	422900	70.130,20
FB 40	5S.400030.00.510	FB 40:Ersatz Software MEP Schulen	783110	51.100,00
FB 40	5S.400036.00.511	FB 40:Mobiliar-FW MEP Schulen	422900	60.520,22
FB 40	5S.400043.01.511	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR 112	422900	1.054,59
FB 40	5S.400043.04.511	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR 120	422900	720,99
FB 40	5S.400043.07.511	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR 211	422900	300,00
FB 40	5S.400043.08.511	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR 212	422900	240,00
FB 40	5S.400043.09.511	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR 213	422900	442,33
FB 40	5S.400043.10.511	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR 221	422900	50,39
FB 40	5S.400043.11.511	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR 222	422900	500,00
FB 40	5S.400043.12.511	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR 223	422900	300,00
FB 40	5S.400043.14.511	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR 310	422900	502,46
FB 40	5S.400043.15.511	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR 321	422900	441,55
FB 40	5S.400043.16.511	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR 322	422900	64,28
FB 40	5S.400043.18.511	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR 331	422900	1.005,77
FB 40	5S.400043.19.511	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR 332	422900	600,00
FB 40	5S.400045.00.511	5. IGS Heidberg, Mobiliar	422900	413.214,56
FB 40	5S.400047.01.511	FB 40: Global Süd Schul. Grundschulen	422900	25.571,60
FB 40	5S.400048.01.511	FB 40: GVG Nord Schulen GS	422900	28.300,12
Summe FB 40				**4.334.351,08**

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
FB 41	4E.410002.01.510	Schlossmuseum - Herri., Ausst. - werterhöhend	783110	16.963,06
FB 41	4E.410003.00.505	Gedenkst. Schillstr. Leuchtschr. Aufwand	427193	51.100,00
FB 41	4S.410001.00.505	FB 41: Instandhaltungen Kulturinstitut	421110	6.051,00
FB 41	4S.410001.07.505	FB 41:Instandhaltungen Museum	445520	3.959,44
FB 41	5E.410004.00.510	FB 41: Ansch. einer Gemäldeanlage	783110	132.400,00
FB 41	5S.410003.07.510	FB 41:Global-Sachanl. Museum	783110	10.824,06
FB 41	5S.410003.08.510	FB 41:Global-Sachanl. Archiv	783110	30.000,00
FB 41	5S.410005.00.511	FB 41: GVG- Sammelproj. Musiksch. (FW)	422900	1.184,44
FB 41	5S.410006.00.511	FB 41: Global-Einr.G Musiksch. (FW)	422900	4.355,00
FB 41	5S.410008.01.511	FB 41: Ortsbüchereien StBezR 112	422900	1.284,32
FB 41	5S.410008.02.511	FB 41: Ortsbüchereien StBezR 113	422900	82,67
FB 41	5S.410008.03.511	FB 41: Ortsbüchereien StBezR 114	422900	142,83
FB 41	5S.410008.07.511	FB 41: Ortsbüchereien StBezR 211	422900	121,87
FB 41	5S.410008.09.511	FB 41: Ortsbüchereien StBezR 213	422900	38,75
FB 41	5S.410008.12.511	FB 41: Ortsbüchereien StBezR 223	422900	100,20
FB 41	5S.410008.15.511	FB 41: Ortsbüchereien StBezR 321	422900	657,54
FB 41	5S.410008.17.511	FB 41: Ortsbüchereien StBezR 323	422900	835,45
Summe FB 41				**260.100,63**
FB 50	4S.500004.17.505	FB 50:Geb.-Instandhaltungen Naumburgstraße 25	421110	5.300,00
FB 50	4S.500008.00.505	FB 50: Instandhaltungen Seniorenbegegnungsst.	445519	2.785,64
FB 50	5S.500005.00.515	FB 50: GVG-Sammelpr. Abt. 50.1	783125	1.435,78
FB 50	5S.500007.00.515	FB 50: GVG-Seniorenbegegnungsst.	783125	9.156,94
FB 50	5S.500008.00.510	FB 50:Global-Sachanl.Seniorenbegeg.	783110	14.572,28
FB 50	5S.500019.00.515	FB 50: GVG-Sammelpr. Abt. 50.3	783125	2.541,83
FB 50	5S.500022.00.510	FB 50:Global-Sachanl. 50.4	783110	111.516,71
Summe FB 50				**147.309,18**
FB 51	4S.510001.01.505	FB 51: Instandhaltungen 51.0 (510-0110)	445520	610,00
FB 51	4S.510002.00.505	FB 51: Instandhaltungen Jugendwohnungen	421110, 427193	3.100,00
FB 51	4S.510003.00.505	FB51:Instandhaltungen Kinder-Jugendschutzhaus	421110, 445519	25.950,00
FB 51	4S.510004.00.505	FB 51: Instandhaltungen Kitas eig. Verw.	445519, 445522	73.299,96
FB 51	4S.510005.00.505	FB 51: Instandhaltung Betriebstr Kitas	445519, 445522	32.125,66
FB 51	4S.510006.00.505	FB 51: Instandhaltungen JFE	445520, 445522	13.300,00
FB 51	4S.510007.00.505	FB 51: Instandhaltungen J.Zeltger L.	421110	2.807,32
FB 51	4S.510015.00.505	FB 51:Global-Instandhaltungen Jugendzeltlager	421110	60.491,81
FB 51	4S.510017.00.505	FB 51:Aufw. Global- Invest.Zusch.fr.Träg	431813	4.600,00
FB 51	4S.510018.01.505	U3/Einr.Krippenpl. (35%) - Aufwand	431813	159.500,00
FB 51	4S.510019.02.505	FB 51:Global-Invest.-Zusch.Kita-Aufwand	431813	83.481,43
FB 51	4S.510025.00.505	FB 51: Instandhaltung SKB in Schulen	445522	150,00
FB 51	5E.510002.00.525	Jugendherberge/Neubau-Bauwerk	781810	750.000,00
FB 51	5S.510001.00.515	FB 51: GVG Sammelprojekt - Verwaltung	783125	2.670,47
FB 51	5S.510002.00.510.001	FB 51: Global-Sachanlagen KST: 510-0110	783110	39.347,12
FB 51	5S.510002.00.510.002	FB 51: Global-Sachanlagen KST: 510-0030	783110	5.270,16
FB 51	5S.510002.00.510.003	FB 51: Global-Sachanlagen KST: 510-1010	783110	35.500,00
FB 51	5S.510006.00.511	FB 51: GVG Einricht. Kita eigeneVerw. FW	422900	15.560,17
FB 51	5S.510007.00.511	FB 51: Global Sachanl. Kita eig.Verw. FW	422900	22.321,37
FB 51	5S.510008.00.511	FB 51: GVG Einricht. Betriebstr. Kita FW	422900	951,90
FB 51	5S.510010.00.511	FB 51:GVG-Jugendfreizeiteinricht.	422900	614,09
FB 51	5S.510011.00.511	FB 51:Global-Sachanl. städt. JFE	422900	3.880,00
FB 51	5S.510013.00.510	FB 51:Global-Sachanl. J.Zeltlager L.	783110	31.687,68
FB 51	5S.510015.00.511	FB 51:Global-Sachanl. KTK's	422900	9.500,00
FB 51	5S.510018.00.510	FB 51:Global-Sachanl.sonst.Jugenda.	783110	3.551,00
Summe FB 51				**1.380.270,14**
Ref. 0600	4S.000010.00.505	Ref. 0600: Instandhaltungen	445519	1.500,00
Ref. 0600	4S.000011.00.505	Ref. 0600: Instandhaltungen Brunnen/Denkmäl.	421110, 445526	73.738,59
Ref. 0600	5S.000014.00.515	Ref. 0600: GVG-Sammelprojekt	783125	1.200,00
Ref. 0600	5S.000015.00.500.003	Ref. 0600: Global-Bau. Brun./Denkm.	787110	4.805,00
Summe Ref. 0600				**81.243,59**

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
Ref. 0630	4S.000014.00.505.001	Ref. 0630: Instandhaltungen - Bauordnung	445514, 445519, 445520	4.468,75
Ref. 0630	5S.000022.00.515	Ref. 0630: GVG-Sammelproj. Bauordnung	783125	1.589,98
Summe Ref. 0630				**6.058,73**
FB 61	4E.610001.02.505	Mischproj. FB 61 -Natura 2000- Instandhaltungen	421210	41.472,72
FB 61	4E.610004.02.505	FB 61:Renatur. Schunter/Hondel.-Instandhaltungen	421210, 429113	228.563,21
FB 61	4E.610007.01.505	MP - Renaturierung der Wabe - Aufwand	421210, 421270, 427114	103.856,83
FB 61	4S.610001.00.505	FB 61:Instandhaltungen 61.0 - Verwaltung	422110, 445514, 445519	5.540,00
FB 61	4S.610004.00.505	FB 61:Instandhaltungen 61.2-Geoinfor. (ohne H.)	445520	4.945,27
FB 61	4S.610009.01.505	FB 61:Soz.Stadt-westl.Ringgeb-sonst. K.	421210, 431713	244.505,96
FB 61	4S.610009.02.500.003	FB 61Soz.Stadt-westl.Ringgeb - Bauwerk	787110	8.133,58
FB 61	4S.610011.00.505	FB 61: Instandhaltungen /Pflegemaßn. Neues Land	421210, 429113	808,94
FB 61	4S.610012.00.505	FB61:InstandhaltungenSchutzgebiete/Schutzobj.	421210	529,07
FB 61	4S.610017.02.505.613	FB 61:Ausg. UmlegungV.Völkenrode-Nord	449123	10.000,00
FB 61	4S.610017.04.505.613	FB 61:Ausg. Umlegungsverf. Waller See	449123	1.450.000,00
FB 61	4S.610017.06.505.613	FB 61:Ausg. Umlegungsverf.Arndtstraße	449123	8.900,00
FB 61	4S.610018.02.500.003	FB 61:Soziale Stadt-EFRE- Bauwerk	787230	37.899,00
FB 61	4S.610021.01.505	FB 61: Mischpr.Schunterterrassen-Aufwand	421210, 421270	392,70
FB 61	4S.610022.00.505	FB 61: Instandhaltungen Software BgA	422140	17.669,42
FB 61	4S.610023.00.505	FB 61: Instandhaltungen Software (ohne BgA)	422140	157,08
FB 61	4S.610029.00.505	FB 61:Global-Instandhaltungen Hochwasserschutz	421270	40.000,00
FB 61	4S.610030.01.505	Instandhaltung Hamsterpflege bis 2032	421210	8.110,81
FB 61	4S.610032.00.505	FB 61.Förderprogramm f.regener.Energien	431813	100.591,90
FB 61	4S.610033.01.505	KfW Förderpr. energet. Stadtsan. -Aufw.	427114	27.800,00
FB 61	4S.610035.01.505	FB 61: Instandhaltungen Abt. 61.7	421150	6.332,81
FB 61	5E.610004.00.500.613	Westpark 2.BA - Bauwerk	787230	50.181,41
FB 61	5E.610005.00.500.613	Heidberg-Park/Naherholungsb. Bauw.	787230	13.635,32
FB 61	5E.610007.00.500.613	Volkmarode/Erschließung Bauwerk	787230	187.126,59
FB 61	5E.610008.00.500.613	Lammer Busch-West -Bau	787230	257.773,48
FB 61	5E.610009.00.500.613	Möncheweg/AlteKirchstr./Erschl.Bau	787230	1.989,83
FB 61	5E.610011.00.500.613	Südl. Ringgleis/Fuß-u.Radwegeverb.	787230	57.466,07
FB 61	5E.610013.00.500.613	St. Leonhards Garten/Grün. - Bau	787230	40.958,87
FB 61	5E.610014.00.500.613	Gewerbegebiet Braunstraße-Süd-Bau.	787230	99.800,00
FB 61	5E.610015.00.500.613	Stadtteilmittelpunkte - Bauwerk	787230	3.404,47
FB 61	5E.610016.00.500.613	Roselies-Süd/Erschließung (RA 27) Bau	787230	206.214,63
FB 61	5E.610018.00.500.613	Bolzpl./Ersatz für Kälberwiese-Bau	787230	53.948,31
FB 61	5E.610019.00.500.613	Okerbrücke Uferstraße - Bau	787230	18.451,72
FB 61	5E.610020.00.500.613	FB 61: Ausgl.maßn.Flugh. - werterhöhend	787230	220.000,00
FB 61	5E.610021.00.500.613	Rautheim-Südwest/Erschließung-Bauw	787230	23.635,57
FB 61	5E.610022.00.500.613	Schunterterrassen/Erschließung - Bauwerk	787230	5.493,71
FB 61	5E.610023.00.500.613	Erfurtplatz / Umgestaltung - Bau	787230	128.575,01
FB 61	5E.610024.00.500.613	BerlinerStr.Süd/Ausgl. u. Ers.Bauw	787230	8.667,27
FB 61	5S.610003.00.515	FB 61:GVG-Sammelproj. Verw. 61.0	783125	2.913,37
FB 61	5S.610008.00.515	FB 61:GVG-Sammelproj.61.2 (ohne H.)	783125	4.342,48
FB 61	5S.610009.00.510	FB 61:Global-Sachanl.61.2	783110	41.763,64
FB 61	5S.610012.00.515	FB 61:GVG-Sammelproj. Umweltsch.	783125	1.624,07
FB 61	5S.610014.00.525	FB 61:Global-Zusch. Wohnbauförd.	781810	10.000,00
FB 61	5S.610025.00.500.613	FB 61: W.-Bracke-Gesamtschule (IGS)	787230	5.701,42
FB 61	5S.610030.00.500.613	Wanderwege / Grünzüge - Bau	787210, 787220	26.186,08
FB 61	5S.610031.00.500.613	Grüne Stadtplätze-Bauwerk	787230	49.455,85
FB 61	5S.610033.00.500.613	FB 61.7: Global GrünflächenlBauwerk	787230	272.678,84
FB 61	5S.610035.00.500.613	FB 61:Lammer Busch-Ost/Erschl. (LA32)-B	787230	99.096,47
FB 61	5S.610036.00.500.613	FB 61: Bepfl. Schlesiendamm-Bau (AM)	787230	40.750,50
Summe FB 61				**4.278.044,28**

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
FB 66	3E.660005.00.595	Verlängerung Elbestraße	427114	19.678,80
FB 66	3S.660001.00.595	Boden-u.Asphaltu.Pr8-Vorpl-Bodenunt.	429113	52.653,01
FB 66	4E.660002.00.505.663	Tiefgarage Eiermarkt/Bauwerk	421210	1.468.336,95
FB 66	4E.660009.00.505	Behelfsbrücke Berkenbuschstraße	421210	86.188,14
FB 66	4S.660002.01.505	FB 66:Instandhaltungen Hochbau Tiefgaragen	421110, 445519	36.016,44
FB 66	4S.660005.00.505	FB 66: Abwicklung von Schadensfällen	511993	1.463,56
FB 66	4S.660006.00.505	FB 66:Betr/Unterh.v.Verkehrsfl.Gem.	421210	34.222,59
FB 66	4S.660011.00.505	FB 66: Betr/Unterh.v.Ing.-Bauwerk	421210	28.968,74
FB 66	4S.660012.01.500.663	Radwege/Neubau Bau- werterhöhend	787210	302.071,43
FB 66	4S.660012.02.505.663	Radwege/Neubau Bau- nicht werterhöhend	421210	85.108,75
FB 66	4S.660015.05.505	FB 66: Instandhaltungen Stadtbezirk 120	421210	1.512,67
FB 66	4S.660015.06.505	FB 66: Instandhaltungen Stadtbezirk 131	421210	18.800,00
FB 66	4S.660015.08.505	FB 66: Instandhaltungen Stadtbezirk 211	421210	8.700,00
FB 66	4S.660015.11.505	FB 66: Instandhaltungen Stadtbezirk 221	421210	309,44
FB 66	4S.660015.13.505	FB 66: Instandhaltungen Stadtbezirk 223	421210	74,14
FB 66	4S.660015.15.505	FB 66: Instandhaltungen Stadtbezirk 310	421210	19.553,09
FB 66	4S.660015.17.505	FB 66: Instandhaltungen Stadtbezirk 322	421210	1.514,75
FB 66	4S.660015.02.505	FB 66: Instandhaltungen Stadtbezirk 112	421210	13.519,98
FB 66	4S.660015.07.505	FB 66: Instandhaltungen Stadtbezirk 132	421210	1.010,10
FB 66	4S.660015.09.505	FB 66: Instandhaltungen Stadtbezirk 212	421210	159,97
FB 66	4S.660015.10.505	FB 66: Instandhaltungen Stadtbezirk 213	421210	900,10
FB 66	4S.660015.12.505	FB 66: Instandhaltungen Stadtbezirk 222	421210	349,68
FB 66	4S.660015.18.505	FB 66: Instandhaltungen Stadtbezirk 323	421210	1.662,04
FB 66	4S.660015.19.505	FB 66: Instandhaltungen Stadtbezirk 331	421210	2.723,07
FB 66	4S.660015.20.505	FB 66: Instandhaltungen Stadtbezirk 332	421210	2.800,00
FB 66	4S.660016.00.505	Aufwandszuschüsse Verkehrs-GmbH	421210	50.000,00
FB 66	5E.660001.00.500.663	Gew-gebiet Rautheim/Nord Erschl. Bauwerk	787210	19.626,77
FB 66	5E.660002.00.500.663	Völkenrode-Nord/Erschließung - Bauwerk	787210	300.552,24
FB 66	5E.660003.00.500.663	Volkmarode_Nord/Erschließung- Bauwerk	787210	26.815,57
FB 66	5E.660005.00.500.663	Lammer Busch-West/Erschließung - Bauwerk	787210	380.558,34
FB 66	5E.660007.00.500.663	Brücke Fallersleber Tor/San. - Bauwerk	787210	251,33
FB 66	5E.660008.00.500.663	AS Rüningen-Süd u. Umgehung - Bauwerk	787210	300.000,00
FB 66	5E.660009.00.500.663	Mittelweg/Straßenern. Bauwerk	787210	146.695,43
FB 66	5E.660012.00.500.663	Möncheweg/Alte Kirchstr., Erschl. - Bauw	787210	28.863,73
FB 66	5E.660014.00.500.663	Radweg Leiferde/Neubau- Bauwerk	787210	500,00
FB 66	5E.660016.00.500.663	FB 66: St. Leonhardsgarten/ Erschließung	787210	51.174,68
FB 66	5E.660017.00.500.663	Schlesiendamm/Ausbau - Bauwerk	787210	14.660,62
FB 66	5E.660022.00.500.663	Geh- u. Radwegnetz ABD BS-Süd-W.-Bauw.	787210	212.268,44
FB 66	5E.660029.00.500.663	Hansestraße West - Bauwerk	787210	45.683,78
FB 66	5E.660035.00.500.663	Gaußbrücke/Bauwerk	787210	115.288,05
FB 66	5E.660037.00.500.663	Radweg Südstadt/Rautheim Bauwerk	787210	2.037,24
FB 66	5E.660039.00.500.663	Radweg K31 Bevenr.-Bechtsbüttel Bauwerk	787210	71.200,00
FB 66	5E.660042.00.500.663	Radweg Broitzem - Stiddien/Bauwerk	787210	32.000,00
FB 66	5E.660043.00.500.663	Radweg Watenb.-Völkenrode/Bauwerk	787210	6.200,00
FB 66	5E.660044.00.500.663	Schunterbr. Wenden/Instandhaltungen Bauwerk	787210	183.019,01
FB 66	5E.660052.00.500.663	Okerbrücke Rüninger W./Berkenb.-BW	787210	1.234.720,99
FB 66	5E.660053.00.500.663	Watenbüttel/Ortsdurchfahrt - BW	787210	5.474,00
FB 66	5E.660054.00.500.663	Radweg Rüningen/Geitelde - BW	787210	22.000,00
FB 66	5E.660055.00.500.663	Wilhelmstraße/Umgestaltung - BW	787210	20.989,86
FB 66	5E.660058.00.500.663	Umbau Knoten B1/Neudamms.u.Lückens.-Bau	787210	598.728,04
FB 66	5E.660059.00.500.663	Hermann-Blenk-Straße - Bauwerk	787210	7.747,17
FB 66	5E.660060.00.500.663	FB 66: Gewerbegebiet Braunstr. Süd - Bau	787210	121.264,39
FB 66	5E.660065.00.500.663	Salzdahlumer Str. /Grundsanierung - Bau	787210	560.282,34
FB 66	5E.660066.00.500.663	Geh/Radweg Bevenr/Sportpl.Hondel/K31-Bau	787210	70.000,00
FB 66	5E.660067.00.500.663	John-F.-Kennedy-Platz / Sanierung- Bauw	787210	406.007,44
FB 66	5E.660069.00.500.663	Radweg K80 Tiergarten-Rodedamm-Bau	787210	131.406,34
FB 66	5E.660070.00.500.663	Geh-u.Radweg Helmstedter Str./Bauwerk	787210	880.114,31
FB 66	5E.660070.00.500.664	Geh-u.Radweg Helmstedter Str.-tech.Anl.	787340	150.000,00
FB 66	5E.660074.00.500.663	Helmstedter Straße/Umgestaltun - Bauwerk	787210	800.000,00
FB 66	5E.660076.00.500.663	Radweg Mascherode/Salzdahlum-Bauwerk	787210	300.000,00
FB 66	5E.660077.00.500.663	Zwei-Richtungsradweg Wendebrück-Bauwerk	787210	19.885,69
FB 66	5E.660079.00.500.664	Umweltor.Verkehrsmanagement-techn.Anl.	787210	122.614,90

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
FB 66	5E.660080.00.500.663	Lammer Busch-Ost,2.BA/Erschließung - Bau	787210	1.292.037,19
FB 66	5E.660081.00.500.663	W-Bracke-Gesamtschule/Erschließung-Bau	787210	57.438,15
FB 66	5E.660081.00.500.664	W-Bracke-Gesamtschule/Erschl.-Techn Anl	787210	991,10
FB 66	5E.660082.00.500.663	Roselies-Süd/Erschließung-Bau	787210	110.385,89
FB 66	5E.660083.00.500.663	Leonhardstraße/Sanierung - Bau	787210	46.522,43
FB 66	5E.660084.00.500.663	Museumstraße/ Umgestaltung - Bau	787210	1.248.829,89
FB 66	5E.660086.00.500.663	Radweg Lamme/Wedtlenstedt-Bau	787210	288.000,00
FB 66	5E.660089.00.500.663	Wendehammer Fremersdorfer Str.-Bau	787210	28.122,99
FB 66	5E.660090.00.500.663	Erschließung Hansestraße / POCO	787210	227.682,86
FB 66	5E.660091.00.500.663	Am Pfarrgarten (Bevenrode)/Erschl.-Bau	787210	22.196,52
FB 66	5E.660092.00.500.663	Am Meerberg (Leiferde)/ Erschl. - Bau	787210	204.876,86
FB 66	5E.660093.00.500.663	Im Großen Raffkampe (Lamme)/Erschl.-Bau	787210	274.801,97
FB 66	5E.660095.00.500.663	Ägidienmarkt / Umbau&Umgestaltung - Bau	787210	100.000,00
FB 66	5E.660097.00.500.663	Gewerbegebiet Waller See/Erschl. - Bau	787210	995.889,60
FB 66	5E.660100.00.500.663	Okerbrücke Feuerwehrstraße Bauwerk	787210	417.812,07
FB 66	5E.660104.00.500.663	Steinriedendamm / Umbau i.Z.m. -Bauwerk	787210	499.000,00
FB 66	5S.660001.00.515	FB 66: GVG-Sammelprojekt (660-0100)	783125	3.447,06
FB 66	5S.660001.01.515	FB 66: GVG-Sammelprojekt (660-1000)	783125	519,82
FB 66	5S.660001.02.515	FB 66: GVG-Sammelprojekt (660-2000)	783125	487,90
FB 66	5S.660001.04.515	FB 66: GVG-Sammelprojekt (660-4000)	783125	668,78
FB 66	5S.660003.00.510	FB 66: Global-Sachanl. Gemeindestr.	783110	115.107,90
FB 66	5S.660013.00.500.663	Zuckerberg/Bebelhof/Straßenern. -Bauwerk	787210	12.536,43
FB 66	5S.660014.00.500.663	Lehndorf/Straßenerneuerung 2. BA.	787210	205.786,53
FB 66	5S.660015.00.500.663	Östliches Ringgebiet/Straßenern. Baumass	787210	103.309,98
FB 66	5S.660016.00.500.663	Petritor/Straßenerneuerung-Bauwerk	787210	494.774,41
FB 66	5S.660017.00.500.663	Stadtbahnbau/Folgemaßnahmen -Bauwerk	787210	90.811,99
FB 66	5S.660018.00.500.663	Nordstadt/Straßenerneuerung -Bauwerk	787210	714.275,45
FB 66	5S.660020.00.500.663	Hbf/ Mastbruch/Straßenern. Baumassn.	787210	1.000,00
FB 66	5S.660021.00.500.663	Brückenerneuerungen-Bauwerk	787210	291.200,96
FB 66	5S.660022.00.500.663	Fußgängerzonen/Umgest. 2.BA Baumass	787210	36.027,72
FB 66	5S.660024.00.500.663	Innenstadt/Straßenerneuerung Bauwerk	787210	160.637,38
FB 66	5S.660025.00.500.663	Rüningen/Straßenerneuerung Bauwerk	787210	73.483,89
FB 66	5S.660026.00.500.663	Bushaltestellen/Umgestaltung Bauwerk	787210	5.136,33
FB 66	5S.660027.00.500.663	Stöckheim/Straßenerneuerung Bauwerk	787210	12.849,95
FB 66	5S.660033.00.500.663	Bushaltestellen/Umgestaltung/Bauwerk	787210	117.519,42
FB 66	5S.660034.02.500.663	Geiershagen Erschließung Bauwerk	787210	229.980,91
FB 66	5S.660034.03.500.663	Arndtstraße Erschließung - Bauwerk	787210	373.890,86
FB 66	5S.660039.00.500.663	FB 66: Global-Baumaßnahmen	787210	40.702,24
FB 66	5S.660044.00.500.663	Innenstadtwehre / Umbau-Bau	787210	51.000,00
FB 66	5S.660047.00.500.663	FB 66: Bauwerkskosten Restausbau	787210	67.663,31
FB 66	5S.660050.00.500.663	FB 66:Global-Neue Invest.(Bellis)	787210	123.489,55
FB 66	5S.660051.00.511	FB 66:Ersatzinvest öff.Bel.Leist.entgelt	422900	200.505,62
FB 66	5S.660062.01.500.663	Straßenerneuerung Am alten Bahnhof-Bau	787210	82.235,47
FB 66	5S.660063.00.500.663	Kralenriede/Straßenerneuerung -Bauwerk	787210	1.498,05
FB 66	5S.660064.00.500.663	Wenden/Straßenerneuerung -Bauwerk	787210	2.956,66
Summe FB 66				**19.055.020,23**
FB 67	4S.670001.00.505	FB 67:Instandhaltungen FB 67 allgem. (ohne 67.3)	422110, 422130, 511993	22.080,90
FB 67	4S.670002.01.505	FB 67:Hochbau.Inst. Abt.67.3 (allgem.)	421110	789,03
FB 67	4S.670002.03.505	FB 67:BetriebsG.Inst. Abt.67.3(allgem.)	422110	3.223,15
FB 67	4S.670003.00.505	FB 67:Instandhaltungen Stadtwald/NaturschGeb Ridd	421270	715,99
FB 67	4S.670004.00.505	FB 67:Instandhaltungen Naturschutzgeb. , -parks	421270	29.564,84
FB 67	4S.670007.01.505	FB 67:Unterh. v. Grün-u. Spielanl.-allg	421270	71.278,84
FB 67	4S.670008.00.505	FB 67: Grünpflege f. städt. Gesell.-BgA	421270	79.881,66
FB 67	4S.670014.01.525	FB 67:MP-Inv.Zus.an Sportvereine- werterhöhend	781810	165.387,95
FB 67	4S.670014.02.505	FB 67:MP-Inv.Zus.an Sportvereine-Aufwand	431813	124.416,41
FB 67	4S.670015.00.505	FB 67: Global-Instandhaltungen Bestattungswesen	421210	1.493,90
FB 67	4S.670021.00.505	FB 67: Grüninstandhaltungen Kinderspielplätze	421210	5.568,16
FB 67	4S.670035.01.505	FB 67: Instandhaltungen Sportanlagen	421110, 445526	4.000,00

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
FB 67	4S.670035.02.505	FB 67: Instandhaltungen Sporthallen	421110, 445519, 445526	12.359,51
FB 67	4S.670035.03.505	FB 67: Instandhaltungen Schießsportanlagen	445526	1.000,00
FB 67	4S.670036.01.505	FB 67: Global - Instandhaltungen Sportanlagen	421110, 445526	5.929,00
FB 67	4S.670036.02.505	FB 67: Global-Instandhaltungen Sporthallen	421110, 445522, 445526	151.541,70
FB 67	4S.670036.03.505	FB 67: Global-Instandhaltungen Schießsportanl.	421110	21.904,18
FB 67	4S.670037.00.505	FB 67: Instandhaltungen sonstige Sportanlagen	421110, 445526	65.004,95
FB 67	4S.670038.00.505.673	FB 67:Global-Inst. sonst. Sportanl.. SK	421270	85.771,51
FB 67	4S.670040.00.505	FB 67:Global-Kleingartenvereine-Wegesan.	421210	34.294,39
FB 67	4S.670041.09.505	FB 67:Grüninstandhaltung Stadtbezirk 212	421270	900,00
FB 67	4S.670041.06.505	FB 67:Grüninstandhaltung Stadtbezirk 131	421270	800,00
FB 67	4S.670041.07.505	FB 67:Grüninstandhaltung Stadtbezirk 132	421270	600,00
FB 67	4S.670041.11.505	FB 67:Grüninstandhaltung Stadtbezirk 221	421270	1.200,00
FB 67	4S.670041.10.505	FB 67:Grüninstandhaltung Stadtbezirk 213	421270	400,00
FB 67	4S.670041.14.505	FB 67:Grüninstandhaltung Stadtbezirk 224	421270	11.267,58
FB 67	4S.670041.18.505	FB 67:Grüninstandhaltung Stadtbezirk 323	421270	200,00
FB 67	4S.670041.20.505	FB 67:Grüninstandhaltung Stadtbezirk 332	421270	1.000,00
FB 67	4S.670043.00.500.673	San./Erneuerung Sportanl- werterhöhend -Bau	787230	119.677,25
FB 67	4S.670044.01.505.001	Grünanlagenunterh.Friedhöfe StBezR 112	421270	1.215,11
FB 67	4S.670044.01.505.002	Grünanlagenunterh.Friedhöfe StBezR 113	421270	900,00
FB 67	4S.670044.01.505.003	Grünanlagenunterh.Friedhöfe StBezR 114	421270	100,00
FB 67	4S.670044.01.505.007	Grünanlagenunterh.Friedhöfe StBezR 211	421270	1.000,00
FB 67	4S.670044.01.505.009	Grünanlagenunterh.Friedhöfe StBezR 213	421270	600,00
FB 67	4S.670044.01.505.011	Grünanlagenunterh.Friedhöfe StBezR 222	421270	600,00
FB 67	4S.670044.01.505.012	Grünanlagenunterh.Friedhöfe StBezR 223	421270	900,00
FB 67	4S.670044.01.505.013	Grünanlagenunterh.Friedhöfe StBezR 224	421270	400,00
FB 67	4S.670044.01.505.015	Grünanlagenunterh.Friedhöfe StBezR 321	421270	200,00
FB 67	4S.670044.01.505.016	Grünanlagenunterh.Friedhöfe StBezR 322	421270	1.200,00
FB 67	4S.670044.01.505.017	Grünanlagenunterh.Friedhöfe StBezR 323	421270	1.100,00
FB 67	4S.670044.02.505.001	Hochbauunterhaltung Friedhöfe StBezR 112	421110	1.555,87
FB 67	4S.670044.02.505.002	Hochbauunterhaltung Friedhöfe StBezR 113	421110	1.524,71
FB 67	4S.670044.02.505.007	Hochbauunterhaltung Friedhöfe StBezR 211	421110	5.000,00
FB 67	4S.670044.02.505.009	Hochbauunterhaltung Friedhöfe StBezR 213	421110	1.174,46
FB 67	4S.670044.02.505.011	Hochbauunterhaltung Friedhöfe StBezR 222	421110	1.323,00
FB 67	4S.670044.02.505.012	Hochbauunterhaltung Friedhöfe StBezR 223	421110	1.795,07
FB 67	4S.670044.02.505.015	Hochbauunterhaltung Friedhöfe StBezR 321	421110	2.749,08
FB 67	4S.670044.02.505.016	Hochbauunterhaltung Friedhöfe StBezR 322	421110	2.165,00
FB 67	4S.670044.02.505.017	Hochbauunterhaltung Friedhöfe StBezR 323	421110	192,04
FB 67	4S.670045.00.505	FB 67:Inst. Außenanlagen Schulen	421270	10.928,86
FB 67	4S.670046.02.500.673	MP Standortrochade Sport- Bau - werterhöhend	787230	1.348.852,32
FB 67	4S.670047.00.505	Instandhaltung Außenanlage Jugendzentren	421270	15.042,09
FB 67	5E.670001.00.500.673	Weddeler Grabenniederung - Bauwerk	787230	3.980,87
FB 67	5E.670003.00.500.673	Wallanlagen/Sanierung - Bauwerk	787230	78.244,26
FB 67	5E.670007.00.500.673	Südsee/Wiederh.Grünanl/Infra-Bauw.	787230	2.580,76
FB 67	5E.670047.00.500.673	Sportpl.Völkenrode / Bau Kunstrasenfeld	787230	51.884,87
FB 67	5S.670007.00.500.673	FB 67: Global Stadtw./Natursch. Riddags.	787230	10.419,94
FB 67	5S.670011.00.510	FB 67: Global Erwerb von Sachanlageverm.	783110	27.119,29
FB 67	5S.670012.00.500.673	Rekonstruktion hist.Parkanlagen-Bauwerk	787230	104.212,46
FB 67	5S.670021.00.510	FB 67: Global-Sachanl.Bestattungsw.	783110	28.184,09
FB 67	5S.670027.00.515	FB 67:GVG-Bestattungsw.(ohne Krema)	783125	2.042,75
FB 67	5S.670031.00.500.673	FB 67:Global-Bau.Kitas i. e. Verw. - Bau	787230	17.107,29
FB 67	5S.670032.00.500.673	FB 67: Global-Kitas-Betriebsträger - Bau	787230	10.059,65
FB 67	5S.670033.00.500.673	Naturdenkmale/Sanierung - Bauwerk	787230	32.159,68
FB 67	5S.670036.00.511	FB 67: GVG-Ankäufe von Bäumen	422900	22.661,20
FB 67	5S.670042.02.510	Aktionspl.Luft/ Anl.Kl.4020/ND 10	783110	310.088,70
FB 67	5S.670046.00.500.673	FB 67: Global Freizeitwegenetz/Bauwerk	787210	54.563,39
FB 67	5S.670048.00.500.673	FB 67.2: Global GrünflächenlBauwerk	787230	94.669,01
FB 67	5S.670049.00.500.673	FB 67: Global Kinderspielplätze - Bauw.	787230	84.340,21
FB 67	5S.670052.02.511	FB 67: Baumaß. Riddagshausen-Festwert	422900	40.000,00

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
FB 67	5S.670057.01.511	FB 67: GVG-Sportanlagen	422900	2.777,58
FB 67	5S.670057.02.511	FB 67: GVG-Sporthallen	422900	1.747,00
FB 67	5S.670058.01.511	FB 67: Global-EinriG-Sportanlagen	422900	10.146,84
FB 67	5S.670058.02.511	FB 67: Global-EinriG-Sporthallen	422900	15.298,50
FB 67	5S.670059.00.500.673	Sanierung Sportstätten - Bauwerk	787230	454.539,21
FB 67	5S.670065.02.500.673	FB 67:Bau Spielgeräte auf Schulh.-Neubes	787230	32.608,14
FB 67	5S.670067.00.500.673	Rituelles Waschhaus/ Neubau	787110	33.522,69
Summe FB 67				**3.947.726,89**
StStelle 0800	4E.000001.01.500.003	MP-Schaufenster Elektromob-werterhöhend Bau	787110	475.000,00
StStelle 0800	4E.000001.01.510	MP-Schaufenster Elektromob-werterhöhend Erwerb	783110	40.000,00
StStelle 0800	4E.000001.02.505	MP-Schaufenster Elektromob-Aufwand	427193	126.440,39
Summe StStelle 0800				**641.440,39**
Summe Gesamt				**56.849.155,53**

davon Aufwand	19.994.666,19
davon Investition	36.854.489,34

In der folgenden Aufstellung sind die Projekte aufgelistet, bei denen ein Haushaltsrest nicht gebildet wurde, unter anderem weil die Mittel nicht für eine Übertragung zur Verfügung standen bzw. der Tatbestand zur Bildung eines Haushaltsrestes gemäß § 20 GemHKVO nicht erfüllt war.

Org. Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	nicht gebildete Haushaltsreste in €
FB 01	5S.000004	Ref. 0100: Global-Sachanlagen	3.367,62
Summe FB 01			**3.367,62**
FB 20	4S.210066	Städtische Gebäude / Schaffung Barrierefreiheit	12.305,26
Summe FB 20			**12.305,26**
FB 32	5S.320003	FB 32: Global-Sachanlagen FB 32	4.113,46
Summe FB 32			**4.113,46**
FB 37	5E.370006	Hardware IRLS	1.831,59
FB 37	5S.370005	FB 37 GVG-Sammelprojekt Rettungsdienst	3.308,50
FB 37	5S.370006	FB 37: GVG Anschaffung Dienst- und Schutzkleidung	2.722,38
Summe FB 37			**7.862,47**
FB 40	4S.400005	FB 40: Instandhaltung Gebäude/ Schulen	80.000,00
FB 40	4S.400006	FB 40: Instandhaltung MEP Schulen	19.448,45
FB 40	4S.400009	FB 40: Global-Instandhaltungen - Schulen	2.218,97
FB 40	4S.400024	FB 40: Global - Umbauten an Schulen	20.805,92
FB 40	5S.400009	FB 40: Lehrmittel Schulen nicht FW	51.415,13
FB 40	5S.400013	FB 40: Global-Einrichtung Schulen	22.629,18
FB 40	5S.400028	FB 40: GVG Funktion/ Erweiterung/ Technik Schulen	88,04
FB 40	5S.400044	FB 40: Einrichtung für Schulkindbetreuung	20.622,80
FB 40	5S.400048	FB 40: GVG Nord Schulen	99,92
Summe FB 40			**217.328,41**
FB 41	5S.410008	FB 41: Ortsbücherei StBezR	241,40
Summe FB 41			**241,40**

Org. Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	nicht gebildete Haushaltsreste in €
FB 51	4S.510006	FB 51: Instandhaltungen JFE	2.201,40
FB 51	4S.510007	FB 51: Instandhaltung Jugendzeltlager Lenste	192,68
FB 51	4S.510015	FB 51: Global Instandhaltungen Jugendzeltlager	3.774,65
FB 51	4S.510022	FB 51: U3 Einrichtung Krippenplätze 40%	12.802,74
FB 51	5S.510002	FB 51: Global-Sachanlagen - Verwaltung	6.652,88
FB 51	5S.510006	FB 51: GVG Einrichtung Kitas eig. Verwaltung FW	2.663,27
FB 51	5S.510007	FB 51: Global Sachanlagen Kitas eig. Verwaltung FW	29.788,10
FB 51	5S.510008	FB 51: GVG Einrichtung Betriebsträger Kita FW	2.509,13
FB 51	5S.510009	FB 51: Global Sachanlagen Betriebsträger Kita FW	13.100,00
FB 51	5S.510010	FB 51: GVG Jugendfreizeiteinrichtungen	285,91
Summe FB 51			**73.970,76**
Ref. 0600	4S.000011	Ref. 0600: Instandhaltung Brunnen / Denkmäler	5.750,41
Summe Ref. 0600			**5.750,41**
Ref. 0610	4S.000017	Ref. 0610: Instandhaltung Stadtbild und Denkmalpflege	1.299,50
Summe Ref. 0610			**1.299,50**
FB 61	4S.610004	FB 61: Instandhaltung 61.2 Geoinformationen	2.602,73
FB 61	4S.610009	FB 61: Soziale Stadt - westliches Ringgebiet	184.205,46
FB 61	4S.610020	FB 61: Stadtumbau Weststadt	160.593,34
FB 61	4S.610035	FB 61: Instandhaltung 61.7	1.083,14
FB 61	5E.610013	St. Leonardsgarten/ Grünanlage	26.000,00
FB 61	5E.610016	Roselies-Süd Erschließung	1.000,00
FB 61	5E.610018	Bolzplatz Ersatz für Kälberwiese	10.077,82
FB 61	5S.610003	FB 61: GVG-Sammelprojekt Verwaltung 61.0	774,07
FB 61	5S.610009	FB 61: Global-Sachanlagen 61.2	178,50
FB 61	5S.610033	FB 61.7: Global Baumaßnahmen Grünflächen Abt. 61.7	1.322,37
Summe FB 61			**387.837,43**
FB 66	4S.660006	FB 66: Instandhaltung Gemeindestraßen	29.910,73
FB 66	4S.660015	FB 66: Instandhaltungen StBezR	8.955,87
FB 66	5E.660058	Umbau Knoten B1/ Neudammstraße und Lückenschließung	4.765,17
FB 66	5E.660083	Leonardstraße Sanierung	10.282,34
FB 66	5S.660001	FB 66: GVG-Sammelprojekt	1.084,73
FB 66	5S.660015	Östliches Ringgebiet / Straßenerneuerung	103.799,82
FB 66	5S.660017	Stadtbahnbau/ Folgemaßnahmen	78.365,53
FB 66	5S.660050	FB 66: Global Neue Investitionen	243.944,09
Summe FB 66			**481.108,28**

Org. Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	nicht gebildete Haushaltsreste in €
FB 67	4E.670006	Sporthalle Südklint/ Sanierung	25.000,00
FB 67	4S.670007	FB 67: Unterhaltung Grün- und Spielanlagen	1.025,64
FB 67	4S.670041	FB 67: Grüninstandhaltung StBezR	4.479,54
FB 67	5S.670052	FB 67: GVG - Baumaßnahmen Stadtwald/ Riddagshausen	2.022,22
Summe FB 67			**32.527,40**
FB 65	4E.210003	GS Bürgerstraße / Sanierung	3.595,00
FB 65	4E.210011	GS Isoldestraße / Sanierung	4.908,54
FB 65	4E.210013	GS Hondelage/ Sanierung	182.745,76
FB 65	4E.210023	RS Nibelungenschule/ Sanierung	3.103,61
FB 65	4E.210029	GY Gaußschule/ Sanierung	120.000,00
FB 65	4E.210040	Salve Hospes/ Dachsanierung	20.000,00
FB 65	4E.210075	GS Edith Stein/ Sanierung	47.526,76
FB 65	4E.210092	Brandschutzmaßnahmen Salve Hospes	40.000,00
FB 65	4E.210116	BBS V Erweiterung am Hauptstandort	7.000,00
FB 65	4E.210117	Hort KTK Brunsviga/ Sanierung	26.894,79
FB 65	4E.210122	Oswald-Berkhan-Schule/ Sanierung	1.096,06
FB 65	4E.210124	Mensacontainer GY Ricarda Huch Schule Gliesmarode	39.297,38
FB 65	4S.210017	FB 20: Global Instandhaltung Freiwillige Feuerwehr	758,16
FB 65	4S.210030	FB 20: Global-Instandhaltung Parkhäuser BgA	67.368,56
FB 65	4S.210034	FB 20: Global Instandhaltung Allgemeines Grundvermögen	82.222,90
FB 65	4S.210057	Global Schulkindbetreuung Umbauten an GS	36.000,00
FB 65	4S.210065	FB 20: Global Instandhaltung Schulen	57.930,69
FB 65	4S.210069	Kita-Neubau (40%-Quote)	161.300,00
FB 65	4S.210070	Umbau städtische Kitas für U3 (40%)	5.135,80
FB 65	5E.210133	GS Watenbüttel/ Umbau Schulkindbetreuung	70.816,68
FB 65	5E.210135	Kita Hondelage/ Sanierung	231.520,26
FB 65	5S.210004	FB 20: Global-Baumaßnahmen	2.761,38
FB 65	5S.210023	Amok-Anlagen in Schulen/ Einbau	23.613,00
Summe FB 65			**1.235.595,33**
Summe Gesamt			**2.463.307,73**

Im Folgenden werden die Haushaltsreste über 500 TEUR je Projekt begründet.

Teilhaushalt FB 20

5S.200019 FB 20: Krankenhausumlage 655.000,00 EUR

Begründung

Aufgrund der zum Zeitpunkt der Bildung der Haushaltsreste bekannten Erkenntnisse war zu erwarten, dass im Folgejahr (2015) die bisher für die Krankenhausumlage eingeplanten Mittel nicht ausreichen werden. Vor diesem Hintergrund wurden entsprechende Haushaltsreste gebildet.

5S.210008 FB 20: Global – Ankauf Grundstücke 1.012.073,57 EUR

Begründung

Die Haushaltsreste wurden gebildet, um insbesondere die erforderlichen Grundstücksankäufe im Wohnprojekt "Nördliches Ringgebiet" zu tätigen. Weiterhin sind die Haushaltsreste dafür bestimmt, weitere Grundstücksankäufe zu tätigen, bei denen die Verhandlungen in 2014 soweit gediehen waren, dass die Vertragsabschlüsse kurz bevorstanden.

Teilhaushalt FB 20 / FB 65

4E.210097 San./ Erweiterung RS Nibelungen/IGS Querum 644.508,76 EUR

Begründung

Die noch verfügbaren Mittel werden benötigt, um die bereits vergebenen aber noch nicht umgesetzten Aufträge finanziell abzudecken sowie das Vorhaben abzuschließen.

4E.210100 Lessinggymnasium Wenden / Einrichtung Ganztagsbetrieb 585.534,61 EUR

Begründung

Das Bauvorhaben konnte in 2014 noch nicht vollständig abgeschlossen werden. Alle verfügbaren Mittel sind erforderlich, um in 2015 die noch vergebenen Aufträge zu finanzieren bzw. erforderliche Restarbeiten zu erledigen.

4E.210127 Tunica-Sporthalle/ Sanierung 566.352,57 EUR

Begründung

Der Baubeginn der Maßnahme fand erst im Juli 2014 statt, nachdem das Projekt im Bauauschuss vorzustellen war. Von den am Jahresende 2014 verfügbaren Mittel waren rund 193 TEUR durch Aufträge an Dritte gebunden. Die Haushaltsreste werden zum Abschluss der Maßnahme benötigt.

4E.210152 Kita Leiferde/ Neubau 825.636,45 EUR

Begründung

Nach dem Brand der Kita Leiferde hatte der Rat der Stadt in seiner Sitzung am 21.10.2014 außerplanmäßige Mittel bereitgestellt, um so schnell wie möglich Ersatz schaffen zu können. Aufgrund der Eilbedürftigkeit des Vorhabens und der nicht bekannten Höhe der zu vergebenen Aufträge in 2014 wurden alle erforderlichen Mittel in 2014 bereitgestellt. Naturgemäß konnte nur ein geringer Teil der Mittel abfließen, weil nach vorheriger Beteiligung des Bauausschusses noch die Vergabeverfahren zur Erteilung der ersten Bauaufträge durchzuführen waren.

4E.210153 Tiefgarage Packhof / Sanierung 866.095,00 EUR

Begründung

Aufgrund des Brandes in der TG Magni im Juni 2014 wurde die TG Packhof genau untersucht. Nach Abschluss der Untersuchungen stellte sich heraus, dass die Brandschutztore sowie weitere Maßnahmen an der Sprinkleranlage im Spindelbereich, der Beleuchtung und der Notstromversorgung erforderlich sind. Die Haushaltsmittel hatte der Rat der Stadt in seinen Sitzungen am 30.09.2014 und am 27.11.2014 außerplanmäßig bereitgestellt. Um alle Aufträge vergeben zu können, mussten alle erforderlichen Haushaltsmittel bereits in 2014 bereitgestellt werden. Aufgrund der kurzen Zeit bis zum Jahresende konnten jedoch nur die Ausschreibungen und die Vergabe der notwendigen Leistungen vorbereitet werden.

4E.210156 Tiefgarage Magni/ Sanierung 691.379,75 EUR

Begründung

In 2014 ist es zu einem Brandschaden in der TG Magni gekommen. Die Haushaltsmittel zur Beseitigung des Brandschadens hatte der Rat der Stadt in seinen Sitzungen am 21.10.2014 für die Reinigung und Dekontamination der Tiefgarage in Höhe von 350 TEUR und am 16.12.2014 für deren Sanierung in Höhe von 500 TEUR außerplanmäßig bereitgestellt. Die Reinigung und Dekontamination der Tiefgarage wurde im Dezember 2014 abgeschlossen. Es wurden nicht alle Haushaltsmittel benötigt. Um alle Aufträge vergeben zu können, mussten aber alle notwendigen Haushaltsmittel bereitgestellt werden. Aufgrund der kurzen Zeit bis zum Jahresende konnten jedoch die Aufträge nicht mehr abgearbeitet werden.

4S.210036 Programm Instandhaltung städt. Kitas/ Sanierung 863.536,32 EUR

Begründung

Die endgültige Abstimmung der umzusetzenden Maßnahmen erfolgt verwaltungsintern im Rahmen der vorliegenden Haushaltsmittel. Zusätzlich zu den Mitteln aus 2014 waren noch Reste aus 2013 abzuarbeiten. Die Arbeiten in den Kindergärten können aber nur in einem engen zeitlichen Korridor durchgeführt werden, da die Arbeiten während der Betreuungszeiten nur schwerlich möglich sind. Weiterhin handelt es sich um viele kleinstteilige Maßnahmen, die sehr betreuungsintensiv sind. Den noch verfügbaren Haushaltsmitteln stehen entsprechende Maßnahmen gegenüber. Die Haushaltsmittel werden weiterhin benötigt.

4S.210071 Inklusionsmaßn. -Schwerpunktschulen 859.938,34 EUR

Begründung

Da bei dem Umbau auf den Schulbetrieb Rücksicht zu nehmen ist, konnten die Arbeiten nicht in 2014 abgeschlossen werden. Nur an zwei Schulen ist mit der Durchführung von Inklusionsmaßnahmen begonnen worden. In der Grundschule Rüningen wurden Umbauten sowohl im Schulgebäude als auch in der Sporthalle durchgeführt. Weiterhin erfolgten Planungen für Maßnahmen in Gymnasium Hoffmann-von Fallersleben, Außenstelle Lehndorf. Die Haushaltsmittel werden weiterhin benötigt.

5E.210100 Feuerwehr Leiferde/Querum / Neubauten 585.516,28 EUR

Begründung

Mit der Bauleitung der Maßnahmen wurde die NiWo beauftragt. Der Baubeginn hatte sich verzögert, weil die Ausschreibungsergebnisse für den Rohbau so ungünstig waren, dass sie aufgehoben wurden. Hierdurch verschob sich der Ausführung der nachfolgenden Baugewerke. Von den nicht ausgegebenen Mitteln waren jedoch schon rund 434.000 EUR durch Aufträge gebunden. Zum Abschluss der Maßnahmen sind entsprechende Haushaltsreste gebildet worden.

5E.210113 Berufsfeuerwehr/ Neubauten 1.380.618,97 EUR

Begründung

Der geplante Neubau der Kooperativen Leitstelle konnte auch 2014 noch nicht begonnen werden, weil keine konkreten Abstimmungsergebnisse mit den Kooperationspartnern vorlagen, in welcher Form eine Realisierung des gemeinsamen Projektes erfolgen kann (vgl. hierzu die Mitteilung des FB 37 im Feuerwehr-Ausschuss am 19.06.2014 und im Bauausschuss am 01.07.2014 / Ds 13758/14 -). Um das Vorhaben starten zu können, sind alle vorhandenen Mittel auch weiterhin erforderlich.

Teilhaushalt FB 37

5S.370010 Beschaffung von Spezialfahrzeugen FF 527.078,19 EUR

Begründung

Die Reste sind dadurch entstanden, dass vor bzw. in 2014 die Aufträge wie geplant erteilt wurden, die Auslieferung und folglich die Bezahlung aber erst in 2015 erfolgen wird. Es betrifft die Beschaffung eines Tragkraftspritzenfahrzeug mit Wasser (TSF-W) für die Ortsfeuerwehr Leiferde (rd. 110 TEUR) und die Beschaffung von insgesamt zwei Hilfeleistungs-Löschgruppenfahrzeugen (HLF) für die Freiwilligen Feuerwehren Watenbüttel und Innenstadt (ca. 376 TEUR). Es sind entsprechende Haushaltsreste gebildet worden.

Teilhaushalt FB 40

4S.400024 Global Umbauten an Schulen 666.553,92 EUR

Begründung

Der beantragte Haushaltsrest im Projekt "FB 40: Global - Umbauten an Schulen (4S.400024)" hat sich ergeben, weil Aufträge über diverse funktionale Umbauten in Schulen aus Ressourcengründen noch nicht erledigt werden konnten. Da die Aufträge erteilt sind, werden die entsprechenden Haushaltsmittel in 2015 weiter benötigt.

5S.400011 GegenSt MEP Schulen/Beschaffung 673.184,75 EUR

Begründung

Eine europaweite Ausschreibung über digitale Whiteboards (Ergebnis der Jahresinvestitionsgespräche mit allen Schulen) im Volumen von mehr als 0,5 Mio. EUR, die zum Jahresende 2014 noch nicht umgesetzt war, hat u.a. zu den Haushaltsresten geführt. Hinzu kommen weitere kleinere Beschaffungsaufträge über Beamer, Server und Notebookwagen für diverse Schulen, bei denen die Lieferung zum Jahresende noch nicht erfolgt war. Die noch verfügbaren Haushaltsmittel werden hierfür weiterhin benötigt.

Teilhaushalt FB 51

5E.510002 Jugendherberge / Neubau 750.000,00 EUR

Begründung

Die Jugendherberge konnte 2014 noch nicht fertiggestellt werden. Mit der Fertigstellung in 2015 wird der verbleibende Zuschussbetrag zu zahlen sein. Insoweit wurde ein entsprechender Haushaltsrest gebildet.

Teilhaushalt FB 61

4S.610017 Umlegungsverfahren 1.468.900,00 EUR

Begründung

U.A. konnte im Umlegungsverfahren Waller See der Umlegungsplan noch nicht aufgestellt werden, da noch über den Verkauf eines städtischen Grundstückes an einen Investor verhandelt wurde. Für die Aufstellung eines Umlegungsplans müssen Grundbuch und Liegenschaftskataster aktuell sein. Durch einen Verkauf des Grundstücks würden sich in diesen jedoch Änderungen ergeben. Daher konnten die für das Umlegungsverfahren geplanten Mittel noch nicht verausgabt werden (Anteil Umlegungsverfahre Waller See: 1,45 Mio. EUR). Zur Fortführung sind entsprechende Haushaltsreste gebildet worden.

Teilhaushalt FB 66

4E.660002 Tiefgarage Eiermarkt/Sanierung 1.468.336,95 EUR

Begründung

Während der Ansatz für die Baumaßnahme in Höhe von rd. 2,7 Mio. EUR komplett in 2014 veranschlagt war, wurden nur 1,2 Mio. EUR in 2014 verbaut. Ursprünglich war vorgesehen, die beiden Geschosse parallel zu sanieren. Aufgrund des Bedarfs an Parkplätzen wurde die Tiefgarage entgegen der ersten Planung nicht komplett gesperrt. Dadurch erstreckte sich die Bauzeit auf zwei Jahre. Das war zur Haushaltsanmeldung noch nicht erkennbar. Zur Fortführung der Maßnahme sind die Haushaltsreste gebildet worden

5E.660052 Okerbrücke Rüninger W./Berkenb./Neubau 1.234.720,99 EUR

Begründung

Durch die intensive Öffentlichkeitsarbeit und ein verlängertes Planfeststellungsverfahren mit erforderlichen Planänderungen hat sich die Maßnahme verzögert. Dadurch verschoben sich die geplanten Auszahlungen. Die Haushaltsmittel werden weiterhin in voller Höhe benötigt.

5E.660058 Umbau Knoten B1/ Neudamms. und Lückenschluss 598.728,04 EUR

Begründung

Die niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr ist Straßenbaulastträger der Maßnahme und fordert den Kostenanteil der Stadt ab. Dies erfolgt in der Regel erst nach Abschluss der Maßnahme. Die Maßnahme ist noch nicht abgeschlossen.

5E.660065 Salzdahlumer Straße/Grundsanierung 560.282,34 EUR

Begründung

Die Maßnahme wurde zurückgestellt, da die Ergebnisse der Stadtbahnausbauplanung einbezogen werden sollen.

5E.660070 Geh- und Radweg Helmstedter Straße /Neubau 1.030.114,31 EUR

Begründung

Die Verzögerungen ergaben sich aufgrund verkehrlicher Abhängigkeiten im Hauptverkehrsstraßennetz, da auf der Salzdahlumer Str. und Wolfenbüttler Str. ebenfalls gebaut wurde. Eine gleichzeitige verkehrliche Beeinträchtigung auf allen Hauptverkehrsstraßen in die südöstlichen Stadtteile musste vermieden werden. Zur Fortführung der Maßnahme sind die entsprechenden Haushaltsreste gebildet worden.

5E.660074 Helmstedter Straße/Umgestaltung 800.000,00 EUR

Begründung

Im Rahmen der Umsetzung dieser Maßnahme ist eine Verlagerung der Verkehrsströme in die Schillstraße erforderlich. Abstimmungen in Zusammenhang mit der Errichtung des BraWo-Parks haben zu einer Verzögerung des Projektes geführt. Die Haushaltsmittel werden weiterhin benötigt.

5E.660080 Lammer Busch Ost 2. BA/ Erschließung 1.292.037,19 EUR

Begründung

Der Endausbau der Straßen hat sich verzögert, da noch keine ausreichende Bebauung der Grundstücke erfolgt ist. Erst nach ausreichender Bebauung wird die Maßnahme gestartet. Hiermit wird in 2015 gerechnet. Es sind entsprechende Haushaltsreste gebildet worden.

5E.660084 Museumstraße/ Umgestaltung 1.248.829,89 EUR

Begründung

Die Maßnahme konnte 2014 nicht begonnen werden, da die Maßnahme auf die Sanierungsmaßnahme des Herzog-Anton-Ulrich-Museum abgestimmt werden musste. Hierzu stehen entsprechende Haushaltsreste zur Verfügung.

5E.660097 Gewerbegebiet Waller See/ Erschließung 995.889,60 EUR

Begründung

Die Erschließung des Gewerbegebietes konnte nicht wie ursprünglich geplant abgeschlossen werden, da das Umlegungsverfahren nicht abgeschlossen werden konnte und die Vermarktung der Grundstücke gestoppt wurde. Zur Fortführung der Maßnahme in 2015 sind die entsprechenden Haushaltsreste erforderlich.

5S.660018 Nordstadt/ Straßenerneuerung 714.275,45 EUR

Begründung

Der zweite Bauabschnitt auf dem Bültenweg konnte aufgrund verkehrlicher Abhängigkeiten im Hauptverkehrsstraßennetz erst wesentlich später begonnen werden als ursprünglich im Bauprogramm geplant. Daher mussten die Mittel in das Haushaltsjahr 2015 übertragen werden.

5S.660034 Geiershagen/ Arndtstraße Erschließung 603.871,77 EUR

Begründung

Bei dem Gebiet rund um die neue Jugendherberge Geiershagen hatten sich Verzögerungen beim Neubau der Jugendherberge ergeben.

Die Erschließung der Arndtstraße konnte in 2014 noch nicht begonnen werden, da der Umlegungsbeschluss für die Grundstücke nicht rechtskräftig vorlag und somit die Planung nicht fertig gestellt werden konnte. Dadurch haben sich Haushaltsreste aufgestaut.

Die Haushaltsreste werden weiterhin benötigt.

Teilhaushalt FB 67

4S.670046 Standortrochade Sport 1.348.852,32 EUR

Begründung

Die Ursachen für die nicht erfolgte Verausgabung dieser Haushaltsmittel im Jahr 2014 waren in erster Linie die Aufhebung der 1. Rohbauausschreibung für das Vereinsheim Westpark und die umfangreiche Bauvorbereitung wie Kampfmittelsondierung mit anschließender Räumung (ca. 2600 Verdachtspunkte) und mehrere aufeinander folgende Abstimmungsgespräche mit dem BUND und der Unteren Wasserbehörde für die Maßnahme Sportanlage Kennelweg. Beide Maßnahmen verzögerten sich dadurch um ca. 6 Monate. Die Haushaltsreste sind zur Fortführung der Maßnahme weiterhin erforderlich

Teilhaushalt Ref. 0800

4E.000001 Schaufenster Elektromobilität 641.440,39 EUR

Begründung

Mit Bescheid der NBank vom 14. Februar 2014 wurde der Stadt Braunschweig eine Zuwendung von bis zu 438.190,94 EUR für den Aufbau einer Ladeinfrastruktur in Braunschweig genehmigt. Die Gesamtsumme des Projektes beläuft sich auf 1.081.952,95 EUR, was eine Förderquote von 40,5 % bedeutet.

Zur Absicherung dieses Vorgehens hat die NBank neue Anforderungen gestellt und eine detaillierte Erklärung gewünscht aus der hervorgeht, dass es sich überhaupt um ein Forschungs- und Entwicklungsauftrag handelt. Weiterhin wurden seitens des Landes andere technische Anforderungen an die Ladeinfrastruktur gestellt, die in der städtischen Planung berücksichtigt werden mussten.

Die Auftragsvergabe an die Bellis GmbH wurde am 17. März 2015 durch den Verwaltungsausschuss (DS 17446/15) beschlossen. Die förmliche Auftragsvergabe an die Bellis GmbH erfolgte mit Datum vom 24. März 2015. Hierfür werden die noch vorhandenen Haushaltsreste benötigt. Mit Ratsentscheidung vom 24.03.2015 wurden weitere Gelder überplanmäßig in 2015 bereitgestellt.

3.8.4 Finanzhaushalt (ohne Investitionsmanagement)

Im Bereich des Finanzhaushalts wurden keine weiteren Haushaltsreste gebildet.

3.9 Verpflichtungsermächtigungen

Verpflichtungsermächtigungen gemäß Haushaltsplan einschließlich über- und außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen gemäß § 119 Abs. 5 NKomVG und ihre Inanspruchnahme (§ 54 Abs. 5 GemHKVO)

Org.-Einheit	Projektnr.	Projektname	Plan 2014 - in EUR -	überpl./ außerpl. 2014 - in EUR -	Gesamt 2014 - in EUR -	in Anspruch genommen bis Inkraft. HH 2015 - in EUR -
FB 20	4E.210056	4. IGS Volkmarode/ Errichtung	1.790.000,00		1.790.000,00	247.021,30
	4E.210091	Lessinggymnasium Sanierung	2.768.400,00		2.768.400,00	2.444.963,56
	4E.210097	Erw. RS Nib./ IGS Querum	2.708.000,00		2.708.000,00	1.754.775,92
	4E.210099	Lessinggymnasium/Aulaanbau	1.176.700,00		1.176.700,00	1.150.768,70
	4E.210113	GS Hohestieg/Einr. Ganztagsb.	240.000,00		240.000,00	66.044,04
	4E.210115	GY Kleine Burg/Einr. Ganztagsb.	1.040.000,00		1.040.000,00	270.300,24
	4E.210116	BBS V/ Erw. Hauptstandort	3.440.000,00		3.440.000,00	
	4E.210127	Tunica-Sporthalle/Sanierung	877.000,00		877.000,00	9.999,07
	4E.210130	GS/ HS Rüningen/ Sanierung	1.550.000,00		1.550.000,00	1.114.674,69
	4E.210136	HS Sophienstr./Sanierung	670.000,00		670.000,00	407.038,82
	4E.210139	RS J.-F.Kennedy-Pl./Sanierung	1.565.000,00		1.565.000,00	246.932,27
	4E.210140	GY Martino-Kath./Sanierung	1.300.000,00		1.300.000,00	43.417,35
	4E.210144	IGS Franzsch. Feld/ Sanierung	2.626.800,00		2.626.800,00	420.184,43
	4E.210145	GY HvF/ Sanierung	1.440.000,00		1.440.000,00	93.661,40
	5E.210085	KiTa Querum/Erweiterung	835.000,00		835.000,00	
	5E.210113	Berufsfeuerwehr/Neubauten	13.950.000,00		13.950.000,00	
	5E.210117	GY HvF / Ers. Umkleine Sporth.	400.000,00		400.000,00	
	5S.210008	Global Ankauf von Grundstücken	1.150.000,00		1.150.000,00	
FB 37	5S.370007	Global Spezialfahrzeuge BF	487.000,00		487.000,00	
	5S.370010	Global Spezialfahrzeuge FF	335.000,00		335.000,00	82.834,56
	5S.370014	Global Spezialfz. Rettungsdienst	240.000,00		240.000,00	
	5S.370018	Beschaffung 5 HLF Fahrzeugen	1.500.000,00		1.500.000,00	
FB 40	5S.400011	GegenSt MEP Schulen	100.000,00		100.000,00	
	5S.400031	Ers.-GVG-GegenSt MEP Schulen	400.000,00		400.000,00	
FB 61	4S.610009	Soziale Stadt-Westl. Ringgebiet	1.770.000,00		1.770.000,00	
	4S.610020	Stadtumbau Weststadt	2.135.000,00		2.135.000,00	
	5S.610009	Global Sachanlagen 61.2	126.000,00		126.000,00	
FB 66	4S.660013	Zuschüsse Verkehrs-GmbH	360.100,00		360.100,00	
	4S.660014	Kosten i.Z.m der Verkehrs-GmbH	200.000,00		200.000,00	
	5E.660052	Okerbrücke Rüninger Weg/ Neub.	600.000,00		600.000,00	548.815,83
	5E.660065	Salzdahlumer Str./Sanierung	2.725.000,00		2.725.000,00	
	5E.660068	Hamburger Str. / Straßener.	1.750.000,00		1.750.000,00	1.742.691,86
	5E.660074	Helmstedter Str./ Umgestaltung	1.150.000,00		1.150.000,00	
	5E.660077	2-Richtungsradw.Wendebrück/ Bau	200.000,00		200.000,00	
	5E.660081	Wilh.-Bracke-Ges./ Erschl.	574.000,00		574.000,00	
	5E.660082	Roselies-Süd/ Erschließung	915.000,00		915.000,00	
	5E.660095	Ägidienmarkt/ Umbau u. Umges.	1.200.000,00		1.200.000,00	
	5E.660097	Gew.-geb. Waller See/Erschl.	200.000,00		200.000,00	
	5E.660101	Stadtstr. Hamb-Str-Bienr.-Weg/Bau	0,00	430.000,00	430.000,00	
	5S.660014	Lehndorf Str./ Erneuerung 2.BA	305.000,00		305.000,00	79.613,99
	5S.660016	Petritor / Straßenerneuerung	500.000,00	-110.000,00	390.000,00	333.083,45
	5S.660017	Stadtbahnbau/ Folgemaßn.	250.000,00		250.000,00	42.163,13
	5S.660018	Nordstadt(Straßenerneuerung	200.000,00		200.000,00	
	5S.660021	Brückenerneuerung	200.000,00		200.000,00	
	5S.660022	Fußgängerzone/ Umgestaltung 2.BA	310.000,00		310.000,00	273.360,57
	5S.660024	Innenstadt/Straßenerneuerung	550.000,00		550.000,00	70.000,00
	5S.660044	Innenstadtwehre/Umbau	1.070.000,00		1.070.000,00	
	5S.660062	Wilhelmitor/ Straßenerneuerung	400.000,00	-320.000,00	80.000,00	
FB 67	5S.670042	Luftreinhaltung/KFZ+Masch.	860.000,00		860.000,00	789.832,55
	Summe:		**61.139.000,00**	**0,00**	**61.139.000,00**	**12.232.177,73**

4. Nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetretene Vorgänge von besonderer Bedeutung (bis einschließlich Juli 2015)

Zu den Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst erging im Juni 2015 ein Schlichterspruch. Eine Annahme des Schlichterspruchs hätte sowohl höhere Personalaufwendungen als auch höhere Erstattungen an freie Träger im unteren siebenstelligen Bereich zur Folge gehabt. Durch die Ablehnung des Schlichterspruchs seitens der Gewerkschaften kann die zu erwartende Mehrbelastung bei einer Einigung noch höher ausfallen.

5. Wesentliche finanzwirtschaftliche Risiken für die Aufgabenerfüllung

Allgemein

Die Haushaltssituation der Kommunen hat sich in den vergangenen Jahren durch eine stabile Entwicklung der Steuererträge als Folge der positiven wirtschaftlichen Entwicklung verbessert. Dies gilt für die Stadt Braunschweig durch die regionalen Einflüsse bei der Gewerbesteuer im besonderen Maße. Darüber hinaus haben Zugeständnisse vom Bund bei der Beteiligung an anfallenden Kosten im Sozialbereich für Entlastung gesorgt. Ab 2016 wirken sich jedoch beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer die beschlossene Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrags und des Kinderfreibetrages sowie der vorgesehene Abbau der kalten Progression ertragsmindernd aus.

Zudem ist weiterhin nicht absehbar, in welcher Weise die Schuldensituation einiger Staaten im Euroraum und die sich daraus ergebenden Hilfen der wirtschaftlich stärkeren Staaten sowie die politische Krisensituation in Osteuropa zu einer ernsthaften Belastung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung führen werden. Insofern sind die mittelfristigen Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur Entwicklung der Steuern und Zuweisungen, die von einem stetigen Wachstum ausgehen, mit Risiken behaftet.

Im Bereich Personal sind Mehraufwendungen aus einem Tarifabschluss für den Sozial- und Erziehungsdienst zu erwarten. Hinzu kommt die erhebliche Anzahl notwendiger Stellenschaffungen für die Betreuung minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge.

Schulsanierungsprogramm

Aufgrund des hohen Sanierungsstaus an Schulen ist der Ansatz für die Schulsanierung in den Jahren 2015-2019 im Allgemeinen Haushalt nochmals erheblich aufgestockt worden. In der Vergangenheit wurden durchschnittlich zwischen 5 bis 6 Mio. EUR jährlich für die Schulsanierung eingeplant. Ausgenommen hiervon ist lediglich das Haushaltsjahr 2013. Für 2013 wurden die Mittel auf 2,7 Mio. EUR reduziert, damit die in den Vorjahren geplanten Maßnahmen, die aus Kapazitätsgründen der Verwaltung bisher nicht umgesetzt wurden, nunmehr durchgeführt werden konnten. Zwar gab es in den letzten Jahren schon erhöhte Ansätze aber ab 2015 bis 2019 stehen nunmehr jährlich durchschnittlich 18 Mio. EUR zur Verfügung.

Diese hohen Ansätze resultieren u.a. daher, dass Sanierungsmaßnahmen seit 2014 stärker auf sanierungsbedürftige Schulen gebündelt werden. Die ganzheitliche Sanierung von Schulen hat zum Ziel, die Maßnahmen straffer und effizienter als in der Vergangenheit abwickeln zu können. Zurzeit werden folgende Schulen im Rahmen des Schulsanierungspaketes 1 ganzheitlich saniert:

- HS Sophienstraße
- GS/HS Rüningen
- RS John-F.-Kennedy-Platz
- GY Martino-Katharineum
- GY Hoffmann-von-Fallersleben

- IGS Franzsches Feld

Weitere Schulsanierungspakete befinden sich in Vorbereitung und sind bereits in der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung berücksichtigt.

Kleinere Maßnahmen an Schulen mit einem Kostenvolumen von bis zu 150 TEUR können aus einem zusätzlich zur Verfügung stehenden Ansatz von jährlich rd. 1,2 Mio. EUR bestritten werden.

Weiterhin hat die Stadt Braunschweig aufgrund des Sanierungsstaus an Schulen mit der HOCHTIEF PPP Schulpartner Braunschweig GmbH einen PPP-Projektvertrag geschlossen. Dieser umfasst die Planung, die Durchführung und Finanzierung von Bau- und Sanierungsmaßnahmen, die werterhaltende Instandhaltung der Gebäude und Anlagen sowie Betriebsleistungen des technischen und infrastrukturellen Gebäudemanagements einschließlich Hausmeisterleistungen für insgesamt neun Schulen, drei Kindertagesstätten und zwei Schulsporthallen an gesonderten Standorten sowie die Errichtung eines gemeinsamen Ergänzungsneubaus für zwei Schulen. In der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung wurden deshalb ab dem Jahre 2012 entsprechende Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Rahmen von PPP-Modellen berücksichtigt.

Aufgrund des hohen Sanierungsstaus der Wilhelm-Bracke-Gesamtschule hat der Rat am 31. Mai 2011 beschlossen, einen Neubau zu errichten statt das Gebäude zu sanieren. Dieser Neubau wurde aufgrund des Ratsbeschlusses vom 18. September 2012 von der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig (NiWo) errichtet und wird seit Anfang 2015 von der Stadt und der NiWo gemeinsam bewirtschaftet. Die Baukosten belaufen sich voraussichtlich auf 39,2 Mio. EUR. Es ist vorgesehen, dass die Stadt Braunschweig die Schule für 25 Jahre anmietet und danach zum Restbuchwert von der NiWo übernimmt.

In Laufe des Jahres 2015 hat sich gezeigt, dass für Brandschutzmaßnahmen aufgrund veränderter gesetzlicher Anforderungen an den vorbeugenden Brandschutz ein erhöhter Finanzierungsbedarf besteht. Zur Abwicklung dieser Maßnahmen stellt die Stadt ab 2016 jährlich 2 Mio. EUR für alle städtischen Gebäude zur Verfügung. Es besteht aber aufgrund des vorhandenen Sanierungsstaus an den städtischen Gebäuden (insbesondere Schulen und Kitas) jederzeit das finanzielle Risiko, dass durch notwendige Ad-hoc-Maßnahmen zur Erhaltung der Funktionstüchtigkeit der Gebäude diese Haushaltsmittel nicht ausreichen.

Inklusive Schule

Das Gesetz zur Einführung der inklusiven Schule vom 23. März 2012 verlangt von den kommunalen Schulträgern die Voraussetzungen zu schaffen, dass in den öffentlichen Schulen ab dem Schuljahr 2013/2014 Schülerinnen und Schüler mit und ohne Behinderung gemeinsam erzogen und unterrichtet werden können. Die Wahl der Schulform (Allgemeinbildende Schule bzw. Förderschule) erfolgt dabei durch die Erziehungsberechtigten.

Die Stadt Braunschweig macht zunächst von einer bis 2018 anwendbaren Übergangsregelung Gebrauch. Danach kann die inklusive Beschulung durch die Bestimmung sogenannter Schwerpunktschulen, die einen barrierefreien Zugang bereits ermöglichen, sichergestellt werden. Daneben sind jedoch sukzessive auch die übrigen kommunalen Schulen im Hinblick auf eine inklusive Beschulung umzubauen bzw. besonders auszustatten. Dafür werden mittelfristig Kosten in bislang noch nicht absehbarer Höhe anfallen.

Eine finanzielle Kompensation für diese Maßnahmen hatte das Land Niedersachsen zunächst nicht vorgesehen. Nach einer erfolgreichen Klage niedersächsischer Kommunen vor dem Staatsgerichtshof befindet sich seit September 2015 eine Erstattungsregelung im Gesetzgebungsverfahren. Sie sieht eine Beteiligung des Landes an den baulichen Maßnahmen niedersächsischer Schulträger im Umfang von 11,7 Mio. EUR in 2015 und von 20 Mio. EUR ab 2016

vor. Daneben soll eine Inklusionspauschale für die zusätzlichen Personalkosten, z. B. für Schulbegleiter, gewährt werden. Sie beträgt 2015 5,8 Mio. EUR und von 2016 zunächst bis 2018 10 Mio. EUR Die Inklusionspauschale ist seitens der Landesregierung als freiwillige Leistung bezeichnet worden. 2018 soll sie überprüft werden.

Es ist weiterhin nicht ausgeschlossen, dass die Stadt Braunschweig in erheblichem Umfang Lasten der Inklusion tragen muss.

Kosten für Sozialleistungen

Ein dauerhaftes Haushaltrisiko bei der Sozialhilfe ergibt sich aus der Arbeitslosigkeit. Die Kommunen haben den größten Teil der Unterkunfts- und Heizkosten (KdU) von Langzeitarbeitslosen und Geringverdienern sowie einmalige Beihilfen im Rahmen des Arbeitslosengeldes II (ALG II) zu tragen. Die Arbeitslosenzahlen sind seit Mitte 2010 rückläufig. Demensprechend ist in der Haushaltsplanung eine weitere Verringerung der Fallzahlen zugrunde gelegt. Sollte diese nicht eintreten, könnte sich eine Haushaltsbelastung ergeben.

Seit Anfang 2011 werden bedürftige Familien durch das sog. Bildungs- und Teilhabepaket BuT unterstützt. Die Kosten trägt grundsätzlich der Bund über eine erhöhte Beteiligung an den KdU der Bezieher von ALG II. Die Erhöhung betrug ursprünglich 5,4 % Prozentpunkte. Nach mehrmaligen Anpassungen beträgt sie für 2015 4,5 %. Außerdem gewährt der Bund 1,2 weitere %-Punkte für die Verwaltungskosten. Das Land Niedersachsen verwendet für die Verteilung der Bundeserstattungen auf die Kommunen einen Verteilungsschlüssel, nach dem Braunschweig weniger als die durch den Bund festgelegten %-Punkte an den KdU erhält. Ob die Bundeserstattungen die Aufwendungen tatsächlich decken, hängt im Übrigen von der Entwicklung der Inanspruchnahme von BuT-Leistungen vor Ort ab.

Eine niedersächsische Besonderheit ist, dass das Land seinen Anteil an der Sozialhilfe (Leistungen des überörtlichen Trägers) über das sog. Quotale System pauschal erstattet. Für jede Kommune wird eine Landesquote festgelegt. Änderungen erfolgen in 3 %-Schritten. Eingeführt wurde diese Erstattungsregelung weit vor der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe durch die Hartz IV-Reform. Mit dieser Reform war auch eine finanzielle Entlastung der Kommunen durch den Bund beabsichtigt. Das Gesamtvolumen der aufzuteilenden Sozialhilfe sank, der Landesanteil stieg an. Diese Wirkung wurde durch die Einführung des BuT noch verstärkt, sodass der Anteil des überörtlichen Trägers an der Sozialhilfe inzwischen weit überwiegt. Für 2014 betrug die für Braunschweig geltende Landesquote 75 %. Für 2015 ist eine Absenkung auf 72 % angekündigt.

Die Erstattungen bezogen sich bisher auch auf die Leistungen für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GruSi). Der Bund hat die Erstattung der Kosten dieser Leistung bis 2014 sukzessive übernommen. Die Kommunen erhalten die Erstattung über das Land. Dies führt dazu, dass das Land aus der den Kommunen zugedachten Entlastung durch den Bund eine Entlastung für seinen Haushalt von mehr als 100 Mio. EUR erhält. Trotz dieser massiven Auswirkungen der veränderten Sozialleistungslandschaft hält das Land am Quotalen System fest.

Das Gesamtvolumen der GruSi wird sich in den nächsten Jahren zu Lasten der Kommunen verringern, weil immer mehr Leistungsberechtigte das 60. Lebensjahr vollenden und damit in den Zuständigkeitsbereich des örtlichen Trägers (kommunalisierte Altenpflege) fallen.

Mit inzwischen rd. 50 Mio. EUR erreicht die Eingliederungshilfe für Behinderte fast das gleiche Ausgabe-Niveau wie die KdU nach dem ALG II. Die Tendenz dieser Ausgaben ist steigend. Sie belasten zunehmend die kommunalen Haushalte. Um dem entgegenzuwirken wurde im Koalitionsvertrag der Bundesregierung eine Entlastung versprochenen, die 2018 mit der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes bundesweit 5 Mrd. EUR und ab 2015 vorab 1 Mrd. EUR betragen soll. Für 2017 ist eine weitere Entlastung um 1,5 Mrd. EUR vorgesehen. Der auf die

Stadt Braunschweig entfallende Anteil ist im Haushaltsplanentwurf 2015 berücksichtigt. Die entsprechenden Gesetze sind aber noch nicht verabschiedet. Bislang steht noch nicht fest, in welcher Form die Erstattung erfolgen soll. Davon abhängig ist auch, inwiefern das Land Einflussmöglichkeiten auf die Weitergabe, insbesondere über das Quotale System, erhält.

Nach einem Urteil des Bundessozialgerichts müssen die Kommunen ein schlüssiges Konzept zur Angemessenheit der KdU für Leistungsbezieher nach SGB II und SGB XII entwickeln. Tun sie dies nicht, gelten als angemessen die Grenzen nach dem Wohngeldgesetz zuzüglich eines Aufschlags von 10 %. Die Stadt Braunschweig beabsichtigt die Erstellung eines schlüssigen Konzeptes in 2015.

Aber auch mit einem schlüssigen Konzept besteht ein Risiko, gerichtlich zu höheren Zahlungen gezwungen zu werden. Im Sommer 2014 sind die Städte Helmstedt und Salzgitter mit ihren Konzepten gescheitert. Außerdem haben Sozialgerichte vereinzelt bereits Zuschläge von 20 % auf den Wohngeldsatz für angemessen erklärt.

Darüber hinaus wurde durch das Bundessozialministerium eine Wohngeldnovelle angekündigt. Der Inhalt und die finanziellen Auswirkungen hieraus sind noch nicht bekannt. Auch diese Änderung hätte Einfluss auf die Angemessenheitsgrenze für Städte ohne schlüssiges Konzept.

Durch die aktuellen Krisen und Kriege in anderen Ländern steigt die Zahl der Flüchtlinge, insbesondere derer, die Deutschland zum Ziel haben, in einem ungeahnten Ausmaß. Bundesweit betrug die Zahl der Asylerstanträge 2010 und 2011 jeweils rd. 50.000, 2014 schon 173.000. Im ersten Halbjahr 2015 wurde diese Jahreszahl mit 196.000 bereits übertroffen. Die Bundesregierung hat im Laufe 2015 ihre Jahresprognose von 450.000 auf 800.000 Anträge angehoben.

In Braunschweig macht sich dies bemerkbar durch

- eine Überbelegung der im Stadtteil Kralenriede befindlichen Landesaufnahmebehörde LAB und
- eine Überlastung der Einrichtungen zur Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen in Krisensituationen, in der sich zz. fast ausschließlich sog. unbegleitete minderjährige Flüchtlinge UmF befinden. (Siehe Kosten der Kinderbetreuung)

Die im Zusammenhang mit der Aufnahme von Flüchtlingen entstehenden Kosten trägt grundsätzlich das Land Niedersachsen. Ob und inwieweit angesichts der weiter steigenden Flüchtlingszahlen auch eine Belastung des städtischen Haushalts entstehen wird, ist derzeit nicht absehbar.

Kosten der Kinderbetreuung

Die Aufwendungen für Kinder, Jugend und Familie haben sich bei der Stadt Braunschweig von 2005 bis 2015 fast verdoppelt. Die darin enthaltenen größten Zuwächse entfallen auf den Bereich der Kindertagesbetreuung. Der ab 2013 nach dem Kinderförderungsgesetz (KiFöG) geltende Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder im Alter von 1 bis 3 Jahren konnte dank erheblicher Anstrengungen bisher erfüllt werden. Es verbleibt aber grundsätzlich das Risiko, dass bei einer steigenden Nachfrage der Rechtsanspruch nicht erfüllt wird und die Stadt klagenden Eltern gegenüber steht.

Das Land finanziert zur Verbesserung der Betreuungsqualität in Krippengruppen ab 2015 eine dritte Betreuungskraft. Die Personalkostenerstattungen erfolgen auf der Basis von Sozialassistenten/innen. Diese Qualifikation ist geringer als die der als Erst- und Zweitkräfte eingesetzten Erziehern/innen bzw. Kinderpflegern/innen. Möglicherweise stehen Sozialassistenten/innen nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung. Falls dies zu Einstellungen von höher qualifizierten Personen führen sollte, wären die Mehrkosten durch die Stadt zu tragen.

Für die Schulkindbetreuung hat der Rat im Juni 2013 die Zielquote der Betreuung auf 60 % der Kinder erhöht. Die zusätzlichen Betreuungsplätze sollen vornehmlich in sogenannten offenen Ganztagsgrundschulen entstehen, bei denen sich Land und Stadt die Kosten der Nachmittagsbetreuung teilen. Eine Umsetzung des Ratsbeschlusses ist nur schrittweise möglich, auch weil die Schulen Anträge stellen müssen und das Land zustimmen muss. In jedem Fall ist mit erheblichen Umbau-, Einrichtungs- und zusätzlichen Betriebskosten zu rechnen. Es werden ein Investitionsvolumen von 9,2 Mio. EUR und schließlich laufende Kosten von 3,6 Mio. EUR erwartet. Eine Berücksichtigung im städt. Haushalt konnte bisher nur teilweise erfolgen.

Das Land hat zwar die Finanzierung zusätzlicher Lehrerstunden für die Nachmittagsbetreuung vom Schuljahr 2014/2015 an bereitgestellt. Der Rat hat allerdings beschlossen, dies nicht für eine Verringerung des freiwillig durch die Stadt getragenen Kostenanteils an den offenen Ganztagsgrundschulen zu nutzen.

Es ist festzustellen, dass die aktuelle Landesregierung einen Schwerpunkt ihres Handelns in der Kinderbetreuung sieht. In diesem Zuge ist auch eine Novellierung des Kindertagesstätten Gesetzes beabsichtigt. Hierzu haben verschiedene Institutionen bereits Forderungen erhoben. Ein Maximalforderungskatalog der Gewerkschaft ver.di würde Land und Kommunen mindestens 400 Mio. EUR jährlich zusätzlich kosten. Auch wenn nur ein kleiner Teil dieser Forderungen gesetzlich verankert werden dürfte, ist von zusätzlichen Belastungen auch der Kommunen auszugehen.

Für die Ausbauplanungen bei der Kinderbetreuung wird für die nächsten Jahre von steigenden Kinderzahlen ausgegangen. Im Hinblick auf den demografischen Wandel ist langfristig aber mit einem Rückgang der Kinderzahlen zu rechnen. Mit den für den Betreuungsausbau bereits getätigten oder noch angestrebten Investitionen werden Vermögenswerte geschaffen, die möglicherweise weit vor Ablauf ihrer wirtschaftlichen Nutzungsdauer nicht mehr in vollem Umfang benötigt werden. Aufgrund ihrer spezifischen Eigenschaften wird eine Veräußerung nur mit erheblichen Abschlägen möglich werden.

In den letzten Jahren ist eine vermehrte Überforderung von Eltern mit der Erziehung ihrer Kinder, oft als Folge immer verbreiteterer Trennungssituationen, zu beobachten. Dies hat Auswirkungen auf die Hilfen zur Erziehung. In den letzten Jahren wurden die Haushaltsmittel hierfür mit jeder Haushaltsplanung deutlich aufgestockt. Dennoch haben sie ebenso kontinuierlich nicht ausgereicht. Bestreben des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie ist es, die Heimunterbringung als einschneidendste und auch kostspieligste Form der Hilfe zu vermeiden. Es steht aber zu befürchten, dass dies immer weniger gelingt, sodass hierfür weiter steigende Aufwendungen und auch Überschreitungen der Ansätze nicht ausgeschlossen werden können.

In den letzten Jahren eine noch geringe Rolle spielte die Inobhutnahme unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge (UmF). 2015 ist ihre Zahl jedoch stark angestiegen. Dies führt zu einer Überbelegung der zur Verfügung stehenden Inobhutnahmeplätze. Daher werden kurzfristig leerstehende Gebäude für die Aufnahme dieser Flüchtlinge hergerichtet. Im Oktober 2015 sollen die ersten zusätzlichen Plätze zur Verfügung stehen. Auch sind bereits Personalaufstockungen erfolgt, die auch 2016 fortgesetzt werden sollen.

Das Land Niedersachsen erstattet die Kosten der Inobhutnahme in Form von Tagessätzen, die u. a. die Personalkosten enthalten. Dabei tritt die Stadt zunächst in Vorleistung. Nicht erstattet werden die Kosten der gesetzlich vorgesehenen Amtsvormundschaften und der erforderlichen sozialpädagogischen Betreuung durch den allgemeinen Sozialdienst. Auch hierfür wurden zusätzliche Stellen im Zusammenhang mit der gestiegenen Zahl der UmF eingerichtet, deren Kosten dementsprechend durch die Stadt zu tragen sind. Nicht erstattet wird auch der bei der Stadt im Zusammenhang mit der Aufnahme der UmF entstehende (steigende) Verwaltungsaufwand. Die Kosten für die Nutzung der herzurichtenden Gebäude können hingegen in die Tagessätze eingerechnet werden, soweit sie angemessen sind.

Mit den massiven Ausweitungen von Kinderbetreuung und Erziehungshilfen in den letzten Jahren sind enorme Haushaltsbelastungen auch bei den laufenden Aufwendungen verbunden. Diese konnten insbesondere wegen der günstigen Steuerentwicklung getragen werden. Sie stellen ein finanzwirtschaftliches Risiko insoweit dar, als dass auch bei einer Verschlechterung der Ertragslage eine Rückführung der Angebote auf ein niedrigeres Niveau schwer durchsetzbar sein wird.

Insgesamt ist eine zunehmende Übertragung von Kinderbetreuungs- und Erziehungsverantwortung auf staatliche Einrichtungen zu beobachten. Nach der bisherigen Kostenverteilung führt dies zu einer Belastung überwiegend der Kommunen.

Tiefgaragen

Die Einnahmen bei den drei städtischen Tiefgaragen (TG) Eiermarkt, Packhof und Magni basieren auf den tatsächlichen Einfahrten; eine konstante, jahresgleiche Pacht wird nicht erhoben. Hierdurch kann es zu Schwankungen, bis hin zu völligen Ausfällen bei betriebs-/baubedingter Schließungen kommen, d. h. anstatt der jährlich geschätzten Einnahmen von ca. netto 1,8 Mio. EUR (TG Eiermarkt rd. 20 %, TG Packhof rd. 45 % und TG Magni rd. 35 %) kann es bei Sanierungs- und Schadensfällen zu einem Totalausfall bis hin zu Verlusten aufgrund von ge-/ungeplanten Baumaßnahmen bei diesen Betrieben gewerblicher Art (BgA) kommen.

Aufgrund des Brandes in der TG Magni im Juli 2014, sowie Sanierungsarbeiten in der TG Eiermarkt und TG Packhof und den hieraus resultierenden vorübergehenden (Teil-) Schließungen, kam es zu einer Reduzierung der geschätzten Jahreseinnahme beim BgA um ca. 20 %.

Bei Schadensereignissen kann zwar für Fremdschäden der KSA in Anspruch genommen werden, es bestanden zum Zeitpunkt des Brandes der TG Magni jedoch keine Brand- oder Betriebseinnahmeausfallversicherungen zu Gunsten der Stadt Braunschweig als Eigentümerin der Tiefgarage. Ob die für die Brandsanierung der TG Magni notwendigen Finanzmittel ggf. als Schadenersatz bei Dritten (Halter des den Brand verursachenden PKW oder Betreiber der Tiefgarage) geltend gemacht werden können, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch unklar.

Haushaltsreste

Im Jahresabschluss 2014 ist die Bildung von Haushaltsresten berücksichtigt.

Im Ergebnishaushalt ergibt sich insgesamt eine Vorbelastung des Jahres 2015 in Höhe von rd. 23,4 Mio. EUR (davon rd. 3,4 Mio. EUR Ergebnishaushalt und rd. 20,0 Mio. EUR Aufwand des Investitionsmanagements).

Die Bildung von Haushaltsresten im Finanzhaushalt ergibt eine Vorbelastung des Bestandes an Zahlungsmitteln in Höhe von rd. 36,8 Mio. EUR (investive Zahlungen). Damit ergibt sich insgesamt eine Vorbelastung des Bestandes an Zahlungsmitteln aus der Bildung von Haushaltsresten in Höhe von rd. 60,2 Mio. EUR. Diese Haushaltsreste stellen eine Vorbelastung des Haushaltes 2015 dar.

Verlustausgleichszahlungen an die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH

Der in den Vorjahren vorhandene Gewinnvortrag der Stadt Braunschweig Beteiligungsgesellschaft (SBBG) wurde im Jahr 2014 vollständig verbraucht. Von diesem Jahr an sind Verlustausgleichszahlungen der Stadt Braunschweig als Gesellschafterin der SBBG erforderlich, die zu entsprechenden Belastungen des städtischen Haushalts führen.

Das Jahresergebnis der SBBG setzt sich aus dem eigenen Betriebs- und Zinsergebnis sowie aus dem Beteiligungsergebnis, in dem die auf die SBBG entfallenden Ergebnisbestandteile ihrer Tochter- und Beteiligungsgesellschaften enthalten sind, zusammen. Hierbei wird die Ergebnisentwicklung der SBBG hauptsächlich vom Beteiligungsergebnis bestimmt, das wie folgt strukturiert ist: Erträge aus Beteiligungen ergeben sich bei der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG (25,1 % - Anteil), der Nibelungen-Wohnbau-GmbH (49 % - Anteil), der Kraftverkehr Mundstock GmbH sowie der Braunschweiger Bus- und Bahnbetriebs-GmbH. Hingegen sind für die Braunschweiger Verkehrs-GmbH, die Stadthalle Braunschweig Betriebs-GmbH und die Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH Aufwendungen für Verlustübernahmen zu leisten.

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

IX. Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen (§ 128 (3) Zif. 5 NKomVG)

1. Einleitung

Gemäß § 20 Abs. 5 GemHKVO dürfen Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen übertragen werden.

Die dem Anhang beizufügende Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen gemäß § 128 Abs. 3 Nr. 5 NKomVG ist in zwei Listen aufgeteilt worden.

Unter dem Gliederungspunkt 2. werden die Haushaltsreste dargestellt, die sich auf das Investitionsmanagement beziehen. In dieser Übersicht sind Haushaltsreste für Investitionen und Instandhaltung von Vermögensgegenständen enthalten.

Unter dem Gliederungspunkt 3. sind die Haushaltsreste aus dem Ergebnishaushalt (ohne die Haushaltsreste für die Instandhaltung von Vermögensgegenständen) aufgelistet. Die Gründe für die Übertragung sind in der Spalte Bemerkung aufgenommen worden.

2. Haushaltsreste für Investitionen und Instandhaltungen von Vermögensgegenständen

Haushaltsreste für Projekte

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
polit. Gremien	4S.000001.00.505	Politische Gremien: Instandhaltungen	445519	1.000,00
Summe polit. Gremien				**1.000,00**
Vw.Führung	4S.000002.00.505	Verwaltungsf.: Instandhaltungen	445522	2.400,00
Vw.Führung	5S.000002.00.515	Verwaltungsf.: GVG-Sammelprojekt	783125	900,00
Vw.Führung	5S.000019.00.510	Verwaltungsf.: Global-Sachanlagen	783110	1.100,00
Summe Vw.Führung				**4.400,00**
FB 01	4S.000003.01.505	Ref. 0100: Instandhaltungen	422110, 445519, 445522	15.819,32
FB 01	4S.000003.02.505	Ref. 0100: Softwarewartung	422140	7.789,08
FB 01	5S.000003.00.515	Ref. 0100: GVG-Sammelprojekt	783125	44.000,00
FB 01	5S.000004.00.510	Ref. 0100: Global-Sachanlagen	783110	1.132,38
FB 01	5S.000011.00.515	Ref. 0300: GVG-Sammelprojekt	783125	2.273,70
Summe FB 01				**71.014,48**
Ref. 0120	5S.000006.00.515	Ref. 0120: GVG-Sammelprojekt	783125	118,64
Ref. 0120	5S.000007.00.510	Ref. 0120: Global-Sacha.(Stat. /Wahlen)	783110	1.108,00
Summe Ref. 0120				**1.226,64**
Ref. 0140	5S.000009.00.515	Ref. 0140: GVG-Sammelprojekt	783125	256,11
Summe Ref. 0140				**256,11**
Ref. 0150	4S.000007.00.505	Ref. 0150: Instandhaltungen	445519	348,00
Ref. 0150	5S.000010.00.515	Ref. 0150: GVG-Sammelprojekt	783125	300,00
Summe Ref. 0150				**648,00**
FB 10	4E.100003.00.505	FB 10: Rathaus-Neubau / San. Toiletten	421110	81.895,70
FB 10	4E.100005.00.505	Rathaus-Altbau/Wasserleitungssan.	421110	37.254,29
FB 10	4S.100005.00.510	FB 10: Programm -IT- Immat./Sachanl.	783110	106.265,72
FB 10	4S.100005.00.505	FB 10: Programm -IT-Instandhaltungen/ sonst.	422140	46.525,42
FB 10	4S.100005.00.515	FB 10: Programm -IT- Sachanl.-GVG's	783125	17.005,55
FB 10	5E.100002.00.520	FB 10: Aufstockung Versorgungsrücklage	785310	25.740,76
FB 10	5S.100002.00.515	FB 10: GVG-Sammelprojekt (100-0001)	783125	2.597,78
FB 10	5S.100002.04.515	FB 10: GVG-Sammelprojekt (100-4000)	783125	1.247,26
Summe FB 10				**318.532,48**
FB 20	3S.200001.00.595	FB 20: Planungskosten allgemein	427114	193.700,00
FB 20	3S.200001.01.595	FB 20: Planungskosten Schulsanierung	427114	83.184,25
FB 20	3S.200001.02.595	FB 20: Planungskosten OGS	427114	16.743,73
FB 20	3S.200002.00.595	FB 20: HOAI FB 65	427114	250.000,00
FB 20	3S.200002.01.595	FB 20: HOAI andere Fachbereiche	427114	75.000,00
FB 20	3S.200003.00.595	FB 20: Vorplanung FB 65	427114	80.000,00
FB 20	4E.210059.01.505	Sanierung Sanitäranlagen.- nicht werterhöhend	421110	12.067,11
FB 20	4S.200002.01.505	Gewerbepark Waller See - Bauwerk	445223	444.000,00
FB 20	4S.210001.04.505	FB 20 : Instandhaltungen (KST: 200-4000)	445520	1.762,20
FB 20	4S.210008.00.505	FB 20.2: Instandhaltungen Gewandh. BgA	421110, 445526	7.580,76
FB 20	4S.210013.00.505	FB 20: Instandhaltungen Grundvermögen	421110, 445526	233.364,13
FB 20	4S.210014.00.505	FB 20: Abbrüche Grundvermögen	421160	277.000,00
FB 20	4S.210066.01.505	FB 20: MP Barrierefreiheit - Aufwand	421110	43.840,28
FB 20	4S.210066.02.500.003	FB 20: MP Barrierefreiheit Invest-Bauw.	787110	46.148,23
FB 20	5S.200019.00.525	FB 20: Krankenhausumlage	781110	655.000,00
FB 20	5S.200025.00.510	FB 20: Global-Sachanlagen 20.2	783110	1.579,03
FB 20	5S.210002.01.515	FB 20: GVG-Sammelprojekt (200-1000)	783125	758,41
FB 20	5S.210002.02.515	FB 20: GVG-Sammelprojekt (200-2000)	783125	542,64
FB 20	5S.210002.03.515	FB 20: GVG-Sammelprojekt (200-3000)	783125	587,49
FB 20	5S.210002.04.515	FB 20: GVG-Sammelprojekt (200-4000)	783125	3.806,68
FB 20	5S.210008.01.510	FB 20: Global - Ankauf von Grundst.	782110	1.012.073,57
Summe FB 20				**3.438.738,51**

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
FB 65	3E.210002.00.595	FB 20: Vorplanung Geb. Berufsfeuerwehr	427114	200.000,00
FB 65	3E.210004.00.595	Feuerwehr Timmerlah / Vorplanung Neubau	427114	50.000,00
FB 65	4E.210003.00.505	GS Bürgerstraße/Sanierung	421110	119.849,32
FB 65	4E.210004.00.505	GS Wenden/Sanierung	421110	5.638,46
FB 65	4E.210007.00.505	GS Rautheim/Sanierung	421110	2.338,53
FB 65	4E.210009.00.505	GS Bebelhof/Sanierung	421110	64.659,55
FB 65	4E.210011.00.505	GS Isoldestraße/Sanierung	421110	8.000,00
FB 65	4E.210012.00.505	GS Völkenrode/Sanierung	421110	378,69
FB 65	4E.210015.00.505	GS Lehndorf / Sanierung	421110	54.161,75
FB 65	4E.210018.00.505	GS Stöckheim/Sanierung	421110	6.343,96
FB 65	4E.210022.00.505	GS/HS Schuntersiedlung/Sanierung	421110	2.918,21
FB 65	4E.210023.00.505	RS Nibelungenschule/Sanierung	421110	150,06
FB 65	4E.210026.00.505	RS Sidonienstraße/Sanierung	421110	75.677,64
FB 65	4E.210027.00.505	GY H.-v.-Fallersleben-Schule/Sanierung	421110	79.534,73
FB 65	4E.210028.00.505	GY Martino-Katharineum/Sanierung	421110	74.013,20
FB 65	4E.210029.00.505	GY Gaußschule/Sanierung	421110	117.726,32
FB 65	4E.210032.00.505	Wilhelm-Gymnasium/Sanierung	421110	1.776,71
FB 65	4E.210033.00.505	BBS IV Helene-Engelbrecht-Sch./Sanierung	421110	18.265,77
FB 65	4E.210039.00.505	IGS Querum (Altbau)/Sanierung	421110	2.693,81
FB 65	4E.210040.00.505	Salve Hospes/Dachsanierung	421110	54.996,08
FB 65	4E.210052.00.505.213	IGS Franzsches Feld / Sanierung - Bau	421110	3.246,33
FB 65	4E.210056.00.505.213	4. IGS/Errichtung - Instandhaltungen	421110	72.893,44
FB 65	4E.210065.00.505	GS Volkmarode Sanierung	421110	79.127,87
FB 65	4E.210067.01.505	Aufwand Städtisches Museum / Umbau	421110	62.707,70
FB 65	4E.210072.01.500.213	Ganztagsbet. GS Am Schw. Berge- Bau	787110	13.098,80
FB 65	4E.210072.02.511	Ganztagsbet. GS Am Schw. Berge- Aufwand	422900	39,39
FB 65	4E.210076.00.505	FB 20: GHW/Herrichtung wegen Ankauf Ausz.	421110	36.043,35
FB 65	4E.210081.00.505.213	GS Querum / Sanierung -Bau	421110	8.935,68
FB 65	4E.210085.00.505	BBS Johannes Selenka-S./ Sanierung	421110	73.141,29
FB 65	4E.210091.00.505.213	MP-Lessinggym. Wenden/ San.- nicht werterhöhend	421110	459.250,03
FB 65	4E.210092.00.505	Brandschutzmaßnahmen Salve Hospes	421110	25.942,42
FB 65	4E.210094.00.505	GY H.v.F. / Umbau Teeküche	421110	261.614,00
FB 65	4E.210097.00.500.213	MP-San. /Erw. RS Nib./IGS Querum-werterhöhend	787110	235.211,92
FB 65	4E.210097.00.505	MP-San. /Erw. RS Nib./IGS Querum-Aufwand	421110	409.296,84
FB 65	4E.210099.00.505	MP-Lessinggy.Wenden/ Aulaanb- nicht werterhöhend	421110	977,12
FB 65	4E.210100.01.500.213	MP-Lessinggy. Wenden/Ganzt.-werterhöhend	787110	585.534,61
FB 65	4E.210102.00.505	GS Rühme/Astrid-Lindgren-Schule/San.	421110	3.646,09
FB 65	4E.210104.00.505	Karl-Hintze-Weg 3/Umbau Schulkindb.	421110	57.025,35
FB 65	4E.210108.00.505	GY Martino Katharineum - Umbau Cafeteria	421110	82.427,94
FB 65	4E.210113.00.505.213	MP-GS Hohestieg Einr. Ganzt - nicht werterhöhend	421110	185.956,94
FB 65	4E.210114.00.500.213	MP-GS Rheinring - Einr.Ganzt. - werterhöhend	787110	90.971,77
FB 65	4E.210114.00.505.213	MP-GS Rheinr. - Einr.Ganzt. - nicht werterhöhend	421110	178.459,39
FB 65	4E.210115.00.500.213	MP-GY Kleine B. - Einr. Ganzt. - werterhöhend	787110	178.616,92
FB 65	4E.210115.00.505.213	MP-GY Kleine B. - Einr. Ganz. - nicht werterhöhend	421110	71.721,09
FB 65	4E.210116.00.500.213	MP-BBS V - Erw. a. Hauptst.ort - werterhöhend	787110	153.000,00
FB 65	4E.210116.00.505.213	MP-BBS V - Erw. Hauptst.ort - nicht werterhöhend	421110	40.000,00
FB 65	4E.210117.00.505	Hort KTK Brunsviga/ Sanierung	421110	14.348,16
FB 65	4E.210118.00.505	KJZ Rüningen/ Sanierung	421110	7.173,07
FB 65	4E.210119.00.500.213	MP-Jugendzentrum Wenden / Neubau - werterhöhend	787110	498,00
FB 65	4E.210119.00.505.213	MP-Jugendzentrum Wenden / Neubau - nicht werterhöhend	427193	60.829,09
FB 65	4E.210120.00.505	IGS Franz. Feld Einr. Mediathek - Umbau	421110	9.608,10
FB 65	4E.210120.00.515	IGS Franz. Feld Einr. Mediathek - IT/GVG	783125	793,24
FB 65	4E.210122.00.505	Oswald-Berkhan-Schule / Sanierung	421110	37.301,97
FB 65	4E.210124.00.500.213	Mensacontainer GY RHS - Bau	787110	15.265,88
FB 65	4E.210124.00.511	Mensacontainer GY RHS Ausstattung	422900	659,76
FB 65	4E.210126.00.505	Tiefgarage Eiermarkt / Erneuer. techn. A	421110	185.647,11
FB 65	4E.210127.01.500.213	MP - Tunica-Sporthalle /Sanierung - Bau	787110	566.352,57
FB 65	4E.210129.00.505	GS Stöckheim/Umbau f. Schulkindbet - Bau	421110	28.060,74
FB 65	4E.210131.00.505	MP: RS Georg-Eckert-Str./WC-Gebäude Aufw.	421110	60.163,75
FB 65	4E.210134.00.500.213	MP: GS Melverode / Sanierung - Bau	787110	326.391,96
FB 65	4E.210137.00.500.213	MP: BBS V / Sanierung - Bau	787110	399.769,60
FB 65	4E.210142.00.500.213	MP: Wilhelm-Gymnasium / Sanierung - Bau	787110	90.297,41
FB 65	4E.210152.00.500.213	Kita Leiferde / Neubau - Bauwerk	787110	660.527,35
FB 65	4E.210152.00.505	Kita Leiferde / Neubau - nicht werterhöhend	421110	165.109,10
FB 65	4E.210153.00.505	Tiefgarage Packhof / Sanierung	421110	866.095,00

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
FB 65	4E.210156.01.505	TG Magni / Sanierung - nicht werterhöhend	421110	691.379,75
FB 65	4S.210016.00.505	FB 20:Global-Instandhaltungen Berufsfeuerwehr	421110	5.023,60
FB 65	4S.210017.00.505	FB 20:Global-Instandhaltungen Freiwill. Feuerw.	421110	214.910,35
FB 65	4S.210022.00.505	RS Georg-Eckert-Schule/Sanierung	421110	48.977,25
FB 65	4S.210029.00.505	FB 20:Projekt Inst. Trinkw./San.(Städt.)	421110	127.373,60
FB 65	4S.210030.00.505	FB 20:Global-Instandhaltungen Parkhäuser BgA	421110	80.995,00
FB 65	4S.210034.00.505	FB 20:Global Instandhaltungen Allgem. Grundverm.	421110	41.305,44
FB 65	4S.210036.00.505.213	FB 20:Progr.Instandhaltungen Städt.Kitas/Sanier.	421110	863.536,32
FB 65	4S.210037.00.505	FB 20:Global Instandhaltungen Untersuch./Nachko.	421110	57.936,64
FB 65	4S.210042.00.505	FB 20: Global-Instandhaltung Kultur	421110	33.996,52
FB 65	4S.210056.00.505	Kleinere Sanierungsmaßnahmen Schulen	421110	26.752,40
FB 65	4S.210057.00.505	Global Schulkindbetr./Umbauten an GS	421110	201.627,42
FB 65	4S.210061.00.505	FB 20: Global-Instandhaltungen Städt. Museum	421110	131.433,97
FB 65	4S.210062.00.505	FB 20: Global-Instandhaltungen Jugendzentren	421110	41.051,06
FB 65	4S.210063.00.505	FB 20: Einb. Hocheffizienzpumpen Rest	421110	29.269,20
FB 65	4S.210065.00.505	FB 20: Global-Instandhaltung Schulen	421110	464.842,82
FB 65	4S.210069.00.500.213	MP: Kitaneubauten (40 % Quote) - Bau	787110	220.868,53
FB 65	4S.210069.00.505	MP:Kitaneubau - nicht werterhöhend	511993	26,41
FB 65	4S.210069.00.511	MP:Kitaneubau - nicht werterhöhend	422900	36,19
FB 65	4S.210070.00.505	Umb.städt. Kitas für U3 (40 %)	421110	348.333,71
FB 65	4S.210071.01.505	FB 20: MP Inklusion - Aufwand	421110	859.938,34
FB 65	4S.210072.02.500.213	MP-Sporth. Maßn. Versam.VO InvestBauwerk	787110	127.673,11
FB 65	4S.210073.00.500.213	Schulkindbetreuung (60%) - Bau	787110	312.500,74
FB 65	4S.210073.00.505	Schulkindbetreuung (60%) - nicht werterhöhend	421110	18.519,91
FB 65	5E.210013.00.500.213	GS/HS Rüningen/Erneuerung - Bauwerk	787110	2.648,69
FB 65	5E.210023.00.500.213	Johannes-Selenka-Schule/Sanierung - Bau	787110	84.877,32
FB 65	5E.210027.01.500.213	Städtisches Museum/Umbau - Bauwerk	787110	156.678,07
FB 65	5E.210031.00.500.213	Betriebshof FB 67 (Stadtgrün) - Bauwerk	787110	1.000,00
FB 65	5E.210032.00.500.213	GS Broitzem/Sanierung - Bauwerk	787110	641,19
FB 65	5E.210033.00.500.213	GS Timmerlah/Sanierung - Bauwerk	787110	1.966,39
FB 65	5E.210035.00.500.213	GS Hohestieg/Sanierung - Bauwerk	787110	1.316,17
FB 65	5E.210036.00.500.213	GS Diesterwegstraße/Sanierung - Bauwerk	787110	17.201,30
FB 65	5E.210037.00.500.213	HS Rothenburg/Sanierung - Bauwerk	787110	200,00
FB 65	5E.210088.00.500.213	GS Veltenhof/Sanierung - Bauwerk	787110	2.789,91
FB 65	5E.210095.00.500.213	GS/HS Pestalozzistraße / Sanierung	787110	143.397,05
FB 65	5E.210097.00.500.215	GS Klint / Schulhofsanierung - Bau	787230	112.715,99
FB 65	5E.210098.00.500.215	GS Heinrichstr. / Schulhofsanierung-Bau	787230	173.000,00
FB 65	5E.210100.01.500.213	Feuerwehr Leiferde / Neubau - Bau	787110	221.409,46
FB 65	5E.210100.02.500.213	Feuerwehr Querum / Neubau - Bau	787110	364.106,82
FB 65	5E.210111.00.500.213	Sanierung Kinder- und JZ B 58- Bau	787110	124.098,56
FB 65	5E.210113.00.500.213	Berufsfeuerwehr / Neubauten- Bauwerk	787110	1.380.618,97
FB 65	5E.210114.00.500.215	GS Völkenrode Abt. Watenb. Schulhof- Bau	787230	30.013,74
FB 65	5E.210116.00.500.213	Rathausneubau / Sanierung, Bauwerk	787110	355.000,00
FB 65	5E.210117.00.500.213	GY HvF / Ersatz Umkleidekabinen - Bau	787110	10.882,60
FB 65	5E.210119.00.500.213	Volkskindergarten / Sanierung - Sachk.	787110	117.392,56
FB 65	5E.210121.00.500.213	Tiefgar. Magni - Sprinkleran., BgA Sachk	787110	69.034,56
FB 65	5E.210123.00.500.213	GS Rautheim / Sanierung - Bau	787110	30.242,89
FB 65	5E.210133.00.500.213	GS Watenbüttel/ Umbau Schulkindbetreuung	787110	247.700,00
FB 65	5E.210134.00.500.213	GS Wenden / Sanierung - Bau	787110	48.578,82
FB 65	5E.210135.00.500.213	Kita Hondelage / Sanierung - Bauwerk	787110	65.380,12
FB 65	5E.210137.00.500.213	Jödebrunnen / Sanierung - Bauwerk	787110	13.293,88
FB 65	5S.210004.00.500.013	Global-Baumaßnahmen 2013	787110	38.759,57
FB 65	5S.210023.00.500.213	Amok-Anlagen in Schulen / Einbau	787110	351.264,67
FB 65	5S.210024.00.500.213	Feuerwehr-Anb. Timmerl./Harxb./Stöck-Bau	787110	177.500,00
FB 65	5S.210025.02.500.213	FB 20: Container Schulkindbetr.	787110	11.350,06
FB 65	5S.210031.00.500.213	Global-Baumaßn. Kinder Jugend - Bauwerk	787110	13.500,00
Summe FB 65				**17.119.768,57**
FB 32	4S.320001.01.505	FB 32: Instandhaltungen (320-1000)	427193	1.000,00
FB 32	4S.320001.02.505	FB 32: Instandhaltungen (320-2000)	427193	4.113,46
FB 32	4S.320001.05.505	FB 32: Instandhaltungen (320-5000)	445519	1.200,00
FB 32	5S.320001.03.515	FB 32: GVG-Sammelprojekt (320-3000)	783125	2.662,04
FB 32	5S.320001.06.515	FB 32: GVG-Sammelprojekt (320-6000)	783125	1.750,00
FB 32	5S.320003.01.510	FB 32: Global-Sachanl.Ordnungsangel.	783110	10.886,54
FB 32	5S.320004.00.500.004	FB 32: Global-Baumaßn. Marktw-Bauw.	787110	24.660,69
Summe FB 32				**46.272,73**

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
FB 37	5E.370002.00.500.006	Umstellung auf Digitalfunk-Ausst.	783110	418.041,21
FB 37	5E.370006.00.510	Erwerb Hardware IRLS	783110	23.774,15
FB 37	5E.370007.00.510	Drehleiter-Ersatzbesch. Sachanlagen	783110	20.000,00
FB 37	5S.370005.00.515	FB 37: GVG-Sammelprojekt Rettungs.	783125	750,00
FB 37	5S.370006.02.511	FB 37: GVG-Besch. Dienst-u.Schuztkl. FF	422900	156.869,35
FB 37	5S.370007.00.500.006	FB 37: Beschaff. v. Spezialfahrz. BF	783110	107.456,17
FB 37	5S.370008.00.511	FB 37: Global-Festwertvermögen BF	422900	69.655,43
FB 37	5S.370009.00.510	FB 37: Global-sonst. Sachanl. BF	783110	66.280,85
FB 37	5S.370010.00.500.006	FB 37: Beschaff. v. Spezialfahrz. FF	783110	527.078,19
FB 37	5S.370012.00.510	FB 37: Global-sonst. Sachanl. FF	783110	1.450,00
FB 37	5S.370013.00.510	FB 37: Global-Sachanl. Katastroph.	783110	8.978,55
FB 37	5S.370014.00.500.006	FB 37: Global-Spezialfahrz. Rettung.	783110	312.090,47
FB 37	5S.370015.00.510	FB 37: Global-sonst.Sachanl.Rettung.	783110	3.308,50
Summe FB 37				**1.715.732,87**
FB 40	4E.400002.00.505	BBS II / Anschluss Energiesäulen	421110	148.460,30
FB 40	4S.400003.00.505	FB 40:Instandhaltungen Medienzentrum	422110	2.621,73
FB 40	4S.400004.00.505	FB 40:Instandhaltungen EDV-Systeme MEP	422110	59.085,11
FB 40	4S.400005.01.505	FB 40: Gebäude-Instandhaltungen (FB 65) GS	445519	54.554,81
FB 40	4S.400005.01.505	FB 40: Gebäude-Instandhaltungen (FB 65) GS	445519	236.311,83
FB 40	4S.400006.00.505	FB 40: Instandhaltungen MEP Schulen	421110	387.727,46
FB 40	4S.400009.01.505	FB 40: Global-Instandhaltungen GS	421110	76.766,00
FB 40	4S.400016.01.505	FB 40: Instandhaltungen Gegenstände GS	422110	4.800,00
FB 40	4S.400019.00.505	FB 40: Notebook-Klassen	421110	111.658,61
FB 40	4S.400024.01.505	FB 40: Global-Umbauten GS	421110	666.553,92
FB 40	5E.400011.00.510	BBS II - Ausstattung Werkzeugmaschinen	783110	214.325,65
FB 40	5E.400012.00.510	MP: BBS II/Lehrmittel Elektrotechnik,etc	783110	222.201,85
FB 40	5E.400012.00.511	MP: BBS II/Lehrmittel Elektrotechnik FW	422900	43.482,70
FB 40	5S.400003.00.515	FB 40: GVG-Sammelp.Medienzentrum	783125	2.330,00
FB 40	5S.400008.01.511	FB 40:GVG-FuG/Lehr Grundschulen	422900	430.657,03
FB 40	5S.400009.00.510	FB 40: Lehrmittel Schulen - nicht FW	783110	59.473,00
FB 40	5S.400011.00.510	FB 40:GegenSt MEP Schulen	783110	673.184,75
FB 40	5S.400013.01.511	FB 40: Global-EinriG Grundschulen	422900	135.297,27
FB 40	5S.400024.00.515	FB 40:GVG GegenSt MEP Schulen	783125	149.800,00
FB 40	5S.400028.01.511	FB 40-2008:GVG-Funkt/Einr/Tech GS	422900	70.130,20
FB 40	5S.400030.00.510	FB 40:Ersatz Software MEP Schulen	783110	51.100,00
FB 40	5S.400036.00.511	FB 40:Mobiliar-FW MEP Schulen	422900	60.520,22
FB 40	5S.400043.01.511	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR 112	422900	1.054,59
FB 40	5S.400043.04.511	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR 120	422900	720,99
FB 40	5S.400043.07.511	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR 211	422900	300,00
FB 40	5S.400043.08.511	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR 212	422900	240,00
FB 40	5S.400043.09.511	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR 213	422900	442,33
FB 40	5S.400043.10.511	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR 221	422900	50,39
FB 40	5S.400043.11.511	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR 222	422900	500,00
FB 40	5S.400043.12.511	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR 223	422900	300,00
FB 40	5S.400043.14.511	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR 310	422900	502,46
FB 40	5S.400043.15.511	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR 321	422900	441,55
FB 40	5S.400043.16.511	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR 322	422900	64,28
FB 40	5S.400043.18.511	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR 331	422900	1.005,77
FB 40	5S.400043.19.511	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR 332	422900	600,00
FB 40	5S.400045.00.511	5. IGS Heidberg, Mobiliar	422900	413.214,56
FB 40	5S.400047.01.511	FB 40: Global Süd Schul. Grundschulen	422900	25.571,60
FB 40	5S.400048.01.511	FB 40: GVG Nord Schulen GS	422900	28.300,12
Summe FB 40				**4.334.351,08**

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
FB 41	4E.410002.01.510	Schlossmuseum - Herri., Ausst. - werterhöhend	783110	16.963,06
FB 41	4E.410003.00.505	Gedenkst. Schillstr. Leuchtschr. Aufwand	427193	51.100,00
FB 41	4S.410001.00.505	FB 41: Instandhaltungen Kulturinstitut	421110	6.051,00
FB 41	4S.410001.07.505	FB 41:Instandhaltungen Museum	445520	3.959,44
FB 41	5E.410004.00.510	FB 41: Ansch. einer Gemäldeanlage	783110	132.400,00
FB 41	5S.410003.07.510	FB 41:Global-Sachanl. Museum	783110	10.824,06
FB 41	5S.410003.08.510	FB 41:Global-Sachanl. Archiv	783110	30.000,00
FB 41	5S.410005.00.511	FB 41: GVG- Sammelproj. Musiksch. (FW)	422900	1.184,44
FB 41	5S.410006.00.511	FB 41: Global-Einr.G Musiksch. (FW)	422900	4.355,00
FB 41	5S.410008.01.511	FB 41: Ortsbüchereien StBezR 112	422900	1.284,32
FB 41	5S.410008.02.511	FB 41: Ortsbüchereien StBezR 113	422900	82,67
FB 41	5S.410008.03.511	FB 41: Ortsbüchereien StBezR 114	422900	142,83
FB 41	5S.410008.07.511	FB 41: Ortsbüchereien StBezR 211	422900	121,87
FB 41	5S.410008.09.511	FB 41: Ortsbüchereien StBezR 213	422900	38,75
FB 41	5S.410008.12.511	FB 41: Ortsbüchereien StBezR 223	422900	100,20
FB 41	5S.410008.15.511	FB 41: Ortsbüchereien StBezR 321	422900	657,54
FB 41	5S.410008.17.511	FB 41: Ortsbüchereien StBezR 323	422900	835,45
Summe FB 41				**260.100,63**
FB 50	4S.500004.17.505	FB 50:Geb.-Instandhaltungen Naumburgstraße 25	421110	5.300,00
FB 50	4S.500008.00.505	FB 50: Instandhaltungen Seniorenbegegnungsst.	445519	2.785,64
FB 50	5S.500005.00.515	FB 50: GVG-Sammelpr. Abt. 50.1	783125	1.435,78
FB 50	5S.500007.00.515	FB 50: GVG-Seniorenbegegnungsst.	783125	9.156,94
FB 50	5S.500008.00.510	FB 50:Global-Sachanl.Seniorenbegeg.	783110	14.572,28
FB 50	5S.500019.00.515	FB 50: GVG-Sammelpr. Abt. 50.3	783125	2.541,83
FB 50	5S.500022.00.510	FB 50:Global-Sachanl. 50.4	783110	111.516,71
Summe FB 50				**147.309,18**
FB 51	4S.510001.01.505	FB 51: Instandhaltungen 51.0 (510-0110)	445520	610,00
FB 51	4S.510002.00.505	FB 51: Instandhaltungen Jugendwohnungen	421110, 427193	3.100,00
FB 51	4S.510003.00.505	FB51:Instandhaltungen Kinder-Jugendschutzhaus	421110, 445519	25.950,00
FB 51	4S.510004.00.505	FB 51: Instandhaltungen Kitas eig. Verw.	445519, 445522	73.299,96
FB 51	4S.510005.00.505	FB 51: Instandhaltung Betriebstr Kitas	445519, 445522	32.125,66
FB 51	4S.510006.00.505	FB 51: Instandhaltungen JFE	445520, 445522	13.300,00
FB 51	4S.510007.00.505	FB 51: Instandhaltungen J.Zeltger L.	421110	2.807,32
FB 51	4S.510015.00.505	FB 51:Global-Instandhaltungen Jugendzeltlager	421110	60.491,81
FB 51	4S.510017.00.505	FB 51:Aufw. Global- Invest.Zusch.fr.Träg	431813	4.600,00
FB 51	4S.510018.01.505	U3/Einr.Krippenpl. (35%) - Aufwand	431813	159.500,00
FB 51	4S.510019.02.505	FB 51:Global-Invest.-Zusch.Kita-Aufwand	431813	83.481,43
FB 51	4S.510025.00.505	FB 51: Instandhaltung SKB in Schulen	445522	150,00
FB 51	5E.510002.00.525	Jugendherberge/Neubau-Bauwerk	781810	750.000,00
FB 51	5S.510001.00.515	FB 51: GVG Sammelprojekt - Verwaltung	783125	2.670,47
FB 51	5S.510002.00.510.001	FB 51: Global-Sachanlagen KST: 510-0110	783110	39.347,12
FB 51	5S.510002.00.510.002	FB 51: Global-Sachanlagen KST: 510-0030	783110	5.270,16
FB 51	5S.510002.00.510.003	FB 51: Global-Sachanlagen KST: 510-1010	783110	35.500,00
FB 51	5S.510006.00.511	FB 51: GVG Einricht. Kita eigeneVerw. FW	422900	15.560,17
FB 51	5S.510007.00.511	FB 51: Global Sachanl. Kita eig.Verw. FW	422900	22.321,37
FB 51	5S.510008.00.511	FB 51: GVG Einricht. Betriebstr. Kita FW	422900	951,90
FB 51	5S.510010.00.511	FB 51:GVG-Jugendfreizeiteinricht.	422900	614,09
FB 51	5S.510011.00.511	FB 51:Global-Sachanl. städt. JFE	422900	3.880,00
FB 51	5S.510013.00.510	FB 51:Global-Sachanl. J.Zeltlager L.	783110	31.687,68
FB 51	5S.510015.00.511	FB 51:Global-Sachanl. KTK's	422900	9.500,00
FB 51	5S.510018.00.510	FB 51:Global-Sachanl.sonst.Jugenda.	783110	3.551,00
Summe FB 51				**1.380.270,14**
Ref. 0600	4S.000010.00.505	Ref. 0600: Instandhaltungen	445519	1.500,00
Ref. 0600	4S.000011.00.505	Ref. 0600: Instandhaltungen Brunnen/Denkmäl.	421110, 445526	73.738,59
Ref. 0600	5S.000014.00.515	Ref. 0600: GVG-Sammelprojekt	783125	1.200,00
Ref. 0600	5S.000015.00.500.003	Ref. 0600: Global-Bau. Brun./Denkm.	787110	4.805,00
Summe Ref. 0600				**81.243,59**

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
Ref. 0630	4S.000014.00.505.001	Ref. 0630: Instandhaltungen - Bauordnung	445514, 445519, 445520	4.468,75
Ref. 0630	5S.000022.00.515	Ref. 0630: GVG-Sammelproj. Bauordnung	783125	1.589,98
Summe Ref. 0630				**6.058,73**
FB 61	4E.610001.02.505	Mischproj. FB 61 -Natura 2000- Instandhaltungen	421210	41.472,72
FB 61	4E.610004.02.505	FB 61:Renatur. Schunter/Hondel.-Instandhaltungen	421210, 429113	228.563,21
FB 61	4E.610007.01.505	MP - Renaturierung der Wabe - Aufwand	421210, 421270, 427114	103.856,83
FB 61	4S.610001.00.505	FB 61:Instandhaltungen 61.0 - Verwaltung	422110, 445514, 445519	5.540,00
FB 61	4S.610004.00.505	FB 61:Instandhaltungen 61.2-Geoinfor. (ohne H.)	445520	4.945,27
FB 61	4S.610009.01.505	FB 61:Soz.Stadt-westl.Ringgeb-sonst. K.	421210, 431713	244.505,96
FB 61	4S.610009.02.500.003	FB 61Soz.Stadt-westl.Ringgeb - Bauwerk	787110	8.133,58
FB 61	4S.610011.00.505	FB 61: Instandhaltungen /Pflegemaßn. Neues Land	421210, 429113	808,94
FB 61	4S.610012.00.505	FB61:InstandhaltungenSchutzgebiete/Schutzobj.	421210	529,07
FB 61	4S.610017.02.505.613	FB 61:Ausg. UmlegungV.Völkenrode-Nord	449123	10.000,00
FB 61	4S.610017.04.505.613	FB 61:Ausg. Umlegungsverf. Waller See	449123	1.450.000,00
FB 61	4S.610017.06.505.613	FB 61:Ausg. Umlegungsverf.Arndtstraße	449123	8.900,00
FB 61	4S.610018.02.500.003	FB 61:Soziale Stadt-EFRE- Bauwerk	787230	37.899,00
FB 61	4S.610021.01.505	FB 61: Mischpr.Schunterterrassen-Aufwand	421210, 421270	392,70
FB 61	4S.610022.00.505	FB 61: Instandhaltungen Software BgA	422140	17.669,42
FB 61	4S.610023.00.505	FB 61: Instandhaltungen Software (ohne BgA)	422140	157,08
FB 61	4S.610029.00.505	FB 61:Global-Instandhaltungen Hochwasserschutz	421270	40.000,00
FB 61	4S.610030.01.505	Instandhaltung Hamsterpflege bis 2032	421210	8.110,81
FB 61	4S.610032.00.505	FB 61.Förderprogramm f.regener.Energien	431813	100.591,90
FB 61	4S.610033.01.505	KfW Förderpr. energet. Stadtsan. -Aufw.	427114	27.800,00
FB 61	4S.610035.01.505	FB 61: Instandhaltungen Abt. 61.7	421150	6.332,81
FB 61	5E.610004.00.500.613	Westpark 2.BA - Bauwerk	787230	50.181,41
FB 61	5E.610005.00.500.613	Heidberg-Park/Naherholungsb. Bauw.	787230	13.635,32
FB 61	5E.610007.00.500.613	Volkmarode/Erschließung Bauwerk	787230	187.126,59
FB 61	5E.610008.00.500.613	Lammer Busch-West -Bau	787230	257.773,48
FB 61	5E.610009.00.500.613	Möncheweg/AlteKirchstr./Erschl.Bau	787230	1.989,83
FB 61	5E.610011.00.500.613	Südl. Ringgleis/Fuß-u.Radwegeverb.	787230	57.466,07
FB 61	5E.610013.00.500.613	St. Leonhards Garten/Grün. - Bau	787230	40.958,87
FB 61	5E.610014.00.500.613	Gewerbegebiet Braunstraße-Süd-Bau.	787230	99.800,00
FB 61	5E.610015.00.500.613	Stadtteilmittelpunkte - Bauwerk	787230	3.404,47
FB 61	5E.610016.00.500.613	Roselies-Süd/Erschließung (RA 27) Bau	787230	206.214,63
FB 61	5E.610018.00.500.613	Bolzpl./Ersatz für Kälberwiese-Bau	787230	53.948,31
FB 61	5E.610019.00.500.613	Okerbrücke Uferstraße - Bau	787230	18.451,72
FB 61	5E.610020.00.500.613	FB 61: Ausgl.maßn.Flugh. - werterhöhend	787230	220.000,00
FB 61	5E.610021.00.500.613	Rautheim-Südwest/Erschließung-Bauw	787230	23.635,57
FB 61	5E.610022.00.500.613	Schunterterrassen/Erschließung - Bauwerk	787230	5.493,71
FB 61	5E.610023.00.500.613	Erfurtplatz / Umgestaltung - Bau	787230	128.575,01
FB 61	5E.610024.00.500.613	BerlinerStr.Süd/Ausgl. u. Ers.Bauw	787230	8.667,27
FB 61	5S.610003.00.515	FB 61:GVG-Sammelproj. Verw. 61.0	783125	2.913,37
FB 61	5S.610008.00.515	FB 61:GVG-Sammelproj.61.2 (ohne H.)	783125	4.342,48
FB 61	5S.610009.00.510	FB 61:Global-Sachanl.61.2	783110	41.763,64
FB 61	5S.610012.00.515	FB 61:GVG-Sammelproj. Umweltsch.	783125	1.624,07
FB 61	5S.610014.00.525	FB 61:Global-Zusch. Wohnbauförd.	781810	10.000,00
FB 61	5S.610025.00.500.613	FB 61: W.-Bracke-Gesamtschule (IGS)	787230	5.701,42
FB 61	5S.610030.00.500.613	Wanderwege / Grünzüge - Bau	787210, 787220	26.186,08
FB 61	5S.610031.00.500.613	Grüne Stadtplätze-Bauwerk	787230	49.455,85
FB 61	5S.610033.00.500.613	FB 61.7: Global GrünflächenlBauwerk	787230	272.678,84
FB 61	5S.610035.00.500.613	FB 61:Lammer Busch-Ost/Erschl. (LA32)-B	787230	99.096,47
FB 61	5S.610036.00.500.613	FB 61: Bepfl. Schlesiendamm-Bau (AM)	787230	40.750,50
Summe FB 61				**4.278.044,28**

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
FB 66	3E.660005.00.595	Verlängerung Elbestraße	427114	19.678,80
FB 66	3S.660001.00.595	Boden-u.Asphaltu.Pr8-Vorpl-Bodenunt.	429113	52.653,01
FB 66	4E.660002.00.505.663	Tiefgarage Eiermarkt/Bauwerk	421210	1.468.336,95
FB 66	4E.660009.00.505	Behelfsbrücke Berkenbuschstraße	421210	86.188,14
FB 66	4S.660002.01.505	FB 66:Instandhaltungen Hochbau Tiefgaragen	421110, 445519	36.016,44
FB 66	4S.660005.00.505	FB 66: Abwicklung von Schadensfällen	511993	1.463,56
FB 66	4S.660006.00.505	FB 66:Betr/Unterh.v.Verkehrsfl.Gem.	421210	34.222,59
FB 66	4S.660011.00.505	FB 66: Betr/Unterh.v.Ing.-Bauwerk	421210	28.968,74
FB 66	4S.660012.01.500.663	Radwege/Neubau Bau- werterhöhend	787210	302.071,43
FB 66	4S.660012.02.505.663	Radwege/Neubau Bau- nicht werterhöhend	421210	85.108,75
FB 66	4S.660015.05.505	FB 66: Instandhaltungen Stadtbezirk 120	421210	1.512,67
FB 66	4S.660015.06.505	FB 66: Instandhaltungen Stadtbezirk 131	421210	18.800,00
FB 66	4S.660015.08.505	FB 66: Instandhaltungen Stadtbezirk 211	421210	8.700,00
FB 66	4S.660015.11.505	FB 66: Instandhaltungen Stadtbezirk 221	421210	309,44
FB 66	4S.660015.13.505	FB 66: Instandhaltungen Stadtbezirk 223	421210	74,14
FB 66	4S.660015.15.505	FB 66: Instandhaltungen Stadtbezirk 310	421210	19.553,09
FB 66	4S.660015.17.505	FB 66: Instandhaltungen Stadtbezirk 322	421210	1.514,75
FB 66	4S.660015.02.505	FB 66: Instandhaltungen Stadtbezirk 112	421210	13.519,98
FB 66	4S.660015.07.505	FB 66: Instandhaltungen Stadtbezirk 132	421210	1.010,10
FB 66	4S.660015.09.505	FB 66: Instandhaltungen Stadtbezirk 212	421210	159,97
FB 66	4S.660015.10.505	FB 66: Instandhaltungen Stadtbezirk 213	421210	900,10
FB 66	4S.660015.12.505	FB 66: Instandhaltungen Stadtbezirk 222	421210	349,68
FB 66	4S.660015.18.505	FB 66: Instandhaltungen Stadtbezirk 323	421210	1.662,04
FB 66	4S.660015.19.505	FB 66: Instandhaltungen Stadtbezirk 331	421210	2.723,07
FB 66	4S.660015.20.505	FB 66: Instandhaltungen Stadtbezirk 332	421210	2.800,00
FB 66	4S.660016.00.505	Aufwandszuschüsse Verkehrs-GmbH	421210	50.000,00
FB 66	5E.660001.00.500.663	Gew-gebiet Rautheim/Nord Erschl. Bauwerk	787210	19.626,77
FB 66	5E.660002.00.500.663	Völkenrode-Nord/Erschließung - Bauwerk	787210	300.552,24
FB 66	5E.660003.00.500.663	Volkmarode_Nord/Erschließung- Bauwerk	787210	26.815,57
FB 66	5E.660005.00.500.663	Lammer Busch-West/Erschließung - Bauwerk	787210	380.558,34
FB 66	5E.660007.00.500.663	Brücke Fallersleber Tor/San. - Bauwerk	787210	251,33
FB 66	5E.660008.00.500.663	AS Rüningen-Süd u. Umgehung - Bauwerk	787210	300.000,00
FB 66	5E.660009.00.500.663	Mittelweg/Straßenern. Bauwerk	787210	146.695,43
FB 66	5E.660012.00.500.663	Möncheweg/Alte Kirchstr., Erschl. - Bauw	787210	28.863,73
FB 66	5E.660014.00.500.663	Radweg Leiferde/Neubau- Bauwerk	787210	500,00
FB 66	5E.660016.00.500.663	FB 66: St. Leonhardsgarten/ Erschließung	787210	51.174,68
FB 66	5E.660017.00.500.663	Schlesiendamm/Ausbau - Bauwerk	787210	14.660,62
FB 66	5E.660022.00.500.663	Geh- u. Radwegnetz ABD BS-Süd-W.-Bauw.	787210	212.268,44
FB 66	5E.660029.00.500.663	Hansestraße West - Bauwerk	787210	45.683,78
FB 66	5E.660035.00.500.663	Gaußbrücke/Bauwerk	787210	115.288,05
FB 66	5E.660037.00.500.663	Radweg Südstadt/Rautheim Bauwerk	787210	2.037,24
FB 66	5E.660039.00.500.663	Radweg K31 Bevenr.-Bechtsbüttel Bauwerk	787210	71.200,00
FB 66	5E.660042.00.500.663	Radweg Broitzem - Stiddien/Bauwerk	787210	32.000,00
FB 66	5E.660043.00.500.663	Radweg Watenb.-Völkenrode/Bauwerk	787210	6.200,00
FB 66	5E.660044.00.500.663	Schunterbr. Wenden/Instandhaltungen Bauwerk	787210	183.019,01
FB 66	5E.660052.00.500.663	Okerbrücke Rüninger W./Berkenb.-BW	787210	1.234.720,99
FB 66	5E.660053.00.500.663	Watenbüttel/Ortsdurchfahrt - BW	787210	5.474,00
FB 66	5E.660054.00.500.663	Radweg Rüningen/Geitelde - BW	787210	22.000,00
FB 66	5E.660055.00.500.663	Wilhelmstraße/Umgestaltung - BW	787210	20.989,86
FB 66	5E.660058.00.500.663	Umbau Knoten B1/Neudamms.u.Lückens.-Bau	787210	598.728,04
FB 66	5E.660059.00.500.663	Hermann-Blenk-Straße - Bauwerk	787210	7.747,17
FB 66	5E.660060.00.500.663	FB 66: Gewerbegebiet Braunstr. Süd - Bau	787210	121.264,39
FB 66	5E.660065.00.500.663	Salzdahlumer Str. /Grundsanierung - Bau	787210	560.282,34
FB 66	5E.660066.00.500.663	Geh/Radweg Bevenr/Sportpl.Hondel/K31-Bau	787210	70.000,00
FB 66	5E.660067.00.500.663	John-F.-Kennedy-Platz / Sanierung- Bauw	787210	406.007,44
FB 66	5E.660069.00.500.663	Radweg K80 Tiergarten-Rodedamm-Bau	787210	131.406,34
FB 66	5E.660070.00.500.663	Geh-u.Radweg Helmstedter Str./Bauwerk	787210	880.114,31
FB 66	5E.660070.00.500.664	Geh-u.Radweg Helmstedter Str.-tech.Anl.	787340	150.000,00
FB 66	5E.660074.00.500.663	Helmstedter Straße/Umgestaltun - Bauwerk	787210	800.000,00
FB 66	5E.660076.00.500.663	Radweg Mascherode/Salzdahlum-Bauwerk	787210	300.000,00
FB 66	5E.660077.00.500.663	Zwei-Richtungsradweg Wendebrück-Bauwerk	787210	19.885,69
FB 66	5E.660079.00.500.664	Umweltor.Verkehrsmanagement-techn.Anl.	787210	122.614,90
FB 66	5E.660080.00.500.663	Lammer Busch-Ost,2.BA/Erschließung - Bau	787210	1.292.037,19
FB 66	5E.660081.00.500.663	W-Bracke-Gesamtschule/Erschließung-Bau	787210	57.438,15

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
FB 66	5E.660081.00.500.664	W-Bracke-Gesamtschule/Erschl.-Techn Anl	787210	991,10
FB 66	5E.660082.00.500.663	Roselies-Süd/Erschließung-Bau	787210	110.385,89
FB 66	5E.660083.00.500.663	Leonhardstraße/Sanierung - Bau	787210	46.522,43
FB 66	5E.660084.00.500.663	Museumstraße/ Umgestaltung - Bau	787210	1.248.829,89
FB 66	5E.660086.00.500.663	Radweg Lamme/Wedtlenstedt-Bau	787210	288.000,00
FB 66	5E.660089.00.500.663	Wendehammer Fremersdorfer Str.-Bau	787210	28.122,99
FB 66	5E.660090.00.500.663	Erschließung Hansestraße / POCO	787210	227.682,86
FB 66	5E.660091.00.500.663	Am Pfarrgarten (Bevenrode)/Erschl.-Bau	787210	22.196,52
FB 66	5E.660092.00.500.663	Am Meerberg (Leiferde)/ Erschl. - Bau	787210	204.876,86
FB 66	5E.660093.00.500.663	Im Großen Raffkampe (Lamme)/Erschl.-Bau	787210	274.801,97
FB 66	5E.660095.00.500.663	Ägidienmarkt / Umbau&Umgestaltung - Bau	787210	100.000,00
FB 66	5E.660097.00.500.663	Gewerbegebiet Waller See/Erschl. - Bau	787210	995.889,60
FB 66	5E.660100.00.500.663	Okerbrücke Feuerwehrstraße Bauwerk	787210	417.812,07
FB 66	5E.660104.00.500.663	Steinriedendamm / Umbau i.Z.m. -Bauwerk	787210	499.000,00
FB 66	5S.660001.00.515	FB 66: GVG-Sammelprojekt (660-0100)	783125	3.447,06
FB 66	5S.660001.01.515	FB 66: GVG-Sammelprojekt (660-1000)	783125	519,82
FB 66	5S.660001.02.515	FB 66: GVG-Sammelprojekt (660-2000)	783125	487,90
FB 66	5S.660001.04.515	FB 66: GVG-Sammelprojekt (660-4000)	783125	668,78
FB 66	5S.660003.00.510	FB 66: Global-Sachanl. Gemeindestr.	783110	115.107,90
FB 66	5S.660013.00.500.663	Zuckerberg/Bebelhof/Straßenern. -Bauwerk	787210	12.536,43
FB 66	5S.660014.00.500.663	Lehndorf/Straßenerneuerung 2. BA.	787210	205.786,53
FB 66	5S.660015.00.500.663	Östliches Ringgebiet/Straßenern. Baumass	787210	103.309,98
FB 66	5S.660016.00.500.663	Petritor/Straßenerneuerung-Bauwerk	787210	494.774,41
FB 66	5S.660017.00.500.663	Stadtbahnbau/Folgemaßnahmen -Bauwerk	787210	90.811,99
FB 66	5S.660018.00.500.663	Nordstadt/Straßenerneuerung -Bauwerk	787210	714.275,45
FB 66	5S.660020.00.500.663	Hbf/ Mastbruch/Straßenern. Baumassn.	787210	1.000,00
FB 66	5S.660021.00.500.663	Brückenerneuerungen-Bauwerk	787210	291.200,96
FB 66	5S.660022.00.500.663	Fußgängerzonen/Umgest. 2.BA Baumass	787210	36.027,72
FB 66	5S.660024.00.500.663	Innenstadt/Straßenerneuerung Bauwerk	787210	160.637,38
FB 66	5S.660025.00.500.663	Rüningen/Straßenerneuerung Bauwerk	787210	73.483,89
FB 66	5S.660026.00.500.663	Bushaltestellen/Umgestaltung Bauwerk	787210	5.136,33
FB 66	5S.660027.00.500.663	Stöckheim/Straßenerneuerung Bauwerk	787210	12.849,95
FB 66	5S.660033.00.500.663	Bushaltestellen/Umgestaltung/Bauwerk	787210	117.519,42
FB 66	5S.660034.02.500.663	Geiershagen Erschließung Bauwerk	787210	229.980,91
FB 66	5S.660034.03.500.663	Arndtstraße Erschließung - Bauwerk	787210	373.890,86
FB 66	5S.660039.00.500.663	FB 66: Global-Baumaßnahmen	787210	40.702,24
FB 66	5S.660044.00.500.663	Innenstadtwehre / Umbau-Bau	787210	51.000,00
FB 66	5S.660047.00.500.663	FB 66: Bauwerkskosten Restausbau	787210	67.663,31
FB 66	5S.660050.00.500.663	FB 66:Global-Neue Invest.(Bellis)	787210	123.489,55
FB 66	5S.660051.00.511	FB 66:Ersatzinvest öff.Bel.Leist.entgelt	422900	200.505,62
FB 66	5S.660062.01.500.663	Straßenerneuerung Am alten Bahnhof-Bau	787210	82.235,47
FB 66	5S.660063.00.500.663	Kralenriede/Straßenerneuerung -Bauwerk	787210	1.498,05
FB 66	5S.660064.00.500.663	Wenden/Straßenerneuerung -Bauwerk	787210	2.956,66
Summe FB 66				**19.055.020,23**
FB 67	4S.670001.00.505	FB 67:Instandhaltungen FB 67 allgem. (ohne 67.3)	422110, 422130, 511993	22.080,90
FB 67	4S.670002.01.505	FB 67:Hochbau.Inst. Abt.67.3 (allgem.)	421110	789,03
FB 67	4S.670002.03.505	FB 67:BetriebsG.Inst. Abt.67.3(allgem.)	422110	3.223,15
FB 67	4S.670003.00.505	FB 67:Instandhaltungen Stadtwald/NaturschGeb Ridd	421270	715,99
FB 67	4S.670004.00.505	FB 67:Instandhaltungen Naturschutzgeb. , -parks	421270	29.564,84
FB 67	4S.670007.01.505	FB 67:Unterh. v. Grün-u. Spielanl.-allg	421270	71.278,84
FB 67	4S.670008.00.505	FB 67: Grünpflege f. städt. Gesell.-BgA	421270	79.881,66
FB 67	4S.670014.01.525	FB 67:MP-Inv.Zus.an Sportvereine- werterhöhend	781810	165.387,95
FB 67	4S.670014.02.505	FB 67:MP-Inv.Zus.an Sportvereine-Aufwand	431813	124.416,41
FB 67	4S.670015.00.505	FB 67: Global-Instandhaltungen Bestattungswesen	421210	1.493,90
FB 67	4S.670021.00.505	FB 67: Grüninstandhaltungen Kinderspielplätze	421210	5.568,16
FB 67	4S.670035.01.505	FB 67: Instandhaltungen Sportanlagen	421110, 445526	4.000,00
FB 67	4S.670035.02.505	FB 67: Instandhaltungen Sporthallen	421110, 445519, 445526	12.359,51
FB 67	4S.670035.03.505	FB 67: Instandhaltungen Schießsportanlagen	445526	1.000,00

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
FB 67	4S.670036.01.505	FB 67: Global - Instandhaltungen Sportanlagen	421110, 445526	5.929,00
FB 67	4S.670036.02.505	FB 67: Global-Instandhaltungen Sporthallen	421110, 445522, 445526	151.541,70
FB 67	4S.670036.03.505	FB 67: Global-Instandhaltungen Schießsportanl.	421110	21.904,18
FB 67	4S.670037.00.505	FB 67: Instandhaltungen sonstige Sportanlagen	421110, 445526	65.004,95
FB 67	4S.670038.00.505.673	FB 67:Global-Inst. sonst. Sportanl.. SK	421270	85.771,51
FB 67	4S.670040.00.505	FB 67:Global-Kleingartenvereine-Wegesan.	421210	34.294,39
FB 67	4S.670041.09.505	FB 67:Grüninstandhaltung Stadtbezirk 212	421270	900,00
FB 67	4S.670041.06.505	FB 67:Grüninstandhaltung Stadtbezirk 131	421270	800,00
FB 67	4S.670041.07.505	FB 67:Grüninstandhaltung Stadtbezirk 132	421270	600,00
FB 67	4S.670041.11.505	FB 67:Grüninstandhaltung Stadtbezirk 221	421270	1.200,00
FB 67	4S.670041.10.505	FB 67:Grüninstandhaltung Stadtbezirk 213	421270	400,00
FB 67	4S.670041.14.505	FB 67:Grüninstandhaltung Stadtbezirk 224	421270	11.267,58
FB 67	4S.670041.18.505	FB 67:Grüninstandhaltung Stadtbezirk 323	421270	200,00
FB 67	4S.670041.20.505	FB 67:Grüninstandhaltung Stadtbezirk 332	421270	1.000,00
FB 67	4S.670043.00.500.673	San./Erneuerung Sportanl- werterhöhend -Bau	787230	119.677,25
FB 67	4S.670044.01.505.001	Grünanlagenunterh.Friedhöfe StBezR 112	421270	1.215,11
FB 67	4S.670044.01.505.002	Grünanlagenunterh.Friedhöfe StBezR 113	421270	900,00
FB 67	4S.670044.01.505.003	Grünanlagenunterh.Friedhöfe StBezR 114	421270	100,00
FB 67	4S.670044.01.505.007	Grünanlagenunterh.Friedhöfe StBezR 211	421270	1.000,00
FB 67	4S.670044.01.505.009	Grünanlagenunterh.Friedhöfe StBezR 213	421270	600,00
FB 67	4S.670044.01.505.011	Grünanlagenunterh.Friedhöfe StBezR 222	421270	600,00
FB 67	4S.670044.01.505.012	Grünanlagenunterh.Friedhöfe StBezR 223	421270	900,00
FB 67	4S.670044.01.505.013	Grünanlagenunterh.Friedhöfe StBezR 224	421270	400,00
FB 67	4S.670044.01.505.015	Grünanlagenunterh.Friedhöfe StBezR 321	421270	200,00
FB 67	4S.670044.01.505.016	Grünanlagenunterh.Friedhöfe StBezR 322	421270	1.200,00
FB 67	4S.670044.01.505.017	Grünanlagenunterh.Friedhöfe StBezR 323	421270	1.100,00
FB 67	4S.670044.02.505.001	Hochbauunterhaltung Friedhöfe StBezR 112	421110	1.555,87
FB 67	4S.670044.02.505.002	Hochbauunterhaltung Friedhöfe StBezR 113	421110	1.524,71
FB 67	4S.670044.02.505.007	Hochbauunterhaltung Friedhöfe StBezR 211	421110	5.000,00
FB 67	4S.670044.02.505.009	Hochbauunterhaltung Friedhöfe StBezR 213	421110	1.174,46
FB 67	4S.670044.02.505.011	Hochbauunterhaltung Friedhöfe StBezR 222	421110	1.323,00
FB 67	4S.670044.02.505.012	Hochbauunterhaltung Friedhöfe StBezR 223	421110	1.795,07
FB 67	4S.670044.02.505.015	Hochbauunterhaltung Friedhöfe StBezR 321	421110	2.749,08
FB 67	4S.670044.02.505.016	Hochbauunterhaltung Friedhöfe StBezR 322	421110	2.165,00
FB 67	4S.670044.02.505.017	Hochbauunterhaltung Friedhöfe StBezR 323	421110	192,04
FB 67	4S.670045.00.505	FB 67:Inst. Außenanlagen Schulen	421270	10.928,86
FB 67	4S.670046.02.500.673	MP Standortrochade Sport- Bau - werterhöhend	787230	1.348.852,32
FB 67	4S.670047.00.505	Instandhaltung Außenanlage Jugendzentren	421270	15.042,09
FB 67	5E.670001.00.500.673	Weddeler Grabenniederung - Bauwerk	787230	3.980,87
FB 67	5E.670003.00.500.673	Wallanlagen/Sanierung - Bauwerk	787230	78.244,26
FB 67	5E.670007.00.500.673	Südsee/Wiederh.Grünanl/Infra-Bauw.	787230	2.580,76
FB 67	5E.670047.00.500.673	Sportpl.Völkenrode / Bau Kunstrasenfeld	787230	51.884,87
FB 67	5S.670007.00.500.673	FB 67: Global Stadtw./Natursch. Riddags.	787230	10.419,94
FB 67	5S.670011.00.510	FB 67: Global Erwerb von Sachanlageverm.	783110	27.119,29
FB 67	5S.670012.00.500.673	Rekonstruktion hist.Parkanlagen-Bauwerk	787230	104.212,46
FB 67	5S.670021.00.510	FB 67: Global-Sachanl.Bestattungsw.	783110	28.184,09
FB 67	5S.670027.00.515	FB 67:GVG-Bestattungsw.(ohne Krema)	783125	2.042,75
FB 67	5S.670031.00.500.673	FB 67:Global-Bau.Kitas i. e. Verw. - Bau	787230	17.107,29
FB 67	5S.670032.00.500.673	FB 67: Global-Kitas-Betriebsträger - Bau	787230	10.059,65
FB 67	5S.670033.00.500.673	Naturdenkmale/Sanierung - Bauwerk	787230	32.159,68
FB 67	5S.670036.00.511	FB 67: GVG-Ankäufe von Bäumen	422900	22.661,20
FB 67	5S.670042.02.510	Aktionspl.Luft/ Anl.Kl.4020/ND 10	783110	310.088,70
FB 67	5S.670046.00.500.673	FB 67: Global Freizeitwegenetz/Bauwerk	787210	54.563,39
FB 67	5S.670048.00.500.673	FB 67.2: Global GrünflächenlBauwerk	787230	94.669,01
FB 67	5S.670049.00.500.673	FB 67: Global Kinderspielplätze - Bauw.	787230	84.340,21
FB 67	5S.670052.02.511	FB 67: Baumaß. Riddagshausen-Festwert	422900	40.000,00
FB 67	5S.670057.01.511	FB 67: GVG-Sportanlagen	422900	2.777,58
FB 67	5S.670057.02.511	FB 67: GVG-Sporthallen	422900	1.747,00
FB 67	5S.670058.01.511	FB 67: Global-EinriG-Sportanlagen	422900	10.146,84
FB 67	5S.670058.02.511	FB 67: Global-EinriG-Sporthallen	422900	15.298,50
FB 67	5S.670059.00.500.673	Sanierung Sportstätten - Bauwerk	787230	454.539,21

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
FB 67	5S.670065.02.500.673	FB 67:Bau Spielgeräte auf Schulh.-Neubes	787230	32.608,14
FB 67	5S.670067.00.500.673	Rituelles Waschhaus/ Neubau	787110	33.522,69
Summe FB 67				**3.947.726,89**
StStelle 0800	4E.000001.01.500.003	MP-Schaufenster Elektromob-werterhöhend Bau	787110	475.000,00
StStelle 0800	4E.000001.01.510	MP-Schaufenster Elektromob-werterhöhend Erwerb	783110	40.000,00
StStelle 0800	4E.000001.02.505	MP-Schaufenster Elektromob-Aufwand	427193	126.440,39
Summe StStelle 0800				**641.440,39**
Summe Gesamt				**56.849.155,53**

davon Aufwand	19.994.666,19
davon Investition	36.854.489,34

3. Haushaltsreste aus dem Ergebnishaushalt (ohne Haushaltsreste für die Instandhaltung von Vermögensgegenständen)

Teilhaus-halt	PSP-Element oder Kostenstelle	Kostenart für Aufwand	Betrag - in Euro -	Bemerkung
Politik	1.11.1110.01	445810	19.000,00	Durch eine Altersteilzeitregelung bei einer Mitarbeiterin in einer Fraktionsgeschäftsstelle wurden Mittel in der beantragten Höhe eingespart. Diese sollen zum Ausgleich der Mehrkosten verwendet werden, die durch die Nachbesetzung der Stelle entstehen.
Politik	000-2120	431810	346,54	Nicht verausgabte Zuschussmittel des SBR 120
Politik	000-2131	431810	1.600,00	Nicht verausgabte Zuschussmittel des SBR 131
Politik	000-2211	431810	800,00	Nicht verausgabte Zuschussmittel des SBR 211
Politik	000-2212	431810	1.821,22	Nicht verausgabte Zuschussmittel des SBR 212
Politik	000-2213	431810	800,00	Nicht verausgabte Zuschussmittel des SBR 212
Politik	000-2223	431810	807,86	Nicht verausgabte Zuschussmittel des SBR 223
Politik	000-2224	431810	1.000,00	Nicht verausgabte Zuschussmittel des SBR 224
Politik	000-2310	431810	1.270,00	Nicht verausgabte Zuschussmittel des SBR 310
Politik	000-2321	431810	1.280,00	Nicht verausgabte Zuschussmittel des SBR 321
Politik	000-2322	431810	250,00	Nicht verausgabte Zuschussmittel des SBR 322
Politik	000-2331	431810	1.650,00	Nicht verausgabte Zuschussmittel des SBR 331
Politik	000-2120	427130	110,50	Nicht verausgabte Reräsentationsmittel des SBR 120
Politik	000-2131	427130	600,00	Nicht verausgabte Reräsentationsmittel des SBR 131
Politik	000-2221	427130	500,00	Nicht verausgabte Reräsentationsmittel des SBR 221
Politik	000-2310	427130	58,35	Nicht verausgabte Reräsentationsmittel des SBR 310
Politik	000-2321	427130	297,05	Nicht verausgabte Reräsentationsmittel des SBR 321
Ref. 0140	014-0000	422210	4.072,00	Der Auftrag wurde in 2014 erteilt, durch Lieferverzögerung ist die Lieferung erst Anfang Januar 2015 möglich
Ref. 0140	014-0000	426120	1.170,11	Seminare sind entfallen und sollen 2015 nachgeholt werden
Ref. 0140	014-0000	443180	1.087,00	Mit Seminaren verbundene Dienstreisen
Ref. 0140	014-0000	445521	100,00	Eine Elektroprüfung konnte im Dezember 2014 nicht durchgeführt werden und wurde auf den 6. Januar 2015 verschoben
Ref. 0140	014-0000	443150	921,00	Die Mittel werden für diverse Arbeiten im Referatsleiter-Zimmer benötigt
Ref. 0150	015-0000	426120	1.200,00	Der Betrag wird für die ursprünglich im Jahr 2014 vorgesehene Abschlussdokumentation der Gender-Fortbildung benötigt. Aus zeitlichen Gründen kann der Abschluss erst im Jahr 2015 erfolgen.
FB 10	1.11.1153.01.05	426120	69.570,00	Im Bereich der zentralen Fortbildung wurden im Jahr 2014 eine Vielzahl von Fortbildungsveranstaltungen im Ausschreibungsverfahren vergeben. Die Veranstaltungsreihen erstrecken sich terminlich zumeist bis in das Jahr 2015.
FB 10	100-4200	426120	3.510,50	Im August 2014 wurde eine Software-Inhouse-Schulung beauftragt, deren Durchführung aus Kapazitätsgründen von der beauftragten Firma in den Februar 2015 verschoben werden musste.
FB 10	100-4000	427145	19.658,21	Für den Betrag wurde eine Dienstleistung für die Fachsoftware "DirX-Identity" beauftragt. Die beauftragte Firma kann die beauftragte Leistung erst im Jahr 2015 endgültig erbringen.
FB 10	1.11.1153.01.07	443140	6.860,80	Der Betrag wird für die Organisationsuntersuchung im FB 51 (Bereiche Wirtschaftliche Erziehungshilfe und ASD) benötigt. Die Untersuchung ist noch nicht endgültig abgeschlossen.
FB 10	1.11.1155.02.05	423120	54.000,00	Die freien Reste werden zu Abrechnung der Druckkosten im Haushaltsjahr 2015 benötigt.
FB 20	1.11.1165.21.01	445710	100.000,00	Für PPP-Projekt Schulen und Kitas; Anpassung der Betriebskosten aus zusätzlichen dauerhaften Betriebsleistungen; Zahlung ab 01.01.2015 und Folgejahre (§ 58 des Projektvertrages)
FB 20	1.11.1165.21.01	443140	58.200,00	Aufträge für Energiegutachten in 2014
FB 40	400-1099	427160	27.334,87	Von den Umschülerentgelten nach § 55 III NSchG werden 50% an die Schulen ausgezahlt. Da das Land Niedersachsen die Umschülerentgelte erst gegen Jahresende 2014 an die Stadt Braunschweig ausgezahlt hat, müssen die Mittel in das Folgejahr übertragen werden.
FB 40	400-1099	427160	212.363,32	Die Haushaltsreste der Schulen im Aufwand (Schulgirokonten) sollen wie bisher übertragen und im Folgejahr ausgezahlt werden; berücksichtigt wurde vereinbarungsgemäß die 20%-Grenze sowie einzelne Sonderanträge.
FB 40	400-1099	427190	13.771,15	Es wurden mehrere Aufträge über die Beschaffung von Küchenausstattung (Besteck, Geschirr usw.) erteilt; die Lieferung und Rechnung stehen noch aus.
FB 40	400-1099	427110	17.669,20	Transporte und Entsorgungen für diverse Schulen
FB 40	400-1099	445532	22.885,54	Mehrere Aufträge für die Beschaffung von Schlüsseln und Entsorgung von Sperrmüll für diverse Schulen sind erteilt
FB 41	1.25.2514.11.01	427180	4.000,00	Die Mittel werden für die Publikation "Stadt-Schule-Kirche - Die Gründungsurkunden des Martino-Katharineums" aus Anlass des 600jährigen Bestehens des Martino-Katharineums benötigt
FB 41	410-5000	427180	8.004,80	Die Restmittel werden noch für die Realisierung der text- und bildlichen Dokumentation des Jubiläumsjahres 2013 der Städtischen Musikschule benötigt.
FB 41	410-5000	422210	107,05	Die Mittel werden für die Anschaffung von Mobiliar benötigt.
FB 41	1.25.2521.02.01	427190	29.482,37	Für die adäquate Lagerung von Objekten im Depot wurde das dafür erforderliche Archivmaterial beauftragt. Der Auftrag wurde bereits erteilt. Die vollständige Lieferung erfolgt Ende Januar 2015.
FB 41	1.25.2521.02.03	427120	1.199,00	Restaurierung von Bildnisminiaturen

Teilhaus-halt	PSP-Element oder Kostenstelle	Kostenart für Aufwand	Betrag - in Euro -	Bemerkung
FB 41	1.25.2811.04.01	427140	5.000,00	Projekt Galka Scheyer des Künstlers Gilbert Holzgang: Die Mittel werden benötigt für die letzten Recherchen nach Gemälden in den USA und England, für Reisekosten, für Aufwandsentschädigung etc.
FB 41	1.25.2811.04.01	427140	3.000,00	Entwicklung der Museumslandschaft Braunschweig: Zahlung eines Beratungshonorars für die Workshopleitung, Institut für Marketing der Technischen Universität Braunschweig
FB 41	1.25.2811.04.01	427140	9.000,00	Veranstaltungshalle/Soziokulturelles Zentrum: Die Mittel werden benötigt für die Zahlung von Aufwandsentschädigungen für Beratungsleistungen und den Abschluss eines Werkvertrages (7.000 €), sowie für Reisekosten und Spesen für Auftragnehmer (2.000 €)
FB 41	1.25.2811.04.01	427140	16.000,00	600jähriges Jubiläum Gymnasium Martino-Katharineum: Kosten für ein Ausstellungprojekt in St. Martini (10.000 €), ein Ausstellungsprojekt im Altstadtrathaus und Publikation (5.000 €), sowie die Eröffnungsveranstaltung (1.000 €)
FB 41	1.25.2811.04.01	427140	2.000,00	Etablierung eines Arbeitskreises "Freie Kulturszene", erste Netzwerktreffen
FB 41	1.25.2811.04.01	427140	5.000,00	Kosten für das Projekt "Kulturstadtplan" des Arbeitsausschusses Tourismus Braunschweig e.V., für zwei Werkverträge sowie für Beratungsleistungen für die Nominierung der freien Kulturszene in Braunschweig zur Integration in den Kulturstadtplan
FB 41	1.25.2511.04.01	427140	350,00	ausstehende Rechnung für die Gestaltung der Veranstaltungs- PPP Erinnerungskultur
FB 41	1.25.2620.04.01	427140	4.600,00	Spohr-Tagung Oktober 2014: ausstehende Rechnungen für Honorare für die Abschrift des Mitschnittes, Autoren etc.
FB 41	1.25.2521.02.01	427190	22.000,00	Umzüge im Zusammenhang mit der erforderlichen Verlagerung / Rückführung der Formsammlung und Kunstgewerbeobjekte im Rahmen der weiterführenden Dachsanierung.
FB 41	1.25.2521.02.01	427190	11.000,00	Beschaffung von Archivierungsmaterialien. Das Archivmaterial wird benötigt für die fachgerechte Umlagerung des Papier-und Grafikdepots.
FB 41	1.25.2521.02.03	427120	5.000,00	Restaurierung des Stadtmodells im Eingangsbereich des Altstadtrathauses.
FB 41	410-0100	427190	2.000,00	Seit 2013 werden in Abstimmung mit dem Ausschuss für Kultur und Wissenschaft externe Referenten zur Thematik "Kulturentwicklungsplan" eingeladen. Diese Begleitung soll auch im nächsten Jahr fortgesetzt werden.
FB 41	410-0100	427190	5.000,00	Es wurde ein Vertag über die Koordinierung der Maßnahmen zur Erweiterung der Gedenkstätte Schillstraße auf dem Gelände des BrawoParks abgeschlossen. Da die Baumaßnahme noch nicht abgeschlossen ist, ist die fachliche Begleitung auch weiterhin erforderlich.
FB 41	410-0100	427190	3.000,00	Ein Auftrag zur Gestaltung von Flächen der Gedenkstätte Schillstraße auf dem BraWo-Gelände wurde 2014 erteilt. Aufgrund des bisherigen Baufortschritts erfolgt die Umsetzung jedoch erst in 2015.
FB 41	1.25.2811.04.01	427140	25.000,00	Der Vertrag zur Entwicklung einer Multimedialen Produktion zum Thema "Zukunft der Menschheit - Wege zur Unsterblichkeit" wurde 2014 geschlossen. Im Zuge des Produktionsfortschritts konnte 2014 nur ein Teil der vorgesehenen Mittel verausgabt werden. Für zusätzliche im Zusammenhang mit der Produktion entstehende Kosten werden weitere 25.000,00 € benötigt.
Ref. 0500	1.31.3119.40.07	401910	10.000,00	Im Bereich "Spenden Kinderarmut" ist eine Spende in Höhe von 1.000.000 € eingangen. Zudem hat die Richard Borek Stiftung angeboten in einem Zeitraum von drei bis fünf Jahren für ein soziales Projekt (möglichst im Bereich Schule) jährlich 100.000 € bis 200.000 € bereitzustellen. Diese beiden zusätzlichen Aufgabenstellungen sollen vom Sachgebiet Koordination Kinderarmut bearbeitet werden. Das Sachgebiet ist mit einer TZ 30 - Stelle ausgestattet und verfügt über kein eigenes Budget. Für die Entwicklung und Realisierung der spendenfinanzierten Projekte ist externe Expertise notwendig, welche u.a. für die Durchführung von Recherchen und einer Fachtagung eingekauft werden soll. Die Finanzierung der notwendigen personellen Unterstützung und der benötigten Sachmittel darf nicht aus dem Spendenaufkommen erfolgen.
FB 50	500-0000	426120	194,00	Seminaranmeldung vom 19.11.14 beim Deutschen Verein e. V.
FB 50	500-0000	443180	146,00	Tagungsstättenanmeldung vom19.11.14 beim Deutschen Verein e. V.
FB 50	500-0000	426120	299,00	Seminaranmeldung vom 25.09.14 beim Kommunalen Bildungswerk e. V.
FB 50	500-3200	426120	1.375,00	Buchung Inhouseseminar des NSI vom 17.11.14
FB 50	500-3200	426120	1.375,00	Buchung Inhouseseminar des NSI vom 17.11-14
FB 50	500-3500	426120	270,00	Seminaranmeldung vom 04.12.14 beim Kommunalen Bildungswerk e. V.
FB 50	500-3500	426120	295,00	Seminaranmeldung vom 30.10.14 beim vhw Bundesverband f. Wohnen und Stadtentwicklung e. V.
FB 50	500-3500	426120	295,00	Seminaranmeldung vom 30.10.14 beim vhw Bundesverband f. Wohnen und Stadtenwicklung e. V.
FB 50	500-3500	426120	270,00	Seminaranmeldung vom 09.12.14 beim Kommunalen Bildungswerk e. V.
FB 50	500-3500	426120	270,00	Seminaranmeldung vom 09.12.14 beim Kommunalen Bildungswerk e. V.
FB 50	500-3500	426120	270,00	Seminaranmeldung vom 09.12.14 beim Kommunalen Bildungswerk e. V.
FB 50	500-1302	426120	94,01	Seminaranmeldung vom 04.12.14 beim Institut f. Recht und Ökonomie d. Betreuungswesens

Teilhaus-halt	PSP-Element oder Kostenstelle	Kostenart für Aufwand	Betrag - in Euro -	Bemerkung
FB 50	500-1302	426120	94,01	Seminaranmeldung vom 04.12.14 beim Institut f. Recht und Ökonmie d. Betreuungswesens
FB 50	500-3300	426120	590,00	Seminaranmeldung vom 16.12.14 beim vhw Bundesverband f. Wohnen und Stadtentwicklung e. V.
FB 50	500-3400	426120	165,00	Seminaranmeldung vom 16.12.14 beim Deutschen Verein e. V.
FB 50	500-3400	443180	284,00	Tagungsstättenanmeldung Hotel Alpenhof vom 16.12.14
FB 50	1.31.3430.10.01	422210	134,90	Ein Auftrag für einen Aktenbock wurde am 17.12.14 erteilt, Liefertermin ist erst in 2015
FB 50	500-1100	422210	129,49	Ein Auftrag für einen Schiebetürenschrank wurde am 17.12.14 erteilt, Liefertermin ist erst in 2015
FB 50	500-0031	427145	78,93	Ein Auftrag für 2 Laptoprucksäcke wurde am 17.12.14 erteilt, Liefertermin ist erst in 2015
FB 50	500-0000	443175	97,84	Ein Auftrag für einen Besprechnungstisch wurde am 17.12.14 erteilt, Liefertermin ist erst in 2015
FB 50	500-4000	443175	2.440,62	Ein Auftrag für 32 Besucherstühle wurde am 17.12.14 erteilt, Liefertermin ist erst in 2015
FB 50	500-9817	443150	147,09	Ein Auftrag von FB 10 wurde am 29.12.14 erteilt, Liefertermin ist erst in 2015
FB 50	1.31.3151.10.01	443175	7.568,40	Beschaffung von Stühlen für den Achilles Hof in Watenbüttel "Am Grasplatz" Die Beschaffungen haben sich verzögert.
FB 51	510-3100	443160	1.500,00	Praxismaterialien zur bilingualen Vorschulerziehung Hier: Polnisch im Kindergarten Die Beauftragung ist bereits in 2014 erfolgt. Liefertermin ist erst in 2015 (75 Bücher jeweils 20 €)
FB 51	1.36.3660.02.01	401910	19.000,00	Die Mittel werden für folgende Workshops benötigt: Für die Großveranstaltung "Battle of the Year" am 24.10.2015 (10.000 €); für das Seifenkistenrennen für Kinder am Nussberg am 10.5.2015 (2.000 €); für die von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zertifizierten Gesundheitspräventionsprojekte "GUT DRAUF" der Braunschweiger Jugendfreizeiteinrichtungen (7.000 €).
FB 51	1.36.3620.01.01	401910	20.000,00	Die Mittel werden zur Finanzierung der mit der Allianz für die Region GmbH/ BOBS vereinbarten Erhöhung der Anzahl der Berufsvorbereitungsseminare von 20 auf 30 benötigt.
FB 51	1.36.3630.05.01	427140	7.000,00	Die Mittel werden zur Finanzierung der jährlich stattfindenden "Schools-Out-Party" benötigt.
FB 51	1.36.3630.05.01	431810	23.500,00	Die Mittel werden für die Erhöhung des Zuschusses an das Fan-Projekt benötigt.
FB 51	1.36.3620.01.04	433150	35.000,00	Die Mittel werden zur Finanzierung der für 2015 im Jugendhilfeausschuss vorgestellten und mit den Austauschpartnern (internationaler Jugendaustausch) verbindlich abgesprochenen Maßnahmen benötigt.
FB 51	1.36.3650.03.08	431810	150.500,00	In 2015 muss die Anpassung der Arbeitgeberbelastungen der Schuki-Träger an der Sozialversicherung von zz. 24 % auf 27,325 % (der aktuelle Satz der Stadt) erfolgen.
FB 51	1.36.3620.01.06	427140	5.000,00	Die Mittel sind für die Durchführung der 3. Braunschweiger Jugendkonferenz erforderlich.
FB 51	1.36.3630.16.02	426120	36.700,00	Auftragsvergabe durch 10.04 über Fortbildungsveransaltungen zum Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung für städtische Mitarbeiter/-innen (gem. SDA II/51.01) und Träger der freien Jugendhilfe (entsprechend vertraglicher Regelungen)
FB 51	1.36.3630.16.03	443175	31.600,00	Auftragsvergabe/ Vergabeverfahren durch 10.04 über die Beschaffung des Präsents im Rahmen des Baby-Besuchsdienst/ Familienbesuche
FB 51	1.36.3660.02.01	443150	533,75	Monatsbuch für alle Jugendfreizeiteinrichtungen für die Überwachung der Kontrollen der Außenspielgeräte (vom FB 67 als Nachweis gefordert).
FB 51	1.36.3670.01.01	425110	1.800,00	Das Kinder- und Jugendschutzhaus bekommt 2015 ein Auto vom Gr. Waisenhaus. Die Mittel dienen zur Deckung der dann erforderlichen Betriebskosten.
FB 51	1.36.3670.01.01	425120	700,00	Das Kinder- und Jugendschutzhaus bekommt 2015 ein Auto vom Gr. Waisenhaus. Die Mittel dienen zur Deckung der dann erforderlichen Kosten für Versicherung und Steuer.
FB 51	510-0010	445521	2.500,00	Prüfung nicht ortsfester elektrischer Geräte in städtischen Kindertagesstätten
FB 51	510-0010	445521	2.000,00	Prüfung nicht ortsfester elektrischer Geräte im Tonstudio Löwenhertz
FB 51	510-9824	445517	5.796,75	Nebenkostenabrechnung Mietobjekt Campestraße für das Jahr 2013
Ref. 0600	060-0000	422210	2.510,00	Bestellung von 20 Besprechnungsstühlen
Ref. 0610	1.51.5118.01	427115	60.450,00	Rahmenvertrag Innenstadt mit der Borek Stiftung
Ref. 0610	1.52.5231.02	431810	3.839,05	Zuschuss zu den Energiekosten 2014 Jüdischer Friedhof (Endabrechnung 2014)
Ref. 0610	1.52.5231.02	427115	1.126,60	Planstudie Stadtmauerfund für noch vorzunehmende Abschlussarbeiten
Ref. 0610	1.52.5231.02	422210	2.179,00	Aufgrund des Wasserschadens werden diese Mittel weiterhin benötigt, da diverse Gegenstände bis 150 EUR schwer in Mitleidenschaft gezogen wurden und neu angeschafft werden müssen (insbesondere Fachbücher)
Ref. 0630	063-3000	427110	295.000,00	Mittel für die Beseitigung des Schimmelpilzbefalls von Bauakten im Referat 0630
Ref. 0630	063-3000	443140	5.000,00	Mittel für die Beratung in Zusammenhang mit der Beseitigung des Schimmelpilzbefalls von Bauakten im Referat 0630

Teilhaus-halt	PSP-Element oder Kostenstelle	Kostenart für Aufwand	Betrag - in Euro -	Bemerkung
Ref. 0630	063-0000	426120	1.602,59	Schulungsbedarf E-Bau Im Jahr 2014 ist die Erstellung von rein elektronischen Baugenehmigungsverfahren mit dem SoftwareModul E-Bau zum Einsatz kommen. Hierdurch ergab sich sich u. a. ein erhöhter Schulungsbedarf für die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter. Die Schulungen konnten noch nicht in Gänze durchgeführt werden, so dass die Mittel weiterhin benötigt werden
Ref. 0630	063-0000	426120	1.600,00	Freie Mittel, die für weiteren Schulungsbedarf benötigt werden
Ref. 0630	063-0000	422210	4.000,00	Auf Grund des Wasserschadens werden diese Mittel weiterhin benötigt, da diverse Gegenstände bis 150 EUR schwer in Mitleidenschaft gezogen wurden und neu angeschafft werden müssen
FB 61	1.56.5610.08.02	427115	7.259,60	Hochwasserschutzkonzept Die Arbeiten zum Hochwasserschutzkonzept für das Stadtgebiet Braunschweig konnten noch nicht vollständig abgeschlossen werden.
FB 61	1.51.5111.01.04	427115	20.000,00	Mittel für den Planungsauftrag Ägidienmarkt
FB 61	1.51.5111.03.02	427115	38.000,00	Kälberwiese - Auftragserteilung für das Bodengutachten wird derzeit noch beim RPA geprüft. Vergabe steht kurz bevor.
FB 61	1.51.5111.03.02	443140	1.154,30	Artenschutzuntersuchung Timmerlahstr.
FB 61	1.51.5111.03.02	443140	32.000,00	Baugrunderkundung u.a. Dibbesdorfer Str.-Süd QU 62 Unsicherheiten über Baugrund und Altlasten lässt weitere Untersuchungen wahrscheinlich werden.
FB 61	1.51.5111.03.03	427115	16.947,37	Baugebiet Dibbesdorfer Straße - Süd Das Baugebiet Dibbesdorfer Straße - Süd wird im Rahmen eines städtebaulichen Vertrages gemeinsam mit der Triacon als weitere Bauträgerin entwickelt.Die Auftragsvergabe erfolgt durch die Triacon und wurde in Teilen in 2013 ausgelöst.
FB 61	1.51.5111.03.03	443140	1.087,07	Lageplan Knoten Bienroder Weg/Campusbahn Auftrag kann erst mit Konkretisierung des B-Plans/ der Campusbahn weitergeführt werden.
FB 61	1.51.5111.03.03	443140	1.249,50	B-Plan Baumschule-Ost RI 12 Restbetrag ist für Anpassung des Gutachtens nach Fortführung der Planung erforderlich.
FB 61	1.51.5111.03.03	443140	1.034,37	juristische Begleitung Bebauungsplan "Gieselweg/ Harxbütteler Straße" TH 22 B-Plan-Verfahren konnte nicht wie beabsichtigt in 2014 beendet werden. Juristische Betreuung des Verfahrens auch in 2015 erforderlich.
FB 61	1.51.5111.03.03	443140	2.772,70	Schalltechnisches Gutachten "Feldstr. AP 23" B-Plan Gutachterliche Tätigkeiten sind in weiteres B-Plan-Verfahren zu integrieren.
FB 61	1.51.5111.03.03	443140	3.348,66	Schalltechn. Gutachten Sportpark Kennel WI 109 Gutachterliche Tätigkeiten sind in weiteres B-Plan-Verfahren zu integrieren.
FB 61	1.51.5112.01.03	427110	13.518,00	Bathymetrische Okererfassung / Airborne HydroMapp. Vertrag liegt zu Grunde - Leistung ist noch nicht erfolgt, da dies Folgearbeiten zu dem zuvor genannten Sachverhalt sind. MB 100014357
FB 61	1.51.5112.06.02	426120	2.618,00	Geodateninformation Workshop
FB 61	1.51.5112.06.02	426120	3.213,00	Geodateninformation Workshop
FB 61	1.56.5610.05	427115	14.143,85	Renaturierung Waller Weg Sandgrube Die Abstimmung über den Umfang der erforderlichen Gehölzrodungen mit den örtlich zuständigen Gremien und Verbänden konnte noch nicht abgeschlossen werden
FB 61	1.56.5610.08.03	443140	1.844,50	Oker-Sediment Leichtweiß Institut - siehe vor
FB 61	1.56.5610.08.03	427115	10.723,93	Tafelmakerweg - Renaturierung Mittelriede Die Arbeiten konnten noch nicht vollständig abgeschlossen werden, da insbesondere die Finanzierungszusage seitens der Stadtentwässerung Braunschweig GmbH erst im Dezember 2014 erfolgte.
FB 61	1.56.5610.09.02	427110	90.725,75	Mittel für diverse bereits beauftragte Altlastensanierungen
FB 61	1.56.5610.09.02	443140	8.687,00	Oker-Sediment - Die Arbeiten konnten noch nicht vollständig abgeschlossen werden.
FB 61	1.56.5610.09.03	427110	5.851,02	chem. Analytik und ergänzende Erkundung der Altablagerungen im Bereich des geplanten Tierfriedhofs am Biberweg
FB 61	1.56.5610.09.04	427110	45.950,66	Mittel für diverse beuaftragte Maßnahmen i. Z. m. Kampfmittelerkundungen
FB 61	1.56.5610.10.02	443140	10.000,00	Beauftragung eines Gutachtens mit dem Ziel einen möglichst geräuscharmen Straßenbelag zu eruieren um die Lärmbelastung an der A 391 (3. Bauabschnitt) zu erniedrigen und mehr neues Wohnbauland erschließen zu können.
FB 61	1.56.5610.10.02	427115	28.000,00	Im Rahmen des Projektes Gründachpotentiale werden vertragskonform bis zum Juli 2015 von der TU Braunschweig Daten erhoben, ausgewertet und bewertet. Die Vergütung wird sukzessive, entsprechend des nachgewiesenen Arbeitsfortschrittes fällig.
FB 61	1.51.5117.01.05	427115	20.000,00	Planungsmittel für das neue Förderprogramm "Soziale Stadt - Weststadt"
FB 61	1.51.5117.01.05	443140	4.819,50	Neuberechnung Verkehrsnachfrage Nördliches Ringgebiet
FB 61	1.51.5117.01.05	443140	20.000,00	Durchführung Runder Tisch - Politischer Auftrag
FB 61	610-0000	426120	2.700,00	Freier Rest: Refinanzierung der Deckungsmittel für den Peter-Joseph-Krahe-Preis
FB 61	1.51.5111.03	427115	7.700,00	siehe vor
FB 61		426120	2.200,00	siehe vor

Teilhaus-halt	PSP-Element oder Kostenstelle	Kostenart für Aufwand	Betrag - in Euro -	Bemerkung
FB 61	1.51.5112.01	427110	2.300,00	siehe vor
FB 61	1.56.56.10.10	427115	24.700,00	siehe vor
FB 61	1.51.5117.01	427115	4.500,00	siehe vor
FB 61	1.51.5119.01	427115	900,00	siehe vor
FB 66	1.51.5115.01	427115	212.331,14	Das Verkehrsgutachten zur Begleitung der Stadtbahnausbauplanung sowie das Verkehrsmodell der Stadt Braunschweig laufen jahresübergreifend. Es werden unregelmäßig Teilrechnungen für erbrachte Leistungen gestellt. Die Reste werden für die Auszahlung der nächsten Teilrechnungen benötigt, für die der Ansatz 2015 nicht ausreichen würde.
FB 66	1.54.5460.01	427115	45.655,84	Das Parkraummanagementkonzept Östliches Ringgebiet läuft jahresübergreifend. Es werden unregelmäßig Teilrechnungen für erbrachte Leistungen gestellt. Die Reste werden für die Auszahlung der nächsten Teilrechnungen benötigt, für die der Ansatz 2015 nicht ausreichen würde.
FB 67	670-2000	423210	6.870,31	Leasing Pkw (48 Mon.), Auftrag läuft bis 2018
FB 67	1.55.5510.16.01	424130	7.140,00	Alarmierung städt. Fachbereiche Wintersaison 2014/15 Rahmenvertrag Winterdienst ALBA und Stadt BS zur Realisierung des Winterdienstes (Alamierung der Mitarbeiter); Abrechnung nach Ende der Winterdienstsasion.
FB 67	670-2000	424190	6.042,10	Gestellung u. Transport Los 1 Absetzbehälter Ausschreibung und Auftrag laufen noch bis zum Feb. 2015
FB 67	1.55.5510.06.01	424190	285,92	Schließdienst Martinifriedhof, Goslarsche Str. Ausschreibung-/ Beauftragungsende ist Januar 2015
FB 67	1.55.5510.06.01	424190	1.540,57	Schließdienst 01.06. 2014-31.05.2015 HSG Ausschreibung-/ Beauftragungsende ist Mai 2015
FB 67	1.55.5510.01.01	424190	2.970,20	Auftragsverl.Schließdienst Bolzkäfig Autorstr Ausschreibung-/ Beauftragungsende ist Juli 2015
FB 67	1.55.5510.06.01	424190	820,42	Öffnungs- Schließdienst Ulricifriedhof 9/14-8/15 Ausschreibung-/ Beauftragungsende ist August 2015
FB 67	670-2220	426110	166,00	Reparatur Stihl-Schnittschutzhosen,-Jacken Übertragung notwendig: Repartur von Schnittschutzhosen über den Jahresweschsel vereinbart
FB 67	670-2270	426110	5.379,39	Lieferung Arbeitsschutzkleidung
FB 67	670-2010	426120	1.178,10	Schulung Software MapSolution konnte nicht mehr in 2014 erfolgen
FB 67	670-2140	426120	1.634,00	Führerscheinausbildung Ein ehemaliger Heizer im Krematorium konnte erst Ende 2014 mit der Führerscheinausbildung beginnen. Die ersten Rechnungen werden vorraussichtlich im ersten Quartal 2015 fällig.
FB 67	1.55.5510.06.01	427110	759,70	Lieferung von Saatgut Das Saatgut wird in den afrikanischen Produktionsländern erst Anfang 2015 geerntet.
FB 67	1.55.5530.08.12	427110	1.035,95	Kleinteile, diverse Baumaterialien + Zubehör Auftrag wird regelmäßig benötigt; Material zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes
FB 67	670-3188	427110	150,89	Langzeitmiete Einzelflaschen städt. FH Auftrag wird regelmäßig benötigt; Material zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes
FB 67	1.42.4241.01.01	427115	33.810,00	Erstellung Konzeptstudie Sportanlage Bienrode/Bevenrode/Waggum
FB 67	670-4106	427160	2.467,15	Erwerb von Sportgeräten Durch die in diesem Jahr spät erfolgende Hallenrevision der zuständigen Firma konnte erst im November 2014 eine Reaktion auf die festgestellten Ergebnisse erfolgen. Durch die notwendigen Vorarbeiten vor Auftragserteilung (Angebotseinholung usw.) konnte die Beauftragung erst im Dezember erfolgen. Eine Lieferung ist noch nicht erfolgt
FB 67	670-4302	427160	3.642,16	Erwerb 44 Bürostühle, die Lieferung ist noch nicht erfolgt.
FB 67	670-2270	427190	664,10	Anschaffung diverses Material Bez. I-IV Beschaffung von benötigtem Material für den Winterdiensteinsatz 2014 / 2015
FB 67	1.42.4210.01.01	431810	300,00	MTV, Teilnahme an DM Fechten Es besteht gemäß Ziffer 3.4 der Sportförderrichtlinien ein prinzipieller Anspruch. Der abschließende Verwendungsnachweis liegt jedoch noch nicht vor, so dass der Zuschussvorgang bisher nicht abschließend bearbeitet werden konnte.
FB 67	1.42.4210.01.03	431810	416,50	SCE Gliesmarode, Reparatur Grundwasserleitung Gemäß Zuwendungsbescheid muss die Maßnahme bis zum 31. Dezember 2014 abgeschlossen werden. Der erforderliche Verwendungsnachweis, nach dessen Prüfung die endgültige insgesamt auszuzahlende Zuschusshöhe erst ermittelt werden kann, muss in Anwendung von Ziffer 5.1 der allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projekförderung bis zum 30. Juni 2015 eingehen.
FB 67	1.42.4210.01.03	431810	425,00	Polizeisportverein, bauliche Erweiterung Bogenanlage Es fehlen noch Unterlagen für eine abschließende Bescheiderteilung. Die Maßnahme erfüllt jedoch die prinzipiellen Voraussetzungen einer Förderung im Rahmen des besonderen Erhaltungsaufwandes gemäß Ziffer 3.2 der Sportförderrichtlinien der Stadt Braunschweig.

Teilhaus-halt	PSP-Element oder Kostenstelle	Kostenart für Aufwand	Betrag - in Euro -	Bemerkung
FB 67	1.42.4210.01.01	431810	500,00	SG Braunschweig, Jugendfahrt Wien 2014 Es besteht gemäß Ziffer 3.4 der Sportförderrichtlinien ein prinzipieller Anspruch. Der abschließende Verwendungsnachweis liegt jedoch noch nicht vor, so dass der Zuschussvorgang bisher nicht abschließend bearbeitet werden konnte.
FB 67	1.42.4210.01.01	431810	500,00	Schützenverein Querum, Teilnahme an DM Bogen Es besteht gemäß Ziffer 3.4 der Sportförderrichtlinien ein prinzipieller Anspruch. Der abschließende Verwendungsnachweis liegt jedoch noch nicht vor, so dass der Zuschussvorgang bisher nicht abschließend bearbeitet werden konnte.
FB 67	1.42.4210.01.01	431810	500,00	Schützenverein Querum, Teilnahme an Deutscher Meisterschaft Vorderlader Es besteht gemäß Ziffer 3.4 der Sportförderrichtlinien ein prinzipieller Anspruch. Der abschließende Verwendungsnachweis liegt jedoch noch nicht vor, so dass der Zuschussvorgang bisher nicht abschließend bearbeitet werden konnte.
FB 67	1.42.4210.01.03	431810	590,00	Zuschuss Reparatur Zaun u. Zauntür TV Eintracht Veltenhof Gemäß Zuwendungsbescheid muss die Maßnahme bis zum 31. Dezember 2014 abgeschlossen werden. Der erforderliche Verwendungsnachweis, nach dessen Prüfung die endgültige insgesamt auszuzahlende Zuschusshöhe erst ermittelt werden kann, muss in Anwendung von Ziffer 5.1 der allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projekförderung bis zum 30. Juni 2015 eingehen. Ein Eingang ist bisher noch nicht zu verzeichnen.
FB 67	1.42.4210.01.01	431810	1.000,00	Gehörlosen SV, Ausrichtung Deutsche Gehörlosen-Meisterschaften Tischtennis Es besteht gemäß Ziffer 3.4 der Sportförderrichtlinien ein prinzipieller Anspruch. Der abschließende Verwendungsnachweis liegt jedoch noch nicht vor, so dass der Zuschussvorgang bisher nicht abschließend bearbeitet werden konnte.
FB 67	1.42.4210.01.01	431810	2.000,00	Braunschweiger MTV, Teilnahme an Deutscher Meisterschaft in Rhythmischer Sportgymnastik Es besteht gemäß Ziffer 3.4 der Sportförderrichtlinien ein prinzipieller Anspruch. Der abschließende Verwendungsnachweis liegt jedoch noch nicht vor, so dass der Zuschussvorgang bisher nicht abschließend bearbeitet werden konnte.
FB 67	1.42.4210.01.03	431810	3.834,00	BTHC, Erneuerung Fläche vor Ballwand Gemäß Zuwendungsbescheid muss die Maßnahme bis zum 31. Mai 2015 abgeschlossen werden. Der erforderliche Verwendungsnachweis, nach dessen Prüfung die endgültige insgesamt auszuzahlende Zuschusshöhe erst ermittelt werden kann, muss in Anwendung von Ziffer 5.1 der allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projekförderung bis zum 30. November 2015 eingehen. Ein Eingang ist bisher noch nicht zu verzeichnen.
FB 67	1.42.4210.01.01	431810	4.000,00	Gehörlosen SV, Teilnahme Deutsche Gehörlosen-Meisterschaften (diverse) Es besteht gemäß Ziffer 3.4 der Sportförderrichtlinien ein prinzipieller Anspruch. Der abschließende Verwendungsnachweis liegt jedoch noch nicht vor, so dass der Zuschussvorgang bisher nicht abschließend bearbeitet werden konnte.
FB 67	1.42.4210.01.06	431810	11.098,00	Vereinsgründung Erstausstattung JFV Rautheim Gemäß Zuwendungsbescheid muss die Maßnahme bis zum 31. Dezember 2014 abgeschlossen werden. Der erforderliche Verwendungsnachweis, nach dessen Prüfung die endgültige insgesamt auszuzahlende Zuschusshöhe erst ermittelt werden kann, muss in Anwendung von Ziffer 5.1 der allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projekförderung bis zum 30. Juni 2015 eingehen. Ein Eingang ist bisher noch nicht zu verzeichnen.
FB 67	1.42.4210.01.02	431810	11.396,50	Unterhaltung 2014, BTSV Eintracht Der Sportausschuss der Stadt Braunschweig hat in seiner Sitzung vom 19. Dezember 2014 die Gewährung dieses Zuschusses beschlossen. Der Beschluss erfolgte unter dem Vorbehalt der positiven Prüfung der eingereichten Unterlagen. Diese konnte noch nicht erfolgen.
FB 67	1.42.4210.01.06	431810	15.000,00	Projekt BINAS, Umsetzung Teilaufgaben Stadtsportbund Gemäß Zuwendungsbescheid muss die Maßnahme bis zum 31. Oktober 2015 abgeschlossen werden. Der erforderliche Verwendungsnachweis, nach dessen Prüfung die endgültige insgesamt auszuzahlende Zuschusshöhe erst ermittelt werden kann, muss bis zum 31. Oktober 2016 eingehen.
FB 67	1.42.4210.01.03	431810	31.500,00	Sanierung WC-Anlage im Claubhaus BTHC Der Sportausschuss der Stadt Braunschweig hat in seiner Sitzung vom 15. Mai 2014 die Gewährung dieses Zuschusses beschlossen. Der Beschluss erfolgte unter dem Vorbehalt der positiven Prüfung durch die zuständige Fachabteilung (hier FB 65). Diese Prüfung ist aufgrund einiger Anmerkungen und den daraus resultierenden Nachbesserungen seitens des Vereins noch nicht abgeschlossen.

Teilhaus-halt	PSP-Element oder Kostenstelle	Kostenart für Aufwand	Betrag - in Euro -	Bemerkung
FB 67	1.42.4210.01.03	431810	37.356,44	Erneuerung Heizung/Duschanlage FC Wenden Gemäß Zuwendungsbescheid muss die Maßnahme bis zum 31. August 2015 abgeschlossen werden. Der erforderliche Verwendungsnachweis, nach dessen Prüfung die endgültige insgesamt auszuzahlende Zuschusshöhe erst ermittelt werden kann, muss in Anwendung von Ziffer 5.1 der allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projekförderung bis zum 29. Februar 2016 eingehen. Ein Eingang ist bisher noch nicht zu verzeichnen.
FB 67	1.42.4210.01.06	431810	41.666,65	VfB Rot-Weiß, Projekt "Lebenschancen" Gemäß Zuwendungsbescheid muss die Maßnahme bis zum 31. Dezember 2015 abgeschlossen werden. Der erforderliche Verwendungsnachweis, nach dessen Prüfung die endgültige insgesamt auszuzahlende Zuschusshöhe erst ermittelt werden kann, muss in Anwendung von Ziffer 5.1 der allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projekförderung bis zum 30. Juni 2016 eingehen. Ein Eingang ist bisher noch nicht zu verzeichnen.
FB 67	1.42.4210.01.06	431810	350.000,00	Boulder e.V. Vereinsgründung Die Gewährung der städtischen Zuwendung wurde vom Sportausschuss der Stadt Braunschweig in seiner Sitzung vom 20. Oktober 2014 beschlossen. Da die im Beschluss stehenden Bedingungen für eine Bescheiderteilung noch nicht vollständig erfüllt wurden, konnte der Zuwendungsbescheid noch nicht erlassen werden.
FB 67	1.55.5510.04.01	443140	36.217,65	Gutachtertätigkeit Baumkontrollen Stadt BS; Aufgrund seitens der Auftragnehmerin nicht zu beeinflussender Ereignisse (technische Probleme bei der Stadt Braunschweig mit der Baumkataster-Software pit-Kommunal aufgrund eines fehlgeschlagenen Updates durch die Software-Herstellerin IP Syscon im Zeitraum August bis September 2014, hierdurch bedingt wurde die Kontrolldatenerfassung von Tablet-PCs auf die zeitaufwändigere Erfassung mit Handhelds umgestellt) konnte die Durchführung der in Braunschweig durchzuführenden Regelkontrollen von Bäumen nicht wie beabsichtigt zum 14.11.2014 abgeschlossen werden. Da die Durchführung der Regelkontrollen verkehrssicherheitsrelevant ist, kommt der Übertragung der Haushaltsmittel hohe Bedeutung zu.
FB 67	1.42.4241.01.01	443140	735,00	Analyse Sportförderung-Sportentwicklungsplanung; s. Erl. zu Analyse Sportförderung-Sportentwicklungsplanung des Grundauftrages „Sportentwicklungsplanung“ an das Institut für kooperative Planung und Sportentwicklung GbR (ikps) und der inzwischen laufenden kooperativen Planungsphase schließt sich als dritter großer zwingender Projektblock die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen und Umsetzungsvorschlägen an. Für die Fortführung dieses dritten Projektschritts ist eine Mittelübertragung notwendig bzw. unverzichtbar.
FB 67	1.42.4241.01.01	443140	2.499,00	Sportentwicklung+Stadtentwicklungskonzept, s. Erl. zu Analyse Sportförderung-Sportentwicklungsplanung
FB 67	1.42.4241.01.01	443140	3.927,00	KGST-Vergleichsring Sportstätten s. Erl. zu Analyse Sportförderung-Sportentwicklungsplanung
FB 67	1.42.4241.01.01	443140	7.497,00	Planungsleistungen Sportentwicklung für 2 Sportveranstaltungen s. Erl. zu Analyse Sportförderung-Sportentwicklungsplanung
FB 67	1.42.4241.01.01	443140	9.496,20	Sportentwicklungsplanung Planungsphase; s. Erl. zu Analyse Sportförderung-Sportentwicklungsplanung
FB 67	1.42.4241.01.01	443140	11.245,50	Planungsleistungen Sportentwicklung Schulsport Außenanlagen s. Erl. zu Analyse Sportförderung-Sportentwicklungsplanung
FB 67	1.42.4241.01.01	443140	13.994,40	Planungsleistungen Sportentwicklung Stadtsportbünde; s. Erl. zu Analyse Sportförderung-Sportentwicklungsplanung
FB 67	1.42.4241.01.01	443140	32.487,00	Planungsleistungen Sportentwicklung für 2 Stadtteile s. Erl. zu Analyse Sportförderung-Sportentwicklungsplanung
FB 67	1.42.4241.01.01	443140	38.734,50	Sportentwicklungsplanung Braunschweig Planungsleistungen s. Erl. zu Analyse Sportförderung-Sportentwicklungsplanung
FB 67	670-2270	443175	437,98	Beschaffung Akkus, Batterien,Ladegeräte u.a.; Beschaffung von benötigtem Material für den Winterdiensteinsatz 2014 / 2015
FB 67	1.42.4210.01.06	431810	105.190,05	Laufende Zuschussvorgänge, die noch nicht entscheidungsreif sind, endgültige Prüfung erfolgt in 2015; freie Mittel bitte übertragen
FB 67	1.42.4241.03.01	445531	30.000,00	Für Reinigung/Hausdienste wurden 2014 Sonderreinigungen zur Haftmittelentfernung von Sportflächen, Sonderreinigungen innerhalb von Ferienzeiten und für die neue städtische Sportanlage Biberweg ab November 2014 eine Unterhaltungs-Sonderreinigung gegenüber FB 65 beauftragt. Die Sportanlage Biberweg wird im Verlauf des Jahres 2015 im Rahmen neuer Ausschreibungen in den regulären Unterhaltungsreinigungszyklus städtischer Liegenschaften aufgenommen. Der Zeit- und Kostenaufwand der Sonderreinigungen wurde durch FB 65 bisher nicht abschließend in Rechnung gestellt. Es wird ein Finanzbedarf von rund 30.000 € erwartet.
FB 67	670-2000	445713	9.856,75	Annahme und Verwertung von Grünabfällen; Auschreibung und Vergabe bis Feb. 2015
Stst. 0800	1.57.5711.01.01	431810	50.000,00	Die Mittel werden gem. DezKo-Beschluss vom 11.12.2014 für die KMU-Förderung für das Ausbildungsstrukurprogramm "Zukunft Beruf-Perspektive trotz Studienabbruch" verwendet.

Teilhaus-halt	PSP-Element oder Kostenstelle	Kostenart für Aufwand	Betrag - in Euro -	Bemerkung
Stst. 0800	1.57.5711.01.01	431810	140.000,00	Deckung für Elektromobilität aus KMU-Förderung
Stst. 0800	1.57.5711.01.01	431710	14.627,31	Deckung für Elektromobilität aus Existenzgründerfonds
Stst. 0800	1.57.5711.01.01	431810	14.860,00	Deckung für Elektromobilität aus Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft
			3.373.010,62	

Jahresabschluss

Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

Feststellung des Jahresabschlusses der Sonderrechnung
Hochbau und Gebäudemanagement
der Stadt Braunschweig für das Haushaltsjahr 2014 gem. § 129 NKomVG

Die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2014
der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement der Stadt Braunschweig
wird gem. § 129 NKomVG festgestellt.

Braunschweig, den 10. November 2015

Leuer
Stadtbaurat

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

I. Bilanz

Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

1. Komprimierte Darstellung Bilanz

2. Bilanz

3. Vermerke unter der Bilanz

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

1. Kompimierte Darstellung Bilanz

Bilanz zum 31. Dezember 2014

Aktiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -
1. Immaterielles Vermögen	35.771,28	28.365,03	1. Nettoposition		
			1.1 Basis-Reinvermögen	0,00	0,00
2. Sachvermögen	2.103.723,91	1.770.407,37	1.2 Rücklagen	995.133,80	1.292.848,82
			1.3 Jahresergebnis mit Angabe des Betrages der Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen *)	297.715,02	175.074,02
3. Finanzvermögen	9.965.018,26	12.668.494,97	1.4 Sonderposten	0,00	0,00
				1.292.848,82	1.467.922,84
4. Liquide Mittel	200,00	200,00			
			2. Schulden		
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	76.870,60	75.700,49	2.1 Geldschulden		
			davon		
			2.1.1 Liquiditätskredite	0,00	0,00
			2.1.2 Geldschulden (ohne Liquiditätskredite)	0,00	0,00
				0,00	0,00
			2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00
			2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	785.247,81	1.147.702,69
			2.4 Transferverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.5 Sonstige Verbindlichkeiten	104.312,16	92.084,07
				889.559,97	1.239.786,76
			3. Rückstellungen	9.999.175,26	11.835.458,26
			4. Passive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00
Bilanzsumme	**12.181.584,05**	**14.543.167,86**	**Bilanzsumme**	**12.181.584,05**	**14.543.167,86**

*) davon aus Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen 2012 = 0,00 €; 2013 = 0,00 €

Braunschweig, 10. November 2015

Springhorn (Fachbereichsleiterin Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement)

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

2. Bilanz

Bilanz zum 31. Dezember 2014

Aktiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -
1 Immaterielles Vermögen		
1.1 Konzessionen	0,00	0,00
1.2 Lizenzen	35.771,26	28.365,03
1.3 Ähnliche Rechte	0,00	0,00
1.4 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	0,00	0,00
1.5 Aktivierter Umstellungsaufwand	0,00	0,00
1.6 Sonstiges immaterielles Vermögen	0,00	0,00
	35.771,26	28.365,03
2 Sachvermögen		
2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	0,00	0,00
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	0,00	0,00
2.3 Infrastrukturvermögen	0,00	0,00
2.4 Bauten auf fremden Grundstücken	0,00	0,00
2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	0,00	0,00
2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	97.141,75	133.822,58
2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere	65.628,84	73.503,21
2.8 Vorräte	1.940.953,32	1.563.081,58
2.9 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	0,00	0,00
	2.103.723,91	1.770.407,37
3 Finanzvermögen		
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
3.2 Beteiligungen	0,00	0,00
3.3 Sondervermögen mit Sonderrechnung	0,00	0,00
3.4 Ausleihungen	0,00	0,00
3.5 Wertpapiere	0,00	0,00
3.6 Öffentlich-rechtliche Forderungen	0,00	0,00
3.7 Forderungen aus Transferleistungen	0,00	0,00
3.8 Sonstige privatrechtliche Forderungen	9.956.142,06	12.659.298,50
3.9 Sonstige Vermögensgegenstände	8.876,20	9.196,47
	9.965.018,26	12.668.494,97

Passiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -
1 Nettoposition		
1.1 Basis-Reinvermögen		
1.1.1 Reinvermögen	0,00	0,00
1.1.2 Sollfehlbetrag aus kameralem Abschluss (Minusbetrag)	0,00	0,00
	0,00	0,00
1.2 Rücklagen		
1.2.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	993.334,02	27.414,93
1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	1.799,78	1.265.433,89
1.2.3 (nicht besetzt) *)	0,00	0,00
1.2.4 Zweckgebundene Rücklagen	0,00	0,00
1.2.5 Sonstige Rücklagen	0,00	0,00
	995.133,80	1.292.848,82
1.3 Jahresergebnis		
1.3.1 Fehlbeträge aus Vorjahren	0,00	0,00
1.3.2 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag mit Angabe des Betrages der Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen**)	297.715,02	175.074,02
	297.715,02	175.074,02
1.4 Sonderposten		
1.4.1 Investitionszuweisungen und -zuschüsse	0,00	0,00
1.4.2 Beiträge und ähnliche Entgelte	0,00	0,00
1.4.3 Gebührenausgleich	0,00	0,00
1.4.4 Bewertungsausgleich	0,00	0,00
1.4.5 Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	0,00	0,00
1.4.6 Sonstige Sonderposten	0,00	0,00
	0,00	0,00
	1.292.848,82	1.467.922,84

*) Da eine Vermögenstrennung nicht vorgenommen wird, bleibt die Position 1.2.3 gem. § 54 Abs. 4 S. 2 GemHKVO frei.

Bilanz zum 31. Dezember 2014

Aktiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -
4 Liquide Mittel	200,00	200,00	2 Schulden		
			2.1 Geldschulden		
5 Aktive Rechnungsabgrenzung	76.870,60	75.700,49	2.1.1 Anleihen	0,00	0,00
			2.1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	0,00	0,00
			2.1.3 Liquiditätskredite	0,00	0,00
			2.1.4 Sonstige Geldschulden	0,00	0,00
				0,00	0,00
			2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00
			2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	785.247,81	1.147.702,69
			2.4 Transferverbindlichkeiten		
			2.4.1 Finanzausgleichverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.4.2 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen	0,00	0,00
			für laufende Zwecke	0,00	0,00
			2.4.3 Verbindlichkeiten aus Schuldendiensthilfen	0,00	0,00
			2.4.4 Soziale Leistungsverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.4.5 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen/Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00
			2.4.6 Steuerverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.4.7 Andere Transferverbindlichkeiten	0,00	0,00
				0,00	0,00
			2.5 Sonstige Verbindlichkeiten		
			2.5.1 Durchlaufende Posten		
			2.5.1.1 Verrechnete Mehrwertsteuer	0,00	0,00
			2.5.1.2 Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer	95.358,90	87.196,17
			2.5.1.3 Sonstige durchlaufende Posten	0,00	4.190,50
				95.358,90	91.386,67
			2.5.2 Abzuführende Gewerbesteuer	0,00	0,00
			2.5.3 Empfangene Anzahlungen	0,00	0,00
			2.5.4 Andere sonstige Verbindlichkeiten	8.953,26	697,40
				8.953,26	697,40
				889.559,97	1.239.786,76

Bilanz zum 31. Dezember 2014

Aktiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -
			3. Rückstellungen		
			3.1 Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	0,00	0,00
			3.2 Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen	0,00	0,00
			3.3 Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	3.534.350,67	2.303.900,66
			3.4 Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge	0,00	0,00
			geschlossener Abfalldeponien	0,00	0,00
			3.5 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	0,00	0,00
			3.6 Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und	0,00	0,00
			von Steuerschuldverhältnissen	0,00	0,00
			3.7 Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaf-	0,00	0,00
			ten, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	0,00	0,00
			3.8 Andere Rückstellungen	6.464.824,59	9.531.557,60
				9.999.175,26	11.835.458,26
			4. Passive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00
Bilanzsumme	**12.181.584,05**	**14.543.167,86**	**Bilanzsumme**	**12.181.584,05**	**14.543.167,86**

*) Da eine Vermögenstrennung nicht vorgenommen wird, bleibt die Position 1.2.3. gem § 54 Abs. 4 S.2 GemHKVO frei.
**) davon aus Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen 2012 = 0,00 €; 2013 = 0,00 €

Braunschweig, 10. November 2015

Springhorn (Fachbereichsleiterin Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement)

3. Vermerke unter der Bilanz

Vermerke unterhalb der Bilanz

Gem. § 54 Abs. 5 GemHKVO sind unter der Bilanz die Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre zu vermerken, sofern sie nicht auf der Passivseite auszuweisen sind. Bei der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement bestehen keine Vorbelastungen.

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

II. Gesamt-Ergebnisrechnung

Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Gesamt - Ergebnisrechung Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansatz 2014	mehr (+) weniger (-)	Aus Spalte 5 bisher nicht bewilligte über-/ außerplan- mäßige Aufwendugen
	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-
1	2	3	4	5	6
1. Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Auflösungserträge und Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4. sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5. öffentlich-rechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6. privatrechtliche Entgelte	31.654.867,04	32.091.101,89	31.761.400,00	329.701,89	0,00
7. Kostenerstattungen und Umlagen	36.958.785,46	39.148.909,21	36.364.300,00	2.784.609,21	0,00
8. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9. aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10. Bestandsveränderungen	1.889.800,00	-374.770,39	0,00	-374.770,39	0,00
11. sonstige ordentliche Erträge	24.362,39	12.005,88	356.000,00	-343.994,12	0,00
12. = Summe ordentliche Erträge	**70.527.814,89**	**70.877.246,59**	**68.481.700,00**	**2.395.546,59**	**0,00**
ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	12.395.165,28	12.577.196,72	13.042.900,00	-465.703,28	0,00
14. Aufwendungen für die Versorgung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistung	57.807.154,84	57.876.033,46	54.184.300,00	3.691.733,46	0,00
16. Abschreibungen	112.720,09	93.369,48	77.000,00	16.369,48	0,00
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18. Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	1.178.693,77	1.254.135,23	1.166.900,00	87.235,23	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	**71.493.733,98**	**71.800.734,89**	**68.471.100,00**	**3.329.634,89**	**0,00**
21. ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen) **Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)**	**-965.919,09**	**-923.488,30**	**10.600,00**	**-934.088,30**	**0,00**
22. außerordentliche Erträge	1.291.216,66	1.099.742,32	0,00	1.099.742,32	0,00
23. außerordentliche Aufwendungen	27.582,55	1.180,00	10.000,00	-8.820,00	0,00
24. außerordentliches Ergebnis (außerordenliche Erträge abzüglich außerordentliche Aufwendungen)	**1.263.634,11**	**1.098.562,32**	**-10.000,00**	**1.108.562,32**	**0,00**
Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis) **Überschuss (+) Fehlbetrag (-)**	**297.715,02**	**175.074,02**	**600,00**	**174.474,02**	**0,00**

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

III. Gesamt-Finanzrechnung

Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Gesamt - Finanzrechung Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2013 -Euro-	Ergebnis 2014 -Euro-	Ansätze 2014 -Euro-	mehr(+) weniger (-) -Euro-	aus Spalte 5 bisher nicht bewilligte über-/außer-planmäßige Auszahlungen[4] -Euro-
1	2	3	4	5	6
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
1. Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen[1]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4. öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5. privatrechtliche Entgelte [3]	31.485.031,35	31.483.067,00	31.761.400,00	-278.333,00	0,00
6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen[3]	36.567.819,55	37.619.557,36	36.219.300,00	1.400.257,36	0,00
7. Zinsen und ähnliche Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8. Einzahlungen aus der Veräußerung geringwertiger Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9. sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	142.805,06	159.372,81	501.000,00	-341.627,19	0,00
10. = Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	68.195.655,96	69.261.997,17	68.481.700,00	780.297,17	0,00
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
11. Auszahlungen für aktives Personal	12.013.653,89	12.268.786,84	12.997.900,00	-729.113,16	0,00
12. Auszahlungen für Versorgung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für geringwertige Vermögensgegenstände	56.191.813,62	57.247.655,43	55.366.200,00	1.881.455,43	0,00
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15. Transferauszahlungen[3]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	88.229,50	0,00	0,00	0,00	0,00
17. = Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	68.293.697,01	69.516.442,27	68.364.100,00	1.152.342,27	0,00
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeile 10 abzüglich Zeile 17)	-98.041,05	-254.445,10	117.600,00	-372.045,10	0,00
Einzahlungen für Investitionstätigkeit					
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20. Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21. Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22. Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23. Sonstige Investitionstätigkeit					0,00
24. = Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Auszahlungen für Investitionstätigkeit					
25. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	27.379,55	83.031,73	122.000,00	-38.968,27	0,00
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29. Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30. Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31. =Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	27.379,55	83.031,73	122.000,00	-38.968,27	0,00

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Gesamt - Finanzrechung Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2013 -Euro-	Ergebnis 2014 -Euro-	Ansätze 2014 -Euro-	mehr(+) weniger (-) -Euro-	aus Spalte 5 bisher nicht bewilligte über-/außer-planmäßige Auszahlungen[4] -Euro-
1	2	3	4	5	6
32. Saldo aus Investitionstätigkeit (Summe Einzahlungen abzüglich Summe Auszahlungen für Investitionstätigkeit)	-27.379,55	-83.031,73	-122.000,00	38.968,27	0,00
33. Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Summen Zeile 18 und 32)	-125.420,60	-337.476,83	-4.400,00	-333.076,83	0,00
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungs-tätigkeit					
34. Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35. Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus Zeile 34 und 35)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
37. Finanzmittelbestand (Saldo aus Zeile 33 und 36)	-125.420,60	-337.476,83	-4.400,00	-333.076,83	0,00
38. haushaltsunwirksame Einzahlungen (u. a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)	39.097.326,56	32.891.343,33	0,00	32.891.343,33	0,00
39. haushaltsunwirksame Auszahlungen (u. a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)	38.971.791,61	32.553.866,50	0,00	32.553.866,50	0,00
40. Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen (Zeile 38 und Zeile 39)	125.534,95	337.476,83	0,00	337.476,83	0,00
41. +/- Anfangsbestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Jahres	85,65	200,00	200,00	0,00	0,00
42. = Endbestand an Zahlungsmitteln (Liquide Mittel am Ende des Jahres) (Summe aus Zeilen 37, 40 und 41)	200,00	200,00	44.586,00	-44.386,00	0,00

[1] nicht für Investitionstätigkeit
[2] ohne Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit
[3] außer für Investitionstätigkeit
[4] Die Angaben in Spalte 5 können dem Jahresabschluss in einer gesonderten Anlage beigefügt werden

IV. Anhang

Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

Stadt Braunschweig
Sonderrechnung
Hochbau und Gebäudemanagement
Braunschweig

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2014

Erläuterungen des Jahresabschlusses 2014 der Sonderrechnung des Fachbereichs 65 Hochbau und Gebäudemanagement der Stadt Braunschweig zum 31. Dezember 2014

1. Allgemeine Erläuterungen

1.1 Rechtsform und Aufgabe des Fachbereichs 65 Hochbau und Gebäudemanagement

Der Fachbereich FB 65 Hochbau und Gebäudemanagement - im folgenden Sonderrechnung - ist ein optimierter Regiebetrieb mit Sonderrechnung (§ 139 Abs. 1 i.V.m. § 136 Abs. 3 des Niedersächsischen Kommunal Verfassungsgesetz – NKomVG).

Gegenstand der Sonderrechnung ist seit dem 1. Januar 2005 die gesamte Gebäudebewirtschaftung der Immobilien. Ausgenommen sind die Immobilien, die aufgrund des PPP-Vertrages vom 27.11.2011 von Hochtief bewirtschaftet werden. Die Gebäudebewirtschaftung umfasst neben der Verpachtung/Vermietung alle gebäudewirtschaftlichen Leistungen, die für die Einrichtung des Betriebszwecks der Gebäude notwendig sind. Hierzu zählen insbesondere Bauinstandhaltungsmaßnahmen sowie Hausmeister- und Reinigungsleistungen.

Neben der Bewirtschaftung gehört die Sanierung, der Neu- und Umbau von öffentlichen Gebäuden der Stadt Braunschweig zu den Aufgaben der Sonderrechnung.

1.2 Leitungs- und Kontrollfunktion des Rates

Die Aufgaben der Sonderrechnung werden seit dem 1. Januar 2005 von dem Fachbereich „Hochbau und Gebäudemanagement" (FB 65) wahrgenommen.
Der Rat, der Verwaltungsausschuss und die sonstigen Ratsausschüsse sind für die in den §§ 58, 71, 76 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) genannten Aufgaben zuständig, soweit sie das Hochbau- und Gebäudemanagement betreffen.

Am 31.12.2014 waren für die Sonderrechnung im Jahresdurchschnitt 24 Beamte und 266 Beschäftigte tätig. Darüber hinaus wurden 13 Auszubildende beschäftigt.

1.3 Serviceaufgaben

Nach Einführung der dezentralen Ressourcenverantwortung entscheidet die Sonderrechnung über fast alle zu erledigen Teilaufgaben. Einzelne Servicedienste werden durch andere Organisationseinheiten der Stadt wahrgenommen. Dieses sind insbesondere:

Fachbereich „Zentrale Dienste":	Stellenbewertung, Stellenplan, Personalwirtschaft und Lohn- / Gehaltsabrechnung
Referat Pressestelle:	Zusammenarbeit mit der Presse
Fachbereich "Finanzen":	Abwicklung des Zahlungsverkehrs, Grundstücksangelegenheit bei An- und Verkauf, An- und Vermietung mit Externen
Rechtsreferat:	Rechtsbeistand, gerichtliche Vertretung
Fachbereich „Soziales und Gesundheit":	Einstellungsuntersuchungen, Arbeitssicherheit.

Daneben erfüllt das Referat Rechnungsprüfungsamt die ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben.

1.4 Rechtliche Grundlagen für den Jahresabschluss

Der Jahresabschluss der Sonderrechnung wird seit 01.01.2012 nach der Verordnung über die selbständige Wirtschaftsführung kommunaler Einrichtungen (KomEinrVO) aufgestellt. Die Einrichtungsverordnung sieht vor, dass für die Sonderrechnung ein Jahresabschluss entsprechend § 128 Abs. 1 bis 3 NKomVG aufzustellen ist. Der Jahresabschluss besteht aus einer Ergebnisrechnung, einer Finanzrechnung, einer Bilanz und einem Anhang. Dem Anhang sind ein Rechenschaftsbericht, eine Anlagenübersicht, eine Schuldenübersicht, eine Forderungsübersicht und eine Übersicht über die in das folgende Jahr übertragenen Haushaltsermächtigungen beizufügen. Die Gliederung erfolgt nach den Regelungen der §§ 48 ff. der Gemeindehaushalts- und Kassenverordnung (GemHKVO).

2. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Das Vermögen ist in der Bilanz getrennt nach dem immateriellen Vermögen, dem Sachvermögen, dem Finanzvermögen und den liquiden Mitteln ausgewiesen. Die Bewertung der Vermögensgegenstände, Schulden und Rückstellungen erfolgte gem. §§ 124 NKomVG i. V. m. §§ 42 ff. GemHKVO.

Die Zugänge des Jahres 2014 sind mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten einschließlich der Mehrwertsteuer zuzüglich Nebenkosten und abzüglich von Rabatten oder Skonti angesetzt.

Das immaterielle Vermögen und das Sachvermögen (ohne Vorräte) werden linear abgeschrieben. Für die Ermittlung der Abschreibungen wurde für die in 2014 angeschafften Anlagegüter grundsätzlich die Abschreibungstabelle mit Abschreibungssätzen in der Kommunalverwaltung für Niedersachsen angewandt.

Gem. § 47 Abs. 2 GemHKVO sind Anlagegüter, die einen Anschaffungswert zwischen 150,00 € und 1.000,00 € netto haben, einem Sammelposten zuzuordnen. Die darin befindlichen Anlagegüter werden fünf Jahre lang mit je 20 % des Wertes abgeschrieben.

Fremdkapitalzinsen könnten in die Herstellungskosten einbezogen werden, sind aber nicht vorhanden. Die Bewertung der teilfertigen Leistungen erfolgte ausschließlich zu Herstellungskosten und wurde dementsprechend im Sachvermögen angesetzt.

3. Erläuterungen der wesentlichen Bilanzpositionen und der darauf angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

3.1 Immaterielles Vermögen

Das immaterielle Vermögen umfasst 0,2 % (Vorjahr 0,3 %) der Bilanzsumme.

Bilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Immaterielles Vermögen	35.771	100,0	28.365	100,0	-7.406	-20,7

Bei dem immateriellen Vermögen handelt es sich um EDV-Lizenzen für 28.365,03 Euro. Die Bewertung erfolgte zum Anschaffungswert. Die Veränderung beruht auf Abschreibungen.

3.2 Sachvermögen

Das Sachvermögen umfasst 12,3 % (Vorjahr 17,3 %) der Bilanzsumme. Im Einzelnen gliedert sich das Sachvermögen in folgende Positionen:

Bilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Maschinen und techn. Anlagen, Fahrzeuge	97.142	4,6	133.823	7,6	36.681	37,8
Betriebs- und Geschäftsausstattung	65.629	3,1	73.503	4,2	7.874	12,0
Vorräte	1.940.953	92,3	1.563.081	88,3	-377.872	-19,5
Sachvermögen	2.103.724	100,0	1.770.407	100,0	-333.317	-15,8

Die Veränderungen beruhen in erster Linie auf Abschreibungen und Anlagenzugängen, welche im Anlagenspiegel nachvollzogen werden können.

Im Jahr 2014 wurden Fahrzeuge aus auslaufenden Leasingverträgen übernommen. Weiterhin wurden Saugmaschinen für die eigenen Reinigungsdienste angeschafft. Die teilfertigen Leistungen sind Leistungen, die von anderen Organisationseinheiten der Stadt Braunschweig bei der Sonderrechnung beauftragt wurden, jedoch noch nicht von der Sonderrechnung an die Fachbereiche weiter berechnet wurden, weil die Leistungen noch nicht abgeschlossen sind. Die teilfertigen Leistungen werden unter der Position „Vorräte" abgebildet.

Sofern Teilrechnungen möglich waren, wurden diese den anderen Organisationseinheiten in Rechnung gestellt und sind hier berücksichtigt. Die Bewertung der teilfertigen Leistungen erfolgte ausschließlich zu Herstellungskosten. In 2014 wurden verschiedene Aufträge abgeschlossen und abgerechnet, was zu einer Verringerung der teilfertigen Leistungen führte. Im Gegenzug erhöhten sich die Kostenerstattungen und Umlagen.

3.3 Finanzvermögen

Das Finanzvermögen umfasst 87,0 % (Vorjahr 81,8 %) der Bilanzsumme. Im Einzelnen gliedert sich das Finanzvermögen in folgende Positionen:

Bilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Privatrechtliche Forderungen	9.956.142	99,9	12.659.299	99,9	2.703.156	27,2
sonstige Vermögensgegenstände	8.876	0,1	9.196	0,1	320	3,6
Finanzvermögen	9.965.018	100,0	12.668.495	100,0	2.703.477	27,1

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden grundsätzlich mit ihrem Nominalwert eingestellt. Bei den privatrechtlichen Forderungen handelt es sich hauptsächlich um Forderungen aus Vermietung und Verpachtung gegenüber der Stadt Braunschweig, sowie Forderungen aus Lieferungen und Leistungen für Bauprojekte, die im Auftrag der Stadt Braunschweig von der Sonderrechnung ausgeführt wurden. (siehe dazu auch Pkt. 3.7 Schulden). Debitorische Kreditoren wurden in den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen.

Insgesamt wurden 12.003,31 Euro gegenüber Dritten aufgrund Niederschlagung der berechneten Forderung wertberichtigt.

3.4 Liquide Mittel

Die liquiden Mittel umfassen 0,0 % (Vorjahr 0,0 %) der Bilanzsumme.

Bilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Liquide Mittel	200	100,0	200	100,0	0	0,0

Die liquiden Mittel werden grundsätzlich zu ihrem Nominalwert in die Bilanz eingestellt.

Da die Sonderrechnung rechtsformbedingt über kein eigenes Bankkonto verfügt, werden die Finanzmittel von der Stadt Braunschweig verwaltet. Die Bestände auf diesem Konto teilen sich in Mittel, die im Rahmen einer Nebenkasse von der Sonderrechnung verwaltet werden und in Mittel, die über ein Verrechnungskonto der Stadt verwaltet werden, auf. Dieses Verrechnungskonto wird täglich dem Cashpool der Stadt zugeführt. Das Verrechnungskonto wird in den privatrechtlichen Forderungen abgebildet und hatte zum 31.12.2014 einen Saldo von 881.089,24 Euro (Vorjahr 912.846,52 Euro).

Der Bargeldbestand betrug am 31.12.2014 200,00 Euro (Vorjahr 200,00 Euro).

Somit war die Sonderrechnung zu jedem Zeitpunkt liquide.

3.5 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Hier werden die Posten nach § 49 Abs. 1 und 2 GemHKVO ausgewiesen. In der Sonderrechnung ist dies die Beamtenbesoldung für Januar 2015, die bereits im Dezember des Vorjahres ausgezahlt wird.

3.6 Nettoposition

Die Nettoposition umfasst 10,1 % (Vorjahr 10,6 %) der Bilanzsumme. Im Einzelnen gliedert sich die Nettoposition in folgende Positionen:

Bilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Reinvermögen	0	0,0	0	0,0	0	
Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	993.334	76,8	27.415	1,9	-965.919	-97,2
Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	1.800	0,1	1.265.434	86,2	1.263.634	70210,5
sonstige Rücklagen	0	0,0	0	0,0	0	
Jahresergebnis	297.715	23,0	175.074	11,9	-122.641	-41,2
Nettoposition	1.292.849	100,0	1.467.923	100,0	175.074	13,5

Das Haushaltsjahr 2014 schließt mit einem Überschuss von 175.074,02 Euro ab.

Die Verwendung des Ergebnisses des Jahres 2013 wurde entsprechend den jeweiligen Ratsbeschlüssen vom 24.03.2015 wie folgt vorgenommen:

	2013
	Euro
ordentliches Ergebnis	-965.919,09
außerordentliches Ergebnis	1.263.634,11
Gesamtergebnis	297.715,02
Zuführung (+)/Entnahme (-) Rücklage ordentliches Ergebnis	-965.919,09
Zuführung (+)/Entnahme (-) Rücklage außerordentliches Ergebnis	1.263.634,11

Die Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses betragen 27.414,93 Euro (Vorjahr 993.334,02 Euro) und des außerordentlichen Ergebnisses betragen 1.265.433,89 Euro (Vorjahr 1.799,78 Euro). Die Rücklagen dienen dem Ausgleich von möglichen Verlusten zukünftiger Jahre.

3.7 Schulden

Der Begriff der Schulden nach der GemHKVO umfasst neben den Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen und Liquiditätskrediten auch die Verbindlichkeiten gegenüber Dritten und die sonstigen Verbindlichkeiten. Die Schulden (siehe nachfolgendes Schaubild) umfassen 8,5 % (Vorjahr 7,3 %) der Bilanzsumme. Im Vorjahr wurden die noch nicht berechneten, aber ausgeführten Leistungen bei den städtischen Bauprojekten als Verbindlichkeit gegenüber den Kreditoren ausgewiesen. In diesem Jahr wurden hierfür entsprechende Rückstellungen (siehe Pkt. 3.8) gebildet, da bereits von Seiten der externen Lieferanten Eingangsrechnungen vorlagen. Zum 31.12.2014 wurden hierfür entsprechende Rückstellungen gebildet, da zum Zeitpunkt der Jahresabschlusserstellung noch keine Rechnungen vorlagen.

Im Einzelnen gliedern sich die Schulden in folgende Positionen:

Bilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	0	0,0	0	0,0	0	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	785.248	88,3	1.147.703	92,6	362.455	46,2
Sonstige Verbindlichkeiten	104.312	11,7	92.084	7,4	-12.228	-11,7
Schulden	889.560	100,0	1.239.787	100,0	350.227	39,4

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen beinhalten hauptsächlich Leistungen aus Bauprojekten, die im Auftrag der Stadt Braunschweig ausgeführt werden und von der Stadt Braunschweig erstattet werden (siehe dazu Pkt. 3.3 Forderungen).

Die Schulden sind gem. § 124 Abs. 4 NKomVG i. V. m. § 45 Abs. 8 GemHKVO zum Rückzahlungsbetrag bewertet.

3.8 Rückstellungen

Die Rückstellungen umfassen 81,4 % (Vorjahr 82,1 %) der Bilanzsumme. Im Einzelnen gliedern sich die Rückstellungen in folgende Positionen:

Bilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Rückstellung für unterlassene Instandhaltung	3.534.350	35,3	2.303.901	19,5	-1.230.449	-34,8
Andere Rückstellungen	6.464.825	64,7	9.531.557	80,5	3.066.732	47,4
Summe Rückstellungen	9.999.175	100,0	11.835.458	100,0	1.836.283	18,4

Rückstellung für Pensionen, Altersteilzeit und ähnliche Rückstellungen wurden von der Stadt Braunschweig gebildet, da sich die Sonderrechnung abhängig von den jährlich gezahlten Beamtenbezügen und Gehältern an den Versorgungsbezügen beteiligt hat.

Die Rückstellung für unterlassene Instandhaltung beinhaltet Maßnahmen der Instandhaltung, die in den nächsten drei Jahren umgesetzt werden.

In den anderen Rückstellungen sind überwiegend Rückstellungen für ausstehende Rechnungen aus Lieferungen und Leistungen für Baumaßnahmen der Stadt Braunschweig enthalten. Weiterhin sind hier auch die Rückstellungen für Urlaubsverpflichtungen, Überstunden und leistungsorientierte Bezahlung enthalten. Grundlage für die Berechnung der Urlaubs- und Überstunden ist eine Aufstellung über Urlaubsansprüche und Überstunden, die mit durchschnittlichen Stundensätzen bewertet sind. Die Höhe der Rückstellung für leistungsorientierte Bezahlung wird von der Stadt Braunschweig aufgrund der Höhe der Lohnkosten des Folgejahres ermittelt. Die Sozialabgaben wurden entsprechend bei den Rückstellungen berücksichtigt. Neu hinzugekommen sind im Jahr 2014 Rückstellungen für Dienstjubiläen, Archivräume und interne Jahresabschlussarbeiten.

3.9 Passive Rechnungsabgrenzung

Hier werden die Posten nach § 49 Abs. 3 und 4 GemHKVO ausgewiesen. In der Sonderrechnung gibt es keine hier auszuweisenden Positionen.

4. Weitere Erläuterungen zur Bilanz

Weitere Erläuterungen sind gem. § 54 Abs. 5 GemHKVO zu geben, wenn sich Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre ergeben, sofern sie nicht auf der Passivseite auszuweisen sind. In der Sonderrechnung gibt es keine hier auszuweisenden Positionen.

5. Erläuterungen der wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung

In der Ergebnisrechnung werden gem. § 50 GemHKVO die dem Haushaltsjahr zuzurechnenden Erträge und Aufwendungen gegenübergestellt. Die Ergebnisrechnung wird in Staffelform aufgestellt.

Für die Gliederung gilt § 2 GemHKVO entsprechend.

5.1 Jahresergebnis

Das Jahresergebnis setzt sich aus dem ordentlichen Ergebnis (Punkt 5.2) und dem außerordentlichen Ergebnis (Punkt 5.3) zusammen. Für das Haushaltsjahr 2014 ergibt sich ein Überschuss in Höhe von 175.074,02 Euro (Vorjahr: Überschuss 297.715,02 Euro).

5.2. Ordentliches Ergebnis

Aus den ordentlichen Erträgen und den ordentlichen Aufwendungen ergibt sich für das ordentliche Ergebnis ein Fehlbetrag in Höhe von 923.488,30 Euro (Vorjahr: Fehlbetrag 965.919,09 Euro), der mit dem Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses verrechnet wird (siehe Pkt. 5.3).

5.3 Außerordentliches Ergebnis

Aus den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen ergibt sich für das außerordentliche Ergebnis ein Überschuss in Höhe von 1.098.562,32 Euro (Vorjahr: Überschuss 1.263.634,11 Euro, s. auch Punkt 5.6), der im Wesentlichen aus der Auflösung von nicht mehr benötigten Rückstellungbeträgen resultiert.

5.4 Ordentliche Erträge

Die ordentlichen Erträge gliedern sich in folgende Positionen:

Ergebnisrechnung	Ansatz 2014		Ist 2014		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
privatrechtliche Entgelte	31.761.400	46,4	32.091.102	44,1	329.702	1,0
Kostenerstattungen und Umlagen	36.364.300	53,1	39.148.909	53,8	2.784.609	7,7
Bestandsveränderungen	0	0,0	-374.770	2,1	-374.770	100,0
sonstige ordentliche Erträge	356.000	0,5	12.006	0,0	-343.994	-96,6
Ordentliche Erträge	68.481.700	100,0	70.877.247	100,0	2.395.547	3,5

Die privatrechtlichen Entgelte sind im Wesentlichen Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung der Gebäude (rd. 32.064.700 Euro). Im Rahmen der Gründung der Sonderrechnung wurde vereinbart, dass die nutzenden Organisationseinheiten der Stadt Braunschweig eine marktübliche Miete, die vom Fachbereich 61.14 festgesetzt wird, an die Sonderrechnung zu zahlen haben.

Die Kostenerstattungen und Umlagen beinhalten größtenteils die Betriebskosten (rd. 31.460.200 Euro) der durch die nutzenden Organisationseinheiten gemieteten Gebäude und Flächen. Ebenso sind die Erstattungen für Einzelaufträge der verschiedenen Organisationseinheiten der Stadt Braunschweig in Höhe von rd. 3.757.600 Euro in den Kostenerstattungen und Umlagen enthalten. Weiterhin sind die von der Sonderrechnung berechneten Architektenhonorare (rd. 2.058.300 Euro) für die im Auftrag der Stadt Braunschweig durchgeführten Neu- und Umbauten sowie Sanierungen in den Kostenerstattungen und Umlagen abgebildet. Die Abweichung gegenüber der Planung resultiert im Wesentlichen aus höheren Betriebskostenvorauszahlungen (rd. 2.190.800 Euro) als geplant, weil die Abrechnung für das Jahr 2013 erst nach der Planung der Betriebskosten für 2014 erfolgte.

Die Bestandsveränderungen sind teilfertige Leistungen für Aufträge anderer Organisationseinheiten, die von der Sonderrechnung ausgeführt werden. Eine Abrechnung zur Kostenerstattung an den Auftraggeber ist noch nicht erfolgt.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich folgende Entwicklung ergeben:

Ergebnisrechnung	Ist 2013		Ist 2014		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
privatrechtliche Entgelte	31.654.867	44,9	32.091.102	44,1	436.235	1,4
Kostenerstattungen und Umlagen	36.958.786	52,4	39.148.909	53,8	2.190.123	5,9
Bestandsveränderungen	1.889.800	2,7	-374.770	2,1	-2.264.570	-119,8
sonstige ordentliche Erträge	24.362	0,0	12.006	0,0	-12.357	-50,7
Ordentliche Erträge	70.527.815	100,0	70.877.247	100,0	349.431	0,5

Im Gegenzug zu der Reduzierung der teilfertigen Leistungen erfolgte eine Erhöhung der Kostenerstattungen aufgrund der Abrechnung der nunmehr fertiggestellten Leistungen.

Die ordentlichen Erträge sind gegenüber dem Vorjahr um rund 349.400 Euro gestiegen. Die Reduzierung der nichtberechneten Leistung wird durch die gestiegenen Erlöse bei den Kostenerstattungen und Umlagen kompensiert.

5.5 Ordentliche Aufwendungen

Die ordentlichen Aufwendungen (Ansatz/Ist) gliedern sich in folgende Positionen:

Ergebnisrechnung	Ansatz 2014		Ist 2014		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Aufwendungen für aktives Personal	13.042.900	19,0	12.577.197	17,7	-465.703	-3,6
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	54.184.300	79,1	57.876.034	81,7	3.691.733	6,8
Abschreibungen	77.000	0,1	93.369	0,1	16.369	21,3
sonstige ordentliche Aufwendungen	1.166.900	1,7	1.254.135	1,7	87.235	7,5
Ordentliche Aufwendungen	68.471.100	100,0	71.800.735	101,2	3.329.634	4,9

Die ordentlichen Aufwendungen lagen insgesamt um 3.289.634 Euro über dem Planansatz. In den einzelnen Positionen gab es sowohl Abweichungen nach oben wie nach unten. Die größeren Abweichungen sind dabei:

- Geringerer Personalaufwand, da die Besetzung vakanter Stellen erst zu einem späterem Zeitpunkt erfolgen konnte (siehe vorstehende Tabelle)
- Mehraufwendungen für Aufträge anderer Organisationseinheiten und die Instandhaltungsaufwendungen für eigene Gebäude i. H. v. 2.799.100 Euro (Pos. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen). Von diesen Mehraufwendungen entfallen rd. 1.643.300 Euro auf Instandhaltungsmaßnahmen an den Gebäuden der Stadt Braunschweig sowie rd. 1.155.800 Euro auf Aufträge von anderen Organisationseinheiten der Stadt Braunschweig
- Mehraufwendungen für Betriebskosten (ca. 707.500 Euro; siehe vorstehende Tabelle, Pos. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)
- Mehraufwendungen in den restlichen Aufwandpositionen in Höhe von ca. 185.100 Euro (siehe vorstehende Tabelle, Pos. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen).

Gegenüber dem Vorjahr hat sich folgende Entwicklung ergeben (Ist-Vergleich)

Ergebnisrechnung	Ist 2013		Ist 2014		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Aufwendungen für aktives Personal	12.395.165	17,3	12.577.197	17,5	182.032	1,5
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	57.807.155	80,9	57.876.034	80,7	68.878	0,1
Abschreibungen	112.720	0,2	93.369	0,1	-19.351	-17,2
sonstige ordentliche Aufwendungen	1.178.694	1,6	1.254.135	1,7	75.441	6,4
Ordentliche Aufwendungen	71.493.734	100,0	71.800.735	100,0	307.001	0,4

Die Aufwendungen lagen insgesamt um rd. 307.001 Euro unter dem Vorjahr. In den einzelnen Positionen gab es sowohl Abweichungen nach oben wie nach unten. Die größeren Abweichungen sind dabei:

- Mehraufwendungen Betriebskosten (ca. 889.000 Euro, siehe vorstehende Tabelle, Pos. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)
- Mehraufwendungen für den Pachtaufwand (ca. 166.000 Euro, siehe vorstehende Tabelle, Pos. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)
- Mehraufwendungen für externe Mietkosten (ca. 117.000 Euro, siehe vorstehende Tabelle, Pos. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)
- Mehraufwendungen in den restlichen Aufwandpositionen (ca. 130.400 Euro, siehe vorstehende Tabelle, Pos. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen).
- Minderaufwendungen für Aufträge anderer Organisationseinheiten und die Instandhaltungsaufwendungen für eigene Gebäude in Höhe von 1.233.500 Euro (siehe vorstehende Tabelle, Pos. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

5.6 Außerordentliche Erträge

Die außerordentlichen Erträge resultieren im Wesentlichen aus der Auflösung nicht benötigter Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung.

5.7 Außerordentliche Aufwendungen

Im Jahr 2014 sind Aufwendungen in Höhe 1.180 Euro für in 2012 durchgeführte Dienstleistungen angefallen.

Im Ergebnishaushalt der Sonderrechnung sollen die Aufwendungen grundsätzlich durch entsprechende Erträge abgedeckt sein. Für den Fall, dass dennoch Fehlbeträge entstehen, sind diese durch Entnahmen aus der Nettoposition auszugleichen.

Die Fehlbeträge des Finanzhaushaltes werden aus den vorhandenen liquiden Mitteln abgedeckt.

6. Erläuterungen der wesentlichen Positionen der Finanzrechnung

In der Finanzrechnung werden gem. § 51 GemHKVO die im Haushaltsjahr eingegangenen Einzahlungen und die geleisteten Auszahlungen gegenübergestellt.

6.1 Finanzmittelbestand

Der Finanzmittelbestand zu Beginn des Jahres wird durch den Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Punkt 6.2), den Saldo aus Investitionstätigkeit (Punkt 6.3), den Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Punkt 6.4) und den Saldo aus haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen (Punkt 6.5) verändert. Für das Haushaltsjahr 2014 war der Finanzmittelbestand mit 200,00 Euro unverändert.

6.2 Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit

Den Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 69.261.997,17 Euro stehen Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 69.516.442,27 Euro gegenüber. Daraus ergibt sich ein Saldo von – 254.445,10 Euro.

6.2.1 Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Im Einzelnen gliedern sich die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in folgende Positionen:

Finanzrechnung	Ansatz 2014		Ist 2014		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
privatrechtliche Entgelte	31.781.400	46,4	31.483.067	45,5	-278.333	-0,9
Kostenerstattungen und Umlagen	36.219.300	52,9	37.619.557	54,3	1.400.257	3,9
sonstige haushaltswirksamen Einzahlungen	501.000	0,7	159.373	0,2	-341.627	-68,2
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	68.481.700	100,0	69.261.997	100,0	780.297	1,1

Die Differenz zu den Erträgen des Ergebnishaushaltes ist darauf zurückzuführen, dass nicht alle Erträge des Ergebnishaushaltes zahlungswirksam sind (z.B. Bestandsveränderungen sowie die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen). Zudem ergeben sich Differenzen dadurch, dass für einen Teil der Erträge die Einzahlungen erst im Folgejahr erfolgen.

6.2.2 Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Im Einzelnen gliedern sich die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in folgende Positionen:

Finanzrechnung	Ansatz 2014		Ist 2014		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Auszahlungen für aktives Personal	12.997.900	19,0	12.268.787	17,6	-729.113	-5,6
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	55.366.200	81,0	57.247.655	82,4	1.881.455	3,4
sonstige ordentliche Auszahlungen	0	0,0	0	0,0	0	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	68.364.100	100,0	69.516.442	100,0	1.152.342	1,7

Die Differenz zu den Aufwendungen des Ergebnishaushaltes (Ziffer 5.5) ist darauf zurückzuführen, dass nicht alle Aufwendungen des Ergebnishaushaltes zahlungswirksam sind (z. B. Abschreibungen und Zuführungen zu Rückstellungen). Zudem ergeben sich Differenzen dadurch, dass für einen Teil der Aufwendungen die Auszahlungen erst im Folgejahr erfolgen.

Der Differenzbetrag bei der Position „Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen" ist darauf zurückzuführen, dass im Rahmen des Jahresabschlusses 2013 gebildete Rückstellungen für Lieferungen und Leistungen, erst in 2014 zahlungswirksam wurden. Diese zeitliche Verschiebung stand zum Zeitpunkt der Aufstellung der Planung noch nicht fest. Die höheren Auszahlungen sind im Wesentlichen auf die höheren Betriebskosten zurück zu führen.

6.3 Investitionstätigkeit

Im Einzelnen gliedern sich die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit in folgende Positionen:

Finanzrechnung	Ansatz 2014		Ist 2014		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Erwerb von beweglichem Sachvermögen	122.000	100,0	83.032	100,0	-38.968	-31,9
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	122.000	100,0	83.032	100,0	-38.968	-31,9

Bei dem Erwerb von beweglichem Sachvermögen handelt es sich im Wesentlichen um Kraftfahrzeuge sowie um geringwertige Güter, Maschinen und Werkzeuge für den Betriebshandwerklichen Dienst.

6.4 Saldo aus Finanzierungstätigkeit

Der Saldo aus Finanzierungstätigkeit beruht auf den Aus- und Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit. Die Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement hat keine Kredite und in 2014 plangemäß auch keine aufgenommen. Somit ist der Saldo 0,00 Euro.

6.5 Saldo aus haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen

In der Finanzrechnung werden gem. § 51 GemHKVO neben den Ein- und Auszahlungen für die Sonderrechnung auch die haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen, die nicht im Haushaltsplan veranschlagt wurden, abgebildet, da sie den Bestand an Zahlungsmitteln verändern. Bei dem sich ergebenden Betrag in Höhe von 337.476,83 Euro handelt es sich um Kreditorenrechnungen für Baumaßnahmen der Stadt Braunschweig, die von der Sonderrechnung bereits in 2013 ausgeglichen wurden.

7. Saldo aus Über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Für 2014 wurde ein Haushaltsplan gem. EinrVO-Kom aufgestellt, bei dem sämtliche Ertrags- und Aufwandspositionen gegenseitig deckungsfähig sind. Somit war die Beantragung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen nicht erforderlich.

8. Verpflichtungsermächtigungen

Die Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen im Rahmen der Durchführung der Bauprojekte wird im Rahmen des Jahresabschlusses der Stadt Braunschweig dargestellt. Die Sonderrechnung hat keine eigenen Verpflichtungsermächtigungen.

Braunschweig, den 10. November 2015

- Springhorn -
Fachbereichsleiterin Fachbereich 65
Hochbau und Gebäudemanagement

V. Anlagen zum Anhang

Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

1. **Anlagenübersicht**
2. **Forderungsübersicht**
3. **Schuldenübersicht**
4. **Rückstellungsübersicht**

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

1. Anlagenübersicht

Anlagenübersicht

gem. § 56 Abs. 1 GemHKVO

zum 31. Dezember 2014

Anlagevermögen	Entwicklung der Anschaffungs- und Herstellungswerte					Entwicklung der Abschreibungen					Buchwerte	
	Stand am 31. Dez 2013 - Euro-	Zugänge im Haushaltsjahr + - Euro-	Abgänge im Haushaltsjahr - - Euro-	Umbuchungen im Haushaltsjahr +/- - Euro-	Stand am 31. Dez 2014 - Euro-	Stand am 31. Dez 2013 - Euro-	Abschreibungen im Haushaltsjahr + - Euro -	Auflösungen - - Euro -	Zuschreibungen im Haushaltsjahr - - Euro -	Stand am 31. Dez 2014 - Euro-	Stand am 31. Dez 2014 - Euro-	Stand am 31. Dez 2013 - Euro-
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	59.250,10	0,00	0,00	0,00	59.250,10	23.478,82	7.406,25	0,00	0,00	30.885,07	28.365,03	35.771,28
2. Sachvermögen (ohne Vorräte und geringwertige Vermögensgegestände)	689.581,99	96.357,83	10.669,13	0,00	775.270,69	526.811,40	51.801,62	10.668,12	0,00	567.944,90	207.325,79	162.770,59
3. Finanzvermögen (ohne Forderungen)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Insgesamt	748.832,09	96.357,83	10.669,13	0,00	834.520,79	550.290,22	59.207,87	10.668,12	0,00	598.829,97	235.690,82	198.541,87

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

2. Forderungsübersicht

Forderungsübersicht

gem. § 56 Abs. 2 GemHKVO

zum 31. Dezember 2014

Art der Forderungen	Gesamtbetrag am 31. Dezember 2014	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am 31. Dezember 2013	Mehr (+)/ weniger (-)
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre		
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Forderungen aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Sonstige Privatrechtliche Forderungen	12.668.494,97	12.668.494,97	0,00	0,00	9.965.018,26	2.703.476,71
Summe aller Forderungen	12.668.494,97	12.668.494,97	0,00	0,00	9.965.018,26	2.703.476,71

3. Schuldenübersicht

Schuldenübersicht

gem. § 56 Abs. 3 GemHKVO

zum 31. Dezember 2014

Art der Schulden	Gesamtbetrag am 31. Dezember 2014 - Euro -	mit einer Restlaufzeit von bis zu 1 Jahr - Euro -	über 1 bis 5 Jahre - Euro -	mehr als 5 Jahre - Euro -	Gesamtbetrag am 31. Dezember 2013 - Euro -	Mehr (+)/ weniger (-) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7
1. Geldschulden						0,00
1.1 Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3 Liquiditätskredite	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.4 sonstige Geldschulden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.147.702,69	1.147.702,69	0,00	0,00	785.247,81	362.454,88
4. Transferverbindlichkeiten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5. Sonstige Verbindlichkeiten	92.084,07	92.084,07	0,00	0,00	104.312,16	-12.228,09
Schulden insgesamt	1.239.786,76	1.239.786,76	0,00	0,00	889.559,97	350.226,79

4. Rückstellungsübersicht

Rückstellungsübersicht

zum 31. Dezember 2014

Art der Rückstellungen	Gesamtbetrag am 31. Dezember 2014	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am 31. Dezember 2013	mehr (+)/ weniger (-)
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre		
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
1. Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	2.303.900,66	436.233,22	1.867.667,44	0,00	3.534.350,67	-1.230.450,01
4. Rückstellungen für Lieferungen und Leistungen für Bauprojekte der Stadt Braunschweig	6.731.250,03	6.731.250,03	0,00	0,00	4.184.300,00	2.546.950,03
5. Rückstellungen für Resturlaub, Überstunden und LOB	721.468,00	721.468,00	0,00	0,00	688.746,00	32.722,00
6. Rückstellungen für Betriebskosten städtische Gebäude	981.608,07	981.608,07	0,00	0,00	1.173.800,00	-192.191,93
7. Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8. Andere Rückstellungen	1.097.231,50	1.097.231,50	0,00	0,00	417.978,59	679.252,91
Rückstellungen insgesamt	11.835.458,26	9.967.790,82	1.867.667,44	0,00	9.999.175,26	1.836.283,00

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

VI. Rechenschaftsbericht

Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

Stadt Braunschweig
Sonderrechnung
Hochbau und Gebäudemanagement
Braunschweig

RECHENSCHAFTSBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2014

1. Vorbemerkungen

Nach § 128 NKomVG ist der Anhang Teil des Jahresabschlusses. Dem Anhang ist ein Rechenschaftsbericht beizufügen. Gem. § 57 GemHKVO werden im Rechenschaftsbericht, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend, der Verlauf der Haushaltswirtschaft (siehe Ziffer 3.) und die finanzwirtschaftliche Lage der Sonderrechnung (siehe Ziffer 2.) dargestellt. Dabei wird eine Bewertung der Jahresabschlussrechnungen vorgenommen.

Der Rechenschaftsbericht soll auch Vorgänge von besonderer Bedeutung enthalten, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind (siehe Ziffer 4.), sowie zu erwartende mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung (siehe Ziffer 5.) sind. Des Weiteren sind gem. § 20 Abs. 5 GemHKVO die Gründe für die Übertragung von Ermächtigungen im Rechenschaftsbericht darzulegen.

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses 2014 wurde im Wesentlichen das Finanzwesenverfahren SAP angewandt.

2. Finanzwirtschaftliche Lage der Sonderrechnung

Bei einer Bilanzsumme der Sonderrechnung in Höhe von 14.543.167,86 Euro im Jahresabschluss 2014 beläuft sich die unter den Passiva ausgewiesene Nettoposition auf 1.467.922,84 Euro. Dies führt zu einer Nettopositionsquote von 10 % (Vorjahr 11 %) im Verhältnis zur Bilanzsumme.

Der Jahresüberschuss in Höhe von 175.074,02 Euro ist Teil der Nettoposition. Gegenüber dem geplanten Ergebnis von 600,00 Euro wurde eine Verbesserung von 174.474,02 Euro erreicht.

Das Ergebnis der Finanzrechnung wird insbesondere durch das Zahlungsverhalten der Stadt Braunschweig für die Erstattung der von der Sonderrechnung verauslagten Betriebskosten und Bauprojektrechnungen beeinflusst. Die Sonderrechnung hat in 2014 und dem davor liegenden Zeitraum keine Liquiditätskredite benötigt.

Die Aufgaben der Sonderrechnung werden weitestgehend durch die Vergütung der Leistung der Sonderrechnung für andere Fachbereiche der Stadt Braunschweig und die Mieteinnahmen finanziert. Für mögliche auftretende Verluste aus erhöhten Instandhaltungsaufwand für die laut Pachtvertrag auszuführenden Arbeiten besteht die Möglichkeit der Inanspruchnahme der bisher gebildeten Gewinnrücklage. Weiterhin sind maßnahmenbezogen entsprechende Rückstellungen im Ergebnis berücksichtigt.

2.1 Ergebnisrechnung

Die Ergebnisrechnung 2014 weist bei ordentlichen Erträgen in Höhe von rd. 70,88 Mio. Euro und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von rd. 71,80 Mio. Euro einen Fehlbetrag bei dem ordentlichen Ergebnis in Höhe von 923.488,30 Euro auf. Die Deckung des Fehlbetrages erfolgt durch die Auflösung von nicht mehr benötigten Rückstellungsbeträgen aus dem Vorjahr. Der Fehlbetrag im ordentlichen Ergebnis ist auf die in den letzten Jahren stark gestiegenen Instandhaltungsaufwendungen für die Immobilien zurückzuführen.

Im außerordentlichen Ergebnis wurde ein Überschuss in Höhe 1.098.562,32 Euro erzielt, der auf die Auflösung von gebildeten Rückstellungen für Instandhaltungsmaßnahmen zurückzuführen ist. Die Rückstellungsbildung erfolgt auf Basis des Vorsichtsprinzips.

Die Ergebnisrechnung weist insgesamt einen Jahresüberschuss in Höhe von 175.074,02 Euro aus.

2.2 Finanzrechnung

In der Finanzrechnung ergibt sich aus den Ein- und Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit ein Fehlbetrag in Höhe von 254.445,10 Euro (Vorjahr: Fehlbetrag in Höhe von 98.041,05 Euro). Die Differenz zum Fehlbetrag der Ergebnisrechnung ist darauf zurückzuführen, dass bestimmte Erträge der Ergebnisrechnung (z. B. Erträge aus Bestandsveränderungen und Rückstellungen) und bestimmte Aufwendungen (z. B. Abschreibungen und Zuführungen zu Rückstellungen) nicht zahlungswirksam sind. Zudem kommt es teilweise zu einer Verschiebung von Aus- und Einzahlungen in das Folgejahr.

Aus der Investitionstätigkeit ergibt sich ein Saldo von -83.031,73 Euro (Vorjahr: -27.379,55 Euro).

Aus den haushaltunwirksamen Ein- und Auszahlungen ergab sich ein Überhang der Ausgaben von 337.476,83 Euro (Vorjahr: 125.534,95 Euro). In den haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen werden die Ein- und Auszahlungen für die im Auftrage der Stadt Braunschweig umgesetzten Neu-, Umbauten und Erweiterungsbaumaßnahmen abgebildet.

Insgesamt ergibt sich in der Finanzrechnung ein Endbestand an Zahlungsmitteln in Höhe von 200,00 Euro (Vorjahr 200,00 Euro).

2.3 Geldschulden und Bestand an Zahlungsmitteln

Die Sonderrechnung hat keine Geldschulden und Kredite aufgenommen.

Der Bestand an Zahlungsmitteln war mit 200,00 Euro unverändert. Der Zahlungsverkehr wird über die Stadtkasse der Stadt Braunschweig abgewickelt.

2.4. Kennzahlen des Jahresabschlusses zum 31.12.2014

Zur Beurteilung des Jahresabschlusses zum 31.12.2014 wurden entsprechend des städtischen Haushaltes einige Kennzahlen gebildet und soweit vorhanden mit den Kennzahlen des Vorjahres verglichen. Basis für die Auswahl sind die Vorgaben des Landes hinsichtlich der zu berichtenden Kennzahlen. Für die Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement erfolgt dabei nur eine Darstellung der für die Sonderrechnung relevanten Kennzahlen. Auf eine Darstellung der Personalaufwandsquote (rd. 17,7 %) wurde verzichtet, da diese aufgrund der fehlenden Vergleichszahlen wenig aussagekräftig ist. Die Kennzahlen zur Abschreibungsintensität und Reinvestitionsquote spielen aufgrund des geringen Anlagevermögens nur eine untergeordnete Rolle. Da das Kassengeschäft komplett über die Stadt Braunschweig abgewickelt wird, haben die Kennzahlen zur Zinslastquote (0%), Liquiditätsquote (0 %) und Verschuldungsgrad (0%) keine Aussagekraft und es wurde deshalb auf eine Darstellung verzichtet.

In der folgenden Übersicht sind die Kennzahlen zusammengestellt:

Kennzahlen der Bilanz

A. Kapitalstruktur – Nettopositionsquote

Berechnung: $\frac{\text{Nettoposition} * 100}{\text{Bilanzsumme}}$
Datenbasis: Die Nettoposition wurde in vollem Umfang berücksichtigt.
Ziel: Wert möglichst hoch

Bilanzposition	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014
Nettoposition	1,0 Mio. €	1,3 Mio. €	1,5 Mio. €
Bilanzsumme	8.4 Mio. €	12,2 Mio. €	14,5 Mio. €
Nettopositionsquote	11,9%	10,7%	10,3%

Die Nettopositionsquote zeigt an, in welchem Umfang die Sonderrechnung eigenfinanziert ist. Hier ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Sonderrechnung zur Durchführung der Hochbaumaßnahmen der Stadt Braunschweig gegründet wurde und die Betreuung der stadteigenen Gebäude übernimmt. Aus diesem Grunde ist auch das Anlagevermögen sehr gering. Die Höhe der Bilanzsumme ist abhängig von der Entwicklung des umzusetzenden Bauvolumens und wirkt sich über Vorräte und Rückstellungen unmittelbar auf die Bilanzsumme aus.

B. Finanzstruktur

Da die Sonderrechnung kein eigenes Bankkonto führt und die liquiden Mittel täglich im Rahmen des Cashpools verwaltet werden, können hier keine aussagekräftigen Angaben gemacht werden. Die Sonderrechnung hat keine Kredite.

C. Kennzahlen der Ergebnisrechnung

Ergebnisrechnung	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	246.693,39	297.715,02	175.074,02

Nähere Erläuterungen zum Vorjahresvergleich sind ausführlich im Anhang dargestellt.

3. Verlauf der Haushaltswirtschaft

3.1 Gesamt-Ergebnisrechnung

Das Haushaltsjahr 2014 schloss mit folgenden Ergebnissen ab:

2014	Saldo		Abweichung
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr / - weniger
	EUR		EUR
Ordentliches Ergebnis	10.600	-923.488	- 934.088
Außerordentliches Ergebnis	-10.000	1.098.562	+ 1.108.562
Gesamtergebnis	600	175.074	+ 174.474

Der Instandhaltungsbedarf für die Gebäude der Stadt ist erheblich und führt zu einem negativen ordentlichen Ergebnis. Die Gesamtergebnisrechnung schließt mit einer Ergebnisverbesserung in Höhe von 174.474 Euro gegenüber dem Haushaltsplan ab. Dies beruht im Wesentlichen darauf, dass gebildete Rückstellungen für Instandhaltung aufzulösen waren. Nicht benötigte Rückstellungsbeträge sind gem. GemHKVO in dem außerordentlichen Ergebnis darzustellen und dürfen nicht mit den entstandenen Aufwendungen saldiert werden.

Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich folgende Entwicklung:

2013/2014	Saldo		Abweichung
	2013	2014	+ mehr / - weniger
	EUR		EUR
Ordentliches Ergebnis	-965.919	-923.488	-42.431
Außerordentliches Ergebnis	1.263.634	1.098.562	-165.072
Gesamtergebnis	297.715	175.074	-122.641

Das Gesamtergebnis erreicht nicht den Vorjahreswert, da auch in 2014 Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungsmaßnahmen gebildet werden mussten. Kompensierend wirkten die Rückstellungsauflösungen, die den wesentlichen Beitrag im außerordentlichen Ergebnis darstellen.

3.2 Gesamt-Finanzrechnung

Das Haushaltsjahr 2014 schloss mit folgenden Ergebnissen ab:

2014	Saldo		Abweichung
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr / - weniger
	EUR		EUR
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	117.600	-254.445	- 372.045
Saldo aus Investitionstätigkeit	-122.000	-83.032	+ 38.968
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	0	337.477	+ 337.477
Gesamtergebnis	44.586	200	- 44.386

Da die Sonderrechnung kein eigenes Bankkonto besitzt und der Zahlungsverkehr über die Stadtkasse abgewickelt wird, ergibt sich ein Bestand an liquiden Mitteln zum 31.12.2014 in Höhe von 200,00 Euro. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich folgende Entwicklung:

2013/2014	Saldo		Abweichung
	2013	2014	+ mehr / - weniger
	EUR		EUR
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	- 98.041	-254.445	156.404
Saldo aus Investitionstätigkeit	-27.380	-88.032	- 60.652
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	125.535	337.477	211.942
Gesamtergebnis	200	200	0

Das Ergebnis der Entwicklung der Finanzrechnung ist stark geprägt durch das Zahlungsverhalten der Kernverwaltung der Stadt Braunschweig. Der FB 65 stellt der Stadt Braunschweig für separat beauftragte Leistungen und die Betriebskostenabrechnungen separate Rechnungen. Die Zahlungen der Rechnungen erfolgen in Abhängigkeit der Prüfungsdauer und Zahlungsfreigabe durch die beauftragenden Organisationseinheiten.

3.3 Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Entwicklung / Planung

Im Jahr 2014 war für die Umsetzung von Projekten des Haushalts der Stadt ein Investitionsvolumen von rd. 42,3 Mio. Euro vorgesehen. Darüber hinaus standen Haushaltsausgabereste der Stadt Braunschweig im Umfang von 16,0 Mio. Euro aus dem Vorjahr zur Verfügung. Von den zur Verfügung stehenden Mitteln konnte ein Betrag von 44,6 Mio. Euro bearbeitet werden (kassenwirksame Mittel: 34,2 Mio. Euro; Rückstellungen: 6,7 Mio. Euro; Obligo: 3,7 Mio. Euro). Für einen Betrag von 17,1 Mio. Euro (Obligo: 3,7 Mio. Euro; ungebundene, aber benötigte Mittel: 13,4 Mio. Euro) wurde bei der Stadt Braunschweig die Übertragung auf das Jahr 2015 beantragt.

Als besondere Ereignisse kamen im Jahr 2014 die Brände in der Kita Leiferde, Sporthalle des Gymnasiums Hoffmann-von-Fallersleben und in der Tiefgarage Magni hinzu. Alle Brände führten dazu, dass innerhalb der Stadtverwaltung eine Arbeitsgruppe "Prozessoptimierung vorbeugender Brandschutz" gebildet und in ihr der Umgang mit der Thematik Brandschutz grundsätzlich beleuchtet wurde. Abschließende Ergebnisse aus dieser Arbeitsgruppe stehen noch aus.

Weiterhin wurden die drei städtischen Tiefgaragen (Magni, Packhof und Eiermarkt) einer tiefergehenden Untersuchung unterzogen; die Mängelbeseitigung im Bereich Brandschutz und Betriebssicherheit wurde mit Hochdruck vorangetrieben.

Außerdem wurde aufgrund der Brandereignisse aus vorhandenem Personal des FB 65 eine Arbeitsgruppe zur Abarbeitung von Brandschutzmängeln gebildet. Grundlage sind die Brandschutzmängel, die sich aus der Hauptamtlichen Brandschau der Feuerwehr und aus den Begehungsprotokollen der Brandschutzbeauftragten der Feuerwehr ergeben und die in Abstimmung mit einem externen Brandschutzgutachter priorisiert wurden.

Insgesamt waren erhebliche personelle Kapazitäten durch die Behandlung von Problemen, die sich aus den Brandschadensereignissen ergeben haben, gebunden.

Die Befassung mit dem Brandschutz in Folge der o. a. Brandereignisse führte zudem zu einer tiefergehenden Befassung mit der Thematik Wartung, Prüfung und Instandhaltung von betriebstechnischen Anlagen.

Das wirtschaftliche Ergebnis der Sonderrechnung war im Wesentlichen durch die Entwicklung der Erträge aus den Honoraren im Zuge der Umsetzung städtischer Hochbaumaßnahmen für Organisationseinheiten der Stadt geprägt. Um das von der Stadt Braunschweig geplante Investitionsvolumen umsetzen zu können, mussten aufgrund der Vielzahl der geplanten, aber auch neu hinzugekommener Projekte einerseits und der begrenzt zur Verfügung stehenden personellen Kapazitäten andererseits zunehmend Aufträge an externe Planungsbüros vergeben werden. Die Bauherrenvertretung sowie die Projektsteuerung werden auch in diesen Fällen weiterhin vom FB 65 wahrgenommen. Mit einem zwischenzeitlichen erreichten Vergabeanteil von rd. 90 %, stieg der Honoraranteil des FB 65 proportional nicht zum umgesetzten Bauvolumen
Die Erträge für Mieten blieben weitgehend konstant, jedoch wird mittelfristig mit einer Steigerung der Kostenerstattungen für die Betriebskosten zu rechnen sein. Aufgrund der Inbetriebnahme von Mensen bzw. der Errichtung von Ganztagseinrichtungen werden zusätzliche Inspektions-, Wartungs- und Instandsetzungsaufwendungen notwendig. Ebenso werden steigende Energie- und Stromkosten aufzuwenden sein.

Die Medienverbräuche bei PPP-Projekten konnten insbesondere im Hinblick auf die Warm- und Trinkwasserverbräuche weiterhin deutlich abgesenkt werden. Insgesamt wurden unter Berücksichtigung der üblichen Bezugskosten für Wasser / Abwasser, Wärme und Strom in 2014 ca. 67 T€ weniger Medienkosten verursacht.

Die wesentlichen Anteile der Aufwendungen entfallen auf die Betriebskosten, die an die Stadt zu leistenden Pachtzahlungen und die Personalkosten. Neben der erwarteten Steigerung der Betriebskosten wird aufgrund von Lohnsteigerungen mit moderat steigenden Personalkosten gerechnet.

Im Aufwandsbereich ist die Höhe der gemäß Pachtvertrag durchzuführenden Instandhaltungsaufwendungen maßgebend. In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass der Instandhaltungsaufwand für die vom FB 65 im Auftrag der Stadt verwalteten Flächen stark angestiegen ist und Instandhaltungen mindestens aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht und unter dem Aspekt Gefahr im Verzug durchzuführen sind. Der bestehende Instandhaltungsstau wird sich aufgrund der nur sehr begrenzt zur Verfügung stehenden Instandhaltungsaufwendungen weiter vergrößern. Der FB 65 hat dieses gegenüber dem Eigentümer deutlich gemacht und eine deutliche Aufstockung des Instandhaltungsbudgets dringend empfohlen.

3.4 Haushaltsreste

In der Sonderrechnung werden keine Haushaltsreste für Aufwendungen und damit verbundene Auszahlungen sowie für noch nicht abgeschlossene Investitionsmaßnahmen gem. § 20 GemHKVO gebildet.

4. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Im Bereich des Sachvermögens wurde 2013 erstmals die Bewertung von teilfertigen Leistungen für andere Fachbereiche durchgeführt. In 2014 konnten die teilfertigen Leistungen auf 1.515 TEuro reduziert werden (2013 1.941 TEuro). Die Buchwerte zum 31.12.2014 für das übrige Anlagevermögen betragen rund 236 TEuro und teilen sich auf Dienstfahrzeuge, Software-Lizenzen sowie Büro- und Geschäftsausstattung auf.

Zum 31.12.2014 ist der Ausweis der Forderungen gegenüber der Stadt Braunschweig im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Es handelt sich hier um Forderungen aus den Honoraren, Einzelaufträgen und den Betriebskosten. Dafür haben sich die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber der Stadt Braunschweig halbiert. Weiterhin gestiegen sind die Rückstellungen für die Gebäudeinstandhaltung.

Die ausstehenden Eingangsrechnungen aus dem Baubereich wurden als Rückstellungen erfasst und gegenüber der Stadt Braunschweig in gleicher Höhe als Forderung ausgewiesen.

5. Nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetretene Vorgänge von besonderer Bedeutung

Am 21. Juli 2015 (Vorlage 15-00220) hat der Rat der Stadt beschlossen: „Die Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement wird aufgelöst und der FB 65 in den städtischen Haushalt zurückgeführt".

6. Wesentliche finanzwirtschaftliche Risiken für die Aufgabenerfüllung

Für die von der Sonderrechnung für den städtischen Haushalt durchgeführten Aufgaben (Bewirtschaftung der Gebäude und Durchführung von Baumaßnahmen) erfolgt eine Erstattung der tatsächlichen Kosten durch den städtischen Haushalt. Kostenveränderungen bei der Umsetzung der Baumaßnahmen werden durch entsprechende Beschlüsse des städtischen Haushalts gedeckt.

Infolge steigender Instandhaltungsaufwendungen werden zukünftige ordentliche Ergebnisse weiter belastet. Der Ausgleich von Fehlbeträgen aus dem ordentlichen Ergebnis kann gem. § 24 Abs. 1 GemHKVO mit Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses erfolgen. Ein verbleibender Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses kann durch eine Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses (§ 123 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 NKomVG) gedeckt werden. In 2014 wurde ein Verlust von 923 TEuro im ordentlichen Ergebnis realisiert, der mit den Rücklagen von 1.293 TEuro verrechnet wird.

Friedrichs & Partner
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

BESTÄTIGUNGSVERMERK

An die Stadt Braunschweig, Fachbereich 65, Hochbau und Gebäudemanagement, Braunschweig:

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Ergebnis- und Finanzrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Rechenschaftsbericht der

Stadt Braunschweig
Fachbereich 65
Hochbau und Gebäudemanagement
Braunschweig

für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht nach den landesrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der Fachbereichsleitung. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Rechenschaftsbericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Rechenschaftsbericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse der Sonderrechnung Anlass zu Beanstandungen geben. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sonderrechnung sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Fachbereichsleitung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Rechenschaftsberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sonderrechnung. Der Rechenschaftsbericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sonderrechnung und stellt die möglichen finanzwirtschaftlichen Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Friedrichs & Partner
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Michael Sackmann
Wirtschaftsprüfer

Christian Müller
Wirtschaftsprüfer

Göttingen, den 10. November 2015

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

Jahresabschluss

Sonderrechnung Stadtentwässerung

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

Feststellung des Jahresabschlusses der Sonderrechnung Stadtentwässerung der Stadt Braunschweig für das Haushaltsjahr 2014 gem. § 129 NKomVG

Die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2014 der Sonderrechnung Stadtentwässerung der Stadt Braunschweig wird gem. § 129 NKomVG festgestellt.

Braunschweig, den 26. 5. 15

Geiger
Stadtrat

Jahresabschluss Sonderrechnung Stadtentwässerung
Inhaltsverzeichnis

		Seite
I.	Bilanz	
1.	Komprimierte Darstellung Bilanz	
2.	Bilanz	
3.	Vermerke unterhalb der Bilanz	
II.	Gesamt-Ergebnisrechnung	
III.	Gesamt-Finanzrechnung	
IV.	Anhang	
1.	Allgemeine Erläuterungen	1
2.	Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	2
3.	Erläuterung der wesentlichen Bilanzpositionen und der darauf angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	3
4.	Weitere Erläuterungen zur Bilanz	8
5.	Erläuterungen der wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung	8
6.	Erläuterungen der wesentlichen Positionen der Finanzrechnung	12
7.	Über- und außerplanmäßige Ausgaben	13
8.	Verpflichtungsermächtigungen	13
V.	Anlagen zum Anhang	
1.	Anlagenübersicht	
2.	Forderungsübersicht	
3.	Schuldenübersicht	
4.	Rückstellungsübersicht	
VI.	Rechenschaftsbericht	
1.	Vorbemerkungen	1
2.	Finanzwirtschaftliche Lage der Sonderrechnung	1
3.	Verlauf der Haushaltswirtschaft	4
4.	Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	10
5.	Nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetretene Vorgänge von besonderer Bedeutung	10
6.	Wesentliche finanzwirtschaftliche Risiken für die Aufgabenerfüllung	11

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

I. Bilanz

Sonderrechnung Stadtentwässerung

1. **Komprimierte Darstellung Bilanz**
2. **Bilanz**
3. **Vermerke unterhalb der Bilanz**

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

1. Komprimierte Darstellung Bilanz

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Sonderrechung Stadtentwässerung - Bilanz zum 31. Dezember 2014

Aktiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -
1. Immaterielles Vermögen	419.768,11	432.849,82	1. Nettoposition		
			1.1 Basis-Reinvermögen	60.393.430,57	57.096.281,26
2. Sachvermögen	224.784.487,80	215.368.206,71	1.2 Rücklagen	11.895.540,66	9.112.244,46
			1.3 Jahresergebnis mit der Angabe des Betrages der Vorbelastung	-207.477,47	2.032.473,53
3. Finanzvermögen	4.451.272,35	5.736.890,12	aus Haushaltsresten für Aufwendungen *)		
			1.4 Sonderposten	18.652.831,62	22.407.718,41
4. Liquide Mittel	30.780.183,02	30.851.557,92		90.734.325,38	90.648.717,66
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	4.404.038,25	4.204.138,42	2. Schulden		
			2.1 Geldschulden		
			2.1.1 Liquiditätskredite	0,00	0,00
			2.1.2 Geldschulden (ohne Liquiditätskredite)	0,00	0,00
				0,00	0,00
			2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00
			2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	523.479,34	1.176.179,52
			2.4 Transferverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.5 Sonstige Verbindlichkeiten	646.992,85	253.224,12
				1.170.472,19	1.429.403,64
			3. Rückstellungen	1.801.819,62	710.076,35
			4. Passive Rechnungsabgrenzung	171.133.132,34	163.805.445,34
Bilanzsumme	264.839.749,53	256.593.642,99		264.839.749,53	256.593.642,99

*) davon Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen 2013 = 50.000,00 €; 2014 = 50.000,00 €

Braunschweig, den 26.5.17

Schlimme (Fachbereichsleiter Finanzen)

2. Bilanz

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Sonderrechung Stadtentwässerung - Bilanz zum 31. Dezember 2014

Aktiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -
1. Immaterielles Vermögen			1. Nettoposition		
1.1 Konzessionen	0,00	0,00	1.1 Basis-Reinvermögen		
1.2 Lizenzen	2,00	0,00	1.1.1 Reinvermögen	60.393.430,57	57.096.281,26
1.3 Ähnliche Rechte	419.766,11	432.849,82	1.1.2 Sollfehlbetrag aus kameralem Abschluss (Minusbetrag)	0,00	0,00
1.4 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	0,00	0,00		60.393.430,57	57.096.281,26
1.5 Aktivierter Umstellungsaufwand	0,00	0,00			
1.6 Sonstiges immaterielles Vermögen	0,00	0,00	1.2 Rücklagen		
	419.768,11	432.849,82	1.2.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	6.150.604,34	3.665.467,11
			1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	0,00	0,00
2. Sachvermögen			1.2.3 (nicht besetzt) *)	0,00	0,00
2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	0,00	0,00	1.2.4 Zweckgebundene Rücklagen	0,00	0,00
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	381.890,00	370.574,00	1.2.5 Sonstige Rücklagen	5.744.936,32	5.446.777,35
2.3 Infrastrukturvermögen	224.392.434,80	214.987.379,29		11.895.540,66	9.112.244,46
2.4 Bauten auf fremden Grundstücken	0,00	0,00			
2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	0,00	0,00	1.3 Jahresergebnis		
2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	4.294,00	3.706,00	1.3.1 Fehlbeträge aus Vorjahren	0,00	0,00
2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere	5.479,00	5.762,00	1.3.2 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag mit Angabe des Betrages der Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen **)	-207.477,47	2.032.473,53
2.8 Vorräte	0,00	0,00			
2.9 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	390,00	785,42		-207.477,47	2.032.473,53
	224.784.487,80	215.368.206,71			
			1.4 Sonderposten		
3. Finanzvermögen			1.4.1 Investitionszuweisungen und -zuschüsse	5.380.792,52	5.253.598,43
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	1.4.2 Beiträge und ähnliche Entgelte	0,00	0,00
3.2 Beteiligungen	0,00	0,00	1.4.3 Gebührenausgleich	5.349.213,96	9.237.162,17
3.3 Sondervermögen mit Sonderrechnung	0,00	0,00	1.4.4 Bewertungsausgleich	0,00	0,00
3.4 Ausleihungen	0,00	0,00	1.4.5 Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	0,00	0,00
3.5 Wertpapiere	0,00	0,00	1.4.6 Sonstige Sonderposten	7.922.825,14	7.916.957,81
3.6 Öffentlich-rechtliche Forderungen	3.353.788,27	3.653.463,50		18.652.831,62	22.407.718,41
3.7 Forderungen aus Transferleistungen	0,00	0,00			
3.8 Sonstige privatrechtliche Forderungen	141.492,02	254.089,18	2. Schulden		
3.9 Sonstige Vermögensgegenstände	955.992,06	1.829.337,44	2.1 Geldschulden		
	4.451.272,35	5.736.890,12	2.1.1 Anleihen	0,00	0,00
			2.1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	0,00	0,00
4. Liquide Mittel	30.780.183,02	30.851.557,92	2.1.3 Liquiditätskredite	0,00	0,00
			2.1.4 Sonstige Geldschulden	0,00	0,00
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	4.404.038,25	4.204.138,42		0,00	0,00

*) Da eine Vermögenstrennung nicht vorgenommen wird, bleibt die Position 1.2.3 gem. § 54 Abs. 4 S. 2 GemHKVO frei
**) davon Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen 2013 = 50.000,00 €; 2014 = 50.000,00 €

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Sonderrechung Stadtentwässerung - Bilanz zum 31. Dezember 2014

Aktiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -
			2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00
			2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	523.479,34	1.176.179,52
			2.4 Transferverbindlichkeiten		
			2.4.1 Finanzausgleichsverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.4.2 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke	0,00	0,00
				0,00	0,00
			2.4.3 Verbindlichkeiten aus Schuldendiensthilfen	0,00	0,00
			2.4.4 Soziale Leistungsverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.4.5 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen/Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00
			2.4.6 Steuerverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.4.7 Andere Transferverbindlichkeiten	0,00	0,00
				0,00	0,00
			2.5 Sonstige Verbindlichkeiten		
			2.5.1 Durchlaufende Posten		
			2.5.1.1 Verrechnete Mehrwertsteuer	0,00	0,00
			2.5.1.2 Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer	3.479,15	3.715,86
			2.5.1.3 Sonstige durchlaufende Posten	6.523,13	6.861,56
				10.002,28	10.577,42
			2.5.2 Abzuführende Gewerbesteuer	0,00	0,00
			2.5.3 Empfangene Anzahlungen	0,00	0,00
			2.5.4 Andere sonstige Verbindlichkeiten	636.990,57	242.646,70
				646.992,85	253.224,12
			3. Rückstellungen		
			3.1 Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	0,00	0,00
			3.2 Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen	20.200,00	17.000,00
			3.3 Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	39.000,00	0,00
			3.4 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien	0,00	0,00
			3.5 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	0,00	0,00
			3.6 Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen	0,00	0,00
			3.7 Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	1.355.900,00	17.700,00
			3.8 Andere Rückstellungen	386.719,62	675.376,35
				1.801.819,62	710.076,35
			4. Passive Rechnungsabgrenzung	171.133.132,34	163.805.445,34
Bilanzsumme	264.839.749,53	256.593.642,99		264.839.749,53	256.593.642,99

Braunschweig, den 26.5.15

Schlimme (Fachbereichsleiter Finanzen)

3. Vermerke unterhalb der Bilanz

Vermerke unterhalb der Bilanz

Gem. § 54 Abs. 5 GemHKVO sind unter der Bilanz die Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre zu vermerken, sofern sie nicht auf der Passivseite auszuweisen sind. Bei der Sonderrechnung Stadtentwässerung der Stadt Braunschweig bestehen folgende Vorbelastungen:

Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre	in Euro
Haushaltsreste aus dem Vorjahr	0,00 €
In Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen	0,00 €
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaftsübernahmen	0,00 €
Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00 €
Stundungen über das Ende des Haushaltsjahres hinaus	21.606,51 €
Summe der Vorbelastungen	21.606,51 €

Sonstige langjährige Verpflichtungen/Auslagerung operativer Tätigkeiten:

Die operativen Aufgaben der Stadtentwässerung werden überwiegend durch Dritte wahrgenommen (s. a. Nr. 1.1 des Anhangs). Die vorliegenden Verträge sind zu marktüblichen Bedingungen im Ausschreibungsverfahren zustande gekommen. Die notwendigen Ratsbeschlüsse und Genehmigungen liegen vor. Im Einzelnen ergeben sich folgende Verpflichtungen:

- Zahlung eines jährlichen Betriebsentgeltes und eines jährlichen Kapitalkostenentgeltes für die Wahrnehmung der Aufgaben Stadtentwässerung an die Stadtentwässerung Braunschweig GmbH auf Basis des Abwasserentsorgungsvertrages (Vertrag bis zum 31. Dezember 2035):

2014	21.192.987,77 €
Plan 2015	23.408.800,00 €
Prognose 2015 - 2019	102,2 Mio. €

  Für die Zeit bis zum Vertragsende 2035 ergäbe sich aus derzeitiger Sicht eine Belastung in Höhe von rd. 412 Mio. €. Dabei ergibt sich für das zu zahlende Betriebskostenentgelt ein Anteil von rd. 290 Mio. € und für das zu zahlende Kapitalkostenentgelt ein Anteil von rd. 122 Mio. €. Bei der Prognose für die kommenden 5 Jahre bzw. bis Vertragsende wurden die Auswirkungen zukünftiger Index- und Mengenanpassungen, Zinsanpassungen und Investitionen nicht berücksichtigt.

  Die Unterhaltung der bestehenden Kanäle sowie die Erhaltung und Erweiterung des Kanalnetzes wird durch den zwischen der Stadtentwässerung Braunschweig (SE|BS) und der Stadt Braunschweig abgeschlossenen Abwasserentsorgungsvertrag sichergestellt. Die regelmäßige Fortschreibung der Betriebsentgelte ist mit der allgemeinen Preisentwicklung gekoppelt. Die für die von der SE|BS vorgenommenen Investitionen zu zahlenden Entgelte bemessen sich allein nach den Abschreibungen und Zinsen für das geschaffene Vermögen. Diese Vereinbarungen tragen zu einer Stabilität der Entwässerungsgebühren bei.

Am Ende der Vertragslaufzeit ist eine Rückübertragung des von der SE|BS angeschafften und dort aktivierten Anlagevermögens zu dem dann noch vorhandenen Restwert vorgesehen. Der Rückübertragungswert am Ende der Vertragslaufzeit, der sich aus den bis 2014 getätigten Investitionen ergibt, beträgt 84.364.261,55 € brutto (rd. 70,9 Mio. € netto). Der hierfür erforderlichen Finanzierung steht dann das Anlagevermögen in entsprechender Höhe gegenüber.

- Zahlung eines jährlichen Mitgliedsbeitrages an den Abwasserverband Braunschweig für die Reinigung des Abwassers (2014: 15.489.270,42 € /Ansatz 2015: 17.769.300 €). Die Mitgliedschaft ist unbegrenzt, es ist für die Dauer der Mitgliedschaft mit jährlichen Aufwendungen in entsprechender Höhe unter Berücksichtigung der jährlichen Preissteigerungen zu rechnen.

- Zahlung eines jährlichen Mitgliedsbeitrages an den Abwasserverband Braunschweig für die Kanalnetznutzung (Vertrag bis zum 31. Dezember 2035):

2014	12.902.069,22 €
Plan 2015	12.708.300,00 €
Prognose 2015 - 2019	61,7 Mio. €

Für die Zeit bis zum Vertragsende 2035 ergäbe sich aus derzeitiger Sicht eine Belastung in Höhe von rd. 223 Mio. €. Hierbei wurden die Auswirkungen zukünftiger Zinsanpassungen nicht berücksichtigt.

Der Abwasserverband Braunschweig (AVB) hat mit dem Kanalnetznutzungsvertrag die Nutzungsrechte an dem öffentlichen Kanalnetz der Stadt Braunschweig erworben. Der AVB hat damit sichergestellt, dass ihm das für den Betrieb seines Klärwerkes erforderliche Abwasser langfristig zugeleitet wird. Der Kaufpreis ist zur Konsolidierung von Haushalt und Sonderrechnung verwandt worden. Die günstigen Finanzierungskonditionen, die der AVB erreichen konnte und deren Vorteile der AVB an die Stadt weitergibt, unterstützen die Konsolidierung der Sonderrechnung und tragen ebenfalls zur Stabilität der Entwässerungsgebühren bei.

II. Gesamt-Ergebnisrechnung

Sonderrechnung Stadtentwässerung

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Gesamt - Ergebnisrechung Sonderrechnung Stadtentwässerung

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2013 - Euro -	Ergebnis 2014 - Euro -	Ansatz 2014 - Euro -	mehr (+) weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	127.194,01	126.964,59	127.000,00	-35,41	
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	46.554.479,98	46.936.693,71	47.678.000,00	-741.306,29	
6	Privatrechtliche Entgelte	7.365.821,49	7.426.357,38	7.414.700,00	11.657,38	
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	5.959.723,44	6.091.331,63	5.964.700,00	126.631,63	
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	134.428,67	139.173,02	60.200,00	78.973,02	
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
11	Sonstige ordentliche Erträge	159.096,37	133.492,23	127.800,00	5.692,23	
12	**Summe ordentliche Erträge**	60.300.743,96	60.854.012,56	61.372.400,00	-518.387,44	
Ordentliche Aufwendungen						
13	Aufwendungen für aktives Personal	378.230,71	378.711,72	360.200,00	18.511,72	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	154.706,05	216.612,64	226.500,00	-9.887,36	0,00
16	Abschreibungen	6.111.964,73	5.967.645,83	6.148.100,00	-180.454,17	0,00
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	52.256.856,75	52.033.185,66	55.173.600,00	-3.140.414,34	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	58.901.758,24	58.596.155,85	61.908.400,00	-3.312.244,15	0,00
21	**Ordentliches Ergebnis (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)**	1.398.985,72	2.257.856,71	-536.000,00	2.793.856,71	0,00
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	67.104,79	89.546,08	0,00	89.546,08	
23	Außerordentliche Aufwendungen	1.673.567,98	314.929,26	700.000,00	-385.070,74	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis (Zeilen 23 - 24)**	-1.606.463,19	-225.383,18	-700.000,00	474.616,82	0,00
25	**Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) Fehlbetrag (-)**	-207.477,47	2.032.473,53	-1.236.000,00	3.268.473,53	0,00

III. Gesamt-Finanzrechnung

Sonderrechnung Stadtentwässerung

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Gesamt - Finanzrechnung Sonderrechnung Stadtentwässerung

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013 - Euro -	Ergebnis 2014 - Euro -	Ansatz 2014 - Euro -	mehr (+) weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0	0,00	
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0	0,00	
3	Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0	0,00	
4	Öffentlich-rechtliche Entgelte	47.082.679,73	46.627.940,33	46.595.700	32.240,33	
5	Privatrechtliche Entgelte	95.711,82	84.512,92	87.100	-2.587,08	
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	5.004.757,34	5.977.002,30	5.964.700	12.302,30	
7	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	133.726,45	132.761,07	60.200	72.561,07	
8	Einzahlungen aus der Veräußerung geringwertiger Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0	0,00	
9	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	5.649,15	6.322,80	3.100	3.222,80	
10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	52.322.524,49	52.828.539,42	52.710.800	117.739,42	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
11	Auszahlungen für aktives Personal	351.339,25	378.784,65	360.200	18.584,65	0
12	Auszahlungen für Versorgung	0,00	0,00	0	0,00	0
13	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	168.678,47	250.642,58	226.500	24.142,58	0
14	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0	0,00	0
15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0	0,00	0
16	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	51.665.668,61	52.107.336,23	54.973.600	-2.866.263,77	0
17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	52.185.686,33	52.736.763,46	55.560.300	-2.823.536,54	0
18	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeilen 10 - 17)**	136.838,16	91.775,96	-2.849.500	2.941.275,96	0
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0	0,00	
20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0	0,00	
21	Veräußerung von Sachvermögen	1.500,00	2.531,50	0	2.531,50	
22	Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0	0,00	
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0	0,00	
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	1.500,00	2.531,50	0	2.531,50	0

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Gesamt - Finanzrechnung Sonderrechnung Stadtentwässerung

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013 - Euro -	Ergebnis 2014 - Euro -	Ansatz 2014 - Euro -	mehr (+) weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	303,34	14.506,98	0	14.506,98	0
26	Baumaßnahmen	64.220,49	0,00	70.000	-70.000,00	0
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	30.768,79	8.764,01	222.500	-213.735,99	0
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0	0,00	0
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0	0,00	0
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0	0,00	0
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	95.292,62	23.270,99	292.500	-269.229,01	0
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 24 - 31)**	-93.792,62	-20.739,49	-292.500	271.760,51	0
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeilen 18 + 32)**	43.045,54	71.036,47	-3.142.000	3.213.036,47	0
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0	0,00	0
35	Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0	0,00	0
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 34 - 35)**	0,00	0,00	0	0,00	0
37	**Finanzmittelbestand (Zeilen 33 und 36)**	43.045,54	71.036,47	-3.142.000	3.213.036,47	0
Haushaltsunwirksame Ein- und Auszahlungen (u.a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)						
38	Haushaltsunwirksame Einzahlungen	3.066,08	338,43	0	338,43	0
39	Haushaltsunwirksame Auszahlungen				0,00	0
40	**Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen** (Zeilen 38 und 39)	3.066,08	338,43	0	338,43	0
Finanzmittelbestand (Liquide Mittel)						
41	**Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Jahres**	30.734.071,40	30.780.183,02	30.780.183		
42	**Zahlungsmittelbestand am Ende des Jahres** (Summe Zeilen 37, 40 und 41)	30.780.183,02	30.851.557,92	27.638.183	3.213.374,90	0

IV. Anhang

Sonderrechnung Stadtentwässerung

Anhang

Erläuterung des Jahresabschlusses 2014 der Sonderrechnung Stadtentwässerung der Stadt Braunschweig zum 31. Dezember 2014

1. Allgemeine Erläuterungen

1.1 Rechtsform und Aufgabe der Stadtentwässerung

Die Stadtentwässerung der Stadt Braunschweig ist ein optimierter Regiebetrieb mit Sonderrechnung (§ 139 Absatz 1 i.V.m. § 136 Abs. 3 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz - NKomVG).

Hauptaufgabe im Bereich der Stadtentwässerung ist die schadlose Ableitung und Behandlung von Abwässern bis hin zur landwirtschaftlichen Verwertung durch den Abwasserverband Braunschweig (AVB) einschließlich der Klärschlammbehandlung und -beseitigung. Daneben obliegen der Stadtentwässerung weitere Entsorgungsaufgaben: Inhalte aus abflusslosen Sammelgruben, Kleinkläranlagen und Leichtflüssigkeitsabscheidern sind aufzunehmen und schadlos zu beseitigen. Für die Stadt werden zusätzlich die Aufgabenbereiche Sinkkastenreinigung, Tierkadaverannahmestelle, Gewässerdienst und wasserrechtliche Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises nach Wasserhaushaltsgesetz und Nds. Wassergesetz gegen Kostenerstattung wahrgenommen.

Die Aufgaben im Bereich der Stadtentwässerung werden weitestgehend durch Dritte wahrgenommen:

1. Die Stadt ist Mitglied im Abwasserverband Braunschweig (AVB). Dieser ist zuständig für die Abwasserreinigung, die Verregnung, die Verrieselung, die Klärschlammverwertung und das Labor. Die Aufgaben des AVB sowie Regelungen zur Erhebung der Mitgliedsbeiträge sind in dessen Satzung enthalten.
2. Die Betriebsführung für das Klärwerk Steinhof, das dem AVB gehört, obliegt der Stadt auf Basis des mit dem AVB geschlossenen Betriebsführungsvertrages. Die Stadt hat die Stadtentwässerung Braunschweig GmbH (SE|BS) mit der Erfüllung dieser Aufgaben beauftragt. Die für die Betriebsführung des Klärwerks entstehenden Aufwendungen werden vom AVB erstattet, der sich wiederum über die Mitgliedsbeiträge refinanziert.
3. Die operativen Aufgaben im Bereich der Stadtentwässerung werden auf Basis des Abwasserentsorgungsvertrages von der SE|BS wahrgenommen. Die Leistungen der SE|BS werden mit den vertraglich festgelegten Betriebsentgelten und Kapitalkostenentgelten abgegolten.
4. Für einige Ortsteile wird das Schmutzwasserkanalnetz durch den Wasserverband Weddel-Lehre (WWL) betrieben. Hierfür entrichtet die Stadt einen Verbandsbeitrag.
5. Der Gebühreneinzug wird durch BS|ENERGY, den WWL und die SE|BS durchgeführt. Hierfür wird ein Entgelt entrichtet bzw. beim WWL eine Kostenerstattung vorgenommen.

Bei der Stadt sind die hoheitlichen Aufgaben der Abwasserbeseitigung (Gebührenkalkulation, Satzungsvollzug sowie Teilaufgaben der Grundstücksentwässerung), die strategische Ausrichtung der Stadtentwässerung und das Vertragscontrolling verblieben.

1.2 Leitungs- und Kontrollfunktion des Rates

Die Aufgaben der Stadtentwässerung sind zum 1. Januar 2006 mit den bei der Stadt verbliebenen Aufgaben (vgl. 1.1) auf die Fachbereiche „Finanzen“ (FB 20) und „Tiefbau und Verkehr“ (FB 66) aufgeteilt worden.

Der Rat, der Verwaltungsausschuss und die sonstigen Ratsausschüsse sind für die in den §§ 58, 71, 76 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetztes (NKomVG) genannten Aufgaben zuständig, soweit sie die Stadtentwässerung betreffen. Dies betrifft insbesondere die Satzungshoheit (Abwassersatzung, Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung).

2014 waren für die Sonderrechnung Stadtentwässerung 1 Beamter in Vollzeit, 1 Beamtin in Teilzeit und 5 Beschäftigte TVöD in Vollzeit tätig.

1.3 Serviceaufgaben

Die Servicebereiche der Stadtverwaltung übernehmen Querschnittsaufgaben für die Stadtentwässerung:

Fachbereich „Zentrale Dienste“:	Stellenbewertung, Stellenplan, Personalwirtschaft, Lohn-/ Gehaltsabrechnung für die bei der Stadt verbliebenen Mitarbeiter, IT-Betreuung einschließlich E-Mail und Internet
Referat „Pressestelle“:	Zusammenarbeit mit der Presse
Fachbereich „Finanzen“:	Kreditwesen, Abwicklung des Zahlungsverkehrs, Grundstücksangelegenheiten, An- und Vermietung
Rechtsreferat:	Rechtsbeistand, gerichtliche Vertretung
Baureferat:	Koordinierung von Baumaßnahmen
Fachbereich „Tiefbau und Verkehr“:	Ausschreibung und Vergabe von koordinierten Baumaßnahmen

Daneben erfüllt das Referat Rechnungsprüfungsamt die ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben.

1.4 Rechtliche Grundlagen für den Jahresabschluss

Der Jahresabschluss der Sonderrechnung wird nach den Regelungen der Verordnung über die selbständige Wirtschaftsführung kommunaler Einrichtungen (KomEinrVO) aufgestellt. Die Einrichtungsverordnung sieht vor, dass für die Sonderrechnung ein Jahresabschluss entsprechend § 128 Abs. 1 bis 3 NKomVG aufzustellen ist. Der Jahresabschluss besteht damit aus einer Ergebnisrechnung, einer Finanzrechnung, einer Bilanz und einem Anhang. Dem Anhang sind ein Rechenschaftsbericht, eine Anlagenübersicht, eine Schuldenübersicht, eine Forderungsübersicht und eine Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen beizufügen. Die Gliederung erfolgte nach den Regelungen der §§ 48 ff der Gemeindehaushalts- und -kassenverordnung (GemHKVO).

2. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Das Vermögen ist in der Bilanz getrennt nach dem immateriellen Vermögen, dem Sachvermögen, dem Finanzvermögen und den liquiden Mitteln ausgewiesen. Die Bewertung der Vermögensgegenstände, Schulden und Rückstellungen erfolgte gem. §§ 124 NKomVG i.V.m. 42 ff. GemHKVO.

Die Zugänge des Jahres 2014 sind mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten einschließlich der nicht abziehbaren Mehrwertsteuer zuzüglich Nebenkosten abzüglich Rabatte und Skonti angesetzt. Das bereits in der auf Grundlage der für die Sonderrechnung bis 2010 angewandten Einrichtungsverordnung über die Haushaltswirtschaft kaufmännisch geführter kommunaler Einrichtungen (EinrVO-Kom) erstellten Bilanz zum 31. Dezember 2010

ausgewiesene Vermögen ist mit den darin enthaltenen Werten und Nutzungsdauern übernommen und fortgeschrieben worden.

Das Anlagevermögen wurde linear abgeschrieben.

Für die Ermittlung der Abschreibungen wurde für die in 2014 angeschafften Anlagegüter grundsätzlich die Abschreibungstabelle mit Abschreibungssätzen in der Kommunalverwaltung für Niedersachsen angewandt.

Gem. § 47 Abs. 2 der GemHKVO sind Anlagegüter, die einen Anschaffungswert zwischen 150 € und 1.000 € netto haben, einem Sammelposten zuzuordnen, der fünf Jahre lang mit je 20 % des Wertes aufgelöst werden soll. Aufgrund der geringen Anzahl und der Notwendigkeit, die Anlagegüter verschiedenen Kostenstellen zuzuordnen, wurde in der Sonderrechnung kein Sammelposten gebildet. Die einzeln erfassten Anlagegüter werden hinsichtlich der Abschreibung jedoch wie ein Sammelposten behandelt.

Die Einbeziehung von Fremdkapitalzinsen in die Herstellungskosten erfolgte 2014 nicht.

3. Erläuterung der wesentlichen Bilanzpositionen und der darauf angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

3.1 Immaterielles Vermögen

Das immaterielle Vermögen umfasst 0,2 % (Vorjahr 0,2 %) der Bilanzsumme.

Bilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Immaterielles Vermögen	419.768	100,0	432.850	100,0	13.082	3,1

Das immaterielle Vermögen besteht zu nahezu 100 % aus Leitungsrechten. Die Bewertung erfolgt zum Anschaffungswert. Die Veränderung beruht in erster Linie auf der Aktivierung von weiteren Leitungsrechten.

3.2 Sachvermögen

Das Sachvermögen umfasst 83,9 % (Vorjahr 84,9 %) der Bilanzsumme. Im Einzelnen gliedert sich das Sachvermögen in folgende Positionen:

Bilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an bebauten Grundstücken	381.890	0,2	370.574	0,2	-11.316	-3,0
Infrastrukturvermögen	224.392.435	99,8	214.987.379	99,8	-9.405.056	-4,2
Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	4.294	0,0	3.706	0,0	-588	-13,7
Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.479	0,0	5.762	0,0	283	5,2
Anlagen im Bau	390	0,0	785	0,0	395	101,4
Sachvermögen	224.784.488	100,0	215.368.207	100,0	-9.416.281	-4,2

Der wesentliche Teil des Anlagevermögens besteht aus den Anlagegütern des Kanalvermögens, die dem Infrastrukturvermögen (99,8 % des Sachvermögens, davon nahezu 100 % Kanalvermögen) zugeordnet sind. Das Anlagevermögen wird im Anlagennachweis mit dem zum 1. Januar 1998 übernommenen Wiederbeschaffungszeitwert (steuerlicher Teilwert), den Abschreibungen und Restbuchwerten ausgewiesen. Dieser Wert gilt damit als bilanzieller Anschaffungswert. Eine Indexierung erfolgt ab diesem Zeitpunkt nicht mehr, dies

ergibt sich aus dem Ratsbeschluss vom 16. Dezember 1997 zur Einführung einer Sonderrechnung im Stadtentwässerungsamt (s. Vorlage des Amtes 20.2 vom 14. November 1997, Drucks. 299/97, Begründung, lfd. Nr. 6a).

Die Bewertung der Zugänge nach dem 1. Januar 1998 erfolgt zu den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten.

Die Veränderungen beruhen in erster Linie auf Abschreibungen. Zudem waren im Wirtschaftsjahr 2014 Korrekturen am Anschaffungswert des Kanalnetzes insbesondere aufgrund von Ausbuchungen, Nacherfassungen und nachträglichen Baujahrsänderungen erforderlich, dies führte zu einer Restbuchwertminderung von 3.297.149,31 € (nachträgliche Korrektur der Eröffnungsbilanz gem. § 61 GemHKVO; s. auch 3.6).

Des Weiteren sind im Jahr 2014 Zugänge in Höhe von 126.642,02 € für Anlagegüter im Zusammenhang mit dem Kanalvermögen erfolgt, die von anderen Dritten, aber nicht von der SE|BS errichtet wurden und daher dem wirtschaftlichen Eigentum der Sonderrechnung zuzuordnen sind. Sie wurden vollständig von Dritten finanziert, so dass zudem entsprechende Sonderposten gebildet wurden (s. 3.6). Bei den zugegangenen Kanälen wurde entsprechend der bisherigen Praxis in der Sonderrechnung und bei den von der SE|BS erstellten Kanälen eine Nutzungsdauer von 80 Jahren angesetzt. Dieser Ansatz liegt um fünf Jahre höher als der Ansatz in der Abschreibungstabelle des Landes und beruht auf den bisherigen Erfahrungen in der Stadtentwässerung.

Das in der Bilanz der Sonderrechnung ausgewiesene Anlagevermögen beinhaltet in erster Linie das bis 2005 angeschaffte Kanalvermögen. Aufgrund des Abwasserentsorgungsvertrages werden die ab 2006 von der SE|BS angeschafften Anlagegüter im Zusammenhang mit dem öffentlichen Abwasserentsorgungsnetz bei der SE|BS aktiviert. Es erfolgt daher keine Bilanzierung im Anlagevermögen der Sonderrechnung. Dementsprechend erfolgt in der Bilanz der Sonderrechnung auch keine Darstellung der Finanzierung dieses Anlagevermögens.

3.3 Finanzvermögen

Das Finanzvermögen umfasst 2,2 % (Vorjahr 1,7 %) der Bilanzsumme. Im Einzelnen gliedert sich das Finanzvermögen in folgende Positionen:

Bilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Öffentlich-rechtliche Forderungen	3.353.788	75,3	3.653.464	63,7	299.675	8,9
Privatrechtliche Forderungen	141.492	3,2	254.089	4,4	112.597	79,6
Sonstige Vermögensgegenstände	955.992	21,5	1.829.337	31,9	873.345	91,4
Finanzvermögen	4.451.272	100,0	5.736.890	100,0	1.285.618	28,9

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind grundsätzlich mit ihrem Nominalwert eingestellt worden. Einzel- und Pauschalwertberichtigungen wurden vorgenommen und von den Forderungen abgezogen, so dass in der Bilanz nur der Nettowert dargestellt ist. Debitorische Kreditoren und kreditorische Debitoren wurden als sonstige Vermögensgegenstände bzw. Verbindlichkeiten ausgewiesen. Die Steigerung bei den sonstigen Vermögensgegenständen beruht auf einer höheren Rückerstattung des AVB (debitorischer Kreditor, s. a. Punkt 5.5)

3.4 Liquide Mittel

Die liquiden Mittel umfassen 12,0 % (Vorjahr 11,6 %) der Bilanzsumme.

Die liquiden Mittel werden zu ihrem Nominalwert in die Bilanz eingestellt.

Die Position könnte auch als Forderung gegenüber der Stadt Braunschweig ausgewiesen werden, da die Finanzmittel der Sonderrechnung über den Cash-Pool der Stadt mit verwaltet werden.

3.5 Aktive Rechnungsabgrenzung

Hier werden die Posten nach § 49 Abs. 1 und 2 GemHKVO ausgewiesen. Im Jahr 2006 wurde der Betrag von 6,0 Mio. €, den der Abwasserverband Braunschweig im Rahmen des Kanalnetznutzungsvertrages erhalten hat, um Kredite abzulösen oder Investitionen zu finanzieren, der aktiven Rechnungsabgrenzung zugeführt und wird entsprechend der Vertragslaufzeit (30 Jahre) aufgelöst. Hinzu kommt die Beamtenbesoldung für Januar, die bereits im Dezember des Vorjahres ausgezahlt wird.

3.6 Nettoposition

Die Nettoposition umfasst 35,3 % (Vorjahr 34,3 %) der Bilanzsumme. Im Einzelnen gliedert sich die Nettoposition in folgende Positionen:

Bilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Reinvermögen	60.393.431	66,6	57.096.281	63,0	-3.297.149	-5,5
Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	6.150.604	6,8	3.665.467	4,0	-2.485.137	-40,4
Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Sonstige Rücklagen	5.744.936	6,3	5.446.777	6,0	-298.159	-5,2
Jahresergebnis	-207.477	-0,2	2.032.474	2,2	2.239.951	-1079,6
Sonderposten	18.652.832	20,6	22.407.718	24,7	3.754.887	20,1
Nettoposition	90.734.325	100,0	90.648.718	100,0	-85.608	-0,1

Die Position „Reinvermögen“ beinhaltet neben dem bisherigen Stammkapital (255.645,94 €) weitgehend das bisherige „nicht verzinsliche Eigenkapital“ (56.840.635,32 €). Der Ansatz ergibt sich aus der durch Preissteigerung resultierenden Wertdifferenz der Buchwerte des Anlagevermögens auf Basis der Wiederbeschaffungszeitwerte und der Buchwerte auf Basis der fortgeschriebenen Anschaffungs- und Herstellungswerte. Die Veränderung des nicht verzinslichen Eigenkapitals 2014 ist auf die Wahrnehmung der Änderungsmöglichkeit nach § 61 GemHKVO zurückzuführen. Sie beruht auf der Restbuchwertminderung des Kanalvermögens aufgrund von Korrekturen in Höhe von 3.297.149,31 €.

Das Haushaltsjahr 2014 schließt mit einem Überschuss von 2.032.473,53 € ab, der auf einem Überschuss beim ordentlichen Ergebnis (2.257.856,71 €) und einem Fehlbetrag beim außerordentlichen Ergebnis (225.383,18 €) beruht.

Die Verwendung des Ergebnisses des Jahres 2013 wurde entsprechend dem Ratsbeschluss vom 24. März 2015 wie folgt vorgenommen:

	Ergebnisverwendung 2013	Bestand 31.12.2014
Ordentliches Ergebnis	1.398.985,72 €	
Außerordentliches Ergebnis	-1.606.463,19 €	
Gesamtergebnis	-207.477,47 €	
Zuführung (+)/Entnahme(-) Rücklage ordentliches Ergebnis	-2.485.137,23 €	3.665.467,11 €
Zuführung (+)/Entnahme (-) sonstige Rücklage	-298.158,97 €	5.446.777,35 €
Zuführung (+)/Entnahme (-) Sonderposten Gebührenausgleich	2.575.818,73 €	9.237.162,17 €

Im Jahresabschluss wird eine Sonstige Rücklage in Höhe von 5.446.777,35 € ausgewiesen. Diese Rücklage dient dem Ausgleich von nicht gebührenfähigen Bestandsveränderungen am Kanalnetz (insb. vorzeitige Anlagenabgänge sowie Korrekturen am Kanalnetz, soweit hierfür keine erfolgsneutrale Anpassung im Rahmen des § 61 GemHKVO mehr möglich ist). Die Rücklage wurde fortgeschrieben, in dem ein Teil der Rücklage für die Abdeckung der im Jahr 2013 entstandenen Verluste in diesem Bereich verwendet wurde (298.158,97 €).

In dem Jahresergebnis 2014 sind Verluste in Höhe von 290.156,10 € enthalten, die nach entsprechendem Ratsbeschluss ebenfalls aus dieser Rücklage abgedeckt werden sollen.

Die Sonderposten setzen sich wie folgt zusammen:

Investitionszuweisungen und -zuschüsse	5.253.598,43 €
Sonstige Sonderposten	7.916.957,81 €
Sonderposten Gebührenausgleich	9.237.162,17 €
Summe	22.407.718,41 €

Die Sonderposten beinhalten Investitionszuschüsse, die im Wesentlichen für Kanalbaumaßnahmen von der öffentlichen Hand und Dritten gewährt wurden. In den Fällen, in denen Kanäle von Dritten gebaut und der Stadt übertragen wurden, erfolgt dabei ein Ausweis unter der Position „Sonstige Sonderposten“. Im Jahr 2014 sind mehrere ganz von Dritten finanzierte Anlagegüter aktiviert worden, so dass es zu einer Erhöhung der „Sonstigen Sonderposten“ in Höhe von 126.642,02 € gekommen ist (s. 3.2). Demgegenüber steht die planmäßige Auflösung der Sonderposten. Die ertragswirksame Vereinnahmung erfolgt über die Nutzungsdauer der betreffenden Vermögensgegenstände.

Der Sonderposten Gebührenausgleich beinhaltet die Gebührenvorträge, die entsprechend des Nds. Kommunalabgabenrechtes innerhalb von 3 Jahren nach Abschluss des Jahres in der Gebührenkalkulation berücksichtigt werden müssen. Die Zuordnung zu dem Sonderposten wird erst mit dem Beschluss über die Ergebnisverwendung vorgenommen. Die Veränderung des Sonderpostens beruht somit auf der Auflösung und Zuführung, die sich aus den durch Beschluss festgestellten Jahresabschlussdaten des Jahres 2013 ergeben hat. Insgesamt ergibt sich dabei eine Zuführung in Höhe von 2.575.818,73 €. Zudem wurde der Sonderposten im Jahr 2014 um einen weiteren Betrag in Höhe von 1.312.129,48 € erhöht. Dies hat sich aus der Neuberechnung der Abwassergebühren aufgrund der Urteile des OVG Lüneburg aus dem Jahr 2013 ergeben. Im Jahresabschluss 2013 wurde hierfür zunächst eine Rückstellung gebildet, da der Beschluss über die Neuberechnung der Gebühren noch nicht vorlag. Aufgrund der Daten der Betriebsabrechnung 2014 ergibt sich in der Summe eine Zuführung in Höhe von 3.317.017,66 €, die nach dem entsprechenden Beschluss über die Ergebnisverwendung vorzunehmen ist.

3.7 Schulden

Der Begriff der Schulden nach dem NKomVG umfasst neben den Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen und Liquiditätskrediten auch die Verbindlichkeiten gegenüber Dritten und die sonstigen Verbindlichkeiten. Die Schulden umfassen 0,6 % (Vorjahr 0,4 %) der Bilanzsumme. Im Einzelnen gliedern sich die Schulden in folgende Positionen:

Bilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	523.479	44,7	1.176.180	82,3	652.700	124,7
Durchlaufende Posten	10.002	0,9	10.577	0,7	575	5,8
Sonstige Verbindlichkeiten	636.991	54,4	242.647	17,0	-394.344	-61,9
Schulden	1.170.472	100,0	1.429.404	100,0	258.931	22,1

Der Anstieg der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen beruht insbesondere auf höheren offenen Posten gegenüber der SE|BS.

Die „Sonstigen Verbindlichkeiten“ beinhalten die kreditorischen Debitoren (Debitoren, gegenüber denen die Sonderrechnung eine Verbindlichkeit hat).

Die Schulden sind gem. § 124 Abs. 4 NKomVG i.V.m. § 45 Abs. 8 GemHKVO zum Rückzahlungsbetrag bewertet.

3.8 Rückstellungen

Die Rückstellungen umfassen 0,3 % (Vorjahr 0,7 %) der Bilanzsumme. Im Einzelnen gliedern sich die Rückstellungen in folgende Positionen:

Bilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen	20.200	1,1	17.000	2,4	-3.200	-15,8
Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	39.000	2,2	0	0,0	-39.000	-100,0
Rückstellung für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährl. u. anh. Gerichtsverfahren	1.355.900	75,3	17.700	2,5	-1.338.200	-98,7
Andere Rückstellungen	386.720	21,5	675.376	95,1	288.657	74,6
Rückstellungen	1.801.820	100,0	710.076	100,0	-1.091.743	-60,6

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden nicht gebildet, da die Stadt Braunschweig die rechtzeitige Bezahlung aller Beamten sicherstellt und die Sonderrechnung Stadtentwässerung sich abhängig von den jährlich gezahlten Beamtenbezügen an den Versorgungsbezügen beteiligt.

In der Rückstellung für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen sind die Rückstellungen für Urlaubsverpflichtungen und Überstunden berücksichtigt. Grundlage für die Berechnung der Urlaubs- und Überstundenrückstellung ist eine Aufstellung über Urlaubsansprüche und Überstunden, die mit durchschnittlichen Stundensätzen bewertet sind. Die Sozialabgaben wurden entsprechend berücksichtigt.

Die Rückstellung für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängige Gerichtsverfahren beinhaltet Aufwendungen für Klagen gegen die Abwassergebühren, die noch nicht abgerechnet wurden. Die Position beinhaltete im Vorjahr insbesondere die Rückstellung für die aufgrund der Neuberechnung der Abwassergebühren 2005 bis 2009 nötige Erhöhung des Sonderpostens Gebührenausgleich (1,32 Mio. €; s. a. 3.6).

In den „Anderen Rückstellungen“ sind als wesentliche Position die Rückstellungen für Erstattungen von Schmutzwassergebühren enthalten, die erst im Folgejahr abgerechnet werden. Diese hat sich um 400.000 € erhöht, da eine regelmäßig zu erwartende umfassende Rückerstattung in diesem Jahr bei Erstellung des Jahresabschlusses noch nicht erfolgt ist. Hinzu kommen weitere Rückstellungen, u.a. für Dienstjubiläen, leistungsorientierte Bezahlung, Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen, ausstehende Rechnungen und Prüfung des Jahresabschlusses. Diese haben sich aufgrund von Verbräuchen und Auflösungen um rd. 111.300 € verringert. Bei der Rückstellung für Dienstjubiläen wurden die bisherige Beschäftigungszeit und die derzeit gültigen Zuwendungen bei einem Dienstjubiläum berücksichtigt.

3.9 Passive Rechnungsabgrenzung

Hier werden die Posten nach § 49 Abs. 3 und 4 GemHKVO ausgewiesen. Der Kaufpreis für das Kanalnetznutzungsrecht in Höhe von 228,3 Mio. € wurde zum Jahresabschluss 2005 der passiven Rechnungsabgrenzung zugeführt und wird über die Laufzeit des Kanalnetznutzungsvertrages aufgelöst. Der jährliche Auflösungsbetrag entspricht den dem Kanalnetznutzungsvertrag zugrunde liegenden Abschreibungen (2013: 7.259.000 €; 2014: 7.316.000 €). Der Ausweis dieser Position erfolgt, da das vor 2006 geschaffene Kanalvermögen nicht verkauft wurde und eine Gegenposition in der Bilanz erforderlich ist.

4. Weitere Erläuterungen zur Bilanz

Weitere Erläuterungen sind in den Vermerken unter der Bilanz gem. § 54 Abs. 5 GemHKVO enthalten. Die Übersicht enthält insbesondere die Sachverhalte, aus denen sich finanzielle Verpflichtungen ergeben können, sofern sie von wesentlicher Bedeutung sind. Haftungsverhältnisse im bilanzrechtlichen Sinne bestehen nicht.

5. Erläuterungen der wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung

In der Ergebnisrechnung werden gem. § 50 GemHKVO die dem Haushaltsjahr zuzurechnenden Erträge und Aufwendungen gegenübergestellt.

5.1 Jahresergebnis

Das Jahresergebnis setzt sich aus dem ordentlichen Ergebnis (Punkt 5.2) und dem außerordentlichen Ergebnis (Punkt 5.3) zusammen. Für das Haushaltsjahr 2014 ergibt sich ein Überschuss in Höhe von 2.032.473,53 € (Vorjahr: Fehlbetrag 207.477,47 €). Der Überschuss setzt sich aus einem Überschuss im Gebührenbereich in Höhe von 3.317.017,66 € und einem Fehlbetrag im neutralen Bereich in Höhe von 1.284.544,13 € zusammen.

5.2 Ordentliches Ergebnis

Aus den ordentlichen Erträgen und den ordentlichen Aufwendungen ergibt sich für das ordentliche Ergebnis ein Überschuss in Höhe von 2.257.856,71 € (Vorjahr: Überschuss 1.398.985,72 €).

5.3 Außerordentliches Ergebnis

Aus den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen ergibt sich für das außerordentliche Ergebnis ein Fehlbetrag in Höhe von 225.383,18 € (Vorjahr: Fehlbetrag 1.606.463,19 €).

5.4 Ordentliche Erträge

Die ordentlichen Erträge gliedern sich in folgende Positionen:

Ergebnisrechnung	Ansatz 2014		Ist 2014		Abweichung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Auflösungserträge aus Sonderposten	127.000	0,2	126.965	0,2	-35	-0,0
Öffentlich-rechtliche Entgelte	47.678.000	77,7	46.936.694	77,2	-741.306	-1,6
Privatrechtliche Entgelte	7.414.700	12,1	7.426.357	12,2	-11.657	0,2
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	5.964.700	9,7	6.091.332	10,0	126.632	2,1
Zinsen und ähnliche Finanzerträge	60.200	0,1	139.173	0,2	78.973	131,2
Sonstige ordentliche Erträge	127.800	0,2	133.492	0,2	5.692	4,5
Ordentliche Erträge	61.372.400	100,0	60.854.013	100,0	-518.387	-0,8

Die öffentlich-rechtlichen Entgelte teilen sich wie folgt auf:

Schmutzwasserbeseitigung	32.401.760,44 €
Niederschlagswasserbeseitigung	14.045.951,07 €
Sonstige Abwasserbeseitigung und Leistungen	488.982,20 €
Summe	46.936.693,71 €

Der Planansatz für die öffentlich-rechtlichen Entgelte wird insgesamt um rd. 740.000 € unterschritten. Dies beruht im Wesentlichen darauf, dass die Auflösung aus dem Sonderposten Gebührenausgleich in Höhe von 1.082.300 €, die in den Planansätzen enthalten war, aufgrund der Vorgaben des Landes im Ergebnis nicht mit berücksichtigt wurde. Bei den Gebühreneinnahmen kam es dagegen zu höheren Erträgen als erwartet. Die Schmutzwasserbeseitigungsgebühren liegen um rd. 156.600 € über dem Planansatz. Bei den Niederschlagswasserbeseitigungsgebühren gab es um rd. 355.200 € höhere Erträge. Dies Ergebnis beruht auf der tatsächlichen Mengenentwicklung und der periodengerechten Abgrenzung der von BS|ENERGY eingezogenen Schmutz- und Niederschlagswasser-gebühren. Die Abgrenzung beruht auf Daten von BS|ENERGY zu den zu erwartenden Einnahmen und hinsichtlich der abgegebenen Frischwassermenge sowie einer Abschätzung anhand der Einnahmeentwicklung der Vorjahre. In dem Ergebnis sind rd. 507.300 € Erträge aus Schmutzwassergebühren und rd. 257.800 € Erträge aus Niederschlagswassergebühren für die Vorjahre enthalten, da die tatsächlichen Mengen 2013 von den im Jahresabschluss 2013 angenommen Mengen abgewichen sind und zudem noch Korrekturen für weitere Vorjahre zu berücksichtigen waren. Die Gebühreneinnahmen für die anderen Gebührenbereiche lagen etwa im Plan. Die Einnahmen aus Verwaltungsgebühren und Erstattungen für Hausanschlüsse liegen insgesamt um rd. 17.700 € unter den Planansätzen.

Der höhere Ertrag bei den Kostenerstattungen und Kostenumlagen beruht auf höheren Erstattungen vom AVB und vom WWL.

Der Mehrertrag bei den Zinserträgen in Höhe von rd. 78.000 € beruht auf günstigeren Zinskonditionen als bei der Planung angenommen. Aufgrund des geringen Zinsniveaus sind gegenüber der Planung dagegen um rd. 498.500 € geringere Gebührenerträge für kalkulatorische Zinsen angefallen, was zu einem entsprechenden Fehlbetrag im neutralen Bereich führt.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich folgende Entwicklung ergeben:

Ergebnisrechnung	Ist 2013		Ist 2014		Abweichung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Auflösungserträge aus Sonderposten	127.194	0,2	126.965	0,2	-229	-0,2
Öffentlich-rechtliche Entgelte	46.554.480	77,2	46.936.694	77,1	382.214	0,8
Privatrechtliche Entgelte	7.365.822	12,2	7.426.357	12,2	60.536	0,8
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	5.959.723	9,9	6.091.332	10,0	131.608	2,2
Zinsen und ähnliche Finanzerträge	134.429	0,2	139.173	0,2	4.744	3,5
Sonstige ordentliche Erträge	159.096	0,3	133.492	0,2	-25.604	-16,1
Ordentliche Erträge	60.300.744	100,0	60.854.013	100,0	553.269	0,9

Die Gebühren für die Schmutzwasserbeseitigung stiegen zum 1. Januar 2014 um 0,03 €/m³ auf 2,55 €/m³ (1,2 %) und die für die Niederschlagswasserbeseitigung blieben konstant bei 6,17 €/10 m².

Die ordentlichen Erträge sind gegenüber dem Vorjahr um rd. 553.300 € gestiegen. Dabei ist es zu folgenden wesentlichen Veränderungen in den Einzelpositionen gekommen:

- Die Gebühreneinnahmen (Pos. Öffentlich-rechtliche Entgelte) haben sich um rd. 382.000 € erhöht.
- Der Ertrag aus der Erstattung von der Stadt Braunschweig (Pos. Kostenerstattungen und Kostenumlagen) hat sich um rd. 68.000 € erhöht.
- Der Ertrag aus der Erstattung von Zweckverbänden (Pos. Kostenerstattungen und Kostenumlagen) hat sich um rd. 66.000 € erhöht.

5.5 Ordentliche Aufwendungen

Die ordentlichen Aufwendungen gliedern sich in folgende Positionen:

Ergebnisrechnung	Ansatz 2014		Ist 2014		Abweichung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Aufwendungen für aktives Personal	360.200	0,6	378.712	0,6	18.511	5,1
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	226.500	0,4	216.613	0,4	-9.887	-4,4
Abschreibungen	6.148.100	9,9	5.967.646	10,2	-180.454	-2,9
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0,0	0,00	0,0	0	0,0
Sonstige ordentliche Aufwendungen	55.173.600	89,1	52.033.186	88,8	-3.140.414	-5,7
davon:						
Erstattungen an die Stadt Braunschweig	*282.600*		*330.526*		*47.926*	*17,0*
Erstattungen an Zweckverbände (hier insb. Mitgliedsbeitrag AVB,WWL)	*31.365.900*		*29.663.144*		*-1.702.756*	*-5,4*
Entgelte SEBS	*22.664.600*		*21.198.680*		*-1.465.920*	*-6,5*
Sonstige Positionen	*860.500*		*840.836*		*-19.664*	*-2,3*
Ordentliche Aufwendungen	61.908.400	100,0	58.596.156	100,0	-3.312.244	-5,4

Die ordentlichen Aufwendungen lagen insgesamt um rd. 3,3 Mio. € unter dem Planansatz. Dabei gab es folgende wesentliche Veränderungen in den Einzelpositionen:

- Geringere Aufwendungen für die insbesondere an den AVB zu zahlenden Mitgliedsbeitrage (1.702.755,88 €; Pos. Sonst. ord. Aufwendungen). Der AVB hat insbesondere wegen einer Entschädigungszahlung, die er im Zusammenhang mit dem Bau des VW Logistikzentrums erhalten hat, sowie wegen geringerer Abschreibungen und Zinsen auf das Anlagevermögen einen geminderten Mitgliedsbeitrag abgerechnet.
- Geringere Aufwendungen für die an die SE|BS zu zahlenden Betriebskostenentgelte (584.930 €; Pos. Sonst. ord. Aufwendungen), insbesondere aufgrund der Tatsache, dass die Indexanpassung und das Optimierungsentgelt geringer ausgefallen sind als erwartet.
- Geringere Aufwendungen für das an die SE|BS zu zahlende Kapitalkostenentgelt für die Neuinvestitionen 2006 bis 2014 (836.505 €; Pos. Sonst. ord. Aufwendungen)

Gegenüber dem Vorjahr hat sich folgende Entwicklung ergeben:

Ergebnisrechnung	Ist 2013		Ist 2014		Abweichung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Aufwendungen für aktives Personal	378.231	0,6	378.712	0,6	481	0,1
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	154.706	0,3	216.613	0,4	61.907	40,0
Abschreibungen	6.111.965	10,4	5.967.646	10,2	-144.319	-2,4
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,0	0,00	0,0	0,00	
Sonstige ordentliche Aufwendungen	52.256.857	88,7	52.033.186	88,8	-223.671	-0,4
davon						
Erstattungen an die Stadt Braunschweig	*281.242*		*330.526*		*49.428*	*17,6*
Erstattungen an Zweckverbände (hier insb. Mitgliedsbeitrag AVB,WWL)	*30.365.002*		*29.663.144*		*-701.858*	*-2,3*
Entgelte SEBS	*20.765.918*		*21.198.680*		*432.762*	*2,1*
Sonstige Positionen	*844.695*		*840.836*		*-4.002*	*-0,5*
Ordentliche Aufwendungen	58.901.758	100,0	58.596.156	100,0	-305.602	-0,5

Die ordentlichen Aufwendungen sind gegenüber 2013 um rd. 300.000 € gesunken. Dies beruht insbesondere auf Minderaufwendungen bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen und den Abschreibungen. Dies stellt sich im Einzelnen wie folgt dar:

- Geringere Aufwendungen für die Erstattung an Zweckverbände, hier insbesondere an den AVB (701.858 €)
- Höherer Aufwand für das an die SE|BS zu zahlende Kapitalkostenentgelt für das Neusachanlagevermögen (457.960 €). Das Kapitalkostenentgelt orientiert sich an den Abschreibungen und der Verzinsung für das von der SE|BS geschaffene Anlagevermögen und erhöht sich daher kontinuierlich aufgrund der jedes Jahr erfolgenden Investitionen.
- Geringere Abschreibungen für das Altkanalvermögen aufgrund von Anlagenabgängen und Korrekturen (111.064 €)

5.6 Außerordentliche Erträge

Die außerordentlichen Erträge resultieren in erster Linie aus der Auflösung von nicht mehr benötigten Rückstellungen.

5.7 Außerordentliche Aufwendungen

Die außerordentlichen Aufwendungen resultieren insbesondere aus dem Abgang von Anlagegütern des Kanalvermögens. Der Verlust aus Anlagenabgängen lag um rd. 385.100 € unter dem Planwert und um rd. 8.300 € unter dem Vorjahreswert. Die konkrete Höhe der Verluste aus Anlageabgängen beim Kanalvermögen richtet sich danach, inwieweit im Rahmen von Kanalerneuerungen alte Kanäle ersetzt werden, die noch nicht vollständig abgeschrieben sind.

6. Erläuterung der wesentlichen Positionen der Finanzrechnung

In der Finanzrechnung werden gem. § 51 GemHKVO die im Haushaltsjahr eingegangenen Einzahlungen und die geleisteten Auszahlungen gegenübergestellt.

6.1 Finanzmittelbestand

Der Finanzmittelbestand zu Beginn des Jahres wird durch den Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Punkt 6.2), den Saldo aus Investitionstätigkeit (Punkt 6.3), den Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Punkt 6.4) und den Saldo aus haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen (Punkt 6.5) verändert. Für das Haushaltsjahr 2014 hat sich der Finanzmittelbestand um 71.374,90 € erhöht.

6.2 Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit

Den Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 52.828.539,42 € stehen Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 52.736.763,46 € gegenüber. Daraus ergibt sich ein Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 91.775,96 €.

6.2.1 Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Im Einzelnen gliedern sich die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in folgende Positionen:

Finanzrechnung	Ansatz 2014		Ist 2014		Abweichung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Öffentlich-rechtliche Entgelte	46.595.700	88,4	46.627.940	88,3	32.240	0,1
Privatrechtliche Entgelte	87.100	0,2	84.513	0,2	-2.587	-3,0
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	5.964.700	11,3	5.977.002	11,3	12.302	0,2
Zinsen und ähnliche Einzahlungen	60.200	0,1	132.761	0,2	72.561	120,5
Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	3.100	0,0	6.323	0,0	3.223	104,0
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	52.710.800	100,0	52.828.539	100,0	117.739	0,2

Die Differenz zu Erträgen des Ergebnishaushaltes ist darauf zurückzuführen, dass nicht alle Erträge des Ergebnishaushaltes zahlungswirksam sind (z.B. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten und Rückstellungen und Rechnungsabgrenzungsposten). Zudem ergeben sich Differenzen dadurch, dass für einen Teil der Erträge die Einzahlungen erst im Folgejahr erfolgen.

6.2.2 Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Im Einzelnen gliedern sich die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in folgende Positionen:

Finanzrechnung	Ansatz 2014		Ist 2014		Abweichung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Auszahlungen für aktives Personal	360.200	0,6	378.785	0,7	18.585	5,2
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	226.500	0,5	250.643	0,5	24.143	10,7
Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,0	0	0,0	0	0,0
Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	54.973.600	98,9	52.107.336	98,8	-2.866.264	-5,2
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	55.560.300	100,0	52.736.763	100,0	-2.823.537	-5,1

Die Differenz zu Aufwendungen des Ergebnishaushaltes ist darauf zurückzuführen, dass nicht alle Aufwendungen des Ergebnishaushaltes zahlungswirksam sind (z.B. Abschreibungen und Zuführungen zu Rückstellungen). Zudem ergeben sich Differenzen dadurch, dass für einen Teil der Aufwendungen die Auszahlungen erst im Folgejahr erfolgen.

Die geringeren Aufwendungen für die an die SE|BS zu zahlenden Betriebs- und Kapitalkostenentgelte sowie für den an den AVB zu zahlenden Mitgliedsbeitrag führen zudem auch zu geringeren Auszahlungen.

6.3 Investitionstätigkeit

Der Saldo aus Investitionstätigkeit beträgt -20.739,49 €. Im Jahr 2014 haben sich dabei Einzahlungen aus Investitionstätigkeit in Höhe von 2.531,50 € ergeben. Diese beruhen auf dem Verkauf von Anlagegütern.

Die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit teilen sich wie folgt auf:

Finanzrechnung	Ansatz 2014		Ist 2014		Abweichung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0,0	14.507	62,3	14.507	
Baumaßnahmen	70.000	23,9	0	0,0	-70.000	-100,0
Erwerb von beweglichem Sachvermögen	222.500	76,1	8.764	37,7	-213.736	-96,1
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	292.500	100,0	23.271	100,0	-269.229	-92,0

Es wurde in Grundstücke für ein Pumpwerk und ein Schöpfwerk investiert. Die weiteren Investitionen beinhalten Leitungsrechte und Einrichtungsgegenstände. Die zudem geplanten Maßnahmen hinsichtlich der Leitungsrechte und der Modernisierung der Wohnungen im Bereich des Rieselgutes Steinhof konnten noch nicht umgesetzt werden.

6.4 Saldo aus Finanzierungstätigkeit

Im Jahr 2014 sind keine Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit erfolgt.

6.5 Saldo aus haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen

In der Finanzrechnung werden gem. § 51 GemHKVO neben den Ein- und Auszahlungen für die Sonderrechnung auch die haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen, die nicht im Haushaltsplan veranschlagt wurden, abgebildet, da sie den Bestand an Zahlungsmitteln verändern. Der sich ergebende Betrag in Höhe von 388,43 € beruht auf Sicherheitseinbehalten.

7. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen mussten nicht beantragt werden.

8. Verpflichtungsermächtigungen

Verpflichtungsermächtigungen waren nicht vorgesehen.

V. Anlagen zum Anhang

Sonderrechnung Stadtentwässerung

1. **Anlagenübersicht**
2. **Forderungsübersicht**
3. **Schuldenübersicht**
4. **Rückstellungsübersicht**

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

1. Anlagenübersicht

Anlagenübersicht

gem. § 56 Abs. 1 GemHKVO

zum 31. Dezember 2014

Anlagevermögen	Entwicklung der Anschaffungs- und Herstellungswerte							Entwicklung der Abschreibungen							Buchwerte	
	Stand 31.12.2013 - Euro -	Zugänge - Euro -	Abgänge - Euro -	Zugänge Neubew. Kanalverm. - Euro -	Abgänge Neubew. Kanalverm. - Euro -	Umbuchungen - Euro -	Stand 31.12.2014 - Euro -	Stand 31.12.2013 - Euro -	Abschreibungen - Euro -	Auflösungen - Euro -	Zugänge Neubew. Kanalverm. - Euro -	Abgänge Neubew. Kanalverm. - Euro -	Zuschreibungen - Euro -	Stand 31.12.2014 - Euro -	Stand 31.12.2013 - Euro -	Stand 31.12.2014 - Euro -
		+	-	+	-	+/-			+	-	+	-	-			
1	2	3	4	4a	4b	5	6	7	8	9	9a	9b	10	11	12	13
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	460.878,11	15.353,71	25.222,00	0,00	0,00	0,00	451.009,82	41.110,00	2.270,00	25.220,00	0,00	0,00	0,00	18.160,00	419.768,11	432.849,82
2. Sachvermögen (ohne Vorräte und geringwertige Vermögensgegenstände)	497.777.911,91	144.595,30	3.218.205,92	1.294.705,51	1.288.264,67	0,00	494.710.742,13	272.993.424,11	5.946.268,32	2.900.747,16	3.900.873,79	597.283,64	0,00	279.342.535,42	224.784.487,80	215.368.206,71
3. Finanzvermögen (ohne Forderungen)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Insgesamt	498.238.790,02	159.949,01	3.243.427,92	1.294.705,51	1.288.264,67	0,00	495.161.751,95	273.034.534,11	5.948.538,32	2.925.967,16	3.900.873,79	597.283,64	0,00	279.360.695,42	225.204.255,91	215.801.056,53

2. Forderungsübersicht

Forderungsübersicht

gem. § 56 Abs. 2 GemHKVO

zum 31. Dezember 2014

Art der Forderungen	Gesamtbetrag 31.12.2014	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag 31.12.2013	mehr (+)/ weniger (-)
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre		
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen	3.653.463,50	3.653.463,50	0,00	0,00	3.353.788,27	299.675,23
2. Forderungen aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Sonstige privatrechtliche Forderungen	254.089,18	254.089,18	0,00	0,00	141.492,02	112.597,16
Summe aller Forderungen	3.907.552,68	3.907.552,68	0,00	0,00	3.495.280,29	412.272,39

3. Schuldenübersicht

Schuldenübersicht

gem. § 56 Abs. 3 GemHKVO

zum 31. Dezember 2014

Art der Schulden	Gesamtbetrag 31.12.2014	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag 31.12.2013	mehr (+)/ weniger (-)
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre		
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
1. Geldschulden						
1.1 Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3 Liquiditätskredite	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.4 Sonstige Geldschulden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.176.179,52	1.176.179,52	0,00	0,00	523.479,34	652.700,18
4. Transferverbindlichkeiten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5. Sonstige Verbindlichkeiten	253.224,12	189.186,48	10.199,45	53.838,19	646.992,85	-393.768,73
Schulden insgesamt	1.429.403,64	1.365.366,00	10.199,45	53.838,19	1.170.472,19	258.931,45

4. Rückstellungsübersicht

Rückstellungsübersicht

zum 31. Dezember 2014

Art der Rückstellungen	Gesamtbetrag 31.12.2014	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag 31.12.2013	mehr (+)/ weniger (-)
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre		
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
1. Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen	17.000,00	17.000,00	0,00	0,00	20.200,00	-3.200,00
3. Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	0,00	0,00	0,00	0,00	39.000,00	-39.000,00
4. Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5. Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6. Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7. Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	17.700,00	17.700,00	0,00	0,00	1.355.900,00	-1.338.200,00
8. Andere Rückstellungen *	675.376,35	670.476,35	2.300,00	2.600,00	386.719,62	288.656,73
Rückstellungen insgesamt	710.076,35	705.176,35	2.300,00	2.600,00	1.801.819,62	-1.091.743,27

* davon 580.000 € für Gebührenerstattungen im Bereich Schmutzwasser, weitere Erläuterungen s. Punkt 3.8 des Anhangs

VI. Rechenschaftsbericht

Sonderrechnung Stadtentwässerung

Rechenschaftsbericht

1. Vorbemerkungen

Nach § 128 NKomVG ist der Anhang Teil des Jahresabschlusses. Dem Anhang ist ein Rechenschaftsbericht beizufügen. Gem. § 57 GemHKVO werden im Rechenschaftsbericht, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend, der Verlauf der Haushaltswirtschaft (s. Ziffer 3) und die finanzwirtschaftliche Lage der Sonderrechnung (s. Ziffer 2) dargestellt. Dabei wird eine Bewertung der Jahresabschlussrechnungen vorgenommen (s. Ziffer 4).

Der Rechenschaftsbericht soll auch Vorgänge von besonderer Bedeutung enthalten, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind (s. Ziffer 5) sowie zu erwartende mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung sind (s. Ziffer 6). Des Weiteren sind gem. § 20 Abs. 5 GemHKVO die Gründe für die Übertragung von Ermächtigungen (s. Ziffer 3.5) im Rechenschaftsbericht darzulegen.

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses 2014 wurde das Finanzwesenverfahren SAP angewendet.

2. Finanzwirtschaftliche Lage der Sonderrechnung

Bei einer Bilanzsumme der Sonderrechnung in Höhe von 256.593.642,99 € im Jahresabschluss 2014 beläuft sich die unter den Passiva ausgewiesene Nettoposition auf rd. 90,6 Mio. €. Dies führt zu einer Nettopositionsquote von 35,3 % (Vorjahr 34,3 %).

Der Jahresüberschuss in Höhe von rd. 2.032.500 € ist Teil der Nettoposition. Gegenüber dem für 2014 geplanten Ergebnis war damit eine Verbesserung um rd. 3.268.500 € zu verzeichnen. Die Verbesserung beruht insbesondere auf höheren Gebühreneinnahmen und geringeren Aufwendungen für den AVB und die SE|BS. Das Ergebnis teilt sich auf in einen Überschuss im Gebührenbereich in Höhe von rd. 3.317.000 € und einen Fehlbetrag im neutralen Bereich in Höhe von 1.284.600 €. Bei der Beurteilung des Ergebnisses ist zu berücksichtigen, dass die Auflösung und Zuführung zum Sonderposten Gebührenausgleich aufgrund der Vorgaben des Landes nur in der Planung und nicht mehr im Ergebnis berücksichtigt werden. Der Planfehlbetrag in Höhe von 1.236.000 € ist somit nur mit dem neutralen Ergebnis direkt vergleichbar. Hier hat sich eine Verschlechterung um rd. 48.600 € ergeben. Dies beruht in erster Linie darauf, dass gegenüber der Planung aufgrund des weiterhin niedrigen Zinsniveaus geringere Gebührenerträge für kalkulatorische Zinsen angefallen sind, die sich positiv auf das Ergebnis auswirken. Demgegenüber stehen geringere Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen. Die Fehlbeträge im neutralen Bereich führen zu einer Abnahme der Rücklagen der Sonderrechnung.

Der Bestand an Finanzmitteln hat sich in der Summe geringfügig erhöht.

Die Geldverschuldung der Sonderrechnung ist wie im Vorjahr Null.

Bei einer Gesamtbetrachtung zeigt sich hinsichtlich der Kennzahlen, der ordentlichen Erträge und Aufwendungen sowie der liquiden Mittel eine stabile Entwicklung ohne besondere Auffälligkeiten. Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass die geringen Veränderungen bei den liquiden Mitteln auch darauf beruhen, dass derzeit umfangreiche Gebührenvorträge in der Sonderrechnung vorhanden sind, die den Gebührenzahlern in den kommenden Jahren gutgeschrieben werden müssen.

2.1 Ergebnisrechnung

Die Ergebnisrechnung 2014 weist bei ordentlichen Erträgen in Höhe von rd. 60,9 Mio. € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von rd. 58,6 Mio. € einen Überschuss beim ordentlichen Ergebnis in Höhe von 2.257.856,71 € aus. Der Überschuss setzt sich aus einem Überschuss in Höhe von 3.317.017,66 € aus dem Gebührenbereich und einem Fehlbetrag in Höhe von 1.059.160,95 € aus dem neutralen Bereich zusammen. Aufgrund der Regelungen des Landes wird der Überschuss aus dem Gebührenbereich im Rahmen des Beschlusses über den Jahresabschluss dem Sonderposten Gebührenausgleich zugeführt. Der dann verbleibende Fehlbetrag wird aus der Rücklage des ordentlichen Ergebnisses ausgeglichen.

Abgesehen davon ist es 2014 zu außerordentlichen Erträgen in Höhe von rd. 89.500 € sowie außerordentlichen Aufwendungen in Höhe von rd. 314.900 € gekommen. Daraus ergibt sich ein außerordentliches Ergebnis in Höhe von -225.383,18 €. Die außerordentlichen Aufwendungen bestehen in erster Linie aus Abgängen von Anlagegütern im Bereich des Kanalvermögens, die im Rahmen von Kanalsanierungsmaßnahmen ausgetauscht wurden und bei denen die Nutzungsdauer noch nicht abgelaufen war. Der in dem Fehlbetrag beim außerordentlichen Ergebnis enthaltene Anteil, der Verlusten aus Anlagenabgang beim Kanalvermögen zuzuordnen ist, wird aus der Sonstigen Rücklage gedeckt (290.156,10 €; s. Punkt 3.6 des Anhangs). Abgesehen davon hat sich ein Überschuss ergeben, der der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt wird (64.772,92 €).

Die Ergebnisrechnung weist insgesamt einen Jahresüberschuss in Höhe von 2.032.473,53 € aus.

2.2 Finanzrechnung

In der Finanzrechnung ergibt sich aus den Ein- und Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit ein Überschuss (Saldo) in Höhe von rd. 91.800 €. Die Differenz zum Überschuss der Ergebnisrechnung ist darauf zurückzuführen, dass bestimmte Erträge der Ergebnisrechnung (z. B. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten) und bestimmte Aufwendungen der Ergebnisrechnung (z. B. Abschreibungen und Zuführungen zu Rückstellungen und Sonderposten) nicht zahlungswirksam sind.

Aus der Investitionstätigkeit ergibt sich ein Fehlbetrag (Saldo) aus Einzahlungen und Auszahlungen in Höhe von rd. 20.800 €.

Insgesamt ergibt sich in der Finanzrechnung ein Überschuss in Höhe von rd. 71.400 €.

2.3 Geldschulden und Bestand an Zahlungsmitteln

Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen haben wie im Vorjahr einen Bestand von 0,00 €.

Der Bestand an Zahlungsmitteln hat sich im Jahr 2014 um rd. 71.400 € erhöht.

2.4 Kennzahlen des Jahresabschlusses zum 31.12.2014

Zur Beurteilung des Jahresabschlusses wurden einige Kennzahlen gebildet und soweit vorhanden mit den Kennzahlen der beiden Vorjahre verglichen. Basis für die Auswahl sind die Vorgaben des Landes hinsichtlich der zu berichtenden Kennzahlen. Für die Sonderrechnung Stadtentwässerung erfolgt dabei nur eine Darstellung der für die Sonderrechnung relevanten Kennzahlen. Auf eine Darstellung der Personalaufwandsquote (rd. 0,5 %), der Zinslastquote (0 %), der Abschreibungsintensität und der Reinvestitionsquote wurde verzichtet, da diese

aufgrund der Ausgliederung des operativen Geschäftes keine oder nur eine untergeordnete Rolle spielen bzw. ohne die ausgelagerten Bereiche nicht aussagekräftig sind.

In der folgenden Übersicht sind die Kennzahlen dargestellt. Danach folgen weitere Erläuterungen zu den einzelnen Kennzahlen, wobei die Nummerierung aus der Tabelle zur Orientierung mit übernommen wurde.

	Kennzahlen Bilanz	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014
A	Kapitalstruktur			
A.1	Nettopositionsquote (Eigenkapitalquote)	34,5 %	34,3 %	35,3 %
A.2	Geldverschuldungsgrad	0,0 %	0,0 %	0,0 %
B	Finanzstruktur(Liquidität)			
B.1	Liquidität	30.734.071 €	30.780.183 €	30.851.558 €

	Kennzahlen Ergebnisrechnung	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014
C	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-0,6 Mio. €*	-0,2 Mio. €	2,0 Mio. €

* aufgrund der neuen Vorgaben des Landes hinsichtlich der Auflösung und Zuführung des Sonderpostens Gebührenausgleich sind die Ergebnisse nicht vergleichbar.

Die aufgelisteten Kennzahlen wurden wie folgt ermittelt:

Kennzahlen Bilanz

A. Kapitalstruktur

A.1 Nettopositionsquote (Eigenkapitalquote)

Berechnung: $\frac{\text{Nettoposition} * 100}{\text{Bilanzsumme}}$

Datenbasis: Die Nettoposition wurde in vollem Umfang (inkl. Sonderposten) berücksichtigt.

Bilanzposition		31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014
P1	Nettoposition	95,0 Mio. €	90,7 Mio. €	90,6 Mio. €
Passiva	Bilanzsumme	275,6 Mio. €	264,8 Mio. €	256,6 Mio. €
	Nettopositionsquote	34,5 %	34,3 %	35,3 %

Die Nettopositionsquote zeigt an in welchem Umfang die Sonderrechnung eigenfinanziert ist. Bei der Beurteilung des Wertes sind allerdings die Besonderheiten der Sonderrechnung zu berücksichtigen. Aufgrund des dem AVB eingeräumten Kanalnetznutzungsrechtes besteht die Passivseite in der Sonderrechnung größtenteils aus einem passiven Rechnungsabgrenzungsposten und nicht aus Kreditverbindlichkeiten. Der Abwasserentsorgungsvertrag mit der SE|BS führt dazu, dass in die Sonderrechnung derzeit kein fremdfinanziertes neues Anlagevermögen aufgenommen wird.

A.2 Geldverschuldungsgrad

Alle Kredite der Sonderrechnung wurden in den vergangenen Jahren abgelöst. Es bestehen somit keine Geldschulden.

B Finanzstruktur (Liquidität)

B.1 Liquidität

Bilanzposition		31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014
A4	Liquide Mittel	30.734.071 €	30.780.183 €	30.851.558 €

In der Kennzahlenübersicht ist die in der Bilanz ausgewiesene Liquidität der Sonderrechnung dargestellt. Die Höhe der in der Sonderrechnung Stadtentwässerung ausgewiesenen Liquidität beruht in erster Linie auf den Einzahlungen im Rahmen der Privatisierung des Stadtentwässerungsbetriebes und den in der Sonderrechnung vorhandenen Gebührenüberschüssen, die innerhalb von drei Jahren in die Gebührenkalkulation einzubeziehen sind. Der aus den Einzahlungen im Rahmen der Privatisierung noch zur Verfügung stehende Betrag dient zur Abdeckung von bestimmten Risiken (z.B. nicht gebührenfähige Entgelte, Verluste aus Anlagenabgängen) während der Vertragslaufzeit bis 2035. Die liquiden Mittel reichen auch in den kommenden Jahren dazu aus, Risiken abzudecken und Verluste zu vermeiden, die ansonsten durch den Kernhaushalt auszugleichen wären.

Kennzahlen Ergebnisrechnung

C. Jahresüberschuss / -fehlbetrag

Ergebnisrechnung	2012	2013	2014
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	-646.534 €	-207.477 €	2.032.474 €

Der Jahresüberschuss/-fehlbetrag resultiert bei der Anwendung der für das Jahr 2012 gültigen Regelungen des NKR nur aus den nicht gebührenrelevanten Bereichen der Sonderrechnung. Dies sind neben den Aufgaben, die die Sonderrechnung für den städtischen Haushalt abwickelt (z. B. Gewässerdienst, Sinkkastenreinigung) insbesondere die Verluste aus Anlagenabgang, die Zinserträge aus Mitteln, die der Sonderrechnung im Rahmen der Privatisierung zugeflossen sind sowie die Abwicklung des Kanalnetznutzungsvertrages mit dem AVB. Dabei führen insbesondere die Verluste aus Anlagenabgang regelmäßig zu Verlusten in der Sonderrechnung, die aus den im Rahmen der Privatisierung in der Sonderrechnung einbehaltenen Mitteln abzudecken sind. Das Ergebnis der Jahre 2013 und 2014 beinhaltet aufgrund der neuen Vorgaben des Landes dagegen auch das Ergebnis aus dem Gebührenbereich. Es ist daher mit dem Ergebnis 2012 nicht vergleichbar.

3. Verlauf der Haushaltswirtschaft

3.1 Gesamt-Ergebnisrechnung

Das Haushaltsjahr 2014 schloss mit folgenden Ergebnissen ab:

2014	Saldo		Abweichung	
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr/- weniger	
	EUR		EUR	%
Ordentliches Ergebnis	-536.000	2.257.857	2.793.857	521,2
Außerordentliches Ergebnis	-700.000	-225.383	-474.617	67,8
Gesamtergebnis	-1.236.000	2.032.474	3.268.474	581,7

Die Gesamtergebnisrechnung schließt mit einer Ergebnisverbesserung im Vergleich zum Planansatz ab. Dies beruht im Wesentlichen darauf, dass aufgrund der neuen Vorgaben des Landes auch das Ergebnis aus dem Gebührenbereich in das Ergebnis einfließt.

Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich folgende Entwicklung:

2013/2014	Saldo		Abweichung	
	2013	2014	+ mehr/- weniger	
	EUR		EUR	%
Ordentliches Ergebnis	1.398.986	2.257.857	858.871	61,4
Außerordentliches Ergebnis	-1.606.463	-225.383	1.381.080	86,0
Gesamtergebnis	-207.477	2.032.474	2.239.951	1079,6

Das Gesamtergebnis liegt insbesondere aufgrund der höheren Erträge aus Gebühreneinnahmen und der geringeren Aufwendungen für den AVB über dem Vorjahr. Zudem hatte es 2013 durch die Bildung der Rückstellung aufgrund der Neuberechnung der Abwassergebühren 2005 bis 2009 in Höhe von rd. 1,3 Mio. € einen Sondereffekt gegeben.

3.2 Gesamt-Finanzrechnung

Das Haushaltsjahr 2014 schloss mit folgenden Ergebnissen ab:

2014	Saldo		Abweichung	
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr/- weniger	
	EUR		EUR	%
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.849.500	91.776	2.941.276	103,2
Saldo aus Investitionstätigkeit	-292.500	-20.739	271.761	92,9
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0,0
Gesamtergebnis	-3.142.000	71.036	3.213.036	102,3

Die Finanzrechnung schließt entsprechend der Ergebnisrechnung mit einer deutlichen Ergebnisverbesserung im Vergleich zum Planansatz ab.

Das Gesamtergebnis und der Saldo der haushaltsunwirksamen Vorgänge führt für das Haushaltsjahr 2014 zu einer Finanzmittelveränderung in Höhe von 71.374,90 €. Zum 31. Dezember 2014 ergibt sich damit ein Gesamtbestand an Zahlungsmitteln in Höhe von 30.851.557,92 €.

Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich folgende Entwicklung:

2013/2014	Saldo		Abweichung	
	2013	2014	+ mehr/- weniger	
	EUR		EUR	%
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	136.838	91.776	-45.062	-32,9
Saldo aus Investitionstätigkeit	-93.793	-20.739	73.054	77,9
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0
Gesamtergebnis	43.046	71.036	27.990	65,0

3.3 Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Entwicklung / Planung

3.3.1 Abwasserableitung

Das operative Geschäft hinsichtlich der Abwasserableitung wird im Wesentlichen von der Stadtentwässerung Braunschweig GmbH (SE|BS) durchgeführt. Hierfür werden auf Basis des Abwasserentsorgungsvertrages Betriebs- und Kapitalkostenentgelte gezahlt. Zu den Tätigkeiten der SE|BS gehört insbesondere die Erneuerung und Erweiterung des Kanalnetzes. Dazu gibt es detaillierte Vorgaben aus dem Abwasserentsorgungsvertrag.

Nach Abwasserentsorgungsvertrag kann die SE|BS die kumulierte Summe des in Anlage 4.4 des Abwasserentsorgungsvertrages aufgenommenen Planbudgets investieren. Unter Berücksichtigung der Anpassungsklausel stand der SE|BS dafür von 2006 bis 2014 ein Planbudget in Höhe von rd. 93,6 Mio. € zur Verfügung. Aus diesem Planbudget wurden Kanalbaumaßnahmen in Höhe von rd. 75,7 Mio. € bereits umgesetzt sowie rd. 6,3 Mio. € in die Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert. Diese Maßnahmen sind abgeschlossen und in den an die SE|BS zu zahlenden Kapitalkostenentgelten berücksichtigt. Darüber hinaus wurden bis einschließlich 2014 weitere Maßnahmen in Höhe von rd. 12,4 Mio. € abgestimmt, die aber erst in den Folgejahren fertiggestellt werden. Dabei wurde das Planbudget um rd. 0,8 Mio. € überschritten. Dies hing mit der Spontanmaßnahme in der Hans-Sommer-Straße zusammen. In der Hans-Sommer-Straße hatten sich Hohlräume unter der Fahrbahn gebildet, so dass Gefahr in Verzug bestand. Die dabei entstandene Mehrbelastung von rd. 2,8 Mio. € in 2014 konnte weitestgehend durch Anpassungen bei den für 2014 geplanten Investitionen der SE|BS bis auf die erwähnte Überschreitung des Planbudgets in Höhe von rd. 0,8 Mio. € aufgefangen werden. Diese verbleibende Differenz wird bei den Abstimmungen in den Folgejahren berücksichtigt.

Die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen in dem jeweiligen Jahr hängt stark von der städtischen Baukoordinierung sowie den beteiligten Bauträgern ab. So konnten von den vorgesehenen Maßnahmen des Jahres 2014 in geschätzter Höhe von rd. 11,2 Mio. € lediglich rd. 3,4 Mio. € fertiggestellt werden. Bei der Abweichung handelt es sich um die bereits beschriebenen Verschiebungen aus dem Bauprogramm sowie größere Projekte, die sich über zwei oder mehrere Jahre erstrecken. Die Fertigstellung dieser Maßnahmen erfolgt dann erst in den Folgejahren. Die Forfaitierungssumme für die Kanalbaumaßnahmen 2014 beträgt rd. 6,2 Mio. €. Hierin sind rd. 2,8 Mio. € von abgestimmten Maßnahmen der Vorjahre enthalten.

Größere Maßnahmen innerhalb des Planbudgets im Jahr 2014:
Neunkirchner Straße mit rd. 0,9 Mio. €, Mergesstraße mit rd. 0,9 Mio. €, Weinbergstraße mit rd. 0,8 Mio. €, Berliner Straße mit rd. 0,7 Mio. €

Des Weiteren sind bisher im Rahmen von Besonderen Maßnahmen gemäß Abwasserentsorgungsvertrag in den Jahren 2006 bis 2014 Investitionsmaßnahmen in Höhe von rd. 40,6 Mio. € abgeschlossen worden. Besondere Investitionen sind gemäß Vertrag mit der SE|BS Netzerweiterungen sowie die zum Vertragsbeginn von der SE|BS übernommenen Anlagen im Bau. Der exakte Umsetzungszeitpunkt dieser Maßnahmen, hängt dabei von vielen Faktoren wie z. B. der politischen Entscheidungsfindung und den Investoren der Bau- und Gewerbegebiete ab. Von den bis einschließlich dem Jahr 2014 mit der SE|BS abgestimmten und zunächst noch nicht abgeschlossenen „Besonderen Investitionen“ in Höhe von rd. 11,3 Mio. € wurden in 2014 Maßnahmen in einem Umfang von rd. 7,5 Mio. € abgeschlossen. Die Umsetzung der restlichen derzeit bekannten Maßnahmen in Höhe von rd. 3,8 Mio. € erfolgt in den kommenden Jahren.

Aufgrund der „Besonderen Investitionen“, die nicht auf das Planbudget anzurechnen sind, ergibt sich insgesamt ein höherer Investitionsbetrag als bei der Privatisierung geplant war. Dies wird sich auf die an die SE|BS zu zahlenden Kapitalkostenentgelte sowie auf die zukünftige Gebührenentwicklung entsprechend auswirken.

Bedeutende Besondere Investitionen im Jahr 2014:
Wendenstraße mit rd. 3,1 Mio. €, Salzdahlumer Straße mit rd. 1,6 Mio. €, Gewerbegebiet Braunstraße Süd mit rd. 1,0 Mio. €

Insgesamt sind zum 31.12.2014 für die Jahre 2015 ff. bereits Maßnahmen in Höhe von 15,9 Mio. € abgestimmt und noch nicht abgeschlossen:

➢ Kanalbaumaßnahmen aus dem Planbudget	12,1 Mio. €
➢ Besondere Investitionen	3,8 Mio. €
Gesamtsumme	15,9 Mio. €

Der Restbuchwert des bei der Stadt verbliebenen Anlagevermögens verringert sich abschreibungsbedingt und aufgrund von Anlagenzu- und -abgängen um ca. 9,4 Mio. € von 225,2 Mio. € auf 215,8 Mio. €. Der Reduzierung des Altanlagevermögens steht das bei der SE|BS in 2014 aktivierte Neu-Anlagevermögen mit einem Restbuch- bzw. Rückübertragungswert von 17,6 Mio. € inkl. Mehrwertsteuer gegenüber. Zum Zeitpunkt der Privatisierung (31.12.2005) betrug der Restbuchwert des bei der Stadt verbliebenen Anlagevermögens 287,2 Mio. € (ohne die an die SE|BS übergebenen Anlagen im Bau). Der Wert des Alt-Anlagevermögens hat sich bis Ende 2014 um 71,4 Mio. € auf 215,8 Mio. € reduziert. Dem gegenüber steht das bei der SE|BS von 2006 bis 2014 aktivierte Anlagevermögen mit einem Restbuch- bzw. Rückübertragungswert von 132,1 Mio. € inkl. Mehrwertsteuer. Das gesamte Anlagevermögen (Alt- und Neu-Anlagevermögen) hat sich damit vom 31.12.2005 bis zum 31.12.2014 um rd. 60,7 Mio. € erhöht. Es beträgt zum Stichtag 31.12.2014 ca. 347,9 Mio. €. Die Steigerung des Wertes des Anlagevermögens ergibt sich daraus, dass die Anschaffungskosten der neuen Kanäle höher sind als die entfallenden Werte der alten Kanäle und es zudem zu Netzerweiterungen gekommen ist.

Die für die Schmutzwassergebühr relevanten Frischwassermengen sind seit dem Jahr 2004 von rd. 13,6 Mio. m³ auf rd. 12,9 Mio. m³ im Jahr 2012 und rd. 12,7 Mio. m³ im Jahr 2013 (hochgerechnet) zurückgegangen. Der Rückgang der Mengen hat sich in den letzten Jahren zwar abgeschwächt, ist aber noch nicht zum Stillstand gekommen. Daneben nimmt die Einwohnerzahl trotz der umfangreichen Erschließungstätigkeit nicht im gleichen Verhältnis wie die Netzlänge und die damit erforderliche Investitionstätigkeit zu. Die Erschließung neuer Gebiete ist auch weiterhin durch ungünstige Baugrund- und Gefälleverhältnisse oftmals kostenintensiv.

Für die Reinvestitionen in das vorhandene Kanalnetz steht gemäß Anlage 4.4 „Planbudget Stadt zur Umsetzung des Investitionskonzeptes“ zum Abwasserentsorgungsvertrag ein jährliches Budget zur Verfügung. Außerdem soll gemäß Anlage 4.2 „Investitionskonzept“ zum Abwasserentsorgungsvertrag die Sanierungsrate (Rate für Erneuerung und Renovierung) des öffentlichen Kanalnetzes über die gesamte Vertragslaufzeit durchschnittlich mindestens 1,1 % pro Jahr betragen (angestrebt werden 1,25 % pro Jahr). Das vertraglich vorgesehene Mindestbudget wird bisher auch abgestimmt.

Trotzdem ist aus den Berichten der SEBS zur Kennzahlentwicklung zu entnehmen, dass bisher weder die angestrebte Erneuerungsrate noch die geforderte Verbesserung der Kennzahlen im Vergleich zum Anfangsgutachten erreicht werden. Die Kennzahlen wie u.a. Altersschwerpunkt, Nutzungsvorrat, Altersverteilung, Schadensklassenverteilung umfassen ein umfangreiches Tabellenwerk und sind daher hier im Detail nicht aufgenommen worden.

Um hier zu genaueren Erkenntnissen zu gelangen wurden in 2013 Gutachten zu diesem Thema beauftragt, aus deren Ergebnissen Handlungsoptionen abgeleitet werden sollen. Die Gutachten werden voraussichtlich im Jahr 2015 vorliegen.

3.3.2 Abwasserreinigung

Die Aufgaben der Abwasserreinigung werden durch den Abwasserverband Braunschweig (AVB) wahrgenommen. Die Stadt ist Mitglied im AVB und verfügt seit dem 9. April 2008 grundsätzlich über die Mehrheit der Stimmen im Vorstand und Verbandsausschuss des AVB. Für die Leistungen des AVB werden Mitgliedsbeiträge gezahlt, die auf Basis der Wirtschaftsplanung des AVB festgesetzt werden.

Die zu reinigende Abwassermenge für Braunschweig lag 2014 bei rd. 18,7 Mio. m³ (2013: 20,6 Mio. m³). Der Rückgang ist in erster Linie auf witterungsbedingte Einflüsse zurückzuführen.

Die Betriebsführung des Klärwerkes obliegt der Stadt auf Basis des mit dem AVB geschlossenen Betriebsführungsvertrages. Die Stadt hat wiederum die SE|BS mit der Erfüllung dieser Aufgaben beauftragt. Aktuell erfolgt eine Überarbeitung des aus dem Jahr 1979 stammenden Vertrages.

Zur ergänzenden Kontrolle der vertraglichen Erfüllung der übertragenen Aufgaben durch die SE|BS wurde auch für den Bereich des Betriebes des Klärwerkes Steinhof ein Gutachten beauftragt. Dieses Gutachten wurde 2014 abgeschlossen. Dabei wird der SE|BS bei der Betriebsführung ein einwandfreies Vorgehen bestätigt. Das Gutachten wird zusammen mit den Gutachten zum Kanalnetz in ein umfassendes Rahmengutachten einbezogen.

3.4 Vergleich Ergebnisrechnung/Betriebsabrechnung

Für die Sonderrechnung wird neben dem Jahresabschluss noch eine Betriebsabrechnung erstellt. Damit wird die Forderung des Kommunalabgabenrechts erfüllt, im Wege einer Nachkalkulation (Betriebsabrechnung) festzustellen, ob und ggf. welche Kostenüber- oder -unterdeckungen nach Ablauf des Kalkulationszeitraumes entstanden sind. Zudem wird damit ermittelt, in welcher Höhe die haushaltsrechtlich im Rahmen der Verwendung des Jahresergebnisses vorgesehene Zuführung zum Sonderposten Gebührenausgleich erfolgen muss. Die folgende Tabelle stellt eine Überleitung von dem Ergebnis der Betriebsabrechnung zu dem Ergebnis der Ergebnisrechnung dar.

Betriebsergebnis 2014	3.298.196,90 €
Aufwand Mitgliedsbeitrag Kapitalkosten	-12.902.069,22 €
Ertrag Auflösung Kanalnetznutzungsrecht	7.316.000,00 €
Ertrag kalkulatorische Zinsen	4.649.421,63 €
Kreditzinsen	0,00 €
Zinsen Privatisierungserlös	138.925,10 €
Periodenfremde Aufwendungen	-1.583,03 €
Periodenfremde Erträge	0,00 €
Auflösung von Rückstellungen	5.792,27 €
Auflösung Rechnungsabgrenzung AVB	-200.000,00 €
Erträge aus Anlagenabgang	0,00 €
Verluste aus Anlagenabgang	-314.929,26 €
Erträge aus der Auflösung von Zuschüssen	259.703,44 €
Korrektur nicht gebührenfähiger Mehrwertsteuer	-216.984,30 €
Ergebnis Ergebnisrechnung	2.032.473,53 €

Die Abweichungen zwischen der Betriebsabrechnung und der Ergebnisrechnung beruhen darauf, dass einige Positionen entweder nur im Jahresabschluss oder nur in der Betriebsabrechnung zu berücksichtigen sind.

So sind im Jahresabschluss die haushaltsrechtlichen Abschreibungen und der Zinsaufwand zu berücksichtigen, während in der Betriebsabrechnung die kalkulatorischen Abschreibungen und Zinsen verwendet werden. Da in der Stadtentwässerung die haushaltsrechtlichen und die kalkulatorischen Abschreibungen grundsätzlich identisch sind, werden diese hier nicht dargestellt. Zudem sind die Erträge und Verluste aus Anlagenabgang sowie die Erträge aus der Auflösung von Zuschüssen und nicht in der Betriebsabrechnung darzustellende periodenfremde Aufwendungen und Erträge nur haushaltsrechtlich zu berücksichtigen.

Des Weiteren ergeben sich im Bereich der Stadtentwässerung aufgrund der im Rahmen der Privatisierung getroffenen Vereinbarungen einige weitere Positionen, die zu Abweichungen zwischen der Betriebsabrechnung und der Ergebnisrechnung führen. So sind der Aufwand für den an den AVB zu zahlenden Mitgliedsbeitrag für das Kanalnetznutzungsrecht sowie der Ertrag für die Auflösung des passiven Rechnungsabgrenzungspostens, der sich aus der Zahlung für das Kanalnetznutzungsrecht im Rahmen der Privatisierung ergeben hat, nur in der Ergebnisrechnung zu berücksichtigen. Die liquiden Mittel zur Finanzierung des an den AVB zu zahlenden Mitgliedsbeitrages für das Kanalnetznutzungsrecht resultieren aus den Gebühreneinnahmen für die in der Kalkulation und Betriebsabrechnung berücksichtigten kalkulatorischen Kosten. Im Zusammenhang mit dem Kanalnetznutzungsrecht wurde zudem festgelegt, dass der AVB einen Betrag in Höhe von 6 Mio. € behalten und zur Senkung der Beiträge verwenden soll. Hierfür wurde ein aktiver Rechnungsabgrenzungsposten gebildet, der gleichmäßig über die Vertragslaufzeit aufgelöst wird. Diese Position wird ebenfalls nur in der Ergebnisrechnung berücksichtigt. Abgesehen davon wurde im Rahmen der Privatisierung noch festgelegt, dass die zu dem Zeitpunkt absehbare Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht zu Lasten des Gebührenzahlers gehen soll, soweit es sich um Entgeltbestandteile handelt, die ohne Privatisierung nicht mehrwertsteuerpflichtig gewesen wären. Daher wird in der Betriebsabrechnung die entsprechende Mehrwertsteuerkorrektur berücksichtigt.

Unter Berücksichtigung der im Rahmen der Verwendung des Jahresergebnisses vorzunehmenden Auflösung des Sonderpostens Gebührenausgleich sowie der weiteren Vorträge in der Betriebsabrechnung ergibt sich ein Vortrag auf die Folgejahre in Höhe von 8.002.265,80 €. Die insgesamt zu viel eingenommenen Gebühren, die dem Sonderposten Gebührenausgleich zugeordnet werden, müssen gem. § 5 NKAG innerhalb der nächsten drei Jahre in der Kalkulation gebührenmindernd berücksichtigt werden. Insgesamt ergibt sich hinsichtlich der Vorträge aus der Betriebsabrechnung folgende Entwicklung:

Vorträge aus der Betriebsabrechnung	**Stand 31.12.2013**	**Vortrag in 2014 aus Vorjahren**	**Vortrag von 2014 auf Nachjahre**	**Stand 31.12.2014**
Gebührenvorträge (Sonderposten Gebührenausgleich)	9.237.162,17 €	3.864.049,42 €	7.181.067,08 €	12.554.179,83 €
Vorträge der nicht gebühren-fähigen Kostenstellen	840.027,48 €	840.027,48 €	821.198,72 €	821.198,72 €
Summe	**10.077.189,65 €**	**4.704.076,90 €**	**8.002.265,80 €**	**13.375.378,55 €**

Der sich zum 31. Dezember 2014 ergebende Gesamtbetrag in Höhe von 13.375.378,55 € steht der Sonderrechnung nicht auf Dauer zur Verfügung und kann nicht zur Abdeckung von haushaltsrechtlichen Verlusten verwendet werden. Die Anpassung des Sonderpostens Gebührenausgleich wird mit dem Beschluss über den Jahresabschluss vorgenommen. Die hier dargestellten Zahlen gelten vorbehaltlich der noch endgültig fertigzustellenden Betriebs-abrechnung und beinhalten die Auswirkungen der Neuberechnung der Abwassergebühren für

die Jahre 2005 bis 2009, die an dieser Stelle im letzten Jahresabschluss noch nicht dargestellt waren.

3.5 Haushaltsreste

In der Sonderrechnung werden lediglich Haushaltsreste für Aufwendungen und damit verbundene Auszahlungen gebildet. Dabei handelt es sich um folgende Position:

	nicht verbraucht	Haushaltsrest
Prüfungs- und Beratungskosten	56.238,98 €	50.000,00 €

Die Übertragung ist erforderlich, da ein Teil der für 2014 vorgesehenen Beratungskosten erst im Jahr 2015 benötigt werden, hierfür jedoch keine gesonderten Mittel eingeplant wurden.

Im Hinblick auf den Jahresabschluss ist in jedem Einzelfall kritisch geprüft worden, ob und in welcher Höhe Haushaltsausgabereste notwendigerweise gebildet werden mussten. Soweit die Fortführung bereits begonnener Investitionsvorhaben im Haushaltsjahr 2015 sichergestellt ist, wurde von der Übertragung von Haushaltsmitteln aus 2014 abgesehen bzw. Haushaltsausgabereste in wesentlich geringerem Umfang gebildet als dies nach § 20 Abs. 2 GemHKVO möglich gewesen wäre. Nicht gebildete Haushaltsreste wurden bei Bedarf in den Folgejahren im Investitionsprogramm neu veranschlagt.

Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang, dass die Investitionen in das Kanalvermögen nicht im Investitionsprogramm der Sonderrechnung dargestellt werden. Die Investitionen werden von der SE|BS vorgenommen. Der Umfang der noch nicht abgeschlossenen Maßnahmen und die finanziellen Folgerungen daraus sind in Nr. 3.3.1 des Rechenschaftsberichtes beschrieben.

4. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögenslage der Sonderrechnung bestimmt sich insbesondere durch das Anlagevermögen im Bereich des Kanalnetzes. Genauere Ausführungen hierzu finden sich unter Nr. 3.2 des Anhangs. Aufgrund der Tatsache, dass die Investitionen in das Kanalnetz ab 2006 weitgehend bei der SE|BS aktiviert werden, beinhaltet das Anlagevermögen in erster Linie die vor dem Jahr 2006 angeschafften Bestandteile des Kanalnetzes. Abgesehen davon ist aufgrund der Ausgliederung des operativen Geschäfts nur in geringem Umfang Anlagevermögen vorhanden.

Die Finanzlage der Sonderrechnung ist insbesondere durch die Gebühreneinnahmen und die damit finanzierten Aufgaben gekennzeichnet. Hinzu kommen weitere Aufgaben, die durch Erstattungen aus dem städtischen Haushalt finanziert werden. Es ist auch in den kommenden Jahren eine ausreichende Liquidität vorhanden.

Die Ertragslage der Sonderrechnung wird weitgehend durch die Gebühreneinnahmen aus den einzelnen Gebührenbereichen bestimmt und ist als stabil anzusehen. Aufgrund der geringen Zinserträge und der vorzeitigen Anlagenabgänge im Bereich des Kanalvermögens ergeben sich in dem nicht gebührenfähigen Bereich Verluste, die auch in den kommenden Jahren aus den Rücklagen der Sonderrechnung abgedeckt werden können.

5. Nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetretene Vorgänge von besonderer Bedeutung

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Bilanzstichtag eingetreten sind, haben sich nicht ergeben.

6. Wesentliche finanzwirtschaftliche Risiken für die Aufgabenerfüllung

Die in der Sonderrechnung dargestellten Bereiche Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung sowie die Entsorgung aus Leichtflüssigkeitsabscheidern sind gebührenfinanziert. Aufgrund der kommunalabgabenrechtlichen Regelungen werden in diesen Bereichen auftretende Über- und Unterdeckungen innerhalb von drei Jahren ausgeglichen. Für die von der Sonderrechnung für den städtischen Haushalt durchgeführten Aufgaben (z. B. Gewässerunterhaltung, Sinkkastenreinigung) erfolgt eine Erstattung der tatsächlichen Kosten durch den städtischen Haushalt.

Aufgrund der Urteile des OVG Lüneburg aus dem Jahr 2013 wurde eine gesonderte Gebühr für die Entsorgung aus abflusslosen Sammelgruben eingeführt, die nur zu 50% kostendeckend ist. Zudem können die Aufwendungen für die Einleitung von sonstigem Wasser (z. B. aus Baumaßnahmen und Grundwassersanierungen) nicht mehr in die Kalkulation der Niederschlagswassergebühren eingerechnet werden. Hierdurch ergeben sich derzeit Verluste in Höhe von rd. 150.000 € pro Jahr, die aus der Sonderrechnung getragen werden müssen.

Die abgesehen davon in der Sonderrechnung planmäßig auftretenden Verluste werden durch die in der Vergangenheit hierfür gebildeten Rücklagen aus der Privatisierung der Stadtentwässerung abgedeckt. Inwieweit langfristig betrachtet hieraus ein Risiko für die Sonderrechnung resultiert, richtet sich nach der tatsächlichen Höhe der Verluste (z. B. der Verluste aus Anlagenabgängen) sowie der weiteren Zinsentwicklung.

Aus dem Geschäftsverlauf (s. Punkt 3.3) ist erkennbar, dass sich die Schmutzwassermengen auf dem derzeitigen Niveau zu stabilisieren scheinen. Die Kosten der Abwasserbeseitigung werden sich aufgrund steigender gesetzlicher Anforderungen sowohl an die Schmutz- bzw. Niederschlagswasserableitung als auch an die Abwasser- und Klärschlammbehandlung tendenziell erhöhen.

Zum Erhalt des Kanalnetzes sind Investitionen in die Substanz erforderlich. Sie fließen für den Kanalbereich aufgrund des langen Abschreibungszeitraumes über einen langen Zeitraum verteilt in die Gebührenkalkulation ein (in einem Jahr 1/80 des Anschaffungswertes zuzüglich kalkulatorischer Zinsen). Um die Belange an ein zukunftsfähiges Netz zu erhalten, wird im Zuge des zurzeit erstellten Vertragserfüllungsgutachtens eine Empfehlung für eine zukünftige Investitionsstrategie erwartet.

Dies wird aus heutiger Sicht in der Zukunft zu weiter steigenden Gebührensätzen führen.

Um für die von der SE|BS vorgenommenen Investitionen möglichst günstige Finanzierungskonditionen zu erhalten, erfolgt eine Forfaitierung der an die SE|BS zu zahlenden Kapitalkostenentgelte. Damit verbunden ist eine Einredeverzichtserklärung der Stadt Braunschweig gegenüber den Banken hinsichtlich der aus den Entgelten resultierenden Forderungen der SE|BS.

Eine Darstellung des Vertrages mit der SE|BS und der Mitgliedschaft beim AVB sowie der daraus resultierenden finanziellen Verpflichtungen findet sich in den Vermerken unterhalb der Bilanz.

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

Jahresabschluss

Sonderrechnung Abfallwirtschaft

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

Feststellung des Jahresabschlusses der Sonderrechnung Abfallwirtschaft der Stadt Braunschweig für das Haushaltsjahr 2014 gem. § 129 NKomVG

Die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2014
der Sonderrechnung Abfallwirtschaft der Stadt Braunschweig
wird gem. § 129 NKomVG festgestellt.

Braunschweig, den 26.5.15

Geiger
Stadtrat

Jahresabschluss Sonderrechnung Abfallwirtschaft
Inhaltsverzeichnis

		Seite
I.	Bilanz	
1.	Komprimierte Darstellung der Bilanz	
2.	Bilanz	
3.	Vermerke unterhalb der Bilanz	
II.	Gesamt-Ergebnisrechnung	
III.	Gesamt-Finanzrechnung	
IV.	Anhang	
1.	Allgemeine Erläuterungen	1
2.	Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	2
3.	Erläuterung der wesentlichen Bilanzpositionen und der darauf angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	3
4.	Weitere Erläuterungen zur Bilanz	8
5.	Erläuterungen der wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung	8
6.	Erläuterungen der wesentlichen Positionen der Finanzrechnung	11
7.	Über- und außerplanmäßige Ausgaben	13
8.	Verpflichtungsermächtigungen	13
V.	Anlagen zum Anhang	
1.	Anlagenübersicht	
2.	Forderungsübersicht	
3.	Schuldenübersicht	
4.	Rückstellungsübersicht	
VI.	Rechenschaftsbericht	
1.	Vorbemerkungen	1
2.	Finanzwirtschaftliche Lage der Sonderrechnung	1
3.	Verlauf der Haushaltswirtschaft	5
4.	Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	11
5.	Nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetretene Vorgänge von besonderer Bedeutung	11
6.	Wesentliche finanzwirtschaftliche Risiken für die Aufgabenerfüllung	11

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

I. Bilanz

Sonderrechnung Abfallwirtschaft

1. **Komprimierte Darstellung Bilanz**
2. **Bilanz**
3. **Vermerke unterhalb der Bilanz**

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

1. Komprimierte Darstellung Bilanz

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Sonderrechung Abfallwirtschaft - Bilanz zum 31. Dezember 2014

Aktiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -
1. Immaterielles Vermögen	60.900,00	58.100,00	1. Nettoposition		
			1.1 Basis-Reinvermögen	2.984.158,29	2.984.158,29
2. Sachvermögen	17.127.745,00	16.387.098,00	1.2 Rücklagen	10.681.491,87	10.147.969,35
			1.3 Jahresergebnis mit der Angabe des Betrages der Vorbelastung	-640.544,19	504.550,37
3. Finanzvermögen	886.429,96	995.374,35	aus Haushaltsresten für Aufwendungen *)		
			1.4 Sonderposten	3.705.525,86	3.598.504,19
4. Liquide Mittel	27.068.002,62	25.400.045,03		16.730.631,83	17.235.182,20
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	13.009,42	13.328,62	2. Schulden		
			2.1 Geldschulden		
			2.1.1 Liquiditätskredite	0,00	0,00
			2.1.2 Geldschulden (ohne Liquiditätskredite)	932.388,00	881.020,00
				932.388,00	881.020,00
			2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00
			2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	178.597,50	302.837,58
			2.4 Transferverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.5 Sonstige Verbindlichkeiten	17.563,33	17.230,07
				196.160,83	320.067,65
			3. Rückstellungen	27.296.906,34	24.417.676,15
			4. Passive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00
Bilanzsumme	45.156.087,00	42.853.946,00		45.156.087,00	42.853.946,00

*) davon Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen 2013 = 0,00 €; 2014 = 160.000,00 €

Braunschweig, den 26.5.2015

Schlimme (Fachbereichsleiter Finanzen)

2. Bilanz

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Sonderrechung Abfallwirtschaft - Bilanz zum 31. Dezember 2014

Aktiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -
1. Immaterielles Vermögen			1. Nettoposition		
1.1 Konzessionen	0,00	0,00	1.1 Basis-Reinvermögen		
1.2 Lizenzen	0,00	0,00	1.1.1 Reinvermögen	2.984.158,29	2.984.158,29
1.3 Ähnliche Rechte	0,00	0,00	1.1.2 Sollfehlbetrag aus kameralem Abschluss (Minusbetrag)	0,00	0,00
1.4 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	0,00	0,00		2.984.158,29	2.984.158,29
1.5 Aktivierter Umstellungsaufwand	0,00	0,00			
1.6 Sonstiges immaterielles Vermögen	60.900,00	58.100,00	1.2 Rücklagen		
	60.900,00	58.100,00	1.2.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	2.115.265,42	1.616.409,57
			1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	89.219,02	54.552,35
2. Sachvermögen			1.2.3 (nicht besetzt) *)	0,00	0,00
2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	93.501,00	82.466,00	1.2.4 Zweckgebundene Rücklagen	0,00	0,00
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	0,00	0,00	1.2.5 Sonstige Rücklagen	8.477.007,43	8.477.007,43
2.3 Infrastrukturvermögen	17.018.592,00	16.292.202,00		10.681.491,87	10.147.969,35
2.4 Bauten auf fremden Grundstücken	0,00	0,00			
2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	0,00	0,00	1.3 Jahresergebnis		
2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	14.575,00	10.287,00	1.3.1 Fehlbeträge aus Vorjahren	0,00	0,00
2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere	1.077,00	2.143,00	1.3.2 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag mit Angabe des Betrages	-640.544,19	504.550,37
2.8 Vorräte	0,00	0,00	der Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen **)		
2.9 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	0,00	0,00		-640.544,19	504.550,37
	17.127.745,00	16.387.098,00			
			1.4 Sonderposten		
3. Finanzvermögen			1.4.1 Investitionszuweisungen und -zuschüsse	0,00	0,00
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	1.4.2 Beiträge und ähnliche Entgelte	0,00	0,00
3.2 Beteiligungen	0,00	0,00	1.4.3 Gebührenausgleich	3.705.525,86	3.598.504,19
3.3 Sondervermögen mit Sonderrechnung	0,00	0,00	1.4.4 Bewertungsausgleich	0,00	0,00
3.4 Ausleihungen	0,00	0,00	1.4.5 Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	0,00	0,00
3.5 Wertpapiere	0,00	0,00	1.4.6 Sonstige Sonderposten	0,00	0,00
3.6 Öffentlich-rechtliche Forderungen	352.027,96	476.756,51		3.705.525,86	3.598.504,19
3.7 Forderungen aus Transferleistungen	0,00	0,00			
3.8 Sonstige privatrechtliche Forderungen	41.189,25	42.951,69	2. Schulden		
3.9 Sonstige Vermögensgegenstände	493.212,75	475.666,15	2.1 Geldschulden		
	886.429,96	995.374,35	2.1.1 Anleihen	0,00	0,00
			2.1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	932.388,00	881.020,00
4. Liquide Mittel	27.068.002,62	25.400.045,03	2.1.3 Liquiditätskredite	0,00	0,00
			2.1.4 Sonstige Geldschulden	0,00	0,00
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	13.009,42	13.328,62		932.388,00	881.020,00

*) Da eine Vermögenstrennung nicht vorgenommen wird, bleibt die Position 1.2.3 gem. § 54 Abs. 4 S. 2 GemHKVO frei
**) davon Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen 2013 = 0,00 €; 2014 = 160.000,00 €

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Sonderrechung Abfallwirtschaft - Bilanz zum 31. Dezember 2014

Aktiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -
			2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00
			2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	178.597,50	302.837,58
			2.4 Transferverbindlichkeiten		
			2.4.1 Finanzausgleichsverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.4.2 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke	0,00	0,00
			2.4.3 Verbindlichkeiten aus Schuldendiensthilfen	0,00	0,00
			2.4.4 Soziale Leistungsverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.4.5 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen/Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00
			2.4.6 Steuerverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.4.7 Andere Transferverbindlichkeiten	0,00	0,00
				0,00	0,00
			2.5 Sonstige Verbindlichkeiten		
			2.5.1 Durchlaufende Posten		
			2.5.1.1 Verrechnete Mehrwertsteuer	0,00	0,00
			2.5.1.2 Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer	3.955,96	4.329,15
			2.5.1.3 Sonstige durchlaufende Posten	0,00	0,00
				3.955,96	4.329,15
			2.5.2 Abzuführende Gewerbesteuer	0,00	0,00
			2.5.3 Empfangene Anzahlungen	0,00	0,00
			2.5.4 Andere sonstige Verbindlichkeiten	13.607,37	12.900,92
				17.563,33	17.230,07
			3. Rückstellungen		
			3.1 Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	0,00	0,00
			3.2 Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen	24.000,00	27.500,00
			3.3 Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	0,00	0,00
			3.4 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien	26.795.478,62	23.926.052,18
			3.5 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	0,00	0,00
			3.6 Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen	0,00	0,00
			3.7 Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	0,00	0,00
			3.8 Andere Rückstellungen	477.427,72	464.123,97
				27.296.906,34	24.417.676,15
			4. Passive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00
Bilanzsumme	45.156.087,00	42.853.946,00		45.156.087,00	42.853.946,00

Braunschweig, den 26.5.15

Schlimme (Fachbereichsleiter Finanzen)

973 von 1411 in Zusammenstellung

3. Vermerke unterhalb der Bilanz

Vermerke unterhalb der Bilanz

Gem. § 54 Abs. 5 GemHKVO sind unter der Bilanz die Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre zu vermerken, sofern sie nicht auf der Passivseite auszuweisen sind. Bei der Sonderrechnung Abfallwirtschaft der Stadt Braunschweig bestehen keine Vorbelastungen.

Sonstige langjährige Verpflichtungen:

- Zahlung eines jährlichen Leistungsentgeltes für die Wahrnehmung der Aufgaben Abfallbeseitigung und Straßenreinigung an die ALBA Braunschweig GmbH auf Basis der abgeschlossenen Leistungsverträge (Vertrag bis zum 31. Dezember 2020).

2014	29.278.033,95 €
Plan 2015	29.899.600,00 €
Prognose 2015 - 2019	144 Mio. €

  Für die Zeit bis zum Vertragsende 2020 ergäbe sich aus derzeitiger Sicht eine Belastung in Höhe von rd. 172 Mio. €. Bei der Prognose für die kommenden 5 Jahre bzw. bis Vertragsende wurden die Auswirkungen zukünftiger Index- und Mengenanpassungen sowie der zum 1. Januar 2016 vorgesehenen Angemessenheitsprüfung nicht berücksichtigt.

- Zahlung eines jährlichen Leistungsentgeltes für die thermische Behandlung des Restabfalls an die Firma REMONDIS GmbH & Co. KG, Region Nord (Vertrag bis zum 31. Januar 2019).

2014	6.496.053,99 €
Plan 2015	6.570.600,00 €
Prognose 2015 - 2019	26,8 Mio. €

  Für die Zeit bis zum Vertragsende 2019 ergäbe sich aus derzeitiger Sicht eine Belastung in Höhe von rd. 26,8 Mio. €. Bei der Prognose für die kommenden 5 Jahre bzw. bis Vertragsende wurden die Auswirkungen zukünftiger Index- und Mengenanpassungen nicht berücksichtigt.

- Zahlung eines jährlichen Leistungsentgeltes für die Deponiebewirtschaftung und die Einlagerung von Straßenbauabfällen auf der Deponie an die Stadtentwässerung Braunschweig GmbH (Vertrag bis 31. Dezember 2035, Kündigungsrecht zum 31. Dezember 2020)

2014	414.224,44 €
Plan 2015	580.000,00 €
Prognose 2015 - 2019	1,7 Mio. €

  Für die Zeit bis Ende 2020 ergäbe sich aus derzeitiger Sicht eine Belastung in Höhe von rd. 2,0 Mio. €. Bei der Prognose für die kommenden 5 Jahre bzw. bis Ende 2020 wurden die Auswirkungen zukünftiger Indexanpassungen nicht berücksichtigt.

- Zahlung eines jährlichen Mitgliedsbeitrages an den Abwasserverband Braunschweig für die Reinigung des Deponiesickerwassers (2014: 893.964,12 € /Ansatz 2015: 1.054.000 €). Die Mitgliedschaft ist unbegrenzt, es ist für die Dauer der Mitgliedschaft mit jährlichen Aufwendungen in entsprechender Höhe unter Berücksichtigung der jährlichen Preissteigerungen zu rechnen.

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

II. Gesamt-Ergebnisrechnung

Sonderrechnung Abfallwirtschaft

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Gesamt - Ergebnisrechung Sonderrechnung Abfallwirtschaft

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2013 - Euro -	Ergebnis 2014 - Euro -	Ansatz 2014 - Euro -	mehr (+) weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	40.334.793,30	41.540.340,30	42.426.200,00	-885.859,70	
6	Privatrechtliche Entgelte	15.338,76	15.338,76	15.300,00	38,76	
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	66.130,00	66.254,60	63.000,00	3.254,60	
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	145.248,10	129.796,82	42.500,00	87.296,82	
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
11	Sonstige ordentliche Erträge	7.630,00	33.394,44	0,00	33.394,44	
12	**Summe ordentliche Erträge**	40.569.140,16	41.785.124,92	42.547.000,00	-761.875,08	
Ordentliche Aufwendungen						
13	Aufwendungen für aktives Personal	403.394,43	424.873,52	456.900,00	-32.026,48	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.039.927,64	1.948.297,70	2.366.200,00	-417.902,30	0,00
16	Abschreibungen	944.377,51	747.291,94	791.500,00	-44.208,06	0,00
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	44.112,63	41.754,43	41.800,00	-45,57	0,00
18	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	37.743.205,47	38.139.475,69	39.283.700,00	-1.144.224,31	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	41.175.017,68	41.301.693,28	42.940.100,00	-1.638.406,72	0,00
21	**Ordentliches Ergebnis (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)**	-605.877,52	483.431,64	-393.100,00	876.531,64	0,00
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	61.163,18	25.645,73	0,00	25.645,73	
23	Außerordentliche Aufwendungen	95.829,85	4.527,00	0,00	4.527,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis (Zeilen 23 - 24)**	-34.666,67	21.118,73	0,00	21.118,73	0,00
25	**Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) Fehlbetrag (-)**	-640.544,19	504.550,37	-393.100,00	897.650,37	0,00

III. Gesamt-Finanzrechnung

Sonderrechnung Abfallwirtschaft

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Gesamt - Finanzrechnung Sonderrechnung Abfallwirtschaft

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2013 - Euro -	Ergebnis 2014 - Euro -	Ansatz 2014 - Euro -	mehr (+) weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0	0,00	
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0	0,00	
3	Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0	0,00	
4	Öffentlich-rechtliche Entgelte	40.669.241,63	41.442.200,29	41.104.700	337.500,29	
5	Privatrechtliche Entgelte	19.800,45	16.400,82	15.300	1.100,82	
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	66.130,00	66.254,60	63.000	3.254,60	
7	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	196.736,99	132.096,84	42.500	89.596,84	
8	Einzahlungen aus der Veräußerung geringwertiger Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0	0,00	
9	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	10,00	133,08	0	133,08	
10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	40.951.919,07	41.657.085,63	41.225.500	431.585,63	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
11	Auszahlungen für aktives Personal	428.279,82	422.209,18	456.900	-34.690,82	0
12	Auszahlungen für Versorgung	0,00	0,00	0	0,00	0
13	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.014.974,63	4.858.594,26	6.547.700	-1.689.105,74	0
14	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	44.820,38	42.460,88	41.800	660,88	0
15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0	0,00	0
16	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	37.853.653,76	37.948.123,82	39.283.700	-1.335.576,18	0
17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	39.341.728,59	43.271.388,14	46.330.100	-3.058.711,86	0
18	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeilen 10 - 17)**	1.610.190,48	-1.614.302,51	-5.104.600	3.490.297,49	0
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0	0,00	
20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0	0,00	
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0	0,00	
22	Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0	0,00	
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0	0,00	
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	0,00	0,00	0	0,00	0

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Gesamt - Finanzrechnung Sonderrechnung Abfallwirtschaft

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2013 - Euro -	Ergebnis 2014 - Euro -	Ansatz 2014 - Euro -	mehr (+) weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0	0,00	0
26	Baumaßnahmen	8.929,79	0,00	300.000	-300.000,00	0
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	2.287,08	31.000	-28.712,92	0
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0	0,00	0
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0	0,00	0
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0	0,00	0
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	8.929,79	2.287,08	331.000	-328.712,92	0
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 24 - 31)**	-8.929,79	-2.287,08	-331.000	328.712,92	0
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeilen 18 + 32)**	1.601.260,69	-1.616.589,59	-5.435.600	3.819.010	0
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0	0,00	0
35	Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	51.368,00	51.368,00	51.400	-32,00	0
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 34 - 35)**	-51.368,00	-51.368,00	-51.400	32,00	0
37	**Finanzmittelbestand (Zeilen 33 und 36)**	1.549.892,69	-1.667.957,59	-5.487.000	3.819.042,41	0
Haushaltsunwirksame Ein- und Auszahlungen (u.a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)						
38	Haushaltsunwirksame Einzahlungen	0,00	0,00		0,00	0
39	Haushaltsunwirksame Auszahlungen		0,00		0,00	0
40	**Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen** (Zeilen 38 und 39)	0,00	0,00	0	0,00	0
Finanzmittelbestand (Liquide Mittel)						
41	**Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Jahres**	25.518.109,93	27.068.002,62	27.068.003		
42	**Zahlungsmittelbestand am Ende des Jahres** (Summe Zeilen 37, 40 und 41)	27.068.002,62	25.400.045,03	21.581.003	3.819.042,41	0

IV. Anhang

Sonderrechnung Abfallwirtschaft

Anhang

Erläuterung des Jahresabschlusses 2014 der Sonderrechnung Abfallwirtschaft der Stadt Braunschweig zum 31. Dezember 2014

1. Allgemeine Erläuterungen

1.1 Rechtsform und Aufgabe der Abfallwirtschaft

Die Abfallwirtschaft der Stadt Braunschweig ist ein optimierter Regiebetrieb mit Sonderrechnung (§ 139 Absatz 1 i.V.m. § 136 Abs. 3 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz - NKomVG).

Die operativen Aufgaben der Abfallwirtschaft sind zum 1. Januar 2001 weitestgehend der damaligen Stadtreinigung Braunschweig GmbH (SRB) übertragen worden, die sich zum 1. Januar 2005 in ALBA Braunschweig GmbH (ALBA-BS) umbenannt hat. Die Beziehungen zwischen der Stadt Braunschweig und ALBA-BS sind in den Leistungsverträgen, Klarstellungsvereinbarungen „Straßenreinigung“ und „Abfall“ und in den Ergänzungsvereinbarungen zu den Leistungsverträgen geregelt. Die Leistungen von ALBA-BS werden mit verschiedenen Leistungsentgelten abgegolten.

Die Entsorgung und Verwertung der Abfälle erfolgt ebenfalls durch beauftragte Dritte. Bei den Restabfällen erfolgt die thermische Behandlung seit dem 1. Februar 2007 bei REMONDIS. Der Bio- und Grünabfall wird bei der ALBA Niedersachsen-Anhalt GmbH (ehem. Braunschweiger Kompost GmbH) verwertet.

Des Weiteren werden Aufgaben der Deponiebewirtschaftung ab dem 1. Januar 2006 durch die Stadtentwässerung Braunschweig GmbH (SEBS) ausgeführt. Zudem führt die SEBS seit 2009 auch den Einlagerungsbetrieb auf Schüttfeld III durch. Die Sickerwasserkläranlage gehört dem Abwasserverband Braunschweig (AVB) und wird im Rahmen des Betriebsführungsvertrages und des Abwasserentsorgungsvertrages ebenfalls von der SEBS betrieben.

Bei der Stadt sind die hoheitlichen Aufgaben der Abfallbeseitigung (Gebührenkalkulation und Satzungsvollzug) verblieben. Daneben ist dem Regiebetrieb der Deponiebetrieb und das Vertragscontrolling übertragen worden. Hinzu kommt die Durchführung des Projektes „Unser sauberes Braunschweig“.

1.2 Leitungs- und Kontrollfunktion des Rates

Die Aufgaben des Regiebetriebes "Abfallwirtschaft" werden seit dem 1. Januar 2006 von den Fachbereichen „Finanzen“ (FB 20) und „Tiefbau und Verkehr“ (FB 66) wahrgenommen.
Der Rat, der Verwaltungsausschuss und die sonstigen Ratsausschüsse sind für die in den §§ 58, 71, 76 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetztes (NKomVG) genannten Aufgaben zuständig soweit sie die Abfallwirtschaft betreffen. Dies betrifft insbesondere die Satzungshoheit (Abfallentsorgungssatzung, die Abfallentsorgungsgebührensatzung, die Straßenreinigungsverordnung , die Straßenreinigungssatzung und die Straßenreinigungsgebührensatzung).

2014 waren für die Sonderrechnung Abfallwirtschaft 3 Beamte in Vollzeit, 3 Beamte in Teilzeit und 2 Beschäftigte TVöD in Vollzeit tätig.

1.3 Serviceaufgaben

Nach Einführung der Dezentralen Ressourcenverantwortung entscheidet der Regiebetrieb "Abfallwirtschaft" über fast alle zu erledigenden Teilaufgaben in der Querschnittsverwaltung. Die Aufgabenwahrnehmung selbst erfolgt in der Regel durch die Servicebereiche; dies sind insbesondere:

Fachbereich „Zentrale Dienste“:	Stellenbewertung, Stellenplan, Personalwirtschaft, Lohn- / Gehaltsabrechnung
Referat Pressestelle:	Zusammenarbeit mit der Presse
Fachbereich „Finanzen“:	Kreditwesen, Abwicklung des Zahlungsverkehr, Grundstücksangelegenheiten, An- und Vermietung, Gebühreneinzug
Rechtsreferat:	Rechtsbeistand, gerichtliche Vertretung
Fachbereich „Soziales und Gesundheit“:	Einstellungsuntersuchungen, Arbeitssicherheit

Daneben erfüllt das Referat Rechnungsprüfungsamt die ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben.

1.4 Rechtliche Grundlagen für den Jahresabschluss

Der Jahresabschluss der Sonderrechnung wird nach den Regelungen der Verordnung über die selbständige Wirtschaftsführung kommunaler Einrichtungen (KomEinrVO) aufgestellt. Die Einrichtungsverordnung sieht vor, dass für die Sonderrechnung ein Jahresabschluss entsprechend § 128 Abs. 1 bis 3 NKomVG aufzustellen ist. Der Jahresabschluss besteht damit aus einer Ergebnisrechnung, einer Finanzrechnung, einer Bilanz und einem Anhang. Dem Anhang sind ein Rechenschaftsbericht, eine Anlagenübersicht, eine Schuldenübersicht, eine Forderungsübersicht und eine Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen beizufügen. Die Gliederung erfolgte nach den Regelungen der §§ 48 ff der Gemeindehaushalts- und -kassenverordnung (GemHKVO).

2. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Das Vermögen ist in der Bilanz getrennt nach dem immateriellen Vermögen, dem Sachvermögen, dem Finanzvermögen und den liquiden Mitteln ausgewiesen. Die Bewertung der Vermögensgegenstände, Schulden und Rückstellungen erfolgte gem. §§ 124 NKomVG i.V.m. 42 ff. GemHKVO.

Die Zugänge des Jahres 2014 sind mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten einschließlich der nicht abziehbaren Mehrwertsteuer zuzüglich Nebenkosten abzüglich Rabatte und Skonti angesetzt. Das bereits in der auf Grundlage der Einrichtungsverordnung (EinrVO-Kom) erstellten Bilanz zum 31. Dezember 2010 ausgewiesene Vermögen, ist mit den darin enthaltenen Werten übernommen worden.

Das Anlagevermögen wurde linear abgeschrieben.

Für die Ermittlung der Abschreibungen wurde für die in 2014 angeschafften Anlagegüter grundsätzlich die Abschreibungstabelle mit Abschreibungssätzen in der Kommunalverwaltung für Niedersachsen angewandt.

Gem. § 47 Abs. 2 der GemHKVO sind Anlagegüter, die einen Anschaffungswert zwischen 150 € und 1.000 € netto haben, einem Sammelposten zuzuordnen, der fünf Jahre lang mit je 20 % des Wertes aufgelöst werden soll. Aufgrund der geringen Anzahl und der Notwendigkeit, die Anlagegüter verschiedenen Kostenstellen zuzuordnen, wurde in der Sonderrechnung kein Sammelposten gebildet. Die einzeln erfassten Anlagegüter werden hinsichtlich der Abschreibung jedoch wie ein Sammelposten behandelt.

Die Einbeziehung von Fremdkapitalzinsen in die Herstellungskosten erfolgte 2014 nicht.

3. Erläuterung der wesentlichen Bilanzpositionen und der darauf angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

3.1 Immaterielles Vermögen

Das immaterielle Vermögen umfasst 0,1 % (Vorjahr 0,1 %) der Bilanzsumme.

Bilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Immaterielles Vermögen	60.900	100,0	58.100	100,0	-2.800	-4,6

Bei dem immateriellen Vermögen handelt es sich um ein Nutzungsrecht für ein mobiles Feuerlöschsystem. Die Bewertung erfolgt zum Anschaffungswert. Die Veränderung beruht auf Abschreibungen.

3.2 Sachvermögen

Das Sachvermögen umfasst 38,2 % (Vorjahr 37,9 %) der Bilanzsumme. Im Einzelnen gliedert sich das Sachvermögen in folgende Positionen:

Bilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an unbebauten Grundstücken	93.501	0,5	82.466	0,5	-11.035	-11,8
Infrastrukturvermögen	17.018.592	99,4	16.292.202	99,4	-726.390	-4,3
Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	14.575	0,1	10.287	0,1	-4.288	-29,4
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.077	0,0	2.143	0,0	1.066	99,0
Anlagen im Bau	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Sachvermögen	17.127.745	100,0	16.387.098	100,0	-740.647	-4,3

Der wesentliche Teil des Anlagevermögens besteht aus den Anlagegütern der Deponie in Watenbüttel. Die Bewertung der Anlagegüter erfolgt hinsichtlich der zum 1. Januar 2003 neu bewerteten Anlagegüter aus der Zeit vor dem 1. Januar 2001 mit den zum 1. Januar 2003 übernommenen historischen Wiederbeschaffungszeitwerten, den kumulierten und jährlichen Abschreibungen und den Restbuchwerten. Dieser Wert gilt damit als bilanzieller Anschaffungswert.

Die Bewertung der Zugänge nach dem 1. Januar 2001 erfolgt zu den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten.

Die Position „unbebaute Grundstücke“ beinhaltet eine Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme, die abgeschrieben wird.

Die Veränderungen beruhen in erster Linie auf Abschreibungen sowie auf Abgängen, die sich im Zusammenhang mit dem Beginn der Maßnahmen zur Deponierekultivierung ergeben haben. Zudem gab es einige Zu- und Abgänge im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung.

3.2.1 Infrastrukturvermögen

Das Infrastrukturvermögen teilt sich auf folgende Positionen auf:

Bilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	2.513.441	14,8	2.513.441	15,4	0,00	0,0
Straßen, Wege, Plätze	749.503	4,4	684.616	4,2	-64.887	-8,7
Sonstige Bauten (Deponie)	13.755.648	80,8	13.094.145	80,4	-661.503	-4,8
Infrastrukturvermögen	17.018.592	100,0	16.292.202	100,0	-726.390	-4,3

3.3 Finanzvermögen

Das Finanzvermögen umfasst 2,3 % (Vorjahr 2,0 %) der Bilanzsumme. Im Einzelnen gliedert sich das Finanzvermögen in folgende Positionen:

Bilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Öffentlich-rechtliche Forderungen	352.028	39,7	476.757	47,9	124.729	35,4
Privatrechtliche Forderungen	41.189	4,7	42.952	4,3	1.762	4,3
Sonstige Vermögensgegenstände	493.213	55,6	475.666	47,8	-17.547	-3,6
Finanzvermögen	886.430	100,0	995.374	100,0	108.944	12,3

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind grundsätzlich mit ihrem Nominalwert eingestellt worden. Einzel- und Pauschalwertberichtigungen wurden vorgenommen und von den Forderungen abgezogen, so dass in der Bilanz nur der Nettowert dargestellt ist. Debitorische Kreditoren und kreditorische Debitoren wurden als sonstige Forderungen bzw. Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Der Anstieg der öffentlich-rechtlichen Forderungen beruht insbesondere auf offenen Forderungen aus der Einlagerung auf Schüttfeld III.

Bei den öffentlich-rechtlichen Forderungen haben sich Einzelwertberichtigungen in Höhe von 742,64 € ergeben (Vorjahr: 8.795,85 €). Zudem wurde hinsichtlich der Forderungen aus Gebühren für die Abfallbehälter und die Straßenreinigung eine Pauschalwertberichtigung vorgenommen. Bei der Ermittlung der Pauschalwertberichtigung wurde davon ausgegangen, dass bei den Abfallbehältern 10 % und bei der Straßenreinigung 25 % der am 31. Dezember 2014 bestehenden offenen Forderungen aus dem Jahr 2014 nicht einbringbar sind. Hinsichtlich der Vorjahre wurde davon ausgegangen, dass bei den Abfallbehälter 40 % und bei der Straßenreinigung 50 % der offenen Forderungen nicht mehr einbringbar sind. Die Einschätzung erfolgte auf Basis der Entwicklung der offenen Forderungen der beiden Vorjahre. Eine Einzelwertberichtigung ist bei den offenen Forderungen aus den von der Stadt veranlagten Gebühren mit einem vertretbaren Aufwand nicht möglich.

3.4 Liquide Mittel

Die liquiden Mittel umfassen 59,3 % (Vorjahr 59,9 %) der Bilanzsumme.

Die liquiden Mittel werden zu ihrem Nominalwert in die Bilanz eingestellt.

Die Finanzmittel werden über den Cash-Pool der Stadt verwaltet. Das Konto läuft rechtsformbedingt auf den Namen der Stadt.

3.5 Aktive Rechnungsabgrenzung

Hier werden die Posten nach § 49 Abs. 1 und 2 GemHKVO ausgewiesen. In der Sonderrechnung ist dies die Beamtenbesoldung für Januar, die bereits im Dezember des Vorjahres ausgezahlt wird.

3.6 Nettoposition

Die Nettoposition umfasst 40,2 % (Vorjahr 37,1 %) der Bilanzsumme. Im Einzelnen gliedert sich die Nettoposition in folgende Positionen:

Bilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Reinvermögen	2.984.158	17,8	2.984.158	17,3	0	0,0
Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	2.115.265	12,6	1.616.410	9,4	-498.856	-23,6
Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	89.219	0,5	54.552	0,3	-34.667	-38,9
Sonstige Rücklagen	8.477.007	50,7	8.477.007	49,2	0	0,0
Jahresergebnis	-640.544	-3,8	504.550	2,9	1.145.095	178,8
Sonderposten Gebührenausgleich	3.705.526	22,1	3.598.504	20,9	-107.022	-2,9
Nettoposition	16.730.632	100,0	17.235.182	100,0	504.550	3,0

Das Haushaltsjahr 2014 schließt mit einem Überschuss in Höhe von 504.550,37 € ab.

Die Verwendung des Ergebnisses des Jahres 2013 wurde entsprechend dem Ratsbeschluss vom 24. März 2015 wie folgt vorgenommen:

	Ergebnisverwendung 2013	Bestand 31.12.2014
Ordentliches Ergebnis	- 605.877,52 €	
Außerordentliches Ergebnis	- 34.666,67 €	
Gesamtergebnis	- 640.544,19 €	
Zuführung (+)/Entnahme(-) Rücklage ordentliches Ergebnis	- 498.855,85 €	1.616.409,57 €
Zuführung (+)/Entnahme (-) Rücklage außerordentliches Ergebnis	- 34.666,67 €	54.552,35 €
Zuführung (+)/Entnahme (-) Sonderposten Gebührenausgleich	-107.021,67 €	3.598.504,19 €

Die „Sonstigen Rücklagen“ betragen 8.477.007,43 € (Vorjahr 8.477.007,43 €) und dienen dem Ausgleich von zu erwartenden nicht gebührenfähigen Verlusten zukünftiger Jahre.

Der Sonderposten Gebührenausgleich beinhaltet die Gebührenvorträge, die entsprechend des Nds. Kommunalabgabenrechtes innerhalb von 3 Jahren nach Abschluss des Jahres in der Gebührenkalkulation berücksichtigt werden müssen. Die Zuordnung zu dem Sonderposten wird erst mit dem Beschluss über die Ergebnisverwendung vorgenommen. Die Veränderung des Sonderpostens beruht somit auf der Auflösung und Zuführung, die sich aus den durch Beschluss festgestellten Jahresabschlussdaten des Jahres 2013 ergeben hat. Insgesamt ergibt sich dabei eine Entnahme in Höhe von 107.021,67 €. Aufgrund der Daten der Betriebsabrechnung 2014 ergibt sich in der Summe eine Zuführung in Höhe von 867.688,01 €, die nach dem entsprechenden Beschluss über die Ergebnisverwendung

vorzunehmen ist. Der Betrag setzt sich zusammen aus der planmäßigen Auflösung des Sonderpostens in Höhe von 1.321.443,16 € und der sich aus der Betriebsabrechnung ergebenden Zuführung in Höhe von 2.189.131,17 €.

3.7 Schulden

Der Begriff der Schulden nach dem NKomVG umfasst neben den Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen und Liquiditätskrediten auch die Verbindlichkeiten gegenüber Dritten und die sonstigen Verbindlichkeiten. Die Schulden umfassen 2,8 % (Vorjahr 2,5 %) der Bilanzsumme. Im Einzelnen gliedern sich die Schulden in folgende Positionen:

Bilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	932.388	82,6	881.020	73,4	-51.368	-5,5
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	178.598	15,8	302.838	25,2	124.240	69,6
Durchlaufende Posten	3.956	0,4	4.329	0,4	373	9,4
Sonstige Verbindlichkeiten	13.607	1,2	12.901	1,1	-706	-5,2
Schulden	1.128.549	100,0	1.201.088	100,0	72.539	6,4

Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen werden durch den städtischen Haushalt verwaltet.

Der Anstieg bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen beruht auf einer höheren Nachforderung von ALBA im Rahmen der Spitzabrechnung der Leistungsentgelte und der immer erst im folgenden Monat erfolgenden Abrechnung von ALBA für die Wertstofftonne, die 2014 eingeführt wurde.

Die „Sonstigen Verbindlichkeiten“ beinhalten die kreditorischen Debitoren (Debitoren, gegenüber denen die Stadt eine Verbindlichkeit hat).

Die Schulden sind gem. § 124 Abs. 4 NKomVG i.V.m. § 45 Abs. 8 GemHKVO zum Rückzahlungsbetrag bewertet.

3.8 Rückstellungen

Die Rückstellungen umfassen 57,0 % (Vorjahr 60,5 %) der Bilanzsumme. Im Einzelnen gliedern sich die Rückstellungen in folgende Positionen:

Bilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen	24.000	0,1	27.500	0,1	3.500	14,6
Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Rückstellung für Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien	26.795.479	98,2	23.926.052	98,0	-2.869.426	-10,7
Andere Rückstellungen	477.428	1,7	464.124	1,9	-13.304	-2,8
Rückstellungen	27.296.906	100,0	24.417.676	100,0	-2.879.230	-10,5

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden nicht gebildet, da die Stadt Braunschweig die rechtzeitige Bezahlung aller Beamten sicherstellt und die Sonderrechnung Abfallwirtschaft sich abhängig von den jährlich gezahlten Beamtenbezügen an den Versorgungsbezügen beteiligt.

In der Rückstellung für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen sind die Rückstellungen für Urlaubsverpflichtungen und Überstunden, berücksichtigt. Grundlage für die Berechnung der Urlaubs- und Überstundenrückstellung ist eine Aufstellung über Urlaubsansprüche und Überstunden, die mit durchschnittlichen Stundensätzen bewertet sind. Die Sozialabgaben wurden entsprechend berücksichtigt.

Die Rückstellung für Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien wurde fortgeschrieben. Aufgrund der im Jahr 2014 verwendeten Mittel für den ersten Bauabschnitt der Rekultivierung der Schüttfelder I, II und IIa (rd. 4,7 Mio. €) sowie der im Jahr 2014 erfolgten Zuführungen (rd. 1,8 Mio. €) ergibt sich zum 31. Dezember 2014 ein Bestand der Rückstellung in Höhe von 23.926.052,18 €. Die Zuführungen setzen sich zusammen aus der geplanten Aufstockung der Rückstellung in Höhe von 1,5 Mio. € aus den Abfallgebühren sowie in Höhe von rd. 129.800 € aus den mit den vorhandenen Mitteln erwirtschafteten Zinseinnahmen (Plan 42.500 €). Zudem wurden weitere rd. 168.700 € zugeführt, die aus den Gebühreneinnahmen für die Einlagerung auf Schüttfeld III finanziert werden (Plan 276.000 €). Hierbei ist eine Zuführung entsprechend der Menge vorgesehen, die im Jahr 2014 unter dem Plan lag.

Die notwendige Höhe der Rückstellung ergibt sich aus der aktuellen Kosten- und Maßnahmenplanung. Diese beruht auf dem Planfeststellungsbeschluss zur Rekultivierung der Schüttfelder I, II und IIa der Deponie aus dem Jahr 2012 und wurde anhand der Kostenentwicklung fortgeschrieben und durch die aktuelle Kostenschätzung des Ingenieurbüros bestätigt. Der gesamte Finanzbedarf beträgt rd. 25,1 Mio. € für die Rekultivierung der Schüttfelder I, II und IIa sowie rd. 14,2 Mio. € für das Schüttfeld III (Preisstand 2014). Hinzu kommt der Bedarf für die Nachsorgephase von mindestens 30 Jahren nach dem Abschluss der Rekultivierungsmaßnahmen.

Die noch fehlenden Mittel sollen bis zum Beginn der Rekultivierung des Schüttfeldes III (voraussichtlich im Jahr 2032) kontinuierlich angesammelt werden, um den Gebührenzahler möglichst gleichmäßig zu belasten. Dabei wird die bisherige Bewertungspraxis fortgeführt. Auf diese Art und Weise ist sichergestellt, dass die Mittel zum Rekultivierungszeitpunkt zur Verfügung stehen und alljährlich über Gebühreneinnahmen refinanziert werden können.

In den „Anderen Rückstellungen“ sind als wesentliche Position die Rückstellungen für Ersatzmaßnahmen enthalten, die anteilig verbraucht wurden. Die Mittel werden voraussichtlich 2015 benötigt. Die Notwendigkeit der Maßnahmen ergibt sich aus dem Planfeststellungsbeschluss zum Schüttfeld III der Deponie. Die Maßnahme wird jetzt umgesetzt nachdem die benötigten Grundstücke nach langwierigen Verhandlungen zur Verfügung stehen. Bei der Umsetzung kommt es jedoch zu Verzögerungen aufgrund von Vorgaben der Unteren Naturschutzbehörde, die zur Folge haben, dass nur zu bestimmten Zeiten Baumaßnahmen durchgeführt werden können.

Hinzu kommen weitere Rückstellungen, u.a. für Dienstjubiläen, leistungsorientierte Bezahlung, ausstehende Rechnungen und Prüfung des Jahresabschlusses. Bei der Rückstellung für Dienstjubiläen wurden die bisherige Beschäftigungszeit und die derzeit gültigen Zuwendungen bei einem Dienstjubiläum berücksichtigt.

3.9 Passive Rechnungsabgrenzung

Hier werden die Posten nach § 49 Abs. 3 und 4 GemHKVO ausgewiesen. In der Sonderrechnung gibt es keine hier auszuweisenden Positionen.

4. Weitere Erläuterungen zur Bilanz

Weitere Erläuterungen sind in den Vermerken unter der Bilanz gem. § 54 Abs. 5 GemHKVO enthalten. Die Übersicht enthält insbesondere die Sachverhalte, aus denen sich finanzielle Verpflichtungen ergeben können, sofern sie von wesentlicher Bedeutung sind. Haftungsverhältnisse im bilanzrechtlichen Sinne bestehen nicht.

5. Erläuterungen der wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung

In der Ergebnisrechnung werden gem. § 50 GemHKVO die dem Haushaltsjahr zuzurechnenden Erträge und Aufwendungen gegenübergestellt.

5.1 Jahresergebnis

Das Jahresergebnis setzt sich aus dem ordentlichen Ergebnis (Punkt 5.2) und dem außerordentlichen Ergebnis zusammen. Für das Haushaltsjahr 2014 ergibt sich ein Überschuss in Höhe von 504.550,37 € (Vorjahr: Fehlbetrag 640.544,19 €). Der Überschuss setzt sich aus einem Überschuss im Gebührenbereich in Höhe von 867.688,01 € und einem Fehlbetrag im neutralen Bereich in Höhe von 363.137,64 € zusammen. Dieser Fehlbetrag ergibt sich weitgehend dadurch, dass die haushaltsrechtlich anzusetzenden Aufwendungen für Abschreibungen und Zinsen höher sind als die, die nach dem Abgabenrecht in die Gebührenkalkulation einbezogen werden dürfen.

5.2 Ordentliches Ergebnis

Aus den ordentlichen Erträgen und den ordentlichen Aufwendungen ergibt sich für das ordentliche Ergebnis ein Überschuss in Höhe von 483.431,64 € (Vorjahr: Fehlbetrag 605.877,52 €).

5.3 Außerordentliches Ergebnis

Aus den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen ergibt sich für das außerordentliche Ergebnis ein Überschuss in Höhe von 21.118,73 € (Vorjahr: Fehlbetrag 34.666,67 €; s. auch 5.6).

5.4 Ordentliche Erträge

Die ordentlichen Erträge gliedern sich in folgende Positionen:

Ergebnisrechnung	Ansatz 2014		Ist 2014		Abweichung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Auflösungserträge aus Sonderposten	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Öffentlich-rechtliche Entgelte	42.426.200	99,7	41.540.340	99,4	-885.860	-2,1
Privatrechtliche Entgelte	15.300	0,0	15.339	0,0	39	0,3
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	63.000	0,1	66.255	0,2	3.255	5,2
Zinsen und ähnliche Finanzerträge	42.500	0,1	129.797	0,3	87.297	205,4
Sonstige ordentliche Erträge	0	0,0	33.394	0,1	33.394	
Ordentliche Erträge	42.547.000	100,0	41.785.125	100,0	-761.875	-1,8

Die öffentlich-rechtlichen Entgelte teilen sich wie folgt auf:

Abfallbeseitigung	32.267.974,12 €
Straßenreinigung	9.272.366,18 €

Der Planansatz für die öffentlich-rechtlichen Entgelte wird insgesamt um ca. 885.900 € unterschritten. Dies beruht im Wesentlichen darauf, dass die dieser Position zugeordnete Auflösung aus dem Sonderposten Gebührenausgleich in Höhe von 1.321.500 €, die in den Planansätzen enthalten war, aufgrund der Vorgaben des Landes im Ergebnis nicht mit berücksichtigt wurde. Bei den ebenfalls hier zugeordneten Gebühreneinnahmen kam es dagegen zu höheren Erträgen als erwartet (rd. 418.900 €). Dies beruht insbesondere auf Mehreinnahmen bei den Rest- und Bioabfallbehältern (rd. 615.000 € bzw. rd. 159.000 €) aufgrund eines gegenüber der Planung höheren Behältervolumens, bei den Direktanlieferungen von Grünabfall (rd. 127.000 €) und im Bereich der Straßenreinigung (rd. 109.000 €). Demgegenüber stehen Mindereinnahmen bei der Einlagerung auf Schüttfeld III (rd. 547.000 €) aufgrund von geringeren Mengen.

Die Zinserträge lagen aufgrund günstigerer Zinskonditionen als erwartet um rd. 87.300 € über dem Plan.

Bei den sonstigen ordentlichen Erträgen handelt es sich in erster Linie um Erträge aus der Herabsetzung von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich folgende Entwicklung ergeben:

Ergebnisrechnung	Ist 2013		Ist 2014		Abweichung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Auflösungserträge aus Sonderposten	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Öffentlich-rechtliche Entgelte	40.334.793	99,4	41.540.340	99,4	1.205.547	3,0
Privatrechtliche Entgelte	15.339	0,0	15.339	0,0	0	0,0
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	66.130	0,2	66.255	0,2	125	0,2
Zinsen und ähnliche Finanzerträge	145.248	0,4	129.797	0,3	-15.451	-10,6
Sonstige ordentliche Erträge	7.630	0,0	33.394	0,1	25.764	337,7
Ordentliche Erträge	40.569.140	100,0	41.785.125	100,0	1.215.985	3,0

Die Gebühren für die Restabfallbehälter sind im Jahr 2014 im Zusammenhang mit der Einführung der Wertstofftonne um 3,9 % gestiegen. Bei den Bioabfallbehältern hat sich eine Steigerung um 1,2 % und bei der Straßenreinigung um 2,0 % ergeben.

Die ordentlichen Erträge sind gegenüber dem Vorjahr um rd. 1,2 Mio. € (3,0 %) gestiegen. Dies beruht insbesondere auf höheren Gebühreneinnahmen bei den Restabfallbehältern, der Straßenreinigung und der Einlagerung auf Schüttfeld III, die aus den Gebührenanpassungen sowie aus Mengenveränderungen resultieren.

Die Einführung der Wertstofftonne im Jahr 2014 konnte erfolgreich umgesetzt werden. Die geplanten Verlagerungen bei den Abfallmengen wurden erreicht. Aufgrund des langsameren Rückgangs des Behältervolumens wurden höhere Gebühreneinnahmen erzielt als erwartet (s. hierzu auch Punkt 3.3 des Rechenschaftsberichtes).

Die Zinserträge sind aufgrund des geringeren Liquiditätsbestandes und der ungünstigen Zinskonditionen um rd. 15.500 € gesunken.

5.5 Ordentliche Aufwendungen

Die ordentlichen Aufwendungen gliedern sich in folgende Positionen:

Ergebnisrechnung	Ansatz 2014		Ist 2014		Abweichung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Aufwendungen für aktives Personal	456.900	1,1	424.874	1,0	-32.026	-7,0
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.366.200	5,5	1.948.298	4,7	-417.902	-17,7
Abschreibungen	791.500	1,8	747.292	1,8	-44.208	-5,6
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	41.800	0,1	41.754	0,1	-46	-0,1
Sonstige ordentliche Aufwendungen	39.283.700	91,5	38.139.476	92,3	-1.144.224	-2,9
davon:						
Erstattungen an die Stadt Braunschweig	*1.154.500*		*947.363*		*-207.137*	*-17,9*
Erstattungen an Zweckverbände (hier Mitgliedsbeitrag AVB)	*1.041.800*		*893.964*		*-147.836*	*-14,2*
Entgelte ALBA	*29.434.700*		*29.293.300*		*-141.400*	*-0,5*
Verbrennungsentgelt REMONDIS	*6.747.100*		*6.496.054*		*-251.046*	*-3,7*
Entgelte SEBS	*635.000*		*420.253*		*-214.747*	*-33,8*
Sonstige Positionen	*270.600*		*88.541*		*-182.059*	*-67,3*
Ordentliche Aufwendungen	42.940.100	100,0	41.301.693	100,0	-1.638.407	-3,8

Die ordentlichen Aufwendungen lagen insgesamt um rd. 1,6 Mio. € unter dem Planansatz. In den einzelnen Positionen gab es weitgehend Abweichungen nach unten, die größeren Positionen sind dabei:

- Geringere Aufwendungen für das an REMONDIS zu zahlende Verbrennnungsentgelt (251.046 €; Pos. Sonst. ord. Aufwendungen) aufgrund geringerer zu verbrennender Abfallmengen
- Geringerer Aufwand für die Unterhaltung von Abfall- und Abwasserbeseitigungsanlagen (224.668 €; Pos. Aufw. für Sach- und Dienstleistungen) und für das an die SEBS zu zahlende Betriebskostenentgelt (205.776 €; Pos. Sonst. ord. Aufwendungen) aufgrund der parallel durchgeführten Maßnahmen zur Deponierekultivierung und der geringeren Einlagerungsmengen auf Schüttfeld III
- Geringere Erstattungen an die Stadt Braunschweig, hier insbesondere für Serviceleistungen im Zusammenhang mit dem Projekt „Unser sauberes Braunschweig“ (207.137 €; Pos. Sonst. ord. Aufwendungen)
- Geringerer Aufwand für die Sickerwasserreinigung durch den AVB (147.836 €; Pos. Sonst. ord. Aufwendungen)
- Geringerer Aufwand für die an ALBA zu zahlenden Leistungsentgelte (141.400 €; Pos. Sonst. ord. Aufwendungen) aufgrund einer geringeren Indexanpassung

Gegenüber dem Vorjahr hat sich folgende Entwicklung ergeben:

Ergebnisrechnung	Ist 2013		Ist 2014		Abweichung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Aufwendungen für aktives Personal	403.394	1,0	424.874	1,0	21.479	5,3
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.039.928	5,0	1.948.298	4,7	-91.630	-4,5
Abschreibungen	944.378	2,3	747.292	1,8	-197.086	-20,9
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	44.113	0,1	41.754	0,1	-2.358	-5,3
Sonstige ordentliche Aufwendungen	37.743.205	91,7	38.139.476	92,3	396.270	1,0
davon						
Erstattungen an die Stadt Braunschweig	*941.175*		*947.363*		*6.188*	*0,7*
Erstattungen an Zweckverbände (hier Mitgliedsbeitrag AVB)	*967.316*		*893.964*		*-73.352*	*-7,6*
Entgelte ALBA	*28.341.195*		*29.293.300*		*952.106*	*3,4*
Verbrennungsentgelt REMONDIS	*6.858.851*		*6.496.054*		*-362.797*	*-5,3*
Entgelte SEBS	*480.474*		*420.253*		*-60.221*	*-12,5*
Sonstige Positionen	*154.195*		*88.541*		*-65.654*	*-42,6*
Ordentliche Aufwendungen	41.175.018	100,0	41.301.693	100,0	126.676	0,3

Die ordentlichen Aufwendungen lagen insgesamt um rd. 126.700 € über dem Vorjahr. In den einzelnen Positionen gab es sowohl Abweichungen nach oben wie nach unten, die größeren Positionen sind dabei:

- Höhere Aufwendungen für die an ALBA-BS zu zahlenden Leistungsentgelte aufgrund Indexanpassung zum 1. Januar 2014 und des zusätzlichen Entgeltes für die Wertstofftonne ab 2014 (952.106 €; Pos. Sonst. ord. Aufwendungen)
- Geringerer Aufwand für das an REMONDIS zu zahlende Verbrennungsentgelt (362.797 €; Pos. Sonst. ord. Aufwendungen) aufgrund der geringeren zu verbrennenden Abfallmengen nach Einführung der Wertstofftonne
- Geringere Abschreibungen (197.086 €) aufgrund des Auslaufens der Nutzungsdauer bei einigen Anlagegütern im Bereich der Deponie
- Geringerer Aufwand für die Unterhaltung von Abfall- und Abwasserbeseitigungsanlagen (107.309 €; Pos. Aufw. für Sach- und Dienstleistungen) und für das an die SEBS zu zahlende Betriebskostenentgelt (60.221 €; Pos. Sonst. ord. Aufwendungen) aufgrund der parallel durchgeführten Maßnahmen zur Deponierekultivierung und der geringen Einlagerungsmengen auf Schüttfeld III

Weitere Erläuterungen zu den Abweichungen finden sich in der Betriebsabrechnung 2014.

5.6 Außerordentliche Erträge

Die außerordentlichen Erträge resultieren aus der Auflösung von nicht mehr benötigten Rückstellungen und Schadensersatzleistungen.

5.7 Außerordentliche Aufwendungen

Die außerordentlichen Aufwendungen resultieren aus periodenfremden Abrechnungen und Anlageabgängen im Bereich der Deponie.

6. Erläuterung der wesentlichen Positionen der Finanzrechnung

In der Finanzrechnung werden gem. § 51 GemHKVO die im Haushaltsjahr eingegangenen Einzahlungen und die geleisteten Auszahlungen gegenübergestellt.

6.1 Finanzmittelbestand

Der Finanzmittelbestand zu Beginn des Jahres wird durch den Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Punkt 6.2), den Saldo aus Investitionstätigkeit (Punkt 6.3), den Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Punkt 6.4) und den Saldo aus haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen (Punkt 6.5) verändert. Für das Haushaltsjahr 2014 hat sich der Finanzmittelbestand um 1.667.957,59 € verringert.

6.2 Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit

Den Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 41.657.085,63 € stehen Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 43.271.388,14 € gegenüber. Daraus ergibt sich ein Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von -1.614.302,51 €.

6.2.1 Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Im Einzelnen gliedern sich die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in folgende Positionen:

Finanzrechnung	Ansatz 2014		Ist 2014		Abweichung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Öffentlich-rechtliche Entgelte	41.104.700	99,7	41.442.200	99,5	337.500	0,8
Privatrechtliche Entgelte	15.300	0,0	16.401	0,0	1.101	7,2
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	63.000	0,2	66.255	0,2	3.255	5,2
Zinsen und ähnliche Einzahlungen	42.500	0,1	132.097	0,3	89.597	210,8
Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	0	0,0	133	0,0	133	
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	41.225.500	100,0	41.657.086	100,0	431.586	1,0

Die Differenz zu Erträgen des Ergebnishaushaltes ist darauf zurückzuführen, dass nicht alle Erträge des Ergebnishaushaltes zahlungswirksam sind (z.B. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten und Rückstellungen). Zudem ergeben sich Differenzen dadurch, dass für einen Teil der Erträge die Einzahlungen erst im Folgejahr erfolgen.

6.2.2 Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Im Einzelnen gliedern sich die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in folgende Positionen:

Finanzrechnung	Ansatz 2014		Ist 2014		Abweichung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Auszahlungen für aktives Personal	456.900	1,0	422.209	1,0	-34.691	-7,6
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	6.547.700	14,1	4.858.594	11,2	-1.689.106	-25,8
Zinsen und ähnliche Auszahlungen	41.800	0,1	42.461	0,1	661	1,6
Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	39.283.700	84,8	37.948.124	87,7	-1.335.576	-3,4
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	46.330.100	100,0	43.271.388	100,0	-3.058.712	-6,6

Die Differenz zu Aufwendungen des Ergebnishaushaltes ist darauf zurückzuführen, dass nicht alle Aufwendungen des Ergebnishaushaltes zahlungswirksam sind (z.B. Abschreibungen und Zuführungen zu Rückstellungen). Zudem ergeben sich Differenzen dadurch, dass für einen Teil der Aufwendungen die Auszahlungen erst im Folgejahr erfolgen.

Die Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen waren etwas geringer, da es bei den Maßnahmen zur Deponierekultivierung (4,67 Mio. €; Plan: 6,0 Mio. €) zu Verzögerungen gekommen ist. Zudem führten die geringeren Aufwendungen für Leistungen von ALBA, REMONDIS, AVB und SEBS auch zu geringeren Auszahlungen.

6.3 Investitionstätigkeit

Der Saldo aus Investitionstätigkeit in Höhe von 2.287,08 € beruht auf Auszahlungen für den Erwerb von Betriebs- und Geschäftsausstattung. Die weiteren geplanten Investitionen im Bereich der Deponie wurden verschoben, da die konkrete Ausführung von der zukünftigen Nutzung des Schüttfeldes III abhängig ist (s. hierzu auch Punkt 3.3.2 des Rechenschaftsberichtes)

Die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit teilen sich wie folgt auf:

Finanzrechnung	Ansatz 2014		Ist 2014		Abweichung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0,0	0	0,0	0	0
Baumaßnahmen	300.000	90,6	0	0,0	-300.000	-100,0
Erwerb von beweglichem Sachvermögen	31.000	9,4	2.287	100,0	-28.712	-92,6
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	331.000	100,0	2.287	100,0	-328.712	-99,3

6.4 Saldo aus Finanzierungstätigkeit

Der Saldo aus Finanzierungstätigkeit beruht auf den Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit und beträgt 51.368,00 €. Dabei handelt es sich um die planmäßige Tilgung noch bestehender Kredite. Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit sind 2014 plangemäß nicht erfolgt.

6.5 Saldo aus haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen

In der Finanzrechnung werden gem. § 51 GemHKVO neben den Ein- und Auszahlungen für die Sonderrechnung auch die haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen, die nicht im Haushaltsplan veranschlagt wurden, abgebildet, da sie den Bestand an Zahlungsmitteln verändern. Im Jahr 2014 hat sich ein Saldo von 0,00 € ergeben.

7. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen mussten nicht beantragt werden.

8. Verpflichtungsermächtigungen

Verpflichtungsermächtigungen wurden nicht in Anspruch genommen.

V. Anlagen zum Anhang

Sonderrechnung Abfallwirtschaft

1. **Anlagenübersicht**
2. **Forderungsübersicht**
3. **Schuldenübersicht**
4. **Rückstellungsübersicht**

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2014

1. Anlagenübersicht

Anlagenübersicht

gem. § 56 Abs. 1 GemHKVO

zum 31. Dezember 2014

Anlagevermögen	Entwicklung der Anschaffungs- und Herstellungswerte					Entwicklung der Abschreibungen					Buchwerte	
	Stand 31.12.2013 - Euro -	Zugänge - Euro -	Abgänge - Euro -	Umbuchungen - Euro -	Stand 31.12.2014 - Euro -	Stand 31.12.2013 - Euro -	Abschreibungen - Euro -	Auflösungen - Euro -	Zuschreibungen - Euro -	Stand 31.12.2014 - Euro -	Stand 31.12.2014 - Euro -	Stand 31.12.2014 - Euro -
		+	-	+/-			+	-	-			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	70.000,00	0,00	0,00	0,00	70.000,00	9.100,00	2.800,00	0,00	0,00	11.900,00	60.900,00	58.100,00
2. Sachvermögen (ohne Vorräte und geringwertige Vermögensgegenstände)	38.471.995,51	1.847,97	865.781,00	0,00	37.608.062,48	21.344.250,51	737.967,97	861.254,00	0,00	21.220.964,48	17.127.745,00	16.387.098,00
3. Finanzvermögen (ohne Forderungen)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Insgesamt	38.541.995,51	1.847,97	865.781,00	0,00	37.678.062,48	21.353.350,51	740.767,97	861.254,00	0,00	21.232.864,48	17.188.645,00	16.445.198,00

2. Forderungsübersicht

Forderungsübersicht

gem. § 56 Abs. 2 GemHKVO

zum 31. Dezember 2014

Art der Forderungen	Gesamtbetrag 31.12.2014	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag 31.12.2013	mehr (+)/ weniger (-)
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre		
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen	476.756,51	468.703,30	0,00	0,00	352.027,96	124.728,55
2. Forderungen aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Sonstige privatrechtliche Forderungen	42.951,69	42.951,69	0,00	0,00	41.189,25	1.762,44
Summe aller Forderungen	519.708,20	511.654,99	0,00	0,00	393.217,21	126.490,99

3. Schuldenübersicht

Schuldenübersicht

gem. § 56 Abs. 3 GemHKVO

zum 31. Dezember 2014

Art der Schulden	Gesamtbetrag 31.12.2014	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag 31.12.2013	mehr (+)/ weniger (-)
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre		
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
1. Geldschulden						
1.1 Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	881.020,00	51.368,00	205.472,00	624.180,00	932.388,00	-51.368,00
1.3 Liquiditätskredite	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.4 Sonstige Geldschulden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	302.837,58	302.837,58	0,00	0,00	178.597,50	124.240,08
4. Transferverbindlichkeiten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5. Sonstige Verbindlichkeiten	17.230,07	17.230,07	0,00	0,00	17.563,33	-333,26
Schulden insgesamt	1.201.087,65	371.435,65	205.472,00	624.180,00	1.128.548,83	72.538,82

4. Rückstellungsübersicht

Rückstellungsübersicht

zum 31. Dezember 2014

Art der Rückstellungen	Gesamtbetrag 31.12.2014	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag 31.12.2013	mehr (+)/ weniger (-)
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre		
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
1. Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen	27.500,00	24.000,00	0,00	0,00	24.000,00	3.500,00
3. Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4. Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien	23.926.052,18	4.000.000,00	15.500.000,00	4.426.052,18	26.795.478,62	-2.869.426,44
5. Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6. Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7. Rückstellungen für drohgende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleitungen und anhängigen Gerichtsverfahren	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8. Andere Rückstellungen	464.123,97	462.323,97	500,00	1.300,00	477.427,72	-13.303,75
Rückstellungen insgesamt	24.417.676,15	4.486.323,97	15.500.500,00	4.427.352,18	27.296.906,34	-2.879.230,19

VI. Rechenschaftsbericht

Sonderrechnung Abfallwirtschaft

Rechenschaftsbericht

1. Vorbemerkungen

Nach § 128 NKomVG ist der Anhang Teil des Jahresabschlusses. Dem Anhang ist ein Rechenschaftsbericht beizufügen. Gem. § 57 GemHKVO werden im Rechenschaftsbericht, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend, der Verlauf der Haushaltswirtschaft (s. Ziffer 3) und die finanzwirtschaftliche Lage der Sonderrechnung (s. Ziffer 2) dargestellt. Dabei wird eine Bewertung der Jahresabschlussrechnungen vorgenommen (s. Ziffer 4).

Der Rechenschaftsbericht soll auch Vorgänge von besonderer Bedeutung enthalten, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind (s. Ziffer 5) sowie zu erwartende mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung (s. Ziffer 6) sind. Des Weiteren sind gem. § 20 Abs. 5 GemHKVO die Gründe für die Übertragung von Ermächtigungen (s. Ziffer 3.5) im Rechenschaftsbericht darzulegen.

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses 2014 wurde das Finanzwesenverfahren SAP angewendet.

2. Finanzwirtschaftliche Lage der Sonderrechnung

Bei einer Bilanzsumme der Sonderrechnung in Höhe von 42.853.946 € im Jahresabschluss 2014 beläuft sich die unter den Passiva ausgewiesene Nettoposition auf rd. 17,2 Mio. €. Dies führt zu einer Nettopositionsquote von 40,2 % (Vorjahr 37,1 %).

Der Jahresüberschuss in Höhe von rd. 504.550 € ist Teil der Nettoposition. Gegenüber dem für 2014 geplanten Ergebnis ergab sich eine Verbesserung um rd. 0,9 Mio. €. Die Verbesserung beruht insbesondere auf höheren Gebühreneinnahmen und geringeren Aufwendungen für ALBA, REMONDIS, AVB und SEBS. Das Ergebnis teilt sich auf in einen Überschuss im Gebührenbereich in Höhe von 867.688,01 € und einen Fehlbetrag im neutralen Bereich in Höhe von 363.137,64 €. Bei der Beurteilung des Ergebnisses ist zu berücksichtigen, dass die Auflösung und Zuführung zum Sonderposten Gebührenausgleich aufgrund der Vorgaben des Landes nur in der Planung und nicht mehr im Ergebnis berücksichtigt werden. Der Planfehlbetrag in Höhe von 393.100 € ist somit nur mit dem neutralen Ergebnis direkt vergleichbar. Hier hat sich eine Verbesserung um rd. 30.000 € ergeben. Dieser Fehlbetrag ergibt sich weitgehend dadurch, dass die haushaltsrechtlich anzusetzenden Aufwendungen für Abschreibungen und Zinsen höher sind als die, die nach dem Abgabenrecht in die Gebührenkalkulation einbezogen werden dürfen. In der Sonderrechnung ist deshalb eine Rücklage ausgewiesen, die zum Ausgleich dieser Fehlbeträge dient.

Das Ergebnis der Finanzrechnung wird insbesondere durch die Maßnahmen zur Deponierekultivierung (s. Punkt 3.3.2) sowie durch die entstehenden und auszugleichenden Gebührenvorträge bestimmt. Aufgrund der vorgesehenen Maßnahmen zur Deponierekultivierung ist in den Folgejahren mit einer sukzessiven Reduzierung des Finanzmittelbestandes zu rechnen. Die Liquidität der Sonderrechnung, die sich im Jahr 2014 durch die Maßnahmen bereits verringert hat, bleibt jedoch auch dann gesichert.

Die Geldverschuldung hat sich 2014 um die planmäßige Tilgung auf rd. 881.000 € verringert.

Bei einer Gesamtbetrachtung zeigt sich hinsichtlich der Kennzahlen, der ordentlichen Erträge und Aufwendungen sowie der liquiden Mittel (unter Berücksichtigung der Veränderung der Rückstellung für die Deponierekultivierung) eine stabile Entwicklung ohne besondere Auffälligkeiten.

Die Aufgaben der Sonderrechnung werden weitestgehend durch kostendeckende Gebühren finanziert. Aufgrund der vertraglich vereinbarten Indexanpassungen mit ALBA und REMONDIS (s. Ausführungen im Anhang) ergaben sich die Gebührensätze im Jahr 2014, die inzwischen um 1,0 % (Restabfallbehälter) bzw. 1,1 % (Straßenreinigung) gegenüber dem Vorjahr angehoben bzw. um 2,1 % (Bioabfallbehälter) gegenüber dem Vorjahr gesenkt wurden. Die Absenkung bei den Bioabfallbehältern beruht auf einer bereits im Jahr 2009 vereinbarten Vertragsanpassung für das Jahr 2015. In der Zukunft sind Gebührenerhöhungen im Bereich der Preissteigerungen zu erwarten. Zudem sind die Auswirkungen der vertraglich vereinbarten Angemessenheitsprüfung der an ALBA zu zahlenden Leistungsentgelte zum 1. Januar 2016 zu berücksichtigen. Auswirkungen abfallwirtschaftlicher Änderungen müssen zu gegebener Zeit konkret betrachtet werden. Für die Abdeckung der aufgrund von Vorgängen in der Vergangenheit auftretenden Verluste wurde die Sonderrechnung bereits in den Vorjahren mit ausreichenden Rücklagen ausgestattet.

2.1 Ergebnisrechnung

Die Ergebnisrechnung 2014 weist bei ordentlichen Erträgen in Höhe von rd. 41,8 Mio. € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von rd. 41,3 Mio. € einen Überschuss beim ordentlichen Ergebnis in Höhe von 483.431,64 € aus. Der Überschuss setzt sich aus einem Überschuss in Höhe von 867.688,01 € aus dem Gebührenbereich und einem Fehlbetrag in Höhe von 384.256,37 € aus dem neutralen Bereich zusammen. Aufgrund der Regelungen des Landes wird der Überschuss aus dem Gebührenbereich im Rahmen des Beschlusses über den Jahresabschluss dem Sonderposten Gebührenausgleich zugeführt. Der dann verbleibende Fehlbetrag wird aus der Rücklage des ordentlichen Ergebnisses ausgeglichen.

Abgesehen davon ist es 2014 zu einem Überschuss beim außerordentlichen Ergebnis in Höhe von 21.118,73 € gekommen, der auf nicht geplanten außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen beruht. Der Überschuss wird der Rücklage des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.

Die Ergebnisrechnung weist insgesamt einen Jahresüberschuss in Höhe von 504.550,37 € aus.

2.2 Finanzrechnung

In der Finanzrechnung ergibt sich aus den Ein- und Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit ein Fehlbetrag (Saldo) in Höhe von 1.614.302,51 €. Die Differenz zum Überschuss der Ergebnisrechnung ist darauf zurückzuführen, dass bestimmte Erträge der Ergebnisrechnung (z. B. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen) und bestimmte Aufwendungen der Ergebnisrechnung (z. B. Abschreibungen und Zuführungen zu Rückstellungen und Sonderposten) nicht zahlungswirksam sind. Zudem sind die Auszahlungen aus der Rückstellung für die Deponierekultivierung nicht ergebniswirksam. Des Weiteren kommt es teilweise zu einer Verschiebung von Aus- und Einzahlungen in das Folgejahr.

Aus der Investitionstätigkeit ergebt sich ein Saldo in Höhe von -2.287,08 €.

Die Finanzierungstätigkeit umfasst in der Sonderrechnung nur die Tilgung von Krediten in Höhe von 51.368,00 €. Eine Aufnahme von Krediten für Investitionen erfolgt derzeit aufgrund der Liquiditätssituation der Sonderrechnung nicht.

Insgesamt ergibt sich in der Finanzrechnung ein Fehlbetrag in Höhe von 1.667.957,59 €.

2.3 Geldschulden und Bestand an Zahlungsmitteln

Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen haben sich 2014 um die planmäßige Tilgung in Höhe von 51.368,00 € auf einen Bestand von 881.020,00 € verringert.

Der Bestand an Zahlungsmitteln hat sich im Jahr 2014 um 1.667.957,59 € verringert. Dies beruht in erster Linie darauf, dass mehr Mittel der Rückstellung für die Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien verbraucht als zugeführt wurden. Die Maßnahmen zur Rekultivierung der Schüttfelder I, II und IIa der Deponie haben 2013 begonnen und wurden 2014 fortgeführt (s. Punkt 3.3).

2.4 Kennzahlen des Jahresabschlusses zum 31.12.2014

Zur Beurteilung des Jahresabschlusses wurden einige Kennzahlen gebildet und soweit vorhanden mit den Kennzahlen der beiden Vorjahre verglichen. Basis für die Auswahl sind die Vorgaben des Landes hinsichtlich der zu berichtenden Kennzahlen. Für die Sonderrechnung Abfallwirtschaft erfolgt dabei nur eine Darstellung der für die Sonderrechnung relevanten Kennzahlen. Auf eine Darstellung der Personalaufwandsquote (rd. 1 %), der Zinslastquote (rd. 0,1 %), der Abschreibungsintensität und der Reinvestitionsquote wurde verzichtet, da diese aufgrund der Ausgliederung des operativen Geschäftes keine oder nur eine untergeordnete Rolle spielen bzw. ohne die ausgelagerten Bereiche nicht aussagekräftig sind.

In der folgenden Übersicht sind die Kennzahlen dargestellt. Danach folgen weitere Erläuterungen zu den einzelnen Kennzahlen, wobei die Nummerierung aus der Tabelle zur Orientierung mit übernommen wurde.

	Kennzahlen Bilanz	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014
A	Kapitalstruktur			
A.1	Nettopositionsquote (Eigenkapitalquote)	38,7 %	37,1 %	40,2 %
A.2	Geldverschuldungsgrad	2,2 %	2,1 %	2,1 %
B	Finanzstruktur(Liquidität)			
B.1	Liquidität	25.518.110 €	27.068.003 €	25.400.045 €

	Kennzahlen Ergebnisrechnung	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014
C	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-0,5 Mio. €*	-0,6 Mio. €	0,5 Mio. €

* aufgrund der neuen Vorgaben des Landes hinsichtlich der Auflösung und Zuführung des Sonderpostens Gebührenausgleich ist das Ergebnis nicht vergleichbar.

Die aufgelisteten Kennzahlen wurden wie folgt ermittelt:

Kennzahlen Bilanz

A. Kapitalstruktur

A.1 Nettopositionsquote (Eigenkapitalquote)

Berechnung: $\frac{\text{Nettoposition} * 100}{\text{Bilanzsumme}}$

Datenbasis: Die Nettoposition wurde in vollem Umfang (inkl. Sonderposten) berücksichtigt.

Bilanzposition		31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014
P1	Nettoposition	17.371.176 €	16.730.632 €	17.235.182 €
Passiva	Bilanzsumme	44.925.489 €	45.156.087 €	42.853.946 €
	Nettopositionsquote	38,7 %	37,1 %	40,2 %

Die Nettopositionsquote zeigt an in welchem Umfang die Sonderrechnung eigenfinanziert ist. Bei der Beurteilung der Zahl ist zu berücksichtigen, dass aufgrund der Privatisierung abgesehen von der Deponie und einigen wenigen Anlagegütern für das Projekt „Unser sauberes Braunschweig“ kein Anlagevermögen für die Durchführung der Aufgaben der Sonderrechnung in der Sonderrechnung bilanziert ist. Ein wesentlicher Bestandteil der Bilanzsumme beruht auf der Rückstellung für die Deponierekultivierung, für die liquide Mittel in nahezu vergleichbarer Größenordnung vorhanden sind (s. Kennzahl Liquidität).

A.2 Geldverschuldungsgrad

Berechnung: $\frac{\text{Verbindlichkeiten aus Geldschulden} * 100}{\text{Bilanzsumme}}$

Datenbasis: Die Verbindlichkeiten aus Geldschulden umfassen die Investitionskredite und Liquiditätskredite (z. Zt. nicht vorhanden), sowie die Anleihen und die sonstige Geldschulden.

Bilanzposition		31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014
P2	Geldschulden	983.756 €	932.388 €	881.020 €
Passiva	Bilanzsumme	44.925.489 €	45.156.087 €	42.853.946 €
	Geldverschuldungsgrad	2,2 %	2,1 %	2,1 %

Den „Verbindlichkeiten aus Geldschulden“ liegen drei Kredite zugrunde, die regelmäßig mit einer Summe in Höhe von rd. 51.400 € jährlich getilgt werden. Aufgrund des geringen Investitionsbedarfs und der hohen Liquidität der Sonderrechnung ist in den nächsten Jahren nicht mit einer Aufnahme neuer Kredite zu rechnen. Die Geldverschuldung wird deshalb voraussichtlich weiter sinken.

B Finanzstruktur (Liquidität)

B.1 Liquidität

Bilanzposition		31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014
A4	Liquide Mittel	25.518.110 €	27.068.003 €	25.400.045 €

In der Kennzahlenübersicht ist die in der Bilanz ausgewiesene Liquidität der Sonderrechnung dargestellt. Die liquiden Mittel der Sonderrechnung beruhen in erster Linie auf den Mitteln, die in den vergangenen Jahren für die Deponierekultivierung zurückgestellt wurden und für die anstehenden Maßnahmen benötigt werden. Zudem sind in den liquiden Mittel die Gebührenüberschüsse enthalten, die den Gebührenzahlern im Rahmen der Gebührenkalkulationen der Folgejahre gutgeschrieben werden müssen. Die vorhandenen liquiden Mittel reichen aus um die in den nächsten Jahren anfallenden Auszahlungen, die die zu erwartenden Einzahlungen übersteigen, abzudecken.

Kennzahlen Ergebnisrechnung

C. Jahresüberschuss / -fehlbetrag

Ergebnisrechnung	2012	2013	2014
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	-469.810 €	-640.544 €	504.550 €

Der Jahresüberschuss/-fehlbetrag resultiert bei der Anwendung der für das Jahr 2012 geltenden Regelungen des NKR nur aus den nicht gebührenrelevanten Sachverhalten im Bereich der Sonderrechnung. Ergebnisrelevant ist hierbei insbesondere der Unterschied zwischen den haushaltsrechtlich zu berücksichtigenden Abschreibungen und Zinsen und den in der Gebührenkalkulation zu berücksichtigenden kalkulatorischen Abschreibungen und Zinsen. Hieraus entsteht regelmäßig ein Verlust, der aus den Rücklagen der Sonderrechnung abzudecken ist (s. a. Punkt 5.1 des Anhangs und Punkt 2 des Rechenschaftsberichtes). Das Ergebnis der Jahre 2013 und 2014 beinhaltet aufgrund der neuen Vorgaben des Landes dagegen auch das Ergebnis aus dem Gebührenbereich. Es ist daher mit dem Ergebnis 2012 nicht vergleichbar.

3. Verlauf der Haushaltswirtschaft

3.1 Gesamt-Ergebnisrechnung

Das Haushaltsjahr 2014 schloss mit folgenden Ergebnissen ab:

2014	Saldo		Abweichung	
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr/- weniger	
	EUR		EUR	%
Ordentliches Ergebnis	-393.100	483.432	876.532	223,0
Außerordentliches Ergebnis	0	21.119	21.119	
Gesamtergebnis	-393.100	504.550	897.650	228,4

Die Gesamtergebnisrechnung schließt mit einer Ergebnisverbesserung im Vergleich zum Planansatz ab. Dies beruht im Wesentlichen darauf, dass aufgrund der neuen Vorgaben des Landes auch das Ergebnis aus dem Gebührenbereich in das Ergebnis einfließt. Die neu entstandene Überdeckung im Gebührenbereich beruht in erster Linie auf höheren Gebühreneinnahmen und geringeren Restabfallmengen gegenüber der Planung.

Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich folgende Entwicklung:

2013/2014	Saldo		Abweichung	
	2013	2014	+ mehr/- weniger	
	EUR		EUR	%
Ordentliches Ergebnis	-605.877	483.432	1.089.309	179,8
Außerordentliches Ergebnis	-34.667	21.119	55.786	160,9
Gesamtergebnis	-640.544	504.550	1.145.094	178,8

Das Gesamtergebnis liegt über dem Ergebnis des Vorjahres (s. hierzu Kennzahl Jahresüberschuss/-fehlbetrag unter Punkt 2.4). Die Abweichung beim ordentlichen Ergebnis beruht insbesondere auf einem höheren Überschuss im Gebührenbereich. Die Abweichung beim außerordentlichen Ergebnis beruht darauf, dass 2013 einige vorzeitige Anlagenabgänge im Bereich der Deponie erfolgt sind, die zu Verlusten geführt haben.

3.2 Gesamt-Finanzrechnung

Das Haushaltsjahr 2014 schloss mit folgenden Ergebnissen ab:

2014	Saldo		Abweichung	
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr/- weniger	
	EUR		EUR	%
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-5.104.600	-1.614.303	3.490.298	68,4
Saldo aus Investitionstätigkeit	-331.000	-2.287	328.713	99,3
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-51.400	-51.368	32	0,1
Gesamtergebnis	-5.487.000	-1.667.958	3.819.042	69,6

Die Abweichung bei dem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit resultiert im Wesentlichen daraus, dass die die Auszahlungen für die Maßnahmen zur Deponierekultivierung um rd. 1,3 Mio. € geringer waren als geplant, dass die Einzahlungen für Gebühreneinnahmen und Zinseinnahmen höher waren als geplant (rd. 0,4 Mio. €) und dass die Auszahlungen für Aufwendungen geringer waren als geplant (rd. 1,7 Mio. €; insb. für ALBA, REMONDIS, AVB und SEBS, s. a. Pkt. 5.5 des Anhangs).

Das Gesamtergebnis und der Saldo der haushaltsunwirksamen Vorgänge führt für das Haushaltsjahr 2014 zu einer Finanzmittelveränderung in Höhe von -1.667.957,59 €. Zum 31. Dezember 2014 ergibt sich damit ein Gesamtbestand an Zahlungsmitteln in Höhe von 25.400.045,03 €.

Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich folgende Entwicklung:

2013/2014	Saldo		Abweichung	
	2013	2014	+ mehr/- weniger	
	EUR		EUR	%
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.610.191	-1.614.303	-3.224.494	-200,3
Saldo aus Investitionstätigkeit	-8.930	-2.287	6.643	74,4
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-51.368	-51.368	0	0,0
Gesamtergebnis	1.549.893	-1.667.958	-3.217.851	-207,6

Das Ergebnis der Finanzrechnung wurde dadurch geprägt, dass es 2014 aufgrund der Maßnahmen zur Deponierekultivierung in verstärktem Umfang zu Auszahlungen aus der Rückstellung gekommen ist

3.3 Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Entwicklung / Planung

Das wirtschaftliche Ergebnis der Gebührenbereiche der Sonderrechnung Abfallwirtschaft wird im Bereich Abfall sowohl hinsichtlich der Umsatzerlöse als auch hinsichtlich der Aufwendungen beeinflusst durch das für die Abfallsammlung zur Verfügung gestellte Abfallbehältervolumen und durch die eingesammelte bzw. am Abfallentsorgungszentrum (AEZ) angenommene Abfallmenge.

Im Jahr 2014 ist es hierbei im Bereich Restabfall aufgrund der Einführung der Wertstofftonne zu Veränderungen gekommen. Die Einführung der Wertstofftonne war Bestandteil des Abfallwirtschaftskonzeptes 2010 und wurde am 20. November 2012 vom Rat der Stadt Braunschweig für die Zeit ab 2014 beschlossen. Sie wurde von der Bevölkerung gut angenommen. Die geplanten Mengen hinsichtlich der Wertstoffsammlung und der Verlagerung vom Hausmüll in die Wertstofftonne wurden erreicht. Dementsprechend hat sich plangemäß ein Rückgang bei der thermisch zu behandelnden Restabfallmenge und damit auch eine Reduzierung der Transport- und Verbrennungsentgelte ergeben.

In der Wertstofftonne werden Leichtverpackungen (LVP) und stoffgleiche Nichtverpackungen (sNVP) gesammelt. Eine gesonderte Gebühr für die Wertstofftonne wird nicht erhoben. Die Finanzierung der Wertstofftonne erfolgt anteilig durch die Dualen Systeme (LVP) und den Gebührenzahler Restabfall (sNVP), da die Zuständigkeit für die sNVP aufgrund der gesetzlichen Vorgaben weiterhin bei der Kommune liegt. Die Aufwendungen für die Einsammlung, Sortierung und Verwertung des kommunalen Anteils an der Wertstofftonne werden in der Kalkulation der Restabfallbehälter gesondert mit berücksichtigt Diese Abfälle waren zuvor Bestandteil der Restabfallsammlung. Die Einführung der Wertstofftonne war aufgrund der Reduzierung der Restabfallmenge für den Gebührenzahler dennoch weitgehend kostenneutral. Die um 3,9 % höheren Gebührensätze bei den Restabfall-behältern 2014 beruhen auf dem zu erwartenden Rückgang des Behältervolumens, der zunächst anders als die Mengenverlagerung aus dem Hausmüll nur in verringertem Umfang eingetreten ist.

Abgesehen davon beeinflussen insbesondere die Aufwendungen für die Deponie das wirtschaftliche Ergebnis. Im Bereich der Straßenreinigung ergeben sich nur geringe Mengenschwankungen.

3.3.1 Leistungsentgelte

Die wesentlichen Positionen auf der Aufwandsseite ergeben sich aus der Höhe der für den beauftragten Leistungsumfang an die ALBA Braunschweig GmbH (ALBA-BS) für die Abfall-sammlung, die Verwertung des Bio- und Grünabfalls und die Straßenreinigung sowie der an die Remondis GmbH & Co KG, Region Nord (REMONDIS) für die thermische Restabfall-behandlung zu zahlenden Entgelte.

Das Restabfallbehältervolumen als Bemessungsgrundlage für die Abfallgebühr wie auch für einen Teil des an die ALBA-BS zu zahlenden Leistungsentgelts ist, wie auch in den Vorjahren, im Jahr 2014 weiter zurückgegangen. Der Rückgang beruht im Jahr 2014 in erster Linie auf den Auswirkungen der Einführung der Wertstofftonne. Er war zunächst geringer als prognostiziert. Es wird davon ausgegangen, dass der im Rahmen der Einführung der Wertstofftonne erwartete Rückgang mit Verzögerung eintritt.

Die Gesamtabfallmenge ist gegenüber dem Jahr 2013 insbesondere in Folge der Einführung der Wertstofftonne um rd. 3.400 t (6,4 %) gesunken. Zudem hat sich eine weitere Verlagerung zu den aussortierten Wertstoffen (insbesondere Altholz) ergeben.

Die mit ALBA-BS und REMONDIS vereinbarten Leistungsentgelte sind nicht nur mengen-abhängig sondern unterliegen einer regelmäßigen Anpassung, bei der statistische Preisent-wicklungen berücksichtigt werden. Maßgeblich für die Anpassungen sind die Entwicklungen bestimmter amtlicher Preisindizes im Laufe des vorangegangenen Jahres. Bei den an ALBA-BS zu zahlenden Entgelten hat sich von 2013 auf 2014 eine Indexsteigerung um rd. 2 % ergeben. Mit REMONDIS ist eine Preisgleitung vereinbart, die erst nach einer mindestens 3%igen Veränderung greift und bei den vereinbarten Indexanteilen 2012 erstmals erreicht wurde. Im Jahr 2014 ist keine weitere Anpassung erfolgt.

3.3.2 Deponie Watenbüttel

2012 wurde für die Schüttfelder I, II und IIa der Deponie Watenbüttel vom Gewerbeaufsichtsamt Braunschweig die Plangenehmigung für das Oberflächenabdichtungssystem Kunststoffdichtungsbahn mit Dichtungskontrollsystem erteilt. Auf deren Basis erfolgte durch das beauftragte Ingenieurbüro die Ausführungsplanung inklusive einer detaillierten Kostenschätzung. Mit der vom Ingenieurbüro vorgelegten Kostenschätzung ist eine Abschätzung der Aufwendungen für die Deponierekultivierung und -nachsorge für die gesamte Deponie vorgenommen worden. Diese ist Basis für die Ermittlung der in Zukunft notwendigen Gesamtrückstellungssumme und eine sichere Planungsgrundlage für die jährlichen Rückstellungsbeträge. Die Ermittlung des aktuellen Preisstandes orientiert sich zudem an der Entwicklung der Baupreisindizes und einer aktuellen Einschätzung des Ingenieurbüros. Im Jahr 2013 wurde der erste Bauabschnitt ausgeschrieben und im Oktober mit den Bauarbeiten begonnen. Nach Abschluss der Abdichtungsmaßnahme und der nachfolgenden Inertisierungsmaßnahme (beschleunigter biologischer Abbauprozess zur Verbesserung des Langzeitverhaltens) wird von der Genehmigungsbehörde das Ende der Stilllegungsphase festgestellt und die Schüttfelder I, II und IIa werden in die Nachsorge entlassen. Zur Nachsorge zählen die erforderlichen Behandlung des Deponiegases, die Aufbereitung des Sickerwassers, sowie die Wartung und Überwachung der abgeschlossenen Schüttfelder der Deponie. Sind nachweisbar alle Emissionen abgeklungen, kann die angestrebte Entlassung aus der Nachsorge, verbunden mit der Einstellung der Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen bei der zuständigen Behörde beantragt werden. Derzeit werden für die Nachsorgephase wenigstens 30 Jahre angesetzt.

Das Schüttfeld III der Deponie wurde durch Ratsbeschluss vom 30. September 2008 für die Einlagerung von Straßenbauabfällen und Bodenaushub mit gefährlichen Inhaltsstoffen wieder geöffnet. Im sechsten Einlagerungsjahr wurden rd. 23.700 t angeliefert. Die ursprünglich geplante Menge von 40.000 t wurde nicht erreicht. Zum Zeitpunkt der Kalkulation sind die Qualitäten der potentiell anfallenden Straßenbauabfälle noch nicht bekannt, sobald das anfallende Material von den Bauherren günstiger, weil nicht mit gefährlichen Inhaltstoffen versehen, abgelagert werden kann als auf dem Schüttfeld III, fällt es als Einlagerungsmenge weg. Weiterhin ist nicht absehbar, in welchem Umfang aus der Bautätigkeit Dritter entsprechendes Material angeliefert wird. In 2014 sind beide Aspekte für die Einlagerungsmenge auf dem Schüttfeld III ungünstig ausgefallen, was aus der Entwicklung der Jahre 2009 bis 2012 nicht abzusehen war. Die mittlere Ablagerungsmenge der Jahre 2009 bis 2014 liegt bei 40.400 t /Jahr und ist somit höher als der Kalkulationswert für 2014 und liegt deutlich oberhalb des ursprünglich, für die Entscheidung den Einlagerungsbetrieb wieder aufzunehmen, relevanten Ansatzes von 34.000 t/Jahr. Für 2015 sind im Stadtgebiet relativ umfangreiche Baumaßnahmen geplant, so dass hier mit einem Anstieg der Mengen in die Größenordnung der Kalkulation gerechnet wird.

3.3.3 Prognosen

Die Gebührenkalkulation für das Jahr 2015 basiert auf dem bereits im Rahmen der Gebührenkalkulation 2014 aufgrund der Einführung der Wertstofftonne prognostizierten Restabfallbehältervolumen. Es wird davon ausgegangen, dass sich die Mengenentwicklung insgesamt im Rahmen der Erwartungen bei Einführung der Wertstofftonne bewegt. In den Folgejahren wäre bei gleichbleibenden Bedingungen zunächst von einem konstanten oder leicht sinkenden Restabfallbehältervolumen auszugehen. Gleiches gilt hinsichtlich der Abfallmengen. Dabei wird die im Vertrag mit REMONDIS festgelegte Mindestmenge weiterhin deutlich überschritten.

Für die Jahre 2015 bis 2019 erfolgt eine Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes. In dem bereits vorliegenden Entwurf werden umfangreiche technische Versuche zum zukünftigen Umgang mit den noch im Restabfall befindlichen Wertstoffen und zum Umgang mit Bio- und Grünabfällen vorgeschlagen. Die Versuchsergebnisse und die daraus zu erwartenden Veränderungen beim Umgang mit Rest- und Bioabfällen werden mittelfristig Auswirkungen auf die entsprechenden Abfallmengen haben.

Die für 2015 an ALBA-BS zu zahlenden Entgelte ergeben sich aus den vertraglich festgelegten Entgelten und den Entgeltanpassungen aufgrund der allgemeinen Preisentwicklung. Nach den vom statistischen Bundesamt für das Jahr 2014 veröffentlichten Preisindizes für das Jahr 2015 werden diese in der Größenordnung von rd. 2,0 % liegen. Bei dem an REMONDIS zu zahlenden Entgelt für die thermische Restabfallbehandlung ergibt sich auf Basis der Indexentwicklung voraussichtlich keine Anpassung. Dabei ist zu berücksichtigen, dass nur bei Überschreiten der 3%-Marke eine Anpassung erfolgt und dass es 2012 erstmalig seit Vertragsbeginn 2007 zu einer Anpassung gekommen ist. Nach der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist für die Folgejahre aufgrund der Indexsteigerungen von Entgelterhöhungen auszugehen.

Im Jahr 2015 wird zusätzlich die turnusmäßig alle fünf Jahre stattfindende Angemessenheitsprüfung der an ALBA zu zahlenden Entgelte zu einer neuen Entgeltvereinbarung führen. Diese wird Auswirkungen auf die ab 2016 zu zahlenden Leistungsentgelte haben.

In den kommenden Jahren stehen zudem Entscheidungen hinsichtlich der zukünftigen Durchführung der Aufgaben der Abfallwirtschaft an. Bis Ende Januar 2017 muss entschieden werden, ob der Vertrag zur thermischen Restabfallvorbehandlung mit REMONDIS, der am 31. Januar 2019 endet, einmalig um drei Jahre verlängert werden soll. Zudem verlängern sich die bis zum 31. Dezember 2020 abgeschlossenen Leistungsverträge mit ALBA automatisch um 5 Jahre, wenn nicht bis Ende 2018 eine Kündigung erfolgt.

3.4 Vergleich Ergebnisrechnung/Betriebsabrechnung

Für die Sonderrechnung wird neben dem Jahresabschluss noch eine Betriebsabrechnung erstellt. Damit wird die Forderung des Kommunalabgabenrechts erfüllt, im Wege einer Nachkalkulation (Betriebsabrechnung) festzustellen, ob und ggf. welche Kostenüber- oder -unterdeckungen nach Ablauf des Kalkulationszeitraumes entstanden sind. Zudem wird damit ermittelt, in welcher Höhe die haushaltsrechtlich im Rahmen der Verwendung des Jahresergebnisses vorgesehene Zuführung zum Sonderposten Gebührenausgleich erfolgen muss. Die folgende Tabelle stellt eine Überleitung von dem Ergebnis der Betriebsabrechnung zu dem Ergebnis der Ergebnisrechnung dar.

Betriebsergebnis 2014	929.101,80 €
kalk. Abschreibung	252.724,97 €
kalk. Zinsen	109.773,00 €
haushaltsrechtliche Abschreibung	-740.767,97 €
Zinsaufwand	-41.754,43 €
Erträge aus Anlagenabgang	0,00 €
Verluste aus Anlagenabgang	-4.527,00 €
Ergebnis Ergebnisrechnung	504.550,37 €

Während im Jahresabschluss die haushaltsrechtlichen Abschreibungen und der Zinsaufwand zu berücksichtigen sind, werden in der Betriebsabrechnung die kalkulatorischen Abschreibungen und Zinsen verwandt. Zudem sind die Erträge und Verluste aus Anlagenabgang nur haushaltsrechtlich zu berücksichtigen. Die sich ergebende Differenz (424.551,43 €) kann nicht aus Gebühreneinnahmen gedeckt werden.

Unter Berücksichtigung der im Rahmen der Verwendung des Jahresergebnisses vorzunehmenden Auflösung des Sonderpostens Gebührenausgleich sowie der weiteren Vorträge in der Betriebsabrechnung ergibt sich ein Vortrag auf die Folgejahre in Höhe von 2.737.383,13 €. Die insgesamt zu viel eingenommenen Gebühren, die dem Sonderposten Gebührenausgleich zugeordnet werden, müssen gem. § 5 NKAG innerhalb der nächsten drei Jahre in der Kalkulation gebührenmindernd berücksichtigt werden. Insgesamt ergibt sich hinsichtlich der Vorträge aus der Betriebsabrechnung folgende Entwicklung:

Vorträge aus der Betriebsabrechnung	**Stand 31.12.2013**	**Vortrag in 2014 aus Vorjahren**	**Vortrag von 2014 auf Nachjahre**	**Stand 31.12.2014**
Gebührenvorträge (Sonderposten Gebührenausgleich)	3.598.504,19 €	1.321.443,16 €	2.189.131,17 €	4.466.192,20 €
Vorträge der nicht gebührenfähigen Kostenstellen	486.838,17 €	486.838,17 €	548.251,96 €	548.251,96 €
Summe	**4.085.342,36 €**	**1.808.281,33 €**	**2.737.383,13 €**	**5.014.444,16 €**

Der sich zum 31. Dezember 2014 ergebende Gesamtbetrag in Höhe von 5.014.444,16 € steht der Sonderrechnung nicht auf Dauer zur Verfügung.

3.5 Haushaltsreste

In der Sonderrechnung werden Haushaltsreste für Aufwendungen und damit verbundene Auszahlungen gebildet. Dabei handelt es sich um folgende Position:

	nicht verbraucht	Haushaltsrest
Unterhaltung Abfall- und Abwasserbeseitigungsanlagen	224.667,73 €	50.000,00 €
Prüfungs- und Beratungskosten	133.977,90 €	110.000,00 €

Bei der Unterhaltung der Abfall- und Abwasserbeseitigungsanlagen ist die Übertragung erforderlich, da aufgrund eines aktuellen Schadens im Bereich der temporären Oberflächenabdichtung des Schüttfeldes III der Deponie absehbar ist, dass die für 2015 eingeplanten Mittel nicht ausreichen. Im Jahr 2014 ist kein konkreter Schadensfall aufgetreten.

Die Übertragung bei den Prüfungs- und Beratungskosten ist erforderlich, da ein Teil der für 2014 vorgesehenen Beratungskosten erst im Jahr 2015 benötigt werden, hierfür jedoch keine ausreichenden Mittel eingeplant wurden.

Im Hinblick auf den Jahresabschluss ist in jedem Einzelfall kritisch geprüft worden, ob und in welcher Höhe Haushaltsausgabereste notwendigerweise gebildet werden mussten. Soweit die Fortführung bereits begonnener Investitionsvorhaben im Haushaltsjahr 2015 sichergestellt ist, wurde von der Übertragung von Haushaltsmitteln aus 2014 abgesehen bzw. Haushaltsausgabereste in wesentlich geringerem Umfang gebildet als dies nach § 20 Abs. 2 GemHKVO möglich gewesen wäre. Nicht gebildete Haushaltsreste wurden bei Bedarf in den Folgejahren im Investitionsprogramm neu veranschlagt.

4. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögenslage der Sonderrechnung bestimmt sich insbesondere durch das Anlagevermögen im Bereich der Deponie. Genauere Ausführungen hierzu finden sich unter Nr. 3.2 des Anhangs. Das Schüttfeld III der Deponie wird noch für die Einlagerung von Straßenbauabfällen genutzt. Für die gesamte Deponie besteht eine Rekultivierungsverpflichtung, für die bereits Mittel in einer Rückstellung angesammelt wurden. Abgesehen davon ist aufgrund der Ausgliederung des operativen Geschäfts nur in geringem Umfang Anlagevermögen vorhanden.

Die Finanzlage der Sonderrechnung ist insbesondere durch die Gebühreneinnahmen, die damit finanzierten Aufgaben sowie durch den Bestand der Rückstellung für die Deponierekultivierung gekennzeichnet. Es ist auch in den kommenden Jahren eine ausreichende Liquidität vorhanden.

Die Ertragslage der Sonderrechnung wird weitgehend durch die Gebühreneinnahmen aus den einzelnen Gebührenbereichen bestimmt und ist als stabil anzusehen.

5. Nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetretene Vorgänge von besonderer Bedeutung

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Bilanzstichtag eingetreten sind, haben sich nicht ergeben.

6. Wesentlich finanzwirtschaftliche Risiken für die Aufgabenerfüllung

Die in der Sonderrechnung dargestellten Bereiche Abfall und Straßenreinigung sind weitestgehend gebührenfinanziert. Aufgrund der kommunalabgabenrechtlichen Regelungen werden in diesen Bereichen auftretende Über- und Unterdeckungen innerhalb von drei Jahren ausgeglichen.

Die abgesehen davon in der Sonderrechnung planmäßig auftretenden Verluste aufgrund der Differenz zwischen den haushaltsrechtlich zu berücksichtigenden Abschreibungen und Kreditzinsen und den gebührenrechtlich zu berücksichtigenden kalkulatorischen Abschreibungen und Zinsen werden durch die in der Vergangenheit hierfür gebildeten Rücklagen abgedeckt.

Die Finanzierung der Maßnahmen zur Deponierekultivierung erfolgt aus gebührenfinanzierten Rückstellungen. Die Kostenschätzungen beruhen auf der Fortschreibung eines Gutachtens des beauftragten Ingenieurbüros, die durch eine aktuelle Einschätzung bestätigt wurde. Die endgültige Kostenhöhe ergibt sich erst im Zusammenhang mit den anstehenden Ausschreibungen und der tatsächlichen Durchführung der Maßnahmen. Sowohl für die spätere Abdichtung des Schüttfeldes III als auch für die Nachsorgephase aller Schüttfelder müssen weiterhin Finanzmittel zurückgestellt werden.

Eine Darstellung der Verträge mit ALBA und REMONDIS und der Mitgliedschaft beim AVB sowie der daraus resultierenden finanziellen Verpflichtungen findet sich in den Vermerken unterhalb der Bilanz.

Stadt Braunschweig
Rechnungsprüfungsamt

Schlussbericht

über die Prüfung des
Jahresabschlusses
der Stadt Braunschweig zum

31. Dezember 2014

01 Inhaltsübersicht

Textziffer	Überschrift	Seite
02	Inhaltsverzeichnis	2
03	Abkürzungsverzeichnis	7
04	Erläuterungen zum Schlussbericht	9
05	Erläuterungen zur Prüfung der Haushaltswirtschaft	10
06	Zusammenfassung der Bemerkungen „B“	11
07	Zusammenfassung der Bemerkungen „B/St“ und „WB/St“	13
1	Prüfungsauftrag	14
2	Entlastungen gemäß § 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG	16
3	Vorläufige Haushaltsführung	17
4	Haushaltssatzung	18
5	Haushaltsplan	22
6	Haushaltsplanung	24
7	Haushaltswirtschaft	29
8	Plan-Ist-Vergleich	41
9	Kassenwesen	45
10	Jahresabschluss	51
11	FB 20 Sonderrechnung Stadtentwässerung	77
12	FB 20 Sonderrechnung Abfallwirtschaft	87
13	FB 65 Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement	96
14	Sondervermögen Pensionsfonds der Stadt Braunschweig	105
15	Vergaben	111
16	Abgeschlossene Maßnahmen	119
17	Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit	120
18	Informationstechnologie (IT)	126
19	Wirtschaftliche Betätigung	131
20	Zuwendungen	140
21	Sonderprüfungen	148
22	Sonstige Prüfungen	149
23	Prüfungsvermerk	151

02 Inhaltsverzeichnis

Textziffer	Überschrift	Seite
03	Abkürzungsverzeichnis	7
04	Erläuterungen zum Schlussbericht	9
05	Erläuterungen zur Prüfung der Haushaltswirtschaft	10
06	Zusammenfassung der Bemerkungen „B“	11
07	Zusammenfassung der Bemerkungen „B/St“ und „WB/St“	13
1	Prüfungsauftrag	14
2	Entlastungen gemäß § 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG	16
3	Vorläufige Haushaltsführung	17
3.1	Vorbemerkungen	17
3.2	Feststellungen und Erläuterungen	17
3.2.1	Ergriffene Maßnahmen zur vorläufigen Haushaltsführung	17
3.2.2	Teilergebnishaushalte	17
3.2.3	Teilfinanzhaushalte	17
4	Haushaltssatzung	18
4.1	Vorbemerkungen	18
4.2	Feststellungen und Erläuterungen	21
5	Haushaltsplan	22
5.1	Vorbemerkungen	22
5.2	Feststellungen und Erläuterungen	22
5.2.1	Haushaltsplan - gesamt	22
5.2.2	Teilergebnishaushalte	22
5.2.3	Teilfinanzhaushalte	22
5.2.4	Stellenplan	23
6	Haushaltsplanung	24
6.1	Vorbemerkungen	24
6.2	Feststellungen und Erläuterungen	24
6.2.1	Haushaltsplan - gesamt	24
6.2.2	Teilergebnishaushalte	25
6.2.3	Teilfinanzhaushalte	27
7	Haushaltswirtschaft	29
7.1	Vorbemerkungen	29
7.2	Feststellungen und Erläuterungen	30
7.2.1	Bewirtschaftung der Erträge und Einzahlungen, Aufwendungen und Auszahlungen, Verpflichtungsermächtigungen und Haushaltsreste	30
7.2.2	Einhaltung der Deckungsregeln sowie die Beachtung der Haushaltsvermerke	36
7.2.3	Ermächtigungen/Voraussetzungen für über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen	36
7.2.4	Voraussetzungen für Stundungen, Niederschlagungen und Erlasse sowie für kaufmännische Ausbuchungen	37
7.2.5	Strategische Ziele und wesentliche Produkte	38
8	Plan-Ist-Vergleich	41
8.1	Vorbemerkungen	41
8.2	Feststellungen und Erläuterungen	41
8.2.1	Produkte	41
8.2.2	Erfolgswirksame Projekte	41
8.2.3	Investive Projekte und Mischprojekte	42
8.2.4	Aufwendungen für aktives Personal und Aufwendungen für Versorgung	43

02 Inhaltsverzeichnis

Textziffer	Überschrift	Seite
9	Kassenwesen	45
9.1	Prüfungsauftrag	45
9.2	Laufende Prüfung der Kassenvorgänge und Belege zur Vorbereitung des Jahresabschlusses	46
9.2.1	Vorbemerkungen	46
9.2.2	Feststellungen und Erläuterungen	46
9.3	Dauernde Überwachung der Kassen der Kommune und ihrer Eigenbetriebe	47
9.3.1	Vorbemerkungen	47
9.3.2	Feststellungen und Erläuterungen	47
9.4	Regelmäßige und unvermutete Kassenprüfung	49
9.4.1	Vorbemerkungen	49
9.4.2	Feststellungen und Erläuterungen	49
10	Jahresabschluss	51
10.1	Vorbemerkungen	51
10.2	Feststellungen und Erläuterungen	53
10.2.1	Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses	53
10.2.2	Bilanz	55
10.2.2.1	Immaterielles Vermögen	55
10.2.2.2	Sachvermögen	55
10.2.2.3	Finanzvermögen	58
10.2.2.4	Liquide Mittel	59
10.2.2.5	Aktive Rechnungsabgrenzung	60
10.2.2.6	Nettoposition	60
10.2.2.7	Schulden	61
10.2.2.8	Rückstellungen	62
10.2.2.9	Passive Rechnungsabgrenzung	64
10.2.2.10	Vermerke unterhalb der Bilanz	64
10.2.3	Ergebnisrechnung	65
10.2.4	Finanzrechnung	66
10.2.5	Anhang	67
10.2.6	Dem Anhang beizufügende Bestandteile	68
10.2.6.1	Vorbemerkungen	68
10.2.6.2	Rechenschaftsbericht	68
10.2.6.3	Anlagenübersicht	70
10.2.6.4	Schuldenübersicht	71
10.2.6.5	Forderungsübersicht	72
10.2.6.6	Rückstellungsübersicht	73
10.2.6.7	Übersicht Haushaltsermächtigungen	73
10.3	Prüfungsergebnis	73
10.4	Rechenwerke des Jahresabschlusses	74
10.4.1	Anlage 1 Bilanz	74
10.4.2	Anlage 2 Ergebnisrechnung	75
10.4.3	Anlage 3 Finanzrechnung	76

02 Inhaltsverzeichnis

Textziffer	Überschrift	Seite
11	FB 20 Sonderrechnung Stadtentwässerung	77
11.1	Vorbemerkungen	77
11.2	Feststellungen und Erläuterungen	78
11.2.1	Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses	78
11.2.2	Bilanz	78
11.2.3	Ergebnisrechnung	82
11.2.4	Finanzrechnung	83
11.2.5	Anhang	83
11.2.6	Dem Anhang beizufügende Bestandteile	83
11.3	Prüfungsergebnis	83
11.4	Rechenwerke des Jahresabschlusses	84
11.4.1	Anlage 1 Bilanz	84
11.4.2	Anlage 2 Ergebnisrechnung	85
11.4.3	Anlage 3 Finanzrechnung	86
12	FB 20 Sonderrechnung Abfallwirtschaft	87
12.1	Vorbemerkungen	87
12.2	Feststellungen und Erläuterungen	88
12.2.1	Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses	88
12.2.2	Bilanz	88
12.2.3	Ergebnisrechnung	91
12.2.4	Finanzrechnung	92
12.2.5	Anhang	92
12.2.6	Dem Anhang beizufügende Bestandteile	92
12.3	Prüfungsergebnis	92
12.4	Rechenwerke des Jahresabschlusses	93
12.4.1	Anlage 1 Bilanz	93
12.4.2	Anlage 2 Ergebnisrechnung	94
12.4.3	Anlage 3 Finanzrechnung	95
13	FB 65 Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement	96
13.1	Vorbemerkungen	96
13.2	Feststellungen und Erläuterungen	97
13.2.1	Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses	97
13.2.2	Bilanz	97
13.2.3	Ergebnisrechnung	100
13.2.4	Finanzrechnung	100
13.2.5	Anhang	100
13.2.6	Dem Anhang beizufügende Bestandteile	101
13.3	Prüfungsergebnis	101
13.4	Rechenwerke des Jahresabschlusses	102
13.4.1	Anlage 1 Bilanz	102
13.4.2	Anlage 2 Ergebnisrechnung	103
13.4.3	Anlage 3 Finanzrechnung	104

02 Inhaltsverzeichnis

Textziffer	Überschrift	Seite
14	Sondervermögen Pensionsfonds der Stadt Braunschweig	105
14.1	Prüfungsauftrag	105
14.2	Feststellungen und Erläuterungen	106
14.3	Prüfungsergebnis	107
14.4	Rechenwerke des Jahresabschlusses	108
14.4.1	Anlage 1 Bilanz	108
14.4.2	Anlage 2 Ergebnisrechnung	109
14.4.3	Anlage 3 Finanzrechnung	110
15	Vergaben	111
15.1	Vorbemerkungen	111
15.2	Feststellungen und Erläuterungen	114
15.2.1	Vergaben nach VOB	114
15.2.2	Vergaben nach VOL	116
15.2.3	Vergaben nach VOF und HOAI	117
15.2.4	Sonstige Vergaben	118
15.2.5	Prüfung Freihändige Vergaben größer 2.500,00 EUR bis 25.000,00 EUR	118
16	Abgeschlossene Maßnahmen	119
16.1	Prüfungsauftrag	119
16.2	Feststellungen und Erläuterungen	119
17	Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit	120
17.1	Prüfungsauftrag	120
17.2	Feststellungen und Erläuterungen	120
17.2.1	Verwendungsnachweise	120
17.2.2	Leistungen nach SGB XII und SGB II	121
17.2.2.1	Hilfe zur Gesundheit nach dem 5. Kapitel SGB XII	121
17.2.2.2	Prüfung der von der Stadt zu tragenden Leistungen nach dem SGB II	122
17.2.3	Wohnbauförderung nach dem NWoFG	123
17.2.4	Korruptionsprävention	123
17.2.5	Sonstige Feststellungen	124
17.2.5.1	Beschaffung von Schulmobiliar	124
17.2.5.2	Diebstähle an Schulen	125
18	Informationstechnologie (IT)	126
18.1	Vorbemerkungen	126
18.2	Feststellungen und Erläuterungen	126
18.2.1	Verfahrensprüfungen	126
18.2.1.1	Finanzwesen	126
18.2.1.2	Personalwesen	127
18.2.1.3	Sozialwesen	128
18.2.1.4	Ordnungswidrigkeiten	129
18.2.2	Begleitende Prüfung/Beratung bei IT-Projekten	129
18.2.3	Prüfung von Auftragsvergaben im IT-Bereich	130
19	Wirtschaftliche Betätigung	131
19.1	Prüfungsauftrag	131
19.2	Betätigung der Stadt als Gesellschafterin oder Aktionärin in Unternehmen und Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit	131
19.2.1	Vorbemerkungen	131
19.2.2	Feststellungen und Erläuterungen	132

02 Inhaltsverzeichnis

Textziffer	Überschrift	Seite
19.3	Kassen-, Buch- und Betriebsprüfung, soweit sich die Stadt eine solche Prüfung bei einer Beteiligung vorbehalten hat	134
19.3.1	Vorbemerkungen	134
19.3.2	Feststellungen und Erläuterungen	134
19.4	Führung von Betrieben gewerblicher Art	135
19.4.1	Vorbemerkungen	135
19.4.2	Feststellungen und Erläuterungen	136
19.5	Steuererklärungen von Betrieben gewerblicher Art	137
19.5.1	Vorbemerkungen	137
19.5.2	Feststellungen und Erläuterungen	138
19.6	Führung von kostenrechnenden Einrichtungen	139
19.6.1	Vorbemerkungen	139
19.6.2	Feststellungen und Erläuterungen	139
20	Zuwendungen	140
20.1	Prüfungsauftrag	140
20.2	Erhaltene Zuwendungen	140
20.2.1	Vorbemerkungen	140
20.2.2	Feststellungen und Erläuterungen	141
20.2.2.1	Investive erhaltene Zuwendungen	141
20.2.2.2	Erfolgswirksame erhaltene Zuwendungen	142
20.3	Geleistete Zuwendungen	142
20.3.1	Vorbemerkungen	142
20.3.2	Feststellungen und Erläuterungen	143
20.3.2.1	Investive geleistete Zuwendungen	143
20.3.2.2	Erfolgswirksame geleistete Zuwendungen	144
20.4	Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen	145
20.4.1	Vorbemerkungen	145
20.4.2	Feststellungen und Erläuterungen	146
21	Sonderprüfungen	148
21.1	Vorbemerkungen	148
21.2	Feststellungen und Erläuterungen	148
22	Sonstige Prüfungen	149
22.1	Zweckverband Großraum Braunschweig	149
22.1.1	Vorbemerkungen	149
22.1.2	Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2013	149
22.2	Regionalbahnfahrzeuge Großraum Braunschweig	149
22.2.1	Vorbemerkungen	149
22.2.2	Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2014	150
22.3	Jüdel-Stiftung in Braunschweig	150
22.4	Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Braunschweig e. V. (VWA)	150
23	Prüfungsvermerk	151

03 Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Text
Abt.	Abteilung
AG	Aktiengesellschaft
AFW/ASZ	Aufwendungen/Auszahlungen
Alg	Arbeitslosengeld
ANBest-P	Allgemeine Nebenstimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung
B	Bemerkung
BgA	Betrieb gewerblicher Art
BGA	Betriebs- und Geschäftsausstattung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
B/St	Bemerkung mit der Bitte um Stellungnahme
BuT	Leistungen für Bildung und Teilhabe
bez.	bezüglich
DA	Dienstanweisung
DEÜV	Datenerfassungs- und -übermittlungsverordnung
ELStAM	Elektronische Lohnsteuer-Abzugs-Merkmale
EigBetrVO	Verordnung über Eigenbetriebe und andere prüfungspflichtige Einrichtungen
ErbStG	Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz
Erl.	Erlass
ERP	Finanz-System ERP
EUR	EURO
EU	Europäische Union
e. V.	eingetragener Verein
FB	Fachbereich
FPA	Finanz- und Personalausschuss
GemHKVO	Gemeindehaushalts- und -kassenverordnung
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GoB	Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
HA	Hauptauftrag
Halbs.	Halbsatz
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
HOAI	Honorarordnung für Architekten und Ingenieure
HRB	Handelsregister, Abteilung B
IDW PS	Institut der Wirtschaftsprüfer Prüfungsstandard
IGS	Integrierte Gesamtschule
IT	Informationstechnologie
KomEinrVO	Verordnung über die selbstständige Wirtschaftsführung kommunaler Einrichtungen
LSKN	Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen
MI	Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport

03 Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Text
Nds	Niedersächsisch
Nds. GVBl.	Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt
Nds. MBl.	Niedersächsisches Ministerialblatt
NKomVG	Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz
NKR	Neues Kommunales Rechnungswesen
NTVerG	Niedersächsisches Tariftreue- und Vergabegesetz
NWoFG	Niedersächsisches Wohnungsbaufördergesetz
OBM	Oberbürgermeister
o. g.	oben genannt
PPP	Public Private Partnership
PSP	Projektstrukturplan
RdErl.	Runderlass
Ref.	Referat
RGB	Regionalbahnfahrzeuge Großraum Braunschweig
RPA	Rechnungsprüfungsamt
RPO	Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Braunschweig
SDA	Sammlung der Dienstanweisungen der Stadt Braunschweig
SEPA	Single Euro Payments Area, einheitlicher EURO-Zahlungsverkehr
SGB	Sozialgesetzbuch
s. o.	siehe oben
sog.	sogenannt
StSt.	Stabsstelle
TEUR	Tausend Euro
TH	Teilhaushalt
Tz.	Textziffer
üpl./apl.	überplanmäßig/außerplanmäßig
UG	Untergeschoss
VA	Verwaltungsausschuss
VOB	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen
VOF	Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen
VOL	Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen
WB/St	Wiederholte Bemerkung mit der Bitte um Stellungnahme
ZGB	Zweckverband Großraum Braunschweig

04 Erläuterungen zum Schlussbericht

Das RPA hat gemäß § 156 Abs. 3 NKomVG seine Bemerkungen zur Prüfung des Jahresabschlusses und des konsolidierten Gesamtabschlusses in jeweils einem Schlussbericht zusammenzufassen.

Nach diesen Vorgaben ist die Berichtspflicht mittels entsprechender Schlussberichte grundsätzlich auf die Bemerkungen aus den aus der Prüfung des Jahresabschlusses und des konsolidierten Gesamtabschlusses gewonnenen Erkenntnissen auf Basis der Aufgaben im Sinne des § 155 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. § 156 Abs. 1 NKomVG sowie § 155 Abs. 1 Nr. 2 i. V. m. § 156 Abs. 2 Satz 1 und 2 NKomVG begrenzt.

Davon unbenommen fasst das RPA mit diesem Schlussbericht seine Bemerkungen aus den aus der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen auf Basis der ihm insgesamt obliegenden und übertragenen Aufgaben zusammen. Ausgenommen davon sind hier die Bemerkungen zur Prüfung des konsolidierten Gesamtabschlusses, die in einem gesonderten Schlussbericht zusammengefasst werden.

Dieser Schlussbericht enthält somit wesentliche Bemerkungen und den Prüfungsvermerk aus der Prüfung entsprechend § 155 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. § 156 Abs. 1 NKomVG, die für den Rat eine Entscheidungsgrundlage für den Beschluss über den Jahresabschluss sowie für die entsprechende Entlastung des OBM sein sollen (§ 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG) sowie - unter Beachtung der zuvor genannten Einschränkung - wesentliche Bemerkungen aus Prüfungen aus den übrigen dem RPA obliegenden und übertragenen Aufgaben.

Grundlage einer Bemerkung können Einwendungen des RPA sein aufgrund von wesentlichen Beanstandungen, die sich im Rahmen der Prüfungsdurchführung gegen abgrenzbare Prüfungsgegenstände ergeben und bis zur Beendigung der Prüfung vom Geprüften nicht behoben werden und/oder Prüfungshemmnissen, also besondere Umstände, aufgrund derer seitens des RPA Teile eines Prüfungsgegenstands nicht mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden können.

In diesem Rahmen klassifiziert das RPA den Begriff „Bemerkung“ wie folgt:

B Bemerkung aufgrund geringfügiger Beanstandungen oder von Prüfungshemmnissen, die seitens des RPA im Berichtsjahr zu Einwendungen geführt haben, ggf. ergänzt um Hinweise zur Behebung von Fehlern und Mängeln oder zur Verbesserung bestehender Prozesse.

B/St Bemerkung aufgrund wesentlicher Beanstandungen oder von Prüfungshemmnissen, die seitens des RPA im Berichtsjahr zu Einwendungen geführt haben, mit der Bitte um Stellungnahme des OBM.

WB/St Wiederholte Bemerkung aufgrund wesentlicher oder geringfügiger Beanstandungen oder von Prüfungshemmnissen, die seitens des RPA in Vorjahren zu Einwendungen geführt haben und noch nicht erledigt sind, mit der Bitte um Stellungnahme des OBM.

Die Bemerkungen „B“ sind unter Ziffer 06 und die Bemerkungen „B/St“ und „WB/St“ sind in Ziffer 07 des Schlussberichts aufgeführt.

05 Erläuterungen zur Prüfung der Haushaltswirtschaft

Die Prüfungshandlungen zur vorläufigen Haushaltsführung (vgl. Tz. 3), zur Haushaltsplanung (vgl. Tz. 6), zur Haushaltswirtschaft (vgl. Tz. 7) und zum Plan-Ist-Vergleich (vgl. Tz. 8) entsprechend § 155 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG und § 4 Abs. 1 Nr. 1 RPO erfolgten für die Teilhaushalte der Stadt auf Basis von Stichproben. Die Stichprobenauswahl für die zu prüfenden Stichprobenelemente erfolgte zentral unter Berücksichtigung festgelegter Abweichungskriterien und einer festgelegten Anzahl von Stichprobenelementen je Planungsobjektart. Es handelt sich um Produkte (35 Stichprobenelemente) und um erfolgswirksame Projekte (20 Stichprobenelemente) in den Teilergebnishaushalten/-rechnungen und um investive Projekte und Mischprojekte (25 Stichprobenelemente) in den Teilfinanzhaushalten/-rechnungen. Die Dokumentation der Prüfungshandlungen erfolgte anhand von Prüfprogrammen zu den o. g. Textziffern. Die folgende Übersicht zeigt die Verteilung der zu prüfenden Stichprobenelemente auf die Teilhaushalte.

			Teilergebnishaushalte/-rechnungen		Teilergebnishaushalte/-rechnungen		Teilfinanzhaushalte/-rechnungen	
			Produkte = 476		Erfolgswirksame Projekte = 265 Mischprojekte = 74 (nicht berücksichtigt!)		Investive Projekte = 329 Mischprojekte = 74 (berücksichtigt!)	
Nr.	SAP	FB/Ref.	Anzahl Produkte	Anzahl ausgewählte und zu prüfende Produkte	Anzahl erfolgswirksame Projekte	Anzahl ausgewählte und zu prüfende Projekte	Anzahl Projekte	Anzahl ausgewählte und zu prüfende Projekte
1	TH 01	Pol. Gr.	1	0	1	0	1	0
2	TH 02	Verw.F	1	0	1	0	2	0
3	TH 09	FB 01	14	1	3	0	4	0
4	TH 81	Ref. 0120	5	0	1	0	2	0
5	TH 83	Ref. 0140	8	0	1	0	1	0
6	TH 84	Ref. 0150	1	0	1	0	1	0
7	TH 03	Pers.V	1	0	1	0	1	0
8	TH 10	FB 10	12	2	7	1	7	0
	TH 10	Abt. 10.4	4	0	1	0	3	0
9	TH 20	FB 20	36	6	17	0	26	1
	TH 20	FB 65	1	1	68	8	82	8
10	TH 32	FB 32	31	2	2	0	5	0
11	TH 37	FB 37	12	2	8	0	16	0
12	TH 40	FB 40	37	2	27	3	14	1
13	TH 41	FB 41	50	2	8	0	7	0
14	TH 86	Ref. 0500	2	2	1	0	1	0
15	TH 50	FB 50	94	6	12	0	17	0
16	TH 51	FB 51	29	3	28	0	15	1
17	TH 87	Ref. 0600	5	0	2	0	2	0
18	TH 91	Ref. 0610	7	0	2	0	2	0
19	TH 90	Ref. 0630	13	0	1	0	1	0
20	TH 61	FB 61	41	4	19	2	22	1
	TH 61	Abt. 61.7	3	0	1	0	30	0
21	TH 66	FB 66	20	0	17	2	71	6
	TH 66	FB 66	0	0	0	0	22	6
22	TH 67	FB 67	39	1	27	3	33	0
	TH 67	Ref. 0670	6	0	7	1	13	1
23	TH 88	StSt. 0800	1	0	1	0	2	0
24	TH 04	Allgem. F.	2	1	0	0	0	0
Summe			476	35	265	20	403	25

Die TH 01, 02, 03 und 04 betreffen die Teilhaushalte Politische Gremien, Verwaltungsführung, Personalvertretung und Allgemeine Finanzwirtschaft.

06 Zusammenfassung der Bemerkungen „B“

Textziffer	Bemerkung	Seite
2	Frist über die Beschlüsse nach § 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG	16
4.2	Haushaltssatzung, Frist nach § 114 Abs. 1 Satz 2 NKomVG	21
6.2.2	Planungen der Kosten für Miete auf Produktebene	26
6.2.2	Planungen der Aufwendungen für Abschreibungen und Erträge für Sonderposten auf Produktebene	26
6.2.2	Planungen der Aufwendungen und Auszahlungen bei Mischprojekten	26
6.2.2	Bereitstellung von üpl./apl. Aufwendungen und Auszahlungen bei Mischprojekten durch Fehlplanungen bei Investition und/oder Instandhaltung	26
6.2.2	Produkt 1.56.5610.04 Landschaftsrahmenplanung, Haushaltsplanung Aufwendungen	27
7.2.1	Bewilligung einer Ferienfreizeit im FB 51 trotz offener Forderungen	30
7.2.1	Veranschlagungspraxis von Verpflichtungsermächtigungen	31
7.2.1	Vorzeitige Auszahlung von Finanzmitteln	32
7.2.1	Übertragung der Haushaltsreste für Investitionen	33
7.2.1	Übertragung der Haushaltsreste für Instandhaltungen von Vermögensgegenständen und des Ergebnishaushalts	33
7.2.1	Abwicklung von Haushaltsvorgriffen bei Übertragung in das Folgejahr	34
7.2.1	Verstoß gegen § 10 Abs. 2 GemHKVO beim Projekt 4E.210104	35
7.2.1	Verstoß gegen § 10 GemHKVO bei der Beantragung und Bereitstellung von üpl./apl. Aufwendungen/Auszahlungen	35
7.2.3	Fehlende zeitliche und sachliche Unabweisbarkeit für einen überplanmäßig genehmigten Aufwand im FB 51	36
7.2.3	Fehlende Voraussetzung des § 117 Abs. 1 NKomVG bei der Genehmigung eines überplanmäßig bewilligten Aufwandes im FB 51	37
7.2.3	Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung trotz verfügbarer Mittel im FB 51	37
7.2.5	Überprüfung von strategischen Zielen und wesentlichen Produkten	40
8.2.2	Planung von Erträgen beim Projekt 4E.610006 des FB 61	41
8.2.3	Unübersichtliche Projektstruktur durch Mischprojekte	42
10.2.1	Anwendung eines nicht aktuellen verbindlichen Kontenrahmens für Niedersachsen	53
10.2.1	Aufzeichnungen der Finanzvorfälle bis zu den originären Buchungsbelegen sind zu optimieren	53
10.2.2.2	Bewertung der Anlagen im Bau einschließlich der entsprechenden Sonderposten	57
10.2.2.3	Falscher Ausweis der Erstattungsansprüche gegenüber der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH für Pensions- und Beihilfeverpflichtungen in der Bilanz unter öffentliche-rechtlichen Forderungen	58
10.2.2.3	Unterschiedliche Buchungszeitpunkte bei Forderungen und Verbindlichkeiten gegen einzelne verbundene Unternehmen	58
10.2.2.7	Abweichungen zu Saldenbestätigungen gegen einzelne verbundene Unternehmen	61
10.2.2.8	Fehlende Instandhaltungspläne zur Bildung von Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	63
10.2.2.8	Ausweis einer Rückstellung für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichtsverfahren	63
10.2.2.8	Ausweis der Rückstellungen für altersdiskriminierende Besoldung	64
10.2.2.8	Sachverhaltsgerechte Kontenzuordnung für Rückstellungen für ausstehende Rechnungen und andere Sachverhalte	64
10.2.2.8	Verzögerte Bereitstellung von Prüfungsunterlagen im Bereich Rückstellungen	64

06 Zusammenfassung der Bemerkungen „B“

Textziffer	Bemerkung	Seite
10.2.5	Wiederholt fehlerhafte Zuordnung von Inhalten des Anhangs im Rechenschaftsbericht	67
10.2.5	Ausführungen zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie zu Verpflichtungsermächtigungen erfolgen im Rechenschaftsbericht und nicht im Anhang	67
15.2.1	Freihändige Vergabe Sprinkleranlage Tiefgarage Eiermarkt, 2. UG	114
15.2.1	Nachtragsvereinbarung Sprinkleranlage Tiefgarage Eiermarkt, 1. UG	114
15.2.1	Nachtragsvereinbarung Elektroarbeiten Neubau Kindertagesstätte Querumer Straße	114
15.2.1	Vergabe (mit den Nachträgen Nr. 1 bis 8) Elektroarbeiten Sanierung Lessinggymnasium	114
15.2.1	Nachtragsvergabe Dachdeckerarbeiten Sanierung Gymnasium Martino Katharineum	114
15.2.1	Vergabe Elektroarbeiten Sanierung/Überprüfung/Inbetriebnahme Tiefgarage Magni, 1. UG	115
15.2.1	Nachtragsvereinbarungen Entschlammung Lünischteich	115
15.2.1	Nachtragsvereinbarung Endausbauarbeiten im Baugebiet St. Leonhards-Garten	115
15.2.1	Nachtragsvereinbarung Sanierung der Leonhardstraße	115
15.2.1	Nachtragsvereinbarung Sanierung der Straße „Am Alten Bahnhof“	115
15.2.1	Nachtragsvereinbarungen Maßnahme „Renaturierung der Schunter zwischen Hondelage und Dibbesdorf“	116
15.2.2	Durchführung von Fortbildungsseminaren	116
15.2.2	Anschaffung von Büromaterial	116
15.2.2	Ausschreibung für die Beschaffung von sog. Gebäude-System-Trainern	116
15.2.2	Beabsichtigte Anschaffung neuer Zelte für den Kinder- und Jugendzeltplatz in Lenste	116
15.2.3	Nachträge Erneuerung Eisenbütteler Wehr	117
15.2.3	2. Nachtrag für die Maßnahme „Sanierung Lessinggymnasium“	117
15.2.3	Dachsanierung Rathaus Neubau	117
15.2.3	Tragwerksplanung Umbau Nibelungen-Realschule	118
17.2.1	Verwendungsnachweis für den Ausbau der L 625/K 30	120
17.2.1	Verwendungsnachweis „Verkehrsmanagementsystem Braunschweig“	121
17.2.2.1	Kostenübernahme Krankenbehandlung nach § 264 Abs. 7 SGB V	121
17.2.2.2	Kosten der Unterkunft	122
17.2.2.2	Leistung persönlicher Schulbedarf für Bedarfsgemeinschaften	123
19.2.2	Angaben über den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch die Unternehmen und Einrichtungen der Stadt	132
19.5.2	Diverse Bemerkungen aufgrund von Beanstandungen bei den Steuererklärungen von Betrieben gewerblicher Art	138
19.6.2	Unvermutete Prüfungen bei der kostenrechnenden Einrichtung Kinder- und Jugendzeltplatz Lenste	139
20.3.2.2	Diverse Bemerkungen aufgrund von Beanstandungen bei vom FB 40 geleisteten Zuwendungen an Dritte	144
20.3.2.2	Diverse Bemerkungen aufgrund von Beanstandungen bei vom FB 51 geleisteten Zuwendungen an Dritte	145
20.4.2	Dienstanweisung o. ä. über den Umgang mit Zuwendungen	146

07 Zusammenfassung der Bemerkungen „B/St“ und „WB/St“

Textziffer	Bemerkung	Seite
10.2.2.2	Teilweise fehlende Überprüfung der Festwerte	57
10.2.6.2	Fehlender Ausbau von Analysen und Bewertungen über das Zahlenwerk des Schlussberichtes hinaus	68
10.2.6.2	Keine Berücksichtigung von kreditähnlichen Rechtsgeschäften bei der Berechnung der Kennzahlen zu der Verschuldungs- und Zahlungsmittel-situation der Stadt	69
17.2.5.1	Fehlender Rahmenvertrag für die Beschaffung von Schulmobiliar	124
17.2.5.2	Diebstähle an Schulen	125
19.4.2	Fehlende Dienstanweisung der Stadt Braunschweig über die Anwendung der Betriebsabrechnung	137

1 Prüfungsauftrag

Für die Durchführung der örtlichen Rechnungsprüfung hat die Stadt entsprechend § 153 Abs. 1 Halbs. 1 NKomVG das RPA eingerichtet. Die dem RPA zugewiesenen Aufgaben ergeben sich insbesondere aus § 155 Abs. 1 NKomVG und § 4 Abs. 1 RPO sowie § 155 Abs. 2 NKomVG i. V. m. § 4 Abs. 2 RPO und § 158 Abs. 1 NKomVG i. V. m. § 157 Satz 1 NKomVG.

Nach § 155 Abs. 1 NKomVG und § 4 Abs. 1 RPO umfasst die Rechnungsprüfung

1. die Prüfung des Jahresabschlusses einschließlich der Prüfung der Jahresabschlüsse der Sondervermögen nach § 130 Abs. 1 Nr. 4 NKomVG,

2. die Prüfung des konsolidierten Gesamtabschlusses,

3. die laufende Prüfung der Kassenvorgänge und der Belege zur Vorbereitung des Jahresabschlusses,

4. die dauernde Überwachung der Kassen der Stadt sowie die Vornahme der regelmäßigen und unvermuteten Kassenprüfungen, unbeschadet der Vorschriften über die Kassenaufsicht,

5. die Prüfung von Vergaben vor Auftragserteilung einschließlich der Prüfung von Vergaben vor Auftragserteilung der Sondervermögen nach § 130 Abs. 1 Nr. 4 NKomVG.

Der Umfang der Prüfung des Jahresabschlusses und des konsolidierten Gesamtabschlusses ist in § 156 Abs. 1 NKomVG sowie § 156 Abs. 2 Satz 1 und 2 NKomVG geregelt.

Darüber hinaus hat der Rat dem RPA nach § 155 Abs. 2 NKomVG i. V. m. § 4 Abs. 2 RPO folgende weitere Aufgaben übertragen:

1. die Prüfung der Vorräte und Vermögensbestände,

2. die Prüfung der Verwaltung auf Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit,

3. die Prüfung der Wirtschaftsführung der Eigenbetriebe und der kommunalen Stiftungen,

4. die Prüfung der Betätigung der Stadt als Gesellschafterin oder Aktionärin in Unternehmen und Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit,

5. die Kassen-, Buch- und Betriebsprüfung, soweit sich die Stadt eine solche Prüfung bei einer Beteiligung, bei der Gewährung eines Kredits oder sonst vorbehalten hat,

6. die Prüfung von Bauausführungen und Bauabrechnungen.

Soweit bei den Aufgaben gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 3 bis 5 RPO regelmäßig Prüfungen durch andere Prüfungseinrichtungen (Wirtschaftsprüfer, Revisionsverbände u. a.) vorgenommen werden, kann sich die Tätigkeit des RPA auf die Auswertung der entsprechend vorliegenden Prüfungsberichte und auf nicht geprüfte Teilgebiete beschränken.

1 Prüfungsauftrag

Ergänzend zu diesen Aufgaben hat das RPA gemäß § 158 Abs. 1 NKomVG i. V. m. § 157 Satz 1 NKomVG - bezogen auf die privatrechtlichen Unternehmen der Stadt - auch die Jahresabschlüsse der sog. kleinen Kapitalgesellschaften im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB zu prüfen. Gemäß § 157 Satz 2 NKomVG kann das RPA mit der Durchführung dieser Jahresabschlussprüfungen eine Wirtschaftsprüferin, einen Wirtschaftsprüfer, eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder andere Dritte beauftragen oder zulassen, dass die Beauftragung im Einvernehmen mit dem RPA unmittelbar durch die entsprechende Gesellschaft erfolgt (vgl. auch § 4 Abs. 1 Nr. 6 RPO). Das RPA hat sich mit den hiervon betroffenen privatrechtlichen Unternehmen darauf verständigt, dass die Beauftragung zur Prüfung der Jahresabschlüsse im Einvernehmen mit dem RPA unmittelbar durch die entsprechende Gesellschaft erfolgt.

Zweck der örtlichen Rechnungsprüfung ist in diesem Aufgabenspektrum insbesondere, bestimmte gegebene Sachverhalte festzustellen und deren normgerechte Durchführung zu beurteilen. In diesem Rahmen orientiert sich das RPA an folgenden im Sprachgebrauch des Prüfungswesens verwendeten Begriffsinhalten: Überwachung umfasst Prüfung, Kontrolle und Aufsicht. Prüfung erfolgt prozess- bzw. Überwachungsobjekt unabhängig, ist vergangenheitsorientiert und mündet auf Basis eines Soll-Ist-Vergleichs in einem Urteil. Die Urteilsabgabe steht im Vordergrund. Kontrolle erfolgt prozess- bzw. Überwachungsobjekt abhängig, ist gegenwartsorientiert und dient der Fehleraufdeckung und Fehlerkorrektur. Die Systemregelung steht im Vordergrund. Aufsicht erfolgt prozess- bzw. Überwachungsobjekt unabhängig gemäß gesetzlicher Bestimmungen, erlassener Weisungen oder Ermessensentscheidungen durch Aufsichtsinstanzen.

2 Entlastungen gemäß § 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG

Der OBM hat am 13. November 2014 gemäß § 129 Abs. 1 Satz 2 NKomVG die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2013 der Stadt festgestellt und ihn zusammen mit den Jahresabschlüssen 2013 der Sonderrechnungen „Stadtentwässerung“, „Abfallwirtschaft“ und „FB 65 Hochbau und Gebäudemanagement“ und dem Schlussbericht 2013 des RPA vom 23. Januar 2015 dem Rat mit einer eigenen Stellungnahme zu diesem Bericht vorgelegt.

Der Rat hat am 24. März 2015 gemäß § 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG über die Abschlüsse sowie die entsprechenden Entlastungen des OBM beschlossen.

B Die Frist nach § 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG, wonach der Rat über die Abschlüsse und die entsprechenden Entlastungen des OBM bis spätestens zum 31. Dezember des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres beschließt, wurde nicht eingehalten.

Die Beschlüsse über die Abschlüsse und die entsprechenden Entlastungen des OBM wurden dem Nds. Ministerium für Inneres und Sport, Hannover, als Kommunalaufsichtsbehörde der Stadt, unverzüglich mit Schreiben vom 26. März 2015 mitgeteilt und am 2. April 2015 in der Braunschweiger Zeitung öffentlich bekannt gemacht (§ 129 Abs. 2 Satz 1 NKomVG). Die Abschlüsse und der Schlussbericht des RPA wurden in der Zeit vom 7. April 2015 bis 15. April 2015 öffentlich ausgelegt (§ 129 Abs. 2 Satz 2 Halbs. 1 NKomVG). In der Bekanntmachung wurde auf die Auslegung hingewiesen (§ 129 Abs. 2 Satz 2 Halbs. 2 NKomVG).

3 Vorläufige Haushaltsführung

3.1 Vorbemerkungen

Im Rahmen der Prüfung der Einhaltung des Haushaltsplans gemäß § 155 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. § 156 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG ist - soweit die vorläufige Haushaltführung für das Haushaltsjahr verfügt wurde - auch die Einhaltung der kommunalrechtlichen Vorschriften zur vorläufigen Haushaltsführung zu prüfen. Die vorläufige Haushaltsführung für das Haushaltsjahr 2014 wurde am 20. Dezember 2013 verfügt.

Gegenstand der Prüfung sind die seitens der Verwaltung ergriffenen Maßnahmen zur vorläufigen Haushaltsführung 2014 sowie der Vollzug des Haushalts in der Interimsphase vom Beginn des Haushaltsjahres bis zum In-Kraft-Treten der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014 am 13. März 2014. Geprüft wird die Einhaltung der für die vorläufige Haushaltsführung maßgebenden Vorschriften (§ 116 NKomVG) und sie ergänzende Bestimmungen. Die Prüfungshandlungen erfolgten für jeden Teilhaushalt der Stadt auf Basis von Stichproben. Die Stichprobenauswahl für die zu prüfenden Stichprobenelemente erfolgte zentral unter Berücksichtigung festgelegter Abweichungskriterien und einer festgelegten Anzahl von Stichprobenelementen je Planungsobjektart (vgl. Tz. 05).

3.2 Feststellungen und Erläuterungen

3.2.1 Ergriffene Maßnahmen zur vorläufigen Haushaltsführung

Die vorläufige Haushaltsführung für das Haushaltsjahr 2014 wurde vom Dezernat VII am 20. Dezember 2013 verfügt. Gemäß dieser Verfügung oblag die Einhaltung der maßgebenden Vorschriften für die vorläufige Haushaltsführung den FB und Ref. der Stadt. Der FB 20 stand den FB und Ref. in Zweifelsfällen für Rückfragen zur Verfügung. Weitere Maßnahmen zur vorläufigen Haushaltsführung für das Haushaltsjahr 2014 wurden nicht ergriffen.

3.2.2 Teilergebnishaushalte

Die Prüfung der Einhaltung der Vorschriften über die vorläufige Haushaltsführung nach § 116 NKomVG für die Teilergebnishaushalte der Stadt auf Basis der ausgewählten Stichproben (vgl. Tz. 05) hat keine Beanstandungen ergeben, die seitens des RPA zu Einwendungen geführt haben. Es haben sich im Rahmen der Prüfung keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen zur vorläufigen Haushaltsführung seitens der FB und Ref. nicht beachtet werden.

3.2.3 Teilfinanzhaushalte

Die Prüfung der Einhaltung der Vorschriften über die vorläufige Haushaltsführung nach § 116 NKomVG für die Teilfinanzhaushalte der Stadt auf Basis der ausgewählten Stichproben (vgl. Tz. 05) hat keine Beanstandungen ergeben, die seitens des RPA zu Einwendungen geführt haben. Es haben sich im Rahmen der Prüfung keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen zur vorläufigen Haushaltsführung seitens der FB und Ref. nicht beachtet werden.

4 Haushaltssatzung

4.1 Vorbemerkungen

Im Rahmen der Prüfung der Einhaltung des Haushaltsplans gemäß § 155 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. § 156 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG ist auch die Einhaltung der kommunalrechtlichen Vorschriften zur Haushaltssatzung zu prüfen.

Gegenstand der Prüfung ist die vom Rat am 17. Dezember 2013 beschlossene und vom OBM mit gleichem Datum unterschriebene Haushaltsatzung für das Haushaltsjahr 2014, die gemäß Schreiben der Kommunalaufsichtsbehörde vom 21. Februar 2014 ohne Einschränkungen bestätigt wurde und gemäß Verfügung des FB 20 vom 12. März 2014 am 13. März 2014 wirksam geworden ist (§ 112 Abs. 3 Satz 1 Halbs. 1 NKomVG). Eine Nachtragshaushaltssatzung wurde nicht beschlossen. Geprüft wurden insbesondere die Form (§ 178 Abs. 3 NKomVG i. V. m. dem Muster 1 des RdErl. d. MI vom 4. Dezember 2006 - 33.3-10300/2), die formalen Anforderungen (§ 112 NKomVG), das Verfahren zur Aufstellung und der Erlass der Haushaltssatzung (§ 114 NKomVG). Außerdem wurde geprüft, ob für das Haushaltsjahr 2014 eine Nachtragshaushaltssatzung zu Recht nicht aufzustellen war (§ 115 NKomVG). Die Prüfungshandlungen bezogen sich auf die o. g. Haushaltssatzung.

Zu den Festsetzungen für den Haushaltsplan des Berichtsjahres entsprechend § 1 und § 1a der Haushaltsatzung sowie zu den Festsetzungen für den Haushaltsplan des Vorjahres einschließlich der entsprechenden betragsmäßigen und prozentualen Veränderungen vergleiche die Übersichten auf den folgenden Seiten.

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern sind gemäß § 5 der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014 für die Grundsteuer A (Grundsteuer für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe) auf 320 v. H. für die Grundsteuer B (Grundsteuer für die Grundstücke) auf 450 v. H. und für die Gewerbesteuer auf 450 v. H. festgesetzt.

4 Haushaltssatzung

In der folgenden Übersicht sind die Festsetzungen für den Haushaltsplan entsprechend § 1 der Haushaltsatzung für das Berichtsjahr und das Vorjahr sowie die absoluten und relativen Veränderungen zum Vorjahr dargestellt.

		Berichtsjahr EUR	Vorjahr EUR	Veränderungen EUR	Veränderungen %
1.	Ergebnishaushalt				
1.1	Ordentliche Erträge	713.713.274	682.354.233	31.359.041	4,6
1.2	Ordentliche Aufwendungen	713.713.274	682.354.233	31.359.041	4,6
1.3	Außerordentliche Erträge	1.255.300	1.018.400	236.900	23,3
1.4	Außerordentliche Aufwendungen	1.255.300	1.018.400	236.900	23,3
	Erträge Ergebnishaushalt	714.968.574	683.372.633	31.595.941	4,6
	Aufwendungen Ergebnishaushalt	714.968.574	683.372.633	31.595.941	4,6
	Ergebnis	0	0	0	0
2.	Finanzhaushalt				
2.1	Einzahlungen lfd. Verwaltungstätigkeit	701.194.960	667.361.600	33.833.360	5,1
2.2	Auszahlungen lfd. Verwaltungstätigkeit	656.112.860	623.909.377	32.203.483	5,2
2.3	Einzahlungen für Investitionstätigkeit	16.656.800	22.101.700	-5.444.900	24,6
2.4	Auszahlungen für Investitionstätigkeit	75.178.100	64.063.100	11.115.000	17,4
2.5	Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	7.863.100	0	7.863.100	
2.6	Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	24.500.600	8.181.500	16.319.100	>100,0
	Einzahlungen Finanzhaushalt	725.714.860	689.463.300	36.251.560	5,25
	Auszahlungen Finanzhaushalt	755.791.560	696.153.977	59.637.583	8,6
	Ergebnis	-30.076.700	-6.690.677	-23.386.023	>100,0

In der folgenden Übersicht sind die Festsetzungen für den Haushaltsplan der Sonderrechnung des FB 65 Hochbau und Gebäudemanagement entsprechend § 1a der Haushaltsatzung für das Berichtsjahr dargestellt. Für das Vorjahr wurde noch ein Wirtschaftsplan mit Erträgen und Aufwendungen im Erfolgsplan und Einnahmen und Ausgaben im Vermögensplan beschlossen.

		Berichtsjahr EUR
1.	Ergebnishaushalt	
1.1	Ordentliche Erträge	74.481.700
1.2	Ordentliche Aufwendungen	74.481.700
1.3	Außerordentliche Erträge	0
1.4	Außerordentliche Aufwendungen	10.000
	Erträge Ergebnishaushalt	74.481.700
	Aufwendungen Ergebnishaushalt	74.491.700
	Ergebnis	-10.000
2.	Finanzhaushalt	
2.1	Einzahlungen lfd. Verwaltungstätigkeit	68.481.700
2.2	Auszahlungen lfd. Verwaltungstätigkeit	68.364.100
2.3	Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0
2.4	Auszahlungen für Investitionstätigkeit	122.000
2.5	Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	0
2.6	Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	0
	Einzahlungen Finanzhaushalt	68.481.700
	Auszahlungen Finanzhaushalt	68.486.100
	Ergebnis	-44.000

4 Haushaltssatzung

In der folgenden Übersicht sind die Festsetzungen für den Haushaltsplan der Sonderrechnung Stadtentwässerung entsprechend § 1a der Haushaltsatzung für das Berichtsjahr und das Vorjahr sowie die absoluten und relativen Veränderungen zum Vorjahr dargestellt.

		Berichtsjahr EUR	Vorjahr EUR	Veränderungen EUR	%
1.	Ergebnishaushalt				
1.1	Ordentliche Erträge	61.372.400	61.010.500	316.900	0,6
1.2	Ordentliche Aufwendungen	61.908.400	61.010.500	897.900	1,5
1.3	Außerordentliche Erträge	0	0	0	0
1.4	Außerordentliche Aufwendungen	700.000	700.000	0	0
	Erträge Ergebnishaushalt	61.372.400	61.010.500	361.900	0,6
	Aufwendungen Ergebnishaushalt	62.608.400	61.710.500	897.900	1,5
	Ergebnis	-1.236.000	-700.000	-536.000	76,6
2.	Finanzhaushalt				
2.1	Einzahlungen lfd. Verwaltungstätigkeit	52.710.800	51.912.300	798.500	1,5
2.2	Auszahlungen lfd. Verwaltungstätigkeit	55.560.300	54.484.100	1.076.200	2,0
2.3	Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0
2.4	Auszahlungen für Investitionstätigkeit	292.500	472.500	-180.000	-38,1
2.5	Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0
2.6	Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0
	Einzahlungen Finanzhaushalt	52.710.800	51.912.300	798.500	1,5
	Auszahlungen Finanzhaushalt	55.852.800	54.956.600	896.200	1,6
	Ergebnis	-3.142.000	-3.044.300	-97.700	3,2

In der folgenden Übersicht sind die Festsetzungen für den Haushaltsplan der Sonderrechnung Abfallwirtschaft entsprechend § 1a der Haushaltsatzung für das Berichtsjahr und das Vorjahr sowie die absoluten und relativen Veränderungen zum Vorjahr dargestellt.

		Berichtsjahr EUR	Vorjahr EUR	Veränderungen EUR	%
1.	Ergebnishaushalt				
1.1	Ordentliche Erträge	42.547.000	42.644.600	97.600	-0,2
1.2	Ordentliche Aufwendungen	42.940.100	43.146.600	-206.500	-0,5
1.3	Außerordentliche Erträge	0	0	0	0
1.4	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0
	Erträge Ergebnishaushalt	42.547.000	42.644.600	-97.600	-0,2
	Aufwendungen Ergebnishaushalt	42.940.100	43.146.600	-206.500	-0,5
	Ergebnis	-393.100	-502.000	108.900	-21,7
2.	Finanzhaushalt				
2.1	Einzahlungen lfd. Verwaltungstätigkeit	41.225.500	41.166.000	59.500	0,1
2.2	Auszahlungen lfd. Verwaltungstätigkeit	46.330.100	45.440.200	889.900	2,0
2.3	Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0
2.4	Auszahlungen für Investitionstätigkeit	331.000	331.000	0	0
2.5	Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0
2.6	Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	51.400	51.400	0	0
	Einzahlungen Finanzhaushalt	41.225.500	41.166.000	59.500	0,1
	Auszahlungen Finanzhaushalt	46.712.500	45.822.600	889.900	1,9
	Ergebnis	-5.487.000	-4.274.200	-1.212.800	28,4

4 Haushaltssatzung

4.2 Feststellungen und Erläuterungen

Die Form und der Inhalt der Haushaltssatzung entsprechen den Vorgaben des § 178 Abs. 3 NKomVG i. V. m. dem Muster 1 des RdErl. d. MI vom 4. Dezember 2006 - 33.3-10300/2 bzw. des § 112 Abs. 2 NKomVG. Genehmigungspflichtige Teile, die sich aus § 119 Abs. 4, § 120 Abs. 2, 4, 6, § 121 Abs. 2, 3 und § 122 Abs. 2 NKomVG ergeben, waren in die Haushaltssatzung nicht aufzunehmen.

Das Verfahren zur Aufstellung der Haushaltssatzung basierte materiell auf der Verfügung des FB 20 „Haushaltplanaufstellung 2014“ (0200.11 - Verfügung vom 8. März 2013) und zeitlich auf der ergänzenden Verfügung des FB 20 „Terminplanung - Haushalt 2014“ (0200.11 - Verfügung vom 28. Mai 2013). Es sprechen aus Prüfungssicht keine Anzeichen dafür, dass diese getroffenen und umgesetzten organisatorischen Maßnahmen ein ordnungsmäßiges Verfahren zur Aufstellung der Haushaltssatzung 2014 nicht gewährleisten.

Der Rat hat am 17. Dezember 2013 die Haushaltssatzung der Stadt für das Haushaltsjahr 2014 beschlossen (Drucksache 16561/13). Sie wurde mit Schreiben der Kommunalaufsichtsbehörde vom 21. Februar 2014 ohne Einschränkungen bestätigt. Die öffentliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung erfolgte am 3. März 2014 im Amtsblatt der Stadt Braunschweig, 41. Jahrgang, Nr. 2. Die Haushaltssatzung lag mit dem Haushaltsplan in der Zeit vom 4. März 2014 bis 12. März 2014 öffentlich aus.

B Die Frist nach § 114 Abs. 1 Satz 2 NKomVG, wonach die vom Rat beschlossene Haushaltssatzung mit ihren Anlagen der Kommunalaufsichtsbehörde spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres vorgelegt werden soll, wurde nicht eingehalten.

Die Voraussetzungen des § 115 NKomVG für den Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung lagen im Haushaltsjahr nicht vor, sodass eine Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr zu Recht nicht aufzustellen war.

5 Haushaltsplan

5.1 Vorbemerkungen

Im Rahmen der Prüfung der Einhaltung des Haushaltsplans gemäß § 155 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. § 156 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG ist auch die Einhaltung der kommunalrechtlichen Vorschriften zum Haushaltsplan zu prüfen.

Gegenstand der Prüfung ist der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014. Geprüft wurden insbesondere die Vollständigkeit des Haushaltsplans sowie die Einhaltung der im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplans zu beachtenden Aufstellungsgrundsätze. Die Aufstellungsgrundsätze ergeben sich insbesondere aus den §§ 110 und 113 NKomVG und den §§ 1 bis 8 GemHKVO.

Die Prüfungshandlungen bezogen sich auf den Haushaltsplan als Ganzes sowie auf die Pläne der gebildeten Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalte.

Zu den Festsetzungen im Stellenplan für das Haushaltsjahr 2014 sowie zum Umfang der Stellenbesetzungen zum 30. Juni des Haushaltsjahres und des Vorjahres vergleiche Tz. 5.2.4.

5.2 Feststellungen und Erläuterungen

5.2.1 Haushaltsplan - gesamt

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014 ist bezüglich seiner Bestandteile und der zum Haushaltsplan gehörenden Anlagen vollständig (vgl. § 1 Abs. 1 und 2 GemHKVO). Die sich aus den §§ 110 und 113 NKomVG und den §§ 1 bis 6 GemHKVO ergebenden sonstigen Aufstellungsgrundsätze wurden, soweit zutreffend, im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplans beachtet. Die Einhaltung der §§ 7 und 8 GemHKVO war nicht zu prüfen.

5.2.2 Teilergebnishaushalte

Die Teilergebnishaushalte für das Haushaltsjahr 2014 sind bezüglich Umfang und Inhalt vollständig (vgl. § 2 GemHKVO). Die entsprechenden Aufstellungsgrundsätze, insbesondere hinsichtlich der Gliederung des Haushalts in Teilhaushalte entsprechend der Verwaltungsgliederung, der Angaben zum Ansatz und Ausweis, der Gliederung der Rechenwerke und der Bildung von Budgets, wurden beachtet.

5.2.3 Teilfinanzhaushalte

Die Teilfinanzhaushalte für das Haushaltsjahr 2014 sind bezüglich Umfang und Inhalt vollständig (vgl. § 3 GemHKVO). Die entsprechenden Aufstellungsgrundsätze, insbesondere hinsichtlich der Gliederung des Haushalts in Teilhaushalte entsprechend der Verwaltungsgliederung, der Angaben zum Ansatz und Ausweis, der Gliederung der Rechenwerke und der Bildung von Budgets, wurden im Wesentlichen beachtet.

5 Haushaltsplan

5.2.4 Stellenplan

Der Stellenplan ist gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 4 GemHKVO Bestandteil des Haushaltsplans. Dargestellt werden im Folgenden getrennt für die Kernverwaltung sowie für die Sonderrechnungen Stadtentwässerung, Abfallwirtschaft und FB Hochbau und Gebäudemanagement die Anzahl der Planstellen und der besetzten Stellen am 30. Juni des Haushaltsjahres und des Vorjahres.

Kernverwaltung

	Planstellen		besetzte Stellen am 30. Juni	
	Haushaltsjahr	Vorjahr	Haushaltsjahr	Vorjahr
Beamte	1.337,14	1.329,72	1.212,75	1.212,07
Beschäftigte	1.834,25	1.838,60	1.697,12	1.685,85
Gesamt	3.171,39	3.168,32	2.909,87	2.897,92

Stadtentwässerung

	Planstellen		besetzte Stellen am 30. Juni	
	Haushaltsjahr	Vorjahr	Haushaltsjahr	Vorjahr
Beamte	3,37	3,37	3,37	3,37
Beschäftigte	3,50	3,50	3,50	3,50
Gesamt	6,87	6,87	6,87	6,87

Abfallwirtschaft

	Planstellen		besetzte Stellen am 30. Juni	
	Haushaltsjahr	Vorjahr	Haushaltsjahr	Vorjahr
Beamte	4,63	4,63	4,63	4,63
Beschäftigte	2,50	2,50	2,50	2,50
Gesamt	7,13	7,13	7,13	7,13

FB Hochbau und Gebäudemanagement

	Planstellen		besetzte Stellen am 30. Juni	
	Haushaltsjahr	Vorjahr	Haushaltsjahr	Vorjahr
Beamte	20,50	22,50	18,50	22,50
Beschäftigte	252,88	253,36	221,66	219,50
Gesamt	273,38	275,86	240,16	242,00

6 Haushaltsplanung

6.1 Vorbemerkungen

Im Rahmen der Prüfung der Einhaltung des Haushaltsplans gemäß § 155 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. § 156 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG ist auch die Einhaltung der kommunalrechtlichen Vorschriften zur Haushaltsplanung zu prüfen.

Gegenstand der Prüfung sind die Haushaltsansätze (Veranschlagungen) im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014. Geprüft wurde die Einhaltung der im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplans zu beachtenden Haushalts- und Planungsgrundsätze und sie ergänzende Bestimmungen. Die Haushalts- und Planungsgrundsätze ergeben sich insbesondere aus den §§ 110, 113, 118 und 119 NKomVG sowie den §§ 9 bis 16 GemHKVO. Die Prüfungshandlungen bezogen sich auf den Haushaltsplan als Ganzes und erfolgten für jeden Teilhaushalt der Stadt auf Basis von Stichproben. Die Stichprobenauswahl für die zu prüfenden Stichprobenelemente erfolgte zentral unter Berücksichtigung festgelegter Abweichungskriterien und einer festgelegten Anzahl von Stichprobenelementen je Planungsobjektart (vgl. Tz. 05).

6.2 Feststellungen und Erläuterungen

6.2.1 Haushaltsplan - gesamt

Die Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2014 wird insbesondere bezüglich

- des Haushaltsausgleichs in der Planung im Ergebnisbereich,
- der Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit sowie der Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen,
- der Entwicklung der Überschussrücklagen,
- der Schuldendeckungsfähigkeit,
- der Berücksichtigung der vom MI bekannt gegebenen Orientierungsdaten bei der Aufstellung und Fortschreibung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung,
- des Ausgleichs der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung für die einzelnen Haushaltsjahre in Erträgen und Aufwendungen,
- der Veranschlagung eines Überschusses im ordentlichen und außerordentlichen Ergebnis und
- der Erläuterungen im Vorbericht bzw. Haushaltsplan zu Ansatzabweichungen gegenüber dem Vorjahr sowie zu neuen und mehrjährigen Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen

als im Wesentlichen ordnungsmäßig beurteilt. Entsprechende Bemerkungen aufgrund von unwesentlichen Beanstandungen und Hinweise zur Behebung von Fehlern und Mängeln werden dem FB 20 mitgeteilt.

6 Haushaltsplanung

6.2.2 Teilergebnishaushalte

Die Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2014 in den Teilergebnishaushalten wird - soweit geboten - insbesondere bezüglich

- der Sicherstellung der stetigen Aufgabenerfüllung,
- einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung,
- der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung, einschließlich des in der Haushaltsplanung zu berücksichtigenden Investitionsprogramms,
- der Bruttoveranschlagung, unter Berücksichtigung zulässiger Ausnahmen,
- der Periodisierung der errechneten oder sorgfältig geschätzten Erträge und Aufwendungen,
- der Beachtung des Grundsatzes der Haushaltsklarheit für den Ansatz von Erträgen und Aufwendungen einschließlich ggf. notwendiger Erläuterungen,
- der Veranschlagung von Personal-, Versorgungs- und Beihilfeaufwendungen auf Basis der Übersicht nach § 5 Abs. 1 Satz GemHKVO einschließlich entsprechender innerer Verrechnungen,
- der Ansätze für Aufwendungen zur Erfüllung von Verträgen, die die Stadt über ein Jahr hinaus zu erheblichen Zahlungen verpflichtet und
- der wesentlichen zweckgebundenen Erträge

als im Wesentlichen ordnungsmäßig beurteilt. Entsprechende Bemerkungen aufgrund von unwesentlichen Beanstandungen und Hinweise zur Behebung von Fehlern und Mängeln werden den betreffenden FB und Ref. mitgeteilt.

Darüber hinaus wird folgendes angemerkt:

Anhand der Prüfung der Stichprobenelemente auf Einhaltung der im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplans zu beachtenden Haushalts- und Planungsgrundsätze wurde anhand verschiedener Produkte festgestellt, dass bei dem Sachkonto 445512 - Erstattungen an Gebäudemanagement - Miete - im Berichtsjahr sowie in den Vorjahren z. T. erhebliche Abweichungen zwischen den Ansätzen der Haushaltsplanung und dem tatsächlichen Ergebnis zu verzeichnen sind. Durch die jährliche Haushaltsverfügung des Ref. 0200 zur Haushaltsplanaufstellung ist für die Sachkonten für Mieten, Betriebskosten warm und kalt sowie die Verwalterpauschale des FB 65 (Sachkonten 445512, 445517, 445518 und 445528) eine besondere Praxis für die Haushaltsanmeldungen vorgesehen. Der FB 20 fordert im Vorfeld beim FB 65 entsprechende Planansätze für die genannten Aufwendungen getrennt nach Teilhaushalten an und plausibilisiert diese. Diese Planansätze werden den FB und Ref. mitgeteilt und sind von dort ebenfalls auf Plausibilität zu überprüfen. Verfügungsgemäß sind die Planansätze - soweit geboten - in Abstimmung mit dem FB 20 und dem FB 65 anzupassen. Es ist festzustellen, dass der FB 20 dem übermittelten Anpassungsbedarf in der Planung der Teilhaushalte nicht durchgängig zugestimmt hat. Im Ergebnis führte der von den FB und Ref. als nicht

6 Haushaltsplanung

plausibel erkannte Teilhaushaltsansatz daher nach Verteilung der Gebäudekosten seit 2011 bei verschiedenen Produkten zu erheblichen Abweichungen
B zwischen den Ansätzen der Haushaltsplanung und dem tatsächlichen Ergebnis, wobei gesamtstädtisch keine hohen Abweichungen zu verzeichnen sind. Aufgrund der vertraglichen Regelungen im Rahmen des Vermieter-Mieter-Modells sollte es jedoch möglich sein, die entsprechenden Ansätze genauer zu planen (§ 10 Abs. 2 Satz 3 GemHKVO). Es wird daher angeregt, etwaige Anpassungsvorschläge bezüglich einer möglichst realistischen Darstellung auf Produktebene eingehender zu berücksichtigen.

Im Rahmen der Prüfung der Stichprobenelemente auf Einhaltung der bei der Aufstellung des Haushaltsplans zu beachtenden Haushalts- und Planungsgrundsätze wurde anhand verschiedener Produkte bei den Aufwendungen für Abschreibungen (Sachkontengruppe 47) und den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen (Sachkontenart 316) Abweichungen zwischen den Ansätzen der Haushaltsplanung und dem tatsächlichen Ergebnis festgestellt. Die Planung der Aufwendungen für Abschreibungen und die der Erträge aus der Auflösung der projektbezogenen Zuwendungen erfolgt zentral vom FB 20 im Teilhaushalt des FB bzw. Ref., in dem das zugrundeliegende Projekt initiiert wurde (Projektverantwortlichkeit). Das Ergebnis der Aufwendungen und Erträge wird allerdings in den Teilhaushalten ausgewiesen, in denen die korrespondierenden Vermögensgegenstände aktiviert werden und in denen die dafür erhaltenen Fördermittel als Sonderposten passiviert sind (z. B. für die Herstellung von Infrastrukturvermögen). Die Art der
B Darstellung führt verfahrensbedingt oft zu nicht unerheblichen Abweichungen zwischen den Ansätzen der Haushaltsplanung und dem tatsächlichen Ergebnis der Produkte der betroffenen Teilhaushalte. Es wird den betreffenden FB und Ref. daher empfohlen, um die Produkte gemäß § 4 GemHKVO in den Teilhaushalten ordnungsgemäß abzubilden, gemeinsam mit dem FB 20 in dieser Hinsicht die Abläufe zur Haushaltsplanung bei Aktivierung des Anlagevermögens zu überdenken. Langfristig wird das Problem gesehen, dass bei Einstellung von entsprechenden Projekttätigkeiten eines zurzeit verantwortlichen FB oder Ref. auf Seiten der FB bzw. Ref., bei denen die Aktivierung vollzogen wurde, durch die zusätzlich hergestellten Vermögenswerte ein Ungleichgewicht in Bezug auf die eigenen Planungsgrundlagen bestehen bleiben wird und sich diese Abweichung dann auch gesamtstädtisch auf die Bilanz auswirken könnte.

Die Prüfung der Stichprobenelemente auf Einhaltung der bei der Aufstellung des Haushaltsplans zu beachtenden Haushalts- und Planungsgrundsätze erweckte insbesondere bei Mischprojekten den Eindruck, dass eingeplante Aufwendungen nur zu einem recht geringen Teil oder auch gar nicht für den beabsichtigten Zweck verwendet wurden. So wurden z. B. beim Projekt
B 4E.210099 MP-Lessinggymnasium Wenden/Aulaausbau eingeplante Instandhaltungsaufwendungen i. H. v. insgesamt 942.800,00 EUR seit Projektstart im Haushaltsjahr 2013 nicht beansprucht.

Im Rahmen der Prüfung der Zulässigkeit von üpl./apl. Aufwendungen und Auszahlungen ist aufgefallen, dass verschiedene diesbezügliche Entscheidungen erforderlich wurden, weil in der Planung eine Auszahlung für eine Investition berücksichtigt wurde, obwohl Aufwand zu leisten war. Die hier grundsätzlich fehlende Deckungsfähigkeit ließ sich nur durch üpl./apl. Aufwen-
B dungen ausgleichen, für die Deckungsmittel bereitzustellen waren, obwohl im Planungsansatz des (investiven) Projekts ausreichend Zahlungsmittel zur Verfügung standen. Eine Veranschlagung von Baumaßnahmen nach den Vorga-

6 Haushaltsplanung

ben des § 12 Abs. 2 GemHKVO sollte eine solche Fehlplanung z. B. durch Erläuterungen der Art der Ausführung eigentlich unterbinden und würde damit auch das Risiko einer möglichen Bauunterbrechung minimieren.

- Produkt 1.56.5610.04 Landschaftsrahmenplanung
  Konto 421210 Unterhaltung des Infrastrukturvermögens

B Für das Produkt 1.56.5610.04 Landschaftsrahmenplanung im Teilhaushalt des FB 61 wurden auf dem Konto 421210 für das Haushaltsjahr 2014 Aufwendungen für die Unterhaltung des Infrastrukturvermögens i. H. v. 202.409,86 EUR angesetzt. Das Ergebnis nach Abschluss des Haushaltsjahres beläuft sich auf 842.390,89 EUR. Die Prüfung ergab, dass die Abweichung bei den Aufwendungen für die Unterhaltung des Infrastrukturvermögens im Wesentlichen aus der Abrechnung des Projekts 4E.610006 resultiert. Hier ist festzustellen, dass für dieses Projekt die Anmeldung von Aufwendungen vereinfacht auf Kostenstellen vorgenommen wurde, obwohl die Sachkostenzuordnung zum Produkt schon bei der Planung hätte erfolgen können.

6.2.3 Teilfinanzhaushalte

Die Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2014 in den Teilfinanzhaushalten wird - soweit geboten - insbesondere bezüglich

- einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung,
- der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung einschließlich des in der Haushaltsplanung zu berücksichtigenden Investitionsprogramms,
- der Bruttoveranschlagung unter Berücksichtigung zulässiger Ausnahmen,
- der Periodisierung der errechneten oder sorgfältig geschätzten Einzahlungen und Auszahlungen,
- der Beachtung des Grundsatzes der Haushaltsklarheit für den Ansatz von Einzahlungen und Auszahlungen einschließlich ggf. notwendiger Erläuterungen,
- der maßnahmenbezogenen Veranschlagung von Verpflichtungsermächtigungen einschließlich der Angaben zur voraussichtlichen Verteilung der Belastungen auf die künftigen Haushaltsjahre,
- der Dokumentation zur Wirtschaftlichkeit bzw. von Folgekostenberechnungen von entsprechenden Investitionen unter Berücksichtigung ggf. begründeter notwendiger Ausnahmen hiervon,
- der Nichtberücksichtigung haushaltsunwirksamer Einzahlungen und Auszahlungen im Haushaltsplan (bez. Ergebnis vgl. § 40 Abs. 2 Satz 3 und § 51 Abs. 1 Nr. 3 GemHKVO),
- der Veranschlagung von Personal-, Versorgungs- und Beihilfeauszahlungen auf Basis der Übersicht nach § 5 Abs. 1 Satz GemHKVO einschließlich entsprechender innerer Verrechnungen,

6 Haushaltsplanung

- der Ansätze für Aufwendungen zur Erfüllung von Verträgen, die die Stadt über ein Jahr hinaus zu erheblichen Zahlungen verpflichtet und

- der wesentlichen zweckgebundenen Einzahlungen

als im Wesentlichen ordnungsmäßig beurteilt. Entsprechende Bemerkungen aufgrund von unwesentlichen Beanstandungen und Hinweise zur Behebung von Fehlern und Mängeln werden den betreffenden FB und Ref. mitgeteilt.

7 Haushaltswirtschaft

7.1 Vorbemerkungen

Im Rahmen der Prüfung der Einhaltung des Haushaltsplans gemäß § 155 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. § 156 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG ist auch die Einhaltung der kommunalrechtlichen Vorschriften zur Haushaltswirtschaft zu prüfen.

Gegenstand der Prüfung sind haushaltswirtschaftsrelevante Verwaltungsvorgänge des Haushaltsjahres 2014. Geprüft wurde die Einhaltung der für die Haushaltswirtschaft maßgebenden Vorschriften (insbesondere §§ 117 und 119 NKomVG sowie §§ 17 bis 20 und §§ 25 bis 33 GemHKVO) und sie ergänzende Bestimmungen. Dies betrifft insbesondere die

(a) Bewirtschaftung der Erträge und Einzahlungen (§ 25 GemHKVO), Aufwendungen und Auszahlungen (§ 26 GemHKVO), Verpflichtungsermächtigungen (§ 112 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 d NKomVG und § 119 NKomVG sowie § 11 GemHKVO) und Haushaltsreste (§ 20 GemHKVO sowie § 59 Nr. 21 GemHKVO),

(b) Einhaltung der Deckungsregeln (§§ 17 bis 20 GemHKVO) sowie die Beachtung der Haushaltsvermerke verbunden mit der Fragestellung, inwieweit dies seitens der Teilhaushaltsverantwortlichen intern kontrolliert wird,

(c) Ermächtigungen/Voraussetzungen für üpl./apl. Aufwendungen und Auszahlungen (§ 117 NKomVG),

(d) Voraussetzungen für Stundungen, Niederschlagungen und Erlasse sowie für kaufmännische Ausbuchungen,

(e) strategischen Ziele und wesentlichen Produkte sowie die entsprechenden Produktbeschreibungen, Produktziele, Maßnahmen zur Produktzielerreichung und Produktkennzahlen im Teilhaushalt (§ 4 Abs. 7 und § 21 Abs. 2 GemHKVO).

Die Prüfungshandlungen zu (a) und (b) erfolgten für jeden Teilhaushalt der Stadt auf Basis von Stichproben. Die Stichprobenauswahl für die zu prüfenden Stichprobenelemente erfolgte zentral unter Berücksichtigung festgelegter Abweichungskriterien und einer festgelegten Anzahl von Stichprobenelementen je Planungsobjektart (vgl. Tz. 05). Die Prüfungshandlungen zu (c) erfolgten auf Basis der in den Teilhaushalten der Stadt beantragten und genehmigten üpl./apl. Aufwendungen und Auszahlungen. Die Prüfungshandlungen zu (d) erfolgten auf Basis der in den Teilhaushalten der Stadt vorgenommenen Stundungen, Niederschlagungen und Erlasse sowie kaufmännischen Ausbuchungen. Die Prüfungshandlungen zu (e) erfolgten für jeden Teilhaushalt der Stadt auf Basis von Fragen und einer Auswertung dazu vorhandener Unterlagen und/oder entsprechender Antworten der Teilhaushaltsverantwortlichen.

7 Haushaltswirtschaft

7.2 Feststellungen und Erläuterungen

7.2.1 Bewirtschaftung der Erträge und Einzahlungen, Aufwendungen und Auszahlungen, Verpflichtungsermächtigungen und Haushaltsreste

Die Prüfung der Einhaltung der Vorschriften für die Bewirtschaftung der Erträge und Einzahlungen (§ 25 GemHKVO), Aufwendungen und Auszahlungen (§ 26 GemHKVO), Verpflichtungsermächtigungen (§ 112 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 d NKomVG und § 119 NKomVG sowie § 11 GemHKVO) und Haushaltsreste (§ 20 GemHKVO sowie § 59 Nr. 21 GemHKVO) hat auf Basis der für die Teilhaushalte der Stadt für die Prüfung ausgewählten Stichproben grundsätzlich keine Beanstandungen ergeben.

Zur Bewirtschaftung der Erträge und Einzahlungen, der Verpflichtungsermächtigungen und der Haushaltsreste werden ergänzend folgende Hinweise gegeben bzw. wird folgendes beanstandet:

Bewirtschaftung der Erträge und Einzahlungen:

Aufwendungen der Stadt für die vom FB 51 angebotenen Ferienfreizeiten, sind von den Erziehungsberechtigten der Kinder, die diese Ferienfreizeiten in Anspruch nehmen, grundsätzlich zu erstatten. Bezüglich einer Zahlungspflichtigen bestehen seitens der Stadt für in Anspruch genommene Ferienfreizeiten eines Kindes bereits seit Jahren offene Forderungen. Trotz der von der Zahlungspflichtigen nicht beglichenen offenen Forderungen der Stadt wurde dem betreffenden Kind vom FB 51 eine weitere Ferienfreizeit ermöglicht. Und dies in der Gewissheit des FB 51, dass die alten Forderungen der Stadt noch nicht beglichen sind und weitere hierfür entstehende Forderungen voraussichtlich ebenfalls von der Zahlungspflichtigen nicht beglichen werden. Die oben erwähnte weitere Ferienfreizeit hätte der FB 51 erst ermöglichen dürfen, soweit
B die bestehenden offenen Forderungen der Stadt von der Zahlungspflichtigen beglichen worden wären und die Zahlungspflichtige außerdem für die weitere Ferienfreizeit eine Anzahlung geleistet hätte.

Bewirtschaftung der Verpflichtungsermächtigungen:

§ 112 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 d NKomVG umschreibt Verpflichtungsermächtigungen als Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten. § 119 NKomVG und § 11 GemHKVO konkretisieren hierzu die Voraussetzungen. Durch die Aufnahme von Verpflichtungsermächtigungen in den Haushaltsplan ermächtigt der Rat die Verwaltung, für Investitionen oder Investitionsförderungsmaßnahmen, die über mehrere Haushaltsjahre angelegt sind, Verpflichtungen einzugehen, durch die Auszahlungen für entsprechende Investitionen oder Investitionsförderungsmaßnahmen in späteren Haushaltsjahren zu leisten sind. Sie berechtigen zwar nicht zur Leistung von Auszahlungen, wohl aber zur Erteilung von Aufträgen und zum Abschluss von Verträgen und ähnlichem. Die sich aus den Verpflichtungsermächtigungen in späteren Haushaltsjahren ergebenden Auszahlungen sind - dem Kassenwirksamkeitsprinzip entsprechend - als Auszahlungsansätze in den Haushaltsjahren zu veranschlagen, in denen sie zu leisten sind.

7 Haushaltswirtschaft

Die Höhe der im Haushaltsplan für Folgejahre insgesamt und für das direkte Folgejahr veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen sowie die Höhe der im direkten Folgejahr in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen stellen sich für das Berichtsjahr und das Vorjahr wie folgt dar:

			Verpflichtungsermächtigungen					
			Berichtsjahr			Vorjahr		
			im HhPl 2014 für Folgejahre veranschlagte VE	im HhPl 2014 für 2015 veranschlagte VE	2015 in Anspruch genommene VE	im HhPl 2013 für Folgejahre veranschlagte VE	im HhPl 2013 für 2014 veranschlagte VE	2014 in Anspruch genommene VE
			EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1	TH 01	Pol. Gr.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	TH 02	Verw.F	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	TH 09	FB 01	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	TH 81	Ref. 0120	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	TH 83	Ref. 0140	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	TH 84	Ref. 0150	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	TH 03	Pers.V	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	TH 10	FB 10	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	TH 20	FB 20	1.150.000,00	1.150.000,00	0,00	1.442.000,00	1.442.000,00	42.991,73
	TH 20	FB 65	38.376.900,00	21.509.900,00	8.269.781,79	38.075.200,00	20.404.500,00	6.526.661,79
10	TH 32	FB 32	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	TH 37	FB 37	2.562.000,00	147.000,00	82.834,56	3.285.900,00	1.296.900,00	474.458,55
12	TH 40	FB 40	500.000,00	500.000,00	0,00	1.156.800,00	330.000,00	248.486,23
13	TH 41	FB 41	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	TH 86	Ref. 0500	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	TH 50	FB 50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	TH 51	FB 51	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
17	TH 87	Ref. 0600	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	TH 91	Ref. 0610	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	TH 90	Ref. 0630	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	TH 61	FB 61	4.031.000,00	1.547.000,00	0,00	5.586.500,00	2.092.500,00	34.275,00
21	TH 66	FB 66	13.259.100,00	9.015.100,00	3.089.728,83	28.074.800,00	18.495.800,00	8.055.831,59
22	TH 67	FB 67	1.260.000,00	1.260.000,00	789.832,55	4.362.000,00	3.292.000,00	1.498.475,18
23	TH 88	StSt. 0800	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	TH 04	Allgem. F.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe			61.139.000,00	35.129.000,00	12.232.177,73	81.983.200,00	47.353.700,00	16.881.180,07

Von den im Haushaltsplan 2014 und 2013 für Folgejahre veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen i. H. v. 61.139 TEUR und 81.983 TEUR waren 35.129 TEUR bzw. 47.354 TEUR für 2015 bzw. 2014 veranschlagt. In Anspruch genommen wurden davon in 2015 bzw. 2014 nur rund 12.232 TEUR bzw. 16.881 TEUR. Dies entspricht einer Quote von rund 35 % bzw. 36 % der veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen. Im Umkehrschluss ergaben

B sich damit bezüglich der veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen entgegen der Vorgabe des § 113 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 NKomVG, wonach nur notwendige Verpflichtungsermächtigungen zu veranschlagen sind, ausweislich Planungsungenauigkeiten i. H. v. rd. 65 % bzw. 64 %. Ein ähnliches Verhältnis zeigte sich auch schon für davorliegende Haushaltsjahre.

7 Haushaltswirtschaft

B Im Rahmen einer Belegprüfung beim FB 37 wurde festgestellt, dass bezüglich einer Zahlungsvereinbarung entgegen einer Fälligkeit von entsprechenden Verpflichtungen Gelder bereits für drei Jahre im Voraus gezahlt wurden.

Bewirtschaftung der Haushaltsreste:

Im Rahmen der zeitlichen Übertragbarkeit von Haushaltsermächtigungen wurden auf Basis des § 20 GemHKVO und der Verfügung des FB 20 „Haushaltsvollzug und Jahresabschluss 2014; Übergang auf das Haushaltsjahr 2015“ vom 24. November 2014 (0200.11/20.4) für nicht in Anspruch genommene Haushaltsmittel entsprechende Haushaltsreste (§ 59 Nr. 21 GemHKVO) zur Übertragung in das folgende Haushaltsjahr gebildet. Die genannte Verfügung des FB 20 legt unter Ziffer 3.2 i. V. m. Ziffer 3.1.1 und unter Ziffer 4.1.2 fest, welche Sachverhalte von der Haushaltsrestebildung grundsätzlich betroffen sind und wie seitens der FB und Ref. auf dieser Basis Haushaltsreste entsprechend konkretisiert beantragt werden können, deren Freigabe der FB 20 dann gesondert verfügt.

Die nachfolgende Übersicht zeigt teilhaushaltsbezogen die beantragten und freigegebenen Haushaltsreste für das Berichtsjahr und das Vorjahr. Die Haushaltsreste des Investitionsmanagements sind aufgeteilt in die Bereiche Investitionen (vermögenswirksam) und Instandhaltungen von Vermögensgegenständen (erfolgswirksam). Die Spalte Ergebnishaushalt zeigt die erfolgswirksamen Haushaltsreste, die über die erfolgswirksamen Haushaltsreste für die Instandhaltungen von Vermögensgegenständen aus dem Investitionsmanagement hinausgehen.

			Haushaltsreste					
			Berichtsjahr			Vorjahr		
			Investitionsmanagement		Ergebnis-haushalt	Investitionsmanagement		Ergebnis-haushalt
			Investitionen	Instand-haltungen	Aufwendungen	Investitionen	Instand-haltungen	Aufwendungen
			EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1	TH 01	Pol. Gr.	0,00	1.000,00	32.191,52	0,00	0,00	4.007,90
2	TH 02	Verw.F	2.000,00	2.400,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	TH 09	FB 01	47.406,08	23.608,40	0,00	51.372,68	12.000,00	7.794,88
4	TH 81	Ref. 0120	1.226,64	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	TH 83	Ref. 0140	256,11	0,00	7.350,11	216,79	0,00	3.264,65
6	TH 84	Ref. 0150	300,00	348,00	1.200,00	0,00	0,00	535,50
7	TH 03	Pers.V	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	TH 10	FB 10	152.857,07	165.675,41	153.599,51	267.240,32	345.789,99	100.595,25
9	TH 20	FB 20	1.720.496,05	1.718.242,46	158.200,00	2.807.996,58	2.017.698,15	461.996,26
	TH 20	FB 65	8.345.931,77	8.773.836,80	0,00	8.333.578,69	7.657.524,77	0,00
10	TH 32	FB 32	39.959,27	6.313,46	0,00	2.824,04	0,00	160,22
11	TH 37	FB 37	1.489.208,09	226.524,78	0,00	1.674.693,80	167.157,24	0,00
12	TH 40	FB 40	1.372.415,25	2.961.935,83	294.024,08	1.206.356,19	2.097.680,84	286.481,24
13	TH 41	FB 41	190.187,12	69.913,51	160.743,22	321.556,61	172.466,33	290.300,00
14	TH 86	Ref. 0500	0,00	0,00	10.000,00	0,00	0,00	38.439,77
15	TH 50	FB 50	139.223,54	8.085,64	16.883,29	4.228,50	11.493,14	9.120,52
16	TH 51	FB 51	868.026,43	512.243,71	343.130,50	2.047.501,92	1.868.124,54	69.586,50
Übertrag			14.369.493,42	14.470.128,00	1.177.322,23	16.717.566,12	14.349.935,00	1.272.282,69

7 Haushaltswirtschaft

Übertrag			14.369.493,42	14.470.128,00	1.177.322,23	16.717.566,12	14.349.935,00	1.272.282,69
17	TH 87	Ref. 0600	6.005,00	75.238,59	2.510,00	15.450,00	50.888,83	0,00
18	TH 91	Ref. 0610	0,00	0,00	67.594,65	291,55	17.808,00	16.300,00
19	TH 90	Ref. 0630	1.589,98	4.468,75	307.202,59	1.516,50	2.564,08	7.639,00
20	TH 61	FB 61	1.977.867,56	2.300.176,72	449.948,78	* 3.143.818,06	** 817.709,98	506.524,32
21	TH 66	FB 66	16.918.288,60	2.136.731,63	257.986,98	13.219.100,12	375.304,24	353.921,74
22	TH 67	FB 67	3.066.244,78	881.482,11	890.958,08	2.418.032,30	3.714.065,32	1.087.299,47
23	TH 88	StSt. 0800	515.000,00	126.440,39	219.487,31	390.000,00	121.410,00	9.012,00
24	TH 04	Allgem. F.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe			36.854.489,34	19.994.666,19	3.373.010,62	35.905.774,65	19.449.685,45	3.252.979,22
Gesamtsumme			60.222.166,15			58.608.439,32		

* davon 1.114.029,50 € originär für den FB 61 und 2.029.788,56 € für die Abt 61.7

** davon 759.163,24 € originär für den FB 61 und 58.546,74 € für die Abt. 61.7

Bezüglich der Haushaltsreste für Investitionen i. H. v. 36.854 TEUR (Vorjahr: 35.906 TEUR) sollte im Jahresabschluss zur Verdeutlichung der zeitlichen Übertragbarkeit der jeweiligen Haushaltsreste eine Differenzierung in begonnene und nicht begonnene Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen vorgenommen werden. Es muss für Sachverhalte nach § 20 Abs. 1 Satz 1 Halbs. 1 und Satz 2 GemHKVO transparent sein, inwieweit das

B Gebot der zeitlichen Begrenzung der Übertragbarkeit der Investitionsermächtigungen nach § 20 Abs. 1 Satz 1 Halbs. 2 GemHKVO („ … vor Ablauf des übernächsten Haushaltsjahres begonnen wird.“) beachtet wird. Dazu muss der Zeitpunkt des Beginns jeder Maßnahme im Verhältnis zum originären Budget dokumentiert werden (Ermittlung z. B. in Ergänzung des Vordrucks 9 b „Antrag auf Übertragung“ zur Jahresabschluss-Verfügung). Eine interne Kontrolle in dieser Hinsicht ist zur Beurteilung einer sparsamen und wirtschaftlich geführten Haushaltswirtschaft geboten.

Die Haushaltsreste für Instandhaltungen von Vermögensgegenständen i. H. v. 19.995 TEUR (Vorjahr: 19.450 TEUR) und die Haushaltsreste des Ergebnishaushalts i. H. v. 3.373 TEUR (Vorjahr: 3.253 TEUR) innerhalb eines nach § 4 Abs. 3 Satz 1 GemHKVO erklärten Budgets sind entsprechend § 20 Abs. 2 Satz 1 GemHKVO (automatisch) übertragbar, wenn im Haushaltsplan nichts anderes bestimmt ist. Außerhalb eines Budgets können Ansätze für Aufwendungen und die damit verbundenen Auszahlungen gemäß § 20 Abs. 2 Satz 2 GemHKVO ganz oder teilweise für übertragbar erklärt werden. Die übertragenen Ermächtigungen bleiben bis längstens ein Jahr nach Schluss des Haushaltsjahres verfügbar (§ 20 Abs. 2 Satz 3 GemHKVO). Gleiches gilt für Ermächtigungen nach § 20 Abs. 3 GemHKVO. Auch für Aufwandsermächtigungen muss transparent sein, inwieweit das Gebot der zeitlichen Begrenzung der Übertragbarkeit entsprechend der genannten Vorgaben beachtet

B wird. Da entsprechend übertragene Ermächtigungen zeitlich nur begrenzt verfügbar sind, ist auch hier eine interne Kontrolle zur Beurteilung einer sparsamen und wirtschaftlich geführten Haushaltswirtschaft geboten.

7 Haushaltswirtschaft

Beispiele für die Übertragung von Ansätzen für Aufwendungen über den Verfügungsrahmen des § 20 Abs. 2 Satz 3 GemHKVO hinaus:

	akt. Budget 2013	gebuchte Belege	Hh-Rest 2013	orig. Budget 2014	gebuchte Belege	Hh-Rest 2014
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
4E.210028	502.470,16	207.091,35	295.378,81	0,00	205.078,58	74.013,20
4E.210032	79.640,76	9.705,58	69.935,18	0,00	64.674,75	1.776,71
4E.210085	400.349,37	174.320,74	226.028,61	50.000,00	186.813,60	73.141,29
4E.210104	633.949,53	140.227,29	493.722,24	0,00	327.044,07	57.025,35
4E.210108	362.297,82	151.529,15	210.768,67	0,00	75.144,94	82.427,94
4E.210129	167.237,63	11.738,27	155.499,36	22.500,00	131.477,05	28.060,74
4S.210056	109.562,76	13.148,78	96.413,98	0,00	60.455,62	26.752,40

Im Rahmen der Überprüfung der Zulässigkeit von üpl./apl. Aufwendungen und Auszahlungen wurde festgestellt, dass bei diversen Entscheidungen ein Vorgriff auf das folgende Haushaltsjahr zugrunde lag. Die Deckung erfolgt hier regelmäßig über Verpflichtungsermächtigungen. In der Begründung der zeitlichen und sachlichen Unabweisbarkeit werden oftmals Verpflichtungen aufgrund von laufenden oder in Kürze anstehenden Aufträgen angeführt. Tatsächlich können diese Leistungen jedoch nicht mehr oder nicht mehr vollständig im auslaufenden Haushaltsjahr erbracht werden. Die Darstellung der Abwicklung solcher Haushaltsvorgriffe im Folgejahr erscheint nicht transparent.

B Hergeleitet aus den Grundsätzen der Haushaltswahrheit und -klarheit des § 110 NKomVG wird eine durchschaubare Haushaltssystematik erwartet. Der Haushaltsvorgriff erhöht das Budget des jeweiligen Teilhaushalts bzw. des jeweiligen investiven Projekts oder Projektteils (Mischprojekte), so wie jede andere über- oder außerplanmäßige Auszahlung auch. Kommt es dann doch nicht wie angenommen zur Auszahlung dieser Haushaltsmittel, so können diese gemäß § 20 Abs. 1 GemHKVO übertragen werden. In diesen Fällen wird eigentlich im Haushaltsbudget des Folgejahres ein entsprechender Haushaltsrest ausgewiesen, ebenso wie eine Haushaltssperre für die Haushaltsmittel, auf die vorgegriffen wurde. Haushaltsreste aus Haushaltsvorgriffen werden tatsächlich jedoch nicht in der beschriebenen Art dargestellt, sondern der entsprechend erforderlichen Haushaltssperre gegengerechnet, wodurch die „Rückübertragung“ für einen dritten Betrachter nicht auf den ersten Blick erkennbar ist.

Beispiele für die Darstellung der Abwicklung von Haushaltsvorgriffen:

	Hh-Vorgriff auf 2015	Verfügbar 2014	Hh-Rest 2014	Hh-Sperre 2015
	EUR	EUR	EUR	EUR
4E.210056	990.000,00	711.319,84	0,00	-278.680,16
4E.210113	240.000,00	223.293,27	0,00	-16.684,57
4E.210130	1.176.600,00	199.033,85	0,00	-978.715,69
4E.210136	670.000,00	291.935,28	0,00	-379.673,60
4E.210139	400.000,00	70.398,08	0,00	-328.837,30
4E.210144	1.000.000,00	295.974,68	0,00	-704.025,32
4E.210140	853.300,00	404.938,91	0,00	-448.361,09
4E.210145	838.000,00	264.546,16	0,00	-573.453,84
5E.210105	300.000,00	201.919,21	0,00	-98.080,79

7 Haushaltswirtschaft

Anhand der Prüfung der Stichprobenelemente auf Einhaltung der Vorschriften für die Haushaltswirtschaft wurde festgestellt, dass zu dem erfolgswirksamen Projekt 4E.210104 Karl-Hintze-Weg 3/Umbau Schulkindbetreuung die für das Haushaltsjahr 2014 vorgesehene Veranschlagung (406 TEUR) im Zuge der Haushaltsplanung 2014 vollständig auf das Haushaltsjahr 2013 vorgezogen wurde, obwohl entsprechend der Ausführungen des FB 65 das Bauzeitende auf den Februar 2014 terminiert wurde. Gemäß § 10 Abs. 2 GemHKVO

B sind Aufwendungen in ihrer voraussichtlichen Höhe in dem Haushaltsjahr zu veranschlagen, dem sie wirtschaftlich zuzuordnen sind. Dieses gilt auch für nachträgliche Veranschlagungen in Form von überplanmäßigen Aufwendungen. Tatsächlich wurden Haushaltsreste i. H. v. 493.722,24 EUR aus 2013 in das Haushaltsjahr 2014 übertragen.

Im Rahmen der Überprüfung der Zulässigkeit von üpl./apl. Aufwendungen und Auszahlungen wurde ebenfalls festgestellt, dass mehrfach zum Ende des Jahres (im letzten Quartal) oder auch erst im Zuge der Jahresabschlussarbeiten zur Begründung der zeitlichen und sachlichen Unabweisbarkeit angegeben wurde, dass noch vorhandene Haushaltsmittel durch Aufträge gebunden sind. Obwohl die zu erwartenden Leistungen doch angesichts des überschaubaren zeitlichen Rahmens gut einschätzbar sein sollten, werden auch hier oftmals

B Leistungen nicht mehr oder nicht mehr vollständig erbracht, sodass Übertragungen gemäß § 20 GemHKVO beantragt werden. Auch für eine nachträgliche Erhöhung des Budgets durch üpl./apl. Aufwendungen oder Auszahlungen gilt das Perioden- bzw. das Kassenwirksamkeitsprinzip gemäß § 10 GemHKVO. Aufwendungen werden in dem Haushaltsjahr veranschlagt, dem sie wirtschaftlich zuzurechnen sind und Auszahlungen in dem Haushaltsjahr, in dem sie voraussichtlich zu leisten sind.

Beispiele für übertragene Ermächtigungen zu üpl./apl. Aufwendungen und Auszahlungen:

	Datum Entscheidung	üpl./apl. AFW/ASZ	Übertragung 2014
		EUR	EUR
4E.210072	15.04.2015	24.300,00	13.098,80
4E.210113	27.11.2014	240.000,00	223.315,43
4E.210126	15.10.2014	41.000,00	185.647,11
4E.210136	30.09.2015	670.000,00	290.326,40
4E.210139	21.10.2014	400.000,00	71.162,70
4E.210140	21.10.2014	853.300,00	404.938,91
4E.210152	21.10.2014	850.000,00	825.636,45
4E.210153	27.11.2014	872.200,00	866.095,00
4E.210156	21.10.2014	850.000,00	691.379,75
4S.210069	02.06.2015	366.662,86	220.931,13
4S.210073	27.03.2015	36.000,00	18.519,91
5E.210137	02.06.2015	120.000,00	13.293,88
5S.210025	27.04.2015	29.700,00	11.350,06
5S.210031	10.12.2014	16.200,00	13.500,00

Gemäß § 119 Abs. 5 NKomVG dürfen Verpflichtungen auch über- oder außerplanmäßig eingegangen werden, wenn sie unabweisbar sind und z. B. für

7 Haushaltswirtschaft

die Auftragserteilung bzw. Einleitung von Vergabeverfahren erforderlich sind. Unter Umständen ist eine solche Handhabung der Restebildung vorzuziehen.

Ergänzend sei darauf hingewiesen, dass der permanent hohe Stand an Haushaltsresten das Bemühen erfordert, seitens der Verwaltung und Politik einen Haushaltsresteabbau zu forcieren bzw. insbesondere den Verlauf von Maßnahmen des Investitionsmanagements sehr sorgfältig einzuschätzen, damit die Haushaltsmittel tatsächlich in dem Haushaltsjahr veranschlagt werden, dem sie wirtschaftlich zuzurechnen sind.

7.2.2 Einhaltung der Deckungsregeln sowie die Beachtung der Haushaltsvermerke

Das RPA hat auf Basis der Stichproben auch geprüft, ob im Rahmen der Haushaltswirtschaft die Deckungsregeln (§§ 17 bis 20 GemHKVO) eingehalten und die Haushaltsvermerke beachtet worden sind.

Beanstandungen haben sich hier - soweit geboten - nicht ergeben.

7.2.3 Ermächtigungen/Voraussetzungen für üpl./apl. Aufwendungen und Auszahlungen

Üpl./apl.Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 117 Abs. 1 NKomVG wurden i. H. v. 25,55 Mio. EUR (Vorjahr: 6,74 Mio. EUR) bewilligt. Davon betrafen 19,56 Mio. EUR die laufende Verwaltungstätigkeit und 5,99 Mio. EUR das Investitionsmanagement.

Üpl./apl.Ausgaben gemäß § 117 Abs. 2 NKomVG (nur im Investitionsmanagement) wurden i. H. v. 5,50 Mio. EUR (Vorjahr: 1,32 Mio. EUR) bewilligt.

Das RPA hat auf Basis der in den Teilhaushalten der Stadt beantragten und genehmigten üpl./apl.Aufwendungen und Auszahlungen auch geprüft, ob im Rahmen der Haushaltswirtschaft die tatbestandlichen Voraussetzungen nach § 117 Abs. 1 und 2 NKomVG für üpl./apl.Aufwendungen und Auszahlungen vorgelegen haben.

Beanstandungen haben sich hier - soweit geboten - grundsätzlich nicht ergeben. Ergänzend werden folgende Hinweise gegeben bzw. wird folgendes beanstandet:

B Ein seitens des FB 51 am 10. Dezember 2014 beantragter überplanmäßiger Aufwand i. H. v. 20.000 EUR für Einrichtungen von Kindertagesstätten der Freien Träger aus dem Projekt 4S.510019 - FB 51 Global-Investitionszusch. Kita - wird nach Prüfung der Einhaltung der Kriterien des § 117 Abs. 1 NKomVG prüfungsseitig als nicht zeitlich und sachlich unabweisbar beurteilt. Der FB 51 begründet den beantragten außerplanmäßigen Aufwand damit, dass sich die Freien Träger bei ihrer Haushaltsplanung 2014 darauf eingestellt haben, dass die Stadt den Freien Trägern für 2014 insgesamt 200.000 EUR als Zuschüsse gewährt. Im Oktober 2014 wurden dem FB 51 jedoch aus diesem Projekt 20.000 EUR gekürzt und zur Deckung von überplanmäßigen Aufwendungen des FB 50 herangezogen. Weil die Freien Träger im November 2014 weitere Anträge auf Zuschüsse beim FB 51 gestellt haben, begründet der FB 51 wegen seines zuvor gekürzten Budgets nun den o. g. überplanmäßigen Aufwand. Die Antragstellung der Freien Träger auf weitere Zuschüsse allein ist aber keine Begründung dafür, dass der überplanmäßige Aufwand im Jahr 2014 zeitlich und sachlich als unabweisbar anzusehen ist.

7 Haushaltswirtschaft

Die verfügbaren Haushaltsmittel des FB 51 zum Ende des Haushaltsjahres 2014 betrugen rd. 83 TEUR, die als Haushaltsreste in das Haushaltsjahr 2015 übertragen wurden. Davon sind in den Monaten Januar bis April 2015 jedoch nur Haushaltsmittel i. H. v. rd. 47 TEUR verausgabt worden.

B Bei einem seitens des FB 51 am 10. Dezember 2014 beantragten überplanmäßigen Aufwand i. H. v. 15.200,00 EUR für die Anschaffung von Mobiliar aus dem Projekt 5S.510007 (Festwertersatz) wurde festgestellt, dass die im Antrag entsprechend genannte Begründung nicht den Voraussetzungen des § 117 Abs. 1 NKomVG entspricht, weil das betreffende Mobiliar größtenteils (ca. 13.600,00 EUR) bereits vor der Antragstellung ersetzt worden ist.

B Ein seitens des FB 51 am 7. Oktober 2014 gestellter Antrag auf überplanmäßige Auszahlungen für die Beschaffung eines Info-Mobils und zweier Dienst-PKW aus dem Projekt 5S.510002 über 49.500,00 EUR wurde am 10. Oktober 2014 genehmigt. Der Antrag für die überplanmäßigen Auszahlungen wurde mit der Sicherstellung eines ordnungsmäßigen Dienstbetriebs begründet. Die Bestellung für die Beschaffung der zwei Dienst-PKW erfolgte am 10. und 11. Dezember 2014. Die entsprechende Auszahlung wurde am 5. März 2015 gebucht. Zum Zeitpunkt der Entscheidung über den Antrag auf überplanmäßige Auszahlungen waren die in dem Projekt vorhandenen Mittel als gebunden dargestellt, u. a. durch eine Mittelreservierung für die Beschaffung eines Busses i. H. v. rd. 40 TEUR. Diese Beschaffung wurde auf das Jahr 2015 verschoben. Die entsprechende Auszahlung wurde am 15. Mai 2015 gebucht. Hier hätte der FB 51 für die Beschaffung des Busses eine Verpflichtungsermächtigung beantragen müssen (Kassenwirksamkeitsprinzip gemäß § 10 Abs. 2 GemHKVO). Die Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung hätte dazu geführt, dass die beantragte überplanmäßige Auszahlung entbehrlich gewesen wäre und Haushaltsreste in diesem Zusammenhang nicht entstanden wären. Der Begründung des FB 51, dass für die Beschaffung derartiger Busse langwierige Abstimmungen erforderlich sind, kann nicht gefolgt werden, weil Beschaffungen dieser Art beim FB 51 regelmäßig anfallen. Geboten wäre es gewesen - weil möglich - für die Beschaffungen des Info-Mobils und der zwei Dienst-PKW, wie vorgeschrieben, zunächst vorhandene Haushaltsmittel zu verbrauchen. Für diesen Fall wurden jedoch erst überplanmäßige Auszahlungen beantragt und dann am Ende des Haushaltsjahres nicht verausgabte Haushaltsmittel i. H. v. rd. 80 TEUR in das Folgejahr übertragen.

Ein seitens des FB 20 für das Gebäudemanagement am 10. Juni 2015 gestellter Antrag auf überplanmäßige Aufwendungen bezog sich auf Einrichtungsgegenstände für Schulen. Entsprechend eines Haushaltsvermerks des FB 40 werden diese Vermögenswerte als Festwertbeschaffungen betrachtet. Bei Beachtung dieses Veranschlagungsprinzips wäre ein überplanmäßiger Aufwand i. H. v. 30.400 EUR nicht entstanden, da im Mischprojekt 4E.210100 MP-Lessinggymnasium/Wenden Ganztagsbetrieb zum Jahresende noch (investive) Haushaltsmittel i. H. v. 615.848,11 EUR zur Verfügung standen.

7.2.4 Voraussetzungen für Stundungen, Niederschlagungen und Erlasse sowie für kaufmännische Ausbuchungen

Der Auftrag zur Prüfung der Voraussetzungen für Stundungen, Niederschlagungen und Erlasse sowie für kaufmännische Ausbuchungen ergibt sich aus Ziffer 4.3.4 der Dienstanweisung für das Referat Rechnungsprüfungsamt so-

7 Haushaltswirtschaft

wie der Referatsverfügung zur Prüfung des Jahresabschusses 2014 vom 27. Juli 2015.

Die Prüfung der Voraussetzungen der seitens der FB und Ref. veranlassten Stundungen, Niederschlagungen und Erlasse sowie kaufmännischen Ausbuchungen auf Basis der SDA II 20/07 hat - soweit geboten - keine wesentlichen Beanstandungen ergeben. Bemerkungen aufgrund von unwesentlichen Beanstandungen und Hinweise zur Behebung von Fehlern und Mängeln sind den entsprechenden FB und Ref. mitgeteilt worden.

7.2.5 Strategische Ziele und wesentliche Produkte

Im Rahmen der Prüfung der Einhaltung des Haushaltsplans gemäß § 155 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. § 156 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG sind bezüglich der in den Teilhaushalten formulierten strategischen Ziele und wesentlichen Produkte auch die Wirtschaftlichkeit des Mitteleinsatzes (Input) und der Grad der Zielerreichung (Output) zu prüfen (ergebnis- bzw. wirkungsorientierte Prüfung). In diesem Rahmen hat das RPA für das Haushaltsjahr 2014 auf Basis der nachfolgend aufgeführten Fragen bei den betroffenen FB und Ref. einen Sachstand abgefragt.

- Frage 1:

  Inwieweit werden die im Teilhaushalt gesetzlich, politisch, eigens oder anderweitig gesetzten strategischen Ziele sachlich und zeitlich für operabel beurteilt, d. h., sind die im Teilhaushaltsplan abstrakt formulierten Beschreibungen konkretisiert worden und sind die gesetzten strategischen Ziele auf Basis dieser Kriterien innerhalb des im Teilhaushaltsplan angegebenen Zeitrahmens zu erreichen?

- Frage 2:

  Inwieweit wurden die im Teilhaushalt aufgeführten wesentlichen Produkte auf Basis von Merkmalen entwickelt, die eine Zuordnung zu der Eigenschaft „wesentlich“ erlauben?

- Frage 3:

  Inwieweit werden die im Teilhaushalt festgelegten wesentlichen Produkte bezüglich Produktbeschreibung, Produktziel, Maßnahmen zur Produktzielerreichung und Produktkennzahl zur Messung der Produktzielerreichung sachlich für operabel beurteilt, d. h., sind die Produktziele zu den wesentlichen Produkten mittels der umzusetzenden Maßnahmen zu erreichen und bilden die Produktkennzahlen die Erreichung der Produktziele ab bzw. sind die Produktkennzahlen geeignet, die Erreichung der Produktziele abzubilden (§ 4 Abs. 7 GemHKVO)?

- Frage 4:

  Inwieweit sind die im Teilhaushalt gesetzten strategischen Ziele sowie Produktziele und Produktkennzahlen zu den wesentlichen Produkten systematisch für Zwecke der Erkenntnisgewinnung und damit zur Planung, Steuerung und Erfolgskontrolle des jährlichen Teilhaushalts geeignet (§ 21 Abs. 2 GemHKVO)?

7 Haushaltswirtschaft

Die Auswertung der seitens der Teilhaushaltsverantwortlichen hierzu abgegebenen Antworten ergibt zusammengefasst im Wesentlichen folgendes Bild:

- Zu Frage 1:

  Die in den Teilhaushalten eher abstrakt formulierten Beschreibungen der gesetzten strategischen Ziele wurden von den Teilhaushaltsverantwortlichen zum Teil sehr genau, nicht ausreichend genau oder nicht weiter konkretisiert.

  Die gesetzten strategischen Ziele werden auf Basis dieser genauen Konkretisierung aussagegemäß innerhalb des im entsprechenden Teilhaushaltsplan angegebenen Zeitrahmens als grundsätzlich erreichbar und somit als sachlich und zeitlich für operabel beurteilt. Unter Umständen werden auch Zielanpassungen für erforderlich gehalten. Als Voraussetzung für die Zielerreichung wird auch auf die Bereitstellung der entsprechend notwendigen Ressourcen im Haushalt verwiesen.

  Bei den in den Teilhaushalten eher nicht ausreichend genau oder nicht weiter konkretisierten gesetzten strategischen Zielen handelt es sich zum Teil um gesetzliche Daueraufgaben der FB und Ref. Sie werden in diesen Fällen aussagegemäß Bestandteil der Strategieplanung bleiben (müssen), sodass sich - aus dieser Sichtweise abgeleitet - die Frage, ob sie sachlich und zeitlich für operabel beurteilt werden oder nicht, nur eingeschränkt stellt. Soweit es sich nicht um gesetzliche Daueraufgaben der FB und Ref. handelt, wird die Zielerreichung - ggf. angelehnt an entsprechend gefasste Beschlüsse - zum Teil über das operative Tagesgeschäft angestrebt, nicht aber durch eine systematische strategische Steuerung. Auch in diesen Fällen wird als Voraussetzung für die Zielerreichung auf die Bereitstellung der entsprechend notwendigen Ressourcen im Haushalt verwiesen.

  Bei einigen Organisationseinheiten werden die entsprechend gesetzten strategischen Ziele zum Teil auf Basis fortlaufend konkretisierter Einzelmaßnahmen als voraussichtlich umsetzbar beurteilt. In der Regel werden sie sachlich und zeitlich jedoch eher für nicht operabel beurteilt, weil die strategischen Ziele in ihrer Formulierung nicht oder nur schwer (abschließend) zu konkretisieren sind. Eine entsprechende Zielerreichung kann daher in der Regel nicht beurteilt werden.

- Zu Frage 2:

  Zu den in den Teilhaushalten aufgeführten wesentlichen Produkten erfolgte die Zuordnung zu der Eigenschaft „wesentlich“ seitens der FB und Ref. in der Regel auf Basis gesetzlicher Vorgaben oder an der Höhe bestimmter Aufwendungen zu den Aufwendungen insgesamt innerhalb eines Teilhaushalts. Die wesentlichen Produkte bilden damit zum Teil die Gesamtheit, größtenteils jedoch die jeweiligen Schwerpunkte der Tätigkeiten eines FB oder Ref. ab. Zum Teil erfolgte die Zuordnung zu der Eigenschaft „wesentlich“ seitens der FB und Ref. auch auf Basis eines besonderen politischen, öffentlichen oder sonstigen Interesses.

7 Haushaltswirtschaft

- Zu Frage 3:

  Weil die wesentlichen Produkte der FB und Ref. in der Regel auf Basis gesetzlicher Vorgaben oder an der Höhe bestimmter Aufwendungen zu den Aufwendungen insgesamt innerhalb eines Teilhaushalts definiert worden sind (siehe Antwort zu Frage 2), gestaltet es sich für die FB und Ref. überwiegend schwierig, zu den wesentlichen Produkten - aufeinander abgestimmt - Produktbeschreibung, Produktziel, Maßnahmen zur Produktzielerreichung und Produktkennzahl zur Messung der Produktzielerreichung in Einklang zu bringen. Vielfach zeigen Kennzahlen in den Teilhaushalten der FB und Ref. nur die Summe der innerhalb eines Haushaltsjahres erbrachten bzw. geleisteten Fälle. Diese sind jedoch - obwohl seitens der FB und Ref. zum Teil anders beurteilt - nicht oder nur wenig geeignet, das Erreichen von Produktzielen abzubilden. Zum Teil wird auch auf die Bildung von Kennzahlen gänzlich verzichtet.

- Zu Frage 4:

  Die in den Teilhaushalten gesetzten strategischen Ziele sowie Produktziele und Produktkennzahlen zu den wesentlichen Produkten sind in einzelnen Teilhaushalten grundsätzlich nicht systematisch für Zwecke der Erkenntnisgewinnung geeignet. Sie werden losgelöst voneinander zum Teil als ein Kriterium zur Planung herangezogen. Die Erfolgskontrolle beschränkt sich in der Regel auf einen Plan-Ist-Vergleich. Aussagen zur Zielerreichung lassen sich demzufolge in der Regel nicht treffen. Die ermittelten Produktkennzahlen sind eher statistische Größen, mittels derer eine systematische Steuerung mit entsprechender Wirkung grundsätzlich nur schwer oder gar nicht ableitbar ist. Planung, Steuerung und Erfolgskontrolle erfolgen meist nicht auf Basis von Kennzahlen.

B Auf Basis dieser aus der Auswertung gewonnenen allgemeinen Einschätzungen des RPA wird - soweit geboten - den Teilhaushaltsverantwortlichen empfohlen, gemeinsam mit dem FB 20 zu würdigen, inwieweit bezüglich der im entsprechenden Teilhaushalt gesetzten strategischen Ziele und wesentlichen Produkte den angedachten Intentionen des Gesetzgebers, einschließlich der, die sich aus § 4 Abs. 7 GemHKVO und § 21 Abs. 2 GemHKVO ergeben, entsprochen wird und wie man diese bezogen auf die eingangs gestellten Fragen operabel gestalten kann.

8 Plan-Ist-Vergleich

8.1 Vorbemerkungen

Gemäß § 155 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. § 156 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG ist der Jahresabschluss dahingehend zu prüfen, ob der Haushaltsplan eingehalten worden ist. Die Prüfung der Einhaltung des Haushaltsplans erfolgt auf Basis eines Plan-Ist-Vergleichs von Erträgen und Aufwendungen sowie der Einzahlungen und Auszahlungen (§ 52 GemHKVO).

Gegenstand der Prüfung sind - hinsichtlich eines einzelnen Produkts, erfolgswirksamen Projekts oder investiven Projekts bzw. Mischprojekts - Abweichungen zwischen den Erträgen und Aufwendungen sowie den Einzahlungen und Auszahlungen im „Ist“ von den entsprechenden Haushaltsansätzen (Veranschlagungen) des Haushaltsjahres 2014 (Plan-Ist-Vergleich). Geprüft wurde, ob die Verwaltung den vom Rat beschlossenen Haushaltsplan ausgeführt hat und sich die Haushaltswirtschaft damit innerhalb des vom Haushaltsplan gesetzten Rahmens bewegt hat (Beurteilung der Abweichungen).

Die Prüfungshandlungen erfolgten für jeden Teilhaushalt der Stadt auf Basis von Stichproben. Die Stichprobenauswahl für die zu prüfenden Stichprobenelemente erfolgte zentral unter Berücksichtigung festgelegter Abweichungskriterien und einer festgelegten Anzahl von Stichprobenelementen je Planungsobjektart (vgl. Tz. 05).

Darüber hinaus wird zusätzlich zu den bereits o. g. Planungsobjekten speziell für die Aufwandsarten Aufwendungen für aktives Personal und Aufwendungen für Versorgung auf Plan-Ist-Abweichungen eingegangen.

8.2 Feststellungen und Erläuterungen

8.2.1 Produkte

Einwendungen, die zu Beanstandungen führen, über die zu berichten wäre, wurden nicht erhoben.

8.2.2 Erfolgswirksame Projekte

- Projekt 4E.610006 Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen Waller See
  Konto 314813 IM Zuschüsse von übrigen Bereichen

B Auf dem Sachkonto 314813 bzw. der dazugehörigen Finanzposition 614813 IM Zuschüsse von übrigen Bereichen wurden im Rahmen der Planung für das o. g. erfolgswirksame Projekt Erträge bzw. Einzahlungen i. H. v. 741.100,00 EUR aus der Erhebung von Ausgleichsbeiträgen angesetzt. Entsprechende Erträge bzw. Einzahlungen waren nach Ablauf des Haushaltsjahres 2014 jedoch nicht zu verzeichnen. Nach prüfseitiger Einschätzung ist es unrealistisch, Erträge bzw. Einzahlungen im gleichen Haushaltsjahr zu veranschlagen wie die entsprechenden Aufwendungen bzw. Auszahlungen, da sich die Abrechnung größerer Baumaßnahmen erfahrungsgemäß über eine längeren Zeitraum hinzieht und die entsprechenden Ausgleichsbeiträge erst im Anschluss an die Abrechnung von Baumaßnahmen berechnet werden können. Bis zum tatsächlichen Eingang der Zahlungen ist mit einem weiteren Zeithorizont zu rechnen. Hier sollten im Rahmen der Planung realistische Zeiträume für die Zahlungsmittelzuflüsse zugrunde gelegt werden, um solche Plan-Ist-Abweichungen zu vermeiden.

8 Plan-Ist-Vergleich

8.2.3 Investive Projekte und Mischprojekte

Einwendungen, die zu Beanstandungen führen, über die zu berichten wäre, wurden nicht erhoben, jedoch wird an dieser Stelle folgendes festgestellt:

Für das Haushaltsjahr 2014 wurden im Rahmen der Planung 74 Mischprojekte angelegt. Im Rahmen von Stichprobenelementen wurden auch Mischprojekte geprüft. Bei Mischprojekten werden sowohl Finanzpositionen für Auszahlungen (investiv) als auch Sachkonten für Aufwendungen (erfolgswirksam) sowie Erträge und Einzahlungen bebucht. Weiter ermöglicht die unter Ziffer 7.2 des Vorberichts zum Haushaltsplan 2014 genannte Deckungsregel, dass bei diesen Projekten eine einseitige Deckungsfähigkeit gemäß § 19 Abs. 4 GemHKVO besteht. Die Prüfung der Stichprobenelemente für diese Mischprojekte hat folgendes ergeben:

Durch einen neutralen Dritten kann nicht auf den ersten Blick festgestellt werden, ob es sich bei einem 4E- oder 4S-Projekt um ein erfolgswirksames Instandhaltungsprojekt oder um ein Mischprojekt mit investiven Anteilen handelt. Die Projektstruktur ist nicht stringent umgesetzt und wird durch die Mischprojekte deutlich unübersichtlicher. Schon bei der Planung eines Projektes muss gemäß § 10 Abs. 2 i. V. m. § 12 Abs. 2 GemHKVO grundsätzlich feststehen,
B welche Kosten anfallen werden und ob diese werterhöhend oder werterhaltend sind. Insofern ist die Kopplung von Kosten für Investition und Aufwand in einem Projekt entbehrlich. Eine Deckungsfähigkeit ließe sich über den sachlichen Zusammenhang der Aufwendungen und investiven Auszahlungen gemäß §19 Abs. 2 GemHKVO erklären. Für die Übertragbarkeit von Haushaltsmitteln gelten gemäß § 20 GemHKVO unterschiedliche Voraussetzungen für Investitionen und Aufwendungen. Eine Überprüfung der Ordnungsmäßigkeit wird für alle Beteiligten erschwert.

Das RPA regt eine klare Strukturierung aller anfallenden Aufwendungen an. Investitionen sind in der Finanzrechnung darzustellen. Aufwendungen sind in der Ergebnisrechnung unter dem jeweiligen Produkt bei den entsprechenden Sachkonten (jeweilige Aufwandsart) abzubilden.

- Projekt 5E.210116 Rathausneubau Sanierung
  Konto 787110 Hochbaumaßnahmen - Projekte

Auf der Finanzposition 787110 Hochbaumaßnahmen - Projekte wurde im Haushaltsjahr 2014 ein Haushaltsansatz i. H. v. 355 TEUR für die Rathaussanierung veranschlagt. Über das bereits in 2013 gestartete investive Projekt wurden jedoch keine Auszahlungen getätigt, sodass der vollständige Planansatz in das Haushaltsjahr 2015 übertragen wurde. Auf eine Ratsanfrage vom 3. September 2014 nahm die Verwaltung Stellung mit dem Hinweis, dass aus den o. g. Mitteln im Haushaltsjahr 2014 eine dringend notwendige Teilsanierung von Dachflächen durchgeführt werden soll. Allerdings wurde für diese Teilsanierung ein separates Instandhaltungsprojekt in den Investitionsplan des FB 10 aufgenommen (4E.100008). Hier wurden im Haushaltsjahr 2014 lediglich außerplanmäßige Aufwendungen i. H. v. 20.800 EUR in Anspruch genommen. Laut Auskunft des FB 65 konnte das Vorhaben jedoch noch nicht begonnen werden, da noch Abstimmungen mit den Eigentümern ausstehen. Gemäß § 12 Abs. 2 GemHKVO dürfen Auszahlungen für Baumaßnahmen erst veranschlagt werden, wenn Pläne, Berechnungen und Erläuterungen vorliegen, aus denen u. a. die Art der Ausführung im Einzelnen ersichtlich ist. Nach Ansicht des RPA hätten damit die erforderlichen Abstimmungen bereits vor

8 Plan-Ist-Vergleich

der Veranschlagung entsprechender investiver Auszahlungen abgeschlossen werden müssen.

8.2.4 Aufwendungen für aktives Personal und Aufwendungen für Versorgung

Die Aufwendungen für aktives Personal betrugen:

Ergebnis 2014	Ansatz 2014	Ergebnis 2013	Ansatz 2013	Veränderungen Ergebnis		Veränderungen Ansatz	
TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%	TEUR	%
171.602	160.415	167.262	153.232	4.340	2,6	7.183	4,7

Für die häufigen Fälle von nicht unerheblichen Plan-/Ist-Abweichungen bei den Personalaufwendungen sind wie in den Vorjahren im Wesentlichen folgende Umstände ursächlich:

In der Ergebnisrechnung erfolgt die Verteilung der Ansätze für Personalaufwendungen auf die entsprechenden Produkte der Organisationseinheiten anhand der in der Regel aus den Stellenprofilen erarbeiteten Verteilungs- und Umlageschlüssel. Eine der wesentlichen Positionen dieser zuvor vom FB 10 gesamtstädtisch auf Kostenstellen verteilten Personalaufwendungen sind die Zuführungen zu den Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen. Die Zuführungen zu den Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen erfolgen entsprechend der bis einschließlich 2014 interpretierten Auslegung des § 43 Abs. 3 GemHKVO bereits mit dem Beschluss einer Besoldungsanpassung und nicht erst mit dem Vollzug bzw. Wirksamwerden einer Besoldungsanpassung. Zu deutlichen Abweichungen zwischen dem Ansatz und dem Ergebnis kommt es dann, wenn die gebotene tatsächliche Anpassung die geplanten Anpassungen übersteigen.

Da die Planung der Personalaufwendungen auf den Kostenstellen zentral durch den FB 10 erfolgt, sind die Ansätze für die betroffenen Organisationseinheiten, auf deren Produkten sich diese Planungen dann widerspiegeln, nur sehr eingeschränkt nachzuvollziehen.

Die Zuführungen zu den Rückstellungen für „Pensionen Beamte“ betrugen:

Ergebnis 2014	Ansatz 2014	Ergebnis 2013	Ansatz 2013	Veränderungen Ergebnis		Veränderungen Ansatz	
TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%	TEUR	%
24.435	17.811	26.644	14.249	-2.209	-8,3	3.562	25,0

Die Zuführungen zu den Rückstellungen für „Beihilfen“ betrugen:

Ergebnis 2014	Ansatz 2014	Ergebnis 2013	Ansatz 2013	Veränderungen Ergebnis		Veränderungen Ansatz	
TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%	TEUR	%
3.689	2.488	3.762	1.948	-73	-1,9	540	27,7

Da bereits in 2014 Besoldungsanpassungen für 2015 und 2016 beschlossen und öffentlich bekannt gemacht wurden, waren beide Besoldungsanpassungen auch in 2014 bei den Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen zu berücksichtigen (s. o.).

8 Plan-Ist-Vergleich

In der Finanzrechnung kommt es auf den einzelnen Finanzstellen der Teilhaushalte grundsätzlich zu Abweichungen bei den Personalaufwendungen, die im Wesentlichen auf die zentrale Buchung der Versorgungsauszahlungen zurückzuführen sind. Diese werden zwar vom FB 10 auf den Finanzstellen geplant, jedoch im Ergebnis in der Regel nicht auf diesen Finanzstellen, sondern auf einer gesonderten Verrechnungsfinanzstelle gebucht.

Eine Ausnahme bilden hier lediglich die Teilhaushalte mit jeweils nur einer Finanzstelle. Die Auflösung der Verrechnungsfinanzstelle auf die jeweiligen Finanzstellen eines Teilhaushaltes ist jedoch im Finanzwesen-Verfahren SAP nicht vorgesehen bzw. würde bei einem manuellen Eingreifen zu einer erheblichen Mehrarbeit führen.

Das Ergebnis der Auszahlungen für Versorgung auf den einzelnen Finanzstellen wird somit häufig unvollständig dargestellt und lässt sich infolgedessen von den betroffenen Organisationseinheiten nur schwer nachvollziehen.

Die Aufwendungen für Versorgung betrugen:

Ergebnis 2014	Ansatz 2014	Ergebnis 2013	Ansatz 2013	Veränderungen Ergebnis		Veränderungen Ansatz	
TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%	TEUR	%
17.971	17.174	17.170	16.139	801	4,7	1.035	6,4

Die Aufwendungen für Versorgung sind in 2014 gegenüber 2013 stadtweit aufgrund erhöhter Fallzahlen und höherer Beihilfeleistungen für die Versorgungsempfänger gestiegen.

9 Kassenwesen

9.1 Prüfungsauftrag

Der Auftrag zur Prüfung des Kassenwesens bei der Stadt ergibt sich aus § 155 Abs. 1 Nr. 3 und 4 NKomVG und § 4 Abs. 1 Nr. 3 und 4 sowie § 5 Abs. 4 Buchst. a Satz 1 RPO und bezieht sich auf die Bereiche

- laufende Prüfung der Kassenvorgänge und Belege zur Vorbereitung des Jahresabschlusses,
- dauernde Überwachung der Kassen der Kommune und ihrer Eigenbetriebe,
- regelmäßige und unvermutete Kassenprüfung.

Die laufende Prüfung der Kassenvorgänge und Belege zur Vorbereitung des Jahresabschlusses entsprechend § 155 Abs. 1 Nr. 3 NKomVG und § 4 Abs. 1 Nr. 3 RPO umfasst die Prüfung des haushalts- und außerhaushaltsbezogenen Zahlungsverkehrs, insbesondere der baren und unbaren Zahlungen, Erstattungen, internen Verrechnungen und Buchungen der Kassen der Kommune[1] auf Ordnungsmäßigkeit. Dies betrifft die Bereiche Zahlungsanweisung gemäß § 40 Abs. 1 GemHKVO und Zahlungsabwicklung gemäß § 40 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 i. V. m. Satz 2 GemHKVO. Sie ist auftragsgemäß fortwährend, d. h. ohne (größere) Unterbrechung durchzuführen.

Die dauernde Überwachung der Kassen der Kommune entsprechend § 155 Abs. 1 Nr. 4 Halbs. 1 NKomVG und § 4 Abs. 1 Nr. 4 Halbs. 1 RPO umfasst die Prüfung des bei der Stadt eingerichteten Kassenwesens. Sie bezieht sich auf die Bereiche Stadtkasse, Zahlstellen, Vorabauslagen (Handvorschüsse u. ä.), Geldannahmestellen, Wechselgelder, Gelderheber/innen und sonstige damit im Zusammenhang stehende Stellen bzw. Sachverhalte sowie Sonderrechnungen. Sie ist eine Verfahrensprüfung auf Kassensicherheit, die auftragsgemäß permanent, d. h. ohne Unterbrechung durchzuführen ist. Eigenbetriebe hat die Stadt nicht errichtet.

Die regelmäßige und unvermutete Kassenprüfung entsprechend § 155 Abs. 1 Nr. 4 Halbs. 2 NKomVG und § 4 Abs. 1 Nr. 4 Halbs. 2 sowie § 5 Abs. 4 Buchst. a Satz 1 RPO umfasst die Prüfung der Kassengeschäfte der Kassen der Kommune auf Ordnungsmäßigkeit, die wiederkehrend, d. h. in gleichen Zeitabständen, und unvermutet, d. h. ohne vorherige Ankündigung, erfolgen. Die Prüfungen sind unbeschadet der Vorschriften über die Kassenaufsicht gemäß § 126 Abs. 5 NKomVG und der Prüfung nach § 40 Abs. 7 GemHKVO, die der Kassenaufsicht obliegt, durchzuführen.

[1] Stadtkasse einschließlich ihrer Zahlstellen und ihrer weiteren Teile sowie der Sonderkassen der Stadt

9 Kassenwesen

9.2 Laufende Prüfung der Kassenvorgänge und Belege zur Vorbereitung des Jahresabschlusses

9.2.1 Vorbemerkungen

Gegenstand der Prüfung sind das mit dem haushalts- und außerhaushaltsbezogenen Zahlungsverkehr verbundene entsprechende Anordnungs-, Abwicklungs- und Belegwesen für das Haushaltsjahr 2014. Geprüft wird insbesondere bezüglich der baren und unbaren Zahlungen, Erstattungen, internen Verrechnungen und Buchungen der Kassen der Kommune die Einhaltung der für das entsprechende Anordnungs-, Abwicklungs- und Belegwesen maßgebenden Vorschriften (§§ 31 sowie 34 bis 36 und 40 GemHKVO) und sie ergänzende Bestimmungen (z. B. SDA II 20/01, ggf. SDA II 20/02 und SDA II 20/03). Die Prüfungshandlungen erfolgen auf Basis von Stichproben.

9.2.2 Feststellungen und Erläuterungen

Das Anordnungswesen ist in § 40 Abs. 1 GemHKVO geregelt. Danach gehören zum Vorgang der Zahlungsanweisung die Erstellung und die Erteilung der Kassenanordnungen und deren Dokumentation in den Büchern. Zur Sicherstellung der ordnungsmäßigen Erledigung der Aufgaben des Anordnungs-, Abwicklungs- und Belegwesens hat die Stadt unter anderem die Dienstanweisung für das Anordnungswesen (SDA II 20/01) erlassen.

Bezüglich des Vorgangs der Zahlungsanweisung erfolgen die Erstellung einer Kassenanordnung generell und die Erteilung einer Kassenanordnung grundsätzlich in den FB und Ref. mittels Online-Eingabe in das Finanzwesenverfahren SAP. Den zur Zahlungsabwicklung an die Stadtkasse gegebenen Kassenanordnungen werden die zahlungsbegründenden Unterlagen beigefügt, sofern sie nicht ausnahmsweise in den Organisationseinheiten aufbewahrt werden dürfen. Auf dieser Basis wurde insbesondere geprüft, ob

- die Auszahlungs- und Annahme-Anordnungen von den Anordnungsberechtigten ordnungsgemäß erteilt sind,
- die Feststeller/innen der sachlichen Richtigkeit von dem Zahlungsvorgang nicht selbst betroffen waren,
- auf den Auszahlungs- und Annahme-Anordnungen und ggf. weiteren Anlagen und Unterlagen von einem/einer dafür zuständigen Bearbeiter/in die sachliche und rechnerische Richtigkeit durch Namensunterschrift bescheinigt wurde und ob vor Erteilung einer entsprechenden Bescheinigung eine entsprechende materielle oder rechnerische Kontrolle stattgefunden hat,
- die erstellten und erteilten Kassenanordnungen nicht in unzulässiger Weise nachträglich ergänzt oder geändert wurden.

Die zur Zahlungsabwicklung für die Stadtkasse erstellten und erteilten Kassenanordnungen werden regelmäßig verzugsfrei bearbeitet. Die Originale der Auszahlungsanordnungen werden von der Stadtkasse kontrolliert und nach

9 Kassenwesen

Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit zur Zahlung freigegeben. Zum frühzeitigen Erkennen unerledigter oder auf dem Postweg verloren gegangener Kassenanordnungen wird in regelmäßigen Zeitabständen ein Abgleich zwischen den in das Finanzwesenverfahren SAP eingegebenen und den bereits freigegebenen Kassenanordnungen vorgenommen.

Eine weitergehende Prüfung des Belegwesens erfolgte außerdem im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses.

Über Bemerkungen, die sich im Rahmen der bilanziellen Prüfung aufgrund von Beanstandungen ergeben, die seitens des RPA zu Einwendungen führen, wird - soweit zutreffend - unter Tz. 10 berichtet.

9.3 Dauernde Überwachung der Kassen der Kommune und ihrer Eigenbetriebe

9.3.1 Vorbemerkungen

Gegenstand der Prüfung des bei der Stadt eingerichteten Kassenwesens, das sich auf die Bereiche Stadtkasse, Zahlstellen, Vorabauslagen (Handvorschüsse u. ä.), Geldannahmestellen, Wechselgelder, Gelderheber/innen und sonstige damit im Zusammenhang stehende Stellen bzw. Sachverhalte sowie Sonderrechnungen bezieht, ist die Prüfung der für das Kassenwesen geregelten Verfahren auf Kassensicherheit. Geprüft wird die Einhaltung der für das Kassenwesen geregelten Verfahren, die die Kassensicherheit dauernd gewährleisten sollen (§ 41 GemHKVO, SDA II 20/01, SDA II 20/02, SDA II 20/03). Die Prüfungshandlungen erfolgen auf Basis von Stichproben. Die Kontrolle und Aufsicht bezüglich der Kassensicherheit liegen in der Verantwortung der örtlichen Leitungen bzw. der Aufsicht der Stadt.

9.3.2 Feststellungen und Erläuterungen

Die Verfahren auf Kassensicherheit für das bei der Stadt eingerichtete Kassenwesen werden in den nachfolgend angeführten Dienstanweisungen, Arbeitsanweisungen und Festsetzungen geregelt:

- Dienstanweisung für das Anordnungswesen (SDA II 20/01), Stand: Mai 2010
- Dienstanweisung für die Stadtkasse (SDA II 20/02), Stand: Dezember 2010
- Dienstanweisung für Zahlstellen, Wechselgelder, Geldannahmestellen, Gelderheber/-innen (SDA II 20/03), Stand: Januar 2013
- Dienstanweisung über Verzugszinsen (SDA II 20/05), Stand: Januar 2013
- Dienstanweisung über Stundung, Niederschlagung, kaufmännische Ausbuchung und Erlass (SDA II 20/07), Stand: Juni 2014
- Dienstanweisung über die Behandlung von Kleinbeträgen (SDA II 20/08), Stand: Januar 2013

9 Kassenwesen

- Arbeitsanweisung zum Umgang mit geringfügigen Vorabauslagen bei der Stadt Braunschweig, Stand: April 2013

- Arbeitsanweisung zur Entleerung der Parkscheinautomaten bei der Stadt Braunschweig mit zugehöriger Bargeldentsorgung, Stand: November 2012

- Festsetzung von Höchstgrenzen für Bargeldbestände und Geldtransporte gemäß der Dienstanweisung für die Stadtkasse, Stand: August 2006

Das RPA ist gemäß § 7 Abs. 1 RPO zu grundsätzlichen Organisationsfragen begutachtend hinzuzuziehen. Diese Regelung verpflichtet die Organisationseinheiten bei Erlass, Änderung oder Überarbeitung von Dienst- und Arbeitsanweisungen und sonstigen Festsetzungen diese vor In-Kraft-Treten dem RPA zur Begutachtung vorzulegen.

Die Stadtkasse ist dieser Verpflichtung bezüglich entsprechender Anweisungen - soweit es erforderlich war - nachgekommen.

Im Rahmen der jährlichen unvermuteten Prüfung der Zahlungsabwicklung und Vollstreckung, der Prüfung der Zahlstellen, der Belegprüfung sowie - soweit zutreffend - der Prüfung allgemeiner Verwaltungsabläufe waren keine Sachverhalte festzustellen, die auf eine Nichteinhaltung der geregelten Verfahren zur dauernden Gewährleistung der Kassensicherheit schließen lassen.

Die Stadt setzt zur Datenverarbeitung im Finanzwesen automatisierte Verfahren ein. Es dürfen gemäß § 35 Abs. 5 Nr. 1 GemHKVO nur Programme verwendet werden, die mit geltendem Recht übereinstimmen, die für die Stadt zugänglich dokumentiert und durch zur Anwendung freigegeben sind. In einer Dienstanweisung sind bei entsprechendem Einsatz automatisierter Verfahren gemäß § 41 Abs. 1 i. V. m. Abs. 2 Nr. 2 GemHKVO Festlegungen über die Freigabe von Verfahren und Berechtigungen im Verfahren zu treffen.

Der Einsatz des Finanzwesenverfahrens (SAP Version 6.0 ERP PSM/PSCD mit Veranlagungslösung TFA) im Bereich des Kassenwesens erfolgt hinsichtlich Funktionalität, Übereinstimmung mit den rechtlichen Regelungen und den GoB auf Basis der o. g. Bestimmungen. Dies gilt ebenso in Bezug auf die Bestimmungen der städtischen Dienstanweisungen (insbesondere DA 20/01 Ziffer 6 und DA 20/02 Ziffern 18 und 19). Entsprechendes gilt für die aktuell eingesetzten Versionen der Electronic-Banking-Software S-Firm und dem eingesetzten Vollstreckungsverfahren ABIT phinAVV. Die Regelungen werden eingehalten, entsprechende Freigaben für die eingesetzten Versionsstände liegen vor und die Berechtigungen für das Finanzwesenverfahren werden zentral durch den FB 20 vergeben. Die Kontrolle und Aufsicht für diese Bereiche erfolgt durch die Stadtkasse bzw. zentral durch den FB 20.

Abschließend kann festgestellt werden, dass die für das Kassenwesen der Stadt geregelten Verfahren zur dauernden Gewährleistung der Kassensicherheit im Berichtsjahr den Erfordernissen genügten.

9 Kassenwesen

9.4 Regelmäßige und unvermutete Kassenprüfung

9.4.1 Vorbemerkungen

Gegenstand der Prüfung der regelmäßigen und unvermuteten Kassenprüfung ist die Prüfung der Kassengeschäfte der Kassen der Kommune auf Ordnungsmäßigkeit. Geprüft wird die Einhaltung der für die Kassen maßgebenden Vorschriften (§ 40 GemHKVO) und sie ergänzende Bestimmungen (z. B. SDA II 20/01, SDA II 20/02, SDA II 20/03) durch die Kommune. Die Prüfungshandlungen erfolgen auf Basis von Stichproben im Rahmen der sog. jährlichen unvermuteten Prüfung der Zahlungsabwicklung und Vollstreckung in der Stadtkasse.

9.4.2 Feststellungen und Erläuterungen

Die Prüfung der Zahlungsabwicklung und Vollstreckung in der Stadtkasse wurde für das Haushaltsjahr 2014 vom RPA am 17. September 2014 durchgeführt und umfasste den Zeitraum vom 27. November 2013 (letzte Kassenprüfung) bis zum 17. September 2014.

Die Prüfung umfasste folgende Prüfungsfelder:

- Barer Zahlungsverkehr
- Unbarer Zahlungsverkehr, Bankbuchhaltung
- Debitorenbuchhaltung, Kreditorenbuchhaltung
- Offene-Posten-Verwaltung, Mahnwesen
- Verwaltung der Zahlungsmittel
- Verwahrung und Verwaltung von Wertgegenständen
- Liquiditätsplanung
- Kassengeschäfte Amtsvormundschaft und Amtspflegschaft
- Kassengeschäfte Zweckverband Großraum Braunschweig
- Kassengeschäfte Pensionsfonds und Cash Pool
- Zahlungsverkehr und Kontenverwaltung Sonderrechnungen, Sonderkassen für die Sonderrechnungen Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft
- Finanzwesenverfahren SAP
- Vollstreckungsstelle
- Einhaltung sonstiger Vorschriften

Beanstandungen haben sich im Rahmen der Prüfung nicht ergeben.

9 Kassenwesen

Neben der Prüfung in der Stadtkasse wurden im Berichtsjahr außerhalb der Stadtkasse 14 Zahlstellen unvermutet geprüft; mit den Prüfungen war gleichzeitig eine Kassenbestandsaufnahme verbunden.

Beanstandungen haben sich hierbei nicht ergeben.

Die Prüfung und Überwachung der Kassengeschäfte der Vorabauslagen (Handvorschüsse u. ä.), Geldannahmestellen, Wechselgelder und Gelderheber/innen obliegt den jeweiligen Fachbereichs- und Referatsleitungen. Die Ergebnisse dieser Prüfungen sind dem RPA jeweils in einem Bericht mitzuteilen. Das RPA überwacht die diesbezügliche Prüfungspflicht der FB und Ref. und behält sich vor, diese Kassengeschäfte stichprobenartig selbst zu prüfen.

Die Prüfungs- und Berichtspflicht wurde von den FB und Ref. im Wesentlichen eingehalten (siehe hierzu Tz. 19.6.2). Die Auswertung der vorgelegten Berichte hat zu keinen wesentlichen Beanstandungen geführt.

10 Jahresabschluss

10.1 Vorbemerkungen

Erstellung, Aufstellung, Inhalt und Ausgestaltung der Buchführung sowie des Jahresabschlusses liegen in der Verantwortung des OBM der Stadt. Der Jahresabschluss ist unter Beachtung der Vorschriften zur Rechnungslegung nach der NKomVG bzw. der GemHKVO aufzustellen.

Aufgabe des RPA ist es, auf der Grundlage der durchgeführten pflichtgemäßen Prüfung ein Urteil über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung abzugeben. Dazu hat das RPA für das Berichtsjahr die Buchführung und den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 der Stadt geprüft.

Im Rahmen des gesetzlichen Prüfungsauftrages wurde die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen über den Jahresabschluss sowie die Beachtung der GoB geprüft. Dagegen war die Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften sowie die Aufdeckung und Aufklärung von Ordnungswidrigkeiten und strafrechtlicher Tatbestände, soweit sie nicht die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses betreffen, nicht Gegenstand der Prüfung des Jahresabschlusses.

Das RPA hat die Prüfung nach §§ 155 Abs. 1 Nr. 1 und 156 NKomVG und dem risikoorientierten Prüfungsansatz in Anlehnung an die Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.

Diese Grundsätze erfordern es, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob die Buchführung und der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehlaussagen sind.

Dem risikoorientierten Prüfungsansatz gemäß hat das RPA eine am Risiko der Stadt ausgerichtete Prüfungsplanung durchgeführt. Diese Prüfungsplanung wurde auf der Grundlage von Auskünften der Verwaltung und erster analytischer Prüfungshandlungen sowie einer grundsätzlichen Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems erstellt.

Darauf aufbauend wurden prüffeldbezogene risikoorientierte Prüfungsprogramme entwickelt, die unter Einbeziehung der Beurteilung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems der Stadt Schwerpunkte, Art und Umfang der Prüfungshandlungen festlegen.

Die Abschlussprüfung schließt eine stichprobengestützte Prüfung der Nachweise für die Bilanzierung und die Angaben im Jahresabschluss ein. Sie beinhaltet die Prüfung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze und wesentlicher Einschätzungen der Verwaltung sowie eine Beurteilung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Die Prüfung umfasst aussagebezogene einzelfallorientierte Prüfungshandlungen sowie Aufbau- und Funktionsprüfungen; die angewandten Verfahren zur Auswahl der risikoorientierten Prüfungshandlungen basieren auf einer bewussten Auswahl und/oder auf mathematisch-statistischen Verfahren.

Art, Umfang und zeitlicher Ablauf der einzelnen Prüfungshandlungen wurden grundsätzlich unter Berücksichtigung der Risikoeinschätzung sowie der Wesentlichkeit bestimmt.

10 Jahresabschluss

Insbesondere wurden folgende Prüfungshandlungen durchgeführt bzw. folgende Prüfungsergebnisse und Arbeiten Dritter verwendet:

Das RPA hat sich davon überzeugt, dass die festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände auf der Grundlage der vom MI nach § 178 Abs. 3 NKomVG verbindlich vorgeschriebenen Abschreibungstabelle (Anlage 19 des RdErl. vom 4. Dezember 2006, Nds. MBl. Nr. 2/2007 S. 42 f.) angewandt werden. Im Bereich der Straßen wurde abweichend hierzu generell eine Nutzungsdauer von 50 Jahren unterstellt; die Begründung zur Abweichung wurde entsprechend der gesetzlichen Vorschriften im Anhang dokumentiert. Für nicht in der Abschreibungstabelle aufgeführte Vermögensgegenstände wurden Nutzungsdauern nach Erfahrungswerten zugrunde gelegt.

Von der zutreffenden Bilanzierung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sowie der Verbindlichkeiten hat sich das RPA durch Einholung von Saldenbestätigungen oder alternativen Prüfungshandlungen in Stichproben überzeugt. Die Stichprobenauswahl erfolgte nach den Kriterien des Stichprobenverfahrens „Monetary Unit Sampling“. Es handelt sich um ein mathematisch-statistisches Verfahren mit wertproportionaler Auswahlwahrscheinlichkeit der einzelnen Stichprobenelemente.

Bankbestätigungen von Kreditinstituten wurden vollständig eingeholt.

Die Rückstellungen wurden insbesondere durch Befragung der Verwaltung auf Vollständigkeit untersucht. Die zutreffende Ermittlung der Rückstellungshöhe wurde durch eine stichprobenhafte Prüfung der Berechnungen und eine kritische Beurteilung der vorgenommenen Schätzungen geprüft.

Zur Prüfung der Pensionsrückstellungen, der Rückstellungen für Altersteilzeitarbeit sowie der Jubiläumsrückstellungen lagen dem RPA versicherungsmathematische Gutachten der HEUBECK AG, Köln, vom 27. Mai 2015, vom 23. Januar 2015 bzw. 13. Februar 2015 vor. Aufgrund der Einschätzung der Qualifikation des Sachverständigen sowie der Beurteilung von Art und Umfang dessen Tätigkeit hat sich das RPA bei der Prüfung auf dessen Arbeitsergebnisse gestützt.

Das RPA ist der Auffassung, dass der beschriebene Prüfungsumfang eine geeignete Grundlage für das Prüfungsurteil bildet.

Ausgangspunkt der Prüfung war der geprüfte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 der Stadt einschließlich der gesetzlich vorgeschriebenen Anlagen.

Das RPA hat gemäß § 156 Abs. 1 Nr. 2 und Nr. 4 NKomVG den Jahresabschluss an dieser Stelle mit den entsprechenden Unterlagen dahin geprüft, ob die GoB eingehalten worden sind und ob sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen enthalten sind und der Jahresabschluss die tatsächliche Vermögens-, Ertrags-, und Finanzlage darstellt. Dabei hat das RPA gemäß § 155 Abs. 3 NKomVG die Prüfung ggf. nach seinem pflichtgemäßen Ermessen beschränkt und auf die Vorlage einzelner Prüfungsunterlagen verzichtet.

Erbetene Aufklärungen und Nachweise wurden durch die Verwaltung grundsätzlich erteilt. Der OBM hat die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresab-

10 Jahresabschluss

schlusses der Stadt für das Haushaltsjahr 2014 mit Unterschrift vom 24. Juli 2015 festgestellt. Der vollständige Jahresabschluss wurde dem RPA am 10. November 2015 vorgelegt.

10.2 Feststellungen und Erläuterungen

10.2.1 Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses

Grundlage des geprüften Jahresabschlusses 2014 war der verbindliche Kontenrahmen für Niedersachsen gemäß Bekanntmachung des LSKN vom 8. März 2011. Damit wurde nicht der aktuelle verbindliche Kontenrahmen für
B Niedersachsen 2014 gemäß Bekanntmachung des LSKN vom 23. Juli 2013 (Nds. MBl. Nr. 28 vom 7. August 2013, Seite 558) angewandt. Der erstellte und im Berichtsjahr angewandte Kontenplan gewährleistet dennoch eine klare und übersichtliche Ordnung des Buchungsstoffes.

Die Geschäftsvorfälle wurden im Wesentlichen vollständig, fortlaufend und zeitgerecht erfasst. Die Buchungen wurden im Wesentlichen ordnungsgemäß angewiesen, ausreichend erläutert und die Belege übersichtlich abgelegt. Die Zahlen der Vorjahresbilanz wurden richtig in das Berichtsjahr vorgetragen. Der Jahresabschluss wurde aus der Buchführung entwickelt und von der Stadt aufgestellt.

Nach § 35 Abs. 1 Satz 1 GemHKVO muss die Buchführung so beschaffen sein, dass sie einem sachverständigen Dritten innerhalb angemessener Zeit einen Überblick über die Finanzvorfälle der Gemeinde vermittelt. Zudem müssen die Aufzeichnungen nach § 35 Abs. 2 Satz 1 GemHKVO u. a. auch nach-
B prüfbar vorgenommen werden. Vereinzelte Finanzvorfälle waren nur mit deutlicher zeitlicher Verzögerung nachvollziehbar und nachprüfbar. Zukünftig ist zu gewährleisten, dass die Aufzeichnungen der Finanzvorfälle bis zu den originären Buchungsbelegen durchgängig in angemessener Zeit nachvollziehbar und nachprüfbar sind und die Buchungsbelege alle zum Verständnis des Finanzvorfalls erforderlichen Informationen beinhalten.

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem gewährleistet im Wesentlichen eine vollständige, richtige und zeitnahe Erfassung, Verarbeitung und Aufzeichnung der Daten der Rechnungslegung.

Die Bestandsnachweise für die Vermögensgegenstände, die Nettoposition, die Schulden, die Rückstellungen und die Rechnungsabgrenzungsposten wurden im Wesentlichen erbracht.

Bei der Prüfung wurden keine Sachverhalte festgestellt, die dagegen sprechen, dass die von der Stadt getroffenen organisatorischen und technischen Maßnahmen geeignet sind, die Sicherheit der rechnungslegungsrelevanten Daten und IT-Systeme zu gewährleisten. Zudem wurde im Vorjahr von der BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover, (im Folgenden BDO) im Auftrag des RPA eine IT-Prüfung bei der Stadt Braunschweig durchgeführt, über die seitens der BDO mit Stellungnahme vom 28. August 2014 Bericht erstattet wurde. Demnach zeigte die nach IDW PS 330 ausgerichtete IT-Systemprüfung insgesamt eine angemessene Transparenz sowie Regelungen und Verfahren für die Steuerung im Bereich der IT. Im Rahmen der Prüfung seitens der BDO festgestellte Verbesserungsvorschläge sind dem obigen Bericht zu entnehmen.

10 Jahresabschluss

Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen entsprechen nach der Feststellung des RPA im Wesentlichen den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen. Die aus den weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung und Jahresabschluss.

Die Bilanz, die Ergebnisrechnung, die Finanzrechnung (s. Anlagen 1 bis 3 unter Tz. 10.4.1 bis 10.4.3) sowie die Teilrechnungen sind den gesetzlichen Vorschriften entsprechend gegliedert. Die Vermögensgegenstände und die Schulden, die Rückstellungen sowie die Nettoposition und die Rechnungsabgrenzungsposten wurden grundsätzlich nach den gesetzlichen Bestimmungen sowie den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung angesetzt und bewertet, für erkennbare Risiken wurden Rückstellungen grundsätzlich in - nach vernünftiger Beurteilung - zur Erfüllung der Leistungsverpflichtung notwendigem Maße gebildet.

Der Anhang enthält grundsätzlich die gemäß § 55 GemHKVO notwendigen Erläuterungen der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung, insbesondere die von der Stadt angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze, sowie im Wesentlichen die sonstigen Pflichtangaben (vgl. hierzu Tz. 10.2.5).

Der dem Anhang beigefügte Rechenschaftsbericht entspricht nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen grundsätzlich den gesetzlichen Vorschriften.

Die Prüfung ergab, dass der Rechenschaftsbericht mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, insgesamt grundsätzlich eine zutreffende Darstellung der finanzwirtschaftlichen Lage der Stadt wiedergibt, mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung sind, zutreffend darstellt und im Wesentlichen die weiteren nach § 57 GemHKVO erforderlichen Angaben und Erläuterungen enthält (zu weiteren Bemerkungen siehe Tz. 10.2.6.2).

Dem RPA sind keine weiteren - über die im Rechenschaftsbericht dargestellten Sachverhalte hinausgehende - nach dem Schluss des Haushaltsjahres bis zur Erstellung des Jahresabschlusses eingetretenen Vorgänge von besonderer Bedeutung bekannt geworden, über die zu berichten wäre.

Die Prüfung gemäß § 156 Abs. 1 Nr. 2 und Nr. 4 NKomVG, ob

- die GoB eingehalten worden sind,

- sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen enthalten sind und der Jahresabschluss die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage darstellt,

hat unter Berücksichtigung der Tatsache, dass das RPA gemäß § 155 Abs. 3 NKomVG die Prüfung ggf. nach seinem pflichtgemäßen Ermessen beschränkt und auf die Vorlage einzelner Prüfungsunterlagen verzichtet hat, zu keinen - mit Ausnahme der unter den Ziffern 10.2.2 bis 10.2.6 mit B, B/St bzw. WB/St versehenen Sachverhalte - wesentlichen Einwendungen geführt.

10 Jahresabschluss

Das RPA kommt zu dem Ergebnis, dass der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet worden ist und im Wesentlichen den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen entspricht.

10.2.2 Bilanz

10.2.2.1 Immaterielles Vermögen

Das immaterielle Vermögen setzt sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	%
Lizenzen	742	852	-110	-12,9
Ähnliche Rechte	119	143	-24	-16,8
Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	45.657	41.798	3.859	9,2
Summe Immaterielles Vermögen	46.518	42.793	3.725	8,7

Die Lizenzen wurden zum Anschaffungswert bewertet. Die ähnlichen Rechte i. H. v. 119 TEUR (Vorjahr: 143 TEUR) beinhalten im Wesentlichen Wege-, Vorkaufs- und Kinderermäßigungsrechte. Die geleisteten Investitionszuweisungen und -zuschüsse werden gemäß § 42 Abs. 4 GemHKVO seit dem 1. Januar 2008 aktiviert.

Wesentliche Zugänge waren die Krankenhausumlage 2014 i. H. v. 3.098 TEUR, ein Zuschuss an die Braunschweiger Verkehrs-AG i. H. v. 2.308 TEUR sowie weitere kleinere Zuschüsse an Sportvereine.

Es haben sich im Rahmen der Prüfung keine Anhaltspunkte für wesentliche Bemerkungen ergeben.

10.2.2.2 Sachvermögen

Das Sachvermögen setzt sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	%
Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an unbebauten Grundstücken	229.063	233.328	-4.265	-1,8
Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an bebauten Grundstücken	608.607	538.716	69.891	13,0
Infrastrukturvermögen	389.284	384.012	5.272	1,4
Bauten auf fremden Grundstücken	5.671	4.969	702	14,1
Kunstgegenstände, Kunstdenkmäler	762	685	77	11,2
Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	15.271	13.656	1.615	11,8
Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere	31.946	31.584	362	1,1
Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	66.314	63.793	2.521	4,0
Summe Sachvermögen	1.346.918	1.270.743	76.175	6,0

Das Sachvermögen stellt mit 72,23 % die größte Position auf der Aktivseite der Bilanz dar. Die wesentlichen Vermögenswerte des Sachvermögens werden im Folgenden dargestellt:

10 Jahresabschluss

Die unbebauten Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte an unbebauten Grundstücken setzen sich aus Grünflächen (195.752 TEUR), Ackerland (21.299 TEUR), Wald und Forsten (3.565 TEUR) und sonstigen unbebauten Grundstücken (8.447 TEUR) zusammen.

Die bebauten Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte an bebauten Grundstücken sind in Grundstücke mit Wohnbauten (13.910 TEUR), mit sozialen Einrichtungen (62.750 TEUR), mit Schulen (275.123 TEUR), mit Kultur-, Sport- und Gartenanlagen (142.942 TEUR) sowie mit sonstigen Dienst-, Geschäfts- und anderen Betriebsgebäuden (113.882 TEUR) gegliedert.

Das Infrastrukturvermögen beinhaltet Grund und Boden des Infrastrukturvermögens (126.243 TEUR), Brücken und Tunnel (33.935 TEUR), Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen (10 TEUR), Straßen, Wege, Plätze, Verkehrslenkungsanlagen (194.125 TEUR), Festwerte für Bäume sowie Beleuchtungsanlagen und Parkscheinautomaten (27.602 TEUR), Strom-, Gas- und Wasserleitungen (109 TEUR), wasserbauliche Anlagen (3.288 TEUR), Friedhöfe und Bestattungseinrichtungen (3.969 TEUR) und sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens (3 TEUR).

Die Zugänge betrafen insbesondere die Anlagen im Bau i. H. v. 34.298 TEUR, das Infrastrukturvermögen (u. a. Bau oder Erneuerung von Straßen, Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen sowie Brücken und Tunnel) i. H. v. 8.251 TEUR, bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an bebauten Grundstücken i. H. v. 61.355 TEUR, Maschinen, technische Anlagen und Fahrzeuge i. H. v. 3.690 TEUR sowie BGA i. H. v. 5.428 TEUR.

Abgänge gab es insbesondere bei bebauten Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten an bebauten Grundstücken i. H. v. 2.879 TEUR, bei BGA i. H. v. 2.479 TEUR, bei Maschinen, technischen Anlagen und Fahrzeugen i. H. v. 1.570 TEUR sowie beim Infrastrukturvermögen i. H. v. 283 TEUR.

Weitere Veränderungen des Sachvermögens ergeben sich zudem aus der Aktivierung von Anlagen im Bau i. H. v. 31.776 TEUR.

Bis auf die folgenden Bemerkungen haben sich im Rahmen der Prüfung keine weiteren Anhaltspunkte für wesentliche Bemerkungen ergeben:

Die Verwaltung hat folgende Festwerte gebildet:

- Einzelbäume
- Straßenbeleuchtung
- Parkscheinautomaten und Parkuhren
- Verkehrsrechner
- Großbeschilderung
- Naturschutzgebiete
- Landschaftsschutzgebiete

10 Jahresabschluss

- Ausstattung Kindertagesstätten und Jugendfreizeiteinrichtungen
- Schulausstattungen (Mobiliar, Lehrmittel, Sportgeräte, Musikinstrumente)
- Ausgesuchte Ausstattungen der Feuerwehr (Feuerwehrschläuche, Feuerklatschen, Dienstkleidung, Funkgeräte in Reserve, Funkmeldeempfänger, Atemschutzmasken, Atemluftflaschen, Pressluftatmer)
- Medien der öffentlichen Bücherei

Gemäß § 46 Abs. 1 S. 2 GemHKVO ist bei Festwerten in der Regel innerhalb von fünf Jahren eine körperliche Bestandsaufnahme durchzuführen.

Bisher wurden Festwerte der Feuerwehr (Dienstkleidung und digitale Funkmeldeempfänger) überprüft. Der Festwert „digitale Funkmeldeempfänger“ wurde nach der Prüfung aufgelöst.

Für die Festwerte „Einzelbäume“, „Straßenbeleuchtung“, „Parkscheinautomaten und Parkuhren“, „Verkehrsrechner“, „Großbeschilderung“, „Ausstattung Kindertagesstätten und Jugendfreizeiteinrichtungen“ sowie „Medien der öffentlichen Bücherei“ werden die laufenden Bestandsveränderungen zurzeit in begleitenden Systemen geführt (permanente Inventur) und es erfolgt ein Abgleich mit den im Finanzwesenverfahren geführten Beständen. Die Überprüfung des Festwertes „Schulausstattungen“ ist in Vorbereitung. Die Verwaltung wurde aufgrund dieser Sachlage schriftlich um die Überprüfung der Festwerte jeweils zu den Jahresabschlüssen 2012 und 2013 gebeten.

WB/St Im Ergebnis ist die Überprüfung bisher bei einem großen Teil der gebildeten Festwerte nicht erfolgt, obwohl seit der letzten Inventur über fünf Jahre vergangen sind. Weiterhin plant die Verwaltung, Festwerte erst in den folgenden Jahren zu überprüfen. Dadurch wird die o. g. Frist teilweise deutlich überschritten. Die Verwaltung ist gehalten, die Bestandsaufnahmen zu beschleunigen und ggf. alternative Vorgehensweisen zu prüfen.

Analog zu den Vorjahren sind einige Anlagen im Bau trotz teilweise schon vor längerer Zeit erfolgter Inbetriebnahme nicht in die jeweiligen Bilanzpositionen umgebucht worden. Der verantwortlichen Anlagenbuchhaltung fehlen in diesen Fällen entsprechende Informationen der ausführenden Teilhaushalte, um eine detaillierte Zuordnung der Anlagen zu den Bilanzpositionen vornehmen zu können. Infolge dessen wurden im Berichtsjahr die entsprechenden

B Anlagen nicht planmäßig abgeschrieben und die zugehörigen Sonderposten nicht planmäßig in Übereinstimmung aufgelöst. Die Folge ist ein betragsmäßig zu hoher Bilanzausweis.

10 Jahresabschluss

10.2.2.3 Finanzvermögen

Das Finanzvermögen setzt sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	%
Anteile an verbundenen Unternehmen	131.526	131.526	0	0,0
Beteiligungen	5	5	0	0,0
Sondervermögen mit Sonderrechnung	35.578	30.844	4.734	15,3
Ausleihungen	13.222	14.457	-1.235	-8,5
Wertpapiere	29	29	0	0,0
Öffentlich-rechtliche Forderungen	18.818	7.867	10.951	>100,0
Forderungen aus Transferleistungen	6.913	6.917	-4	-0,1
Privatrechtliche Forderungen	49.273	30.197	19.076	63,2
Sonstige Vermögensgegenstände	493	453	40	8,8
Summe Finanzvermögen	255.857	222.295	33.562	15,1

Die Anteile an verbundenen Unternehmen betreffen im Wesentlichen die Beteiligungen an der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH i. H. v. 84.033 TEUR (Vorjahr: 84.033 TEUR), der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH i. H. v. 36.737 TEUR (Vorjahr: 36.737 TEUR) sowie der Nibelungen-Wohnbau-GmbH i. H. v. 7.440 TEUR (Vorjahr: 7.440 TEUR).

Das Sondervermögen mit Sonderrechnung beinhaltet insbesondere den Pensionsfonds der Stadt i. H. v. 28.692 TEUR (Vorjahr: 24.604 TEUR).

Die Ausleihungen setzen sich aus Ausleihungen an verbundene Unternehmen und an Sonderrechnungen i. H. v. 1.007 TEUR (Vorjahr: 1.145 TEUR) sowie sonstigen Ausleihungen i. H. v. 12.215 TEUR (Vorjahr: 13.312 TEUR) zusammen. Bei den Abgängen des Berichtsjahres handelt es sich im Wesentlichen um Tilgungen sowie Ablösungen.

Die öffentlich-rechtlichen Forderungen i. H. v. 34.026 TEUR (Vorjahr: 23.010 TEUR) beinhalten insbesondere Steuerforderungen i. H. v. 12.626 TEUR (Vorjahr: 13.787 TEUR), Erstattungsansprüche gegen die Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH i. H. v. 11.246 TEUR (Vorjahr: 0) sowie sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen i. H. v. 5.504 TEUR (Vorjahr: 5.052 TEUR). Die Forderungen sind i. H. v. 11.950 TEUR (Vorjahr: 12.536 TEUR) einzelwertberichtigt sowie i. H. v. 3.258 TEUR (Vorjahr: 2.607 TEUR) pauschalwertberichtigt. Die Einzelwertberichtigungen betreffen insbesondere Gewerbesteuer- und Zinsforderungen aus Veranlagungen.

Die Forderungen aus Transferleistungen i. H. v. insgesamt 8.155 TEUR (Vorjahr: 8.159 TEUR) wurden um 1.242 TEUR (Vorjahr: 1.242 TEUR) auf 6.913 TEUR (Vorjahr: 6.917 TEUR) pauschalwertberichtigt.

Die privatrechtlichen Forderungen i. H. v. 52.531 TEUR (Vorjahr: 32.805 TEUR) beinhalten insbesondere Forderungen gegenüber dem Cash-Pool i. H. v. 41.348 EUR (Vorjahr: 18.901 TEUR) sowie privatrechtliche Forderungen aus Dienstleistungen i. H. v. 10.461 TEUR (Vorjahr: 13.125 TEUR), die um 3.258 TEUR (Vorjahr: 2.608 TEUR) auf 49.273 TEUR (Vorjahr: 30.197 TEUR) pauschalwertberichtigt wurden. Der Anstieg der privatrechtlichen Forderungen resultiert insbesondere aus dem Anstieg der Forderungen gegenüber dem Cash-Pool.

10 Jahresabschluss

Die sonstigen Vermögensgegenstände bestehen insbesondere aus Zinsabgrenzungen im Finanzverbund der Stadt (Cash-Pool) i. H. v. 482 TEUR (Vorjahr: 443 TEUR).

Bis auf die folgenden Bemerkungen haben sich im Rahmen der Prüfung keine weiteren Anhaltspunkte für wesentliche Bemerkungen ergeben:

Die Erstattungsansprüche gegenüber der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH für Pensions- und Beihilfeverpflichtungen für Beamte, die bei der städtischen Gesellschaft beschäftigt sind, werden in der Bilanz unter den öffentlich-rechtlichen Forderungen ausgewiesen. Nach den verbindlichen Zuordnungsvorschriften und Hinweisen zum niedersächsischen Kontenrahmen für 2014 sind diese Forderungen unter den privatrechtlichen Forderungen
B auszuweisen, da die Ansprüche der Stadt aus einer einzelvertraglichen Regelung mit der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH rühren. Aus Sicht des RPA ist unter Wesentlichkeitsgesichtspunkten eine Korrektur des Ausweises erforderlich.

Privatrechtliche Forderungen („Mündelgelder“) der Stelle 51.23 werden - aufgrund fehlender Werthaltigkeit - i. H. v. rd. 2 Mio. EUR (Vorjahr rd. 2,8 Mio. EUR) nicht bilanziert (siehe auch Tz. 10.2.2.7). Die Verwaltung überwacht diese Forderungen regelmäßig.

Bei der Prüfung der Saldenbestätigungen der verbundenen Unternehmen wurde erneut festgestellt, dass es - trotz im Vorfeld erfolgter Abstimmungen - aufgrund von zeitlichen Buchungsunterschieden z. T. Abweichungen zwischen dem Ausweis der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen bei den verbundenen Unternehmen und dem Ausweis bei den entsprechenden öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Forderungen bei der Stadt gibt. Dies gilt auch für den Ausweis der privatrechtlichen Forderungen der verbundenen
B Unternehmen und den Ausweis der entsprechenden Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen bei der Stadt (siehe Tz. 10.2.2.7).

10.2.2.4 Liquide Mittel

Die liquiden Mittel betragen inklusive der Mittel des Cash-Pools 197.508 TEUR (Vorjahr: 259.123 TEUR) und sind im Wesentlichen auf Festgeld- und Tagesgeldkonten i. H. v. 142.851 TEUR (Vorjahr: 177.184 TEUR) sowie auf Kontokorrentkonten i. H. v. 54.552 TEUR (Vorjahr: 81.841 TEUR) angelegt. Der Bargeldbestand beträgt 105 TEUR (Vorjahr: 98 TEUR). Ohne die Finanzmittel des Cash-Pools betragen die liquiden Mittel 118.075 TEUR (Vorjahr: 155.533 TEUR) und entsprechen dem Endbestand an Zahlungsmitteln in der Finanzrechnung (siehe Tz. 10.2.4).

Bis auf die folgenden Bemerkungen haben sich im Rahmen der Prüfung keine weiteren Anhaltspunkte für wesentliche Bemerkungen ergeben:

Es gibt wie im Vorjahr eine bisher ungeklärte betragsmäßige Abstimmdifferenz zwischen der Liquidität auf den Bilanzkonten und dem Zahlungsmittelbestand in der Finanzrechnung i. H. v. 6 TEUR (Vorjahr: 15 TEUR).

10 Jahresabschluss

10.2.2.5 Aktive Rechnungsabgrenzung

Auf der Aktivseite der Bilanz sind als Rechnungsabgrenzungsposten Ausgaben vor dem Abschlusstag auszuweisen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. Abgegrenzt wurden im Berichtsjahr Ausgaben i. H. v. 17.973 TEUR (Vorjahr: 20.202 TEUR). Davon entfallen auf Beamten- und Versorgungsbezüge 3.509 TEUR (Vorjahr 3.496 TEUR), auf aktive Rechnungsabgrenzungsposten 11 TEUR (Vorjahr 8 TEUR) sowie auf sonstige aktive Rechnungsabgrenzungsposten 14.416 TEUR (Vorjahr: 16.698 TEUR), bei denen es sich im Wesentlichen um zum Ende des Jahres 2014 abgewickelte Zahlläufe für Kreditoren handelt, die Aufwand des Jahres 2015 darstellen.

Es haben sich im Rahmen der Prüfung keine Anhaltspunkte für wesentliche Bemerkungen ergeben.

10.2.2.6 Nettoposition

Die Nettoposition setzt sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderungen	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Basis-Reinvermögen	494.471	490.892	3.579	0,7
Rücklagen	227.798	212.782	15.016	7,1
Jahresergebnis	-19.548	15.016	-34.564	>100,0
Sonderposten	339.035	335.699	3.336	1,0
Summe Nettoposition	1.041.756	1.054.389	-12.633	-1,2

Das Basis-Reinvermögen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 3.579 TEUR. Der Grund hierfür ist die erfolgsneutrale Auflösung einer sonstigen Verbindlichkeit durch den Verkauf eines Erbbaurechts. Diese sonstige Verbindlichkeit bestand seit der Ersten Eröffnungsbilanz und war eine kamerale Rücklage für Investitionen. Sie wurde aufgrund der Vorgaben des Landes (Verfahrensbeschreibung und Hinweise für die Überleitung der kameralen Haushaltsdaten auf das doppische Buchungsgeschäft) als sonstige Verbindlichkeit in die Erste Eröffnungsbilanz aufgenommen. Die Auflösung erfolgte insofern erfolgsneutral.

Die Rücklagen gliedern sich in einen Überschuss des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 154.383 TEUR (Vorjahr: 139.282 TEUR) und einen Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 73.415 TEUR (Vorjahr: 73.500 TEUR). Die Rücklagen resultieren aus in den Vorjahren erwirtschafteten Ergebnissen. Nach Abschluss des Haushaltsjahres 2014 weist die Ergebnisrechnung einen Jahresfehlbetrag in Höhe von -19.548 TEUR aus (Vorjahr: Jahresüberschuss 15.016 TEUR).

Bis auf die folgenden Bemerkungen haben sich im Rahmen der Prüfung keine weiteren Anhaltspunkte für wesentliche Bemerkungen ergeben:

Aufgrund noch nicht abgerechneter Anlagen im Bau wurden die zugehörigen Sonderposten noch nicht (teil-)aufgelöst und sind um diese Beträge zu hoch ausgewiesen (siehe Tz. 10.2.2.2).

10 Jahresabschluss

10.2.2.7 Schulden

Die Schulden setzen sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	%
Geldschulden	78.288	94.905	-16.617	-17,5
Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	85.568	32.334	53.234	>100,0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.344	2.145	-801	-37,3
Transferverbindlichkeiten	0	0	0	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	154.009	154.409	-400	-0,3
Summe Schulden	319.209	283.793	35.417	12,5

Die Geldschulden betreffen in voller Höhe Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionsmaßnahmen.

Von den Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften entfallen 83.385 TEUR (Vorjahr: 31.827 TEUR) auf Verpflichtungen der Stadt aus dem PPP-Projekt zur Sanierung von Schulen und Kindertagesstätten.

Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten insbesondere Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit dem Cash-Pool i. H. v. 120.671 TEUR (Vorjahr: 122.355 TEUR) und Verbindlichkeiten aus Mündelgeldern i. H. v. 8.875 TEUR (Vorjahr: 9.104 TEUR) sowie empfangene Anzahlungen i. H. v. 3.704 TEUR (Vorjahr: 4.886 TEUR).

Bis auf die folgenden Bemerkungen haben sich im Rahmen der Prüfung keine weiteren Anhaltspunkte für wesentliche Bemerkungen ergeben:

B

Bei der Prüfung der Saldenbestätigungen der verbundenen Unternehmen wurde erneut festgestellt, dass es - trotz im Vorfeld erfolgter Abstimmungen - aufgrund von zeitlichen Buchungsunterschieden z. T. Abweichungen zwischen dem Ausweis der privatrechtlichen Forderungen der verbundenen Unternehmen und dem Ausweis der entsprechenden Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen bei der Stadt gibt (siehe auch Ziffer 10.2.2.3).

Bezüglich der Mündelgelder werden Verbindlichkeiten i. H. v. rd. 2,0 Mio. EUR (Vorjahr: 2,8 Mio. EUR) korrespondierend zu entsprechenden privatrechtlichen Forderungen („Mündelgelder“) der Stelle 51.23 nicht bilanziert (siehe Tz. 10.2.2.3).

Der auf dem Bilanzkonto 272960 „Verrechnungskonto Mündelgelder“ ausgewiesene Bestand i. H. v. 8.875 TEUR (Vorjahr: 9.104 TEUR) weicht von dem ausgewiesenen Bestand in der von der Verwaltung vorgelegten Liste nach Fälligkeitsjahren um rd. 28 TEUR ab. Es handelt sich hierbei um Abweichungen, die darin begründet sind, dass die Ende Dezember geleisteten Unterhaltszahlungen des Zahlungspflichtigen erst mit den ersten Auszahlungen der Stadt im Januar des Folgejahres an den Zahlungsempfänger weitergeleitet werden können, sodass die Differenz im Januar des Folgejahres ausgeglichen wird.

10 Jahresabschluss

10.2.2.8 Rückstellungen

Die Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	%
Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	446.898	407.695	39.203	9,6
Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Verpflichtungen	7.653	8.468	-815	-9,6
Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	3.016	4.076	-1.060	-26,0
Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen	3.983	7.502	-3.519	-46,9
Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichtsverfahren	3.270	2.253	1.017	45,1
Andere Rückstellungen	37.251	46.251	-9.000	-19,5
Summe Rückstellungen	502.071	476.245	25.826	5,4

Die Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen betreffen die Pensionsverpflichtungen der aktiven und passiven Beamten i. H. v. 397.321 TEUR (Vorjahr: 363.196 TEUR) sowie die zukünftigen Verpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis zur Zahlung von Beihilfen nach Eintritt des Versorgungsfalls und gegenüber den derzeitigen Versorgungsempfängern und Hinterbliebenen i. H. v. 49.577 TEUR (Vorjahr: 44.499 TEUR). Die Pensionsverpflichtungen wurden mit ihrem nach dem Teilwertverfahren ermittelten Barwert angesetzt. Dabei wurde ein Rechnungszins von 5,0 % zugrunde gelegt. Es lag ein versicherungsmathematisches Gutachten der HEUBECK AG, Köln, vom 27. Mai 2015 vor. Die Ermittlung der Beihilferückstellungen erfolgte nach dem - durch die vom Land Niedersachsen eingesetzte Arbeitsgemeinschaft Umsetzung Doppik empfohlenen - vereinfachten Verfahren. Im Berichtsjahr werden erstmalig die Pensionsverpflichtungen der Stadt als Dienstherr der bei der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH (im Folgenden: Klinikum) eingesetzten Beamten i. H. v. 9.856 TEUR sowie die entsprechenden Beihilferückstellungen i. H. v. 1.390 TEUR bilanziert. In entsprechender Höhe wird aktivisch ein Erstattungsanspruch gegenüber dem Klinikum ausgewiesen.

Die Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen beinhalten die Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelungen gegenüber insgesamt 61 (Vorjahr: 66) bei der Stadt beschäftigten Angestellten, Arbeitern und Beamten i. H. v. 1.277 TEUR (Vorjahr: 2.683 TEUR). Die Bewertung der Rückstellungen basierte auf einem versicherungsmathematischen Gutachten der HEUBECK AG, Köln, vom 23. Januar 2015. Darüber hinaus wurde den Ansprüchen der beschäftigten Angestellten, Arbeiter und Beamten für ausstehenden Urlaub durch die Bildung einer entsprechenden Rückstellung (4.714 TEUR; Vorjahr: 4.275 TEUR) sowie geleisteter Mehrarbeit im Rahmen der Rückstellung für geleistete Überstunden (1.662 TEUR; Vorjahr: 1.510 TEUR) Rechnung getragen.

Die Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen beinhalten grundsätzlich Instandhaltungsmaßnahmen, deren Aufwand im abgelaufenen Haushaltsjahr wirtschaftlich entstanden oder verursacht worden ist, aber im abgelaufenen Haushaltsjahr unterlassen worden sind und innerhalb der nächsten drei Haushaltsjahre nachgeholt werden sollen.

10 Jahresabschluss

Die Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen betreffen erwartete Rückerstattungsansprüche von Gewerbesteuer einschließlich darauf entfallender Verzinsung i. H. v. 2.763 TEUR (Vorjahr: 6.423 TEUR) sowie erwartete Rückerstattungsansprüche im Rahmen des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer nach dem Gemeindefinanzreformgesetz i. H. v. 837 TEUR (Vorjahr: 1.079 TEUR) bzw. im Rahmen der Gewerbesteuerumlage nach dem Gemeindefinanzreformgesetz i. H. v. 383 TEUR (Vorjahr: 4.101 TEUR).

Die Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichtsverfahren betreffen insbesondere Prozesse in Zusammenhang mit der Erhebung von Vergnügungssteuer auf den Betrieb von Spielautomaten i. H. v. 2.567 TEUR (Vorjahr: 1.538 TEUR) sowie einen Prozess im Zusammenhang mit dem Bau der Fallersleber-Tor-Brücke i. H. v. 700 TEUR (Vorjahr: 700 TEUR).

Die anderen Rückstellungen berücksichtigen insbesondere ausstehende Rechnungen (13.769 TEUR; Vorjahr: 11.042 TEUR), Verpflichtungen zur Behebung von Brandschutzmängeln bei städtischen Liegenschaften (9.320 TEUR; Vorjahr: 9.869 TEUR), Verpflichtungen für nach der Energieeinsparverordnung vorzunehmende Dämmmaßnahmen an städtischen Gebäuden (4.469 TEUR; Vorjahr: 4.469 TEUR), etwaige Entschädigungsansprüche im Zusammenhang mit einer altersdiskriminierenden Besoldung (1.950 TEUR; Vorjahr: 0 TEUR), Leistungsorientierte Bezahlung (1.787 TEUR; Vorjahr: 1.747 TEUR), erwartete Rückzahlungsverpflichtungen im Rahmen des sog. Quotalen Systems (1.268 TEUR; Vorjahr: 3.557 TEUR), Baulasten für das Klostergut Riddagshausen (952 TEUR; Vorjahr: 3.700 TEUR) sowie im Vorjahr umsatzsteuerliche Risiken eines BgA (0 TEUR; Vorjahr: 4.213 TEUR) und umsatzsteuerliche Risiken in Bezug auf zwei Sachverhalte bei einer städtischen Gesellschaft (0 TEUR; Vorjahr: 3.246 TEUR).

Bis auf die folgenden Bemerkungen haben sich im Rahmen der Prüfung keine weiteren Anhaltspunkte für wesentliche Bemerkungen ergeben:

B Unverändert erscheint es aus Prüfungssicht geboten, eine Standardisierung der Bildung von Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen vorzunehmen. Zukünftig sollten insbesondere für die wesentlichen Bereiche, bei denen Instandhaltungen im großen Umfang erfolgen, Instandhaltungspläne erstellt werden. Auf Basis der Instandhaltungspläne ist es über einen Abgleich der geplanten und der tatsächlich durchgeführten Instandhaltungen möglich, den Umfang der zu bildenden Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen zu bestimmen. Im Rahmen des bisherigen Schriftwechsels hat die Verwaltung die Notwendigkeit von Instandhaltungsplänen in Frage gestellt. Die seitens des RPA mit Schreiben vom 24. März 2015 erbetene Darlegung der sach- und periodengerechten Darstellung nach Ablauf der dreijährigen Nachholfrist steht noch aus.

B Im Rahmen der Prüfung der Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichtsverfahren wurde festgestellt, dass bei der Bewertung der Rückstellung für Klageverfahren im Zusammenhang mit der Vergnügungssteuer Buchungsfehler zu einem um 115 TEUR zu niedrigen Ausweis der Rückstellung führten.

10 Jahresabschluss

B Im Rahmen der Prüfung der Anderen Rückstellungen wurde festgestellt, dass bei der Bewertung der Rückstellung für etwaige Entschädigungsansprüche im Zusammenhang mit einer altersdiskriminierenden Besoldung nach dem Bilanzstichtag liegende Zeiträume bei der Bewertung der Rückstellung mit einbezogen wurden, die zu einem um 278 TEUR zu hohen Ausweis der Rückstellung führten.

B Im Bereich der Anderen Rückstellungen sollte im Sinne der Kontenklarheit auf eine sachverhaltsgerechte Sachkontenzuordnung zu den Rückstellungen für ausstehende Rechnungen sowie den Rückstellungen für übrige Sachverhalte geachtet werden.

B Im Rahmen der zurückliegenden Jahresabschlussprüfungen waren unverändert bei der erstmaligen Anforderung von Prüfungsunterlagen bzw. einer Anforderung von ergänzenden Unterlagen zu Rückstellungssachverhalten z. T. lange Rücklaufzeiten zu verzeichnen, die in der Folge zu erheblichen Verzögerungen bei der Prüfungsdurchführung geführt haben. Zukünftig sollten - wie bereits im Vorjahr angeregt - bereits zum Zeitpunkt der Buchung wesentlicher Rückstellungssachverhalte die Prüfungsunterlagen, die die Buchung sowohl dem Grunde als auch der Höhe nach hinreichend belegen, dem RPA ohne explizite Aufforderungen zur Prüfung zu Verfügung gestellt werden, um so einen beschleunigten Prüfungsablauf zu gewährleisten.

10.2.2.9 Passive Rechnungsabgrenzung

Der Posten Passive Rechnungsabgrenzung berücksichtigt Einnahmen i. H. v. 1.740 TEUR (Vorjahr: 729 TEUR), die vor dem 31. Dezember eingegangen sind, aber Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. Davon sind 1.736 TEUR (Vorjahr: 721 TEUR) zweckgebunden.

Die Differenz zum Vorjahr ist im Wesentlichen auf eine zweckgebundene Spende i. H. v. rd. 1 Mio. EUR zurückzuführen.

Es haben sich im Rahmen der Prüfung keine Anhaltspunkte für wesentliche Bemerkungen ergeben.

10.2.2.10 Vermerke unterhalb der Bilanz

Nach § 54 Abs. 5 GemHKVO sind die Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre unter der Bilanz zu vermerken, sofern sie nicht auf der Passivseite auszuweisen sind. Insbesondere sind Haushaltsreste, Bürgschaften, Gewährleistungsverträge, in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen und Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften sowie über das Haushaltsjahr hinaus gestundete Beträge aufzuführen.

Es haben sich im Rahmen der Prüfung keine Anhaltspunkte für Bemerkungen ergeben.

10 Jahresabschluss

10.2.3 Ergebnisrechnung

Die Ergebnisrechnung weist für das Haushaltsjahr 2014 einen Jahresfehlbetrag i. H. v. 19.548 TEUR (Vorjahr: Jahresüberschuss i. H. v. 15.016 TEUR) aus.

Das ordentliche Ergebnis beträgt -29.292 TEUR (ordentliche Erträge i. H. v. 670.918 TEUR abzgl. ordentliche Aufwendungen i. H. v. 700.210 TEUR). Die ordentlichen Erträge liegen um 42.795 TEUR unter den Planansätzen des Haushalts 2014. Die Abweichung resultiert insbesondere aus geringeren Erträgen aus Steuern und ähnlichen Abgaben i. H. v. 38.986 TEUR sowie geringeren sonstigen ordentlichen Erträgen i. H. v. 3.020 TEUR. Die ordentlichen Aufwendungen liegen 5.932 TEUR unter den Planansätzen des Haushalts 2014. Über den Planansätzen lagen hier die Aufwendungen für Personal und Versorgung sowie für Abschreibungen, alle übrigen ordentlichen Aufwendungen lagen unter den Planansätzen.

Das außerordentliche Ergebnis beträgt 9.743 TEUR (außerordentliche Erträge i. H. v. 15.580 TEUR abzgl. außerordentliche Aufwendungen i. H. v. 5.837 TEUR). Die außerordentlichen Erträge weichen um 14.325 TEUR von den Planansätzen des Haushalts 2014 ab. Davon entfallen 11.806 TEUR auf Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen. Die außerordentlichen Aufwendungen weichen um 5.143 TEUR von den Planansätzen des Haushalts 2014 ab. Davon entfallen 3.903 TEUR auf Aufwendungen für außerplanmäßige Abschreibungen.

Die Ergebnisrechnung wurde unmittelbar aus der Buchführung abgeleitet. Hinsichtlich der anzuwendenden Ansatz-, Bewertungs-, Ausweis- und Gliederungsvorschriften des NKomVG und der GemHKVO ergaben sich bis auf die folgenden Bemerkungen keine Anzeichen für wesentliche Bemerkungen:

Die Ergebnisrechnung 2014 weist bei einigen Ertragspositionen von den im Finanzwesenverfahren SAP ausgewiesenen Erträgen abweichende Erträge aus. Dies betrifft Auflösungserträge aus Sonderposten i. H. v. 15.049 TEUR aus, deren Ausweis um 2.366 TEUR abweicht, die Erträge aus öffentlich-rechtlichen Entgelten i. H. v. 34.065 TEUR, deren Ausweis um -2.196 TEUR abweicht und die sonstigen ordentlichen Erträge i. H. v. 19.855 TEUR, deren Ausweis um -170 TEUR abweicht. Die Abweichungen ergeben sich aus der unterschiedlichen Zuordnung von Konten zu bestimmten Ertragspositionen in der Ergebnisrechnung. Dies betrifft bei den Auflösungserträgen aus Sonderposten die Konten 337120, 337125, 357110 und 357120, bei den Erträgen aus öffentlich-rechtlichen Entgelten die Konten 337120 und 337125 und bei den sonstigen ordentlichen Erträgen die Konten 357110, 357120. Die Abweichungen gleichen sich in der Summe aus.

Im Haushaltsjahr 2014 wurde ein Jahresfehlbetrag i. H. v. 19.548 TEUR erwirtschaftet. Der Haushalt soll gemäß § 110 Abs. 4 Satz 1 NKomVG in jedem Haushaltsjahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Er ist gemäß § 110 Abs. 4 Satz 2 NKomVG ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge dem Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen und der Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge dem Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen entspricht. Gemäß § 110 Abs. 5 Ziffer 1 NKomVG gilt diese Verpflichtung als erfüllt, wenn ein Fehlbetrag in der Ergebnisrechnung mit entsprechenden Überschussrücklagen (§ 123 Abs. 1

10 Jahresabschluss

Satz 1 NKomVG) verrechnet werden kann. Die Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses betragen zum 31. Dezember 2014 154.383 TEUR.

10.2.4 Finanzrechnung

Die Finanzrechnung weist für das Haushaltsjahr 2014 einen Endbestand an Zahlungsmitteln i. H. v. 118.075 TEUR (Vorjahr: 155.533 TEUR) aus. Er hat sich um 37.458 TEUR verringert (Vorjahr: 20.106 TEUR).

Diese Zahlungsmittelbestandsveränderung resultiert ausweislich des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit i. H. v. 28.283 TEUR (Vorjahr: 46.403 TEUR), des Saldos aus der Investitionstätigkeit i. H. v. -49.310 TEUR (Vorjahr: -58.346 TEUR), des Saldos aus der Finanzierungstätigkeit i. H. v. -16.547 TEUR (Vorjahr: -8.262 TEUR) und des Saldos aus haushaltsunwirksamen Vorgängen i. H. v. 116 TEUR (Vorjahr: 101 TEUR).

Auf der Aktivseite der Bilanz werden liquide Mittel i. H. v. 197.508 TEUR (Vorjahr: 259.123 TEUR) ausgewiesen. Davon entfallen auf die Stadt 118.075 TEUR (Vorjahr: 155.533 TEUR), auf den Cash-Pool des Konzernverbunds „Stadt Braunschweig“ ein Saldo i. H. v. 79.322 TEUR (Vorjahr: 103.454 TEUR) und auf bestimmte Aufgaben, für die die Stadt die finanzielle Abwicklung übernommen hat, i. H. v. 111 TEUR (Vorjahr: 135 TEUR). Dazu werden auf der Aktivseite der Bilanz Cash-Pool-Forderungen i. H. v. 41.348 TEUR (Vorjahr: 18.901 TEUR) und auf der Passivseite der Bilanz Cash-Pool-Verbindlichkeiten i. H. v. 120.670 TEUR (Vorjahr: 122.355 TEUR) sowie Verbindlichkeiten für bestimmte Aufgaben, für die die Stadt die finanzielle Abwicklung übernommen hat, i. H. v. 111 TEUR (Vorjahr: 135 TEUR) ausgewiesen.

Gemäß § 110 Abs. 4 Satz 3 NKomVG sind die Liquidität der Kommune sowie die Finanzierung ihrer Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sicherzustellen. Im Berichtsjahr wurden diese Anforderungen durch die Stadt gewährleistet.

Die Finanzrechnung wurde unmittelbar aus der Buchführung abgeleitet. Hinsichtlich der anzuwendenden Ansatz-, Bewertungs-, Ausweis- und Gliederungsvorschriften des NKomVG und der GemHKVO haben sich im Rahmen der Prüfung bis auf folgende Einwendungen keine Anhaltspunkte für wesentliche Bemerkungen ergeben:

Wie in den Vorjahren bestehen z. T. immer noch Probleme bei den haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen, bestimmte ausgewiesene Zahlungsmittelflüsse auf den Finanzmittelkonten automatisiert entsprechenden Finanzrechnungskonten zuzuordnen. Es ist jedoch festzustellen, dass sich die Differenz kontinuierlich verringert. Die betroffenen Sachverhalte, die für 2014 ungeklärte Ein- und Auszahlungen i. H. v. 6 TEUR (Vorjahr: 15 TEUR) umfassen, sind seitens der Verwaltung bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses technisch nicht geklärt worden.

10 Jahresabschluss

10.2.5 Anhang

In den Anhang, der ebenso wie die Ergebnisrechnung, Finanzrechnung und Bilanz Bestandteil des Jahresabschlusses ist, sind die in § 55 GemHKVO genannten Pflichtangaben aufzunehmen.

Bis auf die folgenden Bemerkungen haben sich im Rahmen der Prüfung keine weiteren Anhaltspunkte für wesentliche Bemerkungen ergeben:

Obwohl in den Schlussberichten der Vorjahre darauf hingewiesen bzw. beanstandet wurde, werden abweichend von § 55 Abs. 1 Satz 2 GemHKVO die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses und erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen unverändert nicht im Anhang, sondern im Rechenschaftsbericht (insbesondere die Punkte 3.2 und 3.4) erläutert. Entsprechend der Ausführungen der Stellungnahme der Verwaltung vom 2. Januar 2013 verbleiben - basierend auf der Interpretation
B der Verwaltung sowie eines Abgleichs mit anderen nds. Kommunen - diese Erläuterungen weiterhin im Rechenschaftsbericht. Das RPA vertritt unverändert die Auffassung, dass die bereits in den Vorjahren aufgezeigte Umgliederung dieser Textteile in den Anhang zu erfolgen hat, da es sich hier um eine in § 55 Abs. 1 Satz 2 GemHKVO geregelte gesetzliche Vorgabe handelt.

Die Ausführungen zu den üpl./apl. Aufwendungen und Auszahlungen nach § 117 NKomVG (Punkt 3.5 des Rechenschaftsberichts) sowie den Verpflichtungsermächtigungen (Punkt 3.9 des Rechenschaftsberichts) stellen Angaben dar, die zum Verständnis des Jahresabschlusses durch sachverständige Dritte notwendig sind. Im Rahmen der Stellungnahme zum Schlussbericht 2010 vom 9. Januar 2012 stellte die Verwaltung dies zunächst zustimmend fest. In der Konsequenz haben diese Angaben entsprechend § 55 Abs. 1 Satz 1 GemHKVO im Anhang zu erfolgen. Darüber hinaus erscheint es geboten, dass die Ausführungen zu den üpl./apl. Aufwendungen und Auszahlungen nach § 117 NKomVG zudem als Bestandteil der Erläuterungen zu erheblichen Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen nach § 55 Abs. 1 Satz 2 GemHKVO ebenfalls im Anhang erfolgen. Grundsätzlich
B sollte der Rechenschaftsbericht keine Vielzahl von Einzelsachverhalten, wie z. B. obige Angaben, beinhalten, da dies die Aufgabe des Anhangs ist (zu weiteren Ausführungen hinsichtlich der grundsätzlichen Aufgaben des Rechenschaftsberichts siehe Tz. 10.2.6.2). Im Rahmen der Stellungnahme zum Schlussbericht 2011 vom 2. Januar 2013 vertrat die Verwaltung die Auffassung, dass der Jahresabschluss in der Gesamtheit aller Bestandteile alle erforderlichen Daten und Erläuterungen enthalte und die Zuordnung der zuvor genannten Ausführungen zum Rechenschaftsbericht bestehen bleibt. Das RPA vertritt unverändert die Auffassung, dass die zuvor genannten Ausführungen entsprechend § 55 Abs. 1 Satz 1 bzw. Satz 2 GemHKVO innerhalb des Jahresabschlusses nicht im Rechenschaftsbericht, sondern im Anhang zu erfolgen haben.

10 Jahresabschluss

10.2.6 Dem Anhang beizufügende Bestandteile

10.2.6.1 Vorbemerkungen

Dem Anhang beigefügt sind die in § 128 Abs. 3 NKomVG vorgeschriebenen Bestandteile (Rechenschaftsbericht, Anlagenübersicht, Forderungsübersicht, Schuldenübersicht, Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen).

Nach § 56 GemHKVO ist keine Rückstellungsübersicht als Anlage zum Anhang gesetzlich vorgeschrieben. In der Kommentierung wird die Auffassung vertreten, dass die Rückstellungen anhand einer Übersicht vergleichbar der Schuldenübersicht nach § 56 Abs. 3 GemHKVO erläutert werden sollten. Dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 wurde keine entsprechende Anlage beigefügt. Stattdessen wurde eine entsprechende Rückstellungsübersicht in den Anhang selbst unter Punkt 4.8 aufgenommen.

10.2.6.2 Rechenschaftsbericht

Im Rechenschaftsbericht sind gemäß § 57 GemHKVO, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend, der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die finanzwirtschaftliche Lage der Gemeinde darzustellen. Dabei ist eine Bewertung der Jahresabschlussrechnungen vorzunehmen. § 57 GemHKVO legt auch fest, dass in diesem Bericht Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, und zu erwartende mögliche finanzwirtschaftliche Risiken für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung dargestellt werden sollen.

Der Rechenschaftsbericht der Stadt erfüllt grundsätzlich diese Vorgaben. Im Rahmen der Prüfung ergaben sich dennoch grundsätzliche Bemerkungen, die im Folgenden dargestellt werden:

Infolge der Bemerkungen in den Schlussberichten der Vorjahre wurde im Vorjahr seitens der Verwaltung die den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Darstellung der finanzwirtschaftlichen Lage erweitert. Im Rahmen der Darstellung werden Bewertungen der ermittelten Kennzahlen vorgenommen und analysiert. Dabei werden im Rahmen der Analyse kurze Informationen zum Verständnis vermittelt. Zudem erfolgen im Rahmen der Darstellung der
B/St finanzwirtschaftlichen Lage abschließend kurze Bewertungen der Jahresabschlussrechnungen, wie sie gemäß § 57 Abs. 1 Satz 2 GemHKVO gefordert sind. Entgegen den Zusagen seitens der Verwaltung wurden über das Zahlenwerk hinausgehende Analysen und Informationen sowie der Umfang der Bewertungen der Jahresabschlussrechnungen im Berichtsjahr nicht ausgebaut.

Die Erläuterungen zu den wichtigsten Ergebnissen des Jahresabschlusses und erheblichen Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen sind nicht im Rechenschaftsbericht, sondern entsprechend § 55 Abs. 1 Satz 2 GemHKVO im Anhang vorzunehmen. Zu weiteren Ausführungen wird auf Tz. 10.2.5 sowie die Schlussberichte der Vorjahre verwiesen.

10 Jahresabschluss

Die Ausführungen zu den üpl./apl. Aufwendungen und Auszahlungen nach § 117 NKomVG sowie den Verpflichtungsermächtigungen sollten zukünftig im Rahmen des Jahresabschlusses ebenso nicht im Rechenschaftsbericht, sondern im Anhang erfolgen. Zu weiteren Ausführungen wird auf Tz. 10.2.5 sowie die Schlussberichte der Vorjahre verwiesen.

B/St

Im Rahmen der Berechnung der Kennzahlen zur Verschuldungs- und Zahlungsmittelsituation der Stadt (Kennzahl A.3 und Kennzahl A.4) werden die kreditähnlichen Rechtsgeschäfte nicht berücksichtigt. Da es sich bei den kreditähnlichen Rechtsgeschäften aber um eine Form der Fremdfinanzierung handelt, sollte eine Berücksichtigung der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte bei der Berechnung dieser Kennzahlen erfolgen. Bei einer Berücksichtigung der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte bei der Berechnung dieser Kennzahlen ergibt sich für das Jahr 2014 für die Kennzahl A.3 ein Wert von rd. 9 % und für die Kennzahl A.4 ein Wert von rd. 663 EUR.

10 Jahresabschluss

10.2.6.3 Anlagenübersicht

Anlagenübersicht

gem. § 56 Abs. 1 GemHKVO

zum 31. Dezember 2014

Anlagevermögen	Entwicklung der Anschaffungs- und Herstellungswerte					Entwicklung der Abschreibungen					Buchwerte	
	Stand am 31. Dez 2013	Zugänge im Haushaltsjahr	Abgänge im Haushaltsjahr	Umbuchungen im Haushaltsjahr	Stand am 31. Dez 2014	Stand am 31. Dez 2013	Abschreibungen im Haushaltsjahr	Auflösungen im Haushaltsjahr	Zuschreibungen im Haushaltsjahr	Stand am 31. Dez 2014	Stand am 31. Dez 2014	Stand am 31. Dez 2013
	- Euro-	- Euro-	- Euro-	- Euro-	- Euro-	- Euro-	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro-	- Euro-	- Euro-
1	2	+ 3	- 4	+/- 5	6	7	+ 8	- 9	- 10	11	12	13
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	53.454.159,48	6.060.843,72	1.563,32	787.744,88	60.301.184,76	10.661.015,73	3.123.432,94	1.559,32	0,00	13.782.889,35	46.518.295,41	42.793.143,75
2. Sachvermögen (ohne Vorräte und geringwertige Vermögensgegenstände)	1.682.378.925,04	114.906.679,88	9.399.720,23	-787.744,88	1.787.098.139,81	411.635.584,24	33.872.104,77	5.328.425,20	0,00	440.179.263,81	1.346.918.876,00	1.270.743.340,80
3. Finanzvermögen (ohne Forderungen)	178.360.961,47	4.948.828,81	1.449.578,09	0,00	181.860.212,19	1.500.000,00	0,00	0,00	0,00	1.500.000,00	180.360.212,19	176.860.961,47
Insgesamt	1.914.194.045,99	125.916.352,41	10.850.861,64	0,00	2.029.259.536,76	423.796.599,97	36.995.537,71	5.329.984,52	0,00	455.462.153,16	1.573.797.383,60	1.490.397.446,02

10 Jahresabschluss

10.2.6.4 Schuldenübersicht

Schuldenübersicht

gem. § 56 Abs. 3 GemHKVO

zum 31. Dezember 2014

Art der Schulden	Gesamtbetrag am 31. Dezember 2014	mit einer Restlaufzeit von bis zu 1 Jahr	mit einer Restlaufzeit von über 1 bis 5 Jahre	mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahre	Gesamtbetrag am 31. Dezember 2013	Mehr (+)/ weniger (-)
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
1. Geldschulden	78.287.789,41	8.287.890,96	22.270.364,98	47.729.533,47	94.905.194,47	-16.617.405,06
1.1 Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	78.287.789,41	8.287.890,96	22.270.364,98	47.729.533,47	94.905.194,47	-16.617.405,06
1.3 Liquiditätskredite	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.4 sonstige Geldschulden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	85.568.471,76	2.731.864,02	12.076.030,25	70.760.577,49	32.333.552,49	53.234.919,27
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.344.222,15	1.344.222,15	0,00	0,00	2.145.374,83	-801.152,68
4. Transferverbindlichkeiten	12,15	12,15	0,00	0,00	36,29	-24,14
5. Sonstige Verbindlichkeiten	154.008.889,26	154.008.889,26	0,00	0,00	154.408.573,33	-399.684,07
Schulden insgesamt	319.209.384,73	166.372.878,54	34.346.395,23	118.490.110,96	283.792.731,41	35.416.653,32

10 Jahresabschluss

10.2.6.5 Forderungsübersicht

Forderungsübersicht

gem. § 56 Abs. 2 GemHKVO

zum 31. Dezember 2014

Art der Forderungen	Gesamt-betrag am 31. Dezember 2014	mit einer Restlaufzeit von			Gesamt-betrag am 31. Dezember 2013	Mehr (+)/ weniger (-)
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre		
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen	18.818.270,70	18.813.120,20	4.624,50	526,00	7.867.088,24	10.951.182,46
2. Forderungen aus Transferleistungen	6.912.702,05	6.912.158,02	544,03	0,00	6.916.564,79	-3.862,74
3. Sonstige Privatrechtliche Forderungen	49.273.477,45	49.273.477,45	0,00	0,00	30.197.566,96	19.075.910,49
Summe aller Forderungen	75.004.450,20	74.998.755,67	5.168,53	526,00	44.981.219,99	30.023.230,21

10 Jahresabschluss

10.2.6.6 Rückstellungsübersicht

Es wird auf den Jahresabschluss 2014, Punkt 4.8 des Anhangs - Rückstellungen -, verwiesen.

10.2.6.7 Übersicht Haushaltsermächtigungen

Es wird auf Kapitel IX des Jahresabschlusses 2014 - Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen - verwiesen.

10.3 Prüfungsergebnis

Der Jahresabschluss der Stadt Braunschweig zum 31. Dezember 2014 entspricht aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse insgesamt den gesetzlichen Vorschriften des NKomVG und der GemHKVO sowie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen unter Einhaltung der GoB. Der Jahresabschluss enthält sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen und stellt die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt dar (zu postenbezogenen Beanstandungen vgl. Tz. 10.2.2).

Der Anhang enthält grundsätzlich die gemäß § 55 GemHKVO notwendigen Erläuterungen der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung, insbesondere die von der Stadt angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze, sowie im Wesentlichen die sonstigen Pflichtangaben (vgl. hierzu Tz. 10.2.5).

Dem Anhang beigefügt sind die in § 128 Abs. 3 NKomVG vorgeschriebenen Bestandteile (Rechenschaftsbericht, Anlagenübersicht, Forderungsübersicht, Schuldenübersicht, Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen).

Im Rechenschaftsbericht werden grundsätzlich gemäß § 57 GemHKVO, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend, der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die finanzwirtschaftliche Lage der Gemeinde dargestellt und eine Bewertung der Jahresabschlussrechnungen vorgenommen (vgl. hierzu Tz. 10.2.6.2). Zudem werden im Rechenschaftsbericht der Stadt Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, und zu erwartende mögliche finanzwirtschaftliche Risiken für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung dargestellt.

10 Jahresabschluss

10.4 Rechenwerke des Jahresabschlusses

10.4.1 Anlage 1 Bilanz

Stadt Braunschweig

Bilanz zum 31. Dezember 2014

Aktiva		31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -	Passiva			31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -
1.	Immaterielles Vermögen	42.793.143,75	46.518.295,41	1.	Nettoposition			
				1.1	Basis-Reinvermögen		490.892.354,02	494.471.446,02
2.	Sachvermögen	1.270.743.340,80	1.346.918.876,00	1.2	Rücklagen		212.782.296,66	227.798.154,49
				1.3	Jahresergebnis mit Angabe des Betrages der Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen *)		15.015.857,83	-19.548.402,53
3.	Finanzvermögen	222.295.461,25	255.857.289,33	1.4	Sonderposten		335.699.208,41	339.034.942,30
							1.054.389.716,92	1.041.756.140,28
4.	Liquide Mittel	259.122.704,52	197.508.330,83	2.	Schulden			
5.	Aktive Rechnungsabgrenzung	20.202.189,86	17.973.463,48	2.1	Geldschulden			
					davon			
						2.1.1 Liquiditätskredite	0,00	0,00
						2.1.2 Geldschulden (ohne Liquiditätskredite)	94.905.194,47	78.287.789,41
							94.905.194,47	78.287.789,41
				2.2	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften		32.333.552,49	85.568.471,76
				2.3	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		2.145.374,83	1.344.222,15
				2.4	Transferverbindlichkeiten		36,29	12,15
				2.5	Sonstige Verbindlichkeiten		154.408.573,33	154.008.889,26
							283.792.731,41	319.209.384,73
				3.	Rückstellungen		476.245.320,79	502.070.806,37
				4.	Passive Rechnungsabgrenzung		729.071,06	1.739.923,67
Bilanzsumme		**1.815.156.840,18**	**1.864.776.255,05**	**Bilanzsumme**			**1.815.156.840,18**	**1.864.776.255,05**

*) Davon Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen 2013 = 22.702.664,67 €; 2014 = 23.367.676,81 €.

Braunschweig, 24. Juli 2015

M. Markurth

Oberbürgermeister

10 Jahresabschluss

10.4.2 Anlage 2 Ergebnisrechnung

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **Gesamt-Ergebnisrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014 1)	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	341.112.128,66	337.659.318,11	376.645.500,00	-38.986.181,89	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	120.002.108,97	116.037.511,88	115.330.260,00	707.251,88	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	14.801.257,90	15.048.789,26	15.316.985,37	-268.196,11	-
4	Sonstige Transfererträge	9.420.976,47	10.970.006,64	8.847.100,00	2.122.906,64	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	32.260.672,75	34.065.108,12	32.680.100,00	1.385.008,12	-
6	Privatrechtliche Entgelte	9.953.812,48	9.179.508,97	8.927.300,00	252.208,97	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	122.395.677,08	121.848.770,73	124.820.300,00	-2.971.529,27	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	4.777.879,22	4.632.551,76	6.746.400,00	-2.113.848,24	-
9	Aktivierte Eigenleistungen	1.663.838,76	1.622.365,93	1.524.478,80	97.887,13	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	18.490.158,57	19.854.745,25	22.874.850,00	-3.020.104,75	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**674.878.510,86**	**670.918.676,65**	**713.713.274,17**	**-42.794.597,52**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Aufwendungen für aktives Personal	167.261.997,90	171.601.602,46	160.415.429,00	11.186.173,46	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	17.170.416,23	17.971.188,44	17.173.800,00	797.388,44	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	44.366.879,15	42.305.752,19	50.251.950,00	-7.946.197,81	0,00
16	Abschreibungen	31.074.557,74	36.730.038,20	35.562.327,38	1.167.710,82	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.343.942,38	7.388.895,86	8.710.900,00	-1.322.004,14	0,00
18	Transferaufwendungen	221.795.432,60	247.628.413,27	253.598.310,00	-5.969.896,73	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	172.764.612,01	176.584.488,77	180.429.450,00	-3.844.961,23	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**659.777.838,01**	**700.210.379,19**	**706.142.166,38**	**-5.931.787,19**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)**	**15.100.672,85**	**-29.291.702,54**	**7.571.107,79**	**-36.862.810,33**	**-**
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	7.102.604,33	15.579.810,66	1.255.300,00	14.324.510,66	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	7.187.419,35	5.836.510,65	694.000,00	5.142.510,65	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**-84.815,02**	**9.743.300,01**	**561.300,00**	**9.182.000,01**	**-**
Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**		**15.015.857,83**	**-19.548.402,53**	**8.132.407,79**	**-27.680.810,32**	**-**

1) Zusätzlich zum Ansatz wurde für 2014 ein Haushaltsresteabbau in Höhe von 8.100.000,00 EUR geplant; damit ergibt sich ein Jahresüberschuss nach Haushaltsresteabbau in Höhe von 32.407,79 EUR.

10 Jahresabschluss

10.4.3 Anlage 3 Finanzrechnung

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig **Gesamt-Finanzrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014 1)	mehr (+) / weniger (-)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
	1	2	3	4	5	6
	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
1	Steuern und ähnliche Abgaben	336.934.354,60	335.598.560,74	376.645.500,00	-41.046.939,26	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	120.085.810,50	115.844.113,47	115.330.260,00	513.853,47	-
3	Sonstige Transfereinzahlungen	8.697.391,39	10.134.572,25	8.847.100,00	1.287.472,25	-
4	Öffentlich-rechtliche Entgelte	31.966.428,58	33.375.580,54	32.680.100,00	695.480,54	-
5	Privatrechtliche Entgelte	10.147.968,22	9.622.332,38	9.029.500,00	592.832,38	-
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	124.681.587,49	119.908.125,96	124.820.300,00	-4.912.174,04	-
7	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	4.770.131,35	4.702.842,28	6.746.400,00	-2.043.557,72	-
8	Einz. aus Veräuß. geringwert. Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	21.132.739,88	25.211.889,78	27.095.800,00	-1.883.910,22	-
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**658.416.412,01**	**654.398.017,40**	**701.194.960,00**	**-46.796.942,60**	**-**
	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
11	Auszahlungen für aktives Personal	142.579.284,62	142.306.065,79	141.616.600,00	689.465,79	-
12	Auszahlungen für Versorgung	17.730.382,88	18.067.213,77	17.173.800,00	893.413,77	-
13	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für geringwertige Vermögensgegenstände	44.212.773,29	42.770.478,29	50.251.950,00	-7.481.471,71	-
14	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	6.592.714,77	7.644.800,16	8.710.900,00	-1.066.099,84	-
15	Transferauszahlungen	224.157.575,62	242.248.041,37	253.598.310,00	-11.350.268,63	-
16	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	176.741.140,39	173.078.955,45	184.761.300,00	-11.682.344,55	-
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**612.013.871,57**	**626.115.554,83**	**656.112.860,00**	**-29.997.305,17**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**46.402.540,44**	**28.282.462,57**	**45.082.100,00**	**-16.799.637,43**	**-**
	Einzahlungen für Investitionstätigkeit					
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	7.650.534,42	9.425.543,96	4.607.100,00	4.818.443,96	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	3.777.167,35	7.453.795,51	8.593.700,00	-1.139.904,49	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	4.671.810,05	3.338.021,79	2.836.000,00	502.021,79	-
22	Finanzvermögensanlagen	82.000,00	214.981,45	300.000,00	-85.018,55	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	451.319,80	1.236.845,56	320.000,00	916.845,56	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**16.632.831,62**	**21.669.188,27**	**16.656.800,00**	**5.012.388,27**	**-**
	Auszahlungen für Investitionstätigkeit					
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	1.778.948,85	1.837.757,13	2.255.000,00	-417.242,87	0,00
26	Baumaßnahmen	51.185.905,43	49.508.167,12	56.288.700,00	-6.780.532,88	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	8.548.070,86	7.417.317,28	7.719.000,00	-301.682,72	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	4.254.321,60	4.893.375,86	4.302.000,00	591.375,86	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	9.211.829,93	7.323.010,15	4.613.400,00	2.709.610,15	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**74.979.076,67**	**70.979.627,54**	**75.178.100,00**	**-4.198.472,46**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**-58.346.245,05**	**-49.310.439,27**	**-58.521.300,00**	**9.210.860,73**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**-11.943.704,61**	**-21.027.976,70**	**-13.439.200,00**	**-7.588.776,70**	**-**
	Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	1.965.048,75	7.863.100,00	-5.898.051,25	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	8.262.380,45	18.511.915,12	24.500.600,00	-5.988.684,88	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**-8.262.380,45**	**-16.546.866,37**	**-16.637.500,00**	**90.633,63**	**-**
37	**Finanzmittelbestand** (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-20.206.085,06**	**-37.574.843,07**	**-30.076.700,00**	**-7.498.143,07**	**-**
	Haushaltsunwirksame Ein- u. Auszahlungen (u. a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)					
38	Haushaltsunwirksame Einzahlungen	2.772.546,52	151.650,86	0,00	151.650,86	-
39	Haushaltsunwirksame Auszahlungen	2.671.664,10	35.364,31	0,00	35.364,31	-
40	**Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen** (Saldo Zeilen 38 und 39)	**100.882,42**	**116.286,55**	**0,00**		
	Zahlungsmittelbestand (Liquide Mittel)					
41	**Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Jahres**	**175.638.530,38**	**155.533.327,74**	**155.533.327,74**		
42	**Zahlungsmittelbestand am Ende des Jahres** (Summe Zeilen 37, 40 und 41)	**155.533.327,74**	**118.074.771,22**	**125.456.627,74**		

1) Zusätzlich zum Ansatz wurde für 2014 ein Haushaltsresteabbau in Höhe von 17.300.000,00 EUR geplant; damit ergibt sich ein voraussichtlicher Bestand an Zahlungsmitteln am Ende von 2014 in Höhe von 108.156.627,74 EUR.

11 FB 20 Sonderrechnung Stadtentwässerung

11.1 Vorbemerkungen

Der optimierte Regiebetrieb Stadtentwässerung (im Folgenden: Sonderrechnung) ist ein Sondervermögen der Stadt im Sinne des § 130 Abs. 1 Nr. 4 NKomVG, dessen Wirtschaftsführung nach § 139 Abs. 1 NKomVG selbstständig erfolgt und für den entsprechend der KomEinrVO eine Sonderrechnung nach den Bestimmungen über die Haushaltswirtschaft der Kommunen geführt wird.

Für die Sonderrechnung ist unter Beachtung der entsprechenden Vorschriften zur Rechnungslegung des NKomVG, der GemHKVO und der KomEinrVO ein Jahresabschluss aufzustellen, der gesonderter Teil des Jahresabschlusses der Stadt ist.

Gemäß § 155 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG bzw. § 4 Abs. 1 Nr. 1 RPO obliegt dem RPA die Prüfung des Jahresabschlusses der Sonderrechnung nach Maßgabe des § 156 Abs. 1 NKomVG.

Die Zentrale Vergabestelle der Stadt hat für das RPA die BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (im Folgenden: Abschlussprüfer) mit Datum vom 31. Juli 2014 mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2014 der Sonderrechnung beauftragt. Über das Ergebnis der Prüfung hat der Abschlussprüfer mit Datum vom 29. Mai 2015 einen Bericht vorgelegt.

Gegenstand der Prüfung des Abschlussprüfers waren die Buchführung und der aus Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Bilanz und Anhang bestehende Jahresabschluss 2014 der Sonderrechnung, einschließlich der Bestandteile, die dem Anhang beizufügen sind. Die Prüfung erfolgte unter Beachtung der entsprechenden gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsgemäßer Durchführung von Abschlussprüfungen. Die Prüfung hat sich darauf erstreckt, ob die GoB und die entsprechenden gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung beachtet worden sind.

Ausgangspunkt der Prüfung war der Jahresabschluss der Sonderrechnung des vorhergehenden Haushaltsjahres.

Besondere Prüfungsschwerpunkte waren im Berichtsjahr folgende Prüffelder:

- Prozess der Jahresabschlusserstellung
- Prüfung des Sachvermögens
- Forderungen/Erträge aus der Beseitigung von Schmutz- und Niederschlagswasser
- Verbindlichkeiten/Aufwendungen aus dem Kanalnetznutzungsvertrag mit dem Abwasserverband Braunschweig sowie dem Abwasserentsorgungsvertrag mit der Stadtentwässerung Braunschweig GmbH
- Prüfung der Vorjahrsangaben

Die Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen umfassten substanzielle analytische Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungen und erfolgten auf Basis des sog. risikoorientierten Prüfungsansatzes.

11 FB 20 Sonderrechnung Stadtentwässerung

Erbetene Aufklärungen und Nachweise wurden vollständig erbracht. Die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses der Sonderrechnung wurde durch den Ersten Stadtrat mit Unterschrift vom 26. Mai 2015 festgestellt.

Die komprimierte Darstellung der Bilanz und die Bilanz wurden durch den Fachbereichsleiter des FB 20 am 26. Mai 2015 unterschrieben. Der Jahresabschluss wurde dem RPA am 8. Juli 2015 vorgelegt.

11.2 Feststellungen und Erläuterungen

11.2.1 Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses

Der Rat der Stadt hat am 24. März 2015 den Jahresabschluss 2013 der Sonderrechnung mit dem Jahresabschluss 2013 der Stadt beschlossen und dem OBM Entlastung erteilt.

Der Abschlussprüfer führt aus, dass die Buchführung den gesetzlichen Vorschriften einschließlich den GoB entspricht.

Die Jahresabschlussrechnungen wurden nach den entsprechenden Vorschriften der KomEinrVO i. V. m. § 128 Abs. 1 bis 3 NKomVG aufgestellt und ordnungsgemäß aus den Büchern der Sonderrechnung entwickelt.

Der Anhang enthält die erforderlichen Erläuterungen der Bilanz und der Ergebnisrechnung sowie die nach § 55 GemHKVO vorgeschriebenen Angaben.

Der Rechenschaftsbericht entspricht den gesetzlichen Vorschriften und steht mit dem Jahresabschluss im Einklang und vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sonderrechnung. Die nach § 57 Abs. 2 GemHKVO zu erwartenden möglichen finanzwirtschaftlichen Risiken für die Aufgabenerfüllung der Sonderrechnung von besonderer Bedeutung sind vollständig und zutreffend dargestellt.

11.2.2 Bilanz

Die Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Immaterielles Vermögen

Das sonstige immaterielle Vermögen umfasst insbesondere Leitungsrechte. Die Bewertung des immateriellen Vermögens erfolgt zu fortgeführten Anschaffungswerten.

11 FB 20 Sonderrechnung Stadtentwässerung

Sachvermögen

Das Sachvermögen setzt sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	%
Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an bebauten Grundstücken	371	382	-11	-3,0
Infrastrukturvermögen	214.987	224.392	-9.405	-4,2
Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	3	4	-1	-13,7
Betriebs- und Geschäftsausstattung	6	6	0	5,2
Anlagen im Bau	1	0	1	>100
Summe	215.368	224.784	-9.416	-4,2

Das Infrastrukturvermögen i. H. v. 214.987 TEUR (Vorjahr: 224.392 TEUR) umfasst im Wesentlichen Entwässerungs-und Abwasserbeseitigungsanlagen (213.834 TEUR, Vorjahr: 223.249 TEUR) und Straßen, Wege, Plätze (28 TEUR, Vorjahr: 31 TEUR).

Im Haushaltsjahr 2014 waren Korrekturen am Wiederbeschaffungswert des Kanalnetzes insbesondere aufgrund von Ausbuchungen, Nacherfassungen und nachträglichen Baujahresänderungen erforderlich. Dieses führte zu einer Restbuchwertminderung i. H. v. 3.297 TEUR (Vorjahr: 3.791 TEUR [nachträgliche Korrektur der Eröffnungsbilanz gemäß § 61 GemHKVO]).

Die Bewertung der Zugänge angeschaffter oder hergestellter Anlagegüter erfolgt entsprechend der Rechtsnormen des NKomVG, der GemHKVO und der KomEinrVO auf Basis von Anschaffungs- und Herstellungswerten. Die nach § 178 Abs. 3 NKomVG verbindlich vorgeschriebene Abschreibungstabelle mit den Abschreibungssätzen in der Kommunalverwaltung für Niedersachsen (Anlage 19 des RdErl. vom 4. Dezember 2006, Nds. MBl. Nr. 2/2007 S. 42 f.) wird für die Abschreibungen zugrunde gelegt.

Finanzvermögen

Das Finanzvermögen setzt sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	%
Öffentlich-rechtliche Forderungen	3.654	3.354	300	8,9
Privatrechtliche Forderungen	254	141	113	79,6
Sonstige Vermögensgegenstände	1.829	956	873	91,4
Summe	5.737	4.451	1.286	28,9

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind grundsätzlich mit ihrem Nominalwert bewertet worden. Einzel- und Pauschalwertberichtigungen wurden von den entsprechenden Forderungen abgezogen, sodass in der Bilanz nur der Nettowert dargestellt wird.

Bei den öffentlich-rechtlichen Forderungen wurden Einzelwertberichtigungen i. H. v. 62 TEUR (Vorjahr: 56 TEUR) und Pauschalwertberichtigungen i. H. v. 39 TEUR (Vorjahr: 35 TEUR) vorgenommen.

11 FB 20 Sonderrechnung Stadtentwässerung

Liquide Mittel

Die liquiden Mittel der Sonderrechnung betragen 30.852 TEUR (Vorjahr: 30.780 TEUR). Der Bestand der liquiden Mittel auf den Finanzmittelkonten stimmt mit dem ausgewiesenen Bestand der liquiden Mittel in der Finanzrechnung überein.

Aktive Rechnungsabgrenzung

Der Posten der Aktiven Rechnungsabgrenzung i. H. v. 4.204 TEUR (Vorjahr: 4.404 TEUR) berücksichtigt Ausgaben, die vor dem 31. Dezember 2014 geleistet wurden, aber Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. Bei der Sonderrechnung betrifft dies die Beamtenbesoldung für Januar 2015 i. H. v. 4. TEUR (Vorjahr: 4 TEUR), die bereits im Dezember 2014 ausgezahlt wurde.

Darüber hinaus wurde der aktiven Rechnungsabgrenzung in 2006 ein Betrag i. H. v. 6,0 Mio. EUR zugeführt, den der Abwasserverband Braunschweig im Rahmen des Kanalnutzungsvertrages für die Tilgung von Krediten oder die Finanzierung von Investitionen erhalten hat. Dieser Betrag aus dem Jahr 2006 reduziert periodisch Beitragszahlungen der Sonderrechnung für die Dauer der Laufzeit des Kanalnetz-Nutzungsvertrages bis zum 31. Dezember 2035 und beträgt zum 31. Dezember 2014 4,2 Mio. EUR (Vorjahr: 4,4 Mio. EUR).

Nettoposition

Die Nettoposition setzt sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderungen	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Reinvermögen	57.096	60.393	-3.297	-5,5
Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	3.666	6.150	-2.484	-40,4
Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	0	0	0	0
Sonstige Rücklagen	5.447	5.745	-298	-5,2
Jahresergebnis	2.032	-207	2.239	>100
Sonderposten	22.408	18.653	3.755	20,1
Summe	90.649	90.734	-85	-0,1

Das Reinvermögen - nach den ab dem 1. Januar 2011 angewandten Rechtsnormen des NKomVG, der GemHKVO und der KomEinrVO - ist aus dem Stammkapital (256 TEUR; Vorjahr: 256 TEUR) und dem nicht verzinslichen Eigenkapital hervorgegangen. Das nicht verzinsliche Eigenkapital i. H. v. 56.840 TEUR (Vorjahr: 60.137 TEUR), das als Anpassungspotential für Buchwertänderungen beim Kanalvermögen dient, verminderte sich im Berichtsjahr aufgrund von Restbuchwertkorrekturen beim Kanalvermögen um 3.297 TEUR (Vorjahr: 3.791 TEUR; vgl. hierzu Ausführungen unter Sachvermögen).

Die Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses i. H. v. 3.666 TEUR (Vorjahr: 6.150 TEUR) veränderten sich im Berichtsjahr auf Basis des Ratsbeschlusses vom 24. März 2015 zur Verwendung des Jahresergebnisses 2013 um 2.484 TEUR (Vorjahr: 157 TEUR). Die sonstigen Rücklagen,

11 FB 20 Sonderrechnung Stadtentwässerung

die vereinbarungsgemäß dem Ausgleich von nicht gebührenfähigen Bestandsveränderungen am Kanalnetz dienen und im Berichtsjahr in dieser Hinsicht um -298 TEUR (Vorjahr: -803 TEUR) angepasst wurden, betragen 5.447 TEUR (Vorjahr: 5.745 TEUR).

Die Bilanz weist betragsgleich mit der Ergebnisrechnung für 2014 ein Jahresergebnis i. H. v. 2.032 TEUR (Vorjahr: -207 TEUR) aus.

Die Sonderposten veränderten sich um 3.755 TEUR (Vorjahr: -252 TEUR) auf 22.408 TEUR (Vorjahr: 18.653 TEUR). Sie umfassen Sonderposten für Investitionszuweisungen und -zuschüsse (5.254 TEUR; Vorjahr: 5.381 TEUR), Sonderposten Gebührenausgleich (9.237 TEUR; Vorjahr: 5.349 TEUR) und sonstige Sonderposten (7.917 TEUR; Vorjahr: 7.923 TEUR).

Schulden

Die Schulden setzen sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	Veränderungen %
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.176	523	653	> 100,0
Sonstige Verbindlichkeiten	253	647	-394	-60,9
Summe	1.429	1170	259	22,1

Die Schulden der Sonderrechnung werden gemäß § 124 Abs. 4 NKomVG i. V. m. § 45 Abs. 8 GemHKVO zum Rückzahlungsbetrag ausgewiesen.

Rückstellungen

Die Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	Veränderungen %
Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen	17	20	-3	-15,8
Rückstellung für unterlassene Instandhaltung	0	39	-39	-100,0
Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängige Gerichtsverfahren	18	1.356	-1.338	-98,7
Andere Rückstellungen	675	387	288	74,6
Summe	710	1.802	-1.092	-60,6

Da die Stadt die rechtzeitige Bezahlung aller Beamten der Sonderrechnung sicherstellt und die Sonderrechnung sich abhängig von den jährlich gezahlten Beamtenbezügen an den Versorgungsbezügen beteiligt, sind durch die Sonderrechnung keine Pensionsrückstellungen im Haushaltsjahr gebildet worden.

Die Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährleistungen sowie für anhängige Gerichtsverfahren beinhalten insbesondere ungewisse Verbindlichkeiten aus potentiellen Inanspruchnahmen aus

11 FB 20 Sonderrechnung Stadtentwässerung

Klagen gegen Abwassergebühren, die noch nicht abgerechnet wurden. Darüber hinaus wurden im Vorjahr unter diesem Posten Rückstellungen für die aufgrund der Neuberechnung der Abwassergebühren 2005 bis 2009 notwendige Erhöhung des Sonderpostens Gebührenausgleich ausgewiesen (1,32 Mio. EUR).

Die anderen Rückstellungen i. H. v. 675 TEUR (Vorjahr: 387 TEUR) berücksichtigen insbesondere die Erstattungen von Schmutzwassergebühren, die erst im Folgejahr abgerechnet werden. Außerdem werden hier auch Rückstellungen für die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen, für ausstehende Rechnungen, für die Prüfung des Jahresabschlusses sowie für Dienstjubiläen und die leistungsorientierte Bezahlung ausgewiesen.

Passive Rechnungsabgrenzung

Der Posten der Passiven Rechnungsabgrenzung i. H. v. 163.805 TEUR (Vorjahr: 171.133 TEUR) berücksichtigt Einnahmen, die vor dem 31. Dezember 2014 eingegangen sind, aber Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. Bei der Sonderrechnung betrifft dies das Kanalnutzungsrecht. Der Kaufpreis für das Kanalnutzungsrecht i. H. v. rd. 228,3 Mio. EUR wurde zum Jahresabschluss 2005 der passiven Rechnungsabgrenzung zugeführt und wird über die Laufzeit des Kanalnutzungsvertrages (30 Jahre) aufgelöst.

Der jährliche Auflösungsbetrag entspricht den dem Kanalnutzungsvertrag zugrunde liegenden Abschreibungen i. H. v. 7.316 TEUR (Vorjahr: 7.259 TEUR), sodass sich die Bilanzposition auf einen Betrag i. H. v. 163.560 TEUR (Vorjahr: 170.876 TEUR) verringert.

11.2.3 Ergebnisrechnung

Der Haushalt soll gemäß § 110 Abs. 4 Satz 1 NKomVG in jedem Haushaltsjahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Er ist gemäß § 110 Abs. 4 Satz 2 NKomVG ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge dem Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen und der Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge dem Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen entspricht.

Die Ergebnisrechnung weist für das Haushaltsjahr 2014 ein Jahresergebnis i. H. v. 2.032 TEUR (Vorjahr: -207 TEUR) aus.

Das ordentliche Ergebnis beträgt 2.258 TEUR (ordentliche Erträge i. H. v. 60.854 TEUR abzgl. ordentliche Aufwendungen i. H. v. 58.596 TEUR).

Das außerordentliche Ergebnis beträgt -225 TEUR (außerordentliche Erträge i. H. v. 90 TEUR abzgl. außerordentliche Aufwendungen i. H. v. 315 TEUR). Der Fehlbetrag kann nicht durch Rücklagen aus dem außerordentlichen Ergebnis ausgeglichen werden. Er ist jedoch unter Beachtung von § 24 Abs. 3 Satz 1 GemHKVO durch die Rücklage aus dem ordentlichen Ergebnis gedeckt.

11 FB 20 Sonderrechnung Stadtentwässerung

11.2.4 Finanzrechnung

In der Finanzrechnung werden gemäß § 51 GemHKVO die im Haushaltsjahr eingegangenen Einzahlungen und die geleisteten Auszahlungen ausgewiesen.

Die Finanzrechnung weist für das Haushaltsjahr einen Zahlungsmittelbestand i. H. v. 30.852 TEUR (Vorjahr: 30.780 TEUR) aus. Dieser stimmt mit den in der Bilanz ausgewiesenen liquiden Mitteln überein.

Die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes resultiert ausweislich aus dem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit i. H. v. 93 TEUR (Vorjahr: 137 TEUR), dem Saldo aus der Investitionstätigkeit i. H. v. -21 TEUR (Vorjahr: -94 TEUR), dem Saldo aus der Finanzierungstätigkeit i. H. v. 0 TEUR (Vorjahr: 0 TEUR) und haushaltsunwirksamen Vorgängen i. H. v. 0 TEUR (Vorjahr: 3 TEUR).

Die Liquidität der Sonderrechnung sowie die Finanzierung der Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen waren im Berichtsjahr sichergestellt (§ 110 Abs. 4 Satz 3 NKomVG).

11.2.5 Anhang

Der Anhang enthält die erforderlichen Erläuterungen der Bilanz und der Ergebnisrechnung sowie die sonstigen in § 55 GemHKVO genannten Pflichtangaben. Die von der Sonderrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sind erläutert.

11.2.6 Dem Anhang beizufügende Bestandteile

Dem Anhang sind die in § 128 Abs. 3 NKomVG genannten Bestandteile (Rechenschaftsbericht, Anlagenübersicht, Forderungsübersicht, Schuldenübersicht, Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen) sowie ergänzend eine Rückstellungsübersicht beigefügt.

Der Rechenschaftsbericht steht mit dem Jahresabschluss im Einklang und vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sonderrechnung. Er enthält die nach § 57 GemHKVO erforderlichen Angaben und Erläuterungen. Es sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, bekannt geworden.

11.3 Prüfungsergebnis

Der Abschlussprüfer hat den Jahresabschluss der Sonderrechnung zum 31. Dezember 2014 geprüft und mit Datum vom 29. Mai 2015 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk gemäß § 322 HGB erteilt.

Die ergänzende Durchsicht wesentlicher Positionen der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung sowie der Aussagen im Anhang und im Rechenschaftsbericht hat seitens des RPA keinen Anlass für Einwendungen ergeben. Ergänzende Feststellungen hält das RPA nicht für erforderlich.

11 FB 20 Sonderrechnung Stadtentwässerung

11.4 Rechenwerke des Jahresabschlusses

11.4.1 Anlage1 Bilanz

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Sonderrechnung Stadtentwässerung - Bilanz zum 31. Dezember 2014

Aktiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -
1. Immaterielles Vermögen	419.768,11	432.849,82	1. Nettoposition		
			1.1 Basis-Reinvermögen	60.393.430,57	57.096.281,26
2. Sachvermögen	224.784.487,80	215.368.206,71	1.2 Rücklagen	11.895.540,66	9.112.244,46
			1.3 Jahresergebnis mit der Angabe des Betrages der Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen *)	-207.477,47	2.032.473,53
3. Finanzvermögen	4.451.272,35	5.736.890,12			
			1.4 Sonderposten	18.652.831,62	22.407.718,41
4. Liquide Mittel	30.780.183,02	30.851.557,92		90.734.325,38	90.648.717,66
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	4.404.038,25	4.204.138,42	2. Schulden		
			2.1 Geldschulden		
			2.1.1 Liquiditätskredite	0,00	0,00
			2.1.2 Geldschulden (ohne Liquiditätskredite)	0,00	0,00
				0,00	0,00
			2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00
			2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	523.479,34	1.176.179,52
			2.4 Transferverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.5 Sonstige Verbindlichkeiten	646.992,85	253.224,12
				1.170.472,19	1.429.403,64
			3. Rückstellungen	1.801.819,62	710.076,35
			4. Passive Rechnungsabgrenzung	171.133.132,34	163.805.445,34
Bilanzsumme	264.839.749,53	256.593.642,99		264.839.749,53	256.593.642,99

*) davon Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen 2013 = 50.000,00 €; 2014 = 50.000,00 €

Braunschweig, den 26.5.2015

gez.
Schlimme (Fachbereichsleiter Finanzen)

11 FB 20 Sonderrechnung Stadtentwässerung

11.4.2 Anlage 2 Ergebnisrechnung

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Gesamt - Ergebnisrechung Sonderrechnung Stadtentwässerung

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansatz 2014	mehr (+) weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
	1	2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	127.194,01	126.964,59	127.000,00	-35,41	
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	46.554.479,98	46.936.693,71	47.678.000,00	-741.306,29	
6	Privatrechtliche Entgelte	7.365.821,49	7.426.357,38	7.414.700,00	11.657,38	
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	5.959.723,44	6.091.331,63	5.964.700,00	126.631,63	
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	134.428,67	139.173,02	60.200,00	78.973,02	
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
11	Sonstige ordentliche Erträge	159.096,37	133.492,23	127.800,00	5.692,23	
12	**Summe ordentliche Erträge**	60.300.743,96	60.854.012,56	61.372.400,00	-518.387,44	
Ordentliche Aufwendungen						
13	Aufwendungen für aktives Personal	378.230,71	378.711,72	360.200,00	18.511,72	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	154.706,05	216.612,64	226.500,00	-9.887,36	0,00
16	Abschreibungen	6.111.964,73	5.967.645,83	6.148.100,00	-180.454,17	0,00
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	52.256.856,75	52.033.185,66	55.173.600,00	-3.140.414,34	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	58.901.758,24	58.596.155,85	61.908.400,00	-3.312.244,15	0,00
21	**Ordentliches Ergebnis (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)**	1.398.985,72	2.257.856,71	-536.000,00	2.793.856,71	0,00
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	67.104,79	89.546,08	0,00	89.546,08	
23	Außerordentliche Aufwendungen	1.673.567,98	314.929,26	700.000,00	-385.070,74	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis (Zeilen 23 - 24)**	-1.606.463,19	-225.383,18	-700.000,00	474.616,82	0,00
25	**Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) Fehlbetrag (-)**	-207.477,47	2.032.473,53	-1.236.000,00	3.268.473,53	0,00

11 FB 20 Sonderrechnung Stadtentwässerung

11.4.3 Anlage 3 Finanzrechnung

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Gesamt - Finanzrechnung Sonderrechnung Stadtentwässerung

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansatz 2014	mehr (+) weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
	1	2	3	4	5	6
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0	0,00	
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0	0,00	
3	Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0	0,00	
4	Öffentlich-rechtliche Entgelte	47.082.679,73	46.627.940,33	46.595.700	32.240,33	
5	Privatrechtliche Entgelte	95.711,82	84.512,92	87.100	-2.587,08	
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	5.004.757,34	5.977.002,30	5.964.700	12.302,30	
7	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	133.726,45	132.761,07	60.200	72.561,07	
8	Einzahlungen aus der Veräußerung geringwertiger Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0	0,00	
9	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	5.649,15	6.322,80	3.100	3.222,80	
10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	52.322.524,49	52.828.539,42	52.710.800	117.739,42	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
11	Auszahlungen für aktives Personal	351.339,25	378.784,65	360.200	18.584,65	0
12	Auszahlungen für Versorgung	0,00	0,00	0	0,00	0
13	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	168.678,47	250.642,58	226.500	24.142,58	0
14	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0	0,00	0
15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0	0,00	0
16	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	51.665.668,61	52.107.336,23	54.973.600	-2.866.263,77	0
17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	52.185.686,33	52.736.763,46	55.560.300	-2.823.536,54	0
18	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeilen 10 - 17)**	136.838,16	91.775,96	-2.849.500	2.941.275,96	0
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0	0,00	
20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0	0,00	
21	Veräußerung von Sachvermögen	1.500,00	2.531,50	0	2.531,50	
22	Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0	0,00	
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0	0,00	
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	1.500,00	2.531,50	0	2.531,50	0
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	303,34	14.506,98	0	14.506,98	0
26	Baumaßnahmen	64.220,49	0,00	70.000	-70.000,00	0
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	30.768,79	8.764,01	222.500	-213.735,99	0
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0	0,00	0
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0	0,00	0
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0	0,00	0
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	95.292,62	23.270,99	292.500	-269.229,01	0
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 24 - 31)**	-93.792,62	-20.739,49	-292.500	271.760,51	0
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeilen 18 + 32)**	43.045,54	71.036,47	-3.142.000	3.213.036,47	0
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0	0,00	0
35	Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0	0,00	0
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 34 - 35)**	0,00	0,00	0	0,00	0
37	**Finanzmittelbestand (Zeilen 33 und 36)**	43.045,54	71.036,47	-3.142.000	3.213.036,47	0
Haushaltsunwirksame Ein- und Auszahlungen (u.a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)						
38	Haushaltsunwirksame Einzahlungen	3.066,08	338,43	0	338,43	0
39	Haushaltsunwirksame Auszahlungen				0,00	0
40	**Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen** (Zeilen 38 und 39)	3.066,08	338,43	0	338,43	0
Finanzmittelbestand (Liquide Mittel)						
41	**Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Jahres**	30.734.071,40	30.780.183,02	30.780.183		
42	**Zahlungsmittelbestand am Ende des Jahres** (Summe Zeilen 37, 40 und 41)	30.780.183,02	30.851.557,92	27.638.183	3.213.374,90	0

12 FB 20 Sonderrechnung Abfallwirtschaft

12.1 Vorbemerkungen

Der optimierte Regiebetrieb Abfallwirtschaft (im Folgenden: Sonderrechnung) ist ein Sondervermögen der Stadt im Sinne des § 130 Abs. 1 Nr. 4 NKomVG, dessen Wirtschaftsführung nach § 139 Abs. 1 NKomVG selbstständig erfolgt und für den entsprechend der KomEinrVO eine Sonderrechnung nach den Bestimmungen über die Haushaltswirtschaft der Kommunen geführt wird.

Für die Sonderrechnung ist unter Beachtung der entsprechenden Vorschriften zur Rechnungslegung des NKomVG, der GemHKVO und der KomEinrVO ein Jahresabschluss aufzustellen, der gesonderter Teil des Jahresabschlusses der Stadt ist.

Gemäß § 155 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG bzw. § 4 Abs. 1 Nr. 1 RPO obliegt dem RPA die Prüfung des Jahresabschlusses der Sonderrechnung nach Maßgabe des § 156 Abs. 1 NKomVG.

Gegenstand der Prüfung des RPA waren die Buchführung und der aus Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Bilanz und Anhang bestehende Jahresabschluss 2014 der Sonderrechnung, einschließlich der Bestandteile, die dem Anhang beizufügen sind. Die Prüfung erfolgte unter Beachtung der entsprechenden gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsgemäßer Durchführung von Abschlussprüfungen. Die Prüfung hat sich darauf erstreckt, ob die GoB und die entsprechenden gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung beachtet worden sind.

Ausgangspunkt der Prüfung war der Jahresabschluss der Sonderrechnung des vorhergehenden Haushaltsjahres.

Das RPA hat die Prüfung gemäß §§ 155 Abs. 1 Nr. 1 und 156 Abs. 1 NKomVG stichprobenhaft postenbezogen in der Weise vorgenommen, dass ein Urteil darüber abgegeben werden kann, ob die Buchführung und der Jahresabschluss grundsätzlich frei von wesentlichen Fehlaussagen ist. Das RPA ist der Auffassung, dass der beschriebene Prüfungsumfang eine geeignete Grundlage für das Prüfungsurteil bildet.

Das RPA hat sich davon überzeugt, dass die Bewertungsvorschriften für die im Haushaltsjahr angeschafften oder hergestellten Vermögensgegenstände beachtet worden sind und ob die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sowie die Schulden und Rückstellungen zutreffend bilanziert wurden.

Erbetene Aufklärungen und Nachweise wurden vollständig erbracht. Eine rechtsverbindlich unterzeichnete Vollständigkeitserklärung wurde zu den Akten genommen.

Die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses der Sonderrechnung wurde durch den Ersten Stadtrat mit Unterschrift vom 26. Mai 2015 festgestellt.

Die komprimierte Darstellung der Bilanz und die Bilanz wurden vom Fachbereichsleiter des FB 20 am 26. Mai 2015 unterschrieben. Der Jahresabschluss wurde dem RPA am 8. Juli 2015 vorgelegt.

12 FB 20 Sonderrechnung Abfallwirtschaft

12.2 Feststellungen und Erläuterungen

12.2.1 Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses

Der Rat der Stadt hat am 24. März 2015 den Jahresabschluss 2013 der Sonderrechnung mit dem Jahresabschluss 2013 der Stadt beschlossen und dem OBM Entlastung erteilt.

Die Buchführung entspricht nach Auffassung des RPA im Wesentlichen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich den GoB.

Die Jahresabschlussrechnungen wurden nach den entsprechenden Vorschriften der KomEinrVO i. V. m. § 128 Abs. 1 bis 3 NKomVG aufgestellt und ordnungsgemäß aus den Büchern der Sonderrechnung entwickelt.

Der Anhang enthält die erforderlichen Erläuterungen der Bilanz und der Ergebnisrechnung sowie die sonstigen nach § 55 GemHKVO vorgeschriebenen Pflichtangaben. Die von der Sonderrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sind erläutert.

Der Rechenschaftsbericht entspricht den gesetzlichen Vorschriften und steht mit dem Jahresabschluss im Einklang und stellt die finanzwirtschaftliche Lage der Sonderrechnung dar. Die nach § 57 Abs. 2 GemHKVO zu erwartenden möglichen finanzwirtschaftlichen Risiken für die Aufgabenerfüllung der Sonderrechnung von besonderer Bedeutung sind vollständig und zutreffend dargestellt.

12.2.2 Bilanz

Die Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Immaterielles Vermögen

Das sonstige immaterielle Vermögen beinhaltet ein Nutzungsrecht für ein mobiles Feuerlöschsystem. Die Bewertung des immateriellen Vermögens erfolgt zu fortgeführten Anschaffungswerten.

Sachvermögen

Das Sachvermögen setzt sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	Veränderungen %
Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an bebauten Grundstücken	83	94	-11	-11,7
Infrastrukturvermögen	16.292	17.019	-727	-4,3
Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	10	14	-4	-28,6
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2	1	1	100,0
Summe	16.387	17.128	-741	-4,3

12 FB 20 Sonderrechnung Abfallwirtschaft

Das Infrastrukturvermögen i. H. v. 16.292 TEUR (Vorjahr: 17.019 TEUR) umfasst die Anlagegüter der Deponie in Watenbüttel (13.094 TEUR, Vorjahr: 13.756 TEUR), den Grund und Boden des Infrastrukturvermögens (2.513 TEUR, Vorjahr: 2.513 TEUR) sowie Straßen, Wege, Plätze (685 TEUR, Vorjahr: 750 TEUR).

Die Bewertung der Zugänge angeschaffter oder hergestellter Anlagegüter erfolgt entsprechend der Rechtsnormen des NKomVG, der GemHKVO und der KomEinrVO auf Basis von Anschaffungs- und Herstellungswerten. Die nach § 178 Abs. 3 NKomVG verbindlich vorgeschriebene Abschreibungstabelle mit den Abschreibungssätzen in der Kommunalverwaltung für Niedersachsen (Anlage 19 des RdErl. vom 4. Dezember 2006, Nds. MBl. Nr. 2/2007 S. 42 f.) wird für die Abschreibungen zugrunde gelegt.

Finanzvermögen

Das Finanzvermögen setzt sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderungen	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Öffentlich-rechtliche Forderungen	477	352	125	35,5
Privatrechtliche Forderungen	43	41	2	4,9
Sonstige Vermögensgegenstände	475	493	-18	-3,7
Summe	995	886	109	12,3

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind grundsätzlich mit ihrem Nominalwert bewertet worden. Einzel- und Pauschalwertberichtigungen wurden von den entsprechenden Forderungen abgezogen, sodass in der Bilanz nur der Nettowert dargestellt wird.

Bei den öffentlich-rechtlichen Forderungen wurden Einzelwertberichtigungen i. H. v. 1 TEUR (Vorjahr: 9 TEUR) und Pauschalwertberichtigungen i. H. v. 19 TEUR (Vorjahr: 44 TEUR) vorgenommen.

Liquide Mittel

Die liquiden Mittel der Sonderrechnung betragen 25.400 TEUR (Vorjahr: 27.068 TEUR). Der Bestand der liquiden Mittel auf den Finanzmittelkonten stimmt mit dem ausgewiesenen Bestand der liquiden Mittel in der Finanzrechnung überein.

Aktive Rechnungsabgrenzung

Der Posten der Aktiven Rechnungsabgrenzung i. H. v. 13 TEUR (Vorjahr: 13 TEUR) berücksichtigt Ausgaben, die vor dem 31. Dezember 2014 geleistet wurden, aber Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. Bei der Sonderrechnung betrifft dies die Beamtenbesoldung für Januar 2015, die bereits im Dezember 2014 ausgezahlt wurde.

12 FB 20 Sonderrechnung Abfallwirtschaft

Nettoposition

Die Nettoposition setzt sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	%
Reinvermögen	2.984	2.984	0	0,0
Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	1.616	2.115	-499	-23,6
Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	55	89	-34	-38,2
Sonstige Rücklagen	8.477	8.477	0	0,0
Jahresergebnis	505	-641	1.146	>100,0
Sonderposten	3.598	3.706	-108	-2,9
Summe	17.235	16.730	505	3,0

Das aufgrund der ab dem 1. Januar 2011 angewandten Rechtsnormen des NKomVG, der GemHKVO und der KomEinrVO aus dem Stammkapital und dem nicht verzinslichen Eigenkapital hervorgegangene und fortgeführte Basis-Reinvermögen i. H. v. 2.984 TEUR hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht verändert.

Die Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses i. H. v. 1.616 TEUR (Vorjahr: 2.115 TEUR) veränderten sich im Berichtsjahr auf Basis des Ratsbeschlusses vom 24. März 2015 zur Verwendung des Jahresergebnisses 2013 um 499 TEUR (Vorjahr: 471 TEUR).

Die Bilanz weist betragsgleich mit der Ergebnisrechnung für 2014 ein Jahresergebnis i. H. v. 505 TEUR (Vorjahr: -641 TEUR) aus.

Der Sonderposten umfasst Vorträge für den Gebührenausgleich aus Kostenüberdeckungen i. H. v. 3.598 TEUR (Vorjahr: 3.706 TEUR), die gemäß § 5 Abs. 2 Satz 3 NKAG (periodenbezogen) innerhalb der nächsten drei Jahre auszugleichen sind und veränderte sich im Berichtsjahr auf Basis des Ratsbeschlusses vom 24. März 2015 zur Verwendung des Jahresergebnisses 2013 um 108 TEUR (Vorjahr: 0 TEUR).

Schulden

Die Schulden setzen sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	%
Verbindlichkeiten aus Krediten und Investitionen	881	932	-51	-5,5
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	303	178	125	70.2
Durchlaufende Posten	4	4	0	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	13	14	-1	-7,1
Summe	1.201	1.128	73	6,5

Die Schulden der Sonderrechnung werden gemäß § 124 Abs. 4 NKomVG i. V. m. § 45 Abs. 8 GemHKVO zum Rückzahlungsbetrag ausgewiesen.

12 FB 20 Sonderrechnung Abfallwirtschaft

Rückstellungen

Die Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	Veränderungen %
Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen	28	24	4	16,7
Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien	23.926	26.796	-2.870	-10,7
Andere Rückstellungen	464	477	-13	-2,7
Summe	24.418	27.297	-2.879	-10,5

Da die Stadt die rechtzeitige Bezahlung aller Beamten der Sonderrechnung sicherstellt und die Sonderrechnung sich abhängig von den jährlich gezahlten Beamtenbezügen an den Versorgungsbezügen beteiligt, sind durch die Sonderrechnung keine Pensionsrückstellungen im Haushaltsjahr gebildet worden.

Die Rückstellung für Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien i. H. v. 23.926 TEUR (Vorjahr: 26.796 TEUR) wurde im Haushaltsjahr fortgeschrieben. Aufgrund der im Jahr 2014 erfolgten Inanspruchnahme für den ersten Bauabschnitt der Rekultivierung der Schüttfelder I, II und II a (rd. 4.700 TEUR) sowie der im Jahr 2014 erfolgten Zuführungen (rd. 1.800 TEUR) ergibt sich zum 31. Dezember 2014 ein Bestand der Rückstellung i. H. v. 23.926 TEUR. Die notwendige Höhe dieser Rückstellungen ergibt sich aus der aktuellen Kosten- und Maßnahmenplanung. Zugeführt wurden rd. 1.500 TEUR aus den Abfallgebühren, rd. 130 TEUR aus den erwirtschafteten Zinseinnahmen und rd. 169 TEUR aus den Gebühreneinnahmen für die Einlagerung auf dem Schüttfeld III.

Die anderen Rückstellungen i. H. v. 464 TEUR (Vorjahr: 477 TEUR) berücksichtigen insbesondere die Rückstellungen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, die im Berichtsjahr 2014 bereits anteilig verbraucht wurden. Der Abschluss dieser Maßnahmen ist für das Jahr 2015 geplant. Die Notwendigkeit der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ergibt sich aus dem Planfeststellungsbeschluss zum Schüttfeld III der Deponie.

12.2.3 Ergebnisrechnung

Der Haushalt soll gemäß § 110 Abs. 4 Satz 1 NKomVG in jedem Haushaltsjahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Er ist gemäß § 110 Abs. 4 Satz 2 NKomVG ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge dem Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen und der Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge dem Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen entspricht.

Die Ergebnisrechnung weist für das Haushaltsjahr 2014 ein Jahresergebnis i. H. v. 505 TEUR (Vorjahr: -641 TEUR) aus.

Das ordentliche Ergebnis beträgt 484 TEUR (ordentliche Erträge i. H. v. 41.785 TEUR abzgl. ordentliche Aufwendungen i. H. v. 41.301 TEUR).

Das außerordentliche Ergebnis beträgt 21 TEUR (außerordentliche Erträge i. H. v. 26 TEUR abzgl. außerordentliche Aufwendungen i. H. v. 5 TEUR).

12 FB 20 Sonderrechnung Abfallwirtschaft

12.2.4 Finanzrechnung

In der Finanzrechnung werden gemäß § 51 GemHKVO die im Haushaltsjahr eingegangenen Einzahlungen und die geleisteten Auszahlungen ausgewiesen.

Die Finanzrechnung weist für das Haushaltsjahr einen Zahlungsmittelbestand i. H. v. 25.400 TEUR (Vorjahr: 27.068 TEUR) aus. Dieser stimmt mit den in der Bilanz ausgewiesenen liquiden Mitteln überein.

Die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes resultiert ausweislich aus dem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit i. H. v. -1.615 TEUR (Vorjahr: 1.610 TEUR), dem Saldo aus der Investitionstätigkeit i. H. v. -2 TEUR (Vorjahr: -9 TEUR) und dem Saldo aus der Finanzierungstätigkeit i. H. v. 51 TEUR (Vorjahr: 51 TEUR).

Die Liquidität der Sonderrechnung sowie die Finanzierung der Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen waren im Berichtsjahr sichergestellt (§ 110 Abs. 4 Satz 3 NKomVG).

12.2.5 Anhang

Der Anhang enthält die erforderlichen Erläuterungen der Bilanz und der Ergebnisrechnung sowie die sonstigen in § 55 GemHKVO genannten Pflichtangaben. Die von der Sonderrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sind erläutert.

12.2.6 Dem Anhang beizufügende Bestandteile

Dem Anhang sind die in § 128 Abs. 3 NKomVG genannten Bestandteile (Rechenschaftsbericht, Anlagenübersicht, Forderungsübersicht, Schuldenübersicht, Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen) sowie ergänzend eine Rückstellungsübersicht beigefügt.

Der Rechenschaftsbericht steht mit dem Jahresabschluss im Einklang und stellt die finanzwirtschaftliche Lage der Sonderrechnung dar. Er enthält die nach § 57 GemHKVO erforderlichen Angaben und Erläuterungen. Es sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, bekannt geworden.

12.3 Prüfungsergebnis

Die Prüfung wesentlicher Positionen der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung sowie der Aussagen im Anhang und im Rechenschaftsbericht haben keine wesentlichen Beanstandungen ergeben.

12 FB 20 Sonderrechnung Abfallwirtschaft

12.4 Rechenwerke des Jahresabschlusses

12.4.1 Anlage1 Bilanz

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Sonderrechnung Abfallwirtschaft - Bilanz zum 31. Dezember 2014

Aktiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -
1. Immaterielles Vermögen	60.900,00	58.100,00	1. Nettoposition		
			1.1 Basis-Reinvermögen	2.984.158,29	2.984.158,29
2. Sachvermögen	17.127.745,00	16.387.098,00	1.2 Rücklagen	10.681.491,87	10.147.969,35
			1.3 Jahresergebnis mit der Angabe des Betrages der Vorbelastung	-640.544,19	504.550,37
3. Finanzvermögen	886.429,96	995.374,35	aus Haushaltsresten für Aufwendungen *)		
			1.4 Sonderposten	3.705.525,86	3.598.504,19
4. Liquide Mittel	27.068.002,62	25.400.045,03		16.730.631,83	17.235.182,20
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	13.009,42	13.328,62	2. Schulden		
			2.1 Geldschulden		
			2.1.1 Liquiditätskredite	0,00	0,00
			2.1.2 Geldschulden (ohne Liquiditätskredite)	932.388,00	881.020,00
				932.388,00	881.020,00
			2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00
			2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	178.597,50	302.837,58
			2.4 Transferverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.5 Sonstige Verbindlichkeiten	17.563,33	17.230,07
				196.160,83	320.067,65
			3. Rückstellungen	27.296.906,34	24.417.676,15
			4. Passive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00
Bilanzsumme	45.156.087,00	42.853.946,00		45.156.087,00	42.853.946,00

*) davon Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen 2013 = 0,00 €; 2014 = 160.000,00 €

Braunschweig, den 26.5.2015 gez.
Schlimme (Fachbereichsleiter Finanzen)

12 FB 20 Sonderrechnung Abfallwirtschaft

12.4.2 Anlage 2 Ergebnisrechnung

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig

Gesamt - Ergebnisrechung Sonderrechnung Abfallwirtschaft

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansatz 2014	mehr (+) weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
	1	2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	40.334.793,30	41.540.340,30	42.426.200,00	-885.859,70	
6	Privatrechtliche Entgelte	15.338,76	15.338,76	15.300,00	38,76	
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	66.130,00	66.254,60	63.000,00	3.254,60	
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	145.248,10	129.796,82	42.500,00	87.296,82	
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
11	Sonstige ordentliche Erträge	7.630,00	33.394,44	0,00	33.394,44	
12	**Summe ordentliche Erträge**	40.569.140,16	41.785.124,92	42.547.000,00	-761.875,08	
Ordentliche Aufwendungen						
13	Aufwendungen für aktives Personal	403.394,43	424.873,52	456.900,00	-32.026,48	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.039.927,64	1.948.297,70	2.366.200,00	-417.902,30	0,00
16	Abschreibungen	944.377,51	747.291,94	791.500,00	-44.208,06	0,00
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	44.112,63	41.754,43	41.800,00	-45,57	0,00
18	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	37.743.205,47	38.139.475,69	39.283.700,00	-1.144.224,31	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	41.175.017,68	41.301.693,28	42.940.100,00	-1.638.406,72	0,00
21	**Ordentliches Ergebnis (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)**	-605.877,52	483.431,64	-393.100,00	876.531,64	0,00
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	61.163,18	25.645,73	0,00	25.645,73	
23	Außerordentliche Aufwendungen	95.829,85	4.527,00	0,00	4.527,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis (Zeilen 23 - 24)**	-34.666,67	21.118,73	0,00	21.118,73	0,00
25	**Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) Fehlbetrag (-)**	-640.544,19	504.550,37	-393.100,00	897.650,37	0,00

12 FB 20 Sonderrechnung Abfallwirtschaft

12.4.3 Anlage 3 Finanzrechnung

Jahresabschluss 2014
Stadt Braunschweig
Gesamt - Finanzrechnung Sonderrechnung Abfallwirtschaft

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansatz 2014	mehr (+) weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
	1	2	3	4	5	6
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0	0,00	
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0	0,00	
3	Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0	0,00	
4	Öffentlich-rechtliche Entgelte	40.669.241,63	41.442.200,29	41.104.700	337.500,29	
5	Privatrechtliche Entgelte	19.800,45	16.400,82	15.300	1.100,82	
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	66.130,00	66.254,60	63.000	3.254,60	
7	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	196.736,99	132.096,84	42.500	89.596,84	
8	Einzahlungen aus der Veräußerung geringwertiger Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0	0,00	
9	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	10,00	133,08	0	133,08	
10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	40.951.919,07	41.657.085,63	41.225.500	431.585,63	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
11	Auszahlungen für aktives Personal	428.279,82	422.209,18	456.900	-34.690,82	0
12	Auszahlungen für Versorgung	0,00	0,00	0	0,00	0
13	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.014.974,63	4.858.594,26	6.547.700	-1.689.105,74	0
14	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	44.820,38	42.460,88	41.800	660,88	0
15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0	0,00	0
16	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	37.853.653,76	37.948.123,82	39.283.700	-1.335.576,18	0
17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	39.341.728,59	43.271.388,14	46.330.100	-3.058.711,86	0
18	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeilen 10 - 17)**	1.610.190,48	-1.614.302,51	-5.104.600	3.490.297,49	0
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0	0,00	
20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0	0,00	
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0	0,00	
22	Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0	0,00	
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0	0,00	
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	0,00	0,00	0	0,00	0
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0	0,00	0
26	Baumaßnahmen	8.929,79	0,00	300.000	-300.000,00	0
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	2.287,08	31.000	-28.712,92	0
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0	0,00	0
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0	0,00	0
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0	0,00	0
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	8.929,79	2.287,08	331.000	-328.712,92	0
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 24 - 31)**	-8.929,79	-2.287,08	-331.000	328.712,92	0
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeilen 18 + 32)**	1.601.260,69	-1.616.589,59	-5.435.600	3.819.010	0
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0	0,00	0
35	Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	51.368,00	51.368,00	51.400	-32,00	0
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 34 - 35)**	-51.368,00	-51.368,00	-51.400	32,00	0
37	**Finanzmittelbestand (Zeilen 33 und 36)**	1.549.892,69	-1.667.957,59	-5.487.000	3.819.042,41	0
Haushaltsunwirksame Ein- und Auszahlungen (u.a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)						
38	Haushaltsunwirksame Einzahlungen	0,00	0,00		0,00	0
39	Haushaltsunwirksame Auszahlungen		0,00		0,00	0
40	**Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen** (Zeilen 38 und 39)	0,00	0,00	0	0,00	0
Finanzmittelbestand (Liquide Mittel)						
41	**Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Jahres**	25.518.109,93	27.068.002,62	27.068.003		
42	**Zahlungsmittelbestand am Ende des Jahres** (Summe Zeilen 37, 40 und 41)	27.068.002,62	25.400.045,03	21.581.003	3.819.042,41	0

13 FB 65 Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

13.1 Vorbemerkungen

Der optimierte Regiebetrieb Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement (im Folgenden: Sonderrechnung) ist ein Sondervermögen der Stadt im Sinne des § 130 Abs. 1 Nr. 4 NKomVG, dessen Wirtschaftsführung nach § 139 Abs. 1 NKomVG selbstständig erfolgt und für den entsprechend der KomEinrVO eine Sonderrechnung nach den Bestimmungen über die Haushaltswirtschaft der Kommunen geführt wird.

Für die Sonderrechnung ist unter Beachtung der entsprechenden Vorschriften zur Rechnungslegung des NKomVG, der GemHKVO und der KomEinrVO ein Jahresabschluss aufzustellen, der gesonderter Teil des Jahresabschlusses der Stadt ist.

Gemäß § 155 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG bzw. § 4 Abs. 1 Nr. 1 RPO obliegt dem RPA die Prüfung des Jahresabschlusses der Sonderrechnung nach Maßgabe des § 156 Abs. 1 NKomVG.

Die Zentrale Vergabestelle der Stadt hat für das RPA die Friedrichs & Partner Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (im Folgenden: Abschlussprüfer) mit Datum vom 24. Juni 2014 mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2014 der Sonderrechnung beauftragt. Über das Ergebnis der Prüfung hat der Abschlussprüfer mit Datum vom 10. November 2015 einen Bericht vorgelegt.

Gegenstand der Prüfung des Abschlussprüfers waren die Buchführung und der aus Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Bilanz und Anhang bestehende Jahresabschluss 2014 der Sonderrechnung, einschließlich der Bestandteile, die dem Anhang beizufügen sind. Die Prüfung erfolgte unter Beachtung der entsprechenden gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsgemäßer Durchführung von Abschlussprüfungen. Die Prüfung hat sich darauf erstreckt, ob die GoB und die entsprechenden gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung beachtet worden sind.

Ausgangspunkt der Prüfung war der Jahresabschluss der Sonderrechnung des vorhergehenden Haushaltsjahres.

Besondere Prüfungsschwerpunkte waren im Berichtsjahr folgende Prüffelder:

- Forderungen gegen die und Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt
- Rückstellungen
- Vorräte
- wesentliche Aufwandsposten der Ergebnisrechnung

Die Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen umfassten substanzielle analytische Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungen und erfolgten auf Basis des sog. risikoorientierten Prüfungsansatzes.

Erbetene Aufklärungen und Nachweise wurden vollständig erbracht. Eine rechtsverbindlich unterzeichnete Vollständigkeitserklärung wurde vom Abschlussprüfer zu den Akten genommen.

13 FB 65 Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

Die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses der Sonderrechnung wurde durch den Stadtbaurat mit Unterschrift vom 10. November 2015 festgestellt.

Die komprimierte Darstellung der Bilanz und die Bilanz wurden durch die Fachbereichsleiterin des FB 65 am 10. November 2015 unterschrieben. Der Prüfbericht wurde dem RPA am 15. Dezember 2015 vorgelegt.

13.2 Feststellungen und Erläuterungen

13.2.1 Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses

Der Rat der Stadt hat am 24. März 2015 den Jahresabschluss 2013 der Sonderrechnung mit dem Jahresabschluss 2013 der Stadt beschlossen und dem OBM Entlastung erteilt.

Der Abschlussprüfer führt aus, dass die Buchführung den gesetzlichen Vorschriften einschließlich den GoB entspricht.

Die Jahresabschlussrechnungen wurden nach den entsprechenden Vorschriften der KomEinrVO i. V. m. § 128 Abs. 1 bis 3 NKomVG aufgestellt und ordnungsgemäß aus den Büchern der Sonderrechnung entwickelt.

Der Anhang enthält die erforderlichen Erläuterungen der Bilanz und der Ergebnisrechnung sowie die sonstigen in § 55 GemHKVO genannten Angaben.

Der Rechenschaftsbericht entspricht den gesetzlichen Vorschriften und steht mit dem Jahresabschluss im Einklang und vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sonderrechnung. Die nach § 57 Abs. 2 GemHKVO zu erwartenden möglichen finanzwirtschaftlichen Risiken für die Aufgabenerfüllung der Sonderrechnung von besonderer Bedeutung sind vollständig und zutreffend dargestellt.

13.2.2 Bilanz

Die Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Immaterielles Vermögen

Das sonstige immaterielle Vermögen umfasst EDV-Lizenzen. Die Bewertung des immateriellen Vermögens erfolgt zu fortgeführten Anschaffungswerten. Die Veränderungen beruhen auf planmäßigen Abschreibungen der bestehenden Lizenzen.

13 FB 65 Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

Sachvermögen

Das Sachvermögen setzt sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	%
Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	134	97	37	38,1
Betriebs- und Geschäftsausstattung	74	66	8	12,1
Vorräte	1.562	1.941	-379	-19,5
Summe	1.770	2.104	-334	-15,9

Die teilfertigen Leistungen der Sonderrechnung werden unter der Position „Vorräte“ abgebildet. Die Verringerung der teilfertigen Leistungen resultiert aus abgeschlossenen und abgerechneten Aufträgen der Sonderrechnung.

Die Bewertung der Zugänge angeschaffter oder hergestellter Anlagegüter erfolgt entsprechend der Rechtsnormen des NKomVG, der GemHKVO und der KomEinrVO auf Basis von Anschaffungs- und Herstellungswerten.

Die nach § 178 Abs. 3 NKomVG verbindlich vorgeschriebene Abschreibungstabelle mit den Abschreibungssätzen in der Kommunalverwaltung für Niedersachsen (Anlage 19 des RdErl. vom 4. Dezember 2006, Nds. MBl. Nr. 2/2007 S. 42 f.) wird für die Abschreibungen zugrunde gelegt.

Finanzvermögen

Das Finanzvermögen setzt sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	%
Privatrechtliche Forderungen	12.659	9.956	2.703	27,1
Sonstige Vermögensgegenstände	9	9	0	0,0
Summe	12.668	9.965	2.703	27,1

Das Finanzvermögen umfasst insbesondere privatrechtliche Forderungen aus Vermietung und Verpachtung gegenüber diversen Liegenschaftsnutzern der Stadt sowie Forderungen aus Lieferungen und Leistungen für Bauprojekte, die im Auftrag der Stadt von der Sonderrechnung ausgeführt wurden. Die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände sind mit ihrem Nominalwert bewertet worden und haben Restlaufzeiten von jeweils bis zu einem Jahr.

Liquide Mittel

Die liquiden Mittel der Sonderrechnung betragen 200,00 EUR (Vorjahr: 200,00 EUR). Der Bestand der liquiden Mittel auf den Finanzmittelkonten stimmt mit dem ausgewiesenen Bestand der liquiden Mittel in der Finanzrechnung überein.

Aktive Rechnungsabgrenzung

Der Posten der Aktiven Rechnungsabgrenzung i. H. v. 76 TEUR (Vorjahr: 77 TEUR) berücksichtigt Ausgaben, die vor dem 31. Dezember 2014 geleistet

13 FB 65 Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

wurden, aber Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. Bei der Sonderrechnung betrifft dieses insbesondere die Beamtenbesoldung.

Nettoposition

Die Nettoposition setzt sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	%
Reinvermögen	0	0	0	0,0
Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	27	993	-966	-97,3
Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	1.266	2	1.264	>100,0
Jahresergebnis	175	298	-123	-41,3
Summe	1.468	1.293	175	13,5

Die Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses i. H. v. 27 TEUR (Vorjahr: 993 TEUR) und die Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses i. H. v. 1.266 TEUR (Vorjahr: 2 TEUR) veränderten sich auf Basis des Ratsbeschlusses vom 24. März 2015 zur Verwendung des Jahresergebnisses 2013.

Die Bilanz weist betragsgleich mit der Ergebnisrechnung für 2013 einen Jahresüberschuss i. H. v. 175 TEUR (Vorjahr: 298 TEUR) aus.

Schulden

Die Schulden setzen sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.148	786	362	46,1
Sonstige Verbindlichkeiten	92	104	-12	-11,5
Summe	1.240	890	350	39,3

Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen beinhalten hauptsächlich Leistungen aus Bauprojekten, die im Auftrag der Stadt von der Sonderrechnung ausgeführt wurden (vgl. hierzu Ausführungen unter Finanzvermögen).

Die Schulden der Sonderrechnung werden gemäß § 124 Abs. 4 NKomVG i. V. m. § 45 Abs. 8 GemHKVO zum Rückzahlungsbetrag ausgewiesen und haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Rückstellungen

Die Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	%
Rückstellung für unterlassene Instandhaltung	2.304	3.534	-1.230	-34,8
Andere Rückstellungen	9.532	6.465	3.067	47,4
Summe	11.836	9.999	1.837	18,4

13 FB 65 Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

Die Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung i. H. v. 2.304 TEUR (Vorjahr: 3.534 TEUR) beinhalten Maßnahmen zur Instandhaltung, die in den folgenden drei Haushaltsjahren nachgeholt werden sollen.

Die anderen Rückstellungen i. H. v. 9.532 TEUR (Vorjahr: 6.465 TEUR) betreffen insbesondere Rückstellungen für ausstehende Rechnungen aus Lieferungen und Leistungen für Baumaßnahmen der Stadt sowie für Urlaubsverpflichtungen, Überstunden und leistungsorientierte Bezahlung.

13.2.3 Ergebnisrechnung

Der Haushalt soll gemäß § 110 Abs. 4 Satz 1 NKomVG in jedem Haushaltsjahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Er ist gemäß § 110 Abs. 4 Satz 2 NKomVG ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge dem Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen und der Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge dem Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen entspricht.

Die Ergebnisrechnung weist für das Haushaltsjahr 2014 ein Jahresergebnis i. H. v. 175 TEUR (Vorjahr: 298 TEUR) aus.

Das ordentliche Ergebnis beträgt -923 TEUR (ordentliche Erträge i. H. v. 70.877 TEUR abzgl. ordentliche Aufwendungen i. H. v. 71.800 TEUR).

Das außerordentliche Ergebnis beträgt 1.098 TEUR (außerordentliche Erträge i. H. v. 1.099 TEUR abzgl. außerordentliche Aufwendungen i. H. v. 1 TEUR).

13.2.4 Finanzrechnung

In der Finanzrechnung werden gemäß § 51 GemHKVO die im Haushaltsjahr eingegangenen Einzahlungen und die geleisteten Auszahlungen ausgewiesen.

Die Finanzrechnung weist für das Haushaltsjahr einen Zahlungsmittelbestand i. H. v. 200,00 EUR (Vorjahr: 200,00 EUR) aus. Dieser stimmt mit den in der Bilanz ausgewiesenen liquiden Mitteln überein.

Die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes resultiert ausweislich aus dem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit i. H. v. -254 TEUR (Vorjahr: -98 TEUR), dem Saldo aus der Investitionstätigkeit i. H. v. -83 TEUR (Vorjahr: -27 TEUR), dem Saldo aus der Finanzierungstätigkeit i. H. v. 0 TEUR (Vorjahr: 0 TEUR) und dem Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen i. H. v. 337 TEUR (Vorjahr: 125 TEUR).

Die Liquidität der Sonderrechnung sowie die Finanzierung der Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen waren im Berichtsjahr sichergestellt (§ 110 Abs. 4 Satz 3 NKomVG).

13.2.5 Anhang

Der Anhang enthält die erforderlichen Erläuterungen der Bilanz und der Ergebnisrechnung sowie die sonstigen in § 55 GemHKVO genannten Pflichtangaben. Die von der Sonderrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sind erläutert.

13 FB 65 Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

13.2.6 Dem Anhang beizufügende Bestandteile

Dem Anhang sind die in § 128 Abs. 3 NKomVG genannten Bestandteile (Rechenschaftsbericht, Anlagenübersicht, Forderungsübersicht, Schuldenübersicht) sowie ergänzend eine Rückstellungsübersicht beigefügt.

Eine Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen ist dem Anhang entgegen § 128 Abs. 3 Ziffer 5 NKomVG nicht beigefügt worden.

Der Rechenschaftsbericht steht mit dem Jahresabschluss im Einklang und vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sonderrechnung. Er enthält die nach § 57 GemHKVO erforderlichen Angaben und Erläuterungen. Es sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, bekannt geworden.

13.3 Prüfungsergebnis

Der Abschlussprüfer hat den Jahresabschluss der Sonderrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014 geprüft und einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk gemäß § 322 HGB erteilt.

Die ergänzende Durchsicht wesentlicher Positionen der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung sowie der Aussagen im Anhang und im Rechenschaftsbericht hat seitens des RPA keinen Anlass für Einwendungen ergeben. Ergänzende Feststellungen hält das RPA nicht für erforderlich.

13 FB 65 Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

13.4 Rechenwerke des Jahresabschlusses

13.4.1 Anlage 1 Bilanz

Jahresabschluss 2014

Bilanz zum 31. Dezember 2014

Aktiva		31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -	**Passiva**		31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -
1.	Immaterielles Vermögen	35.771,28	28.365,03	1.	Nettoposition		
				1.1	Basis-Reinvermögen	0,00	0,00
2.	Sachvermögen	2.103.723,91	1.770.407,37	1.2	Rücklagen	995.133,80	1.292.848,82
				1.3	Jahresergebnis mit Angabe des Betrages der Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen *)	297.715,02	175.074,02
3.	Finanzvermögen	9.965.018,26	12.668.494,97	1.4	Sonderposten	0,00	0,00
						1.292.848,82	1.467.922,84
4.	Liquide Mittel	200,00	200,00				
				2.	Schulden		
5.	Aktive Rechnungsabgrenzung	76.870,60	75.700,49	2.1	Geldschulden		
					davon		
				2.1.1	Liquiditätskredite	0,00	0,00
				2.1.2	Geldschulden (ohne Liquiditätskredite)	0,00	0,00
						0,00	0,00
				2.2	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00
				2.3	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	785.247,81	1.147.702,69
				2.4	Transferverbindlichkeiten	0,00	0,00
				2.5	Sonstige Verbindlichkeiten	104.312,16	92.084,07
						889.559,97	1.239.786,76
				3.	Rückstellungen	9.999.175,26	11.835.458,26
				4.	Passive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00
Bilanzsumme		**12.181.584,05**	**14.543.167,86**	**Bilanzsumme**		**12.181.584,05**	**14.543.167,86**

*) davon aus Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen 2012 = 0,00 €; 2013 = 0,00 € 0,00

Braunschweig, gez.

Springhorn (Fachbereichsleiterin Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement)

13 FB 65 Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

13.4.2 Anlage 2 Ergebnisrechnung

Jahresabschluss 2014

Stadt Braunschweig

Gesamt - Ergebnisrechung Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansatz 2014	mehr (+) weniger (-)	Aus Spalte 5 bisher nicht bewilligte über-/ außerplan-mäßige Aufwendugen
	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-
1	2	3	4	5	6
1. Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Auflösungserträge und Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4. sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5. öffentlich-rechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6. privatrechtliche Entgelte	31.654.867,04	32.091.101,89	31.761.400,00	329.701,89	0,00
7. Kostenerstattungen und Umlagen	36.958.785,46	39.148.909,21	36.364.300,00	2.784.609,21	0,00
8. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9. aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10. Bestandsveränderungen	1.889.800,00	-374.770,39	0,00	-374.770,39	0,00
11. sonstige ordentliche Erträge	24.362,39	12.005,88	356.000,00	-343.994,12	0,00
12. = Summe ordentliche Erträge	**70.527.814,89**	**70.877.246,59**	**68.481.700,00**	**2.395.546,59**	**0,00**
ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	12.395.165,28	12.577.196,72	13.042.900,00	-465.703,28	0,00
14. Aufwendungen für die Versorgung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistung	57.807.154,84	57.876.033,46	54.184.300,00	3.691.733,46	0,00
16. Abschreibungen	112.720,09	93.369,48	77.000,00	16.369,48	0,00
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18. Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	1.178.693,77	1.254.135,23	1.166.900,00	87.235,23	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	**71.493.733,98**	**71.800.734,89**	**68.471.100,00**	**3.329.634,89**	**0,00**
21. ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen)					
Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	**-965.919,09**	**-923.488,30**	**10.600,00**	**-934.088,30**	**0,00**
22. außerordentliche Erträge	1.291.216,66	1.099.742,32	0,00	1.099.742,32	0,00
23. außerordentliche Aufwendungen	27.582,55	1.180,00	10.000,00	-8.820,00	0,00
24. außerordentliches Ergebnis (außerordenliche Erträge abzüglich außerordentliche Aufwendungen)	**1.263.634,11**	**1.098.562,32**	**-10.000,00**	**1.108.562,32**	**0,00**
Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis) **Überschuss (+) Fehlbetrag (-)**	**297.715,02**	**175.074,02**	**600,00**	**174.474,02**	**0,00**

13 FB 65 Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

13.4.3 Anlage 3 Finanzrechnung

Jahresabschluss 2014	Gesamt - Finanzrechnung Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement				
Stadt Braunschweig					
Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr(+) weniger (-)	bisher nicht bewilligte über-/außerplanmäßige Auszahlungen[4] (aus Sp: 5)
	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-
1	2	3	4	5	6
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
1. Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen[1]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4. öffentlich-rechtliche Entgelte[2]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5. privatrechtliche Entgelte[3]	31.485.031,35	31.483.067,00	31.761.400,00	-278.333,00	0,00
6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen[3]	36.567.819,55	37.619.557,36	36.219.300,00	1.400.257,36	0,00
7. Zinsen und ähnliche Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8. Einzahlungen aus der Veräußerung geringwertiger Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9. sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	142.805,06	159.372,81	501.000,00	-341.627,19	0,00
10. = Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	68.195.655,96	69.261.997,17	68.481.700,00	780.297,17	0,00
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
11. Auszahlungen für aktives Personal	12.013.653,89	12.268.786,84	12.997.900,00	-729.113,16	0,00
12. Auszahlungen für Versorgung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für geringwertige Vermögensgegenstände	56.191.813,62	57.247.655,43	55.366.200,00	1.881.455,43	0,00
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15. Transferauszahlungen[3]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	88.229,50	0,00	0,00	0,00	0,00
17. = Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	68.293.697,01	69.516.442,27	68.364.100,00	1.152.342,27	0,00
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeile 10 abzüglich Zeile 17)	-98.041,05	-254.445,10	117.600,00	-372.045,10	0,00
Einzahlungen für Investitionstätigkeit					
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20. Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21. Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22. Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23. Sonstige Investitionstätigkeit					0,00
24. = Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Auszahlungen für Investitionstätigkeit					
25. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	27.379,55	83.031,73	122.000,00	-38.968,27	0,00
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29. Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30. Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31. =Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	27.379,55	83.031,73	122.000,00	-38.968,27	0,00
32. Saldo aus Investitionstätigkeit (Summe Einzahlungen abzüglich Summe Auszahlungen für Investitionstätigkeit)	-27.379,55	-83.031,73	-122.000,00	38.968,27	0,00
33. Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Summen Zeile 18 und 32)	-125.420,60	-337.476,83	-4.400,00	-333.076,83	0,00
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungs-tätigkeit					
34. Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35. Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus Zeile 34 und 35)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
37. Finanzmittelbestand (Saldo aus Zeile 33 und 36)	-125.420,60	-337.476,83	-4.400,00	-333.076,83	0,00
38. haushaltsunwirksame Einzahlungen (u. a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)	39.097.326,56	32.891.343,33	0,00	32.891.343,33	0,00
39. haushaltsunwirksame Auszahlungen (u. a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)	38.971.791,61	32.553.866,50	0,00	32.553.866,50	0,00
40. Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen (Zeile 38 und Zeile 39)	125.534,95	337.476,83	0,00	337.476,83	0,00
41. +/- Anfangsbestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Jahres	85,65	200,00	200,00	0,00	0,00
42. = Endbestand an Zahlungsmitteln (Liquide Mittel am Ende des Jahres) (Summe aus Zeilen 37, 40 und 41)	200,00	200,00	44.586,00	-44.386,00	0,00

14 Sondervermögen Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

14.1 Prüfungsauftrag

Aufgrund des § 1 der Satzung zur Errichtung und Verwaltung des „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig“ vom 5. Oktober 1999 ist bei der Stadt der rechtlich unselbstständige „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig“ (im Folgenden: Pensionsfonds) als Sondervermögen nach § 130 Abs. 1 Nr. 5 NKomVG zur Finanzierung künftiger Versorgungslasten ihrer Beamtinnen und Beamten errichtet worden.

Weil für den Pensionsfonds ein besonderer Haushaltsplan aufgestellt und eine entsprechende Sonderrechnung geführt werden, sind die Vorschriften der Haushaltswirtschaft des NKomVG anzuwenden (vgl. § 130 Abs. 4 NKomVG). Dementsprechend hat die Stadt für den Pensionsfonds für jedes Haushaltsjahr einen Jahresabschluss im Sinne des § 128 Abs. 1 bis 3 NKomVG aufzustellen.

Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses des Pensionsfonds nach den für niedersächsische Kommunen geltenden Vorschriften liegen in der Verantwortung des OBM der Stadt.

Die Prüfung des Jahresabschlusses des Pensionsfonds seitens des RPA erfolgte entsprechend § 155 Abs. 1 Nr. 1 und § 156 Abs. 1 Satz 1 NKomVG i. V. m. § 130 Abs. 1 Nr. 5 und Abs. 4 NKomVG.

Gegenstand der Prüfung waren die Buchführung und der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 des Pensionsfonds.

Die Prüfung der Buchführung und des Jahresabschlusses des Pensionsfonds erstreckte sich darauf, ob die für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften des NKomVG und der GemHKVO eingehalten worden sind.

Die Prüfung umfasst - soweit zutreffend - insgesamt die Beurteilung der angewandten Ansatz-, Bewertungs-, Ausweis-, Gliederungs-, Angabe- und Berichtsgrundsätze.

Die Prüfung wurde entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen und in Anlehnung an die Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Nach diesen Grundsätzen ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Buchführung und der Jahresabschluss des Pensionsfonds frei von wesentlichen Mängeln sind. Die Zielsetzung der Prüfung entsprechend § 155 Abs. 3 NKomVG erfordert regelmäßig keine lückenlose Prüfung, d. h. Nachweise für die Angaben in der Buchführung und im Jahresabschluss des Pensionsfonds werden im Wesentlichen auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die für die Prüfung erbetenen Aufklärungen und Nachweise sind vollständig erbracht worden. Der zuständige Dezernent hat die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses des Pensionsfonds für das Haushaltsjahr 2014 mit Unterschrift vom 20. Oktober 2015 festgestellt.

14 Sondervermögen Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

14.2 Feststellungen und Erläuterungen

Der Rat der Stadt hat am 24. März 2015 den Jahresabschluss des Pensionsfonds zum 31. Dezember 2013 beschlossen und dem Oberbürgermeister Entlastung erteilt.

Der Leiter des Pensionsfonds hat mit Schreiben vom 21. Oktober 2015 den mit Datum vom 20. Oktober 2015 aufgestellten Jahresabschluss des Pensionsfonds zum 31. Dezember 2014 zur Prüfung vorgelegt (Eingang beim RPA: 22. Oktober 2015).

Die wesentliche Grundlage der Prüfung des Jahresabschlusses war die Buchführung des Pensionsfonds. Die Buchführung des Pensionsfonds wird mit der Finanzwesensoftware SAP ERP 6.04 geführt und entspricht nach den im Rahmen der Prüfung gewonnenen Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich den GoB.

Der Jahresabschluss des Pensionsfonds wurde ordnungsgemäß unmittelbar aus der Buchführung des Pensionsfonds abgeleitet. Die entsprechend anzuwendenden gesetzlichen Ansatz-, Bewertungs- und Gliederungsvorschriften des NKomVG und der GemHKVO wurden beachtet. Der Anhang enthält die gesetzlich geforderten Angaben. Die Erläuterungen zur Ergebnisrechnung und zur Finanzrechnung befinden sich im Rechenschaftsbericht.

Der Pensionsfonds erhielt im Berichtsjahr Zuwendungen und allgemeine Umlagen i. H. v. 3.380 TEUR (Vorjahr: 3.329 TEUR). Darüber hinaus wurden Zinserträge und ähnliche Finanzerträge i. H. v. 125 TEUR (Vorjahr: 169 TEUR) sowie sonstige ordentliche Erträge nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag i. H. v. 923 TEUR (Vorjahr: 201 TEUR) erzielt. Die Summe der ordentlichen Erträge betrug 4.428 TEUR (Vorjahr: 3.699 TEUR). Der Mehrertrag gegenüber dem Ansatz i. H. v. 3.901 TEUR ergibt sich durch Abfindungszahlungen i. H. v. 623 TEUR nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag.

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen betrugen im Berichtsjahr 215 TEUR (Vorjahr: 82 TEUR). Die Mehraufwendungen i. H. v. ca. 133 TEUR sind bei den Sonstigen Personalaufwendungen entstanden. Für acht Beamte, die aus dem Pensionsfonds ausgeschieden sind, hat die Stadt pauschale Abfindungen für 2014 leisten müssen. Nach § 3 Abs. 3 der Satzung zur Errichtung und Verwaltung des Pensionsfonds sind diese Mittel dem Sondervermögen zu entnehmen.

Das Jahresergebnis beläuft sich damit auf 4.213 TEUR (Vorjahr: 3.617 TEUR).

Aufgrund der erzielten Zuwendungen und allgemeinen Umlagen, der Zinserträge und ähnlichen Finanzerträge sowie der sonstigen ordentlichen Erträge ergab sich zum 31. Dezember 2014 ein Bestand an liquiden Mitteln i. H. v. 30.486 TEUR (Vorjahr: 26.294 TEUR) und ein Finanzvermögen i. H. v. 84 TEUR (Vorjahr: 64 TEUR).

In der Summe ergibt sich ein Gesamtvermögen i. H. v. 30.570 TEUR (Vorjahr: 26.357 TEUR), das vollständig durch die Nettoposition i. H. v. 30.570 TEUR (Vorjahr: 26.357 TEUR) finanziert ist.

14 Sondervermögen Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

14.3 Prüfungsergebnis

Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung trifft das RPA als zuständige örtliche Prüfungseinrichtung des Pensionsfonds im Sinne des NKomVG für die Buchführung und den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 in der dem RPA vorgelegten Fassung folgende Prüfungsaussage:

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach Überzeugung des RPA vermittelt der Jahresabschluss des Pensionsfonds zum 31. Dezember 2014 unter Beachtung der GoB ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Pensionsfonds.

14 Sondervermögen Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

14.4 Rechenwerke des Jahresabschlusses

14.4.1 Anlage 1 Bilanz

Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

Schlussbilanz zum 31. Dezember 2014

Aktiva		31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -	Passiva		31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -
1.	Immaterielles Vermögen	0,00	0,00	1. Nettoposition			
				1.1 Basis-Reinvermögen		6.113.675,51	6.113.675,51
2.	Sachvermögen	0,00	0,00	1.2 Rücklagen		16.627.089,85	20.243.752,85
				1.3 Jahresergebnis		3.616.663,00	4.213.015,86
3.	Finanzvermögen	63.853,38	84.294,12	1.4 Sonderposten		0,00	0,00
						26.357.428,36	30.570.444,22
4.	Liquide Mittel	26.293.574,98	30.486.150,10	2. Schulden			
5.	Aktive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00	2.1 Geldschulden			
				davon			
					2.1.1 Liquiditätskredite	0,00	0,00
					2.1.2 Geldschulden (ohne Liquiditätskredite)	0,00	0,00
						0,00	0,00
				2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften		0,00	0,00
				2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		0,00	0,00
				2.4 Transferverbindlichkeiten		0,00	0,00
				2.5 Sonstige Verbindlichkeiten		0,00	0,00
						0,00	0,00
				3. Rückstellungen		0,00	0,00
				4. Passive Rechnungsabgrenzung		0,00	0,00
Bilanzsumme		26.357.428,36	30.570.444,22	Bilanzsumme		26.357.428,36	30.570.444,22

Braunschweig, 20. OKT. 2015

Stadtrat

14 Sondervermögen Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

14.4.2 Anlage 2 Ergebnisrechnung

Jahresabschluss 2014

Pensionsfonds der Stadt Braunschweig **Gesamt-Ergebnisrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ansätze 2014	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4)	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
	1	2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	3.329.000,00	3.380.000,00	3.380.000,00	0,00	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	-
6	Privatrechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	168.714,19	124.555,43	220.700,00	-96.144,57	-
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	201.000,00	923.477,39	300.000,00	623.477,39	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**3.698.714,19**	**4.428.032,82**	**3.900.700,00**	**527.332,82**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Aufwendungen für aktives Personal	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	82.051,19	215.016,96	300.100,00	-85.083,04	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**82.051,19**	**215.016,96**	**300.100,00**	**-85.083,04**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)**	**3.616.663,00**	**4.213.015,86**	**3.600.600,00**	**612.415,86**	**-**
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)		**3.616.663,00**	**4.213.015,86**	**3.600.600,00**	**612.415,86**	**-**

14 Sondervermögen Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

14.4.3 Anlage 3 Finanzrechnung

Jahresabschluss 2014

Pensionsfonds der Stadt Braunschweig **Gesamt-Finanzrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

	Einzahlungen und Auszahlungen	**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Ansätze 2014**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4)	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5)
		- Euro -	**- Euro -**	- Euro -	- Euro -	- Euro -
	1	2	3	4	5	6
	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	3.329.000,00	3.380.000,00	3.380.000,00	0,00	-
3	Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
4	Öffentlich-rechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Privatrechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	-
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
7	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	229.392,44	104.114,69	220.700,00	-116.585,31	-
8	Einz. aus Veräuß. geringwert. Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	201.000,00	923.477,39	300.000,00	623.477,39	-
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**3.759.392,44**	**4.407.592,08**	**3.900.700,00**	**506.892,08**	**-**
	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
11	Auszahlungen für aktives Personal	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	Auszahlungen für Versorgung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für geringwertige Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	82.051,19	215.016,96	300.100,00	-85.083,04	0,00
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**82.051,19**	**215.016,96**	**300.100,00**	**-85.083,04**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**3.677.341,25**	**4.192.575,12**	**3.600.600,00**	**591.975,12**	**-**
	Einzahlungen für Investitionstätigkeit					
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
	Auszahlungen für Investitionstätigkeit					
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**3.677.341,25**	**4.192.575,12**	**3.600.600,00**	**591.975,12**	**-**
	Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
37	**Finanzmittelbestand** (Saldo Zeilen 33 und 36)	**3.677.341,25**	**4.192.575,12**	**3.600.600,00**	**591.975,12**	**-**
	Haushaltsunwirksame Ein- u. Auszahlungen (u. a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)					
38	Haushaltsunwirksame Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
39	Haushaltsunwirksame Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
40	**Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen** (Saldo Zeilen 38 und 39)	**0,00**	**0,00**	**0,00**		
	Zahlungsmittelbestand (Liquide Mittel)					
41	**Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Jahres**	**22.616.233,73**	**26.293.574,98**	**26.204.834,00**		
42	**Zahlungsmittelbestand am Ende des Jahres** (Summe Zeilen 37, 40 und 41)	**26.293.574,98**	**30.486.150,10**	**29.805.434,00**		

15 Vergaben

15.1 Vorbemerkungen

Gemäß § 155 Abs. 1 Nr. 5 NKomVG und § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 RPO obliegt dem RPA auch die Prüfung von Vergaben vor Auftragserteilung, einschließlich der Prüfung von Vergaben vor Auftragserteilung der Sondervermögen nach § 130 Abs. 1 Nr. 4 NKomVG. Darüber hinaus ist mit Vereinbarung vom 19. September 2005 bzw. 4. November 2005 zwischen dem RPA und der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH (in Folgenden auch: Klinikum) geregelt worden, dass auch Vergaben des Klinikums oberhalb bestimmter Wertgrenzen vom RPA geprüft werden. Diese betragen für Vergaben im Bereich VOL und VOB 100 TEUR und für Nachtragsangebote und Verträge mit freiberuflich Tätigen 20 TEUR.

Gegenstand der Prüfung sind die seitens der Verwaltung im Haushaltsjahr gemäß Nr. 4.1 der SDA II 10/06 (Dienstanweisung für das Beschaffungs- und Vergabewesen [DA Vergabe]) und des Klinikums vorzulegenden Vergaben. Geprüft wird die Einhaltung der für die Vergabe von Aufträgen und den Abschluss von Verträgen maßgebenden Vorschriften und sie ergänzende Bestimmungen. Dazu wird auf Nr. 2.1 der SDA II 10/06 verwiesen.

Wesentliche Prüfkriterien sind insbesondere die Beachtung der Haushaltsgrundsätze im Sinne des § 110 Abs. 2 NKomVG (sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung), der Prinzipien des Vergaberechts (Wettbewerbs- und Transparenzprinzip, Gleichbehandlungsgebot, vgl. § 26 a Abs. 1 GemHKVO) und der ordnungsmäßigen Abwicklung der Vergabeverfahren (Verfahrensgrundsätze, Verfahrensablauf, vgl. § 26 a Abs. 2 GemHKVO). Darüber hinaus wurde auch auf mögliche Auffälligkeiten im Sinne der Korruptionsprävention geachtet.

Entsprechend dieser Vorgaben sehen die vergaberechtlichen Vorschriften die öffentliche Ausschreibung als Regelfall vor, wenn nicht die Eigenart der Leistung, die Natur des Geschäfts oder besondere Umstände eine Ausnahme rechtfertigen. Der Verzicht auf eine öffentliche Ausschreibung und die Durchführung einer Beschränkten Ausschreibung bzw. Freihändigen Vergabe dürfen danach nur ausnahmsweise und bei Vorliegen der entsprechenden tatbestandlichen Voraussetzungen der Verdingungsordnungen VOB oder VOL in Betracht kommen.

Für 2014 sind für Vergaben die nach dem Nds. Tariftreue- und Vergabegesetz vom 31. Oktober 2013 (Nds. GVBl. S. 259) i. V. m. der Nds. Wertgrenzenverordnung vom 19. Februar 2014 (Nds. GVBl. S. 64) und die nach den Verdingungsordnungen geregelten Wertgrenzen maßgebend. Die Wertgrenzen betragen netto:

	Vergaben nach VOB EUR	Vergaben nach VOL EUR	Vergaben nach VOF EUR	Sonstige Vergaben EUR
Öffentliche Ausschreibung	----------	----------	----------	----------
Beschränkte Ausschreibung	§ 3 (3) VOB	50.000	----------	----------
Freihändige Vergaben	25.000	25.000	----------	----------

Die in § 3 Abs. 3 VOB genannten Wertgrenzen betragen netto gemäß

- Ziffer 1 a) = 50.000 EUR für Ausbaugewerke,
- Ziffer 1 b) = 150.000 EUR für Tief-, Verkehrswege- und Ingenieurbau und
- Ziffer 1 c) = 100.000 EUR für alle übrigen Gewerke.

15 Vergaben

In der folgenden Übersicht sind für die Bereiche „allgemeine Verwaltung“, „Bauverwaltung“, „Klinikum“ und „sonstige Bedarfsstellen“ nach den Vergabearten „Öffentliche Ausschreibung“, „Beschränkte Ausschreibung“ und „Freihändige Vergabe“ die Anzahl und das Volumen in TEUR für das Berichtsjahr und das Vorjahr sowie die absoluten und relativen Veränderungen des Volumens in TEUR und Prozent zum Vorjahr dargestellt. Daran schließen sich je Vergabeart die summierten Werte an.

	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderungen	
	Anzahl	TEUR	Anzahl	TEUR	TEUR	%
allgemeine Verwaltung						
Öffentliche Ausschreibung	15	2.246	19	3.549	-1.303	-36,7
Beschränkte Ausschreibung	13	1.658	10	1.523	135	8,9
Freihändige Vergaben	52	4.794	51	11.994	-7.200	-60,0
Summe	80	8.698	80	17.066	-8.368	
Bauverwaltung						
Öffentliche Ausschreibung	215	47.862	174	32.330	15.532	48,0
Beschränkte Ausschreibung	212	11.098	330	25.159	-14.061	-55,9
Freihändige Vergaben	259	11.695	252	10.338	1.357	13,1
Summe	686	70.655	756	67.827	2.828	
Klinikum						
Öffentliche Ausschreibung	33	15.572	42	1.605	13.967	>100,0
Beschränkte Ausschreibung	6	559	5	280	279	99,6
Freihändige Vergaben	9	1.794	10	5.775	-3.981	-68,9
Summe	48	17.925	57	7.660	10.265	
Sonstige Bedarfsstellen						
Öffentliche Ausschreibung*)	13	207.954	3	531	207.423	>100,0
Beschränkte Ausschreibung	42	2.243	4	422	1.821	>100,0
Freihändige Vergaben	10	22.953	8	388	22.565	>100,0
Summe	65	233.150	15	1.341	231.809	
Summierte Werte						
Öffentliche Ausschreibung	276	273.634	238	38.015	235.619	>100,0
Beschränkte Ausschreibung	273	15.558	349	27.384	-11.826	-43,2
Freihändige Vergaben	330	41.236	321	28.495	12.741	44,7
Summe	879	330.428	908	93.894	236.534	

*) Die Differenz i. H. v. 207.423 TEUR resultiert im Wesentlichen aus der Prüfung des offenen Vergabeverfahrens des Zweckverbands Großraum Braunschweig zur Vergabe von Schienentransporten im Rahmen des Elektro-Netz Niedersachsen-Ost (ENNO).

15 Vergaben

In der folgenden Übersicht sind für die Bereiche „Vergaben nach VOB“, „Vergaben nach VOL“, „Vergaben nach VOF/HOAI“ und „sonstige Vergaben“ nach den Vergabearten „Öffentliche Ausschreibung“, „Beschränkte Ausschreibung“ und „Freihändige Vergabe“ die Anzahl und das Volumen in TEUR für das Berichtsjahr und das Vorjahr sowie die absoluten und relativen Veränderungen des Volumens in TEUR und Prozent zum Vorjahr dargestellt. Daran schließen sich die summierten Werte und die „Davon-Werte“ der „Vergaben nach EU-Recht“ an.

	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderungen	
	Anzahl	TEUR	Anzahl	TEUR	TEUR	%
Vergaben nach VOB						
Öffentliche Ausschreibung	228	54.505	194	28.914	25.591	88,5
Beschränkte Ausschreibung	244	13.253	317	24.912	-11.659	-46,8
Freihändige Vergaben	45	1.939	64	4.283	-2.344	-54,7
Summe	517	69.697	575	58.109	11.588	
Vergaben nach VOL						
Öffentliche Ausschreibung	48	219.129	44	9.101	210.028	>100,0
Beschränkte Ausschreibung	29	2.305	32	2.472	-167	-6,8
Freihändige Vergaben	80	30.266	84	17.899	12.367	69,1
Summe	157	251.700	160	29.472	222.228	
Vergaben nach VOF/HOAI						
Öffentliche Ausschreibung	-------	-------	-------	-------	-------	-------
Beschränkte Ausschreibung	-------	-------	-------	-------	-------	-------
Freihändige Vergaben	139	7.465	116	5.057	2.408	47,6
Summe	139	7.465	116	5.057	2.408	
Sonstige Vergaben						
Öffentliche Ausschreibung	-------	-------	-------	-------	-------	-------
Beschränkte Ausschreibung	-------	-------	-------	-------	-------	-------
Freihändige Vergaben	66	1.566	57	1.256	310	24,7
Summe	66	1.566	57	1.256	310	
Summierte Werte						
Öffentliche Ausschreibung	276	273.634	238	38.015	235.619	>100,0
Beschränkte Ausschreibung	273	15.558	349	27.384	-11.826	-43,2
Freihändige Vergaben	330	41.236	321	28.495	12.741	44,7
Summe	879	330.428	908	93.894	236.534	
Davon Vergaben nach EU-Recht						
Öffentliche Ausschreibung = Offene Verfahren	83	239.597	116	20.951	218.646	>100,0
Beschränkte Ausschreibung = Nichtoffene Verfahren	2	1.163	4	1.210	-47	-3,9
Freihändige Vergaben = Verhandlungsverfahren	18	7.297	15	16.664	-9.367	-56,2
Summe	103	248.057	135	38.825	209.232	

15 Vergaben

15.2 Feststellungen und Erläuterungen

15.2.1 Vergaben nach VOB

B Der FB 65 legte dem RPA für die Erneuerung der Sprinkleranlage in der Tiefgarage Eiermarkt, 2. UG, eine Freihändige Vergabe mit einer Auftragssumme i. H. v. 216.676,21 EUR zur Prüfung vor. Die vom FB 65 vorgetragene Dringlichkeit als Rechtfertigung für eine Freihändige Vergabe (Ausnahmefall nach § 3 Abs. 5 der VOB/A) beurteilt das RPA als zweifelhaft, weil dem FB 65 entsprechende Mängel an der Sprinkleranlage schon seit 2013 bekannt waren und eine Sanierung erst für 2015 vorgesehen war. Ebenso wurde hier die zulässige Wertgrenze für eine Freihändige Vergabe überschritten (nach der Nds. Wertgrenzenverordnung bis 25.000 EUR netto ohne Begründung). Auch wurden nur vier Bieter zur Angebotsabgabe aufgefordert, von denen lediglich zwei Firmen ein entsprechendes Angebot abgegeben haben, sodass der Wettbewerb hier sehr eingeschränkt war.

B Der FB 65 legte dem RPA für die Erneuerung der Sprinkleranlage in der Tiefgarage Eiermarkt, 1. UG, eine Nachtragsvereinbarung mit einer Firma über eine Nachtragssumme i. H. v. 59.871,66 EUR zur Prüfung vor. Nachtragspreise liegen nach den Erfahrungen des RPA rd. 20 % über entsprechenden Wettbewerbspreisen. Durch eine genauere Bestandsaufnahme des zu sanierenden Objektes, eine sorgfältigere Planung und eine Ausschreibung auf Basis einer ausgereiften Ausführungsplanung hätte dieser Nachtrag vermieden werden können.

B Die Nibelungen-Wohnbau-GmbH legte dem RPA für den Neubau der Kindertagesstätte Querumer Straße eine Nachtragsvereinbarung mit einer Firma über eine Nachtragssumme i. H. v. 47.817,79 EUR für Elektroarbeiten zur Prüfung vor. Ursachen hierfür waren Abstimmungsprobleme zwischen der Nibelungen-Wohnbau-GmbH, dem FB 65 und dem planenden Ingenieurbüro. Auch hier hätte der Nachtrag durch eine sorgfältigere Planung und eine Ausschreibung auf Basis einer ausgereiften Ausführungsplanung vermieden werden können.

B Der FB 65 legte dem RPA für die Sanierung des Lessinggymnasiums eine Vergabe (mit den Nachträgen Nr. 1 bis 8) über Elektroarbeiten mit einer Auftragssumme i. H. v. insgesamt 149.553,70 EUR zur Prüfung vor. Wenn die Hauptauftragssumme hierzu 621.381,42 EUR beträgt, Nachträge i. H. v. 149.553,70 EUR entstehen und gleichzeitig Leistungen i. H. v. 47.476,83 EUR aus dem Hauptauftrag entfallen, lässt das aus Prüfungssicht auf Defizite in der Planung und im Ausschreibungsverfahren schließen. Auch hier hätten die Nachträge durch eine sorgfältigere Planung und eine Ausschreibung auf Basis einer ausgereiften Ausführungsplanung vermieden werden können.

B Der FB 65 legte dem RPA für die Sanierung des Gymnasiums Martino-Katharineum eine Nachtragsvergabe über Dachdeckerarbeiten mit einer Nachtragssumme i. H. v. 229.141,03 EUR zur Prüfung vor. Wenn die Hauptauftragssumme hierzu 278.806,11 EUR beträgt, Nachträge i. H. v. 229.141,03 EUR entstehen (ca. 82 % des Hauptauftrags) und gleichzeitig Leistungen i. H. v. 78.323,56 EUR aus dem Hauptauftrag entfallen, lässt das aus Prüfungssicht

15 Vergaben

ebenfalls auf Defizite in der Planung und im Ausschreibungsverfahren schließen. Auch hier hätte der Nachtrag durch genauere vorherige Abstimmungen, eine sorgfältigere Planung und eine Ausschreibung auf Basis einer ausgereiften Ausführungsplanung vermieden werden können.

B Der FB 65 legte dem RPA für die Sanierung/Überprüfung/Inbetriebnahme der Tiefgarage Magni, 1. UG, eine Vergabe über Elektroarbeiten mit einer Auftragssumme i. H. v. 71.427,10 EUR zur Prüfung vor. Aus Gründen einer Eilbedürftigkeit im haushaltswirtschaftlichen Sinne sollten diese Elektroarbeiten (davon rd. 28 TEUR für Stundenlohnarbeiten) zu den Bedingungen eines bestehenden Zeitvertrages „Elektro“ an eine Firma aus Braunschweig vergeben werden. Weil diese Leistungen der Sache und der Höhe nach nicht unter Zeitvertragsarbeiten fallen, hat das RPA eine Öffentliche Ausschreibung bzw. Beschränkte Ausschreibung im Sinne des § 3 Abs. 1 bis 3 VOB/A, der §§ 2 und 3 NTVerG und der Dienstanweisung für das Beschaffungs-und Vergabewesen der Stadt Braunschweig, Ziffer 2.1, verbindliche Vergabegrundsätze, empfohlen. Aufgrund der vom FB 65 beabsichtigten Verfahrensweise hat das RPA zu der vorgelegten Vergabe keine positive Stellungnahme abgeben. Generell weisen Zeitvertragsarbeiten aufgrund der auszuführenden Leistungen auch ein hohes Preisniveau auf, sodass sie unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten auf ihren originären Zweck zu beschränken sind.

B Der FB 67 legte dem RPA für die Entschlammung des Lünischteichs mehrere Nachtragsvereinbarungen (HA - Öffentliche Ausschreibung) an eine Firma für Erdbauarbeiten mit einer Nachtragssumme i. H. v. rd. 30 TEUR zur Prüfung vor. Nach Prüfung und Stellungnahme durch das RPA konnten die Nachtragsbeauftragungen durch die Reduzierung von Einheitspreisen und die Nichtanerkennung von Leistungen um rd. 21 TEUR reduziert werden.

B Der FB 66 legte dem RPA für Endausbauarbeiten im Baugebiet St. Leonhards-Garten eine Nachtragsvereinbarung (HA - Beschränkte Ausschreibung) an eine Firma für Straßenbauarbeiten mit einer Nachtragssumme i. H. v. 13.641,78 EUR zur Prüfung vor. Nach Prüfung und Stellungnahmen durch das RPA konnte die Nachtragsbeauftragung bzw. die Abrechnung durch die Reduzierung von Einheitspreisen und die Nichtanerkennung von Leistungen sowie die Korrektur der Rechnungsmenge um insgesamt 7.699,34 EUR reduziert werden.

B Der FB 66 legte dem RPA für die Sanierung der Leonhardstraße eine Nachtragsvereinbarung (HA - Öffentliche Ausschreibung) an eine Firma für Kanal- und Straßenbauarbeiten mit einer Nachtragssumme i. H. v. 45.291,58 EUR zur Prüfung vor. Nach Prüfung und Stellungnahmen durch das RPA konnte die Nachtragsbeauftragung durch die Reduzierung von Einheitspreisen und die Nichtanerkennung von Leistungen um 27.116,50 EUR reduziert werden.

B Der FB 66 legte dem RPA für die Sanierung der Straße „Am Alten Bahnhof“ eine Nachtragsvereinbarung (HA - Öffentliche Ausschreibung) an eine Firma für Kanal- und Straßenbauarbeiten mit einer Nachtragssumme i. H. v. 31.866,04 EUR zur Prüfung vor. Nach Prüfung und Stellungnahmen durch das RPA konnte die Nachtragsbeauftragung durch die Reduzierung von Einheitspreisen und die Nichtanerkennung von Leistungen um 6.266,42 EUR reduziert werden.

15 Vergaben

B Der FB 61 legte dem RPA in den Jahren 2011 und 2012 für die Maßnahme „Renaturierung der Schunter zwischen Hondelage und Dibbesdorf“ mehrere Nachtragsvereinbarungen (HA - Öffentliche Ausschreibung) an eine Firma für Erdbauarbeiten mit einer Nachtragssumme i. H. v. rd. 365 TEUR zur Prüfung vor. Nach Prüfung und Stellungnahme durch das RPA konnten die Nachtragsbeauftragungen durch die Reduzierung von Einheitspreisen und die Nichtanerkennung von Leistungen nach bisherigen Erkenntnissen um rd. 66 TEUR reduziert werden. Weitere Reduzierungen i. H. v. rd. 58 TEUR wären aus Sicht des RPA möglich und auch erforderlich gewesen, weil die Anspruchsgrundlage für eine Nachtragsleistung, die Nassbaggerarbeiten betraf, hinsichtlich der geforderten Höhe nicht gerechtfertigt erscheint. Die Ausführung und Abrechnung der Maßnahme hat sich erheblich verzögert. Insgesamt haben sich bei der Maßnahme Mehrkosten i. H. v. rd. 57 % ergeben. Die Auftragssumme betrug 832.297,94 EUR und die Abrechnungssumme 1.309.424,76 EUR. Insofern liegen nach Auffassung des RPA erhebliche Defizite in der Planung und Ausschreibung der Bauleistungen vor. Das RPA beabsichtigt die abgeschlossene Baumaßnahme für das Prüfungsjahr 2015 einer genaueren Schlussrechnungsprüfung zu unterziehen.

15.2.2 Vergaben nach VOL

Im Haushaltsjahr wurden dem RPA 157 Vergaben nach VOL zur Prüfung vorgelegt. Bei acht Vergaben wurden aufgrund von Beanstandungen Einwendungen gegen eine Auftragsvergabe erhoben. Durch ergänzende Stellungnahmen und weitere Nachweise konnte die Vergabestelle für vier dieser Vergaben die Beanstandungen ausräumen. Die übrigen vier Vergaben wurden seitens der Vergabestelle aufgehoben.

B Bei einer Ausschreibung des FB 51 zur Durchführung von Fortbildungsseminaren wurde der Bieter, der das preisgünstigste Angebot abgegeben hatte, von der Bedarfsstelle aufgrund einer fehlenden entsprechenden fachlichen Eignung von der Wertung ausgeschlossen, ohne dass dies vom FB 51 näher begründet wurde. Die Vergabe wurde daraufhin von der Vergabestelle aufgehoben und die Leistung wurde erneut ausgeschrieben.

B Eine Ausschreibung des FB 10 zur Anschaffung von Büromaterial erfolgte mit Anforderungen, die weitgehend nur von einem Bieter erfüllt werden konnten oder die sachlich nicht begründbar waren. Die Vergabe wurde daraufhin von der Vergabestelle aufgehoben und es wurde erneut ein entsprechendes Vergabeverfahren durchgeführt.

B Bei einer Ausschreibung des FB 40 für die Beschaffung von sog. Gebäude-System-Trainern i. H. v. rd. 87 TEUR wurde als Vergabeart die Freihändige Vergabe mit der Begründung gewählt, dass eine entsprechende Kompatibilität zu einem bereits 2013 beschafften System mit einem Anschaffungswert i. H. v. rd. 5,6 TEUR gegeben sein müsse. Die Vergabe wurde daraufhin von der Vergabestelle aufgehoben und es wurde eine Öffentliche Ausschreibung durchgeführt.

B Der FB 51 beabsichtigte im Dezember 2014, neue Zelte für den Kinder- und Jugendzeltplatz in Lenste auf Basis der Maße noch vorhandener und gebrauchsfähiger Zeltgestänge anzuschaffen. Es würde sich bei diesen Zelten folglich um Sonderanfertigungen handeln. Die Bedarfsstelle argumentierte,

15 Vergaben

dass die exakten Maße für die Herstellung dieser Zelte nur einem Hersteller bekannt seien und dass daher andere Hersteller die gewünschte bzw. benötigte Leistung nicht erfüllen könnten. Weil die alten Zelte zum Zeitpunkt des Entschlusses einer entsprechenden Ausschreibung bereits abgebaut waren und ein entsprechendes Aufmaß für die anzuschaffenden Zelte seitens des FB 51 nicht angefertigt wurde und auch potentielle Auftragnehmer nicht die Möglichkeit hatten, ein eigenes Aufmaß anzufertigen, wurde die Leistung zentral nicht ausgeschrieben.

15.2.3 Vergaben nach VOF und HOAI

B Im Zusammenhang mit der Erneuerung des Eisenbütteler Wehres wurden vom beauftragten Ingenieurbüro Nachträge für Ingenieurleistungen i. H. v. 22.770,33 EUR gestellt. Es wurden Mehrkosten für sog. „Besondere Leistungen“ geltend gemacht. Der Sache nach handelt es sich hier jedoch um Grundleistungen der Leistungsphasen 6 und 7, deren Vergütung mit dem vertraglich vereinbarten Tafelhonorar abgedeckt ist. Außerdem sollte das Honorar hier nicht wie vorgesehen nach den anrechenbaren Kosten der Kostenberechnung zur Entwurfsplanung abgerechnet werden, sondern auf Grundlage einer im Zuge der Ausführungsplanung erstellten Kostenermittlung, die mit höheren Kosten verbunden ist. Dies widerspricht § 6 Abs. 1 Nr. 1 HOAI 2009, die mit der Abrechnung von Ingenieurleistungen nach der Kostenberechnung explizit eine Abkopplung von den tatsächlichen Baukosten (Kostenfeststellung) anstrebt. Nach Rücksprache mit dem FB 66 und durch Anpassung der Honorarberechnung wurde das Honorar um 17.917,17 EUR reduziert.

B Bei der Prüfung des 2. Nachtrags für die Maßnahme „Sanierung Lessinggymnasium“ wurde festgestellt, dass für die zu beauftragenden Leistungen vertraglich eine höhere Nebenkostenpauschale vereinbart werden sollte als bereits im Hauptauftrag vereinbart worden war. Im Rahmen einer daraufhin durchgeführten nochmaligen Prüfung des 1. Nachtrags wurde festgestellt, dass hier für die Höhe der Nebenkostenpauschale der gleiche Prozentsatz vorgesehen war wie im Hauptauftrag, dass aber dann in dem abgeschlossen Vertrag eine Nebenkostenpauschale mit einem höheren Prozentsatz vereinbart wurde. Auf den Widerspruch des RPA hin wurde mit dem beauftragten Planungsbüro im Verhandlungswege eine Einigung erzielt. Die Nebenkostenpauschale für sämtliche Nachtragsleistungen wurde danach entsprechend der Vereinbarung des Hauptauftrags festgeschrieben. Dadurch konnten 14.862,32 EUR eingespart werden.

B Für die Dachsanierung des Rathaus-Neubaus sollte ein Architekt mit entsprechenden Planungsleistungen beauftragt werden. Das dazu eingereichte Angebot des Architekten wies nach Auffassung des RPA einen überdurchschnittlich hohen Umbauzuschlag und zu hohe anrechenbare Kosten aus. Außerdem handelt es sich bei einer Dachsanierung nicht um einen Umbau, sondern um eine Instandsetzung, für die in der HOAI entsprechend geringere Zuschlagssätze vorgesehen sind. Im Rahmen der Vergabeprüfung konnte das vereinbarte Honorar durch die Korrektur der Ansätze um 12.143,11 EUR reduziert werden.

15 Vergaben

B Der FB 65 legte dem RPA für Tragwerksplanungen eines Umbaus in der Nibelungen-Realschule einen Vertrag für eine Direktbeauftragung dieser Leistungen an einen Tragwerkplaner zur Prüfung vor. Der Vertrag sah einen höheren Honorarsatz als den Mindestsatz und einen höheren Umbauzuschlag als üblich vor. Da bei einer Direktbeauftragung von entsprechenden Planungsleistungen ohne Vergleichsangebote die Wirtschaftlichkeit im Regelfall nur bei einer Vergabe zum Mindestsatz entsprechend der HOAI als gewahrt gilt, wurde diesen höheren Ansätzen nicht zugestimmt. Dadurch konnten 16.987,69 EUR eingespart werden.

15.2.4 Sonstige Vergaben

Bemerkungen aufgrund von Beanstandungen, die seitens des RPA zu Einwendungen geführt haben und über die zu berichten wäre, haben sich im Berichtsjahr bezüglich der Sonstigen Vergaben nicht ergeben.

15.2.5 Prüfung Freihändiger Vergaben größer 2.500 EUR bis 25.000 EUR

In 2014 wurden auf Basis von Stichproben auch die Freihändigen Vergaben mit einem Auftragswert zwischen größer 2.500 EUR bis 25.000 EUR aus dem Haushaltsjahr 2013 auf die Einhaltung der Vergabebestimmungen gemäß § 3 Abs. 5 der VOB/A bzw. der VOL/A geprüft. Entsprechende Bemerkungen aufgrund von Beanstandungen und Hinweise zur Behebung von Fehlern und Mängeln sind den betreffenden FB und Ref. mitgeteilt worden.

16 Abgeschlossene Maßnahmen

16.1 Prüfungsauftrag

Der Auftrag zur Prüfung von Bauausführungen und Bauabrechnungen (abgeschlossene Maßnahmen) ergibt sich aus § 4 Abs. 2 Nr. 6 RPO. Geprüft wird im Wesentlichen die leistungsverzeichnisbezogene bzw. vertragliche und haushaltswirtschaftsrechtliche sachliche und rechnerische Richtigkeit der abgeschlossenen Maßnahmen.

16.2 Feststellungen und Erläuterungen

Zu jeder durchgeführten Prüfung einer abgeschlossenen Maßnahme wird ein Bericht gefertigt. Die einzelnen Feststellungen werden jeweils als Prüfungsbemerkungen kenntlich gemacht. Daneben werden allgemeine Hinweise für die ordnungsmäßige Abwicklung von Vergaben und Abrechnungen gegeben.

Auf dieser Basis können in den meisten Fällen entsprechende Prüfungsbemerkungen ausgeräumt werden, sodass sie das RPA dann als erledigt beurteilt. Bei festgestellten Überzahlungen wirkt das RPA auf entsprechende Rückforderungen seitens der Verwaltung hin.

Beanstandungen, die nicht oder nur teilweise ausgeräumt werden, werden vom RPA weiter verfolgt.

Bereits im Schlussbericht 2013 wurde mitgeteilt, dass der Prüfbericht des RPA über die Prüfung der abgeschlossenen Maßnahme „Erweiterung des Gymnasiums Martino-Katharineum“ im August 2013 fertiggestellt und dem FB 65 mit der Bitte um Stellungnahme zugeleitet wurde. Die Stellungnahme des vom FB 65 beauftragten Architekten erfolgte im Oktober 2013. Der FB 65 steht in diesem Zusammenhang gegenwärtig mit einer an der Maßnahme beteiligten Baufirma in Verhandlung über die Rückzahlung zu viel abgerechneter Leistungen. Diese Verhandlungen sind noch nicht beendet, sodass die Maßnahmenprüfung noch nicht vollständig abgeschlossen werden konnte.

Für 2014 wurden kapazitätsbedingt keine nennenswerten Maßnahmenprüfungen durchgeführt (vgl. § 155 Abs. 3 NKomvG). Wie in den Jahren 2009 bis 2013 konnte bedingt durch die große Anzahl der Vergabeprüfungen aufgrund des Konjunkturpakets II (Prüfung von Nachträgen) und der Sanierung von Schulen die entsprechend angestrebte Anzahl von Maßnahmenprüfungen nicht realisiert werden.

Ergänzend sei darauf hingewiesen, dass eine wesentliche Tätigkeit des Prüfbereichs Technik inzwischen auch die Beratung der mit Bauaufgaben befassten FB und Ref. darstellt. Hier geht es insbesondere um Fragen zur Vergabe von Bau-, Architekten- und Ingenieursleistungen, Abrechnung von Nachtragsleistungen und Abrechnung der Leistungen aus Architekten- und Ingenieurverträgen sowie Beurteilung von entsprechenden Gutachten. Diese Beratungen tragen wesentlich zu einer Verbesserung der Arbeitsergebnisse der FB und Ref. in sachlicher und wirtschaftlicher Hinsicht bei, wobei sich der monetäre Erfolg beim RPA nicht messbar quantifizieren lässt.

17 Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit

17.1 Prüfungsauftrag

Der Auftrag zur Prüfung der Verwaltung auf Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit ergibt sich aus § 155 Abs. 2 Nr. 2 NKomVG i. V. m. § 4 Abs. 2 Nr. 2 RPO. Bei der Prüfung der Verwaltung auf Ordnungsmäßigkeit geht es um die grundsätzliche Rechtmäßigkeit des Verwaltungshandelns und bei der Prüfung der Verwaltung auf Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit darum, ob die Verwaltung in ihrem Aufbau und in ihrem Handeln nach solchen Grundsätzen ausgerichtet ist. Über unter diese Maßstäbe fallende Prüfungshandlungen und deren Ergebnis wird bereits in den übrigen Textziffern dieses Berichts berichtet. Angesichts der Vielfältigkeit dieser Aufgabe insgesamt beschränkten sich die Prüfungshandlungen hier unter Verweis auf § 155 Abs. 3 NKomVG auf die Bereiche

- Verwendungsnachweise,
- Leistungen nach SGB XII und SGB II,
- Wohnbauförderung nach dem NWoFG,
- Korruptionsprävention und
- Sonstige Feststellungen.

17.2 Feststellungen und Erläuterungen

17.2.1 Verwendungsnachweise

In der folgenden Übersicht sind für die Prüfbereiche „Verwaltung“, „Betriebswirtschaft“, und „Technik“ die Anzahl und das Volumen der dem RPA vorgelegten und geprüften Verwendungsnachweise in EUR für das Berichtsjahr und das Vorjahr sowie die absoluten und relativen Veränderungen des Volumens in EUR und Prozent zum Vorjahr dargestellt.

	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderungen	
Prüfbereich	Anzahl	EUR	Anzahl	EUR	EUR	%
0140.10 Verwaltung	14	17.528.814,00	10	916.554,41	16.612.259,59	>100,0
0140.20 Betriebswirtschaft	18	384.285,41	5	197.401,48	186.883,93	94,7
0140.30 Technik	16	5.999.860,82	17	8.382.424,00	-2.382.563,18	-28,4
Summe	48	23.912.960,23	32	9.496.379,89	14.416.580,34	

Die Prüfung der Verwendungsnachweise der Prüfbereiche „Verwaltung“ und „Betriebswirtschaft“ hat keine Beanstandungen ergeben, die seitens des RPA zu Einwendungen geführt haben.

Bezüglich der Prüfung der Verwendungsnachweise des Prüfbereichs „Technik“ wird folgendes bemerkt:

B Der FB 66 legte dem RPA den entsprechenden Verwendungsnachweis für den „Ausbau der L 625/K 30, Ortsdurchfahrt Braunschweig-Riddagshausen (Ebertallee)“ bis zur endgültigen Fassung mehrfach zur Vorprüfung vor. Bei der Prüfung wurden unter anderem Fehler bei der Berechnung der zuwendungsfähigen Kosten festgestellt. Daneben waren die im Ausgabeblatt aufgeführten Kosten unvollständig. Durch Korrekturen konnten die entsprechenden

17 Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit

Zuwendungsforderungen gegen die Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr i. H. v. 299.759,35 EUR um 24.942,14 EUR auf 324.701,49 EUR erhöht werden.

B Der FB 66 legte dem RPA den entsprechenden Verwendungsnachweis „Verkehrsmanagementsystem Braunschweig, 1. und 2. Baustufe“ bis zur endgültigen Fassung mehrfach zur Vorprüfung vor. Bei der Prüfung wurden u. a. Fehler bei der Berechnung der zuwendungsfähigen Kosten festgestellt. Daneben waren die im Ausgabeblatt aufgeführten Kosten unvollständig. Durch Korrekturen konnten die entsprechenden Zuwendungsforderungen gegen die Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr i. H. v. 31.859,80 EUR um 170.639,18 EUR auf 202.498,98 EUR erhöht werden.

17.2.2 Leistungen nach SGB XII und SGB II

17.2.2.1 Hilfe zur Gesundheit nach dem 5. Kapitel SGB XII

Durch das 2002 in Kraft getretene Gesetz zur Modernisierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GMG) und weitere Folgegesetze sind die städtischen Aufwendungen für Transferleistungen und Erstattungen an die Krankenkassen zurückgegangen (Aufwendungen 2002 rd. 4.811 TEUR, 2008 rd. 3.087 TEUR, 2013 rd. 2.107 TEUR), da die Anzahl der Personen, die nicht pflichtversichert oder privat versichert werden können, in diesem Zeitraum stark abgenommen hat.

Im Rahmen der Hilfe bei Krankheit (ambulant und stationär einschließlich Sprechstundenbedarf) wurden für den Prüfungszeitraum 2013 alle noch vorliegenden 11 Fälle geprüft, bei denen die Empfänger entsprechende Hilfen zur Krankheit erhalten haben. Aufgrund der Beanstandung im Schlussbericht 2008 unter Tz. 16.2.4 werden bei den Sammelanweisungen nunmehr auf den angewiesenen Rechnungen entsprechende Zuordnungskriterien vermerkt. Beanstandungen haben sich nicht ergeben.

Die im Rahmen der Hilfe zur Familienplanung (Empfängnisverhütung) im Schlussbericht 2008 unter Tz. 16.2.4 beanstandete unübersichtliche Aktenführung hat sich für den Prüfungszeitraum 2013 deutlich verbessert. Beanstandungen haben sich nicht ergeben.

Bezüglich der Übernahme der Kosten für die Krankenbehandlung nach § 264 Abs. 7 SGB V wurden die quartalsweisen Abrechnungen der AOK stichprobenweise, die quartalsweisen Abrechnungen aller anderen Krankenkassen vollständig für das Haushaltsjahr 2013 geprüft. Es wurde festgestellt, dass

B

- die einzelnen Beträge nicht immer den zutreffenden Buchungsstellen zugeordnet wurden,
- Gutschriften der Krankenkassen gelegentlich mit einer nicht zutreffenden Kostenart verrechnet wurden und
- stationäre Krankentransporte anstatt als stationär zum Teil als ambulant gebucht wurden.

17 Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit

Da es sich nur um fehlerhafte interne Zuordnungen handelt, ist ein finanzieller Schaden für die Stadt nicht entstanden. Der FB 50 hat zugesichert, dass die erwähnten Beanstandungen künftig beachtet werden.

17.2.2.2 Prüfung der von der Stadt zu tragenden Leistungen nach dem SGB II

Die für 2014 durchgeführte Prüfung der von der Stadt zu tragenden Leistungen nach dem SGB II für das Haushaltsjahr 2013 erfolgte in Form einer Aktenprüfung. Es wurden 60 Fälle aus dem Bereich „Kosten der Unterkunft und Heizung“, 40 Fälle aus dem Bereich „sonstige Zahlungen“ und 50 Fälle aus dem Bereich „Leistungen für Bildung und Teilhabe“ (BuT) ausgewählt und geprüft.

Die Anzahl der Beanstandungen im Verhältnis zu den geprüften Akten ist im Vergleich zur Prüfung für 2012 leicht gesunken. Bei den Kosten der Unterkunft liegt sie bei ca. 33 % (2012: 35 %), bei den sonstigen Zahlungen bei 7,5 % (2012: 8,7 %) und im Bereich BuT bei 14 % (2012: 15,4 %).

B Zu den Kosten der Unterkunft wurde neben den in der Regel nur den jeweiligen Einzelfall betreffenden Beanstandungen für 2013 grundsätzlich festgestellt, dass

- die Frage, ob die Warmwasserbereitung zentral oder dezentral erfolgt, in einzelnen Fällen nicht geklärt war,
- bei der Kürzung der Heizkosten auf den angemessenen Betrag nicht immer zusätzlich der Mehrbedarf für Warmwasser gewährt wurde,
- die Anhebung der angemessenen Kosten der Unterkunft durch die Fachbereichsverfügung des FB 50 nicht in allen Fällen umgesetzt wurde und
- die Unterkunftsgebühren für städtische Wohnungslosenunterkünfte nicht immer tagesgenau gewährt wurde.

Bezüglich der sonstigen Zahlungen wurde bereits anlässlich der Prüfung für das Haushaltsjahr 2010 (vgl. Schlussbericht 2010, Tz. 16.2.1.1) beanstandet, dass die sonstigen Zahlungen (Erstausstattungen, Wohnungsbeschaffungskosten etc.) nicht ausschließlich über das Finanz-System ERP anzuweisen sind, sondern über das IT-System A2LL, da die Leistungen dort sonst nicht dokumentiert werden und somit, wie schon vorgekommen, ggf. doppelte Zahlungen erfolgen.

Außerdem sind für die verschiedenen sonstigen Zahlungen die entsprechend zutreffenden Buchungsstellen zu verwenden (vgl. Schlussbericht 2010, Tz. 16.2.1.1). Buchungen auf nicht entsprechend zutreffenden Buchungsstellen haben zwar keine finanziellen Auswirkungen für die Stadt, führen aber zu unrichtigen statistischen Auswertungen bei den verschiedenen Leistungen.

Festgestellt wurde, dass beide Punkte auch in 2014 noch nicht in allen Fällen beachtet wurden. Um sicherzustellen, dass Auszahlungen über ERP nur in begründeten Ausnahmefällen erfolgen, wurde seitens des RPA gefordert, dass diese Auszahlungsanordnungen von den Teamleitern gegenzuzeichnen sind. Seitens des Jobcenters wurde zugesagt, dass künftig so verfahren wird.

17 Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit

Zum BuT haben sich für das Haushaltsjahr 2013 bezüglich der Leistungsgewährung für Klassenfahrten, Schulausflüge, Lernförderung und Teilhabe unwesentliche Beanstandungen ergeben, die sich nur auf den jeweiligen Einzelfall bezogen. Beanstandungen grundsätzlicher Art haben sich nicht ergeben.

B Die Leistung persönlicher Schulbedarf wird nicht durch den/die BuT-Sachbearbeiter/innen, sondern durch den/die Alg 2-Sachbearbeiter/innen angewiesen, da diese Leistung ohne gesonderten Antrag mit der laufenden Alg 2-Leistung ausgezahlt wird. Für jede Bedarfsgemeinschaft mit Schülern sind entsprechende Auszahlungen jeweils zum 1. Februar und 1. August eines Haushaltsjahres anzuordnen. Beanstandet wurde, dass seit Beginn des Schuljahres 2012/2013 die entsprechend zustehenden Beträge in 13 der insgesamt 150 geprüften Fälle (20 Schüler) nicht zu jedem Schulhalbjahr ausgezahlt wurden.

17.2.3 Wohnbauförderung nach dem NWoFG

Die Prüfung der Rechtmäßigkeit der Wohnbauförderung in den Bereichen Wohnberechtigungsscheine und Freistellungen für den Prüfungszeitraum 2013 erfolgte im Rahmen von Aktenprüfungen.

2013 wurden 213 Wohnberechtigungsscheine erteilt. Davon wurden 15 Fälle geprüft. Dies entspricht einer Quote von rd. 7 %. Die Prüfung bezog sich auf die korrekte Ermittlung und Berechnung des Einkommens zur entsprechenden Bedarfsbeurteilung. In drei Fällen ergaben sich unwesentlich Beanstandungen, die jedoch keine Auswirkungen auf die Erteilung der betreffenden Wohnberechtigungsscheine hatten.

2013 wurden 49 Freistellungen erteilt. Davon wurden 10 Fälle geprüft. Dies entspricht einer Quote von rd. 20 %. Beanstandungen haben sich nicht ergeben.

17.2.4 Korruptionsprävention

Im Rahmen der Prüfung der Verwaltung auf Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit entsprechend § 155 Abs. 2 Nr. 2 NKomVG i. V. m. § 4 Abs. 2 Nr. 2 RPO wird seitens des RPA auch das Aufgabenfeld der Korruptionsprävention wahrgenommen.

Von besonderer Bedeutung ist hierbei die Beratung der Organisationseinheiten der Stadt hinsichtlich eigenständiger Analysen besonders korruptionsgefährdeter Arbeitsgebiete in einer Dienststelle. Weiterer Schwerpunkt der Aufgabenwahrnehmung ist, wie schon in den Vorjahren, die Beratung der zentralen Vergabestellen bezüglich der Umsetzung rechtssicherer Vergabeverfahren entsprechend der individuellen Anforderungen aus den jeweiligen Bedarfsstellen, ohne dass es zu wirtschaftlichen Nachteilen für die Stadt kommt.

Aufgrund der positiven Erfahrungen mit der Einrichtung der zentralen Vergabestellen im Baubereich und in der allgemeinen Verwaltung für den Bereich der Vergaben nach VOL sollte nach Einschätzung des RPA - dem Beispiel anderer Städte folgend - eine weitere Zentralisierung der Vergabestellen zu einem Vergabereferat erörtert und ggf. angestrebt werden. Sowohl wegen der zunehmenden Komplexität des Vergaberechts als auch im Interesse einer

17 Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit

Korruptionsvorbeugung sollte eine derartige organisatorische Lösung in Betracht gezogen werden. Korruptionspräventive Maßnahmen sind generell wichtige Instrumente zur Förderung von Integrität und zur Verhinderung von Korruption in städtischen Organisationseinheiten. Zur Feststellung der besonders korruptionsgefährdeten Arbeitsgebiete in einer Organisationseinheit müssen daher alle dienstpostenbezogenen und aufgabenbezogenen Bereiche auf ihre Korruptionsgefährdung hin untersucht werden. In Planung ist, dass diese Untersuchungen zunächst punktuell mittels sog. Risiko- und Schwachstellenanalysen durchgeführt werden sollen. Nach Auswertung der entsprechenden Informationen soll auf Basis sich ergebender Ergebnisse festgelegt werden, ob die Analysen auch flächendeckend für die Stadt ausgeweitet werden können.

Für die regelmäßige Sensibilisierung des Personals der Stadt hat der FB 10 im Berichtsjahr - wie bisher auch - Seminare zum Thema Korruptionsvorbeugung angeboten, die seitens des Personals der Stadt auch genutzt wurden. Es wird daher als sehr sinnvoll beurteilt, dass derartige Schulungen weiterhin regelmäßig zentral angeboten und durchgeführt werden. Die Notwendigkeit entsprechender Schulungen und die damit zusammenhängende Sensibilisierung des Personals der Stadt zeigt sich auch daran, dass bereits bezüglich korruptionsgefährdender Sachverhalte Auffälligkeiten erkannt wurden, die in mehreren Fällen zu Kontakten mit Ermittlungsbehörden geführt haben.

Zusätzlich zu den Aktivitäten in der Verwaltung wird zurzeit mit anderen Kommunen in der Region Braunschweig auch der Aufbau eines Netzwerks zur Korruptionsprävention erörtert. Ziel ist es, durch einen regelmäßigen Erfahrungs- und Informationsaustausch auch interkommunal korruptionspräventiv zu wirken.

17.2.5 Sonstige Feststellungen

17.2.5.1 Beschaffung von Schulmobiliar

Zuständig für die Ausstattung der Schulen mit Schulmobiliar ist der FB 40. Die Aufgabe der Beschaffung von Schulmobiliar wurde durch den FB 40 mit Wirkung ab dem Zeitraum 2011 auf die Schulen übertragen. Maßgeblich für eine stadtweit einheitliche Beschaffung von Schulmobiliar seitens der Schulen ist der Abschluss eines entsprechenden Rahmenvertrags für die Beschaffung von Schulmobiliar. Beanstandungen darüber, dass ein entsprechender Rahmenvertrag vom FB 40 nicht auf den Weg gebracht wird, erfolgten bereits in den Schlussberichten 2011 (Ziffer 4.6.5.4) und 2012 (Ziffer 4.6.3.1). Bei der Prüfung der Maßnahme 5S.400008 - GVG-FunkG/Lehrm. Schulen - wurde für das Haushaltsjahr 2014 festgestellt, dass weiterhin kein entsprechender Rahmenvertrag besteht. Die Beschaffung notwendigen Schulmobiliars erfolgt seitens der Schulen je nach Bedarfsanfall in Form einzelner Freihändiger

WB/St Vergaben. Durch einen Rahmenvertrag, der teilweise auch von anderen nds. Kommunen für die Beschaffung von Schulmobiliar abgeschlossen wurde, lässt sich nach prüfungsseitiger Auffassung der Verwaltungsaufwand in den Schulsekretariaten reduzieren und es werden auch wirtschaftlichere Preise erzielt.

17 Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit

17.2.5.2 Diebstähle an Schulen

Für die Schulträgeraufgaben Stadt ist gemäß Ziffer 3.2 Abs. 1 SDA I i. V. m. Anhang 1 SDA der FB 40 zuständig. Dem FB 40 obliegen hierbei insbesondere die Mitwirkung bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie bei der Instandhaltung und der Sanierung von Schulen. Zuständig für die an städtischen Schulen eingesetzten Hausmeister und für die an städtischen Schulen vorzunehmenden Baumaßnahmen einschließlich der entsprechenden Beauftragungen von Fremdfirmen ist der FB 65. Bei Bauarbeiten während der Ferienzeit kam es an städtischen Schulen wiederholt zu Diebstählen z. T. hochwertiger Gegenstände mit entsprechend einhergehenden Schäden für die Stadt. Der Ersatz der entsprechenden Gegenstände ist in der Regel durch den FB 40 zu bezahlen. Im Rahmen der Prüfung von ggf. vorhandenen Sicherheitsmängeln wurde festgestellt, dass seitens des FB 65 bzw. der Hausmeister Schlüssel an Angehörige beauftragter Fremdfirmen ausgehändigt wurden, sodass diese auch Zutritt zu Räumen hatten, aus denen bestimmte Gegenstände gestohlen wurden. Der FB 40 bzw. die Schulleitungen waren über die entsprechenden Aushändigungen von Schlüsseln nicht informiert. Beanstandet wird, dass

B/St schriftliche Regelungen zur Verfahrensweise der Verantwortlichen für die beschriebenen Sachlagen nicht existieren, beauftragte Fremdfirmen nicht ausreichend beaufsichtigt wurden und Türen z. T. nicht verschlossen waren. Ebenso ist hier die Haftungsfrage ungeklärt. Der FB 40 wurde dementsprechend aufgefordert, Regelungen zu erarbeiten, die dafür geeignet sind, dass bei entsprechender Verantwortungszuordnung derartige Diebstähle grundsätzlich verhindert werden können. Der FB 40 sieht diesbezüglich aufgrund der Anzahl der gemeldeten Diebstähle keinen dringenden Handlungsbedarf.

18 Informationstechnologie (IT)

18.1 Vorbemerkungen

Der Auftrag zur Prüfung des Einsatzes von Informations- und Kommunikationstechnologie in der Verwaltung ergibt sich aus § 155 Abs. 2 Nr. 2 NKomVG i. V. m. § 4 Abs. 2 Nr. 2 RPO.

Die Ergebnisse der Prüfung von Verfahren, die im Bereich der KOSYNUS® GmbH als regionalem IT-Dienstleister zum Einsatz kamen, wurden in der Vergangenheit entsprechend der Vereinbarung über die Bildung einer Zentralen Einrichtung zur Prüfung des Einsatzes von Verfahren im Bereich der Informationstechnologie (IT-Verfahren) aus dem Jahr 1982 den beteiligten Gebietskörperschaften nach Absprache gegen Kostenerstattung zur Verfügung gestellt. Durch den zunehmenden Rückgang des gemeinsamen Einsatzes einheitlicher Software seitens der Beteiligten von der inzwischen in der ITEBS GmbH aufgegangenen KOSYNUS® GmbH konnte letztlich eine für alle wirtschaftlich vertretbare Prüfung der eingesetzten Verfahren im notwendigen Umfang nicht mehr durchgeführt werden. Auf Beschluss des Rates vom 30. September 2014 wurde deshalb die Auflösung der Zentralen Einrichtung durch Kündigung der zugrunde liegenden Vereinbarung herbeigeführt.

Die IT-Prüfung beinhaltet unmittelbare Prüfungen des ordnungsmäßigen Betriebs von IT-Verfahren und begleitende Prüfungen des ordnungsmäßigen Einsatzes der Informations- und Kommunikationstechnologie in allen Bereichen der Verwaltung. Dazu erfolgt regelmäßig eine Beteiligung an diesbezüglichen Projektgruppen und Arbeitskreisen.

Durch eine frühzeitige Mitwirkung des RPA bei Beschaffungsvorgängen für Hard- und Software sowie bei Verfahrenseinführungen und grundlegenden den IT-Einsatz betreffenden Entscheidungen sollen vor allem wirtschaftliche Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Diese erstrecken sich über Fragen der am Bedarf orientierten Funktionalität des Verfahrens bis hin zur späteren Vertragsgestaltung. Im Vordergrund steht dabei, Anwendungsverfahren zu möglichst wirtschaftlich am Markt erzielbaren Konditionen zu beschaffen.

18.2 Feststellungen und Erläuterungen

18.2.1 Verfahrensprüfungen

Im Haushaltsjahr 2014 wurde durch das RPA der Einsatz der folgenden IT-Verfahren geprüft:

18.2.1.1 Finanzwesen

Seit dem Haushaltsjahr 2008 führt die Stadt die Rechnungslegung vollständig nach den für Niedersachsen geltenden Vorschriften des Neuen Kommunalen Rechnungswesens (NKR) und damit unter Anwendung des doppischen Buchungssystems durch. Führendes Finanzwesenverfahren ist eine angepasste Ausführung der auf SAP R/3 basierenden Branchenlösung SAP PS (Public Sector), mit der bereits seit 2006 wesentliche Teile der kameralen Haushaltsführung abgewickelt worden sind.

Die Bereitstellung und Systembetreuung des Finanzwesenverfahrens SAP erfolgt nach Übernahme der Aufgaben der KOSYNUS® GmbH durch die ITEBS GmbH, einem Unternehmen der ITEBO Unternehmensgruppe. Der Betrieb selbst erfolgte im Berichtsjahr auf Servern der Stadt, eingesetzt wurde die

18 Informationstechnologie (IT)

Version SAP ERP 6.0 Enhancement Package 4 in einer branchentypisch für den öffentlichen Bereich erweiterten Ausprägung (SAP ERP PSM/PSCD mit Veranlagungslösung TFA). Die gemäß §§ 35, 41 GemHKVO erforderliche Freigabe für den o. g. Stand des IT-Verfahrens „Neues Kommunales Rechnungswesen der Stadt Braunschweig“ (einschließlich aller zugehörigen Schnittstellen) durch den hierfür verantwortlichen FB 20 wurde erteilt.

In 2013/2014 ist eine umfassende IT-Systemprüfung durchgeführt worden. Zusammenfassend sind eine insgesamt angemessene Transparenz sowie Regelungen und Verfahren für die Steuerung im Bereich der IT bescheinigt worden. Dabei wurden besonders auch Analysen der IT-Geschäftsprozesse und Funktionen im Zusammenhang mit dem Finanzwesenverfahren einbezogen. Soweit in diesem Zusammenhang Handlungsempfehlungen abgegeben worden sind, werden diese sukzessive umgesetzt.

Die Herstellung der SEPA-Konformität für den Bereich der Stadtkasse und der Sonderkassen konnte termingerecht im Februar 2014 abgeschlossen werden. Probleme bei der Verarbeitung haben sich nicht ergeben.

Anpassungen im SAP-System, z. B. zur Umsetzung des SEPA-Verfahrens, konnten ohne Schwierigkeiten eingepflegt werden. Aktuell ist die Erweiterung der Enhancement-Packages (SAP-Erweiterungspakete) auf die Version 7 im Wesentlichen abgeschlossen.

Die Auflösung der Sonderrechnung FB 65 und die Rückführung in den städtischen Haushalt ist nach jetzigem Stand für den Januar 2017 vorgesehen.

Weitere Themen in 2014 waren insbesondere die Weiterentwicklung des Berichtswesens, Abstimmung der Finanzrechnung, Verlagerung des SAP-Betriebs zum ITEBO-Rechenzentrum nach Osnabrück sowie die Entwicklung eines Notfallkonzeptes mit der ITEBO GmbH.

18.2.1.2 Personalwesen

Bei der Stadt ist seit Januar 2005 das von der ITEBS GmbH angebotene Personalabrechnungsverfahren myIPAV HR® im Einsatz.

Die Freigabe des Verfahrens und der jeweils aktuellen Versionen durch den FB 10 erfolgten jeweils zeitnah, zuletzt für die im Berichtsjahr genutzte Version am 28. November 2014 (SAP HR 6.04 SP 79-80). Die Anpassungen bzw. Neuerungen des Finanzwesenverfahrens SAP wurden auch im Berichtsjahr so zeitgerecht vorgenommen, dass kaum Rückrechnungen durch den FB 10 durchgeführt werden mussten.

Im Jahr 2014 wurden diverse Fehlerkorrekturen in den Bereichen Meldeverfahren von Entgeltersatzleistungen, Bescheinigungswesen, Krankengeldberechnung und ELStAM sowie Programmerweiterungen im Bereich Sozialversicherung und eine Programmkorrektur zur Mehrfachbeschäftigung und bei Verarbeitung von Reisekostenlohnarten durchgeführt. Daneben erfolgte u. a. eine gesetzliche Anpassung der DEÜV und diverse Ergänzungen zum Thema Entgeltersatzleistung wurden in das Verfahren myIPAV HR® eingepflegt.

18 Informationstechnologie (IT)

Die Bildung der Erstattungslohnart Mutterschaftsgeld wurde auch im Falle der manuellen Nettovorgabe ermöglicht; diverse Korrekturen betrafen den Wechsel während des Beschäftigungsverbots. Im Bereich Steuern wurde eine fehlende Funktionalität eingerichtet, mit der sich das Zuflussprinzip über die Lohnart erzwingen lässt und die Ablauflogik verändert, um Inkonsistenzen im Zusammenhang mit steuerlich geschlossenen Steuerjahren zu beheben.

Ein Programmfehler ist in Form der fehlenden Neuberechnung der Abwesenheits- und Krankheitstage beim Abgrenzen aufgetreten. Mit den dazu erstellten Handlungsbeschreibungen und -empfehlungen wird vom FB 10 hier kein weiteres Problem gesehen.

18.2.1.3 Sozialwesen

Bei der Stadt wird seit Januar 2008 das Verfahren LÄMMkom der Firma Lämmerzahl für die Berechnung und Auszahlung von Leistungen nach dem SGB XII, dem Asylbewerberleistungsgesetz und der Kriegsopferfürsorge genutzt.

Die Freigabeerklärungen für das IT-Verfahren in den jeweils eingesetzten Versionen erfolgten zeitnah durch den FB 50. Die Version 10.1.6.2 ist seit Januar 2015 im Einsatz und freigegeben.

Die Umsetzung von gesetzlichen Änderungen, Kundenanforderungen sowie das Beheben von Fehlern hat zur Entwicklung der neuen Version LÄMMkom LISSA geführt. Das Programm mit umfangreichen Funktionserweiterungen gegenüber LÄMMkom befindet sich bei der Stadt seit März 2014 in der Einführungsphase.

Es wurde im Juni 2014 eine zweite Testversion parallel zum weiter im Betrieb befindlichen Verfahren LÄMMkom installiert. Die Echtmigration war zum Hauptlauf im Mai 2015 geplant, musste jedoch mit unbestimmtem Termin verschoben werden, da noch nicht alle Programmteile von LÄMMkom LISSA problemlos einsetzbar waren.

Hinzu kommt, dass mit der Version 10.1.6.1 von LÄMMkom die Grundsicherungsstatistik an eine neue Gesetzeslage angepasst wurde und neben dem hohen Arbeitsaufwand der erstmaligen Erfassung nach Nettoausgaben ein Software-Versionswechsel vom FB 50 nicht geleistet werden konnte. Angesichts der Schwierigkeiten wurde es erforderlich für das Verfahren LÄMMkom ein Update einzuspielen.

Die Art der Umstellung von LÄMMkom auf LÄMMkom LISSA mit parallelen Testversionen, umfangreichen Schulungen und dem Umstand, dass vor dem „Upgrade“ auf LÄMMkom LISSA ein Update von LÄMMkom erforderlich wird, lässt in der Rückschau Zweifel aufkommen, ob es sich nicht tatsächlich um die Einführung eines neuen Verfahrens handelt, das nach Vergaberecht hätte ausgeschrieben werden müssen.

Für die Bearbeitung bei einem Heimwechsel während des Monats (Hilfe zur Pflege) konnte auch in 2014 keine weitere Verbesserung erreicht werden. Ob sich hier mit Einführung von LÄMMkom LISSA Veränderungen ergeben, konnte anhand der bisherigen Prüfung nicht geklärt werden.

18 Informationstechnologie (IT)

18.2.1.4 Ordnungswidrigkeiten

Bei der Stadt wird seit Juli 2001 das Verfahren public marius OWI (pmOWI) für die effiziente Bearbeitung sämtlicher Ordnungswidrigkeiten eingesetzt.

Die Freigabeerklärungen für das IT-Verfahren in den jeweils eingesetzten Versionen erfolgten zeitnah durch den FB 32. Am 15. Mai 2013 wurde die auch in 2014 durchgängig genutzte Version 2.5 freigegeben. Die Version 2.6 ist seit dem 12. Januar 2015 im Einsatz, Freigabe erfolgte am 22. Januar 2015.

Im Berichtsjahr konnten die letzten Probleme der Beanstandung aus dem Schlussbericht 2012 behoben werden.

Bei der Bearbeitung von Fehlermeldungen des OS/ECM im Zusammenhang mit der digitalen Signatur sowie dem Zusatzprogramm „Adhoc“ zur Reproduktion des Aktenvorganges in Papier, stellte sich heraus, dass die Funktion des für die E-Akte zwingend notwendigen Signaturprogramms „Mentana“ gestört war. Es kam zu Problemen bei der Prüfung von Zertifikatsberechtigungen, die zu ablaufunterbrechenden Warteintervallen führten.

Grundsätzlich hat eine Aufstockung des Personals im Bereich der Abt. 32.2 (Bußgeldabteilung) und der Abt. 10.4 (Informations- und Kommunikationstechnologie) dazu geführt, dass Fehler und Probleme nicht nur zeitnah erkannt werden, sondern oft auch eigenständig behoben werden können.

18.2.2 Begleitende Prüfung/Beratung bei IT-Projekten

Ein erheblicher Teil der Tätigkeiten im Zusammenhang mit der IT- und Programmprüfung besteht in frühzeitigen begleitenden Prüfungen und Beratungen im Vorfeld von IT-Projekten. Schwerpunkte der prüferischen Begleitungen sind dabei die Auswahl einsatzfähiger Hard- und Software und nach Konkretisierung des Bedarfs die Durchführung der Beschaffung, die vertragliche Ausgestaltung des Einsatzes sowie die Einführung des ausgewählten Verfahrens.

Im Rahmen von Gesprächen insbesondere mit der Stelle 10.04 (Zentrale Vergabestelle) und der Abt. 10.4 stehen grundsätzliche Fragen zu Beschaffungen, die Planung und Durchführung von IT-Projekten sowie die Einführung und Anpassung von internen Vorschriften im Vordergrund.

Im Berichtsjahr waren von besonderer Bedeutung:

- Beschaffung und Einführung eines neuen Ratsinformationssystems
- SEPA-Umstellung bei der Stadt
- Rückführung des FB 65 in das SAP-Finanzwesenverfahren der Kernverwaltung
- Notfallkonzept für das SAP-System
- Abstimmung der Finanzrechnung
- Verlängerung Microsoft Enterprise Agreement und Premier-Support-Vertrag
- Beschaffung einer automatisierten Kommissionieranlage für die Apotheke des städtischen Klinikums
- Aufbau eines neues SAP-Berichtswesens
- SAP-Updates Kernverwaltung und FB Hochbau und Gebäudemanagement

18 Informationstechnologie (IT)

18.2.3 Prüfung von Auftragsvergaben im IT-Bereich

Vor Auftragserteilung wurden im Berichtsjahr nachfolgend aufgeführte wesentliche Vergaben im Bereich Informationstechnologie für folgende Bedarfsstellen zur Prüfung vorgelegt:

FB 10
- Weiterführung des Microsoft Enterprise Agreements (Konzernvertrag) und des Premier-Support-Vertrags
- Upgrade der städtischen Telefonanlage Hipath 4000

FB 37
- Umstellung auf Digitalfunk mit Anschluss der IRLS (Integrierte Leitstelle Braunschweig/Wolfenbüttel/Peine) an die Digitalfunkvermittlungsstelle der BDBOS (Bundesanstalt für Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben), Beschaffung einer Rückfall-Ebene und Implementierung einer Schnittstelle zur Koppelung des Einsatzleitrechners mit der IRLS
- Beschaffung einer Managementsoftware für den Vorbeugenden Brandschutz

FB 40
- Beschaffung von 1.012 Multimedia- und Standard-PC inkl. Maus und Tastatur sowie 451 Monitore und 101 Schwarz/Weiß-Laserdrucker
- Einführung eines Bestell- und Abrechnungssystems für die Mittagessenversorgung in Braunschweiger Schulen

FB 50
- Lieferung, Montage und Inbetriebnahme einer Röntgenanlage zur Lungendiagnostik

Ref. 0100
- Einführung und Betrieb eines neuen Ratsinformationssystems

Ref. 0630
- Verlängerung der Pilotphase der elektronischen Bauplattform „Virtuelles Bauamt“

FB 32, 50 und 51
- Einführung eines Alarmierungssystems über das IT-Netz

Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH
- Beschaffung von 1.500 Microsoft Office 2013 Standard- und Professional Plus Lizenzen
- Einführung eines neuen Archivsystems
- Lieferung und Montage eines Kommissionier-Automaten im Rahmen der Modernisierung der Krankenhausapotheke

Zweckverband Großraum Braunschweig
- Einsatz eines Pendlerportals im Geschäftsgebiet des Zweckverbands

19 Wirtschaftliche Betätigung

19.1 Prüfungsauftrag

Der Auftrag zur Prüfung der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt ergibt sich aus § 155 Abs. 2 Nr. 2 bis 5 NKomVG i. V. m. § 4 Abs. 2 Nr. 2 bis 5 RPO. Bei der Stadt wurden hierzu im Berichtsjahr die Bereiche

- Betätigung der Stadt als Gesellschafterin oder Aktionärin in Unternehmen und Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit,
- Kassen-, Buch- und Betriebsprüfung, soweit sich die Stadt eine solche Prüfung bei einer Beteiligung vorbehalten hat,
- Führung von Betrieben gewerblicher Art,
- Steuererklärungen von Betrieben gewerblicher Art und
- Führung von kostenrechnenden Einrichtungen

geprüft.

Die Stadt hat in den Gesellschaftsverträgen bzw. Satzungen der Gesellschaften, die sie führt oder an denen sie beteiligt ist, dem RPA die Prüfungsrechte nach § 155 Abs. 2 Nr. 3 bis 5 NKomVG i. V. m. § 4 Abs. 2 Nr. 3 bis 5 RPO und/oder die Befugnisse nach § 54 HGrG eingeräumt.

19.2 Betätigung der Stadt als Gesellschafterin oder Aktionärin in Unternehmen und Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit

19.2.1 Vorbemerkungen

Gegenstand der Prüfung der Betätigung der Stadt als Gesellschafterin oder Aktionärin ist, ob die Stadt die maßgeblichen kommunalrechtlichen Vorschriften zur wirtschaftlichen Betätigung beachtet und ob die Stadt die Einhaltung der für die Gesellschaften, die sie führt oder an denen sie beteiligt ist, maßgeblichen gesellschaftsrechtlichen Vorschriften und sie ergänzende Bestimmungen in den Gesellschaftsverträgen bzw. Satzungen im Wesentlichen überwacht.

Die Prüfung der Beachtung der maßgeblichen kommunalrechtlichen Vorschriften seitens der Stadt umfasst insbesondere die Voraussetzungen für die wirtschaftliche Betätigung (§ 136 NKomVG), die Maßgaben für die Führung von bzw. Beteiligung an Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts (§ 137 NKomVG), die Vertretung der Stadt in Unternehmen und Einrichtungen (§ 138 NKomVG) sowie die Berichtspflichten nach § 151 NKomVG.

Die Prüfung der Überwachung der maßgeblichen gesellschaftsrechtlichen Vorschriften und sie ergänzende Bestimmungen in den Gesellschaftsverträgen bzw. Satzungen seitens der Stadt umfasst die Auswertung der Vorlagen an den Finanz- und Personalausschuss (FPA) und den Verwaltungsausschuss (VA), der Protokolle über die Aufsichtsratssitzungen und die Gesellschafterversammlungen sowie des Beteiligungsberichts nach § 151 NKomVG.

19 Wirtschaftliche Betätigung

19.2.2 Feststellungen und Erläuterungen

Die Prüfung der Betätigung der Stadt als Gesellschafterin oder Aktionärin bezog sich im Berichtsjahr auf die städtischen Gesellschaften Braunschweig Stadtmarketing GmbH, Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH, Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH, Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig, Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH, Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH, Struktur-Förderung Braunschweig GmbH und Volkshochschule Braunschweig GmbH.

Es haben sich bei dieser Prüfung keine wesentlichen Anhaltspunkte dafür ergeben, dass die Stadt die maßgeblichen kommunalrechtlichen Vorschriften nicht beachtet hat.

Im Rahmen der Prüfung sind keine Tatsachen bekannt geworden, dass die Stadt die Einhaltung der für die Gesellschaften, die sie führt oder an denen sie beteiligt ist, maßgeblichen gesellschaftsrechtlichen Vorschriften und sie ergänzende Bestimmungen in den Gesellschaftsverträgen bzw. Satzungen nicht in geeigneter Form überwacht hat.

Die Auswertung des von der Stadt gemäß § 151 NKomVG zu erstellenden Beteiligungsberichts (im Berichtsjahr der XVII. Beteiligungsbericht für die städtischen Gesellschaften, der dem Haushaltsplan 2014 der Stadt beigefügt ist und im Wesentlichen das Haushaltsjahr 2012 betrachtet) auf die Einhaltung der Berichtspflichten nach § 151 NKomVG hat keine Anhaltspunkte für wesentliche Beanstandungen ergeben.

B Anzumerken ist, dass der XVII. Beteiligungsbericht, der für 2014 maßgeblich ist, ebenso wie die Beteiligungsberichte der Vorjahre keine Angaben über den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch die Unternehmen und Einrichtungen der Stadt und über das Vorliegen der Voraussetzungen des § 136 Abs. 1 NKomVG für die Unternehmen und Einrichtungen der Stadt enthalten. An der hierfür notwendigen Bestandsaufnahme und deren Beurteilung sowie den dazu entsprechenden textlichen Ergänzungen wurde seitens des FB 20 am XVIII. Beteiligungsbericht, der für 2015 maßgeblich ist, bereits gearbeitet.

Die Auswertung der Vorlagen an den FPA und den VA sowie der vorliegenden Protokolle über die Gremiensitzungen hat ergeben, dass die von der Stadt in die Gesellschaften entsandten Vertreter ihre Tätigkeiten entsprechend den gesetzlichen Regelungen und gesellschaftsvertraglichen Vereinbarungen wahrgenommen haben. Sie haben sich regelmäßig von der Geschäftsführung der Gesellschaften über den Geschäftsverlauf informiert und veranlasst, dass die in den Ausschüssen gefassten Beschlüsse seitens der Geschäftsführung in den Gesellschaften umgesetzt werden.

Die Beschlussverfahren über die Wirtschaftspläne und zu den Auftragsvergaben zur Prüfung der Jahresabschlüsse und Lageberichte der Gesellschaften haben keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben. Das gleiche gilt für die Verfahren zur Feststellung der Jahresabschlüsse der Gesellschaften und die Entlastung der Geschäftsführungen und der Aufsichtsräte.

19 Wirtschaftliche Betätigung

In der folgenden Übersicht sind für die Gesellschaften, die die Stadt führt oder an denen sie (mittelbar) beteiligt ist, die Ergebnisse der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Berichtsjahres und der vier vorhergehenden Geschäftsjahre in TEUR dargestellt.

Gesellschaft	2014 TEUR	2013 TEUR	2012 TEUR	2011 TEUR	2010 TEUR
Braunschweig Stadtmarketing GmbH	-1.001	-1.220	-1.443	-1.909	-1.713
Braunschweiger Verkehrs-AG/GmbH	-19.461	-17.726	-17.864	-17.505	-15.791
Braunschweig Zukunft GmbH	-1.280	-1.100	-1.064	-883	-805
Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH	482	-169	1.597	840	931
Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH	1.615	1.641	101	225	57
Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH	389	379	297	-44	14
Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig	5.431	4.600	4.971	4.489	4.433
Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH	-27.107	-21.727	-7.306	-6.136	-5.171
Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH	-7.952	-6.011	-5.309	-5.318	-5.183
Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH	-4.400	-3.687	-3.472	-3.803	-3.945
Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH	871	688	641	2.045	4.902
Struktur-Förderung Braunschweig GmbH	-25	-21	-17	10	-21
Volkshochschule Braunschweig GmbH	-737	-707	-678	-733	-696

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit entsprechend § 275 HGB beinhaltet im Gegensatz zum Jahresergebnis nicht das außerordentliche Ergebnis, die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag und die sonstigen Steuern sowie eventuelle Verlustausgleichszahlungen.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH beinhaltet die Vereinnahmung der Beteiligungserträge bzw. Verlustübernahmen der folgenden Beteiligungen auf Basis der jeweiligen Jahresergebnisse:

Gesellschaft	2014 TEUR	2013 TEUR	2012 TEUR	2011 TEUR	2010 TEUR
Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG	5.321	7.095	20.251	20.044	20.575
Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig	0	0	735	735	735
Braunschweiger Verkehrs-AG/GmbH	-19.684	-17.799	-18.730	-17.586	-16.211
Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH	-7.714	-5.708	-5.041	-5.049	-4.928
Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH	-4.222	-3.248	-3.021	-3.272	-3.310
Übrige	175	254	223	194	320

Folgende Gesellschaften erhielten im Berichtsjahr von der Stadt Betriebsmittelzuschüsse/Kapitaleinzahlungen:

- Allianz für die Region GmbH 180 TEUR
- Braunschweig Stadtmarketing GmbH 1.182 TEUR
- Flughafen Braunschweig Braunschweig-Wolfsburg GmbH 1.100 TEUR
- Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH 50 TEUR

19 Wirtschaftliche Betätigung

19.3 Kassen-, Buch- und Betriebsprüfung, soweit sich die Stadt eine solche Prüfung bei einer Beteiligung vorbehalten hat

19.3.1 Vorbemerkungen

Gegenstand der Kassenprüfung sind die Kassen, die Kassenführung und die Kassenberichte der zu prüfenden Gesellschaften. Geprüft wird, ob das Kassenwesen rechtmäßig und wirtschaftlich geführt wird sowie zuverlässig eingerichtet ist.

Gegenstand der Buchprüfung bei einer zu prüfenden Gesellschaft ist deren Buchführung für das Berichtsjahr. Die Prüfung beschränkt sich grundsätzlich entsprechend § 4 Abs. 2 Satz 2 RPO auf die Auswertung des Berichts des externen Abschlussprüfers über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Im Vordergrund stehen der Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers zum Jahresabschluss und Lagebericht, die Aussagen zur Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung, zu den wirtschaftlichen Verhältnissen und bei kleinen Kapitalgesellschaften im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB zusätzlich die Aussagen zur wirtschaftlichen Führung der Gesellschaft (§ 29 Abs. 1 Satz 2 und Satz 3 EigBetrVO). Daneben werden bei Bedarf bzw. bei Auffälligkeiten wesentliche Positionen in der Bilanz, GuV sowie Aussagen im Anhang und Lagebericht auf Plausibilität geprüft.

Betriebsprüfungen bei den Gesellschaften erfolgen aus gegebenem Anlass oder soweit Aufträge dazu erteilt werden. Im Berichtsjahr erfolgten keine Betriebsprüfungen.

19.3.2 Feststellungen und Erläuterungen

Im Berichtsjahr wurden bei folgenden städtischen Eigengesellschaften und Beteiligungen Kassenprüfungen vorgenommen:

- Braunschweig Stadtmarketing GmbH
- Braunschweig Zukunft GmbH
- Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH
- Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH
- Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig
- Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH
- Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH
- Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH
- Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH
- Struktur-Förderung Braunschweig GmbH
- Volkshochschule Braunschweig GmbH

Im Rahmen der Kassenprüfungen wurde festgestellt, dass das Kassenwesen der im Berichtsjahr geprüften Gesellschaften rechtmäßig und wirtschaftlich geführt wird sowie zuverlässig eingerichtet ist. Anhaltspunkte für wesentliche Beanstandungen haben sich nicht ergeben.

Die im Rahmen der Buchprüfung durchgeführte generelle Auswertung der Berichte der externen Abschlussprüfer über die Prüfung des Jahresabschlusses

19 Wirtschaftliche Betätigung

zum 31. Dezember 2014 und des Lageberichts 2014 der im Berichtsjahr geprüften Gesellschaften hat keine Tatbestände für wesentliche Beanstandungen ergeben. Ergänzende Feststellungen hat das RPA nicht getroffen.

Entsprechend der seit dem 1. Januar 2005 geltenden Rechtslage obliegen dem RPA unter den Voraussetzungen des § 158 Abs. 1 Satz 1 und Satz 2 NKomVG i. V. m. § 157 Satz 1 NKomVG grundsätzlich auch die Prüfungen der Jahresabschlüsse und der Lageberichte der kleinen Kapitalgesellschaften im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB, an denen die Stadt mit Mehrheit beteiligt ist. Es kann mit der Durchführung der Prüfung auch einen Dritten beauftragen oder zulassen, dass die Beauftragung mit dem Einvernehmen des RPA unmittelbar durch die Gesellschaft erfolgt.

Vereinbarungsgemäß erfolgten die entsprechenden Beauftragungen für das Geschäftsjahr 2014 an externe Abschlussprüfer im Einvernehmen mit dem RPA unmittelbar durch die Gesellschaften.

Die Prüfung der Jahresabschlüsse und Lageberichte 2014 der kleinen Kapitalgesellschaften sowie der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung, der wirtschaftlichen Verhältnisse und der wirtschaftlichen Führung der Gesellschaften hat seitens der Abschlussprüfer in keinem Fall zu Einwendungen geführt. Sie haben grundsätzlich uneingeschränkte Prüfungsvermerke nach § 32 Abs. 2 Satz 1 EigBetrVO erteilt. Bei fünf Gesellschaften erteilte ein Abschlussprüfer zusätzlich uneingeschränkte Bestätigungsvermerke nach § 322 HGB. Das RPA hat nach Auswertung der Prüfungsberichte der Abschlussprüfer in keinem Fall ergänzende Feststellungen für erforderlich gehalten und entsprechende Abschlussvermerke erteilt (§ 32 Abs. 3 Satz 3 EigBetrVO).

Die Prüfung der Beschlussverfahren über die Feststellung der Jahresabschlüsse der Gesellschaften und über die Entlastung der Geschäftsführungen und Aufsichts- bzw. Verwaltungsräte gab zu Beanstandungen ebenfalls keinen Anlass.

Die Vorschriften zur Bekanntmachung der Ergebnisse der Prüfung und zur öffentlichen Auslegung der Jahresabschlüsse und Lageberichte der kleinen Kapitalgesellschaften im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB wurden für die unmittelbaren Tochtergesellschaften der Stadt beachtet (§ 34 EigBetrVO).

19.4 Führung von Betrieben gewerblicher Art

19.4.1 Vorbemerkungen

Die Prüfung der bei der Stadt geführten BgA erfolgt je nach den individuellen Gegebenheiten eines BgA.

Bei den BgA, denen ein Miet- oder Pachtvertrag zugrunde liegt, wurde geprüft, ob die Zahlung der Mieten bzw. Pachten sowie ggf. die Erstellung der Jahresabrechnung vertragsgemäß erfolgte und die Buchungen der vom Vertragspartner geleisteten Zahlungen im Finanzwesenverfahren SAP ordnungsgemäß vorgenommen wurden.

Bei den BgA, die Leistungen im Rahmen von Geschäftsbesorgungsverträgen erbringen und/oder Rechnungen stellen, waren die Einhaltung der Geschäftsbesorgungsverträge sowie die erstellten Rechnungen für die gegenüber dem Vertragspartner erbrachten Leistungen Prüfungsgegenstand. Geprüft wurden

19 Wirtschaftliche Betätigung

die rechnerische und sachliche Richtigkeit der Rechnungen sowie die ordnungsmäßige Verbuchung der vom Vertragspartner geleisteten Zahlungen im Finanzwesenverfahren SAP.

Bezüglich der Miet- und Pachtverträge, Geschäftsbesorgungsverträge und Rechnungen sowie der Betriebsabrechnung wurden die nachfolgend aufgeführten BgA der Stadt geprüft. In Klammern ist jeweils das Jahr genannt, für das die Prüfung erfolgt ist.

Miet- und Pachtverträge:

- B201 Stadion Verpachtung (2014)
- B202 Tiefgaragen Verpachtung (2014)
- B203 Großmarkt Verpachtung (2014)
- B204 Gewandhauskeller Verpachtung (2014)
- B205 Grüner Jäger Verpachtung (2014)
- B207 Schäfers Ruh Verpachtung (2014)
- B208 Richard-Wagner-Straße 1 - 2 Vermietung (2014)
- B209 Stadthalle Verpachtung (2014)

Geschäftsbesorgungsverträge und Rechnungen:

- B101 Personalserviceleistungen (2014)
- B102 IT-Service für private Unternehmen im Konzern (2014)
- B103 Personalzuweisungen (2014)
- B322 Feinstaubplaketten (2014)
- B371 Personalgestellung Flughafen (2014)
- B411 Kulturnacht (2014)
- B414 Sponsoring Kulturprojekte (2014)
- B514 Sponsoring Kinder- und Jugendprojekte (2014)
- B671 Grünpflege Städtische Gesellschaften (2014)

Betriebsabrechnung:

- B321 Märkte (2013)

19.4.2 Feststellungen und Erläuterungen

Wesentliche Prüfungsfeststellungen haben sich bei der Prüfung der o. g. BgA der Stadt im Einzelfall nicht ergeben.

Fehlerhafte Zuordnungen bei den Kostenstellen, PSP-Elementen und Sachkonten wurden - sofern noch möglich - für den jeweiligen Prüfungszeitraum mit den entsprechenden Umbuchungen im Finanzwesenverfahren SAP korrigiert.

Bei den BgA, denen Miet- oder Pachtverträge zugrunde liegen, wurden den zuständigen Organisationseinheiten für den Fall anstehender Vertragsänderungen entsprechend der Prüfungsfeststellungen Aktualisierungen und Anpassungen empfohlen.

19 Wirtschaftliche Betätigung

Bei den BgA, die Rechnungen erstellen, wurde zum Teil festgestellt, dass deren Rechnungen die umsatzsteuerrechtlich vorgeschriebenen Rechnungsinhalte nicht vollständig enthielten. Entsprechende Hinweise zur Vollständigkeit der entsprechenden Inhalte sind seitens des RPA erfolgt.

WB/St Im Rahmen der Prüfung der Betriebsabrechnungen der Jahre 2009 bis 2013 des Betriebs B321 Märkte wurde festgestellt, dass die Dienstanweisung der Stadt Braunschweig über die Anwendung der Betriebsabrechnung (SDA II 20/06) mit Stand November 2006 nicht diesem, sondern dem Stand zum 31. August 1977 entspricht. Inhaltlich bedarf die Dienstanweisung über die Anwendung der Betriebsabrechnung u. a. einer Anpassung an das zum 1. Januar 2008 bei der Stadt eingeführte NKR mit der doppischen Buchführung. Dem FB 20 wurde dieses mehrfach mitgeteilt.

Die Dienstanweisung der Stadt Braunschweig über die Anwendung der Betriebsabrechnung (SDA II 20/06) wurde mit Schreiben des FB 10 vom 28. Januar 2013 aus der Sammlung der Dienstanweisungen und Dienstvereinbarungen (SDA) entfernt. Eine für das Verfahren zur Aufstellung von Betriebsabrechnungen aus Prüfungssicht zwingend notwendige Nachfolgeregelung existiert zurzeit nicht.

19.5 Steuererklärungen von Betrieben gewerblicher Art

19.5.1 Vorbemerkungen

Gegenstand der Prüfung waren die für die unten aufgeführten BgA der Stadt seitens des Ref. 0200 erstellten Steuererklärungen.

Die Anfertigung der Steuererklärungen erfolgte im Vorfeld teilweise durch beauftragte Wirtschaftsprüfer.

Die Prüfungen des RPA erfolgten anhand der vom Ref. 0200 vorgelegten Unterlagen und der entsprechenden Steuerbescheide des Finanzamtes. In Klammern wird jeweils das Jahr genannt, für das die Prüfung erfolgt ist.

- B101 Personalserviceleistungen (2013)
- B102 IT-Service für private Unternehmen im Konzern (2013)
- B201 Stadion Verpachtung (2011, 2012 und 2013)
- B202 Tiefgaragen Verpachtung (2012)
- B203 Großmarkt Verpachtung (2013)
- B204-B207 Gaststätten (2012 und 2013)
- B208 Richard-Wagner-Straße 1 - 2 Vermietung (2012)
- B209 Stadthalle Verpachtung (2012 und 2013)
- B321 Märkte (2012 und 2013)
- B322 Feinstaubplaketten (2013)
- B372 Feuerwehr-Service-Zentrum (2013)
- B611 Geoinformation (2013)
- B671 Grünpflege Städtische Gesellschaften (2012 und 2013)
- FB 65 Hochbau und Gebäudemanagement (2013)

19 Wirtschaftliche Betätigung

19.5.2 Feststellungen und Erläuterungen

B Bei der Prüfung der nachfolgend genannten Steuererklärungen der BgA haben sich Bemerkungen aufgrund von Beanstandungen ergeben:

B101 Personalserviceleistungen (2013):
Die Aufwendungen für interne Leistungsbeziehungen sind nicht wie vorgesehen in der als Anlage zur Körperschaftsteuererklärung beigefügten Aufstellung über Erträge und Aufwendungen aufgenommen worden.

B102 IT-Service für private Unternehmen im Konzern (2013):
Die Aufwendungen für interne Leistungsbeziehungen sind nicht wie vorgesehen in der als Anlage zur Körperschaftsteuererklärung beigefügten Aufstellung über Erträge und Aufwendungen aufgenommen worden.

B201 Stadion Verpachtung (2011, 2012 und 2013):
Das den Steuererklärungen zugrunde liegende Zahlenwerk, das durch einen Wirtschaftsprüfer aufgestellt wurde, konnte bei den Positionen „sonstige betriebliche Erträge“, „Abschreibungen auf Sachanlagen“ und „Zinsen und ähnliche Aufwendungen“ auf Basis der vorgelegten Unterlagen und Buchungen im Finanzwesenverfahren SAP aufgrund verschiedener Aktivierungszeitpunkte und unterschiedlicher Abschreibungsdauern nicht nachvollzogen werden.

B202 Tiefgaragen Verpachtung (2012):
Die Aufwendungen für interne Leistungsbeziehungen sind nicht wie vorgesehen in der als Anlage zur Körperschaftsteuererklärung beigefügten Aufstellung über Erträge und Aufwendungen aufgenommen worden.

B204-B207 Gaststätten (2012):
Die aufgeführten Beträge in der als Anlage zur Körperschaftsteuererklärung beigefügten Aufstellung über Erträge und Aufwendungen des Jahres 2012 konnten auf Basis der vorgelegten Unterlagen größtenteils nachvollzogen werden. Bei zwei Positionen wurden kleinere Abweichungen festgestellt. Außerdem sind die Aufwendungen für interne Leistungsbeziehungen nicht wie vorgesehen in der als Anlage zur Körperschaftsteuererklärung beigefügten Aufstellung über Erträge und Aufwendungen aufgenommen worden.

B208 Richard-Wagner-Straße 1 - 2 Vermietung (2012):
Die aufgeführten Beträge in der als Anlage zur Körperschaftsteuererklärung beigefügten Aufstellung über Erträge und Aufwendungen des Jahres 2012 konnten auf Basis der vorgelegten Unterlagen größtenteils nachvollzogen werden. Bei einer Position wurden kleinere Abweichungen festgestellt. Außerdem sind die Aufwendungen für interne Leistungsbeziehungen nicht wie vorgesehen in der als Anlage zur Körperschaftsteuererklärung beigefügten Aufstellung über Erträge und Aufwendungen aufgenommen worden.

B209 Stadthalle Verpachtung (2012):
Die Aufwendungen für interne Leistungsbeziehungen sind nicht wie vorgesehen in der als Anlage zur Körperschaftsteuererklärung beigefügten Aufstellung über Erträge und Aufwendungen aufgenommen worden.

19 Wirtschaftliche Betätigung

B321 Märkte (2012):
Unter der Position „Verwaltungskosten“ waren unzulässigerweise auch die Aufwandsbuchungen des Sachkontos 444150 Körperschaftsteuer und des Sachkontos 444160 Gewerbesteuer enthalten.

B611 Geoinformation (2013)
Die Aufwendungen für interne Leistungsbeziehungen sind nicht wie vorgesehen in der als Anlage zur Körperschaftsteuererklärung beigefügten Aufstellung über Erträge und Aufwendungen aufgenommen worden.

FB 65 Hochbau und Gebäudemanagement (2013):
Im Rahmen der Prüfung der Steuererklärungen des Jahres 2010 war festgestellt worden, dass sich die Steuererklärungen auf den Jahresüberschuss/die Einkünfte aus Gewerbebetrieb des gesamten FB 65 beziehen. Grundlage für die Steuererklärungen müssten aus Prüfungssicht die Einkünfte aus Gewerbebetrieb sein, die sich innerhalb des FB 65 ausschließlich auf den bestehenden BgA beziehen.

19.6 Führung von kostenrechnenden Einrichtungen

19.6.1 Vorbemerkungen

Gegenstand der Prüfung im Bereich der Erträge der kostenrechnenden Einrichtung Kinder- und Jugendzeltplatz Lenste waren die geschlossenen Verträge mit den Nutzern. Geprüft wurden für das Haushaltsjahr 2014 die rechnerische Richtigkeit der vorgelegten Abrechnungen, die vertragsgemäßen Einzahlungen sowie die ordnungsgemäße Verbuchung der von den Vertragspartnern geleisteten Zahlungen im Finanzwesenverfahren SAP.

Die bei der kostenrechnenden Einrichtung Kinder- und Jugendzeltplatz Lenste im Haushaltsjahr 2014 gebuchten Aufwendungen wurden anhand der vorgelegten Belege auf die rechnerische Richtigkeit sowie die ordnungsmäßige Verbuchung im Finanzwesenverfahren SAP geprüft.

19.6.2 Feststellungen und Erläuterungen

B Entsprechend Ziffer 4.5 i. V. m. Ziffer 3.3.1 der Dienstanweisung für Zahlstellen, Wechselgelder, Geldannahmestellen, Gelderheber/-innen der Stadt Braunschweig (SDA II 20/03) über die Fachaufsicht und Prüfung hat die Leitung der jeweiligen Organisationeinheit die bestimmungsgemäße Verwendung und die ordnungsgemäße Verwaltung der Gelder ständig zu überwachen, mindestens einmal jährlich zu prüfen und das Ergebnis dem RPA sowie der Abt. 20.0 und der Abt. 20.4 mitzuteilen. Berichte über durchgeführte unvermutete Prüfungen in den vergangenen Jahren liegen dem RPA nicht vor. Auf die Einhaltung der Regelungen der Dienstanweisung wird hingewiesen.

20 Zuwendungen

20.1 Prüfungsauftrag

Der Auftrag zur Prüfung von Zuwendungen ergibt sich aus § 155 Abs. 2 Nr. 2 NKomVG i. V. m. § 4 Abs. 2 Nr. 2 RPO und bezieht sich

- in Bezug auf Finanzhilfen auf erhaltene und geleistete Zuwendungen und
- auf Schenkungen, Spenden u. ä. Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 Satz 1 NKomVG.

Erhaltene und geleistete Zuwendungen sind Finanzhilfen eines Zuwendungsgebers an einen Zuwendungsnehmer zur Erfüllung von Aufgaben seitens des Empfängers, die für laufende Zwecke, für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen, als Schuldendiensthilfen o. ä. geleistet werden können und umfassen Zuweisungen (Übertragungen innerhalb des öffentlichen Sektors) und Zuschüsse (Übertragungen vom öffentlichen Sektor an den privaten Sektor und umgekehrt).

Eine Schenkung ist eine freiwillige Zuwendung einer Person, durch die jemand aus seinem Vermögen einen anderen bereichert und beide Teile darüber einig sind, dass die Zuwendung ohne Gegenleistung, d. h. unentgeltlich erfolgt (vgl. § 516 Abs. 1 BGB).

Eine Spende ist eine freiwillige Zuwendung einer Person an einen Empfänger, ohne unmittelbare Gegenleistung seitens des Empfängers, für einen bestimmten Zweck und kann u a. in einer Geld- oder Sachleistung bestehen. Sie ist bürgerlich-rechtlich eine Schenkung im Sinne des § 516 Abs. 1 BGB und wird unter bestimmten Voraussetzungen zu einer Sonderausgabe und damit eine Spende im Sinne des Einkommensteuerrechts.

Unter ähnliche Zuwendungen fallen z. B. das Sponsoring und der Erwerb von Todes wegen. Sponsoring ist eine Zuwendung einer Person mit wirtschaftlichen Interessen an einen Empfänger und basiert grundsätzlich auf dem Prinzip von Leistung und Gegenleistung und kann in einer Geld-, Sachleistung oder Dienstleistung bestehen. Art und Umfang des Erwerbs von Todes wegen sind in § 3 ErbStG geregelt.

20.2 Erhaltene Zuwendungen

20.2.1 Vorbemerkungen

Die Stadt erhielt im Berichtsjahr investive und erfolgswirksame Zuwendungen.

Investive Zuwendungen (Investitionszuweisungen und -zuschüsse) werden auf den Konten 211 ausgewiesen und wurden i. H. v. 442 TEUR (Vorjahr: 477 TEUR) gewährt. Die korrespondierenden Zahlungen werden auf den Konten 681110 und 681900 ausgewiesen und betragen ebenfalls 442 TEUR (Vorjahr: 447 TEUR). Die bilanzielle Prüfung erfolgt im Rahmen der Jahresabschlussprüfung (vgl. Tz. 10). Für den Ausweis gilt § 42 Abs. 5 GemHKVO.

20 Zuwendungen

Die ertragswirksamen Zuwendungen umfassen:

		Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	%
311	Schlüsselzuweisungen	77.643	77.781	-138	-0,2
313	sonstige allgemeine Zuweisungen	11.838	11.725	113	1,0
314	Zuschüsse für laufende Zwecke	10.529	13.567	-3.038	-22,4
319	Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen	16.028	16.929	-901	-5,3
	Summe	116.038	120.002	-3.964	

Die korrespondierenden Zahlungen betragen:

		Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	%
611	Schlüsselzuweisungen	77.643	77.781	-138	-0,2
613	sonstige allgemeine Zuweisungen	11.838	11.725	113	1,0
614	Zuschüsse für laufende Zwecke	10.777	13.650	-2.873	-21,0
619	Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen	15.587	16.929	-1.342	-7,9
	Summe	115.845	120.085	-4.240	

Geprüft wurde die Einhaltung der für erhaltene Zuwendungen maßgeblichen Vorschriften und sie ergänzende Bestimmungen. Dies sind u. a.:

- Nds. Gesetz über den Finanzausgleich in der Fassung vom 16. Dezember 2013
- Nds. Gesetz zur Regelung der Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen in der Fassung vom 16. Dezember 2013
- Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P)
- Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften (ANBest-Gk)
- Förderrichtlinien Jugendfreiwilligendienste vom 11. April 2012
- Stiftung Sport und Kultur für Braunschweig - Allgemeine Förderbedingungen

20.2.2 Feststellungen und Erläuterungen

20.2.2.1 Investive erhaltene Zuwendungen

Über Bemerkungen, die sich im Rahmen der bilanziellen Prüfung aufgrund von Beanstandungen ergeben, die seitens des RPA zu Einwendungen führen, wird - soweit zutreffend - unter Tz. 10 berichtet.

20 Zuwendungen

20.2.2.2 Erfolgswirksame erhaltene Zuwendungen

Die Schlüsselzuweisungen (311/611) und sonstigen allgemeinen Zuweisungen (313/613) des Landes für 2014 wurden vom FB 20 geprüft. Sie entsprachen der Höhe nach dem Finanzausgleichsbescheid und formal den o. g. Vorschriften.

Die Stadt hat jedoch bezüglich der Schlüsselzuweisungen gegen den Finanzausgleichsbescheid 2014 und den Bescheid 2014 zur Feststellung der amtlichen Einwohnerzahl des Landesamtes für Statistik Niedersachsen gemäß Beschluss des VA vom 25. März 2014 hinsichtlich der Festsetzung der amtlichen Einwohnerzahl fristwahrend Klage beim Verwaltungsgericht Braunschweig erhoben. Grund hierfür war, dass die im Finanzausgleichsbescheid 2014 zugrunde gelegte Einwohnerzahl für die Bemessung der Schlüsselzuweisungen auf Basis der Einwohnerzahl des Zensus` 2011 erfolgte (Stichtag 9. Mai 2011 = 242.537 Personen) und nicht wie bisher auf Basis der Einwohnerzahl des städtischen Melderegisters (rd. 1.000 Einwohner weniger, 31. Dezember 2010 = 243.363 Einwohner, 31. Dezember 2011 = 244.806 Einwohner). Wegen zweier anhängiger Musterklagen in dieser Sache ruhen daher alle übrigen Klagen hierzu.

Die Zuschüsse für laufende Zwecke (314/614) wurden in den Fällen geprüft, in denen vom Zuwendungsgeber eine Bestätigung der ordnungsmäßigen Verwendung gefordert wurde. In diesen Fällen wurde vom RPA die ordnungsmäßige Verwendung der zur Verfügung gestellten Mittel geprüft und bestätigt.

20.3 Geleistete Zuwendungen

20.3.1 Vorbemerkungen

Die Stadt leistete im Berichtsjahr investive und erfolgswirksame Zuwendungen.

Investive Zuwendungen (Investitionszuweisungen und -zuschüsse) werden auf dem Konto 004100 ausgewiesen und wurden i. H. v. 2.756 TEUR (Vorjahr: 1.630 TEUR) gewährt. Die korrespondierenden Zahlungen werden auf dem Konto 471101 ausgewiesen und betragen ebenfalls 2.756 TEUR (Vorjahr: 1.630 TEUR). Die bilanzielle Prüfung erfolgt im Rahmen der Jahresabschlussprüfung (vgl. Tz. 10). Für den Ausweis gilt § 42 Abs. 4 GemHKVO.

Die aufwandswirksamen Zuwendungen umfassen:

		Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	Veränderungen %
4311	Zuweisungen an das Land	10.321	9.353	968	10,3
4313	Zuweisungen an Zweckverbände	1.774	1.582	192	12,1
4315	Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	28.479	8.708	19.771	>100,0
4317	Zuschuss an private Unternehmen	144	15	129	>100,0
4318	Zuschuss an übrige Bereiche	53.298	50.172	3.126	6,2
	Summe	94.016	69.830	24.186	

20 Zuwendungen

Die korrespondierenden Zahlungen betragen:

		Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	%
7311	Zuweisungen an das Land	10.321	9.353	968	10,3
7313	Zuweisungen an Zweckverbände	1.778	1.582	196	12,4
7315	Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	23.529	7.098	16.431	>100,0
7317	Zuschuss an private Unternehmen	180	59	121	>100,0
7318	Zuschuss an übrige Bereiche	54.113	49.643	4.470	9,0
	Summe	89.921	67.735	22.186	

Geprüft wurde die Einhaltung der für geleistete Zuwendungen maßgeblichen Vorschriften und sie ergänzende Bestimmungen. Dies sind u. a.:

- Staatstheatervertrag vom 19. März 1956 und ergänzende Klarstellungsvereinbarung vom 3. Februar 2011 (Land) bzw. 10. Februar 2011 (Stadt),
- die städtischen Zuwendungsrichtlinien in der Fassung vom 14. Juli 1998,
- die Sportförderrichtlinien in der Fassung vom 1. Januar 2013,
- die Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit Freier Träger in Braunschweig, Stand 1. Januar 2012,
- die Richtlinie der Stadt Braunschweig zur Förderung von Investitionen in kleineren und mittleren Unternehmen (KMU Richtlinie) vom 23. September 2009,
- die Richtlinie der Stadt Braunschweig für die Gewährung von Zuschüssen an Existenzgründer in Braunschweig vom 1. Oktober 2012,
- die Förderrichtlinien der Stadt Braunschweig für den Fachbereich Kultur in der Fassung vom 1. Januar 2008,
- Nds. Gesetz zum Bundesgesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze in der Fassung vom 19. Januar 2012,
- Bekanntmachung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung vom 12. März 2014 bezüglich der für 2014 aufzubringenden Krankenhausumlage.

20.3.2 Feststellungen und Erläuterungen

20.3.2.1 Investive geleistete Zuwendungen

Über Bemerkungen, die sich im Rahmen der bilanziellen Prüfung aufgrund von Beanstandungen ergeben, die seitens des RPA zu Einwendungen führen, wird - soweit zutreffend - unter Tz. 10 berichtet.

20 Zuwendungen

20.3.2.2 Erfolgswirksame geleistete Zuwendungen

Mit Inkrafttreten der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen aus Haushaltsmitteln der Stadt Braunschweig vom 14. Juli 1998 (städtische Zuwendungsrichtlinien) entfiel ab 1. Januar 1999 für die FB und Ref. die generelle Pflicht, dem RPA eine Übersicht über die gewährten Zuwendungen zu übersenden. Unter Hinweis auf § 5 Abs. 2 RPO wurde daraufhin mit Beginn des Haushaltsjahres 1999 mittels Verfügung des RPA vom 21. Dezember 1998 (für die FB und Ref.) eine Berichtspflicht für Zuwendungen, die mindestens 1.000,00 EUR betragen, eingeführt. Die Einhaltung dieser Berichtspflicht für Zuwendungen aus Haushaltsmitteln der Stadt an Dritte und die Einhaltung der städtischen Zuwendungsrichtlinien wurde für die einzelnen FB und Ref. geprüft. Beanstandungen, über die zu berichten wäre, haben sich - außer zu den nachfolgend aufgeführten Sachverhalten - nicht ergeben.

B Bezüglich der seitens des FB 40 im Haushaltsjahr 2013 und 2014 an Dritte geleisteten Zuwendungen wurde u. a. festgestellt, dass

- bei einem Vorgang in dem Vermerk zur Antragsprüfung nicht auf die Notwendigkeit und Angemessenheit der Zuwendung eingegangen wurde. Weiterhin wurde Ziffer 1.3 der Allgemeinen Nebenbestimmungen zur institutionellen Förderung hinsichtlich des erforderlichen Vergleichs der Eingruppierungen bzw. Vergütungen zu entsprechenden städtischen Bediensteten nicht geprüft. Laut des Zuwendungsbescheids sollte eine Fehlbedarfsfinanzierung gewährt werden. Die im Bescheid gewählte Form entsprach hingegen einer Festbetragsfinanzierung. Gemäß § 8 der städtischen Zuwendungsrichtlinien ist im Bescheid der Umfang der zuwendungsfähigen Ausgaben zu benennen. Dies ist nicht erfolgt. Bei der laut Bescheid des FB 40 beabsichtigten institutionellen Förderung wäre die Gesamteinnahme- und Gesamtausgabesituation des Zuwendungsempfängers zu prüfen. Sofern lediglich einzelne Kurse bezuschusst werden sollen, ist auf eine Projektförderung umzustellen. Die seitens des Zuwendungsempfängers gemachten Angaben zu den Personal- und Sachaufwendungen wurden durch einen vereidigten Buchprüfer „zahlenmäßig bescheinigt“, d. h. damit ist nicht klargestellt, inwieweit bzw. in welcher Höhe die angegebenen Aufwendungen zuwendungsfähig sind. Die Prüfung eines Verwendungsnachweises wird durch einen Buchprüfer lediglich ergänzt, ersetzt aber nicht eine entsprechende Prüfung nach § 15 der städtischen Zuwendungsrichtlinien, wonach diese Prüfung beim zuständigen FB bzw. Ref. verbleibt. Die Bescheinigung eines Buchprüfers kann nicht zur alleinigen Grundlage des eigenen Prüfungsvermerks gemacht werden.

- bei einem Vorgang aus Prüfungssicht kein Zuschuss im Sinne der städtischen Zuwendungsrichtlinien, sondern eine pauschale Kostenerstattung vorliegt.

- bei einem Vorgang eine Projektförderung - die mehrere Zuwendungsempfänger umfasst - nicht im Voraus beantragt wurde. Zuwendungen zur Projektförderung dürfen grundsätzlich nur für solche Vorhaben bewilligt werden, die noch nicht begonnen wurden. Die einfachen Verwendungsnachweise sind nach Ziffer 5.6. ANBest-P zugelassen, entsprachen aber nicht

20 Zuwendungen

dieser Vorschrift, da aus den zahlenmäßigen Nachweisen Tag, Empfänger bzw. Einzahler sowie Grund und Einzelbetrag jeder Zahlung ersichtlich sein müssen. In den einzelnen Verwendungsnachweisen ist zu bestätigen, dass die Ausgaben notwendig waren, dass wirtschaftlich und sparsam verfahren worden ist und dass die Angaben mit den Büchern und ggf. den Belegen übereinstimmen (Ziffer 5.8 ANBest-P). Diese Bestätigungen fehlten. Die von den Zuwendungsempfängern erstellten Verwendungsnachweise sind im März bzw. Mai 2015 beim FB 40 eingegangen. Gemäß § 15 der städtischen Zuwendungsrichtlinien hat der zuständige FB bzw. das zuständige Ref. die entsprechenden Verwendungsnachweise unverzüglich nach Eingang zu prüfen. Nach den im November 2015 vorgelegten Unterlagen wurden die Verwendungsnachweise bisher nicht durch den FB 40 geprüft.

B Bezüglich der seitens des FB 51 im Haushaltsjahr 2013 an Dritte geleisteten Zuwendungen wurde u. a. festgestellt, dass

- bei einem Vorgang im Antrag des Antragstellers auf Zuwendungen der Finanzierungsplan Finanzierungslücken aufwies und somit nicht den Kriterien der städtischen Zuwendungsrichtlinien entsprach. Des Weiteren wurden im Zuwendungsbescheid des FB 51 die zuwendungsfähigen Gesamtausgaben nicht benannt und außerdem das Besserstellungsverbot bei der Vergütung sowie die Eingruppierung der Mitarbeiter des Trägers durch FB 51 nicht geprüft.

- bei einem Vorgang zum wiederholten Male die Abrechnung von Zuwendungen im Bereich Sprachförderung Fehler aufwies und dementsprechend eine zu geringe Rückerstattung berechnet wurde. Beanstandet wurde, dass zwei vom FB 51 bescheidete Förderzeiträume als ein Förderzeitraum abgerechnet wurde und außerdem das vom FB 51 Sachkosten auch außerhalb des Förderzeitraums als förderwürdig anerkannt wurden. Die Einhaltung der städtischen Zuwendungsrichtlinien bei den Sprachförderungen ist sicherzustellen.

- bei einem Vorgang für eine Zuwendung in 2013 die Ausnahme vom Grundsatz der Vollfinanzierung nach § 3 Abs. 3 der städtischen Zuwendungsrichtlinien im Prüfungsvermerk des FB 51 nicht begründet wurde. Es ist gemäß der Zuwendungsrichtlinie durch den Zuwendungsgeber zu prüfen, ob Eigenmittel eingebracht werden können.

20.4 Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen

20.4.1 Vorbemerkungen

Die Stadt darf gemäß § 111 Abs. 7 Satz 1 NKomVG zur Erfüllung ihrer Aufgaben Spenden, Schenkungen u. ä. Zuwendungen einwerben und annehmen, oder an Dritte vermitteln, die sich an der Erfüllung von Aufgaben beteiligen. Über die entsprechende Einwerbung und Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen u. ä. Zuwendungen im obigen Sinne entscheidet entsprechend § 111 Abs. 7 NKomVG und § 25a GemHKVO zurzeit bis

- 100,00 EUR der OBM,

20 Zuwendungen

- über 100,00 EUR bis 2.000,00 EUR der VA,
- über 2.000,00 EUR der Rat.

Bei sog. Kettenzuwendungen, die mehrere Einzelzuwendungen eines Zuwendungsgebers umfassen, entscheidet vom Zeitpunkt der Überschreitung einer Wertgrenze das unter Zugrundelegung der Höhe des Gesamtwerts der Zuwendung zuständige Organ über die entsprechenden Einwerbung und Annahme oder Vermittlung einer Zuwendung (§ 25 a Abs. 3 GemHKVO).

Zu prüfen ist die Einhaltung der maßgeblichen Vorschriften und sie ergänzende Bestimmungen über eine ggf. gebotene Bilanzierung von Spenden, Schenkungen u. ä. Zuwendungen sowie das Verfahren zur Einwerbung und Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen u. ä. Zuwendungen entsprechend § 111 Abs. 7 NKomVG und § 25 a GemHKVO.

20.4.2 Feststellungen und Erläuterungen

Soweit die Bilanzierung von Spenden, Schenkungen u. ä. Zuwendungen - die auch den Erwerb von Todes wegen im Sinne des § 3 ErbStG umfassen - geboten ist, werden diese nach Meldung durch die Organisationseinheiten zentral vom FB 20 in die Anlagenbuchhaltung übernommen. In Höhe des Werts einer aktivierungspflichtigen Spende, Schenkung u. ä. Zuwendung wird korrespondierend ein entsprechender Sonderposten gebildet. Die Bewertung ist an § 45 Abs. 2 i. V. m. § 47 GemHKVO anzulehnen und für den Ausweis gilt § 42 Abs. 5 GemHKVO. Über Bemerkungen, die sich im Rahmen der bilanziellen Prüfung aufgrund von Beanstandungen ergeben, die seitens des RPA zu Einwendungen führen, wird - soweit zutreffend - unter Tz. 10 berichtet.
Über die maßgeblichen Vorschriften und das grundsätzliche Verfahren zur Vorbereitung der erforderlichen Gremienvorlagen bezüglich der Einwerbung und Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen u. ä. Zuwendungen hat der FB 20 die Organisationseinheiten der Stadt mit den Schreiben vom 18. Dezember 2009, 17. Februar 2010, 17. Februar 2011, 20. Februar 2012 und 7. Juli 2014 informiert. In den Schreiben wurden insbesondere Einzelheiten hinsichtlich der gegenüber dem FB 20 bestehenden Meldepflichten sowie der Dokumentationspflicht der Organisationseinheiten festgelegt.

Abgesehen von den genannten Schreiben existieren bei der Stadt aussagegemäß keine weiteren Regelungen, die die Anwendung und Einhaltung der maßgeblichen Vorschriften zur Rechnungslegung und über das Verfahren zur Einwerbung und Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen u. ä. Zuwendungen entsprechend § 111 Abs. 7 NKomVG und § 25 a GemHKVO sicherstellen und gewährleisten.

B Das RPA regt daher an, eine entsprechende Dienstanweisung o. ä. zu erlassen, die den Umgang mit Spenden, Schenkungen u. ä. Zuwendungen an die Stadt regelt. Es sollten hier insbesondere Regelungen bezüglich der Einwerbung und Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen u. ä. Zuwendungen getroffen werden, die auch Maßgaben für entsprechende Melde- und Dokumentationspflichten sowie für die Kontierung und Rechnungslegung, Quantifizierung von Sachspenden, Ausstellung von Spendenbescheinigungen,

20 Zuwendungen

die den steuer- und ggf. gemeinnützigkeitsrechtlichen Vorschriften entsprechen, Kontrolle der zweckentsprechenden Verwendung und Beurteilung möglicher personeller Verflechtungen enthalten. Die Dienstanweisung sollte auch Reglungen zum Umgang bzw. Verfahren bezüglich der Einwerbung und Annahme oder Vermittlung von anonymen Spenden, z. B. Spenden in Spendendosen, enthalten. Der Klarheit und Übersicht halber muss aus dem Rechnungswesen auch erkennbar sein, auf welchen Konten für die Stadt bestimmte Spenden und vermittelte (bzw. durchlaufende) Spenden, die seitens der Stadt an bestimmte Spendenempfänger weiterzuleiten sind, ausgewiesen werden. Ebenso sind Mechanismen zur Kontrolle der Vollständigkeit der von den Organisationseinheiten zu meldenden Spenden, Schenkungen u. ä. Zuwendungen sowie - soweit die erforderlichen Gremienbeschlüsse gefasst worden sind - zur entsprechenden Eingangskontrolle der Spenden, Schenkungen u. ä. Zuwendungen zu berücksichtigen.

Die Stadt hat gemäß § 111 Abs. 7 Satz 4 NKomVG jährlich einen Bericht zu erstellen, in dem die Zuwendungsgeber, die Zuwendungen und die Zuwendungszwecke anzugeben sind und ihn an die Kommunalaufsichtsbehörde zu übersenden. Auf Basis einer dafür vom FB 20 eingerichteten Datenbank ergeben sich für eingeworbene und angenommene oder vermittelte Spenden, Schenkungen u. ä. Zuwendungen zusammengefasst für 2014 folgende Ergebnisse:

	Summe		davon ≤ 100,00		davon 100,00 < x ≤ 2.000,00		davon > 2.000,00		davon Sachspenden	
FB/Ref.	Anzahl	EUR	Anzahl	EUR	Anzahl	EUR	Anzahl	EUR	Anzahl	EUR
FB 10	36	2.288,29	32	1.517,00	4	771,29	0	0,00	7	858,29
FB 20	3	47.980,00	0	0,00	1	480,00	2	47.500,00	0	0,00
FB 37	147	30.041,25	84	5.886,01	62	21.855,24	1	2.300,00	6	2.081,97
FB 40	378	449.133,20	97	5.146,10	224	148.743,21	57	295.243,89	106	122.331,28
FB 41	47	132.660,00	8	370,00	23	15.402,00	16	116.888,00	23	11.042,00
Ref. 0412	4	5.100,00	1	100,00	3	5.000,00	0	0,00	1	2.000,00
Ref. 0413	31	79.180,00	16	1.100,00	10	5.200,00	5	72.880,00	8	1.720,00
Ref. 0414	1	8.000,00	0	0,00	0	0,00	1	8.000,00	0	0,00
FB 51	59	114.780,30	10	728,55	42	29.366,70	7	84.685,05	15	6.824,55
Ref. 0500	13	1.231.823,38	0	0,00	1	415,00	12	1.231.408,38	0	0,00
Ref. 0600	1	125,00	0	0,00	1	125,00	0	0,00	0	0,00
Ref. 0610	2	45.500,00	0	0,00	0	0,00	2	45.500,00	0	0,00
FB 66	27	58.730,64	1	100,00	22	10.860,00	4	47.770,64	24	37.540,64
FB 67	1	200,00	0	0,00	1	200,00	0	0,00	0	0,00
Summe	750	2.205.542,06	249	14.947,66	394	238.418,44	107	1.952.175,96	190	184.398,73

Die in der obigen Tabelle in der Zeile „Summen“ aufgeführten Werte teilen sich bezüglich der eingeworbenen und angenommenen Zuwendungen an die Stadt und vermittelte Zuwendungen an Dritte wie folgt auf:

	Summe		davon ≤ 100,00		davon 100,00 < x ≤ 2.000,00		davon > 2.000,00		davon Sachspenden	
Stadt	651	772.325,85	242	14.486,16	329	204.447,16	80	553.393,53	142	110.698,31
Dritte	99	1.433.216,21	7	461,50	65	33.971,28	27	1.398.782,43	48	73.700,42
Summe	750	2.205.542,06	249	14.947,66	394	238.418,44	107	1.952.175,96	190	184.398,73

21 Sonderprüfungen

21.1 Vorbemerkungen

Unter Sonderprüfungen fallen Aufträge zur Prüfung der Verwaltung entsprechend § 154 Abs. 1 Satz 2 NKomVG sowie Prüfungen, die auf Anregung der Verwaltungsführung vorgenommen werden, und Prüfungen, die einmalig aus gebotenem Anlass erfolgen und sich insoweit nicht wiederholen.

21.2 Feststellungen und Erläuterungen

Sonderprüfungen im oben beschriebenen Sinne wurden im bzw. für das Berichtsjahr nicht durchgeführt.

22 Sonstige Prüfungen

22.1 Zweckverband Großraum Braunschweig

22.1.1 Vorbemerkungen

Durch das Gesetz vom 27. November 1991 ist der Zweckverband Großraum Braunschweig (ZGB) gebildet worden.

Nach § 11 Abs. 2 der Verbandsordnung erfolgt die örtliche Prüfung des ZGB nach Maßgabe der §§ 155 und 156 NKomVG durch das RPA der Stadt Braunschweig.

22.1.2 Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2013

Gegenstand der Prüfung war der seitens des ZGB entsprechend § 128 Abs. 1 NKomVG unter Beachtung der GoB aufzustellende Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 mit seinen Bestandteilen gemäß § 128 Abs. 2 und 3 NKomVG.

Nach dem Ergebnis der Prüfung hat das RPA gegen die Buchführung und den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 des ZGB keine wesentlichen Einwendungen erhoben und dazu mit Datum vom 19. August 2015 dem ZGB einen Bericht mit der Prüfungsaussage vorgelegt, dass seitens des RPA keine Bedenken bestehen, dass die Verbandsversammlung des ZGB entsprechend § 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG i. V. m. § 5 der Verbandsordnung über den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 beschließt und dem Verbandsdirektor Entlastung erteilt.

Auf dieser Basis hat die Verbandsversammlung des ZGB am 8. Oktober 2015 über den Jahresabschluss 2013 beschlossen und dem Verbandsdirektor Entlastung erteilt.

22.2 Regionalbahnfahrzeuge Großraum Braunschweig (RGB)

22.2.1 Vorbemerkungen

Die RGB ist handelsrechtlich am 16. April 2012 durch Eintragung in das Handelsregister (Amtsgericht Braunschweig, HRB 203530) gegründet worden. Alleiniger Gesellschafter der RGB ist der Zweckverband Großraum Braunschweig.

Die RGB erfüllt im Berichtsjahr wie im Vorjahr die in § 267 Abs. 1 HGB festgelegten Größenmerkmale einer kleinen Kapitalgesellschaft. Der Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und der Lagebericht der RGB sind somit nicht nach § 267 Abs. 4 HGB i. V. m. § 316 Abs. 1 Satz 1 HGB prüfungspflichtig.

Eine Pflicht zur Prüfung des Jahresabschlusses der RGB, die in die Zuständigkeit des RPA der Stadt Braunschweig fällt, ergibt sich aus § 8 Abs. 3 Satz 2 i. V. m. Satz 1 Gesellschaftsvertrag sowie § 158 Abs. 1 Satz 1 i. V. m. § 157 NKomVG. Danach ist die Jahresabschlussprüfung bei der RGB nach den Vorschriften über die Jahresabschlussprüfung bei Eigenbetrieben durchzuführen.

22 Sonstige Prüfungen

22.2.2 Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2014

Die Jahresabschlussprüfung 2014 entsprechend § 29 EigBetrVO erfolgte in Anwendung der in den §§ 19 bis 24 EigBetrVO genannten handelsrechtlichen Vorschriften und sie ergänzenden Bestimmungen.

Nach dem Ergebnis der Jahresabschlussprüfung 2014 hat das RPA gegen die Buchführung, den Jahresabschluss und den Lagebericht sowie die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung der RGB, die wirtschaftliche Führung der RGB und die wirtschaftlichen Verhältnisse der RGB für das am 31. Dezember 2014 endende Geschäftsjahr keine Einwendungen erhoben.

Mit Bericht vom 3. September 2015 hat das RPA einen uneingeschränkten Prüfungsvermerk entsprechend § 32 Abs. 2 Satz 1 EigBetrVO erteilt.

22.3 Jüdel-Stiftung in Braunschweig

Entsprechend § 11 Abs. 3 Satz 2 der Satzung der Jüdel-Stiftung vom 1. Februar 1995 hat das RPA die Jahresrechnung 2014 der Jüdel-Stiftung geprüft.

Beanstandungen haben sich bei der Prüfung der Jahresrechnung 2014 der Jüdel-Stiftung nicht ergeben.

Mit Bericht vom 13. Mai 2015 hat das RPA die Ordnungsmäßigkeit und Richtigkeit der Jahresrechnung 2014 der Jüdel-Stiftung bestätigt.

22.4 Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Braunschweig e. V. (VWA)

Gemäß § 11 Abs. 2 der Satzung der Verwaltungs- und Wirtschafts-Akademie Braunschweig e. V. hat die Prüfung der Jahresrechnung durch ein Rechnungsprüfungsamt eines Mitglieds aus dem kommunalen Bereich oder durch ein Wirtschaftsprüfungsunternehmen zu erfolgen. Seit Beginn des Wirtschaftsjahres 2006/2007 erfolgt die Buchführung der Verwaltungs- und Wirtschafts-Akademie Braunschweig e. V. auf kaufmännischer Basis und es wird statt einer Jahresrechnung ein Jahresabschluss aufgestellt.

Die Stadt Braunschweig ist Mitglied der Verwaltungs- und Wirtschafts-Akademie Braunschweig e. V. und das RPA der Stadt Braunschweig führt die vorgesehene Prüfung seit dem Wirtschaftsjahr 2004/2005 durch.

Die Prüfung des Jahresabschlusses 2014/2015 hat zu keinen Beanstandungen geführt.

Mit Bericht vom 15. Oktober 2015 hat das RPA die Ordnungsmäßigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2014/2015 der Verwaltungs- und Wirtschafts-Akademie Braunschweig e. V. bestätigt.

23 Prüfungsvermerk

Entsprechend § 156 Abs. 3 NKomVG fasst das RPA die Ergebnisse der Prüfungen des Jahresabschlusses 2014 wie folgt zusammen:

Prüfungsvermerk zum Jahresabschluss 2014:
„Der seitens der Stadt im Sinne des § 128 Abs. 1 NKomVG nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung klar und übersichtlich aufgestellte Jahresabschluss mit seinen Bestandteilen gemäß § 128 Abs. 2 NKomVG, bestehend aus Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Bilanz und Anhang sowie die dem Anhang gemäß § 128 Abs. 3 NKomVG beigefügten Bestandteile, entspricht nach den bei der zuvor dargelegten pflichtgemäßen Prüfung gewonnenen Erkenntnissen den geltenden kommunalrechtlichen haushalts- und rechnungslegungsbezogenen Vorschriften (NKomVG und GemHKVO) und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen.

Es bestehen keine Bedenken, dass der Rat der Stadt gemäß § 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG über den Jahresabschluss beschließt und dem Oberbürgermeister Entlastung erteilt.“

Braunschweig, 5. Februar 2016

Stadt Braunschweig
-Rechnungsprüfungsamt-

Ehlert

Absender:
Fraktion BIBS im Rat der StadtFraktion der Piratenpartei im Rat der StadtRosenba

16-02169
Antrag (öffentlich)

Betreff:
Änderungsantrag zu TOP 10 (16-01681)

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	02.05.2016

Beratungsfolge:		*Status*
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	03.05.2016	Ö

Beschlussvorschlag:
Der Jahresabschluss 2014 wird hinsichtlich der Kennzahlen zur Pro-Kopf-Verschuldung geändert: Gemäß Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes sind die kreditähnlichen Rechtsgeschäfte nicht erst zum Jahresabschluss 2015, sondern bereits im Jahresabschluss 2014 abzubilden.

Begründung:

Im Erlass des niedersächsischen Innenministeriums vom 21.07.2014 heißt es:

"Die Kommune hat die aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften bestehenden Finanzierungsverpflichtungen vollständig im Haushaltsplan abzubilden. Im Vorbericht zum Haushaltsplan (§6 GemHKVO) ist deshalb die Höhe der Belastungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften (insbesondere PPP, Immobilien-Leasing) für die folgenden Jahre aufzuführen.

Entsprechendes gilt für den Jahresabschluss. In der Schuldenübersicht sind auch die Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften anzugeben."

Anlagen:
keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

16-01398
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Beschluss über den Jahresabschluss 2014 des Pensionsfonds der Stadt Braunschweig gem. §§ 129,130 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat II 10 Fachbereich Zentrale Dienste	23.02.2016

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	21.04.2016	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	26.04.2016	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	03.05.2016	Ö

Beschluss:
„1. Nach Feststellung der Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses des Sondervermögens Pensionsfonds durch Herrn Stadtrat Ruppert als Leiter gem. § 129 Abs. 1 NKomVG und aufgrund des Bestätigungsvermerkes des Rechnungsprüfungsamtes im Schlussbericht für das Haushaltsjahr 2014 wird der Jahresabschluss 2014 beschlossen.

2. Im Rahmen des Beschlusses über den Jahresabschluss 2014 wird folgende Genehmigung erteilt:

Der Jahresüberschuss des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2014 in Höhe von **4.213.015,86 €** wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2015 vorgetragen und dann gem. § 110 Abs. 7 NKomVG der zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt."

Sachverhalt:

Sachverhalt/Begründung/finanzielle Auswirkung:

1. Allgemeines

1.1 Durch Beschluss des Rates vom 5. Oktober 1999 wurde der rechtlich unselbständige „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig" mit Wirkung vom 1. Januar 2000 errichtet. Durch den „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig" soll die dauerhafte Finanzierung der Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie deren Hinterbliebenen, soweit das Beamtenverhältnis auf Probe nach dem 31. Dezember 1999 begründet worden ist, sichergestellt werden.

Es handelt sich hierbei um ein Sondervermögen nach § 130 Abs. 1 Nr. 5 NKomVG, für das ein besonderer Haushaltsplan aufgestellt wird (Abschnitt XIII. des Haushaltsplanes 2014). Daher sind die Vorschriften der Haushaltswirtschaft anzuwenden (§ 130 Abs. 4 NKomVG). Für jedes Haushaltsjahr ist ein Jahresabschluss im Sinne des § 128 Abs. 1 bis 3 NKomVG nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung klar und übersichtlich aufzustellen. Der Jahresabschluss besteht aus einer Ergebnisrechnung, einer Finanzrechnung, einer Bilanz und einem Anhang. Dem Anhang sind ein Rechenschaftsbericht sowie eine Forderungs- und eine

Schuldenübersicht beigefügt. Eine Anlagenübersicht wurde nicht erstellt. Die entsprechenden Unterlagen sind als Anlage 1 dieser Vorlage beigefügt.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 weist eine Bilanzsumme von rund **30,57 Mio. €** aus. Die Nettoposition beträgt ebenfalls rund **30,57 Mio. €**.

1.2 Für den vorhandenen Bestand im Sondervermögen besteht aufgrund versicherungsmathematischer Berechnungen der Fa. Heubeck AG bei dem verwendeten Realzins derzeit ein Nachfinanzierungsbedarf i. H. v. rund **2.450.000,00 €** (Vorjahr: **3.200.000,00 €**). Dies begründet sich insbesondere durch die aktuelle Zinssituation. Die angenommenen Zinserträge können nicht erwirtschaftet werden. Die Verringerung des Fehlbetrages gegenüber dem Vorjahr konnte insbesondere durch eine überplanmäßige Zuführung i. H. v. **623.477,39 €** erreicht werden (Ratsbeschluss vom 27. November 2014; zusätzliche Erträge nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag). Darüber hinaus wurde bei der Ermittlung der Prämien und des Teilwertes nunmehr das rechnungsmäßige Pensionierungsalter mit der jeweils gesetzlichen Altersgrenze angesetzt. Bisher wurde das Pensionierungsalter (mit Ausnahme bei den Feuerwehrbeamten) ausnahmslos mit 65 Jahren angenommen. Der zusätzliche Bedarf muss nicht sofort ausgeglichen werden. Die Ausfinanzierung der Deckungslücke erfolgt durch eine Zuführung von Sonderbeiträgen. Zum schnelleren Ausgleich wurde auch im Haushaltsjahr 2015 eine zusätzliche Zuführung in Höhe von 950.000 € vorgenommen, weitere Zuführungen sind ab dem Haushaltsjahr 2018 vorgesehen.

1.3 Den Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2014 hat das Rechnungsprüfungsamt in analoger Anwendung des § 155 Abs. 1 NKomVG geprüft und seine Bemerkungen im Schlussbericht vom 5. Februar 2016 (Auszug s. Anlage 2) zusammengefasst. Es wird bestätigt, dass der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Pensionsfonds vermittelt.

2. Ergebnis des Jahresabschlusses 2014

2.1 Ergebnisrechnung

	Ergebnisrechnung		Abweichungen	
	Nach dem Ansatz	Nach dem Ergebnis	Absolut	Relativ
	-in Euro-	-in Euro-	-in Euro-	in v. H.
Ordentliche Erträge	3.900.700,00	4.428.032,82	527.332,82	13,52
Ordentliche Aufwendungen	300.100,00	215.016,96	-85.083,04	-28,35
Ordentliches Ergebnis Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	**3.600.600,00**	**4.213.015,86**	**612.415,86**	**17,01**
Jahresergebnis Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**3.600.600,00**	**4.213.015,86**	**612.415,86**	**17,01**

Nach der Ergebnisrechnung 2014 des Sondervermögens ergibt sich durch Mehrerträge in Höhe von **527.332,82 €** und Minderaufwendungen in Höhe von **85.083,04 €** eine Verbesserung des Jahresergebnisses in Höhe von **612.415,86 € (17,01 v. H.).** Der Jahresüberschuss in Höhe von **4.213.015,86 €** ist auf Rechnung des Haushaltsjahres 2015 vorzutragen und dann gem. § 110 Abs. 7 NKomVG den Überschussrücklagen zuzuführen.

Die Ergebnisverbesserung i. H. v. 17,01 v. H. konnte insbesondere durch die überplanmäßige Zuführung (vgl. Nr. 1.2) erreicht werden.

2.2 Finanzrechnung

	Nach dem / der		Abweichungen	
	Finanzhaushalt	Finanzrechnung	Absolut	Relativ
	-in Euro-	-in Euro-	-in Euro-	in v. H.
Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.900.700,00	4.407.592,08	506.892,08	13,00
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	300.100,00	215.016,96	-85.083,04	-28,35
Finanzmittelbestand	3.600.600,00	4.192.575,12	591.975,12	16,44
Finanzmittelveränderung	**3.600.600,00**	**4.192.575,12**	**591.975,12**	**16,44**
Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Jahres	26.204.834,00	26.293.574,98	88.740,98	0,33
Zahlungsmittelbestand am Ende des Jahres	**29.805.434,00**	**30.486.150,10**	**680.716,10**	**2,28**

Im Finanzhaushalt 2014 des Sondervermögens war eine Finanzmittelveränderung, d. h. eine Erhöhung des Bestandes an Zahlungsmitteln, in Höhe von **3.600.600,00 €** geplant. In der Finanzrechnung ergibt sich durch Mehreinzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von **506.892,08 €** und Minderauszahlungen in Höhe von **85.083,04 €** eine Ergebnisverbesserung in Höhe von **591.975,12 €**.

Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2014 wurden durch den Leiter des Sondervermögens festgestellt (Anlage 3).

Ruppert

Anlage/n:

Pensionsfonds JA 2014
Schlussbericht RPA
Feststellung Jahresabschluss 2014 durch den Leiter

Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

Jahresabschluss 2014

Jahresabschluss Pensionsfonds zum 31. Dezember 2014

Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

Jahresabschluss 2014

Inhaltsverzeichnis Jahresabschluss

I Gesamt-Ergebnisrechnung

II Gesamt-Finanzrechnung

III Bilanz

1. Komprimierte Bilanz
2. Bilanz

IV Anhang

1. Erläuterungen
2. Rechenschaftsbericht
3. Schuldenübersicht
4. Forderungsübersicht

Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

Jahresabschluss 2014

I. Gesamt-Ergebnisrechnung

1. einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

2. einschließlich Plananpassungen

Jahresabschluss 2014
Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

Gesamt-Ergebnisrechnung einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2013** - Euro -	**Ergebnis 2014** - Euro -	**Ansätze 2014** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	3.329.000,00	3.380.000,00	3.380.000,00	0,00	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	-
6	Privatrechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	168.714,19	124.555,43	220.700,00	-96.144,57	-
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	201.000,00	923.477,39	300.000,00	623.477,39	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**3.698.714,19**	**4.428.032,82**	**3.900.700,00**	**527.332,82**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Aufwendungen für aktives Personal	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	82.051,19	215.016,96	300.100,00	-85.083,04	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**82.051,19**	**215.016,96**	**300.100,00**	**-85.083,04**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)**	**3.616.663,00**	**4.213.015,86**	**3.600.600,00**	**612.415,86**	**-**
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)		**3.616.663,00**	**4.213.015,86**	**3.600.600,00**	**612.415,86**	**-**

Jahresabschluss 2014
Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

Gesamt-Ergebnisrechnung einschließlich Plananpassungen

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2013 - Euro -	Ansätze 2014 - Euro -	Über- u. außerplanm. Bewillig. - Euro -	Reste aus Vorjahr - Euro -	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit - Euro -	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6) - Euro -	Ergebnis 2014 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge								
1 Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	3.329.000,00	3.380.000,00	0,00	0,00	0,00	3.380.000,00	3.380.000,00	0,00
3 Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4 Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5 Öffentlich-rechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6 Privatrechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8 Zinsen und ähnliche Finanzerträge	168.714,19	220.700,00	0,00	0,00	0,00	220.700,00	124.555,43	-96.144,57
9 Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10 Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11 Sonstige ordentliche Erträge	201.000,00	300.000,00	0,00	0,00	0,00	300.000,00	923.477,39	623.477,39
12 Summe ordentliche Erträge	**3.698.714,19**	**3.900.700,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**3.900.700,00**	**4.428.032,82**	**527.332,82**
Ordentliche Aufwendungen								
13 Aufwendungen für aktives Personal	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14 Aufwendungen für Versorgung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16 Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
17 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18 Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19 Sonstige ordentliche Aufwendungen	82.051,19	300.100,00	0,00	0,00	0,00	300.100,00	215.016,96	-85.083,04
20 Summe ordentliche Aufwendungen	**82.051,19**	**300.100,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**300.100,00**	215.016,96	**-85.083,04**
21 Ordentliches Ergebnis (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)**	**3.616.663,00**	**3.600.600,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**3.600.600,00**	**4.213.015,86**	**612.415,86**
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen								
22 Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23 Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24 Außerordentliches Ergebnis (Zeilen 22 - 23)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**3.616.663,00**	**3.600.600,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**3.600.600,00**	**4.213.015,86**	**612.415,86**

Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

Jahresabschluss 2014

II. Gesamt-Finanzrechnung

1. einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

2. einschließlich Plananpassungen

Jahresabschluss 2014
Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

Gesamt-Finanzrechnung einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2013 - Euro -	Ergebnis 2014 - Euro -	Ansätze 2014 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	3.329.000,00	3.380.000,00	3.380.000,00	0,00	-
3	Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
4	Öffentlich-rechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Privatrechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	-
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
7	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	229.392,44	104.114,69	220.700,00	-116.585,31	-
8	Einz. aus Veräuß. geringwert. Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	201.000,00	923.477,39	300.000,00	623.477,39	-
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**3.759.392,44**	**4.407.592,08**	**3.900.700,00**	**506.892,08**	**-**
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
11	Auszahlungen für aktives Personal	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	Auszahlungen für Versorgung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für geringwertige Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	82.051,19	215.016,96	300.100,00	-85.083,04	0,00
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**82.051,19**	**215.016,96**	**300.100,00**	**-85.083,04**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**3.677.341,25**	**4.192.575,12**	**3.600.600,00**	**591.975,12**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**

Jahresabschluss 2014
Pensionsfonds der Stadt Braunschweig **Gesamt-Finanzrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2013 - Euro -	Ergebnis 2014 - Euro -	Ansätze 2014 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	-
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**3.677.341,25**	**4.192.575,12**	**3.600.600,00**	**591.975,12**	-
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	-
37	**Finanzmittelbestand** (Saldo Zeilen 33 und 36)	**3.677.341,25**	**4.192.575,12**	**3.600.600,00**	**591.975,12**	-
Haushaltsunwirksame Ein- u. Auszahlungen (u. a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)						
38	Haushaltsunwirksame Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
39	Haushaltsunwirksame Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
40	**Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen** (Saldo Zeilen 38 und 39)	**0,00**	**0,00**	**0,00**		
Zahlungsmittelbestand (Liquide Mittel)						
41	**Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Jahres**	**22.616.233,73**	**26.293.574,98**	**26.204.834,00**		
42	**Zahlungsmittelbestand am Ende des Jahres** (Summe Zeilen 37, 40 und 41)	**26.293.574,98**	**30.486.150,10**	**29.805.434,00**		

Jahresabschluss 2014
Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

Gesamt-Finanzrechnung einschließlich Plananpassungen

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2013** - Euro -	**Ansätze 2014** - Euro -	**Über- u. außerplanm. Bewillig.** - Euro -	**Reste aus Vorjahr** - Euro -	**Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit** - Euro -	**Verfügbar 2014** (Sp. 3 bis 6) - Euro -	**Ergebnis 2014** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	3.329.000,00	3.380.000,00	0,00	0,00	0,00	3.380.000,00	3.380.000,00	0,00
3	Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	Öffentlich-rechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Privatrechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	229.392,44	220.700,00	0,00	0,00	0,00	220.700,00	104.114,69	-116.585,31
8	Einz. aus Veräuß. geringwert. Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	201.000,00	300.000,00	0,00	0,00	0,00	300.000,00	923.477,39	623.477,39
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**3.759.392,44**	**3.900.700,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**3.900.700,00**	**4.407.592,08**	**506.892,08**
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
11	Auszahlungen für aktives Personal	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	Auszahlungen für Versorgung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für geringwertige Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	82.051,19	300.100,00	0,00	0,00	0,00	300.100,00	215.016,96	-85.083,04
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**82.051,19**	**300.100,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**300.100,00**	**215.016,96**	**-85.083,04**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**3.677.341,25**	**3.600.600,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**3.600.600,00**	**4.192.575,12**	**591.975,12**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit									
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Jahresabschluss 2014
Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

Gesamt-Finanzrechnung einschließlich Plananpassungen

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2013 - Euro -	Ansätze 2014 - Euro -	Über- u. außerplanm. Bewillig. - Euro -	Reste aus Vorjahr - Euro -	Ausgleich aus Deckungs-fähigkeit - Euro -	Verfügbar 2014 (Sp. 3 bis 6) - Euro -	Ergebnis 2014 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Auszahlungen für Investitionstätigkeit									
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**3.677.341,25**	**3.600.600,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**3.600.600,00**	**4.192.575,12**	**591.975,12**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit									
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
37	**Finanzmittelbestand** (Saldo Zeilen 33 und 36)	**3.677.341,25**	**3.600.600,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**3.600.600,00**	**4.192.575,12**	**591.975,12**
Haushaltsunwirksame Ein- u. Auszahlungen (u. a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)									
38	Haushaltsunwirksame Einzahlungen	0,00	0,00					0,00	0,00
39	Haushaltsunwirksame Auszahlungen	0,00	0,00					0,00	0,00
40	**Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen** (Saldo Zeilen 38 und 39)	**0,00**	**0,00**					**0,00**	
Zahlungsmittelbestand (Liquide Mittel)									
41	**Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Jahres**	**22.616.233,73**	**26.204.834,00**					**26.293.574,98**	
42	**Zahlungsmittelbestand am Ende des Jahres** (Summe Zeilen 37, 40 und 41)	**26.293.574,98**	**29.805.434,00**					**30.486.150,10**	

Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

Jahresabschluss 2014

III. Bilanz (§ 54 GemHKVO)

1. Komprimierte Bilanz

2. Bilanz

Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

Schlussbilanz zum 31. Dezember 2014

Aktiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -
1. Immaterielles Vermögen	0,00	0,00	1. Nettoposition		
			1.1 Basis-Reinvermögen	6.113.675,51	6.113.675,51
2. Sachvermögen	0,00	0,00	1.2 Rücklagen	16.627.089,85	20.243.752,85
			1.3 Jahresergebnis	3.616.663,00	4.213.015,86
3. Finanzvermögen	63.853,38	84.294,12	1.4 Sonderposten	0,00	0,00
				26.357.428,36	30.570.444,22
4. Liquide Mittel	26.293.574,98	30.486.150,10			
			2. Schulden		
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00	2.1 Geldschulden		
			davon		
			2.1.1 Liquiditätskredite	0,00	0,00
			2.1.2 Geldschulden (ohne Liquiditätskredite)	0,00	0,00
				0,00	0,00
			2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00
			2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0,00	0,00
			2.4 Transferverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.5 Sonstige Verbindlichkeiten	0,00	0,00
				0,00	0,00
			3. Rückstellungen	0,00	0,00
			4. Passive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00
Bilanzsumme	**26.357.428,36**	**30.570.444,22**	**Bilanzsumme**	**26.357.428,36**	**30.570.444,22**

Braunschweig, 20. OKT. 2015

Stadtrat

Schlussbilanz zum 31. Dezember 2014

Aktiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -
1. Immaterielles Vermögen			**1. Nettoposition**		
1.1 Konzessionen	0,00	0,00	1.1 Basis-Reinvermögen		
1.2 Lizenzen	0,00	0,00	1.1.1 Reinvermögen	6.113.675,51	6.113.675,51
1.3 Ähnliche Rechte	0,00	0,00	1.1.2 Sollfehlbetrag aus kameralem Abschluss (Minusbetrag)	0,00	0,00
1.4 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	0,00	0,00		6.113.675,51	6.113.675,51
1.5 Aktivierter Umstellungsaufwand	0,00	0,00			
1.6 Sonstiges immaterielles Vermögen	0,00	0,00	1.2 Rücklagen		
	0,00	0,00	1.2.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	16.627.089,85	20.243.752,85
			1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	0,00	0,00
2. Sachvermögen			1.2.3 (nicht besetzt) *)		
2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	0,00	0,00	1.2.4 Zweckgebundene Rücklagen	0,00	0,00
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	0,00	0,00	1.2.5 Sonstige Rücklagen	0,00	0,00
2.3 Infrastrukturvermögen	0,00	0,00		16.627.089,85	20.243.752,85
2.4 Bauten auf fremden Grundstücken	0,00	0,00			
2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	0,00	0,00	1.3 Jahresergebnis		
2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	0,00	0,00	1.3.1 Fehlbeträge aus Vorjahren	0,00	0,00
2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere	0,00	0,00	1.3.2 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag mit Angabe des Betrages der Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen	3.616.663,00	4.213.015,86
2.8 Vorräte	0,00	0,00		3.616.663,00	4.213.015,86
2.9 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	0,00	0,00			
	0,00	0,00	1.4 Sonderposten		
3. Finanzvermögen			1.4.1 Investitionszuweisungen und -zuschüsse	0,00	0,00
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	1.4.2 Beiträge und ähnliche Entgelte	0,00	0,00
3.2 Beteiligungen	0,00	0,00	1.4.3 Gebührenausgleich	0,00	0,00
3.3 Sondervermögen mit Sonderrechnung	0,00	0,00	1.4.4 Bewertungsausgleich	0,00	0,00
3.4 Ausleihungen	0,00	0,00	1.4.5 Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	0,00	0,00
3.5 Wertpapiere	0,00	0,00	1.4.6 Sonstige Sonderposten	0,00	0,00
3.6 Öffentlich-rechtliche Forderungen	0,00	0,00		0,00	0,00
3.7 Forderungen aus Transferleistungen	0,00	0,00			
3.8 Sonstige privatrechtliche Forderungen	0,00	0,00		26.357.428,36	30.570.444,22
3.9 Sonstige Vermögensgegenstände	63.853,38	84.294,12			
	63.853,38	84.294,12			

*) Da eine Vermögenstrennung nicht vorgenommen wird, bleibt die Position 1.2.3 gem. § 54 Abs. 4 S. 2 GemHKVO frei.

1189 von 1411 in Zusammenstellung

TOP 11.

Schlussbilanz zum 31. Dezember 2014

Aktiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -
4. Liquide Mittel	26.293.574,98	30.486.150,10
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00

Passiva		31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -
2.	Schulden		
2.1	Geldschulden		
2.1.1	Anleihen	0,00	0,00
2.1.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	0,00	0,00
2.1.3	Liquiditätskredite	0,00	0,00
2.1.4	Sonstige Geldschulden	0,00	0,00
		0,00	0,00
2.2	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00
2.3	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0,00	0,00
2.4	Transferverbindlichkeiten		
2.4.1	Finanzausgleichverbindlichkeiten	0,00	0,00
2.4.2	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke	0,00	0,00
2.4.3	Verbindlichkeiten aus Schuldendiensthilfen	0,00	0,00
2.4.4	Soziale Leistungsverbindlichkeiten	0,00	0,00
2.4.5	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen/Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00
2.4.6	Steuerverbindlichkeiten	0,00	0,00
2.4.7	Andere Transferverbindlichkeiten	0,00	0,00
		0,00	0,00
2.5	Sonstige Verbindlichkeiten		
2.5.1	Durchlaufende Posten		
2.5.1.1	Verrechnete Mehrwertsteuer	0,00	0,00
2.5.1.2	Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer	0,00	0,00
2.5.1.3	Sonstige durchlaufende Posten	0,00	0,00
		0,00	0,00
2.5.2	Abzuführende Gewerbesteuer	0,00	0,00
2.5.3	Empfangene Anzahlungen	0,00	0,00
2.5.4	Andere sonstige Verbindlichkeiten	0,00	0,00
		0,00	0,00
		0,00	0,00

1190 von 1411 in Zusammenstellung

TOP 11.

Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

Schlussbilanz zum 31. Dezember 2014

Aktiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -
			3. Rückstellungen		
			3.1 Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	0,00	0,00
			3.2 Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen	0,00	0,00
			3.3 Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	0,00	0,00
			3.4 Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien	0,00	0,00
			3.5 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	0,00	0,00
			3.6 Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen	0,00	0,00
			3.7 Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	0,00	0,00
			3.8 Andere Rückstellungen	0,00	0,00
				0,00	0,00
			4. Passive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00
Bilanzsumme	26.357.428,36	30.570.444,22	Bilanzsumme	26.357.428,36	30.570.444,22

Braunschweig, 20. OKT. 2015

Stadtrat

1191 von 1411 in Zusammenstellung

Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

Jahresabschluss 2014

IV. Anhang

1. Erläuterungen
2. Rechenschaftsbericht
3. Schuldenübersicht
4. Forderungsübersicht

1. ERLÄUTERUNGEN

1. Allgemeine Erläuterungen

Beim Pensionsfonds der Stadt Braunschweig handelt es sich um ein Sondervermögen nach § 130 Abs. 1 Nr. 5 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG), für das gemäß § 130 Abs. 4 Satz 1 NKomVG ein besonderer Haushaltsplan aufgestellt wurde. Nach § 130 Abs. 4 Satz 2 sind in diesem Fall die Vorschriften des Achten Teils des NKomVG (Kommunalwirtschaft), Erster Abschnitt (§§ 110 bis 129 Haushaltswirtschaft), anzuwenden.
Gem. § 128 NKomVG ist für jedes Haushaltsjahr ein Jahresabschluss aufzustellen. Der Jahresabschluss besteht aus einer Ergebnisrechnung, einer Finanzrechnung, einer Bilanz und einem Anhang. Dem Anhang sind ein Rechenschaftsbericht sowie eine Forderungs- und eine Schuldenübersicht beigefügt. Die beiden Übersichten enthalten keine Werte, da - anders als im Haushaltsjahr 2011 - in den Haushaltsjahren 2013 und 2014 weder Forderungen noch Schulden bestanden.

Die gem. § 178 Abs. 3 NKomVG verbindlich vorgegebenen Muster wurden für die Bilanz des Pensionsfonds verwendet. Eine Anlagenübersicht wurde dabei nicht erstellt.

2. Gliederungsgrundsätze

Die Gliederung der Schlussbilanz erfolgte unter Verwendung der verbindlichen Muster nach den in § 54 Abs. 2 und 4 Gemeindehaushalts- und -kassenverordnung (GemHKVO) vorgeschriebenen Gliederungsschemata.

3. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Bewertung des Vermögens erfolgte gem. § 124 Abs. 4 NKomVG i. V. m. §§ 42 ff. GemHKVO.

4. Erläuterung der wesentlichen Bilanzpositionen und der darauf angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

4.1. Finanzvermögen

Die dem Jahr 2014 zuzurechnenden Zinsen i. H. v. **TEUR 84** für die Festgeldanlagen bis zum Jahr 2015 wurden abgegrenzt und unter dem Finanzvermögen ausgewiesen.

4.2. Liquide Mittel

Die liquiden Mittel umfassen nahezu 100 Prozent der Bilanzsumme des Pensionsfonds.

Ansatz und Bewertung erfolgten zum Nominalwert (Buch- bzw. Zählbestand).

Die bestehende Liquidität des Pensionsfonds zum Stichtag der Schlussbilanz betrug **TEUR 30.486**.

4.3. Nettoposition

Die Nettoposition umfasst mit **TEUR 30.570** 100 Prozent der Bilanzsumme des Pensionsfonds.

4.4. Schulden und Forderungen

Die Gesamtabrechnung des Pensionsfonds erfolgte bereits im Dezember 2014. Daher wurden weder Schulden noch Forderungen ausgewiesen.

5. Weitere Erläuterungen

Haftungsverhältnisse im bilanzrechtlichen Sinne sind Verpflichtungen aufgrund von Rechtsverhältnissen, aus denen der Pensionsfonds nur unter bestimmten Umständen, mit deren Eintritt nicht gerechnet wird, in Anspruch genommen werden kann. Beim Pensionsfonds bestehen keine.

2. RECHENSCHAFTSBERICHT

Inhaltsverzeichnis

1. Vorbemerkung 1

2. Versicherungsmathematische Betrachtung des Sondervermögens 1

3. Zuführung und Entnahme nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag 2

4. Abschlagszahlung und Abrechnung des Sondervermögens 2

5. Ergebnisrechnung 3

6. Finanzrechnung 3

7. Bestand an Zahlungsmitteln für die Haushaltsjahre 2000 bis 2014 4

8. Wesentliche finanzwirtschaftliche Risiken in der Zukunft 5

1. Vorbemerkung

Nach § 128 NKomVG besteht der aufzustellende Jahresabschluss u. a. aus einem Anhang. Dem Anhang ist ein Rechenschaftsbericht beizufügen. Gemäß § 57 GemHKVO werden im Rechenschaftsbericht, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend, der Verlauf der Haushaltswirtschaft (siehe Nrn. 3. bis 5.) und die finanzwirtschaftliche Lage des Sondervermögens (siehe Nrn. 6. und 7.) dargestellt. Dabei wird eine Bewertung der Jahresabschlussrechnungen vorgenommen. Der Rechenschaftsbericht soll zu erwartende mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung sind, darstellen (siehe Nr.8.).

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses 2014 wurde das Finanzwesenverfahren SAP angewendet.

2. Versicherungsmathematische Betrachtung des Sondervermögens

Die Stadt Braunschweig beauftragt regelmäßig zur Überprüfung und Neuberechnung der Prämiensätze die Fa. Heubeck AG. Nach den anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik erfolgt eine Dotierung des Sondervermögens. Die Festlegung der Prämiensätze erfolgt pauschal in Form eines von der Laufbahn und Verwendung des Beamten abhängigen Prozentsatzes der ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge ohne Berücksichtigung von Sonderzahlungen. Zum 31. Dezember 2014 waren 388 Beamtenverhältnisse zu berücksichtigen (Beamte, die ab dem 1. Jan. 2000 in den Dienst der Stadt Braunschweig eingetreten sind).

Diese Beamtenverhältnisse teilen sich wie folgt auf:

mittlerer Dienst	58	
gehobener Dienst	115	
höherer Dienst	34	(davon 4 Beamte auf Zeit)
Feuerwehrbeamte	181	

Die Prämienberechnungen des Versicherungsmathematikers berücksichtigen eine kalkulatorische Verzinsung der angesammelten Mittel. Diesem, die Finanzierung der Versorgung entlastenden Effekt, stehen Erhöhungen der Beamtenbesoldung und damit auch der Beamtenversorgung belastend gegenüber. Neben den allgemeinen Besoldungsanpassungen sind auch Karriereeffekte wie Beförderungen und Aufstiege in den Dienstaltersstufen zu berücksichtigen, die in der Anwartschaftsphase mit durchschnittlich 0,5 % p. a. veranschlagt werden. Demnach ist z. B. ein Realzins von 2,5 % gleichbedeutend mit einer kalkulatorischen (Netto-) Verzinsung des Vermögens im Pensionsfond von 4,0 % und einer Besoldungsdynamik (einschl. Karrieretrend) von 1,5 %.

Auf Vorschlag des Versicherungsmathematikers hat seinerzeit der Leiter des Pensionsfonds entschieden, ab dem Haushaltsjahr 2009 einen durchschnittlichen Realzins i. H. v. 2,5 % zu berücksichtigen, da dieser für eine Konstanz bei der Höhe der jährlichen Zuführungsbeträge sorgt.

Für den vorhandenen Bestand im Sondervermögen besteht aufgrund versicherungsmathematischer Berechnungen der Fa. Heubeck AG bei dem verwendeten Realzins derzeit ein Nachfinanzierungsbedarf i. H. v. rund **2.450.000,00 €** (Vorjahr: **3.200.000,00 €**). Dies begründet sich insbesondere durch die aktuelle Zinssituation. Die angenommenen Zinserträge können nicht erwirtschaftet werden. Die Verringerung des Fehlbetrages gegenüber dem Vorjahr konnte insbesondere durch eine überplanmäßige Zuführung i. H. v. **623.477,39 €** erreicht werden (Ratsbeschluss vom 27. November 2014; zusätzliche Erträge nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag). Darüber hinaus wurde bei der Ermittlung der Prämien und des Teilwertes nunmehr das rechnungsmäßige Pensionierungsalter mit der jeweils gesetzlichen Altersgrenze angesetzt. Bisher wurde das Pensionierungsalter (mit Ausnahme bei den Feuerwehrbeamten) ausnahmslos mit 65 Jahren angenommen. Der zusätzliche Bedarf muss nicht sofort ausgeglichen werden. Die Ausfinanzierung der Deckungslücke erfolgt durch eine Zuführung von Sonderbeiträgen. Darüber hinaus sind zum schnelleren Ausgleich zusätzliche Zuführungen in den Haushaltsjahren 2015 sowie ab dem Haushaltsjahr 2018 vorgesehen (vgl. Nr. 8 „Wesentliche finanzwirtschaftliche Risiken in der Zukunft").

Auf Basis des durchschnittlichen Realzinssatzes mit den entsprechenden Prämiensätzen waren für das Jahr 2014 folgende Zuführungen zu leisten:

Laufbahn	Dienstbezüge	Prämiensatz	Zusatzprämie (Sonderbeitrag)	Zuführung
ehem. mittlerer Dienst	1.312.099,59 €	22 %	1,0 %	301.782,91 €
ehem. gehobener Dienst	3.616.413,33 €	23 %	1,0 %	867.939,20 €
ehem. höherer Dienst	2.045.160,41 €	32 %	1,0 %	674.902,94 €
feuerwehrtechn. Dienst	5.501.502,28 €	33 %	0,8 %	1.859.507,77 €
Summe:				**3.704.132,82 €**

3. Zuführung und Entnahme nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag

Seit dem Haushaltsjahr 2011 sind die Auswirkungen des Gesetzes zum Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag für Beamte zu berücksichtigen. Nach diesem Staatsvertrag sind für erworbene Versorgungsanwartschaften beim Dienstherrenwechsel von abgebenden Dienstherren pauschale Abfindungen zu zahlen, die bei der Stadt Braunschweig dem Pensionsfonds zugeführt bzw. entnommen werden. Eine entsprechende Änderung der Satzung des Pensionsfonds wurde vom Rat in seiner Sitzung am 22. Februar 2011 beschlossen. Bei den Planungen zum Haushaltsjahr 2014 wurden für die zusätzliche Zuführung bzw. Entnahme jeweils 300.000,00 € berücksichtigt.

Gem. § 3 Abs. 3 der geänderten Satzung des Pensionsfonds wurden pauschale Abfindungsbeträge, die die Stadt Braunschweig erhalten hat, i. H. v. insgesamt **923.477,39 €** für neun Beamte dem Sondervermögen zugeführt. Entnahmen für neun Beamte, die aus dem Pensionsfonds ausgeschieden sind, erfolgten i. H. v. insgesamt **214.981,45 €**.

4. Abschlagszahlungen und Abrechnung des Sondervermögens

Gem. § 3 der Satzung zur Errichtung und Verwaltung des „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig" wurde zum 11. August 2014 ein Betrag i. H. v. **3.680.000,00 €** als Abschlagszahlung dem Sondervermögen zugeführt. Darüber hinaus erfolgte am 2. Dezember 2014 eine überplanmäßige Zuführung i. H. v. **623.477,39 €** (vgl. Nr. 2).

Entnahmen erfolgten am 11. August 2014 bzw. 5. Dezember 2014 Beträge i. H. v. insgesamt **214.981,45 €** als Abschlagszahlung aus dem Sondervermögen.

Die Abschlagszahlungen beinhalten sowohl die Zuführung der Prämien gem. Nr. 2 als auch die Zuführung/Entnahme für Versorgungslastenteilungsfälle gem. Nr. 3.

im Januar 2015 erfolgten keine weiteren Buchungen.

5. Ergebnisrechnung

	Ergebnisrechnung		Abweichungen	
	Nach dem Ansatz	Nach dem Ergebnis	absolut	relativ
	-in Euro-	-in Euro-	-in Euro-	in v. H.
Summe ordentliche Erträge	3.900.700,00	4.428.032,82	527.332,82	13,52
Summe ordentliche Aufwendungen	300.100,00	215.016,96	-85.083,04	-28,35
Ordentliches Ergebnis Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	**3.600.600,00**	**4.213.015,86**	**612.415,86**	**17,01**
Jahresergebnis Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**3.600.600,00**	**4.213.015,86**	**612.415,86**	**17,01**

Nach der Ergebnisrechnung 2014 des Sondervermögens ergibt sich durch Mehrerträge in Höhe von **527.332,82 €** und Minderaufwendungen in Höhe von **85.083,04 €** eine Verbesserung des Jahresergebnisses in Höhe von **612.415,86 € (17,01 v. H.)**.

Ordentliche Aufwendungen sind - neben der o. g. Entnahme nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag - für Kontoführungsgebühren i. H. v. 35,51 € entstanden.

Es konnten Zinserträge i. H. v. 124.555,43 € vereinnahmt werden (Ansatz: 220.700,00 €). Unter Berücksichtigung der ordentlichen Erträge und Aufwendungen beträgt das **Jahresergebnis 2014: 4.213.015,86 €** (Ansatz: 3.600.600,00 €). Dem Rat wird im Rahmen der Vorlage zum Jahresabschluss 2014 vorgeschlagen, dass der Jahresüberschuss auf Rechnung des Haushaltsjahres 2015 vorgetragen und dann gem. § 110 Abs. 7 NKomVG der Überschussrücklage zugeführt wird.

6. Finanzrechnung

	Nach dem / der		Abweichungen	
	Finanzhaushalt	Finanzrechnung	absolut	relativ
	-in Euro-	-in Euro-	-in Euro-	in v. H.
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.600.600,00	4.192.575,12	591.975,12	16,44
Finanzmittelbestand	3.600.600,00	4.192.575,12	591.975,12	16,44
Finanzmittelveränderung	**3.600.600,00**	**4.192.575,12**	**591.975,12**	**16,44**
Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Jahres	26.204.834,00	26.293.574,98	88.740,98	0,3
Zahlungsmittelbestand am Ende des Jahres	**29.805.434,00**	**30.486.150,10**	**680.716,10**	**2,3**

Im Finanzhaushalt 2014 des Sondervermögens war eine Finanzmittelveränderung, d. h. eine Erhöhung des Bestandes an Zahlungsmitteln, in Höhe von **3.600.600,00 €** geplant. In der Finanzrechnung ergibt sich durch Mehreinzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von **506.892,08 €** und Minderauszahlungen in Höhe von **85.083,04 €** eine Ergebnisverbesserung in Höhe von **591.975,12 €**.

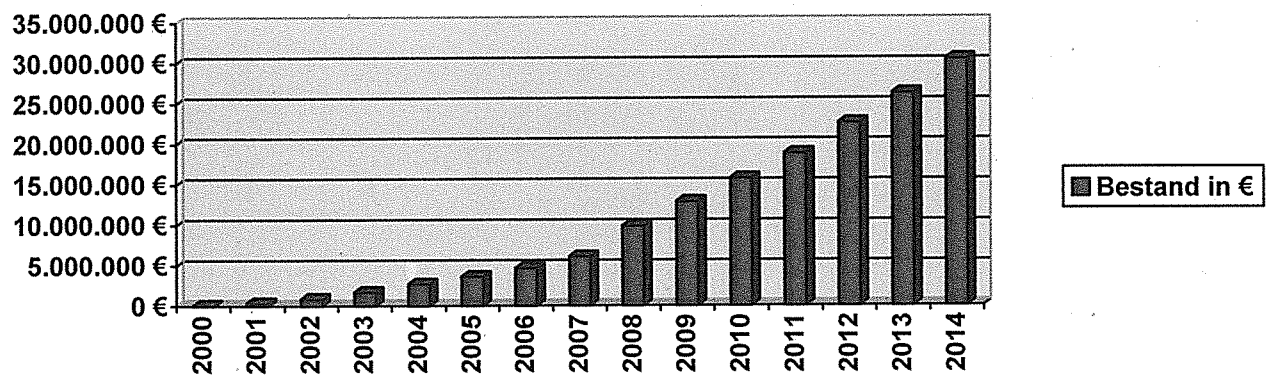
7. Bestand an Zahlungsmitteln für die Haushaltsjahre 2000 bis 2014

Die Entwicklung des Bestandes an Zahlungsmitteln (für 2000 und 2001 umgerechnet in €) stellt sich wie folgt dar:

Haushaltsjahr	Zuführung	Zinseinzahlungen	Kosten/Entnahme	Bestand
2000	69.024,40 €	1.216,56 €	0,00 €	70.240,96 €
2001	325.208,51 €	8.443,79 €	- 1,33 €	403.891,93 €
2002	479.000,00 €	21.182,35 €	- 22,10 €	904.052,18 €
2003	825.000,00 €	29.608,79 €	- 44,24 €	1.758.616,73 €
2004	928.670,68 €	52.810,85 €	- 40,33 €	2.740.057,93 €
2005	829.928,85 €	74.485,61 €	-42,25 €	3.644.430,14 €
2006	946.157,65 €	102.746,05 €	- 47,70 €	4.693.286,14 €
2007	1.203.750,00 €	205.701,28 €	- 75,80 €	6.102.661,62 €
2008	3.446.800,00 €	321.023,32 €	- 57,90 €	9.870.778,51 €
2009	2.625.300,00 €	404.671,51 €	-39,30 €	12.900.710,72 €
2010	2.736.000,00 €	136.982,33 €	-69,90 €	15.773.623,15 €
2011	2.840.000,00 €	238.510,89 €	-70,00 €	18.852.064,04 €
2012	3.824.400,00 €	359.034,80 €	-419.265,11 €	22.616.233,73 €
2013	3.530.000,00 €	229.392,44 €	-82.051,19 €	26.293.574,98 €
2014	4.303.477,39 €	104.114,69 €	- 215.013,75 €	30.486.150,10 €

Die Entwicklung des Bestandes stellt sich grafisch wie folgt dar:

Entwicklung Bestand Pensionsfonds ab dem Jahr 2000



Die Zahlungsmittel wurden als Festgeld wie folgt angelegt:

7.100.000,00 € bis zum 8. Januar 2015 bei der Volkswagen Bank GmbH
(Zinssatz: 0,35 % p. A.)

7.000.000,00 € bis zum 20. Februar 2015 bei der Commerzbank AG
(Zinssatz: 0,52 % p. A.)

15.950.000,00 € bis zum 18. August 2015 bei der Deutschen Bank AG
(Zinssatz: 0,462 % p. A.)

Der Restbetrag i. H. v. **436.150,10 €** wurde am 31. Dezember 2014 auf dem Bestands-Bankkonto des Pensionsfonds bei der Braunschweigischen Landessparkasse geführt.

8. Wesentliche finanzwirtschaftliche Risiken in der Zukunft

Seit dem Haushaltsjahr 2009 wird bei der Festlegung der Prämiensätze ein durchschnittlicher Realzins von 2,5 % zugrunde gelegt (5 % Zinsertrag abzgl. 2 % Besoldungserhöhung und 0,5 % Karriereeffekt). Dies sorgt für eine Konstanz bei der Höhe der jährlichen Zuführungsbeträge (einschl. Nachfinanzierung der Deckungslücke). Allerdings werden die Zinserträge aufgrund des aktuellen besonders niedrigen Zinsniveaus (zz. deutlich unter 1 % p. A. Zinsertrag) weiterhin deutlich geringer als ursprünglich geplant ausfallen.

Ursachen für den unter Nr. 2 erwähnten Nachfinanzierungsbedarf i. H. v. rund 2,45 Mio. € sind - wie bereits erläutert - niedrige Zinserträge und Zugänge von dienstälteren Beamten mit hohen Pensionsansprüchen in den Pensionsfonds. Darüber hinaus werden in den kommenden Jahren - verursacht durch eine steigende Anzahl von Pensionierungen - voraussichtlich deutlich mehr Beamtinnen und Beamte dem Pensionsfonds neu zugeführt. Allerdings wird voraussichtlich zum Ende des Jahres 2017 die Zuführung in die gesetzliche Versorgungsrücklage auslaufen (Vermögenswert zum 31. Dezember 2017: rund 10,5 Mio. €) und es erfolgt ab dem Jahr 2018 eine regelmäßige Entnahme über einen Zeitraum von 17 Jahren bis zum Jahr 2035. Es ist vorgesehen, die eingesparten Zuführungsbeträge und die jährlichen Entnahmen (in der Summe mind. rund 1.25 Mio. €/Jahr) dem Sondervermögen zusätzlich zuzuführen.

Die Entwicklung bei den Zuführungen bzw. Entnahmen nach dem seit 2011 geltenden Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag (vgl. Nr. 3) bleibt weiter abzuwarten. Die Abfindungsbeträge sind auch künftig nur schwer schätzbar. Im Haushaltsjahr 2011 war die Zuführung deutlich höher als die Entnahme, im Haushaltsjahr 2012 war das Ergebnis umgekehrt. Im Haushaltsjahr 2013 sind Zuführung und Entnahme geringer als geplant ausgefallen. Bei der Planung für die kommenden Haushaltsjahre wurden weiterhin für diesen Teil der Zuführung bzw. Entnahme jeweils 300.000,00 € eingeplant. Zusätzliche Einnahmen i. H. v. insgesamt rund 200.000,00 € für „Schwebefälle" nach dem o. g. Staatsvertrag (Dienstherrenwechsel vor dem 01. Januar 2011) stehen noch aus.

Schuldenübersicht

gem. § 56 Abs. 3 GemHKVO

zum 31. Dezember 2014

Art der Schulden	Gesamtbetrag am 31. Dezember 2014	mit einer Restlaufzeit von bis zu 1 Jahr	mit einer Restlaufzeit von über 1 bis 5 Jahre	mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahre	Gesamtbetrag am 31. Dezember 2013	Mehr (+)/ weniger (-)
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
1. Geldschulden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.1 Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3 Liquiditätskredite	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.4 sonstige Geldschulden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4. Transferverbindlichkeiten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5. Sonstige Verbindlichkeiten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Schulden insgesamt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Forderungsübersicht

gem. § 56 Abs. 2 GemHKVO

zum 31. Dezember 2014

Art der Forderungen	Gesamtbetrag am 31. Dezember 2014	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am 31. Dezember 2013	Mehr (+)/ weniger (-)
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre		
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Forderungen aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Sonstige Privatrechtliche Forderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe aller Forderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

14 Sondervermögen Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

14.1 Prüfungsauftrag

Aufgrund des § 1 der Satzung zur Errichtung und Verwaltung des „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig“ vom 5. Oktober 1999 ist bei der Stadt der rechtlich unselbstständige „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig“ (im Folgenden: Pensionsfonds) als Sondervermögen nach § 130 Abs. 1 Nr. 5 NKomVG zur Finanzierung künftiger Versorgungslasten ihrer Beamtinnen und Beamten errichtet worden.

Weil für den Pensionsfonds ein besonderer Haushaltsplan aufgestellt und eine entsprechende Sonderrechnung geführt werden, sind die Vorschriften der Haushaltswirtschaft des NKomVG anzuwenden (vgl. § 130 Abs. 4 NKomVG). Dementsprechend hat die Stadt für den Pensionsfonds für jedes Haushaltsjahr einen Jahresabschluss im Sinne des § 128 Abs. 1 bis 3 NKomVG aufzustellen.

Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses des Pensionsfonds nach den für niedersächsische Kommunen geltenden Vorschriften liegen in der Verantwortung des OBM der Stadt.

Die Prüfung des Jahresabschlusses des Pensionsfonds seitens des RPA erfolgte entsprechend § 155 Abs. 1 Nr. 1 und § 156 Abs. 1 Satz 1 NKomVG i. V. m. § 130 Abs. 1 Nr. 5 und Abs. 4 NKomVG.

Gegenstand der Prüfung waren die Buchführung und der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 des Pensionsfonds.

Die Prüfung der Buchführung und des Jahresabschlusses des Pensionsfonds erstreckte sich darauf, ob die für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften des NKomVG und der GemHKVO eingehalten worden sind.

Die Prüfung umfasst - soweit zutreffend - insgesamt die Beurteilung der angewandten Ansatz-, Bewertungs-, Ausweis-, Gliederungs-, Angabe- und Berichtsgrundsätze.

Die Prüfung wurde entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen und in Anlehnung an die Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Nach diesen Grundsätzen ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Buchführung und der Jahresabschluss des Pensionsfonds frei von wesentlichen Mängeln sind. Die Zielsetzung der Prüfung entsprechend § 155 Abs. 3 NKomVG erfordert regelmäßig keine lückenlose Prüfung, d. h. Nachweise für die Angaben in der Buchführung und im Jahresabschluss des Pensionsfonds werden im Wesentlichen auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die für die Prüfung erbetenen Aufklärungen und Nachweise sind vollständig erbracht worden. Der zuständige Dezernent hat die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses des Pensionsfonds für das Haushaltsjahr 2014 mit Unterschrift vom 20. Oktober 2015 festgestellt.

14 Sondervermögen Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

14.2 Feststellungen und Erläuterungen

Der Rat der Stadt hat am 24. März 2015 den Jahresabschluss des Pensionsfonds zum 31. Dezember 2013 beschlossen und dem Oberbürgermeister Entlastung erteilt.

Der Leiter des Pensionsfonds hat mit Schreiben vom 21. Oktober 2015 den mit Datum vom 20. Oktober 2015 aufgestellten Jahresabschluss des Pensionsfonds zum 31. Dezember 2014 zur Prüfung vorgelegt (Eingang beim RPA: 22. Oktober 2015).

Die wesentliche Grundlage der Prüfung des Jahresabschlusses war die Buchführung des Pensionsfonds. Die Buchführung des Pensionsfonds wird mit der Finanzwesensoftware SAP ERP 6.04 geführt und entspricht nach den im Rahmen der Prüfung gewonnenen Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich den GoB.

Der Jahresabschluss des Pensionsfonds wurde ordnungsgemäß unmittelbar aus der Buchführung des Pensionsfonds abgeleitet. Die entsprechend anzuwendenden gesetzlichen Ansatz-, Bewertungs- und Gliederungsvorschriften des NKomVG und der GemHKVO wurden beachtet. Der Anhang enthält die gesetzlich geforderten Angaben. Die Erläuterungen zur Ergebnisrechnung und zur Finanzrechnung befinden sich im Rechenschaftsbericht.

Der Pensionsfonds erhielt im Berichtsjahr Zuwendungen und allgemeine Umlagen i. H. v. 3.380 TEUR (Vorjahr: 3.329 TEUR). Darüber hinaus wurden Zinserträge und ähnliche Finanzerträge i. H. v. 125 TEUR (Vorjahr: 169 TEUR) sowie sonstige ordentliche Erträge nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag i. H. v. 923 TEUR (Vorjahr: 201 TEUR) erzielt. Die Summe der ordentlichen Erträge betrug 4.428 TEUR (Vorjahr: 3.699 TEUR). Der Mehrertrag gegenüber dem Ansatz i. H. v. 3.901 TEUR ergibt sich durch Abfindungszahlungen i. H. v. 623 TEUR nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag.

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen betrugen im Berichtsjahr 215 TEUR (Vorjahr: 82 TEUR). Die Mehraufwendungen i. H. v. ca. 133 TEUR sind bei den Sonstigen Personalaufwendungen entstanden. Für acht Beamte, die aus dem Pensionsfonds ausgeschieden sind, hat die Stadt pauschale Abfindungen für 2014 leisten müssen. Nach § 3 Abs. 3 der Satzung zur Errichtung und Verwaltung des Pensionsfonds sind diese Mittel dem Sondervermögen zu entnehmen.

Das Jahresergebnis beläuft sich damit auf 4.213 TEUR (Vorjahr: 3.617 TEUR).

Aufgrund der erzielten Zuwendungen und allgemeinen Umlagen, der Zinserträge und ähnlichen Finanzerträge sowie der sonstigen ordentlichen Erträge ergab sich zum 31. Dezember 2014 ein Bestand an liquiden Mitteln i. H. v. 30.486 TEUR (Vorjahr: 26.294 TEUR) und ein Finanzvermögen i. H. v. 84 TEUR (Vorjahr: 64 TEUR).

In der Summe ergibt sich ein Gesamtvermögen i. H. v. 30.570 TEUR (Vorjahr: 26.357 TEUR), das vollständig durch die Nettoposition i. H. v. 30.570 TEUR (Vorjahr: 26.357 TEUR) finanziert ist.

14 Sondervermögen Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

14.3 Prüfungsergebnis

Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung trifft das RPA als zuständige örtliche Prüfungseinrichtung des Pensionsfonds im Sinne des NKomVG für die Buchführung und den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 in der dem RPA vorgelegten Fassung folgende Prüfungsaussage:

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach Überzeugung des RPA vermittelt der Jahresabschluss des Pensionsfonds zum 31. Dezember 2014 unter Beachtung der GoB ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Pensionsfonds.

14 Sondervermögen Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

14.4 Rechenwerke des Jahresabschlusses

14.4.1 Anlage 1 Bilanz

Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

Schlussbilanz zum 31. Dezember 2014

Aktiva		31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -	Passiva		31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -
1.	Immaterielles Vermögen	0,00	0,00	1. Nettoposition			
				1.1 Basis-Reinvermögen		6.113.675,51	6.113.675,51
2.	Sachvermögen	0,00	0,00	1.2 Rücklagen		16.627.089,85	20.243.752,85
				1.3 Jahresergebnis		3.616.663,00	4.213.015,86
3.	Finanzvermögen	63.853,38	84.294,12	1.4 Sonderposten		0,00	0,00
						26.357.428,36	30.570.444,22
4.	Liquide Mittel	26.293.574,98	30.486.150,10	2. Schulden			
5.	Aktive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00	2.1 Geldschulden		0,00	0,00
				davon			
				2.1.1 Liquiditätskredite		0,00	0,00
				2.1.2 Geldschulden (ohne Liquiditätskredite)		0,00	0,00
				2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften		0,00	0,00
				2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		0,00	0,00
				2.4 Transferverbindlichkeiten		0,00	0,00
				2.5 Sonstige Verbindlichkeiten		0,00	0,00
				3. Rückstellungen		0,00	0,00
				4. Passive Rechnungsabgrenzung		0,00	0,00
Bilanzsumme		26.357.428,36	30.570.444,22	Bilanzsumme		26.357.428,36	30.570.444,22

Braunschweig, 20. Okt. 2015

Stadtkämmerei

14 Sondervermögen Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

14.4.2 Anlage 2 Ergebnisrechnung

Jahresabschluss 2014
Pensionsfonds der Stadt Braunschweig **Gesamt-Ergebnisrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2013 - Euro -	Ergebnis 2014 - Euro -	Ansätze 2014 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
	1	2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	3.329.000,00	3.380.000,00	3.380.000,00	0,00	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	-
6	Privatrechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	168.714,19	124.555,43	220.700,00	-96.144,57	-
9	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	201.000,00	923.477,39	300.000,00	623.477,39	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**3.698.714,19**	**4.428.032,82**	**3.900.700,00**	**527.332,82**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Aufwendungen für aktives Personal	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	82.051,19	215.016,96	300.100,00	-85.083,04	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**82.051,19**	**215.016,96**	**300.100,00**	**-85.083,04**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)**	**3.616.663,00**	**4.213.015,86**	**3.600.600,00**	**612.415,86**	**-**
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)		**3.616.663,00**	**4.213.015,86**	**3.600.600,00**	**612.415,86**	**-**

14 Sondervermögen Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

14.4.3 Anlage 3 Finanzrechnung

Jahresabschluss 2014
Pensionsfonds der Stadt Braunschweig — **Gesamt-Finanzrechnung** einschließlich Plan-/Ist-Vergleich

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2013 - Euro -	Ergebnis 2014 - Euro -	Ansätze 2014 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	3.329.000,00	3.380.000,00	3.380.000,00	0,00	-
3	Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
4	Öffentlich-rechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Privatrechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	-
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
7	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	229.392,44	104.114,69	220.700,00	-116.585,31	-
8	Einz. aus Veräuß. geringwert. Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	201.000,00	923.477,39	300.000,00	623.477,39	-
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**3.759.392,44**	**4.407.592,08**	**3.900.700,00**	**506.892,08**	-
	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
11	Auszahlungen für aktives Personal	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	Auszahlungen für Versorgung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für geringwertige Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	82.051,19	215.016,96	300.100,00	-85.083,04	0,00
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**82.051,19**	**215.016,96**	**300.100,00**	**-85.083,04**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**3.677.341,25**	**4.192.575,12**	**3.600.600,00**	**591.975,12**	-
	Einzahlungen für Investitionstätigkeit					
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	-
	Auszahlungen für Investitionstätigkeit					
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	-
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**3.677.341,25**	**4.192.575,12**	**3.600.600,00**	**591.975,12**	-
	Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	-
37	**Finanzmittelbestand** (Saldo Zeilen 33 und 36)	**3.677.341,25**	**4.192.575,12**	**3.600.600,00**	**591.975,12**	-
	Haushaltsunwirksame Ein- u. Auszahlungen (u. a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)					
38	Haushaltsunwirksame Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
39	Haushaltsunwirksame Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
40	**Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen** (Saldo Zeilen 38 und 39)	**0,00**	**0,00**	**0,00**		
	Zahlungsmittelbestand (Liquide Mittel)					
41	**Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Jahres**	**22.616.233,73**	**26.293.574,98**	**26.204.834,00**		
42	**Zahlungsmittelbestand am Ende des Jahres** (Summe Zeilen 37, 40 und 41)	**26.293.574,98**	**30.486.150,10**	**29.805.434,00**		

Feststellung des Jahresabschlusses des Sondervermögens „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig“ für das Haushaltjahr 2014 durch den Organisations-, Personal- und Ordnungsdezernenten als Leiter des Pensionsfonds nach § 129 NKomVG

Die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2014 wird gem. § 129 NKomVG festgestellt.

Braunschweig, den 20. OKT. 2015

Ruppert
Stadtrat

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

16-01666
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Beschluss über die Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2014 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	18.03.2016

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	21.04.2016	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	26.04.2016	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	03.05.2016	Ö

Beschluss:

„Dem Oberbürgermeister wird gemäß § 129 NKomVG Entlastung erteilt."

Sachverhalt:

Gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG beschließt der Rat über den Jahresabschluss und die Entlastung des Oberbürgermeisters bis spätestens 31. Dezember des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres.

Durch die Eingleisigkeit und die damit verbundene Mitgliedschaft des Oberbürgermeisters im Rat der Stadt ist im Hinblick auf die Entlastung des Hauptverwaltungsbeamten gemäß § 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG für den Oberbürgermeister von einem Mitwirkungsverbot im Sinne des § 41 Abs. 1 NKomVG auszugehen. Dies hat zur Folge, dass die Beratung und die Beschlussfassung über den Jahresabschluss nach § 128 NKomVG von derjenigen über die Entlastung inhaltlich und zeitlich zu trennen ist, indem beide Gegenstände nacheinander und in zwei gesonderten Tagesordnungspunkten abgehandelt werden.

Das Rechnungsprüfungsamt hat im Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2014 in seinem Bestätigungsvermerk (vgl. Seite 151 des Schlussberichtes 2014) erklärt, dass keine Bedenken bestehen, dass der Rat der Stadt gemäß § 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG über den Jahresabschluss beschließt und dem Oberbürgermeister Entlastung erteilt. Zur Begründung des Beschlussvorschlages wird in diesem Zusammenhang auch auf die Vorlagen Nr. 16-01681 „Beschluss über den Jahresabschluss 2014 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)" und Nr. 16-01398 „Beschluss über den Jahresabschluss 2014 des Pensionsfonds der Stadt Braunschweig gemäß §§ 129,130 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)" verwiesen.

Geiger

Anlagen: keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

16-01863
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Haushaltsvollzug 2015
hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	06.04.2016

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	21.04.2016	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	26.04.2016	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	03.05.2016	Ö

Beschluss:

„Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt."

Sachverhalt:

Ergebnishaushalt

1. Teilhaushalt Fachbereich Finanzen

Zeile 18	Transferaufwendungen
Produkt	1.57.5731.08 Sonstige wirtschaftliche Unternehmen
Sachkonto	431510 Zuschuss an verb. Unternehmen, Beteiligungen u. Sonderrechnungen

Bei der o. g. Kontierung werden überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von **2.213.497,83 €** beantragt.

Haushaltsansatz 2015	23.273.000,00 €
überplanmäßig beantragt	**2.213.497,83 €**
(neu) zur Verfügung stehende Haushaltsmittel:	25.486.497,83 €

Im Haushalt 2015 stehen für den Verlustausgleich an die Stadt Braunschweig Beteiligungs-GmbH (SBBG) Mittel in Höhe von 23.273.000,00 € zur Verfügung. Der vorläufige Jahresabschluss 2015 der SBBG weist einen Zuschussbedarf von 25.486.497,83 € aus und liegt somit um 2.213.497,83 € über dem Haushaltsansatz 2015.

Maßgeblich für den entstehenden Mehrbedarf sind nach den vorläufigen Jahresabschlüssen 2015 der Beteiligungsgesellschaften der SBBG insbesondere Verschlechterungen im Beteiligungsergebnis in Höhe von insgesamt rd. 3.025 T€. Hier wirkt vor allem der um 2.043 T€ höhere Zuschussbedarf für die Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH ergebnisbelastend. Weitere Veränderungen ergeben sich aus den reduzierten Gewinnausschüttungen der Braunschweiger Versorgungs-AG (-480 T€), der Kraftverkehr Mundstock GmbH (-28 T€) sowie dem Entfall der Dividendenausschüttung der Niwo (-735 T€). Gegenläufig

wirken Ergebnisverbesserungen bei der Braunschweiger Verkehrs-GmbH (257 T€) sowie bei der Stadthalle Braunschweig Betriebs-GmbH (4 T€).

Zu den Feststellungen der Jahresabschlüsse der Beteiligungsgesellschaften wird auf die jeweiligen Gremienvorlagen verwiesen, die nach entsprechender Empfehlung der Aufsichtsräte im Finanz- und Personalausschuss am 21. April 2016 behandelt werden.

Der genannten Ergebnisbelastung im Beteiligungsergebnis von rd. 3.025 T€ stehen deutliche Verbesserungen im Zinsergebnis (211 T€) sowie im eigenen operativen Ergebnis der SBBG (600 T€) gegenüber, sodass insgesamt ein um rd. 2.214 T€ höherer Verlustausgleichsbedarf benötigt wird.

Durch die überplanmäßige Mittelbereitstellung kann von der Stadt der höhere Verlustausgleich geleistet werden. Die in der Gewinn- und Verlustrechnung der SBBG darzustellenden Erträge aus Verlustübernahmen erhöhen sich auf 25.486.497,83 €, sodass sich ein ausgeglichenes Ergebnis der SBBG (Jahresüberschuss/-fehlbetrag = 0 €) ergibt.

Der Anweisungsbeschluss zur Feststellung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses 2015 der SBBG sowie der Beschluss über die Ergebnisverwendung sollen nach vorheriger Zustimmung des Aufsichtsrates der SBBG am 25. Mai 2016 in der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 8. Juni 2016 abschließend gefasst werden.

Deckung:

Art der Deckung	**Produkt / Kostenart**	**Bezeichnungen**	**Betrag - € -**
- Mehrerträge -	1.61.6110.01 / 311110	Steuern, allg. Zuweisungen/Umlagen / Schlüsselzuweisungen vom Land	1.862.000,00 €
- Mehrerträge -	1.61.6110.01 / 302210	Steuern, allg. Zuweisungen/Umlagen / Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	338.000,00 €
- Mehrerträge -	1.61.6110.01 / 313110	Steuern, allg. Zuweisungen/Umlagen / Allgemeine Zuweisungen vom Land	13.497,83 €

Geiger

Anlage/n:
keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

16-01799
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €

Organisationseinheit:	*Datum:*
DEZERNAT VII - Finanzen, Stadtgrün und Sportdezernat	05.04.2016

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	21.04.2016	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	26.04.2016	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	03.05.2016	Ö

Beschluss:

„Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt."

Sachverhalt:

Gemäß § 111 Abs. 7 Nieders. Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG; ehemals § 83 Abs. 4 Nieders. Gemeindeordnung) in Verbindung mit § 25 a Gemeindehaushalts- und –kassenverordnung entscheidet seit dem 20. Mai 2009 der Rat über die Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 €. Mit Beschluss vom 16. Februar 2010 hat der Rat für Zuwendungen von über 100 € bis höchstens 2.000 € von der in der Verordnung geregelten Delegationsmöglichkeit an den Verwaltungsausschuss Gebrauch gemacht, so dass hiermit lediglich ein Beschlussvorschlag bezüglich der Zuwendungen über 2.000 € vorgelegt wird.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass bei der Festlegung der Wertgrenzen eine Sonderregelung zu sogenannten Kettenzuwendungen zu beachten ist. Nach den Regelungen der o. g. Verordnung werden als Kettenzuwendungen mehrere Einzelzuwendungen eines Gebers innerhalb eines Haushaltsjahres bezeichnet, deren Werte erst in der Summierung die für die Zuständigkeiten maßgeblichen Wertgrenzen überschreiten. Ein entsprechender Hinweis ist der Spalte Zuwendungszweck/Erläuterungen zu entnehmen.

Die Zuwendungen werden erst nach der entsprechenden Entscheidung angenommen bzw. vermittelt. Ausnahmen bilden die Zuwendungen, für die eine nachträgliche Zustimmung erforderlich ist, weil sie zweckgebunden vor der Gremienentscheidung verwendet werden sollen oder von dem zuständigen Fachbereich versehentlich nicht fristgerecht gemeldet wurden.

Nähere Informationen zu den einzelnen Zuwendungen sind den Anlagen zu entnehmen.

Geiger

Anlage/n:
Zuwendungen Rat Mai 2016

Fachbereich 20
0200.12

Anlage 1
(Rat)

Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig - nachträgliche Zustimmung (2015)

Fachbereich 40

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Nibelungen-Wohnbau-GmbH	1.300,00 €	Zuschuss zum Projekt "Gewaltprävention 2015" an der IGS Wilhelm-Bracke-Gesamtschule **Kettenzuwendung**

Fachbereich 20
0200.12

Anlage 2
(Rat)

Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig (2016)

Fachbereich 40

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Bürgerstiftung Braunschweig	1.000,00 €	Bücher für die RS John-F.-Kennedy-Platz **Kettenzuwendung**
2	Bürgerstiftung Braunschweig	Sachspende 500,00 €	Onilo Schullizenz für das Leseportal an der GS Bebelhof **Kettenzuwendung**
3	Bürgerstiftung Braunschweig	Sachspende 3.334,00 €	Unterstützung des Projekts "Richtig Schreiben Lernen" an der GS Bebelhof
4	Erich Mundstock-Stiftung	3.000,00 €	Zuschuss zur Hausaufgabenhilfe an der RS John-F.-Kennedy-Platz
5	Förderverein der GS Völkenrode/ Watenbüttel	Sachspende 180,00 €	Bücher und Lehrmittel für die GS Völkenrode/Watenbüttel **Kettenzuwendung**
6	Förderverein der GS Völkenrode/ Watenbüttel	Sachspende 4.400,00 €	Piano für die GS Völkenrode/Watenbüttel
7	Förderverein der IGS Volkmarode e.V.	6.000,00 €	Einfriedung des Biotops der IGS Volkmarode
8	Förderverein des Gym. Ricarda-Huch-Schule	Sachspende 615,88 €	Lehrmittel für das Gym. Ricarda-Huch-Schule **Kettenzuwendung**
9	Förderverein des Gym. Ricarda-Huch-Schule	Sachspende 1.190,00 €	Musikinstrumente für das Gym. Ricarda-Huch-Schule **Kettenzuwendung**
10	Förderverein des Gym. Ricarda-Huch-Schule	Sachspende 101,15 €	Unterstützung der Projektarbeit "Berufsförderung" am Gym. Ricarda-Huch-Schule **Kettenzuwendung**
11	Förderverein des Gym. Ricarda-Huch-Schule	Sachspende 168,36 €	Buchgeschenke anlässlich des Projekts "Matheolympiade" am Gym. Ricarda-Huch-Schule **Kettenzuwendung**
12	Förderverein des Gym. Ricarda-Huch-Schule	Sachspende 194,60 €	Unterstützung des Projekts "Präventionstage" am Gym. Ricarda-Huch-Schule **Kettenzuwendung**

Fachbereich 40

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
13	Förderverein des Gym. Ricarda-Huch-Schule	Sachspende 200,22 €	T-Shirts und Infomaterial für das Projekt "Ohne Opa in die Oper" am Gym. Ricarda-Huch-Schule **Kettenzuwendung**
14	Freundeskreis der Nibelungen-Realschule	7.000,00 €	Seilspielgerät für die RS Nibelungenschule
15	Mensaverein der IGS Volkmarode e.V.	9.500,00 €	Cafeteriaeinrichtung für die IGS Volkmarode
16	Mensaverein der IGS Volkmarode e.V.	60.000,00 €	Kletterkombination aus Seilparcours-Elementen auf dem Außengelände der IGS Volkmarode
17	Nibelungen-Wohnbau-GmbH	1.300,00 €	Zuschuss zum Projekt "Gewaltprävention 2016" an der IGS Wilhelm-Bracke-Gesamtschule **Kettenzuwendung**
18	Richard Borek-Stiftung	Sachspende 3.334,00 €	Unterstützung des Projekts "Richtig Schreiben Lernen" an der GS Bebelhof
19	Schulverein der GS Klint	Sachspende 5.400,00 €	Digitales Whiteboard für die GS Klint
20	Schulverein der RS John-F.-Kennedy-Platz	Sachspende 741,28 €	32 Duden und 3 Aufbewahrungsboxen für die RS John-F.-Kennedy-Platz **Kettenzuwendung**
21	Schulverein der RS John-F.-Kennedy-Platz	Sachspende 1.900,00 €	Mikroskope für den Biologieunterricht an der RS John-F.-Kennedy-Platz **Kettenzuwendung**
22	Firma Siemens AG	Sachspende 27.342,60 €	Hard- und Software für das Labor Automatisierungstechnik an der Heinrich-Büssing-Schule
23	Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz	Sachspende 3.334,00 €	Unterstützung des Projekts "Richtig Schreiben Lernen" an der GS Bebelhof
24	Verein der Ehemaligen der Gaußschule, Gym. Am Löwenwall	1.065,00 €	Destilliergerät für den Chemieunterricht an der Gaußschule, Gym. am Löwenwall **Kettenzuwendung**
25	Verein der Ehemaligen der Gaußschule, Gym. Am Löwenwall	600,00 €	Zuschuss zum Projekt "Accu Racer" an der Gaußschule, Gym. am Löwenwall **Kettenzuwendung**
26	Verein der Ehemaligen der Gaußschule, Gym. Am Löwenwall	250,00 €	Zuschuss zu einem Ballpaket für die Gaußschule, Gym. am Löwenwall **Kettenzuwendung**
27	Verein der Ehemaligen der Gaußschule, Gym. Am Löwenwall	523,00 €	Leitfähigkeitsprüfgeräte für den Chemieunterricht an der Gaußschule, Gym. am Löwenwall **Kettenzuwendung**

Fachbereich 40

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
28	Volksbank BraWo Stiftung	Sachspende 154,40 €	Schwimmflossen für den Schwimmunterricht an der GS Gartenstadt **Kettenzuwendung**
29	Volksbank BraWo Stiftung	8.000,00 €	Zuschuss zum Projekt "Pädagogische Betreuung, gesunde Ernährung und Gewaltprävention" an der GS Bebelhof
30	Volkswagen Financial Services AG	200,00 €	Bücher für die GS Rühme **Kettenzuwendung**

Fachbereich 41

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Baugenossenschaft >Wiederaufbau< eG	6.545,00 €	Städtische Musikschule Sponsoring Veranstaltungen 2016
2	Stiftung MusikKultur Braunschweig	2.500,00 €	Städtische Musikschule Unterstützung der Teilnahme des Jugend-Sinfonie-Orchesters und des Blockflötenensembles "Recording Generations" am Deutschen Orchesterwettbewerb in Ulm im Mai 2016

Referat 0413

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Marianne und Prof. Dr. Hans Reichenbach	Sachspende 5.000,00 €	Sammlungsbereich Kunstgewerbe Konvolut von 21 Glasobjekten (2. Hälfte des 20. Jhdt.)
2	Karsten Schulz	Sachspende 750,00 €	Sammlungsbereich Kunstgewerbe Konvolut Japanische Malereien **Kettenzuwendung**
3	Karsten Schulz	Sachspende 2.700,00 €	Sammlungsbereich Kunstgewerbe Konvolut von 11 Farbholzschnitten
4	Karsten Schulz	Sachspende 310,00 €	Sammlungsbereich Kunstgewerbe Konvolut Numismatik (diverse Medaillen sowie Ehrenzeichen für Mitglieder von freiwilligen Feuerwehren) **Kettenzuwendung**
5	Karsten Schulz	Sachspende 1.849,00 €	Sammlungsbereich Kunstgewerbe Konvolut von Grafiken, Fotos, Aquarell, Brief, Lithographie **Kettenzuwendung**

Referat 0413

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
6	Karsten Schulz	Sachspende 1.833,00 €	Sammlungsbereich Kunstgewerbe Konvolut Ethnologie (Lackdosen aus Japan und China, Becher, Vase, Gesellschaftsspiel ca. 1910, Uhrenkette) **Kettenzuwendung**
7	Karsten Schulz	Sachspende 1.825,00 €	Sammlungsbereich Kunstgewerbe Konvolut von Gemälden, Grafiken und diversen Kunstobjekten **Kettenzuwendung**
8	Karsten Schulz	Sachspende 3.000,00 €	Sammlungsbereich Kunstgewerbe Lackkabinett mit Gestell, Holz

Fachbereich 51

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Besatzung Korvette Braunschweig	4.736,00 €	Kinder- und Jugendschutzhaus Ölper, Herrichtung des Außengeländes
2	Nibelungen-Wohnbau-GmbH	1.000,00 €	Unterstützung der 21. Braunschweiger Spielmeile am 19. Juni 2016 **Kettenzuwendung**
3	Richard Borek-Stiftung	12.000,00 €	Sprachförderfreizeit "Ferien, die schlauer machen" im Herbst 2016
4	Stadtentwässerung Braunschweig GmbH	2.500,00 €	Unterstützung des Weltkindertages am 25. September 2016

Fachbereich 20
0200.12

Anlage 3
(Rat)

Vermittlung von Zuwendungen an Dritte (2016)

Fachbereich 40

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck/Erläuterungen
1	Braunschweigische Landessparkasse	460,00 €	Schüler/innen der GS Rühme	Laufshirts **Kettenzuwendung**
2	Stiftung Unsere Kinder in Braunschweig	4.000,00 €	Schüler/innen der HS Sophienstraße	Skiexkursion

Referat 0500

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck/Erläuterungen
1	Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche	9.417,39 €	Braunschweiger Kinder und Jugendliche, Kindertagesstätten und Schulen	Defizitausgleich Mittagessen, Einzelfallhilfe

Fachbereich 20
0200.12

Anlage 4
(Rat)

Vermittlung von Zuwendungen an Dritte - nachträgliche Zustimmung (2016)

Fachbereich 51

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck/Erläuterungen
1	Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG	572,00 €	Betreute Mündel der Amtsvormundschaft	Eintrittskarten für 5 Heimspiele von Eintracht Braunschweig im Zeitraum vom 14.02. bis 17.04.2016 **Kettenzuwendung**
2	Braunschweigische Landessparkasse	Sachspende 325,00 €	Betreute unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	45 Ehrenkarten für das Fußballspiel Eintracht Braunschweig vs. Arminia Bielefeld am 14.02.2016 **Kettenzuwendung**

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

16-01792
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Veräußerung eines 12.145 m² großen städtischen Grundstücks in dem Interkommunalen Gewerbepark Waller See, 1. BA

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	11.04.2016

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	21.04.2016	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	26.04.2016	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	03.05.2016	Ö

Beschluss:
„Dem Verkauf eines 12.145 m² großen städtischen Grundstücks in dem Interkommunalen Gewerbepark Waller See, 1. BA an die Leis Immobilien GmbH & Co. KG, Spechtweg 1 c, 38108 Braunschweig wird zugestimmt."

Sachverhalt:

Die Leis Immobilien GmbH & Co. KG, deren Gesellschafter Herr Victor und Herr Konstantin Leis sind, wird als Investor für die Leis GmbH das Neubauvorhaben realisieren und das Objekt langfristig an die Leis GmbH vermieten.

Die Leis GmbH ist ein Familienunternehmen im Lebensmittel-Großhandel mit dem Fokus auf internationale Spezialitäten. Der Schwerpunkt liegt hier bei Lebensmitteln nach russischer Rezeptur. Die Besonderheit der Firma ist, dass ein Großteil der Produkte nach eigenen Rezepturen entwickelt und exklusiv hergestellt wird. Mittlerweile basieren 70 % der Produkte auf eigenen Handelsmarken. Die Gesellschaft hat sechs eigene Handelsmarken auf dem Markt, unter denen zurzeit die firmeneigenen Produkte verkauft werden. Weitere Marken befinden sich in der Entwicklung. Die Produkte werden ausschließlich in der Europäischen Gemeinschaft hergestellt, sofern es klimatisch und wirtschaftlich möglich ist, in Deutschland. Ungefähr 80 % der Produkte werden in Deutschland verkauft. Ansonsten wird noch das Europäische Ausland, wie z. B. Spanien, Italien, Griechenland, Belgien und die Niederlande beliefert. Die Gesellschaft hat mittlerweile 2.000 Produkte in ihrem Sortiment.

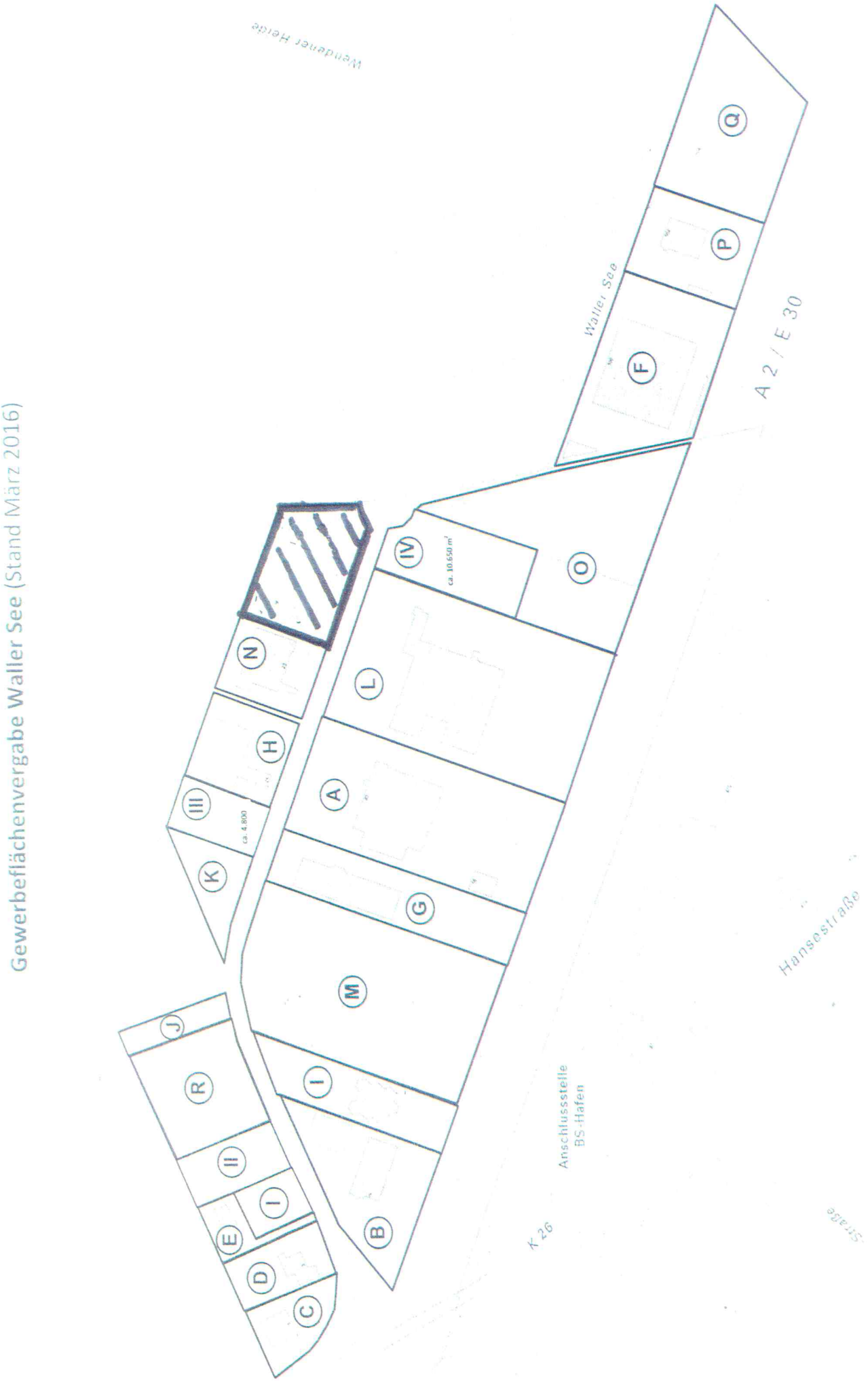
Aufgrund des rasanten Wachstums ist die Gesellschaft an ihrem bisherigen Betriebsstandort auf angemieteten Flächen im Spechtweg an ihre Kapazitätsgrenze angelangt. Im Gründungsjahr 2004 beschäftigte die Leis GmbH 7 Mitarbeiter und erzielte dabei einen Umsatz von rd. 300.000 €. Mittlerweile sind 28 Mitarbeiter in der Gesellschaft beschäftigt. Im Jahr 2014 ist ein Umsatz von rd. 8,5 Mio. € erzielt worden. Seitens der Leis GmbH wird noch ein enormes Wachstumspotential gesehen. Hierzu müsste jedoch die räumliche Situation verbessert werden. In einem ersten Bauabschnitt ist die Errichtung einer ca. 4.000 m² großen modernen Logistikhalle nebst rd. 350 m² Bürofläche geplant.

Die Erweiterung einer weiteren 2.500 m² großen Lagerhalle ist bereits projektiert und soll zu gegebener Zeit umgesetzt werden. Das Investitionsvolumen beträgt rd. 2,8 Mio. €.
Mittelfristig ist die Einstellung weiterer 5 bis 6 Mitarbeiter geplant, längerfristig gesehen sollen es noch deutlich mehr werden.

Die Verwaltung empfiehlt, dem Verkauf zuzustimmen.

Geiger

Anlage:
Lageplan


Gewerbeflächenvergabe Waller See (Stand März 2016)
Wendener Heide
Waller See
A 2 / E 30
Hansestraße
Anschlussstelle BS-Hafen
K 26
Straße
Q
P
F
O
IV
ca. 10.650 m²
N
L
H
A
III
ca. 4.800
K
G
M
J
R
I
II
I
E
D
C
B

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

16-01746
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Änderung der Archivgebührenordnung

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat IV 0414 Referat Wissenschaft und Stadtarchiv	05.04.2016

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (Vorberatung)	15.04.2016	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	26.04.2016	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	03.05.2016	Ö

Beschluss:

Die Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren des Stadtarchivs Braunschweig (Archivgebührenordnung - ArchivGO -) wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

Sachverhalt:
Mit Haushaltsbeschluss vom 15. März 2016 (Drs.-Nr. 16-01697) hat der Rat der Stadt Braunschweig beschlossen, 500 Euro an Einnahmesteigerung durch die Erhöhung der Gebühren des Stadtarchivs Braunschweig zu erzielen. Bei diesem von der Verwaltung vorgeschlagenen Betrag handelt es sich um eine lineare Anpassung des Deckungsbeitrages vor dem Hintergrund der bestehenden Kostenstrukturen (Kostenunterdeckungen). Der derzeitige Kostendeckungsgrad für das Stadtarchiv Braunschweig beläuft sich auf rund 1,5%.

Zur besseren Übersichtlichkeit werden die Änderungen im Folgenden **fett** hervorgehoben:

Aktuelle Fassung der lfd. Nr. 1.1 der Archivgebührenordnung vom 27. Mai 2014:

1.1	Benutzung je Tag	2,50 Euro
	5er-Tageskarten	10,00 Euro
	10er-Tageskarten	18,00 Euro
	20er-Tageskarten	31,00 Euro
	30er-Tageskarten	38,00 Euro

Vorgeschlagene neue Fassung der lfd. Nr. 1.1 der Archivgebührenordnung:

1.1	Benutzung je Tag	**3,00 Euro**
	5er-Tageskarten	**12,00 Euro**
	10er-Tageskarten	**22,00 Euro**
	20er-Tageskarten	**38,00 Euro**
	30er-Tageskarten	**50,00 Euro**

Dr. Hesse

Anlage/n: Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren des Stadtarchivs Braunschweig (Archivgebührenordnung – ArchivGO –)

Zweite Satzung
zur Änderung der Satzung
über die Gebühren des Stadtarchivs Braunschweig
(Archivgebührenordnung – ArchivGO –)

Aufgrund der §§ 10 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch § 4 des Gesetzes vom 12.11.2015 (Nds. GVBl. S. 311), und der §§ 1, 2, 4 und 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes vom 23. Januar 2007 (Nds. GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 17.09.2015 (Nds. GVBl. S. 186), hat der Rat der Stadt Braunschweig in seiner Sitzung am 3. Mai 2016 folgende Satzung beschlossen:

Artikel I

Der Gebührentarif gemäß § 2 Abs. 1 der Archivgebührenordnung vom 24. September 2001 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 23 vom 19. Oktober 2001, Seite 153 ff), zuletzt geändert durch „Art. VII der Satzung zur Änderung der Verwaltungskostensatzung vom 27. Mai 2014 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 8 vom 13. Juni 2014, Seite 33)“ wird wie folgt geändert:

Die lfd. Nummer 1.1 wird wie folgt geändert:

„1.1	Benutzung je Tag	3,00 Euro
	5er-Tageskarten	12.00 Euro
	10er-Tageskarten	22.00 Euro
	20er-Tageskarten	38.00 Euro
	30er-Tageskarten	50.00 Euro“

Artikel II
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach der Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Braunschweig in Kraft.

Braunschweig, den

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
I. V.
Dr. Hesse
Dezernentin für Kultur und Wissenschaft

Die vorstehende Satzung wird hiermit bekannt gemacht.

Braunschweig, den

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
I. V.
Dr. Hesse
Dezernentin für Kultur und Wissenschaft

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

16-01763
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Änderung der Entgeltordnung für das Städtische Museum Braunschweig, Steintorwall 14

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat IV 0413 Referat Städtisches Museum	05.04.2016

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (Vorberatung)	15.04.2016	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	26.04.2016	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	03.05.2016	Ö

Beschluss:

Die Erste Änderung der Entgeltordnung für das Städtische Museum, Steintorwall 14, wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.

Sachverhalt:

Mit Haushaltsbeschluss vom 15. März 2016 (Drs.-Nr. 16-01697) hat der Rat der Stadt Braunschweig beschlossen, mit der erstmaligen Erhebung von Eintrittsentgelten insgesamt 32.500 Euro an Einnahmesteigerung für das Städtische Museum zu erzielen.

Vor diesem Hintergrund wurden alle, das Städtische Museum betreffende Bereiche, auf entsprechende Einnahmeverbesserungen hin überprüft. In diesem Zusammenhang wurde auch die bisher verankerte „Entgeltfreiheit“ für den Besuch im Städtischen Museum überdacht.

Vor dem Hintergrund, dass der finanz(un)wirksame Antrag Nr. 170 der CDU-Fraktion zum Haushalt 2016 im Finanz- und Personalausschuss abgelehnt wurde und in Anlehnung an die Entgeltordnungen anderer Braunschweiger Museen sowie der Berücksichtigung einer linearen Anpassung des Deckungsbeitrages vor dem Hintergrund der bestehenden Kostenstrukturen (Kostenunterdeckungen) legt die Verwaltung nunmehr die in der Änderung der Entgeltordnung vorgeschlagene Einführung von Eintrittsentgelten für den Besuch des Städtischen Museums „Haus am Löwenwall“ vor. Der derzeitige Kostendeckungsgrad für das Städtische Museum beläuft sich auf rund 3%.

Dr. Hesse

Anlage/n:

Anlage 1: Erste Änderung der Entgeltordnung für das Städtische Museum, Steintorwall 14 vom 3. Mai 2016
Anlage 2: Entgeltordnung für das Städtische Museum, Steintorwall 14, vom 27. Mai 2014

**Erste Änderung der Entgeltordnung
für das Städtische Museum, Steintorwall 14**

Der Rat der Stadt Braunschweig hat in seiner Sitzung am 3. Mai 2016 folgende Änderung der Entgeltordnung für das Städtische Museum, Steintorwall 14, vom 27. Mai 2014 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 7 vom 5. Juni 2014, S. 25f.) beschlossen:

1. Ziffer II erhält folgende Fassung:

„**II. Entgelte für den Besuch des Städtischen Museums am Löwenwall**

Eintritt:

Erwachsene	5,- €
Ermäßigung (für Schüler, Studierende, Auszubildende, Menschen mit Behinderung, Rentner sowie Inhaber des „Braunschweig Passes“)	4,- €
Kinder (6-16 Jahre)	2,- €
Schulklassen und Kinder bis 6 Jahre	freier Eintritt“

2. Die bisherigen Ziffern II und III werden zu den Ziffern III und IV.

3. Diese Änderung der Entgeltordnung tritt am 1. Juni 2016 in Kraft. Sie wird im Amtsblatt der Stadt Braunschweig bekannt gemacht.

Braunschweig, den

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
I. V.
Dr. Hesse
Dezernentin für Kultur und Wissenschaft

Die vorstehende Änderung der Entgeltordnung wird hiermit bekannt gemacht.

Braunschweig, den

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
I. V.
Dr. Hesse
Dezernentin für Kultur und Wissenschaft

Entgeltordnung
für das Städtische Museum, Steintorwall 14

(Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 7 vom 5. Juni 2014, S. 25)

Durch Beschluss des Rates der Stadt Braunschweig vom 27. Mai 2014 gelten für die Überlassung und Nutzung des Lichthofes des Städtischen Museums, Steintorwall 14, sowie für die Teilnahme an Führungen im Museum ab dem 1. Juni 2014 die folgenden Entgelte und Bestimmungen:

I. Nutzungsentgelte für die Vermietung des Lichthofes im Städtischen Museum

1. Raummiete

Tarif A:
für öffentliche kulturelle nichtkommerzielle Veranstaltungen*

bei einer Nutzungsdauer von bis zu 3 Stunden:	300,00 €
für jede weitere angefangene Stunde Nutzungszeit:	100,00 €

Tarif B:
für nichtöffentliche kulturelle nichtkommerzielle Veranstaltungen*

bei einer Nutzungsdauer von bis zu 3 Stunden:	420,00 €
für jede weitere angefangene Stunde Nutzungszeit:	140,00 €

Tarif C:
für kulturelle kommerzielle Veranstaltungen

bei einer Nutzungsdauer von bis zu 3 Stunden:	840,00 €
für jede weitere angefangene Stunde Nutzungszeit:	280,00 €

Tarif D:
für Veranstaltungen ohne kulturellen Schwerpunkt sowie aus privaten Anlässen

bei einer Nutzungsdauer von bis zu 6 Stunden:	4.500,00 €
für jede weitere angefangene Stunde Nutzungszeit:	375,00 €

Zeiten der Vor- und Nachbereitung von Veranstaltungen zählen ebenfalls zur Nutzungszeit und sind entsprechend der jeweiligen Tarifmerkmale in voller Höhe zu vergüten.

* Die Tarife A und B gelten ausschließlich für Veranstaltungen in den Bereichen Kunst, Musik, Literatur, Theater und vergleichbaren Sparten, die in Eigenregie von Künstlern, Vereinen oder Organisationen durchgeführt werden, sofern die Höhe des Eintrittspreises keinen kommerziellen Charakter aufweist bzw. der Eintrittserlös ausschließlich für gemeinnützige Zwecke verwendet wird, sowie für im allgemeinen Interesse liegende Veranstaltungen, die der Wissenschaft, Erziehung oder allgemeinen Bildung dienen.

2. Verbrauchskosten und Reinigung

Die Benutzungsentgelte schließen in der Regel die Aufwendungen für Heizung, Strom, Wasser und Reinigung ein, soweit sich die verursachten Kosten in Folge der Nutzung im allgemein üblichen Rahmen bewegen. Eine über das Maß hinausgehende Inanspruchnahme berechtigt die Vermieterin die dadurch entstandenen Kosten gesondert in Rechnung zu stellen. Diese werden nach Aufwand berechnet.

Abfälle sind eigenverantwortlich zu entsorgen. Ein zusätzlicher Reinigungsaufwand bei Veranstaltungen (z. B. bei Catering durch den Veranstalter) wird nach Aufwand berechnet.

Die Bewachungskosten werden gesondert nach Aufwand in Rechnung gestellt.

Ausstattungsgegenstände können zur Verfügung gestellt werden. Ein Rechtsanspruch hierauf besteht nicht.

3. Erlass

In Einzelfällen kann auf die Erhebung eines Entgeltes ganz oder teilweise verzichtet werden, wenn an der Nutzung ein besonderes Interesse der Stadt Braunschweig besteht. Insbesondere bei Veranstaltungen, die thematisch die Ausstellungen des Städtischen Museums ergänzen. Über einen Erlass entscheidet die Vermieterin.

II. Entgelte für Führungen im Museum

Auf Anfrage und soweit es der Dienstbetrieb bzw. die personellen Kapazitäten zulassen, sind Führungen möglich.

Öffentliche Führungen à 60 Minuten (mind. 5 Personen):	3,00 € p. P. (bzw. 1,50 € p. P. ermäßigt)
Gebuchte Gruppenführungen à 60 Minuten (bis 20 Pers.):	30,00 € pauschal
Gebuchte Gruppenführungen à 90 Minuten (bis 20 Pers.):	40,00 € pauschal
Schulklassenführungen:	1,00 € p. P. (Begleitperson frei)
Schulklassenführungen mit Praxisanteil:	1,50 € p. P. (Begleitperson frei)

III. Anwendung der Verwaltungskostensatzung der Stadt Braunschweig

Für die in der Entgeltordnung nicht aufgeführten Verwaltungstätigkeiten werden die Gebühren nach der Satzung über die Erhebung von Kosten für Amtshandlungen und Verwaltungstätigkeiten der Stadt Braunschweig auf dem Gebiet des eigenen Wirkungskreises (Verwaltungskostensatzung) in der jeweils geltenden Fassung erhoben.

Die Entgeltordnung tritt am Tag nach der Verkündigung im Amtsblatt der Stadt Braunschweig, frühestens am 1. Juni 2014 in Kraft.

Braunschweig, den 28. Mai 2014

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
I. V.
Dr. Hesse
Dezernentin für Kultur und Wissenschaft

Vorstehende Entgeltordnung wird hiermit bekannt gemacht.

Braunschweig, den 28. Mai 2014

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
I. V.
Dr. Hesse
Dezernentin für Kultur und Wissenschaft

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

16-01763-01
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Änderung der Entgeltordnung für das Städtische Museum Braunschweig, Steintorwall 14

Organisationseinheit:	*Datum:*
DEZERNAT IV - Kultur- und Wissenschaftsdezernat	22.04.2016

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	26.04.2016	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	03.05.2016	Ö

Beschluss:

Die Erste Änderung der Entgeltordnung für das Städtische Museum, Steintorwall 14, wird in Form der 1. Ergänzung in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.

Sachverhalt:

In seiner Sitzung am 15. April 2016 hat der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft für die Erste Änderung der Entgeltordnung für das Städtische Museum die folgenden Änderung beschlossen:

„Die Erste Änderung der Entgeltordnung für das Städtische Museum, Steintorwall 14, wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen **mit der Änderung, dass der in der Entgeltordnung genannte Betrag für Ermäßigte von 4,00 Euro auf 2,50 Euro gesenkt wird.“**

Dr. Hesse

Anlage/n:

Anlage 1: Erste Änderung der Entgeltordnung für das Städtische Museum, Steintorwall 14 vom 3. Mai 2016
Anlage 2: Entgeltordnung für das Städtische Museum, Steintorwall 14, vom 27. Mai 2014

**Erste Änderung der Entgeltordnung
für das Städtische Museum, Steintorwall 14**

Der Rat der Stadt Braunschweig hat in seiner Sitzung am 3. Mai 2016 folgende Änderung der Entgeltordnung für das Städtische Museum, Steintorwall 14, vom 27. Mai 2014 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 7 vom 5. Juni 2014, S. 25f.) beschlossen:

1. Ziffer II erhält folgende Fassung:

„**II. Entgelte für den Besuch des Städtischen Museums am Löwenwall**

Eintritt:

Erwachsene	5,- €
Ermäßigung (für Schüler, Studierende, Auszubildende, Menschen mit Behinderung, Rentner sowie Inhaber des „Braunschweig Passes“)	2,50 €
Kinder (6-16 Jahre)	2,- €
Schulklassen und Kinder bis 6 Jahre	freier Eintritt“

2. Die bisherigen Ziffern II und III werden zu den Ziffern III und IV.

3. Diese Änderung der Entgeltordnung tritt am 1. Juni 2016 in Kraft. Sie wird im Amtsblatt der Stadt Braunschweig bekannt gemacht.

Braunschweig, den

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
I. V.
Dr. Hesse
Dezernentin für Kultur und Wissenschaft

Die vorstehende Änderung der Entgeltordnung wird hiermit bekannt gemacht.

Braunschweig, den

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
I. V.
Dr. Hesse
Dezernentin für Kultur und Wissenschaft

Entgeltordnung
für das Städtische Museum, Steintorwall 14

(Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 7 vom 5. Juni 2014, S. 25)

Durch Beschluss des Rates der Stadt Braunschweig vom 27. Mai 2014 gelten für die Überlassung und Nutzung des Lichthofes des Städtischen Museums, Steintorwall 14, sowie für die Teilnahme an Führungen im Museum ab dem 1. Juni 2014 die folgenden Entgelte und Bestimmungen:

I. Nutzungsentgelte für die Vermietung des Lichthofes im Städtischen Museum

1. Raummiete

Tarif A:
für öffentliche kulturelle nichtkommerzielle Veranstaltungen*

bei einer Nutzungsdauer von bis zu 3 Stunden:	300,00 €
für jede weitere angefangene Stunde Nutzungszeit:	100,00 €

Tarif B:
für nichtöffentliche kulturelle nichtkommerzielle Veranstaltungen*

bei einer Nutzungsdauer von bis zu 3 Stunden:	420,00 €
für jede weitere angefangene Stunde Nutzungszeit:	140,00 €

Tarif C:
für kulturelle kommerzielle Veranstaltungen

bei einer Nutzungsdauer von bis zu 3 Stunden:	840,00 €
für jede weitere angefangene Stunde Nutzungszeit:	280,00 €

Tarif D:
für Veranstaltungen ohne kulturellen Schwerpunkt sowie aus privaten Anlässen

bei einer Nutzungsdauer von bis zu 6 Stunden:	4.500,00 €
für jede weitere angefangene Stunde Nutzungszeit:	375,00 €

Zeiten der Vor- und Nachbereitung von Veranstaltungen zählen ebenfalls zur Nutzungszeit und sind entsprechend der jeweiligen Tarifmerkmale in voller Höhe zu vergüten.

* Die Tarife A und B gelten ausschließlich für Veranstaltungen in den Bereichen Kunst, Musik, Literatur, Theater und vergleichbaren Sparten, die in Eigenregie von Künstlern, Vereinen oder Organisationen durchgeführt werden, sofern die Höhe des Eintrittspreises keinen kommerziellen Charakter aufweist bzw. der Eintrittserlös ausschließlich für gemeinnützige Zwecke verwendet wird, sowie für im allgemeinen Interesse liegende Veranstaltungen, die der Wissenschaft, Erziehung oder allgemeinen Bildung dienen.

2. Verbrauchskosten und Reinigung

Die Benutzungsentgelte schließen in der Regel die Aufwendungen für Heizung, Strom, Wasser und Reinigung ein, soweit sich die verursachten Kosten in Folge der Nutzung im allgemein üblichen Rahmen bewegen. Eine über das Maß hinausgehende Inanspruchnahme berechtigt die Vermieterin die dadurch entstandenen Kosten gesondert in Rechnung zu stellen. Diese werden nach Aufwand berechnet.

Abfälle sind eigenverantwortlich zu entsorgen. Ein zusätzlicher Reinigungsaufwand bei Veranstaltungen (z. B. bei Catering durch den Veranstalter) wird nach Aufwand berechnet.

Die Bewachungskosten werden gesondert nach Aufwand in Rechnung gestellt.

Ausstattungsgegenstände können zur Verfügung gestellt werden. Ein Rechtsanspruch hierauf besteht nicht.

3. Erlass

In Einzelfällen kann auf die Erhebung eines Entgeltes ganz oder teilweise verzichtet werden, wenn an der Nutzung ein besonderes Interesse der Stadt Braunschweig besteht. Insbesondere bei Veranstaltungen, die thematisch die Ausstellungen des Städtischen Museums ergänzen. Über einen Erlass entscheidet die Vermieterin.

II. Entgelte für Führungen im Museum

Auf Anfrage und soweit es der Dienstbetrieb bzw. die personellen Kapazitäten zulassen, sind Führungen möglich.

Öffentliche Führungen à 60 Minuten (mind. 5 Personen):	3,00 € p. P. (bzw. 1,50 € p. P. ermäßigt)
Gebuchte Gruppenführungen à 60 Minuten (bis 20 Pers.):	30,00 € pauschal
Gebuchte Gruppenführungen à 90 Minuten (bis 20 Pers.):	40,00 € pauschal
Schulklassenführungen:	1,00 € p. P. (Begleitperson frei)
Schulklassenführungen mit Praxisanteil:	1,50 € p. P. (Begleitperson frei)

III. Anwendung der Verwaltungskostensatzung der Stadt Braunschweig

Für die in der Entgeltordnung nicht aufgeführten Verwaltungstätigkeiten werden die Gebühren nach der Satzung über die Erhebung von Kosten für Amtshandlungen und Verwaltungstätigkeiten der Stadt Braunschweig auf dem Gebiet des eigenen Wirkungskreises (Verwaltungskostensatzung) in der jeweils geltenden Fassung erhoben.

Die Entgeltordnung tritt am Tag nach der Verkündigung im Amtsblatt der Stadt Braunschweig, frühestens am 1. Juni 2014 in Kraft.

Braunschweig, den 28. Mai 2014

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
I. V.
Dr. Hesse
Dezernentin für Kultur und Wissenschaft

Vorstehende Entgeltordnung wird hiermit bekannt gemacht.

Braunschweig, den 28. Mai 2014

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
I. V.
Dr. Hesse
Dezernentin für Kultur und Wissenschaft

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

16-01779
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Änderung des Entgelttarifs für das Veranstaltungszentrum "Roter Saal", Schlossplatz 1

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat IV 41 Fachbereich Kultur	05.04.2016

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (Vorberatung)	15.04.2016	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	26.04.2016	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	03.05.2016	Ö

Beschluss:

Die Erste Änderung des Entgelttarifs für das Veranstaltungszentrum „Roter Saal“, Schlossplatz 1, wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.

Sachverhalt:

Das Entgelt für das Veranstaltungszentrum „Roter Saal“ wurde zuletzt im Zuge der Eröffnung des Roten Saals im Jahr 2007 festgelegt. Die hohe Zahl der Nutzungsanfragen zeigt, dass für den Roten Saal aufgrund seiner Attraktivität ein höheres Entgelt möglich wäre.

Ziel ist es, eine lineare Anpassung des Deckungsbeitrages vor dem Hintergrund der bestehenden Kostenstrukturen (Kostenunterdeckungen) durchzuführen. Hierzu erfolgt eine Anpassung i. H. v. 10 %, die in etwa der Inflationsrate entspricht, die seit 2008 gerechnet bei 10,7 % liegt. Dies wird vor dem Hintergrund eines Vergleichs mit ähnlichen Einrichtungen in Braunschweig, für vertretbar gehalten. Der derzeitige Kostendeckungsgrad für das Veranstaltungszentrum „Roter Saal“ beläuft sich auf rund 15%.

Dr. Hesse

Anlage/n:

Anlage 1: Erste Änderung des Entgelttarifs für das Veranstaltungszentrum „Roter Saal“, Schlossplatz 1 vom 3. Mai 2016
Anlage 2: Entgelttarif für das Veranstaltungszentrum „Roter Saal“, Schlossplatz 1, vom 25. September 2007

Erste Änderung des Entgelttarifs für das Veranstaltungszentrum „Roter Saal“, Schlossplatz 1

Der Rat der Stadt Braunschweig hat in seiner Sitzung am 3. Mai 2016 folgende Änderung des Entgelttarifs für das Veranstaltungszentrum „Roter Saal“, Schlossplatz 1, vom 25.09.2007 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 23 vom 24. Oktober 2007, Seite 116) beschlossen:

1. Die lfd. Nummern **1.1 Entgelt für Raumüberlassung und 1.2 Entgelt für technische Ausstattung** werden wie folgt gefasst:

1.1 Entgelt für Raumüberlassung		
Roter Saal, bestuhlt, 140 Personen, inkl. Foyer mit Sanitärräumen Pauschalen für eine Nutzungsdauer von bis zu sechs Stunden inkl. Auf- und Abbauzeiten	**A (in €)**	**B (in €)**
Sparte „Theater/Konzerte“ mit Benutzung Licht- und Tonanlage, Vorführraum, Künstlergarderoben	220,00 €	385,00 €
Sparte „Podiumsdiskussionen, Lesungen“ mit Benutzung Licht- und Tonanlage, Vorführraum, Künstlergarderoben	187,00 €	352,00 €
Sparte „Vorträge/Filmvorführungen“ mit Benutzung Leinwand, Tonanlage, Vorführraum, ohne Bühnennutzung	165,00 €	330,00 €
Foyer, möbliert Pauschale für eine Nutzungsdauer von bis zu sechs Stunden	**A (in €)**	**B (in €)**
Foyer mit Waschräumen bei Einzelanmietung	110,00 €	220,00 €
Tarife für zusätzliche Belegungstage für Auf-, Abbau und Proben (bis zu sechs Stunden)	**A (in €)**	**B (in €)**
Zu den Öffnungszeiten des Kulturinstituts	20 % der Pauschale für Veranstaltungen	
Außerhalb der Öffnungszeiten des Kulturinstituts	50 % der Pauschale für Veranstaltungen	

1.2 Entgelt für technische Ausstattung	**A (in €)**	**B (in €)**
Nutzung je Tag		
Lichtanlage (ohne Bedienung)	22,00 €	44,00 €
Funkmikrofon	22,00 €	44,00 €
Kleinmembran-Kondensatormikrofon	5,50 €	11,00 €
Mikrofonstativ	2,20 €	4,40 €
Rednerpult mit Mikrofon	5,50 €	11,00 €
Klavier (ohne Stimmung)	22,00 €	44,00 €
Video-/Datenprojektor (Beamer)	27,50 €	55,00 €
Leinwand	22,00 €	44,00 €
Overheadprojektor	5,50 €	11,00 €
VHS-, DVD-Rekorder	5,50 €	11,00 €
Diaprojektor (ohne Bedienung)	5,50 €	11,00 €

16-mm-Tonfilm-projektor (ohne Bedienung)	5,50 €	11,00 €
Tonanlage im Foyer	16,50 €	33,00 €

2. Die lfd. Nummer **2.2 Sätze für Sonderreinigung nach Preisgruppen** wird wie folgt geändert:

Sonderreinigung nach Veranstaltung (Roter Saal, Foyer, Sanitärräume)	**A (in €)**	**B (in €)**
Abrechnung erfolgt nach tatsächlichem Aufwand. Gemittelte Reinigungszeit (3,5h) x Stundensatz (21 €)	73,50 €	73,50 €
Zuschläge		
Reinigungsleistung ab 21:30 Uhr = + 25%		
Reinigungsleistung Sonntags = + 100 %		

3. Die lfd. Nummer **2.3 Sätze für Personal und Dienstleistungen nach Preisgruppen** wird wie folgt geändert:

Personalkosten/Dienstleistungen	**A (in €)**	**B (in €)**
Einrichtung Grundausleuchtung Bühne	11,00 €	22,00 €
Einrichtung eines Podiums auf der Bühne mit Tonverstärkung und Grundausleuchtung	16,50 €	27,50 €
Stundensatz Hausmeister (kleinste Verrechnungseinheit: 30 Minuten, 30 % Aufschlag an Sonn- und Feiertagen und ab 23 Uhr)	25,00 €	35,00 €

4. Diese Änderung des Entgelttarifs tritt am 1. Juni 2016 in Kraft. Sie wird im Amtsblatt der Stadt Braunschweig bekannt gemacht.

Braunschweig, den

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
I. V.
Dr. Hesse
Dezernentin für Kultur und Wissenschaft

Die vorstehende Änderung des Entgelttarifs wird hiermit bekannt gemacht.

Braunschweig, den

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
I. V.
Dr. Hesse
Dezernentin für Kultur und Wissenschaft

**Entgelttarif für das Veranstaltungszentrum
„Roter Saal“, Schlossplatz 1**

Durch Beschluss des Rates der Stadt Braunschweig vom 25. September 2007 gelten für die Überlassung von Räumen und Nutzung von technischer Ausstattung im Veranstaltungsort „Roter Saal“, Schlossplatz 1, ab dem 26. September 2007 folgende Entgelte und Bestimmungen, die sich in zwei Preisgruppen gliedern:

Preisgruppe A

- Öffentliche Veranstaltungen im Theater-/Musik-/Literaturbereich, in Eigenregie von Künstlern, Vereinen und Institutionen durchgeführt, sofern die Höhe des Eintrittspreises keinen kommerziellen Charakter aufweist.

- Öffentliche Veranstaltungen von Organisationen, die gemeinnützigen Zwecken dienen bzw. im allgemeinen Interesse liegende Veranstaltungen, die der Wissenschaft, Erziehung oder der allgemeinen oder politischen Bildung dienen.

Preisgruppe B

- alle sonstigen Veranstaltungen

1. Veranstaltungen

1.1 Entgelt für Raumüberlassung

Roter Saal, bestuhlt, 140 Personen, inkl. Foyer mit Sanitärräumen Pauschalen für eine Nutzungsdauer von bis zu sechs Stunden inkl. Auf- und Abbauzeiten	**A (in €)**	**B (in €)**
Sparte „Theater/Konzerte“ mit Benutzung Licht- und Tonanlage, Vorführraum, Künstlergarderoben	200,00	350,00
Sparte „Podiumsdiskussionen, Lesungen“ mit Benutzung Licht- und Tonanlage, Vorführraum, Künstlergarderoben	170,00	320,00
Sparte „Vorträge/Filmvorführungen“ mit Benutzung Leinwand, Tonanlage, Vorführraum, ohne Bühnennutzung	150,00	300,00
Foyer, möbliert Pauschale für eine Nutzungsdauer von bis zu sechs Stunden	**A (in €)**	**B (in €)**
Foyer mit Waschräumen bei Einzelanmietung	100,00	200,00
Tarife für zusätzliche Belegungstage für Auf-, Abbau und Proben (bis zu sechs Stunden)	**A (in €)**	**B (in €)**
Zu den Öffnungszeiten des Kulturinstituts	20 % der Pauschale für Veranstaltungen	
Außerhalb der Öffnungszeiten des Kulturinstituts	50 % der Pauschale für Veranstaltungen	

1.2 Entgelt für technische Ausstattung

Nutzung je Tag	A (in €)	B (in €)
Lichtanlage (ohne Bedienung)	20,00	40,00
Funkmikrofon	20,00	40,00
Kleinmembran-Kondensatormikrofon	5,00	10,00
Mikrofonstativ	2,00	4,00
Rednerpult mit Mikrofon	5,00	10,00
Klavier (ohne Stimmung)	20,00	40,00
Video-/Datenprojektor (Beamer)	25,00	50,00
Leinwand	20,00	40,00
Overheadprojektor	5,00	10,00
VHS-, DVD-Rekorder	5,00	10,00
Diaprojektor (ohne Bedienung)	5,00	10,00
16-mm-Tonfilm-projektor (ohne Bedienung)	5,00	10,00
Tonanlage im Foyer	15,00	30,00

1.3 Zuschläge

Übersteigt die Nutzungsdauer sechs Stunden, erhöht sich das Entgelt für jede neu angefangene Stunde um 10 %, nach 23 Uhr um 30 % (Nachtzuschlag). Das Entgelt für die technische Ausstattung bleibt von dieser Zuschlagsregelung unberührt.

2. Nebenkosten

2.1 Verbrauchskosten und Reinigung

Die Benutzungsentgelte schließen in der Regel die Aufwendungen für Heizung, Strom, Wasser und Reinigung ein, soweit sich die verursachten Kosten in Folge der Nutzung im allgemein üblichen Rahmen bewegen. Eine über das Maß hinausgehende Inanspruchnahme berechtigt die Vermieterin, die dadurch entstandenen Kosten gesondert in Rechnung zu stellen.

2.2 Sätze für Sonderreinigung nach Preisgruppen

Sonderreinigung nach Veranstaltung (Roter Saal, Foyer, Sanitärräume)	A (in €)	B (in €)
Abrechnung erfolgt nach tatsächlichem Aufwand. Gemittelte Reinigungszeit (3,5 h) x Stundensatz (19 €)	66,50	66,50
Zuschläge		
Reinigungsleistung ab 21:30 Uhr = + 25% Reinigungsleistung Sonntags = + 100 %		

2.3 Sätze für Personal und Dienstleistungen nach Preisgruppen

Personalkosten/Dienstleistungen	A (in €)	B (in €)
Einrichtung Grundausleuchtung Bühne	10,00	20,00
Einrichtung eines Podiums auf der Bühne mit Tonverstärkung und Grundausleuchtung	15,00	25,00
Stundensatz Hausmeister (kleinste Verrechnungseinheit: 30 Minuten, 30 % Aufschlag an Sonn- und Feiertagen und ab 23 Uhr)	25,00	35,00

3. Ermäßigung/Erlass

In Einzelfällen kann auf die Erhebung eines Entgeltes ganz oder teilweise verzichtet werden, wenn an der Nutzung ein besonderes städtisches Interesse besteht.

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

16-01757
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Änderung der Entgeltordnung für den Veranstaltungsort "Kulturpunkt West", Ludwig-Winter-Straße 4

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat IV 41 Fachbereich Kultur	05.04.2016

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (Vorberatung)	15.04.2016	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	26.04.2016	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	03.05.2016	Ö

Beschluss:

Die Erste Änderung der Entgeltordnung für den Veranstaltungsort „Kulturpunkt West“, Ludwig-Winter-Straße 4, wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.

Sachverhalt:

Im Jahr 2013 ist die Entgeltordnung des Kulturpunkt West zuletzt angepasst worden. Zwischenzeitlich wurden in mehrjähriger Umbaumaßnahme sowohl die Cafeteria als auch die Nutzerküche des Hauses grundlegend renoviert und komplett mit neuem Inventar ausgestattet. Hierzu sind Investitionen in Höhe von rd. 130.000 € durch die Stadt Braunschweig erfolgt.

Vor diesem Hintergrund hält die Verwaltung es für angemessen, das bisherige Nutzungsentgelt für die separat zu mietende Nutzerküche im Erdgeschoss wie in der Änderung der Entgeltordnung vorgeschlagen zu erhöhen.

Aktuelle Fassung der lfd. Nr. 3 hinsichtlich „Küche Erdgeschoss“ der Entgeltordnung vom 27. August 2013 (verkürzt dargestellt):

	wochentags	**Fr.-Sa.; Sa.-So.**	**Wochenende**
Küche Erdgeschoss:	pro Stunde: 2 €, pro Tag: max. 16 €	jeweils 20 €	40 €

Vorgeschlagene neue Fassung der lfd. Nr. lfd. Nr. 3 hinsichtlich „Küche Erdgeschoss“ der Entgeltordnung (verkürzt dargestellt):

	wochentags	**Fr.-Sa.; Sa.-So.**	**Wochenende**
Küche Erdgeschoss:	pro Stunde: **4 €**, pro Tag: max. **32 €**	jeweils **40 €**	**80 €**

Die Erhöhung des Nutzerentgeltes soll dazu beitragen, die verbesserte Ausstattung und Handhabbarkeit der Nutzerküche möglichst lange in ihrem derzeitigen Zustand zu bewahren (anfallende Reparaturen und Wiederbeschaffungen inkl. der dabei einzuplanenden Kostensteigerungen gehen zulasten des Kulturpunkt West, der insbesondere die Wiederbeschaffung aus den Einnahmen der Raumvermietung bestreiten muss) sowie einer linearen
Anpassung des Deckungsbeitrages vor dem Hintergrund der bestehenden Kostenstrukturen (Kostenunterdeckungen) Rechnung zu tragen. Der derzeitige Kostendeckungsgrad für den „Kulturpunkt West“ beläuft sich auf rund 10,5%.

Dr. Hesse

Anlage/n:

Anlage 1: Erste Änderung der Entgeltordnung für den Veranstaltungsort „Kulturpunkt West“, Ludwig-Winter-Straße 4 vom 3. Mai 2016
Anlage 2: Entgeltordnung für den Veranstaltungsort „Kulturpunkt West“, Ludwig-Winter-Straße 4 vom 27. August 2013

Erste Änderung der Entgeltordnung für den Veranstaltungsort „Kulturpunkt West“, Ludwig-Winter-Straße 4

Der Rat der Stadt Braunschweig hat in seiner Sitzung am 3. Mai 2016 folgende Änderung der Entgeltordnung für den Veranstaltungsort „Kulturpunkt West“, Ludwig-Winter-Straße 4, vom 27.08.2013 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 12 vom 17. September 2013, Seite 41f.) beschlossen:

1. Die lfd. Nummer 3 **Entgelte für die Raumüberlassung** wird hinsichtlich der „**Küche Erdgeschoss**“ wie folgt geändert:

„

KÜCHE ERDGESCHOSS	pro Stunde 4 €, pro Tag max. 32 €	jeweils 40 €	80 €

“

2. Diese Änderung der Entgeltordnung tritt am 1. Juni 2016 in Kraft. Sie wird im Amtsblatt der Stadt Braunschweig bekannt gemacht.

Braunschweig, den

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
I. V.
Dr. Hesse
Dezernentin für Kultur und Wissenschaft

Die vorstehende Änderung wird hiermit bekannt gemacht.

Braunschweig, den

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
I. V.
Dr. Hesse
Dezernentin für Kultur und Wissenschaft

Anlage 2

Entgeltordnung
für den Veranstaltungsort
„Kulturpunkt West“, Ludwig-Winter-Straße 4

Durch Beschluss des Rates der Stadt Braunschweig vom 27.08.2013 gelten für die Überlassung und Nutzung von Räumen und Ausstattung im Veranstaltungsort „Kulturpunkt West“, Ludwig-Winter-Straße 4, ab dem 01.01.2014 folgende Entgelte und Bestimmungen, die sich in zwei Preisgruppen gliedern:

Preisgruppe A:
Veranstaltungen von Organisationen, die gemeinnützige Zwecke verfolgen, Veranstaltungen von anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe, Seniorenveranstaltungen, Proben, Workshops und Aufführungen von Musik- und Theatergruppen in Eigenorganisation, soweit nicht die Höhe des Eintrittsentgelts einen kommerziellen Charakter der Veranstaltung vermuten lässt.

In besonderen Fällen kann für Nutzer, die in der Preisgruppe A einzuordnen sind, das fällige Nutzungsentgelt auf Antrag ermäßigt oder erlassen werden.

Preisgruppe B:
Alle sonstigen Veranstaltungen.

1. <u>Nutzungszeiten:</u>

Folgende Regelnutzungszeiten stehen zur Verfügung:
- wochentags (Di. bis Fr. jeweils 9 bis 18 Uhr); Mindestmietzeit 2 Stunden
- Fr. (18 Uhr) bis Sa. (8 Uhr) bzw. Sa. (15 Uhr) bis So. (8 Uhr) = Mindestmietzeit
- Sa. (8 bis 24 Uhr) bzw. So. (8 bis 18 Uhr) = jeweils Mindestmietzeit
- Wochenende (Fr. 18 Uhr bis So. 18 Uhr) = Mindestmietzeit

Montags ist der Kulturpunkt West geschlossen.

Am Wochenende werden für die über die in der Entgeltordnung genannten Zeiträume hinausgehenden Nutzungen (Samstag/Sonntag ab 0 Uhr) zusätzlich pro Stunde 10 v. H. des jeweiligen Entgeltes erhoben.

Von den genannten Nutzungszeiten abweichende Nutzungstermine und -verabredungen können in Ausnahmefällen nach Absprache getroffen werden.

2. <u>Kaution:</u>

Für die Nutzung der Räumlichkeiten wird bei der Anmietung eine Kaution in Höhe von 300,00 € fällig. Die Kaution wird zurückerstattet, nachdem die Räumlichkeiten ordnungsgemäß übergeben worden sind.

3. Entgelte für die Raumüberlassung:

	Preisgruppe A		
RAUM	***wochentags (Di. bis Fr. jeweils 9 bis 18 Uhr)***	***Fr. (18 Uhr) bis Sa. (8 Uhr) bzw. Sa. (15 Uhr) bis So. (8 Uhr) bzw. Sa. (8 bis 24 Uhr) bzw. So. (8 bis 18 Uhr)***	***Wochenende (Fr. 18 Uhr bis So. 18 Uhr)***
GRUPPEN-RAUM W5, EG ca. 20 Personen, bestuhlt	pro Stunde 2,50 €, pro Tag max. 20 €	jeweils 30 €	60 €
GRUPPEN-RAUM 108 oder 109, 1. OG ca. 25 Personen, bestuhlt	pro Stunde 5 €, pro Tag max. 40 €	jeweils 60 €	120 €
KLEINER SAAL (= Raum 108 + 109) ca. 50 Personen, bestuhlt	pro Stunde 7,50 €, pro Tag max. 60 €	jeweils 90 €	180 €
FOYER ca. 50 – 80 Personen inkl. Tische, Bestuhlung, Terrassen- und Gartennutzung	pro Stunde 10 €, pro Tag max. 80 €	jeweils 120 €	240 €
GROSSER SAAL ca. 120 Personen, bestuhlt; inkl. Foyer-, Terrassen- und Gartennutzung	pro Stunde 15 €, pro Tag max. 120 €	jeweils 180 €	360 €
KÜCHE ERDGESCHOSS	pro Stunde 2 €, pro Tag max. 16 €	jeweils 20 €	40 €
KÜCHE OBERGESCHOSS	pro Stunde 1,50 €, pro Tag max. 12 €	jeweils 15 €	30 €

Für die Preisgruppe B ist jeweils der doppelte Betrag der Preisgruppe A zu berechnen.

4. Entgelte für Ausrüstungsgegenstände:

	Preisgruppen A und B
KLAVIER	pro Nutzung 15 €
TONTECHNIK	pro Nutzung 20 €
SONSTIGE TECHNISCHE GERÄTE	pro Gerät und Nutzung 10 €
GRILL	pro Nutzung 10 €

5. Entgelte für Reinigung:

a) Normale Reinigung
Grundsätzlich erfolgt die Reinigung der angemieteten Räumlichkeiten nach der Nutzung eigenverantwortlich durch den Mieter. Die erforderlichen Reinigungsmittel werden vom Kulturpunkt West zur Verfügung gestellt.

b) Sonderreinigung
Eine Sonderreinigung wird erforderlich, wenn Verunreinigungen durch die normale Reinigung nicht oder nur teilweise beseitigt worden sind.

Entgelte Sonderreinigung	**Preisgruppen A und B**
Montag - Samstag	2 Std. pauschal: 50 €, zusätzlich Std.* je 25 €
Sonntag	2 Std. pauschal: 100 €, zusätzlich Std.* je 50 €

* Abrechnung erfolgt nach tatsächlichem Aufwand.

Braunschweig, den 9. September 2013

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
I. V.
Dr. Hesse

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

16-01418
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Zweite Satzung zur Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung für die Stadtbibliothek Braunschweig, Dezernat für Kultur und Wissenschaft

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat IV 0412 Referat Stadtbibliothek	05.04.2016

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (Vorberatung)	15.04.2016	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	26.04.2016	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	03.05.2016	Ö

Beschluss:

Die Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung und die Gebühren der Stadtbibliothek Braunschweig (Benutzungs- und Gebührensatzung für die Stadtbibliothek Braunschweig) wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.

Sachverhalt:
Mit Haushaltsbeschluss vom 15. März 2016 (Drs.-Nr. 16-01697) hat der Rat der Stadt Braunschweig beschlossen, 50.000 Euro an Einnahmesteigerung durch die Erhöhung der Benutzungsgebühren der Stadtbibliothek Braunschweig zu erzielen.

Seit der letzten Satzungsänderung vom 22. Juni 2010 sind überdies zahlreiche Neuerungen eingetreten. Um diesen Neuerungen Rechnung zu tragen, ist eine Änderung der bestehenden Satzung geboten.

Die Erläuterung zu den empfohlenen Änderungen im Einzelnen:

§ 6 Abs. 4 und Abs. 5

Hierbei handelt es sich um Anpassungen an die sich verändernde Technik und Medienwelt (Kassetten, Videos und Schallplatten entfallen, eMedien kommen hinzu).

§ 10 Abs. 2

Hierbei handelt es sich um Anpassungen an die sich verändernde Technik und Medienwelt (Kassetten, Videos und Schallplatten entfallen, eMedien kommen hinzu).

§ 11 Abs. 1

Hierbei handelt es sich um Anpassungen an die sich verändernde Technik und Medienwelt (Kassetten, Videos und Schallplatten entfallen, eMedien kommen hinzu).

§ 11a

§ 11a ist neu aufgenommen worden, da der Benachrichtigungsservice der Bibliothek in der bisherigen Satzung noch nicht enthalten war.

§ 13 Abs. 3 (alt)

§ 13 (alt) Abs. 3 der Benutzungs- und Gebührensatz für die Stadtbibliothek Braunschweig regelte das Verbot für das Mitbringen von Tieren in den jeweiligen Räumlichkeiten.

Um die gesellschaftliche Teilhabe für alle Besucherinnen und Besucher zu gewährleisten, soll künftig eine Ausnahmenregelung für alle Assistenzhunde entsprechend § 4 Nr. 8 der Hundesteuersatzung der Stadt Braunschweig in der aktuell gültigen Fassung gelten (siehe Ratsbeschluss vom 15. Juli 2014, Drs.-Nr. 4503/14). Somit wären alle Hunde von der Ausnahmeregelung eingeschlossen, die zur Hilfe blinder, tauber oder sonstiger hilfloser Personen unentbehrlich sind, insbesondere solcher, die einen Schwerbehindertenausweis mit den Merkzeichen „B“, „BL“, „aG“, „GL“ oder „H“ besitzen. Die Benutzungssatzung (§ 13 Abs. 3) wird daher entsprechend angepasst.

§ 13a

Hierbei handelt es sich um Anpassungen an die sich verändernde Technik und Medienwelt.

Lfd. Nr. 1.1 Gebührentarif

In Umsetzung des Haushaltsbeschlusses des Rates vom 15. März 2016 (Drs.-Nr. 16-01516) und einer linearen Anpassung des Deckungsbeitrages vor dem Hintergrund der bestehenden Kostenstrukturen (Kostenunterdeckungen) wird die Jahresgebühr (wie in der Mitteilung Nr. 15-00074 avisiert) auf 15 Euro erhöht. Durch diese Erhöhung ist eine Ertragssteigerung i. H. v. 50.000 Euro pro Jahr zu erwarten. Der derzeitige Kostendeckungsgrad für die Stadtbibliothek Braunschweig beläuft sich auf rund 6,5%.

Lfd. Nr. 1.1, 2.1, 2.2, 3.1, 3.2 Gebührentarif

Das Lebensalter zur Entrichtung der Jahresgebühr soll auf 18 Jahre angehoben werden. Dies soll dem Umstand Rechnung tragen, künftig wieder zum Abitur G9 zurückzukehren (höherer Anteil an Schülern ab 18).

Lfd. Nrn. 3 und 8.5 Gebührentarif

Hierbei handelt es sich um Anpassungen an die sich verändernde Technik und Medienwelt (Kassetten, Videos und Schallplatten entfallen, eMedien kommen hinzu).

Die sich ergebenden Änderungen sind zur besseren Übersichtlichkeit **fett** hervorgehoben.

Dr. Hesse

Anlage/n:

Anlage 1: Zweite Satzung zur Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung für die Stadtbibliothek Braunschweig

Anlage 2: Benutzungs- und Gebührensatzung – vorgenommene Änderungen

Zweite Satzung
zur Änderung der Satzung
über die Benutzung und die Gebühren für die Stadtbibliothek
in der Stadt Braunschweig

(Benutzungs- und Gebührensatzung für die Stadtbibliothek Braunschweig)

Aufgrund der §§ 10 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch § 4 des Gesetzes vom 12.11.2015 (Nds. GVBl. S. 311), und der §§ 1, 2, 4 und 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes vom 23. Januar 2007 (Nds. GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 17.09.2015 (Nds. GVBl. S. 186), hat der Rat der Stadt Braunschweig in seiner Sitzung am 3. Mai 2016 folgende Satzung beschlossen:

Artikel I

Die Satzung über die Benutzung und die Gebühren für die Stadtbibliothek Braunschweig (Benutzungs- und Gebührensatzung für die Stadtbibliothek Braunschweig) vom 8. Juli 2008 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 12 vom 18. Juli 2008), zuletzt geändert durch die Erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung und die Gebühren für die Stadtbibliothek Braunschweig (Benutzungs- und Gebührensatzung für die Stadtbibliothek Braunschweig) in der Fassung vom 22. Juni 2010 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 11 vom 30. Juni 2010, S. 46) wird wie folgt geändert:

1. § 5 Abs. 3 S. 2 wird wie folgt gefasst:

   „Die Verlängerung des Benutzerausweises kann durch Berechnung der Benutzungsgebühr (§ 11 und Nr. 1 des Gebührentarifs) jeweils für ein weiteres Jahr vor Ort oder telefonisch vorgenommen werden.“

2. § 6 Abs. 4 wird wie folgt gefasst:

   „Die Leihfrist beträgt

28 Tage	für Bücher, gebundene Zeitschriften, Noten, Lern-CD-ROMs, Lern-DVD-ROMs, Hörbücher, Konsolen-Lernsoftware, Sachmedien
14 Tage	für Musik-CDs, Musik-DVDs, Spiele, Konsolenspiele, CD-ROM-Spiele, DVD-ROM-Spiele, **eBooks, eAudios**
7 Tage	**für Spielfilm-DVDs und Zeitschriftenhefte aus dem Freihandbestand, eMusic, eVideos**

   Einschränkungen hinsichtlich der Dauer der Leihfrist, insbesondere bei vielfachen Vormerkungen, können durch die Bibliotheksleitung bestimmt werden.“

3. § 6 Abs. 5 wird wie folgt geändert:

   „Entliehene Medien können vor Ort, **im webOPAC** oder telefonisch gegen eine Gebühr nach Nr. 12 des Gebührentarifs vorgemerkt werden.“

4. § 10 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

   „Die Stadtbibliothek haftet nicht für Schäden, die durch die Entleihung bzw. Benutzung der AV-Medien (CDs, CD-ROMs, DVDs, DVD-ROMs, Blu-rays) entstehen.

5. Die Begriffe „(Büchern, Kassetten, Spielen usw.)“ in § 11 Abs. 1 werden gestrichen.

6. § 11 Abs. 2 S. 1 wird wie folgt geändert:

   „Für die Entleihung von Medien aus der Stadtbibliothek ist von der Benutzerin bzw. dem Benutzer nach Vollendung des **18.** Lebensjahres eine Jahresbenutzungsgebühr zu entrichten.“

7. Nach § 11 wird folgender § 11a eingefügt:

„§11a
Benachrichtigungen

Im Interesse ihrer Benutzer verschickt die Stadtbibliothek Mahnungen, Vormerkbenachrichtigungen und Voraberinnerungen (nur per Mail). Ein Anspruch hierauf besteht jedoch nicht.“

8. § 13 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

   „Das Mitführen von Tieren in der Stadtbibliothek ist nicht erlaubt. Hiervon ausgenommen sind **Assistenzhunde.“**

9. Nach § 13 wird folgender § 13a eingefügt:

„§ 13a
eAusleihe

Die Nutzung der eAusleihe ist nur mit einem gültigen Benutzerausweis der Stadtbibliothek Braunschweig möglich. Es gelten die auf den betreffenden Internetseiten der eAusleihe genannten Benutzungsbedingungen und Datenschutzerklärungen.“

Artikel II
Gebührentarif

Der Gebührentarif als Anlage zur Benutzungs- und Gebührensatzung für die Stadtbibliothek Braunschweig wird wie folgt geändert:

1. Die lfd. Nummer 1.1 wird wie folgt geändert:

„1.1 Jahresbenutzungsgebühr
für die Entleihung von Medien von Benutzerinnen bzw. Benutzern,
die das **18.** Lebensjahr vollendet haben **15,00**“
Für die Entleihung von Werken aus der Artothek ist keine Jahresgebühr zu zahlen.

2. In den lfd. Nummern 2.1 und 2.2 sowie Nummer 3.1 und 3.2 wird jeweils die Angabe „16. Lebensjahres“ durch die Angabe „18. Lebensjahres“ ersetzt.

3. In der lfd. Nummer 3 wird zudem das Wort „Videos“ durch das Wort „Blu-rays“ ersetzt.

4. Die lfd. Nummer 8.5 wird gestrichen.

5. Die lfd. Nummer 8.6 (alt) wird zu 8.5 (neu), die lfd. Nummer 8.7 (alt) wird zu 8.6 (neu).

Artikel III
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach der Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Braunschweig in Kraft.

Braunschweig, den

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister
I. V.

Dr. Hesse
Dezernentin für Kultur und Wissenschaft

Die vorstehende Satzung wird hiermit bekannt gemacht.

Braunschweig, den

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister
I. V.

Dr. Hesse
Dezernentin für Kultur und Wissenschaft

**Benutzungs- und Gebührensatzung
für die Stadtbibliothek Braunschweig**

**(in der Fassung der Ersten Änderungssatzung vom 22. Juni 2010,
Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 11 vom 30. Juni 2010, S. 46)**

Aufgrund der §§ 6, 8 und 83 der Niedersächsischen Gemeindeordnung vom 28. Oktober 2006 (Nds. GVBL. S. 473), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 7. Dezember 2006 (Nds. GVBl. S. 575), und der §§ 1, 2, 4 und 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes vom 23. Januar 2007 (Nds. GVBl. S. 41), hat der Rat der Stadt Braunschweig in seiner Sitzung am 8. Juli 2008 folgende Satzung beschlossen:

§ 1
Allgemeines

Die Stadtbibliothek Braunschweig mit ihren Zweigstellen und der Artothek ist eine öffentliche Einrichtung der Stadt Braunschweig. Sie stellt Bücher und andere Druckerzeugnisse sowie Bild-, Ton- und Datenträger und Werke der zeitgenössischen bildenden Kunst zur Information, zur allgemeinen, schulischen und beruflichen Bildung sowie zur Unterhaltung und Freizeitgestaltung zur Verfügung. Die Benutzung der Einrichtung der Stadtbibliothek unterliegt dem öffentlichen Recht.

Für die Artothek gelten die Bestimmungen dieser Satzung, soweit in § 14 nichts Abweichendes geregelt ist.

§ 2
Benutzerkreis

Natürliche sowie juristische Personen und Personenvereinigungen sind im Rahmen dieser Satzung und des geltenden Rechts berechtigt, die Angebote der Stadtbibliothek in Anspruch zu nehmen.

§ 3
Benutzung

(1) Bücher und andere Medien können in den Einrichtungen der Stadtbibliothek vor Ort kostenlos genutzt werden. Für die Entleihung wird eine Jahresbenutzungsgebühr (§ 5 Abs. 3, § 11 sowie Nr. 1 des Gebührentarifs) erhoben. Innerhalb der Stadtbibliothek können alle öffentlich zugänglichen Arbeitsmöglichkeiten einschließlich technischer Geräte genutzt werden.

(2) Mit einem Kinder-Benutzerausweis (bis 12 Jahre) können nur Kinder- und Jugendmedien sowie schulrelevante Medien entliehen werden.

(3) Die Kopiergeräte und die Internet-PCs sowie das Mikrofiche-Lesegerät können unter Beachtung der geltenden gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechts gegen Entgelt in Anspruch genommen werden. Die Stadtbibliothek haftet nicht bei Verletzung des Urheberrechts.

(4) Von der Benutzung außerhalb der Stadtbibliothek sind ausgeschlossen: alle Bücher mit Erscheinungsjahr vor 1920, Handschriften, Karten, maschinenschriftliche Veröffentlichungen, wertvolle und seltene Drucke, Tafelwerke, ungebundene, magazinierte Zeitschriften, Zeitungen, Präsenzbestände, unvollständige Lieferungswerke sowie Mikrofiches. Über Ausnahmen entscheidet die Bibliotheksleitung.

(5) Taschen und Rucksäcke sind in die Garderobenschränke einzuschließen. Die Stadtbibliothek haftet nicht für die eingeschlossenen Gegenstände.

(6) Die Garderobenschränke dürfen nur während der Öffnungszeiten benutzt werden. Die Stadtbibliothek behält sich das Recht vor, Schränke, die außerhalb der Öffnungszeiten verschlossen sind, zu öffnen und den Inhalt zu entsorgen. Für die Ersatzbeschaffung eines Taschen- bzw. Garderobenschrankschlosses, bei dessen Beschädigung oder bei Verlust des Schlüssels werden Gebühren nach Maßgabe der Nr. 16 des Gebührentarifs erhoben.

(7) Für Die Öffnung eines Garderobenschrankes außerhalb der Öffnungszeiten der Stadtbibliothek wird eine Gebühr nach Nr. 17 des Gebührentarifs fällig.

§ 4
Anmeldung

(1) Gegen Vorlage des gültigen Personalausweises oder Passes mit Meldebescheinigung mit jeweils aktueller Adresse wird ein Benutzerausweis für die Stadtbibliothek ausgestellt.

(2) Personen unter 18 Jahren erhalten nur einen Benutzerausweis, wenn eine erziehungsberechtigte Person der Anmeldung schriftlich zustimmt und damit erklärt, dass sie bei etwaigen Forderungen, die sich aus dem Benutzungsverhältnis (z. B. Gebühren und Ersatzbeträge) ergeben, haftet.

Der gültige Personalausweis oder Pass mit Meldebescheinigung mit jeweils aktueller Adresse der unterzeichnenden erziehungsberechtigten Person ist bei der Anmeldung vorzulegen.

(3) Name, Geburtsdatum und Anschrift der Benutzerin bzw. des Benutzers sowie auch die Daten der erziehungsberechtigten Person werden gespeichert. Die Stadtbibliothek setzt hierzu die elektronische Datenverarbeitung ein. In Ausnahmefällen ist die Stadtbibliothek berechtigt, Eintragungen z. B. bei Verlust oder Beschädigung von Medien in den betreffenden Benutzerkonten vorzunehmen. Das Datenschutzgesetz des Landes Niedersachsen und die Dienstanweisung zum Datenschutz der Stadt Braunschweig in der jeweils gültigen Fassung werden beachtet.

(4) Mit der Anmeldung wird die Benutzungs- und Gebührensatzung anerkannt und der Verarbeitung der Daten gemäß § 4 (3) dieser Satzung zugestimmt.

(5) Juristische Personen und Personenvereinigungen können sich als Institution anmelden. Die Leiterin bzw. der Leiter verpflichtet sich mittels Unterschrift auf der "Verpflichtungskarte" der Stadtbibliothek, bei etwaigen Forderungen, die sich aus dem Benutzungsverhältnis der Institution mit der Stadtbibliothek ergeben, zu haften.

Der Benutzerausweis wird von der jeweiligen Institution verwaltet. Es können damit nur berufsbezogene Medien bzw. solche Medien entliehen werden, die in einem Zusammenhang mit der Tätigkeit der Institution stehen.

§ 5
Benutzerausweis

(1) Der Benutzerausweis berechtigt zum Entleihen von Medien der Stadtbibliothek.

(2) Der Benutzerausweis bleibt Eigentum der Stadt Braunschweig. Der Verlust des Benutzerausweises sowie Änderungen des Namens und der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Muss aufgrund der nicht vorliegenden aktuellen Adresse eine

Anschriftenermittlung durchgeführt werden, sind Gebühren nach Nr. 14 des Gebührentarifs zu entrichten.

(3) Der Benutzerausweis gilt nach Entrichtung der Benutzungsgebühr (§ 11 und Nr. 1 des Gebührentarifs) ein Jahr. **Die Verlängerung des Benutzerausweises kann durch Berechnung der Benutzungsgebühr (§ 11 und Nr. 1 des Gebührentarifs) jeweils für ein weiteres Jahr vor Ort oder telefonisch vorgenommen werden.** Für die ausschließliche Nutzung der Artothek gilt der Benutzerausweis auch ohne Entrichtung der Gebühr.

(4) Die Ausstellung eines Ersatzausweises nach Verlust oder Beschädigung ist nach Nr. 8.1 des Gebührentarifs gebührenpflichtig.

(5) Im Falle eines Ausschlusses von der Benutzung gemäß § 12 dieser Satzung ist der Benutzerausweis zurückzugeben. Die bereits entrichtete Jahresbenutzungsgebühr wird nicht erstattet.

(6) Die Person, auf deren Namen der Benutzerausweis ausgestellt ist, ist für die mit ihrem Benutzerausweis entliehenen Medien verantwortlich; sie haftet sowohl für entstandene Gebühren als auch für mögliche Beschädigungen an den Medien sowie für deren Ersatz, sofern sie nicht nachweisen kann, dass sie kein Verschulden trifft.

§ 6
Ausleihe

(1) Bücher und andere Medien werden gegen Vorlage des gültigen Benutzerausweises oder bei angemeldeten Benutzerinnen und Benutzern gegen Vorlage des gültigen Personalausweises ausgeliehen.

(2) Die Anzahl der zu entleihenden Bücher und Medien je Benutzerin bzw. Benutzer kann von der Bibliotheksleitung sowohl im Ganzen als auch nach Medienarten differenziert begrenzt werden.

(3) Vor dem Entleihen hat sich die Benutzerin bzw. der Benutzer von dem Zustand der Medien zu überzeugen. Äußerlich erkennbare Schäden sind der Stadtbibliothek sofort mitzuteilen. Andernfalls gelten die Medien als in einwandfreiem Zustand ausgehändigt.

(4) Die Leihfrist beträgt

„28 Tage	für Bücher, gebundene Zeitschriften, Noten, Lern-CD-ROMs, Lern-DVD-ROMs, Hörbücher, Konsolen-Lernsoftware, Sachmedien
14 Tage	für Musik-CDs, Musik-DVDs, Spiele, Konsolenspiele, CD-ROM-Spiele, DVD-ROM-Spiele, **eBooks, eAudios**
7 Tage	**für Spielfilm-DVDs und Zeitschriftenhefte aus dem Freihandbestand, eMusic, eVideos**

Einschränkungen hinsichtlich der Dauer der Leihfrist, insbesondere bei vielfachen Vormerkungen, können durch die Bibliotheksleitung bestimmt werden.“

(5) Entliehene Medien können vor Ort, **im webOPAC** oder telefonisch gegen eine Gebühr nach Nr. 12 des Gebührentarifs vorgemerkt werden.

(6) Entliehene Medien können auch vor Ablauf der Leihfrist aus wichtigem Grunde von der Bibliotheksleitung zurückgefordert werden.

(7) Die Ausleihe von Büchern und anderen Medien kann von der Rückgabe angemahnter Medien sowie der Erfüllung bestehender Zahlungsverpflichtungen abhängig gemacht werden. § 12 Abs. 1 dieser Satzung bleibt unberührt.

(8) Wissenschaftliche Medien, die nachweislich nicht in der Stadtbibliothek oder einer anderen öffentlich zugänglichen Bibliothek am Ort vorhanden sind, können von der Stadtbibliothek gegen Zahlung einer Gebühr aus anderen Bibliotheken beschafft werden. Es gelten die Bestimmungen des auswärtigen Leihverkehrs (Nr. 13 des Gebührentarifs).

§ 7
Verlängerungen

(1) Die Leihfrist der Medien kann höchstens zweimal verlängert werden, sofern keine Vormerkung vorliegt. Die Verlängerungsmöglichkeit kann jedoch von der Bibliotheksleitung im Einzelfall oder generell für bestimmte Medien eingeschränkt oder ausgeschlossen werden.

(2) Telefonische Verlängerungen sind nur während der Öffnungszeiten der Stadtbibliothek möglich, ein Anspruch hierauf besteht jedoch nicht. Schriftliche Verlängerungen bzw. Verlängerungen per E-Mail oder Telefax sind nicht möglich.

(3) Verlängerungen mit Hilfe des webOPACs werden vom Benutzer selbst auf eigenes Risiko vorgenommen, ein Anspruch hierauf besteht nicht. Fehlerhafte Verlängerungen gehen zu Lasten des Benutzers. Bei der Online-Verlängerung gelten zur Berechnung der Leihfristen und Gebühren die Öffnungszeiten der Stadtbibliothek.

(4) Bei einer Verlängerung der Leihfrist der Medien wird die Leihfrist vom Tage der Verlängerung an neu berechnet.

§ 8
Rückgabe

(1) Die Medien sind spätestens mit Ablauf der Leihfrist während der Öffnungszeiten in der Stadtbibliothek zurückzugeben. Bei der Rückgabe der Medien muss der Abschluss des Rückbuchungsvorganges abgewartet werden. Auf vorherige Anforderung der Benutzerin bzw. des Benutzers kann eine Rückgabequittung ausgedruckt werden.

(2) Bei nicht fristgemäßer Rückgabe wird die Inhaberin bzw. der Inhaber des Benutzerausweises kostenpflichtig schriftlich gemahnt (Nr. 15 des Gebührentarifs). Ein Anspruch auf eine schriftliche Mahnung besteht jedoch nicht. Bei Überschreitung der Leihfrist werden Gebühren nach § 11 sowie Nrn. 2 und 3 des Gebührentarifs erhoben.

(3) Werden die ausgeliehenen Medien trotz Aufforderung nicht zurückgegeben, wird der Inhaberin bzw. dem Inhaber des Benutzerausweises der Anschaffungswert dieser Medien zuzüglich entsprechender Gebühren für die Wiederbeschaffung, die Einarbeitung sowie die Einbandarbeiten nach Nrn. 4 bis 7 des Gebührentarifs in Rechnung gestellt**.**

§ 9
Notverbuchung

Bei Ausfall der automatisierten Ausleihverbuchung wird die Notverbuchung aktiviert. Die Notverbuchung lässt jedoch nur die Ausleihe und Rückgabe von Medien zu. Verlängerungen, Vormerkungen, Benutzeranmeldungen, Kontoabfragen u. Ä. sind nicht möglich.

§ 10
Behandlung der ausgeliehenen Medien, Haftung

(1) Ausgeliehene Medien sind pfleglich zu behandeln. Bei Verlust oder Beschädigung (Heraustrennen von Seiten oder Abbildungen, Unterstreichungen, Feuchtigkeitsschäden, Verschmutzung u. Ä.) haftet die Inhaberin bzw. der Inhaber des Benutzerausweises, es sei denn, sie bzw. er weist nach, dass sie bzw. ihn kein Verschulden trifft.

(2) Die Stadtbibliothek haftet nicht für Schäden, die durch die Entleihung bzw. Benutzung der AV-Medien (CDs, CD-ROMs, DVDs, DVD-ROMs, Blu-rays) entstehen.

(3) Verlust oder Beschädigung ausgeliehener Medien sind unverzüglich anzuzeigen. Dies gilt auch für Schäden, die nicht durch die Benutzerin bzw. den Benutzer verursacht wurden. Es ist untersagt, Beschädigungen ohne Absprache mit der Stadtbibliothek selbst zu beheben oder beheben zu lassen.
Für verlorene oder beschädigte Medien ist von der Benutzerin bzw. vom Benutzer Ersatz zu leisten. Dies gilt auch für Beschädigungen, die die Stadtbibliothek erst nach der Rückgabe feststellt. Der Ersatztitel wird von der Stadtbibliothek benannt. Zusätzlich wird eine Einarbeitungsgebühr und ggf. eine Gebühr für Einbandarbeiten nach dem Gebührentarif, Nrn. 5 bis 8, erhoben.

(4) Die Inhaberin bzw. der Inhaber des Benutzerausweises haftet auch für Schäden, die durch den Missbrauch des Benutzerausweises entstehen, entsprechend den Regelungen des § 10 Abs. 3, sofern der Ausweisverlust nicht unverzüglich gemeldet wurde. Die Zahlung von Gebühren für die verspätete Rückgabe von Medien bleibt davon unberührt.

(5) Ist eine Medieneinheit sechs Monate nach Ablauf der Leihfrist nicht zurückgegeben worden, gilt sie als verloren gegangen. § 10 Abs. 3 findet entsprechende Anwendung. Die Bibliotheksleitung kann von der Erhebung der Gebühren auch teilweise absehen, wenn die Medieneinheit zu einem späteren Zeitpunkt zurückgegeben wird.

(6) Zur Ausgabe der Medien werden maschinenlesbare Etiketten verwendet. Bei Beschädigung oder Verlust dieser wird eine Gebühr nach Nr. 9 des Gebührentarifs erhoben.

(7) Medien, die sich während der Ausleihzeit in einer Wohnung befinden, für die aufgrund einer meldepflichtigen übertragbaren Krankheit Desinfektion angeordnet wird, dürfen erst nach erfolgter Desinfektion zurückgegeben werden. Evtl. entstehende Kosten hat die Inhaberin bzw. der Inhaber des Benutzerausweises zu tragen.

§ 11
Gebühren

(1) Für die Ersatzausstellung des Benutzerausweises, Wiederbeschaffung von verloren gegangenen Medien, Einarbeitung von Medien, die verloren gegangene Medien ersetzen, Wiederherstellen der Ausleihfähigkeit beschädigter Medien, Inanspruchnahme des auswärtigen Leihverkehrs, Ausdruck von Datenträgern sowie für sonstige Verwaltungstätigkeiten, für die die Benutzerin bzw. der Benutzer Anlass gegeben hat, werden Gebühren nach dem Gebührentarif erhoben.

(2) Für die Entleihung von Medien aus der Stadtbibliothek ist von der Benutzerin bzw. dem Benutzer nach Vollendung des **18.** Lebensjahres eine Jahresbenutzungsgebühr zu entrichten. Bei Überschreitung der Ausleihfrist wird eine zusätzliche Benutzungsgebühr erhoben. Die Höhe der Gebühren ergibt sich aus dem dieser Satzung in der Anlage beigefügten Gebührentarif, der Bestandteil der Satzung ist. Die Gebühren bei Überschreitung der Leihfrist errechnen sich nach der Dauer der Fristüberschreitung, der

Medienart und dem Alter der entleihenden Person. Gebührenschuldner ist der Inhaber des Benutzerausweises, bei juristischen Personen, Institutionen usw. diejenige Person, die die Haftungserklärung unterzeichnet hat, bei unter 18-Jährigen die bzw. der Erziehungsberechtigte.

(3) Die Gebührenschuld entsteht bei Benutzungsgebühren nach Nr. 1 des in der Anlage aufgeführten Gebührentarifs mit Ausstellung bzw. Verlängerung des Benutzerausweises. Gleichzeitig wird die Gebührenschuld auch fällig. Die Gebührenschuld entsteht bei Benutzungsgebühren nach Nrn. 2 und 3 des Gebührentarifs täglich. Die Gebühren werden in diesen Fällen mit der Bekanntgabe der Gebührenschuld an die Benutzerin bzw. den Benutzer fällig, soweit die Stadtbibliothek keinen anderen Zeitpunkt bestimmt.

(4) Bei den Gebühren nach Nrn. 4 bis 17 des Gebührentarifs entsteht die Gebührenschuld mit der Verwirklichung des Gebührentatbestandes. Die Gebühren werden mit der Bekanntgabe der Gebührenschuld an die Benutzerin bzw. den Benutzer fällig, soweit die Stadtbibliothek keinen anderen Zeitpunkt bestimmt.

(5) Die Gebührenschuld wird gegenüber der Gebührenschuldnerin bzw. dem Gebührenschuldner durch einen Heranziehungsbescheid festgestellt. Für die Erstellung des Heranziehungsbescheides wird eine Bearbeitungsgebühr nach Nr. 4 des Gebührentarifs erhoben.

§ 11a
Benachrichtigungen

Im Interesse ihrer Benutzer verschickt die Stadtbibliothek Mahnungen, Vormerkbenachrichtigungen und Voraberinnerungen (nur per Mail). Ein Anspruch hierauf besteht jedoch nicht.

§ 12
Ausschluss von der Benutzung

(1) Personen, die gegen die Bestimmungen dieser Satzung verstoßen, können auf Zeit oder Dauer von der Benutzung ausgeschlossen werden. Dies gilt auch für Benutzerinnen bzw. Benutzer, die mit der Zahlung von Gebühren oder Ersatzbeträgen, die 20 € überschreiten, im Rückstand sind.

(2) Die Bibliotheksleitung kann Personen, die gegen diese Satzung verstoßen, Hausverbot erteilen.

(3) Die Einrichtungen der Stadtbibliothek dürfen von Personen, die an einer nach dem geltenden Infektionsschutzgesetz meldepflichtigen übertragbaren Krankheit leiden, nicht genutzt werden.

§ 13
Sonstige Regelungen

(1) Essen, Trinken und die Benutzung von Mobiltelefonen ist nur in den Eingangsbereichen erlaubt.

(2) Rauchen ist in der Stadtbibliothek verboten.

(3) Das Mitführen von Tieren in der Stadtbibliothek ist nicht erlaubt. **Hiervon ausgenommen sind Assistenzhunde.**

§ 13a
eAusleihe

Die Nutzung der eAusleihe ist nur mit einem gültigen Benutzerausweis der Stadtbibliothek Braunschweig möglich. Es gelten die auf den betreffenden Internetseiten der eAusleihe genannten Benutzungsbedingungen und Datenschutzerklärungen.

§ 14
Artothek

(1) Die Artothek kann nur von Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, benutzt werden.

(2) Werke aus der Artothek werden nur an den Inhaber bzw. die Inhaberin eines gültigen Benutzerausweises der Stadtbibliothek ausgeliehen. Außerdem ist die Vorlage des eigenen Personalausweises erforderlich. Die Benutzung der Artothek ist gebührenpflichtig (Nr. 1.2 des Gebührentarifs).

(3) Vor der erstmaligen Ausleihe hat der Benutzer bzw. die Benutzerin eine ausreichende private Haftpflichtversicherung nachzuweisen.

(4) Eine Ausleihe von bis zu fünf Werken gleichzeitig ist möglich. Über Ausnahmen entscheidet die Leitung der Stadtbibliothek oder des Kulturinstituts.

(5) Die Leihfrist für Werke aus der Artothek beträgt jeweils zwölf Wochen. Die Leihfrist kann auf Antrag einmal kostenlos verlängert werden, wenn die Werke nicht vorbestellt sind oder anderweitig benötigt werden. Die Verlängerungsfrist beträgt zwölf Wochen.
Bei nicht fristgemäßer Rückgabe werden Gebühren nach Nr. 3 des Gebührentarifs erhoben.

(6) Die Rückgabe der Werke aus der Artothek findet während der Öffnungszeiten der Stadtbibliothek an den Ausleihtheken statt. Eine vorzeitige Rückgabe der Werke ist jederzeit möglich. Eine Erstattung von Gebühren erfolgt jedoch nicht.

(7) Die Benutzer haben die von ihnen entliehenen Werke sorgfältig zu behandeln und vor Beschädigungen zu schützen. Die Originale werden gerahmt ausgeliehen. Die Rahmung darf nicht beklebt, bemalt oder in sonstiger Weise verändert werden. Die Originale dürfen nicht umgerahmt werden. Arbeiten, die nicht hinter Glas gerahmt sind, sind mit besonderer Vorsicht zu behandeln und zu transportieren. Die Benutzer haben für geeignetes Transportmaterial Sorge zu tragen.
Für verunreinigte, beschädigte, verloren gegangene oder sonst abhanden gekommene Werke haftet die Entleiherin bzw. der Entleiher, es sei denn, sie bzw. er weist nach, dass sie bzw. ihn kein Verschulden trifft. Verlust oder Schäden sind entsprechend § 10 Abs. 3 anzuzeigen. Die Ersatz- und Reparaturkosten richten sich nach der Höhe des entstandenen
Schadens.

(8) Von den Beständen der Artothek dürfen Fotografien oder sonstige Vervielfältigungen nur mit Genehmigung der Leitung der Stadtbibliothek oder des Kulturinstituts im Rahmen des Urheberrechts und sonstiger Rechte hergestellt werden.

§ 15
Ausnahmen von den Bestimmungen dieser Satzung

In begründeten Einzelfällen können Ausnahmen zugelassen werden, sofern dem kein öffentliches Interesse entgegensteht.

§ 16
In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am Tag nach der Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Braunschweig in Kraft.

Braunschweig, den

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
I. V.
Dr. Hesse
Dezernentin für Kultur und Wissenschaft

Die vorstehende Satzung wird hiermit bekannt gemacht.

Braunschweig, den

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
I. V.
Dr. Hesse
Dezernentin für Kultur und Wissenschaft

Anlage

Gebührentarif
der Stadtbibliothek Braunschweig

		EURO
1	**Benutzungsgebühren**	
1.1	**Jahresbenutzungsgebühr** für die Entleihung von Medien von Benutzerinnen bzw. Benutzern, die das **18.** Lebensjahr vollendet haben Für die Entleihung von Werken aus der Artothek ist keine Jahresgebühr zu zahlen.	**15,00**
1.2	**Benutzungsgebühr** für Werke der Artothek je Werk für die Dauer der Leihfrist	10,00
2	**Benutzungsgebühr** bei Überschreitung der Leihfrist je **Buch, Kassette und Spiel**	
2.1	nach Vollendung des **18.** Lebensjahres	
2.1.1	bis einschließlich zum 6. Öffnungstag nach Ablauf der Leihfrist je Öffnungstag und Medieneinheit	0,10
2.1.2	für jeden weiteren Öffnungstag je Medieneinheit bis zum Höchstbetrag je Medieneinheit von	0,50 12,60
2.2	bis zur Vollendung des **18.** Lebensjahres	
2.2.1	bis einschließlich zum 6. Öffnungstag nach Ablauf der Leihfrist je Öffnungstag und Medieneinheit	0,05
2.2.2	für jeden weiteren Öffnungstag je Medieneinheit bis zum Höchstbetrag je Medieneinheit von	0,25 6,30
3	**Benutzungsgebühr** für das Überschreiten der Leihfrist bei **CDs, CD-ROMs, DVDs, DVD-ROMs, MP3, Blu-rays und Zeitschriften, *Konsolenspielen, Konsolen-Lernsoftware* sowie Werken aus der Artothek** je Öffnungstag und Medieneinheit	
3.1	nach Vollendung des **18.** Lebensjahres	0,50
3.1.1	bis zum Höchstbetrag je Medieneinheit von	12,50
3.2	bis zur Vollendung des **18.** Lebensjahres	0,25
3.2.1	bis zum Höchstbetrag je Medieneinheit von	6,25
4	**Bearbeitungsgebühr je Heranziehungsbescheid**	14,00
5	**Einarbeitungsgebühr** für Medien, die von der Entleiherin bzw. vom Entleiher zu ersetzen sind, je Medieneinheit	5,00

6	**Bearbeitungsgebühr** für die Wiederbeschaffung bzw. Ersatzbeschaffung je Medieneinheit	5,00
7	**Einbandarbeiten bei Verlust und Reparatur**	
7.1	Einbandarbeiten je Medieneinheit, nach Umfang	5,00 bis 51,00
7.2	buchbinderische Reparaturen zur Wiederherstellung der Ausleihfähigkeit je Medieneinheit, nach Art und Umfang	5,00 bis 33,20
8	**Wiederausstellen/Wiederbeschaffung bei Verlust (Verlustgebühr)**	
8.1	Ersatz-Benutzerausweis	2,50
8.2	Textbeilage für ***CDs,*** CD-ROMs, DVDs ***und andere***	1,25
8.3	Titelumschlag für CDs, CD-ROMs, DVDs **und *andere***	0,75
8.4	Hülle für CDs, CD-ROMs, DVDs **und *andere***	3,00
8.5	**Medientasche**	**3,60**
8.6	**Spielekleinteile *und Spieleanleitungen* unter Berücksichtigung der Wiederbeschaffungskosten**	**0,25 bis 7,65**
9	**Ersatz für maschinenlesbares Etikett**	2,50
10	**Gebühr für den Ausdruck von Datenträgern je angefangene Seite**	0,25
11	***Kopien von/aus Büchern (Papier oder per Datenträger)*** *je angefangene Viertelstunde der aufgewendeten Arbeitszeit zuzüglich Versandkosten*	***8,00***
12	Bearbeitung von Vormerkungen bzw. Benachrichtigungen im Leihverkehr	1,00
13	**Bezug von Werken im auswärtigen Leihverkehr**	1,50
14	**Gebühr für Anschriftenermittlung**	3,50
15	**Gebühren für Mahnungen**	0,75
16	**Ersatzbeschaffung eines Taschen- bzw. Garderobenschrankschlosses** bei dessen Beschädigung oder Verlust des Schlüssels	45,00
17	***Öffnen eines Garderobenschrankes*** *außerhalb der Öffnungszeiten der Stadtbibliothek*	***30,00***

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

16-01418-01
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Zweite Satzung zur Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung für die Stadtbibliothek Braunschweig, Dezernat für Kultur und Wissenschaft

Organisationseinheit:	*Datum:*
DEZERNAT IV - Kultur- und Wissenschaftsdezernat	21.04.2016

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	26.04.2016	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	03.05.2016	Ö

Beschluss:

Die Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung und die Gebühren der Stadtbibliothek Braunschweig (Benutzungs- und Gebührensatzung für die Stadtbibliothek Braunschweig) wird in Form der 1. Ergänzung in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.

Sachverhalt:
In seiner Sitzung am 15. April 2016 hat der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft für die Zweite Änderungssatzung die folgende Änderung beschlossen:

1. § 5 Abs. 3 S. 2 wird wie folgt gefasst:

   „Die Verlängerung des Benutzerausweises kann durch ~~Berechnung~~ Bezahlung der Benutzungsgebühr (§ 11 und Nr. 1 des Gebührentarifs) jeweils für ein weiteres Jahr vor Ort oder telefonisch vorgenommen werden.“

Die zugesagte Prüfung der Verwaltung hat ergeben, dass es über die nachfolgende Änderung hinaus keinerlei Abweichungen mehr zu der im Amtsblatt Nr. 12 vom 18. Juni 2008 und der auf der Internetseite der Stadt Braunschweig (Satzung vom 18. Juni 2008 in der Fassung der Ersten Änderungssatzung vom 22. Juni 2010 [Amtsblatt Nr. 11 vom 30. Juni 2010]) zu findenden Satzung gibt:

2. § 5 Abs. 2 S. 3 wird wie folgt geändert:

   „Muss aufgrund der nicht vorliegenden aktuellen Adresse eine Anschriftenermittlung durchgeführt werden, sind Gebühren nach ~~Nr. 15~~ Nr. 14 des Gebührentarifs zu entrichten.“

Dr. Hesse

Anlage/n:

Anlage 1: Zweite Satzung zur Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung für die Stadtbibliothek Braunschweig
Anlage 2: Benutzungs- und Gebührensatzung – vorgenommene Änderungen

**Zweite Satzung
zur Änderung der Satzung
über die Benutzung und die Gebühren für die Stadtbibliothek
in der Stadt Braunschweig**

(Benutzungs- und Gebührensatzung für die Stadtbibliothek Braunschweig)

Aufgrund der §§ 10 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch § 4 des Gesetzes vom 12.11.2015 (Nds. GVBl. S. 311), und der §§ 1, 2, 4 und 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes vom 23. Januar 2007 (Nds. GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 17.09.2015 (Nds. GVBl. S. 186), hat der Rat der Stadt Braunschweig in seiner Sitzung am 3. Mai 2016 folgende Satzung beschlossen:

Artikel I

Die Satzung über die Benutzung und die Gebühren für die Stadtbibliothek Braunschweig (Benutzungs- und Gebührensatzung für die Stadtbibliothek Braunschweig) vom 8. Juli 2008 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 12 vom 18. Juli 2008), zuletzt geändert durch die Erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung und die Gebühren für die Stadtbibliothek Braunschweig (Benutzungs- und Gebührensatzung für die Stadtbibliothek Braunschweig) in der Fassung vom 22. Juni 2010 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 11 vom 30. Juni 2010, S. 46) wird wie folgt geändert:

1. § 5 Abs. 2 S. 3 wird wie folgt geändert:

   „Muss aufgrund der nicht vorliegenden aktuellen Adresse eine Anschriftenermittlung durchgeführt werden, sind Gebühren nach Nr. 14 des Gebührentarifs zu entrichten.“

2. § 5 Abs. 3 S. 2 wird wie folgt gefasst:

   „Die Verlängerung des Benutzerausweises kann durch Bezahlung der Benutzungsgebühr (§ 11 und Nr. 1 des Gebührentarifs) jeweils für ein weiteres Jahr vor Ort oder telefonisch vorgenommen werden.“

3. § 6 Abs. 4 wird wie folgt gefasst:

   „Die Leihfrist beträgt

28 Tage	für Bücher, gebundene Zeitschriften, Noten, Lern-CD-ROMs, Lern-DVD-ROMs, Hörbücher, Konsolen-Lernsoftware, Sachmedien
14 Tage	für Musik-CDs, Musik-DVDs, Spiele, Konsolenspiele, CD-ROM-Spiele, DVD-ROM-Spiele, **eBooks, eAudios**
7 Tage	**für Spielfilm-DVDs und Zeitschriftenhefte aus dem Freihandbestand, eMusic, eVideos**

   Einschränkungen hinsichtlich der Dauer der Leihfrist, insbesondere bei vielfachen Vormerkungen, können durch die Bibliotheksleitung bestimmt werden.“

4. § 6 Abs. 5 wird wie folgt geändert:

   „Entliehene Medien können vor Ort, **im webOPAC** oder telefonisch gegen eine Gebühr nach Nr. 12 des Gebührentarifs vorgemerkt werden."

5. § 10 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

   „Die Stadtbibliothek haftet nicht für Schäden, die durch die Entleihung bzw. Benutzung der AV-Medien (CDs, CD-ROMs, DVDs, DVD-ROMs, Blu-rays) entstehen.

6. Die Begriffe „(Büchern, Kassetten, Spielen usw.)" in § 11 Abs. 1 werden gestrichen.

7. § 11 Abs. 2 S. 1 wird wie folgt geändert:

   „Für die Entleihung von Medien aus der Stadtbibliothek ist von der Benutzerin bzw. dem Benutzer nach Vollendung des **18.** Lebensjahres eine Jahresbenutzungsgebühr zu entrichten."

8. Nach § 11 wird folgender § 11a eingefügt:

„§11a
Benachrichtigungen

Im Interesse ihrer Benutzer verschickt die Stadtbibliothek Mahnungen, Vormerkbenachrichtigungen und Voraberinnerungen (nur per Mail). Ein Anspruch hierauf besteht jedoch nicht."

9. § 13 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

   „Das Mitführen von Tieren in der Stadtbibliothek ist nicht erlaubt. Hiervon ausgenommen sind **Assistenzhunde."**

10. Nach § 13 wird folgender § 13a eingefügt:

„§ 13a
eAusleihe

Die Nutzung der eAusleihe ist nur mit einem gültigen Benutzerausweis der Stadtbibliothek Braunschweig möglich. Es gelten die auf den betreffenden Internetseiten der eAusleihe genannten Benutzungsbedingungen und Datenschutzerklärungen."

Artikel II
Gebührentarif

Der Gebührentarif als Anlage zur Benutzungs- und Gebührensatzung für die Stadtbibliothek Braunschweig wird wie folgt geändert:

1. Die lfd. Nummer 1.1 wird wie folgt geändert:

„1.1 Jahresbenutzungsgebühr
für die Entleihung von Medien von Benutzerinnen bzw. Benutzern, die das **18.** Lebensjahr vollendet haben **15,00**“
Für die Entleihung von Werken aus der Artothek ist keine Jahresgebühr zu zahlen.

2. In den lfd. Nummern 2.1 und 2.2 sowie Nummer 3.1 und 3.2 wird jeweils die Angabe „16. Lebensjahres“ durch die Angabe „18. Lebensjahres“ ersetzt.

3. In der lfd. Nummer 3 wird zudem das Wort „Videos“ durch das Wort „Blu-rays“ ersetzt.

4. Die lfd. Nummer 8.5 wird gestrichen.

5. Die lfd. Nummer 8.6 (alt) wird zu 8.5 (neu), die lfd. Nummer 8.7 (alt) wird zu 8.6 (neu).

Artikel III
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach der Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Braunschweig in Kraft.

Braunschweig, den

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister
I. V.

Dr. Hesse
Dezernentin für Kultur und Wissenschaft

Die vorstehende Satzung wird hiermit bekannt gemacht.

Braunschweig, den

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister
I. V.

Dr. Hesse
Dezernentin für Kultur und Wissenschaft

Benutzungs- und Gebührensatzung für die Stadtbibliothek Braunschweig

(in der Fassung der Zweiten Änderungssatzung vom 3. Mai 2016, Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. … vom … 2016, S. …)

Aufgrund der §§ 6, 8 und 83 der Niedersächsischen Gemeindeordnung vom 28. Oktober 2006 (Nds. GVBL. S. 473), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 7. Dezember 2006 (Nds. GVBl. S. 575), und der §§ 1, 2, 4 und 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes vom 23. Januar 2007 (Nds. GVBl. S. 41), hat der Rat der Stadt Braunschweig in seiner Sitzung am 8. Juli 2008 folgende Satzung beschlossen:

§ 1
Allgemeines

Die Stadtbibliothek Braunschweig mit ihren Zweigstellen und der Artothek ist eine öffentliche Einrichtung der Stadt Braunschweig. Sie stellt Bücher und andere Druckerzeugnisse sowie Bild-, Ton- und Datenträger und Werke der zeitgenössischen bildenden Kunst zur Information, zur allgemeinen, schulischen und beruflichen Bildung sowie zur Unterhaltung und Freizeitgestaltung zur Verfügung. Die Benutzung der Einrichtung der Stadtbibliothek unterliegt dem öffentlichen Recht.

Für die Artothek gelten die Bestimmungen dieser Satzung, soweit in § 14 nichts Abweichendes geregelt ist.

§ 2
Benutzerkreis

Natürliche sowie juristische Personen und Personenvereinigungen sind im Rahmen dieser Satzung und des geltenden Rechts berechtigt, die Angebote der Stadtbibliothek in Anspruch zu nehmen.

§ 3
Benutzung

(1) Bücher und andere Medien können in den Einrichtungen der Stadtbibliothek vor Ort kostenlos genutzt werden. Für die Entleihung wird eine Jahresbenutzungsgebühr (§ 5 Abs. 3, § 11 sowie Nr. 1 des Gebührentarifs) erhoben. Innerhalb der Stadtbibliothek können alle öffentlich zugänglichen Arbeitsmöglichkeiten einschließlich technischer Geräte genutzt werden.

(2) Mit einem Kinder-Benutzerausweis (bis 12 Jahre) können nur Kinder- und Jugendmedien sowie schulrelevante Medien entliehen werden.

(3) Die Kopiergeräte und die Internet-PCs sowie das Mikrofiche-Lesegerät können unter Beachtung der geltenden gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechts gegen Entgelt in Anspruch genommen werden. Die Stadtbibliothek haftet nicht bei Verletzung des Urheberrechts.

(4) Von der Benutzung außerhalb der Stadtbibliothek sind ausgeschlossen: alle Bücher mit Erscheinungsjahr vor 1920, Handschriften, Karten, maschinenschriftliche Veröffentlichungen, wertvolle und seltene Drucke, Tafelwerke, ungebundene, magazinierte Zeitschriften, Zeitungen, Präsenzbestände, unvollständige Lieferungswerke sowie Mikrofiches. Über Ausnahmen entscheidet die Bibliotheksleitung.

(5) Taschen und Rucksäcke sind in die Garderobenschränke einzuschließen. Die Stadtbibliothek haftet nicht für die eingeschlossenen Gegenstände.

(6) Die Garderobenschränke dürfen nur während der Öffnungszeiten benutzt werden. Die Stadtbibliothek behält sich das Recht vor, Schränke, die außerhalb der Öffnungszeiten verschlossen sind, zu öffnen und den Inhalt zu entsorgen. Für die Ersatzbeschaffung eines Taschen- bzw. Garderobenschrankschlosses, bei dessen Beschädigung oder bei Verlust des Schlüssels werden Gebühren nach Maßgabe der Nr. 16 des Gebührentarifs erhoben.

(7) Für Die Öffnung eines Garderobenschrankes außerhalb der Öffnungszeiten der Stadtbibliothek wird eine Gebühr nach Nr. 17 des Gebührentarifs fällig.

§ 4
Anmeldung

(1) Gegen Vorlage des gültigen Personalausweises oder Passes mit Meldebescheinigung mit jeweils aktueller Adresse wird ein Benutzerausweis für die Stadtbibliothek ausgestellt.

(2) Personen unter 18 Jahren erhalten nur einen Benutzerausweis, wenn eine erziehungsberechtigte Person der Anmeldung schriftlich zustimmt und damit erklärt, dass sie bei etwaigen Forderungen, die sich aus dem Benutzungsverhältnis (z. B. Gebühren und Ersatzbeträge) ergeben, haftet.

Der gültige Personalausweis oder Pass mit Meldebescheinigung mit jeweils aktueller Adresse der unterzeichnenden erziehungsberechtigten Person ist bei der Anmeldung vorzulegen.

(3) Name, Geburtsdatum und Anschrift der Benutzerin bzw. des Benutzers sowie auch die Daten der erziehungsberechtigten Person werden gespeichert. Die Stadtbibliothek setzt hierzu die elektronische Datenverarbeitung ein. In Ausnahmefällen ist die Stadtbibliothek berechtigt, Eintragungen z. B. bei Verlust oder Beschädigung von Medien in den betreffenden Benutzerkonten vorzunehmen. Das Datenschutzgesetz des Landes Niedersachsen und die Dienstanweisung zum Datenschutz der Stadt Braunschweig in der jeweils gültigen Fassung werden beachtet.

(4) Mit der Anmeldung wird die Benutzungs- und Gebührensatzung anerkannt und der Verarbeitung der Daten gemäß § 4 (3) dieser Satzung zugestimmt.

(5) Juristische Personen und Personenvereinigungen können sich als Institution anmelden. Die Leiterin bzw. der Leiter verpflichtet sich mittels Unterschrift auf der "Verpflichtungskarte" der Stadtbibliothek, bei etwaigen Forderungen, die sich aus dem Benutzungsverhältnis der Institution mit der Stadtbibliothek ergeben, zu haften.

Der Benutzerausweis wird von der jeweiligen Institution verwaltet. Es können damit nur berufsbezogene Medien bzw. solche Medien entliehen werden, die in einem Zusammenhang mit der Tätigkeit der Institution stehen.

§ 5
Benutzerausweis

(1) Der Benutzerausweis berechtigt zum Entleihen von Medien der Stadtbibliothek.

(2) Der Benutzerausweis bleibt Eigentum der Stadt Braunschweig. Der Verlust des Benutzerausweises sowie Änderungen des Namens und der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Muss aufgrund der nicht vorliegenden aktuellen Adresse eine

Anschriftenermittlung durchgeführt werden, sind Gebühren nach **Nr. 14** des Gebührentarifs zu entrichten.

(3) Der Benutzerausweis gilt nach Entrichtung der Benutzungsgebühr (§ 11 und Nr. 1 des Gebührentarifs) ein Jahr. **Die Verlängerung des Benutzerausweises kann durch Bezahlung der Benutzungsgebühr (§ 11 und Nr. 1 des Gebührentarifs) jeweils für ein weiteres Jahr vor Ort oder telefonisch vorgenommen werden.** Für die ausschließliche Nutzung der Artothek gilt der Benutzerausweis auch ohne Entrichtung der Gebühr.

(4) Die Ausstellung eines Ersatzausweises nach Verlust oder Beschädigung ist nach Nr. 8.1 des Gebührentarifs gebührenpflichtig.

(5) Im Falle eines Ausschlusses von der Benutzung gemäß § 12 dieser Satzung ist der Benutzerausweis zurückzugeben. Die bereits entrichtete Jahresbenutzungsgebühr wird nicht erstattet.

(6) Die Person, auf deren Namen der Benutzerausweis ausgestellt ist, ist für die mit ihrem Benutzerausweis entliehenen Medien verantwortlich; sie haftet sowohl für entstandene Gebühren als auch für mögliche Beschädigungen an den Medien sowie für deren Ersatz, sofern sie nicht nachweisen kann, dass sie kein Verschulden trifft.

§ 6
Ausleihe

(1) Bücher und andere Medien werden gegen Vorlage des gültigen Benutzerausweises oder bei angemeldeten Benutzerinnen und Benutzern gegen Vorlage des gültigen Personalausweises ausgeliehen.

(2) Die Anzahl der zu entleihenden Bücher und Medien je Benutzerin bzw. Benutzer kann von der Bibliotheksleitung sowohl im Ganzen als auch nach Medienarten differenziert begrenzt werden.

(3) Vor dem Entleihen hat sich die Benutzerin bzw. der Benutzer von dem Zustand der Medien zu überzeugen. Äußerlich erkennbare Schäden sind der Stadtbibliothek sofort mitzuteilen. Andernfalls gelten die Medien als in einwandfreiem Zustand ausgehändigt.

(4) Die Leihfrist beträgt

28 Tage	für Bücher, gebundene Zeitschriften, Noten, Lern-CD-ROMs, Lern-DVD-ROMs, Hörbücher, Konsolen-Lernsoftware, Sachmedien
14 Tage	für Musik-CDs, Musik-DVDs, Spiele, Konsolenspiele, CD-ROM-Spiele, DVD-ROM-Spiele, **eBooks, eAudios**
7 Tage	**für Spielfilm-DVDs und Zeitschriftenhefte aus dem Freihandbestand, eMusic, eVideos**

Einschränkungen hinsichtlich der Dauer der Leihfrist, insbesondere bei vielfachen Vormerkungen, können durch die Bibliotheksleitung bestimmt werden.

(5) Entliehene Medien können vor Ort, **im webOPAC** oder telefonisch gegen eine Gebühr nach Nr. 12 des Gebührentarifs vorgemerkt werden.

(6) Entliehene Medien können auch vor Ablauf der Leihfrist aus wichtigem Grunde von der Bibliotheksleitung zurückgefordert werden.

(7) Die Ausleihe von Büchern und anderen Medien kann von der Rückgabe angemahnter Medien sowie der Erfüllung bestehender Zahlungsverpflichtungen abhängig gemacht werden. § 12 (1) dieser Satzung bleibt unberührt.

(8) Wissenschaftliche Medien, die nachweislich nicht in der Stadtbibliothek oder einer anderen öffentlich zugänglichen Bibliothek am Ort vorhanden sind, können von der Stadtbibliothek gegen Zahlung einer Gebühr aus anderen Bibliotheken beschafft werden. Es gelten die Bestimmungen des auswärtigen Leihverkehrs (Nr. 13 des Gebührentarifs).

§ 7
Verlängerungen

(1) Die Leihfrist der Medien kann höchstens zweimal verlängert werden, sofern keine Vormerkung vorliegt. Die Verlängerungsmöglichkeit kann jedoch von der Bibliotheksleitung im Einzelfall oder generell für bestimmte Medien eingeschränkt oder ausgeschlossen werden.

(2) Telefonische Verlängerungen sind nur während der Öffnungszeiten der Stadtbibliothek möglich, ein Anspruch hierauf besteht jedoch nicht. Schriftliche Verlängerungen bzw. Verlängerungen per E-Mail oder Telefax sind nicht möglich.

(3) Verlängerungen mit Hilfe des webOPACs werden vom Benutzer selbst auf eigenes Risiko vorgenommen, ein Anspruch hierauf besteht nicht. Fehlerhafte Verlängerungen gehen zu Lasten des Benutzers. Bei der Online-Verlängerung gelten zur Berechnung der Leihfristen und Gebühren die Öffnungszeiten der Stadtbibliothek.

(4) Bei einer Verlängerung der Leihfrist der Medien wird die Leihfrist vom Tage der Verlängerung an neu berechnet.

§ 8
Rückgabe

(1) Die Medien sind spätestens mit Ablauf der Leihfrist während der Öffnungszeiten in der Stadtbibliothek zurückzugeben. Bei der Rückgabe der Medien muss der Abschluss des Rückbuchungsvorganges abgewartet werden. Auf vorherige Anforderung der Benutzerin bzw. des Benutzers kann eine Rückgabequittung ausgedruckt werden.

(2) Bei nicht fristgemäßer Rückgabe wird die Inhaberin bzw. der Inhaber des Benutzerausweises kostenpflichtig schriftlich gemahnt (Nr. 15 des Gebührentarifs). Ein Anspruch auf eine schriftliche Mahnung besteht jedoch nicht. Bei Überschreitung der Leihfrist werden Gebühren nach § 11 sowie Nrn. 2 und 3 des Gebührentarifs erhoben.

(3) Werden die ausgeliehenen Medien trotz Aufforderung nicht zurückgegeben, wird der Inhaberin bzw. dem Inhaber des Benutzerausweises der Anschaffungswert dieser Medien zuzüglich entsprechender Gebühren für die Wiederbeschaffung, die Einarbeitung sowie die Einbandarbeiten nach Nrn. 4 bis 7 des Gebührentarifs in Rechnung gestellt**.**

§ 9
Notverbuchung

Bei Ausfall der automatisierten Ausleihverbuchung wird die Notverbuchung aktiviert. Die Notverbuchung lässt jedoch nur die Ausleihe und Rückgabe von Medien zu. Verlängerungen, Vormerkungen, Benutzeranmeldungen, Kontoabfragen u. Ä. sind nicht möglich.

§ 10
Behandlung der ausgeliehenen Medien, Haftung

(1) Ausgeliehene Medien sind pfleglich zu behandeln. Bei Verlust oder Beschädigung (Heraustrennen von Seiten oder Abbildungen, Unterstreichungen, Feuchtigkeitsschäden, Verschmutzung u. Ä.) haftet die Inhaberin bzw. der Inhaber des Benutzerausweises, es sei denn, sie bzw. er weist nach, dass sie bzw. ihn kein Verschulden trifft.

(2) Die Stadtbibliothek haftet nicht für Schäden, die durch die Entleihung bzw. Benutzung der AV-Medien (CDs, CD-ROMs, DVDs, DVD-ROMs, **Blu-rays**) entstehen.

(3) Verlust oder Beschädigung ausgeliehener Medien sind unverzüglich anzuzeigen. Dies gilt auch für Schäden, die nicht durch die Benutzerin bzw. den Benutzer verursacht wurden. Es ist untersagt, Beschädigungen ohne Absprache mit der Stadtbibliothek selbst zu beheben oder beheben zu lassen.
Für verlorene oder beschädigte Medien ist von der Benutzerin bzw. vom Benutzer Ersatz zu leisten. Dies gilt auch für Beschädigungen, die die Stadtbibliothek erst nach der Rückgabe feststellt. Der Ersatztitel wird von der Stadtbibliothek benannt. Zusätzlich wird eine Einarbeitungsgebühr und ggf. eine Gebühr für Einbandarbeiten nach dem Gebührentarif, Nrn. 5 bis 8, erhoben.

(4) Die Inhaberin bzw. der Inhaber des Benutzerausweises haftet auch für Schäden, die durch den Missbrauch des Benutzerausweises entstehen, entsprechend den Regelungen des § 10 Abs. 3, sofern der Ausweisverlust nicht unverzüglich gemeldet wurde. Die Zahlung von Gebühren für die verspätete Rückgabe von Medien bleibt davon unberührt.

(5) Ist eine Medieneinheit sechs Monate nach Ablauf der Leihfrist nicht zurückgegeben worden, gilt sie als verloren gegangen. § 10 Abs. 3 findet entsprechende Anwendung. Die Bibliotheksleitung kann von der Erhebung der Gebühren auch teilweise absehen, wenn die Medieneinheit zu einem späteren Zeitpunkt zurückgegeben wird.

(6) Zur Ausgabe der Medien werden maschinenlesbare Etiketten verwendet. Bei Beschädigung oder Verlust dieser wird eine Gebühr nach Nr. 9 des Gebührentarifs erhoben.

(7) Medien, die sich während der Ausleihzeit in einer Wohnung befinden, für die aufgrund einer meldepflichtigen übertragbaren Krankheit Desinfektion angeordnet wird, dürfen erst nach erfolgter Desinfektion zurückgegeben werden. Evtl. entstehende Kosten hat die Inhaberin bzw. der Inhaber des Benutzerausweises zu tragen.

§ 11
Gebühren

(1) Für die Ersatzausstellung des Benutzerausweises, Wiederbeschaffung von verloren gegangenen Medien, Einarbeitung von Medien, die verloren gegangene Medien ersetzen, Wiederherstellen der Ausleihfähigkeit beschädigter Medien, Inanspruchnahme des auswärtigen Leihverkehrs, Ausdruck von Datenträgern sowie für sonstige Verwaltungstätigkeiten, für die die Benutzerin bzw. der Benutzer Anlass gegeben hat, werden Gebühren nach dem Gebührentarif erhoben.

(2) Für die Entleihung von Medien aus der Stadtbibliothek ist von der Benutzerin bzw. dem Benutzer nach Vollendung des **18.** Lebensjahres eine Jahresbenutzungsgebühr zu entrichten. Bei Überschreitung der Ausleihfrist wird eine zusätzliche Benutzungsgebühr erhoben. Die Höhe der Gebühren ergibt sich aus dem dieser Satzung in der Anlage beigefügten Gebührentarif, der Bestandteil der Satzung ist. Die Gebühren bei Überschreitung der Leihfrist errechnen sich nach der Dauer der Fristüberschreitung, der

Medienart und dem Alter der entleihenden Person. Gebührenschuldner ist der Inhaber des Benutzerausweises, bei juristischen Personen, Institutionen usw. diejenige Person, die die Haftungserklärung unterzeichnet hat, bei unter 18-Jährigen die bzw. der Erziehungsberechtigte.

(3) Die Gebührenschuld entsteht bei Benutzungsgebühren nach Nr. 1 des in der Anlage aufgeführten Gebührentarifs mit Ausstellung bzw. Verlängerung des Benutzerausweises. Gleichzeitig wird die Gebührenschuld auch fällig. Die Gebührenschuld entsteht bei Benutzungsgebühren nach Nrn. 2 und 3 des Gebührentarifs täglich. Die Gebühren werden in diesen Fällen mit der Bekanntgabe der Gebührenschuld an die Benutzerin bzw. den Benutzer fällig, soweit die Stadtbibliothek keinen anderen Zeitpunkt bestimmt.

(4) Bei den Gebühren nach Nrn. 4 bis 17 des Gebührentarifs entsteht die Gebührenschuld mit der Verwirklichung des Gebührentatbestandes. Die Gebühren werden mit der Bekanntgabe der Gebührenschuld an die Benutzerin bzw. den Benutzer fällig, soweit die Stadtbibliothek keinen anderen Zeitpunkt bestimmt.

(5) Die Gebührenschuld wird gegenüber der Gebührenschuldnerin bzw. dem Gebührenschuldner durch einen Heranziehungsbescheid festgestellt. Für die Erstellung des Heranziehungsbescheides wird eine Bearbeitungsgebühr nach Nr. 4 des Gebührentarifs erhoben.

§ 11a
Benachrichtigungen

Im Interesse ihrer Benutzer verschickt die Stadtbibliothek Mahnungen, Vormerkbenachrichtigungen und Voraberinnerungen (nur per Mail). Ein Anspruch hierauf besteht jedoch nicht.

§ 12
Ausschluss von der Benutzung

(1) Personen, die gegen die Bestimmungen dieser Satzung verstoßen, können auf Zeit oder Dauer von der Benutzung ausgeschlossen werden. Dies gilt auch für Benutzerinnen bzw. Benutzer, die mit der Zahlung von Gebühren oder Ersatzbeträgen, die 20 € überschreiten, im Rückstand sind.

(2) Die Bibliotheksleitung kann Personen, die gegen diese Satzung verstoßen, Hausverbot erteilen.

(3) Die Einrichtungen der Stadtbibliothek dürfen von Personen, die an einer nach dem geltenden Infektionsschutzgesetz meldepflichtigen übertragbaren Krankheit leiden, nicht genutzt werden.

§ 13
Sonstige Regelungen

(1) Essen, Trinken und die Benutzung von Mobiltelefonen ist nur in den Eingangsbereichen erlaubt.

(2) Rauchen ist in der Stadtbibliothek verboten.

(3) Das Mitführen von Tieren in der Stadtbibliothek ist nicht erlaubt. **Hiervon ausgenommen sind Assistenzhunde.**

§ 13a
eAusleihe

Die Nutzung der eAusleihe ist nur mit einem gültigen Benutzerausweis der Stadtbibliothek Braunschweig möglich. Es gelten die auf den betreffenden Internetseiten der eAusleihe genannten Benutzungsbedingungen und Datenschutzerklärungen.

§ 14
Artothek

(1) Die Artothek kann nur von Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, benutzt werden.

(2) Werke aus der Artothek werden nur an den Inhaber bzw. die Inhaberin eines gültigen Benutzerausweises der Stadtbibliothek ausgeliehen. Außerdem ist die Vorlage des eigenen Personalausweises erforderlich. Die Benutzung der Artothek ist gebührenpflichtig (Nr. 1.2 des Gebührentarifs).

(3) Vor der erstmaligen Ausleihe hat der Benutzer bzw. die Benutzerin eine ausreichende private Haftpflichtversicherung nachzuweisen.

(4) Eine Ausleihe von bis zu fünf Werken gleichzeitig ist möglich. Über Ausnahmen entscheidet die Leitung der Stadtbibliothek oder des Kulturinstituts.

(5) Die Leihfrist für Werke aus der Artothek beträgt jeweils zwölf Wochen. Die Leihfrist kann auf Antrag einmal kostenlos verlängert werden, wenn die Werke nicht vorbestellt sind oder anderweitig benötigt werden. Die Verlängerungsfrist beträgt zwölf Wochen.
Bei nicht fristgemäßer Rückgabe werden Gebühren nach Nr. 3 des Gebührentarifs erhoben.

(6) Die Rückgabe der Werke aus der Artothek findet während der Öffnungszeiten der Stadtbibliothek an den Ausleihtheken statt. Eine vorzeitige Rückgabe der Werke ist jederzeit möglich. Eine Erstattung von Gebühren erfolgt jedoch nicht.

(7) Die Benutzer haben die von ihnen entliehenen Werke sorgfältig zu behandeln und vor Beschädigungen zu schützen. Die Originale werden gerahmt ausgeliehen. Die Rahmung darf nicht beklebt, bemalt oder in sonstiger Weise verändert werden. Die Originale dürfen nicht umgerahmt werden. Arbeiten, die nicht hinter Glas gerahmt sind, sind mit besonderer Vorsicht zu behandeln und zu transportieren. Die Benutzer haben für geeignetes Transportmaterial Sorge zu tragen.
Für verunreinigte, beschädigte, verloren gegangene oder sonst abhanden gekommene Werke haftet die Entleiherin bzw. der Entleiher, es sei denn, sie bzw. er weist nach, dass sie bzw. ihn kein Verschulden trifft. Verlust oder Schäden sind entsprechend § 10 Abs. 3 anzuzeigen. Die Ersatz- und Reparaturkosten richten sich nach der Höhe des entstandenen Schadens.

(8) Von den Beständen der Artothek dürfen Fotografien oder sonstige Vervielfältigungen nur mit Genehmigung der Leitung der Stadtbibliothek oder des Kulturinstituts im Rahmen des Urheberrechts und sonstiger Rechte hergestellt werden.

§ 15
Ausnahmen von den Bestimmungen dieser Satzung

In begründeten Einzelfällen können Ausnahmen zugelassen werden, sofern dem kein öffentliches Interesse entgegensteht.

§ 16
In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am Tag nach der Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Braunschweig in Kraft.

Braunschweig, den

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
I. V.
Dr. Hesse
Dezernentin für Kultur und Wissenschaft

Die vorstehende Satzung wird hiermit bekannt gemacht.

Braunschweig, den

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
I. V.
Dr. Hesse
Dezernentin für Kultur und Wissenschaft

Anlage

Gebührentarif
der Stadtbibliothek Braunschweig

		EURO
1	**Benutzungsgebühren**	
1.1	**Jahresbenutzungsgebühr** für die Entleihung von Medien von Benutzerinnen bzw. Benutzern, die das **18.** Lebensjahr vollendet haben Für die Entleihung von Werken aus der Artothek ist keine Jahresgebühr zu zahlen.	**15,00**
1.2	**Benutzungsgebühr** für Werke der Artothek je Werk für die Dauer der Leihfrist	10,00
2	**Benutzungsgebühr** bei Überschreitung der Leihfrist je **Buch, Kassette und Spiel**	
2.1	nach Vollendung des **18.** Lebensjahres	
2.1.1	bis einschließlich zum 6. Öffnungstag nach Ablauf der Leihfrist je Öffnungstag und Medieneinheit	0,10
2.1.2	für jeden weiteren Öffnungstag je Medieneinheit bis zum Höchstbetrag je Medieneinheit von	0,50 12,60
2.2	bis zur Vollendung des **18.** Lebensjahres	
2.2.1	bis einschließlich zum 6. Öffnungstag nach Ablauf der Leihfrist je Öffnungstag und Medieneinheit	0,05
2.2.2	für jeden weiteren Öffnungstag je Medieneinheit bis zum Höchstbetrag je Medieneinheit von	0,25 6,30
3	**Benutzungsgebühr** für das Überschreiten der Leihfrist bei **CDs, CD-ROMs, DVDs, DVD-ROMs, MP3, Blu-rays und Zeitschriften, *Konsolenspielen, Konsolen-Lernsoftware* sowie Werken aus der Artothek** je Öffnungstag und Medieneinheit	
3.1	nach Vollendung des **18.** Lebensjahres	0,50
3.1.1	bis zum Höchstbetrag je Medieneinheit von	12,50
3.2	bis zur Vollendung des **18.** Lebensjahres	0,25
3.2.1	bis zum Höchstbetrag je Medieneinheit von	6,25
4	**Bearbeitungsgebühr je Heranziehungsbescheid**	14,00
5	**Einarbeitungsgebühr** für Medien, die von der Entleiherin bzw. vom Entleiher zu ersetzen sind, je Medieneinheit	5,00

6	**Bearbeitungsgebühr** für die Wiederbeschaffung bzw. Ersatzbeschaffung je Medieneinheit	5,00
7	**Einbandarbeiten bei Verlust und Reparatur**	
7.1	Einbandarbeiten je Medieneinheit, nach Umfang	5,00 bis 51,00
7.2	buchbinderische Reparaturen zur Wiederherstellung der Ausleihfähigkeit je Medieneinheit, nach Art und Umfang	5,00 bis 33,20
8	**Wiederausstellen/Wiederbeschaffung bei Verlust (Verlustgebühr)**	
8.1	Ersatz-Benutzerausweis	2,50
8.2	Textbeilage für ***CDs,*** CD-ROMs, DVDs ***und andere***	1,25
8.3	Titelumschlag für CDs, CD-ROMs, DVDs **und *andere***	0,75
8.4	Hülle für CDs, CD-ROMs, DVDs **und *andere***	3,00
8.5	**Medientasche**	**3,60**
8.6	**Spielekleinteile *und Spieleanleitungen* unter Berücksichtigung der Wiederbeschaffungskosten**	**0,25 bis 7,65**
9	**Ersatz für maschinenlesbares Etikett**	2,50
10	**Gebühr für den Ausdruck von Datenträgern je angefangene Seite**	0,25
11	***Kopien von/aus Büchern (Papier oder per Datenträger)*** *je angefangene Viertelstunde der aufgewendeten Arbeitszeit zuzüglich Versandkosten*	***8,00***
12	Bearbeitung von Vormerkungen bzw. Benachrichtigungen im Leihverkehr	1,00
13	**Bezug von Werken im auswärtigen Leihverkehr**	1,50
14	**Gebühr für Anschriftenermittlung**	3,50
15	**Gebühren für Mahnungen**	0,75
16	**Ersatzbeschaffung eines Taschen- bzw. Garderobenschrankschlosses** bei dessen Beschädigung oder Verlust des Schlüssels	45,00
17	***Öffnen eines Garderobenschrankes*** *außerhalb der Öffnungszeiten der Stadtbibliothek*	***30,00***

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

16-02145
Mitteilung
öffentlich

Betreff:
Sachstand Unterbringung von Flüchtlingen insgesamt und Ausblick

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat V 50 Fachbereich Soziales und Gesundheit	29.04.2016

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Rat der Stadt Braunschweig (zur Kenntnis)	03.05.2016	Ö

Sachverhalt:

Die Mitteilung 16-01998 wird um die nachfolgend „fett-kursiv“ aufgenommenen Aktualisierungen ergänzt:

A. Erwachsene Flüchtlinge und Familien

1. Aktuelle Situation

Lt. letztem Erlass des Landes sind die Flüchtlingszahlen gesunken. Die Zuweisungen wurden deshalb zunächst zeitlich gestreckt. Die Zahl von 437 Zuweisungen soll nunmehr bis Ende Juli erreicht werden. Das bedeutet, dass die Anzahl der Plätze in den städt. Erstaufnahmeeinrichtungen - jetzigen Sporthallen (512 Plätze) in jedem Fall ausreicht, sofern nicht zwischenzeitlich eine Veränderung eintritt.

Mit Stand 4. April wurden 318 Personen zugewiesen.

Mit Stand zum 2. Mai 2016 wurden 346 Personen zugewiesen.

2. Sachstand über aktuelle und geplante Einrichtungen
Phase 1 Städt. Erstaufnahmeeinrichtungen

2.1. Geprüfte Gebäude/Flächen

Das städtische Unterbringungskonzept von Flüchtlingen sieht in Phase 1 die Erstaufnahme durch die Stadt in großen Unterkünften (mehrere Monate) vor. Aus eigenem Grundbesitz kommen nach derzeitiger Planung hierfür bislang nur Sporthallen in Frage, die dadurch ihrem eigentlichen Nutzungszweck entzogen werden. Die Verwaltung untersucht derzeit weiterhin eine Vielzahl von Fremdimmobilien auf ihre Eignung als Erstaufnahmeeinrichtung der Stadt, um möglichst schnell wieder die Sporthallen dem Sport zur Verfügung stellen zu können.

Bislang sind 32 Objekte geprüft worden. Davon konnte bisher aus unterschiedlichen Gründen nur ein privates Angebot realisiert werden. Der Mietvertrag mit der Fa. Streiff über das Gebäude Saarbrückener Str. 263 ist inzwischen abgeschlossen worden. Dort stehen voraussichtlich ab dem 1. Mai 2016 rd. 150 Plätze zur Verfügung.

Die Umbauarbeiten in der Saarbrückener Straße sind abgeschlossen. Die Ausschreibung zum externen Betrieb der Einrichtung ist erfolgt.

2.2 Sporthallen

Folgende Sporthallen sind als Flüchtlingsunterkunft in Betrieb genommen worden:

- Naumburgstraße 16	156 Plätze
- Watenbüttel	108 Plätze
- Moselstraße	56 Plätze (vorwiegend für Frauen und Kinder)
- Nibelungenschule	192 Plätze
Gesamt	512 Plätze

Für die Hallen Naumburgstraße und Watenbüttel ist die vorgesehene Belegungszahl durch entsprechende Zuweisungen ausgeschöpft. Die tatsächliche Belegung weicht derzeit mit rd. 20 % davon ab, da manche Flüchtlinge kommen und gehen bzw. temporär bei Freunden/Verwandten/hilfsbereiten Braunschweigern aufgenommen werden. Oftmals kommen sie dann doch in die Halle zurück, da das Zusammenwohnen nicht funktioniert hat. Außerdem passt die Belegung der Waben nicht immer exakt zur Anzahl der Personen, die aufgrund verschiedenster Faktoren (Geschlecht, Nationalität, Familiengröße etc.) ankommen. Daher kann in den seltensten Fällen die Maximalbelegung erreicht werden.

Der Leiter der LAB Braunschweig teilte in der letzten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit mit, dass die Sporthalle Boeselagerstraße ggf. demnächst zurückgegeben werden könnte. Sollte dies tatsächlich der Fall sein, müssten zunächst die Schäden und deren Beseitigungskosten festgestellt werden, bevor über die weitere Verwendung als Sporthalle oder ggf. auch als (Reserve-)Flüchtlingsunterkunft (abhängig von den künftigen Zuweisungen) entschieden werden kann.

Die Halle an der Boeselagerstraße wird noch weiterhin als Reserve von der LAB benötigt. Erst wenn eine realistische Prognose über die weiteren Flüchtlingszahlen vorliegt, wird eine endgültige Entscheidung getroffen (voraussichtlich Sommer 2016).

2.3 Sonstige Gebäude
Naumburgstr. 23

Nachdem auch die Zahl der umFe zurückgeht, soll das Gebäude nunmehr ggf. für die Unterbringung von erwachsenen Flüchtlingen und Familien zur Verfügung gestellt werden. Die Planung sowie eine grobe Kostenschätzung werden zurzeit erstellt.

Weitere Gebäude stehen nach derzeitigem Stand nicht zur Verfügung.

2.4. Leichtbauhallen

Um möglichst keine weiteren Sporthallen in Anspruch nehmen zu müssen, wurde neben der Anmietung von Gebäuden auf dem Privatsektor nach weiteren Alternativen gesucht. Dabei ist analog des Beispiels in anderen Städten, u. a. Hannover und Wolfsburg, auch die Aufstellung von Leichtbauhallen für bis zu 200 Personen möglichst auf städt. Grundstücken ins Auge gefasst worden. Da bislang kein optimaler Standort für die Aufstellung von Leichtbauhallen gefunden werden konnte, erfolgt eine Ausschreibung für die Errichtung von Leichtbauhallen unabhängig vom Standort mit den Optionen Miete mit verschiedenen Laufzeiten oder Kauf. Das Ergebnis steht noch aus. Die Standortsuche läuft unabhängig von den aktuellen Zahlen der aufzunehmenden Flüchtlinge weiter, um im Bedarfsfall schnell auf diese Möglichkeit zurückgreifen zu können. Damit entfällt auch bis auf Weiteres der Standort Hungerkamp.

Das Ergebnis der Ausschreibung liegt noch nicht vor. Die konktreten Planungen

werden zunächst zurückgestellt.

3. Phase 2 – Dezentrale Wohnstandorte

3.1 Standorte mit Kostenfeststellungsbeschluss des Bauausschusses

Für die Standorte

- Elzweg/Alte Frankfurter Straße in der Gartenstadt
- Im Großen Moore in Bienrode
- Glogaustraße in Melverode

wurde der Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss am 9. Februar 2016 gefasst, so dass die Module für jeweils 100 Personen voraussichtlich Ende des Jahres fertiggestellt sein könnten.

Auch für die Standorte Ölper, Biberweg und Hondelage, Ackerweg erfolgte bereits ein Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss, so dass auch hier mit einem leicht versetzten Fertigstellungszeitpunkt für je 100 Personen gerechnet werden kann.

An beiden Standorten hat eine Informationsveranstaltung stattgefunden bzw. wird in Ölper am 2. Mai 2016 durchgeführt.

Für die weiteren Standorte Mendelssohnstraße, Lamme, Bruchstieg und ggf. auch Hungerkamp mit je rd. 100 Plätzen wird ein entsprechender Beschluss des Bauausschusses für den 19. April 2016 vorbereitet, so dass die Unterkünfte ggf. Anfang nächsten Jahres bezogen werden könnten. Allerdings hängt dies vorwiegend von den Ausschreibungsergebnissen und den Lieferzeiten der Bieter ab.

Der Beschluss des Bauausschusses für die Standorte Mendelssohnstraße, Lamme-Bruchstieg und Hungerkamp wurde gefasst. Auch für diese Standorte sind Informationsveranstaltungen vorgesehen, aber noch nicht terminiert.

3.2 Weitere Standorte

Für den Standort Ziegelweg in Volkmarode hat sich eine private Initiative gebildet, die eine gemischte Nutzung von Wohnungen für Flüchtlinge und Personen ohne Flüchtlingseigenschaft sowie eine gewerbliche Nutzung vorsieht. Es werden zurzeit Gespräche mit dem Investor geführt.

Die weiteren Standorte

- Beethovenstraße
- Stöckheim
- Rautheim
- Watenbüttel
- Rühme
- Rüningen

befinden sich derzeit noch in der genauen Prüfung hinsichtlich der Realisierungsmöglichkeit. Die Phase II-Standorte werden bedarfsgerecht vorbereitet und ausgebaut. Eine Anpassung erfolgt analog zu den weiteren Zuweisungen.

Die Planungen für diese Standorte werden zunächst aufgrund der aktuellen Entwicklung der Flüchtlingszahlen zurückgestellt.

4. Phase 3

Wohnungen

Die Nibelungenwohnbaugesellschaft hat bisher rd. 20 Wohnungen zur Überlassung an Flüchtlinge angeboten. Ein Kooperationsvertrag wurde abgeschlossen. Der Vertrag umfasst insgesamt 50 Wohnungen. Die Wohnungen werden an Flüchtlinge mit besonderer Schutzwürdigkeit vergeben. Alle Wohnungen müssen vorab vom FB 50 eingerichtet werden. Eine sozialpädagogische Betreuung muss sichergestellt werden.

Die ersten Wohnungen wurden bereits besonders schutzwürdigen Flüchtlingen zur Verfügung gestellt. Die weitere Belegung erfolgt sukzessive.

5. Weitere Planungen – Ausblick

5.1 Prämisse: Zuweisung wie in der letzten Mitteilung (10 Zuweisungen/Woche)

Mit Einbeziehung des Gebäudes Saarbrückener Straße stehen ohne Rückgabe einer Sporthalle und ohne Berücksichtigung der evtl. Rücknahme der Halle Boeselagerstraße mit realistischer Einbeziehung von rd. 30 Wohnungen mit jew. rd. 2 Plätzen ca. 700 Plätze zur Verfügung. Geht man ab August weiterhin von einer wöchentlichen Zuweisung von ca. 10 Personen pro Woche aus, so ergibt sich bis zum Ende des Jahres ein Bedarf 437 + 220 (22 Wochen à 10) = 657 Plätze. D.h., die tatsächlich vorhandene Platzzahl von 700 ist ausreichend für eine gleichmäßige weitere Zuweisung wie bisher.

Kommt die Naumburgstraße 23 mit rd. 250 Plätzen hinzu, besteht eine Kapazität von annähernd 1.000 Plätzen gegenüber einem Bedarf von 700 Plätzen.

Sobald die Naumburgstraße hergerichtet ist, könnte ggf. eine Sporthalle geräumt werden.

Wenn die Wohnstandorte zum Ende des Jahres fertiggestellt sind, könnte – sofern sich die Zahlen nicht ändern, mit einer sukzessiven weiteren Freimachung von Sporthallen begonnen werden.

5.2 Prämisse: Zuweisung insgesamt für 2016 = 1.000

Sofern die Zahl gem. der anfänglichen Planung von 1.000 Plätzen bis zum Ende des Jahres weiterhin zugrunde gelegt wird, kämen ab August ca. 25 Personen pro Woche, d.h., die vorhandenen Plätze von rd. 700 würden bis Mitte Oktober reichen. Wenn die Planung für das Gebäude Naumburgstraße realisiert wird, müsste das Gebäude Naumburgstraße 23 zumindest in weiten Teilen dann fertiggestellt sein, um keine Alternativplanung z. B. Errichtung einer Leichtbauhalle durchführen zu müssen.

5.3 Prämisse: Es kommen keine Flüchtlinge mehr ab August bzw. die Zahl würde weiter gestreckt.

Sofern es bei der Zahl von insgesamt rd. 450 Flüchtlingen für das ganze Jahr bleiben würde, könnte evtl. eine Sporthalle bereits zum Herbst geräumt werden. Die ersten dauerhaften Wohnstandorte würden weiterhin benötigt, um die Flüchtlinge in eine reguläre eigenständig zu führende Wohnung integrieren zu können und einen Abfluss aus den Erstaufnahmeeinrichtungen zu gewährleisten.

In diesem Fall muss eine gänzlich neue Planung erstellt werden, sowohl im Hinblick auf die städt. Erstaufnahmeeinrichtungen als auch für die dauerhaften Wohnstandorte. Es wird davon ausgegangen, dass eine erste Einschätzung dazu nach den Sommerferien erfolgen kann.

6. Planungen im Rahmen des Integrationskonzeptes

Die konstituierende Sitzung des Steuerungskreises Integration findet am 9. Mai 2016 statt.

Das Land Niedersachsen hat Mittel für die Sprachförderung von Flüchtlingen zur Verfügung gestellt. 6 Kurse à 20 Personen können von der VHS gemeinsam mit anderen Bildungsträgern zur Verfügung gestellt werden. Sie können voraussichtlich Mitte Mai beginnen.

Davon ausgehend sind für Geflüchtete, die u. a. zusätzlich eine Alphabetisierung benötigen, Beschäftigungsmaßnahmen im Rahmen von Arbeitsgelegenheiten mit einer ergänzenden Sprachförderung bei der mit der städt. Beschäftigungsförderung betrauten Volkshochschule Arbeit und Beruf GmbH vorgesehen. Geplanter Beginn: Mitte des Jahres 2016.

Die Arbeitsagentur Braunschweig-Goslar, die Städte Braunschweig, Salzgitter, die Landkreise Goslar und Wolfenbüttel, die Jobcenter der vorgenannten Städte und Landkreise sowie Kammern und Verbände haben eine Kooperationsvereinbarung zur Integration von Asylbewerbern und Asylberechtigten in Ausbildung und Arbeit in der Region Braunschweig abgeschlossen, deren daraus resultierende Maßnahmen demnächst anlaufen werden.

Hinzu kommt die Gründung und Initiierung einer Vielzahl von Runden Tischen, Netzwerken etc. in den Stadtbezirken, in denen Flüchtlinge bereits untergebracht sind bzw. werden, zur ehrenamtlichen Unterstützung der Integration der Flüchtlinge. Hier wurden bereits vielfältige Programme und Angebote für ehrenamtliche Sprachförderung, gemeinsames Kochen, Spielen, Sportangebote, Musikunterricht etc. entwickelt.

7. Resümee

Wie sich die Zahlen in 2017 entwickeln werden, ist mehr als ungewiss. Wie die Gesamtzahl für 2016 aussehen wird, kann derzeit niemand voraussehen. Insofern kann eine konkrete Vorausplanung zum jetzigen Zeitpunkt nicht erfolgen. Man müsste allerdings in allen Belangen flexibel reagieren können.

Es gibt keine neuen Erkenntnisse

B. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF)

1. Aktuelle Situation

Während im Zeitraum vom 1. Nov. 2015 bis 31. Januar 2016 durchschnittlich noch ca. 7.500 umF/umA pro Monat in das Bundesgebiet eingereist sind, ist seit Mitte Februar ein massiver Rückgang dieser bundesweiten Zugangszahlen auf ca. 1.500 umF/umA pro Monat zu verzeichnen.

Die Ursachen für die rückläufigen Zugangszahlen begründen sich vermutlich durch veränderte europäische Rahmenbedingungen, wie z.B. Einreisebeschränkungen und Schließung der sog. „Balkanroute“.

In Braunschweig stellt sich die Situation analog dar. Allerdings kommen aufgrund des LAB-Standorts weiterhin umF/umA an, wenngleich auch in erheblich geringerer Zahl.

2. Übersicht über aktuelle und geplante Einrichtungen

Die korrigierte Annahme bei den Zugangszahlen führt dazu, dass auch die bisherigen Planungen bei den Einrichtungen und Liegenschaften angepasst werden müssen:

2.1 Kinder- und Jugendschutzhaus

Das Kinder- und Jugendschutzhaus soll ab Mai/Juni 2016 wieder vollständig für die

Inobhutnahmeversorgung der Braunschweiger Kinder und Jugendlichen zur Verfügung stehen. Lediglich die Ersterfassung der Daten und der Verbleib bis zur medizinischen Abklärung erfolgen noch im KJSH bis zum Bezugsdatum des Pippelweg 69.

2.2 Jugendzentrum „Die Mühle“

Das Jugendzentrum soll bis Ende Juli noch als umF/umA-Unterkunft genutzt werden.

Danach könnte das Jugendzentrum – nach einer zwingend erforderlichen Renovierung/Sanierung – voraussichtlich wieder als Jugendzentrum zur Verfügung gestellt werden.

2.3 Predigerseminar - Theologisches Zentrum (Anmietung ev. Kirche)

Der Mietvertrag für die Nutzung des Predigerseminars zur Betreuung von gegenwärtig 33 umF/umA konnte bis Ende August verlängert werden, so dass auch etwaige Verzögerungen bei der Mietvertragsgestaltung bzw. Fertigstellung des Pippelwegs 69 mit aufgefangen werden können. Spätestens ab Ende August endet aber die Anmietungsmöglichkeit, so dass bis dahin eine Unterbringungsmöglichkeit für die 33 umF/umA erforderlich wird. Gegenwärtig geplant ist der Einzug der Gruppe in den Pippelweg 69.

2.4 Hebbelstraße

Hierbei handelt es sich um eine Verselbständigungswohnung für 5 Jugendliche/junge Erwachsene, die auch zukünftig für die Verselbständigung von volljährigen umF/umA vorgehalten werden muss.

2.5 Jugendzentrum Rotation

Das Jugendzentrum Rotation wurde planmäßig mit der Fertigstellung der Neuen Knochenhauer Straße Anfang März „geräumt“. Gegenwärtig finden Renovierungsarbeiten statt. Danach soll das Jugendzentrum im Rahmen einer Wiedereröffnungsfeier seinen früheren Nutzern „zurückübergeben“ werden.

Die Wiedereröffnungsfeier hat am 15. April 2016 stattgefunden. Das Jugendzentrum Rotation steht nun wieder vollumfänglich den Jugendlichen in der Weststadt zur Verfügung.

2.6 Neue Knochenhauer Straße 5

Die Neue Knochenhauer Straße steht seit März zur Betreuung von bis zu 48 umF/umA bereit. Gegenwärtig werden dort 45 umF/umA stationär betreut.

Mit Datum vom 27. April 2016 ist die Einrichtung in der neuen Knochenhauer Straße mit 38 umF/umA belegt.

2.7 Pippelweg 69

Das gegenwärtig in der Sanierung befindliche Gebäude Pippelweg 69 soll weiterhin angemietet werden. Das mit insgesamt 60 Plätzen sehr große Gebäude würde im Falle eines weiteren Rückgangs der umF/umA-Zahlen einer Nachnutzung im Rahmen der Hilfen zur Erziehung, jugendhilflicher Projekte, studentischem Wohnen und Büroraumnutzung zur Verfügung stehen können.

Freie Träger

Hinzu kommen ca. 110 Plätze bei freien Trägern. Eine Information der freien Träger durch den FB 51 ist zeitnah geplant.

Die freien Träger sind am 26. April 2016 im Rahmen einer Sondersitzung der AG § 78 SGB VIII über die Entwicklung der Zugangszahlen und der daraus resultierenden veränderten Bedarfsplanung informiert worden. Einzelne freie Träger haben bereits in der Sondersitzung signalisiert ihre Planung kritisch überdenken zu wollen.

3. Ausweich-/Notfalloptionen

Aufgrund der veränderten Annahme deutlich abgesenkter Zugangsquoten sehen die Planungen ab Juli 2016 vor, dass der FB 51 möglichst immer ca. 20 Plätze „in Reserve“ hat, um unvorhergesehenen Ereignissen wie im Sept. 2015 oder einem erneuten Anstieg der Fallzahlen angemessen begegnen zu können.

Um Überkapazitäten und Kosten möglichst niedrig zu halten, wurde die Gesamtplanung der Zugangszahlen auch im Bereich umF/umA stark abgesenkt. Sollten – entgegen der aktuellen Einschätzung – erneut wieder mehr umF/umA nach Deutschland, bzw. Braunschweig kommen, so wurde im Rahmen der kommunalen Gesamtplanung auch die Möglichkeit vorabgestimmt, einen der beschlossenen dezentralen Wohnstandorte für die Betreuung von umF/umA erforderlichenfalls mit nutzen zu können, um flexibel auf unvorhersehbare neue Bedarfe reagieren zu können.

4. Fallzahlenprognose

Ausgehend von den veränderten Zugangszahlen muss die Prognose für Braunschweig geändert werden. Legt man ausschließlich die letzten beiden zugangsschwachen Monate Februar & März zugrunde, so muss von einer Aufnahmeverpflichtung von 8 umF/umA pro Monat ausgegangen werden. Im Januar musste dagegen noch von einer Aufnahmeverpflichtung von 25 umF/umA pro Monat ausgegangen werden

Es muss darauf hingewiesen werden, dass es sich jeweils nur um Momentaufnahmen relativer kurzer Bewertungszeiträume handelt, so dass eine Korrektur der Aufnahmeverpflichtungen jederzeit erneut erforderlich werden kann.

Dr. Hanke

Anlage/n:
keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

16-01830
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Sechste Satzung zur Änderung der Satzung über die Festlegung von Schulbezirken in der Stadt Braunschweig (Schulbezirkssatzung)

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat V 40 Fachbereich Schule	06.04.2016

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 221 Weststadt (Anhörung)	13.04.2016	Ö
Schulausschuss (Vorberatung)	22.04.2016	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	26.04.2016	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	03.05.2016	Ö

Beschluss:

Die als Anlage 3 beigefügte Sechste Satzung zur Änderung der Satzung über die Festlegung von Schulbezirken in der Stadt Braunschweig (Schulbezirkssatzung) wird beschlossen.

Sachverhalt:
Die Satzung über die Festlegung von Schulbezirken in der Stadt Braunschweig (Schulbezirkssatzung) vom 5. Juli 2004 in der zurzeit geltenden Fassung bedarf aufgrund der notwendigen Neuordnung der Grundschulbezirke in der Weststadt der Änderung.

Der jetzige Zuschnitt des Schulbezirks der Grundschule Rheinring führt zu Klassenbildungen, die die räumliche Kapazität der Schule für eine Zweizügigkeit überschreiten. Zurzeit führt die Schule 12 Klassen. Durch das Baugebiet „Alsterplatz“, das im Schulbezirk der Grundschule Rheinring liegt, ist voraussichtlich ab dem Jahr 2017 mit dem Zuzug von Familien zu rechnen, deren Kinder im Grundschulalter die Grundschule Rheinring besuchen müssten. Die räumliche Situation der Schule würde sich dann noch weiter verschärfen. Daher sollen die bisher zum Schulbezirk der Grundschule Rheinring gehörenden Straßen Eiderstraße, Almestraße, Lippestraße und Steverweg der Grundschule Ilmenaustraße zugeordnet werden.

Ziel der Neuaufteilung der Grundschulbezirke ist neben der Rückführung der Grundschule Rheinring auf eine Zweizügigkeit eine nahezu gleichmäßige Verteilung des übrigen Schüleraufkommens in der Weststadt auf die Grundschulen Altmühlstraße und Ilmenaustraße. Dem Grundschulbezirk Altmühlstraße sollen deswegen die bisher zum Schulbezirk der Grundschule Ilmenaustraße gehörenden Straßen Donaustraße, Im Wasserkamp und Lechstraße zugeordnet werden. Der Beschluss des Stadtbezirksrates Weststadt vom 15. April 1996 zur erstmaligen Festlegung des Grundschulbezirks Rheinring, das soziale Ungleichgewichte bei dem Zuschnitt der Grundschulbezirke in der Weststadt so weit wie möglich vermieden werden sollen, ist hierbei berücksichtigt.

Übersichten des bisherigen und künftigen Zuschnitts der Grundschulbezirke in der Weststadt sind als Anlagen 1 und 2 beigefügt.

Nach dieser Neuordnung der Grundschulbezirke ist von folgenden Schulanfängerzahlen für

die drei Grundschulen auszugehen, die zu folgenden Zügigkeiten im Jahrgang 1 führen werden. Dabei ist davon ausgegangen worden, dass die Grundschule Ilmenaustraße ab dem Schuljahr 2019/2020 als Ganztagsschule arbeitet und sich die derzeitige Fluktuation der Schülerzahl in Richtung Grundschule Altmühlstraße verringern wird.

Grundschule Rheinring
(unter Berücksichtigung des Baugebiets „Alsterplatz“)

2017/2018	2018/2019	2019/2020	2020/2021	2021/2022
38 Sch. / 2 Kl.	47 Sch. / 2 Kl.	44 Sch. / 2 Kl.	48 Sch. / 2 Kl.	47 Sch. / 2 Kl.

Grundschule Altmühlstraße

2017/2018	2018/2019	2019/2020	2020/2021	2021/2022
100 Sch./ 4 Kl.	121 Sch./ 5 Kl.	87 Sch. / 4 Kl.	88 Sch. / 4 Kl.	73 Sch. / 3 Kl.

Eine rechnerische Fünfzügigkeit in einzelnen Schuljahren ist möglich.

Grundschule Ilmenaustraße

2017/2018	2018/2019	2019/2020	2020/2021	2021/2022
85 Sch. / 4 Kl.	92 Sch./ 4 Kl.	90 Sch. / 4 Kl.	94 Sch. / 4 Kl.	94 Sch. / 4 Kl.

Die Veränderung der Schulbezirke soll erst ab dem Schuljahr 2017/2018 gelten, damit sich die bereits für das Schuljahr 2016/2017 angemeldeten Schulanfängerinnen und -anfänger nicht umorientieren müssen. Für die Anmeldung der Schulanfängerinnen und -anfänger des Schuljahres 2017/2018, die in der Zeit vom 9. bis 13. Mai 2016 erfolgt, würde bereits der veränderte Zuschnitt der Schulbezirke gelten.

Die vorgeschlagene Neuordnung der Schulbezirke und der angestrebte Termin des Inkrafttretens dieser Regelung ist mit den drei Schulleitungen abgestimmt.

Ferner bedarf es der Änderung der Schulbezirkssatzung aufgrund einiger redaktioneller Änderungen und verschiedener Straßenbenennungen durch die Stadtbezirksräte in den vergangenen Jahren.

Die Zuständigkeit des Rates, über Satzungen zu entscheiden, ergibt sich aus § 58 Abs. 1 Ziff. 5 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG).

Zu Art. I 1.: Rechtliche Grundlage

Die Vorschrift wird an den aktuellen Gesetzestext angepasst.

Zu Art. I 2., 5. b) und d) sowie 8. b): Außenstellen von Grundschulen

In der Anlage zu § 2 Abs. 1 der Satzung über die Festlegung von Schulbezirken sind bei einigen Grundschulen die zugeordneten Straßen nach Ortsteilen differenziert aufgeführt, ohne dass erkennbar ist, ob die Schule über eine Außenstelle in einem Ortsteil verfügt, in dem die Kinder dieses Ortsteils beschult werden sollen. Die Darstellung wird wie folgt verändert: Wenn die Grundschule über eine Außenstelle verfügt und die in dem Ortsteil wohnenden Kinder in der Außenstelle und nicht am Hauptstandort beschult werden sollen, wird die Bezeichnung Ortsteil durch „Außenstelle“ ersetzt, die einen eigenen Schulbezirk hat. Handelt es sich nur um eine nachrichtliche Darstellung der Straßen des Ortsteils ohne die Festlegung des Beschulungsortes, so bleibt die Ausweisung als „Ortsteil“ erhalten.

Zu Art. I 3.: Neuordnung der Grundschulbezirke in der Weststadt

Auf die Ausführungen zur Notwendigkeit der Neuordnung der Grundschulbezirke in der Weststadt wird hingewiesen.

Zu Art. I 4.: Förderklassen Sprache

Die an der Grundschule Heidberg geführten Förderschulklassen des Förderschwerpunktes Sprache heißen jetzt nicht mehr Sprachheilklassen sondern Förderklassen Sprache.

Zu Art. I 5.: Zuordnung der Grundschulbezirke zu den Schulkindergärten

a)
Dem Schulkindergarten Altmühlstraße ist der Grundschulbezirk Altmühlstraße zugeordnet. Die frühere Bezeichnung Grundschulbezirk Am Lehmanger wurde am 1. August 2008 geändert.

b)
Siehe hierzu die Ausführungen zu Art. I 2. Die Grundschule Stöckheim führt in Leiferde eine Außenstelle.

c)
Die Grundschulen Völkenrode und Watenbüttel wurden mit Wirkung zum 1. August 2009 zur Grundschule Völkenrode/Watenbüttel zusammengelegt. Dem Schulkindergarten Lehndorf ist daher der Grundschulbezirk Völkenrode/Watenbüttel zugeordnet.

d)
Die Grundschule Kralenriede führt seit dem 1. Januar 2013 die Bezeichnung Grundschule Schunteraue. Siehe hierzu die Ausführungen zu Art. I 2. Der Grundschulzweig der Grund- und Hauptschule Schuntersiedlung ist zum Ende des Schuljahres 2010/2011 aufgehoben und durch die Außenstelle Schuntersiedlung der Grundschule Schunteraue ersetzt worden.

Zu Art. I 6.: Aufhebung von Schulen

a)
Die Hauptschule im Schulzentrum Volkmarode wurde zum Ende des Schuljahres 2013/2014, die Hauptschule Schuntersiedlung zum Ende des Schuljahres 2011/2012 aufgehoben.

b)
Die Realschule im Schulzentrum Volkmarode wurde zum Ende des Schuljahres 2013/2014 aufgehoben.

Zu Art. I 7.:Gemeinsamer Schulbezirk für die Integrierten Gesamtschulen

Eine frühere schulgesetzliche Regelung, nach der die Aufnahme in Gesamtschulen beschränkt werden konnte, soweit die Zahl der Anmeldungen die Aufnahmekapazität einer Schule überschreitet, ist daran gekoppelt gewesen, dass für diese Schulen keine Schulbezirke festgelegt sind. Diese Koppelung ist entfallen, sodass zu der Festlegung, dass für die in Braunschweig im Sekundarbereich I angebotenen Schulformen das Stadtgebiet als gemeinsamer Schulbezirk gilt, zurückgekehrt werden kann.

Zu Art. I 8.: Änderung und Ergänzung der Zuordnung von Straßen

a)
Siehe hierzu die Ausführungen zu Art. I 5. d).

b)
Siehe hierzu die Ausführungen zu Art. I 2.

c)
Aufgrund des Beschlusses des Verwaltungsauschusses vom 21. Mai 2013 führt die Grundschule Lehndorf-Siedlung ab dem 1. Juni 2013 die Bezeichnung Grundschule Lehndorf.

d)
Die Hausnummer 29 der Gliesmaroder Straße ist die Anschrift der bislang dort untergebrachten Abteilung des Städtischen Klinikums und gehört zurzeit zum Grundschulbezirk Heinrichstraße. Das Areal, das von der Gliesmaroder Straße entlang der Straße Langer Kamp bis zur Hans-Sommer-Straße reicht, umfasst nunmehr das Baugebiet „Langer Kamp“, das aufgrund seiner Ausdehnung dem Grundschulbezirk Bültenweg zugeordnet werden soll.

e)
Die Sporthalle Watenbüttel, Bundesallee 72, die zur Unterbringung von Flüchtlingen genutzt wird, ist der Grundschule Völkenrode/Watenbüttel zuzuordnen. Die Grundschulbezirke Lehndorf und Völkenrode/Watenbüttel sind entsprechend zu ändern.

f) bis n)
Es handelt sich um neue Straßen, deren Benennung die jeweils zuständigen Stadtbezirksräte seit der letzten Änderung der Schulbezirkssatzung im Jahre 2014 beschlossen haben und die – wie in der Anlage dargestellt – den Grundschulbezirken Bebelhof, Bültenweg, Diesterwegstraße, Gliesmarode, Ilmenaustraße, Isoldestraße, Pestalozzistraße, Querum und Waggum zugeordnet werden.

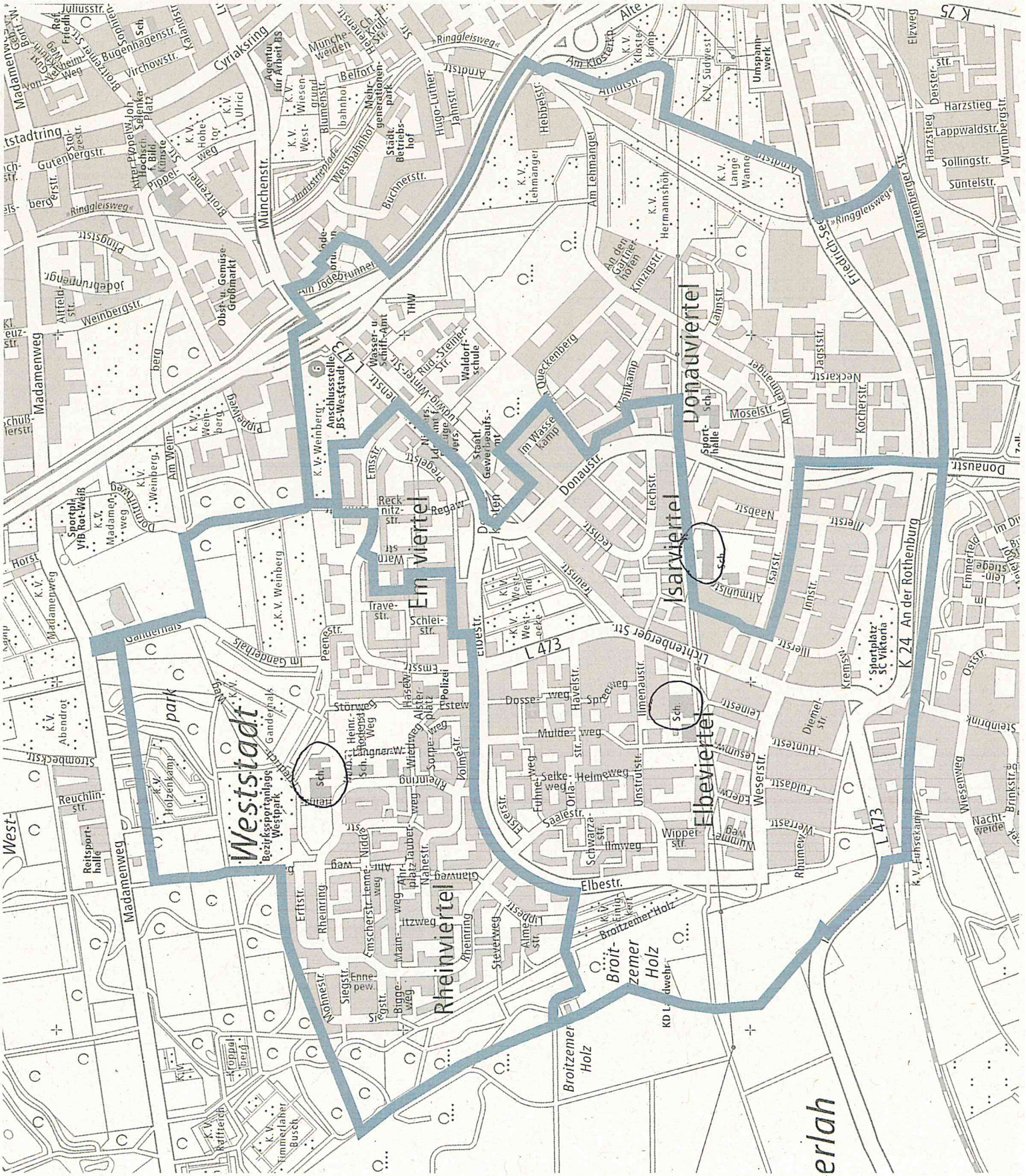
Der Stadtelternrat ist um Stellungnahme zu der vorgeschlagenen Satzungsänderung gebeten worden. Diese wird nachgereicht.

Dr. Hanke

Anlage/n:
Anlagen 1 und 2 (aktuelle und künftige Grundschulbezirke Weststadt)
Anlage 3 (Sechste Satzung)

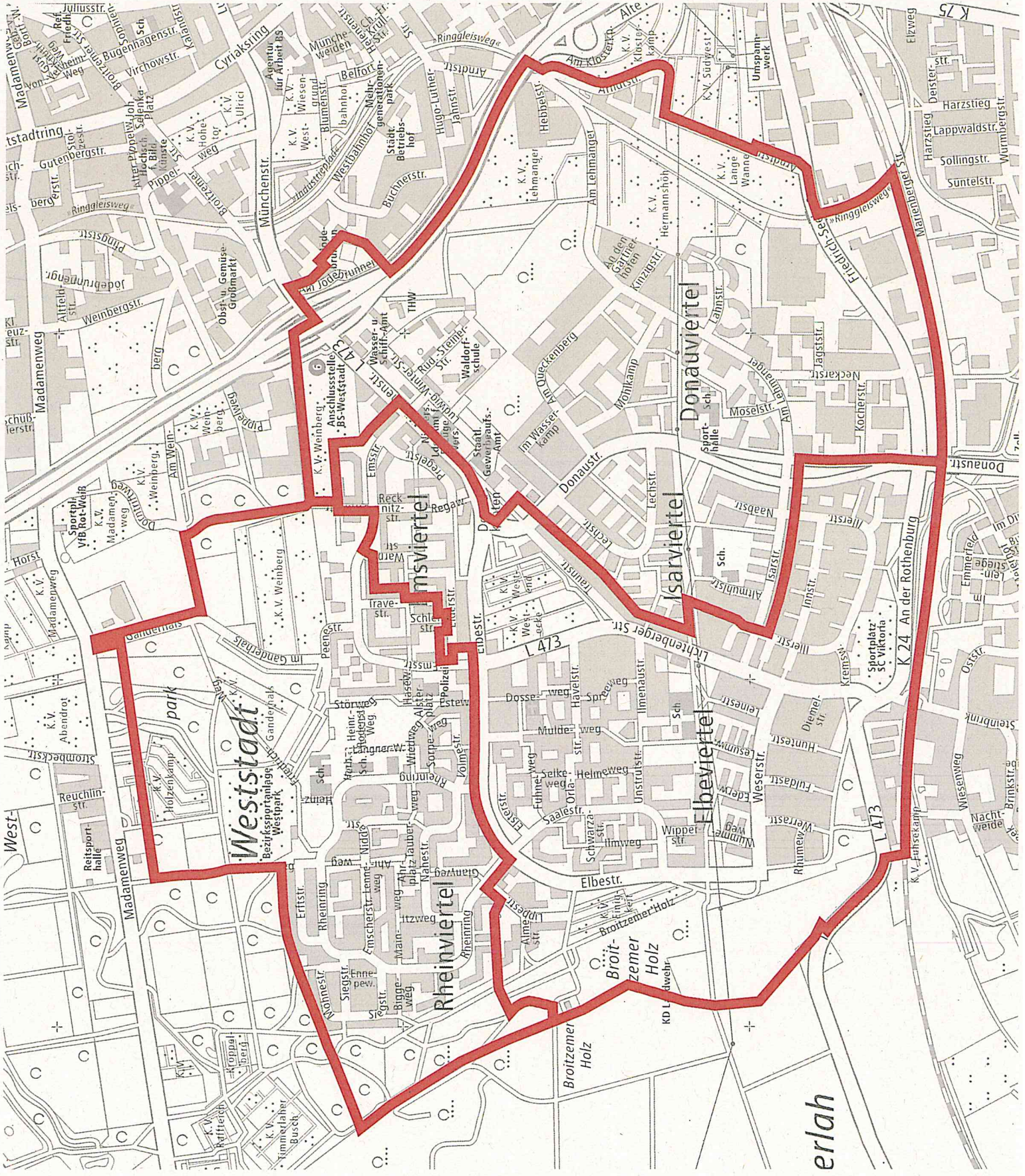
Anlage zu TOP 22.1

Aktuelle Grundschulbezirke Weststadt



Anlage 2 TOP 22.

Künftige Grundschulbezirke Weststadt


Weststadt
Rheinviertel
Elbeviertel
Isarviertel
Donauviertel
Broitzemer Holz
Broitzemer Holz
Elbestr.
Broitzemer Holz
L 473
L 473
K 24 An der Rothenburg
Madamenweg
Cyriaksring
Münchenstr.
Weinbergstr.
Ringgleisweg
Donaustr.
Lichtenberger Str.
Am Lehmanger
Am Queckenberg
Im Wasserkamp
Mühlkamp
Am Klosterfeld
Hermannshöh
Lechstr.
Isarstr.
Inn-str.
Illerstr.
Neckarstr.
Jagststr.
Kocherstr.
Lahnstr.
Moselstr.
Kinzigstr.
Arndtstr.
Hebbelstr.
Hugo-Lutherstr.
Belforter Str.
Buchnerstr.
Westbahnhof
Industriepark
Emsstr.
Peenestr.
Travestr.
Schleestr.
Reckenitzstr.
Wakenitzstr.
Regattastr.
Trave-str.
Elbestr.
Dosse-weg
Havelstr.
Spreeweg
Ilmenaustr.
Mulde-weg
Saale-weg
Orla-weg
Helmeweg
Unstrutstr.
Fulda-weg
Weserstr.
Werrastr.
Rhumeweg
Wippe-weg
Ilmweg
Schwarza-str.
Saalestr.
Elsterstr.
Fuhne-weg
Seike-weg
Diemel-str.
Hunte-str.
Leine-str.
Oste-str.
Krems-w.
Sportplatz SC Viktoria
Sportplatz VfB Rot-Weiß
Sportpl.
Sporthalle
Bezirkssportanlage Westpark
Reitsporthalle
Reuchlinstr.
Stromeckstr.
Holzenkamp
Abendrotweg
Gandertalpark
Im Gandertalhain
Störweg
Heimhuder Weg
Wietingweg
Alsterplatz
Estew
Polizei
Sorpe-weg
Volmestr.
Rheinring
Rheinstr.
Erftstr.
Lennestr.
Emscherstr.
Ahrplatz
Tauber
Nahestr.
Glanweg
Nidde-weg
Main-weg
Itzweg
Ennepew.
Siegstr.
Wohnestr.
Biggeweg
Lippestr.
Almestr.
Kroppenberg
Kreuzberg
Rettberg
Timmerlaher Busch
Obst- u. Gemüse-Großmarkt
Jodebrunnen
Jodebrunnenstr.
Ludwig-Winter-Str.
Rud.-Stremer-Str.
Waldorfschule
Wasser- u. Schiff-Amt
Staatl. Gewerbeaufs.-Amt
Anschlussstelle BS-Weststadt
THW
Agentur für Arbeit BS
Städt. Betriebshof
Mehrgenerationenpark
Umspannwerk
Lange Wanne
Südwest
Deister-str.
Harzstieg
Lappwaldstr.
Sollingstr.
Süntelstr.
Wurmbergstr.
Friedrich-Seele-Str.
Mahlenberger Str.
Elzweg
K 75
Nachtweide
Wiesenweg
Steinbrink
Emmerfeld
Im Dr
K.V. Fuhsekamp
K.V. Weinberg
K.V. Madamenweg
K.V. Weinberg
K.V. Weinberg
K.V. Weinberg
K.V. Weinberg
K.V. Westende
K.V. Westecke
K.V. Westwiese
K.V. Wiesengrund
K.V. Hohe Tor
K.V. Ulrici
K.V. Lehmanger
K.V. Lange Wanne
K.V. Südwest
K.V. Klosterkamp
K.V. Abendrot
K.V. Holzenkamp
K.V. Rettberg
K.V. Timmerlaher Busch
K.V. Einigkeit
K.V. Fuhsekamp
Alter Pippelweg
Joh.-Selenka-Platz
Hochsch. f. Bild. Künste
Pipperweg
Am Weinberg
Dorfstr.
Madamenweg
Horst
Gutenbergstr.
Ringstr.
Altfeldstr.
Julius-str.
Ref. Friedh.
Bugenhagenstr.
Virchowstr.
Kalandstr.
Sonnien-Sch.
Broitzemer Str.
Von-Veltheim-Weg
Madamenweg
Münchenweiden
Belforter Str.
Ch.-Fr.-Krull-Str.
Ringgleisweg
Alte Klosterkamp
Arndtstr.
Am Klosterfeld
Hebbelstr.
Am Lehmanger
Hermannshöh
An den Gärtnerhöfen
Kinzigstr.
Lahnstr.
Jagststr.
Neckarstr.
Kocherstr.
Moselstr.
Am Lehmanger
Mühlkamp
Donaustr.
Lechstr.
Isarstr.
Illerstr.
Inn-str.
Lichtenberger Str.
Donaustr.
Sporthalle
Sch.
Sch.
Sch.

Anlage 3

Sechste Satzung
zur Änderung der Satzung über die Festlegung von Schulbezirken in der Stadt Braunschweig (Schulbezirkssatzung) vom 3. Mai 2016

Auf Grund des § 10 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch § 4 des Gesetzes vom 12. November 2015 (Nds. GVBl. S 311) und in Ausführung des Niedersächsischen Schulgesetzes (NSchG) vom 3. März 1998 (Nds. GVBl. S 137), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 3. Juni 2015 (Nds. GVBl. S. 90) hat der Rat der Stadt Braunschweig in seiner Sitzung am 3. Mai 2016 folgende Satzung beschlossen:

Art. I

Die Satzung über die Festlegung von Schulbezirken in der Stadt Braunschweig (Schulbezirkssatzung) vom 5. Juli 2004 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 6 vom 20. Juli 2004, Seite 17) in der Fassung der Fünften Änderungssatzung vom 15. Juli 2014 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 14 vom 31. Juli 2014, Seite 63) wird wie folgt geändert:

1. § 1 erhält folgende Fassung:

   Gemäß § 63 Abs. 2 NSchG wird für jede Schule im Primarbereich ein Schulbezirk festgelegt. Von der gesetzlichen Möglichkeit, auch im Sekundarbereich I oder für einzelne Standorte Schulbezirke festzulegen, wird nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen Gebrauch gemacht.

2. § 2 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

   Zur Festlegung von Grundschulbezirken werden Straßen den einzelnen Grundschulen bzw. Grundschulzweigen und ihren Außenstellen entsprechend der Anlage zugeordnet.

3. In der Anlage zu § 2 Abs. 1 werden die Straßen in der Weststadt den Grundschulen wie folgt zugeordnet:

   Grundschule Altmühlstraße
   Altmühlstraße
   Am Jödebrunnen
   Am Klosterkamp
   Am Lehmanger
   Am Queckenberg
   An den Gärtnerhöfen
   Arndtstraße 17 - 21
   Donaustraße
   Friedrich-Seele-Straße 13 ff
   Hebbelstraße
   Im Wasserkamp
   Isarstraße
   Jagststraße
   Kinzigstraße
   Kocherstraße
   Lahnstraße
   Lechstraße

Lichtenberger Straße 15
Ludwig-Winter-Straße
Möhlkamp
Moselstraße
Münchenstraße 13 - 39
Naabstraße
Neckarstraße
Rudolf-Steiner-Straße

Grundschule Ilmenaustraße
Almestraße
An der Rothenburg
Broitzemer Holz
Diemelstraße
Dosseweg
Ederweg
Eiderstraße
Elbestraße
Elsterstraße
Emsstraße 2 - 10 a und 1 - 19
Fuhneweg
Fuldastraße
Havelstraße
Helmeweg
Huntestraße
Illerstraße
Ilmenaustraße
Ilmweg
Innstraße
Kremsweg
Leinestraße
Lesumweg
Lichtenberger Straße (ohne 15)
Lippestraße
Muldeweg
Orlastraße
Pregelstraße
Recknitzstraße
Regaweg
Rhumeweg
Saalestraße
Schwarzastraße
Selkeweg
Spreeweg
Steverweg
Swinestraße
Timmerlahstraße 1 - 100
Traunstraße
Unstrutstraße
Warnowstraße
Werrastraße
Weserstraße
Wipperstraße
Wümmeweg

Grundschule Rheinring
Ahrplatz
Ahrweg
Alsterplatz
Biggeweg
Emscherstraße
Emsstraße 12 - 50 und 21 – 59
Ennepeweg
Erftstraße
Esteweg
Glanweg
Haseweg
Heinrich-Rodenstein-Weg
Heinz-Friedrich-Weg
Herbert-Langner-Weg
Im Ganderhals
Itzweg
Lenneweg
Mainweg
Möhnestraße
Nahestraße
Niddastraße
Peenestraße
Rheinring
Schleistraße
Siegstraße
Sorpeweg
Störweg
Tauberweg
Travestraße
Vechteweg
Volmestraße
Wiedweg

4. In § 2 Abs. 3 wird „Sprachheilklassen“ gestrichen und durch „Förderklassen Sprache“ ersetzt.

5. In der Tabelle zu § 2 Abs. 4 werden folgende Änderungen vorgenommen:

   a) Beim Schulkindergarten Altmühlstraße wird der Grundschulbezirk Am Lehmanger gestrichen und durch den Grundschulbezirk Altmühlstraße ersetzt.

   b) Beim Schulkindergarten Heidberg wird der Grundschulbezirk Stöckheim gestrichen und durch die Grundschulbezirke Stöckheim und Außenstelle Leiferde ersetzt.

   c) Beim Schulkindergarten Lehndorf werden die Grundschulbezirke Völkenrode und Watenbüttel gestrichen und durch den Grundschulbezirk Völkenrode/ Watenbüttel ersetzt.

   d) Beim Schulkindergarten Querum werden die Grundschulbezirke Kralenriede und Schuntersiedlung gestrichen und durch die Grundschulbezirke Schunteraue und Außenstelle Schuntersiedlung ersetzt.

6. a) In § 3 werden die Hauptschule Schulzentrum Volkmarode und die Hauptschule Schuntersiedlung gestrichen.

   b) In § 4 wird die Realschule Schulzentrum Volkmarode gestrichen.

7. Der bisherige § 7 wird als § 8 geführt. Es wird folgender neuer § 7 eingefügt:

   Für die Jahrgänge 5 bis 10 der Integrierten Gesamtschulen

   - Wilhelm-Bracke-Gesamtschule
   - Integrierte Gesamtschule Franzsches Feld
   - Integrierte Gesamtschule Querum
   - Integrierte Gesamtschule Volkmarode
   - Integrierte Gesamtschule Heidberg

   gilt das Gebiet der Stadt Braunschweig als gemeinsamer Schulbezirk.

8. In der Anlage zu § 2 Abs. 1 werden folgende weitere Änderungen vorgenommen:

   a) Die Bezeichnung Grundschule Kralenriede wird durch die Bezeichnung Grundschule Schunteraue ersetzt.

   b) Die Bezeichnung Grundschule Kralenriede, Ortsteil Schuntersiedlung, erhält die Bezeichnung Grundschule Schunteraue, Außenstelle Schuntersiedlung. Die Grundschule Stöckheim, Ortsteil Leiferde, erhält die Bezeichnung Grundschule Stöckheim, Außenstelle Leiferde.

   c) Die Bezeichnung Grundschule Lehndorf-Siedlung wird in Grundschule Lehndorf geändert.

   d) Dem Grundschulbezirk Bültenweg wird die Anschrift Gliesmaroder Straße 29, die bisher zum Schulbezirk Heinrichstraße gehört, zugeordnet.

   e) Dem Grundschulbezirk Völkenrode/Watenbüttel, Außenstelle Watenbüttel, wird die Anschrift Bundesallee 72 zugeordnet.

   f) Dem Grundschulbezirk Bebelhof wird die Straße BraWo-Allee zugeordnet.

   g) Dem Grundschulbezirk Bültenweg wird der Luftschifferweg zugeordnet.

   h) Dem Grundschulbezirk Diesterwegstraße wird der Felmyweg zugeordnet.

   i) Dem Grundschulbezirk Gliesmarode wird der Walkholzweg zugeordnet.

   j) Dem Grundschulbezirk Ilmenaustraße wird die Straße Donauknoten zugeordnet.

   k) Dem Grundschulbezirk Isoldestraße werden die Straßen Bleibtreuweg, Lampadiusring und Lichtwerkallee zugeordnet.

   l) Dem Grundschulbezirk Pestalozzistraße werden die Straßen Neuer Geiershagen und Hagenhof zugeordnet.

   m) Dem Grundschulbezirk Querum wird die Alte Grasseler Straße zugeordnet.

n) Dem Grundschulbezirk Waggum werden der Hermann-Deppe-Ring und der Sommerbadring zugeordnet.

Art. II

Art. I Ziff. 1, 2 und 4 bis 8 dieser Satzung treten am 1. August 2016 in Kraft. Art. I Ziff. 3 tritt am 1. August 2017 in Kraft.

Braunschweig,

I. V.

Dr. Hanke
Stadträtin

Die vorstehende Satzung wird hiermit bekannt gemacht.

Braunschweig,

I. V.

Dr. Hanke
Stadträtin

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

16-02037
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Schülerbeförderung in der Stadt Braunschweig (Schülerbeförderungssatzung)

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat V 40 Fachbereich Schule	15.04.2016

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Schulausschuss (Vorberatung)	22.04.2016	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	26.04.2016	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	03.05.2016	Ö

Beschluss:
Die als Anlage beigefügte Erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Schülerbeförderung in der Stadt Braunschweig (Schülerbeförderungssatzung) wird beschlossen.

Sachverhalt:

Der Rat hat am 5. Mai 2015 die Schülerbeförderungssatzung beschlossen. In § 3 Abs. 4 der Satzung wurde auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 16. Dezember 2014 festgelegt:

„Die Beförderung erfolgt im Schuljahr 2015/2016 bei Kindern bis zum vierten Schuljahrgang auf Antrag der Erziehungsberechtigten auch zu einer Tageseinrichtung oder Kindertagespflegestelle im Stadtgebiet Braunschweig, wenn der Weg von der Schule dorthin die Mindestentfernung nach § 2 dieser Satzung überschreitet. Voraussetzung ist, dass der nachgewiesene Betreuungsort mindestens schulhalbjährlich regelmäßig an fünf Tagen in der Woche nach der Schule aufgesucht wird."

Wenn diese Regelung auf Dauer fortgeführt werden soll, bedürfte es einer entsprechenden Änderung dieser Satzung.

Insgesamt werden im Schuljahr 2015/2016 14 Kinder von der Schule zu einer Tageseinrichtung oder Kindertagespflegestelle befördert. Davon besuchen zwei eine Kindertagespflegestelle und 12 eine Tageseinrichtung.

Bereits in der Begründung der Vorlage (Ds 17387/15), die die Grundlage für den Ratsbeschluss über die Schülerbeförderungssatzung gewesen ist, hat die Verwaltung die Erwartung geäußert, dass durch diese Regelung Mehrkosten im Bereich der Individualbeförderung entstehen werden. Nach aktuellem Stand belaufen sich die zusätzlichen Kosten im Schuljahr 2015/2016 auf insgesamt rd. 4.500 €. Dabei entfallen die zusätzlichen Kosten auf neun Kinder. Bei vier Kindern entstehen keine zusätzlichen Kosten, da die Tageseinrichtung bzw. die Kindertagespflegestelle genauso weit wie der Wohnsitz der Kinder von der Schule entfernt liegt. Bei einem Kind gibt es durch die kürzere Entfernung bei der Rückfahrt nach Schulschluss sogar eine Kostenersparnis in Höhe von rd. 560 €. Dieses Kind wurde allerdings nur im 1. Schulhalbjahr 2015/2016 zu einer Tageseinrichtung befördert.

Verglichen mit den übrigen Kosten im Bereich der Schülerbeförderung sind die zusätzlichen Kosten für die Beförderung zu Tageseinrichtungen oder Kindertagespflegestellen im Schuljahr 2015/2016 gering. Es kann jedoch nicht verlässlich prognostiziert werden, ob die Kosten

in den nächsten Schuljahren gleich bleiben. Die Finanzierung der Kosten würde aus dem Sachkonto 442940 „Schülerbeförderungskosten“ (vorgesehener Ansatz 2016: rd. 8,2 Mio. €) des Teilhaushaltes FB 40 Schule erfolgen. Der zusätzliche Verwaltungsaufwand für alle Beteiligten (Verwaltung, Schulen und Beförderungsunternehmen) ist gering.

In den Fällen, in denen es Rückmeldungen zur Beförderung zu einer Tageseinrichtung oder Kindertagespflegestelle von den Erziehungsberechtigten der o. g. 14 Kinder gegeben hat, waren diese positiv.

Die Verwaltung schlägt deshalb vor, die Beschränkung auf das Schuljahr 2015/2016 wegfallen zu lassen.

Die Zuständigkeit des Rates, über Satzungen zu entscheiden, ergibt sich aus § 58 Abs. 1 Ziff. 5 Niedersächsisches Kommunalverfasssungsgesetz (NKomVG).

Dr. Hanke

Anlage/n:
Änderungssatzung

Erste Satzung
zur Änderung der Satzung über die Schülerbeförderung in der Stadt Braunschweig (Schülerbeförderungssatzung)

Auf Grund des § 10 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch § 4 des Gesetzes vom 12. November 2015 (Nds. GVBl. 311) und in Ausführung des Niedersächsischen Schulgesetzes (NSchG) vom 3. März 1998 (Nds. GVBl. S. 137), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 3. Juni 2015 (Nds. GVBl. S. 90) hat der Rat der Stadt Braunschweig in seiner Sitzung am 3. Mai 2016 folgende Satzung beschlossen:

Art. I

Die Satzung über die Schülerbeförderung in der Stadt Braunschweig (Schülerbeförderungssatzung) vom 5. Mai 2015 (Amtsblatt der Stadt Braunschweig Nr. 3 vom 22. Mai 2015, Seite 7) wird wie folgt geändert:

§ 3 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

Die Beförderung anspruchsberechtigter Kinder bis zum vierten Schuljahrgang erfolgt auf Antrag der Erziehungsberechtigten auch zu einer Tageseinrichtung oder Kindertagespflegestelle im Stadtgebiet Braunschweig, wenn der Weg von der Schule dorthin die Mindestentfernung nach § 2 dieser Satzung überschreitet. Voraussetzung ist, dass der nachgewiesene Betreuungsort mindestens schulhalbjährlich regelmäßig an fünf Tagen in der Woche nach der Schule aufgesucht wird.

Art. II

Diese Satzung tritt am Tage nach Ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Stadt Braunschweig mit Wirkung ab dem Schuljahr 2016/2017 in Kraft.

Braunschweig,

I. V.

Dr Hanke
Stadträtin

Die vorstehende Satzung wird hiermit bekanntgemacht.

Braunschweig,

I. V.

Dr. Hanke
Stadträtin

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

16-01737
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Anpassung der Angebote im Kindertagesstätten- und Schulkindbetreuungsbereich zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2016/2017

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat V 51 Fachbereich Kinder, Jugend und Familie	09.03.2016

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Jugendhilfeausschuss (Vorberatung)	17.03.2016	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	26.04.2016	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	03.05.2016	Ö

Beschluss:
1. Den in den Anlagen A und B dargestellten Angebotsanpassungen zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2016/2017 wird zugestimmt.

2. Die Verwaltung wird ermächtigt, diese Angebotsanpassungen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel sowie eventuell noch darüber hinaus erforderliche Gruppenveränderungen kostenneutral umzusetzen.

3. Stellen sich zu Beginn des neuen Kindergarten- bzw. Schuljahres derzeit noch nicht erkennbare Änderungen in der Belegungssituation dar, so sollen Angebotsanpassungen kostenneutral im lfd. Kindergarten- bzw. Schuljahr 2016/2017 im Einvernehmen mit dem Träger realisiert werden. Der Jugendhilfeausschuss wird im 4. Quartal 2016 über die vorgenommenen Änderungen unterrichtet.

4. Angebotsanpassungen in städtischen Kindertagesstätten und Schulkindbetreuungseinrichtungen haben Auswirkungen auf den jeweiligen Personal- und Stellenbedarf. Die Stellenanpassungen werden im Rahmen des Stellenplanverfahrens berücksichtigt. Die Finanzierung erfolgt aus den im Budget zur Verfügung stehenden Sachmitteln.

Sachverhalt:
Im Rahmen der Planungskonferenz am 03. März 2016 wurden gemeinsam mit den freien Trägern die beantragten Veränderungen bzw. Angebotsanpassungen im Kindertagesstättenbereich sowie im Schulkindbetreuungsbereich für das Kindergarten- bzw. Schuljahr 2016/2017 abgestimmt.

Eine detaillierte Auflistung der Anträge zur Planungskonferenz 2016 ist in den Anlagen

A) Angebotsveränderungen in Kindertagesstätten
B) Angebotsveränderungen in der Schulkindbetreuung

zusammengefasst.

Die grau hinterlegten Maßnahmen werden zur Umsetzung vorgeschlagen.

Umsetzungsvorschlag

Im Kindertagesstättenbereich dienen die aus den diesjährigen Anträgen resultierenden Einsparungen sowie Restmittel aus der Planungskonferenz 2015 als Finanzierungsgrundlage für die Realisierung der Anpassungsbedarfe.

Für den Schulkindbetreuungsbereich stehen im Haushalt 2015 finanzielle Mittel für die Einrichtung von 100 zusätzlichen Plätzen zur Verfügung. Weitere Mittel stehen zur Schaffung von Betreuungsplätzen in neu einzurichtenden OGSn bereit. In diesem Bereich erfolgt zum Schuljahr 2016/2017 keine Umwandlung, so dass die Mittel ausgehend von den aktuellen Bedarfsmeldungen, die die Zahl von 100 Plätzen deutlich überschreiten, zur Schaffung weiterer Plätze im Schulkindbetreuungsbereich genutzt werden. Ein Ausgleich für diese Vorwegnahme im Bereich der Schulkindbetreuung erfolgt im Rahmen des Gesamtausbauprojektes bis 2020.

A) Angebotsveränderungen in Kindertagesstätten

Entsprechend der zur Verfügung stehenden Mittel werden die in der Anlage Teil A) grau markierten Maßnahmen zur Einbeziehung in die städtische Förderung vorgeschlagen.

Hervorzuheben ist der steigende Bedarf bzw. die zunehmende Betreuungsdauer bei Integrationsplätzen, dem durch die Priorisierung des vorliegenden Antrags in diesem Bereich Rechnung getragen wird. Ein unvollständiger Antrag auf Einrichtung einer neuen Integrationsgruppe in der Kita St. Bernward kann mit dem aktuellen Planungsstand nicht berücksichtigt werden. Sollten sich die Integrationsbedarfe bestätigen, wäre ggf. eine Umsetzung im Nachrückverfahren möglich.

Darüber hinaus können alle eingegangenen Anträge zur Ausweitung der Betreuungszeiten (Mittel 2-, Misch- und Ganztagsgruppen) berücksichtigt werden.

Fünf Anträge, die die Schaffung neuer Plätze zum Kindergartenjahr 2016/2017 beinhalten, werden, auch wenn bei kleinteiliger Betrachtung der Bedarfe in einzelnen Kitas und Stadtbezirken nachvollziehbar ist, aufgrund der gesamtstädtischen Auslastungssituation im laufenden Kindergartenjahr nicht umgesetzt.

Die Verlagerung der Hortgruppe des KiFaz Muldeweg kann nicht erfolgen, da die Umwandlung der Grundschule Ilmenaustraße in eine OGS zum Schuljahr 2016/2017 nicht erfolgt.

Die gemäß Ratsbeschluss vom 8. Mai 2012 vorgesehenen 10 Familienzentren wurden geschaffen. Für einen weiteren Ausbau stehen aktuell keine Mittel zur Verfügung. Für den Fall, dass im Rahmen der Haushaltsberatungen 2016 noch entsprechende Mittel in den Haushalt eingestellt werden, wird der Ausbau weiterer Familienzentren in einem von der Planungskonferenz abgelösten Verfahren erfolgen.

B) Angebotsveränderungen im Schulkindbetreuungsbereich

Die Anträge gemäß Anlage Teil B) werden zur Umsetzung empfohlen. Auf Grund der im Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel kann die Umsetzung der grau hinterlegten Anträge zum Schuljahr 2016/2017 erfolgen.

Frei werdende Mittel können für die Finanzierung der Angebotsausweitung in bestehenden OGSn sowie für die Realisierung noch weiterer eingehender Anträge zum Ausbau der Sonstigen Schulkindbetreuung in und an Schulen genutzt werden.

Auswirkungen auf den Stellenplan

Die mit Priorität versehenen Angebotsanpassungen in städtischen Einrichtungen wirken sich wie nachfolgend dargestellt auf den Stellenplan aus:

Kita Querum	+ 0,25 Stellen
Kita Rautheim	- 0,85 Stellen
Kita Recknitzstraße	- 0,54 Stellen

Zur Sicherstellung der erforderlichen Vertretungskräfte gemäß den Vorgaben des Landes erfolgt nach Vorliegen der Fehlzeitenauswertung für das Jahr 2015 eine Neuberechnung der Ausfallreserve. Die daraus ggf. notwendige Stundenanpassung zum Kindergartenjahr 2016/2017 wird im Rahmen des Stellenplanverfahrens berücksichtigt.

Nach derzeitigem Sachstand erfolgen die Angebotsveränderungen im Schulkindbetreuungsbereich (Anlage B) durch freie Träger. Sollte unvorhergesehener Weise für einzelne Gruppen kein freier Träger zur Verfügung stehen, müsste städtisches Personal eingesetzt und entsprechende Stellen geschaffen werden. Der Personalaufwand wäre dann aus dem veranschlagten Sachaufwand zu decken.

Finanzielle Auswirkungen

Es stehen Haushaltsmittel für die zur Umsetzung vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verfügung.

Zuständigkeit

Durch die Veränderungen bzw. Angebotsanpassungen im Kindertagesstättenbereich sowie im Schulkindbetreuungsbereich zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2016/2017 wird die Etathoheit des Rates einschließlich der sich hieraus ergebender Auswirkungen auf den Stellenplan tangiert. Des Weiteren entscheidet der Rat nach § 5 Abs. 3 der Satzung für das Jugendamt in Angelegenheiten der Jugendhilfe von grundsätzlicher Bedeutung.

Dr. Hanke

Anlage/n:
Angebotsveränderungen

Anlage

A) Angebotsveränderungen im Krippen- und Kindergartenbereich

Einsparungen

Stadtbezirk	Träger/Einrichtung	Veränderung	
		bisher	neu
213 Südstadt-Rautheim-Mascherode	Stadt Kita Rautheim	1 kl. G (10)	
221 Weststadt	Stadt Kita Recknitzstraße	1 N (20)	1 kl. N (10)
332 Schunteraue	Ev.-luth. KV; Kita Dankeskirche	1 Misch M2/G (15/10)	1 M2 (25)

Einsparungen durch Verlagerung von Hortgruppen in und an Schulen

Stadtbezirk	Träger/Einrichtung	Veränderung	
		bisher	neu
221 Weststadt	AWO; KiFaZ Muldeweg	1 Hort (20)	OGS

Anträge Mittel 2 Gruppen

Stbez.	Träger/Einrichtung	Veränderung	
		bisher	neu
131 Innenstadt	Ev.-luth. KV; Kita St. Magni	1 M1 (20)	1 M2 (20)
321 Lehndorf-Watenbüttel	Ev.-luth. KV; Kita Kreuzkirche	1 M1 (22)	1 M2 (22)

Anträge Mischgruppen

Stadtbezirk	Träger/Einrichtung	Veränderung	
		bisher	neu
212 Heidberg-Melverode	Caritas; Kita St. Bernward	1 V (25)	1 Misch V / M2 (15/10)

Erläuterungen der Abkürzungen der Angebotsformen

V= Vormittags (4 Stunden)
M1= Mittel 1 (5 Stunden)
M2= Mittel 2 (6 Stunden)
G= Ganztags (ab 7 Stunden)
N= Nachmittags (ab 3 Stunden)
K= Krippengruppe
I= Integrationsgruppe

Misch V/M2= Mischgruppe 4 und 5 Stunden
Misch M1/G= Mischgruppe 5 und ab 7 Stunden
Misch M2/G= Mischgruppe 6 und ab 7 Stunden
EKG= Eltern-Kind-Gruppe
LZ= Langzeit

OGS= Offene Ganztagsgrundschule

Anträge Ganztagsgruppen

Stadtbezirk	Träger/Einrichtung	Veränderung	
		bisher	neu
112 Wabe-Schunter-Beberbach	Stadt; Kita Querum	1 Misch M2/G (15/10)	1 G (25)
131 Innenstadt	Ev.-luth. KV; Kita St. Magni	1 Misch M2/G (13/10)	1 G (23)
213 Südstadt-Rautheim-Mascherode	Stadt Kita Rautheim	1 Misch M1/G (15/10)	1 G (25)
310 Westl. Ringgebiet	Ev.-luth. KV; Kita St. Martini	1 Misch M2/G (11/10)	1 G (21)
331 Nordstadt	Ev.-luth. KV; Kita St. Georg	1 Krippe M2 (15)	1 Krippe G (15)

Anträge zur Schaffung neuer Plätze

Stadtbezirk	Träger/Einrichtung	Veränderung	
		bisher	neu
132 Viewegsgarten-Bebelhof	Fröbel; SieKids Ackermäuse		1 kl. G (10)
132 Viewegsgarten-Bebelhof	Fröbel; SieKids Ackermäuse		1 Waldgruppe M1 (15)
310 Westl. Ringgebiet	Netzwerk Nächstenliebe e.V.; Spatz 21		1 G (25)
310 Westl. Ringgebiet	DRK Kita Broitzemer Straße, Familienzentrum	1 kl. G (10)	1 G (25)
321 Lehndorf-Watenbüttel	Till Eulenspiegel e.V.; Watenbüttel, Am Grasplatz		EKG LZ

Anträge zu Integrationsgruppen

Stadtbezirk	Träger/Einrichtung	Veränderung	
		bisher	neu
332 Schunteraue	Ev.-luth. KV; Kita Dankeskirche	1 I M2 (18)	1 I G (18)

Erläuterungen der Abkürzungen der Angebotsformen

V= Vormittags (4 Stunden)
M1= Mittel 1 (5 Stunden)
M2= Mittel 2 (6 Stunden)
G= Ganztags (ab 7 Stunden)
N= Nachmittags (ab 3 Stunden)
K= Krippengruppe
I= Integrationsgruppe

Misch V/M2= Mischgruppe 4 und 5 Stunden
Misch M1/G= Mischgruppe 5 und ab 7 Stunden
Misch M2/G= Mischgruppe 6 und ab 7 Stunden
EKG= Eltern-Kind-Gruppe
LZ= Langzeit

OGS= Offene Ganztagsgrundschule

Anlage

B) Angebotsveränderungen im Bereich der sonstigen Schulkindbetreuung

Stadtbezirk	Träger/Schule	Veränderung
112 Wabe-Schunter-Beberbach	Ev.-luth. KV; GS Waggum	Einrichtung einer Regelgruppe bis 16h
112 Wabe-Schunter-Beberbach	Heinrich-Jasper-Haus; GS Schunteraue	Einrichtung einer kleinen Gruppe bis 16h
120 Östl. Ringgebiet	Kinderhaus Brunsviga	Einrichtung einer kleinen Gruppe bis 17h
212 Heidberg-Melverode	Ev.-luth. KV; GS Melverode	Umwandlung einer kleinen Gruppe 16h in eine Regelgruppe 16h
213 Südstadt-Rautheim-Mascherode	DRK; GS Lindenbergsiedlung	Einrichtung einer Regelgruppe bis 16h
213 Südstadt-Rautheim-Mascherode	DRK; GS Mascheroder Holz	Einrichtung einer Regelgruppe bis 16h
221 Weststadt	Freie Waldorfschule	Einrichtung einer kleinen Gruppe bis 16h
221 Weststadt	Kinderschutzbund; GS Ilmenaustraße	Einrichtung einer Regelgruppe bis 16h
223 Broitzem	Paritäten; GS Broitzem	Einrichtung einer kleinen Gruppe bis 17h
310 Westl. Ringgebiet	BDKJ; GS St. Josef	Einrichtung einer kleinen Gruppe bis 17h
321 Lehndorf-Watenbüttel	Träger noch nicht geklärt; GS Lehndorf	Einrichtung einer Regel- gruppe bis 16h
321 Lehdorf-Watenbüttel	Paritäten; GS Lamme	Umwandlung einer kleinen Gruppe in eine Regelgruppe bis 16h
321 Lehndorf-Watenbüttel	Ev.-luth. KV; GS Watenbüttel	Umwandlung einer kleinen Gruppe 16h in eine Regelgruppe 16h

Stadt Braunschweig **16-01637**
Der Oberbürgermeister **Beschlussvorlage**
öffentlich

Betreff:
Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit Freier Träger in Braunschweig

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat V 51 Fachbereich Kinder, Jugend und Familie	03.03.2016

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Jugendhilfeausschuss (Vorberatung)	17.03.2016	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	26.04.2016	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	03.05.2016	Ö

Beschluss:
„Teil 1 der Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit Freier Träger in Braunschweig (Zuwendungen zu den Organisations- und Raumkosten der anerkannten Jugendverbände und Jugendgruppen) wird wie in der Anlage Richtlinien Teil 1 aufgeführt geändert."

Sachverhalt:
Der Rat hat in seiner Sitzung am 24. März 2015 im Rahmen der Beschlussfassung zu Teil 2 der Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit Freier Träger in Braunschweig (DS 17419/15 Aktivitätenzuschüsse) u. a. festgelegt, Veranstaltungen in vier Kategorien (bisher eine) zu unterteilen. Diese Veränderung wirkt sich indirekt auch auf die Förderung der Organisationskosten der Jugendverbände aus. So sollen die unterschiedlichen Veranstaltungen künftig auch unterschiedlich gewichtet (fakturiert) werden. Bisher waren Veranstaltungen lediglich einheitlich mit einem Faktor (60) gewichtet. Durch die Neuregelung sollen Veranstaltungen, die von Kindern oder Jugendlichen durchgeführt werden, eine stärkere Gewichtung erhalten.
Die Festlegung der neuen Faktoren erfolgt im Einvernehmen mit dem Jugendring Braunschweig.

Bisherige Regelung:

1.4.2 Die Kategorien ergeben sich, indem der Durchschnitt der in den letzten drei Jahren vor der Antragstellung durchgeführten Maßnahmen[1] mit folgenden Faktoren multipliziert wird, um so eine Bezugsgröße zu bilden:

- Teilnahmetage von Freizeiten — Faktor 1
- Teilnahmetage von Internationalen Begegnungen — Faktor 1,2
- Teilnahmetage von Bildungsmaßnahmen — Faktor 3,2
- Anzahl der Veranstaltungen — Faktor 60

[1] [nach Ziffer II/1 bis II/3 und II/5 des Teils 2 dieser Richtlinien (Aktivitätszuschüsse)]

Neue Regelung:

1.4.2 Die Kategorien ergeben sich, indem der Durchschnitt der in den letzten drei Jahren vor der Antragstellung durchgeführten Maßnahmen[2] mit folgenden Faktoren multipliziert wird, um so eine Bezugsgröße zu bilden:

- Teilnahmetage von Freizeiten Faktor 1
- Teilnahmetage von Internationalen Begegnungen Faktor 1,2
- Teilnahmetage von Bildungsmaßnahmen Faktor 3,2
- Anzahl der großen Veranstaltungen von Kindern und Jugendlichen Faktor 60
- Anzahl der kleinen Veranstaltungen von Kindern und Jugendlichen Faktor 45
- Anzahl der großen Veranstaltungen Faktor 45
- Anzahl der kleinen Veranstaltungen Faktor 30

Finanzielle Auswirkungen ergeben sich für 2016 nach den aktuellen Berechnungen nicht. In künftigen Jahren ist es denkbar, dass sich die Bezugsgröße ändert und es so, wie auch bei Verschiebungen bei den anderen Aktivitäten (Freizeiten, Internationale Begegnungen und Bildungsmaßnahmen), zu einer Änderung der Kategorie (kleine, mittelgroße und große Jugendverbände) sowohl größer als auch kleiner kommen kann. Eine Änderung der Kategorie verändert auch den Zuschusssatz des Jugendverbandes

Dr. Hanke

Anlage/n:
Richtlinien Teil 1

[2] [nach Ziffer II/1 bis II/3 und II/5 des Teils 2 dieser Richtlinien (Aktivitätszuschüsse)]

Stadt Braunschweig

Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit freier Träger in Braunschweig

(Teil 1)

Zuwendungen zu den Organisations- und Raumkosten der anerkannten Jugendverbände und Jugendgruppen

Stand 2016

Beschlossen vom Rat der Stadt in seiner Sitzung am 01. April 2014
Geändert vom Rat der Stadt in seiner Sitzung am 03. Mai 2016

Inhalt

KONTAKT 2
PRÄAMBEL 3
ALLGEMEINES 4
1 ORGANISATIONSKOSTEN 5
1.1 GEGENSTAND DER FÖRDERUNG 5
1.2 ZUWENDUNGSEMPFÄNGER, ZUWENDUNGSVORAUSSETZUNGEN 5
1.3 ZUWENDUNGSART, FINANZIERUNGSART 5
1.4 HÖHE DER ZUWENDUNG 5
1.5 GLEITKLAUSEL 6
2 RAUMKOSTEN 6
2.1 GEGENSTAND DER FÖRDERUNG 6
2.2 ZUWENDUNGSEMPFÄNGER, ZUWENDUNGSVORAUSSETZUNGEN 6
2.3 ZUWENDUNGSART, FINANZIERUNGSART 6
2.4 HÖHE DER ZUWENDUNG 6
3 VERFAHREN 6
3.1 ANTRAG 6
3.2 BEWILLIGUNG 6
3.3 HAUSHALTSVORBEHALT 6
3.4 ABRECHNUNG DER ZUWENDUNG/ VERWENDUNGSNACHWEIS 6
4. INKRAFTTRETEN 6

Kontakt

Fragen zum Antrags-/Nachweisverfahren bzw. zu den einzelnen Förderbereichen beantwortet:
Wolfgang Schulz (Telefon: 05 31/4 70-85 15 Fax: 05 31/4 70-94 85 15)
Email: wolfgang2.schulz@braunschweig.de).

Hausanschrift
Fachbereich Kinder- Jugend und Familie
Abt. Jugendförderung
Eiermarkt 4 - 5
38100 Braunschweig
Fax: 05 31/4 70-80 74

Präambel

Jugendverbände: Gemeinsam aktiv

Spaß haben, Freunde finden, Freizeit und Ferien sinnvoll verbringen, welcher junge Mensch möchte das nicht? Junge Menschen brauchen Freiräume und Begegnungsorte. Sie wollen sich mit Gleichaltrigen treffen, austauschen und neue Erfahrungen sammeln.

Jugendverbände können eine wichtige Sozialisationsinstanz für Kinder und Jugendliche sein. In ihnen lernen sie, sich in Gruppen zu bewegen und zu organisieren, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen und Entscheidungen mit anderen gemeinsam zu treffen.

Kinder- und Jugendverbände

- *ermöglichen Kindern und Jugendlichen, ihre eigenen Interessen zu entfalten, zu formulieren und zu vertreten.*
- *bieten die Chance, an gesellschaftlichen Prozessen teilzunehmen und das Umfeld selbst zu gestalten.*
- *stellen Orte gemeinsamen Lebens und Lernens bereit und leisten gemeinschaftliche Hilfe und Beratung bei persönlichen Fragen oder Konflikten im Elternhaus.*
- *basieren auf dem Prinzip der Pluralität und der eigenständigen Wertsetzung, die konstitutive Merkmale der Kinder- und Jugendverbandsarbeit in der Bundesrepublik Deutschland sind.*
- *sind gekennzeichnet durch die Vielfalt von Verbänden unterschiedlicher Wertorientierung und die Vielfalt der Inhalte, Methoden und Arbeitsformen.*

Kinder und Jugendliche bilden sich nicht nur in Kita oder Schule, sondern auch in der Freizeit. Dafür bieten Jugendverbände neben vielem anderem auch ein anregendes und den Horizont erweiterndes Umfeld, welches die Jugendlichen aktiv mitgestalten können.

Junge Menschen möchten schon frühzeitig verantwortungsvolle Aufgaben übernehmen. In den Jugendverbänden haben sie die Möglichkeit dazu. Kinder und Jugendliche können sich in den ehrenamtlichen Strukturen der Jugendverbände engagieren, Veranstaltungen und Aktivitäten organisieren oder als Jugendleiter bzw. Jugendleiterin Kinder- und Jugendgruppen und sogar Ferienfreizeiten leiten. Die Fähigkeiten, die sie dort erlernen, sind nicht nur in der Jugendarbeit von Belang, sondern auch Arbeitgeber legen großen Wert auf Zusatzqualifikation und ehrenamtliches Engagement.[1]

[1] Der Text der Präambel ist dem Familien-Wegweiser des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit freundlicher Genehmigung der Autorin Marianne Trede-Beck, Diplomsozialpädagogin, entnommen.

Allgemeines

Die anerkannten Jugendverbände (**§ 75 SGB VIII)** haben eine Sonderstellung unter den Trägern der freien Jugendhilfe: Neben ihrer Förderung als Träger besonders förderungswürdiger Einzelvorhaben sind sie gemäß **§ 12 Abs.1 SGB VIII** als solche zu fördern. Ein öffentliches Interesse besteht nicht nur an den von ihnen getragenen Veranstaltungen und Einrichtungen, sondern unmittelbar an ihrer Tätigkeit, an ihrem Vorhandensein. Sie haben damit einen stärkeren Förderungsanspruch als andere Träger der freien Jugendhilfe.

Jugendarbeit bedarf einer entwickelten Infrastruktur, um als umfassendes Tätigkeitsfeld selbst Interessen organisieren und realisieren zu können und Partizipationsprozesse zu ermöglichen. Jugendverbände (und ihre Dachverbände und Arbeitsgemeinschaften) haben hier eine besondere Aufgabe. Sie nehmen umfassend die im **§11 SGB VIII** beschriebenen Aufgaben wahr. Der erforderliche organisatorische Rahmen wird dabei durch Verbandsgremien, unterstützt durch Geschäftsstellen, gewährleistet. Die organisatorischen Erfordernisse ergeben sich insbesondere aus der Tätigkeit in den Bereichen Bildung, Erziehung, Interessenvertretung und Aktion.

Jugendverbände nehmen die in **§11 Abs. 3 SGB VIII** formulierten Aufgaben der Jugendarbeit wahr:

- Außerschulische Jugendbildung mit allgemeiner, politischer, sozialer, gesundheitlicher, kultureller, naturkundlicher und technischer Bildung,
- Jugendarbeit in Sport, Spiel und Geselligkeit,
- arbeitswelt-, schul- und familienbezogene Jugendarbeit,
- internationale Jugendarbeit,
- Kinder und Jugenderholung und
- Jugendberatung

Die durch deren Vorbereitung, Durchführung und Nacharbeit erwachsenden Organisationsaufgaben, haben im Wesentlichen die Geschäftsstellen unterstützend und begleitend wahrzunehmen. Die dafür erforderlichen räumlichen, personellen und sachlichen Voraussetzungen sind nur durch entsprechende Zuwendungen zu gewährleisten.

Die Stadt fördert daher Jugendverbände und den Jugendring Braunschweig e. V. (JURB) durch Zuwendungen zu ihren Organisationsaufgaben und unterstützt damit die Gesamtorganisation der Jugendverbände. Sie fördert darüber hinaus die Räume der Jugendverbände, des Jugendring Braunschweig e. V. (JURB) und der Jugendgruppen.

1 Organisationskosten

1.1 Gegenstand der Förderung

Zu den Kosten der Organisationsaufgaben der Jugendverbände und des Jugendrings Braunschweig e. V., die von ihnen im Rahmen ihrer Tätigkeit wahrzunehmen sind, werden Zuwendungen gewährt.

1.2 Zuwendungsempfänger, Zuwendungsvoraussetzungen

Eine Zuwendung erhalten die Jugendverbände und ihre Dachverbände, die als Träger der Jugendarbeit anerkannt sind, wenn sie über einen längeren Zeitraum in mehreren Stadtteilen Braunschweigs mit Gruppen und Aktivitäten vertreten und Gliederung eines überörtlich organisierten und tätigen Jugendverbandes sind, eine Geschäftsstelle zur Erfüllung ihrer Organisationsaufgaben unterhalten und in den letzten 3 Jahren vor Antragstellung Zuwendungen nach Ziffer II/1, II/2, II/3 /oder II/5 des Teils 2 dieser Richtlinien (Aktivitätszuschüsse) erhalten haben.

Eine Zuwendung erhält außerdem der Jugendring Braunschweig e. V. (JURB), der zentrale übergreifende Aufgaben für seine Mitgliederorganisationen wahrnimmt und für die Interessen der Jugend eintritt und zu diesem Zweck eine Geschäftsstelle unterhält.

1.3 Zuwendungsart, Finanzierungsart

Die Zuwendungen werden im Wege der institutionellen Förderung als nicht rückzahlbare Zuwendungen zur Festbetragsfinanzierung gewährt.

1.4 Höhe der Zuwendung

1.4.1 Die Zuwendungen werden nach einem Vomhundertsatz der Kosten eines Arbeitsplatzes im Verwaltungsdienst (E9 TVöD[2]) nach folgenden Kategorien ermittelt.

- Kleine Jugendverbände = 25 v. H.
- Mittelgroße Jugendverbände = 50 v. H.
- Große Jugendverbände = 75 v. H.

1.4.2 Die Kategorien ergeben sich, indem der Durchschnitt der in den letzten 3 Jahren vor der Antragstellung durchgeführten Maßnahmen[3] mit folgenden Faktoren multipliziert wird, um so eine Bezugsgröße zu bilden:

- Teilnahmetage von Freizeiten Faktor 1
- Teilnahmetage von Internationalen Begegnungen Faktor 1,2
- Teilnahmetage von Bildungsmaßnahmen Faktor 3,2
- Anzahl der großen Veranstaltungen von Kindern und Jugendlichen Faktor 60
- Anzahl der kleinen Veranstaltungen von Kindern und Jugendlichen Faktor 45
- Anzahl der großen Veranstaltungen Faktor 45.
- Anzahl der kleinen Veranstaltungen Faktor 30.

Für die Kategorien gelten folgende Bezugsgrößen:

- mind. 2.000 bis 3.999 = Kleine Jugendverbände
- von 4.000 bis 11.999 = Mittelgroße Jugendverbände
- ab 12.000 = Große Jugendverbände

Die Höhe der Zuwendung für den Jugendring bemisst sich auf 110 v. H. der Summe der Berechnungseinheit nach Ziffer 1.4.1 und der Kosten eines Arbeitsplatzes im Verwaltungsdienst (E5 Teilzeit 50 % TVöD).

1.4.3 Zuwendungsempfänger im Sinne von Ziffer 1.2, die über keine eigenen Räume für die Unterbringung der Geschäftsstellen verfügen und denen auch keine geeigneten Räume in städtischen Einrichtungen mietfrei zur Verfügung gestellt werden können, erhalten zusätzlich Zuwendungen zu den Mietkosten bis zur Höhe der nachgewiesenen Kosten.

[2] Gemäß KGSt
[3] [nach Ziffer II/1 bis II/3 und II/5 des Teils 2 dieser Richtlinien (Aktivitätszuschüsse)]

1.5 Gleitklausel

Über-/Unterschreitungen der Bemessungsgrenzen bleiben in zwei aufeinanderfolgenden Jahren unberücksichtigt. Hiernach werden die Zuwendungen angepasst, bei Überschreitungen vorbehaltlich der Verfügbarkeit entsprechender Mittel.

2 Raumkosten

2.1 Gegenstand der Förderung

Mietkosten für Räume für die verbandliche Kinder- und Jugendarbeit können gefördert werden.

2.2 Zuwendungsempfänger, Zuwendungsvoraussetzungen

Zuwendungen erhalten die Jugendverbände und Jugendgruppen im Sinne von **§ 12 SGB VIII**, die als Träger der Jugendarbeit anerkannt sind, wenn sie über keine eigenen Räume für ihre Kinder- und Jugendarbeit verfügen und denen auch keine geeigneten Räume in städtischen Einrichtungen mietfrei zur Verfügung gestellt werden können.

2.3 Zuwendungsart, Finanzierungsart

Die Zuwendungen werden im Wege der Projektförderung als nicht rückzahlbare Zuwendungen zur Festbetragsfinanzierung gewährt.

2.4 Höhe der Zuwendung

Die Höhe der Zuwendung wird unter Berücksichtigung der tatsächlichen Kosten im Einzelfall berechnet.

3 Verfahren

3.1 Antrag

Die Zuwendungsanträge nach dem Muster des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie müssen vor Beginn des Jahres beim Fachbereich Kinder, Jugend und Familie eingegangen sein. Sofern Miet-/Raumkosten Bestandteil des Antrages sind, ist dem Antrag eine Kopie des aktuellen Mietvertrages beizufügen.

3.2 Bewilligung

Nach dem Vorliegen der Anträge entscheidet der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie im Rahmen seiner Budgetverantwortung über die Bewilligung von Zuwendungen. Die Zuwendungen werden in Abschlägen ausgezahlt. Der Jugendhilfeausschuss wird vom Fachbereich Kinder, Jugend und Familie über die bewilligten Zuwendungen informiert.

3.3 Haushaltsvorbehalt

Die Zuwendungen können nur im Rahmen der vom Rat der Stadt Braunschweig bereitgestellten Mittel bewilligt werden.

3.4 Abrechnung der Zuwendung/ Verwendungsnachweis

Die Verwendung der Zuwendung ist spätestens sechs Monate nach Maßnahmenende auf dem Verwendungsnachweis nach dem Muster des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie nachzuweisen. Kann diese Frist nicht eingehalten werden, ist beim Fachbereich Kinder, Jugend und Familie unter Angabe der Gründe eine Verlängerung der Frist zu beantragen.

Form und Inhalt der Verwendungsnachweise sowie das Verfahren richten sich nach den Zuwendungsrichtlinien der Stadt Braunschweig.

4. Inkrafttreten

Diese Richtlinien treten rückwirkend zum 1. Januar 2016 in Kraft.

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

16-01663
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Lebensmittelmarkt - Borsigstraße", AW 109, 1. Änderung des AW 91 Stadtgebiet zwischen der Salzdahlumer Straße, den Gleisanlagen zum Rangierbahnhof und der Bebelhofsiedlung Satzungsbeschluss

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat III 61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz	10.03.2016

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Planungs- und Umweltausschuss (Vorberatung)	20.04.2016	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	26.04.2016	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	03.05.2016	Ö

Beschluss:
„1. Die während der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß der Anlage 6 zu behandeln.

2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „Lebensmittelmarkt – Borsigstraße“, AW 109, 1. Änderung des AW 91, bestehend aus der Planzeichnung, dem zugehörigen Vorhabenplan mit Erläuterungsbericht und den textlichen Festsetzungen wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

3. Die zugehörige Begründung wird beschlossen.“

Sachverhalt:
Beschlusskompetenz

Die Zuständigkeit des Rates für den Satzungsbeschluss ergibt sich aus § 58 (1) Nr. 5 NKomVG.

Aufstellungsbeschluss und Planungsziel

Der Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Lebensmittelmarkt - Borsigstraße“, AW 109, wurde am 16.04.2013 mit dem Ziel gefasst, den im Bereich des bestehenden Lebensmittelmarktes rechtskräftigen Bebauungsplan AW 91 zu ändern.

Der rechtskräftige vorhabenbezogene Bebauungsplan „Lebensmittelmarkt- Borsigstraße“, AW 91, ist seit dem 14.03.2001 gültig und schuf die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung des heute dort ansässigen Lidl-Marktes. Seine Festsetzungen sollen weiterhin Gültigkeit behalten, soweit sie nicht durch anderslautende Festsetzungen des neuen Bebauungsplanes AW 109 verändert oder ergänzt werden.

Mit der Bebauungsplan-Änderung sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Erweiterung des Marktes und den Verkauf von frischen Backwaren geschaffen werden. Dafür kann mit dem vorhandenen Planungsrecht keine Genehmigung erteilt werden. Der rechtskräftige Bebauungsplan, AW 91, schließt den Verkauf von nicht abgepackten Frischewaren an Frischetheken aus, sodass für die gewünschten Markterweiterungen die Grundzüge der Planung berührt wären. Frischewaren wurden im AW 91 ausgeschlossen, um die damals noch existierenden kleinen Läden im Bebelhof zu schützen.

Die angestrebten Erweiterungen entsprechen der allgemeinen Entwicklung im Lebensmitteleinzelhandel und dienen einer verbesserten Versorgung mit Frischewaren im Bereich Bebelhof. Für die Bauabsichten ist eine Vergrößerung der festgesetzten Geschossfläche von 1.200 m² auf 1.500 m² und eine entsprechende Erweiterung der überbaubaren Grundstücksfläche notwendig. Die derzeit vorhandene Verkaufsfläche von ca. 950 m² soll auf maximal 1000 m² festgeschrieben werden, da sich die alleinige Regelung der Geschossfläche mehr und mehr als ungeeignet erweist. Darüber hinaus sollen im Laufe der Jahre bereits genehmigte Befreiungen vom AW 91 in die Bebauungsplanänderung aufgenommen werden.

Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB

Die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB wurde in der Zeit vom 15. Juni 2015 bis 15. Juli 2015 durchgeführt. Der überwiegende Teil der vorgebrachten Anregungen wurde eingearbeitet. Die von der IHK vorgebrachten Anregungen wurden bereits zum Beschluss der öffentlichen Auslegung thematisiert.

Die Stellungnahme ist in der Anlage 6 aufgeführt und mit einer Stellungnahme und einem Vorschlag der Verwaltung versehen.

Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB

Am 10. November 2015 wurde die öffentliche Auslegung vom Verwaltungsausschuss beschlossen. Den Anregungen des Stadtbezirksrates 132, Viewegs Garten – Bebelhof, den vom Lidl-Gelände kommenden und derzeit am Begleitgrün der Salzdahlumer Straße endenden Weg bis zum bestehenden Gehweg weiterzuführen und zu befestigen, wurde gefolgt.

Die Befestigung des auf dem städtischen Grundstück liegenden Teilstückes ist vom Investor durchzuführen. Dies wird im noch abzuschließenden Durchführungsvertrag geregelt, der parallel zum Satzungsbeschluss des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes, AW 109, in den politischen Gremien behandelt werden wird. Mit Vertragsabschluss verpflichtet sich der Investor, das Teilstück in Abstimmung mit der Stadt zu befestigen.

Die öffentliche Auslegung wurde in der Zeit vom 20. November 2015 bis zum 21. Dezember 2015 durchgeführt. Anregungen zum Bebauungsplan gingen nicht ein.

Empfehlung

Die Verwaltung empfiehlt daher, den in der Anlage dargestellten Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Lebensmittelmarkt - Borsigstraße“, AW 109, 1. Änderung des AW 91, mit der zugehörigen Begründung und dem zugehörigen Vorhabenplan als Satzung zu beschließen.

Leuer

Anlage/n:

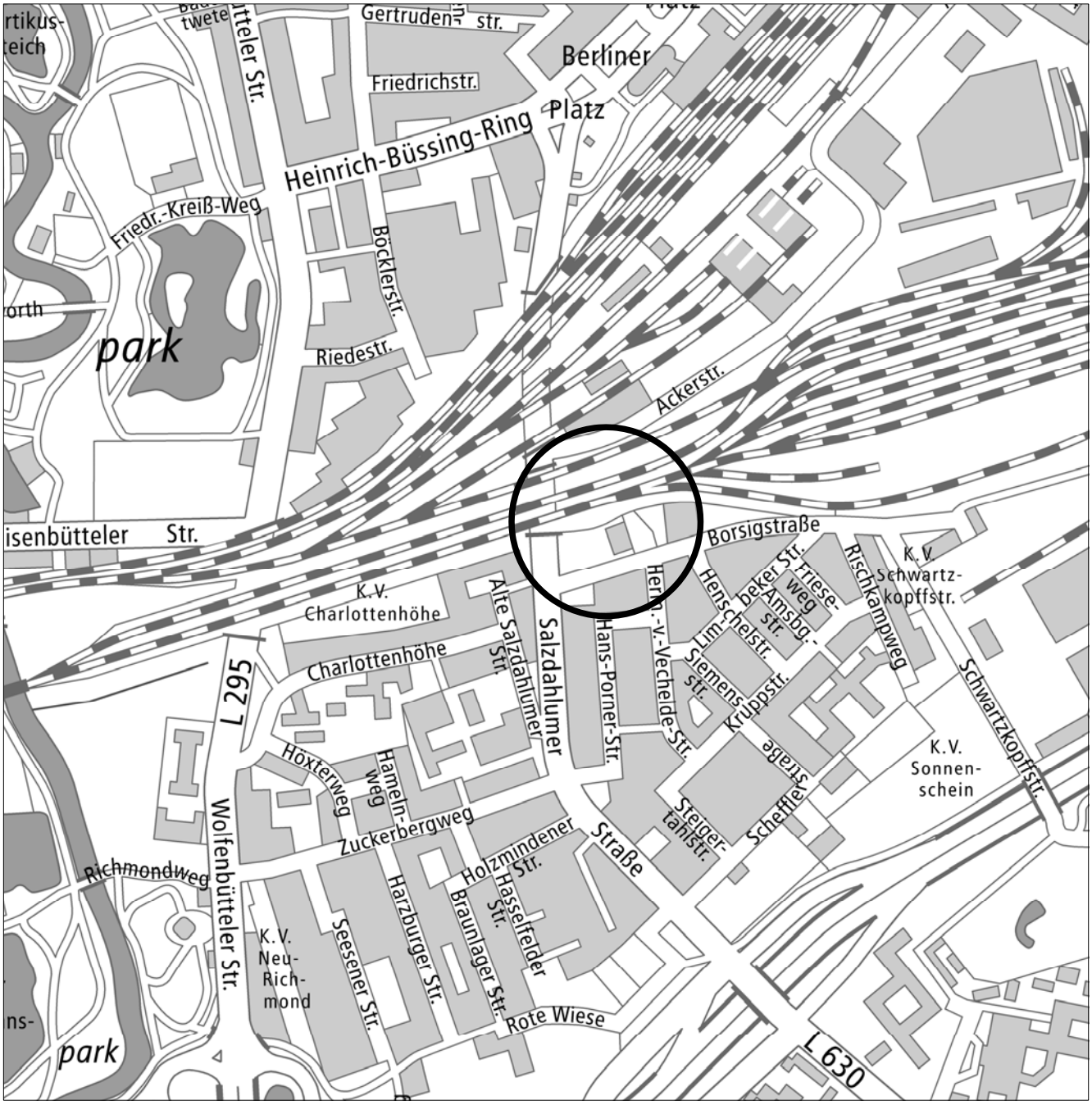
Anlage 1:	Übersichtskarte
Anlage 2 a:	Vorhabenplan mit Erläuterungsbericht
Anlage 2 b:	Ansichten zum Vorhabenplan
Anlage 3 a:	Vorhabenbezogener Bebauungsplan/Zeichnerische Festsetzungen
Anlage 3 b:	Planzeichenerklärung
Anlage 4:	Vorhabenbezogener Bebauungsplan/Textliche Festsetzungen und Hinweise
Anlage 5 a:	Begründung mit Umweltbericht
Anlage 5 b:	UVP-Vorprüfung
Anlage 6:	Behandlung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belänge gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Stadt Braunschweig

Anlage 1

Vorhabenbezogener Bebauungsplan
Lebensmittelmarkt - Borsigstraße **1. Änderung des AW 91** **AW 109**

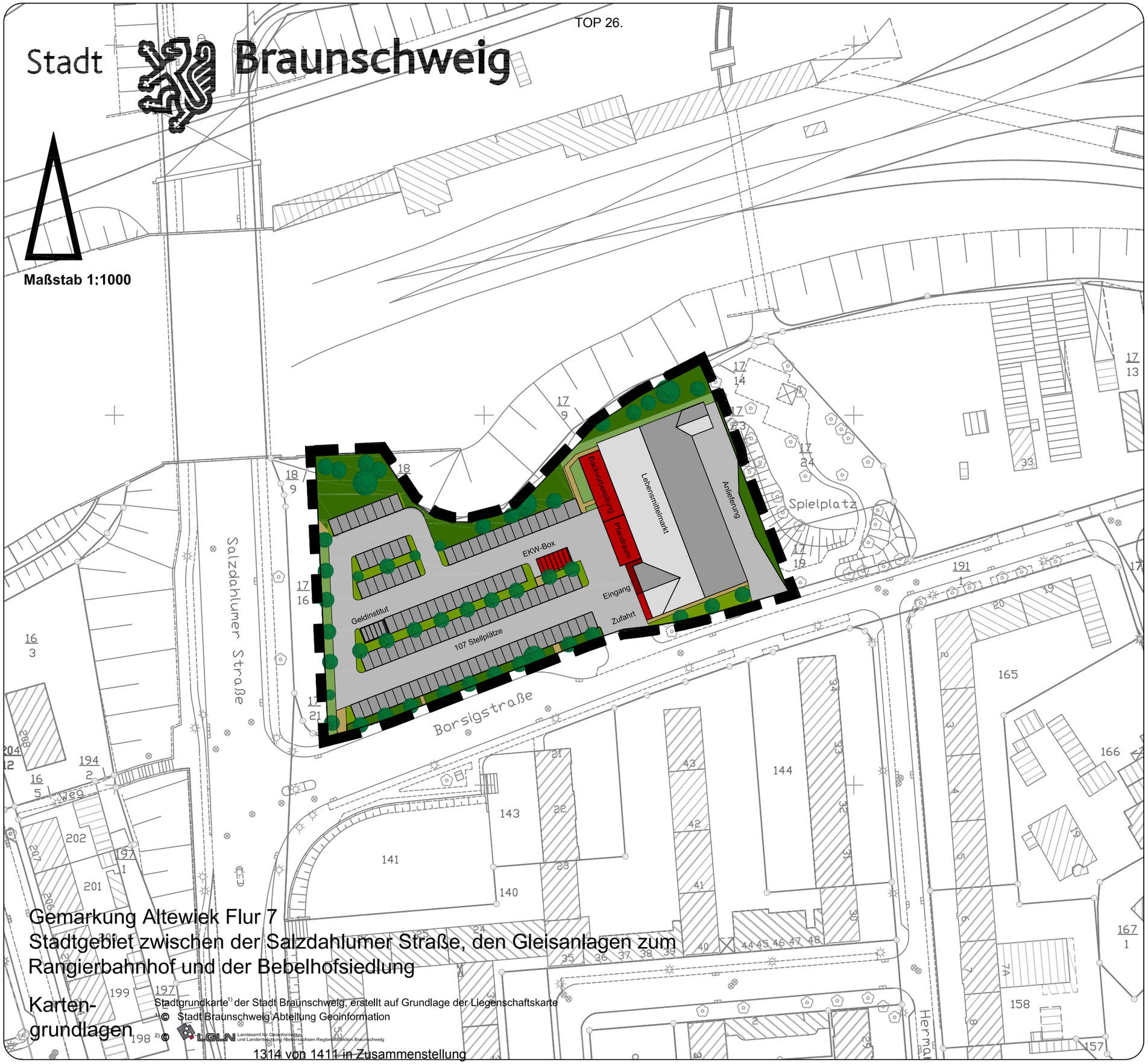
Übersichtskarte



Datum: 04.02.2016
Verfahrensstand: Satzung gemäß § 10 BauGB

Stadt Braunschweig

Maßstab 1:1000



Gemarkung Altewiek Flur 7
Stadtgebiet zwischen der Salzdahlumer Straße, den Gleisanlagen zum Rangierbahnhof und der Bebelhofsiedlung

Karten-grundlagen

Stadtgrundkarte[1)] der Stadt Braunschweig, erstellt auf Grundlage der Liegenschaftskarte
[1)]© Stadt Braunschweig Abteilung Geoinformation
[2)]© LGLN Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen Regionaldirektion Braunschweig

Stadt Braunschweig

Vorhabenbezogener Bebauungsplan

AW 109
Lebensmittelmarkt - Borsigstraße,
1. Änderung des AW 91

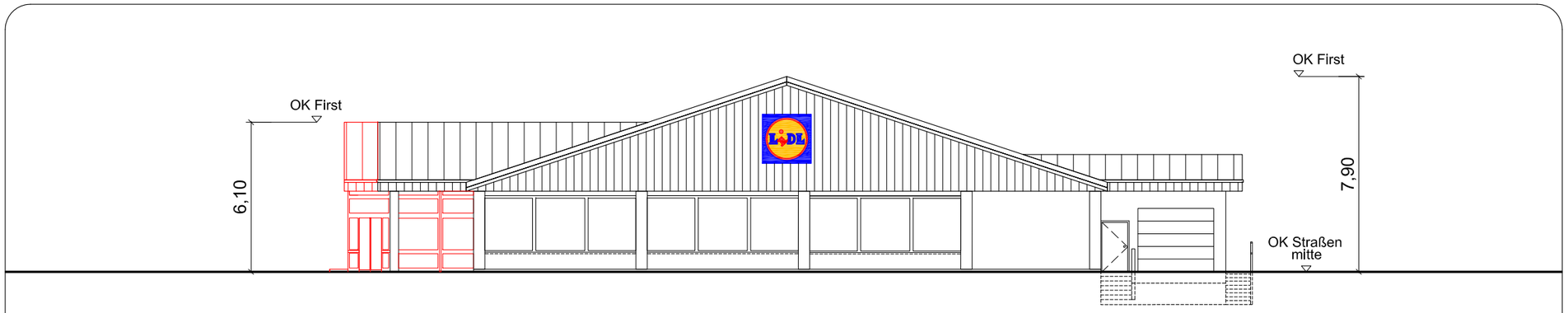
Anlage 2a
Vorhabenplan

1:1000 0 10 20 30 40 50 60

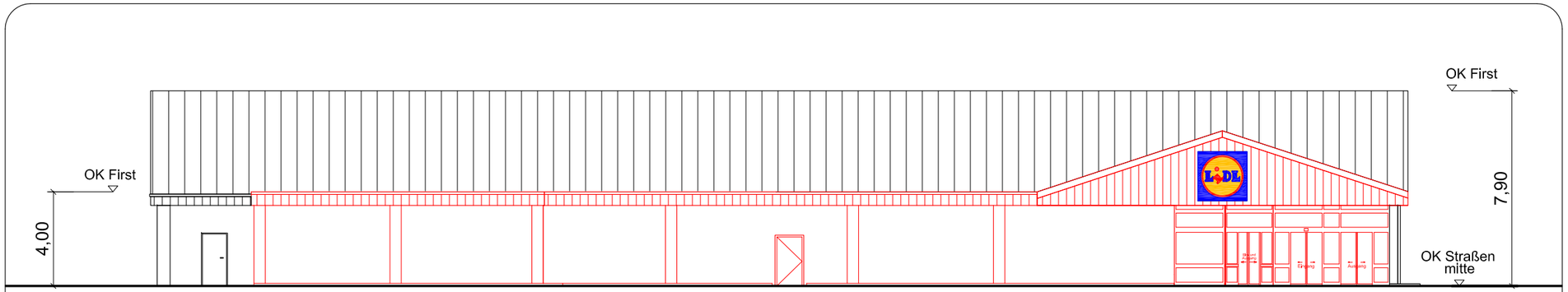
Verfahrensstand:
Satzung gemäß § 10 BauGB

Datum:
04.02.2016

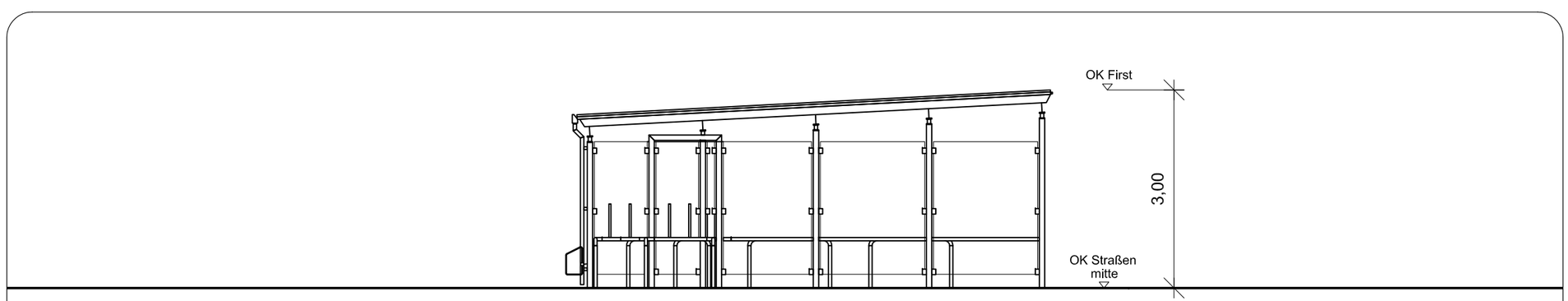
Stadt Braunschweig



ANSICHT SÜDOST



ANSICHT SÜDWEST



SEITENANSICHT - EKW-BOX

1315 von 1411 in Zusammenstellung

Stadt Braunschweig

Vorhabenbezogener Bebauungsplan

AW 109
Lebensmittelmarkt - Borsigstraße, 1. Änderung des AW 91

Anlage 2b

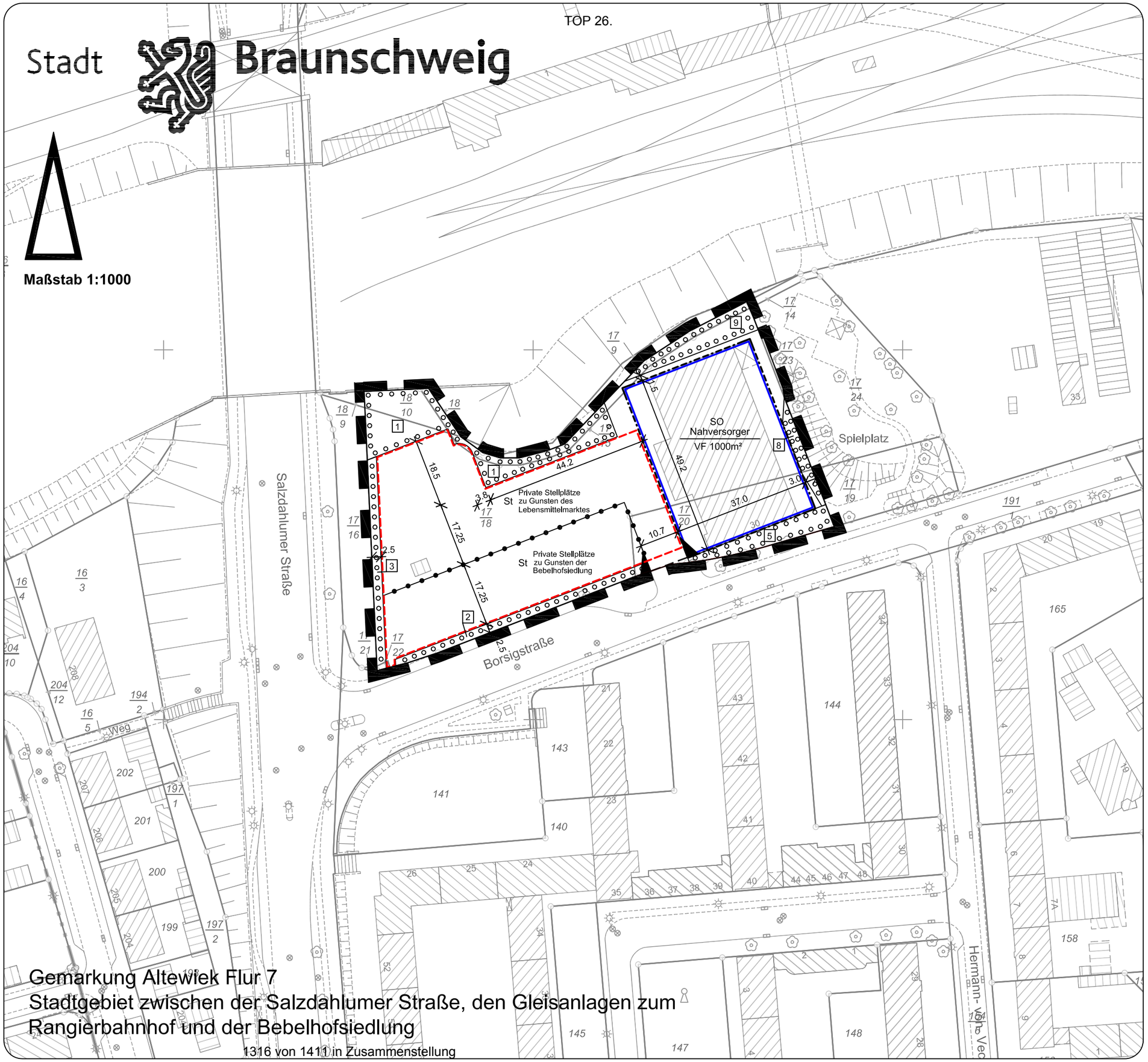
Ansichten zum Vorhabenplan

Verfahrensstand:
Satzung gemäß § 10 BauGB

Datum:
04.02.2016

Stadt Braunschweig

Maßstab 1:1000



Gemarkung Altewiek Flur 7
Stadtgebiet zwischen der Salzdahlumer Straße, den Gleisanlagen zum Rangierbahnhof und der Bebelhofsiedlung

Stadt Braunschweig

Vorhabenbezogener Bebauungsplan

AW 109
Lebensmittelmarkt - Borsigstraße,
1. Änderung des AW 91

Anlage 3a

Zeichnerische Festsetzungen

1:1000 0 10 20 30 40 50 60

Verfahrensstand:
Satzung gemäß § 10 BauGB

Stand:
04.02.2016

Planzeichenerklärungen

Zahlenangaben sind Beispiele

Art der baulichen Nutzung

SO Nahversorger — Sonstiges Sondergebiet Zweckbestimmung Nahversorger

Maß der baulichen Nutzung

VF 1000m² — Max. zulässige Verkaufsfläche

Grenzen

Grenze des Geltungsbereiches

Straßenbegrenzungslinie

Baugrenze

Nutzungsabgrenzung

Verkehrsflächen

Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze und Garagen

St — Stellplätze Begünstigte entsprechend Eintrag im Plan

Einfahrtsbereich

Maßnahmen für Natur und Landschaft

Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen entsprechend textlicher Festsetzung

Sonstige Festsetzungen

Hinweis
1 — Hinweis auf textliche Festsetzung

14,0 — Maßangaben

Bestandsangaben

öffentliche Gebäude, Gebäude (Wohnen, Handel,Sport, Erholung)

Gebäude (Gewerbe, Industrie, Verkehr)

Flurstücksgrenze

49/4 — Flurstücksnummern

Böschungen

Verfahrensstand:
Satzung gemäß § 10 BauGB

Stand:
04.02.2016

Stadt Braunschweig

Anlage 4

Vorhabenbezogener Bebauungsplan
Lebensmittelmarkt Borsigstraße 1. Änderung des AW 91 AW 109
Textliche Festsetzungen und Hinweise

A Städtebau

gemäß § 1 a und § 9 BauGB

1. Die Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes AW 91 gelten fort, soweit durch den AW 109 keine anderslautenden Festsetzungen getroffen werden.

2. In dem Sondergebiet Nahversorger sind gemäß § 12 Abs. 3a BauGB in Verbindung mit § 9 Abs. 2 BauGB nur solche Vorhaben zulässig, zu deren Durchführung sich der Vorhabenträger im Durchführungsvertrag verpflichtet.

I Art der baulichen Nutzung

1. Die Festsetzung A I 1 a des rechtskräftigen Bebauungsplans AW 91 wird wie folgt geändert:

   Im Sondergebiet ist ein Nahversorger als Lebensmittel-Discountmarkt gemäß § 11 Abs. 2 BauNVO mit einem im Folgenden genannten Sortiment zulässig:

   a) Kernsortiment
   - Lebensmittel, einschließlich nicht abgepackter Frischewaren an Frischetheken

II Maß der baulichen Nutzung

1. Die Festsetzung A II 2. des rechtskräftigen Bebauungsplans AW 91 wird wie folgt geändert:

   Geschossfläche

   Die Geschossfläche des Lebensmittelmarktes darf eine Fläche von insgesamt 1.500 m² nicht überschreiten.

   Die Festsetzungen des AW 91 zu den Geschossflächen für das Rand- und Freisortiment werden gestrichen.

2. Die Festsetzungen A II des rechtskräftigen Bebauungsplans AW 91 werden wie folgt ergänzt:

   Verkaufsfläche

   Die Verkaufsfläche des Lebensmittelmarktes darf eine Fläche von insgesamt 1.000 m² nicht überschreiten.

   Die Verkaufsfläche für das Randsortiment darf 20 % der zulässigen Verkaufsfläche nicht überschreiten.

   Die Verkaufsfläche für das Freisortiment darf 5 % der zulässigen Verkaufsfläche nicht überschreiten.

III Bauweise, überbaubare Grundstücksfläche

1. Die Festsetzung A III 1 des rechtskräftigen Bebauungsplans AW 91 wird gestrichen.

2. Die Festsetzung A III 2. des rechtskräftigen Bebauungsplans AW 91 wird wie folgt geändert:

   Außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche sowie innerhalb der Flächen für Stellplätze sind Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO und bauliche Anlagen, soweit sie nach Landesrecht in den Abstandsflächen zulässig sind oder zugelassen werden können, zulässig.

IV Grünordnung

1. Die Festsetzung A V 4. des rechtskräftigen Bebauungsplans AW 91 zum Pflanzgebot Nr. 4 wird gestrichen.

2. Die Festsetzungen A V des rechtskräftigen Bebauungsplans AW 91 werden wie folgt ergänzt:

   Die mit 8 gekennzeichnete Fläche mit Pflanzbindungen ist mit bodendeckenden Gehölzen oder Stauden vollflächig zu begrünen. Zusätzlich sind mindestens drei Stück Sträucher mit einer Endhöhe von mindestens 3,0 m zu pflanzen.

3. Die Festsetzungen A V des rechtskräftigen Bebauungsplans AW 91 werden wie folgt ergänzt:

   Auf der mit 9 gekennzeichneten Fläche mit Pflanzbindungen ist unter Berücksichtigung des Bestandes eine dichte Gehölzstruktur zu entwickeln. Dabei ist eine dichte Bepflanzung aus standortheimischen Sträuchern wie z.B. Haselnuss, Hartriegel, Weißdorn, Pfaffenhüttchen zu pflanzen.

Zusätzlich ist je angefangene 100 m² Bepflanzungsfläche ein standortheimischer großkroniger Laubbaum wie Bergahorn, Traubeneiche und ein mittelkroniger Laubbaum wie Eberesche, Feldahorn zu pflanzen. Bei der Anordnung der großkronigen Laubbäume ist ein Regelabstand von 8 m aufzunehmen. Die gesamte Fläche ist mit Efeu zu unterpflanzen.

4. Die Festsetzung A V 5. des rechtskräftigen Bebauungsplans AW 91 wird im dritten Absatz wie folgt geändert:

   Die mit 5 gekennzeichnete Fläche für Anpflanzungen darf für die Anlieferung des Marktes auf einer Breite von maximal 8,0 m unterbrochen werden.

5. Die Festsetzung A V 15. des rechtskräftigen Bebauungsplans AW 91 wird wie folgt geändert:

   Die festgesetzten Anpflanzungen sind unmittelbar nach Fertigstellung der Markterweiterung fachgerecht herzustellen, spätestens aber in der nächstfolgenden Pflanzperiode.

   Alle Anpflanzungen sind dauerhaft zu erhalten und bei Abgang in der festgesetzten Weise wieder herzustellen.

6. Die Festsetzungen A V 1 und 3 des rechtskräftigen Bebauungsplans AW 91 werden jeweils wie folgt ergänzt:

   Die festgesetzten Pflanzflächen dürfen für einen Gehweg vom Parkplatz zur Salzdahlumer Straße auf einer Breite von maximal 1,30 m unterbrochen werden.

Hinweise

1. Aufgrund der Bombardierungen des 2. Weltkrieges besteht der Verdacht auf noch vorhandene Kampfmittel im Erdboden. Eine Flächensondierung auf Kampfmittel ist vor dem Beginn der Erdarbeiten aufgrund der befestigten Flächen nicht möglich. Erdarbeiten sind aus Sicherheitsgründen baubegleitend auf Kampfmittel zu überwachen. Anschließend ist in Höhe der Baugrubensohle eine Sohlensondierung auf Kampfmittel durchzuführen.

2. Gemäß § 14 Nds. Denkmalschutzgesetz sind Bodenfunde, bei denen Anlass zu der Annahme gegeben ist, dass sie Kulturdenkmale sind, unverzüglich einer Denkmalbehörde, der Gemeinde oder einem Beauftragten für die archäologische Denkmalpflege anzuzeigen

Stadt Braunschweig

Anlage 5a

Vorhabenbezogener Bebauungsplan
Lebensmittelmarkt Borsigstraße - 1. Änderung des AW 91 AW 109
Begründung

Inhaltsverzeichnis:

1	Rechtsgrundlagen	2
2	Bisherige Rechtsverhältnisse	2
3	Anlass und Ziel des Bebauungsplanes	4
4	Umweltbelange	5
5	Begründung der Festsetzungen	8
6	Gesamtabwägung	12
7	Zusammenstellung wesentlicher Daten	12
8	Wesentliche Auswirkungen des Bebauungsplanes	13
9	Bodenordnende und sonstige Maßnahmen, für die der Bebauungsplan die Grundlage bilden soll	13
10	Außer Kraft tretende Bebauungspläne, Beseitigung des Rechtsscheines unwirksamer Pläne	13

1 Rechtsgrundlagen - Stand: 11. Dezember 2015 -

1.1 Baugesetzbuch (BauGB)

in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722)

1.2 Baunutzungsverordnung (BauNVO)

in der Fassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. Juni 2013 (BGBl. I S. 1548)

1.3 Planzeichenverordnung (PlanZV)

in der Fassung vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I 1991 S. 58), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509)

1.4 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 76 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl I S. 1474)

1.5 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)

in der Fassung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 421 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474)

1.6 Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. November 2015 (BGBl. I S. 2053)

1.7 Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG)

in der Fassung vom 19. Februar 2010 (Nds. GVBl. S. 104)

1.8 Niedersächsische Bauordnung (NBauO)

in der Fassung vom 3. April 2012 (Nds. GVBI. S. 46), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. Juli 2014 (Nds. GVBl. S. 206)

1.9 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)

in der Fassung vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 12. November 2015 (Nds. GVBI S. 311)

2 Bisherige Rechtsverhältnisse

2.1 Regional- und Landesplanung

Im Niedersächsischen Landes-Raumordnungsprogramm 2008 und im Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) 2008 für den Großraum Braunschweig ist die Stadt Braunschweig - seit 2002 im oberzentralen Verbund mit den Nachbarstädten Wolfsburg und Salzgitter - als Oberzentrum verbindlich festgelegt.

Im Regionalen Raumordnungsprogramm unterliegt der Geltungsbereich des Bebauungsplans AW 109 der Funktionszuweisung Oberzentrum. Das Gebiet ist als vorhandener Siedlungsbereich, der bauleitplanerisch gesichert ist, gekennzeichnet.

2.2 Flächennutzungsplan

Für den Geltungsbereich dieses Bebauungsplans gelten die Darstellungen des Flächennutzungsplanes der Stadt Braunschweig in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Oktober 2005 in seinem derzeit rechtswirksamen Stand. Er stellt in seiner derzeit geltenden Fassung für den Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes gewerbliche Baufläche dar.

Der Flächennutzungsplan der Stadt Braunschweig wird mit Rechtskraft des Bebauungsplans im Sinne von § 13a Absatz 2 BauGB angepasst. Die geordnete städtebauliche Entwicklung wird dadurch nicht beeinträchtigt. Die bisherige Darstellung „gewerbliche Baufläche“ wird durch die Darstellung als Sonderbaufläche für die Nahversorgung ersetzt.

2.3 Bebauungspläne

Für diesen Bereich gilt der vorhabenbezogene Bebauungsplan AW 91 aus dem Jahr 2001. Er setzt auf dem Baugrundstück einen Lebensmittelmarkt fest. Als Kernsortiment sind Lebensmittel mit Ausnahme von nicht abgepackten Frischwaren an Frischetheken festgesetzt. Grund für diese Festsetzung war der Wunsch, die Existenz der kleinen Läden im Bebelhof zu schützen. Innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche ist ein Lebensmittel-Discountmarkt mit einer Geschossfläche von 1.200 m² zulässig.

3 Anlass und Ziel der Bebauungsplanänderung

Die Lidl Dienstleistung GmbH & Co. KG, vertreten durch die Lidl Vertriebs-GmbH & Co. KG, Claude-Breda-Straße 7, 06406 Bernburg/Saale, beabsichtigt, den bestehenden Lidl – Markt in der Borsigstraße 30 in Teilbereichen umzubauen und zu erweitern.

Das Sortiment soll um frisch aufgebackene Backwaren erweitert werden. Dafür soll ein Backvorbereitungsraum mit zwei Backautomaten sowie eine Tiefkühlzelle zur Lagerung der Teiglinge errichtet werden. Die Backwaren werden über Selbstbedienungsregale im Verkaufsraum angeboten. Dafür kann mit dem vorhandenen Planungsrecht keine Genehmigung erteilt werden. Auch eine Befreiung von den Festsetzungen scheidet aus, weil hierdurch die Grundzüge der Planung betroffen wären.

Für die Bauabsichten ist eine Vergrößerung der festgesetzten Geschossfläche von 1.200 m² auf 1.500 m² und eine entsprechende Erweiterung der überbaubaren Grundstücksfläche notwendig. Darüber hinaus ist eine Anpassung der unzulässigen Lebensmittelsortimente erforderlich. Die derzeit vorhandene Verkaufsfläche von ca. 950 m² soll auf maximal 1000 m² festgeschrieben werden, da sich die alleinige Regelung der Geschossfläche mehr und mehr als ungeeignet erweist.

Darüber hinaus sollen im Laufe der Jahre bereits genehmigte Befreiungen (Bau eines Pfandraumes etc.) vom AW 91 in den neuen Vorhabenbezogenen Bebauungsplan aufgenommen werden.

Um die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die geplante Erweiterung und die bereits erfolgten Befreiungen zu schaffen, hat der Verwaltungsausschuss des Rates am 16. April 2013 den Beschluss zur Aufstellung der vorliegenden Bebauungsplanänderung gefasst.

Die geplanten Änderungen entsprechen dem heutigen Standard eines Lebensmitteldiscounters. Die kleinen Läden, die man seinerzeit mit der Einschränkung des Frischesortiments schützen wollte, existieren nicht mehr.

Der rechtskräftige, vorhabenbezogene Bebauungsplan AW 91 soll wie folgt geändert werden:

- Der Verkauf von nicht abgepackten Frischwaren an Frischetheken soll zulässig sein,
- die Verkaufsfläche des Lebensmittelmarktes soll bis maximal 1.000 m² zulässig sein,
- die Geschossfläche des Lebensmittelmarktes soll bis maximal 1.500 m² zulässig sein,
- Nebenanlagen, wie die Einkaufswagenbox, sollen außerhalb der Baugrenzen zulässig sein,
- Die Flächen für Anpflanzungen sollen entsprechend dem Begrünungskonzept festgesetzt werden.

Die bestehenden Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes AW 91 sollen weiter gelten, soweit sie nicht durch anders lautende Festsetzungen des vorliegenden Bebauungsplanes überlagert werden.

4 Umweltbelange

Der Bebauungsplan wird als Bebauungsplan der Innenentwicklung im Sinne von § 13 a BauGB aufgestellt. Die Planung sieht vor, den bestehenden Lebensmittelmarkt im Bereich der Eingangszone zu erweitern und eine Raumgruppe mit Backvorbereitungsraum und TK-Zelle anzubauen.
In einem ersten Schritt wurde bereits die Erweiterung der Bruttogrundfläche BGF durch den Anbau eines Pfandraums und einer Papierpresse realisiert. Diese Erweiterung erfolgte nach bauordnungsrechtlichem Verfahren als Befreiung von Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplans AW 91.
Damit nun auch das Sortiment um frisch aufgebackene Backwaren erweitert werden kann, soll ein Backvorbereitungsraum mit zwei Backautomaten sowie eine Tiefkühlzelle zur Lagerung der Teiglinge errichtet werden. Die Backwaren werden dann über Selbstbedienungsregale im Verkaufsraum angeboten.

Es handelt sich somit um eine Maßnahme der Innenentwicklung.

Die durch die Festsetzungen mögliche zulässige Verkaufsfläche beträgt 1.000 m².
Andere Bebauungspläne, die in einem engen sachlichen, räumlichen und zeitlichen Zusammenhang aufgestellt werden, liegen nicht vor.

Obwohl es sich um keinen Neubau, sondern nur eine Erweiterung handelt, ist eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls notwendig. Das Vorhaben ist in der Anlage 1 des UVPG unter der Nr. 18.6.2 (zulässige Geschossfläche über 1 200 m²), bzw. gemäß Ziffer 13 des Anhangs Nr. 1 zum NUVPG, aufgeführt. Eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls ist vorgesehen, da die maßgebende Größe eines bisher nicht UVP-pflichtigen Vorhabens erstmals erreicht oder überschritten wird. Mit der Vorprüfung wird ermittelt, ob das ermöglichte Vorhaben (Erweiterung des Lebensmittelmarktes) einer Umweltverträglichkeitsprüfungspflicht unterliegt.

Die allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls gemäß der Kriterien nach Anlage 2 zum NUVPG hat ergeben, dass das Risiko für die Betroffenheit der Umweltbelange als vergleichsweise gering einzuschätzen ist. Daher ist eine UVP-Pflicht für das Einzelhandelsvorhaben im Ergebnis dieser Vorprüfung nicht festzustellen. Es besteht keine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach Bundes- oder Landesrecht, da keine Anhaltspunkte für Beeinträchtigungen von FFH- oder Vogelschutzgebieten oder der Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB bestehen.

Die Voraussetzungen für die Anwendung des beschleunigten Verfahrens sind somit erfüllt. Der Bebauungsplan erfüllt somit die Anforderungen des § 13a BauGB (Bebauungspläne der Innenentwicklung) und kann im beschleunigten Verfahren aufgestellt werden.

Im Verfahren nach § 13a BauGB wird eine Umweltprüfung nicht durchgeführt und ein Umweltbericht nicht erstellt. Naturschutzfachliche Eingriffe, die auf Grund des Bebauungsplans zu erwarten sind, gelten im Sinne der Eingriffsregelung als vor der planerischen Entscheidung erfolgt oder zulässig. Ein naturschutzfachlicher Eingriffsausgleich ist somit nicht erforderlich, eine Eingriffs-/ Ausgleichsbilanzierung wird nicht vorgenommen.

Nachfolgend werden die Umweltbelange, soweit sie mit der Planung in Berührung stehen, dargelegt.

4.1 Mensch und Gesundheit

Die gegenüber dem Bebauungsplan AW 91 zusätzlich überbaubare Fläche von ca. 300 m² besteht derzeitig aus einem Teil der Zufahrtsfläche des bestehenden Marktes, aus einem schmalen Grünstreifen am bestehenden Markt und einem Teil der Grünfläche am nahegelegenen Bahndamm mit niedrigem Bewuchs.

Negative Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit sowie auf die Bevölkerung insgesamt sind durch die geplante Bebauung nicht zu befürchten.

Eine Nutzung zur Erholung ist in diesem Bereich nicht möglich

4.2 Tiere, Pflanzen, Landschaft

Aufgrund der bisherigen Nutzung als schmalem Grünstreifen direkt am Gebäude, schon unterbrochen von Eingangsbau und Pfandraumanbau und der schmalen Grünfläche im Bereich des Bahndamms und schließlich Nutzung des Bereichs durch Fahrbahnen, finden sich hier keine Strukturen, die Besonderheiten in Bezug auf Artenvielfalt, Vielfalt an Ökosystemen und Lebensräumen erwarten lassen.

Besonders schützenswerte Strukturen sind für das Gebiet nicht bekannt - Schutzgebiete bleiben unberührt.

Eine Neuversiegelung erfolgt durch Überbauung des im Bebauungsplan AW 91 festgesetzten Grünstreifens am Gebäude und eines Teils der Grünfläche am Bahndamm. Dem gegenüber stehen nunmehr eine Pflanzbindungsfläche nördlich des Gebäudes sowie eine weitere östlich der Anlieferung, die de facto bisher bereits begrünt waren.

4.3 Boden

Durch die weitere Überbauung des Grünstreifens am Gebäude und eines Teils der Grünfläche am Bahndamm ergibt sich eine leichte Erhöhung des Versiegelungsgrades.

Im Geltungsbereich besteht aufgrund der Bombardierungen des 2. Weltkrieges der Verdacht auf noch vorhandene Kampfmittel im Erdboden. Eine Flächensondierung auf Kampfmittel ist vor dem Beginn der Erdarbeiten aufgrund der befestigten Flächen nicht möglich. Der Hinweis im rechtskräftigen, vorhabenbezogenen Bebauungsplan AW 91wird daher ergänzt. Erdarbeiten sind aus Sicherheitsgründen baubegleitend auf Kampfmittel zu überwachen. Anschließend ist in Höhe der Baugrubensohle eine Sohlensondierung auf Kampfmittel durchzuführen.

4.4 Wasser

Der Geltungsbereich liegt außerhalb von Wasserschutz- und Überschwemmungsgebieten.

Die Leistungsfähigkeit zur Bildung und zum Erhalt von qualitativ hochwertigem Grundwasser ist im Geltungsbereich bereits erheblich eingeschränkt wegen der bestehenden, großflächigen Versiegelung durch Gebäude, Fahrbahnen und Stellplätze.

Die geplante zusätzliche Versiegelung führt zu einer weiteren Verringerung der Grundwasserneubildungsrate.

Wesentliche Veränderungen der Grundwassersituation sind allerdings aufgrund der geringen Erhöhung des Versiegelungsgrads nicht zu erwarten.

4.5 Klima, Luft

Die Stadtklimaanalyse Braunschweig von 2012 stuft das Planungsgebiet als stark belasteten, verdichteten Siedlungsbereich ein.

Durch das Vorhaben entstehen gegenüber der heutigen Situation keine zusätzlichen Belastungen.

4.6 Lärm

Zum Schutz der benachbarten Wohnbebauung wurden bereits im bestehenden Bebauungsplan Schallschutzmaßnahmen und Höchstwerte von Schallleistungspegeln technischer Anlagen festgesetzt. Diese Festsetzungen bleiben unverändert.

Durch die geplante Bebauung ist keine weitere Erhöhung der Immissionswerte zu erwarten.

4.7 Kulturgüter und sonstige Sachgüter

Kulturgüter im Sinne ausgewiesener Kultur- oder Bodendenkmale sind im Planungsgebiet nicht vorhanden. Das Niedersächsische Landesamt für Denkmalpflege teilte mit, dass im Geltungsbereich nach jetzigem Kenntnisstand keine archäologischen Belange berührt werden. Gemäß § 14 Nds. Denkmalschutzgesetz sind Bodenfunde, bei denen Anlass zu der Annahme gegeben ist, dass sie Kulturdenkmale sind, unverzüglich einer Denkmalbehörde, der Gemeinde oder einem Beauftragten für die archäologische Denkmalpflege anzuzeigen.

Das Verzeichnis der Baudenkmale nach § 4 Nds. Denkmalschutzgesetz (Stand Juni 2015) beinhaltet im Geltungsbereich keine Einträge. Unmittelbar nordwestlich schließt jedoch die Eisenbahnbrücke über die Salzdahlumer Straße mit ihren Flügelmauern an. Bei dieser handelt es sich um ein eingetragenes Einzeldenkmal nach § 3.2 NDSchG. Beeinträchtigungen des Baudenkmals durch Bauteile wie Werbeanlagen, Stellplätze etc. sind wegen der bereits getroffenen Festsetzungen im rechtskräftigen Plan nicht mehr zu erwarten.

5 Begründung der Festsetzungen

5.1 Art der baulichen Nutzung

Sondergebiet
Im AW 91 wurde keine Gebietsklassifizierung entsprechend der BauNVO vorgenommen, da sich die Festsetzungen zur Art der baulichen Nutzung ausschließlich auf den Lebensmittelmarkt beziehen. Die Festsetzung soll jetzt, insbesondere vor dem Hintergrund der geplanten Anpassung des Flächennutzungsplanes, gemäß der heute üblichen Festsetzungen im Stadtgebiet erfolgen. Der Markt wird daher als sonstiges Sondergebiet, gemäß § 11 Abs. 2 BauNVO festgesetzt.
Er dient vorwiegend der Nahversorgung der angrenzenden Wohngebiete. Die Ausweisung entspricht damit den Aussagen des Zentrenkonzeptes Einzelhandel für die Stadt Braunschweig. Der Nahversorger wird mit der Zulässigkeit der im Folgenden genannten Sortimente festgesetzt:

a) Kernsortiment
   Lebensmittel, einschließlich nicht abgepackter Frischewaren an Frischetheken

b) Randsortiment
   Drogerieartikel (Körper- und Haushaltspflegemittel)

Haushaltswaren

c) Freisortiment
mit einem nicht näher spezifizierten Warenangebot

Die veränderte Festsetzung zum Kernsortiment folgt dem Wunsch des Betreibers nach der Zulässigkeit des Verkaufs von Frischwaren. Bisher wurde dieser Verkauf ausgeschlossen, um die bestehenden, kleineren Läden im Bestand zu schützen.

Da sich der Bestand in der Vergangenheit jedoch deutlich gewandelt hat – Läden für die Versorgung des täglichen Bedarfs stehen im Ortsteil Bebelhof nicht mehr zur Verfügung – besteht nun der Wunsch nach Verkauf von Frischewaren im Lebensmittelmarkt, insbesondere dem Verkauf frischer Backwaren, und allgemein nach der ausgeglichenen Vorhaltung von Waren des täglichen Grundbedarfs und für eine kundenfreundlichere Warenpräsentation.

5.2 Maß der baulichen Nutzung

Das Sondergebiet soll den derzeitigen Betrieb im Bestand sichern und Erweiterungen im angemessen Maß zulassen. Deshalb wird im Plangebiet ein Sondergebiet für einen Lebensmittel - Einzelhandelsbetrieb mit einer maximalen Verkaufsfläche von 1.000 m² und einer maximalen Geschossfläche von 1.500 m² festgesetzt. Mit der Festsetzung der maximalen Verkaufsfläche beziehen sich nun auch die Größen der Rand- und Freisortimente auf die Verkaufsfläche und nicht mehr wie im AW 91 auf die Geschossfläche. Die Sortimente werden daher mit maximal 20 % bzw. 5 % der maximalen Verkaufsfläche von 1000 m² (200 m² für das Randsortiment, bzw. 50 m² für das Freisortiment) festgesetzt.

Die Festsetzung folgt dem Wunsch des Grundstückseigentümers und des Betreibers nach Vergrößerung der Verkaufsflächen und dem vermehrten Bedarf des SB - Marktes an Nebenraumbereichen wie Pfandannahme / Pfandlager, Backvorbereitung und Tiefkühllager, sowie nach einer Verbesserung des Eingangsbereichs.

Vor dem Hintergrund des ruhenden Verkehrs ist bereits im AW 91 eine großzügig festgesetzte Grundflächenzahl (GRZ) festgesetzt worden, sodass die GRZ von 0,5, einschließlich der Überschreitung bis zu 0,8 für Stellplätze und ihren Zufahrten, auch in der Bebauungsplanänderung AW 109 unverändert bleibt. Gleiches gilt für die maximale Gebäudehöhe von 8,00 m, da die Erweiterungen keine Auswirkung auf die Höhe des Gebäudes haben wird.

5.3 Überbaubare Grundstücksflächen, Bauweise

Außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche und innerhalb der Flächen für Stellplätze sind Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO und bauliche Anlagen, soweit sie nach Landesrecht in den Abstandsflächen zulässig sind oder zugelassen werden können, zulässig.

Von Seiten des Grundstückseigentümers und des Betreibers besteht der Wunsch, eine Einkaufswagenbox mit Fahrradeinstellplätzen als Nebenanlage für den Lebensmittelmarkt auf der Stellplatzfläche zu errichten.

5.4 Stellplätze und Garagen

Im Sondergebiet sind die bauordnungsrechtlich erforderlichen Stellplätze auf dem Baugrundstück nachzuweisen.

Im Sondergebiet stehen für Kunden und Betriebsangehörige des Lebensmitteleinzelhandelbetriebes insgesamt ca. 52 Stellplätze zur Verfügung. Sie befinden sich im mittleren und nördlichen Grundstücksbereich entlang der Gleisanlagen und in Richtung der Salzdahlumer Straße. Damit verringert sich die Anzahl der Stellplätze gegenüber dem Bestand um 14 Stellplätze.

Entlang der Borsigstraße befinden sich - bereits in der rechtskräftigen Fassung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans AW 91 festgesetzt - insgesamt 55 Stellplätze, die durch Baulasten und die Eintragung einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit zugunsten der Stadt Braunschweig zur Nutzung als öffentlicher Parkplatz gesichert sind.

Der Nachweis der notwendigen Stellplätze wird im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens erbracht.

5.5 Öffentliche Verkehrsflächen

Der Geltungsbereich ist durch die Borsigstraße im Süden voll erschlossen. Die Auswirkung der Planung auf das bestehende Verkehrssystem bleibt durch die maßvolle Erweiterung des Lebensmittelmarktes unverändert.

Art und Umfang der äußeren und inneren Grundstückserschließung ist im rechtskräftigen Bebauungsplan bereits festgesetzt. Die Festsetzungen zur Ausgestaltung der Einfahrten werden den Erfordernissen und den vorhandenen Gegebenheiten angepasst.

Ein- und Ausfahrtsverbote bleiben unverändert bestehen.

5.5.1 Öffentlicher Personennahverkehr, ÖPNV

Das Plangebiet ist durch den öffentlichen Personennahverkehr mit der Buslinie 411 über die Haltestelle Bebelhof erschlossen.

Die maximale Entfernung vom Planungsgebiet bis zu dieser Haltestelle beträgt ca. 200 m.

5.5.2 Motorisierter Individualverkehr, MIV

Das Plangebiet wird von der Salzdahlumer Straße (L 630) aus über die Borsigstraße als Sammelstraße erschlossen.

5.5.3 Fuß- und Radverkehr

Der Geltungsbereich ist für Fußgänger und Radfahrer durch Gehweg und Radweg voll erschlossen.

5.6 Grünordnung, Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

Die grünordnerischen Festsetzungen werden ebenfalls im Wesentlichen aus den Festsetzungen des derzeitig rechtswirksamen Bebauungsplans übernommen unter Berücksichtigung des vorgelegten Freiflächenkonzepts.

Das Konzept sieht vor, dass die Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes AW 91 zum Pflanzgebot Nr. 4 unter Punkt V.4 der textlichen Festsetzungen entfallen, da auf diesen Flächen die Gebäudeerweiterungen bereits gebaut, bzw. geplant sind. Dagegen sollen nördlich und östlich des Marktes Pflanzbindungsflächen neu festgesetzt werden.

Diese Pflanzbindung sieht zum einen vor, die mit 9 gekennzeichneten Flächen entlang des Bahndammes mit einer dichten Gehölzstruktur weiter zu entwickeln. Bei den Ergänzungsflächen sind, wie schon in der mit 1 gekennzeichneten Fläche standortheimische Sträucher wie Haselnuss, Hartriegel, Weißdorn, Pfaffenhütchen zu pflanzen. Zusätzlich ist je 100 m² Bepflanzungsfläche ein standortheimischer, großkroniger Laubbaum wie Bergahorn oder Traubeneiche und ein mittelkroniger Laubbaum wie Eberesche oder Feldahorn zu pflanzen.
Bei Anordnung der großkronigen Laubbäume ist der Regelabstand von 8 m aufzunehmen. Die gesamte Fläche ist mit Efeu zu unterpflanzen.

Zusätzlich wird östlich der Anlieferung die mit 8 gekennzeichnete Fläche mit mindestens drei Stück Sträucher und mit bodendeckenden Gehölzen oder Stauden vollflächig zu begrünt. Der nördliche Bereich der Anlieferung ist für die Aufstellung einer Papierpresse einschließlich Zufahrt freigehalten wor-

den. Zur Erlangung der Baugenehmigung für die Umgestaltung des Rampenbereiches hat der Grundstückseigentümer bereits 2010 einen schmalen Grundstücksstreifen von der Stadt Braunschweig erworben.

Die Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes AW 91 zum dauerhaften Erhalt, zum Ersatz bei Abgang und zum Fertigstellung der Bepflanzung werden an die Änderungen des Bebauungsplans AW 109 angepasst.

Alle anderen grünordnerischen Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes AW 91 behalten ihre Gültigkeit.

5.7 Festsetzungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes

Diese Festsetzungen zum Immissionsschutz bleiben unverändert, da sie sich in der Vergangenheit zum Schutz der nachbarlichen Wohnbebauung bewährt haben.

5.8 Weitere technische Infrastruktur

Alle Versorgungen wie Trinkwasser, Strom und Gas und alle Entsorgungen wie Schmutzwasser, Niederschlagswasser und die Müllentsorgung verbleiben in Vereinbarungen wie im bisherigen, bestehenden Gebäude.

6 Gesamtabwägung

Die vorgesehene Planung ist mit einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung vereinbar. Insbesondere sind die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse, die Anforderungen an die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs im Wohnquartier sowie die Belange des Umweltschutzes im Rahmen der Planung miteinander gerecht abgewogen worden.

7 Zusammenstellung wesentlicher Daten

Sondergebietsfläche	0,67 ha
Änderungsbereich insgesamt	**0,67 ha**

8 Wesentliche Auswirkungen des Bebauungsplanes

8.1 Maßnahmen

Zur Umsetzung der Planung sind keine Regelungen des Grunderwerbs oder Erschließungsmaßnahmen erforderlich.

8.2 Kosten und Finanzierung

Die Kosten des Bebauungsplanverfahrens, sowie die Kosten der aus dem Bebauungsplan begründeten Maßnahmen übernimmt die Lidl Dienstleistung GmbH & Co. KG, vertreten durch die Lidl Vertriebs-GmbH & Co. KG, Claude-Breda-Straße 7, 06406 Bernburg/Saale.

Der Stadt Braunschweig entstehen daher keine weiteren Kosten.

Die Realisierung der Maßnahmen wird durch Festlegungen innerhalb des neuen bzw. geänderten Durchführungsvertrages gesichert.

9 Bodenordnende und sonstige Maßnahmen, für die der Bebauungsplan die Grundlage bilden soll

Bodenordnende Maßnahmen nach §§ 45 ff BauGB sind für den Bebauungsplan nicht erforderlich.

10 Außer Kraft tretende Bebauungspläne, Beseitigung des Rechtsscheines unwirksamer Pläne

Die vorliegende Bebauungsplanänderung AW 109 erfasst mit ihrem Geltungsbereich Teilflächen des rechtskräftigen Bebauungsplanes AW 91. Die bestehenden Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes AW 91 gelten fort, soweit sie nicht durch anders lautende Festsetzungen der vorliegenden Bebauungsplanänderung überlagert werden.

Stadt Braunschweig

Anlage 5b

Vorhabenbezogener Bebauungsplan
Lebensmittelmarkt Borsigstraße - 1. Änderung des AW 91 AW 109
UVP Vorprüfung

Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls über die Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP·Vorprüfung)

Vorbemerkungen

Mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan Lebensmittelmarkt Borsigstraße - 1. Änderung AW 91 - AW109 der Stadt Braunschweig wird die Erweiterung des bestehenden Lebensmittel - Einzelhandelsbetriebes mit einer Geschossfläche von 1.200 m² auf 1.500 m² vorbereitet.

Nach § 3 Abs. 1 des Niedersächsischen Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (NUVPG) ist für den genannten großflächigen Einzelhandelsbetrieb eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls durchzuführen (Anlage 1 Ziffer 13 NUVPG). Mit der Vorprüfung wird ermittelt, ob das ermöglichte Vorhaben (Verkaufsflächenerweiterung des Lebensmittelmarktes) gemäß Ziffer 13 des Anhangs Nr. 1 zum NUVPG einer Umweltverträglichkeitsprüfungs-Pflicht unterliegt. Bei der allgemeinen Vorprüfung sind die Kriterien nach Anlage 2 zum NUVPG zu erfüllen.

Die allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls ist auch entsprechend Anlage 1 Ziffer 18.6.2 zum UVPG durchzuführen.

Sofern die Vorprüfung ergibt, dass die Zulässigkeit von Vorhaben begründet wird, die einer Pflicht zur Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem UVPG oder Landesrecht unterliegen, ist die Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a Abs. 2 BauGB im weiteren Verfahren zum Bebauungsplan nicht möglich.

Die grundsätzlichen Voraussetzungen für das beschleunigte Verfahren entsprechend § 13a Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BauGB sind gegeben, weil der Bebauungsplan eine zulässige Grundfläche im Sinne des § 19 Abs. 2 der Baunutzungsverordnung (BauNVO) festsetzt und diese Grundfläche eine geringere Fläche als 20.000 m² aufweist. Beeinträchtigungen der Schutzgüter gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe b des Baugesetzbuchs (BauGB) bestehen nicht.

Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls

1. Merkmale des Vorhabens		
1.1	Größe des Vorhabens	Der Geltungsbereich des Bebauungsplans umfasst ca. 0,67 ha. Als Nutzung wird ein Sondergebiet mit einer GRZ von 0,5 festgesetzt. Eine Versiegelung für Gebäude und Stellplätze mit Zufahrten ist bis zu einer GRZ von 0,8 zulässig. Das entspricht einer Fläche von ca. 5.360 m². Das Vorhaben wird gemäß Anlage 2 zum NUVPG einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls unterzogen. Es handelt sich um einen Nahversorgungsmarkt mit einer Verkaufsfläche von derzeit ca. 950 m², dessen Verkaufsfläche auf 1.000 m² vergrößert werden soll.
1.2	Nutzung und Gestaltung von Wasser, Boden, Natur und Landschaft	Das Plangebiet liegt innerhalb eines Bebauungsplans gemäß § 30 BauBG. Im SO-Gebiet dürfen durch die Planung 80% der Flächen durch Gebäude, Stellplätze, Zufahrten und sonstige Verkehrsflächen versiegelt werden. Ein großer Teil der SO-Flächen ist bereits durch Gebäude, Stellplätze und Zufahrten in Anspruch genommen. An den Rändern des Plangebiets liegen schmale Grünstreifen: Zum einen direkt am Gebäude, zum anderen im Bereich des Bahndamms an einer stark befahrenen Strecke und schließlich entlang der stark befahrenen Salzdahlumer Straße.
1.3	Abfall- und Abwassererzeugung	Eine erhöhte Abfallerzeugung ist nicht zu erwarten. Die Abfallentsorgung ist gesetzlich geregelt. Abwasser wird durch die vorhandenen Leitungen entsorgt. Regenwasser wird in die bestehende Kanalisation eingeleitet.
1.4	Umweltverschmutzung und Belästigungen	Besondere Umweltverschmutzungen, die auf die Naturhaushaltsfaktoren negativ wirken, sind nicht zu erwarten. Die Immissionsrichtwerte der TA Lärm für allgemeine Wohngebiete müssen an allen Immissionsorten in der Umgebung des SO-Gebietes eingehalten werden. Weitergehende Festsetzungen zum Schallschutz müssen im Änderungsbereich des Bebauungsplans nicht getroffen werden.
1.5	Unfallrisiko, insbesondere mit Blick auf verwendete Stoffe und Technologien	Ein erhöhtes Unfallrisiko ist nicht zu erwarten.

2. Standort des Vorhabens		
2.1	Bestehende Nutzung des Gebietes, insbesondere als Fläche für Siedlung und Erholung, für land-, forst-, und fischereiwirtschaftliche Nutzungen, für sonstige wirtschaftliche und öffentliche Nutzungen, Verkehr, Ver- und Entsorgung (Nutzungskriterien)	Der bestehende Nahversorgungsmarkt mit einer derzeitigen Verkaufsfläche (VKF) von ca. 950 m² soll auf eine Verkaufsfläche (VKF) von maximal 1.000 m² erweitert werden. Der Lebensmittelmarkt wird in westlicher Richtung erweitert. Die Erweiterungsfläche wird derzeit vorwiegend als versiegelte Stellplatzfläche genutzt.
2.2	Reichtum, Qualität und Regenerationsfähigkeit von Wasser, Boden, Natur und Landschaft des Gebietes (Qualitätskriterien)	**Boden** Das Plangebiet liegt im Niedersächsischen Tektogen, einem Randbecken der Norddeutschen Senke. Angesichts der gegenwärtigen Nutzung und Versiegelung ist nicht von einer Beeinträchtigung des Bodenlebens und des Grundwassers auszugehen. Konkrete Altablagerungen sind auf der Eingriffsfläche nicht bekannt. Aufgrund der vorhandenen Nutzung und Versiegelung ist der Standort hinsichtlich des Funktionselementes Boden von geringer Bedeutung. **Wasser** Es sind weder Oberflächengewässer noch ein Wasserschutzgebiet betroffen. In den intensiv genutzten Bereichen ist wegen der teilweise vorhandenen Versiegelung (Stellplätze, Bebauung) nur zum Teil eine erhebliche Beeinträchtigung des oberflächennahen Grundwassers durch Schadstoffeintrag anzunehmen. Das Grundwasser wird also insgesamt als wenig beeinträchtigt eingeschätzt. Der Standort hat für den Funktionsbereich Wasser nur eine geringe Bedeutung. **Luft und Klima** Die Stadtklimaanalyse Braunschweig von 2012 stuft das Planungsgebiet als stark belasteten, verdichteten Siedlungsbereich ein. Durch das Vorhaben entstehen gegenüber der heutigen Situation keine zusätzlichen Belastungen. **Orts- und Landschaftsbild** Da der Planbereich innerörtlich liegt, hat er keine Bedeutung für das Landschaftsbild. Kulturgüter im Sinne ausgewiesener Kultur- oder Bodendenkmale sind im Planungsgebiet nicht vorhanden. Das Niedersächsische Landesamt für Denkmalpflege teilte mit, dass im Geltungsbereich nach jetzigem Kenntnisstand keine archäologischen Belange berührt werden. Gemäß § 14 Nds. Denkmalschutzgesetz sind Bodenfunde, bei denen Anlass zu der Annahme gegeben ist, dass sie Kulturdenkmale sind, unverzüglich einer Denkmalbehörde, der Gemeinde oder einem Beauftragten für die archäologische Denkmalpflege anzuzeigen.

		Das Verzeichnis der Baudenkmale nach § 4 Nds. Denkmalschutzgesetz (Stand Juni 2015) beinhaltet im Geltungsbereich keine Einträge. Unmittelbar nordwestlich schließt jedoch die Eisenbahnbrücke über die Salzdahlumer Straße mit ihren Flügelmauern an. Bei dieser handelt es sich um ein eingetragenes Einzeldenkmal nach § 3.2 NDSchG. Beeinträchtigungen des Baudenkmals durch Bauteile wie Werbeanlagen, Stellplätze etc. sind wegen der bereits getroffenen Festsetzungen im rechtskräftigen Plan nicht mehr zu erwarten. **Arten und Lebensgemeinschaften / Vegetation** Am Standort sind keine besonders schützenswerten Strukturen betroffen. Es befinden sich keine Naturdenkmäler auf den Flächen, auch sind keine geschützten Objekte oder geschützten Gebiete im Sinne des Naturschutzrechts durch die Planung betroffen. Es besteht aufgrund der vorhandenen Nutzung und Bebauung sowie der Lage im Ortsgefüge kein Verdacht auf einen besonderen Untersuchungsbedarf für geschützte Arten. Der Biotopbestand im Bebauungsplangebiet ist als Sl (Nicht zu Wohnzwecken dienende Bebauung) zu bezeichnen. Wegen der Ausprägung und dem überwiegend geringen Alter der Vegetation sowie der anthropogenen Einflüsse wird der unversiegelte Bestand als Biotop von allgemeiner Bedeutung mit - aufgrund der geringen Größe und der Lage im Siedlungsgefüge - geringem Entwicklungspotenzial angesehen.

2.3 Schutzkriterien		
2.3.1	Bekannt gemachte FFH- oder EU-Vogelschutzgebiete gem. §10 Abs. 6 Nr1. BNatSchG bzw. Vorschlaggebiete	Nicht betroffen
2.3.2	Naturschutzgebiete gemäß § 13 LNatSchG	Nicht betroffen
2.3.3	Nationalparke gemäß § 16 LNatSchG	Nicht betroffen
2.3.4	Biosphärenreservate gemäß § 25 BNatSchG und §14 LNatSchG sowie Landschaftsschutzgebiete gemäß §15 LNatSchG	Nicht betroffen
2.3.5	Besonders geschützte Biotope gemäß § 21 LNatSchG	Nicht betroffen

2.3.6	Wasserschutzgebiete gemäß § 4 LWG sowie Überschwemmungsgebiete gemäß §57 LWG	Nicht betroffen
2.3.6a	Heilquellenschutzgebiete	Nicht betroffen
2.3.7	Gebiete, in denen die in den Gemeinschaftsvorschriften festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind: Rahmenrichtlinie Luft (96/92 EG), Wasserrahmenrichtlinie (2000/60/EG)	Nicht betroffen
2.3.8	Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte, insbesondere Zentrale Orte und Siedlungsschwerpunkte in verdichteten Räumen im Sinne des § 2 Abs. 2 Nr. 2 des Raumordnungsgesetzes	Das Plangebiet liegt im stark verdichteten Siedlungsbereich des Oberzentrums Stadt Braunschweig
	Werden eventuell Entwicklungsmöglichkeiten von Siedlungen eingeschränkt?	Nein
2.3.9	In amtlichen Listen oder Karten verzeichnete Denkmale, Denkmalensembles, Bodendenkmale	Kulturgüter im Sinne ausgewiesener Kultur- oder Bodendenkmale sind im Planungsgebiet nicht vorhanden. In nordwestlicher Nachbarschaft schließt die Eisenbahnbrücke über die Salzdahlumer Straße mit ihren Flügelmauern an. Bei dieser handelt es sich um ein eingetragenes Einzeldenkmal nach § 3.2 NDSchG. Beeinträchtigungen des Baudenkmals durch Bauteile wie Werbeanlagen, Stellplätze etc. sind wegen der bereits getroffenen Festsetzungen im rechtskräftigen Plan nicht mehr zu erwarten.

3. Merkmale der möglichen Auswirkungen		
3.1	Ausmaß der Auswirkungen (geographisches Gebiet und betroffene Bevölkerung)	Die Bodenversiegelung betrifft den Standort des Einzelhandels-Vorhabens im SO-Gebiet; eine Veränderung der Beeinträchtigungen durch Kunden- und Lieferverkehr und dem damit verbundenen Lärm in der Borsigtraße sowie auf den benachbarten Grundstücksflächen ist nicht zu erwarten.
3.2	Grenzüberschreitender Charakter der Auswirkungen	Nein
3.3	Schwere und Komplexität der Auswirkungen	Aufgrund der vergleichsweise geringen Größe des Einzelhandels-Vorhabens sowie der vorhandenen Vorbelastung (bestehende Bebauung und Versiegelung, geringe Naturnähe der Biotope) kommt es nicht zu Auswirkungen mit besonderer Schwere. Eine besondere Komplexität der Auswirkungen, z. B. durch Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern, ist nicht zu erkennen.

3.4	Wahrscheinlichkeit der Auswirkungen	Eine geringfügig höhere Versiegelung wird eintreten, sodass auch von Auswirkungen auf eine leicht verminderte Grundwasserneubildung und von einer Einschränkung der Bodenfunktionen ausgegangen werden kann. Es bestehen keine Hinweise auf gefährdete Arten. Da keine Biotope mit besonderer Bedeutung vorhanden sind, ist auch nur von einer geringen Wahrscheinlichkeit des Vorkommens gefährdeter Arten auszugehen.
3.5	Dauer, Häufigkeit und Reversibilität der Auswirkungen	Da die Versiegelung dauerhaft ist, werden auch die verminderte Grundwasserneubildung sowie die Einschränkung der Bodenfunktionen dauerhaft als Auswirkungen der Planung bestehen bleiben.

Fazit und Ergebnis der UVP-Vorprüfung

Die Erweiterung des Einzelhandelsbetriebs im Sondergebiet des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Erweiterung Lebensmittelmarkt 1. Änderung AW 91 – AW 109 der Stadt Braunschweig ist mit Umweltauswirkungen auf den Menschen, den Boden und das Grundwasser verbunden.

Das Schutzgut **Mensch** ist in erster Linie durch Lärm betroffen, der in Verbindung mit dem Kunden- und Anlieferverkehr entsteht. Eine Vorbelastung ist bereits durch die bestehenden Parkplätze und Anlieferungen vorhanden. Hier ist davon auszugehen, dass die Schutzansprüche der angrenzenden Wohnnutzungen auch nach der Erweiterung eingehalten werden können.

Die Schutzgüter **Boden und Grundwasser** sind durch die zusätzlich ermöglichte Versiegelung betroffen. Die Grundwasserneubildung wird gesenkt, die Bodenfunktionen gestört. Für das Sondergebiet kann auf der Grundlage des Bebauungsplans eine Versiegelung durch das Gebäude und durch die Verkehrsflächen von 80% angesetzt werden. Heute beträgt der Versiegelungsgrad durch das bestehende Gebäude und den vorhandenen Parkplatz rund 77 %. Mit der zusätzlich ermöglichten Versiegelung von ca. 3 % im Sondergebiet ist der Umfang dieser Beeinträchtigungen relativ geringfügig. Es ist nicht von einer besonderen Schwere auszugehen.

Erhebliche Auswirkungen auf **Tiere und Pflanzen** sind nur mit sehr geringer Wahrscheinlichkeit anzunehmen. Denn Biotoptypen mit besonderer Bedeutung sind nicht vorhanden, auch besteht kein Verdacht auf das Vorkommen geschützter Arten. Schutzgebiete sind nicht betroffen.

Das **Ortsbild** ist nicht unmittelbar betroffen. Der denkmalpflegerische Interessenbereich wird durch die Erweiterung nicht berührt. Es kommt somit nicht zu erheblichen Auswirkungen auf das Landschaftsbild oder auf Kulturgüter.

Insgesamt ist das Risiko für die Betroffenheit der Umweltbelange als vergleichsweise gering einzuschätzen. Daher ist eine UVP-Pflicht für das Einzelhandelsvorhaben im Ergebnis dieser Vorprüfung nicht festzustellen. Es besteht keine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach Bundes- oder Landesrecht, da keine Anhaltspunkte für eine erhebliche Beeinträchtigung der Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB bestehen.

Das beschleunigte Verfahren entsprechend § 13a BauGB kann durchgeführt werden.

Stadt Braunschweig

Anlage 6
Stand: 04.02.2016

Vorhabenbezogener Bebauungsplan
Lebensmittelmarkt Borsigstraße - 1. Änderung des AW 91 AW 109
Behandlung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Beteiligung gemäß § 4 (2) BauGB vom 15.06.2015 bis 15.07.2015

Stellungnahmen, die ausschließlich beinhalten, dass der Planung zugestimmt wird oder keine Bedenken bestehen, werden nicht wiedergegeben.

IHK Braunschweig Schreiben vom 15.06.2015	**Stellungnahme der Verwaltung**
Von unserer Seite bestehen gegen das o.g. Vorhaben im Grundsatz keine Bedenken. Allerdings halten wir die Sätze 2 und 3 der Textfestsetzung 11.2 für nicht hinreichend bestimmt. So ist für den Lebensmittelmarkt an der Borsigstraße nicht ersichtlich, welche Sortimente dessen Rand- bzw. dessen Freisortiment zuzuordnen sind. Dieser Mangel sollte im weiteren Planungsverlauf behoben werden. Dies kann zum einen durch die Definition der in das Rand- bzw. in das Freisortiment einzuordnenden Sortimente geschehen. Zum anderen wäre aber auch eine einfache Unterscheidung in das Lebensmittelsortiment und das Nicht- Lebensmittelsortiment möglich. Um den Lebensmittel- und Nahversorgungscharakter des Marktes zu unterstreichen, sollte der Mindestanteil des Lebensmittelsortiments dabei auf 75% bis 80% der Verkaufsfläche festgesetzt werden.	Die Rand- und Freisortimente sind im rechtskräftigen Bebauungsplan AW 91 eindeutig festgelegt. In der Vergangenheit ist es zu keinen Problemen mit den bestehenden Festsetzungen gekommen. Den Randsortimenten werden danach Drogerieartikel und Haushaltswaren zugeordnet. Das Warenangebot des Freisortimentes ist im AW 91 nicht näher spezifiziert. Das Freisortiment soll auf insgesamt 5 % der maximalen Verkaufsfläche zulässig sein (ca. 50 m²), so dass es in dem Zusammenhang nicht zu Fehlentwicklungen kommen kann. Darüber hinaus entspricht sowohl das bestehende als auch das geplante Maß der baulichen Nutzung für die Rand- und Freisortimente dem von der IHK vorgeschlagenen Mindestanteil des Lebensmittelsortiments von 75%.
	Vorschlag der Verwaltung: **Den Anregungen wird nicht gefolgt.**

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

16-01614
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Interkommunales Gewerbe-/Industriegebiet Stiddien-Beddingen der Städte Braunschweig und Salzgitter Grundsatzbeschluss

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat III 61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz	01.04.2016

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 222 Timmerlah-Geitelde-Stiddien (Vorberatung)	07.04.2016	Ö
Wirtschaftsausschuss (Vorberatung)	08.04.2016	Ö
Planungs- und Umweltausschuss (Vorberatung)	20.04.2016	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	26.04.2016	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	03.05.2016	Ö

Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt, für das in der Anlage dargestellte Gebiet zusammen mit der Verwaltung der Stadt Salzgitter die Entwicklung eines interkommunalen Gewerbe- bzw. Industriegebietes zu prüfen.

Als erster Schritt der Planung ist durch die Verwaltungen eine Machbarkeitsuntersuchung mit Planungsalternativen inkl. Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zu erarbeiten, die den Räten der beiden Städte jeweils zur Entscheidung vorzulegen ist.“

Sachverhalt:

Ausgangslage
Der Bereich nördlich der A 39 an der Stadtgrenze zwischen Braunschweig und Salzgitter stellt die nahezu einzige räumliche Möglichkeit dar, im dicht besiedelten Oberzentrum Braunschweig, neue Industrieflächen zu schaffen, da zwischen der nächsten Wohnbebauung und einem Industriegebiet aus Immissionsschutzgründen größere Abstände einzuhalten sind. Auch in der Stadt Salzgitter gibt es neben dem Bereich Watenstedt nur wenige Räume, wo neue Industrieflächen in größerem Umfang entstehen könnten. Diese bislang nicht bebauten und nicht beplanten Flächen mit einer Größe von insgesamt ca. 300 ha stellen das größte Flächenpotenzial für gewerbliche/industrielle Nutzung in Braunschweig und in Salzgitter dar. Hiervon entfallen ca. 176 ha auf das Gebiet der Stadt Salzgitter und ca. 124 ha auf das Gebiet der Stadt Braunschweig. Stadtstrukturell würde dieses Vorhaben die vorhandene gewerblich-industrielle Siedlungsachse östlich des Stichkanals Salzgitter sinnvoll nach Norden ergänzen.

Im Dezember 2015 haben die Oberbürgermeister der Städte Salzgitter und Braunschweig ihr gemeinsames Interesse an der Entwicklung dieses interkommunalen Gewerbe- bzw. Industriegebietes bekundet und verabredet, dass eine gemeinsame Vorlage in die jeweiligen politischen Gremien eingebracht wird, mit dem Ziel, die Machbarkeit für die Umsetzung eines interkommunalen Gewerbe/Industriegebietes Brauschweig-Salzgitter zu prüfen.

Planungsrecht
Im Regionalplan sind die Flächen als Gewerbe- und Industrieflächen dargestellt.
Die Flächennutzungspläne der Städte Salzgitter und Braunschweig stellen im Bereich Stiddien-Beddingen nördlich der Anschlussstelle SZ-Thiede der A 39 gewerbliche Bauflächen dar. Bebauungspläne existieren nicht.

Der Rat der Stadt Braunschweig hatte 2005 eine Vorkaufssatzung für den Braunschweiger Teil des potenziellen GE/GI-Gebietes beschlossen mit dem Ziel, den Eigentumsanteil der Stadt zu erhöhen.

Nachfrage und liegenschaftliche Situation
Derzeit verfügt die Stadt Braunschweig über wenig freie Industrieflächen bei stetiger Nachfrage. In Salzgitter besteht eine große Nachfrage nach weiteren Industrieflächen, insbesondere solchen, die einen 24-Stunden-Betrieb zulassen. Die Grundstücksgesellschaft der Stadt Braunschweig verfügt über beträchtliches Grundeigentum im Hoheitsgebiet der Stadt Braunschweig. Auf dem Gebiet der Stadt Salzgitter ist ein großer Teil der Flächen im städtischen Besitz. Grunderwerb müsste für die weiteren Flächen erfolgen.

Verkehrliche Erschließung
Die verkehrliche Anbindung ist mit der A 39, dem Verschiebebahnhof Beddingen, dem Hafen Beddingen sowie dem Güterverkehrszentrum Salzgitter nahezu ideal. Die Fläche ist allerdings nur über das Stadtgebiet von Salzgitter verkehrlich sinnvoll zu erschließen (Anbindung an die A 39). Die Erschließung des Braunschweiger Flächenteils ist dagegen für sich wirtschaftlich nicht zu bewerkstelligen.

Planerische Ersteinschätzung
Die enormen Flächenreserven dieses potenziellen Baugebietes bieten große Chancen, eine breite Nutzungspalette gewerblicher und industrieller Nutzungen zu ermöglichen. Die verkehrliche Anbindungen sowie die liegenschaftlichen Voraussetzungen sind gut. Bei entsprechender Berücksichtigung empfindlicher Bereiche besteht die Chance, naturschutzfachliche Belange wenig zu beeinträchtigen.

Vorteile einer interkommunalen Zusammenarbeit
Generell ist eine abgestimmte Vorgehensweise zur Entwicklung eines gemeinsamen statt zweier unabhängiger Gewerbegebiete vorzuziehen. So können Reibungsverluste sowie Flächenkonkurrenzen begrenzt werden. Gemeinsam lassen sich in der Planungsphase besser und kostengünstiger Gutachten bzw. die Gesamtplanung vergeben sowie eine sinnvollere Gesamtordnung der baulichen und sonstigen Nutzungen realisieren. In Anbetracht der Größenordnung des Gebietes wird es konzeptionell sinnvoll sein, unterschiedliche Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen verschiedener Größenordnungen und Branchenzugehörigkeit festzulegen.

Auch in der Realisierungsphase lassen sich Vorteile generieren, sei es beim gemeinsamen Marketing, der verkehrlichen Erschließung, bei der Steuerung der Ansiedlung von Betrieben nach Branchenzugehörigkeit (Clusterung) und bei der Einrichtung notwendiger Infrastrukturen, die sich in einem großen Gebiet besser finanziell tragen.

Weiteres Vorgehen

Erhalten die beiden Verwaltungen den politischen Auftrag, die Planung aufzunehmen, wird vorgeschlagen, eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit Mitgliedern beider Verwaltungen zu gründen. Aufgabe dieser AG ist es, eine Machbarkeitsstudie für dieses Gebiet vorzulegen mit mindestens folgenden Inhalten:

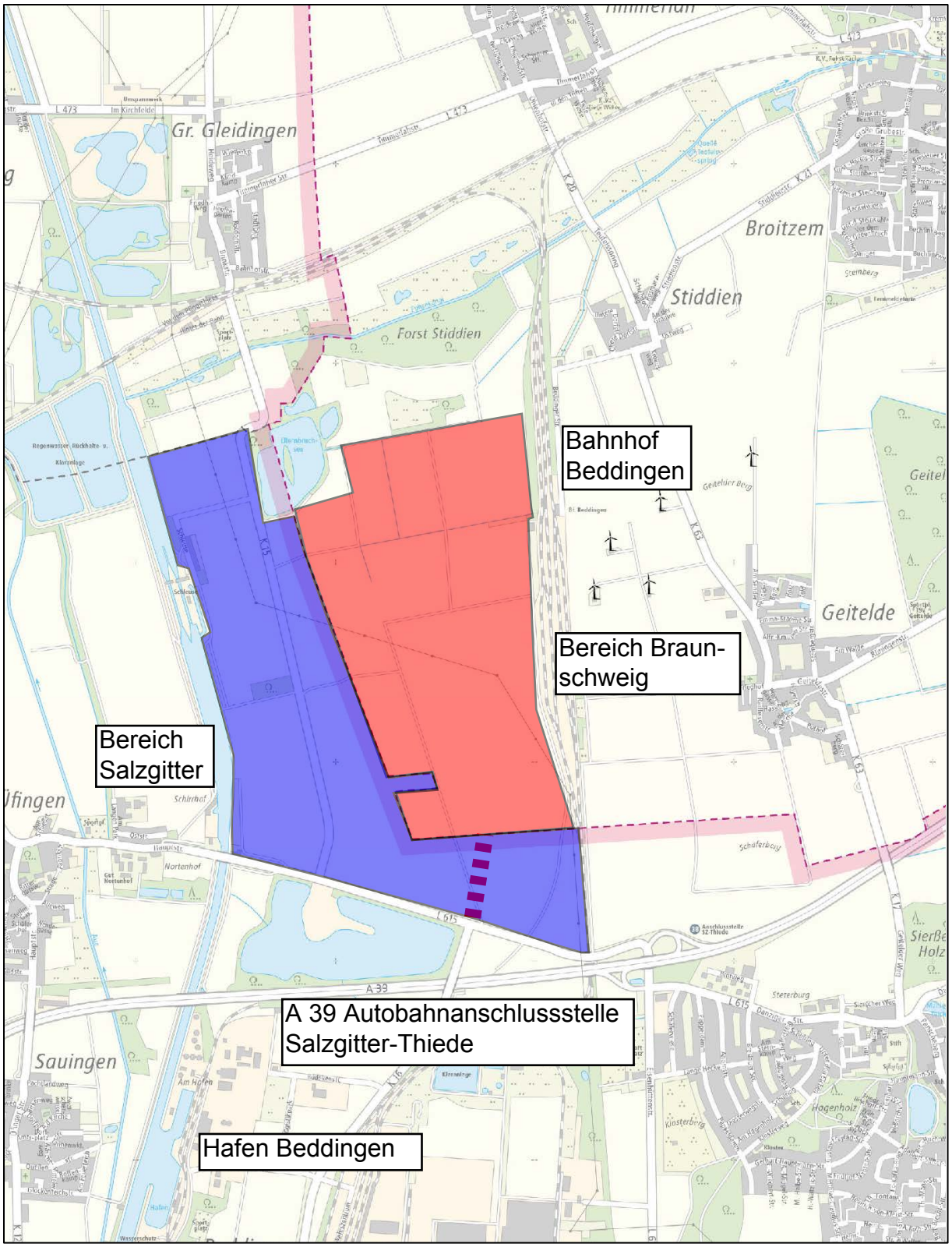
- Beschreibung der Planungsziele
- Namensfindung und Kommunikation

- Analyse der standörtlichen Rahmenbedingungen und Konkurrenzflächen im näheren und weiteren Umfeld sowie der Nachfragetrends und zielgruppenspezifischen Ansiedlungspotenziale
- Festlegung der Geltungsbereiche für das interkommunale Gewerbe-/Industriegebiet
- Identifizierung notwendiger Gutachten und Planungsumfänge und der daraus resultierenden Kosten
- Organisatorisches Modell für die Planungsphase (Arbeitsgruppe, Lenkungsgruppe, Vergabe von Gutachten, Erstellung von Berichten, Pressemitteilungen, Öffentlichkeitsarbeit, Aufteilung der Planungskosten)
- Bewertung von Planungsalternativen
- Wirtschaftlichkeitsbetrachtung
- Zeitplanung und Kostenplanung gem. Phasenmodell; Phase I: Machbarkeit und Planreife, II: Ankauf der Grundstücke, III: Erschließung, IV: Vermarktung und Verkauf.
- Prüfung von Möglichkeiten zur interkommunalen Kooperation und Vermarktung

Leuer

Anlage
Lageplan

Interkommunales Gewerbe- und Industriegebiet Stiddien-Beddingen



Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

16-01614-01
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Ergänzung zur Beschlussvorlage Interkommunales Gewerbe-/Industriegebiet Stiddien-Beddingen der Städte Braunschweig und Salzgitter Grundsatzbeschluss

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat III 61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz	21.04.2016

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Planungs- und Umweltausschuss (Vorberatung)	20.04.2016	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	26.04.2016	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	03.05.2016	Ö

Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt, für das in der Anlage dargestellte Gebiet zusammen mit der Verwaltung der Stadt Salzgitter die Entwicklung eines interkommunalen Gewerbe- bzw. Industriegebietes zu prüfen.

Als erster Schritt der Planung ist durch die Verwaltung eine Machbarkeitsuntersuchung mit Planungsalternativen inkl. Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zu erarbeiten, die den Räten der beiden Städte jeweils zur Entscheidung vorzulegen ist.“

Sachverhalt:

Die genannte Vorlage wurde in der Sitzung des Stadtbezirksrates 222 Timmerlah-Geitelde-Stiddien am 7. April 2016 beraten. Einige von der Planung betroffene Landwirte hatten sich in einem Schreiben an alle Mitglieder des Stadtbezirksrates 222 gewandt mit ihrer Sorge, dass durch die Realisierung eines Baugebietes die landwirtschaftliche Nutzung zukünftig nicht mehr wirtschaftlich möglich sein werde. Im Ergebnis sind die Eigentümer von über 70 ha Flächen nicht bereit, ihre landwirtschaftlich genutzten Flächen für eine Nutzungsänderung zur Verfügung zu stellen. 33 ha der potentiellen Bauflächen befinden sich im Eigentum der Stadt Braunschweig bzw. der GGB.

Im Rahmen der Bezirksratssitzung und auch in der eingeschobenen Bürgerfragestunde wurde dieses Themenfeld breit diskutiert. Im Ergebnis hat der Stadtbezirksrat folgenden abweichenden Beschluss gefasst:

„Die Verwaltung wird beauftragt, für das in der Anlage dargestellte Gebiet zusammen mit der Verwaltung der Stadt Salzgitter die Entwicklung eines interkommunalen Gewerbe- bzw. Industriegebietes zu prüfen.

Als erster Schritt im Rahmen der Machbarkeitsstudie ist durch die Stadt Braunschweig mit den Eigentümern der Flächen zu verhandeln, bevor für weitere Anteile der Machbarkeitsstudie Mittel verausgabt werden.“

Die Verwaltung spricht sich dafür aus, am ursprünglichen Beschluss festzuhalten und die Machbarkeitsstudie nicht in zwei Teile aufzuteilen und damit die Eigentümerbelange isoliert zu betrachten.

Das vom Stadtbezirksrat vorgeschlagene Vorgehen würde mehr Zeit in Anspruch nehmen und auch nicht sachgerecht sein, da im Zuge einer Machbarkeitsstudie alle Belange integral betrachtet werden müssen und tragfähige Lösungsvorschläge auch nur durch diese integrale Betrachtungsweise entwickelt werden können.

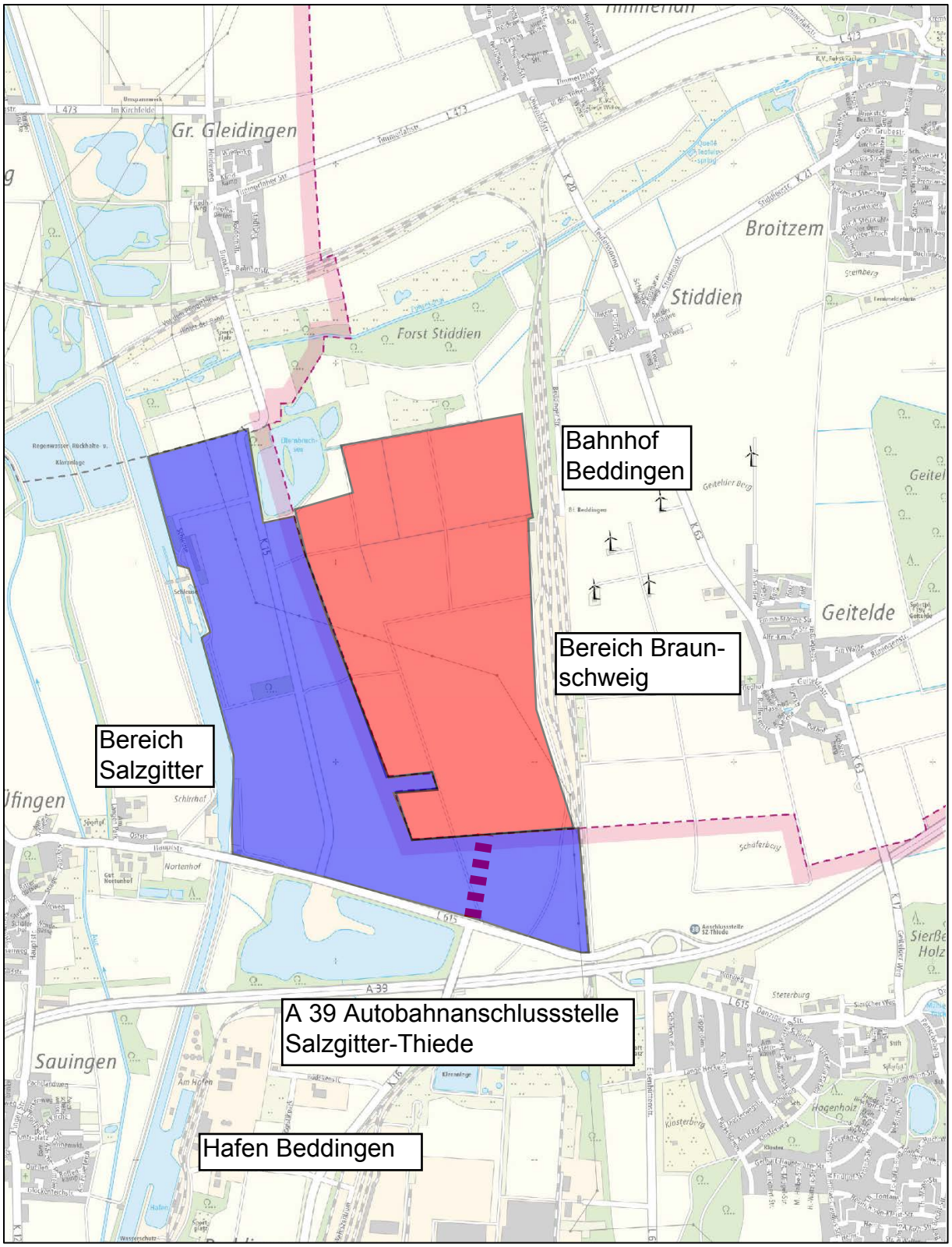
Sobald der politische Auftrag, die Machbarkeitsstudie durchzuführen, erteilt ist, wird die Stadtverwaltung parallel zur Machbarkeitsstudie die Verhandlungen mit den dortigen Eigentümern aufnehmen.

Leuer

Anlage/n:

Lageplan

Interkommunales Gewerbe- und Industriegebiet Stiddien-Beddingen



Absender:
Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt

16-02154
Antrag (öffentlich)

Betreff:
Änderungsantrag zu 16-01614 Interkommunales Gewerbe-/Industriegebiet Stiddien-Beddingen der Städte Braunschweig und Salzgitter Grundsatzbeschluss

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	28.04.2016

Beratungsfolge:		*Status*
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	03.05.2016	Ö

Beschlussvorschlag:
„Die Verwaltung wird beauftragt, für das in der Anlage dargestellte Gebiet zusammen mit der Verwaltung der Stadt Salzgitter die Entwicklung eines interkommunalen Gewerbe- bzw. Industriegebietes zu prüfen. **Bestandteil der Prüfung soll der Ausschluss von Ansiedlungen sein, die im Zusammenhang mit der geplanten Aufbereitung und/oder Lagerung von atomaren Abfällen in Schacht Konrad stehen.**

Als erster Schritt der Planung ist durch die Verwaltungen eine Machbarkeitsuntersuchung mit Planungsalternativen inkl. Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zu erarbeiten, die den Räten der beiden Städte jeweils zur Entscheidung vorzulegen ist.“

Sachverhalt:
Begründung erfolgt mündlich

Anlagen:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

16-02154-01
Stellungnahme
öffentlich

Betreff:
Änderungsantrag zu 16-01614 Interkommunales Gewerbe-/Industriegebiet Stiddien-Beddingen der Städte Braunschweig und Salzgitter Grundsatzbeschluss

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat III 61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz	03.05.2016

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Rat der Stadt Braunschweig (zur Kenntnis)	03.05.2016	Ö

Sachverhalt:
Zum Antrag der Fraktion die LINKE vom 28.04.2016 (16-2154) wird wie folgt Stellung genommen:

Die Planung für das potentielle Interkommunale Gewerbe-/Industriegebiet Braunschweig soll mit einer Machbarkeitsstudie beginnen. Ziel der Planung ist, gewerbliche und industrielle Baufläche für unterschiedliche Betriebszwecke planungsrechtlich festzusetzen. Im Rahmen der Machbarkeitsstudie werden alle abwägungserheblichen Belange erhoben, um dann im späteren Bauleitplanverfahren diese Belange gerecht gegen- und untereinander abwägen und daraus eine in sich stimmige planerische Konzeption entwickeln zu können.

Die Verwaltung plädiert dafür, alle Belange erst einmal zu ermitteln, um darauf aufbauend eine sachgerechte, faktenbasierte Aussage treffen zu können, in welchen Bereichen gewerbliche Nutzung und in welchen Bereichen industrielle Nutzung vorgeschlagen werden kann. Im Bebauungsplan wird dann auch im Detail festzusetzen sein, welche Betriebsarten in den jeweiligen Bauflächen zulässig sein sollen, also auch, ob Betriebe, die im Zusammenhang mit der geplanten Aufbereitung und/oder Lagerung von atomaren Abfällen im Schacht Konrad stehen, zulässig sind oder ausgeschlossen werden müssen. Erst zu diesem Zeitpunkt kann dies verantwortlich festgelegt werden.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die Städte und Gemeinden zwar die Planungshoheit haben und Planungsziele selbst definieren dürfen. Es gibt aber diesbezüglich rechtliche Grenzen, die die Gemeinden und Städte beachten müssen. So sind Verhinderungsplanungen, die nur dem Zweck dienen, eine Nutzung zu verhindern, nicht durch die Planungshoheit gedeckt. Ein grundsätzlicher Ausschluss einer Nutzung aus politischen Gründen ist rechtlich nicht haltbar, vielmehr kann ein Auschluss nur auf der Grundlage städtebaulicher Gründe erfolgen (beispielsweise einzuhaltende Abstände augrund rechtlicher Regelungen).

Leuer

Anlage/n:

keine

Absender:
SPD-Fraktion im Rat der Stadt

16-02171
Antrag (öffentlich)

Betreff:
Änderungsantrag zu 16-01614 Interkommunales Gewerbe-/Industriegebiet Stiddien-Beddingen der Städte Braunschweig und Salzgitter Grundsatzbeschluss

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	03.05.2016

Beratungsfolge:		*Status*
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	03.05.2016	Ö

Beschlussvorschlag:
"Die Verwaltung wird beauftragt, für das in der Anlage dargestellte Gebiet zusammen mit der Verwaltung der Stadt Salzgitter die Entwicklung eines interkommunalen Gewerbe- bzw. Industriegebietes zu prüfen.

Als erster Schritt der Planung ist durch die Verwaltungen eine Machbarkeitsuntersuchung mit Planungsalternativen inkl. Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zu erarbeiten, die den Räten der beiden Städte jeweils zur Entscheidung vorzulegen ist.

Der Ausschluss von Ansiedlungen, die im Zusammenhang mit der geplanten Aufbereitung und/oder Lagerung von atomaren Abfällen in Schacht Konrad stehen, wird im Rahmen der Machbarkeitsstudie untersucht."

Sachverhalt:
Begründung erfolgt mündlich.

Anlagen:
Keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

16-01721
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Gewerbeflächenentwicklungskonzept Braunschweig

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat III 61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz	04.04.2016

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Wirtschaftsausschuss (Vorberatung)	08.04.2016	Ö
Planungs- und Umweltausschuss (Vorberatung)	20.04.2016	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	26.04.2016	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	03.05.2016	Ö

Beschluss:
„Das vorliegende Gewerbeflächenentwicklungskonzept wird beschlossen."

Die Beschlusskompetenz des Rates ergibt sich aus § 58 Abs. 1 NKomVG, wonach ausschließlich der Rat über grundlegende Ziele der Entwicklung der Kommune entscheidet.

Gewerbeflächenbereitstellung ist wichtige städtische Aufgabe der Daseinsvorsorge.

Eine der wichtigsten städtischen Aufgaben im Rahmen der Daseinsvorsorge ist, Gewerbeflächen für Arbeitsstätten vorzuhalten. Geeignete Flächen werden in der Regel von der Stadt gekauft. Für diese Flächen wird Planungsrecht geschaffen und die Flächen werden zielgerichtet an die passenden Betriebe vermittelt bzw. verkauft. Anlass für eine Neuorientierung in diesem wichtigen Handlungsfeld ist die Tatsache, dass die Stadt Braunschweig zurzeit nicht allen Ansiedlungswünschen genügen kann. Die Stadt stößt an ihre Grenzen. Mit der beigefügten Ausarbeitung wird erstmalig ein umfassendes strategisches Gesamtkonzept der Stadt in diesem Themenfeld vorgelegt. Ziel ist, liegenschaftliche, stadtplanerische und Belange der Wirtschaftsförderung in ein sinnvolles Gesamtsystem zu bringen und Handlungsperspektiven für die Zukunft aufzuzeigen.

Gewerbeflächen in Braunschweig – derzeitiges Angebot und Nachfrage

Die aktuelle Situation hinsichtlich städtischer Gewerbeflächenreserven im Stadtgebiet Braunschweig stellt sich mittlerweile als zunehmend problematisch dar. Bedingt durch zahlreiche Verkäufe von Grundstücken in den letzten Jahren gibt es nur noch wenige kommunale Restflächen für die freie Vermarktung. Zwar gibt es im Bereich des Gewerbe- bzw. Industriegebietes Waller See noch unbebaute Flächen, die jedoch zu großen Teilen (ca. 52 ha) durch Nutzungsoptionen gebunden sind und somit de facto derzeit nicht zur Verfügung stehen. Insgesamt belaufen sich die frei verfügbaren Flächenreserven der Stadt Braunschweig im Bereich Waller See und Rautheim-Nord auf ca. 2 ha Flächen.

Strategische Ziele bis 2030

Die strategischen Ziele ergeben sich aus der Anlage. Als generelle Strategie wird vorgeschlagen, sowohl urbane, gemischt genutzte Standorte für wissensbasierte Betriebe als auch traditionelle Gewerbe- bzw. Industriegebiete in der Stadt zu realisieren.

Interkommunales Gewerbegebiet mit Salzgitter

Im Dezember 2015 haben die Oberbürgermeister der Städte Salzgitter und Braunschweig ihr gemeinsames Interesse an der Entwicklung eines interkommunalen Gewerbe- bzw. Industriegebietes Braunschweig-Salzgitter im Bereich Stiddien-Beddingen bekundet.

Als nächster Schritt werden die jeweiligen politischen Gremien über das Vorhaben informiert (siehe gesonderte Vorlage). Die Vorlage ist eng mit der Stadt Salzgitter abgestimmt worden.

Funktion des Konzeptes und weiteres Vorgehen

Das Konzept erfüllt - analog zum bereits beschlossenen Wohraumversorgungskonzept der Stadt Braunschweig - verschiedene Funktionen:

1. Das Konzept gibt eine grundsätzliche strategische Orientierung für das Verwaltungshandeln und die politische Willensbildung des Rates.
2. Mit der aufgezeigten Strategie bereitet das Konzept die notwendige Basis, um mit den einschlägigen Akteuren handhabbare Maßnahmen und Handlungsvorschläge zu erarbeiten.
3. Das Konzept und die daraus entwickelten Handlungsvorschläge sind ein wichtiger sektoraler Baustein für das Integrierte Stadtentwicklungkonzept.
4. Die Einwerbung von Fördermitteln wird erleichtert, da bei verschiedenen Förderkulissen strategische Konzepte eingefordert werden.

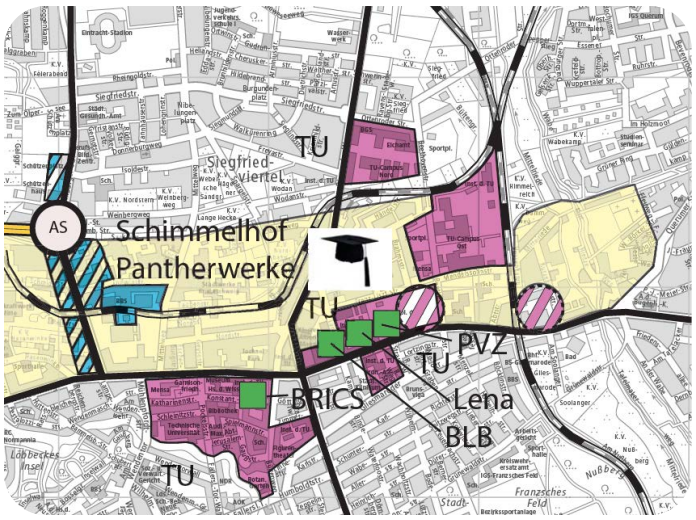
Leuer

Anlage/n:
Anlage 1: Gewerbeflächen Braunschweig, Entwicklungskonzept, Stand Januar 2016

Braunschweig Die Löwenstadt

Gewerbeflächen Braunschweig

Entwicklungskonzept



Neue Perspektiven

Flächenmanagement

Stadtplanung

Wirtschaftsförderung

Januar 2016

Impressum

Herausgeber:
Stadt Braunschweig
Bau- und Umweltschutzdezernat
Braunschweig Zukunft GmbH
Finanzdezernat

Bearbeitung und Redaktion:
Georg Dirks (Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz)

Mitarbeit:
Jörg Meyer (Braunschweig Zukunft GmbH)
Matthias Heilmann (Fachbereich Finanzen)

Technische Bearbeitung:
Brigitte Bitschkus (Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz)

Druck:
Grafik-Service-Center der Stadt Braunschweig

Januar 2016

Die Deutsche Sprache bietet keine flüssigen Begriffe, die den weiblichen und männlichen Akteuren gleichermaßen gerecht wird. In diesem Bericht wurde der gängige Sprachgebrauch gewählt. Die gewählten Bezeichnungen sprechen weibliche wie männliche Akteure gleichberechtigt an.

Alle Bilder: Copyright Stadt Braunschweig

Inhalt

		Seite
1	**Einführung**……	1
2	**Wirtschaftsstandort Braunschweig**	
	2.1 Historische und regionale Rahmenbedingungen……	4
	2.2 Strukturwandel in Braunschweig, Branchenstruktur……..	4
	2.3 Arbeitsmarkt, Ausbildung und Qualifikation……	6
3	**Gewerbeflächen und Arbeitsstätten in Braunschweig**	
	3.1 Historische Entwicklung der Gewerbeflächen..……....	7
	3.2 Bisherige Flächenvorsorge, Wirtschaftsförderung und Liegenschaftspolitik der Stadt Braunschweig……..	9
	3.3 Wirtschaftsrelevante Infrastruktur……..	11
	3.4 Gewerbeflächen Angebot und Nachfrage……	12
4	**Konzept**	
	4.1 Flächenbedarfe und Ansiedlungsziele……..	19
	4.2 Flächenkonzept und Infrastrukturentwicklung……	20
	4.3 Flächenmanagement und Liegenschaftspolitik……...	32
	4.4 Wirtschaftsförderung……	34
5	**Handlungserfordernisse und Ausblick**……	37

1 Einführung

Flächenvorsorge und Ansiedlung von Betrieben ist Kernaufgabe der Stadt.

Eine der wichtigsten städtischen Aufgaben im Rahmen der Daseinsvorsorge ist, Gewerbeflächen für Arbeitsstätten vorzuhalten. Geeignete Flächen werden von der Stadt gekauft, für diese Flächen wird Planungsrecht geschaffen und sie werden zielgerichtet an die passenden Betriebe vermittelt bzw. verkauft. Auch wenn es schwierig ist, die unmittelbaren finanziellen Auswirkungen einer aktiven städtischen Ansiedlungspolitik genau zu quantifizieren, ist unumstritten, dass die positive Gesamtentwicklung einer Stadt sehr eng mit der positiven Entwicklung der Arbeitsstätten zusammenhängt. Die Wohnstätten folgen den Arbeitsstätten. Nur wenn attraktive Arbeitsstätten in der Stadt zu finden sind, ist die Stadt bzw. die Region als Wohnstandort interessant bzw. kann eine positive Einwohnerentwicklung erzielt werden. Zudem ist die Stadt auf die ihr zufallende Gewerbesteuer angewiesen, um die städtische Infrastruktur aufrechterhalten bzw. ausbauen zu können.

Neue Herausforderungen

Die rapide Digitalisierung aller Lebensbereiche stellt die Stadt auch bei der Flächenvorsorge für gewerbliche Zwecke vor ganz neue Fragestellungen. Wie wirkt sich die zunehmende Möglichkeit der Telearbeit auf die Raumstruktur aus? Wie werden sich zukünftig die Branchen entwickeln, bleibt es bei dem Trend hin zur Dienstleistung, welche Chancen hat zukünftig der produzierende Sektor? Welche Standortfaktoren sind zukünftig wichtig? Welche neuen Strategien gibt es für die Ansiedlung wissensbasierter Unternehmen?

Das hier vorgelegte Konzept kann nicht den Anspruch erfüllen, erschöpfende Antworten auf die genannten Fragen zu geben. Erkennbar aber ist und aufgegriffen wird der Trend, dass gerade wissensbasierte Unternehmen integrierte innerstädtische Standorte mit attraktivem städtischen Umfeld bevorzugen. Zukünftig wird es darauf ankommen, Akteure aus Wirtschaft, Forschung und Wissenschaft näher zusammenzubringen, um gemeinsam Wege zu finden, neue wissensbasierte Arbeitsstätten zu generieren.

Der größere Rahmen: Die Stadt Braunschweig ist attraktiv und wächst.

Braunschweig ist attraktiv und wächst seit Jahren. Die Stadt arbeitet mit Nachdruck an der Ausplanung weiterer Wohngebiete. Bis zum Jahr 2020 sollen gemäß dem städtischen Wohnraumversorgungskonzept mindestens 5.000 neue Wohnungen in Braunschweig entstehen.

Integriertes Stadtentwicklungskonzept

Die Stadt Braunschweig stellt derzeit ein Integriertes Stadtentwicklungskonzept auf. Ziel ist eine strategische Neuausrichtung in allen Handlungsfeldern der Stadt mit dem Horizont 2030. Wichtiger Bestandteil dieses Konzeptes wird auch sein, wo, wie und welche Arbeitsstätten zukünftig in Braunschweig entstehen sollen. Insofern sollen die Ergebnisse des Gewerbeflächenkonzeptes in die Erarbeitung des ISEK einfließen.

Landesplanerische Aufgabe

Braunschweig hat als Oberzentrum den landes- und regionalplanerischen Auftrag, in besonderem Maße Wohn- und Arbeitsstätten im Stadtgebiet zu konzentrieren.

Anlass für Neuorientierung

Anlass für eine Neuorientierung in diesem wichtigen Handlungsfeld ist die Tatsache, dass die Stadt Braunschweig zurzeit nicht allen Ansiedlungswünschen genügen kann. Die Stadt stößt an ihre Grenzen. Es wird immer schwieriger, geeignete Flächen in der Stadt zu finden und zu entwickeln, zumal die Rahmenbedingungen u.a. im Immissions- und Naturschutz zunehmend engere Grenzen setzen.

Eine strategische Neuorientierung scheint auch deswegen geboten, weil aufgrund der geringen Zinssätze derzeit eine rege Bautätigkeit zu verzeichnen ist. Für viele Betriebe wird eine eigene Immobilie im Vergleich zum Mietobjekt zunehmend wirtschaftlich interessant.

Zudem ändern sich auch die Ansprüche, die Betriebe an Arbeitsstätten stellen. Monofunktional konzipierte Gewerbegebiete am Rand der Stadt verlieren an Bedeutung. Innenstadtnah gelegene Arbeitsstätten mit guter ÖV-Anbindung, mit guter technischer und sozialer Infrastruktur in einem attraktiven städtebaulichen Umfeld bzw. mit anspruchsvoller Architektur und ergänzenden Freizeit- und gastronomischen Angeboten werden zunehmend nachgefragt.

Vor diesem Hintergrund arbeitet das Bau- und Umweltschutzdezernat gemeinsam mit der Braunschweig Zukunft GmbH und den anderen Dezernaten derzeit in einem ganzheitlichen Ansatz mit dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept an nachhaltigen Strategien, um Lebensqualität, wirtschaftliche Entwicklung und kreative Entfaltung in Braunschweig zu fördern. „Weiche“ Standortfaktoren, die aus bezahlbaren Wohnungen, ansprechendem Stadtbild und einer Umgebung mit Erholungswert, gutem öffentlichen Nahverkehr, einer leistungsfähigen Gesundheitsvorsorge, vielfältigen Bildungseinrichtungen und gut ausgebauter sozialer Infrastruktur sowie einer lebendigen Kulturszene bestehen, sind auch für die Wirtschaftsförderung von größtem Interesse.

Die Aufstellung dieses Konzeptes bietet auch die Möglichkeit, bestehende Gewerbeflächen auf ihre Zukunftsfähigkeit hin zu überprüfen, zu verbessern und ggf. deren Entwicklungsmöglichkeiten zu begrenzen oder ggf. sogar ganz aufzugeben.

Ziel: konsistente Strategie für Flächenmanagement, Stadtplanung und Wirtschaftsförderung

Derzeit gibt es in diesem Handlungsfeld kein umfassendes strategisches Gesamtkonzept der Stadt. Das Konzept knüpft inhaltlich an den *Wirtschaftsförderungsplan* der Stadt Braunschweig (1972) bzw. an das darauf aufbauende *Zielkonzept Wirtschaftsförderung* an. Mit diesem Papier soll ein strategisches Gesamtkonzept bis zum Jahr 2030 entwickelt werden. Ziel ist, liegenschaftliche, stadtplanerische und Belange der Wirtschaftsförderung in ein sinnvolles Gesamtsystem zu bringen und Handlungsperspektiven für die Zukunft aufzuzeigen. Die Frage ist: was muss die Stadt kurz- und mittelfristig organisatorisch, personell und finanziell tun, um erfolgreich agieren zu können?

Definition des Untersuchungsgegenstandes

Gegenstand dieses Konzeptes sind Betriebe und Arbeitsstätten, die Produkte oder Wissen produzieren bzw. unternehmensbezogene Dienstleistungen anbieten. Die Grenzen sind dabei oft fließend. So gibt es keine generelle Antwort auf die Frage, ab wann ein Betrieb als überwiegend innovativ bzw. als wissensbasierter Hochtechnologiebetrieb klassifiziert werden kann. In diesem gesamtstädtischen Konzept werden nur die für die Gesamtstadtentwicklung bedeutsamen Standorte und Entwicklungsmöglichkeiten benannt.

Abgrenzung zu anderen Handlungsfeldern

Ausdrücklich nicht Gegenstand der Betrachtung sind Arbeitsstätten im Bereich des Handels, mit Ausnahme der brachfallenden und für andere gewerbliche Nutzungen zukünftig zur Verfügung stehenden Flächen. Die Ausweisung von Handelsflächen folgt einer anderen Logik. Aspekte der Nahversorgung bzw. der Erhalt der Innenstadt als Handelsschwerpunkt stehen hier im Vordergrund und werden im städtischen Zentrenkonzept Einzelhandel konzeptionell aufgegriffen.

Arbeitsstätten im Freizeitbereich und Vergnügungsstätten sind ebenfalls nicht Gegenstand dieses Konzeptes, da auch hier andere planerische und gesellschaftliche Fragestellungen im Vordergrund stehen.

Funktion des Konzeptes

Das Konzept ist als Rahmenkonzept zu verstehen und gibt als solches eine grundsätzliche strategische Orientierung für das Verwaltungshandeln und die politische Willensbildung des Rates. Mit der aufgezeigten Strategie bereitet das Konzept die notwendige Basis, um mit den einschlägigen Akteuren handhabbare Maßnahmen und Handlungsvorschläge zu erarbeiten. Das Konzept und die daraus entwickelten Handlungsvorschläge sind ein wichtiger sektoraler Baustein für das Integrierte Stadtentwicklungkonzept. Die Einwerbung von Fördermitteln wird erleichtert, da bei verschiedenen Förderkulissen strategische Konzepte eingefordert werden.

Die Stadtbezirksräte erhalten das Konzept zur Kenntnis.

2 Wirtschaftsstandort Braunschweig

2.1 Historische und regionale Rahmenbedingungen

Hanse- und Residenzstadt

Braunschweig als ehemalige Hanse- und Residenzstadt, gelegen an historischen Fernhandelswegen, hat eine lange Tradition als bedeutsame Handelsstadt bzw. als Regierungssitz.

Eisenbahn als Entwicklungsmotor

Wichtige Voraussetzung für die industrielle Entwicklung Braunschweigs war die erste Deutsche Staatsbahn 1838. Analog zum Eisenbahnbau waren auch Unternehmen, die für die Eisenbahn produzierten, die ersten industriellen Unternehmen in Braunschweig.

Gründung VW und Salzgitter AG

Die Entscheidung in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts, die Städte Wolfsburg und Salzgitter zu gründen, die eine als Produktionsstätte für den Volkswagen, die andere zur Gewinnung und Verhüttung von Erzen, führte zu einer weiteren industriellen Prägung der gesamten Region und auch der Stadt Braunschweig als Industriestandort.

Lange Tradition als Universitätsstadt und Bundesforschungseinrichtungen

Nicht zuletzt die 250-jährige Tradition Braunschweigs als Heimat der Technischen Universität Carolo Wilhelmina Braunschweig führte im letzten Jahrhundert dazu, zahlreichen Bundesforschungseinrichtungen ihren Standort in Braunschweig zu geben. Hiermit war der Grundstein für Braunschweig als Forschungs- und Wissenschaftsstandort gelegt.

2.2 Strukturwandel in Braunschweig, Branchenstruktur

Industrielle Prägung Mitte bis Ende des 20. Jahrhunderts

Bis über die Mitte des letzten Jahrhunderts hinaus war die Wirtschaft in Braunschweig noch stark von einer Vielzahl verschiedener Industriebereiche geprägt. Der Schwerpunkt lag dabei auf dem Fahrzeug- und Maschinenbau, der feinmechanischen und optischen Industrie, dem Signalbau und der Nachrichtentechnik sowie dem Verlagswesen. Aber auch die Lebensmittel- und Verpackungs- bzw. Konservenindustrie war in Braunschweig stark vertreten.

Strukturwandel der letzten Jahrzehnte

Im Laufe der letzten Jahrzehnte hat sich die Situation stark verändert. Nach Gründung der EWG war die Konservenindustrie nicht mehr konkurrenzfähig. Die Fotoindustrie (Rollei, Voigtländer) erlebte durch die Konkurrenz aus Japan schwere Einbrüche. Gravierende Arbeitsplatzverluste in Höhe von ca. 15.000 im produzierenden Gewerbe von 1961 bis 1970 waren die Folge.

Produzierendes Gewerbe nur noch teilweise konkurrenzfähig

Mitte der 70er Jahre geriet zudem auch insbesondere der Maschinenbau aufgrund der damaligen Zonenrandlage Braunschweigs in der Bundesrepublik Deutschland und veränderter Weltmarktbedingungen in Schieflage. Die Folgen

waren neben erheblichen Einbußen an Arbeitsplätzen auch ein starker Bevölkerungsrückgang von ca. 11.000 Einwohnern von 1970 bis 1980.

Braunschweig begleitet aktiv den Strukturwandel.

Die Stadt Braunschweig begann u. a. mit dem Wirtschaftsförderungsplan 1972 den Strukturwandel aktiv zu fördern als Maßnahme zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes und setzte dabei verstärkt auf Zukunftstechnologien. Die bereits in Braunschweig ansässigen Großforschungseinrichtungen und die TU Braunschweig wurden umfassend ausgebaut.

Konjunkturkrise der 80er Jahre

Der Beginn der 80er Jahre war geprägt von der generellen Konjunkturkrise in der Bundesrepublik, sodass sich der Negativtrend noch weiter fortsetzte bzw. verstärkte. Erst ab Mitte der 80er Jahre zeigte sich – wenn auch zögerlich - der konjunkturelle Aufschwung für die Stadt. Dabei konnte der neue Schwerpunkt der Wirtschaftsförderungspolitik „Forschung und Entwicklung“ erfolgreich ausgebaut werden. Erstmals gab es in Braunschweig bei den Beschäftigtenzahlen ein Übergewicht im Dienstleistungssektor.

Seit den 90er Jahren Dienstleistung stärkster Sektor

Mit der Wiedervereinigung war Braunschweig nun auch in einer deutlich besseren geographischen Lage als Teil der europäischen Ost-West-Entwicklungsachse. Ein neuer Schwerpunkt der städtischen Wirtschaftspolitik wurde der Bereich Forschung und Technologie. Heute gilt die Stadt Braunschweig als „Wissenschaftsstadt“ bzw. als Standort für viele international renommierte Forschungseinrichtungen und Hochtechnologiebetriebe. Mittlerweile wird in Braunschweig in ca. 250 Firmen des Hochtechnologie-Sektors und 27 Forschungseinrichtungen gearbeitet und geforscht und somit das Zukunftspotenzial der Region gesichert.

Braunschweig wichtigstes regionales Handelszentrum

Abbildung 1: Fußgängerzone Braunschweig

Der wirtschaftliche Aufschwung Anfang der 90er Jahre stärkte insbesondere auch die Dienstleistungsbetriebe (u. a. Öffentliche Versicherung, VW Financial Services AG) sowie den Handel. Der bis heute mit Abstand höchste Einzelhandelsumsatz in der Region zeigt, dass die Innenstadt Braunschweigs als regionales Handelszentrum unangefochten Mittelpunkt der Region ist.

Braunschweig ist Kompetenzzentrum für verschiedene technische Bereiche.

Abbildung 2: Niedersächsisches Forschungszentrum für Fahrzeugtechnik

Braunschweig ist darüber hinaus Kompetenzzentrum für die Bereiche Mobilität und Verkehrstechnik (z. B. Siemens-Verkehrstechnik, Volkswagen, Forschungsflughafen Braunschweig), Biotechnologie (Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung), Finanzwirtschaft (z. B. Volkswagen Financial Services, Braunschweigische Landessparkasse, Volksbank BraWo), Maschinenbau sowie innovative Querschnittstechnologien wie Mechatronik, Photonik, Adaptronik, Mikrosystem oder Bioinformatik.

Darüber hinaus finden sich auch Schwerpunkte im Bereich der Gesundheitswirtschaft und der Kultur- und Kreativwirtschaft mit der Hochschule für bildende Künste in Braunschweig wieder. Insbesondere durch die TU Braunschweig mit ihrer dynamischen Entwicklung an interdisziplinären

Schnittstellen bietet die Stadt ein großes und wachsendes Potenzial an Innovationen. Auch durch die starke Präsenz von Volkswagen in Stadt und Region wird diese Entwicklung befördert.

2.3 Arbeitsmarkt, Ausbildung und Qualifikation

Arbeitslosenquote 2014 nur noch bei 6,8 %

Nach einem zwischenzeitlichen Anstieg der Arbeitslosenquote (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) in den Jahren 2002 bis 2005 auf über 14 % hatte Braunschweig in den Jahren danach einen jährlichen Rückgang zu verzeichnen. Im Jahr 2014 betrug die Arbeitslosenquote nur noch 6,8% (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen), was eine Gesamtzahl an Arbeitslosen von 9.174 Personen bedeutete.

Positive Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten entwickelte sich in den Jahren 2008 bis 2014 stetig nach oben. Von 109.214 Beschäftigten im Jahr 2008, über 112.912 in 2011 waren es im Jahr 2014 121.576 Beschäftigte. Bemerkenswert ist hierbei der hohe Anteil von knapp 78 % im Tertiären Sektor (94.426 Personen). Insbesondere ist dabei die hohe Anzahl der Beschäftigten von insgesamt 16.671 im Bereich der Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen zu erwähnen.

Ein weiterer beachtenswerter Wert mit steigenden Zahlen sowie einer Gesamtzahl von 15.110 Beschäftigten ist das Gesundheits- und Sozialwesen.

Auch das Verarbeitende Gewerbe mit einem über die Jahre hinweg relativ stabilen Wert von zuletzt 20.974 Beschäftigten hat eine hohe Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Braunschweig.

3 Gewerbeflächen und Arbeitsstätten in Braunschweig

3.1 Historische Entwicklung der Gewerbeflächen

Kaum Trennung Arbeiten und Wohnen bis ins 19. Jahrhundert

Abbildung 1: Handwerk im Mittelalter

Bis Anfang des 19. Jahrhunderts gab es kaum eine Trennung von Wohn- und Arbeitsstätten in Braunschweig. Erst die Entfestigung der Stadt zu Beginn des 19. Jahrhunderts eröffnete die Chance bzw. wurde es notwendig, das mittelalterliche kleinteilige Mischungsprinzip - Wohnen/Arbeiten auf einer Parzelle - zu verlassen und andere städtebauliche Formen zu finden.

Durch die damaligen Basisinnovationen (Dampfkraft und Eisenbahn) ergab sich erstmalig die Möglichkeit, größere Mengen an Gütern kostengünstig zu bewegen. Im Prozess der Industrialisierung ab etwa 1850 setzten sich rationellere Arbeitstechniken durch (größere Arbeitsteilung, Ersetzung von Menschen- durch maschinelle Kraft), die im Ergebnis zu größeren Arbeitsstätten führten. Betriebe waren auf die Eisenbahn als Transportmittel angewiesen. Folgerichtig siedelten die Betriebe sich an Eisenbahnlinien an, insbesondere an das 1886 eröffnete Ringgleis, das die Stadt umschloss.

Abbildung 2: ehem. Jürgensbrauerei

Gemengelagen – Konflikte Wohnen/Arbeiten

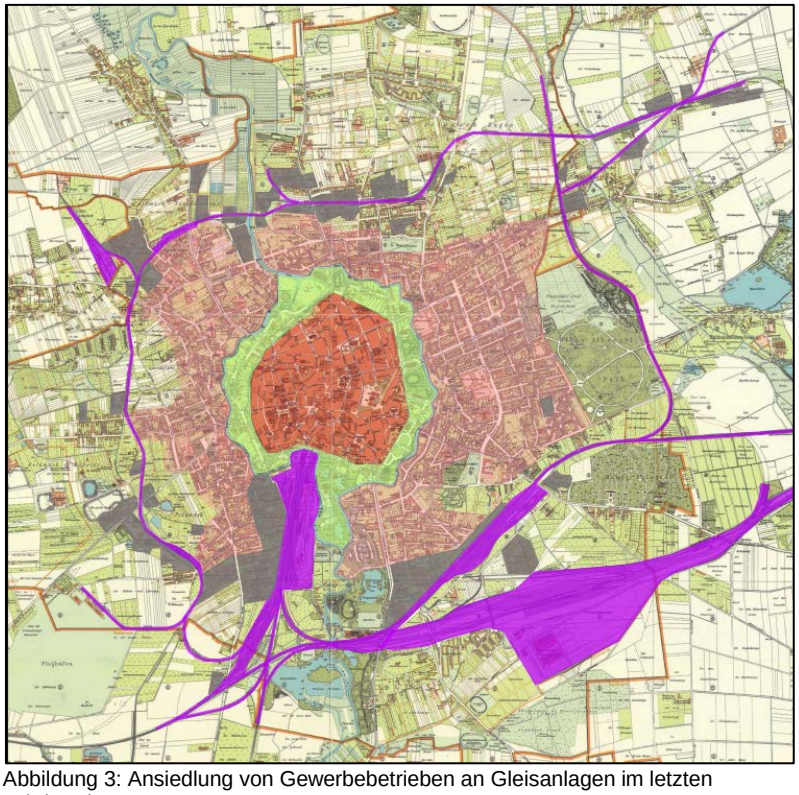


Abbildung 3: Ansiedlung von Gewerbebetrieben an Gleisanlagen im letzten Jahrhundert

Da in der Gründerzeit der Umweltschutzgedanke noch nicht existierte und die Arbeiter mangels Massenverkehrsmittel auf einen kurzen Weg zwischen Wohnung und Arbeitsstätte angewiesen waren, wurden diese im Umfeld der Gleisanlagen oft direkt nebeneinander entwickelt, auch wenn der da-

malige Stadtentwicklungsplan von Ludwig Winter eigentlich die Ansiedlung von Wohnhäusern in den Ringgebieten vorsah. Erst in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts begann sich der Gedanke durchzusetzen, dass die Funktionen *Wohnen* und *Gewerbe* aufgrund der in Gemengelagen auftretenden gesundheitlichen Belastungen besser getrennt werden sollten. Der Gedanke des eigenständigen Gewerbegebietes war entstanden.

Neues Prinzip Funktionstrennung ab 1930er Jahren

Motorisierung und der Umweltschutz sorgen für Betriebsverlagerungen an den Rand der Stadt

Seit den 1970er Jahren gerieten mit Aufkommen des Umweltschutzgedankens die Gemengelagen von Wohnen und Gewerbe immer mehr in den Fokus der Kritik. Gleichzeitig gab es nun dank der weit verbreiteten individuellen Motorisierung die Möglichkeit, Wohn- und Industriegebiete räumlich voneinander zu trennen. 1986 wurde der Güterverkehr auf der Ringbahn eingestellt. Der Lkw hatte die Ringbahn als wichtigstes Transportmittel für gewerbliche Nutzungen abgelöst. Strenger werdende Umweltauflagen und wachsende Anwohnerbeschwerden auf der einen, Expansionswünsche, die vor Ort nicht mehr befriedigt werden konnten auf der anderen Seite führten und führen bis heute zu Betriebsverlagerungen – von innenstadtnahen Lagen in die neu geschaffenen Gewerbegebiete am Stadtrand entlang den Autobahnen, der nun wichtigsten verkehrlichen Infrastruktur.

Abbildung 4: Gewerbeflächen am Stadtrand

Braunschweig auf dem Weg zur Dienstleistungswirtschaft

Die Wirtschafts- bzw. Branchenentwicklung seit Beginn der Industrialisierung ist gekennzeichnet von einer immer größer werdenden Differenzierung, was für die Stadtentwicklung nicht ohne Folgen blieb. Neben klassischen Gewerbe- und Industriebetrieben etablierten sich die Dienstleistungsbetriebe sowie Betriebe, die forschen und nicht Produkte, sondern Ideen und Wissen produzieren. So unterschiedlich die Betriebszwecke sind, so unterschiedlich sind auch die Standortansprüche der einzelnen Branchen. Daraus erwächst die Verpflichtung der Stadt, im Rahmen der Daseinsvorsorge möglichst vielen Ansprüchen gerecht zu werden bzw. entsprechende Flächenangebote und Fördermechanismen vorzuhalten.

Typisierung von Gewerbegebieten

- **Arbeitsstätten in integrierten Lagen**
  (Freie Berufe, Handwerker, Dienstleister in Wohn- und Mischgebieten, Banken, Kultur- und Kreativwirtschaft)
- **Gründerzeitlich geprägte Gewerbe- und Industriegebiete**
  (Leitinfrastruktur Bahn)
- **Gewerbe- und Industriegebiete der Nachkriegszeit**
  (Leitinfrastruktur Autobahn)
- **Wissensbasierte Arbeitsstätten Forschung und Lehre (Universitäten, Forschungseinrichtungen)**
  (keine ausgeprägte Leitinfrastruktur)
- **Wissensbasierte Betriebe (Hochtechnologie, Dienstleister)** (unterschiedliche Leitinfrastrukturen, z. B. Flughafen für Avionikcluster, Nähe zu Forschungseinrichtungen)

3.2 Bisherige Flächenvorsorge, Wirtschaftsförderung und Liegenschaftspolitik der Stadt Braunschweig

Strategischer Gesamtansatz Wirtschaftsförderung in den 70er und 80er Jahren

Die Stadt Braunschweig hat in den 70er und 80er Jahren im Themenfeld „Wirtschaftsförderung“ einen strategischen Gesamtansatz verfolgt. In der Übersicht entstanden folgende zusammenfassende Planwerke:

Planwerke

Wirtschaftsförderungsplan, Bestandsaufnahme Wirtschaftsstruktur und Standortanalyse	1972
Wirtschaftsförderungsplan, Arbeitsmarkt- und Industrieanalyse	1973
Wirtschaftsförderungsplan, Zielkonzept	1977
Zielkonzept Wirtschaftsförderung 1. Fortschreibung	1978
Zielkonzept Wirtschaftsförderung 2. Fortschreibung	1981
Zielkonzept Wirtschaftsförderung 3. Fortschreibung	1985

Kennzeichnend für die damaligen Prozesse waren umfangreiche Analysen in den Themenfeldern „Arbeitsplatzangebot“, „Wohn- und Standortbedingungen“, „Technische Infrastruktur“ und „Verkehr“. Eine interdisziplinäre stadtinterne Arbeitsgruppe sorgte für das auf Fortschreibung angelegte Berichtswesen bzw. Fortschreibungen des Konzeptes. Im Zielkonzept Wirtschaftsförderung wurden folgende Handlungsfelder der Wirtschaftsförderung thematisiert:

Themenfelder Wirtschaftsförderungskonzept

- Grundstückspolitik
- Planungspolitik
- Infrastrukturpolitik
- Ausbildung, Qualifizierung
- Wohnungssituation
- Öffentlichkeitsarbeit
- Akquisition

Die o. g. Planwerke bilden bis heute die Grundlage im Handlungsfeld Wirtschaftsförderung.

Derzeitiges System der Wirtschaftsförderung

Interdisziplinär arbeitende verwaltungsinterne „Arbeitsgruppe Wirtschaftsförderung“

Zentraler Ansprechpartner für Betriebe in Braunschweig ist die städtische Wirtschaftsförderungsgesellschaft Braunschweig Zukunft GmbH. (Flächen-) Anfragen von Betrieben werden von der Gesellschaft als Schnittstelle zur Verwaltung aufgenommen und als Berater bearbeitet. Um schnelle Antworten auf besonders wichtige, bedeutsame und eilige Themen sicherstellen zu können, werden diese in die interdisziplinär besetzte verwaltungsinterne Arbeitsgruppe „Wirt-

schaftsförderung“ eingebracht, Handlungsansätze und das Verwaltungshandeln zeitnah abgestimmt.

Monitoring Liegenschaft

Monitoring Stadtplanung

Der Fachbereich Finanzen der Stadt Braunschweig führt Statistiken zu den verkauften städtischen Gewerbegrundstücken, gegliedert nach „Größe der Grundstücke“, „Anlass“ Betriebsverlagerung/Neuansiedlung) und „Branchen“. Der Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz erstellt gesamtstädtische Übersichtskarten, aus denen hervorgeht, wo neue Gewerbe-/Industriegebiete geplant sind bzw. wo in vorhandenen neueren Gebieten noch Flächenreserven vorhanden sind. Die politischen Gremien werden laufend über die genannten Sachverhalte informiert.

Anlass bezogene Vorlagen, adressiert an die Politik zu strategischen Fragen

Die Aufgaben der mit Wirtschaftsförderung befassten Dienststellen der Stadt stellen sich im Überblick folgendermaßen dar

Aufgabenwahrnehmung im Zusammenhang „Wirtschaftsförderung“ heute

Wirtschaftsförderung
- Beratung (Standort, Förderung, Existenzgründung, Bestandspflege, Gewerbeflächen)
- Schnitt- und Clearingstelle zur Verwaltung Genehmigungsmanagement
- Technologietransfer und Innovationsförderung
- Clustermanagement und Netzwerkarbeit
- Öffentlichkeitsarbeit

Liegenschaften GGB
- Ankauf von Flächen für zukünftige Gewerbe-/Industriegebiete und Ausgleichsflächen
- Verkauf von gewerblichen Bauflächen
- Monitoring Verkauf (Statistische Erfassung und Aufbereitung der Verkaufsfälle)

Planung
- Flächenvorsorge (Durchführung von Bauleitplanverfahren für Gewerbe-/Industriegebiete
- Übersichtskarten (vorhandene/geplante Gewerbegebiete, Baulandreserven)

3.3 Wirtschaftsrelevante Infrastruktur

Straßenverkehr

Abbildung 5: A 2

Nach der Wiedervereinigung 1990 hat sich die Lage Braunschweigs entscheidend verbessert: statt eines Zonenrandgebietes befindet sich Braunschweig heute in einer zentralen Lage in Europa. Die Planung für den weiteren Ausbau der A 39 ist für alle 7 Abschnitte der Trasse eingeleitet. Damit ist neben der tragfähigen Ost-West-Verbindung der A 2 zukünftig auch eine weitere Verbesserung in der Nord-Süd-Verbindung in Aussicht.

Schienenverkehr

Was den Schienenverkehr angeht war der Bau der Schnellbahnstrecke Berlin-Hannover eine entscheidende Maßnahme. Seit 1993 ist Braunschweig an das ICE-Netz angeschlossen. Der zweispurige Ausbau der sog. Weddeler Schleife würde entscheidend dazu beitragen, einen größeren Teil der Pendler zwischen Braunschweig und Wolfsburg auf die Schiene zu bringen. Hier muss die Stadt auf kurzfristige Realisierung hinwirken, ebenso auf eine Verbesserung des Regionalbahnnetzes (z.B. neue Haltepunkte Weststadt, Bienrode und Leiferde) und eine bedarfsgerechte Taktfrequenz (z.B. in der Relation Richtung Gifhorn/Uelzen).

Luftverkehr

Abbildung 6: Flughafen Braunschweig-Wolfsburg

Mit dem Braunschweiger Flughafen ist eine entscheidende infrastrukturelle Voraussetzung für international agierende Forschungs- und Wissenschaftsinstitutionen sowie für Wirtschaftsunternehmen gegeben.

Wasserstraßenverkehr und Hafen

Abbildung 7: Braunschweiger Hafen

Braunschweig hat mit dem Mittellandkanal unmittelbaren Anschluss an das Bundeswasserstraßennetz. Der Braunschweiger Binnenhafen verfügt neben dem Hafenbecken u. a über zwei Parallelhäfen, sieben Krananlagen, eine Hafenbahn und eine trimodale Containerumschlaganlage auf einer Fläche von rund 63 ha. Der Hafen ist allseitig von (meist gewerblicher) Bebauung umgeben. Entwicklungsmöglichkeiten können sich deswegen nur durch Nutzungsintensivierung der vorhandenen Hafenflächen ergeben.

Im Hafen werden jährlich rund 1 Mio. Tonnen unterschiedlicher Güter umgeschlagen. Der Containerhafen hat das größte Wachstumspotenzial. Deutschlandweit wird laut der 2014 veröffentlichten Seeverkehrsprognose das Güteraufkommen auf den Wasserstraßen bis 2030 um 52 % steigen. Die Hafenbetriebsgesellschaft erwartet auch für Braunschweig zunehmende Umschlagszahlen.

Zur Sicherstellung der verkehrlichen Erreichbarkeit des Hafens Braunschweig ist eine Verbesserung überregionaler Verkehrsinfrastrukturprojekte wichtig. Dazu zählen insbesondere ein zusätzliches Abstiegsbauwerk im Elbeseitenkanal in Lüneburg, der zweigleisige Ausbau der Weddeler Schleife und die technische Aufrüstung der Nordkurve zwischen Gliesmarode und Rühme in der Zufahrt zum Hafen Braunschweig.

Regionale Bildungs- und Wissenschaftslandschaft

Abbildung 8: Technische Universität

Die Regionale Bildungs- und Wissenschaftslandschaft ist durch eine Vielzahl öffentlicher und privater Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen gekennzeichnet, die nachweislich sehr viele Menschen aus dem In- und Ausland in die Stadt bringen. So verzeichnet z. B. die Technische Universität mit ca. 18.500 Studierenden derzeit ein Allzeithoch. Hierzu kommen ca. 1.000 Studierende der Hochschule für Bildende Künste in Braunschweig. Mit dem Haus der Wissenschaft, der städtischen Braunschweig Zukunft GmbH, der TU und die ForschungsRegion Braunschweig gibt es Institutionen, die an der Vernetzung der Einrichtungen arbeiten.

Breitbandnetz

Die Entwicklung des Breitbandnetzes ist im Vergleich zum Umland weit fortgeschritten, aber noch nicht abgeschlossen. Ein zu langsames Breitbandnetz stellt heute für viele Betriebe noch immer ein Problem dar. Hieran muss weiter intensiv gearbeitet werden, um auch bei diesem wichtigen und nach wie vor immer noch weiter an Bedeutung gewinnenden Standortfaktor bessere Bedingungen für die Unternehmen zu bieten.

Weiche Faktoren

Braunschweig verfügt mit seiner kompakten Dichte und der daraus resultierenden hohen Urbanität, dem attraktiven Einzelhandel, der historischen Innenstadt, dem vielfältigen kulturellen Angebot, guten Sport- und Freizeitmöglichkeiten und den attraktiven Parkanlagen und Grünflächen über eine hohe Qualität der weichen Standortfaktoren. Der aktuell angespannte Wohnungsmarkt stellt die Stadt vor die Herausforderung, durch aktive Baulandpolitik auch in diesem wichtigen Feld dafür Sorge zu tragen, dass Braunschweig für Hinzuziehende attraktiv bleibt.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die für die erfolgreiche Akquisition von Betrieben heutzutage notwendige attraktive Infrastruktur in Braunschweig nahezu vollständig vorhanden und die Stadt somit ein Standort mit großem Zukunftspotenzial ist.

3.4 Gewerbeflächen Angebot und Nachfrage

Gewerbeflächen sind in Braunschweig derzeit knapp

Die aktuelle Situation hinsichtlich (städtischer) Gewerbeflächenreserven im Stadtgebiet Braunschweig stellt sich mittlerweile als zunehmend problematisch dar. Bedingt durch zahlreiche Verkäufe von Grundstücken in den letzten Jahren und die Umsiedlung eines Hightech-Unternehmens innerhalb des Stadtgebietes mit einer Fläche von fast 8 ha gibt es nur noch wenige kommunale Restflächen für die freie Vermarktung. Auch aufgrund des aktuell nach wie vor sehr niedrigen Zinsniveaus erreichen die Wirtschaftsförderung regelmäßig Flächenanfragen von Unternehmen. Etliche dieser Gesuche können momentan aber aus den vorgenannten Gründen nicht sofort bedient werden, sondern werden vielfach auf entsprechende Wartelisten gesetzt. Eine gezielte Ansiedlungssteuerung mit Blick auf Branchen, Betriebsgröße und

Art der Nutzung ist derzeit nicht gegeben, für die zukünftige gesamtstädtische Entwicklung aber unumgänglich.

Kleinteiligere Flächennachfrage, Mittelstand ist wichtigste Nachfragegruppe

Insgesamt ist in Braunschweig die Flächennachfrage nach wie vor hoch, allerdings in den letzten Jahren auch deutlich kleinteiliger geworden. Nur noch im Ausnahmefall suchen Großunternehmen neue Standorte. Großansiedlungen mit hohem Flächenbedarf kommen (Ausnahme Logistik) nur noch etwa alle ca. 5 bis 10 Jahre vor. Der Mittelstand bzw. die kleinen und mittleren Unternehmen sind somit die wichtigste Nachfragegruppe in Braunschweig, insbesondere Bestandsunternehmen am Standort.

Gefragte Flächengrößen: 2.000 bis 10.000 m²

80% bis 90 % der Nachfrage stammt aus Braunschweig

Die nachgefragten Flächengrößen bewegen sich schwerpunktmäßig i. d. R. zwischen ca. 2.000 und 10.000 m². Insgesamt kommen ca. 80 % bis 90 % der Nachfragen nach Gewerbeflächen aus dem Stadtgebiet und dem Umland von Braunschweig. Viele Mittelständler sind in Braunschweig und der Region verwurzelt und wechseln deshalb nur ungern den Standort, selbst wenn woanders höhere Fördergelder und günstige Flächen locken. Teilweise werden sogar nur bestimmte Stadtteile bevorzugt.

Derzeit nur noch 2 ha Gewerbeflächen frei verfügbar

52 ha durch unbefristete Optionen gebunden

24 ha an die Förderkriterien gebunden (flughafenaffin)

Für die Bestandsentwicklung prosperierender, lokal ansässiger Unternehmen ist daher die Bereitstellung attraktiver Gewerbeflächen eine Grundvoraussetzung. Für diese wichtige Nachfragegruppe sind auch in Zukunft ausreichend qualifizierte Standorte und Flächen auszuweisen. Wichtigster Anlass für die Aufstellung dieses Gewerbeflächenkonzeptes ist die Tatsache, dass dem Markt in Braunschweig kaum noch verfügbare, nutzungsbereite Gewerbeflächen zur Verfügung stehen. Mit Stand September 2015 beläuft sich die Größe der zur Bebauung freigegebenen städtischen Gewerbeflächen insgesamt auf ca. 78 ha. Davon stehen dem Markt derzeit allerdings nur ca. 2 ha frei zur Verfügung. Etwa 52 ha sind an Nutzungsoptionen (Reservierungen) gebunden, die Investoren von der Stadt zugesichert wurden. Die Vergabe von weiteren ca. 24 ha ist an die Erfüllung von Förderkriterien im Umfeld des Forschungsflughafens gebunden. Wird für die Zukunft ein vergleichbarer Flächenbedarf wie in den vergangenen Jahren angenommen, reichen die verbliebenen Flächenreserven für industrielle bzw. gewerbliche Nutzungen voraussichtlich für weniger als ein Jahr.

Bisherige Flächenvorsorgepolitik/Gewerbeflächenentwicklung der Stadt Braunschweig, Nachfrage und Flächenbedarfe

Keine tragfähige Prognosemethoden

Durchschnittliche Nachfrage als Richtgröße: 10 ha/a in den 90er Jahren

Anders als bei Wohnbauflächen gibt es keine verlässlichen Prognosemethoden zur Bestimmung des zukünftigen Gewerbeflächenbedarfs. Die Stadt Braunschweig hat die Flächenvorhaltung in den 1990er Jahren daher an den durchschnittlichen Bedarfen der vorausgegangenen Jahre von ca. 10 ha pro Jahr ausgerichtet. Um diesem Ziel zu entsprechen, wurden, neben kleineren Gewerbegebieten, seitdem die beiden große Gewerbegebiete Hansestraße-West (ca. 117 ha) und Waller See (ca. 64 ha) planerisch zur Rechtskraft und an den Markt gebracht. In Fortsetzung dieser strategischen Flächenvorsorgepolitik war in

Planungen für Rüningen West 2011 eingestellt

Rüningen-West (36 ha) ein weiteres Gebiet vorgesehen. Aufgrund von Widerständen aus den benachbarten Ortsteilen wurden die Planungen 2011 eingestellt. Die Aufstellungsbeschlüsse zu den bereits laufenden Bauleitplanverfahren wurden zurückgenommen. Die Neuentwicklung größerer zusammenhängender Gewerbeflächen ist damit bis heute zum Erliegen gekommen. Derzeit werden nur noch die rechtskräftigen Bestandsflächen weiter erschlossen und vermarktet.

Schwankende Nachfrage nach Gewerbeflächen 1988 bis 2013

Die Gewerbeflächennachfrage war in Braunschweig von 1988 bis 2013 starken Schwankungen unterworfen. In der jüngeren Vergangenheit seit 2005 wurden im Schnitt ca. 6 bis 8 ha städtischer Gewerbeflächen veräußert. Anlass des Erwerbs sind weit überwiegend die Erweiterung bestehender Betriebe bzw. der Standortwechsel innerhalb Braunschweigs (insg. ca. 80 %). Für Neuansiedlung bzw. Neugründung wurden lediglich 17 % der veräußerten Flächen beansprucht. Nachgefragt werden vor allem Flächen unter 5.000 m^2 (1996-2013: 93 von 152 Fällen).

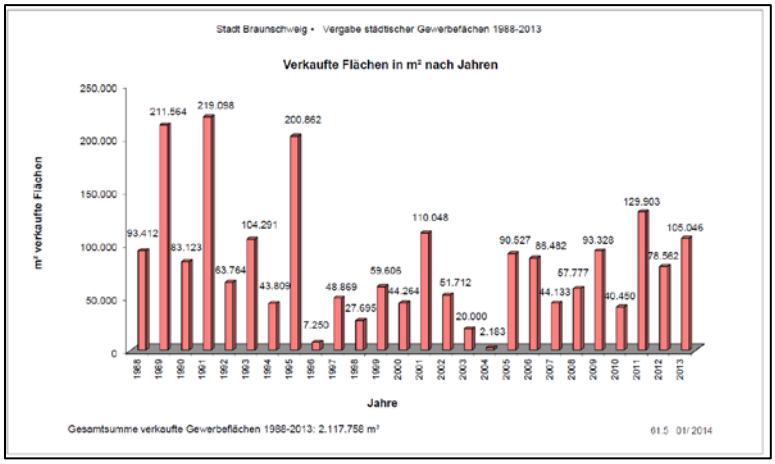


Abbildung 9: Verkaufte Flächen in m² nach Jahren

Flächenreserven und -potenziale sowie Handlungsdruck nach Nachfragetypen

<u>Flächen für Industriebetriebe</u>

→ Bestandsreserven: Das Gebiet Waller See verfügt in Teilbereichen über Industrieflächen (GI), die jedoch über Flächenreservierungen gebunden sind.

Größtes Flächenpotenzial: Bereich Stiddien Beddingen: 150 ha

→ Flächenpotenziale: Größtes Flächenpotenzial ist eine im Südwesten des Stadtgebietes bislang nicht bebaute und nicht beplante ca.150 ha große Fläche bei Stiddien. Im Flächennutzungsplan ist hier eine gewerbliche Baufläche dargestellt. Die Fläche ist allerdings nur über das Stadtgebiet von Salzgitter wirtschaftlich sinnvoll zu erschließen. Entsprechende Gespräche zwischen beiden Städten über die Entwicklung eines interkommunalen Gewerbegebiets Stiddien-Beddingen sollen wieder aufgenommen werden. Da bei der Neuplanung von Industriegebieten aus Immissionsschutzgründen ein größerer Abstand zur vorhandenen Wohnbebauung eingehalten werden muss (Größenordnung mindestens 500 m), gibt es praktisch

keine weiteren Bereiche in Braunschweig in vergleichbarer Größenordnung, die sich für neue Industriegebiete eigneten.

→ Handlungsdruck: Frei verfügbare, baureife Bauflächen für Industriebetriebe sind derzeit unzureichend vorhanden. Es müssen daher weitere Flächen ausgewiesen werden.

Flächen für Gewerbebetriebe

→ Bestandsreserven: Größere städtische gewerbliche Bauflächen sind nur noch in den Gebieten Waller See und Rautheim-Nord vorhanden. Die größten Baulandreserven in Höhe von 33 ha liegen im Gewerbe- und Industriegebiet Waller See, die allerdings größtenteils reserviert sind. Insgesamt belaufen sich die frei verfügbaren Flächenreserven der Stadt Braunschweig in Waller See und Rautheim-Nord auf ca. 3 ha.

Flächenreserven in städtischen Gewerbegebieten

Stand: 11.11.2015	Gesamt-fläche	ver-kauft	Freie städt. Flächen	Davon reserviert	Rest
Rautheim-Nord	21,18	19,20	1,98	0,77	1,21
Hansestraße-West	117,40	102,30	17,10	17,10	0,00
Kralenriede-Ost	6,40	1,18	5,22	0,00	5,22
Waller See, 1.BA	25,68	23,23	2,38	1,9	0,48
Waller See, 2. BA	38,00	4,96	33,04	33,04	0,00
Braunstraße-Süd	9,00	9,00	0,00	0,00	0,00
Forschungs-flughafen-Nordwest	7,60	0,00	7,60	0,00	7,60
Forschungs-flughafen-West	13,3	2,10	11,20	1,00	10,20
Insgesamt	238,56	161,97	**78,52**	**53,81**	**24,71**

Abbildung 10: Flächenreserven in städtischen Gewerbegebieten, alle Angaben in ha netto

Konversionsflächen bieten Flächenpotenziale

→ Flächenpotenziale: Es gibt in der Stadt Braunschweig mehrere große Konversionsflächen, die teilweise seit mehr als zehn Jahren brachliegen und für die noch keine tragfähigen Nachnutzungskonzepte vorhanden sind. Hierzu gehört u.a. das ehem. Eisenbahnausbesserungswerk. Erweiterungen bzw. Neuentwicklungen von Gewerbegebieten sind außerdem u.a. an den Standorten Wenden-West, Ölper-Kreuz-Nord (bislang nicht beplant), Peterskamp-Süd sowie Stiddien-Beddingen möglich. Die Gebiete stehen für jeweils eigene Qualitäten und Nutzungs-potenziale; teilweise wurden bereits erste Planungsschritte für die Schaffung von Baurecht unternommen.

→ Handlungsdruck: Wird für die Zukunft ein vergleichbarer Flächenbedarf wie in den vergangenen Jahren angenommen, reichen die verbleibenden Flächenreserven voraussichtlich weniger als ein Jahr. Es müssen daher weitere Flächen ausgewiesen werden.

Flächen für Hochtechnologiebetriebe

→ Bestandsreserven: Braunschweig verfügt über mehrere erfolgreiche Cluster im Bereich der Hochtechnologie. Das bedeutendste Cluster befindet sich im Bereich des Forschungs-

Mehrere bestehende erfolgreiche Cluster für Hochtechnologie

flughafens. Die Stadt Braunschweig hat um den Flughafen zwei Sondergebiete ausgewiesen (Forschungsflughafen-Nordwest, Forschungsflughafen-West) und ein Gewerbegebiet (Kralenriede-Ost) in denen technologieorientierte Unternehmen und Behörden aus den Bereichen Luft- und Raumfahrt sowie der Verkehrstechnik angesiedelt werden sollen.

Kein Handlungsdruck für flughafenaffine Betriebe

Die Gebiete verfügen insgesamt noch über ca. 24 ha verfügbare Baulandreserven, so dass für dieses Nachfragesegment kein Flächenengpass absehbar ist.

→ Flächenpotenziale: Für hochwertige Gewerbenutzungen eignen sich generell sowohl die innenstadtnahen Konversionsflächen des ehem. Eisenbahnausbesserungswerks sowie der ehem. Heinrich-der-Löwe-Kaserne, aber auch andere Standorte im Umfeld des Ringgleises bzw. im räumlichen Anschluss bzw. Zusammenhang mit bestehenden Forschungs- oder universitären Einrichtungen.

→ Handlungsdruck: Für flughafenaffine Betriebe bzw. Forschungseinrichtungen besteht kein Handlungsdruck. Ansiedlungsmöglichkeiten für andere Hochtechnologiebetriebe müssen aktiv von der Stadt geschaffen werden.

<u>Flächen für Forschungs- und Hochschuleinrichtungen</u>

Umfangreiche Flächenreserven für Forschungseinrichtungen und die Technische Universität

→ Flächenreserven: Im Flächennutzungsplan sind umfangreiche Flächen für die großen Forschungseinrichtungen (DLR, PTB, Von-Thünen-Institut, Julius-Kühn-Institut, Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung) dargestellt. Flächenengpässe diesbezüglich sind seit Jahrzehnten nicht aufgetreten. Nordöstlich der Innenstadt, zu großen Teilen integriert in die gründerzeitliche Bebauung, befinden sich die Flächen der Technischen Universität (TU) Braunschweig. Auch hier sind im Flächennutzungsplan weitreichende Sonderbauflächen dargestellt, von denen weite Bereiche von der TU bis heute nicht in Anspruch genommen wurden.

→ Flächenpotenziale: Derzeit nicht benötigt.

→ Handlungsdruck: gering. Mittelfristig sollten die zukünftigen Flächenbedarfe dieser für die Stadt wichtigen Forschungseinrichtungen geprüft und entsprechend im neu aufzustellenden Flächennutzungsplan berücksichtigt werden. Die TU hat ein Entwicklungskonzept vorgelegt, das im Wesentlichen Entwicklungsmöglichkeiten im derzeitigen Flächenbestand beschreibt. Das Konzept hat bis dato noch keine Verbindlichkeit erlangt.

<u>Flächen für Dienstleistungsbetriebe/Büros</u>

→ Flächenreserven: Das Cluster "Finanzdienstleistungen" an der Gifhorner Straße hat sich in den letzten Jahren mit einer hohen Dynamik entwickelt (Kern ist VW Financial mit rd. 6.000 Mitarbeitern). Im sogenannten ARTmax-Zentrum an der Frankfurter Straße hat ein privater Entwickler um das Bau-

denkmal der ehem. Zuckerraffinerie ein Zentrum für Medien & Design entwickelt. Im Umfeld der Industriedenkmäler der soge-

Übersicht Flächenpotenziale

Flächenpotenziale

Arbeitsstätten in integrierten Lagen
- Innenstadt
- Westliche Innenstadt
- Nordstadt
- Ringgleisgürtel
- Otto-von-Guericke Straße

Bestehende Gewerbe- und Industriegebiete
- Bestandsergänzung, Nutzungsintensivierung, Neunutzung

Potenzielle Gewerbe- und Industriegebiete
- Ausbesserungswerk
- Stiddien/Beddingen
- Ölper Kreuz
- Wenden-West
- Peterskamp-Süd
- Ölper Kreuz-Nord
- Rüningen-West
- Wendebrück-Süd
- Stöckheim-Südost
- Altstandorte ehem. großflächiger EZH

Wissensbasierte Arbeitsstätten Forschung und Lehre (Universitäten, Forschungseinrichtungen)
- Nutzungsintensivierung vorhandener Flächen

Wissensbasierte Betriebe (Hochtechnologie, Dienstleister, Büros)
- Erweiterungsflächen im Bereich und Umfeld der Forschungscampi
- Aufwertung DIBAG-Gelände Kralenriede
- Heinrich-der-Löwe-Kaserne
- Ausbesserungswerk
- Harz und Heide Gelände
- Ehem. Praktiker Hans-Sommer-Straße
- Nachnutzung ehemaliger Industriestandorte im Ringgleisgürtel (z.B. Roggenmühle, Schimmelhof)
- Große Stadteinfahrten (Büros)
- Bahnhofsumfeld (Büros)
- Stöckheim- Südost

nannten "Roggenmühle" an der A 391 und der Jürgens-Brauerei östlich der Hamburger Straße expandieren ebenfalls Dienstleistungs- und Bürozentren. Im Bereich des Bahnhofs und des Heinrich-Büssing-Rings findet sich ein weiterer Schwerpunkt (Ringcenter, Atrium-Bummel-Center, BraWoPark). Im Zuge des Ausbaus des BraWoParkes entsteht ein weiterer Büroturm. Des Weiteren gibt es in den meisten bestehenden Gewerbegebieten die Möglichkeit, auch Büronutzungen anzusiedeln.

→ Flächenpotenziale: Teilbereiche der ehem. Heinrich-der-Löwe-Kaserne und des ehem. Eisenbahnausbesserungswerks, das städtische Harz-und-Heide-Gelände sowie die seit Jahren zwar vermieteten, aber größtenteils ungenutzten Industriehallen auf dem ehem. Gelände der MIAG im Nordwestlichen Ringgebiet bieten Raum für Neuansiedlungen von Betrieben bzw. auch Wohnungen. Perspektivisch bietet sich an, den vorhandenen Forschungsstandort im Bereich Stöckheim-Südost bei Bedarf nach Süden zu erweitern.

Bisher keine spezielle Flächenvorsorge der Stadt für Dienstleistungsbetriebe

→ Handlungsdruck: Eine eigenständige Flächenvorsorge für Dienstleitungsbetriebe wurde in der Vergangenheit nicht betrieben. Gegenüber der Stadt wurden in der Vergangenheit nur selten entsprechende Bedarfe artikuliert.

4 Konzept

4.1 Flächenbedarfe und Ansiedlungsziele

Gewerbeflächenbedarf kaum prognostizierbar

Wie dargelegt ist kaum seriös zu prognostizieren, wieviel Gewerbeflächen zukünftig gebraucht werden. Das liegt ganz wesentlich an den wirtschaftlichen übergeordneten Rahmenbedingungen – Konjunktur, Zinsentwicklung, Technologieentwicklung, Regulierung des Handels durch transnationale Abkommen etc., die über einen längeren Zeitraum nicht vorhersehbar sind. Anhaltspunkt ist deswegen der Flächenverbrauch der letzten Jahre.

Doppelstrategie: Schwerpunkt Innenentwicklung, dennoch Ausweisung traditioneller Gewerbegebiete

Bei der Ableitung quantitativer Ziele finden zwei wesentliche Überlegungen Berücksichtigung. Erstens: Braunschweig legt in Zukunft den Schwerpunkt auf die Entwicklung urbaner, gemischter Entwicklungsgebiete, vornehmlich für wissensbasierte Betriebe (Hochtechnologie, Dienstleister). Zweitens: Das Oberzentrum Braunschweig kann in Anbetracht der begrenzten Flächenkapazitäten nicht allen Ansiedlungswünschen von Betrieben nachkommen. Als Lösung bietet sich hier eine stärkere regionale Aufgabenwahrnehmung an.

Regionale Aufgabenteilung

Qualitatives Ziel: Flächenangebote für unterschiedliche Ansprüche als Stadt vorhalten

Konkret könnte das bedeuten, dass ein weiteres interkommunales Gewerbe- bzw. Industriegebiet, z. B. mit Salzgitter entwickelt wird, um auch Industrie- und produzierenden Betrieben in der Region eine Ansiedlungsmöglichkeit zu bieten. Daneben weist Braunschweig aber weiterhin in integrierten Lagen der Stadt Gewerbegebiete für unterschiedliche Ansprüche aus, mit dem Ziel ein möglichst breit gefächertes Flächenangebot vorzuhalten.

Quantitative Ziele

Schwer zu greifen ist, wie hoch der zukünftige Flächenbedarf der vorhandenen universitären bzw. der Forschungseinrichtungen ist. Laut dem von der TU erarbeiteten Strukturkonzept „Campus Stadt“ (2015) wird sich die weitere bauliche Entwicklung der TU im Bestand organisieren lassen.

Quantitative Ziele bis 2030

- **Gewerbegebiete traditioneller Prägung** für große (Industrie)betriebe, Produzierendes Gewerbe	30 ha
- **Gewerbegebiete traditioneller Prägung** für kleine und mittelgroße Betriebe	50 ha
- **Wissensbasierte Betriebe** (Hochtechnologie, Dienstleister)	50 ha
- **Erneuerung integrierter Standorte für Kultur- und Kreativwirtschaft etc. am Innenstadtrand und Ringgebiete**	keine Angabe möglich
- **Erweiterungsmöglichkeiten für vorhandene universitäre und Forschungseinrichtungen** (dauerhafte Freihaltung im Flächennutzungsplan)	keine Angabe möglich

Daneben sind in integrierten, gemischt genutzten Lagen Ansiedlungsmöglichkeiten für die Kreativwirtschaft vorzuhalten.

Die Großwohngebiete der 60er und 70er Jahre, Weststadt, Schwarzer Berg, und Heidberg, sind stark monofunktional auf das Wohnen konzipiert und auch so entwickelt worden. Perspektivisch soll hier – gerade auch im Zug von Stadterneuerungsprozessen – integriert in die Wohnlagen kleinere personenbezogene Produktions- und Dienstleistungsbetriebe aktiv gefördert und entwickelt werden, um dem Ideal der gemischten Stadt näher zu kommen.

4.2 Flächenkonzept und Infrastrukturentwicklung

Strategische Ziele

Strategische Ziele bis 2030

Allgemeine Ziele

- **Doppelstrategie**: **Sowohl Realisierung urbaner gemischt genutzter Standorte für wissensbasierte Betriebe (1. Priorität) als auch Ausweisung von Gewerbegebieten in Randlagen der Stadt für Clusterbildung (2. Priorität).**
- Der Nachfrage entsprechend **weit aufgefächertes städtisches Angebot** an Gewerbeflächen bzw. Ansiedlungsmöglichkeiten
- Angebotsplanung und „**Erschließung auf Vorrat**“ bei traditionellen, produktionsorientieren Gewerbe- und Industriegebieten
- Minimierung des Flächenverbrauches: **Innenentwicklung hat Vorrang vor Außenentwicklung.**
- **Wohnen, Einzelhandel und Vergnügungsstätten sind nur ausnahmsweise zulässig.**

Ziele Neuansiedlung

- **Vermehrte Flächenangebote im Süden des Stadtgebietes** zur Verminderung des derzeitigen Ungleichgewichtes
- **Planungsgrundsätze für neue produktionsorientierte Gewerbegebiete:**
  - Vermeidung von Erschließungsverkehren durch Wohngebiete
  - direkte Anbindung der Erschließungsverkehre an das übergeordnete Netz
  - großflächige, konzentrierte Anordnung von Flächen - möglichst gebündelt entlang lärmvorbelasteter Flächen (Verminderung der Gebietsemission)
  - ausreichender Abstand zu vorhandener Wohnbebauung
  - Minimierung des Flächenverbrauches (insbesondere durch Nutzung von Konversionsflächen)
- Ansiedlungen von Betrieben **mit vielen Arbeitsplätzen pro Fläche** haben Vorrang.

Strategische Ziele

Strategische Ziele bis 2030

Ziele Bestandsentwicklung

- **Minimierung der Konfliktlagen bei bestehenden Gewerbegebieten/Gemengelagen**: nur die notwendigsten Erweiterungsmöglichkeiten nutzen, Entflechtung der verkehrlichen Erschließung, nach Möglichkeit Verlagerung von problematischen Betrieben
- **Nutzungsintensivierung von Bestandsgebieten, Clusterbildung**
- **Ggf. Aufgabe/Änderung besonders konfliktträchtiger Standorte und Umnutzung zu Wohnzwecken,** sofern angemessene Ersatzstandorte angeboten werden können.

Ziele Infrastruktur

- **Ausbau des Breitbandnetzes, Ausbau der Weddeler Schleife**

Strategische Ziele, Flächenkonzept für Gewerbe- und Industriegebiete

Ausweisung traditioneller Gewerbegebiete

Für die Neuan- und vor allem auch Umsiedlung ansässiger Betriebe wird es notwendig sein, in integrierten, verkehrlich gut angebundenen Lagen der Stadt konventionelle Gewerbegebiete in städtischer Regie und Eigentum planungsrechtlich vorzubereiten, zu erschließen und die einzelnen Grundstücke zu marktüblichen Preisen an geeignete Betriebe zu veräußern.

Qualitatives Ziel: Flächenangebote für unterschiedliche Ansprüche als Stadt vorhalten

Bei der Ausweisung traditioneller Gewerbegebiete sind die nachfolgenden strategischen Leitlinien die Richtschnur für Entscheidungen. Die Ausweisung von neuen Gebieten muss den unterschiedlichen Ansprüchen der Betriebe hinsichtlich Emmissionsverhalten, Größenstruktur und Branchenzugehörigkeit Rechnung tragen. Die Stadt strebt an, bei den Grundstücksverkäufen an die einzelnen Betriebe auch großzügige Spielräume für künftige Entwicklungen zu berücksichtigen. Es muss aber in Anbetracht der kostengünstigen Grundstückspreise verhindert werden, dass zu große Grundstücke verkauft werden, die von den Betrieben dann nicht bestimmungsgemäß genutzt werden (z. B. Abstellplätze für Wohnwagen).

Angebotsplanung und „Erschließung auf Vorrat“ bei traditionellen Gewerbegebieten

Für die traditionellen produktionsorientierten Gewerbe- und Industriegebiete in Stadtrandlagen empfiehlt es sich, großzügig Planungsrecht zu schaffen und zu erschließen. Auf der anderen Seite ändern sich die Ansprüche an die Planung – anders als bei Wohngebieten – nicht in kurzer Zeit. Die Nachfrager von gewerblichem Bauland erwarten in der Regel, nach ihrer Standortentscheidung unverzüglich mit dem

Bau beginnen zu können. Auch deswegen ist „Erschließung auf Vorrat“ notwendig.

In der Vergangenheit hat sich bewährt, große Gebiete wie *Hansestraße* oder *Waller See* auszuplanen und auf Vorrat zu erschließen. Bewährt hat sich auch, im Bebauungsplan ein nicht zu engmaschiges Erschließungsnetz festzulegen, da die Größe der Betriebe stark schwankt. Für den Fall, dass doch ein engmaschigeres Erschließungsnetz benötigt wird, kann dies in der Regel ohne zeitaufwändige Planänderungsverfahren realisiert werden.

Mehr Gewerbebiete im Süden der Stadt

Betrachtet man die Verteilung der Gewerbe- und Industriegebiete in der Stadt, zeigt sich ein Ungleichgewicht: Die meisten Gebiete finden sich im nördlichen Stadtbereich. Strategisches Ziel ist, vermehrt auch im Süden der Stadt Gebiete zu entwickeln, um dem Konzept *Stadt der kurzen Wege* besser gerecht werden zu können.

Trennung der Erschließungsverkehre Wohnen/ Gewerbe

Strategisches Ziel ist weiterhin, die Erschließungsverkehre von Wohn- und gewerblicher Nutzung nach Möglichkeit konsequent zu trennen. Dies ist auch als Aufgabe für die vorhandenen Gebiete zu verstehen. Gutes Beispiel hierfür ist die Neuordnung des Bereiches Westbahnhof, wo dies gelungen ist.

Wohnen, Einzelhandel und Vergnügungsstätten nur ausnahmsweise zulässig

Es gilt auch in Zukunft, in den traditionellen Gewerbegebieten Fehlentwicklungen hinsichtlich der Nutzung zu verhindern. Diese Gebiete sind nur sehr eingeschränkt für das Wohnen bzw. nur für die privilegierte Wohnnutzung geeignet. Einzelhandel soll mit Blick auf das städtische *Zentrenkonzept Einzelhandel* nach wie vor nur ausnahmsweise zulässig sein, nur dann, wenn der Einzelhandel in Verbindung mit dem eigentlichen gewerblichen Betriebszweck steht und von deutlich untergeordneter Bedeutung ist. Vergnügungsstätten sollen nur in sehr begrenztem Maß – gemäß dem städtischen *Steuerungskonzept Vergnügungsstätten* – ausnahmsweise in ausgewählten Gewerbegebieten zugelassen werden.

Im Stadtgebiet sind zahlreiche, kleinteilige Flächen für Arbeitsstätten vorhanden, häufig in Mischgebieten. Vorrangiges Ziel der Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung muss es sein, diese möglichst prioritär einer angemessenen Nutzung zuzuführen

Vorschlag für neue Gewerbe- und Industriegebiete

Im enger werdenden Stadtgebiet wird es immer schwieriger, zu angemessenen Konditionen Flächen für neue Gewerbegebiete anzukaufen. Um städtebauliche Vorhaben besser durchsetzen zu können, soll künftig fallweise ein besonderes Vorkaufsrecht der Stadt begründet werden (Bsp. Stiddien Beddingen).

Die Stadt Braunschweig setzt privatrechtlich in den Kaufverträgen den Verwendungszweck eines gewerblichen Grundstückes fest und sichert dies auch im Grundbuch. Weicht der

Betrieb davon ab, hat die Stadt das Recht, den Kaufvertrag rückabzuwickeln. An dieser bewährten Praxis soll auch zukünftig festgehalten werden.

Vor dem Hintergrund der genannten strategischen Zielsetzungen wird die Ausplanung folgender Gebiete vorgeschlagen:

Vorschlag für neue Gewerbe- und Industriegebiete

Vorschlag für neue Gewerbe- und Industriegebiete

Priorität 1

- Wenden-West
- Peterskamp-Süd
- Ehemaliges Eisenbahnausbesserungswerk
- Heinrich-der-Löwe-Kaserne (Teilbereiche)
- Stiddien-Beddingen (interkommunal)
- Thiedestraße-Ost

Weitere Flächenpotenziale Gewerbe

- Ölper Kreuz
- Wendebrück-Süd
- Rüningen-West

Flächenkonzept Gewerbe- und Industriegebiete

Die folgende Abbildung zeigt das Flächenkonzept Gewerbe- und Industriegebiete. Neben den genannten priorisierten neu zu entwickelnden Gebieten sind auch die bestehenden Gewerbe- und Industriegebiete dargestellt, die nach den oben genannten strategischen Zielsetzungen weiterentwickelt werden sollen.

Maßstabsbedingt werden in diesem Konzept nur die für die Gesamtentwicklung der Stadt bedeutsamen bestehenden Gewerbegebiete dargestellt. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die aufgrund ihrer geringen Größe bzw. geringen Bedeutung für die Stadtentwicklung nicht dargestellten Gewerbestandorte in ihrer Existenz infrage gestellt werden. Der Bestandsschutz für die Betreibe gilt selbstverständlich unabhängig von diesem Konzept.

Um Ansiedlungsmöglichkeiten für industrielle Nutzungen zu gewährleisten, ist es vordringlich, vorhandene Reservierungen zurückzunehmen.

Entwicklungskonzept Gewerbeflächen

Flächenkonzept Gewerbe- und Industriegebiete

Strukturelle Ziele

Bestehende Gewerbe-/ Industriegebiete

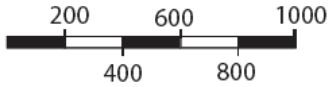
- Weiterentwicklung nach den Strategischen Zielen des Konzeptes

Siedlungserweiterung Ziele und Planungen

Gebiete mit rechtsverbindlichem Bebauungsplan nicht bzw. teilweise bebaut

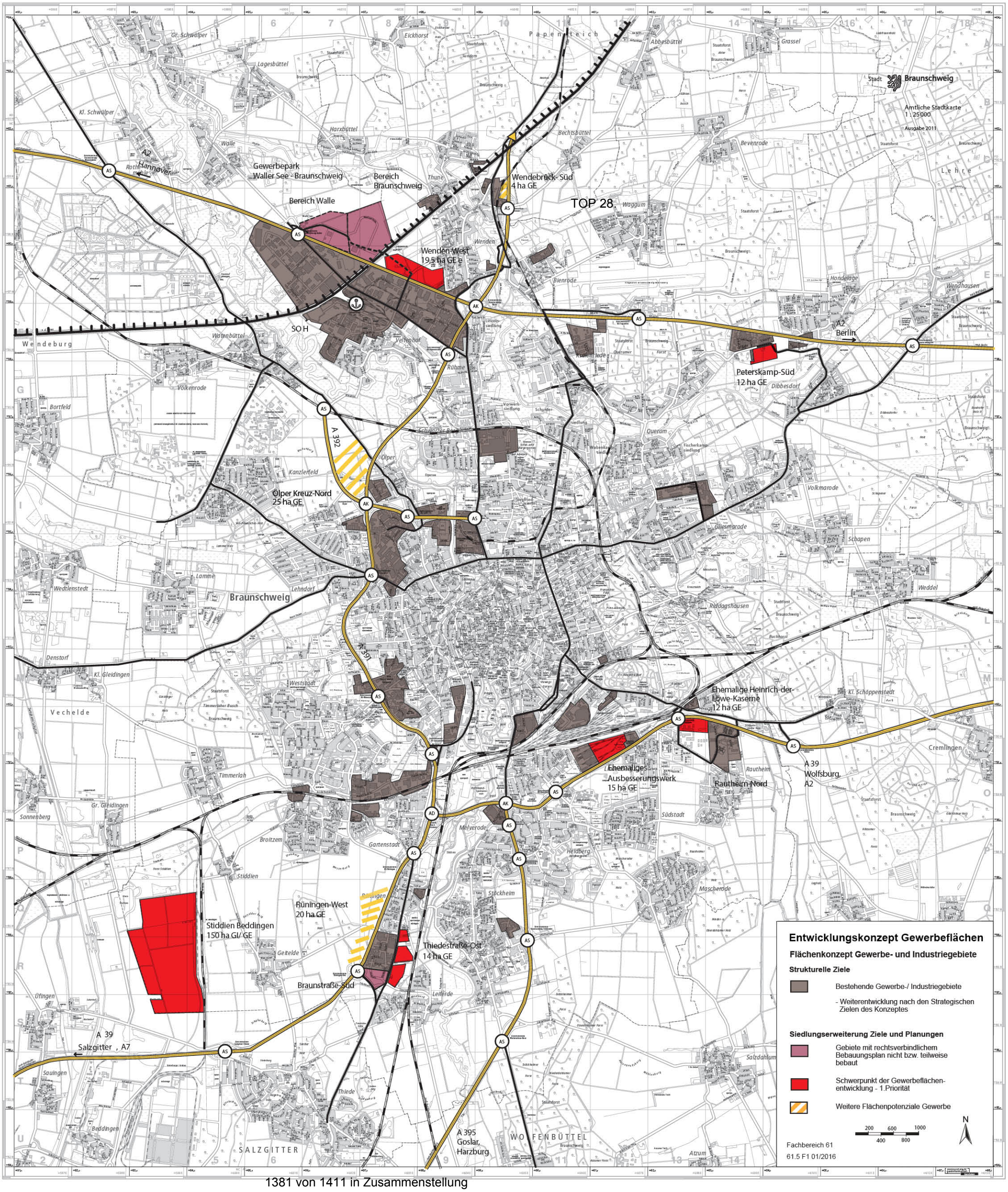
Schwerpunkt der Gewerbeflächen-entwicklung - 1.Priorität

Weitere Flächenpotenziale Gewerbe



Fachbereich 61

61.5 F1 11/2015


TOP 28.
Gewerbepark Waller See - Braunschweig
Bereich Braunschweig
Bereich Walle
Wendebrück- Süd 4 ha GE
Wenden-West 19,5 ha GE e
SO H
Ölper Kreuz-Nord 25 ha GE
Peterskamp-Süd 12 ha GE
Ehemalige Heinrich-der-Löwe-Kaserne 12 ha GE
Ehemaliges Ausbesserungswerk 15 ha GE
Rüningen-West 20 ha GE
Stiddien Beddingen 150 ha GI/ GE
Thiedestraße-Ost 14 ha GE
Braunstraße-Süd
A2 Hannover
A2 Berlin
A 392
A 39
A7
A 39 Wolfsburg, A2
A 395 Goslar, Harzburg
Braunschweig
Wendeburg
SALZGITTER
WOLFENBÜTTEL
Stadt Braunschweig
Amtliche Stadtkarte 1 : 25000
Ausgabe 2011
Entwicklungskonzept Gewerbeflächen
Flächenkonzept Gewerbe- und Industriegebiete
Strukturelle Ziele
Bestehende Gewerbe-/ Industriegebiete
- Weiterentwicklung nach den Strategischen Zielen des Konzeptes
Siedlungserweiterung Ziele und Planungen
Gebiete mit rechtsverbindlichem Bebauungsplan nicht bzw. teilweise bebaut
Schwerpunkt der Gewerbeflächen-entwicklung - 1.Priorität
Weitere Flächenpotenziale Gewerbe
200 600 1000
400 800
N
Fachbereich 61
61.5 F1 01/2016

Flächenkonzept für wissensbasierte Unternehmen, Forschungs- und universitäre Einrichtungen sowie unternehmensbezogene Dienstleister

Eindeutige Zuordnung schwierig, Mischformen

Die Unterteilung in produktions- und wissensbasierte (Hochtechnologie) unternehmen ist nicht immer eindeutig zu treffen. Dennoch werden in diesem Konzept diese Themenfelder unterschieden, weil sich hieraus ganz unterschiedliche kommunale Handlungsnotwendigkeiten hinsichtlich Planung, Flächenmanagement und Wirtschaftsförderung ergeben. Hat sich erst einmal ein Hochtechnologiecluster an einem Ort etabliert, zieht dies die Ansiedlung unternehmensbezogener Dienstleister nach sich. Bei den wissensbasierten Arbeitsstätten wird hier unterschieden in:

Unterteilung wissensbasierte Arbeitsstätten

Wissensbasierte Arbeitsstätten

- wissensbasierte Unternehmen
- Forschungseinrichtungen
- Lehreinrichtungen, Universitäten

Standorte für Hochtechnologiebetriebe müssen bestimmte Anforderungen erfüllen, um angenommen zu werden.

Standortkriterien

Standortkriterien wissensbasierte Betriebe

- Nähe TU/Forschungseinrichtungen
- Anbindung Autobahnen u. ÖPNV
- Attraktives gemischt genutztes urbanes Umfeld
- Vielfältige Nutzungsangebote im Umfeld (Gastronomie, Fitness- und Freizeitmöglichkeiten, Kinderbetreuung)

Entwicklungschancen Innovationszone Ringgleis und DB-Flächen

Abbildung 13: Ehemalige Pantherwerke, heute Fitnesseinrichtung, Büros und Gastronomie

Betrachtet man das Stadtgebiet, findet sich ein Bereich, in dem sich die genannten Kriterien besonders gut erfüllen lassen: Um das Ringgleis siedelten sich in der Gründerzeit vielerorts gründerzeitliche Produktionsbetriebe und flächenintensive Infrastrukturen zur Versorgung der Stadt an. Dieser Bereich stellt die größte „Störzone“ der Stadtentwicklung Braunschweigs dar. Die geordneten gründerzeitlichen Wohnstrukturen gehen in ungeordnete gemischte Nutzungsstrukturen über. Seit Jahrzehnten sind hier Transformationsprozesse im Gang. Produktionsbetriebe weichen an den Stadtrand aus, neue Betriebe nutzen die alten baulichen Strukturen. Hier, im direkten Anschluss an die gründerzeitliche Stadt, besteht die Chance, aus der stadtstrukturell größten Schwäche eine Stärke zu machen. Die - anderenorts so innenstadtnah nicht mehr vorhandenen - Entwicklungsspielräume sollten genutzt werden, um hier wissensbasierte Unternehmen anzusiedeln. Damit könnte ein nutzungsverträgliches Miteinander unterschiedlicher Nutzungen (Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Kultur) sowie eine neue örtliche Identität geschaffen werden.

Unternehmensbezogene Dienstleistungsunternehmen

Gegenstand der hier aufgeführten konzeptionellen Überlegungen sind auch die unternehmensbezogenen Dienstleistungsunternehmen. Es wird vorgeschlagen, die vorhandenen

Schwerpunkte – soweit möglich – weiter auszubauen bzw. zu ergänzen.

Im Folgenden werden die einzelnen Bereiche der Stadt, die über Entwicklungspotenziale verfügen, aufgeführt.

Abbildung 14: Niedersächsisches Forschungszentrum für Fahrzeugtechnik

Forschungsflughafen

Der Bereich Forschungsflughafen kann in vielerlei Hinsicht als Muster für Entwicklungen in anderen Bereichen angesehen werden. Um den vorhandenen Regionalflughafen und das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt wurde in den letzten Jahrzehnten ein tragfähiges Hochtechnologie-Cluster entwickelt, das europaweit führend im Kompetenzbereich Luftverkehrssicherheit bzw. Mobilität ist. Einzigartig an diesem Standort ist, dass sowohl universitäre Forschungszentren als auch flughafenaffine Unternehmungen, Behörden, Vereine und weitere Forschungseinrichtungen hier konzentriert vorhanden sind. Die Forschungsflughafen Braunschweig GmbH und die Braunschweig Zukunft GmbH sind die Klammer für die unterschiedlichen Akteure, führen diese zusammen und koordinieren die Aktivitäten. Der Bereich Forschungsflughafen verfügt über absehbar gute Entwicklungsmöglichkeiten, sowohl westlich des Flughafens, als auch südlich der Autobahn. Diese Flächen sind auch im Bebauungsplan ausdrücklich für flughafenaffine Betriebe, Unternehmungen oder Behörden oder Einrichtungen festgesetzt.

Abbildung 16: TU Braunschweig am Standort Flughafen

Weitere liegenschaftliche oder planungsrechtliche Maßnahmen sind derzeit nicht erforderlich.

Abbildung 17: Neuansiedlung im Baugebiet Kralenriede-Ost

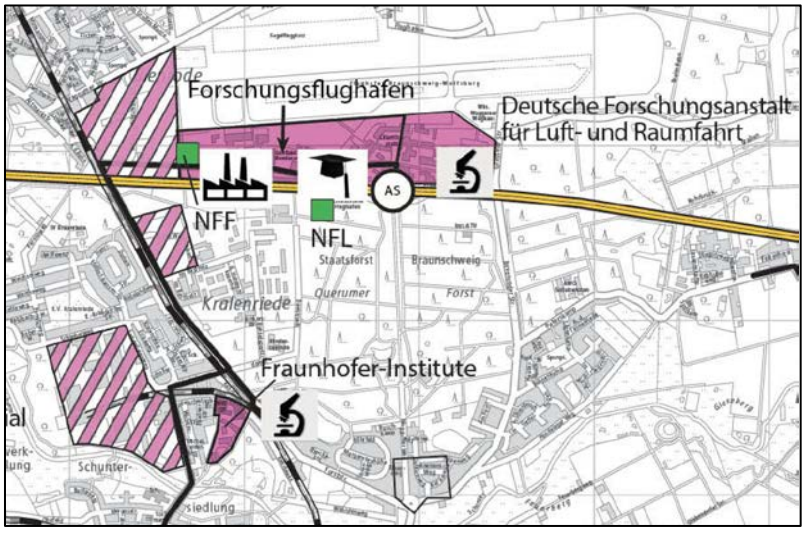


Abbildung 15: Bereich Forschungsflughafen und Kralenriede

Bereich Fraunhofer-Institute/ Gewerbepark Kralenriede

Fraunhofer Institute ohne Erweiterungsmöglichkeiten

Die beiden Fraunhofer-Institute befinden sich in einer schwierigen stadträumlichen Lage, umgeben von Wohngebieten. Verkehrlich sind die Institute über ein Wohngebiet erschlossen und so schwer auffindbar. Die Institute haben in den letzten Jahrzehnten fast alle noch vorhandenen Flächenreserven zur baulichen Erweiterung ausgeschöpft.

Die örtlichen Gegebenheiten lassen keine nennenswerte bauliche Entwicklung am Standort zu.

Abbildung 18: Fraunhofer Institut Kralenriede

Westlich des Bienroder Weges, wenige hundert Meter weit von den Forschungsinstituten entfernt, liegt der Gewerbepark Braunschweig Steinriedendamm (ehemaliges DIBAG-Gelände). Im Gewerbepark sind hauptsächlich Logistikunternehmen zu finden, die aufgrund deren verkehrlich bedingter Lärmemissionen zunehmend in Konflikt mit der nahen Wohnnachbarschaft geraten. Vor Ort haben sich entsprechende Initiativen herausgebildet und das Thema wurde auch im Zusammenhang mit der Lärmaktionsplanung öfter genannt.

Gewerbepark Kralenriede mit Entwicklungspotenzialen

Abbildung 19: Gewerbepark Kralenriede - Verwaltung

Abbildung 20: Gewerbepark Kralenriede

VW bündelt seine verschiedenen logistischen Standorte im Bereich Wendeburg-Harvesse, sodass Teile der Nutzung im Gewerbepark freigezogen werden. Dieser Umstand könnte zum Anlass genommen werden, über eine höherwertige Nutzung dieser Liegenschaft nachzudenken. Sie befindet sich zwischen TU-Hauptcampus und dem Forschungsflughafen mit guter Anbindung an die BAB 2. Der Gewerbepark selbst ist geprägt durch eine Vielzahl von Grünstrukturen, die dem Begriff „Park“ weit mehr gerecht werden als in vielen anderen vergleichbaren Gewerbeparks. Zusammen mit dem Eigentümer sollte nach Möglichkeit eine höherwertige Nachnutzung dieses Bereichs angedacht werden. Hier könnte ein weiterer Branchenschwerpunkt, ggf. auch ein weiteres Forschungs- und Hochtechnologie-Cluster nach dem Vorbild des Forschungsflughafens räumlich entwickelt werden, ggf. auch bauliche Entwicklungsbedarfe der benachbarten Fraunhofer Institute befriedigt werden oder auch Wohnnutzung entstehen.

Größter unternehmensbezogener Dienstleister: VW Financial

VW Financial Services AG/Hamburger Straße

Als größter unternehmensbezogener Dienstleiter mit ca. 6.000 Beschäftigten in Braunschweig nimmt VW Financial Services eine Sonderrolle in Braunschweig ein. In den letzten Jahren hat VW Financial Services sich baulich in bedeutendem Umfang erweitert. Freie Erweiterungsflächen gibt es am Standort kaum noch.

Große Flächenreserven für Forschungseinrichtungen im Bereich Kanzlerfeld

Bereich nördlich Kanzlerfeld

Seit den 1950er Jahren sind in diesem flächenmäßig größten Forschungsbereich der Stadt verschiedene Bundesfor-

schungseinrichtungen tätig. Zum einen im Bereich der Messtechnik (PTB), zum anderen in den Bereichen Fischerei, Forst- und Holzwirtschaft bzw. Landwirtschaft.

Abbildung 21: Physikalisch Technische Bundesanstalt

Dieser Bereich bietet enorme Flächenreserven. Östlich der PTB bestehen Möglichkeiten, weitere Sonderbauflächen für die Forschung zu entwickeln.

In Interaktion mit den verschiedenen Akteuren der Forschungslandschaft und der Stadt Braunschweig sollte in der Zukunft ausgelotet werden, ob hier ein weiteres Cluster entwickelt werden soll. Vorstellbar wäre, Hochtechnologiebetriebe in den genannten Fachsparten zusätzlich zu den Forschungseinrichtungen hier anzusiedeln.

Bereich Roggenmühle

Erfolgreiches Dienstleistungszentrum Roggenmühle mit Entwicklungspotenzialen

Ein privater Investor hat vor wenigen Jahren das markante denkmalgeschützte Gebäude der ehemaligen Roggenmühle zu einem modernen Dienstleistungszentrum ausgebaut, ergänzt um gastronomische und kulturelle Angebote. Das Zentrum ist so erfolgreich, dass eine zweite Ausbaustufe errichtet wurde. Zielrichtung der Stadt Braunschweig sollte sein, dieses Zentrum weiter auszubauen. Voraussetzung dafür wäre die Verlagerung der nördlich angrenzenden Betriebe (Cederbaum u. a.). In dieses Konzept könnten auch die angrenzenden leerstehenden Hallen von Bühler-MIAG einbezogen werden. Hier ist in Teilbereichen auch Wohnnutzung gut vorstellbar. Entsprechende Perspektiven würden sich durch die eventuelle Verlagerung von angrenzenden Betrieben ergeben.

Abbildung 22: Roggenmühle Lehndorf

Bereich Hamburger Straße/Schimmelhof/Panther-Werke

Erfolgreiches Dienstleistungszentrum Schimmelhof/Panther-Werke mit Entwicklungspotenzialen

Das Panther-Business-Center, der Schimmelhof und das Bürogebäude der Braunschweiger Zeitung bilden mit den heute schon ansässigen wissensbasierten Dienstleistungsbetrieben zusammen betrachtet eine der wichtigsten Adressen für hochwertige Büronutzungen in Braunschweig. Die Attraktivität dieses Standortes wird durch die beabsichtigte bauliche Entwicklung im gesamten Bereich und durch die geplante Weiterführung des Ringgleises als Fuß- und Radweg sicher noch zunehmen. Um mit der wachsenden Konkurrenz vergleichbarer Standorte in Braunschweig Schritt halten zu können, wäre aus planerischer Sicht eine funktionale und gestalterische Erneuerung bzw. Weiterentwicklung dieses Standortes gut vorstellbar. So könnte der Eingangsbereich an der Hamburger Straße deutlich attraktiver gestaltet werden (attraktivere bzw. qualitätsvollere Herstellung der Freiräume und der versiegelten Flächen sowie ergänzende Bürogebäude an der Hamburger Straße).

Abbildung 23: Schimmelhof

In dieses „Business-Center-Nord“ könnte auch das freigewordene Verwaltungsgebäude der Braunschweiger Zeitung sinnvoll einbezogen werden. Vorstellbar wäre die Gründung einer Standortgemeinschaft durch die dortigen Eigentümer

mit gemeinsamem Marketing. Erstrebenswert bzw. erfolgversprechend erscheint hier ein Schwerpunkt für Büronutzung, eine Spezialisierung der hier ansässigen Betriebe, wie es im Bereich ARTmax beispielhaft realisiert ist. Denkbar wären in diesem Zusammenhang insbesondere Folgenutzungen aus dem Umfeld der TU (Spin-Offs) oder Einrichtungen der TU.

TU-Campus

TU-Hauptcampus mit Entwicklungspotenzialen

Der Bereich des TU-Campus reicht von der nördlichen Innenstadt in einem Band, das nach Nordosten führt, fast an das Siegfriedviertel heran. Neben den zahlreichen Instituten der TU finden sich hier auch interdisziplinär aufgestellte bedeutsame Forschungszentren.

Forschungszentren

- Niedersächsisches Forschungszentrum Luftfahrt (NFL)
- Niedersächsisches Forschungszentrum Fahrzeugtechnik (NFF)
- Braunschweiger Zentrum für Systembiologie (BRICS)
- Zentrum für Pharmaverfahrenstechnik (PVZ)
- Laboratory of Emerging Nanometrology (Lena)

Masterplan TU EnEff Campus

Derzeit arbeitet die TU an einem breitangelegten Forschungsprozess (EnEff Campus). Für den Bereich der TU Braunschweig wird ein integraler energetischer Masterplan entwickelt mit dem Ziel, den Primär-Energieverbrauch der TU bis zum Jahr 2020 um 40 % zu reduzieren. Daneben wurde in diesem Zusammenhang von der TU ein städtebaulicher Masterplan für die Entwicklung aller Bereiche der TU erstellt.

Abbildung 24: TU Braunschweig

Für die Fortentwicklung des Haupt-Campus scheint folgendes Vorgehen zielführend: Stadt und TU erarbeiten zusammen im ISEK-Prozess und auch anschließend an einer gemeinsam getragenen Zukunftsvision für den Campus-Bereich. Zu klären wäre aus Sicht der Stadt vordringlich, in welchen räumlichen Bereichen weitere Entwicklungspotenziale gesehen werden. Diesbezüglich sollte geprüft werden, ob Teile der Sportfreiflächen im Bereich nördlich der Hans-Sommer-Straße z. B. für eine straßenbegleitende Bebauung für Forschungseinrichtungen oder wissensbasierte Betriebe genutzt werden können (Vorbild BRICS). Weitere Entwicklungsmöglichkeiten befinden sich im Bereich nördlich des Ringgleises bis hin zur Ottenroder Straße.

Abbildung 25: Hochschule für Bildende Künste

Ebenfalls an der Haupteinfallstraße Berliner Heerstraße gelegen, findet sich die Liegenschaft eines leergefallenen Baumarktes (ehem. Praktiker). Hier könnte eine gemischte Nachnutzung Platz greifen (Wohnen, Forschungseinrichtungen, wie wissensbasierte Betriebe oder hochwertige Dienstleister). Entsprechendes Planungsrecht und die liegenschaftlichen Voraussetzungen hierfür müssten noch geschaffen werden.

Julius-Kühn-Institut

Julius-Kühn-Institut

Eingebettet in die Ortslage Gliesmarode liegt das Institut. Erweiterungsflächen oder Entwicklungsmöglichkeiten sind derzeit nicht erkennbar.

Hochschule für Bildende Künste

Hochschule für Bildende Künste

Die HBK liegt im westlichen Ringgebiet am Ringgleis. Entwicklungsabsichten bzw. Entwicklungsmöglichkeiten sind derzeit nicht bekannt.

ARTmax-Gelände/Holzhof/Theodor-Heuss-Straße/Harz- und Heide Gelände

Erfolgreiches Dienstleistungszentrum ARTmax mit Entwicklungs-potenzialen

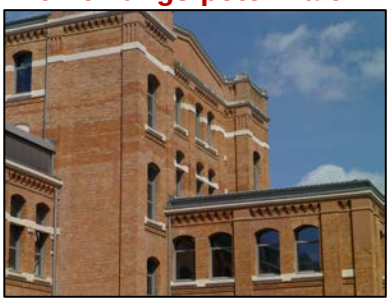


Abbildung 26: ARTmax

Ein privater Entwickler hat mit dem Zentrum ARTmax in der denkmalgeschützten Bausubstanz der ehemaligen Zuckerraffinerie ein beispielhaftes Cluster für Dienstleistungen und Behörden entwickelt. Hier ist das Zentrum in Braunschweig für die Themenfelder „Kunst, Medien, Design und Business“. Östlich davon im direkten räumlichen Anschluss befindet sich das Gelände des sogenannten Holzhofes. Diese stadträumlich bedeutsame Fläche am Europaplatz in Nachbarschaft zur VW-Halle eignet sich als Entwicklungspotenzial für Büronutzungen. Städtebaulich wünschenswert wäre hier ein mehrgeschossiger Bau, der stadträumlich teilweise den Europaplatz fassen könnte. Die südlich anschließende Theodor-Heuss-Straße gilt ebenfalls in Braunschweig als eine der hochwertigsten Adressen für Büros und Dienstleistungen. Der Endpunkt dieses Bereiches wird durch die attraktiven Bauten der Öffentlichen Versicherung bzw. der Firma Bosch gekennzeichnet. Direkt anschließend im Südosten befindet sich der Bereich des städtischen Harz und Heide-Geländes, das heute nicht mehr in dieser Funktion genutzt wird. Hier könnte ein Bürozentrum realisiert werden. Außerdem befindet sich der Entwicklungsschwerpunkt für den großflächigen zentrenverträglichen Einzelhandel „Otto-v.-Guericke-Straße/Frankfurter Straße“ in nächster Nähe.

Theodor-Heuss-Straße als eine der besten Büroadressen

Abbildung 27: Öffentliche Versicherung

Bereich Hauptbahnhof

Hauptbahnhof als Adresse für Dienstleistungsunternehmen

Abbildung 18: BraWoPark

Im Bereich um den Hauptbahnhof gibt es verschiedene Ansätze, in denen sich schwerpunktmäßig Büros angesiedelt haben, so z. B. im Bereich der Kurt-Schumacher-Straße als auch im Bereich des Heinrich-Büssing-Rings und des Willy-Brandt-Platzes (BraWo-Park). Die Entstehung des Businesscenters II im Zusammenhang mit dem BraWo-Park stärkt die Funktion des Bahnhofsumfeldes als Adresse für hochwertige Dienstleister. Entwicklungspotenziale werden im Bereich südlich des Heinrich-Büssing-Rings gesehen. Dort sind entsprechende Projekte zur Fassung dieser Straße mit Bürobauten und Einzelhandelsnutzungen in Planung.

Bereich Siemens/Hauptgüterbahnhof

Siemens als Nukleus für weitere Entwicklungen auf den anschließenden Bahnflächen

Einen der Hochtechnologiebetriebe in Braunschweig stellt die Dependance von Siemens dar (Bahntechnik). Entwicklungsmöglichkeiten baulicher Art sind auf dem Grundstück weitgehend ausgeschöpft. Perspektivisch und auf lange Sicht hin wäre es vorstellbar, den Bereich des untergenutzten Hauptgüterbahnhofs hin zu einem urbanen Wohn- und Arbeitsstandort zu entwickeln sowie nicht mehr benötigte Bahnflächen im Westen des Standortes ebenfalls für weitere urbane Wohn- und Arbeitsstandorte umzuwandeln.

Ehemaliges Ausbesserungswerk

Ehemaliges Ausbesserungswerk: Potenzial zur Ansiedlung von Hochtechnologiebetrieben

Die beiden denkmalgeschützten Großhallen des ehemaligen Ausbesserungswerkes wären ein idealer Ausgangspunkt, um hier an architektonisch positiv vorgeprägter Stelle Hochtechnologiebetriebe anzusiedeln. Die bisherigen Schwierigkeiten, dieses Gelände verkehrlich angemessen zu erschließen, werden derzeit in Gesprächen zwischen Stadt und Eigentümer versucht zu lösen. Im Sinne einer nachhaltigen Stadtreparatur sollte geprüft werden, ob gegebenenfalls Städtebaufördermittel zur Entwicklung des Standortes eingeworben werden sollen bzw. ob die Stadt eine stadteigene Entwicklungsgesellschaft gründet, um die notwendigen Voraussetzungen für die Ansiedlung von Betrieben zu schaffen.

Abbildung 29: Ehemaliges Ausbesserungswerk

Bereich Heinrich-der-Löwe-Kaserne

Heinrich-der-Löwe-Kaserne

Die Heinrich-der-Löwe-Kaserne steht seit mehr als zehn Jahren leer. Ein privater Entwickler ist derzeit in Abstimmung konkreter Planungen mit der Stadt Braunschweig, um hier ein multifunktionales Konzept (Wohnen/Einzelhandel/gewerbliche Nutzung/ Dienstleistungsnutzung) zu entwickeln. Die Lagegunst der Kaserne an der A 39 legt nahe, im oberen Drittel der Liegenschaft Technologiebetriebe oder Unternehmen aus der Dienstleistungsbranche gezielt anzusiedeln.

Abbildung 30: Heinrich-der-Löwe-Kaserne

Bereich Rüningen/GOM

GOM Rüningen

Ein für Braunschweig wichtiger Hochtechnologiebetrieb hat die gesamten Restflächen von knapp 8 ha des städtischen Gewerbegebietes Braunstraße-Süd aufgekauft. Derzeit entsteht gerade das Unternehmen baulich. Erweiterungsbedarfe sind auf dem aktuellen Grundstück abgedeckt.

Bereich Stöckheim/Helmholtz-Zentrum

Helmholtz-Zentrum

Erweiterungsmöglichkeiten für das Helmholtz-Zentrum sollten liegenschaftlich und bauleitplanerisch langfristig im südlichen Anschluss an das heutige Gelände gesichert werden.

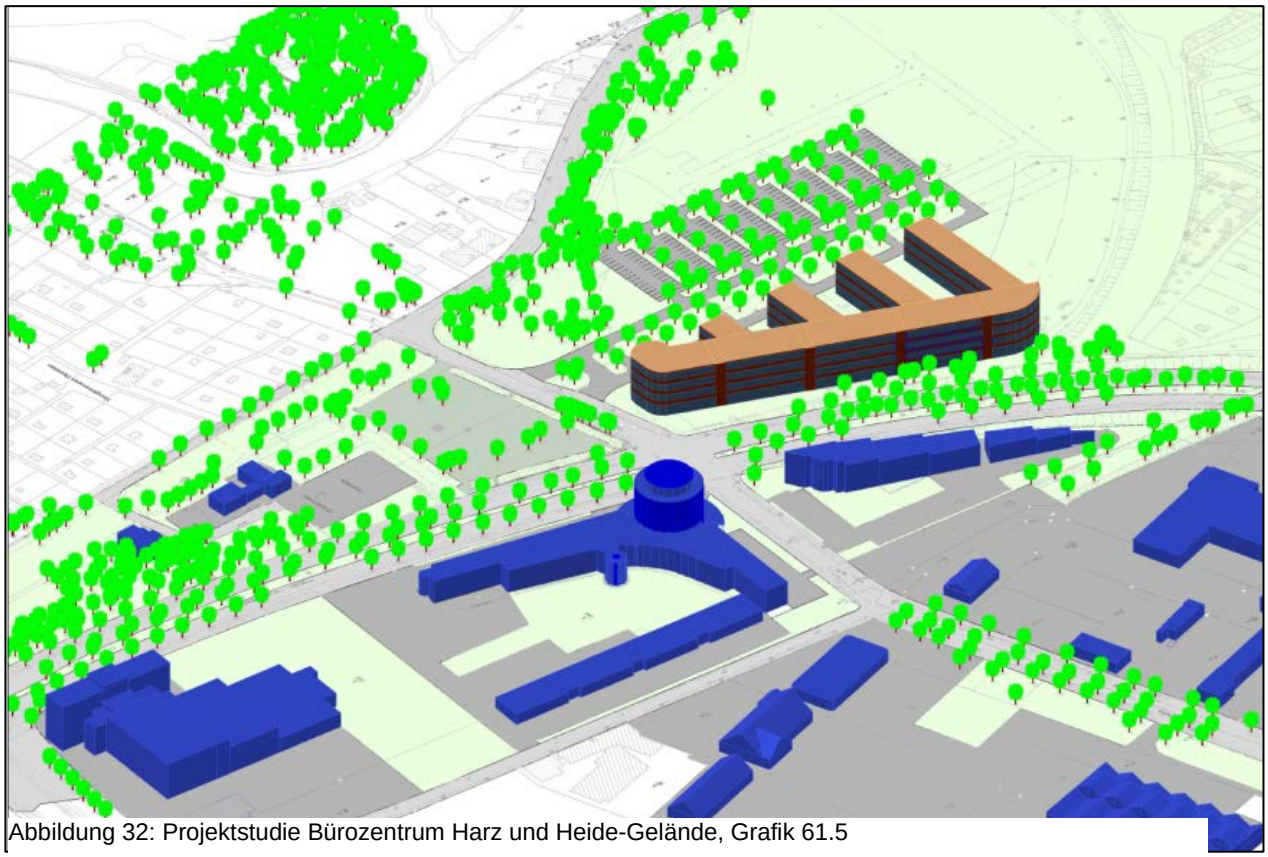


Abbildung 32: Projektstudie Bürozentrum Harz und Heide-Gelände, Grafik 61.5

Infrastrukturentwicklung

Vordringlich erscheint generell, stadtweit ein schnelles Breitbandnetz zu realisieren. Bei der Realisierung neuer gewerblicher Baugebiete sollte die Stadt dafür Sorge tragen, dass bei der Ausschreibung der technischen Erschließung auch Leerrohre bzw. Glasfaserkabel ausgeschrieben und verlegt werden und die Stadt Braunschweig aktiv Telekommunikationsunternehmen akquiriert, die dieses Leitungsnetz betreiben. Anzustrebender Standard ist, Glasfaserkabel bis zum Endverbraucher mit einer Leistung von mindestens 200 Mbit/s bereitzustellen.

Der Ausbau der Weddeler Schleife ist dringend notwendig, um die Pendlerverkehre zwischen Braunschweig und Wolfsburg tragfähiger zu gestalten und die Entwicklungsmöglichkeiten des Hafens zu sichern. Für die überregionale Anbindung sollte die Stadt auf eine tragfähige DB-Direktverbindung nach Hamburg hinarbeiten.

4.3 Flächenmanagement und Liegenschaftspolitik

In punkto Flächenmanagement bzw. Liegenschaftspolitik kann auf bewährte Instrumente zurückgegriffen werden, die beibehalten bzw. in Teilen fortentwickelt werden sollten. Der weitere Prozess der Grundstücksverkäufe wird von der Wirtschaftsförderung gemeinsam mit der Grundstücksgesellschaft verantwortet.

Verkauf/Reservierung von städtischen Flächen

Konzeptverträge

Die Verträge der Grundstücksgesellschaft Braunschweig (GGB) zum Verkauf von Grundstücken sollten weitere Möglichkeiten eröffnen, die privatrechtliche Vergabe von Grundstücken der Stadt an Bedingungen zu knüpfen (Konzeptverträge).

Kriterien bei der Vergabe von Grundstücken

Wesentliche Kriterien bei der Vergabe von städtischen Grundstücken sind nach wie vor die zu erwartenden Gewerbesteuereinnahmen, die zu erwartenden Arbeitsplätze und der Flächenverbrauch pro Arbeitsplatz. Betriebsgröße, Branchen- bzw. Clusterzugehörigkeit sowie ggf. die Tatsache, dass das anfragende Unternehmen bereits seinen Sitz in Braunschweig hat, sind bei der Flächenvergabe ebenfalls zu berücksichtigen.

Kriterien Grundstücksvergabe

- Zu erwartende Gewerbesteuereinnahmen
- Zu erwartende Arbeitsplätze
- Flächenverbrauch pro Arbeitsplatz
- Betriebsgröße
- Branchenzugehörigkeit
- Firmensitz in Braunschweig

Flächenreservierungen neu überdenken

Grundsätzlich sollte eine Reservierung in der Regel auf wenige Monate begrenzt werden, um dauerhafte Blockaden städtischer Grundstücke durch einzelne Betriebe zu verhindern.

Akquise von Flächen

Strategisches Ziel: Bodenvorratspolitik stärken

Strategisches Ziel der Stadt Braunschweig ist, sowohl für die Wohn- als auch die gewerbliche Nutzung zukünftig noch mehr Bodenvorratspolitik zu betreiben. Notwendige Bausteine hierfür sind:

- Angemessene Ausstattung der GGB/BSZ (Budget, Personal)
- Vermehrter Einsatz von Vorkaufssatzungen gem. BauGB.

Zu prüfen ist, ob durch die Vergabe von Geschäftsbesorgungsverträgen z.B. an die Niedersächsische Landgesellschaft die Bodenvorratspolitik unterstützt werden kann. Grundsätzlich sollten Bodenpolitik strategische Planung und Stadtplanung zukünftig noch stärker verzahnt werden.

Gründung einer städtischen Entwicklungsgesellschaft

Breit zu diskutieren ist, ob und wie die Stadt Braunschweig die Schaffung von wissensbasierten Arbeitsstätten fördern kann. Vorstellbar ist, dass die GGB nicht nur bebaubare Grundstücke verkauft, sondern die Stadt Braunschweig eine Entwicklungsgesellschaft mbH gründet, um Bestandsobjekte oder Flächen aufzukaufen mit dem Ziel, diese Liegenschaften hochbaulich zu entwickeln und an den Markt bringt.

Monitoring und Baulandnachweis, Informationen für ansiedlungswillige Betriebe

Monitoringkonzept

Zukünftig erscheint es vorteilhaft, das vorhandene Monitoringkonzept der Stadt Braunschweig weiterzuentwickeln. Verkaufsfälle werden heute schon statistisch unter verschiedenen Parametern erfasst (Betriebsgröße, Herkunft, usw.) und ausgewertet. Zu prüfen wäre, ob weitere Parameter erfasst werden sollen.

Systematisches Verlagerungsmanagement

Im Sinne eines umfassend verstandenen Servicegedankens wird bei Verlagerungen von Betrieben innerhalb Braunschweigs regelmäßig der Kontakt zum verlagerungswilligen Betrieb hergestellt und dieser Betrieb bei der Auswahl eines Folgebetriebes beraten (z. B. hinsichtlich der Einhaltung der bauplanungsrechtlichen Bestimmungen). Ansiedlungswilligen Betrieben werden umfassende Informationen über das regional verfügbare Bauland bereitgestellt.

Die Gemeinden und Städte – auch die Stadt Braunschweig geben auf ihrer Homepage Informationen zu freien Bauflächen. Vorgeschlagen wird, umfassende Informationen für ansiedlungswillige Betriebe professionell aufzubereiten.

Flächenmanagement und Liegenschaftspolitik

- Vertragswerke ergänzen um sog. Konzeptverträge (Verknüpfung von Bedingungen an die Grundstücksvergabe)
- Geschäftsbesorgungsverträge z.B. mit der Landgesellschaft zum Ankauf von Ersatzflächen, Ersatzhöfen, pot. Gewerbeflächen
- Ankauf von Bestandobjekten in urbanen Lagen, Entwicklung von Standorten ggf. durch die BSZ.
- Ergänzung Monitoringkonzept: Erfassung der Fälle: Umzug innerhalb BS; Folgenutzung der freiwerdenden Grundstücke steuern

4.4 Wirtschaftsförderung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung

Zentraler Ansprechpartner

Die Braunschweig Zukunft GmbH ist als Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Stadt Braunschweig Partner und zentrale Anlaufstelle für die Wirtschaft. Sie ist Dienstleister für Unternehmen, die in Braunschweig expandieren, die sich umstrukturieren oder ansiedeln wollen.

Beratung und Genehmigungsmanagement

Die Beratung von Betrieben erfolgt zentral durch die Braunschweig Zukunft GmbH. Dieses Prinzip – ein Ansprechpartner nach außen für alle Fragen – ist zielführend und soll beibehalten werden. Im Zuge von Grundstücksverhandlungen werden in den Gesprächen auch konkrete Hinweise zu etwaigen Fördermöglichkeiten, allgemeine Standortinformationen sowie Kontaktmöglichkeiten am Standort (vorhandene Netzwerke, Verbände etc.) gegeben. Die Braunschweig Zukunft GmbH leistet auch ein zentrales Genehmigungsmanagement.

Standortberatung

Dabei geht es nicht nur um die Erschließung neuer Flächen, sondern auch um die Nachverdichtung, die Umnutzung von Standorten und die Revitalisierung früherer gewerblicher Flächen. Dies verknüpft die Bestandspflege, die Bestandsentwicklung und die Bestandssicherung. Die Aktivitäten erstrecken sich somit auch auf Beiträge zur Infrastruktur - seien es Fragen zu Verkehrsanbindungen und Erschließung, Breitband-Internetanschlüssen oder zu einem kostenlosen WLAN-Angebot.

Zu den infrastrukturellen Standortfaktoren gehört auch die Bildung. Mit regionalen Partnern arbeitet die Braunschweig Zukunft GmbH deshalb in den Bereichen Fachkräftegewinnung, Ambient Assisted Living/eHealth und Ressourceneffizienz eng zusammen. Zudem zählen im Zeichen des demographischen Wandels und des wachsenden Fachkräftemangels Argumente der Wirtschaftsförderung immer mehr, wenn es um eine möglichst lückenlose Grundversorgung von der Kleinkinderbetreuung über Schulen bis zu Hochschulen und anderen Ausbildungseinrichtungen geht.

Standortmarketing

Darüber hinaus wirkt die Braunschweig Zukunft GmbH durch ihre Beiträge zur Imagebildung aktiv an der Standortentwicklung mit. Sie trägt gemeinsam mit der Braunschweig Stadtmarketing GmbH dazu bei, Braunschweig als starke Marke zu etablieren und sie bekannt zu machen, um das investitionsfreundliche Klima vor Ort zu propagieren. Im Kontext eines offensiven Standortmarketings, das Investoren und Unternehmen auf den attraktiven Wirtschaftsstandort Braunschweig aufmerksam machen soll, steht etwa die Präsenz auf der EXPO REAL in München. Auf Europas größter Fachmesse für Immobilien und Investitionen werden auch Braunschweiger Unternehmen dabei unterstützt, sich als leistungsfähige Partner zu präsentieren.

Die Kommunikationsinstrumente reichen vom Einsatz geeigneter Publikationen über aktive Pressearbeit, Marketing, Werbung bis zu Unternehmensbesuchen, um Partner aus Forschung, Wissenschaft und Wirtschaft in eine produktive Beziehung zu setzen. Mit dieser intensiven Netzwerkarbeit werden städtische und regionale Partner aus der Wirtschaft mit Kammern, Verbänden, Hochschulen und der Stadt im Rahmen einer integrierten Standortpolitik miteinander verknüpft. Diese Konzeption steht auch hinter dem von der Wirtschaftsförderung geleisteten Management des Mobilitätsclusters Forschungsflughafen und Veranstaltungen zum Austausch in anderen Fachgruppen wie etwa im Bereich der Photonik und optischen Technologien.

Technologietransfer

Die Zusammenarbeit seitens der Wirtschaftsförderung mit der TU Braunschweig hat eine zentrale Bedeutung. Sie wurde in den letzten Jahren insbesondere in den Bereichen Technologietransfer und Unternehmensgründungen intensiviert. Grundlage hierfür bildet ein Kooperationsvertrag zwischen der TU und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Braunschweig Zukunft GmbH. So werden u. a. Ausgründungen aus der Hochschule beiderseitig sehr eng begleitet.
Da KMU häufig Probleme haben, am Technologietransfer aus Wissenschaft und Forschung zu partizipieren, bringt sich die Wirtschaftsförderung auch auf diesem Gebiet ein, indem sie etwa im Rahmen der Veranstaltung Braunschweiger Technologieforum gemeinsam mit TU Braunschweig und Industrie- und Handelskammer Braunschweig Begegnungen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft arrangiert. Gemeinsam mit diesen Partnern forciert sie den Technologietransfer - nicht zuletzt, um Hochschulabsolventen in der Stadt zu halten. Beim Technologietransfer werden gemeinsame Veranstaltungen und Firmenbesuche durchgeführt. Ein weiterer Ausbau der Aktivitäten ist für die nächsten Jahre geplant – auch unter Berücksichtigung der dann voraussichtlich in der neuen Förderperiode zur Verfügung stehenden Fördermittel.

Förderung von Existenzgründungen

Zukünftig wird es darauf ankommen, die Zusammenarbeit zwischen der TU bzw. der Forschung und der Stadt Braunschweig sowie Braunschweig Zukunft GmbH institutionell weiter zu verstetigen.

Auch Existenzgründungen stehen stark im Fokus der Wirtschaftsförderung. Die Braunschweig Zukunft GmbH bietet Unternehmensgründern gemeinsam mit Partnern ein umfassendes Beratungsangebot, um ihnen den Weg in die Selbstständigkeit zu erleichtern. Ein wichtiges Instrument der Wirtschaftsförderung ist die Starthilfe, die aus dem Gründerfonds der Stadt gewährt werden kann.

Technologiepark Unternehmensgründungen

Darüber hinaus betreibt sie den Technologiepark Braunschweig und ist Mitglied und Geschäftsstelle des Gründungsnetzwerkes Braunschweig, in dem 20 Institutionen zusammenarbeiten – vom Arbeitgeberverband über die Bun-

desagentur für Arbeit, Handwerkskammer, Industrie- und Handelskammer bis zu den Wirtschaftsjunioren. Seit seiner Gründung 1986 sind aus dem Technologiepark 149 Firmen mit mehr als 1.600 überwiegend hochqualifizierten Arbeitsplätzen entstanden. 144 von ihnen haben sich am Markt behauptet, darunter Unternehmen wie GOM, Aerodata oder AICON 3D, die auf dem Weltmarkt präsent sind. Über 90 Prozent haben ihren Standort immer noch in Braunschweig.

Clusterbildung auf regionaler Ebene

Clusterbildung auf regionaler Ebene voranbringen

Zukünftig soll der regionale Ansatz eine noch stärkere Rolle bei der Gewerbeflächenentwicklung einnehmen. Denkbar wären bei entsprechender Kapazitätserweiterungen neben der möglichen Entwicklung weiterer Gewerbegebiete auch Strategien, bestimmte Standorte in der Region mit zweckentsprechenden Flächen für vergleichbare Betriebe, z. B. klassische Industrieunternehmen, zu entwickeln. Hieraus können dann spezielle Cluster entstehen, die aufgrund verschiedener Synergien weitere positive Effekte für die beteiligten Unternehmen haben. Potenzielle Partner wären in diesem Zusammenhang z. B. die umliegenden Landkreise sowie die kreisfreien Städte.

Interkommunales Gewerbegebiet

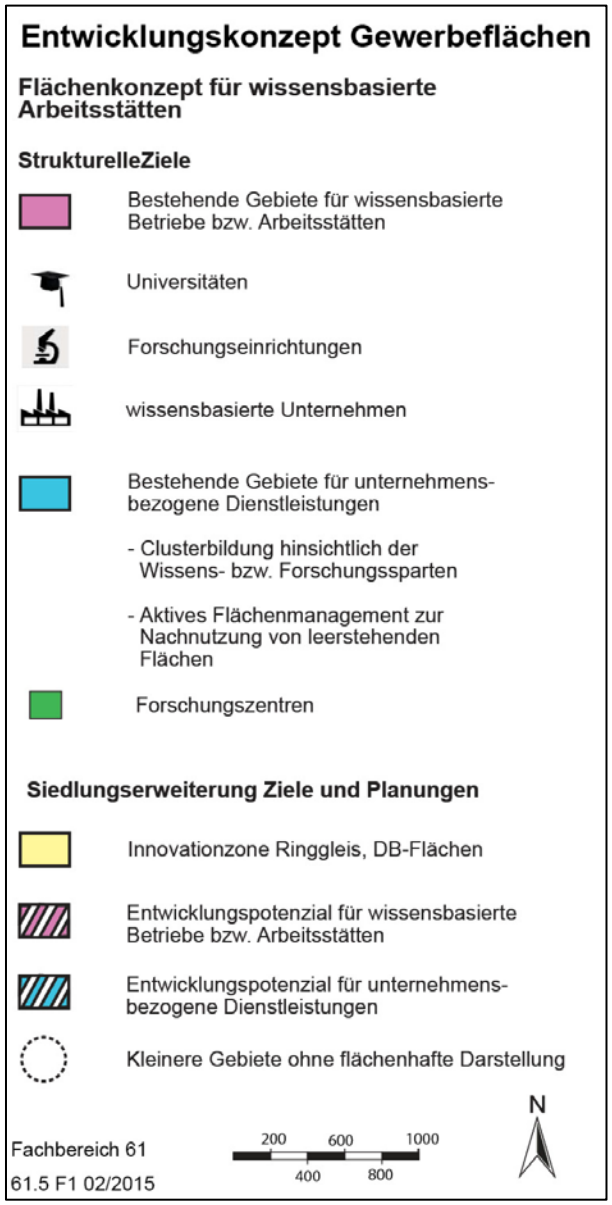
Bei einer denkbaren Ausweisung eines interkommunalen Gewerbegebietes könnte die Stadt Braunschweig auf ihre Erfahrungen mit dem Baugebiet „Waller See“ zurückgreifen auf die dort bewährten Mechanismen, vertraglich die Erschließungspflichten und die Verteilung der Gewerbesteuereinnahmen eines Gebietes einvernehmlich zwischen den Gebietskörperschaften zu regeln.

Netzwerkstrukturen weiter ausbauen

Die guten, bereits seit vielen Jahren bestehenden Verbindungen zur IHK und Handwerkskammer sowie zum AGV und der Allianz für die Region bilden seit geraumer Zeit ein bewährtes Fundament für zahlreiche Unternehmenskontakte in Braunschweig. Gemeinsame Veranstaltungen und Projekte dienen dazu, die bestehenden Vernetzungen zu entwickeln und stets aktuelle Themen zu bespielen.

Aufgaben Wirtschaftsförderung

- Standortberatung und zentrales Genehmigungsmanagement
- Standortmarketing
- Förderung von Existenzgründungen
- Weitere interkommunale Gewerbe- und Industriegebiete entwickeln
- Entwicklung von Clustern
- Regionale Abstimmung und Kooperationen


Entwicklungskonzept Gewerbeflächen
Flächenkonzept für wissensbasierte Arbeitsstätten
StrukturelleZiele
Bestehende Gebiete für wissensbasierte Betriebe bzw. Arbeitsstätten
Universitäten
Forschungseinrichtungen
wissensbasierte Unternehmen
Bestehende Gebiete für unternehmens-bezogene Dienstleistungen
- Clusterbildung hinsichtlich der Wissens- bzw. Forschungssparten
- Aktives Flächenmanagement zur Nachnutzung von leerstehenden Flächen
Forschungszentren
Siedlungserweiterung Ziele und Planungen
Innovationzone Ringgleis, DB-Flächen
Entwicklungspotenzial für wissensbasierte Betriebe bzw. Arbeitsstätten
Entwicklungspotenzial für unternehmens-bezogene Dienstleistungen
Kleinere Gebiete ohne flächenhafte Darstellung
N
200
400
600
800
1000
Fachbereich 61
61.5 F1 02/2015

Stadt Braunschweig

Amtliche Stadtkarte
1 : 25000
Ausgabe 2011

Gr. Schwülper
Kl. Schwülper
Lagesbüttel
Eickhorst
Papenteich
Abbesbüttel
Grassel
Harxbüttel
Walle
Bechtsbüttel
Bevenrode
Thune
Waggum
Wenden
Lehre
A2
Hannover
Rothe Kuhle
Forschungsflughafen
Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt
NFF
NFL
A2
Berlin
Wendeburg
Watenbüttel
Veltenhof
Rühme
Fraunhofer-Institute
VW-Financial
Dibbesdorf
Völkenrode
Institutsversuchs-flächen
Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei
Physikalisch-Technische Bundesanstalt
A 392
Ölper
Kanzlerfeld
Volkmarode
TU
Schimmelhof
Pantherwerke
Roggenmühle
PVZ
Lena
BLB
BRICS
Julius Kühn-Institut
Gliesmarode
Schapen
Lamme
Wedtlenstedt
Braunschweig
Lehndorf
Weddel
Riddagshausen
Buchhorst
Denstorf
Kl. Gleidingen
Hochschule für Bildende Künste
Art Max
Weststadt
A 391
Vechelde
Heinrich-der-Löwe-Kaserne
Kl. Schöppenstedt
Cremlingen
Timmerlah
Ehemaliges Ausbesserungswerk
Rautheim
A 39
Wolfsburg,
A2
Gr. Gleidingen
Sonnenberg
Broitzem
Gartenstadt
Melverode
Südstadt
Stiddien
Rüningen
Stöckheim
Heidberg
Mascherode
Geitelde
Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung
Leiferde
Üfingen
A 39
Salzgitter , A7
Sauingen
Thiede
Beddingen
A 395
Goslar,
SALZGITTER
WOLFENBÜTTEL
Salzdahlum
Atzum

Entwicklungskonzept Gewerbeflächen

Flächenkonzept für wissensbasierte Arbeitsstätten

StrukturelleZiele

- Bestehende Gebiete für wissensbasierte Betriebe bzw. Arbeitsstätten
- Universitäten
- Forschungseinrichtungen
- wissensbasierte Unternehmen
- Bestehende Gebiete für unternehmens-bezogene Dienstleistungen
  - Clusterbildung hinsichtlich der Wissens- bzw. Forschungssparten
  - Aktives Flächenmanagement zur Nachnutzung von leerstehenden Flächen
- Forschungszentren

Siedlungserweiterung Ziele und Planungen

- Innovationzone Ringgleis, DB-Flächen
- Entwicklungspotenzial für wissensbasierte Betriebe bzw. Arbeitsstätten
- Entwicklungspotenzial für unternehmens-bezogene Dienstleistungen
- Kleinere Gebiete ohne flächenhafte Darstellung

Fachbereich 61
61.5 F1 10/2015

200 600 1000
400 800

N

5 Handlungserfordernisse und Ausblick

Sofort umzusetzende Maßnahmen

Sofort umzusetzende Maßnahmen

Die Aktivitäten der Stadt Braunschweig zur Planung von städtischen Gewerbegebieten und die Akquise der dafür notwendigen Grundstücke werden laufend fortgeführt.

Prioritär sind die Gebiete

- **Wenden-West**
- **Peterskamp-Süd**
- **Ehemaliges Eisenbahnausbesserungswerk**
- **Heinrich-der-Löwe-Kaserne (Teilbereiche)**
- **Stiddien-Beddingen**
- **Thiedestraße-Ost**

zu entwickeln.

Mittelfristig umzusetzende Maßnahmen

Mittelfristig umzusetzende Maßnahmen

Das vorliegende Konzept der Stadt versteht sich als Grundlage für weitere Abstimmungen. Aufgabe ist es, in Abstimmung mit den einschlägigen Akteuren der Wirtschaft und anderen Interessenvertretern gemeinsam getragene Handlungsvorschläge zur Entwicklung von gewerblichen Bauflächen bzw. zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung zu entwickeln. Das Thema wird im aktuell anlaufenden Prozess zur Entwicklung eines Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes aufgegriffen und vorangebracht werden.

Die Braunschweig Zukunft GmbH wird weiter unter Einbindung der Kammern und Verbände sowie der TU und der Forschung an den relevanten Themen kontinuierlich arbeiten.

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

16-01866
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
"Westliches Ringgebiet - Soziale Stadt"
Modernisierung und Umbau der Gebäude Jahnstraße 11, 12, 18, 19 und 20

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat III 61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz	12.04.2016

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 310 Westliches Ringgebiet (Vorberatung)	19.04.2016	Ö
Planungs- und Umweltausschuss (Vorberatung)	20.04.2016	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	26.04.2016	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	03.05.2016	Ö

Beschluss:
„Dem Einsatz von Städtebaufördermitteln als Zuschuss an die Braunschweiger Baugenossenschaft in Höhe von max. 520.000 € zur Modernisierung der Wohngebäude Jahnstraße 11, 12, 18, 19 und 20 als auch dem Abschluss eines begleitenden Modernisierungsvertrages wird zugestimmt. Die Haushaltsmittel werden aus dem Projekt „Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet (4S.610009)“ für die Jahre 2017 und 2018 zur Verfügung gestellt.“

Sachverhalt:

Beschlusskompetenz

Gemäß § 58 Absatz 1 Nr. 14 NkomVG i.V.m. § 4 Abs. 1 der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig beschließt der Rat über Rechtsgeschäfte, wenn der Vermögenswert 300.000 € übersteigt.

Anlass

Die Jahnstraße liegt im Süden des Sanierungsgebiets „Soziale Stadt – Westliches Ringgebiet“ und ist durch Gemengelagen aus Kleingärten, öffentlichen Grün- und Freiflächen und der Bundesautobahn 391 vom Stadtgefüge isoliert.

Die Gebäude der Jahnstraße wurden Anfang des 20. Jh. für die Arbeiter der ehemals umliegenden Fabriken errichtet und gehören zu den ersten genossenschaftlichen Wohnungen der Braunschweiger Baugenossenschaft (BBG), die auch heute noch Eigentümerin des Gebäudeensembles ist. Die Jahnstraße ist nahezu einmalig in Braunschweig, da sie in Gänze die ursprüngliche Gründerzeitbebauung aufweist. Der Erhalt dieses städtebaulich, geschlossenen Straßenzuges ist von großem Interesse.

Die Jahnstraße ist mit Mieten von tlw. 2,44 € pro m² und weniger ein wichtiger Wohnstandort für Menschen mit geringen oder unregelmäßigem Einkommen. Der Erhalt von günstigem Wohnraum durch eine Förderung der unrentierlichen Kosten ist anzustreben, um eine Verdrängung der Bestandsmieter zu vermeiden und kostengünstigen Wohnraum durch Städtebaufördermittel langfristig zu erhalten.

In diesem Bereich liegen städtebauliche Missstände vor, die durch Gebäudesanierungen zu beheben sind. Die Ausstattung der Gebäude 11, 12, 18, 19 und 20 entspricht nicht den heutigem Wohnstandart (Fenster mit Einfachverglasung, Kohleöfen und Toiletten auf halber Treppe). Defizite bestehen insbesondere im Bereich Elektro-, Sanitär und Heizungsinstallation sowie im Bereich Wärmeschutz. Die viergeschossigen Gründerzeitbebauungen sind teilweise leerstehend und können nach einer erfolgten Sanierung dem Wohnungsmarkt wieder zur Verfügung gestellt werden.

Voraussetzung für eine Förderung durch Städtebaufördermittel ist die Inanspruchnahme von Wohnungsbaufördermitteln. Die Mittel sind von der BBG bereits beim Land Niedersachsen beantragt.

Gebäudesanierung Jahnstraße 11, 12, 18, 19 und 20

Die Häuser 11, 12, 18, 19 und 20 sind in einem schlechten baulichen Zustand und sollen schrittweise saniert werden. Die Sanierungsarbeiten umfassen Fassadenanstriche, Dacheindeckungen sowie Aufbodendämmungen und die Sanierung oder den Rückbau der Schornsteine. Die dafür notwendigen Genehmigungen wurden im Dezember 2015 erteilt, da keine Versagungsgründe vorlagen.

Für die Gebäude 11 und 12 ist außerdem dem vorzeitigen und förderunschädlichen Baubeginn der Maßnahmen wie Erneuerung der Heizungsanlage, Einbau von Bädern sowie der Instandsetzung von Sanitär- und Elektroinstallationen zugestimmt worden, da diese Gebäude bereits leer stehen. Nach Aussage der BBG soll die Umsetzung zeitnah erfolgen, um ggf. Ersatzwohnungen für Mieter aus noch zu modernisierenden Blöcken anzubieten. Für die Gebäude 18 bis 20 sind die oben genannten Maßnahmen nach Erstellung eines Sozialplans ebenfalls vorgesehen.

Die geschätzten Gesamtkosten für die Sanierung der Gebäude belaufen sich auf 2,7 Mio. €. Die Ermittlung der unrentierlichen Kosten gemäß Jahresmehrertragsbereich betragen insgesamt für alle fünf Gebäude ca. 620.000 €. Wegen der lange Zeit unterlassenen Instandhaltung wird der Betrag auf 520.000 € gekappt. Die Miethöhe mit einer maximalen Miete von 4,90 € pro Quadratmeter soll für 15 Jahre vereinbart werden.

Im Falle einer Förderung durch Städtebaufördermittel ist für die Jahnstraße ein Sozialplan nach §180 BauGB zu erstellen, um nachteilige Auswirkungen der Sanierungsmaßnahmen auf die Bewohner zu vermeiden oder zu mindern. In diesem Zuge ist auch z. B. eine Erstattung von Umzugskosten gemäß der Richtlinie der Stadt denkbar.

Finanzierung

Die Stadt Braunschweig verpflichtet sich, nach Abschluss des Modernisierungsvertrages einen Investitionszuschuss in Höhe von max. 520.000 € zu leisten. Der Zuschuss wird in Raten bei entsprechendem Baufortschritt ausgezahlt und in Abhängigkeit der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

Die Kosten sollen aus dem Projekt „Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet“ (4S.610009) finanziert werden. Der Gesamtbetrag in Höhe von 520.000 € verteilt sich voraussichtlich auf die Jahre 2017 (200.000 €) und 2018 (320.000 €).

Der Abschluss des Modernisierungsvertrages stellt eine für die Stadt Braunschweig bindende Vorfestlegung zu den Haushaltsansätzen 2017 und 2018 dar. Die entsprechenden Haushaltsmittel sind aufgrund der vertraglichen Verpflichtung bereitzustellen.

Im Haushaltsplan 2016 / IP 2015 - 2019 sind folgende Finanzraten vorgesehen:

	2016	2017	2018	2019
Einzahlungen*	1.290	1.300	1.000	950
Auszahlungen*	2.165	2.175	1.825	1.725

* Beträge in Tausend €

Zum Eingehen des Modernisierungsvertrages in 2016 stehen Verpflichtungsermächtigungen zu Lasten 2017 in Höhe von 465.000 € und zu Lasten 2018 in Höhe von 525.000 € zur Verfügung.

Sonstiges

Im Zusammenhang mit den Verhandlungen zur Förderung der Gebäude Jahnstraße 11, 12, 18, 19 und 20 soll auch über den Verbleib von Künstlerateliers in der Jahnstraße 8 A verhandelt werden.

Leuer

Anlagen:
Anlage 1: Übersichtsplan
Anlage 2: Lageplan
Anlage 3: Gebäudeansichten

Anlage 1 Übersichtsplan

FRISBI

Nur für den Dienstgebrauch

Angefertigt: 21.03.2016

Maßstab: 1:5.000 Erstellt für Maßstab

0 25 50 100 150 Meter

Der angegebene Maßstab ist in der Karte zu prüfen

N

Stadt Braunschweig
Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz, Abteilung Geoinformation

Anlage 2 Lageplan

FRISBI
Nur für den Dienstgebrauch

Angefertigt: 12.02.2016
Maßstab: 1:1.250

N

Stadt Braunschweig
Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz, Abteilung Geoinformation

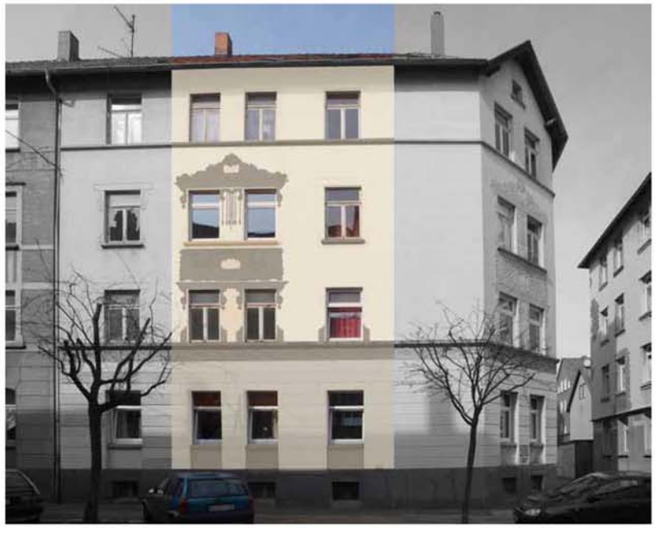
Jahnstraße 11, 12, 12A

Jahnstraße 11 Jahnstraße 12 Jahnstraße 12 A

Jahnstraße 18, 19, 20 Sanierung der Fassade bereits erfolgt

Jahnstraße 18

Jahnstraße 19



Jahnstraße 20

Absender:
Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt

16-02168
Antrag (öffentlich)

Betreff:
Änderungsantrag TOP "Westliches Ringgebiet - Soziale Stadt" Modernisierung und Umbau der Gebäude Jahnstraße 11, 12, 18, 19 und 20

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	02.05.2016

Beratungsfolge:		*Status*
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	03.05.2016	Ö

Beschlussvorschlag:
„Dem Einsatz von Städtebaufördermitteln als Zuschuss an die Braunschweiger Baugenossenschaft in Höhe von max. 520.000 € zur Modernisierung der Wohngebäude Jahnstraße 11, 12, 18, 19 und 20 ~~als auch dem Abschluss eines begleitenden Modernisierungsvertrages~~ wird ***unter der Maßgabe*** zugestimmt***, dass zuvor ein begleitender Modernisierungsvertrag mit der BBG geschlossen wird. Dieser Vertrag, der u.a. sicherstellen soll, dass einvernehmliche Lösungen mit den bisherigen Bewohner und Bewohnerinnen gefunden werden, soll dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt werden***. Die Haushaltsmittel werden aus dem Projekt „Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet (4S.610009)“ für die Jahre 2017 und 2018 zur Verfügung gestellt.“

Sachverhalt:

Begründung erfolgt mündlich

Anlagen:
keine

Absender:
Fraktion der Piratenpartei im Rat der Stadt

16-01857
Antrag (öffentlich)

Betreff:
Inklusion und Integration in Braunschweig - Leichte Sprache in Grundsicherungsbescheiden

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	25.03.2016

Beratungsfolge:		*Status*
Ausschuss für Soziales und Gesundheit (Vorberatung)	07.04.2016	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	26.04.2016	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	03.05.2016	Ö

Beschlussvorschlag:
Der Rat möge beschließen:

Die Stadt Braunschweig erlässt alle Bescheide für Grundsicherung nach SGB II bzw. SGB XII in zwei Ausführungen:

- in der rechtsverbindlichen Fassung sowie
- in Leichter Sprache inkl. übersichtlicher Textgestaltung und gut lesbarer Schriftgröße

unabhängig davon, ob der Stadt eine Behinderung, Sprach- oder Lernschwierigkeiten der Antragssteller bekannt sind.

Begründung:

Rechtsverbindliche Bescheide sind oftmals in komplizierter Sprache verfasst und für viele Menschen nur schwer verständlich. Ziel dieses Antrages ist es daher, allen Menschen, die einen Grundsicherungsbescheid erhalten, das Verständnis desselben unkompliziert und diskriminierungsfrei zu ermöglichen. Dies kommt nicht nur den Empfängern des Bescheids entgegen, sondern entlastet auch die Sachbearbeiter, die oft viel Zeit mit Erklärungen bzw. Widersprüchen verbringen müssen. Auch wird er den zukünftigen ehrenamtlichen Lotsen, die im Integrationskonzept der Stadt Braunschweig vorgesehen sind, die Arbeit erheblich erleichtern.

Zudem käme die Stadt Braunschweig der von der Bundesregierung geplanten Verankerung des Rechtsanspruches auf Behördentexte in spezieller leichter Sprache (Behindertengleichstellungsrecht) zuvor. Auch wenn dieser Rechtsanspruch bis dato nur für Menschen mit geistiger Behinderung gelten soll, betrifft es auch Menschen, die aus anderen Gründen Schwierigkeiten haben, sich mit derartigen Verwaltungsvorgängen im Detail auseinander zu setzen. So machen etwa geringe Deutschkenntnisse das Verstehen der derzeitigen Bescheide praktisch unmöglich.

Mit ‚Braunschweig Inklusiv' und dem Integrationskonzept hat die Stadt Braunschweig bereits wichtige Schritte zu einer gesellschaftlichen Teilhabe unternommen. Diesen Weg jetzt weiter zu gehen ist die aktuelle Aufgabe.

Bei der Auftaktveranstaltung zur Teilhabeplanung ‚Braunschweig Inklusiv' empfahl Prof. Dr. Rohrmann im Zuge der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention die „Zielperspektive Inklusives Gemeinwesen" zu entwickeln. Eine übergreifende Planungsorientierung soll hier die bereits vorhandenen Planungen aufnehmen und nicht auf ein bestimmtes Ressort beschränkt werden.
http://www.braunschweig.de/leben/soziales/inklusion/bs_inklusiv.html

Das lässt sich auch auf das beschlossene Integrationskonzept übertragen. Und bereits im ‚Braunschweiger Appell' wird auf die Verantwortung der verschiedenen Akteure hingewiesen, die zum Gelingen von Inklusion und Integration beitragen: „Integration bedeutet vor allem die aktive Herstellung von Chancengerechtigkeit - unabhängig von nationaler, kultureller und/oder ethnischer Zugehörigkeit." Und weiter heißt es: „Eine erfolgreiche und konfliktfrei gestaltete Integrationspolitik kann nur dann gelingen, wenn sich alle maßgeblichen gesellschaftlichen Akteure in Verantwortung für ein friedliches und solidarisches Zusammenleben beteiligen."
https://www.braunschweig.de/leben/soziales/migration/braunschweiger_appell.html

Wir bitten um die Annahme dieses Antrages, denn hiermit wird die Umsetzung der Ratsbeschlüsse zur Teilhabeplanung ‚Braunschweig Inklusiv' und dem Integrationskonzept für Flüchtlinge weiter voran gebracht.

Anlagen:
keine

Absender:
SPD-Fraktion im Rat der Stadt

16-01996
Antrag (öffentlich)

Betreff:
Änderungsantrag zur Vorlage 16-01857 "Inklusion und Integration in Braunschweig - Leichte Sprache in Grundsicherungsbescheiden"

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	06.04.2016

Beratungsfolge:		*Status*
Ausschuss für Soziales und Gesundheit (Vorberatung)	07.04.2016	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	26.04.2016	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	03.05.2016	Ö

Beschlussvorschlag:
Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten,

- in individuellen Bescheiden über Grundsicherung nach dem Sozialgesetzbuch, die in der Verantwortung der Stadt Braunschweig liegen, grundsätzlich einen geeigneten Hinweis auf Beratungseinrichtungen in Braunschweig aufzunehmen, die dabei helfen, Bescheide zu verstehen, und die auch Unterstützung bei der Formulierung von Fragen oder Antwortschreiben anbieten;

zu prüfen, welche statischen Informationen (Internetauftritt, Hinweisblätter usw.) in leichter Sprache vorgehalten werden können, und diese Informationen sukzessive auch in leichter Sprache anzubieten.

Dieser Antrag / Anfrage bezieht sich auf folgende Vorlage:

Inklusion und Integration in Braunschweig - Leichte Sprache in Grundsicherungsbescheiden

http://10.16.1.130/ri/vo020.asp?VOLFDNR=1002356&noCache=1

Sachverhalt:

Begründung erfolgt mündlich.

Anlagen: keine

TOP 30.2

Absender:
Fraktion der Piratenpartei im Rat der Stadt

16-02019
Antrag (öffentlich)

Betreff:
Gewerbesteuerglättung

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	08.04.2016

Beratungsfolge:		*Status*
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	21.04.2016	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	26.04.2016	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	03.05.2016	Ö

Beschlussvorschlag:
Zur Erhöhung der Planungssicherheit und zur langfristigen Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Stadt Braunschweig wird die Verwaltung gebeten, die Entwürfe zukünftiger Haushaltspläne so zu gestalten, dass der Ergebnishaushalt mindestens ausgeglichen wäre, wenn als Gewerbesteueraufkommen der geometrische Mittelwert der jeweils vorherigen 7 Jahre einträte (ggf. unter Verwendung vorläufiger oder geschätzter Werte).

Sachverhalt:

Die Abweichungen zwischen geschätztem und tatsächlichem Gewerbesteueraufkommen waren häufig erheblich, der Vorhersagewert der Haushaltsplanungen insoweit ohnehin nicht besonders hoch. Eine mittel- bis langfristig verlässliche Planung lässt sich dagegen besser verwirklichen, wenn die kurzfristigen Schwankungen geglättet werden, wie in diesem Antrag vorgeschlagen. Gleichzeitig würde sich durch die eher konservative Schätzung der geglätteten Gewerbesteuer eine gewisse Spartendenz ergeben, die langfristig dazu beiträgt, die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt zu erhalten. Die grundsätzliche Sinnhaftigkeit (ggf. vorsichtigen) Sparens wurde bereits mehrfach, sowohl in- als auch außerhalb der Stadt angemahnt:

- „soll […] als Rücklage dienen für die sieben Jahre […], die […] kommen werden“
  — Zafenat-Paneach in Gen. 41, 36
  — ähnlich: Finanzdezernent Geiger in der Ratssitzung vom 15. März 2016
- „Wenn er denkt: 'Ich habe keine Schulden, weder groß noch klein, gegenüber niemanden', […] erfährt er Freude.“
  — Buddha, übersetzt von Samana Johann
- „Winter is coming“
  — George R. R. Martin via A Game of Thrones
- „Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not“
  — Herr Herlitschke in der Ratssitzung vom 15. März 2016
  — dessen Mutter, „immer“
- „Save your money“
  — mindestens 5 Kommentatoren der Principia Discordia, ISBN 978-1461087779

In obiger Quellenlage dürften die Meisten eine für sie geeignete Begründung finden, aber im Ernst: Die Reduktion des städtischen Haushaltsrahmens gegenüber dem Verwaltungsvorschlag ist dem Rat in den letzten Jahren meines Wissens und für 2012 bis 2014 ausweislich DS 9891/14 in keinem einzigen Fall geglückt. Stattdessen wurden in Abhängigkeit der jeweils jährlich geschätzten Überschüsse mehr oder minder viele zusätzliche Aufgaben in den Haushalt aufgenommen. Da offenbar das Gremium Rat in der jetzigen Form der jährlichen Haushaltsberatungen nicht in der Lage ist, in guten Jahren systematisch relevante Ergebnisüberschüsse zu planen, erscheint es notwendig, stattdessen die Verwaltung zu bitten, sparsamere Haushaltsvorschläge zu machen.

gez. Jens-W. Schicke-Uffmann

Absender:
CDU-Fraktion im Rat der Stadt

16-02115
Antrag (öffentlich)

Betreff:
Nachnutzungskonzept für die Flüchtlingsunterkünfte erstellen

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	21.04.2016

Beratungsfolge:		*Status*
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	26.04.2016	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	03.05.2016	Ö

Beschlussvorschlag:
Die Verwaltung wird gebeten, ein Nachnutzungskonzept für die derzeit in der Planung befindlichen Flüchtlingsunterkünfte (gemäß Ratsbeschluss vom 21. Dezember 2015; 15-01259) zu erstellen und diese dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Dieses Konzept soll vor allem Aussagen darüber beinhalten, in welcher Trägerschaft die derzeit diskutierten Nachnutzungen (vor allem studentisches Wohnen und Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen) erfolgen sollen.

Sachverhalt:
Bereits bei der Verabschiedung des dezentralen Unterbringungskonzeptes für die nach Braunschweig zugewiesenen Flüchtlinge in der Ratssitzung am 21. Dezember des letzten Jahres war die Rede davon, dass die zu errichtenden Gebäude an (damalig noch) 16 Standorten nach dem Einsatz als Flüchtlingsunterkunft einer Nachnutzung zugeführt werden sollen. Im weiteren Verlauf wurde stets davon gesprochen, dass diese nach ca. fünf Jahren für den Rest der seinerzeit angenommenen Nutzungsdauer von 25 bis 30 Jahren für studentisches Wohnen oder für Menschen mit geringem Einkommen genutzt werden sollen. Diese Personengruppen haben Schwierigkeiten, entsprechenden Wohnraum in der Stadt zu finden.

An diesem Umstand hat sich bis heute nichts verändert, der Druck auf den Braunschweiger Wohnungsmarkt ist in allen Segmenten vorhanden.

Nach den vorliegenden Ergebnissen der Ausschreibungen für die ersten drei Standorte (Bienrode, Gartenstadt und Melverode) werden diese Unterkünfte nun in Massivbauweise errichtet, so dass sich die Nutzungsdauer deutlich auf 70 bis 80 Jahre erhöht und somit auch der Zeitraum für die Nachnutzung stark anwächst. Es muss daher klug entschieden werden, an welchem Standort von wem welche Nachnutzung erfolgt.

Darüber hinaus ist hinlänglich bekannt, dass die Zahl der derzeit nach Deutschland und nach Braunschweig kommenden Flüchtlinge in den vergangenen Wochen extrem abgenommen hat. Das Land Niedersachsen hat deshalb erst kürzlich den Zeitraum für das erste Kontingent für die Stadt Braunschweig (437 Personen, die zunächst bis zum 31. März in die Stadt kommen sollten) auf Ende Juli erweitert. Im Moment kann niemand verlässliche Prognosen darüber abgeben, ob der Flüchtlingsstrom wieder zunimmt, ob er auf dem jetzigen Niveau bleibt, oder ob er sogar noch weiter abnimmt. Daher sollte man für jede Variante gerüstet sein.

Eine dieser Varianten sieht nämlich so aus, dass in Braunschweig Plätze für bis zu 1.000 Flüchtlinge geschaffen werden, diese aber gar nicht oder nur kurz - auf jeden Fall deutlich kürzer als die zuvor avisierten fünf Jahre - zur Unterbringung benötigt werden. Eine Nachnutzung würde somit deutlich schneller als gedacht in den Fokus rücken und die Stadt darf nicht erst in diesem Stadium mit den Planungen beginnen. Es wäre sicherlich niemandem vermittelbar, wenn es Leerstände in den Unterkünften bei gleichzeitig hohem Druck für studentisches Wohnen und für Menschen mit geringem Einkommen gibt. Immerhin werden hier innerhalb kürzester Zeit vermutlich rund 30 Millionen Euro an Steuergeldern verbaut.

Da die Liegenschaften nach ihrer Fertigstellung aber schlüsselfertig in den Besitz der Stadt übergehen, muss überlegt werden, ob die Gebäude von der städtischen Wohnungsbaugesellschaft

betreut werden, ob sie veräußert werden, ob bspw. eine neue Gesellschaft gegründet wird, ob das Studentenwerk (für studentisches Wohnen) gewonnen werden kann, oder ob sich ein Träger für den Betrieb entsprechender Wohnformen findet.

Damit eine adäquate Diskussion mit genügend zeitlichem Vorlauf stattfinden kann und seitens der Verwaltung zwar regelmäßig, aber doch auch immer sehr "nebulös" über die Nachnutzung gesprochen wurde, soll die Verwaltung beauftragt werden, schnellstmöglich ein entsprechendes Konzept zu erstellen und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Anlagen:
keine

Absender:
Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt

16-02155
Antrag (öffentlich)

Betreff:
Änderungsantrag zu: Nachnutzungskonzept für die Flüchtlingsunterkünfte erstellen, Antrag der CDU-Fraktion

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	28.04.2016

Beratungsfolge:		*Status*
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	03.05.2016	Ö

Beschlussvorschlag:
Die Verwaltung wird gebeten, ein Nachnutzungskonzept für die derzeit in der Planung befindlichen Flüchtlingsunterkünfte (gemäß Ratsbeschluss vom 21. Dezember 2015; 15-01259) zu erstellen und diese dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.
Dieses Konzept soll vor allem Aussagen darüber beinhalten, ~~in welcher Trägerschaft~~ **wie eine Übertragung der Wohneinheiten auf die Nibelungen-Wohnbau GmbH erfolgen kann, mit dem Ziel, dass** die derzeit diskutierten Nachnutzungen (vor allem**, dass der Ratsbeschluss zur dezentralen Unterbringung von Wohnungslosen umgesetzt wird, sowie** studentisches Wohnen und Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen) erfolgen ~~sollen~~ **können**.

Sachverhalt:

Begründung erfolgt mündlich

Anlagen: